Schulthess' europäischer geschichtska...

Digitized by Google

VE
RI
TAS

VE RI
TAS

Schulthess'

Europäischer Geschichtskalender.

Neue Folge.

Sechster Jahrgang 1890.

(Der ganzen Reihe XXXI. Band.)

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

München.
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oskar Beck).
1891.

KRAUS REPRINT
Nendeln/Liechtenstein
1977

Reprinted by permission of the original publisher
KRAUS REPRINT
A Division of
KRAUS-THOMSON ORGANIZATION LIMITED
Nendeln/Liechtenstein
1977

Printed in Germany
Lessingdruckerei Wiesbaden

Vorbemerkung.

Die Form des Geschichtskalenders, wie sein Verhältnis zu den „Preußischen Jahrbüchern" und zum „Staatsarchiv" sind ebenso geblieben wie bisher.

In der Ausarbeitung der drei Abteilungen Chronik, Kalendarium und Register hat mich diesmal Herr Dr. Otto Harnack unterstützt.

H. Delbrück.

Inhalts-Verzeichnis.

Chronik
der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1890.

Januar.

Anf. Spanien. Krankheit des Königs. Ministerkrisis.
5. Deutsches Reich. Sieg Wißmanns über den Araber Bana Heri.
7. Deutsches Reich. Tod der Kaiserin Augusta.
11. Großbritannien und Portugal. Ultimatum des ersteren wegen der portugiesischen Annexionen in Ostafrika.
12. Portugal. Infolge eines englischen Ultimatums werden die Truppen aus den strittigen Gebieten Ostafrikas zurückgezogen.
13. Portugal. Demonstrationen gegen England.
16. Rußland. Friedenskundgebung des Kaisers.
17. Portugal. Infolge des Zerwürfnisses mit England wird ein neues Ministerium durch Serpa Pimentel gebildet.
19. Oesterreich-Ungarn. Eine Kommission von Deutschen und Tschechen unter Vorsitz des Grafen Taaffe entwirft die Grundzüge eines böhmischen Ausgleichs.
21.–25. Großbritannien-Australien. Versammlung behufs Föderation der australischen Kolonien in Melbourne.
22. Samoa. Veröffentlichung des deutsch-englisch-amerikanischen Vertrages.
25. Deutsches Reich. Der Reichstag verwirft das Sozialistengesetz und wird vom Kaiser mit einer seine Thätigkeit dankbar anerkennenden Rede geschlossen.
31. Deutsches Reich, Preußen. Fürst Bismarck tritt von der Leitung des Handelsministeriums zurück und wird durch Frhrn. v. Berlepsch ersetzt.

Februar.

4. Deutsches Reich. Der Kaiser richtet zwei Erlasse betreffend den Arbeiterschutz an den Reichskanzler und den Minister der öffentlichen Arbeiten.
11. Deutsches Reich, Preußen. Der König eröffnet den Staatsrat behufs Beratungen über den Arbeiterschutz.
— Portugal. Republikanischer Putsch in Lissabon.
13. Großbritannien. Die Parnellkommission erklärt Parnell für unbeteiligt an dem Vorgehen der Dynamitpartei. Davitt Dagen für beteiligt

18. Oesterreich-Ungarn. Graf Andrassy †.
20. Deutsches Reich. Reichstagswahlen. Niederlage der Kartellparteien.
— Oesterreich-Ungarn. Die Jungtschechen erklären sich prinzipiell gegen den böhmischen Ausgleich.

März.

Anf. Japan. Erlaß eines Wahlgesetzes.
1. Deutsches Reich und Frankreich. Uebereinkunft betreffend die Zölle an der Sklavenküste.
3. Belgien. Republikanische Kundgebung.
5. Frankreich. Der König von Dahomey beginnt Feindseligkeiten.
7. Italien. Verhaftung von Anarchisten.
8. Deutsches Reich. Der Kaiser richtet an den Papst ein Schreiben in Sachen der geplanten Arbeiterschutzkonferenz.
13. Ungarn. Tisza nimmt seine Demission als Ministerpräsident; an seine Stelle tritt Graf Szapary.
— Rußland. Der Kaiser empfängt den Präsidenten der serbischen Skupschtina.
14. Kurie. Der Papst erwidert das Schreiben des deutschen Kaisers über die Arbeiterschutzkonferenz.
15. Deutsches Reich, Bayern. Die Altkatholiken werden auf Grund dogmatischer Abweichungen, abgesehen von der Unfehlbarkeitsfrage, als der katholischen Kirche nicht mehr zugehörig erklärt.
— Türkei. Das Gesuch Bulgariens um Bestätigung des Fürsten Ferdinand wird abgelehnt.
15.—29. Deutsches Reich. Internationale Arbeiterschutzkonferenz in Berlin unter Teilnahme aller europäischer Staaten außer Rußland und den Balkanstaaten.
17. Frankreich. Bildung eines neuen Ministeriums durch Freycinet.
18. Deutsches Reich. Fürst Bismarck reicht seinen Abschied ein.
20. Deutsches Reich. Dem Fürsten Bismarck wird der Abschied aus allen seinen Aemtern bewilligt; General v. Caprivi zu seinem Nachfolger ernannt.
26. Deutsches Reich. Graf Herbert Bismarck wird auf seinen Antrag aus dem Dienste entlassen.
27. Deutsches Reich. Freiherr v. Marschall wird zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt.
— Spanien. Die Kammer beschließt das allgemeine Stimmrecht.
Ende. Vereinigte Staaten. Resolutionen des panamerikanischen Kongresses in Washington.

April.

1.—12. Spanien. Internationale Konferenz in Madrid zum Schutze des industriellen Eigentums.
10. Deutschland und Oesterreich. Offiziöse Mitteilungen konstatieren einen befriedigenden Meinungsaustausch über die Bündnispolitik zwischen Caprivi und Kalnoky.
25. Deutsches Reich. Emin Pascha übernimmt im Auftrag des Reichs eine Expedition an den Nyassasee.
28. Frankreich. Verhaftung von Anarchisten.

Mai.

1. Internationale Arbeitseinstellung der Sozialdemokraten.

1. Spanien. Der Senat tritt dem Kammervotum für das Allgemeine Stimmrecht bei.
10. Deutsches Reich. Wißmann erstürmt Lindi.
14. Niederlande. Niederlage auf Sumatra.
16. (—29. Juni) Frankreich. Internationaler Telegraphenkongreß in Paris.
29. Frankreich. Verhaftung russischer Nihilisten.
31. Deutsches Reich und Schweiz. Unterzeichnung des Niederlassungsvertrages.

Juni.

Anf. Rußland. Maßregeln zur Russifizierung Finnlands.
— Großbritannien und Frankreich. Streitigkeiten wegen des Fischereirechts bei Neufundland.
3. Belgien. Internationaler Beschluß zu Brüssel wegen Einführung von Zöllen im Kongogebiet.
7. Deutsches Reich, Preußen. Ablehnung des Sperrgeldergesetzes im Abgeordnetenhause.
— Oesterreich-Ungarn. Anrede des Kaisers an die Delegationspräsidenten, welche die Sicherheit des Dreibundes betont.
— Rußland. Kundgebung der Zufriedenheit des Kaisers mit dem Verfahren der französischen Regierung gegen die Nihilisten.
10. Frankreich. Anerkennung der brasilianischen Republik.
11. Deutsches Reich. Der Reichskanzler erklärt im Reichstage, die Paßverordnung für Elsaß-Lothringen nicht aufheben zu können.
11. u. 19. Oesterreich-Ungarn. Annahme des erhöhten Heeresbudgets durch die Delegationen.
12. Rußland. Beschränkung der Selbstverwaltungsorgane zu Gunsten der Regierungsgewalt.
Mitte. Oesterreich-Ungarn. Zollpolitische Maßregeln gegen Serbien.
— Rußland. Internationaler Gefängniskongreß in St. Petersburg.
16. Deutsches Reich. Der Reichstag nimmt den deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag an.
17. Deutsches Reich und England. Die Grundzüge eines Abkommens betreffend die afrikanischen Kolonien und Helgoland werden veröffentlicht.
28. Deutsches Reich. Der Reichstag nimmt das Gesetz über Erhöhung der Friedenspräsenzstärke an.
— Ungarn. Rede des Delegationspräsidenten, welche den Dreibund als wichtigste Friedensgarantie feiert.

Juli.

Anf. Kämpfe in Zentralamerika.
1. Rußland. Maßregeln gegen das Unterrichtswesen in den Ostseeprovinzen.
3. Italien. Annahme des Gesetzentwurfs betreffend die Uebergabe der „frommen Stiftungen“ in die staatliche Verwaltung.
6. Spanien. Ein neues Ministerium wird durch Canovas gebildet.
10. Vereinigte Staaten. Annahme der Silberbill.
11. Belgien. Veröffentlichung des königlichen Testaments, welches den Kongostaat Belgien vermacht.
19. Türkei. Ernennung bulgarischer Bischöfe für Macedonien.
26. Amerika. Revolution in Argentina.

August.

4. Spanien. Unglücklicher Kampf auf den Karolinen.
4.—8. Deutschland und England. Besuch Kaiser Wilhelms in Osborne.
5. Großbritannien und Frankreich; Großbritannien und Portugal. Abkommen wegen der Grenzen in Afrika.
9. Deutsches Reich. Helgoland wird von der Reichsregierung in Besitz genommen.
17.—23. Deutschland und Rußland. Besuch Kaiser Wilhelms in Narwa und Peterhof.
20. Deutsches Reich, Preußen. Bischofskonferenz in Fulda.
22. Italien. Schließung irredentistischer Vereine.

September.

Anf. Oesterreich-Ungarn. Irredentistische Attentate in Triest und Maßregeln der Regierung gegen dieselben.
6.—10. Belgien. Katholischer Sozialkongreß in Brüssel.
11. Schweiz. Revolution im Tessin.
Mitte. Italien. Entlassung des Ministers Seismit Doda wegen Teilnahme an einem irredentistischen Bankett.
16. Spanien. Der Ministerrat beschließt eine Vorlage zur Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht.
— Brasilien. Die allgemeinen Wahlen fallen günstig für die provisorische Regierung aus.
17.—19. Deutschland und Oesterreich. Besuch Kaiser Franz Josephs in Rohnstock.
23. Deutsches Reich und Türkei. Offiziöse Mitteilung vom Abschluß eines Handelsvertrages.
— Frankreich. Katholischer Antisklavereikongreß in Paris unter Vorsitz des Kardinals Lavigerie.
30. Vereinigte Staaten. Endgiltige Annahme der Tarifbill Mac Kinleys.

Oktober.

Anf. Frankreich und Dahomey. Vereinbarung.
— Rußland. Zwangsweise und freiwillige Massenauswanderung von deutschen Kolonisten, Polen und Juden. Agrarische Unruhen in den südlichen Gouvernements.
1. Deutsches Reich. Erlöschen des Sozialistengesetzes.
— Deutschland und Oesterreich. Begeisterter Empfang Kaiser Wilhelms in Wien.
4. Deutsches Reich, Preußen. Der Kriegsminister General v. Verdy wird durch General v. Kaltenborn-Stachau ersetzt.
8. Italien. Rede Crispis in Florenz gegen den Irredentismus.
10. Deutsches Reich. Ein Kolonialrat wird eingesetzt.
— Großbritannien und Italien. Die Verhandlungen wegen der Grenzen in Afrika werden abgebrochen.
13.—18. Deutsches Reich. Sozialistenkongreß in Halle.
14. Portugal. Bildung eines neuen Ministeriums durch Abreu de Souza. Dasselbe acceptiert den Vertrag mit England nicht.
15. Türkei. Schließung der orthodoxen Kirchen durch den Patriarchen wegen Differenzen mit der Pforte.
17. Deutsches Reich und Sansibar. Abtretung des dem Sultan gehörigen Festlandes an Deutschland.

— Großbritannien. Expedition gegen Witu wegen Ermordung des Deutschen Küntzel.
20. Großbritannien. Anerkennung der brasilianischen Republik.
24. Italien erkennt die brasilianische Republik an.
28. Griechenland. Oppositionelle Wahlen, infolge deren das Ministerium Trikupis durch ein Ministerium Delyannis ersetzt wird.

November.

Anf. Vereinigte Staaten. Die Kongreßwahlen fallen demokratisch-freihändlerisch aus.
— Rußland. Der Großfürst-Thronfolger tritt eine Weltreise über Indien an, die ihn zunächst nach Wien führt.
7. Großbritannien übernimmt das Protektorat über Sansibar.
— Deutsches Reich und Italien. Caprivis Besuch in Mailand und Monza.
17. Deutsches Reich, Preußen. Der Landwirtschaftsminister v. Lucius wird durch v. Heyden ersetzt.
18. Rußland. Ermordung des Generals Seliwerstow in Paris durch Padlewski.
23. Italien. Die allgemeinen Wahlen ergeben eine große Regierungsmajorität.
— Niederlande. König Wilhelm III. †. Ihm folgt in Holland Königin Wilhelmine unter Regentschaft der Königin-Mutter Emma; in Luxemburg Herzog Adolf von Nassau.
25. Großbritannien ergreift Besitz von Witu, Patta und Manda.
26. Deutsches Reich. Das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz wird vom 1. Januar 1891 an in Kraft gesetzt.

Dezember.

Anf. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Handelskonferenz in Wien.
— Spanien. Erfolgreiche Expedition nach den Karolinen.
— Kurie. Schreiben des Kardinals Rampolla, welches die französischen Katholiken zur Teilnahme an dem republikanischen Staatsleben auffordert.
— Rußland. Maßregeln zur Russifizierung des finnländischen Gerichtswesens.
4.—17. Deutsches Reich, Preußen. Sitzungen der Konferenz für Schulreform.
8. Italien. Grimaldi wird Finanzminister.
— Schweiz. Gesetz wegen Auslieferung politischer Verbrecher.
17. Deutsches Reich, Preußen. Erklärung des Ministers Herrfurth gegen die von der konservativen Partei ausgegangenen Amendements zu dem Landgemeindeordnungsgesetz.

I.

Das Deutsche Reich und seine einzelnen Glieder.

2. Januar. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgendes **Schreiben des Kaisers an den Reichskanzler Fürsten Bismarck:**

„Zum bevorstehenden Jahreswechsel sende Ich Ihnen, lieber Fürst, Meine herzlichsten und wärmsten Glückwünsche. Voll innigen Dankes gegen Gott, blicke Ich zurück auf das zu Ende gehende Jahr, in welchem es uns beschieden war, nicht nur unserem teuren Vaterlande den äußeren Frieden zu erhalten, sondern auch die Bürgschaften für Aufrechterhaltung des Friedens zu verstärken. Mit hoher Befriedigung hat es Mich auch erfüllt, daß es unter der vertrauensvollen Mitwirkung der Vertretung des Reiches gelungen ist, das Gesetz über die Alters= und Invaliditätsversicherung zu stande zu bringen und dadurch einen wesentlichen Schritt auf dem Mir besonders am Herzen liegenden Gebiete der Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung vorwärts zu thun. Ich weiß sehr wohl, welch reicher Anteil an diesen Erfolgen Ihrer aufopfernden und schaffensfreudigen Thatkraft gebührt, und bitte Gott, er möge Mir in Meinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rat noch viele Jahre erhalten.
Berlin, den 30. Dezember 1889. Gez. Wilhelm I. R.“

5. Januar. **Major Wißmann erstürmt** in der Nähe von **Pangani** das befestigte Lager des Araberhäuptlings **Banaheri** mit einem Verlust von 12 Mann.

5. Januar. Staatsminister a. D. Freiherr v. Patow †.

7. Januar. **Tod der Kaiserin= und Königin=Großmutter Augusta.**

8. Januar. Anläßlich der in Kartellblättern erhobenen Vorwürfe, **Freiherr v. Hammerstein** habe sich, ehe er seine **Reichstagskandidatur in Bielefeld** aufstellte, durch Vermittelung Windthorsts der dortigen katholischen Wähler versichert, schreibt die Kreuzzeitung:

Wir haben wirklich gerade im jetzigen Augenblicke sehr wenig Neigung, uns mit der Widerlegung jener wohl mehr böswilligen als kindischen Ent=

rüstungskomödie zu befassen, welche nationalliberale Blätter über die Thatsache aufzuführen für angebracht halten, daß Herr v. Hammerstein, bevor er einer ihm von einzelnen einflußreichen Persönlichkeiten im Bielefelder Kreise angebotenen Kandidatur näher trat, sich über die Aussichten seiner Wahl zu vergewissern suchte. Der Haß der Nationalliberalen gegen seine Person und politische Richtung war ihm doch genügend bekannt, um ihm von vornherein deren, wenn auch dem Kartell nach pflichtmäßige, Unterstützung als sehr zweifelhaft erscheinen zu lassen. Was war natürlicher, als daß Herr v. Hammerstein sich über die Möglichkeit einer Unterstützung seiner Kandidatur durch die durchweg streng konservativen Katholiken in Wiedenbrück Gewißheit zu verschaffen suchte?

Die „Nationalzeitung" erwidert:

Wenn Herr v. Hammerstein als „Wilder" im Reichstage aufzutreten gesonnen war, als einer der künftigen Begründer und Führer einer reaktionären Partei von katholischen und evangelischen Klerikalen, so wäre allerdings gegen ein solches Verfahren nichts einzuwenden gewesen; wer aber als Kartellkandidat gewählt sein wollte, dem mußte es mehr darauf ankommen, daß in dem Bielefelder Wahlkreise überhaupt das Kartell in Wirksamkeit trat eventuell durch die Wahl eines andern, als darauf, daß jedenfalls seine eigene werte Person, gleichviel durch welche Parteikombination, siegte.

Aehnlich äußern sich alle nationalliberalen und freikonservativen Blätter.

8. Januar. Der Reichstag tritt wieder zusammen.

10. Januar. (München.) Ignaz Döllinger †.

10. Januar. Nachdem in Bielefeld zu Wahlzwecken die Behauptung verbreitet worden, der Kaiser habe die Kandidatur Hammerstein gebilligt, erscheint in den „Politischen Nachrichten" folgende Mitteilung:

„Zur Förderung der Hammerstein'schen Wahl in Bielefeld ist die Autorität Sr. Maj. des Kaisers in einer Weise ins Gefecht geführt worden, welche, wie dies allein schon aus der bekannten Veröffentlichung des „Reichs-Anzeigers" über die „Kreuzzeitung" hervorgeht, den Allerhöchsten Anschauungen sicherlich nicht entspricht. Bei den Umtrieben für jene Wahl ist nämlich in verletzender Weise insinuiert worden, als ob der Kaiser mit Kundgebungen, die im Allerhöchsten Namen erfolgt sind im inneren Herzen nicht einverstanden sei und sich nur aus Schonung für die Regierung und den Reichskanzler den Anschein eines solchen Einverständnisses gegeben habe. Um solchen Insinuationen Eingang zu verschaffen, wird verbreitet, daß Seine Majestät die „Kreuzzeitung" mit Vorliebe lese, obschon allen Eingeweihten bekannt ist, daß der Kaiser niemals zu den Abonnenten oder den regelmäßigen Lesern jenes Blattes gehört hat. Dieser Mißbrauch der kaiserlichen Autorität zur Beeinflussung der Wahlen und die darin liegende Identifizierung des Kaisers mit den Tendenzen der „Kreuzzeitung" sind, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, zur Kenntnis Seiner Majestät gelangt und haben Allerhöchdessen Mißfallen erregt. Seine Majestät der Kaiser hat deshalb einen Befehl ergehen lassen, wonach die „Kreuzzeitung" in den königlichen Schlössern überhaupt nicht mehr aufliegen oder gehalten werden soll.

10. Januar. (Reichstag.) Bei der zweiten Lesung des

Marineetats erhebt sich eine längere Debatte über die Notwendigkeit der Anschaffung eines neuen Avisos für den Oberbefehlshaber bei größeren Marineübungen, insbesondere den Kaiser. Der Titel wird schließlich gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Mehrheit des Zentrums bewilligt.

11. Januar. Die „Kreuzzeitung" erwidert auf den Artikel der „Polit. Nachrichten":

Im Anfang vorigen Monats fand in Schildesche bei Bielefeld eine geschlossene Versammlung der konservativen Vertrauensmänner des dortigen Reichstagswahlkreises statt. In derselben wurde nach langer Debatte einstimmig beschlossen, den Frhrn. v. Hammerstein als Kandidaten der konservativen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl aufzustellen. Der Landrat des Bielefelder Kreises, Hr. v. Ditfurth, hatte sich nun durch eine bisher unaufgeklärte Indiskretion in den Besitz eines angeblichen Berichts über diese durchaus vertrauliche Versammlung zu setzen gewußt und von diesem Bericht dem Geheimrat Dr. Hinzpeter Kenntnis gegeben. Nach diesem Bericht sollte der Rechtsanwalt Klasing in Schildesche geäußert haben: Die „Kreuzzeitung" sei die einzige Zeitung, welche Se. Majestät lese, und der Kaiser sei im Grunde seines Herzens „Hammersteinisch." Alsbald wurde denn auch in der Stadt Bielefeld das Gerücht kolportiert, der Rechtsanwalt Klasing habe diese Aeußerungen gethan, und mit Bezug auf dieselben habe der Kaiser ein Urteil gefällt, welches in dem Worte „Bubenstreich" gipfle; in der „Rhein.-Westf. Ztg." erschien die bekannte Notiz, daß „auf eine Anfrage des Geheimrats Dr. Hinzpeter, ob, wie von konservativer Seite behauptet worden, Se. Majestät die Kandidatur Hammerstein in Bielefeld billige, der Kaiser geantwortet habe, daß er über eine derartige Behauptung empört sei." Infolge dieser Vorgänge begab sich nunmehr der Rechtsanwalt Klasing zum Geheimrat Dr. Hinzpeter, mit dem er eine einstündige Unterredung hatte. Das Resultat derselben war: 1) Die Behauptung, daß Se. Majestät über die Aufstellung des Frhrn. v. Hammerstein empört sei und dessen Kandidatur als einen „Bubenstreich" bezeichnet habe, bezeichnete Dr. Hinzpeter als völlig aus der Luft gegriffen; der Kaiser habe überhaupt weder in Bezug auf Aeußerungen in der Vertrauensmänner-Versammlung noch sonst die Bezeichnuug „Bubenstreich" oder eine ähnliche Bezeichnung gebraucht. 2) Dr. Hinzpeter bezeichnete die Mitteilung der „Rhein.-Westf. Ztg." über seine angebliche Anfrage beim Kaiser und die Antwort Seiner Majestät für durchaus unwahr und teilte mit, daß er die „Rhein.-Westf. Ztg." brieflich um Nennung des Urhebers ersucht habe, damit er sich mit demselben auseinandersetzen könne. 3) Dr. Hinzpeter erklärte, daß er nach den Erklärungen des Rechtsanwalts Klasing als festgestellt annehme und anerkenne, daß derselbe die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen nicht gethan habe. 4) Dr. Hinzpeter versprach, die ihm von Hrn. Klasing entwickelten für die Konservativen in Bielefeld bei Aufstellung des Frhrn. v. Hammerstein maßgebend gewesenen durchaus loyalen Gründe bei Gelegenheit seiner in kürzester Frist anzutretenden Reise nach Berlin zur Kenntnis Sr. Majestät zu bringen.

12. Januar. (Graf Waldersee.) Die „Nordd. Allgem. Zeitung" schreibt:

In unserer Nr. 14 hatten wir einen rückblickenden Neujahrsartikel der Nowoje Wremja nach der Uebersetzung der deutschen St. Petersburger

Zeitung abgedruckt, welcher sich mit dem von mehreren französischen und russischen Zeitungen trotz aller Widerlegungen immer wieder so gern ventilierten Thema von angeblich entgegengesetzten Strömungen unter den ersten Dienern Sr. Majestät des Kaisers beschäftigte. — Wir hatten diese Auslassungen aufgenommen, um unseren Lesern zu zeigen, wie unvollkommen häufig die Informationen sind, welche selbst angesehene ausländische Blätter über die Verhältnisse an unserem Hofe haben. Wenn in dem genannten Blatte von einem Antagonismus des Fürsten Bismarck gegen den Grafen Waldersee die Rede war, so wird dies bei allen Wohlinformierten nur Kopfschütteln hervorgerufen haben: Von dem in dieser Beziehung angeblich „kursierenden hartnäckigen Gerüchte“ weiß man an unserem Hofe nichts. Die Friedenspolitik des Fürsten Bismarck, von der die Nowoje Wremja spricht, ist die Politik des Kaisers, und es ist ausgeschlossen, daß in der Allerhöchsten Umgebung sich ein Antagonismus auf politischem oder militärischem Gebiete geltend machen könnte.

12. Januar. In einer Bergarbeiterversammlung in Alten-Essen wird der Beschluß des Bergarbeiter-Vorstandes mitgeteilt, eine achtstündige Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes um 50 Proz. vom Februar an zu beantragen.

13. Januar. (München.) Bestattung Döllingers unter Teilnahme anglikanischer und griechisch-orthodoxer Geistlichen.

13. Januar. (Berlin.) Der amtliche Bericht über das Ergebnis der Untersuchung der Betriebs- und Arbeiterverhältnisse in den Bergrevieren wird dem Kaiser überreicht.

13. Januar. (Reichstag.) Bei Gelegenheit der zweiten Beratung des Militäretats bringt Abg. Richter häufig aufgetretene Klagen über die Behandlung der Elementarlehrer während ihrer Militärdienstzeit zur Sprache. Der Kriegsminister verspricht Abhilfe, sieht aber in der äußerst kurzen Dienstzeit der Lehrer einen Uebelstand, der vielleicht nicht fortdauern könne.

15. Januar. (Reichstag.) Der Antrag der freisinnigen Partei, betreffend Abänderung der Militärgerichtsbarkeit wird in dritter Lesung ohne Erörterung fast einstimmig angenommen.

15. Januar. Der preußische Landtag wird durch Minister v. Bötticher mit folgender Thronrede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! Seine Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, den Landtag der Monarchie zu begrüßen und auch an dieser Stelle Allerhöchstseinem Danke für die mannigfachen Beweise der Ergebenheit und Treue Ausdruck zu geben, welche Seiner Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin in verschiedenen Provinzen neuerdings entgegengebracht worden sind. Seine Majestät halten sich versichert, daß die tiefe Trauer, in welche Allerhöchstdieselben und das königliche Haus durch das Hinscheiden Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Augusta versetzt worden sind, im ganzen Lande mitempfunden und daß das Andenken an die hohe

Frau und an ihre segensreiche Thätigkeit auf dem Gebiete der Nächstenliebe im Gedächtnis des Volkes fortleben wird.

Die Finanzlage des Staates ist nach dem Abschluß des letzten und den bisherigen Ergebnissen des laufenden Rechnungsjahres wiederum eine günstige. Die über die Voranschläge hinausgehenden Einnahmen wichtiger Verwaltungszweige sind indessen in gleicher Höhe für die nächsten Jahre nicht zu erwarten, während eine Verminderung des Ausgabebedarfes fast nirgends, ein weiteres notwendiges Wachsen desselben dagegen an zahlreichen Stellen in Aussicht steht. Schon für das nächste Jahr ist eine erhebliche Steigerung des Matrikularbeitrages für das Reich vorzusehen. Die Gunst der heutigen Lage entbindet deshalb nicht davon, durch vermehrte Tilgung der Staatsschuld die Zukunft thunlichst zu entlasten und erhöhte Vorsicht in neuer Belastung derselben zu üben.

Unter Ihrer bereitwilligen Mitwirkung sind in den letzten Jahren Verbesserungen der Beamtenbesoldungen durchgeführt, welche zwar erfreuliche und wertvolle Anfänge zu der erstrebten allgemeinen Erhöhung der Diensteinnahmen bilden, hinter dem Bedürfnis, namentlich der unteren und mittleren Stellen, aber wesentlich zurückbleiben. Die Regierung hält sich deshalb verpflichtet, weitere Erhöhungen mit Ihnen zu vereinbaren.

Außerdem werden neue und vermehrte Ausgaben vorzusehen sein für die Erfordernisse des Staatsdienstes, für die regelmäßige Pflege von Kunst und Wissenschaft, der Verkehrsanstalten aller Art, sowie des landwirtschaftlichen Gewerbes.

Der Entwurf des Staatshaushalts-Etats für das Jahr vom 1. April 1890/91 wird Ihnen alsbald zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werden.

Der Vertrag vom 10. Mai 1883, durch welchen die Verwaltung der Zölle und gemeinschaftlichen Steuern im Gebiete des thüringischen Zoll- und Handelsvereins geregelt ist, entspricht nicht mehr den vielfach veränderten Verhältnissen. Es ist daher am 20. November v. J. zwischen den Bevollmächtigten der Vereinsstaaten ein neuer Vertrag vereinbart worden, welcher die Fortsetzung der bisherigen Gemeinschaft in besserer Weise sichern soll. Der Vertrag wird zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden.

Der für die vorige Session in Aussicht gestellte Gesetzentwurf, welcher die bisherige Klassen- und Einkommensteuer in eine einheitliche Einkommensteuer umzugestalten und weitere Reformen auf dem Gebiete der direkten Steuern vorzubereiten bestimmt war, sollte die bestehende Grund- und Gebäudesteuer zunächst unberührt lassen. Im Landtag vorweg geführte Verhandlungen ließen jedoch erkennen, daß auf die seit geraumer Zeit beabsichtigte Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände der größere Wert gelegt und deren unmittelbare Verwirklichung in erster Linie erstrebt wurde. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers und Königs hat daraus Veranlassung genommen, den Rahmen der Vorlage dergestalt zu erweitern, daß beide Angelegenheiten — die Reform der Einkommensteuer und die Ueberweisung von Realsteuern an die Kommunalverbände — mit einander verbunden und gleichzeitig zur Erledigung gebracht werden können. Eine entsprechende Vorlage wird vorbereitet.

Um die Vorteile der einheitlichen Staatsverwaltung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens weiteren Landesteilen zuzuwenden, wird Ihnen die Erwerbung noch einiger Privateisenbahnen in Vorschlag gebracht werden, und auch in diesem Jahre eine Vorlage wegen Ausdehnung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Staatseisenbahnnetzes zur Beschlußfassung zugehen.

Die vorjährige Ernte ist in mehreren Landesteilen eine ungünstige gewesen. Dank der Förderung, welche die Zolleinrichtungen des Reiches der

vaterländischen Landwirtschaft gewähren, ist indessen die Hoffnung begründet, daß die schwierige Lage, in welche die landwirtschaftliche Bevölkerung jener Landesteile durch den Ernte-Ausfall gekommen ist, ohne dauernd nachteilige Folgen zu überwinden sein wird.

Die Regierung Sr. Majestät hält es für notwendig, die Möglichkeit, Grundeigentum zu erwerben und sich seßhaft zu machen, mehr als bisher zu erleichtern. Es wird Ihnen deshalb ein Gesetzentwurf zugehen, durch welchen für den Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke das Rechtsinstitut der Rentengüter eingeführt werden soll.

Das erfreuliche Bild, welches der Aufschwung des Handels und der Gewerbthätigkeit im Laufe des letzten Jahres dargeboten hat, ist getrübt worden durch die Arbeiterausstände, welche namentlich in den Steinkohlenbezirken in großem Umfange unter Nichtinnehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist und teilweise nicht ohne Gewaltthätigkeiten stattgefuuden haben. Es hat Seine Majestät den Kaiser und König mit Befriedigung erfüllt, daß die Arbeitgeber, vielfach mit Zurückstellung eigener Interessen, bestrebt gewesen sind, begründeten Beschwerden der Bergarbeiter Abhilfe zu schaffen und selbst weitgehenden Forderungen derselben entgegenzukommen. Seine Majestät halten sich danach zu der Erwartung berechtigt, daß fernere Versuche zur Störung der Eintracht zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern an dem gesunden Sinn der Bevölkerung scheitern, und daß die für die gesamte Arbeiterschaft nicht minder wie für den Bestand der Industrie gefährlichen Unterbrechungen wirtschaftlicher Thätigkeit fortan unterbleiben werden. Die Regierung, welche eine eingehende Untersuchung der von den Bergarbeitern erhobenen Beschwerden und Forderungen hat vornehmen lassen, wendet dieser Frage unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu, andrerseits hat sie Vorsorge getroffen, daß jeder Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sofort mit Erfolg entgegengetreten werde. Ihrer Fürsorge für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen hat sie durch die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Reiches über die Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität Ausdruck gegeben, und sie wird auch ferner nicht ablassen, weiter hervortretende Bedürfnisse sorgfältig zu beachten und deren Befriedigung anzustreben. Jene Fürsorge in Verbindung mit der eingetretenen Steigerung der Löhne bietet eine Gewähr dafür, daß das Bewußtsein einer mehr gesicherten Lage die Arbeiter in wachsendem Umfange durchdringen werde.

Zur Vereinfachung der über die Errichtung notarieller Urkunden bestehenden Vorschriften und zur möglichsten Regelung des Kostenansatzes in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden Ihnen entsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt werden.

Ueber die Ausführung des Gesetzes vom 13. Mai 1888 betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Jahre 1888 herbeigeführten Verheerungen wird Ihnen eine Denkschrift zugehen.

Zur Freude Sr. Majestät des Kaisers und Königs sind die Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Mächten nach allen Seiten gute.

Meine Herren! Seine Majestät gibt sich der Zuversicht hin, daß Ihre Arbeiten auch in der neuen Session, von dem Geiste vertrauensvollen Zusammenwirkens mit der Staatsregierung getragen, zur Förderung des Wohles und Gedeihens des Landes gereichen werden!

16. Januar. Der Bielefelder Landrat v. Ditfurth veröffentlicht folgendes:

1) Die Aufstellung der Kandidatur v. Hammerstein wurde trotz der

Eröffnung des „Staats-Anzeigers" vom 2. Oktober v. J. von einem großen Teile der konservativen Wähler als eine Gott und dem Kaiser wohlgefällige That aufgefaßt, wie dies auch nach den Artikeln der „Neuen Westfälischen Volkszeitung" Nr. 240, 241, 242, 294 v. J. und andern nicht anders zu erwarten war. Diese Thatsache wird auch von vielen christlich-konservativen Männern, denen die Wahrheit höher gilt als das Partei-Interesse, unumwunden zugegeben. 2) In der Versammlung der Vertrauensmänner in Schildesche wurde die Behauptung aufgestellt, die „Kreuzzeitung" liege nach wie vor auf dem Tische Sr. Majestät. Diese Auslassung konnte nur den Zweck haben, den Glauben zu erwecken, als stehe Se. Majestät nicht mehr auf dem Standpunkte der Eröffnung vom 2. Oktober v. J., damit die Gemüter darüber beruhigt würden, als könne die Aufstellung des Herrn v. Hammerstein als eine Entgegnung auf die Allerhöchste Willensmeinung aufgefaßt werden. 3) Die dem Herrn Geh. Oberregierungsrat Hinzpeter auf eine diesbezügliche Anfrage von Sr. Majestät dem Kaiser erteilte Antwort läßt keinen Zweifel darüber, daß Se. Majestät jede Behauptung, als habe Höchstderselbe seine Ansicht über die „Kreuzzeitung" und über den Leiter derselben seither geändert, als ein Unterfangen bezeichnet, welches Se. Majestät auf die schärfste Weise mißbillige. 4) Die Aufstellung der Kandidatur v. Hammerstein im hiesigen Wahlbezirke beruht auf einer Verabredung des Herrn Dr. Windthorst und des Herrn Freiherrn v. Hammerstein, wonach der Welfe die Unterstützung der ultramontanen Wähler Wiedenbrücks zugesagt. 5) Alles andere sind Nebensachen, welche nur aufgebauscht werden, um diese Thatsachen zu verdunkeln.

17. Januar. Der Kaiser richtet an den Oberbefehlshaber der englischen Armee, Herzog von Cambridge, ein Beileidstelegramm wegen Ablebens des Feldmarschalls Lord Napier.

17. Januar. Freiherr v. Hammerstein stellt der Erklärung des Landrats v. Ditfurth folgende Erklärung entgegen:

Ditfurth habe nur ein in den wesentlichsten Punkten gefälschter Bericht über die konservative Versammlung vorgelegen. Ditfurth gebe ferner die auf der letzten Vertrauensmännerversammlung festgestellte Aeußerung durchaus unrichtig wieder und lege dieselbe willkürlich aus; eine Unwahrheit sei Ditfurths Behauptung von einer Verabredung zwischen Windthorst und Hammerstein. Die Aufstellung der Kandidatur Hammerstein sei lediglich zwischen maßgebenden konservativen Persönlichkeiten in Bielefeld und Herrn v. Hammerstein, und zwar von langer Hand vorbereitet und verabredet, weil diesem schon im vorigen Sommer, also lange vor der Kundgebung des Reichsanzeigers, bekannt gewesen sei, daß in Stolp an die Aufstellung des Herrn v. Puttkamer gedacht würde. „Wenn endlich Herr v. Ditfurth sich für berufen hält, über eine Aeußerung des Kaisers unbestimmte Andeutungen zu machen, so frage ich ihn: War diese Aeußerung Sr. Majestät an ihn oder an Dr. Hinzpeter gerichtet? Woher hat Herr v. Ditfurth Kenntnis von derselben? Wer hat ihn dazu legitimiert, dieselbe in durchaus subjektiver Weise öffentlich zu interpretieren?"

17. Januar. (Reichstag.) Die Budgetkommission berät die Anträge v. Ow, Richter-Baumbach und Kalle betreffend die Verbesserung der Lage der unteren Beamten, lehnt die Anträge nach längerer Debatte ab und nimmt den Antrag Huene an, der Reichskanzler wolle 1. spätestens in der nächsten Session den

Nachtragsetat vorlegen, demzufolge bereits für 1890/91 eine angemessene einmalige Erhöhung der Bezüge der unteren und mittleren Beamten eintrete, 2. demnächst die dauernde Aufbesserung der Bezüge dieser Beamten vom Etatsjahr 1891/92 ab herbeiführen.

18. Januar. Der Reichstag lehnt in dritter Lesung den Antrag Huene betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen ab und nimmt dafür die am 12. Dezember (vgl. Jahrg. 1889 S. 152) abgelehnten Anträge an.

18. Januar. Der Reichstag genehmigt in dritter Lesung den Antrag Windthorst betreffend die Aufhebung des Expatriierungsgesetzes und lehnt die Anträge Windthorst und den entgegengesetzten von Stöcker betreffs der Mission in den deutschen Schutzgebieten ab. Vgl. Jahrg. 1889 S. 152.

19. Januar. Tod des Fürsten Georg von Schwarzburg-Rudolstadt; ihm folgt in der Regierung der einzige lebende Sprosse des Hauses, Prinz Günther.

19. Januar. Die „Nordd. Allg. Zeitung" bringt folgende Betrachtung über den englisch-portugiesischen Streitfall:

Da die Zeitungsschreiber ihrer Natur nach zu den Leuten gehören, die sich als novarum rerum semper studiosi charakterisieren, so ist es nicht zu verwundern, daß die patriotischen Kundgebungen in Lissabon und in anderen portugiesischen Städten, besonders wenn sie einen etwas theatralischen Charakter trugen, aufs Sorgfältigste registriert worden sind. Eine ernsthafte Betrachtung der Zeitereignisse wird aber auf der Hut sein, derartigen Aufwallungen des Momentes eine allzugroße Bedeutung beizumessen. Das Interesse des portugiesischen Volkes wird sowohl von ihm selbst wie von seinen Freunden im Auslande offenbar am besten gewahrt, wenn die thatsächliche Lage recht nüchtern ins Auge gefaßt wird. Eine Darstellung, wie sie besonders in einem Teil der spanischen Presse beliebt wird, als ob der englisch-portugiesische Konflikt ganz einfach ein Hinwegschreiten der Macht des Stärkeren über das Recht des Schwächeren bedeute, macht sich bezüglich ihrer Intentionen sehr verdächtig. Es geht da immer die Andeutung nebenher, die „entfesselte Volkskraft", d. h. die Republik, hätte das „Recht" ganz anders verteidigt, als die Minister des Königs, welche nur „innerhalb der Grenzen des Möglichen" den Kampf weiterführen wollen. Herr Serpa Pimentel hegt zur Diplomatie der Straße wenig Vertrauen, es ist aber sicherlich kein Grund, anzunehmen, daß er die Interessen seines Landes mit weniger Mut und Würde wahrzunehmen beflissen sein werde, als irgendeiner von denen, welche im englischen Konsulatsgebäude die Fenster eingeworfen haben. In der ernsthaften Presse Englands wird heute übereinstimmend hervorgehoben, daß die Regierung des Lord Salisbury nur deshalb, weil Großbritannien seinerseits in seiner nationalen Würde sich gekränkt gefühlt habe, zu dem drastischen Vorgehen vom 11. d. M. geschritten sei, daß aber englischerseits volle Bereitwilligkeit herrsche, dem Herrn Serpa Pimentel unter der Voraussetzung, daß die Rücksichten des internationalen Verkehrs gewahrt bleiben, zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten entgegenkommende Beihilfe zu gewähren. Bis jetzt steht die Kenntnis der thatsächlichen

Verhältnisse in Südafrika, wie sie sich auf Grund von genauen Karten und Aktenstücken ergeben müßte, in einem merkwürdigen Mißverhältniß zu der Schnellfertigkeit der Urteile, die in einem großen Teile der Presse in Portugal selbst und anderswo zu Tage tritt. Es handelt sich, sagt man, um Makololo- und Maschonaland, man nehme ein Dutzend Karten zur Hand und man wird auf jeder diese Namen anderswo eingetragen, die Abgrenzungen anders gezogen finden. Es scheint also, daß für Verhandlungen über Grenzlinien der Wissenschaft, sowohl wie der Diplomatie noch ein ziemlich weites Feld offen steht.

20. Januar. Ein Weißbuch über das Schweineeinfuhrverbot wird veröffentlicht.

20. Januar. Tod des kgl. sächsischen Finanzministers v. Könneritz.

20. Januar. (Reichstag.) Der Antrag Aichbichler, Ackermann und Gen. wegen Einführung des Befähigungsnachweises zum Betrieb eines Gewerbes wird gegen die Stimmen der Liberalen und des größeren Teils der Freikonservativen angenommen. Der Antrag Richter, den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, betreffend Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts, sowie Einrichtung eines Reichs-Rechnungshofes wird angenommen.

20. Januar. (München.) Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses beschließt eine allgemeine Gehaltserhöhung für die richterlichen Beamten.

20. Januar. (Berlin.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die dem Kaiser überreichte amtliche Denkschrift, betreffend die Steinkohlenbergwerke.

20. Januar. (Karlsruhe.) In der zweiten Kammer greift der Abg. Muser die Regierung wegen gesetzwidriger Ausführung des Sozialistengesetzes an. Die Regierung weist diese Angriffe teils als unwahr teils als übertrieben zurück.

20. Januar. Der Verein der Bergbau-Arbeitgeber in Essen lehnt die Forderungen der Arbeiter auf Erhöhung des Lohnes um 50 Proz. ab.

21. Januar. (Reichstag.) Die Vorlage, betreffend Postdampferverbindung mit Ostafrika, wird endgültig angenommen; desgleichen die Resolution der Budgetkommission über Erhöhung der Beamtengehälter. Der Marineetat wird in dritter Lesung unter Abstrich von 2,800,000 Mark bewilligt.

21. Januar. (Dresden.) In der zweiten Kammer wird der Antrag Bebel und Gen., betreffend Befreiung der im Staats-

betriebe beschäftigten Arbeiter von der Zahlung der gesetzlichen Kranken-, sowie der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge gegen 7 Stimmen abgelehnt.

22. Januar. Tod des Freiherrn v. Franckenstein, ehemaligen Ersten Vizepräsidenten des Reichstags und Präsidenten des bayrischen Reichsrats. — Der Kaiser sendet aus diesem Anlaß Beileidstelegramme an den Prinzregenten von Bayern, sowie an den Reichstag.

Mitte Januar. Die Parteien veröffentlichen ihre Wahlaufrufe.

Derjenige der Deutsch-Konservativen beruft sich auf die bisherigen Leistungen der Regierung und des im Jahre 1887 gewählten Reichstages, weist hin auf „das Zusammenwirken der Parteien, welche es als Pflicht erkannten, für die großen gemeinsamen Aufgaben zusammen zu wirken, die Verfolgung der einzelnen Parteiziele dem gemeinsamen patriotischen Zweck unterzuordnen" und schließt: „Groß und schwer sind die Aufgaben, die noch zu lösen sind, die Gefahren, welche uns drohen. Inmitten von Nationen, welche uns feindlich oder mißtrauisch gegenüberstehen, ist Deutschland gezwungen in starker Rüstung des Augenblicks gewärtig zu sein, in dem es mit den Waffen seine Unabhängigkeit und Einheit zu verteidigen hat. Die sozialdemokratische Bewegung, welche in ihren letzten Zielen auf die Vernichtung aller Grundlagen unserer jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet ist, welche im Bunde mit den Revolutionären aller Länder die soziale Republik erstrebt, läßt schwere Erschütterungen unserer staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse befürchten. So ist es für alle konservativen Männer ernste Pflicht mit ganzer Hingebung einzutreten für die Grundlagen unseres Staatslebens — Kirche, Monarchie, Familie —, für die Wahrung unserer Gesittung und nationalen Einheit; zu wirken in der Gesinnung echten Christentums mit deutscher Treue für die Erhaltung des inneren Friedens im gesamten Leben des Volkes, und für die gleichmäßige Förderung der Wohlfahrt aller seiner Klassen.

Das alles fassen wir zusammen in dem alt bewährten Rufe „Mit Gott für König und Vaterland" und reichen zu gemeinsamer Arbeit denen die Hand, welche mit uns zusammenstehen „Für Kaiser und Reich!"

Die Reichspartei betont die Unterstützung der nationalen Politik des vom Kanzler beratenen Kaisertums, den Zusammenschluß der konservativen und gemäßigt-liberalen Elemente, die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Regierungen, des Reichstages und des Volkes, die durch die Weltlage gebotene Entwicklung der Wehrkraft zu Lande und zu Wasser, den Schutz der nationalen Arbeit durch eine weise wirtschaftliche Gesetzgebung die not-wendige Fürsorge für die Landwirtschaft, insbesondere den Bauernstand, sowie die Hebung des Handwerks durch vernünftige Ausgestaltung des Innungswesens, die Erhöhung der finanziellen Mittel durch stärkere Heranziehung des mobilen Kapitals, die Fernhaltung kirchenpolitischer Zwistigkeiten, die Förderung der Kolonialpolitik, die Bestrebungen für vermehrten Arbeiterschutz und für Erhaltung des sozialen Friedens gegenüber mutwilligen Ausständen. Schließlich spricht der Aufruf die Hoffnung aus, das deutsche Volk werde den Beweis liefern, daß es seine Wahlpflicht für die Verteidigung der nationalen Einheit, Freiheit und Macht auszuüben entschlossen sei.

Die Nationalliberalen berufen sich ebenfalls auf die Leistungen des Kartell-Reichstages, speziell auch auf die Invaliditäts-Versicherung, weisen auf die Verdächtigungen hin, daß die Kartell-Mehrheit die Volksrechte habe verkürzen oder Monopole einführen wollen, die nun zu Schanden geworden seien, verlangen weiteres Zusammenwirken einer staatserhaltenden Mehrheit „gleichviel ob von liberalen oder konservativen Grundanschauungen bestimmt" und sagen über die Aufgaben der Zukunft: „Er soll vor allem die Einheit des Rechts durch die Schaffung eines den heutigen Rechtsanschauungen entsprechenden bürgerlichen Gesetzbuchs in deutscher Sprache vollenden. Er soll das Werk der sozialen Reform, das der treuen Fürsorge des Kaiserlichen Enkels übergebene Vermächtnis des großen Gründers des Deutschen Reiches, seines ersten Kaisers, ausbauen, unter weiser Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, insbesondere im Wettbewerb mit dem Auslande. Die Bestrebungen zur Erweiterung und Durchführung eines angemessenen Schutzes der Arbeiter, wie solche von dem gesamten Reichstage wiederholt gutgeheißen wurden, sind zum Abschluß zu bringen.

Wie bisher erachten wir es für unsere Pflicht, den Staat und die Rechtsordnung gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie zu schützen und dazu wirklich unerläßlichen Machtmittel den Regierungen zu gewähren.

In der auswärtigen Politik werden wir auch fernerhin der bewährten Leitung unseres Reichskanzlers folgen. Ihr verdanken wir vor allem die Erhaltung des Friedens und als seine feste Bürgschaft den innigen Freundschaftsbund mit den Nachbar-Reichen Oesterreich-Ungarn und Italien.

Nachdem die geeinigte deutsche Nation gleich allen großen Völkern in Vergangenheit und Gegenwart, die ersten Schritte auf dem Gebiete überseeischer Kolonisation zur Erweiterung und Sicherung ihrer Erwerbsthätigkeit gethan hat, werden wir die vorsichtige, hierauf gerichtete Politik des Reiches auch weiter unterstützen, nicht minder die Teilnahme Deutschlands an den europäischen Bestrebungen zur Verbreitung christlicher Kultur in Afrika und zur Unterdrückung des Sklavenhandels, befördern.

Die großen außerordentlichen Bewilligungen für die bessere Ausrüstung unseres Heeres haben im wesentlichen ihren Abschluß gefunden. Es ist somit an der Zeit das Finanzwesen des Reichs namentlich durch Einführung einer regelmäßigen Schuldentilgung besser zu ordnen und daneben auf eine Erhöhung der Gehalte der unteren und mittleren Reichsbeamten Bedacht zu nehmen. Im übrigen ist die Reform der direkten Staats- und Kommunalsteuern behufs gerechterer Heranziehung der großen Einkommen und entsprechender Entlastung der Minderbegüterten in Stadt und Land die Aufgabe der Einzelstaaten.

Diese und andere Reformen sind nur erreichbar mit einem Reichstage, dessen Mehrheit, fern von allen persönlichen Gegensätzen und grundsätzlicher Opposition, unbefangen und unabhängig die Vorlagen der Reichsregierungen prüft und lediglich nach sachlichen Rücksichten entscheidet.

Für die Wahl einer solchen Mehrheit einzutreten, ist heute mehr als jemals die Pflicht aller Vaterlandsfreunde. Nicht im Interesse der Partei, für das Vaterland rufen wir unsere Freunde auf, daß ein jeder seine Schuldigkeit thue. Es ist Eure, es ist die Sache des Deutschen Reiches, um welche es sich handelt. Vereinigt Euch, bezeichnet den Mann Eures Vertrauens im Vereine mit den uns nahe stehenden Parteien, wirkt belehrend durch Wort und Schrift. Lasset Euch leiten durch die großen vaterländischen Gesichtspunkte, nicht durch kleine Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze.

So wird auch diesmal aus der Wahlurne eine Mehrheit hervorgehen, welche jeden Rückschritt zurückweist, fortschreitende Reformen durchzuführen im stande und gewillt ist, den Frieden unter allen Volksklassen erhält und befestigt, in allen Wechselfällen der Zukunft aber starke Bürgschaften bietet für die gedeihliche Entwickelung unseres Vaterlandes, die Sicherung von Kaiser und Reich."

Die deutschfreisinnige Partei sagt:

„Zum erstenmale wählt am 20. Februar d. J. das deutsche Volk einen Reichstag auf fünf Jahre.

In der Hand der aus dieser Wahl hervorgegangenen Vertretung liegen Wohl und Wehe der Nation nicht bloß für volle fünf Jahre; weit über diesen Zeitraum hinaus werden die Beschlüsse des neu gewählten Reichstages entscheidend sein für die Entwicklung des Reiches.

Unsere innere Politik bewegt sich in einer Richtung, welche der allgemeinen Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht entspricht.

Die Ausgaben und die Schulden des Reichs sind zu bedenklicher Höhe gewachsen. Die Forderungen für Heer und Flotte werden von Jahr zu Jahr in einem Maße gesteigert, welches die durch die Weltlage geforderten Opfer übersteigt.

Eine Kolonialpolitik, welche unberechenbaren Aufwand erheischen wird, hat die ihr anfänglich gesteckten bescheidenen Grenzen längst überschritten, ohne auch nur auf entfernte Zeiten gleichwertige Vorteile für unsern Handel und unsere Industrie in Aussicht zu stellen.

Das im Jahre 1879 eingeführte Finanz- und Steuerwesen hat zu steter Erhöhung der Abgaben und unzweckmäßiger Verwendung der Reichseinnahmen geführt. Weitere Erhöhungen der Ausgaben sind bei Fortsetzung der bisherigen Finanzpolitik zu erwarten.

Die den größten Teil der Einnahmen bildenden Steuern und Zölle sind in weitem Umfange auf Gegenstände des täglichen Verbrauchs gelegt, belasten unverhältnismäßig die ärmeren Klassen und verteuern deren Lebensunterhalt wesentlich auch zum Vorteile der durch Schutzzölle und Steuerbegünstigungen bevorzugten Industriellen und Großgrundbesitzer.

Die berechtigten Forderungen der Arbeiter bezüglich des Schutzes ihrer Arbeitskraft und Gesundheit und bezüglich der Ordnung gewerblicher Streitigkeiten finden kein geneigtes Gehör bei der Regierung.

Die Gesetzgebung über die Versicherung der Arbeiter trifft nicht die hauptsächlichsten Beschwerden und Notstände derselben und hat eine Gestaltung erhalten, welche zu umständlich und kostspielig ist, die arbeitenden Klassen in ihrer Freiheit beschränkt und von Selbständigkeit und Selbstverantwortung entwöhnt, der Gesamtheit aber Verpflichtungen auferlegt, die wiederum in der Hauptsache durch die auf die ärmeren Klassen gelegten Steuern gedeckt werden sollen.

Das Ausnahmegesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ist stets wieder verlängert. In der letzten Session ist sogar von den verbündeten Regierungen beantragt, das Gesetz, mit einigen untergeordneten Abschwächungen zu einem dauernden zu machen, obwohl dasselbe als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie sich als ungeeignet erwiesen, vielmehr deren Anhang vergrößert, die Verbitterung gesteigert und Justiz und Polizei vor Aufgaben gestellt hat, die sie in bedenkliche Wege drängen. Und doch ist die Verewigung eines solchen Ausnahmegesetzes nur darum nicht erfolgt, weil die Kartellparteien über den einzigen Punkt der Ausweisung sich in letzter Stunde nicht einigen mochten.

Die bevorstehenden Wahlen werden darüber entscheiden, ob eine Politik wie die gekennzeichnete, aufrecht erhalten und weiter geführt werden soll.

Solches ist die Absicht des Kartells, zu dem sich die konservativen und die nationalliberale Partei verbunden haben. Das Kartell ist für die Liberalen, die sich ihm anschließen, ein Verzicht auf jede selbständige Politik, auf die Geltendmachung der eigenen liberalen Grundsätze. Es kann, wie die abgelaufene Legislaturperiode erwiesen hat, auch für den neuen Reichstag nur den Erfolg haben, den konservativen Bundesgenossen zu dienen, welche ihrerseits die eigenen Ziele mit aller Rücksichtslosigkeit verfolgen.

Mit der Fortsetzung der bisherigen Politik ist die Aufrechterhaltung der Rechte des Volkes unverträglich. Der letzte Reichstag hat sie bereits verkürzt durch Verlängerung der Wahlperiode und durch eine Handhabung der Wahlprüfungen, welche den Beeinflussungen der Wahl einen weiten Spielraum gestattet. Neue Einschränkungen sind mit Sicherheit zu erwarten, wenn es nicht gelingt, die innere Politik in andere Bahnen zu lenken.

Die freisinnige Partei wird mit aller Kraft der Fortführung einer solchen für den inneren Frieden und das wirtschaftliche Gedeihen Deutschlands gefährlichen Politik entgegentreten. Auf dem Boden ihres Programms, an welchem sie festhält, wird sie suchen, die Gesetzgebung wieder in den Dienst der großen Aufgaben zu stellen, welche die Liberalen bei der Begründung des Reiches sich gesetzt haben: Deutschland nach außen stark, im Innern einig und zu einem Hort der Freiheit und des Friedens zu machen.

Der Zeitpunkt ist gekommen, den freiheitlichen Ausbau des Reiches auf Grund der gemachten Erfahrungen und mit schonender Berücksichtigung bestehender Verhältnisse, aber zielbewußt und kräftig wieder aufzunehmen.

Dies ist eine nicht in einer Legislaturperiode zu erledigende große Aufgabe. Als die zunächst in Angriff zu nehmenden Gegenstände erachten wir:

1. eine anderweitige Ordnung des Reichshaushalts, welche dem Reichstage die gebührende, allein die Innehaltung der notwendigen Sparsamkeit sichernde Einwirkung auf die Bewilligung und Verwendung der Einnahmen und damit auch die Möglichkeit gewährt, für wirklich notwendige Ausgaben die erforderlichen Mittel verfügbar zu haben;

2. die Erleichterung der — der Bevölkerung ungemein große persönliche Lasten auflegenden — Wehrpflicht durch Einführung solcher Einrichtungen in der Ausbildung der Mannschaften, welche ohne Schädigung der Kriegstüchtigkeit eine Abkürzung der Dienstzeit ermöglichen;

3. die Beseitigung bezw. Abänderung derjenigen Zölle und Steuern, welche den notwendigen Lebensunterhalt verteuern oder gewissen Klassen besondere Vorteile gewähren und die Rückkehr zu einer Zollpolitik, welche durch feste Tarifverträge dem Handel und der Industrie einen lohnenden Verkehr mit allen zivilisierten Ländern sichert und sie vor einseitigen plötzlichen Zollerhöhungen anderer Staaten möglichst schützt;

4. die Beseitigung des Sozialistengesetzes;

5. die Sicherung der Koalitionsfreiheit unter völliger Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer;

6. die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes insbesondere zu dem Zwecke, allen erlaubten Vereinen nicht bloß freie Bewegung, sondern auch eine gesicherte rechtliche Grundlage zu geben;

7. eine ausreichende Arbeiterschutzgesetzgebung;

8. auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung: Erhaltung, Stärkung und Weiterbildung der in ihr liegenden Keime freier Organisationen, damit dieselben allmählich an die Stelle der jetzigen Zwangseinrichtungen treten können. Daneben Pflege und Unterstützung aller aus den Kreisen der Be-

teiligten hervorgegangenen freien Vereinigungen, Genossenschaften, Unterstützungsvereine u. s. w.;

9. die Erhaltung der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit;

10. die Herstellung wirksamer Garantien für die völlig freie unbeeinflußte Ausübung des Wahlrechtes und die Gewährung von Diäten an die Volksvertreter;

11. die Verbesserung der Strafprozeßordnung, insbesondere verstärkte Bürgschaften für die gleichmäßige unparteiische Handhabung der Strafverfolgung, die Gewährung von Entschädigungen an die durch die Strafverfolgung zu Unrecht Geschädigten, die Verschärfung der Verantwortlichkeit der Beamten, namentlich die Sicherung des Ersatzes für die durch gesetzwidrige Ausübung der Amtsgewalt herbeigeführten Nachteile;

12. zur wirksamen Geltendmachung des gesetzlich zuständigen Einflusses des Reichstages auf die Reichsregierung: die Durchführung der Verantwortlichkeit des obersten Reichsbeamten.

Wenn der Reichstag bei Verfolgung dieser Ziele von der deutschen Nation getragen wird, so werden auch die verbündeten Regierungen auf die Dauer dem Verlangen nach diesen Reformen nicht widerstehen können.

In dem vollen Bewußtsein, daß wir in Treue zu Kaiser und Reich das Beste des deutschen Volkes erstreben, treten wir vor die Wähler und fordern sie auf, mit Eifer und mit freudiger Zuversicht für freisinnige Wahlen einzutreten und sich uns thätig anzuschließen, auf daß aus dieser Wahl eine Vertretung hervorgehe, die das Deutsche Reich nicht nur nach außen macht- und glanzvoll hinstellt, sondern auch in würdiger Weise dem deutschen Volke seinen Platz unter den der Freiheit teilhaftigen Völkern sichert."

Das Zentrum legt den Hauptnachdruck auf die kirchlichen und wirtschaftlichen Forderungen der Partei. Noch immer entbehre die Kirche der vollen Freiheit der Bewegung, während doch in ihrer und ihrer Organe unbehinderten Thätigkeit und der dadarch zu erhoffenden Kräftigung des christlichen Geistes das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu erkennen sei. Die Fraktion fordert „unter steter Wahrung des verfassungsmäßigen föderativen Grundcharakters des Deutschen Reichs" die Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere durch die bekannten im Reichstage wiederholt angenommenen Schutzgesetze, und erklärt sich bereit, auch ferner an Maßregeln zum Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zur Hebung des Handwerkerstandes teilzunehmen, während vor ungebührlicher Ausnützung der Vorteile der neuen Wirtschaftspolitik gewarnt, die größte Sparsamkeit empfohlen und Festhalten an den für die bürgerliche Freiheit bestehenden Garantien, versprochen wird. Wie bisher mögen die Wähler gleich der Fraktion furchtlos dem alten ruhmreichen Panier treu bleiben: „Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!"

Ueber die Sozialdemokraten vgl. Jahrg. 1889 7. Dezember.

23. Januar. (Reichstag.) Bei der zweiten Beratung des Sozialistengesetzes bringt die konservative Partei einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, insbesondere des Ausweisungsparagraphen ein. Trotz der Befürwortung des Ministers Herrfurth wird derselbe abgelehnt und das Gesetz gemäß den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

24. Januar. (Reichstag.) Der Reichshaushaltsetat

wird endgültig genehmigt; er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1,193,082,286 Mark. Der von den verbündeten Regierungen dem Reichstage vorgelegte Etatsentwurf balancierte mit 1,208,664,739 Mark. In dem vom Reichstage angenommenen neuen Etat für 1890/91 betragen die fortdauernden Ausgaben 852,151,865 Mark, die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 68,753,368 Mark, die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats 272,207,053 Mark, so daß die Gesamtausgabe sich auf 1,193,082,286 Mark beläuft. Dieselbe hat in der dritten Lesung des Etats gegenüber den Beschlüssen der zweiten Lesung eine Erhöhung von 333,000 Mark erfahren, und zwar dadurch, daß einmal in den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats die 187,000 Mark für das Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes neu eingestellt und daß für das Dienstgebäude der Post in Frankfurt a. M. nicht 300,000 Mark gestrichen wurden, sondern nur 154,000 Mark, demnach 146,000 Mark neu einzustellen waren. Entsprechend der Ermäßigung der Gesamtausgaben im Etat sind auch die Einnahmen aus Matrikularbeiträgen und Anleihebeträgen herabgesetzt worden, so daß der Etat nunmehr in Einnahme und Ausgabe sich auf 1,193,082,286 Mark beläuft.

Der Antrag Richter betreffend Herabsetzung der Kohlenfrachttarife auf den deutschen Eisenbahnen wird abgelehnt.

24. Januar. Dem Abgeordnetenhause geht eine Denkschrift des Kultusministers über die praktische Vorbildung zum höheren Schulamte zu.

24. Januar. Ein Kronrat unter Vorsitz des Kaisers und unter Teilnahme des Fürsten Bismarck behandelt die Verlängerung und Modifikation des Sozialistengesetzes.

24. Januar. Zwischen Preußen und Belgien kommt ein Teilungsvertrag betreffend das neutrale Gebiet Moresnet zu stande.

25. Januar. (Reichstag.) Bei der dritten Lesung des Sozialistengesetzes erregt es Aufsehen, daß Fürst Bismarck sich an der Beratung nicht beteiligt. Viel bemerkt wird eine Rede des Prinzen Carolath (Reichspartei). Schließlich wird das Gesetz mit 167 gegen 98 Stimmen abgelehnt, da die konservative Partei gegen das Gesetz in seiner beschränkten Form votiert.

25. Januar. Der Reichstag wird im Weißen Saale durch den Kaiser persönlich mit folgender Rede geschlossen:

Geehrte Herren! Sie stehen am Schlusse der siebenten Legislaturperiode des Reichstags. Die verflossenen drei Jahre bilden in der Entwick-

lung des Reichs einen Abschnitt von so hervorragender Bedeutung, daß es Mir Herzensbedürfnis ist, von dieser Stelle aus in Erinnerung zu bringen, zu welchen Ergebnissen für das Vaterland Ihre und der verbündeten Regierungen gemeinsame Thätigkeit geführt hat. Durch den Hintritt Meines Hochseligen Großvaters und Vaters, der beiden ersten deutschen Kaiser gesegneten Andenkens, ist das Reich schwer betroffen worden, aber erhebend haben sich bei diesem Anlaß die Treue und der starke monarchische Sinn des Volkes kundgegeben. Vor Ihnen, als den berufenen Vertretern des Volkes, sei dafür noch einmal Mein kaiserlicher Dank ausgesprochen.

Wenn die Veränderungen, welche in schneller Folge sich an den Heimgang der Kaiser Wilhelm und Friedrich knüpften, in Frieden sich vollzogen haben, so gebührt die Anerkennung dafür auch dem Reichstage, dessen einsichtige Vaterlandsliebe bereitwillig mitgewirkt hat, um unsere Wehrkraft zu stärken und dauernd sicherzustellen. Sie haben, geehrte Herren, durch Ihre Beschlüsse dazu beigetragen, dem Reich die Weltstellung zu gewährleisten, vermöge deren es zur Erfüllung der Aufgabe befähigt wird, mit dem ihm im Rate der Völker gebührenden Gewichte für die Güter des Friedens und der Gesittung erfolgreich einzutreten.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Gesetzgebung durch Ihre Mitwirkung wesentlich gefördert worden. Insbesondere gereicht es Mir zur Genugthuung, daß durch die Erweiterung der den Innungen zustehenden Befugnisse dem Handwerkerstande die Möglichkeit erleichtert worden ist, seine Widerstandskraft und sein wirtschaftliches Gedeihen durch den Zusammenschluß zu gemeinsamer Thätigkeit kräftiger als bisher zu fördern. Mit besonderer Befriedigung habe Ich die fortschreitende Durchführung der in der Botschaft Meines Hochseligen Herrn Großvaters vom Jahre 1881 ausgesprochenen Gedanken durch den weiteren Ausbau der Unfallversicherungs-Gesetzgebung und namentlich durch die Vereinbarung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes begrüßt. Den der Fürsorge vorzugsweise bedürftigen Gliedern des Volkes ist dadurch für die Sicherung ihrer Zukunft eine Gewähr geboten, welche für den inneren Frieden des Vaterlandes von guten Erfolgen begleitet sein wird. Bleibt auch auf diesem Gebiete noch vieles zu thun übrig, so bin Ich doch überzeugt, daß der Anteil, welchen der Reichstag an dem bereits Erreichten hat, im Volke nicht vergessen werden wird. Auf den gewonnenen Grundlagen wird sich weiter bauen lassen, um den arbeitenden Klassen die Gewißheit zu verschaffen, daß die gesetzgebenden Gewalten für ihre berechtigten Interessen und Wünsche ein warmes Herz haben und daß eine befriedigende Gestaltung ihrer Lage nur auf dem Wege friedlicher und gesetzmäßiger Ordnung zu erreichen ist. Es ist Mein dringender Wunsch und Meine Hoffnung, daß es dem folgenden Reichstage gelingen möge, im Verein mit den verbündeten Regierungen für die auf diesem Felde notwendigen Verbesserungen wirksame gesetzliche Formen zu schaffen. Ich betrachte es als Meine ernste und erhabene Aufgabe, auf die Erfüllung dieser Hoffnung hinzuwirken.

Durch die Beseitigung der Witwen- und Waisengeldbeiträge ist unter Ihrer Mitwirkung den Beamten eine nicht zu unterschätzende Wohlthat erwiesen. Reicht dieselbe auch nicht hin, um allen berechtigten Wünschen der minder günstig gestellten Beamtenklassen zu genügen, so haben Sie doch durch Ihr Votum den verbündeten Regierungen die mit Dank zu begrüßende Gewißheit verschafft, daß deren auf eine hinreichende Verbesserung der untern und mittlern Stellen gerichteten Bestrebungen auf die Zustimmung des Reichstages und damit auf baldige Verwirklichung rechnen dürfen.

Für Ihre nunmehr abgeschlossene treue und mühevolle Arbeit danke Ich Ihnen in Meinem und im Namen Meiner hohen Verbündeten. Ich

entlasse Sie mit dem Wunsche, daß das fortschreitende friedliche Gedeihen des Vaterlandes und die daraus erwachsende Zufriedenheit der Bevölkerung uns als willkommener Lohn Ihrer Thätigkeit beschieden sein möge!

Aus dem völligen Schweigen der Thronrede betreffs des Sozialistengesetzes wird auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung geschlossen.

26. Januar. (Bochum.) Die Delegiertenversammlung der Arbeiter hält an den von den Arbeitgebern zurückgewiesenen Forderungen, insbesondere der Erhöhung des Lohnes um 50 Proz. fest, sieht aber von einem Strike zunächst ab.

26. Januar. (Eschweiler.) Die Bergarbeiterversammlung des örtlichen Vereins beschließt vom 1. Februar ab zu streiken, falls die Forderungen der Arbeiter bis dahin nicht befriedigt sind.

29. Januar. Anläßlich der Behauptung oppositioneller Blätter, die Regierung werde sich zu den Nationalliberalen wegen der Abstimmung über das Sozialistengesetz feindlich verhalten, schreibt die „Nordd. Allg. Zeitung“:

„Die Regierung sah in der sozialistischen Bewegung eine Gefahr für den Staat und für die Zivilisation, der gegenüber sie das seit einem Jahrzehnt bestehende Maß von Schutz nicht abschwächen darf, ohne der Nation gegenüber für die Folgen dieser Abschwächung verantwortlich zu werden. Hätte der Reichstag selbständig einen Beschluß zu stande gebracht, welcher den Regierungen weniger gegeben hätte, als sie gefordert hatten, so wären letztere in die Lage gekommen, sich zu entschließen, ob sie utiliter acceptieren wollten, was der Reichstag anbot, und lieber ein ihrer Meinung nach unzulängliches Schutzgesetz annehmen, als zeitweis ganz ohne solches bleiben wollten. Etwas anderes aber war es, von den Regierungen zu verlangen, daß sie selbst freiwillig ihre Vorlage verschlechtern und die Verantwortlichkeit für die Verschlechterung mit dem Reichstage teilen sollten. Die Nationalliberalen beurteilen die sozialdemokratische Bewegung bisher noch anders. Sie schätzen die Gefahr, mit welcher die Gesellschaft von derselben bedroht ist, geringer und sind bereit, die Ablehnung des § 24 der Sozialistenvorlage vor ihren Wählern zu vertreten. Diese Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der nationalliberalen Partei wird durch die Ereignisse der Zukunft früher oder später ausgeglichen werden, aber ihr heutiges Bestehen zu einer Feindschaft aufbauschen zu wollen, ist ein unehrliches Parteibestreben, durch welches weder die Festigkeit des Kartells noch die Stellung der Kartellparteien zur Regierung geschädigt werden wird.“

29. Januar. Zur Reichstagswahl schreibt die „Kreuzzeitung“:

Wie können diejenigen noch zusammengehen, die über diesen Kardinalpunkt (nämlich die Ausweisungsbefugnis) verschieden denken? Von irgendwelcher ferneren Nachgiebigkeit nationalliberalen und freikonservativen Anforderungen gegenüber darf auf konservativer Seite jetzt selbst da keine Rede mehr sein, wo man das äußerste Entgegenkommen bisher für patriotische Pflicht gehalten hat. Worauf es nunmehr ankommt, ist, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß ein Reichstag gewählt werde, der das Sozialistengesetz in einer der Regierung genehmen Fassung annimmt. Wollen sich die Nationalliberalen dem nicht noch nachträglich anbequemen, was ihnen glücklicherweise

unbenommen bleibt, so würden sie gradezu als Gegner behandelt werden müssen.

29. Januar. (Posen.) Der polnische Rechtsschutzverein stellt wegen Mangels an Mitteln seine Thätigkeit ein.

30. Januar. (Schlesien.) Der Oberpräsident von Schlesien erklärt in der Antwort auf die Beschwerde des Oberschlesischen Arbeitervereins an den Minister Maybach über die Beschäftigung ausländischer Bergarbeiter dieselbe für unbegründet. Die wenigen italienischen Arbeiter seien unentbehrlich, die galizischen bereits ausgewiesen, die russischen kehrten abends nach Hause zurück und könnten nicht ausgewiesen werden.

31. Januar. Fürst Bismarck wird der Leitung des Ministeriums für Handel und Gewerbe entbunden, und an seiner Stelle der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Berlepsch ernannt.

In der Presse erfährt dieser Wechsel die Auslegung, daß im Gewerbewesen, speziell in der Arbeiterschutzfrage eine andere Richtung eingeschlagen werden soll.

31. Januar. Der Kaiser verleiht der Stadt Hannover den Titel „Haupt- und Residenzstadt".

3. Februar. Die „Nordd. Allg. Zeitung" erklärt die von den Zeitungen zu dem Wechsel im Handelsministerium geäußerten Vermutungen für grundlos.

Die Wahrheit sei, daß Fürst Bismarck seit Jahr und Tag das Bedürfnis gehabt habe, seinen Wirkungskreis einzuschränken. Demselben Wunsch sei schon der Versuch entsprungen, in den Kolonialsachen verantwortlich vertreten zu werden, weil der Umfang derselben in den letzten Jahren über das ursprüngliche Programm hinausgegangen sei. Dies sei heute noch nicht erreichbar gewesen, weil nur durch Schaffung eines selbständigen, nach den Grundsätzen des Stellvertretungsgesetzes hergestellten Kolonialamts möglich. Daher sei der Wunsch nach Entbindung von dem Posten des Ministers für Handel und Gewerbe entsprungen, nachdem die Aufgaben desselben durch die Streik-Bewegungen und die anschließenden Fragen einen solchen Umfang erreicht, daß Fürst Bismarck nicht geglaubt habe, dieser Behörde ferner im Nebenamte vorstehen zu können. Daher habe er sofort nach seiner Rückkunft in der ersten Audienz beim Kaiser gebeten, den Kreis seiner Thätigkeit durch Wiederbesetzung des Handelsministeriums mit einem selbständigen Chef einzuschränken, und übereinstimmend mit dem Staatsministerium den Oberpräsidenten v. Berlepsch empfohlen. Die Motive seien also einfache und natürliche. Das Staatsministerium habe außerdem die Frage der Erweiterung des Wirkungskreises des Gewerbe-Ministeriums beim Kaiser bereits angeregt.

3. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Bei Gelegenheit einer Debatte über die zu erwartende Steuerreform erklärt Minister v. Scholz, keinerlei Mitteilung über diese machen zu können.

3. Februar. (München.) Der Ausschuß der Reichsratskammer erklärt die Resolution des Abgeordnetenhauses, das königliche Plazet beziehe sich nicht auf Glaubenssachen, für nicht verfassungsmäßig.

3. Februar. (Essen.) Der im vorigen Jahre von Kaiser Wilhelm als Vertreter der Arbeiter empfangene Bergmann Schröder erklärt sich offen als Sozialdemokrat.

4. Februar. (München.) Freiherr v. Stauffenberg erklärt als Referent für den Eisenbahnetat die in deutschen Blättern vielfach gegen die bayerische Eisenbahnverwaltung gerichteten Vorwürfe großenteils für grundlos.

5. Februar. Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht folgende kaiserliche Erlasse:

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage ich Sie, die Kabinette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Anteil nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Berlin, 4. Februar 1890. Wilhelm. I. R.

An den Reichskanzler.

Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung Unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächern Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weitern Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet

sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letztern Fühlung zu behalten. Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen und für den Privat-Bergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrik-Inspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1869 bestanden hat. Zur Vorberatung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrat unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letztern behalte Ich Meiner Bestimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.

Berlin, 4. Februar 1890. Wilhelm R.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten
und für Handel und Gewerbe.

5. Februar. Sämtliche Blätter sehen in den Kaiserlichen Erlassen Akte von epochemachender Bedeutung, weisen aber auf die großen praktischen Schwierigkeiten und den Gegensatz zu den bisherigen Anschauungen des Reichskanzlers hin. Freisinnige Blätter, wie auch die „Nationalzeitung" vermissen die ministerielle Gegenzeichnung. Die „Kölnische Zeitung" führt dagegen aus, die Erlasse seien nicht gesetzgeberische Akte, sondern bloß persönliche Anweisungen an die Minister, die naturgemäß von niemandem kontrasigniert sein könnten. Einzig die „Nordd. Allg. Zeitung" schweigt gänzlich über die Erlasse; dagegen schreibt sie:

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen hat Eugen Richter es wohl für taktisch richtig erachtet, gegen den Reichskanzler den Verdacht zu erregen, als ob er beabsichtigt hätte, der Arbeiterbewegung im Mai mit der Verhängung des Belagerungszustandes entgegenzutreten. In Wahrheit hat keiner der Minister eine solche Maßregel beabsichtigt oder gebilligt; sie haben

dieselbe im Gegenteil, nachdem sie von anderer Seite angeregt war, einstimmig abgelehnt. Die Enthebung des damaligen Oberpräsidenten von Westfalen von seinem Amte wurde gerade dadurch veranlaßt, daß derselbe für angezeigt hielt, den Belagerungszustand über das Streikgebiet zu verhängen. Am entschiedensten hat gerade der Kanzler diesen Gedanken bekämpft; derselbe stand im geraden Widerspruch mit der noch heute von ihm vertretenen Auffassung, daß die Regierung dem Streik gegenüber sich darauf beschränken solle, Personen und Eigentum sowie das Arbeitsrecht der nicht streikenden Arbeiter zu schützen, im übrigen aber sich jeder Intervention zu enthalten. Auch das ist unwahr, daß die fernere Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung an dem persönlichen Widerstreben des Fürsten Bismarck ein Hindernis gefunden habe. In der Sitzung des Reichstages vom 9. Mai 1885 hat der Reichskanzler seine Stellung zu der wichtigsten Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung, der der Sonntagsruhe, eingehend dargelegt. Nach jenen Auslassungen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Reichskanzler kein prinzipieller Gegner der obligatorischen Sonntagsruhe ist. Man braucht nur die Verhandlung durchzulesen, um sich zu überzeugen, daß es gerade der Reichskanzler war, welcher bei der Diskussion der Frage der obligatorischen Sonntagsruhe die wirklichen Interessen der Arbeiter vertrat.

Hiegegen wird eingewandt, daß der Kanzler damals im Interesse des Verdienstes der Arbeiter sich gerade gegen die obligatorische Sonntagsruhe ausgesprochen habe.

6. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Der Antrag Brömel, Erwägungen über Vereinfachung und Herabsetzung der Eisenbahntarife eintreten zu lassen, wird an eine Kommission verwiesen.

6. Februar. (München.) Der Ausschuß der Reichsratskammer erklärt die Frage, ob die Altkatholiken eine eigene, von der Katholischen Kirche unterschiedene Religionsgemeinschaft bilden, für noch nicht entschieden.

8. Februar. Fürstbischof Kopp von Breslau veröffentlicht einen Erlaß, worin er die katholischen Wähler abmahnt, Sozialdemokraten in den Reichstag zu wählen.

9. Februar. Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts ergibt, daß die Zahl der im Jahre 1889 zur Kenntnis gelangten Unfälle 173,106, die der entschädigten Unfälle 31,439 betrug. Davon hatten zur Folge 5166 den Tod, 3003 eine dauernde völlige, 15,699 eine dauernde teilweise und 7571 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit; die 1889 verausgabten Entschädigungen betrugen nach vorläufiger Ermittlung 14,216,422 Mark gegen 9,681,447 Mark im Jahre 1888, 5,932,930 Mark im Jahre 1887 und 1,915,366 Mark im Jahre 1886.

9. Februar. Unterstaatssekretär Bosse wird zum Staatssekretär des Staatsrats ernannt; ferner zu Mitgliedern: Fürst von Pleß, Oberstjägermeister, Generallieutenant à la suite der Armee,

Freiherr v. Stumm, Geheimer Kommerzienrat auf Halberg, Kreis Saarbrücken, Krupp, Geheimer Kommerzienrat zu Essen, Hinzpeter, Geheimer Oberregierungsrat zu Bielefeld, Freiherr v. Huene, Rittergutsbesitzer, Major a. D. zu Groß-Mahlendorf bei Grüben, Dr. Ritter, Generaldirektor zu Schloß Waldenburg in Schlesien, Jencke, königlich sächsischer Geheimer Finanzrat a. D., Graf Douglas zu Aschersleben, A. v. Heyden, Professor zu Berlin.

10. Februar. (München.) Die Kammer der Reichsräte nimmt die Ausschußanträge bezüglich des Plazet und der Altkatholiken an (vgl. 6. Februar).

11. Februar. Der Kaiser eröffnet den Staatsrat mit folgender Rede:

Meine Herren Mitglieder des Staatsrats! Durch Meinen Erlaß vom 4. ds. sind Sie davon unterrichtet worden, daß es Mein Wille ist, das Gutachten des Staatsrats über diejenigen Maßnahmen zu hören, welche zur bessern Regelung der Verhältnisse des Arbeiterstandes erforderlich sind. Es entspricht der Bedeutung, welche der Staatsrat in der Monarchie einnimmt, daß die wichtigen, auf diesem Gebiete einer gedeihlichen Lösung harrenden Fragen von Ihnen einer gründlichen Erwägung unterzogen werden, bevor die aufzustellenden Gesetzentwürfe an die parlamentarischen Körperschaften gelangen, denen die endgültige Beschlußfassung darüber verfassungsmäßig zusteht. Ich lege Wert darauf, daß der aus den verschiedensten Berufskreisen zusammengesetzte Staatsrat auf Grund der in ihm vertretenen praktischen Erfahrungen die von Mir in Aussicht genommenen Vorschläge auf ihre Zweckmäßigkeit, Ausführbarkeit und Tragweite einer gewissenhaften und vorurteilsfreien Prüfung unterzieht.

Ernst und verantwortungsvoll ist die Aufgabe, zu deren Lösung Ich Sie hierher entboten habe. Der den Arbeitern zu gewährende Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, der Umfang der mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und der natürlichen Entwicklungsgesetze einzuschränkenden Kinderarbeit, die Berücksichtigung der für das Familienleben in sittlicher und wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellung der Frauen im Haushalte der Arbeiter und andere damit zusammenhängende Verhältnisse des Arbeiterstandes sind einer verbessernden Regelung fähig.

Dabei wird mit sachkundiger Besonnenheit erwogen werden müssen, bis zu welcher Grenze unsere Industrie eine durch strengere Vorschriften zu Gunsten der Arbeiter erhöhte Belastung der Produktionskosten ertragen kann, ohne durch Wettbewerb auf dem Weltmarkte die lohnende Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt zu sehen. Dadurch würde statt der von Mir erstrebten Förderung eine Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt werden.

Um diese Gefahr zu vermeiden, bedarf es eines Maßes weiser Besonnenheit. Denn die glückliche Lösung dieser unsere Zeit beherrschenden Fragen ist um so wichtiger, als dieselbe mit der von Mir angeregten internationalen Verständigung über dieselben in ersichtlicher Wechselwirkung steht. Nicht minder wichtig für die Sicherung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind die Formen, in welchen den Arbeitern damit die Gewähr dafür zu bieten ist, daß sie durch Vertreter, die ihr Ver-

trauen besitzen, an der Regelung ihrer gemeinsamen Thätigkeit beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen in Verhandlung mit den Arbeitgebern befähigt werden.

Es wird zu erstreben sein, die Vertretungen der Arbeiter mit den staatlichen Berg- und Aufsichtsbeamten in Verbindung zu setzen und auf diese Weise Formen und Ordnungen zu schaffen, durch welche den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Interessen ermöglicht und den staatlichen Behörden Gelegenheit geboten wird, durch Anhörung der unmittelbar Beteiligten fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zuverlässig unterrichtet zu werden und mit den letztern die wünschenswerte Fühlung zu behalten. Auch die weitere Entwicklung der staatlichen Betriebe zu mustergültigen Vorbildern einer wirksamen Arbeiterfürsorge bedarf der eingehendsten sachkundigen Erwägung.

Ich vertraue auf die bewährte treue Hingebung des Staatsrats bei den Arbeiten, die ihm jetzt bevorstehen. Ich verkenne nicht, daß gerade auf diesem Gebiete nicht alle wünschenswerten Verbesserungen allein durch staatliche Maßnahmen zu erreichen sind. Der freien Liebesthätigkeit der Kirche und Schule verbleibt daneben ein weites Feld segensreicher Entfaltung, durch welche die gesetzlichen Anordnungen unterstützt und befruchtet werden müssen, um zu voller Wirksamkeit zu gelangen.

Aber wenn es mit Gottes Hilfe gelingt, die berechtigten Interessen des arbeitenden Volkes auf Grund der von Ihnen zu machenden Vorschläge zu befriedigen, so wird Ihre Arbeit Meines Königlichen Dankes und der Anerkennung der Nation gewiß sein dürfen. Die Ihrer Beratung zu unterstellenden Vorlagen werden Ihnen unverweilt zugehen. Ich bestimme zur Teilnahme an der Beratung die beiden Abteilungen für Handel, Gewerbe, öffentliche Bauten, Eisenbahnen und Bergbau und für Angelegenheiten der inneren Verwaltung, denen Ich eine Anzahl sachkundiger Personen zuweisen werde.

Die Mitglieder dieser Abteilungen ersuche Ich, sich am 26. ds. 11 Uhr in den ihnen zu bezeichnenden Räumlichkeiten zu versammeln.

Zum Referenten bestimme Ich den Oberbürgermeister Miquel und zum Korreferenten den Geheimen Finanzrat Jencke.

Ich behalte Mir vor, nach Abschluß der Abteilungsberatungen den Wiederzusammentritt des Staatsrats zu bestimmen und wünsche Ihnen zu Ihrer Arbeit den Segen von oben, ohne welchen menschliches Thun niemals gedeihen kann.

11. Februar. Durch den Abgeordneten v. Eynern wird folgende private Aeußerung des Kaisers bekannt:

Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen für die Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Klassen ernten, in diesen Bestrebungen werde Ich nicht erlahmen. Ich habe die Ueberzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zu dem Ziele führen wird, die arbeitenden Klassen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen Mir für alles, was wir thun, ein ruhiges Gewissen.

11. Februar. (München.) Die Kammer der Reichsräte erklärt sich gegen die Zulassung der Redemptoristen im deutschen Reiche.

12. Februar. Verschiedene Blätter sehen in der kaiserlichen Rede eine Einschränkung des Inhaltes der Erlasse, welche sie dem Einflusse des Fürsten Bismarck zuschreiben.

12. Februar. Die „Tägliche Rundschau" berichtet folgendes bezüglich der kaiserlichen Erlasse:

„Als Fürst Bismarck kurz vor Schluß des Reichstags von Friedrichsruh hier eintraf, war ihm die Absicht des Kaisers, in einer Ansprache an das Volk sein Verhalten gegenüber der sozialistischen Bewegung klarzulegen, genau bekannt, und ebenso war der Monarch auf den Entschluß des Kanzlers, sein Amt als Handelsminister niederzulegen, durchaus vorbereitet. Des Kanzlers Vorhaben entsprang nicht dem Gefühl der Ermüdung und dem Verlangen nach Entlastung von einem gewichtigen Teil preußischer Geschäfte, sondern es drängte sich ihm nach den Grundzügen der beiden Erlasse die politische Notwendigkeit auf, das Handelsministerium an einen besonderen Minister abzugeben. Die Hauptsätze der kaiserlichen Kundgebung hatten zum Verfasser den Kaiser selbst, der hierbei von den Gesichtspunkten sich hatte leiten lassen, die sich ihm aus dem Vergleich der Berichte der Grubenbesitzer mit den Darlegungen der Bergarbeiter hatten aufdrängen müssen." .... Der Kanzler bestand nun sofort darauf, daß in der Thronrede vom Sozialistengesetz nicht die Rede sein sollte, schon damit die Ansprachen des Kaisers durch voraufgegangene Erklärungen nicht eine Abschwächung erführen, und bevor hierüber eine Verständigung erfolgte, war die Schließung des Reichstages unmittelbar bevorstehend. Es ist richtig, daß nicht mehr die Zeit blieb, dem Kaiser ein gedrucktes Exemplar der Thronrede zu überreichen: er war genötigt, die Schlußrede nach einer Abschrift des vereinbarten Textes zu verlesen. Zwei Tage nach dem Reichstagsschluß wurde nun an die Fassung der Erlasse herangegangen und rühren einzelne Aenderungen des Kaiserlichen Entwurfs vom Kanzler her, der unter Vorwissen des Bundesrats wie des preußischen Staatsministeriums Zusätze und Abstriche vornahm, so war doch alles Wesentliche unverändert geblieben, so daß in jedem Betracht von Kaiserlichen Erlassen gesprochen werden muß. Vereinbart wurde das Wegbleiben jedweder Gegenzeichnung und die Veröffentlichung durch den „Staats- und Reichsanzeiger." Wie es nicht anders sein konnte, ging das Manuskript der Erlasse dem amtlichen Blatte vom Fürsten Bismarck zu, der als Kanzler und preußischer Ministerpräsident Herr des „Reichs- und Staatsanzeigers" ist. Die kanzlerischen Aenderungen des kaiserlichen Textes bezweckten, den weiteren Entschließungen der Krone die Freiheit der Entschließung zu sichern. Von grundsätzlichen Einreden des ersten Ministers im Reiche und in Preußen war zu keiner Zeit auch nur das Geringste bekannt geworden, eben weil an den Vorbesprechungen Fürst Bismarck nicht mehr Teil nahm. Hätte er dies Nebenamt behalten, so würde er dem Inhalt der Erlasse nicht haben zustimmen können, und um die Kabinetsfrage zu stellen, waren die streitigen Punkte dem Kanzler nicht durchschlagend genug. Die Idee, mit den Erlassen zunächst den Staatsrat zu befassen, entsprang dem Wunsche, die eigentlich amtlichen Erwägungen zeitweilig vertagt zu wissen. Die etwaigen Beschlüsse des Staatsrats sind für keinen der offiziellen Faktoren verbindlich, und es wird also Zeit gewonnen, um endliche Entschließungen erst fassen zu brauchen, nachdem über Zweck und Ziel der Erlasse das Urteil weithin sich geklärt hat. Der Kanzler erachtet die moralische Wirkung der Erlasse für so erheblich, daß der Ausspruch, dieser ideale Punkt, nicht der Umfang der thatsächlichen Ergebnisse, sei die Hauptsache, auf ihn zurückgeführt wird."

13. Februar. (München.) Abgeordnetenhaus. Bei Beratung des Kultusbudgets erklärt Minister Crailsheim bezüglich der Altkatholikenfrage:

Die Regierung werde sich an die Kirchenbehörden wenden und gegebenenfalls die Altkatholiken als eine eigene Religionsgesellschaft erklären; sobald diese Regelung eingetreten, werde die Regierung einen vom Katholizismus zum Altkatholizismus übertretenden Geistlichen als abtrünnig betrachten und unter Umständen auf Anrufen der Kirchenbehörde von seinen Pfründen entfernen. Weiter als zu dieser Abstellung des thatsächlichen Zustandes könne die Regierung nicht gehen, im Prinzip müsse sie an ihrer Rechtsauffassung betreffs des Placets festhalten.

Die Majorität des Hauses erklärt sich auch durch diese Konzessionen noch nicht für befriedigt.

14. Februar. (Breslau.) Unter Berufung auf die kaiserlichen Erlasse petitionieren sämtliche Arbeiter und Handwerker der Eisenbahnwerkstätten um Gehaltsaufbesserung.

14. Februar. Freiherr v. Hammerstein erläßt folgende Erklärung:

Zu Nr. 45 der Kölnischen Zeitung findet sich die angeblich aus der Gütersloher Zeitung entnommene Nachricht ich hätte die Absicht geäußert, im Fall meiner Wahl zum Reichstage „mit dem rechten Flügel aus der deutschkonservativen Fraktion auszuscheiden und mit den reaktionären Elementen des Zentrums eine neue Parteigruppe zu bilden.“ Diese Nachricht ist durchaus unwahr.

15. Februar. Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht zwei kaiserliche Kabinetsordres.

I. betreffend die Organisation des Kadettenkorps 2c.:

„Ich erachte es für notwendig, daß das Kadettenkorps auf der Grundlage, welche Se. Majestät der Kaiser und König Wilhelm I., Mein in Gott ruhender Herr Großvater, in nie rastender Fürsorge für die Wohlfahrt der Armee durch Einführung des Lehrplanes der Realgymnasien ihm gegeben hat, nach folgenden Gesichtspunkten noch eine weitere Ausgestaltung und Vertiefung seiner Lehraufgabe erfahren soll: 1) Zweck und Ziel aller, namentlich aber der militärischen Erziehung ist die auf gleichmäßigem Zusammenwirken der körperlichen, wissenschaftlichen und religiös sittlichen Schulung und Zucht beruhende Bildung des Charakters. Keine Seite der Erziehung darf auf Kosten der anderen bevorzugt werden. Der wissenschaftliche Lehrplan des Kadettenkorps stellt aber nach Meinen Wahrnehmungen gegenwärtig zu weitgehende Anforderungen an eine große Zahl von Zöglingen. Die Lehraufgabe muß durch Ausscheidung jeder entbehrlichen Einzelheit, insbesondere durch gründliche Sichtung des Memorirstoffes durchweg vereinfacht werden, so daß auch minder beanlagte Schüler bei entsprechendem Fleiße dem Unterricht ohne Ueberanstrengung folgen und den gesamten Lehrgang in der vorgeschriebenen Zeit zurücklegen können. Was der Unterricht hiedurch an Ausdehnung verliert, wird er an Gründlichkeit gewinnen. Nach diesem Gesichtspunkte werden die Lehrer in allen Fächern und auf allen Stufen ihre Methode fortan einzurichten haben. 2) Bei aller Vereinfachung muß der Unterricht indessen noch mehr dahin nutzbar gemacht werden, daß die Kadetten nicht allein die für den militärischen Beruf unmittelbar erforderlichen Vorkenntnisse und Fertigkeit gewinnen, sondern auch ein geistiges Rüstzeug erhalten, welches sie befähigt, selber dereinst in der Armee, der großen Schule der Nation, sittlich erziehend und belehrend zu wirken, oder falls sie später in einen anderen als den militärischen Beruf übertreten, auch

da ihren Platz auszufüllen. Im Religionsunterricht ist die ethische Seite desselben hervorzuheben und das Hauptgewicht darauf zu legen, daß die Zöglinge in Gottesfurcht und Glaubensfreudigkeit zur Strenge gegen sich, zur Duldsamkeit gegen andere erzogen und in der Ueberzeugung befestigt werden, daß die Bethätigung der Treue und Hingabe an Herrscher und Vaterland, gleichwie die Erfüllung aller Pflichten auf göttlichen Geboten beruht. Der Geschichtsunterricht muß mehr als bisher das Verständnis für die Gegenwart und insbesondere für die Stellung unseres Vaterlandes in derselben vorbereiten. Demzufolge wird die deutsche Geschichte insbesondere die der neueren und neuesten Zeit, stärker zu betonen, die alte Geschichte und die des Mittelalters aber vornehmlich in dem Sinne zu lehren sein, daß der Schüler durch Beispiele auch aus jenen Epochen für Heldentum und historische Größe empfänglich gemacht wird, sowie eine Anschauung von den Wurzeln und der Entwickelung unsrer Kultur gewinnt. Die Erdkunde, die politische wie die physikalische, hat auf der untersten Stufe von der Heimat ausgehend, zunächst den geschichtlichen Unterricht auf den verschiedenen Lehrstufen zu ergänzen und zu unterstützen. Das weitere Ziel des geograpischen Unterrichts ist, daß der Schüler mit seinem Vaterlande und dessen Eigenart aufs innigste vertraut wird, aber auch das Ausland verstehen und würdigen lernt. Das Deutsche wird Mittelpunkt des gesamten Unterrichts. Der Schüler ist in jedem Lehrgegenstande zum freien Gebrauche der Muttersprache anzuleiten. In den deutschen Lehrstunden selbst gleichwie im Litteratur-Unterricht ist bei Auswahl der Lesestücke, Vorträge und Aufsätze neben dem klassischen Altertum, seiner Sagen- und Kulturwelt, auch den germanischen Sagen, sowie den vaterländischen Stoffen und Schriftwerken ganz besondere Berücksichtigung zuzuwenden, der Schüler aber auch mit dem geistigen Leben der anderen wichtigen Kulturvölker der Gegenwart durch Einführung in einzelne Meisterwerke ihrer Litteratur bekannt zu machen. Im Unterricht der neueren Fremdsprachen ist von den ersten Stufen an die Anregung und Anleitung der Kadetten zum praktischen Gebrauche der Sprachen im Auge zu behalten. Inwieweit Ich für jetzt eine teilweise Aenderung der Lehrpläne des Kadettenkorps geboten erachte, wird Ihnen durch das Kriegsministerium demnächst bekannt gegeben werden. Ich habe durch Vorstehendes den zur Erziehung und Unterweisung der Kadetten berufenen Organen weitere Aufgaben zugewiesen, welche an ihre Einsicht und Thätigkeit erhöhte Anforderungen stellen; Ich halte Mich aber überzeugt, daß es ihrer bewährten Hingebung und Pflichttreue gelingen wird, diese Aufgaben in Meinem Sinne und zu Meiner vollen Zufriedenheit zu lösen. Mit Ihren Vorschlägen über die Art und Weise wie die militärische Jugend auch auf den Kriegsschulen für die erziehlichen Aufgaben ihres Berufes vorzubereiten ist, bin Ich einverstanden. Ich will, daß diese Meine Ordre zur allgemeinen Kenntnis der Armee gelangt, und habe Ich dieserhalb an das Kriegsministerium verfügt. Berlin, den 13. Februar 1890. Wilhelm. An den Generalinspektor des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens."

II. betreffend die Bestrafungen wegen Mißhandlung Untergebener:

„Ich habe aus den Mir von den kommandierenden Generalen eingereichten Nachweisungen über die Bestrafungen wegen Mißhandlung Untergebener ersehen, daß die Bestimmungen der Ordre vom 1. Februar 1843 noch nicht durchweg in dem Geiste aufgefaßt und gehandhabt werden, in dem sie gegeben worden sind. In Meiner Armee soll jedem Soldaten eine gesetzliche, gerechte und würdige Behandlung zu teil werden, weil eine solche die wesentlichste Grundlage bildet, um in demselben Dienstfreudigkeit und

Hingebung an den Beruf, Liebe und Vertrauen zu den Vorgesetzten zu wecken und zu fördern. Treten Fälle von fortgesetzten systematischen Mißhandlungen Untergebener hervor, so haben Mir die kommandierenden Generale bei Einreichung der Nachweisungen zu berichten, welchen Vorgesetzten die Verantwortung mangelhafter Beaufsichtigung trifft und was ihrerseits gegen denselben veranlaßt worden ist. Sie haben hienach das Erforderliche zu veranlassen und den kommandierenden Generalen auch die Bemerkungen, zu welchen Mir die letzten Nachweisungen Anlaß gegeben haben, zugehen zu lassen. Berlin, den 6. Februar 1890. Wilhelm. An den Kriegsminister."

15. Februar. (Spandau.) In einer Konferenz des Kriegsministers mit der Arbeiterabordnung der königlichen Werkstätten überreicht der Minister verschiedene von dem Kaiser an hiesige Meister, Meistergehilfen und Arbeiter sowie an je einen Arbeiter aus den königlichen Werkstätten von Danzig, Erfurt und Hanau verliehene Auszeichnungen. Der Minister bespricht die Wohnungsfrage, verheißt bedeutende Mittel der Regierung zum Bau von Arbeiter-Wohnhäusern und sagt gleichzeitig die Gewährung von Alterszulagen für ältere Arbeiter zu.

16. Februar. Zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz wird, nachdem Miquel das Amt abgelehnt hat, der Unterstaatssekretär im Kultusministerium Nasse ernannt; an seine Stelle tritt der Ministerialdirektor Barkhausen.

17. Februar. Verschiedene offiziöse Blätter weisen auf die Möglichkeit hin, daß Fürst Bismarck das Präsidium im preußischen Staatsministerium niederlegen werde und erinnern an den schon im Jahre 1873 eingetretenen Präcedenzfall.

19. Februar. Zu den Beratungen der beiden Abteilungen des Staatsrats sind auf Befehl des Königs als sachkundige Personen eingeladen: der Schlossermeister Deppe zu Magdeburg, der Werkmeister Spengler zu Mettlach, der Bautischlermeister Vorderbrügge zu Bielefeld, der Generalsekretär Hitze zu München-Gladbach, der Putzer Buchholz zu Berlin, Arbeitervertreter der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft und nichtständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts, ferner der Direktor Schlittgen zu Marienhütte bei Kotzenau und der Fabrikbesitzer H. Freese zu Berlin.

19. Februar. Die gesamte Presse feiert das Andenken des eben verstorbenen Grafen Andrassy; der Kaiser, die Kaiserin Friedrich, Fürst Bismarck senden der Witwe Beileidstelegramme.

19. Februar. Der König richtet folgenden Erlaß an den Handelsminister:

Aus Ihrem Berichte vom 18. Februar d. Js. habe Ich mit Miß-

fallen entnommen, daß in wiederholten Fällen, namentlich in den Regierungs-Bezirken Stettin und Köslin Landbewohner durch falsche Vorspiegelungen zur Auswanderung nach Brasilien verlockt worden sind und heimlich nach Bremen sich begeben haben, in der trügerischen Hoffnung, von do t aus nach Brasilien weiter befördert zu werden. Ich will, daß dem gemeingefährlichen Treiben der Auswanderungsagenten, durch welches ein Teil Meiner Unterthanen verlockt wird, unter Nichtachtung ihrer Pflichten gegen das Vaterland, unter Schädigung ihrer Angehörigen und unter Bruch ihrer Arbeitsverträge sich dem Elende preiszugeben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten und insbesondere auch in geeigneter Weise auf Belehrung der Beteiligten hingewirkt wird. Ich beauftrage Sie, dementsprechend die Regierungs-Präsidenten in Stettin und Köslin mit den erforderlichen Weisungen zu versehen. Dieser Erlaß ist durch die Kreisblätter bekannt zu machen.

20. Februar. Die Reichstagswahlen ergeben einen Sieg der Oppositionsparteien; besonders stark ist die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, doch erhalten auch die Freisinnigen und die süddeutsche Volkspartei entschiedenen Zuwachs. Der Verlust betrifft besonders die Nationalliberalen und die deutsche Reichspartei. Es sind gewählt: 52 Konservative, 15 von der Reichspartei, 18 Nationalliberale, 90 vom Zentrum, 14 Polen, 19 Freisinnige, 20 Sozialdemokraten, 2 von der Volkspartei, 10 Elsässer, 2 Welfen, 5 Wilde; 150 Stichwahlen sind erforderlich. Da bei den Stichwahlen durch Zusammenhalten der Freisinnigen, Ultramontanen und Sozialdemokraten die entscheidendsten Verluste für die Kartellparteien entstehen müssen, so befürworten diese ein Zusammenstehen aller „Ordnungs"- oder „bürgerlichen" Parteien gegen die Sozialdemokraten, finden aber damit wenig Anklang. Der Freisinn beschließt (ausgenommen wenige Orte: z. B. Bremen), für die Sozialdemokraten zu stimmen, die „Germania" empfiehlt in diesen Fällen Wahlenthaltung. Trotzdem beschließen Nationalliberale und Reichspartei in Stichwahlen Freisinnige gegen Sozialdemokraten zu unterstützen; die Konservativen proklamieren in solchen Fällen Wahlenthaltung. Erfreulich ist das Ergebnis in Elsaß-Lothringen, wo vier reichstreue Abgeordnete gewählt und die entschiedensten Protestler nicht wiedergewählt sind.

An mehreren Orten haben die Sozialdemokraten während der Wahl Exzesse verübt; in Liegnitz und Mühlhausen (Thüring.) mußte die Garnison eingreifen.

Es erhalten die	(1890)	(1887)	
Deutschkonservativen	895,103	(1,147,200)	Stimmen,
Deutsche Reichspartei	482,314	(736,389)	„
Nationalliberale	1,177,807	(1,677,979)	„
Deutsch-Freisinnigen	1,159,915	(973,104)	„
Zentrum	1,342,113	(1,516,222)	„

Polen	246,773	(219,973)	Stimmen,
Sozialdemokraten	1,427,298	(763,128)	"
Volkspartei	147,570	(88,818)	"
Welfen	112,675	(112,827)	"
Dänen	13,672	(12,360)	"
Elsässer	101,156	(233,685)	"
Antisemiten	47,536		"
Unbestimmt	59,740	(50,427)	"
Zersplittert	14,870	(8,826)	"

Es haben im ganzen 71,6% der Wahlberechtigten gewählt, gegen 77% im Jahre 1887.

21. Februar. Der Bundesrat genehmigt den Gesetzentwurf über Einführung von Gewerbegerichten.

22. Februar. Der Führer der holländischen Sozialdemokraten Domela Nieuwenhuis wird in Berlin verhaftet; ebenso der belgische Führer van Beveren. Bald darauf werden beide entlassen und ausgewiesen.

22. Februar. Offiziöse Blätter berichten folgende Aeußerung des Kaisers über die Arbeiterfrage:

„Ich halte es für Meine heilige Pflicht, hier helfend einzugreifen. Was daraus werden wird, weiß Ich nicht. Ich wünsche aber, dereinst nicht den berechtigten Vorwurf zu bekommen, daß Ich etwas unterlassen habe."

24. Februar. Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt über die Wahlergebnisse:

Eines dürften die obigen Zahlen doch lehren. Die beiden großen Parteien, welche sich auf den Boden der deutschen Wirtschaftspolitik und Sozialreform gestellt haben, gehen intakt aus dem Wahlkampfe hervor; die in diesen Dingen schwankenden und mit ihrer Gegnerschaft zu derselben sich berührenden bürgerlichen Parteien müssen ihr Schicksal von den oft recht widersinnigen Parteigruppierungen abhängig gemacht sehen, welche bei Stichwahlen für den Erfolg entscheidend sind.

Da das Blatt offenbar unter den beiden „großen Parteien" die Konservativen und das Zentrum versteht, so protestieren nationalliberale und freikonservative Blätter gegen die hier gegebene Charakteristik des Zentrums.

24. Februar. Das preußische Abgeordnetenhaus beginnt wieder seine Sitzungen.

25. Februar. Während die „Kreuzzeitung" für den nächsten Reichstag ein Zusammengehen der Konservativen und Ultramontanen in Aussicht nimmt, plädieren Kartellblätter dahin, die Geschäftsführung sowie auch den Vorsitz ganz den zum „Antikartell" vereinigten Klerikalen, Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten zu überlassen.

26. Februar. (Bochum.) Der rheinisch-westfälische Berg-

arbeiterverband spricht sich für die Expropriation aller Bergwerke zu Gunsten der Arbeiter aus.

26. Februar. Die „Hamburger Nachrichten" melden:

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Frage des Austritts des Fürsten Bismarck aus dem preußischen Staatsministerium beziehungsweise aus seiner Stellung als Reichskanzler zwar ventiliert worden, ihre Entscheidung vorläufig aber ajourniert. Mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen hat der Reichskanzler seine Entschließung wegen des Rücktritts von den Geschäften vertagt.

Andere Blätter wollen wissen, daß es sich nur um den Rücktritt vom Ministerpräsidium gehandelt habe, und Herr v. Bötticher zum Nachfolger bestimmt gewesen sei.

Vom 26.—28. Februar finden in Berlin Sitzungen des preußischen Staatsrates unter Vorsitz des Königs statt, bei welchen Miquel als Referent und Jencke als Korreferent in Sachen des Arbeiterschutzes fungiert. Beratungen und Ergebnisse werden geheim gehalten.

26. Februar. Die „Post" schreibt:

Die Befürchtung liegt nahe, daß die innere Gesetzgebung Preußens mehr und mehr versumpft. Preußen, welches früher seinen Stolz darein setzte, den andern Staaten Deutschlands und Europas auch auf dem Gebiete der innern Gesetzgebung zum Muster und Vorbilde zu dienen, fängt an, stark ins Hintertreffen zu geraten. Unser Schul- und Wegerecht ist bis zur Rechtsunsicherheit veraltet, unsere direkten Staatssteuern entsprechen so ziemlich auf der ganzen Linie weder mehr den Anforderungen der Gerechtigkeit noch dem heutigen Stande der Steuertechnik, die Kommunal- und Kommunalsteuerverhältnisse liegen unbestritten im argen. Demgegenüber kommen wir keinen praktischen Schritt auf nur einem dieser Gebiete vorwärts. Das Abgeordnetenhaus bietet in seiner Zusammensetzung die Gewähr für die Lösung der gesetzgeberischen Aufgaben in gut staatserhaltendem Sinne, und doch vergeht Session auf Session ungenutzt! Die Gefahr liegt nahe, daß, wenn die bisherige Stockung in der preußischen innern Gesetzgebung andauert, die nächsten Landtagswahlen ein ähnliches Ergebnis liefern wie die jetzigen Reichstagswahlen. Die „Nordd. Allg. Zeitung" scheint freilich die Sprache, welche diese nur zu deutlich reden, bisher nicht verstanden zu haben. Wer aber die Augen nicht absichtlich zumacht, wird die entscheidende Einwirkung der Fleisch-, Brot- und Branntweinpreise auf den Ausfall der Wahlen nicht bestreiten. Die Gefahr der Bildung einer Koalition aller übrigen Interessen gegen den Großgrundbesitz ist durch dieselben deutlich in Erinnerung gebracht. Der Abschluß der Agrargesetzgebung, die Beseitigung der Grundsteuerbefreiungen und die Kreisordnung haben über ein halbes Menschenalter die früher bestehenden auch in den politischen Wahlen scharf zutage getretenen Interessengegensätze überbrückt. Schon droht augenscheinlich der Wiederausbruch eines solchen Gegensatzes; Reformen, welche die Gleichheit der Rechte und Pflichten, wenn sie für den Kreis bestehen, auch für die Gemeinde-Aufgaben und -Lasten im engern Sinne gewährleisten, thun um so dringender not. Die Stockung auf diesem Gebiet arbeitet den destruktiven Elementen in wirksamer Weise vor und ist der direkte Gegensatz gegen eine wirklich staatserhaltende Politik.

27. Februar. (Saargebiet.) In den fiskalischen Bergwerken werden Arbeiterausschüsse eingeführt.

27. Februar. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung über die Arbeiterschutzkonferenz:

Auf Allerhöchsten Befehl sind die Botschafter in London, Paris, Rom und Wien, sowie die Gesandten in Bern, Brüssel, Haag, Kopenhagen und Stockholm angewiesen, die Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, zu einer Konferenz behufs Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken einzuladen. Die den betreffenden Ministern der auswärtigen Angelegenheiten übergebenen Schriftstücke haben dem Reichs-Anzeiger zufolge folgenden Inhalt:

Februar 1890. Auf Befehl seiner Regierung beehrt sich der Unterzeichnete u. s. w. unter Bezugahme auf die mündliche Mitteilung vom .... zur Kenntnis Sr. Exzellenz u. s. w. zu bringen, daß Se. Maj. der Kaiser vorschlägt, es solle eine Versammlung stattfinden, von Vertretern der Regierungen, welche sich dafür interessieren, das Los der Fabrik- und Minenarbeiter zu verbessern, damit diese Delegierten über die Fragen von internationaler Bedeutung beraten können, welche auf der Anlage verzeichnet sind. Da jene Fragen ohne politische Tragweite sind, so erscheinen dieselben geeignet, in erster Linie der Prüfung von Fachmännern unterworfen zu werden. Um die Eröffnung und den weiteren Verlauf der Beratungen zu erleichtern, hat die kaiserliche Regierung ein Programm entwerfen lassen, dessen Text dieser Note beigefügt ist. Der Unterzeichnete beehrt sich, Se. Exzellenz u. s. w. zu bitten, ihn wissen lassen zu wollen, ob die ...... Regierung geneigt ist, an der in Aussicht genommenen Konferenz teilzunehmen, welche in Berlin am 15. März 1890 zusammentreten wird. Der Unterzeichnete gestattet sich hinzuzufügen, daß eine gleichlautende Einladung gleichzeitig abgegangen ist an die Regierungen Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich-Ungarn, des Königs der Belgier, des Königs von Dänemark, der französischen Republik, Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien, der schweizerischen Eidgenossenschaft, Ihrer Majestäten des Königs von Italien, des Königs der Niederlande und des Königs von Schweden und Norwegen. Der Unterzeichnete ergreift u. s. w.

Programm für die Beratung der internationalen Konferenz, betreffend die Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken.

I. Regelung der Arbeit in Bergwerken. 1) Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten a) für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter, b) für weibliche Personen? 2) Ist für Bergwerke, in denen die Arbeit mit besondern Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzusehen? 3) Ist es im allgemeinen Interesse möglich, um die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen?

II. Regelung der Sonntagsarbeit. 1) Ist die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Notfälle vorbehalten, zu verbieten? 2) Welche Ausnahmen sind im Falle des Erlasses eines solchen Verbotes zu gestatten? 3) Sind diese Ausnahmen durch internationales Abkommen, durch Gesetz oder im Verwaltungswege zu bestimmen?

III. Regelung der Kinderarbeit. 1) Sollen Kinder bis zu einem gewissen Lebensalter von der industriellen Arbeit ausgeschlossen werden? 2) Wie ist das Lebensalter, bis zu welchem die Ausschließung stattfinden soll, zu bestimmen? Gleich für alle Industriezweige oder verschieden? 3) Welche

Beschränkungen der Arbeitszeit und der Beschäftigungsart sind für die zur industriellen Arbeit zugelassenen Kinder vorzusehen?

IV. Regelung der Arbeit junger Leute. 1) Soll die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, welche das Kindesalter überschritten haben (I. II.), Beschränkungen unterworfen werden? 2) Bis zu welchem Lebensalter sollen die Beschränkungen eintreten? 3) Welche Beschränkungen sind vorzuschreiben? 4) Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen?

V. Regelung der Arbeit weiblicher Personen. 1) Soll die Arbeit verheirateter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden? 2) Soll die industrielle Arbeit aller weiblichen Personen (Frauen und Mädchen) gewissen Beschränkungen unterworfen werden? 3) Welche Beschränkungen empfehlen sich in dem Falle? 4) Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen und für welche?

VI. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen. 1) Sollen Bestimmungen über die Ausführung der zu vereinbarenden Vorschriften und deren Ueberwachung getroffen werden? 2) Sollen wiederholte Konferenzen von Vertretern der beteiligten Regierungen abgehalten werden und welche Aufgaben sollen ihnen gestellt werden?

28. Februar. Die Sitzungen des preußischen Staatsrates werden vom Könige mit folgenden Worten geschlossen:

„Treten Sie, meine Herren, der in der Oeffentlichkeit verbreiteten Meinung entgegen, als wären wir hier zusammengekommen, um etwa ein Geheimnis zur Heilung aller sozialen Schäden und Leiden zu entdecken. Wir haben uns redlich bemüht, die Mittel zu finden, um manches zu bessern und die Grenzen der Möglichkeit zu bestimmen, bis zu welchen die Maßregeln für den Schutz der Arbeiter gehen können und dürfen. Ich hoffe, daß Gutes aus Ihren Ratschlägen hervorgehen wird."

Anf. März. Die Stichwahlen, welche am 28. Februar beginnen, ergeben ein ähnliches Resultat wie die Hauptwahlen. Durch die Vereinigung der Sozialdemokraten oder süddeutschen Demokraten mit den Freisinnigen oder dem Zentrum verlieren die Kartellparteien viele Mandate, wogegen sie öfters freisinnigen Kandidaten den Sieg über Sozialdemokraten durch ihr Mitstimmen ermöglichen.

Anf. März. Nachdem sämtliche Stichwahlen erledigt, ergibt sich folgendes Resultat für die Zusammensetzung des neuen Reichstags: 71 Konservative, 21 von der Reichspartei, 42 Nationalliberale, 107 Ultramontane, 67 Deutschfreisinnige, 36 Sozialdemokraten, 11 Welfen, 16 Polen, 1 Wilder (zum Kartell gehörig), 10 Elsässer, 1 Däne, 10 Demokraten, 4 Antisemiten.

1. März. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Uebereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich über die Einführung eines Zollsystems in den beiderseitigen Gebieten an der Sklavenküste, dergestalt, daß ein und dieselben Zölle erhoben und

die verzollten Waren von einem Gebiet in das andere dann zollfrei eingeführt werden können.

1. März. (München.) Im Finanzausschusse erklärt der Regierungsvertreter, der Oberschulrat verhalte sich gegen eine grundlegende Reform des Schulwesens, von Besserungen im einzelnen abgesehen, ablehnend und habe sich gegen die höhere Einheitsschule ausgesprochen; die Regierung halte demgemäß an der Pflege der klassischen Bildung ohne Einschränkung des Griechischen fest.

1. März. (Spandau.) Im Lauf des Monats wird der zehnstündige Arbeitstag auf Befehl des Kaisers in der Gewehrfabrik und der Artilleriewerkstätte eingeführt. Bis dahin war die Arbeitszeit zwölf bis dreizehn Stunden.

4. März. Die „Konservative Korrespondenz" schreibt über die Wahlen:

Es ist wohl kein Wunder, wenn das Bild von den am Boden schleifenden Zügeln jetzt mit einer wirklich peinlichen Häufigkeit in den Preßbetrachtungen über das Wahlergebnis wiederkehrt. Jedenfalls hätte die Hälfte und mehr von der Wirkung der Parole „gegen die Lebensmittelverteuerer" niedergeschlagen werden können, wenn das Stocken der Steuerreform in Preußen uns nicht ohne Gegengewicht gelassen und den Verdächtigungen der Gegner die Thür offen gehalten hätte.

5. März Bei dem Diner der Landstände der Provinz Brandenburg bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

Zunächst spreche Ich Ihnen, Meine Herren, Meinen Dank dafür aus, daß Sie den Wunsch gehabt haben, Mich heute abend in Ihrer Mitte zu sehen. Es sind drei Jahre verflossen, seit Ich — abgesehen von dem kurzen Besuche im Landhause am Schlusse Ihrer vorjährigen Sitzungen — mit Meinen Brandenburgern zusammengewesen bin. In diesen drei Jahren hat sich manches ereignet, was Mein Haus und mit Meinem Hause die Mark Brandenburg betroffen hat. Das oft bewunderte und für die Ausländer unverständliche innige Zusammenhalten der Hohenzollern mit Brandenburg beruht vor allem darauf, daß im Gegensatz zu andern Staaten es den Brandenburgern vergönnt gewesen ist, im schwersten Unglück ihre Treue dem Hohenzollernhause bewahren und beweisen zu können. Lassen Sie Mich an Meine Vorfahren erinnern, unter ihnen vor allem an den Großen Kurfürsten, von dem Ich immer gern, besonders zu Ihnen, spreche, da man ihn schon bei seinen Lebzeiten den Großen Brandenburger nannte, an Friedrich den Großen. Sie beide haben es jederzeit als ihre erste Pflicht erkannt, das Land, welches sie einst mit ihrer — wie man sagt — schönern Heimat in Süddeutschland vertauscht hatten, nicht zu ihrem Vorteil zu nutzen, sondern ihre Interessen ganz mit denen ihres neuen Vaterlandes zu verschmelzen und als ihre höchste Aufgabe zu betrachten, rastlos für das Wohl desselben thätig zu sein. Bei Meinen Reisen, von denen Ihr Herr Vorsitzender sprach, habe Ich nicht allein den Zweck verfolgt, fremde Länder und Staatseinrichtungen kennen zu lernen und mit den Herrschern benachbarter Reiche freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, sondern diese Reisen, die ja vielfach Mißdeutungen ausgesetzt waren, haben für Mich den hohen Wert gehabt, daß Ich entrückt dem Parteigetriebe des Tages die heimischen Verhältnisse aus

der Ferne beobachten und in Ruhe einer Prüfung unterziehen konnte. Wer jemals einsam auf hoher See, auf der Schiffbrücke stehend, nur Gottes Sternenhimmel über sich, Einkehr in sich selbst gehalten hat, der wird den Wert einer solchen Fahrt nicht verkennen. Manchem von Meinen Landsleuten möchte Ich wünschen, solche Stunden zu erleben, in denen der Mensch sich Rechenschaft ablegen kann über das, was er erstrebt und was er geleistet hat. Da kann man geheilt werden von Selbstüberschätzungen, und das thut uns allen not. In Meinem Zimmer hängt ein Bild, das lange in Vergessenheit geraten war; es zeigt eine Reihe stolzer Schiffe, den roten Adler Brandenburgs in der Flagge; dieses Bild erinnert Mich täglich daran, wie schon der Große Kurfürst die richtige Erkenntnis dafür gehabt hat, daß Brandenburg zur Verwertung seines Fleißes und seiner Arbeitskraft eine Stellung im Weltmarkt sich erobern müsse. Groß sind die Fortschritte gewesen, die seit jener Zeit Preußens und Deutschlands Gewerbe und Handel aufzuweisen hat, besonders unter der Regierung Meines Herrn Großvaters. Das weitere Aufblühen unserer wirtschaftlichen Thätigkeit zu fördern, erachte ich für eine Meiner vornehmsten Aufgaben; ich habe deshalb, nachdem Meine Thätigkeit zunächst der Sicherung der Ruhe nach außen gegolten, Meinen Blick nach innen gerichtet. Die Ziele, die Mein hochseliger Herr Großvater in seiner Botschaft aufgestellt hat, habe Ich Mir angeeignet. In seinen Fußtapfen fortschreitend ist es Meine vornehmste Sorge gewesen, Mich eingehender um das Wohl der untern Klassen Meiner Unterthanen zu bekümmern. Die Erfolge der Beratungen des Staatsrats, welche hoffentlich bald in gesetzlicher Form für unser Vaterland nutzbringend wirken werden, verdanke Ich nicht zum mindesten der treuen und aufopfernden Mithilfe brandenburgischer Männer. Die von Mir vorher berührten Gesichtspunkte, nach welchen Meine Vorfahren und die Familie der Hohenzollern überhaupt ihre Stellung zu Brandenburg auffaßten, waren im höchsten Maße in Meinem hochseligen Großvater verkörpert. Derselbe betrachtete seine Stellung als eine ihm von Gott gesetzte Aufgabe, der er sich mit Daransetzung aller Kräfte bis zum letzten Augenblick widmete. So wie er dachte, denke auch Ich und sehe in dem Mir überkommenen Volke und Lande ein von Gott Mir anvertrautes Pfund, welches — wie schon in der Bibel steht — zu mehren Meine Aufgabe ist und worüber Ich dereinst Rechenschaft abzulegen haben werde. Ich gedenke nach Kräften mit dem Pfunde so zu wirtschaften, daß Ich noch manches andere hoffentlich werde dazu legen können. Diejenigen, welche Mir dabei behilflich sein wollen, sind Mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien; diejenigen jedoch, welche sich Mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere Ich. Sollten ernste Zeiten uns bevorstehen, so bin Ich der Treue Meiner Brandenburger gewiß und hoffe, daß sie Mir bei der Erfüllung Meiner Pflichten treulich beistehen werden. Darauf bauend, trinke Ich unter dem Wahlspruch: Hie gut Brandenburg allewege! auf das Wohl Meiner Brandenburger und dieses teuren Landes.

6. März. Der Abgeordnete Bebel richtet folgendes Telegramm an den Vorsitzenden eines französischen sozialdemokratischen Komitees:

Lieber Bruder! Das von Ihnen und Ihren Freunden an uns gerichtete Telegramm ist uns richtig zugegangen. Unsern Dank! Wir haben es der Presse mitgeteilt, um es der Oeffentlichkeit zu übergeben. Unsere Anhänger in ganz Deutschland sind glücklich über die Zustimmung, die sie bei ihren französischen Brüdern gefunden, über die Teilnahme, die sie ihnen bewiesen haben. Sie sind für uns ein sicherer Beweis, wie wenig Anklang

unter den arbeitenden Klassen der Kampf findet, den unsere beiden Regierungen gegeneinander führen. Dieser lächerliche Kampf trennt die beiden gesittetsten Nationen des europäischen Kontinents. Die französischen und die deutschen Arbeiter müssen begreifen, daß ihre Interessen zusammenhängen, sie müssen alles, was in ihrer Macht steht, aufbieten, um der Frage der Nationalitäten ein Ende zu machen. Friede und Freundschaft werden sie dann für immer vereinigen. Die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland bedeutet den allgemeinen Frieden und die Freiheit der Welt. Bruderkuß für Sie und Ihre Freunde. Ganz der Ihrige A. Bebel.

7. März. Staatsminister a. D. Dr. Friedenthal †.

8. März. Minister v. Bötticher erhält den Schwarzen Adlerorden.

8. März. Der Kaiser richtet folgendes Schreiben an den Papst:

Erhabenster Pontifex! Die edlen Kundgebungen, mit denen Eure Heiligkeit stets Ihren Einfluß zu Gunsten der Armen und Verlassenen der menschlichen Gesellschaft geltend gemacht hat, geben Mir die Hoffnung, daß die internationale Konferenz, welche sich auf Meine Einladung am 15. d. M. in Berlin versammeln wird, das Interesse Eurer Heiligkeit auf sich ziehen werde, und daß Höchstdieselbe mit Sympathie dem Gang der Beratungen folgen werde, welche zum Zwecke haben, das Los der Arbeiter zu verbessern. Unter diesem Gesichtspunkte halte Ich es für Meine Pflicht, an Eure Heiligkeit das Programm gelangen zu lassen, welches den Arbeiten der Konferenz zur Grundlage dienen soll, deren Erfolg außerordentlich erleichtert werden würde, wenn Eure Heiligkeit dem menschenfreundlichen Werke, das Ich verfolge, Ihre wohlthätige Unterstützung leihen wollte. Ich habe daher den Fürstbischof von Breslau, den Ich von den Absichten Eurer Heiligkeit durchdrungen weiß, eingeladen, als Mein Delegierter an der Konferenz teilzunehmen. Ich ergreife gerne diese Gelegenheit, um Eurer Heiligkeit die Versicherung Meiner Hochachtung und Meiner persönlichen Ergebenheit zu erneuern. (Gez.) Wilhelm.

(Gegengez.) v. Bismarck.

(Die Antwort des Papstes siehe „Römische Kurie“ 14. März.)

9. März. (Ostafrikanisches Schutzgebiet.) Der Reichskommissar Major Wißmann zersprengt eine von Bana Heri gesammelte Truppe, wobei der Feind 40 Tote verliert, während auf deutscher Seite ein Europäer getötet und 5 Mann der farbigen Truppe verwundet werden.

(München.) Während der ersten Hälfte des März herrscht große Erregung wegen der Streichuugen im Kultusbudget, welche der Ausschuß der Kammer (in Wissenschaft- und Kunsterforderrnissen) vollzogen hat, um das Ministerium zu einer ultramontanen Politik zu zwingen. Es kommt zu Demonstrationen der Studenten u. s. w.

10. März. (München.) Auf die Anfrage der Staatsregie-

rung gibt das erzbischöfliche Vikariat in München folgende Erklärung über die Altkatholiken ab:

Die bayerischen Bischöfe haben wiederholt in alleruntertänigsten Vorstellungen an die Krone, insbesondere in jenen vom 13. Oktober 1875 und vom 14. Juni 1888, um die endliche Regelung der sogenannten Altkatholiken-Frage ehrfurchtsvollst gebeten.

Zu ihrem tiefsten Schmerze ist bisher auf die berechtigten Ansprüche der katholischen Kirche in dieser Hinsicht noch nicht die gebührende Rücksicht genommen warden; es haben vielmehr ihre wohlbegründeten Anträge, zuletzt noch durch die Ministerialentschließung vom 28. März 1889, eine abschlägige Bescheidung erfahren. Infolgedessen werden die durch die zuständigen kirchlichen Organe längst aus der katholischen Kirche ausgeschlossenen Altkatholiken von der kgl. Staatsregierung auch jetzt noch als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt.

Die in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 6. November v. J. und in der Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 10. Februar d. J. von seiten der kgl. Staatsregierung abgegebenen Erklärungen haben endlich die bestimmte Aussicht dafür eröffnet, daß die kgl. Staatsregierung nunmehr bereit sei, die Ausschließung der Altkatholiken aus der katholischen Kirche auch für das staatliche Gebiet als wirksam anzuerkennen.

Das unterzeichnete Kapitular-Vikariat der Erzdiözese München-Freising glaubt deshalb die früher von sämtlichen Bischöfen des Landes gestellte, hierauf abzielende Bitte zunächst für diese Diözese, in welcher die Sekte der Altkatholiken relativ vielleicht noch die meisten Anhänger zählt und in welcher sich der Zentralverein derselben befindet, erneuern zu sollen.

Dieser Antrag findet seine volle und ausreichende Begründung schon in der einen Thatsache, daß die Altkatholiken die Aussprüche des ökumenischen Konzils im III. und IV. Kapitel der Constitutio dogmatica prima de ecclesia Christi verworfen haben. Hiedurch sind sie der von demselben Konzil angedrohten und ausgesprochenen größeren Exkommunikation ipso facto verfallen.

Ueberdies ist speziell über die Altkatholiken von der obersten Autorität in der katholischen Kirche die Ausschließung aus derselben verhängt und vollzogen worden. In dem Rundschreiben nämlich des Papstes Pius IX. vom 21. November 1873 erklärt derselbe mit größter Feierlichkeit: (folgt der Wortlaut).

Abgesehen aber von den vatikanischen Dekreten haben sich die Altkatholiken noch in anderen wesentlichen Punkten von der Lehre und von der auf göttlichem Rechte beruhenden Verfassung der Kirche getrennt.

Es sind dies folgende:

1) Außer anderem verneinen die Altkatholiken das katholische Dogma über den Ehren- und Jurisdiktionsprimat des römischen Papstes, indem sie den Apostelfürsten Petrus den übrigen Aposteln gleichstellen, seine besondere Sendung und Gewalt bestreiten und seinen Nachfolger als einen gewöhnlichen Patriarchen darstellen (siehe Leitfaden für den katholischen Religionsunterricht an höheren Schulen, herausgegeben im Auftrage der altkatholischen Synode, Bonn 1877, S. 71, 136; katholischer Katechismus, herausgegeben im Auftrage der altkatholischen Synode, Bonn 1880, S. 45). Sie sind folglich verurteilt und exkommuniziert durch die Dekrete einiger Konzilien, speziell durch dasjenige von Florenz.

2) Die Altkatholiken verneinen öffentlich das katholische Dogma der unbefleckten Empfängnis, welches am 8. Dezember 1854 in der Konstitution Pius IX. „Ineffabilis Deus" proklamiert wurde (vgl. das offizielle Organ

der Altkatholiken „Deutscher Merkur" vom 22. Februar 1890 Nr. 8). Sie sind folglich von der Kirche ausgeschlossen kraft derselben Bulle.

Jede einzelne dieser Neuerungen schließt das Vergehen der formalen Häresie in sich und hat für die Beteiligten ipso facto die Ausschließung aus der katholischen Kirche zur Folge. Diese Ausschließung haben demnach die Altkatholiken, welche in allen diesen Punkten von der katholischen Kirche sich abgesondert haben, auch abgesehen vom Vatikanum, längst verwirkt.

Mit Rücksicht auf die vorstehenden Feststellungen wird die Bitte gerechtfertigt sein, die kgl. Staatsregierung möge endlich auch von ihrem Standpunkte die Altkatholiken als ausgeschlossen aus der katholischen Kirche betrachten und behandeln.

11. März. Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt über das Verhalten des Reichskanzlers im Staatsrat:

Im Abgeordnetenhause werden Gerüchte verbreitet, wonach Fürst Bismarck während der Verhandlungen des Staatsrats gegenüber den sozialpolitischen Anregungen eine ablehnende Haltung beobachtet habe. Die fraglichen Gerüchte entbehren der thatsächlichen Begründung. Die Institution des Staatsrats hatte ursprünglich den Zweck, nur dem König in Konkurrenz mit den Ministern als Mittel zur Information zu dienen; der Staatsrat bildete eine Erweiterung des Kreises der Ratgeber des absoluten Herrschers über die Zahl der aktiven Staatsminister hinaus. In dem Verfassungsstaate gehören aber auch die Staatsminister zu den durch den Staatsrat zu Informierenden. Der Staatsrat liefert ihnen Material, auf Grund dessen sie dem König als dessen verantwortliche Ratgeber ihre schließlichen Vorschläge machen. Es würde also mit der Stellung eines Ministers nicht verträglich sein, wenn er bereits im Staatsrate zu dem Gegenstande der Beratung eine definitive Stellung nehmen und seine Auffassung festlegen wollte; letzteres darf er erst in der kollegialischen Beratung des Staatsministeriums, in welcher die Minister über ihre Sr. Majestät dem Könige zu unterbreitenden Vorschläge selbständig und ohne Staatsrat verantwortlich zu beschließen haben. Im Staatsrate nimmt ein aktiver Minister heute zu seiner Information bezüglich der von ihm zu vertretenden Ministerialbeschlüsse teil, ohne sein dem Ministerkonseil vorbehaltenes Votum festzulegen. Das gilt auch für die Plenarsitzungen des Staatsrats, in verstärktem Maße aber für die Sitzungen der Abteilungen, denen die Minister gar nicht angehören. Der Ministerpräsident hat denn auch in der That an den jüngsten Beratungen im Staatsrat keinen aktiven Anteil genommen, er hat der ersten Sitzung der Ausschüsse als Vizepräsident des Staatsrats beigewohnt, sich aber jeder Meinungsäußerung enthalten und in die Diskussion gar nicht eingegriffen. Die Behauptung, Fürst Bismarck habe gegenüber den sozialpolitischen Anregungen im Staatsrat eine ablehnende Haltung beobachtet, ist also willkürlich erfunden.

12. März. Der Abgeordnete Windthorst wird von dem Reichskanzler in längerer Audienz empfangen.

12. März. (München.) Der Prinzregent erhält zur Feier seines Geburtstages stürmische Ovationen, in welchen sich das Einverständnis mit seiner festen Haltung gegenüber den Klerikalen ausdrückt.

13 März. Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt über die künftige Reichstagssession:

Die „Vossische Zeitung“ nimmt an, die Gefahr, daß der Reichstag durch eine konservativ-klerikale Koalition regiert werden würde, sei ausgeschlossen. Denn erstens würde dieselbe nicht die Mehrheit bilden und ferner würde auch das Gros der konservativen Partei, welche die Macht der katholischen Kirche und ihrer Hierarchie genugsam kenne, sich nicht dazu verstehen, die rückläufige Bewegung, auf welche das Zentrum hinaus wolle, mitzumachen. Die Addition der „Vossischen Zeitung“ ist ungenau. Die Konservativen haben in dem künftigen Reichstage 71, das Zentrum 108, also beide zusammen 179 Stimmen. Kommt dazu die Gefolgschaft des Zentrums — Welfen, Polen, Dänen und Elsässer —, so hat das Zentrum mit den Konservativen über 217 Stimmen zu verfügen. Wenn die „Vossische Zeitung“ sich damit vertröstet, die Aspirationen des Zentrums seien derart, daß die Mehrheit der Konservativen sich mit ihnen nicht verständigen könnte, so beweist das nur, daß der Freisinn nicht den Mut besitzt, der Zukunft ins Auge zu sehen. Wer die kommende Entwicklung der Dinge nach Maßgabe der Erfahrungen beurteilt, welche die Vergangenheit bietet, wird darüber nicht im Zweifel sein, daß bezüglich mehrerer der von der „Vossischen Zeitung“ speziell aufgeführten Fragen eine Verständigung zwischen dem Zentrum und den Konservativen keineswegs ausgeschlossen ist. Jedenfalls scheint uns dieselbe zwischen der konservativen Fraktion und dem Fortschritt größere Schwierigkeiten zu bieten, ganz abgesehen von der jüngsten Annäherung der Freisinnigen an die Sozialdemokratie. Wenn in dieser Beziehung noch Zweifel bestanden hätten, so sind dieselben durch die letzten Wahlen beseitigt worden.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt mit Bezug hierauf, daß der Politiker, der Deutschland mit einer klerikal-konservativen Staatskunst beglücken möchte, eine schwere Verantwortung auf sich nehme und voraussichtlich Unheil und Verwirrung über unser Vaterland bringen würde. „Wir würden es für unsere patriotische Pflicht halten, einem solchen verhängnisvollen und verderbenschwangern Beginnen, welches die gesamte deutsche Bildung in die Opposition drängen und uns nötigen würde, selbst die Bundesgenossenschaft eines Eugen Richter zu ertragen, einen unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen. Wir halten um so lieber an der Zuversicht fest, daß die Kräfte, welche etwa nach dieser falschen Richtung drängen, an der entscheidenden Stelle ein wirksames Gegengewicht finden werden.“

14. März. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt:

Wir halten es für ausgeschlossen, daß die konservative Partei die Zustimmung des Zentrums zu Bewilligungen auf militärischem oder sonstigen Gebieten durch Konzessionen auf dem Gebiete des Schulwesens oder der Ordensfragen erkauft. Die Zumutung, sich an einem solchen Handel zu beteiligen, wird die konservative Partei zurückweisen, gleichviel von welcher Stelle sie an sie herantreten sollte. Nur um ein Mißverständnis auszuschließen, bemerken wir, daß sich diese Auslassung nicht gegen die Haltung der „Kreuzzeitung“ wendet. Es bedarf keiner besondern Konstatierung, daß die gegenwärtige Redaktion dieses Blattes sich mit der geordneten Leitung der konservativen Partei ohne Fühlung befindet und ebensowenig über die thatsächliche Lage der Dinge auf politischem Gebiet unterrichtet ist.

15. März. Die internationale Arbeiterschutzkonferenz beginnt in Berlin im Reichskanzlerpalais ihre Sitzungen unter dem Vorsitz des Ministers v. Berlepsch. Als deutsche Vertreter nehmen teil: Unterstaatssekretär Magdeburg, Fürstbischof Kopp, Wirkl. Geh.

Rat Reichardt, Geh. Oberregierungsrat Lohmann, Geh. Bergrat Dr. Hauchecorne, der bayrische Oberregierungsrat Landmann, Geh. Kommerzienrat Freiherr v. Heyl und Fabrikbesitzer Köchlin. Als Konferenzsekretär fungiert Geh. Legationsrat Dr. Kayser. — Vertreten sind außer Deutschland noch zwölf Staaten, England, Frankreich, Oesterreich, Italien, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Luxemburg; später erscheinen auch Vertreter Spaniens und Portugals.

Die Delegierten sind: Belgien: Baron Greindl, Staatsminister Jacobs, Direktor im Ministerium für Landwirtschaft Harzé und als Beirat Baron Arnold t'Kint de Roodenbeeke; Dänemark: Geheimer Etatsrat Tietgen, Fabrikinspektor Dr. phil. H. A. Topsöe, Direktor einer Feuerversicherung L. Bramsen; England: Sir E. Malet, Sir John Gorst, parlamentarischer Unterstaatssekretär im India Office, der Großindustrielle in Manchester Sir William Houldsworthy und der Eisenindustrielle in Darlington David Dale; Frankreich: Jules Simon, Senator und Mitglied der französischen Akademie, der Senator Tolain, das Mitglied der Deputiertenkammer Burdeau, der Generalinspektor und Präsident des Oberminenrats Linder, der Mechaniker Delahaye und als Beirat der erste Botschaftssekretär bei der Berliner Botschaft Dumaine; als technische Beiräte sind diesen Delegierten beigegeben: der Gewerbe-Inspektor Laporte, der Generalkonsul Jacquot, der Kabinetschef des Senatspräsidenten Lebon und der Ingenieur Pelle; Italien: der Senator Girolamo Boccardo, der Deputierte Vittorio Ellena und der Generaldirektor der Statistik Luigi Bodio, als Beiräte der Abteilungschef im Finanzministerium Stringher und der Professor Maiorano-Calatabiano; Luxemburg: Dr. J. A. Brasseur; Niederlande: der Berliner Gesandte Jonkheer van der Hoeven, der Ministerialrat im Justizministerium Snijders v. Wissenkerke, sowie der Arbeitsinspektor Struve; Oesterreich-Ungarn: österreichischerseits für das Handelsministerium Ministerialrat Béla Frhr. v. Weigelsperg und der Zentral-Gewerbe-Inspektor Ministerialrat Dr. Franz Migerka, für das Ackerbauministerium Ministerialsekretär Dr. Ludwig Haberer, für das Ministerium des Innern August Frhr. v. Pappart-Leenheer; ungarischerseits Ministerialrat Dr. Julius Schnierer, Ministerialrat Béla Gränzenstein als Bergbau-Fachmann, sowie der Industrie-Inspektor Joseph Szterényi; Schweden und Norwegen: das Mitglied der ersten Kammer v. Tham und der Generalsekretär im Ministerium des Innern zu Christiania Eduard Christie, zur Disposition dieser beiden Bevollmächtigten Ministerialsekretär Graf Wrangel; Schweiz: der Landammann Blumer und der erste Sekretär des eidgenössischen Departements für Industrie Dr. Kaufmann; Spanien: de Castro, de Paredes; Portugal: de Penafiel, Madeira Pinto, Oliveira Martins.

15. März. (München.) Der Kultusminister v. Lutz erläßt folgende Antwort auf die erzbischöfliche Eingabe hinsichtlich der Altkatholiken:

Das Kapitular-Vikariat der Erzdiözese München-Freising hat im Eingange seines der Staatsregierung zum weiteren sachgemäßen Vollzuge mitgeteilten autoritativen Ausspruches vom 10. d. M. über die Zugehörigkeit der Altkatholiken zur katholischen Kirche in Beziehung auf die seitherige Behandlung der Altkatholiken-Frage seitens der kgl. Staatsregierung bemerkt,

daß ungeachtet wiederholter Vorstellungen der bayerischen Oberhirten, insbesondere jener vom 13. Oktober 1875 und 14. Juni 1888 auf die berechtigten Ansprüche der katholischen Kirche in Bayern noch nicht die gebührende Rücksicht genommen worden sei, daß vielmehr deren Anträge zuletzt noch durch die Ministerialentschließung vom 28. März 1889 eine abschlägige Bescheidung erfahren hätten.

Sodann ist das Verlangen, daß die Altkatholiken fortan von der Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der römisch-katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden möchten, auch in dem oben erwähnten Aktenstücke des Kapitular-Vikariats vom 10. d. M. in erster Reihe wieder gleichwie in den eben bezeichneten früheren bischöflichen Eingaben mit dem Satz motiviert, daß die Altkatholiken schon durch die Ablehnung der Beschlüsse des Vatikanischen Konzils vom Jahre 1870 aus der römisch-katholischen Kirche ausgeschieden seien.

Dem gegenüber muß auch hier wieder daran erinnert werden, daß die seitherige Behandlung der fraglichen Angelegenheit der Staatsregierung in bindender Weise durch Titel IV § 9 Abs. 5 der Verfassungsurkunde, dann durch die §§ 57 und 58 der II. Verfassungsbeilage vorgezeichnet war. Denn hienach dürfen, wie dies auch in der bereits angezogenen Ministerialentschließung vom 28. März 1889 betont ist, die Dekrete des Vatikanischen Konzils seitens der Staatsregierung nicht vollzogen werden, nachdem für dieselben das Placetum regium nicht erteilt ist. Die Staatsregierung war daher gehalten, jede auf den Vollzug dieser Dekrete zielende Handlung zu unterlassen, und sie durfte insbesondere keine Gewaltmaßregel gegen irgend jemand aus dem Grunde in Anwendung bringen, weil er sich jenen Dekreten nicht unterwerfen zu können glaubte. Sie hat die rechtlichen Grundsätze, von denen sie sich bei ihrer Stellungnahme zur Altkatholiken-Frage, insoweit es sich um die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils handelt, bestimmen lassen mußte und auch fernerhin wird bestimmen lassen müssen, erst jüngst wieder gelegentlich der Verhandlungen über den Antrag des Abgeordneten Geiger und Genossen in den beiden Kammern des Landtags vom 6. bis 8. November vorigen und vom 10. Februar laufenden Jahres dargelegt.

Die Staatsregierung konnte demnach die auf das Vatikanum gestützte Ausschließung der Altkatholiken aus der katholischen Kirche von ihrem Standpunkte aus nicht für wirksam erachten und würde dies auch für die Zukunft nicht zu thun vermögen.

Der Rückhalt, welchen so die Altkatholiken infolge der Nichtplazetierung der erwähnten vatikanischen Konzilsbeschlüsse bei der kgl. Staatsregierung seither gefunden haben, hat aber in eben diesen Beschlüssen seine Grenze. Sobald demnach vom zuständigen kirchlichen Richter festgestellt und ausgesprochen ist, daß die Altkatholiken nicht bloß mit Rücksicht auf das Vatikanum, sondern auch aus bestimmten anderen Gründen die Ausschließung aus der katholischen Kirche verwirkt haben, ist die Staatsregierung angesichts der verfassungsmäßigen Rechte der katholischen Kirche in Bayern verpflichtet, diesem Urteile den Vollzug zu sichern. Denn die Stellung der Staatsregierung zur Altkatholiken-Frage, welche lediglich zum Vollzuge der einschlägigen verfassungsmäßigen Bestimmungen eingenommen worden ist, kann den Altkatholiken augenscheinlich nicht die Befugnis zur Ablehnung anderer Dogmen der Kirche und, ungeachtet derselben, das Recht gewähren, von der Staatsregierung gleichwohl noch als Mitglieder der katholischen Kirche angesehen und behandelt zu werden.

Bisher fehlte es an der erforderlichen Grundlage zu der von den bayerischen Oberhirten wiederholt erbetenen staatlichen Einschreitung gegen die Altkatholiken; denn es konnte weder in der Eingabe der hochwürdigsten

HH. Erzbischöfe und Bischöfe des Landes vom 13. Oktober 1875, noch in jener vom 14. Juni 1888, so viel auch hierin von anderweitigen Neuerungen der Altkatholiken referierend die Rede war, ein die Staatsregierung zum entsprechenden Vollzuge berechtigender und verpflichtender Jurisdiktionsakt gefunden werden, durch welchen die Altkatholiken, abgesehen vom Vatikanum, auf Grund sonstiger Thatsachen als ausgeschlossen aus der katholischen Kirche erklärt worden wären.

Einen solchen Akt aber muß das unterzeichnete kgl. Staatsministerium in dem nunmehr von dem Kapitular-Vikariat der Erzdiözese München-Freising unterm 10. d. M. in Vorlage gebrachten Aktenstücke erblicken; denn hierin sind zwei Thatsachen ausdrücklich angeführt und in einer Weise, welche jede Bestreitung ausschließt, sofort liquid gestellt, von denen nach der denselben angefügten Entscheidung des zuständigen kirchlichen Richters jede einzelne das Vergehen der formalen Häresie in sich schließt und für die Beteiligten ipso facto die Ausschließung aus der Kirche zur Folge hat. Desgleichen ist darin ausdrücklich ausgesprochen, daß die Altkatholiken wegen dieser Neuerungen, auch abgesehen vom Vatikanum, die Ausschließung aus der Kirche verwirkt haben.

Die eine der fraglichen Neuerungen hat das Dogma der unbefleckten Empfängnis zum Gegenstand. Wenn auch diesem Dogma eine wörtliche Plazetierung niemals zu teil geworden ist, so ist dasselbe doch durch Handlungen und Entschließungen der königl. Staatsregierung, welcher keiner andern Deutung und Auffassung Raum geben können, thatsächlich plazetiert worden. So hat das unterzeichnete königl. Staatsministerium in einer Entschließung vom 26. April 1866, Nr. 3182, ausgesprochen, daß der vormalige Kooperator zu Holzkirchen, Thomas Braun, infolge der über ihn durch das bischöfliche Ordinariat Passau wegen Nichtanerkennung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis verhängten Exkommunikation nicht bloß die allgemeinen Rechte eines jeden Kirchenmitgliedes, sondern auch die besonderen priesterlichen Standesrechte, namentlich auch jenes des eventuellen Anspruches auf den Tischtitelgenuß verloren habe – ein Standpunkt, den auch einige Jahre später der vormalige Oberappellationsgerichtshof in einem Erkenntnisse vom 3. Mai 1869 (auszugsweise veröffentlicht in den Blättern für Rechtsanwendung, Ergänzungsband II, Seite 317 ff.) als zutreffend anerkannt hat. An dieser Auffassung hat die Staatsregierung auch in der Folgezeit festgehalten. (Vgl. stenographische Berichte der Kammer der Abgeordneten von 1872, Bd. II, Seite 580 ff., dann 1881 Bd. I, Seite 183 ff., ferner Verhandlungen der Kammer der Reichsräte 1881/82, Protokoll-Bd. I, S. 609 ff., sowie 1883/84, Protokoll-Bd. I, Seite 292 ff.)

Wie demnach die Staatsregierung das Dogma von der unbefleckten Empfängnis seit Jahrzehnten konsequent dem Priester Thomas Braun gegenüber vollzogen hat, so kann sie auch dessen Vollzug gegenüber den Altkatholiken nicht ablehnen; sie muß vielmehr schon die Leugnung dieses Dogmas allein seitens der Altkatholiken für einen vollständig ausreichenden Grund erachten, die deshalb von der Kirche verfügte Ausschließung derselben auch für das staatliche Gebiet als wirksam anzuerkennen.

Aus den vorstehenden Erwägungen erachtet das unterzeichnete königl. Staatsministerium den vom Kapitular-Vikariat der Erzdiözese München-Freising unterm 10. d. M. gestellten Antrag für begründet. Es wurde deshalb dem Ausschusse des bayerischen altkatholischen Landesvereines in München mit Entschließung vom Heutigen eröffnet, daß jenem Antrage entsprechend vorerst die innerhalb der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken von nun ab seitens der königl. Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden, daß vielmehr

die Rechte der Altkatholiken in dieser Diözese hinsichtlich der Religionsausübung sich vorläufig nach § 2 der II. Verfassungsbeilage zu bemessen haben.

Hiemit ist in der Altkatholikenfrage den Wünschen der Ultramontanen nachgegeben, das Plazet aber im vollen Umfang aufrechterhalten worden.

16. März. (Neunkirchen.) Freiherr v. Stumm versammelt die Arbeitervertreter im Knappschaftsvorstande, die Knappschaftsältesten und die Betriebschefs seines großen Eisenwerks, um ihnen den Entwurf einer neuen Arbeitsordnung vorzulegen. Freiherr v. Stumm betont beim Beginn der Beratung, seine Stellung zu den Arbeiterausschüssen sei nach wie vor die, daß er zur Behandlung bestimmter gemeinsamer Angelegenheiten stets gern Vertreter der Arbeiter hören werde, wie er das von jeher gethan habe; das persönliche Verhältnis jedes einzelnen Arbeiters zu ihm werde er seinen Arbeitern aber niemals durch Mittelspersonen verkümmern lassen. Das entspreche auch vollkommen dem vom Staatsrat eingenommenen Standpunkt.

17. März. Die „Kölnische Zeitung" bringt die verfrühte Meldung, Fürst Bismarck habe seine Entlassung aus allen Aemtern nachgesucht; an der Bewilligung sei nicht zu zweifeln. Thatsächlich hat an diesem Tage der Fürst nur im Ministerrate seine Absicht zu demissionieren ausgesprochen.

17. März. In der Sitzung der Arbeiterschutzkonferenz wird beschlossen, drei Kommissionen zu wählen. Die erste Kommission hat die Bergwerke zu behandeln; die zweite Kommission die Sonntagsarbeit; die dritte Kommission die Arbeit der Kinder, der jugendlichen Personen und der Frauen.

17. März. Ein königliches Dekret verkündigt die Stiftung eines „Allgemeinen Ehrenzeichens in Gold".

18. März. Fürst Bismarck reicht in einem umfangreichen motivierten Schreiben seine Entlassung als Reichskanzler, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen ein. Die öffentliche Meinung nimmt die Nachricht mit verhältnismäßiger Ruhe auf und erwartet die Annahme des Gesuchs.

18. März. (München.) Eine Deputation der klerikalen Fraktion wird von dem Nuntius Msgr. Agliardi empfangen und ihr eröffnet:

Daß der hl. Stuhl die nunmehr angebahnte faktische Lösung der Altkatholikenfrage tolerieren werde, im übrigen aber selbstredend an

seinem prinzipiellen Standpunkte unverrückt festhalte und die gegenteiligen Aeußerungen der Staatsregierung nach wie vor lebhaft bedauere.

18. März. (Arbeiterschutzkonferenz.) Fürst Bismarck erscheint bei dem Frühstück der Delegierten und begrüßt sie in herzlicher Weise. Gegen den italienischen Delegierten Boccardo äußert er: Auch in Zukunft bleiben die Wege Italiens und Deutschlands dieselben. Zum Diner ist die gesamte Konferenz zu den Majestäten geladen.

18. März. Eine Konferenz aller kommandierenden Generäle findet unter Vorsitz des Kaisers statt.

18. März. (Abgeordnetenhaus.) Kultusminister v. Goßler eröffnet dem Hause:

Mit der heute eingegangenen Genehmigung des Kaisers werde er die ihm untergeordneten Kirchenkörper auf die Gesichtspunkte aufmerksam machen, von denen sie bei Bekämpfung der Umsturzbestrebungen auszugehen hätten. Auf dem Gebiete der Schule ständen eingreifende Aenderungen bevor. Se. Majestät der Kaiser habe die Anregung gegeben, die Frage der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst ganz aus der Schulorganisation auszuscheiden. Auch habe der Kaiser genehmigt, daß einmal die größten Gegner auf dem Gebiet des Schulwesens zu einer Enquête vereinigt würden. Im wesentlichen werde sich die Organisation auf der Linie bewegen müssen, die Se. Majestät in dem Erlaß über den Unterricht an den Kadettenanstalten angegeben habe.

20. März. (Bayern.) Die Zentrumsfraktion des Landtags beschließt, angesichts der Stellung des Episkopates zu den letzten Regierungsmaßregeln, jetzt in die sachliche Beratung des Budgets eintreten zu wollen.

Die liberale Presse zeigt sich sehr unzufrieden über das Verfahren der Regierung gegen die Altkatholiken.

20. März. Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt:

Es ist unrichtig, daß das Ausscheiden des Kanzlers aus dem Dienste sich an die Arbeiterfrage knüpfe. Die Meinungsverschiedenheiten in den maßgebenden Regionen haben sich vorwiegend auf staatsrechtlichem Gebiet bewegt und die Grenzen der ministeriellen Verantwortlichkeit nach Lage der Verfassung, sowie die Beziehungen des Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen und die bisher dafür geltenden Unterlagen zum Gegenstand gehabt. Das Erstaunen, mit welchem die „Frkf. Ztg." die Thatsache bespricht, daß der Kanzler noch nach der Berufung der internationalen Konferenz im Amte geblieben sei, ist also durchaus ungerechtfertigt. Der Korrespondent des Blattes würde sich dasselbe erspart haben können, wenn er auch nur einen Blick auf die Entwicklung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung während des letzten Dezenniums geworfen hätte. Diese Entwicklung beginnt mit der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881. Durch sie sind die Grundzüge des Systems festgelegt worden, nach welchem „die Heilung der sozialen Schäden auf dem Wege der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter in Angriff genommen wurde. Der intellektuelle Urheber dieser Allerhöchsten Botschaft ist Fürst

Bismarck gewesen. Er hat die Botschaft entworfen und den Kaiser Wilhelm für dieselbe zu gewinnen gewußt. Fürst Bismarck ist also der Schöpfer unsrer heutigen sozialpolitischen Gesetzgebung. Es ist eine Unwahrheit, wenn das Blatt von „scharf motivierter Gegnerschaft des Fürsten Bismarck gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung" spricht. Die Akten liegen in diesem Punkte klar und sie sind jedermann zugänglich. In der Sitzung des Reichstages vom 9. Mai 1885 hat der Kanzler seine Stellung zu der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung eingehend dargelegt. Er bezeichnete es damals als „in hohem Grade wünschenswert", als ein „glänzendes Ziel", daß dem Arbeiter Sonntagsruhe gewährt und die Dauer des Arbeitstages „billig und schonend" bemessen werde. „Aber", fügte er hinzu: „die große Frage, die sich einem zuerst aufdrängt, ist die: ist dem Arbeiter überhaupt damit gedient? Wer bestreitet die Kosten? Der Arbeiter wird nicht die obligatorische Sonntagsruhe mit dem Verlust von 14 Proz. seines Jahreslohnes erkaufen wollen." Schon damals hat der Kanzler es ausgesprochen, daß, um mit einer Arbeiterschutz-Gesetzgebung vorzugehen, der Anschluß der übrigen Kulturstaaten zu erstreben wäre und der Kanzler ist es denn auch gewesen, der den Zusammentritt der jetzt hier tagenden Konferenz bei dem Kaiser in Antrag gebracht hat. Eine weitere Verfälschung der Thatsachen ist es, wenn die „Frkf. Ztg." von einem gezwungenen Verzicht des Fürsten Bismarck auf das Handelsministerium spricht. Der Verzicht erfolgte auf des Fürsten eigene Anregung, zumal die Aufgaben gerade dieses Postens durch die Strikebewegungen und die sich an dieselben knüpfenden Fragen sich derartig erweitert hatten, daß ihre Lösung nur durch eine volle, von anderen Geschäften nicht beanspruchte Arbeitskraft erfolgen konnte. Die „Frankf. Ztg." spricht schließlich von einer feindlichen Stimmung des Reichskanzlers gegen den Staatsrat. Auch dies ist nicht wahr. Wie die internationale Konferenz, so ist auch die Anhörung des Staatsrates auf Antrag des Kanzlers beschlossen worden. Geradezu kindisch ist es endlich, wenn das genannte Blatt behauptet: Fürst Bismarck habe dem Diner zu Ehren der Staatsratsmitglieder im Schlosse gezwungener Weise beigewohnt. Wie Kaiser Wilhelm I., so hat auch der jetzige Kaiser den Kanzler mit Rücksicht auf dessen Gesunhheitszustand von der Teilnahme an Hoffestlichkeiten stets dispensiert. Die Vorstellung, daß der Kanzler zum Erscheinen im Schlosse gezwungen worden sei, beweist nur, daß der Korrespondent der „Frkf. Ztg." von den Verhältnissen am Hofe nichts weiß."

20. März. Fürst Bismarck wird unter Erhebung zum Herzog von Lauenburg und General-Oberst der Kavallerie aus seinen Aemtern entlassen; zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten General v. Caprivi (Kommandeur des 10. Armeekorps, früher Chef der Admiralität) ernannt, mit der einstweiligen Leitung des Ministeriums des Auswärtigen Graf Herbert Bismarck beauftragt. Die Demission des Gesamtministeriums wird abgelehnt.

Die Erlasse des Kaisers und Königs an den Fürsten Bismarck lauten:

Mein lieber Fürst! Mit tiefer Bewegung habe Ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Aemtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, mich von Ihnen zu

trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktritts jetzt genötigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten. Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem Ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Aemtern als Reichskanzler, Präsident Meines Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden. Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berater zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie Meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und thatkräftigen Friedenspolitik, die Ich auch künftig aus voller Ueberzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als Zeichen dieses Dankes verleihe Ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde Ich Ihnen Mein lebensgroßes Bildnis zugehen lassen.

Gott segne Sie, Mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters!

In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener dankbarer Kaiser und König. Wilhelm I. R.

Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden sehen, in der Sie so lange Jahre hindurch für Mein Haus, wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der unauslöschlichen Verdienste zu gedenken, die Sie Sich um meine Armee erworben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt, in schweren Zeiten die für nötig erkannte Reorganisation unsrer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben die Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee mit Gottes Hilfe von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldenmütigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen Ihre Schuldigkeit als Soldat gethan und seitdem bis auf diesen Tag sind Sie mit nie rastender Sorgfalt und Aufopferung bereit gewesen einzutreten, um unserm Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohlthaten des Friedens zu schaffen.

Ich weiß Mich eins mit Meiner Armee, wenn Ich den Wunsch hege, den Mann, der so Großes geleistet, auch fernerhin in der höchsten Rangstellung ihr erhalten zu sehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Obersten der Kavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls und hoffe zu Gott, daß Sie Mir noch viele Jahre in dieser Ehrenstellung erhalten bleiben mögen. Wilhelm.

20. März. (Abgeordnetenhaus.) Bei Diskussion des Kultusetats richtet Stöcker, ausgehend von der Ueberfüllung mancher Schulen mit Juden, Angriffe gegen die allgemeine Stellung des Judentums, die von nationalliberaler und freisinniger Seite heftige Erwiderung finden. Minister v. Goßler erklärt, er sei weder Semit noch Antisemit; er erkenne an, daß für die Staatsregierung hier ein Problem vorliege.

21. März. Graf Herbert Bismarck reicht seine Entlassung ein.

21. März. Der Prinz von Wales trifft in Berlin ein.

21. März. (München.) Abgeordnetenhaus. Bei Beratung des Kultusetats und speziell des ministeriellen Erlasses betreffs der Altkatholiken erklärt Minister v. Crailsheim: die Regierung könne sofort auf das Plazet verzichten, wenn andererseits die unbedingte Schutzpflicht des Staates gegenüber der Kirche aufgehoben würde.

21. März. Der Prinzregent von Bayern sendet dem Fürsten Bismarck in Anlaß seines Rücktritts ein sehr herzliches und anerkennendes Schreiben zu, welches der Fürst mit wärmstem Danke erwidert.

21. März. Gelegentlich einer Arbeiterversammlung in Köpenick bei Berlin ereignen sich Ruhestörungen, wobei die Gendarmerie einzuschreiten genötigt ist. Zwei Gendarmen werden schwer verletzt.

21. März. (Abgeordnetenhaus.) Präsident v. Köller verliest folgendes Schreiben des Staatsministers v. Bötticher:

„Ew. Exzellenz beehre ich mich ergebenst zu benachrichtigen, daß des Königs Majestät geruht haben, mittels Allerhöchsten Erlasses vom 20. d. Mts. den Fürsten v. Bismarck, seinem Antrage entsprechend, von seinen Aemtern als Präsidenten des königlichen Staatsministeriums, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu entbinden und den kommandierenden General des 10. Armeekorps, General der Infanterie v. Caprivi zum Präsidenten des Staatsministeriums zu ernennen und mit der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten einstweilen den Staatsminister, Staatssekretär im Auswärtigen Amte, Grafen v. Bismarck-Schönhausen, zu beauftragen. Ew. Exzellenz ersuche ich ergebenst, dem Hause der Abgeordneten hiervon Kenntnis geben zu wollen."

Das Haus verharrt nach der Verlesung in völligem Schweigen; ein Benehmen, welches den lebhaftesten Tadel der regierungsfreundlichen Presse veranlaßt.

22. März. Die „Nationalzeitung", welche geschrieben hatte, der Kaiser habe dem Fürsten Bismarck am Montag Nachmittag

einen Besuch abgestattet, wird „von unterrichteter Seite“ aufgefordert, diese unbegründete Angabe richtig zu stellen:

Fürst Bismarck habe dem Kaiser zum letzten Mal am Sonnabend den 15. März Vortrag gehalten und ihn seit diesem Tage überhaupt nicht mehr gesehen. Am Montag habe der Kaiser nur durch den Chef des Civilkabinets Dr. v. Lukanus, in der Reichskanzlei anfragen lassen, ob der Bericht des Fürsten Bismarck bereits an ihn ergangen sei.

Uebereinstimmend wird gemeldet, daß jener „Bericht“ den Vorschlag zur Aufhebung einer Kabinetsordre Friedrich Wilhelm IV. über die Stellung des Ministerpräsidenten zu den übrigen Ministern hätte enthalten sollen, daß aber Fürst Bismarck diesen Antrag zu stellen verweigert habe. Die betreffende Kabinetsordre lautet:

„Ich finde es nötig, daß dem Ministerpräsidenten, mehr als bisher, eine allgemeine Uebersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt werde, die notwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verwaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. — Zu dem Ende bestimme Ich Folgendes: 1) Ueber alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departements-Chef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Beratung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichtserstattung darüber an Mich zu veranlassen. 2) Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art, nach den bestehenden Grundsätzen Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, welcher denselben mit seinen etwanigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat. 3) Wenn ein Verwaltungs-Chef sich bewogen findet, Mir in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er dem Minister-Präsidenten davon zeitig vorher in Kenntnis zu setzen, damit derselbe, wenn er es nötig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. — Die regelmäßigen Immediat-Vorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen. Charlottenburg, den 8. September 1852.

gez. Friedrich Wilhelm.
gegengez. Manteuffel.“

22. März. (Kapitel des Schwarzen Adlerordens.) Der Prinz Georg von Großbritannien und Irland wird im Beisein seines Vaters, des Prinzen von Wales, investiert.

22. März. Die „Weimarische Zeitung“ veröffentlicht ein Telegramm des Kaisers nach Weimar vom 22. März, worin es heißt:

„Mir ist so weh, als hätte Ich noch einmal Meinen Großvater verloren, aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zu Grunde gehen sollte. Das Amt des wachhabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist Mir zugefallen, der Kurs bleibt der alte. Voll Dampf voran!“

23. März. Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt:

„Der „Hamburgische Korrespondent" bringt den Rücktritt des Fürsten Bismarck damit zusammen, daß in den letzten Jahren namentlich auf dem Gebiete der inneren Politik die Erfolge seltener geworden seien. Das genannte Blatt, dessen wohlwollende Haltung wir im übrigen anerkennen, ist in diesem Punkte nicht gerecht. Die Erfolge auf dem Gebiete der inneren Politik hängen bei uns wesentlich mit den Wahlen zusammen, und es ist unbillig, die Politik des Reichskanzlers anzuklagen, auch wenn sie in dem Maße leitend wäre, wie es der bisherige Kanzler seit Kaiser Wilhelms Tode nicht mehr gewesen ist. Von der Rücknahme eines ersten Entlassungsgesuches, von dem der „Hamb. Koresp." spricht, ist in den beteiligten Kreisen nichts bekannt, der Reichskanzler hat kein Gesuch zurückgenommen. Es beruht auf einer irrtümlichen Information des „Hamburgischen Korrespondenten", wenn er behauptet, der Versuch des Fürsten, Resignation zu üben, habe als endgültig mißlungen angesehen werden müssen, als transpirierte, daß Fürst Bismarck von der Bestimmung nicht abgehen wollte, wonach kein unmittelbarer Verkehr der Staatssekretäre und der preußischen Minister mit dem Landesherrn ohne seine Kontrole und Mitwirkung stattzufinden habe. Was der „Hamb. Koresp." als „transpiriert" bezeichnet, stimmt mit unserer eigenen Information überein. Der Verkehr der Staatssekretäre mit dem Kaiser ist durch die Verfassung und das Stellvertretungsgesetz definitiv geregelt. Die Beziehungen der preußischen Minister zum Landesherrn wurden es 1852, als sich nach Einführung der Verfassung die Notwendigkeit dazu herausstellte, und die Stellung des Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen hat bisher ausschließlich auf einer Ordre des gedachten Jahres beruht, wenn auch unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck bis in die jüngste Zeit kein Bedürfnis vorgelegen hatte, in ostensibler Weise auf diese für den Ministerrat bestehenden Regulative Bezug zu nehmen. Erst in den letzten Wochen hat der Präsident des Staatsministeriums ein solches Bedürfnis empfunden. Es ist auch richtig, daß er zur Ausführung des kaiserlichen Befehls die Ordre von 1852 aus der Welt zu schaffen, die Hand nicht hat bieten wollen, weil er dieselbe für unentbehrlich hielt, wenn ein Präsidium des Staatsministeriums fortbestehen sollte. Der „Hamburgische Korrespondent" ist wohl unterrichtet, wenn er annimmt, daß diese Ablehnung dem Präsidenten des Staatsministeriums über die unabweisliche Notwendigkeit seines Rücktrittes schließlich die volle Klarheit gegeben hat. Ein Irrtum dagegen ist es, wenn der „Hamburgische Korrespondent" annimmt, daß Besprechungen des Fürsten Bismarck mit Hrn. Windthorst das Cumberlandsche Vermögen zum Gegenstand gehabt haben. Wir sind sicher, daß hievon nicht die Rede gewesen ist. Der Verkehr des Kanzlers mit Hrn. Windthorst spielt in der ganzen Krisis nur insofern eine Rolle, als der Kanzler sich geweigert hat, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Kontrolle zu unterwerfen. Unvollkommen unterrichtet zeigt sich der „Korrespondent" weiter, wenn er behauptet, daß es an Versuchen, den Fürsten zur Weiterführung der auswärtigen Politik zu bewegen, nicht gefehlt habe. Im preußischen Staatsministerium mögen Versuche der Art allerdings stattgefunden haben, aber persönliche Schritte des Kaisers oder einflußreicher Bundesfürsten sind nicht erfolgt. Ob die Trennung der auswärtigen von der inneren Politik nach unseren verfassungsmäßigen Einrichtungen praktisch ausführbar gewesen sein würde, darüber sind die Meinungen geteilt. Diejenige, daß es thunlich sei, scheint heute nicht vorzuwalten, da auch bei dem Nachfolger des Fürsten Bismarck die kanzlerische Stellung und die des Präsidenten des Staatsministeriums ungetrennt bleiben werden."

24. März. In Anknüpfung an diesen Artikel bringt die „Vossische Zeitung“ folgende Mitteilung, welche keinen Widerspruch erfährt:

„Nachdem einmal die letztere Bemerkung veröffentlicht ist, sehen wir keinen Grund, die Darstellung des Sachverhalts, wie sie uns bekannt geworden ist, zurückzuhalten. Der Kaiser war über die Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst sehr erregt und fuhr nach dem Kanzlerpalaste, um den Fürsten zu fragen, was diese Unterredungen zu bedeuten haben. Fürst Bismarck, der sich eben im Bette befand, erhob sich sofort und beantwortete, nachdem er bei dem Kaiser eingetreten war, die Frage dahin, daß es sich um Privatangelegenheiten handle. Der Kaiser betonte, daß er von Verhandlungen seines Kanzlers mit einem Parteiführer wie Windthorst rechtzeitig zu erfahren ein Recht habe, was Fürst Bismarck ungefähr mit dem obigen Satze zurückwies, daß er seinen Verkehr mit Abgeordneten keiner Kontrolle unterwerfe. Er fügte hinzu, nur infolge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., einst seinem Enkel zu dienen, sei er in seiner Stellung verblieben. Er werde aber gern bereit sein, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, wenn er dem Kaiser unbequem werde.“

26. März. Graf Herbert Bismarck wird in Gnaden des Dienstes entlassen; Herr v. Caprivi zum preußischen Minister des Auswärtigen ernannt.

26. März. Fürst Bismarck wird von dem Kaiser in Abschiedsaudienz empfangen; bei der Rückfahrt werden ihm stürmische Ovationen gebracht.

27. März. Der badische Bundesratsbevollmächtigte Freiherr v. Marschall wird zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt des deutschen Reiches ernannt.

27. März. (Stuttgart.) Der König richtet an den Fürsten Bismarck zu dessen Rücktritt ein huldvolles Handschreiben, auf welches der Fürst mit wärmstem Danke erwidert.

27. März. (Abgeordnetenhaus.) Da es unmöglich scheint, bis zum 1. April den Etat zu genehmigen, so regt der freisinnige Abgeordnete Rickert den Beschluß eines vorläufigen Etatsgesetzes (Notgesetz) an. Statt dessen wird auf Antrag von Olzem-Zedlitz beschlossen, in das später fertig zu stellende Etatsgesetz folgenden Paragraphen einzufügen:

„Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushaltsetats innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiemit nachträglich genehmigt.“

28. März. Der Kaiser wohnte der Schlußvorstellung in der Turnlehrer-Bildungsanstalt bei und äußert:

Er halte das Turnen für sehr wichtig für die Ausbildung des Volkes und glaube besonders auch, daß die Turnvereine berufen seien, den subversiven Tendenzen den Boden zu entziehen. Er bitte die Lehrer, in diesem

Sinne in der turnerischen Praxis zu wirken, damit das Turnen als Volkserziehungsmittel voll zur Geltung komme.

29. März. Der Kaiser erläßt folgende Kabinetsordre, betreffend den Offizierstand:

Ich habe Mich bereits am Neujahrstage den kommandierenden Generalen gegenüber hinsichtlich des Offizier-Ersatzes für die Armee ausgesprochen. Seitdem sind Mir neben den sonstigen Eingaben über die zur Zeit üblichen Privatzulagen und über die Gehaltsabzüge der Offiziere auch die Nachweisungen über den Stand an Offizier-Aspiranten vorgelegt worden. Dieselben liefern den Beweis, daß in der Armee nicht überall nach gleichen Grundsätzen verfahren wird, und sehe Ich Mich deshalb veranlaßt, Meiner bezüglichen Willensmeinung für alle Beteiligten in eingehender Weise erneut Ausdruck zu geben. Die allmähliche Vermehrung der Kadres der Armee hat die Gesamtzahl der etatsmäßigen Offizierstellen beträchtlich erhöht. Für dieselben einen geeigneten und möglichst zahlreichen Ersatz zu schaffen, ist ein dringendes Erfordernis, ganz besonders im Hinblick anf die Ansprüche, die der Kriegsfall an die Armee stellt. Gegenwärtig weisen fast alle Regimenter der Infanterie und der Feldartillerie erhebliche Lücken auf. Diese Lage macht die Heranziehung eines ausreichenden und geeigneten Ersatzes zu einer von Tag zu Tag wichtigeren und ernsteren Pflicht der Truppenkommandeure. Der gesteigerte Bildungsgrad unseres Volkes bietet die Möglichkeit, die Kreise zu erweitern, welche für die Ergänzung des Offizierkorps in Betracht kommen. Nicht der Adel der Geburt allein kann heutzutage wie vordem das Vorrecht für sich in Anspruch nehmen, der Armee ihre Offiziere zu stellen. Aber der Adel der Gesinnung, der das Offizierkorps zu allen Zeiten beseelt hat, soll und muß demselben unverändert erhalten bleiben. Und das ist nur möglich, wenn die Offizier-Aspiranten aus solchen Kreisen genommen werden, in denen dieser Adel der Gesinnung zu Hause ist. Neben den Sprossen der adligen Geschlechter des Landes, neben den Söhnen Meiner braven Offiziere und Beamten, die nach alter Tradition die Grundpfeiler des Offizierkorps bilden, erblicke Ich die Träger der Zukunft Meiner Armee auch in den Söhnen solcher ehrenwerter bürgerlichen Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche Gesittung gepflegt und anerzogen werden. Ich kann es nicht gutheißen, wenn manche Kommandeure sich für die Heranziehung des Offizier-Ersatzes eigene, einseitige Grundsätze schaffen, wenn beispielsweise die Grenzen der erforderlichen wissenschaftlichen Bildung so eng gezogen werden, daß für die Annahme eines jungen Mannes die Ablegung der Abiturientenprüfung als unabweisbare Bedingung hingestellt wird. Ich muß es mißbilligen, wenn der Eintritt abhängig gemacht wird von einer übermäßig hohen Privatzulage, welche die Söhne wenig begüterter, aber nach Gesinnung und Lebensauffassung dem Offizierkorps nahestehender Familien der Armee fernhalten muß. Um solchen Unzuträglichkeiten Einhalt zu thun, spreche Ich Meinen Willen dahin aus, daß in der Regel die Kommandeure bei der Infanterie, den Jägern, der Fußartillerie und den Pionieren nicht mehr als 45 Mark, bei der Feldartillerie nicht mehr als 70 Mark und bei der Kavallerie nicht mehr als 150 Mark an monatlicher Zulagen fordern sollen. Daß die Verhältnisse großer Garnisonen und speziell diejenigen der Truppenteile des Gardekorps geringe Erhöhungen erforderlich machen können, verkenne Ich nicht. Aber Ich erachte es als den Interessen der Armee nachteilig, wenn bei der Infanterie und den Jägern ꝛc. die Forderungen an Privatzulagen bis auf 75 und 100 Mark — an einzelnen Stellen sogar darüber hinaus — gesteigert sind, und wenn dieselben bei der Kavallerie, namentlich bei der Garde, eine

Höhe erreicht haben, welche es dem ländlichen Grundbesitzer nahezu unmöglich macht, die Söhne der ihm lieb gewordenen Waffe zuzuführen. Mit solchen übertriebenen Ansprüchen wird der Offizier-Ersatz nach Umfang und Beschaffenheit beeinträchtigt. Ich will nicht, daß in Meiner Armee das Ansehen der Offizierkorps nach der Höhe der Eintrittszulage bemessen werde und schätze diejenigen Regimenter besonders hoch, deren Offiziere sich mit geringen Mitteln einzurichten und doch ihre Pflicht mit der Befriedigung und Freudigkeit zu erfüllen wissen, die den preußischen Offizier von alters her ausgezeichnet haben. In diesem Sinne mit Aufbietung aller Kräfte zu wirken, ist die Aufgabe der Truppenkommandeure. Unausgesetzt haben sie es sich klar zu machen, daß es heutzutage mehr wie je darauf ankommt, Charaktere zu erwecken und groß zu ziehen, die Selbstverleugnung bei ihren Offizieren zu heben, und daß hierfür das eigene Beispiel in erster Linie mitwirken muß. Wie Ich es den Kommandeuren erneut zur Pflicht mache; den mancherlei Auswüchsen des Luxus zu steuern, die in kostspieligen Geschenken, in häufigen Festessen, in einem übertriebenen Aufwande bei der Geselligkeit und ähnlichen Dingen zu Tage treten, so halte Ich es auch für angezeigt, der Auffassung nachdrücklich entgegenzutreten, als sei der Kommandeur selber vermöge seiner Dienststellung zu umfangreichen Ausgaben für Repräsentationszwecke verpflichtet. Ein jeder Offizier kann sich durch angemessene Förderung einer einfachen, standesgemäßen Geselligkeit Verdienste um seinen Kameradenkreis erwerben; zum „Repräsentieren" aber sind nach Meinem Willen nur die kommandierenden Generale verpflichtet, und darf es in Meiner Armee nicht vorkommen, daß gutgediente Stabsoffiziere mit Sorgen den Geldopfern entgegensehen, die mit dem etwaigen Erreichen der Regimentskommandeur-Stellung vermeintlich ihrer warten. Ich werde Mir von Zeit zu Zeit neben den Eingaben über die Offizier-Aspiranten Nachweisungen über die bei den Truppenteilen üblichen Zulagen und die Gehaltsabzüge vorlegen lassen. Wie Ich hiermit bestimme, daß Mir solche Offiziere namhaft zu machen sind, welche den auf Vereinfachung des Lebens gerichteten Einwirkungen ihrer Vorgesetzten nicht entsprechen, so werde Ich die Kommandeure wesentlich mit danach beurteilen, ob es ihnen gelingt, einen geeigneten und ausreichenden Nachwuchs an Offizieren heranzuziehen und das Leben ihrer Offizierkorps einfach und wenig kostspielig zu gestalten. — Ich wünsche von Herzen, daß ein jeder Meiner Offiziere nach erfüllter Pflicht seines Lebens froh werde. Dem überhandnehmenden Luxus in der Armee muß aber mit allem Ernst und Nachdruck entgegengetreten werden.

29. März. Die Arbeiterschutzkonferenz schließt ihre Sitzungen; die von ihr formulierten „Wünsche" s. Staatsarchiv Bd. 51.

29. März. Fürst Bismarck verläßt Berlin. Auf der Fahrt zum Bahnhofe und im Bahnhofsgebäude werden ihm stürmische Ovationen gebracht; vielfach ertönen die Rufe „Wiederkommen!" „Auf Wiedersehen!" Sowohl in Berlin als bei der Ankunft in Friedrichsruhe werden ihm auf Befehl des Kaisers durch dazu kommandierte Truppenabteilungen militärische Ehren erwiesen.

31. März. Der Kaiser übersendet dem ersten französischen Bevollmächtigten bei der Konferenz Jules Simon die neu erschienene Ausgabe der musikalischen Werke Friedrichs des Großen nebst einem Handschreiben.

Ende März. Der Reichstagswahlkreis Hamm-Soest wird bei der Nachwahl dem Zentrum, dem er zunächst zugefallen war (Schorlemer-Alst) abgenommen und von den Nationalliberalen gewonnen; desgleichen zwei Tage später der freisinnige Wahlkreis Arnswalde-Friedberg durch die Konservativen; endlich der freisinnige Wahlkreis Gießen durch die Antisemiten.

1. April. Der Geburtstag des Fürsten Bismarck wird durch große Ovationen sowohl der Bevölkerung Lauenburgs, Hamburgs &c. als auch durch eine unerhörte Anzahl von Telegrammen und Geschenken Fernerwohnender begangen. Der Kaiser sendet durch den Flügeladjutanten Grafen Wedel sein lebensgroßes Bildnis. Viele Städte ernennen Bismarck zum Ehrenbürger.

1. April. Der „Reichsanzeiger" schließt eine Artikel-Serie über Sozialismus und Sozialreform mit folgenden Sätzen:

Angesichts der hier charakterisierten Lage erkannte es Seine Majestät der Kaiser und König für notwendig, den weiteren Beschwerden der wirtschaftlich leidenden Klassen auf den Grund zu gehen und für die als berechtigt erscheinenden Forderungen, soweit sie bisher nicht genügend berücksichtigt waren, mit seiner königlichen Macht einzutreten. Die Frauen- und Kinderarbeit, die Nacht- und Sonntagsarbeit bilden schon seit lange Stoff für sozialdemokratische Agitationen — die Regelung dieser Fragen ist nunmehr vom Staatsrat und von der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz in Angriff genommen worden. Des Weiteren bleibt die Lohnfrage und die Frage der Arbeitsdauer zu regeln übrig. Nach beiden Richtungen wird vornehmlich von den Arbeitgebern selbst das Mögliche und Erforderliche geschehen können. Die Wege dazu werden durch den Einfluß der ganzen sozialreformatorischen Richtung unserer Politik geebnet werden, wie auch die zu schaffenden Organe, welche ein Fühlungnehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ermöglichen, begründeten Beschwerden hoffentlich abzuhelfen geeignet sein werden.

Die Fürsorge des Kaisers und Königs für den sogenannten vierten Stand ist eine aus den Bedürfnissen der Zeit erwachsene. Es war von jeher der Beruf der Hohenzollern-Könige, an die Heilung der sozialen Schäden heranzutreten. Es mag sein, daß die wohlwollende Absicht von manchen verkannt und die Begehrlichkeit gesteigert wird. Aber diese Möglichkeit lag ebenso in früheren Zeiten vor, und sie ist in Preußen-Deutschland doch nie zur Wirklichkeit geworden. Die Erwägung, daß die gute Saat auf unfruchtbaren Boden fallen könne, hat einen preußischen König noch nie davor zurückschrecken lassen, das zu thun, was ihm sein Gewissen und die Einsicht in die Welt der Dinge gebietet.

Mit Schreckbildern, wie sie sich stets bei Reformen und bei Aenderungen des hergebrachten Zustandes eingestellt haben, kann die Aufgabe des Staats, der gegenwärtig leidenden Klasse zu helfen, nicht hintertrieben werden. Sie ist eine Notwendigkeit, welche einen starken und mächtigen Staat erfordert. Der Kaiser und König erkennt die Notwendigkeit gleich seinen erhabenen Vorfahren an. Die in seiner Hand ruhende Macht des Staats wird denen, welche für ihre ehrgeizigen und phantastischen Ziele hiebei etwas zu gewinnen hoffen, entgegenzutreten wissen. Aber die Lösung der Aufgabe

erfordert die ganze Mitwirkung der Gesellschaft und aller ihrer bewährten Lebensformen, der Kirche und der Schule, namentlich aber auch der bestehenden, aus anderen Bedürfnissen hervorgegangenen politischen Parteien. Gegenüber dem Schrecken, mit welchem die Gesellschaft vor dem Sozialismus und den Ideen der Sozialdemokratie erfüllt wird und gegenüber den Gefahren, welche aus einem dem Sozialismus gegenüber beobachteten Laissez faire erwachsen würden, müssen die Parteien sich fest zusammenschließen, die Streitaxt begraben, die politischen Machtfragen ruhen lassen und sich um den Hüter aller Klassen der Gesellschaft, um den Träger der starken und mächtigen Krone scharen.

Die Gesellschaft gleicht einer Wage in der Hand des Monarchen; er muß bald hier bald dort ein Gewicht hinzufügen oder entfernen, um die Schwankungen zu beseitigen und so die Harmonie, wenn sie einmal gestört ist, wiederherzustellen. Nur das Königtum kann sich dieser Aufgabe unterziehen. Die Aufgabe des Parlaments besteht hiebei vornehmlich darin, daß es die Krone ihrer Aufgabe, den Frieden der Gesellschaft zu fördern, unterstützt und sich uneigennützig als Mithelfer an dem Werk der ausgleichenden Gerechtigkeit und der Heilung der sozialen Schäden beteiligt. Geschieht dies, dann wird und muß die Sozialreform gelingen, dem Sozialismus aber der Boden unter den Füßen abgegraben werden."

1. April. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses richtet an den Fürsten Bismarck folgende Adresse:

Durchlauchtigster Fürst! Seit langer Zeit hat das deutsche Volk und mit ihm die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses die Wiederkehr des Tages, der dem Vaterlande seinen großen Staatsmann gab, als einen Tag stolzer Freude gefeiert. Heute vermischen sich die Segenswünsche, mit denen wir Ew. Durchlaucht an Ihrem 75. Geburtstage begrüßen, mit dem schmerzlichen Gefühl, daß das Deutsche Reich und der preußische Staat in Zukunft des sicheren Führers entbehren soll, der der Nation seit mehr als einem Vierteljahrhundert zielbewußt die Bahnen vorgezeichnet, auf denen sich ihr heißes Sehnen nach Einheit und der gebührenden Machtstellung und inneren Entwicklung erfüllte. Die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs nach ohnmächtiger Zersplitterung, die Festigung desselben durch die Organisation der Wehrkraft und der Finanzen und der innere Ausbau durch einheitliche Gestaltung des Rechts und mächtiger Verwaltungszweige, ein zwanzigjähriger, durch unvergleichliche Staatskunst aufrechterhaltener Friede, der den Wohlstand des deutschen Volkes erhöhte und der Zusammenschluß der drei mächtigen Reiche Mitteleuropa's zu weiterer Friedenswahrung, der Erwerb von Kolonien, welche dem deutschen Handel und Gewerbefleiß neue Absatzgebiete eröffnen werden, die soziale Reform zur Linderung der Not der arbeitenden Klassen — das sind Hauptmarksteine des gewaltigen Teils Geschichte, welchen das deutsche Volk unter der Führung seines ersten großen Kaisers auf den durch Ew. Durchlaucht erkannten und eröffneten Wegen durchschritten hat. Unauslöschlicher Dank für alles, was Sie in tiefer Vaterlandsliebe und unter Einsetzung Ihrer ganzen Persönlichkeit dem deutschen Volke gegeben, wird Ew. Durchlaucht aus allen Teilen des Deutschen Reichs wie von den Deutschen des Auslandes entgegengetragen. Wenn auch wir, die in tiefer Verehrung unterzeichneten Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses diesem Danke Ausdruck geben, so wollen Ew. Durchlaucht denselben entgegennehmen als ein Zeichen, wie sehr wir uns mit den Bestrebungen Ihrer nationalen Politik verwachsen fühlen.

1. April. Der neu ernannte haïtische Ministerresident Delorme überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

2. April. (Ostafrikanisches Schutzgebiet.) Es wird bekannt, daß Emin Pascha in deutsche Dienste getreten sei und eine Expedition nach Inner-Afrika führen werde.

Major Wißmann erläßt einen Befehl, welcher Karawanen verbietet, das deutsche Gebiet nördlich des Tanga ohne seine Erlaubnis zu betreten.

Beide Nachrichten erregen vielfach Mißvergnügen in England.

Emin Pascha verbietet den Durchzug von Karawanen von Tanga nach Pangani und erläßt einen Protest gegen die vom englischen Generalkonsul verbreitete falsche Nachricht, daß er einen Prozeß gegen den Häuptling im Dienste des Kongo-Staats Tippo-Tip begonnen habe.

2. April, (München.) Der Prinzregent erteilt den Altkatholiken die Rechte einer privaten Religionsgenossenschaft.

3. April. Der „Reichsanzeiger" erklärt, daß alle amtlichen Veröffentlichungen, betreffend die internationale Konferenz und deren Beschlüsse künftig, wie bisher, ausschließlich durch den „Reichsanzeiger" erfolgen werden. Hieraus ergibt sich, daß die vor kurzem durch einige Zeitungen bewirkten Veröffentlichungen als auf amtlicher oder zur Verbreitung autorisierter Quelle beruhende nicht anzusehen seien.

Man glaubt hieraus den allgemeinen Schluß ziehen zu dürfen, daß die privilegierte Stellung anderer Organe in Bezug auf Regierungsmitteilungen aufgehört.

3. April. Der deutsche Generalkonsul in Sansibar Michahelles unternimmt eine Reise zu dem Sultan von Witu.

8. April. Graf Wedel überreicht dem Kaiser Franz Joseph in Wien ein eigenhändiges Schreiben des deutschen Kaisers, nachdem bereits früher der Reichskanzler v. Caprivi dem Grafen Kalnocky ein Begrüßungsschreiben übersandt hatte. Beide Akte führen zur wesentlichen Beruhigung der öffentlichen Meinung Oesterreichs bezüglich der Fortdauer des Verhältnisses zu Deutschland.

9. April. Das Emin-Pascha-Komitee erhält die sichere Nachricht, daß Dr. Peters sich bereits westlich vom Baringo-See befindet.

14. April. Der Kaiser empfängt den österreichischen Generaladjutanten v. Bolfras, welcher ein Handschreiben seines Kaisers überbringt.

15. April. (Abgeordnetenhaus.) Rede des Ministerpräsidenten v. Caprivi:

„Nachdem Se. Maj. der Kaiser und König mich zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt hat, habe ich zum ersten Mal die Ehre, vor diesem hohen Hause zu erscheinen. Wenn ich mir vor der Tagesordnung das Wort erbeten habe, so ist es nicht etwa geschehen, um im Namen der Staatsregierung ein Programm vor Ihnen zu entwickeln. Eine solche Maßregel würde mir an sich und im allgemeinen fragwürdig scheinen; sie wäre unmöglich heute gegenüber meiner Person. Den politischen Angelegenheiten bisher fremd, bin ich vor einen Wirkungskreis gestellt, den auch nur im allgemeinen zu übersehen mir bis heute nicht möglich gewesen ist. Ich habe es aber für meine Pflicht gehalten und habe den Wunsch gehabt, zu erscheinen, um den ersten Schritt zu einer Anknüpfung persönlicher Beziehungen zwischen Ihnen, meine Herren, und mir zu thun.

Sie werden begreifen, daß gegenüber meinem großen Vorgänger ich ein sehr lebhaftes Bestreben haben muß, in persönliche Beziehungen wenigstens in so weit zu treten, als solche persönlichen Beziehungen die sachliche Erledigung der Geschäfte fördern. Ich müßte das Gefühl etwa eines Ministers haben, der seine amtliche Wirksamkeit mit einem bedenklichen Defizit anfängt, wenn ich nur meine Person an dieser Stelle in Betracht zöge. Wenn ich aber trotzdem unverzagt mein neues Amt angetreten habe, so geschah es in der Erwartung, daß andere Momente es mir möglich machen werden, wenn auch nicht in dem Maße, wie mein großer Vorgänger, aber in bescheidener Weise, die Geschäfte zum Segen des Landes zu führen.

Ich bin überzeugt, daß das Gebäude, welches unter der hervorragenden Mitwirkung des Fürsten Bismarck entstanden ist, seiner genialen Kraft, seines eisernen Willens, seiner tiefen Vaterlandsliebe, daß dieses Gebäude fest genug gefügt und gegründet ist, um auch, nachdem seine stützende Hand ihm fehlt, Wind und Wetter widerstehen zu können. Ich halte es für eine überaus gnädige Fügung der Vorsehung, daß in dem Moment, wo die Trennung des Fürsten von dem öffentlichen Leben eintrat, sie die Person unseres jungen erhabenen Monarchen in ihrer Bedeutung für das In- und Ausland hat so klar hervortreten lassen, daß diese Person geeignet ist, diese Lücke zu schließen und vor den Riß zu treten. Ich habe einen unverwüstlichen Glauben an die Zukunft Preußens; ich glaube, daß die Fortdauer des preußischen Staats und des an seine Schulter gelehnten Deutschen Reiches noch auf lange eine welthistorische Notwendigkeit ist, und ich glaube, daß dieses Land und dieses Reich noch einer hoffnungsvollen Zukunft entgegengeht.

Sie werden das Wort Sr. Majestät gelesen haben, daß der Kurs der alte bleiben soll, und schon der Umstand, daß meine Herren Kollegen unentwegt ihr Amt fortführen, wird Ihnen beweisen, daß die Staatsregierung nicht die Absicht hat, eine neue Aera zu inaugurieren. Es liegt aber in der Natur der Verhältnisse und Menschen, daß einer Kraft wie der des Fürsten Bismarck gegenüber andere Kräfte schwer Platz finden konnten, daß unter seiner zielbewußten, auf sich selbst gestellten Weise, die Dinge zu sehen und zu treiben, manche andere Richtung hat in den Hintergrund treten müssen, und manche Idee, manche Wünsche, wenn sie auch berechtigt waren, nicht überall haben in Erfüllung gehen können. Es wird die erste Folge des Personenwechsels in Bezug auf die Regierung selbst die sein, daß die einzelnen Ressorts einen größeren Spielraum gewinnen und mehr hervortreten als bisher. Es wird darum ganz unvermeidlich sein, daß innerhalb des preußischen Staatsministeriums die alte kollegiale Verfassung mehr und

mehr zur Geltung kommt, als sie unter diesem mächtigen Ministerpräsidenten es konnte. Ohne formal dazu autorisiert zu sein, glaube ich auch im Einverständnis mit meinen Kollegen aussprechen zu können, daß die Staatsregierung überall bereit sein wird, solche zurückgehaltenen Gedanken und Wünsche aufzunehmen, sie von neuem zu prüfen und, soweit sie die Ueberzeugung von ihrer Durchführbarkeit gewinnt, sie zu realisieren. Wir werden es thun, von wo und von wem diese Ideen auch kommen, und wir werden ihnen Folge geben, wenn es nach unserer Ueberzeugung mit dem Staatswohl vereinbar ist.

Wenn auf diese Weise die Staatsregierung dem hohen Hause und den Wünschen des Landes entgegenzukommen bereit ist, so darf ich die Hoffnung aussprechen, daß auch ich in diesem Hause und bei den Herren auf Entgegenkommen rechnen kann. Wir werden gern mit allen denjenigen zusammenarbeiten —, und wir hoffen auf einen engeren Zusammenschluß angesichts der immerhin schwierigen Lage im Innern, vor der wir voraussichtlich stehen werden —, mit allen denen, die ein Herz für Preußen haben nnd die gesonnen sind, den Staat im monarchischen, das Reich im nationalen Sinne weiterzuführen und ausbauen zu helfen."

Die Rede des Ministerpräsidenten findet durch die Herren Rickert, v. Zedlitz, Windthorst, v. Rauchhaupt beifällige Beantwortung.

Abg. Richter erklärt, daß ihm der neue Ministerpräsident als ein Konservativer bekannt sei und er in ihm deshalb einen politischen Gegner, wenn auch nicht einen Feind, erblicke.

16. April. Der Kaiser übernimmt das Protektorat des Komitees zur Errichtung eines Bismarck-Denkmals.

16. April. Die ständige Deputation des Innungsausschusses der vereinigten Innungen erläßt einen Aufruf an die Vorstände der Innungen Berlins, auf die Innungsgenossen dahin einzuwirken, daß in Berlin ausnahmslos der Bußtag als Feiertag heilig gehalten werde und in den Werkstellen die Arbeit ruhe; sodann darauf zu halten, daß, wer von den Gesellen seiner Werkstelle ordnungswidrig am Donnerstag den 1. Mai fortbleibt, das Recht verwirkt, weiter darin Arbeit zu finden.

16. April. (Abgeordnetenhaus.) Bei dem Etat des Bureaus des Staatsministeriums erwidert Minister Herrfurth auf eine Anfrage des Abgeordneten Rickert:

Die Gegner der sogenannten offiziösen Presse würden selbst nicht glauben, daß Organe wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", die „Post", die „Kölnische Zeitnng" irgendeinen Pfennig Subvention erhielten. Das Verlangen der Gegner der offiziösen Presse gehe darauf hinaus, die Staatsregierung auf den „Staatsanzeiger" zu beschränken, ihr jede Parteinahme zu untersagen, der Oppositionspresse aber unbeschränkte Freiheit in ihren Angriffen gegen die Regierung zu lassen. Dazu könne die Regierung nicht Ja und Amen sagen. Für die Mitteilung positiver Thatsachen sei der „Staatsanzeiger" allerdings das allein geeignete Organ. Die Regierung könne aber nicht darauf verzichten, auch ihre Ansichten in der Presse zu vertreten. Die 1100 Kreisblätter anlangend, so hätten 3/5 derselben auch einen politischen Inhalt, für welchen jedoch die Redaktion verantwortlich sei. Daß

die Regierung für die Mitteilung von Regierungsnachrichten nur regierungsfreundliche Blätter benutze, sei selbstverständlich. Das Gesetz über den Welfenfonds schließe jede Rechnungslegung aus und könne nur durch ein neues Gesetz aufgehoben werden. Abg. Windthorst meint, der „Staatsanzeiger" werde vielleicht für Kundgebungen der Regierung nicht genügen, wenn aber noch andere Zeitungen zu Kundgebungen gewählt würden, müßten dieselben wenigstens kenntlich gemacht werden. Anlangend den Welfenfonds, so sei dessen Aufhebung durch ein Gesetz nicht notwendig, eine einfache Willenserklärung des Königs genüge. Ministerpräsident v. Caprivi erklärt, betreffs der Benutzung der Presse hätten nach dem eingetretenen Ministerwechsel ernste Erwägungen stattgefunden. Aus dem Bureau der Reichskanzlei sei seitdem kein Wort in die Presse gekommen und es werde vermutlich auch später so bleiben. In der auswärtigen Politik freilich müsse die Regierung ihre Ansichten an dem jedesmal geeigneten Orte zum Ausdruck zu bringen sich vorbehalten; sie müsse in der Lage sein, einen Artikel, der im Augenblick ihr wünschenswert gewesen, nach acht Tagen desavonieren zu können; daher müsse sie auch andere Blätter als den „Reichsanzeiger" zur Verfügung haben. Doch werde auch hierin eine Beschränkung eintreten. Ueber die Grenzen des guten Tons hinaus werde niemals gegangen werden. Wenn der Abgeordnete Windthorst sage, daß auch falsche Schafe in den Stall der Regierung kommen könnten, so müsse er für die Regierung das Recht in Anspruch nehmen, ihren Stall von falschen Schafen selbst rein zu halten.

18. April. (Abgeordnetenhaus.) Bei Beratung des Kultusetats verlangt Windthorst die Wiedereinrichtung einer katholischen Abteilung im Ministerium. Der Minister v. Goßler weist diesen Gedanken zurück, erklärt aber, daß jede Angelegenheit der katholischen Kirche im Ministerium unter Zuziehung katholischer Räte bearbeitet werde.

18. April. Nachdem die „Hamburger Nachrichten" die Rede des Herrn v. Caprivi ungünstiger als andere Blätter beurteilt hatten und der Artikel von verschiedenen Seiten dem Fürsten Bismarck zugeschrieben worden war, stellt das Blatt letzteres in Abrede, erklärt aber, Fürst Bismarck habe keineswegs auf alle Beziehungen zur Presse verzichtet, da er es für seine Pflicht halte, seine Meinungen dem deutschen Volke nicht vorzuenthalten; auch werde er aller Wahrscheinlichkeit nach demnächst im Herrenhause und unter Umständen auch im Reichstage seinen Standpunkt vertreten.

21. April. Die „Times" meldet aus Sansibar: Auf Vorstellungen des brittischen Generalkonsuls annullierte Wißmann den Erlaß gegen den Durchzug von Karawanen über Tanga nach Pangani.

21. April. Der Kaiser begibt sich zur Grundsteinlegung eines Denkmales für Kaiser Wilhelm I. nach Bremen. In einer dort gehaltenen Tischrede sagt er:

Sie waren so gütig, Meines Hauses und der Bestrebungen desselben für Deutschlands Entwickelung zu gedenken. Ich darf dazu bemerken: Daß es Uns gegeben gewesen ist, das zu erreichen, was erreicht worden ist, liegt vor allen Dingen daran, daß in Unserem Hause die Tradition herrscht, daß Wir Uns als von Gott eingesetzt betrachten, um die Völker, über die zu herrschen Uns beschieden ist, zu regieren und zu leiten zu deren Wohlfahrt und zur Förderung ihrer materiellen und geistigen Interessen. Dieser Tradition huldigend hat Mein Herr Großvater die gewaltigen von Ihnen berührten Dinge und Großthaten vollbracht und das Reich zu einigen vermocht.

Meinerseits sehe Ich Meine höchste Pflicht darin, dieses von Ihm Mir überkommene Reich zu schützen, auszubauen und auszugestalten, und vor allem hier in der Handelsstadt es auszusprechen, daß Ich, was Mir und Meiner Regierung möglich ist, dafür sorgen werde, daß in ungestörter Weise Ihr Handel und die großartige Thätigkeit dieser Stadt sich weiter entfalten und blühen möge.

Wir haben heute unter uns einen Mann, der noch mit Meinem Herrn Großvater die Großthaten erfochten hat, Feldmarschall Moltke hat sich Mir freiwillig angeschlossen, um der lieben Stadt Bremen auch einmal wieder seine Aufwartung zu machen.

Meine Herren, wir Alle fühlen uns ganz besonders zu einer großen Handelsstadt hingezogen, besonders aber zu Bremen; denn Ich kann Sie versichern, im Inlande hegt man ein großes Vertrauen und, Ich möchte sagen, einen großen Respekt vor Bremen, weil wir in Bremen die kerndeutsche alte Handelsstadt sehen, die eine auf alter Tradition beruhende Kaufmannschaft, einen Patrizierstand besitzt, erfüllt von Solidität und dem alten deutschen Geiste, wie man ihn selten in einer Stadt wiederfinden kann. Und das spricht sich auch in Allem aus, was wir heute gesehen haben, und auch aus dieser Halle und aus der Versammlung, die in dieser Halle ist.

Ich Meinerseits ergreife das Glas, gefüllt mit deutschem Wein, und erhebe es auf das Wohl, das Blühen und Gedeihen der Stadt Bremen, mit der festen Zuversicht, daß der Friede wohlbewahrt bleiben werde, und daß die Stadt sich weiter entwickeln und ihr Handel aufblühen möge zu nie geahnter Größe.

Ich erhebe Mein Glas und rufe: Die Stadt Bremen und ihr Senat und ihre Bürgerschaft sie leben hoch! hoch! hoch!

Ferner hält der Kaiser an Bord des Norddeutschen Lloyddampfers „Fulda" folgende Rede:

Indem Ich für Ihre freundlichen Worte der Begrüßung danke, spreche Ich Meine ganz besondere Freude darüber aus, daß es Mir vergönnt gewesen ist, endlich einmal einem lange von Mir gehegten Wunsche nachkommen zu können und selbst in Augenschein zu nehmen das Wirken und Treiben, das Schaffen und Walten der großen Gesellschaft des Norddeutschen Lloyd. Ich kann Ihnen versichern, daß unter den vielen Interessen, die Ich in Bezug auf Meine Regierung und Mein Reich zu beachten und zu verfolgen habe, kaum etwas Mich mit größerer Teilnahme und Fürsorge erfüllt, als gerade das Gedeihen und das Leben Ihrer Gesellschaft. Ein jeder Neubau, den die Gesellschaft bestellt, ein jeder neuer Erfolg, den Ihre Schiffe erringen, eine jede neue Linie, die begründet wird, erfüllt Mich und nicht nur Mich, sondern Viele, die ebenso denken wie Ich, im Lande mit Stolz und Befriedigung. Das große Emporium, was wir heute in so herrlicher Pracht gesehen haben, welches der Stapelplatz für die vielen Bedürfnisse ist, die weiter hinausgeführt werden sollen, ist der Ausgangspunkt für die Erzeugnisse, die nun im raschen Lauf durch das Lloydschiff in alle vier Winde hinausgebracht

werden. Die herrlichen Schiffe, die zur Bewunderung nicht nur der Deutschen, sondern gerade auch der Fremden, mit so schneller Fahrt die Flut durchschneiden, bringen überall hin erstens die Erzeugnisse unseres Vaterlandes, und zweitens sind sie das Zeichen unserer Schiffsbautechnik, unserer Arbeitsleistung und zu gleicher Zeit auch das Zeichen der Leistungen unserer Handelsmarine; und Ich glaube wohl ohne Ueberhebung sagen zu dürfen, wo sie hinkommen, können sie sich mit Recht und mit Stolz vor der Welt zeigen und blicken lassen. Daß es selbstverständlich Meine erste Sorge ist, nach allen Richtungen so weit als möglich für den Frieden zu sorgen, das geschieht ja natürlich auch im Hinblick auf das, was der Lloyd zu leisten hat, denn gerade der Handel und Wandel vermag nur zu blühen und zu grünen, wenn die Geschäfte in sicherer Hut und sicherer Obhut sind. Es mögen Momente vorkommen, wo der Handelswelt Bedenken aufsteigen, wo es den nicht eingeweihten Laien scheinen will, als ob gefährliche Zeiten herannahen. Sie können überzeugt sein, es ist manches nicht so schlimm, wie es aussieht. Und um Mich eines Bildes zu bedienen, so möchte Ich, der Ich als passionierter Seemann die Zeichen der Natur gern verfolge und bewundere, wie der Deutsche manchmal aus der Natur auf sich zurückschließt, auch aus einer Naturerscheinung einen Schluß auf unsere Verhältnisse ziehen. Es war auf Meiner ersten Fahrt mit dem Geschwader nach der Ostsee, Ich fuhr seit morgens 3 Uhr in tiefem Nebel, und man hörte nur das Tönen der Sirenen und von Zeit zu Zeit Kanonenschüsse, die die Position der Schiffe angaben. Um 8 Uhr sollte ein Kurswechsel eintreten, der Nebel war so dick, daß nicht einmal bis zu dem Kartenhaus des Schiffs zu sehen war, geschweige denn von einem Schiffe auf das andere, und es stiegen Bedenken auf, wie der Kurswechsel stattfinden würde. Er fand statt, und ungefähr eine Stunde nachher kamen wir mit der „Hohenzollern“ plötzlich aus der Nebelbank heraus und fuhren mit frischem Wind und ruhigem Wasser bei blauem Himmel und hellleuchtender Morgensonne. Der Blick wendete sich zunächst rückwärts nach der Nebelbank, die wie eine große mächtige Wolke auf dem Meere lag, aus der nur die Laute der tönenden Sirene uns entgegenschallten. Mit einem Male sahen wir hoch in den Wolken, anscheinend wie von der Hand eines Cherubim getragen, die deutsche Flagge allein durch die Wolken einherschweben; es war die Admirals-Flagge, die an dem großen Mast des „Kaiser“ wehte, der als Leiter der Division noch im Nebel fahrend uns gefolgt war. Es war dies ein so überraschender Anblick, daß Alle, die mit uns auf der Brücke zusammen waren, unwillkürlich die Hacken zusammennahmen und dieses Naturwunder betrachteten. Zehn Minuten darauf tauchte das gesamte Geschwader in tadelloser Ordnung im neuen Kurs aus dem Nebel hervor. Meine Herren, aus diesem Bilde schließe Ich, daß, was auch unserem Vaterlande, unserer Marine und dem Handel für Nebel und dunkle Stunden bestimmt seien, es uns Deutschen doch gelingen wird, diese Nebel und dunklen Stunden zu überwinden und bei kräftigem Vorwärtsstreben unser Ziel zu erreichen nach dem guten Grundsatz: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst niemand auf der Welt!“ Deshalb möchte Ich an Sie das Ersuchen richten, sollte auch in der Presse oder im öffentlichen Leben gar manches dunkel erscheinen, und wie es leider nicht selten geschieht, Meine Worte und Aeußerungen ausgelegt werden in allen möglichen Deutungen, die nicht darin liegen, so entsinnen Sie sich dessen, was Ich gesagt, und auch des alten Grundsatzes, den ein alter Kaiser gesprochen: „An einem Kaiserwort soll man nicht drehen und deuten.“ Ich erhebe das Glas und trinke auf ein ewiges Fortleben, Gedeihen und Aufwärtsstreben des Norddeutschen Lloyd. Er lebe hoch! hoch! hoch!

22. April. Ein dem Abgeordnetenhause zugehender Nachtragsetat beantragt 18 Millionen für Verbesserung der Beamtengehälter in den unteren Stufen. (Bewilligt 21. Mai.)

22. April. Staatssekretär im Marineamt Heusner nimmt seine Entlassung und wird durch Kontre-Admiral Hollmann ersetzt.

24. April. Die „Hamb. Nachr." schreiben: Gegenüber den Versuchen der freisinnigen Presse, den Anschein zu erwecken, Fürst Bismarck wolle dem neuen Reichskanzler Schwierigkeiten bereiten, konstatieren wir, daß der Fürst uns direkt den Wunsch ausgedrückt hat, Herr v. Caprivi, den er wegen seiner persönlichen Eigenschaften hochschätze, möge seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Aufgabe entsprechend „mit Rücksicht" behandelt werden. Der Fürst sei mit Herrn v. Caprivi befreundet und wünsche es zu bleiben.

24. April. Der Bundesrat erteilt dem Initiativantrage des Reichstags, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874, seine Zustimmung; schon früher ist dies bezüglich des Antrages betreffs der Militärgerichtsbarkeit geschehen.

25. April. (Abgeordnetenhaus.) Ueber die Petition des Propstes und Ober-Konsistorialrats Dr. Freiherrn v. d. Goltz um Einstellung einer größeren Summe zu kirchlichen Einrichtungen in Berlin in das Extraordinarium des Staatshaushaltsetats für 1891/92 wird auf Antrag des Abg. Zedlitz beschlossen, die Petition der Staatsregierung mit dem Ersuchen zu überweisen, das Geeignete zu veranlassen, um die finanziellen Kräfte der evangelischen Kirchengemeinden und der evangelischen Bevölkerung Berlins in vollem Umfange für die Beseitigung der kirchlichen Notstände nutzbar zu machen (hauptsächlich handelt es sich hiebei um Gewährung des Anleiherechts).

25. April. Das Herrenhaus nimmt einen Gesetzentwurf über Rentengüter an.

25. April. (Straßburg.) Im Landesausschusse kommt der Antrag Grad und Gen. auf Aufhebung des Paßzwangs zur Debatte. Der Antragsteller und andere Redner, darunter Dr. Petri, erkennen die Milde der Praxis der Regierung bei Ausführung der Maßregel an. Vom Regierungstisch wird in die Debatte nicht eingegriffen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

25. April. Es wird mitgeteilt, daß die Reichseinnahmen

des Etatsjahres 1889 gegen den Voranschlag Mehrerträge bei den Zöllen von 78,239,381, bei der Tabaksteuer von 196,579, bei der Zuckersteuer von 786,590, bei der Salzsteuer von 118,048, bei der Brausteuer von 3,791,397, bei den Reichsstempelabgaben von 13,929,558, bei der Börsensteuer von 11,951,707 und beim Privatlotteriestempel von 1,908,826 Mark, Mindererträge dagegen bei der Branntweinmaterialsteuer von 7,685,219 und bei der Branntweinverbrauchsabgabe von 18,734,825 Mark ergeben haben.

25. April. (Bagamoyo.) Emin Pascha bricht mit fünf deutschen Offizieren, einer starken Abteilung nubischer Soldaten und etwa 600 Lastträgern von Bagamoyo nach dem Innern Afrikas auf.

29. April. (Bagamoyo.) Major Wißmann verläßt Bagamoyo mit zahlreichen Truppen, um Kilwa zu unterwerfen.

29. April. (Abgeordnetenhaus.) Sperrgeldergesetz. Erste Beratung.

Vorlage: Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des § 9 des Gesetzes, betr. die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen vom 22. April 1875:

Artikel 1.

Diejenigen Beträge, welche auf Grund der gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln aufgesammelt sind, werden bei dem Inkrafttreten gegenwärtigen Gesetzes zu Gunsten der allgemeinen Staatsfonds vereinnahmt.

Dagegen wird vom 1. April 1890 ab aus allgemeinen Staatsfonds für kirchliche Zwecke der katholischen Kirche eine jährliche Rente von fünfhundert sechzigtausend vierhundert achtzig Mark acht und fünfzig Pfennigen (560,480 Mark 58 Pf.) verwendet.

Artikel 2.

Von dieser Rente werden verwendet: 1) für die Erzdiözese Köln 114,520 Mark 62 Pf., 2) für die Erzdiözese Gnesen-Posen 68,397 Mark 18 Pf., 3) für die Diözese Kulm 34,424 Mark 79 Pf., 4) für die Diözese Ermland 36,303 Mark 38 Pf., 5) für die Diözese Breslau 51,901 Mark 29 Pf., 6) für die Diözese Hildesheim 23,846 Mark 71 Pf., 7) für die Diözese Osnabrück 11,405 Mark 29 Pf., 8) für die Diözese Paderborn 41,382 Mark 76 Pf., 9) für die Diözese Münster 53,734 Mark 34 Pf., 10) für die Diözese Trier 74,284 Mark 77 Pf., 11) für die Diözese Fulda 28,833 Mark 67 Pf., 12) für die Diözese Limburg 19,964 Mark 57 Pf., 13) für den preußischen Anteil der Erzdiözese Prag 1186 Mark 27 Pf., 14) für den preußischen Anteil der Erzdiözese Olmütz 240 Mark 28 Pf., 15) für den preußischen Anteil der Erzdiözese Freiburg 54 Mark 66 Pf., zusammen 560,480 Mark 58 Pf.

Artikel 3.

Die Verwendung innerhalb der einzelnen Diözesen nebst Delegaturbezirken bezw. innerhalb der einzelnen preußischen Diözesananteile wird zwischen dem Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten und den betreffenden kirchlichen Oberen vereinbart.

Nach erfolgter Vereinbarung werden die betreffenden Beträge in gleicher Art, wie andere Staatszuschüsse gezahlt.

Das Zentrum lehnt das Gesetz ab und verlangt Rückerstattung des Kapitals mit Zinsen.

Kultusminister v. Goßler weist den gegen die Regierung gerichteten Vorwurf der Eigentumsverletzung zurück. Man habe die Staatsleistung eingestellt, wobei immer beabsichtigt gewesen sei, die Gelder für die katholische Kirche zu verwenden. Von Zinsen könne nicht die Rede sein. Eine einfache Restitution sei unmöglich. Die Staatsregierung, die heute noch der festeste Hort für die katholischen Interessen sei, sei mit der Vorlage bis zur äußersten Grenze gegangen. Der Verwaltung liege eine Masse von Petitionen vor; sie komme mit der Vorlage in der gewählten Form den dringenden Wünschen katholisch gesinnter Kreise entgegen. Der Minister werde sich leicht mit den Bischöfen verständigen. Auf etwaige Vorschläge zur Abänderung der Vorlage werde die Regierung näher eingehen.

Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen.

30. April. Der Reichsbankpräsident v. Dechend †.

Ende April. Der „New-York Herald" berichtet aus einem Interview des Fürsten Bismarck folgende Aeußerungen:

Die zum 1. Mai geplante Demonstration der Sozialdemokraten sei nicht gefährlich, sie sei nur eine Musterung ihrer Streitkräfte. Wäre er noch Minister, so würde er sich jeder Gegenmaßregel enthalten. Andererseits sei jedes Paktieren mit den Arbeitern zwecklos; Zugeständnisse würden doch niemals Befriedigung erzeugen; die Regierung müsse gegenüber den Forderungen der Arbeiter Festigkeit bewahren.

1. Mai. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Uebersicht über den Aufwand für Eisenbahnbauten und Verbesserungen, welche folgendermaßen schließt:

Alles in allem sind seit dem Jahre 1880 für neue Bahnen, zweite Geleise, Bahnhofsumbauten, Vermehrung der Betriebsmittel, Verbesserungen zur Erhöhung der Sicherheit des Betriebes, Beihilfen zum Bau neuer Eisenbahnen im Extraordinarium des Etats und durch besondere Gesetze nicht weniger als über 1,2 Milliarden Mark bewilligt und beantragt.

3. Mai. Der Kaiser vollzieht das Gesetz, betreffend die Abänderung der Militärstrafprozeßordnung.

3. Mai. (München.) Die Kammer der Reichsräte genehmigt das gesamte Budget und das Finanzgesetz nach den Beschlüssen der Kammer ohne Debatte. Der Minister des Innern verliest hierauf ein Dekret des Prinzregenten, durch welches die Landtagssession vertagt wird.

3. Mai. Im Abendblatt erwähnen die „Hamb. Nachr." als Thatsache, „daß während des letzten Winters, unter Bezugnahme auf einen kurz zuvor in Friedrichsruh gewesenen Berichterstatter in höherer Stellung, dem Kaiser zu Ohren gebracht worden sei, Fürst Bismarck wäre so hochgradig Morphinist, daß er den Zu-

sammenhang der Gedanken verloren hätte. Der Kaiser habe es darauf für nötig erachtet, durch Anhörung des Dr. Schweninger sich von der gänzlichen Grundlosigkeit dieses Gerüchtes zu überzeugen." Die „Hamb. Nachr." erwähnen auch, „daß Leute, die mit dem Fürsten Bismarck geschäftlich zu thun hatten, bei ihm den Eindruck hervorriefen, der Kaiser wolle sich um jeden Preis von ihm trennen und unterhandle bereits hinsichtlich der Nachfolge, während umgekehrt an maßgebender Stelle dahin berichtet wurde, der Kanzler sei fest entschlossen, unter allen Umständen zu gehen. Welche Wirkung diese Intriguen gehabt hätten, von wem sie ausgingen, werde die Geschichte über kurz oder lang aufklären."

5. Mai. Der geschäftsführende Ausschuß des deutschen Emin Pascha-Komitees erhält einen Brief des Dr. Peters aus Kapte Kamassia am Baringo-Nyanza vom 16. Januar datiert: Die Expedition marschierte den Tana hinauf bis zum Quellengebiet, zog am rechten Ufer nach Kikuju durch die Landschaft Lykipia bis zum Baringo-See, vielfache Kämpfe mit Eingebornen bestehend. Am 22. Dezember fand ein Kampf bei Elbejet mit Massais statt. In der Christnacht erfolgte ein Ueberfall durch Massais. Am 7. Januar Ankunft in Nyemps (Ndjemps) südlich am Baringo-See, von wo die Expedition am 13. Januar nach dem Victoria-Nyanza aufbrach.

5. Mai. In der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Sperrgesetz äußert Minister v. Goßler:

Es sei die Erklärung, welche er — der Minister — bei der ersten Lesung im Plenum dahin abgegeben habe,

er könne mit voller Zustimmung der Staatsregierung erklären, daß nach ihren gewissenhaften Ermittelungen die Vorlage vom kirchlichen Standpunkte tolerierbar sei,

ausdrücklich als unrichtig bestritten und wiederholt behauptet worden,

daß die Regierung zwar früher einen Entwurf der Kurie vorgelegt, daß diese aber ihn abgelehnt habe,

daß die Regierung weder früher noch jetzt die Zustimmung des Heiligen Stuhles zu dem gegenwärtigen Entwurf nachgesucht,

daß die Regierung in Rom in irgend welcher Weise weder etwas gesagt, noch etwas gethan habe, um das Einvernehmen des Papstes hinsichtlich dieses Entwurfs zu erlangen.

Durch diese Erklärungen sei die Regierung vor die Wahl gestellt, entweder es geschehen zu lassen, daß die Wahrhaftigkeit eines im Namen der Staatsregierung sprechenden Ministers unwidersprochen angezweifelt werden könne, oder Mitteilungen zu machen, welche vielleicht geeignet seien, das Staatsinteresse zu verletzen.

Die Staatsregierung halte die erste Alternative für die schädlichere und er sei daher ermächtigt, folgende Mitteilungen zu machen:

Anknüpfend an die Vorgänge von 1886 und 1887, habe er in der ersten Sitzung erwähnt, daß erst später, namentlich im Mai 1889, die Kurie

die Frage nach der Verwendung der aufgesammelten Staatsleistungen angeregt habe. Die letztere Anregung sei erfolgt, weil von Preußen aus an die Kurie die Mitteilung gelangt sei, die Regierung beabsichtige, die sogenannten Sperrgelder teils für staatliche Zwecke, teils zu einem sogenannten Korruptionsfonds für katholische Geistliche zu verwenden.

Diese Anfrage sei in einer so ungewöhnlichen Form geschehen, daß der damalige Leiter der auswärtigen Angelegenheiten davon abgesehen habe, dieselbe zu beantworten. Dem von Preußen aus fortgesetzten Drängen habe der Papst nachgegeben und die Bischöfe ermächtigt, bei ihrer nächsten Zusammenkunft in Fulda eine Vorstellung an die Staatsregierung zu beschließen.

Nachdem die Staatsregierung den Gesetzentwurf, um der katholischen Kirche noch mehr entgegenzukommen, dahin umgestaltet hatte, daß die Rente auf die einzelnen Diözesen nach Maßgabe des Aufkommens unterverteilt werden sollte, sei die von der Regierung geplante Regelung auf einem der Wege, welche der Papst benutzt, um mit der preußischen Regierung in Verbindung zu treten, zur Kenntnis des Papstes gebracht worden. Hierauf sei im März 1890 folgende Entscheidung ergangen:

Da die Ansicht besteht,

„die Rentierung des Sperrfonds und die Verteilung der Rente an die einzelnen Diözesen nach Maßgabe der Provenienz sei das Höchste, was zu erreichen wäre, so wolle sich der Heilige Stuhl zwar nicht darüber aussprechen; jedoch könne vertraulich erklärt werden, derselbe würde weder Widerspruch erheben noch Schwierigkeiten machen.

Der Heilige Stuhl werde ferner dem Zentrum freie Hand lassen und eventuell die Verantwortlichkeit für die Verwerfung der Vorlage. X sei angewiesen, sich von jeder Einmischung fernzuhalten."

Die Regierung sei sich vollkommen bewußt, daß sie mit dieser Mitteilung über die sonst innegehaltenen Grenzen hinausgegangen sei; sie lehne ausdrücklich die Verantwortlichkeit ab und schiebe sie denen zu, welche durch ihre Angriffe auf die Wahrhaftigkeit der Staatsregierung die Zwangslage verschuldet hätten. . . .

5. Mai. Der Reichskanzler v. Caprivi präsidiert der Sitzung des Bundesrates, in welcher die Kolonialvorlage behandelt wird. In längerer Rede entwickelt der Reichskanzler seine kolonialpolitischen Ansichten, wobei er ausführt, er sei weder Optimist noch Pessimist, könne aber versichern, daß in der Kolonialpolitik sich nichts ändern werde.

6. Mai. Der Reichstag wird vom Kaiser mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren! Nachdem Sie durch die Neuwahlen zu gemeinsamer Arbeit mit den verbündeten Regierungen berufen worden sind, heiße Ich Sie bei dem Eintritt des Reichstages in die achte Legislaturperiode willkommen. Ich hoffe zuversichtlich, daß es Ihnen gelingen wird, die bedeutsamen Fragen der Gesetzgebung, die an Sie herantreten, einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Ein Teil dieser Fragen ist so dringlicher Natur, daß es nicht thunlich erschien, die Einberufung des Reichstages länger hinauszuschieben.

Ich rechne dahin vornehmlich den weiteren Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Die im Laufe des verflossenen Jahres in einigen Landesteilen

vorgekommenen Ausstandsbewegungen haben Mir Anlaß gegeben, eine Prüfung der Frage herbeizuführen, ob unsere Gesetzgebung den innerhalb der staatlichen Ordnung berechtigten und erfüllbaren Wünschen der Arbeiterbevölkerung in ausreichendem Maße Rechnung trägt. Es handelte sich dabei in erster Linie um die den Arbeitern zu gewährleistende Sonntagsruhe, sowie um die durch Rücksichten der Menschlichkeit und im Hinblick auf die natürlichen Entwickelungsgesetze gebotene Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Die verbündeten Regierungen haben sich überzeugt, daß die von dem letzten Reichstage in dieser Beziehung gemachten Vorschläge ihrem wesentlichen Inhalte nach ohne Nachteil für andere Interessen zu gesetzlicher Geltung gebracht werden können. Im Zusammenhange damit hat sich aber noch eine Reihe weiterer Bestimmungen als der Verbesserung bedürftig und fähig erwiesen. Hierhin gehören insbesondere die gesetzlichen Anordnungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, sowie über den Erlaß von Arbeitsordnungen. Auch die Vorschriften über die Arbeitsbücher bedürfen einer Ergänzung zu dem Zwecke, um das elterliche Ansehen gegenüber der zunehmenden Zuchtlosigkeit jugendlicher Arbeiter zu stärken. Die hiernach erforderliche Umgestaltung und weitere Ausbildung der Gewerbeordnung findet ihren Ausdruck in einer Vorlage, welche Ihnen unverzüglich zugehen wird.

Eine weitere Vorlage erstrebt die bessere Regelung der gewerblichen Schiedsgerichte und zugleich eine Organisation derselben, die es ermöglicht, diese Gerichte bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsämter anzurufen.

Ich vertraue auf Ihre bereitwillige Mitwirkung, um über die Ihnen vorgeschlagene Reform eine Uebereinstimmung der gesetzgebenden Körperschaften und damit einen bedeutsamen Fortschritt in der friedlichen Entwickelung unserer Arbeiterverhältnisse herbeizuführen. Je mehr die arbeitende Bevölkerung den gewissenhaften Ernst erkennt, mit welchem das Reich ihre Lage befriedigend zu gestalten bestrebt ist, desto mehr wird sie sich der Gefahr bewußt werden, die ihr aus der Geltendmachung maßloser und unerfüllbarer Anforderungen erwachsen müssen. In der gerechten Fürsorge für die Arbeiter liegt die wirksamste Stärkung der Kräfte, welche, wie Ich und Meine hohen Verbündeten, berufen und willens sind, jedem Versuche, an der Rechtsordnung gewaltsam zu rütteln, mit unbeugsamer Entschlossenheit entgegenzutreten.

Immerhin kann es sich bei dieser Reform nur um solche Maßnahmen handeln, welche ohne Gefährdung der vaterländischen Gewerbthätigkeit und damit der wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiter selbst ausführbar sind. Unsere Industrie bildet nur ein Glied in der wirtschaftlichen Arbeit derjenigen Völker, welche an dem Wettbewerb auf dem Weltmarkte teilnehmen. Mit Rücksicht hierauf habe Ich es Mir angelegen sein lassen, unter den in gleichartiger Wirtschaftslage befindlichen Staaten Europas einen Austausch der Meinungen darüber herbeizuführen, bis zu welchem Maße sich eine gemeinsame Anerkennung der gesetzgeberischen Aufgaben bezüglich des Arbeiterschutzes feststellen und durchführen läßt. Es verpflichtet Mich zu dankbarer Anerkennung, daß diese Anregung bei allen beteiligten Staaten und besonders auch dort eine gute Stätte gefunden hat, wo der gleiche Gedanke bereits angeregt und seiner Ausführung nahe gebracht war. Der Verlauf der hier versammelt gewesenen internationalen Konferenz erfüllt Mich mit besonderer Befriedigung. Ihre Beschlüsse bilden den Ausdruck gemeinsamer Anschauungen über das wichtigste Gebiet der Kulturarbeit unserer Zeit. Die darin niedergelegten Grundsätze werden, wie Ich nicht zweifle, fortwirken als eine Aus-

saat, die mit Gottes Hilfe zum Segen der Arbeiter aller Länder aufgehen und auch für die Beziehungen der Völker untereinander nicht ohne einigende Frucht bleiben wird.

Die dauernde Erhaltung des Friedens bildet unausgesetzt das Ziel Meines Strebens. Ich darf der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß es Mir gelungen ist, bei allen auswärtigen Regierungen das Vertrauen zu der Zuverlässigkeit dieser Meiner Politik zu befestigen. Mit Mir und Meinen hohen Verbündeten erkennt es das deutsche Volk als die Aufgabe des Reichs, durch Pflege der zu unserer Verteidigung geschlossenen Bündnisse und der mit allen auswärtigen Mächten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen den Frieden zu schützen, um Wohlfahrt und Gesittung zu fördern. Zur Durchführung dieser Aufgabe aber bedarf es der seiner Stellung im Innern Europas entsprechenden Heeresmacht. Jede Verschiebung der Machtverhältnisse gefährdet das politische Gleichgewicht und damit die Gewähr für den Erfolg der auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik.

Seitdem die Grundlagen unserer Heeresverfassung für einen bestimmten Zeitraum festgestellt sind, haben sich die Heereseinrichtungen unserer Nachbarstaaten in unvorhergesehenem Maße erweitert und vervollkommnet. Zwar ist auch bei uns nichts unterlassen worden, um unsere Wehrkraft, soweit dies innerhalb der gesetzlich gezogenen Schranken möglich war, zu stärken. Gleichwohl war das, was in dieser Beziehung geschehen konnte, nicht hinreichend, um eine Verschiebung der gesamten Lage zu unserem Ungunsten auszuschließen. Eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und eine Vermehrung der Truppenkörper — insbesondere für die Feldartillerie — darf nicht länger hinausgeschoben werden. Es wird Ihnen eine Gesetzesvorlage zugehen, nach welcher die notwendige Verstärkung des Heeres mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll.

Die in Ostafrika eingeleitete Aktion zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen hat, dank der aufopfernden Thätigkeit der dorthin gesandten Offiziere und Beamten, während der letzten Monate Fortschritte gemacht. Der vollständigen Wiederherstellung der Ruhe in jenen Gegenden darf in nächster Zeit entgegengesehen werden. Die dadurch entstehenden Kosten werden durch eine Nachtragsbewilligung zu decken sein.

Der Reichshaushalt für das laufende Rechnungsjahr bedarf schon wegen der erwähnten Vorlagen einer entsprechenden Ergänzung. Außerdem aber kann die schon längst in Aussicht genommene und immer dringender gewordene Besoldungsverbesserung für einen Teil der Reichsbeamten nicht länger verzögert werden. Der Ihnen vorzulegende Nachtrag zum Reichshaushaltsplan wird Ihnen Gelegenheit geben, Ihr Interesse an der gerechten und wohlwollenden Befriedigung dieses Bedürfnisses zu bethätigen.

Wenn die Ihnen hiernach obliegenden Arbeiten zu einem gedeihlichen Abschlusse gelangen, so werden damit neue, feste Bürgschaften für die innere Wohlfahrt und die äußere Sicherheit des Vaterlandes gewonnen werden. Möge es uns beschieden sein, dieses Ziel in gemeinsamer Arbeit zu erreichen!

6. Mai. (München.) Der Kriegsminister General v. Heinleth nimmt seinen Abschied; an seiner Stelle wird Generallieutenant v. Safferling ernannt.

6. Mai. Eine kaiserliche Verordnung überträgt die richterlichen und Verwaltungsbefugnisse des ehemaligen Landeshauptmanns im Neu-Guinea-Schutzgebiet auf den Kaiserlichen Kommissar.

7. Mai. (Reichstag.) Unter der Leitung des Alterspräsi-

denten Grafen Moltke findet die Präsidentenwahl statt. Zum Präsidenten wird gewählt: v. Levetzow mit 336 von 340 Stimmen, zum Ersten Vizepräsidenten Graf Ballestrem einstimmig mit 304 Stimmen, zum Zweiten Dr. Baumbach mit 284 von 300 Stimmen. Der Präsident teilt dem Hause ein vom Reichskanzler von Caprivi eingesandtes Schreiben, seine Ernennung zum Reichskanzler betreffend, mit und fährt dann fort:

„Meine Herren, die unsterblichen Verdienste, die sich der Fürst Bismarck als der erste deutsche Reichskanzler um die Errichtung, den Ausbau und die Machtentfaltung des Reichs erworben hat, werden und können im deutschen Volke und im Deutschen Reich nimmer vergessen werden."

7. Mai. Dem Reichstag gehen Gesetzentwürfe über die Erhöhung der Friedenspräsenz des Heeres, über Gewerbegerichte und Arbeiterschutz zu.

7. Mai. In der Sitzung des Herrenhauses ergreift vor Eintritt in die Tagesordnung der Ministerpräsident v. Caprivi das Wort zu folgender Rede:

„Meine Herren! Ich betrete die Räume dieses hohen Hauses zum erstenmale, um mich Ihnen vorzustellen und mir Ihr wohlwollendes Entgegenkommen zu erbitten. Wenn ich recht sehe, ist der wesentlichste und charakteristischste Zug dieses Hauses die traditionelle Liebe und Hingebung zu Preußen und zu unserem Königlichen Hause. Es wird, wenn ein General vor Sie tritt, mehrerer Worte nicht bedürfen, um Ihnen die Ueberzeugung zu geben, daß er sich auf diesem Boden leicht zurechtfinden und in diesen Empfindungen sich mit Ihnen eins wissen und fühlen wird."

Der Generalberichterstatter über den Etat v. Pfuel sagt in seiner Erwiderungsrede:

„Fürst Bismarck ist aus seinem Amte geschieden. Wir danken ihm für alles, was er in seinem mühevollen Leben für unser geliebtes Preußen in aufopfernder Arbeit, in treuer Liebe zum Vaterlande, für Kaiser und Reich gethan hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wer könnte sich, trotz der erregten Parteileidenschaften, der Ueberzeugung verschließen, daß wir die jetzige Stellung Deutschlands, und in demselben Preußens, zunächst unserem unvergeßlichen, erhabenen Kaiser Wilhelm I. verdanken, dann aber in hervorragendster Weise seinem ersten langjährigen Kanzler und Minister? Worte, so knapp bemessen, wie sie hier sein müssen, können die Tragweite der Thaten nicht schildern; die Thaten reden für sich selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Fand nicht in den letzten Tagen des Hierseins des Fürsten die volkstümlichste Kundgebung der Dankbarkeit statt? Und da sollten wir schweigen, wir, die wir die Ueberzeugung und den Vorzug haben, ihn zu den Unsrigen zu rechnen? Nein, meine Herren, lassen Sie es mich in Ihrer aller Sinne hier aussprechen, daß die Bewunderung und Dankbarkeit unter uns Lebenden nur mit unserem Abscheiden, in diesem Hause nie enden wird. (Lebhaftes Bravo!) Möchte es uns vergönnt sein, hier sein Bild in irgend einer Weise zu haben: sein Vorbild von Patriotismus, Treue und Arbeitsamkeit, das würde uns aufmuntern, in gleicher Weise, in gleichem Sinne fortzuarbeiten. — Indes, wenn die ermüdende Hand das Steuerruder nach fast dreißig-

jähriger treuer Arbeit hat niederlegen müssen, so ist das Staatsschiff, dessen sicherer Kurs von unserem jungen erhabenen Kaiser geleitet wird, doch jüngeren, aber ebenso kräftigen Händen anvertraut worden. Vertrauen wir also, daß die Zukunft Preußens eine gesegnete und ruhmreiche unter dieser Führung bleiben wird." (Bravo!)

9. Mai. (Herrenhaus.) Graf Pfeil beantragt:

Auf Grund der vom Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten konstatierten Thatsache, daß bei preußischen öffentlichen höheren Lehranstalten wegen der Ueberzahl jüdischer Schüler an den jüdischen Sabbathen und Festtagen der Unterrichtsplan hat verändert werden müssen, die königl. Staatsregierung um Erwägung von Maßregeln zur Beseitigung der hieraus erwachsenden Uebelstände zu ersuchen.

Der Minister v. Goßler spricht sich gegen den Antrag aus; trotzdem wird derselbe angenommen.

10. Mai. (Stuttgart.) Der „Staatsanzeiger für Württemberg" bringt die Mitteilung, daß die Minister v. Renner und v. Sarwey die Mitgliedschaft der Kammer der Standesherren niedergelegt haben, um der Krone die Ernennung anderer lebenslänglicher Mitglieder zu ermöglichen, deren die erste Kammer dringend bedarf, um ihren Aufgaben, namentlich bezüglich der Berichterstattung, nachzukommen.

10. Mai. (Ostafrika.) Reichskommissar Wißmann erstürmt Lindi.

10. Mai. Nach dem Fraktionsverzeichnis des Reichstages gehören der Fraktion der Deutsch-Konservativen 68 Mitglieder und 3 Hospitanten, der Fraktion der Reichspartei 20 Mitglieder, der Fraktion des Zentrums 106 Mitglieder und 7 Hospitanten, der Fraktion der Polen 16 Mitglieder, der Fraktion der Nationalliberalen 40 Mitglieder und 1 Hospitant, der deutschfreisinnigen Partei 64 Mitglieder, der Volkspartei 10 Mitglieder, der Fraktion der Sozialdemokraten 35 Mitglieder an. Zu keiner Fraktion gehören 27 Mitglieder, darunter die Mehrzahl der Elsaß-Lothringer, einige Welfen, ein Däne.

10. Mai. Ueber einen Empfang bei dem Fürsten Bismarck wird dem russischen Blatt „Nowoje Wremja" von ihrem Korrespondenten Lwow berichtet. Ueber Oesterreich und Rußland äußert der Fürst:

Oesterreich sei dem Zerfalle nicht so nahe, wie es scheine; eine schlechte Verwaltung und die Schwäche des monarchischen Prinzips seien seine schlimmsten Gefahren; der Nationalitätenhaß dagegen sei bedeutungslos und nicht folgenschwer. Die Existenz Oesterreichs sei für Deutschland ebenso nötig wie für Rußland die Existenz Frankreichs. Bis zum Berliner Kongreß habe er gesucht, mit Rußland zusammenzugehen, und auf diesem selbst die Wünsche

Rußlands „wie ein Sekretär Schuwalows“ zu erfüllen gesucht. Trotzdem sei Deutschland im nächsten Jahr von Rußland mit Krieg bedroht worden; darauf habe er sich erst entschlossen, in Wien ein Bündnis mit Oesterreich zu schließen. Die russischen Wertpapiere habe er niemals herabdrücken wollen, sondern nur das deutsche Volk veranlassen, sein Vermögen in einheimischen statt in ausländischen Papieren anzulegen. Ein Angriffskrieg gegen Rußland sei ihm nie in den Sinn gekommen, sowohl weil er die großen Verteidigungsmittel Rußlands kenne, als auch weil Deutschland nichts durch einen solchen Krieg gewinnen könne. Der Erwerb der Ostseeprovinzen sei nur denkbar bei gleichzeitiger Erwerbung Polens; dadurch aber würde Deutschland infolge einer zu großen Bewohnerzahl von Polen und Katholiken seinen Charakter und seine Stärke einbüßen. Ueber den Besuch des Deutschen Kaisers in Konstantinopel äußert der Fürst, daß er gegen ihn gewesen sei, weil er zu falschen Gerüchten über politische Absichten habe Veranlassung geben müssen.

12. Mai. (Reichstag.) Bei Beratung des Nachtragsetats spricht sich Abg. **Bamberger** entschieden gegen die **Kolonialpolitik** aus; der Reichskanzler erwidert:

Der Herr Vorredner hat sein Auge von dem engeren Kreis der Vorlage auf die Kolonialpolitik im allgemeinen gerichtet. Ich kann zunächst mit Befriedigung konstatieren, daß er der Reichsregierung das Zeugnis ausgestellt hat, sie habe die Berechtigung gehabt, sich bei dem, was sie bisher gethan hat, mit dem Reichstage in Uebereinstimmung zu wissen. Das ist in der That der Fall, und ich brauche die lange Reihe von Reichstagsbeschlüssen nicht anzuführen, durch die der Reichstag bekundet hat, daß er gewillt war, die bisherigen Schritte der verbündeten Regierungen zu unterstützen. Ich nehme das Benefizium an nicht bloß pro praeterito, sondern auch pro futuro, und ich habe, wie der Mann, der vor mir an dieser Stelle gestanden hat, die Ueberzeugung, daß eine Kolonialpolitik nur so lange und so weit ausführbar ist, als sie an dem Willen und — ich füge dies abweichend von dem Herrn Bamberger hinzu — von dem Empfinden der Nation getragen und gestützt wird.

Der Herr Abgeordnete hat auf meine Person Bezug genommen und angedeutet, daß durch deren Eintritt in das Amt vielleicht ein Wechsel in den Anschauungen eintreten werde. Ich muß das verneinen. Ich glaube, daß es ziemlich allgemein unter denen, die mich früher zu kennen hier Gelegenheit gehabt haben, bekannt geworden ist, daß ich nicht zu den Freunden der Kolonialpolitik gehört habe. Ich habe in meiner damaligen Stellung aus verschiedenen Gründen, und nicht bloß aus Ressortgründen, die Einführung der Kolonialpolitik zu jener Zeit für bedenklich gehalten. Ich bin aber jetzt der Ueberzeugung, daß so, wie die Sache heute liegt, wir nicht allein ohne Verlust an Ehre, sondern auch ohne Verlust an Geld nicht zurück können, daß wir ebensowenig auf diesem Standpunkte stehen bleiben können, daß uns also nichts anderes übrig bleibt, als vorzuschreiten.

Der Herr Abg. Bamberger hat wohlwollend geäußert, daß, wenn die Regierung anzugeben wisse, bis zu welchem Ziele sie vorzugehen gedenke, wenn das bescheidene Ziele wären, auch er und seine Parteigenossen geneigt sein würden, mitzukommen. Ich entnehme daraus zuerst mit Befriedigung, daß auch unter seinen Parteigenossen kein Mann ist, der etwa geneigt sein werde, die Rolle Hannibal Fischers für die deutschen Kolonien zu übernehmen.

Wenn er aber dann von mir erwartet, daß ich ein bestimmtes Programm geben, daß ich jetzt im stande sein sollte, zu sagen: nun wollen wir

noch so und so viel Millionen in die Hand nehmen, die wollen wir ausgeben, dann werden wir so weit kommen, die Reichshilfe abstellen und die Sache sich selbst überlassen zu können, — so bin ich dazu nicht im stande. Bei Dingen, die sich der Einsicht in ihre innere Natur so sehr entziehen, die so viel Zufälligkeiten unterworfen sind, wie es die Anlage von Kolonien in Ländern ist, die bis dahin nicht allein uns, sondern auch allen anderen Leuten unbekannt waren, ist es rein unmöglich, von heute auf zwölf Monate vorauszusagen: das und das soll geschehen, so und so viel werden wir brauchen. Ich kann mich nur zunächst darauf berufen, und vielleicht gibt mir das eine gewisse fides auch bei den Parteigenossen des Herrn Bamberger, daß ich eben kein Kolonialschwärmer bin, daß ich mit ganz kaltem Verstande auch heute noch der Sache gegenüberstehe, und daß mit meinem Rat die Sache nur so weit gehen wird, als die Ehre und die Interessen Deutschlands es erfordern.

Der Herr Abgeordnete sieht im wesentlichen die Kolonialpolitik als eine Geldfrage an und sagt: Kolonialpolitik ist Wirtschaftspolitik; und er hat in gewissem Umfange darin Recht, obwohl ich der Meinung bin, er setzt die Grenze etwas eng. Er hat dann diese Wirtschaftspolitik, die die verbündeten Regierungen bisher in Bezug auf die Kolonien betrieben haben, in einem wenigstens nicht günstigen Sinne geschildert, er hat Zahlen für die bisherigen Ausgaben genannt, die nach meinem Dafürhalten erheblich zu hoch gegriffen sind. Ich trage eine natürliche Scheu dem gewiegten Finanzmann gegenüber, auf einzelne Details einzugehen. Ich kann aber konstatieren, daß er unter die von ihm angeführten Kosten die Kosten für Dampfersubventionen, für den Gebrauch von Kriegsschiffen, für Beamtengehälter in die Kolonialpolitik eingerechnet hat, Kosten, die wenigstens bis zu einem gewissen Grade auch anderen Zwecken dienen und zum Teil unumgänglich gewesen wären, auch wenn man sich nicht zu einer Kolonialpolitik entschlossen hätte. Nach dem mir vorliegenden Material beläuft sich die Summe, die das Reich aus seinem Säckel bisher für Kolonialpolitik ausgegeben hat, auf noch nicht ganz $5^1/_2$ Millionen, und das Vermögen, welches in Gesellschaften engagiert ist, soweit ich das zu übersehen im stande bin, noch nicht auf 15 Millionen.

Es ist ja zuzugeben, daß bei dem Auftreten der Kolonialpolitik eine große Menge von unklaren Vorstellungen unterliefen. Man glaubte, daß man nur die Hand auszustrecken brauchte und in der einen Kolonie dicke Goldklumpen, in der andern fertige Cigarren finden würde. Daß das Irrtümer sind, konnte jeder Mensch, der sich mit solchen Dingen ernstlich beschäftigte, voraussehen. So konnten die Dinge nicht mehr laufen; die Zeiten sind nicht dazu angethan. Das, was für deutsche Kolonien noch übrig geblieben war an Grund und Boden, war auch nicht derart, um solche Hoffnungen zu rechtfertigen. Man konnte sich also von Hause aus nur sagen, daß nur mit Arbeit — und das ist nach meiner Ansicht ein Glück — und nur langsam ein Gewinn für Deutschland und für diejenigen, welche ihr Kapital dort anlegen würden, erwachsen könnte. Wenn eine große Masse sich darin in Unklarheit befand und in Bezug auf die Kolonien, auch auf den finanziellen Teil derselben Gefühlspolitik machte, so möchte ich dafür als eine Erklärung anführen, daß vielfach eben die Einsicht in diese Dinge fehlte.

Der Herr Abgeordnete führt uns das englische Beispiel vor und sagt: Macht es doch wie die Engländer, deren Gesellschaften machen es allein, der Staat gibt nichts zu. Ja, wir würden das mit dem größten Vergnügen thun, und wir geben, was ich in Bezug auf seinen Schlußpassus schon jetzt bemerken will, zu, daß das auch unser Ziel ist, und daß wir auch heute die

bestimmte Hoffnung haben, dahin zu kommen, daß das Reich nicht mehr mit Geld engagiert sein wird, daß die Gesellschaften die Pflichten und die Kosten voll übernehmen, und daß dennoch ein Reinertrag für die Unternehmer erwachsen wird. Wir sind aber absolut nicht in der Lage, dies englische System jetzt anzunehmen: erstens, weil wir keine Männer haben, die es verstehen, dieses System an Ort und Stelle zur Durchführung zu bringen. Schon in der kurzen Zeit, wo ich hier bin, habe ich empfunden, wie schwierig es ist, wenn nur für eine verhältnismäßig untergeordnete Frage einer unserer Kolonien ein Mann gesucht wird, da einen Mann zu finden, der die Erfahrungen mitbringt, ohne die er an der Stelle nichts nutzen kann. Dann aber, glaube ich, unterscheidet uns von England noch ein anderer Umstand. In England ist das Privatkapital historisch geneigt, sich solchen Unternehmungen zuzuwenden. Der Deutsche kauft viel lieber das zweifelhafte Staatspapier irgend eines zweifelhaften ausländischen Staats, als daß er sein Geld in deutschen Kolonien anlegt. Die Motive dafür sind ja bekannt, und die kennt zweifellos der erfahrene Herr Abgeordnete besser, als ich sie kenne.

Nun sind die verbündeten Regierungen nicht in der Lage, wie ja diese Vorlage beweist, an einem 1. April genau zu sagen, was sie am anderen 1. April verbraucht haben werden. Wir brauchen in dieser Beziehung das Vertrauen der Nation und brauchen das Vertrauen des Reichstages, daß wir nicht weiter gehen werden, als unumgänglich notwendig ist. Wir brauchen das Vertrauen soweit, daß, wenn wir mal statt 2½ Millionen 4 Millionen ausgeben, uns das nicht so übel genommen wird. Das ist einmal in diesen Dingen nicht zu vermeiden. Man kann die Kolonialpolitik nicht im Wege der Submission an die Mindestfordernden ausbieten wollen, sondern man muß sie den Leuten geben, die gewillt sind, die Sache zu übernehmen. Wir geben aber — das will ich nochmals konstatieren — die Hoffnung nicht auf — und ich habe die Wochen, die ich hier bin, mehr Kolonialpolitisches gelesen als in meinem ganzen Leben — wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir dahin kommen werden, daß das Reich nicht mehr Geld zu leisten haben wird und die jetzigen Kolonien Reinerträge abwerfen werden.

Wenn bei der heutigen Debatte das Auge sich im wesentlichen auf Ostafrika richtet, so ist das natürlich, aber gerade für den finanziellen Teil, für die Schlußfolgerungen, die aus der Vergangenheit auf die Zukunft zu machen sind, ist Ostafrika insofern ungünstig, als es einmal ein unabsehbar weites Terrain ist, sehr verschiedene Verhältnisse da obwalten, und der Aufstand die naturgemäße Entwickelung unterbrochen hat. Ich könnte aber doch anführen, daß die Schutzgebiete Togo und Kamerun nach etwa fünf Jahren so weit gekommen sind, daß, wenn ich wiederum von den Kosten der Marine und der Beamten absehe, sie schon jetzt das, was sie verbrauchen, selbst aufbringen. Also wir wirtschaften nicht überall mit einem Defizit, sondern wir sind an dieser Stelle unter einer tüchtigen Verwaltung dahin gekommen, schon jetzt unsere Ausgaben und Einnahmen balanzieren zu können. Ich halte es für wahrscheinlich, daß der Zeitraum, bis zu dem wir so weit in Ostafrika sein werden, weiter zurückliegt. Um Jahre langsamer wird das gehen, aber ich habe die Hoffnung und den Glauben, daß wir auch dahin kommen werden. Es ist ja ohne einen gewissen Grad von Glauben, von Vertrauen in die Sache in der Kolonialpolitik nichts zu machen. Wenn mir Jemand sagt: Ich glaube das nicht, so kann ich mich vor seiner Ueberzeugung verbeugen, ich kann ihn nicht überzeugen. Ebensowenig aber kann er mich überzeugen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich bin ganz kalt und ganz nüchtern und viel mehr geneigt, jedes solches Unternehmen mit schiefen

Augen anzusehen, als an die Zahlen, die man mir vorführt, willkürliche Nullen anzuhängen.

Wenn ich nun zwar der Meinung bin, daß ein bestimmtes Programm nicht vorgelegt werden kann, daß, wenn diese Erklärungen nicht genügen, ich weiter nichts zu sagen habe, so möchte ich doch den Versuch machen, auf die Entstehungsgeschichte der Kolonialpolitik insoweit zurückzugehen, daß ich mich frage: Was hat denn eigentlich das Reich zu dieser, nach den Ansichten der Herren leichtfertigen Politik gebracht, wie sind wir dazu gekommen? Es liegt von Hause aus die Annahme sehr nahe, daß da doch noch andere Gründe als die Hoffnung auf finanziellen Erwerb mitgewirkt haben müssen, denn sonst würden so viele vorsichtige, verständige Männer, wie sie hier vereinigt sind, nicht in dieses Schiff eingestiegen sein, sie würden nicht mitgemacht haben in Kolonialpolitik, wenn außer der Geldfrage nicht noch das eine oder andere bestimmend gewesen wäre. Der Herr Abgeordnete hat die humane und religiöse Frage der Antisklaverei gestreift; welche Bedeutung man der hier beimißt, will ich dahingestellt sein lassen; aber das, glaube ich, wird auch Jemand, der den Dingen nicht geneigt ist, zugeben müssen, daß, ohne die Eingeborenen zu einem gewissen Grade von sittlicher und intellektueller Bildung zu bringen, auf die Dauer ein schwunghafter Handel mit ihnen, eine gangbare Industrie an Ort und Stelle, selbst eine gut getriebene Landwirtschaft kaum möglich sein werden. Wollen wir aber die Leute auf diesen Standpunkt bringen, so haben wir schon um unseres eigenen pekuniären Interesses willen nach meinem Dafürhalten die Verpflichtung, die Missionen zu unterstützen und die Gesittung dieser Menschen zu heben.

Es ist ja bekannt, das Zentrum ging auf die Kolonialpolitik ein, ausgehend von der Antisklavereibewegung und von religiösen Motiven. Aber soweit ich die stenographischen Berichte habe verfolgen können, ist damals auch von Seiten des Zentrums anerkannt worden, daß, wenn nebenbei deutsche nationale Interessen dabei gewonnen, dies dem Zentrum nur ganz recht wäre.

Andere betonen zuerst die deutschen, die wirtschaftlichen Interessen; sie nehmen es aber dankbar mit, wenn auf diesem Wege christliche Religion und deutsche Gesittung weiter verbreitet würden. Es muß ja Jeder mit sich abmachen, wieweit er es für seine Pflicht hält, diesen Dingen einen größeren oder geringeren Wert beizulegen; aber wir sind über den Bereich unserer subjektiven Pflichten der Antisklaverei gegenüber hinausgekommen schon durch die Kongo-Akte. Wir sind international verpflichtet, für diese Dinge etwas zu thun, und die jetzt im Gange befindliche Brüsseler Konferenz wird uns nach derselben Richtung noch stärker verpflichten.

Wir werden auf die Dauer der Sklaverei nur dann nach meiner Ueberzeugung entgegentreten können, wenn es uns gelingt, eine Organisation zu schaffen, die dem, was man in Europa einen Staat nennt, wenigstens in einigen Beziehungen nahekommt. Davon sind wir aber noch weitab. Wir müssen zunächst einzelne Stationen im Innern schaffen, von denen der Missionar so gut wie der Kaufmann wirken können; und die Flinte und die Bibel müssen hier miteinander wirken, um einen Zustand zu erreichen, den auch das Zentrum wünscht; denn ohne die Sklavenhändler zu töten, beendigen wir die Sklaverei nie.

Ich glaube endlich, daß der Herr Abg. Bamberger ein Motiv nicht genügend gewürdigt hat oder wenigstens, daß er es bei Seite schiebt, das ist das nationale Empfinden. Nach meiner Ueberzeugung -- und ich habe ja damals auch Einblick in das eine oder andere gehabt, was zur Kolonialpolitik führte — ist die Rücksicht auf die Erhaltung einer nationalen Strömung im Volk mit maßgebend gewesen. Nach dem Kriege von 1870 trat

eine Periode ein, in der der nationale Geist, ich will nicht sagen rückläufig wurde, aber zu erlahmen schien. Es fehlten ihm Objekte, auf die er sich richten konnte; der Idealismus, dessen der Deutsche zu seiner Existenz bedarf, hatte sich abgewöhnt, sich auf geistigen Gebieten zu bethätigen. Die Kriege hatten ihm praktische Ziele gegeben, jetzt war noch ein Ueberschuß davon da, der nicht wußte, wohin. Da bot sich die Kolonialpolitik, und was an warmem Empfinden für die nationale Ehre und Größe da war, das richtete sich, ich gebe zu, zum Teil blind und ohne den Verstand zu Rate zu ziehen, auf dieses Gebiet.

Meine Herren, es liegt doch auch eigentlich im Wesen des Deutschen, der auf der einen Seite so stark zum Partikularismus neigt, daß er eines Idealismus bedarf, wenn er leistungsfähig bleiben soll. Dieser Idealismus, wenn er sich konzentrieren soll — und nur durch Konzentration bleiben Gefühle auf die Dauer in den Massen warm und stark — bedarf eines gewissen Brennpunkts, und ein solcher Brennpunkt wurde ihm in der Kolonialpolitik gegeben; er wurde von der Nation, soweit ich habe beurteilen können, dankbar aufgenommen. Der Herr Abg. Bamberger nennt das einen romantischen Sinn und spricht ihm wenig Bedeutung zu. Ich möchte mir aber doch mal die Frage erlauben, ob ohne diesen romantischen Sinn, ob ohne den Instinkt des Gefühls im Volk der Deutsche Reichstag heute hier sitzen würde, wo er sitzt! Ich glaube umgekehrt. Einem solchen nationalen Instinkt, dem Unbewußten in der Volksseele, erkenne ich eine gewisse Kraft zu, und ich würde mich auch an meiner Stelle für verpflichtet halten, wenn ich wahrnähme, daß eine solche Kraft da ist, ihr nachzugehen und zu versuchen, wie sie nutzbar zu machen und in brauchbare Wege zu lenken ist.

Nun hat ja der Herr Abgeordnete darin ganz Recht, es ist mit diesem Enthusiasmus insofern nicht viel anzufangen, als er sich sehr schwer in klingende Münze übersetzt, und mit dem deutschen Kolonialenthusiasmus, von dem man mit Recht sagt, er macht meist vor dem Geldbeutel Halt. Indessen habe ich gerade, was Ostafrika angeht, den bestimmten Glauben, daß, wenn das, was da jetzt im Werke ist, durchgeführt, wenn die Pacifikation vollendet, wenn geordnete Zustände da hergestellt sein werden, gerade Ostafrika eine Stelle sein wird, die für das Privatkapital mehr Anziehungskraft haben wird, als der eine oder der andere Ort, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß das, was an Kolonialenthusiasmus in der Nation noch vorhanden ist, die Barrière überwinden und auch zum klingenden Ausdruck bei dem ostafrikanischen Unternehmen kommen wird.

Mit der nationalen Frage hing für viele eine Art Machtfrage zusammen, und ich muß auch hier zugeben, diese Machtfrage, die in der Kolonialpolitik lag, ist mit einem großen Aufwand von Mangel an Sachverständnis, ich will sagen: in der Menge behandelt worden. Denn man glaubte, wenn wir nun Kolonien hätten und kauften einen Atlas und da malten wir Afrika blau an, dann wären wir große Leute geworden. Ja, davon konnte keine Rede sein. Der Beginn einer Kolonialpolitik arbeitet in Bezug auf Machtverhältnisse zweifellos mit negativen Vorzeichen. Menschen und Geld werden an einer Stelle ausgegeben, wo sie fürs erste nicht rentieren. Wenn die Kolonialpolitik eine Politik des Glaubens und der Hoffnung ist, sowohl finanziell als in Bezug auf die ethischen Gesichtspunkte, so ist sie das auch in Bezug auf die Macht, und vielleicht sind die Anforderungen an den Glauben der Menschen hier die stärksten. Ich glaube auch hier unverdächtig zu sein. Es können Zeiten in Deutschland kommen, wo jeder Mann im Glied und jede Mark in der Kasse uns willkommen sein wird, und ich kann dem Herrn Abg. Bamberger versichern, daß, was mich angeht, kein Mann mehr in Ostafrika eingesetzt und keine Mark mehr ausgegeben

werden wird, als eben um das zu erhalten und in den Bahnen, die einmal vorgezeichnet sind, auszubilden, was jetzt da ist.

Ich würde mich nicht dazu entschließen, große Summen, zahlreiche Deutsche nach Ostafrika zu ziehen, nur etwa, um mir da den Luxus einer Truppe, einer gewissen Machtentfaltung zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete hat auch den Krieg gestreift und gesagt: wenn es zum Kriege kommt, sind solche Kolonien eine bedenkliche Sache. Ich will ihm das zugeben, daß es mir zweifelhaft ist, aber vielleicht glaubt er mir als altem Soldaten: es ist ein militärisch anerkannter Grundsatz, daß die Entscheidung auf dem Hauptkriegsschauplatz immer über die Nebenkriegsschauplätze mit entscheidet, und wenn es nun, was Gott verhüten wolle, zu einem Kriege in Europa käme, und wenn wir in Europa siegen, so hat es keine Not, selbst wenn inzwischen die eine oder die andere Kolonie in üble Lage geraten sein sollte. Der Friedensschluß gibt uns das reichlich wieder.

Läßt man sein Auge nun etwas weiter in die Zukunft gehen, so halte ich es doch nicht für unmöglich, daß die Entwickelung, die die Welt im ganzen nimmt, auch Deutschland dazu nötigen wird, mit transozeanischen Staaten in einen engeren Verkehr — hoffentlich immer nur friedlichen — zu treten, als bisher. Das Phäakendasein eines kleinen europäischen Staats hat ein Ende, wir werden mit Mächten jenseits des Meeres rechnen müssen, die über ganz andere Schätze an Menschen und Geld verfügen wie wir, und, wenn man überhaupt nur zugibt, daß Zeiten kommen werden, wo deutsche Macht und deutscher Geist sich stärker außerhalb Deutschlands dokumentieren müssen als bisher, so folgt weiter, daß wir dann zur See eine gewisse Kraft zu entwickeln im stande sein müssen. Die Jahre, in denen ich die Ehre gehabt habe, Chef der Admiralität zu sein, hat mir als das für die Marine zu erreichende Ziel immer vorgeschwebt, die Marine in eine Lage zu bringen, daß, wenn einmal eine solche Erweiterung unseres Wirkungskreises notwendig wäre, sie dazu befähigt wäre. Gibt man nun das als eine Möglichkeit wenigstens zu, gibt man zu, daß wir in Zeiten kommen können, wo eine Thätigkeit der Marine in ausgedehntem Maße im Frieden und Krieg in außerdeutschen, außerheimischen Gewässern erfordert wird, so muß man sich unumgänglich die Frage vorlegen: Woher bekommt denn die Marine das, wovon sie lebt und ohne das sie weder bewegungs- noch gefechtsfähig ist, die Kohlen? Wenn wir jetzt in einen Krieg mit einer fremden Macht verwickelt werden, so haben wir ja einige, aber schwierige Mittel, unsere Schiffe im Auslande mit Kohlen zu versorgen: Wir sind im ganzen auf das Wohlwollen neutraler Staaten angewiesen, und wer einmal dazu neigt, sich für die Marine zu begeistern, ihr eine große Zukunft zuzuerkennen, der muß zugeben, daß eine solche Rolle in außerheimischen Gewässern für die Marine auf die Dauer nicht durchzuführen sein wird. Wir müssen selbst in den Besitz wenigstens einiger Punkte gelangen, in denen deutsche Kohlen von deutschen Behörden an deutsche Schiffe gegeben werden können. Das Dasein von Kohlenstationen ist für einen zukünftigen Krieg die Bedingung jeder Wirksamkeit der Marine. Also, wenn wir auch im Augenblick Ausgaben, und es sind sehr unbedeutende Ausgaben, für unsere Kolonien machen, so möchte ich doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch dieses Kapital einmal rentieren und auch hier das, was wir jetzt ausgeben, in erhöhtem Umfang uns wieder zufließen wird.

Ich kann also nun noch einmal zusammenfassen: Wir werden das Bemühen haben, daß, wenn der Reichstag uns weiter unterstützt, wir schrittweise vorgehen, daß wir uns auf keine gewagten Unternehmungen einlassen, daß wir danach trachten, die Gesellschaften wieder dahin zu bringen, wo sie ursprünglich gestanden haben, sie so selbständig, als es möglich sein wird,

zu machen. Ich muß hier die Einschränkung machen, daß eben das von der Leistungsfähigkeit der Gesellschaften abhängen wird und daß sich heute noch nicht mit Bestimmtheit übersehen läßt, wie weit sie dazu geeignet sein werden. Wir haben schon jetzt in Ostafrika einen Zustand, indem eine Truppe durch die lex Wißmann geschaffen worden ist, von der eigentlich niemand recht weiß, wessen Truppe sie ist, und ich halte es nicht für unmöglich, daß, da die Diktatur und der Kriegszustand in Ostafrika voraussichtlich noch Jahre lang fortdauern wird, wir in die Lage kommen können, aus dieser jetzt lediglich von Major Wißmann nach alter Landknechtssitte geworbenen Truppe eine Reichstruppe zu machen, um mit geringen Kräften wirksam mehr leisten zu können, als jetzt geschieht, wo die Sache eben auf kontraktliche Werbungen basiert ist. Wir werden das Bestreben haben, fremde Rechte überall zu respektieren, wie es der Herr Staatssekretär ausgeführt hat, und das Deutsche Reich zu schützen; ich glaube, die verbündeten Regierungen werden im stande sein, die Kolonialpolitik so zu führen, daß die allgemeine Politik Deutschlands darunter keinen Schaden leidet und daß der berechtigte Aufschwung deutschen Nationalgefühls nicht verletzt werden wird.

12. Mai. (Hamburg.) Infolge eines Strikes der Gasarbeiter sistiert die städtische Beleuchtung, was zu nächtlichen Unruhen Veranlassung gibt.

13. Mai. (Reichstag.) Bei Beratung des Nachtragsetats betreffend Ostafrika erklärt der Bevollmächtigte Major Liebert:

Es werde nunmehr das Innere in Angriff genommen werden, nicht zum Zwecke der Eroberung, sondern zur Sicherung der Karawanen, die die wichtigen Produkte des Hinterlandes zur Küste bringen. Diesem Ziele diene auch die Expedition Emin Paschas. Emin sei nicht Militär, sondern vor allem Gelehrter und ein friedlicher Mann. Man hoffe an ihm gerade einen friedlichen Führer in das Innere Afrikas gewonnen zu haben. Handel und Verkehr begönnen in erstaunlicher Weise sich zu heben.

14. Mai. (Königsberg.) Kaiser und Kaiserin treffen zu erstmaligem Besuche ein.

14. Mai. (Militärvorlage.) Erste Beratung. Der Entwurf lautet:

§ 1.

Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird für die Zeit vom 1. Oktober 1890 bis zum 31. März 1894 auf 486,983 Mann festgestellt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

§ 2.

Vom 1. Oktober ab werden

die Infanterie in	538	Bataillone,
die Kavallerie in	465	Eskadrons,
die Feld-Artillerie in	434	Batterien,
die Fuß-Artillerie in	31	Bataillone,
die Pioniere in	20	Bataillone,
der Train in	21	Bataillone

formiert.

Aus der Begründung.

Das Gesetz vom 11. März 1887 hat die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres für einen Zeitraum von 7 Jahren (vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1894) festgestellt. Bei Bemessung dieser Ziffer auf so lange Zeit im voraus war man bemüht gewesen, Erweiterungen der Wehrkraft der Nachbarstaaten Rechnung zu tragen, soweit solche in die Zukunft hinein sich übersehen oder schätzen ließen. Die thatsächliche Entwickelung der letzten 3 Jahre hat indessen zu der Ueberzeugung führen müssen, daß ein ferneres Verweilen der Heeresorganisation auf den durch jenes Gesetz geschaffenen Grundlagen mit der gebotenen Fürsorge für die Wehrhaftigkeit des Reichs nicht mehr vereinbar ist.

Die Notwendigkeit organisatorischer Erweiterungen über die bisherige Friedenspräsenzziffer hinaus ist damit eingetreten. Dieselbe ist zumeist begründet in denjenigen organisatorischen Maßnahmen Frankreichs und Rußlands, welche bei Erlaß des Gesetzes vom 11. März 1887 nicht in Berechnung gezogen sind, da sie nicht vorausgesehen werden konnten.

Zwar unterlag in Frankreich der Entwurf des Wehrgesetzes vom 15. Juli 1889 bereits der Beratung, als bei uns das letzte Septennatsgesetz eingebracht wurde. Nach mehrjährigen Verhandlungen zu stande gekommen, ist das französische Wehrgesetz selbst weit über diejenigen Forderungen hinausgegangen, welche aus dem Entwurfe ersichtlich waren. In dem französischen Budget für 1891 ist die Friedenspräsenzstärke bereits mit 520,548 Mann in Ansatz gebracht und würde dann also die 1887 auf 468,409 Mann festgesetzte deutsche Präsenz um rund 52,000 Mann übersteigen. Das französische Wehrgesetz hat ferner, über die Forderungen des Entwurfs hinaus, die Wehrpflicht von 20 auf 25 Jahre mit rückwirkender Kraft erweitert, wodurch fünf aus der Territorialarmee bereits ausgeschiedene Jahrgänge — etwa 600,000 Mann ausgebildete Soldaten — wieder zur Verfügung gestellt wurden; es hat die Dienstpflicht derart neu geregelt, daß aktive Armee und Reserve zusammen jetzt 10, anstatt bisher 9 Jahrgänge — in Deutschland 7 — umfassen. Die wesentlichste Neuerung des Gesetzes gegen den Entwurf ist aber die grundsätzliche Aufhebung sämtlicher Befreiungen vom aktiven Dienste unter gleichzeitiger Herabsetzung der Dienstzeit bei der Fahne von 5 auf 3 Jahre und Beseitigung der bisherigen deuxième portion, welche nur 10 Monate diente. Diese Maßregeln waren im Verwaltungswege bereits in den letzten 3 Jahren wirksam vorbereitet; sie fanden ihre Ergänzung in dem Rengagementsgesetz vom 18. März 1889, welches dem beim Uebergange zu kürzerer Dienstzeit zu befürchtenden Unteroffiziermangel dadurch vorzubeugen bezweckt, daß die Unteroffiziere nach Ablauf ihrer aktiven Dienstpflicht durch Gewährung außerordentlich hoher materieller Vorteile zu weiterem Dienste bei den Fahnen zurückgehalten werden.

Das französische Wehrgesetz bedeutet also die thatsächliche, rücksichtsloseste Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die jährliche Rekruteneinstellung wird sich danach um etwa 60,000 Mann steigern und muß, einschließlich 20,000 Freiwilliger, auf 220,000 Mann veranschlagt werden, von welchen teils infolge gesetzlicher Bestimmungen, teils um das Budget innezuhalten, voraussichtlich etwa 64,000 nach einjähriger, 12,000 nach zweijähriger Dienstzeit zur Entlassung kommen werden, während der Rest drei Jahre dient. Nach voller Durchführung des Gesetzes ergibt sich hieraus die Zahl der verfügbaren ausgebildeten Mannschaften — 25 Jahrgänge weniger 25 Prozent für Abgänge — auf rund 4,125,000.

In Deutschland werden bei der jetzigen Friedenspräsenzstärke alljährlich (ausschließlich Nachersatz) 164,000 Rekruten, drei- und vierjährige Freiwillige eingestellt; dazu kommen etwa 9000 Einjährig-Freiwillige und 17,450

Ersatzreservisten, welche letzteren eine Gesamtausbildung von 20 Wochen auf 3 Uebungen in verschiedenen Jahren verteilt erhalten. Stellt man danach den französischen Ziffern die deutschen — entsprechend den bei uns thatsächlich bestehenden Verhältnissen — gegenüber, so ergibt sich aus 24 Jahrgängen Rekruten und Freiwilligen und 18 Jahrgängen Ersatzreservisten, bei beiden nach Abzug von 25 Proz. für Abgänge, die Zahl der für den Kriegsfall verfügbaren, ausgebildeten Mannschaften auf rund 3,350,000. Frankreich, an Bevölkerung fast um 9 Millionen ärmer als Deutschland, würde dann also ein Mehr von 775,900 geübten Streitern — und diese von gleichmäßiger Ausbildung — ins Feld zu stellen vermögen.

Des weiteren ist aber auch die Ueberlegenheit der französischen Armee an Kadres in den letzten 3 Jahren noch gestiegen. Abgesehen von den 1887 als beabsichtigt bekannten Neuformationen ist insbesondere die Feld-Artillerie, für welche der damalige Gesetzentwurf keine Erweiterung in Aussicht nahm, 1888 um 15, 1889 um fernere 19 Batterien vermehrt worden. Bis zum Feldzuge 1870 nur im Besitz von 164 im Frieden bespannten Batterien, hat Frankreich jetzt deren 480 mit 3123 Bespannungen für Geschütze und Munitionswagen, während die deutsche Feld-Artillerie nach dem Septennatsgesetze 364 Batterien zählt, welche die 1889 erfolgte Etatserhöhung auf 2038 Bespannungen gebracht hat.

Von vorstehenden Gesichtspunkten ausgehend, ist vom 1. Oktober 1890 an durch § 1 des Gesetzentwurfs eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 18,574 Mann vorgesehen. Bemessen ist die Friedenspräsenzstärke nicht wie bisher nach dem Verhältnis von 1 Prozent zu der ortsanwesenden Bevölkerung, sondern in Rücksicht auf das zur Zeit vorliegende dringendste Bedürfnis, die Kriegsbereitschaft des Heeres durch Aufstellung neuer, beziehungsweise Etatsverstärkung bestehender Kadres zu erhöhen.

Die durch die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke bedingte jährliche Mehreinstellung von rund 6000 Rekruten stößt auf keine Schwierigkeiten, da die Deckung dieses Bedarfs durch die weit größere Zahl der alljährlich beim Aushebungsgeschäft überzählig verbleibenden Mannschaften durchaus gesichert ist.

Eine Vermehrung der für den Kriegsdienst ausgebildeten Mannschaften etwa dadurch erreichen zu wollen, daß unter erhöhter Rekruteneinstellung die gegenwärtige aktive Dienstzeit bei den Fußtruppen verkürzt würde, kann als angängig nicht erachtet werden.

Die beantragte Heeresverstärkung soll in der Hauptsache dazu dienen, die durch Schaffung des XVI. uud XVII. Armeekorps entstandenen organisatorischen Lücken auszufüllen und die Kriegsbereitschaft der Feld-Artillerie zu erhöhen. Der Vorsprung, welchen die französische Feld-Artillerie in Bezug auf Stärke und Kriegsbereitschaft erreicht hat, ist zu bedeutend, als daß die Hoffnung noch gerechtfertigt wäre, denselben durch minderwertige Auskunftsmittel, etwa durch zweckmäßige Mobilmachungsmaßregeln, wieder einbringen zu können.

Es ist daher im § 2 des Gesetzentwurfs die Neubildung von 70 fahrenden Batterien vorgesehen.

Die Feld-Artillerie wird hiernach die Stärke von 434 Batterien mit 2381 Bespannungen erhalten. Sie steht dann hinter der französischen immer noch um 46 Batterien und 742 Bespannungen zurück.

Im Anschluß an diese Maßregeln wird eine erhöhte Fürsorge für Gewinnung eines tüchtigen und an Zahl genügenden Unteroffizierpersonals unvermeidlich. Während auf der einen Seite die ausgedehnte Verwendung von Unteroffizieren zur Entlastung der Offiziere in manchen Dienstzweigen zum Bedürfnisse wird, gestattet auf der anderen Seite die zunehmende Bil-

dung in den hier in Frage kommenden Schichten der Bevölkerung eine solche erweiterte Verwendung. Als Aequivalent hiefür ist die Einführung von Unteroffizier-Dienstprämien beabsichtigt, welche mit den Dienstjahren steigen, da das Benefizium des Civilversorgungsscheins sich nicht mehr als ausreichend erweist.

Die Kosten der durch die gegenwärtige Gesetzesvorlage vorgesehenen Heeresverstärkung (einschließlich der Unteroffizier-Dienstprämien) sind vorläufig geschätzt: Fortdauernde Ausgaben 18,000,000 Mark, einmalige Ausgaben 40,000,000 Mark.

Nachdem der Kriegsminister die Diskussion kurz eingeleitet, spricht Graf v. Moltke:

Meine Herren, es kann Befremden erregt haben, daß neue und erhebliche Opfer für militärische Zwecke gefordert werden, eben jetzt, wo anscheinend der politische Horizont freier ist von drohenden Wolken als selbst noch kurz zuvor, und wo wir von allen auswärtigen Mächten die bestimmte Versicherung ihrer friedlichen Absichten haben. Dennoch wollen Sie mir gestatten, mit wenigen Worten auf den Grad von Sicherheit hinzuweisen, welche für uns aus diesen Umständen hervorgehen kann.

Noch unlängst, meine Herren, ist von jener Seite des Hauses, allerdings von der äußersten Linken, wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß alle unsere militärischen Vorkehrungen nur im Interesse der besitzenden Klasse erfolgen, und daß es die Fürsten sind, welche die Kriege hervorrufen; ohne sie würden die Völker in Friede und Freundschaft neben einander wohnen. Was nun vorweg die besitzende Klasse betrifft, — und das ist jedoch eine sehr große, sie umfaßt in gewissem Sinne nahezu die ganze Nation, denn wer hätte nicht etwas zu verlieren? — die besitzende Klasse hat ja allerdings ein Interesse an allen Einrichtungen, welche jedem seinen Besitz gewährleisten. Aber, meine Herren, die Fürsten und überhaupt die Regierungen sind es wirklich nicht, welche in unseren Tagen die Kriege herbeiführen. Die Zeit der Kabinetskriege liegt hinter uns, — wir haben jetzt nur noch den Volkskrieg, und einen solchen mit allen seinen unabsehbaren Folgen heraufzubeschwören, dazu wird eine irgend besonnene Regierung sich sehr schwer entschließen. Nun, meine Herren, die Elemente, welche den Frieden bedrohen, liegen bei den Völkern. Das sind im Innern die Begehrlichkeit der vom Schicksal minder begünstigten Klassen und ihre zeitweisen Versuche, durch gewaltsame Maßregeln schnell eine Besserung ihrer Lage zu erreichen, eine Besserung, die nur durch organische Gesetze und auf dem allerdings langsamen und mühevollen Wege der Arbeit herbeigeführt werden kann. Von außerhalb sind es gewisse Nationalitäts- und Rassenbestrebungen, überall die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden. Das kann jederzeit den Ausbruch eines Krieges herbeiführen, ohne den Willen der Regierungen und auch gegen ihren Willen; denn, meine Herren, eine Regierung, welche nicht stark genug ist, um den Volksleidenschaften und den Parteibestrebungen entgegenzutreten, — eine schwache Regierung ist eine dauernde Kriegsgefahr. Ich glaube, daß man den Wert und den Segen einer starken Regierung nicht hoch genug anschlagen kann. Nur eine starke Regierung kann heilsame Reformen durchführen, nur eine starke Regierung kann den Frieden verbürgen.

Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt, — wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegen einander in den Kampf treten; keine derselben kann in

einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, — und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert!

Nun, meine Herren, wo es sich um so große Dinge handelt, wo es sich handelt um das, was wir mit schweren Opfern erreicht haben, um den Bestand des Reiches, vielleicht um die Fortdauer der gesellschaftlichen Ordnung und der Zivilisation, jedenfalls um Hunderttausende von Menschenleben, da kann allerdings die Geldfrage erst in zweiter Linie in Betracht kommen, da erscheint jedes pekuniäre Opfer im voraus gerechtfertigt.

Es ist ja richtig, was hier mehrfach betont worden, daß der Krieg selbst Geld und abermals Geld fordert, und daß wir unsere Finanzen nicht vor der Zeit zu Grunde richten sollen. Ja, meine Herren, hätten wir die sehr großen Ausgaben nicht gemacht für militärische Zwecke, für welche der Patriotismus dieses Hauses und der Nation die Mittel gewährt hat, so würden allerdings unsere Finanzen heute sehr viel günstiger liegen, als es gegenwärtig der Fall ist. Aber, meine Herren, die glänzendste Finanzlage hätte nicht verhindert, daß wir bei mangelnden Widerstandsmitteln heute am Tage den Feind im Lande hätten; denn lange schon und auch jetzt noch ist es nur das Schwert, welches die Schwerter in der Scheide zurückhält. Der Feind im Lande — nun, wir haben das zu Anfang des Jahrhunderts sechs Jahre lang getragen, und Kaiser Napoleon konnte sich rühmen, aus dem damals kleinen und armen Lande eine Milliarde herausgepreßt zu haben — der Feind im Lande würde nicht viel fragen, ob Reichsbank oder Privatbank. Sahen wir doch im Jahre 13, als er schon im vollen Abzuge war, wie in Hamburg — damals eine französische Stadt — ein französischer Marschall zum Abschied die Hamburger Bank in die Tasche steckte. Der Feind im Lande würde schnell mit unseren Finanzen aufräumen. Nur ein waffenstarkes Deutschland hat es möglich machen können, mit seinen Verbündeten den Bruch des Friedens so lange Jahre hindurch hinzuhalten.

Meine Herren, je besser unsere Streitmacht zu Wasser und Lande organisiert ist, je vollständiger ausgerüstet, je bereiter für den Krieg, um so eher dürfen wir hoffen, vielleicht den Frieden noch länger zu bewahren oder aber den unvermeidlichen Kampf mit Ehren und Erfolg zu bestehen.

Meine Herren, alle Regierungen, jede in ihrem Lande, stehen Aufgaben von der höchsten sozialen Wichtigkeit gegenüber, Lebensfragen, welche der Krieg hinausschieben, aber niemals lösen kann. Ich glaube, daß alle Regierungen aufrichtig bemüht sind, den Frieden zu halten — fragt sich nur, ob sie stark genug sein werden, um es zu können. Ich glaube, daß in allen Ländern die bei weitem überwiegende Masse der Bevölkerung den Frieden will, nur daß nicht sie, sondern die Parteien die Entscheidung haben, welche sich an ihre Spitze gestellt haben.

Meine Herren, die friedlichen Versicherungen unserer beiden Nachbarn in Ost und West — während übrigens ihre kriegerischen Vorbereitungen unausgesetzt fortschreiten — diese friedlichen und alle übrigen Kundgebungen sind gewiß sehr wertvoll; aber Sicherheit finden wir nur bei uns selbst. (Wiederholtes lebhaftes Bravo.)

Im Laufe der Diskussion, in der namentlich die Abgeordneten Richter und Windthorst sprechen, macht der Kriegsminister eine Andeutung, daß er in der Kommission einen Organisationsplan vorlegen werde.

16. Mai. (München.) Nachdem der Erzbischof von München sich vergeblich bemüht hat, im Interesse des kirchenpolitischen Friedens den Plan der Abhaltung eines deutschen Katholikentages in München zu hintertreiben, richtet der Prinzregent ein Schreiben an den Erzbischof, worin er sein aufrichtes Bedauern über die beabsichtigte Abhaltung des deutschen Katholikentages ausspricht, weil die Abhaltung in München nicht geeignet sei, den Frieden zu erzielen und zu festigen, der von den ruhig Denkenden aller Kreise der Stadt dringend gewünscht werde. Das Schreiben schließt:

„Es ist Mein lebhafter Wunsch, daß Sie sich, ehe Ich weitere Maßnahmen zu der Meinen Rechten und Pflichten gemäßen Wahrung des Friedens ins Auge fasse, nochmals mit den katholischen Männern, insbesondere mit dem Domkapitel, beraten und Mir das Ergebnis der Besprechungen baldigst anzeigen."

Das Komitee der Vertrauensmänner verzichtet darauf auf seinen Plan.

16. Mai. (Reichstag.) Bei Beratung der Militärvorlage spricht der Reichskanzler. (Die in der Rede erwähnte Broschüre „Videant consules" hatte dem Fürsten Bismarck den Vorwurf „markloser Politik" gemacht, weil er im Jahre 1887 die damalige Schwäche Frankreichs nicht durch eine Kriegserklärung ausgenutzt habe, um sich dann später gegen Rußland wenden und die Ostseeprovinzen annektieren zu können.)

Wenn auch die auswärtige Politik hier gestreift worden ist, so kann ich mich einer Schilderung der politischen Lage um so eher enthalten, als die Thronrede das, was zu sagen wäre, mit klaren und, wie ich glaube, verständlichen Worten ausgedrückt hat. Im Gegensatz zu dem, was der Herr Abg. Liebknecht geäußert hat, muß ich anerkennen und dankbar anerkennen, daß die Erbschaft, die ich von meinem Amtsvorgänger in Bezug auf die äußere Politik übernommen habe, die denkbar glücklichste ist. Ich habe Verhältnisse vorgefunden, die fürs erste mich zu keiner Aktion, zu keiner persönlichen Teilnahme nötigen, weil die Verhältnisse so klar und einfach liegen, daß sie eben weiterlaufen können. Wir stützen unsere auswärtige Stellung, wie Sie wissen, einmal auf unsere eigene Kraft, die wir, um die Bündnisse zu erhalten, nicht hoch genug steigern können; dann aber vertrauen wir auf die festen Bündnisse, vertrauen wir auf sie um so mehr, als sie sich immer mehr auch in die Stimmung der Bevölkerung einleben.

Wenn mir der Herr Abg Liebknecht den Rat gegeben hat, ich sollte in der auswärtigen Politik abwiegeln, so würde ich in Verlegenheit sein, wie dieser Rat zu befolgen ist, denn ich wüßte nicht, wo aufgewiegelt worden ist. Ich kann die Dinge nur so laufen lassen, wie sie gelaufen sind, und meinem Vorgänger dafür dankbar sein.

Es handelt sich, wenn eine so erhebliche Vorlage vor Sie gebracht wird, ja allemal mehr oder weniger um politische Verhältnisse, um einen Ausblick auf das Ausland; es handelt sich aber in dem vorliegenden Falle nicht um die Nähe eines Krieges, sondern nur um die Schwere eines Krieges, der vorgebeugt werden soll. Wie Fürst Bismarck in der großen Rede — ich

glaube, es war im Januar 1887 — die Lage, die bei uns eintreten würde, wenn wir geschlagen wären, geschildert hat — ja, ich bin nicht im stande, dem etwas hinzuzufügen, das besser zu machen oder auch nur zu behaupten, es liegt um ein Jota heute anders als es damals lag. Dieses saigner a blanc würde vor uns liegen, wenn wir geschlagen wären, und würde nicht Halt machen vor den Sozialdemokraten, und auch sie würden bis aufs Weiße zur Ader gelassen werden.

Der Herr Abg. v. Kardorff nötigt mich noch zu einer Bemerkung in Bezug auf die Broschüre, die er zitiert hat und von der er die Voraussetzung ausgesprochen hat, daß ihr Verfasser einen tiefen politischen Blick gethan haben müßte. Nach meiner Kenntnis der Akten des Auswärtigen Amts halte ich mich für berechtigt, dieser Voraussetzung auf das Entschiedenste zu widersprechen. Auch nicht ein Wort habe ich in den Akten gefunden, das zu einer solchen Voraussetzung einen Anlaß geben könnte, und ich sollte meinen, wenn man die Broschüre liest, kommt man dahinter, daß sie in Bezug auf unsere Lage zu Rußland auf zwei wesentliche Momente herauskommt. Einmal will der Verfasser uns glauben machen, daß unser fernerer Beruf das Germanisieren weit ins Slaventum hinein wäre. Auch wer nicht in die politischen Verhältnisse eingeweiht ist, wer nur die Lage unseres Vaterlandes einigermaßen kennt, wird wissen, daß wir achtzig Jahre nach der Besitzergreifung der Provinz Posen noch nicht dahin gekommen sind, diese Provinz so zu germanisieren, wie es viele von uns wünschten, wie es unter früheren Regierungen angestrebt worden ist. Noch heute haben wir mitten in Deutschland wendische Enklaven und noch heute wird in Litauen und Masuren die Nachmittagspredigt vielfach in einem anderen Idiom als im deutschen abgehalten. Also wenn der Verfasser dieser Broschüre die Lust hat, zu germanisieren, so liegt innerhalb unserer Grenzen noch ein so reiches Feld vor, daß es nicht nötig ist, den Blick darüber hinausschweifen zu lassen.

Das zweite der Motive, aus denen der Verfasser seine Animosität gegen Rußland schöpft, liegt darin, daß er sagt: wir müssen Herren der Ostsee werden, unsere Küste ist zu kurz, wir müssen uns weiter nach Norden ausdehnen. Meine Herren, ich bin fünf Jahre Chef der Admiralität gewesen und habe mich fleißig mit der Verteidigung der Ostsee beschäftigt, auf den Einfall aber, daß unsere Küste an der Ostsee zu kurz wäre, bin ich in diesen fünf Jahren nicht ein einziges Mal gekommen. Es sind Klagen aus dem Handelsstand unserer Häfen an mich gekommen, aus der Rhederei und dem Seehandel von Memel bis Stettin, darüber aber hat kein Mensch geklagt, daß er nicht noch mehr Konkurrenten hätte, sondern am Hinterland hat es ihnen gefehlt.

Ich möchte hiermit den Glauben, daß der Verfasser dieser Broschüre auch nur so weit mit politisch unterrichteten Kreisen in Beziehung gestanden haben könnte, daß er einen tieferen Einblick als andere Menschen gethan hätte, diesen Glauben möchte ich hiermit beseitigt haben.

Der Herr Abg. Hänel hat die staatsrechtliche Frage der Stellung des Reichskanzlers gegen seinen Stellvertreter berührt. Ich bin nicht im stande, auf alle Momente, die der Herr Redner in dieser Beziehung vorgeführt hat, einzugehen. Ich kann nur sagen, es hat mich gerade aus diesem Munde überrascht, eine Ansicht entwickeln zu hören, die dahin führen würde, daß der Stelleninhaber von dem Stellvertreter abhängig gemacht würde. Der Stelleninhaber sollte sich, wie der Herr Abg. Hänel äußerte, zuerst der Einwilligung oder — er brauchte dann nachher einen etwas abschwächenden Ausdruck — seiner Stellvertreter versichern. Ich bin vielleicht zu sehr Soldat, um für dieses Verhältnis Verständnis zu haben. Auf keinen Fall würde für mich in einer Organisation, die auf einem so schwierigen Verhältnis

basiert wäre, Platz sein. Er hat dann das Verlangen nach einem Reichs-Finanzministerium ausgesprochen und begegnete sich naturgemäß darin mit dem, was der Herr Abg. Richter vorgestern, wenn ich mich nicht irre, aussprach. Der Herr Abg. Richter war der Meinung, das Reichs-Finanzministerium sei um so nötiger, als der jetzige Reichskanzler von den Finanzen nichts verstände. Zugegeben, aber ist es denn nicht das Natürlichste, daß der jetzige Reichskanzler sich noch viel mehr auf den Schatzsekretär stützt und ihm viel mehr Selbständigkeit gibt, als der vorige, daß also die Motive, die Sie zur Klage veranlassen, gerade dadurch, daß der Reichskanzler weniger geneigt sein kann, wenn er einiges Pflichtgefühl hat, in die Finanzverwaltung einzugreifen, daß diese Motive beseitigt sind. Er sprach dann von dem Verhältnis des Reichs-Schatzamts zum Kriegsminister und er bezeichnete das, wenn ich recht gehört habe, als ein planloses Arbeiten. Ja, dem möchte ich widersprechen. Ich weiß nicht, worauf sich das basiert. Es wird in dieser Beziehung im Reich gerade so planvoll gearbeitet wie in Preußen, und wenn die beiden Voten einander gegenüberstehen, so wird die Sache zu meiner Entscheidung gebracht, soweit es sich um Finanzfragen handelt, und es steht mir dann ebensogut frei, ob ich die beiden Herren einzeln oder, wie im preußischen Staatsministerium, zusammen hören muß. Daß aber von einer Planlosigkeit die Rede sein könne, dafür finde ich keinen Beweggrund.

Der Herr Abgeordnete betonte dann, er müsse uns die Verantwortung zuschieben. Meine Herren, was an mir liegt, so bin ich unter allen Umständen bereit, diejenige Verantwortung, die die Reichsverfassung mir auflegt, zu tragen.

Weiter kamen zum zweitenmal gewisse Desiderien zur Sprache, die sich nicht direkt an dieses Gesetz knüpfen, sondern, wie der Herr Abg. Hänel sich äußerte, an den — wenn ich mich recht entsinne — umfassenden Organisationsplan, den der Herr Kriegsminister vorlegte. Ich habe zunächst zu erwidern, daß da ein Mißverständnis vorliegen muß. Ich entsinne mich nicht, vom Herrn Kriegsminister gehört zu haben, daß er einen umfassenden Organisationsplan vorlegen wolle. Er hat nur von Grundzügen gesprochen, die über den Rahmen des jetzt Ihnen vorgelegten Gesetzes hinausgehen und eine Perspektive in die Zukunft eröffnen. Von einem festen Plan kann aber um so weniger die Rede sein, als die verbündeten Regierungen sich über einen solchen noch nicht schlüssig gemacht haben. Das würde aber die Voraussetzung zum Dasein und auch zur Mitteilung eines festen Planes sein. Im wesentlichen decken sich die Anforderungen, die der Herr Abg. Hänel an solche feste Pläne macht, mit denen des Herrn Abg. Richter. Sie kommen auf drei Dinge hinaus: zuerst war die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht die Voraussetzung, die der Herr Abgeordnete aussprach, und ich glaube, jeder Soldat würde mit ihnen übereinstimmen. . . .

Es ist bekannt, daß das erste preußische Wehrgesetz vom 3. September 1814 die Basis unserer Militärverfassung gebildet hat und bis zur Stunde — wenn auch formell nicht mehr gültig — das Prinzip hergegeben hat, unter dem wir gelebt haben, und dieses Gesetz von 1814 sagt:

Die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr wird nach dem jedesmaligen Staatsverhältnis gestaltet.

Wie ist nun diese Stärkegestaltung geworden? Die jetzt im Augenblicke noch gültige Präsenzstärke ist basiert auf ein Gesetz vom Jahre 1887 und ist auf 486,409 Mann festgesetzt. Das gibt bei einer Bevölkerung, die zwei Jahre früher auf 46,850,000 gezählt worden, 1 Proz. der Bevölkerung. Unser gegenwärtiger Zustand ist also der von 1 Proz. unserer Bevölkerung. Wenn man nun, wie es geschehen ist, von einer solchen starken und unerhörten Mehrbelastung gegen früher redet, so müßte zunächst nachgewiesen

werden, daß wir früher mit erheblich weniger ausgekommen sind. Das aber ist nicht der Fall. Im Jahre 1816, also unmittelbar nach einem Kriege, der das kleine Preußen erschöpft hatte, der ihm einen Aderlaß gegeben, wie wir ihn, so Gott will, nicht wieder erleben werden, im Jahre 1816 also betrug der Prozentsatz der in das stehende Heer eingereihten Ziffer der Bevölkerung 1,25, also ¼ mehr, als was wir heute stellen. Allmählich, in den 20er Jahren, sinkt diese Zahl, im Jahre 1832 ist sie auf 1 Proz. der Bevölkerung heruntergekommen, sie sinkt weiter und kommt auf die niedrigste Ziffer, die sie jemals in Preußen gehabt, auf 0,79 Proz., und zwar, meine Herren, war das im Jahre 1850, in den unglückseligen Tagen von Olmütz. Jeder, der die neueste Geschichtsschreibung gelesen hat, weiß, welche Rolle um diese Zeit der Mangel an Schlagfertigkeit der Armee gebildet hat, wie weit das in unsere Verhältnisse eingegriffen hat. Ich wiederhole noch einmal, das Jahr mit der niedrigsten relativen Präsenzstärke ist wohl das politisch unglücklichste, seit wir die Wehrverfassung vom Jahre 1814 haben. Dann steigt die Ziffer allmählich mehr. Im Jahre 1860, bei Beginn der Reorganisation, erhebt sie sich auf 1,10 Proz., im Jahre 1861 auf 1,12 Proz. Nun hatte man unmittelbar nach dem Kriege — und wir alle haben das gehabt, auch wir Soldaten — das Gefühl, daß der Staat voraussichtlich, oder das Reich, will ich sagen, in absehbarer Zeit nicht wieder zu so starken militärischen Leistungen gedrängt werden würde. Man schwelgte im Vollgefühl des vergrößerten Deutschlands und man glaubte, daß, da nun unser Vaterland so groß geworden, auch die Lasten geringer werden würden. So blieb die Präsenzziffer verhältnismäßig gering und ging allmählich sogar zurück. Sie kam im Jahre 1875 auf 0,94 Proz., im Jahre 1880 blieb sie auf 0,94 Proz. und das war schon eine Folge der durch Bruch des Septennats erwirkten Erhöhung der Präsenzstärke. Also wir sind nun heute, indem sich die Notwendigkeit herausgestellt hat, sie zu erhöhen, noch nicht auf dem Standpunkt angekommen, auf dem wir im Jahre 1816 waren, und wenn das jetzige Gesetz von Ihnen angenommen wird, so werden wir voraussichtlich in Bezug auf die Bevölkerungszahl bei der nächsten Zählung im kommenden Winter wieder es nur bis auf 1 Proz. gebracht haben. Ich glaube, meine Herren, daß man unter diesen Verhältnissen nicht von einer kolossalen und übermäßigen Belastung der Bevölkerung sprechen kann.

Wir sind dadurch, daß wir genötigt wurden, nachdem die ersten Jahre nach dem Frankfurter Frieden vorüber waren, uns im Auslande umzusehen, durch die Leistungen des Auslandes allmählich in die Höhe getrieben worden, und es kann sich nur noch fragen — darauf bezog sich die Aeußerung, die der Herr Kriegsminister über andere Pläne gemacht hat —, ob wir in diesem Zustande verharren und uns nur schrittweise von Mann zu Mann durch das Ausland drängen lassen oder ob wir der Sache dreist ins Gesicht sehen und uns sagen: kommt der Zukunftskrieg, so kann kein waffenfähiger Mann zu Hause bleiben, wir wollen also die Organisation so schaffen, daß alle zum Waffendienst ausgehobenen Leute auch fähig sind, die Waffen auszunützen. Das ist ein Punkt, in dem, wie ich nun hoffen darf, die verbündeten Regierungen sich mit dem Herrn Abg. Richter eins wissen werden, der auch auf volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, des alten Scharnhorst'schen Gedankens, ausgehen will. Es läßt sich in der That, wenn man annehmen will, daß wir von Staaten umgeben sind, deren Bevölkerungsziffern, wenn Sie sie summieren, die unserige bei weitem übersteigen, bei einer beschränkten Leistung unsererseits nicht stehen bleiben. Das Halten stehender Heere im Frieden hat für die Staaten ungefähr die Wirkung wie eine Versicherung gegen Feuer oder irgend ein anderes Naturunglück für den einzelnen, es ist eine unproduktive Ausgabe, eine, die man am liebsten von Jahr zu Jahr

aufschieben würde, wenn man nur die Sicherheit haben könnte, daß es nicht brennen würde. Je höher der Staat sich dadurch versichert, daß er ein zahlreicheres Heer hält, um so geringer wird nicht bloß der Schaden sein, den der Zukunftskrieg ihm etwa zufügen kann, sondern um so unwahrscheinlicher — und das ist ein Vorteil vor anderen Versicherungen — wird der Krieg überhaupt.

Also möchte ich, wenn die verbündeten Regierungen dazu kommen sollten, nach Ablauf dieser Periode in der nächsten oder in einer später folgenden mit Entwürfen, die bis dahin gereift sind, vor Sie zu treten, vorschlagen, sich dieser Zahlen, die ich genannt habe, zu entsinnen und nicht zu erschrecken, wenn die Prozentzahl der Präsenzziffer 1 Proz. oder noch etwas mehr betragen sollte, als bisher.

Nun liegt ja der Gedanke so nahe — und uns Aelteren ist er ja aus der Konfliktszeit noch ganz geläufig —, daß, wenn von der Erhöhung der Präsenzstärke gesprochen wird, sich unmittelbar dann die Forderung nach einer Reduktion der Dienstzeit anschließt, und ich kann sagen, ich habe mit Freude die Rede des Herrn Abg. Hänel insoweit gehört, als ich seine Ansicht vollkommen teile, daß zwei- und dreijährige Dienstzeit mit der Zeit zu parlamentarischen Stichwörtern geworden wären, die auch da angewendet würden, wo die einfache nüchterne militärtechnische Erwägung am Ort gewesen wäre. Es ist Thatsache, daß wir bei einem Teil unserer Armee die dreijährige Dienstzeit faktisch gar nicht haben. Sie aber prinzipiell aufzugeben, würde ich nicht raten können. Wir wissen nicht, vor welchen technischen Veränderungen wir in Bezug auf die Bewaffnung stehen. Es ist neulich hier der vollkommen zutreffende Vergleich gemacht worden zwischen einer Flinte und dem Gewehr M. 88; in dem Maße, als diese beiden Waffen voneinander verschieden sind, sind auch die Ansprüche, die an die Ausbildung des Soldaten gestellt werden, verschiedene. Als ich eintrat, schoß der Infanterist — und ich bin so ausgebildet — 18 Kugeln in einem Jahre gegen eine Scheibe von reichlicher Größe und wenn man das Geschoß abgefeuert hatte, so war nur die Frage: Hat das Gewehr sehr gestoßen oder nicht? Heutzutage schießt man, wenn ich nicht irre, 150 Kugeln. Der Soldat muß gewisse Bedingungen erfüllen, er muß sich der Theorie des Schießens so Herr erweisen, daß er unter verschiedenen Lagen sich sagen kann, jetzt wird mein Geschoß die und die Flugbahn haben, folglich muß ich so halten.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich als Reichskanzler in diese militärischen Details aus alter Neigung gekommen bin. Ich will aber nur sagen, die Schwierigkeiten, welche in der Ausbildung in den letzten Dezennien entstanden sind, sind kolossal, und nicht allein jeder Offizier wird Ihnen das sagen, ich behaupte, die Physiognomie von Berlin beweist das. Der spazierengehende Soldat ist an Wochentagen von der Straße verschwunden; an den Sonntagen können Sie vielleicht noch einen oder den andern sehen, und dann auch nicht mehr immer in so angenehmer Gesellschaft, weil ihm eben an den Wochentagen die Möglichkeit gefehlt hat, Beziehungen anzuknüpfen.

Aber, meine Herren, ein anderes Moment, das ich gegen jede prinzipielle Verkürzung der Dienstzeit von meinem ressortmäßigen Standpunkte aus anführen würde, liegt in der Schwierigkeit, die Truppe zur Disziplin zu erziehen. Wir werden alle darin einverstanden sein, daß eine Armee ohne Disziplin das Geld nicht wert ist, was sie kostet, daß man sogar noch etwas zugeben könnte, wenn man sie los wäre, denn sie wird eine Gefahr für den Staat. Eine Armee, deren Kraft ich nicht zur gegebenen Zeit an der gegebenen Stelle unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen verwerten kann, ist mir nutzlos, und die Schwierigkeiten sind doch nicht unbedeutend. Wenn

ich von der Disziplin verlangen muß, daß sie die Untergebenen des Vorgesetzten dazu befähigt, ihm, ohne auch nur zu reflektieren, in den Tod zu folgen, so ist das eine Leistung, die, glaube ich, von keiner anderen Institution im Staate gefordert wird, die einer so vorsichtigen Behandlung bedarf, daß ich einer Aenderung der Dienstzeit, welche die Disziplin gefährden könnte, nur schwer zustimmen würde. Daß aber die Erhaltung der Disziplin ungleich schwerer wird, wie früher, das, glaube ich, beweist ein einfacher Blick auf die Agitation, die im Lande seitens einer zahlreichen Partei getrieben wird. Noch hat die Partei zu meiner Freude, soweit mein Auge hat sehen können, nicht den mindesten Einfluß auf die Disziplin in der Armee geübt, aber wir müssen berücksichtigen, daß uns eine zuchtlose Jugend heranwächst, die zur Disziplin zu erziehen ungleich schwieriger ist, als dies früher der Fall war. Wenn das einmal zugegeben wird, so bin ich weiter der Meinung, daß von einer prinzipiellen Verkürzung der Dienstzeit nicht die Rede sein könne. Wie weit technisch Beurlaubungen möglich sein werden, das zu beurteilen überlasse ich den Herren Militärs; dafür wird die Kommission der Ort sein.

Die dritte Forderung, welche der Herr Abg. Richter stellte, war die jährliche Bewilligung der Präsenzstärke. Er will vom Septennat nichts mehr wissen. Das ist nicht wesentlich eine militärische Frage, sie kann erst in ihrer weiteren Folge militärisch werden, es ist eine konstitutionelle Frage, will ich sagen; es ist eine Frage, über die sich in jeder Beziehung reden läßt. Warum sollen es gerade sieben Jahre sein, es können auch neun, fünf, drei Jahre sein. Darüber kann man streiten, und ich gebe zu, wenn einmal die Scharnhorst'sche Idee, also die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in die Hand genommen werden soll, dann wird, so viel ich wenigstens übersehe, es mit siebenjährigen Perioden nicht mehr gehen, weil die Scharnhorst'sche Idee zur Voraussetzung hat, daß mit steigender Bevölkerungsziffer auch die Zahl der präsenten Menschen bei der Fahne wächst. Man könnte also beispielsweise — ich spreche hier nur meine persönliche Ansicht aus, ich weiß nicht, wie die verbündeten Regierungen dazu stehen werden — auf den Gedanken kommen, eine fünfjährige Frist zu nehmen in Uebereinstimmung mit der Legislaturperiode und auch der Volkszählung. Also das ist ein Gebiet, auf dem mehr der Politiker mitzureden haben wird, als der Soldat, es ist aber keine Frage, die das Sein oder Nichtsein der Armee in Frage stellt. (Hört, hört! Links.) Ja, wenn Sie von dieser Aeußerung so befriedigt Akt nehmen, so möchte ich doch sagen, daß ich weder befugt bin, in dieser Beziehung ein Zugeständnis zu machen, noch auch, daß ich für meine Person gewillt wäre, es über fünf Jahre hinaus auszudehnen.

Im übrigen weiß ich, daß die Vorlage in der Kommission am besten vertreten sein wird, und gebe mich der Hoffnung hin, daß sie ihre Annahme finden wird.

16. Mai. (Königsberg.) Bei dem von den Provinzialständen gegebenen Diner sagt der Kaiser in einer Rede:

Ich weiß sehr wohl, Meine Herren, daß Momente kommen mögen gerade in einer Provinz, wie dieser, mit überwiegend ländlicher Bevölkerung, wo es Ihnen Sorge machen kann, wohin es wohl mit Ihnen gehen werde. Seien Sie unbesorgt, Meine Herren! Wenn es auch zuweilen so scheinen mag, als ob die Sympathie oder das Verständnis für die Interessen der Landwirtschaft nicht da seien, so mögen Sie sicher sein: der König von Preußen steht so hoch über den Parteien und über dem Getriebe des Parteihaders, daß Er, unentwegt auf jeden einzelnen Seines Landes schauend, auch für das Wohl jedes einzelnen und jeder Provinz beflissen ist. Ich weiß sehr

wohl, wo es Ihnen gebricht und was für Sie zu thun bleibt, und Ich habe auch Meine Wege dementsprechend vorgezeichnet.

Es ist Meine Pflicht und, solange Ich es kann, werde Ich dafür sorgen, daß dem Lande der Frieden erhalten bleibt. Dies ist besonders wichtig gerade für Ihre Ackerbau treibende, Ihre Landbevölkerung. Der Ueberzeugung lebe Ich aber auch, und Ich freue Mich, daß es hier hervorgehoben worden ist, daß gerade das Bewußtsein, daß jeder einzelne Unterthan, jeder einzelne Preuße, Mann für Mann zu seinem König stehend, wenn es not thun sollte, alles zu opfern bereit ist, dem preußischen Könige die Kraft gibt, mit Zuversicht diese Friedensworte reden zu können.

Er ist im stande, den Frieden aufrecht zu erhalten, und Ich habe das Gefühl, daß denjenigen, die den Frieden umzustoßen wagen sollten, eine Lehre nicht erspart bleiben wird, welche sie in hundert Jahren nicht vergessen werden.

Oft genug sind Versuche gemacht worden, die Interessen der Landwirtschaft, welche in dieser Provinz eine so hervorragende Bedeutung haben, zurückzudrängen. Es sind auch Strömungen da, die leider die Achtung vor dem Ackerbau und vor der Landbevölkerung nicht mehr haben. Ich freue Mich aber, es sagen zu können, daß ein Umschwung schon eingetreten ist; denn einer unserer bedeutendsten Parlamentarier hat Mich noch diesen Winter versichert, daß er, obgleich er früher anderer Ansicht gewesen, nach eifrigem Studium und tieferem Eingehen auf die bäuerlichen und grundbesitzlichen Dinge zu der festen Ueberzeugung gekommen sei, daß das Heil für die Zukunft Unseres Landes in einer festen, sicher fundierten Bauernschaft liege, und daß er seine größte Aufgabe darin erblicke, seine Partei dahin zu bringen, dafür wirken zu wollen.

Nun, Meine Herren, das ist auch Meine Ansicht und Ich spreche als König von Preußen: Ich werde stets, wie Ich auch gestern gesagt habe, das Beste Ihrer Provinz im Auge und für Ihre Bedürfnisse ein warmes Herz haben. Sie müssen nur Geduld haben, wenn nicht alles sogleich geschieht. Das aber verspreche Ich Ihnen, an der Provinz rühren lasse Ich nicht, und sollte es doch versucht werden, so wird Meine Souveränität als ein rocher de bronce sich dagegen setzen.

Ich erhebe Mein Glas und trinke auf das Wohl der Provinz. Sie lebe hoch! — hoch! hoch!

17. Mai. Ueber das Scheitern des **Katholikentages** in **München** äußert die „Germania“:

Nach dem Signat des Prinz-Regenten über die Lutz'sche Lehre, daß dem staatlichen Plazet auch die Glaubenslehre unterliege; nach der Lutz'schen Erklärung vor einigen Monaten, daß ein katholisches Dogma staatsgefährlich sei, ohne daß diese Erklärung den Mann um sein Amt als Kultusminister brachte — seitdem sei nichts mehr in dieser Hinsicht auffallend, nur eins wolle das Blatt noch fragen, ob auch Versammlungen des Evangelischen Bundes in Bayern verhindert werden sollen, die noch in den letzten Monaten dort stattfanden. Die „Germania“ erinnert ferner daran, daß der Gustav-Adolf-Verein, der den Namen eines der ärgsten Feinde Bayerns trägt, vor einigen Jahren in Nürnberg tagte und dort von einem höheren Regierungsbeamten begrüßt wurde.

18. Mai. Im „Matin“ berichtet ein klerikaler Journalist Des Houx über eine **Unterredung mit dem Fürsten Bismarck**. Ueber die Frage einer weiteren amtlichen Wirksamkeit

äußert der Fürst: „O es ist aus, ganz aus; mehr als Sie glauben mehr als Sie jemals ahnen können.“

Ueber das Verhältnis zu Fankreich äußert Bismarck, daß er 1867 den Krieg wegen der Luxemburger Frage trotz des allgemeinen Drängens vermieden habe, daß er aber 1870 nach Ausbruch des Krieges auf dem Erwerb des Elsasses habe bestehen müssen, das zum Schutze Süddeutschlands unentbehrlich sei. Mehr als den Elsaß habe er noch in Ferrières von Jules Favre nicht gefordert; aber der hartnäckige Widerstand Frankreichs hätte ihn schließlich gezwungen, den militärischen Kreisen Konzessionen zu machen. An einen weiteren Krieg gegen Frankreich habe er nie gedacht, und auch sein Rücktritt habe die deutsche Politik hierin nicht verändert.

19. Mai. In der Freisinnigen Partei gibt sich der Zwiespalt zwischen einer radikalen und einer gemäßigten Richtung dadurch kund, daß in dem Dreizehnerausschuß sieben anwesende Mitglieder den Abgeordneten Schrader statt des bisherigen Vorsitzenden Eugen Richter zum Vorsitzenden erwählen.

21. Mai. Sitzung der Militär-Kommission. Der Kriegsminister gibt die Erklärung ab, daß die gegenwärtige Vorlage nicht genügen werde, die Ungleichheit mit den Nachbarstaaten zu beseitigen, daß man vielmehr auf eine weitere Verstärkung unserer Rüstungen gefaßt sein müsse.

Wenn die bedeutende Ueberlegenheit für die Zukunft bei den Nachbarstaaten festgestellt sei, so sei es klar, daß wir nicht die Hände in den Schoß legen können.

Es fragt sich, welchen Weg wir einschlagen sollen.

„Wir haben bisher sorgfältig nach beiden Seiten hingesehen, daß man dort keinen zu großen Vorsprung erlange und darnach unsere Forderungen gestellt. Wie ich bereits in der ersten Sitzung darauf hingewiesen habe, lagen Verhältnisse vor, welche dies gestatteten; mit dem Momente der Durchführung des französischen Wehrgesetzes geht dies nicht weiter.

Der bisherige Weg würde dazu führen, daß wir auch ferner neue Formationen erforderten, daß wir nach einiger Zeit die großen Schlachtenkörper, die Divisionen und Korps aufstellten, wie wir in Preußen dies eben gethan, in Bayern es angestrebt wird.

Ich erachte für die Zukunft den Weg für uns angezeigt, daß wir uns aus uns selbst heraus zu aller Kraft entwickeln, welche für die Entscheidungen wir zu erreichen fähig sind.

Es ist die Konsequenz des Scharnhorst'schen Gedankens der allgemeinen Wehrpflicht, den er selbst in seinen Projekten gegangen ist:

daß jeder Waffenfähige auch zum Gebrauch der Waffen ausgebildet wird.

Nun haben wir augenblicklich jährlich 11,500 Mann zurückgestellter Leute, außerdem etwa 20,000 Mann bedingt auszubildender aus der Gesamtzahl derselben — für den Augenblick, wo drei Jahrgänge zur Verfügung stehen, also etwa 54,000 Mann.

Wir sind in der Lage, diese sofort einzustellen, aber wenn wir solide ausbilden wollen, und das wollen wir, so müssen und können wir nur schrittweise vorgehen.

Wir wollen uns nicht in die Breite ausdehnen, sondern den Zuschuß

an Mannschaften wollen wir dem inneren Gehalt der Armee und der weiteren Entwickelung der einzelnen Waffen hinzufügen.

Wir können auch aus Mangel an Ausbildungspersonal nur sehr schrittweise vorgehen, so daß wir auf längere Zeit hinaus abschnittsweise vorgehen würden, zuerst etwas schneller, um den Vorsprung der anderen ein wenig auszugleichen; später kann nur in dem Prozentsatze fortgefahren werden, den die Zunahme der Bevölkerung ergibt.

Einzelheiten und Perioden kann ich nicht angeben, es ist eine Grundlage, bei welcher jede Etappe mit Ihnen vereinbart werden muß, wenn die Angelegenheit an Sie herantritt; eine Grundlage, die noch gar keine feste Gestalt erhalten, bei welcher vor allem den verbündeten Regierungen noch gar keine Gelegenheit gegeben worden ist, Stellung dazu zu nehmen.

Jedenfalls binden Sie sich bei der jetzigen Vorlage noch in keiner Weise. Stellung zu der Sache kann nur genommen werden, wenn ein fertiges Projekt dasteht."

Im weiteren Verfolg der Debatte erklärte derselbe:

„Daß wir mit diesen 18,000 Mann nur einen ersten Schritt machen, geht schon aus der Begründung hervor. Bei dieser Forderung von 6000 Rekruten mehr können wir unmöglich den Vorsprung decken, den Frankreich bereits im Augenblicke hat. Wir werden also mehr fordern müssen, in welchen Etappen läßt sich zur Zeit nicht bestimmen. Endlich, daß man sich über die Tragweite der militärischen Projekte falsche Vorstellungen mache. Man wolle die Konsequenzen aus dem Scharnhorst'schen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht nur so weit ziehen, als die Machtverhältnisse der Nationen sich verschoben hätten. An die ungeheure Präsenz, von der man jetzt spreche, sei auf ein Menschenalter hinaus nicht zu denken. Daß vollends alle Ersatz-Reservisten voll ausgebildet würden, beabsichtige niemand."

25. Mai. Zum Präsidenten der Reichsbank wird Dr. Koch ernannt.

26. Mai. (Potsdam.) Der Kaiser richtet folgendes Handschreiben an den Berliner Magistrat:

„Aus der Immediatvorstellung vom 8. Mai 1889 habe Ich ersehen, daß der Magistrat den Wunsch hat, Sr. Majestät dem hochseligen Kaiser und König Friedrich im Zusammenhange mit dem Umbau der Friedrichsbrücke aus Mitteln der Berliner Bürgerschaft ein Denkmal errichten zu dürfen. Es hat Meinem Herzen wohlgethan, aus dieser Kundgebung von neuem zu entnehmen, welche Treue und Anhänglichkeit Meine Haupt- und Residenzstadt Berlin dem unvergeßlichen Monarchen widmet. Ich spreche deshalb allen denen, welche diesen Plan gefaßt und gefördert haben, Meinen königlichen Dank und Meine volle Anerkennung aus. Gleichwohl vermag Ich zur Ausführung desselben Meine Genehmigung nicht zu erteilen; denn Ich kann Mir nicht versagen, Meinem in Gott ruhenden Herrn Vater und Vorgänger in der Regierung in der Hauptstadt des Reichs selbst ein Denkmal zu errichten. Ich habe Meine Minister der öffentlichen Arbeiten und der geistlichen pp. Angelegenheiten mit den erforderlichen Einleitungen beauftragt.

29. Mai. Der „Reichsanzeiger" teilt mit, daß der Arbeitsminister die königlichen Eisenbahndirektionen beauftragt habe, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß kontraktbrüchig gewordene ländliche Arbeiter fortan nicht bei Eisenbahnbauten beschäftigt wer-

den, um begründeten desfallsigen Beschwerden der ländlichen Grundbesitzer abzuhelfen.

29. Mai. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Graf Berchem, tritt in den einstweiligen Ruhestand.

29. Mai. Das „Petit Journal" berichtet über ein Interview Bismarcks durch einen Journalisten Tristan.

Der Fürst sagt, er schätze Herrn v. Caprivi sehr; übrigens sei derselbe nicht im stande, die auswärtige Politik zu ändern die Geleise seien so tief eingefahren, daß die Räder sie gar nicht verlassen könnten. Er versichert von neuem, daß Deutschland Frankreich nie angreifen werde, daß er selbst stets den Frieden gewollt habe, daß Deutschland keine Bevölkerung fremder Nationalität mehr zu annektieren wünsche, sowie daß er selbst sich der Annexion des dänischen Nordschleswig widersetzt habe.

29.—30. Mai. Ein evangelisch-sozialer Kongreß findet unter dem Präsidium Adolf Wagners in Berlin unter Teilnahme der Angehörigen verschiedener kirchlicher Richtungen statt. Zum Schluß wird ein Aktionskomitee gewählt.

30. Mai. Erzbischof Dinder von Gnesen und Posen †.

31. Mai. (München.) Der Vorsitzende des Ministerrates und Kultusminister v. Lutz erhält wegen Krankheit seine Entlassung; der Minister des Aeußern Freiherr v. Crailsheim wird zum Vorsitzenden und der Polizeipräsident v. Müller zum Kultusminister ernannt. An Herrn v. Lutz richtet der Prinzregent folgendes Schreiben:

Mein lieber Staatsminister Dr. Frhr. v. Lutz! Ihr Schreiben, in dem Sie Mir die Bitte um Enthebung vortragen, erfüllt Mich mit tiefschmerzlichen Empfindungen. Zu den höchsten Aemtern und Würden des Staates in hervorragendem Maße berufen, haben Sie in treuester Hingabe an Krone und Land Ihre volle Kraft eingesetzt und geopfert. Einzig und allein der Umstand, daß Sie sich selbst den Anstrengungen des verantwortungsvollen Dienstes körperlich nicht mehr gewachsen fühlen und von einem längeren Verbleiben in der Aktivität die ernstlichsten Gefährdungen Ihrer Gesundheit zu besorgen haben, vermag Mich zu bestimmen, Ihrer Bitte zu entsprechen. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Fernhaltung von Aufregungen Ihr Befinden wieder bessert und daß Sie in der Rückerinnerung an ein so verdienstreiches Leben auch die Kraft in sich finden, noch lange Jahre in der Kammer der Reichsräte, deren Mitglied Sie sind, zum allgemeinen Besten thätig zu sein. Meine innigsten und herzlichsten Wünsche begleiten Sie und die Ihrigen fort und fort. Es drängt Mich, Ihnen in diesem für Mich schmerzlichen Augenblicke ein äußeres Zeichen der besonderen Wertschätzung zu geben, die Ich in so hohem Grade für Sie hege. Demgemäß übersende Ich Ihnen Meine lebensgroße Büste in Marmor und verfüge zugleich, daß Sie bei dem Eintritte in die Zahl der Staatsräte im außerordentlichen Dienste Titel und Rang eines kgl. Staatsministers beibehalten. Seien Sie dessen versichert, daß es Mich immer freuen wird, Sie zu sehen, und daß Ich Ihnen stets mit den huldvollsten Gesinnungen zugethan bleibe.

Ihr sehr geneigter Luitpold, Prinz-Regent von Bayern.

Ein weiteres Reskript bestimmt, daß der Vorsitz im Ministerrat künftig stets von dem Minister des Königl. Hauses und des Aeußern geführt werden solle.

31. Mai. Die Münchner „Allgemeine Zeitung“ schreibt über den Ministerwechsel:

Wie man weiß, hatte sich gegen seinen Vorgänger im Amte seit einer Reihe von Jahren eine fortgesetzte Opposition seitens eines Teiles der bayerischen Volksvertretung erhoben; der viel angefeindete Minister ist nun von seiner Stellung zurückgetreten, und wenn es wirklich möglich ist, die genannte Opposition zu versöhnlicheren Gesinnungen zurückzuführen, so steht wenigstens die Person des Frhrn. v. Lutz ihr nicht mehr als Stein des Anstoßes gegenüber. Den Rechten der Krone und den Interessen des Landes wird der neue Kultusminister freilich ebenso ein Schützer sein müssen, denselben ebensowenig vergeben wollen und können, als sein Vorgänger im Amte, aber an seine Person knüpft sich nicht von vornherein Widerstand, und da derselbe, wie man versichert, den obwaltenden Verhältnissen gegenüber das mögliche Entgegenkommen zu bethätigen geneigt sein soll, so darf man, wenn auch nicht mit Gewißheit, doch nicht ohne alle Aussicht auf die Möglichkeit eines solchen Erfolges erwarten, daß dem bisherigen unerträglichen Zustande die Spitze abgebrochen wird.

Mit den beiden, im vorstehenden kurz beleuchteten Entschließungen des Prinz-Regenten stehen in direktem Zusammenhang zwei weitere. Bisher ist es üblich gewesen, daß der dienstälteste Minister den Vorsitz im Ministerrat führe. An die Stelle dieser Uebung hat nun Se. Königl. Hoheit eine feste Norm treten lassen. Fortan soll stets der Minister des Königlichen Hauses und des Aeußern den Vorsitz im Ministerrat führen. Dieser Minister vertritt Krone, Regierung und Land dem Ausland gegenüber, und es scheint diesen Verhältnissen angemessen, wenn er auch innerhalb der Regierung die entsprechende Stellung erhält. Die Auszeichnung wird als erstem dem Frhrn. v. Crailsheim zu teil, welcher zugleich in inneren Angelegenheiten wie in der Verwaltung des umfassenden Verkehrswesens sich vollauf bewährt hat. Endlich ist der um die bayerische Finanzverwaltung so hochverdiente Herr Minister v. Riedel, dem nach bisheriger Uebung der Vorsitz im Ministerrat zugefallen wäre, von Sr. Königl. Hoheit ebenfalls durch ein Handschreiben ausgezeichnet worden, in welchem der Regent die höchst ersprießlichen Dienste desselben anerkennt, dann ausspricht, daß „er das größte Gewicht darauf lege, daß ihm dessen bewährte Kraft auch für die Folge erhalten bleibe“, und denselben zum Zeichen seiner Huld und Anerkennung in den erblichen Freiherrnstand des Königreichs erhebt.

2. Juni ff. (Deutscher Innungstag.) Der Kaiser empfängt eine Deputation und erklärt:

Er und seine Regierung hätten wiederholt ihre Sympathie für den Handwerkerstand kundgegeben. Er verfolge mit Interesse die Bewegungen des Handwerkerstandes; es sei sein innigster Wunsch, daß das Handwerk wieder auf den Boden gelange, den es im vierzehnten Jahrhundert innegehabt.

Der Innungstag nimmt die Forderung des Befähigungsnachweises an. Ferner Petitionen an den Reichstag, betreffend die Ablehnung des § 72 der Vorlage über die Gewerbegerichte (bezüglich der Kompetenz der Innungsschiedsgerichte), sowie

betreffend Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes behufs Erleichterung der Bildung von Innungsgesellenkrankenkassen und Verbandskrankenkassen für Meister, Gesellen und Lehrlinge; ferner eine Petition, betreffend die Einführung der obligatorischen Arbeitsbücher und eine Resolution wegen offizieller Feststellung aller gesetzwidrigen Vorkommnisse bei Strikes behufs Gewinnung des für die selbständigen Handwerker unentbehrlichen Materials.

2. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1890/91, wird in dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Sperrgelder (vgl. 29. April und 3. Mai.).

In der Kommission ist ein positives Ergebnis nicht erzielt, die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs sind abgelehnt worden. Zur Debatte wird deshalb die Regierungsvorlage in ihrer ursprünglichen Gestalt gestellt.

Abg. Dr. Windthorst beantragt:

I.

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, unter Ablehnung des Artikels 1 die königl. Staatsregierung aufzufordern, zunächst mit den kirchlichen Obern weitere Verhandlungen zur Erstrebung eines Einverständnisses über die Art der Verwendung derjenigen Beträge, welche auf Grund der gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln aufgesammelt sind, einzuleiten und demnächst je nach dem Ergebnisse dieser Verhandlung dem Landtage einen neuen Gesetzentwurf über die Verwendung der betreffenden Beträge vorzulegen.

Ferner beantragte Abg. Dr. Brüel;

II.

(Für den Fall der Ablehnung des vorstehenden Antrags I.)

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, unter Ablehnung des Artikels 1 die königl. Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen denjenigen, welche durch Einstellung von Leistungen aus Staatsmitteln auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 in ihren eigenen (wohlerworbenen) Rechten geschädigt sind, bezw. ihren Rechtsnachfolgern ein Entschädigungsanspruch gewährt und nur in betreff des nach Befriedigung der Entschädigungsansprüche etwa verbleibenden Restes der aufgesammelten Beträge eine anderweite Verwendung zu kirchlichen Zwecken geordnet wird.

und für den Fall der Ablehnung dieser beiden Anträge:

III.

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, an Stelle der Artikel 1—3 des vorgelegten Entwurfs folgende drei Artikel zu setzen:

Artikel 1.

Diejenigen Beträge, welche auf Grund der gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln aufgesammelt sind, werden den Kirchenobern ausbezahlt, je zu dem Anteile, zu welchem sie aus den verschiedenen kirchlichen Bezirken aufgekommen sind.

Artikel 2.

Die Kirchenobern haben die ihnen nach Artikel 1 zukommenden Beträge dazu zu verwenden, den Geistlichen, den kirchlichen Stellen, Anstalten und Fonds und den Gemeinden, sofern solche infolge der Einstellung von Staatsmitteln unmittelbar oder mittelbar erheblich und nachhaltig geschädigt sind, Beihilfen zu gewähren.

Die Zuteilung dieser Beihilfen im einzelnen bleibt ihrem Ermessen überlassen.

Werden die auf einen Bezirk entfallenden Beträge durch den vorstehenden Verwendungszweck nicht erschöpft, so wird aus dem Rest für jede Diözese bezw. jeden preußischen Diözesananteil ein Emeritenfonds gebildet, dessen Erträge nach Vereinbarung zwischen dem Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und den betreffenden kirchlichen Obern verwendet werden, soweit nicht der Minister und die kirchlichen Obern eine Verwendung dieses Restes zu anderen kirchlichen Zwecken vereinbaren.

Artikel 3.

Die Auszahlung der im Artikel 1 bezeichneten Beträge erfolgt binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes mit Zinsen zu 3½ Proz. vom 1. April 1890 ab.

und für den Fall der Ablehnung auch dieses Antrags beantragte Abg. Dr. Windthorst:

IV.

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, unter vorläufiger Aussetzung der Beschlußfassung über Artikel 1 die königl. Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage behufs einer Prüfung desselben über die Höhe der festzustellenden Rente zuvörderst eine nach Diözesen und in den Diözesen nach Kategorien geordnete Nachweisung darüber vorzulegen, welchen Berechtigten und mit welchem Betrage für jeden Staatsleistungen auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 vorenthalten sind.

Sämtliche Anträge werden abgelehnt und die Regierungsvorlage gegen die Stimmen des Zentrums und einige andere angenommen; desgl. Art. 2.

Zu Art. 3 beantragt Brüel:

Die Rente kann von den kirchlichen Oberen vorerst dazu verwendet werden, den durch Einstellung von Leistungen aus Staatsmitteln unmittelbar oder mittelbar erheblich und nachhaltig Geschädigten nach freiem Ermessen Hilfe zu gewähren. Von den Bewilligungen, welche sie zu dem Ende beschließen, haben sie dem Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten Anzeige zu machen. Im übrigen wird die Verwendung innerhalb der einzelnen Diözesen ꝛc. wie in der Vorlage vereinbart.

Die Vereinbarung hat die Verwendungszwecke und den für jeden Zweck verwendbaren Gesamtbetrag festzustellen. Innerhalb des letzteren bleibt die Einzelverwendung unter Beachtung der etwa vereinbarten allgemeinen Normen den kirchlichen Oberen überlassen. Die Vereinbarung bleibt so lange in Kraft, bis eine Abänderung vereinbart ist.

Aus denjenigen Beträgen, welche nicht je vor Ablauf des Rechnungsjahres nach Satz 1 dieses Artikels verwandt sind, und über welche auch eine Vereinbarung nicht erfolgt ist, wird für jede Diözese ein Emeritenfonds gebildet. Die Verwendung der Erträge dieser Fonds wird zwischen dem Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und den betreffenden kirchlichen Oberen vereinbart.

Die nach diesem Gesetz zu zahlenden Beträge werden in gleicher Art ꝛc. wie in der Vorlage.

Ferner liegt folgender Antrag der Abgg. Hobrecht, Graf zu Limburg-Stirum, Freiherr v. Zedlitz und Neukirch vor

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, den Artikel 3 wie folgt zu fassen:

„Die Verwendung innerhalb der einzelnen Diözesen nebst Delegaturbezirken bezw. innerhalb der einzelnen preußischen Diözesananteile wird zwischen dem Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und den betreffenden kirchlichen Oberen vereinbart.

Die Vereinbarung hat den Verwendungszweck und den für jeden Verwendungszweck verwendbaren Betrag festzustellen. Soweit bischöfliche Dispositionsfonds vereinbart sind, bleibt die Einzelverwendung den kirchlichen Oberen überlassen.

Die Vereinbarung bleibt so lange in Geltung, bis eine Abänderung vereinbart ist. Nimmt die Abänderung einen Verwendungszweck in Aussicht, für welchen durch den Staatshaushaltsetat Mittel überhaupt nicht bereit gestellt sind, so tritt sie erst mit der Genehmigung des Verwendungszweckes durch den Staatshaushaltsetat in Kraft.

Aus denjenigen Beträgen, über welche bis zum Ablauf des Etatsjahres, zuerst des Jahres 1890/91, eine Vereinbarung nicht erfolgt ist, wird für jede Diözese bezw. jeden preußischen Diözesananteil ein Emeritenfonds gebildet. Die Verwendung der Erträge der Fonds wird zwischen dem Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und den betreffenden kirchlichen Oberen vereinbart.

Die nach diesem Gesetz zu zahlenden Beträge werden in gleicher Art, wie andere Staatszuschüsse gezahlt."

Unter Ablehnung der entgegenstehenden Anträge wird der unveränderte Antrag Hobrecht angenommen. Dafür stimmt auch der größte Teil des Zentrums:

4. Juni. Der Wiener „N. Fr. Presse" wird aus Berlin gemeldet:

„Die Unterredungen auswärtiger, namentlich russischer und französischer Journalisten mit dem Fürsten Bismarck haben, wie begreiflich, die Aufmerksamkeit der leitenden Kreise des Deutschen Reiches wachgerufen und in denselben den Gedanken angeregt, ob es nicht rätlich und angemessen wäre, etwas Entscheidendes zu unternehmen, eventuell die Fortsetzung ähnlicher Veröffentlichungen auf dem geeigneten Wege zu verhindern. Offenbar war dafür die Erwägung maßgebend, daß die außerordentliche Autorität des Fürsten Bismarck im Auslande leicht dazu führen könnte, seine Kundgebungen mit jenen der offiziellen deutschen Politik zu verwechseln und dadurch eine Verwirrung der Auffassungen hervorzurufen, welche man nicht gleichgültig hinnehmen könnte. Es muß wohl hierüber auch dem Kaiser Bericht erstattet worden sein, da Kaiser Wilhelm, wie wir erfahren, auch eine Entscheidung getroffen hat. Dieselbe lautete gegenüber dem Gedanken, den Fürsten Bismarck in seinen Aeußerungen als Privatmann zu beschränken, entschieden abweisend. Es müsse der Welt das Schauspiel erspart bleiben, sagte Kaiser Wilhelm, mit anzusehen, daß sich die Notwendigkeit ergeben könnte, dem größten Staatsmanne des Deutschen Reiches in seinen Handlungen als Privatmann Beschränkungen aufzuerlegen, wenn auch nicht außer acht gelassen werden kann, daß jene Journalisten, die vom Fürsten Bismarck

empfangen, und jene publizistischen Organe, in denen die Unterredungen mit ihm veröffentlicht wurden, solchen Staaten angehören, die nicht zu den intimen Freunden des Deutschen Reiches zählen. Mehr als alles andere beweise dieser Umstand schon, daß man es nur mit den Aeußerungen des Privatmannes zu thun habe, welcher der aktuellen Reichspolitik vollständig entrückt ist, und daß man der Notwendigkeit überhoben sei, noch des weiteren zu versichern, daß, was immer Fürst Bismarck den Vertretern französischer und russischer Journale gesagt haben möge, dies auf den Gang der offiziellen Politik des Deutschen Reiches keinen wie immer beschaffenen Einfluß haben könne. Diese an höchster Stelle erflossene Resolution hat auch in einem vertraulichen Rundschreiben Ausdruck gefunden, welches Herr v. Caprivi vor einiger Zeit an die Vertreter des Reiches im Auslande gerichtet hat. Dieselben wurden angewiesen, sich im Falle einer Anfrage in dem hier angedeuteten Sinne über die Kundgebungen des Fürsten Bismarck zu äußern."

Dagegen äußern die „Hamb. Nachrichten":

Wir halten diese Mitteilung für irrtümlich. Die maßgebenden Kreise sind zu sehr beschäftigt, um die deutschen Botschafter und Gesandten bei den fremden Regierungen zu beauftragen, Eröffnungen zu machen, die wegen der Allbekanntheit und Selbstverständlichkeit ihres Inhaltes als vollständig überflüssig, ja befremdlich befunden werden müßten. Außerdem ist nicht wahrscheinlich, daß die diplomatischen Vertreter im Auslande in die Lage kommen, Zweifel darüber zu zerstreuen, daß der ehemalige Reichskanzler nach seiner Entlassung aus den Aemtern etwas anderes als Privatmann sei. Was sollte er sonst sein? Da er aber zweifellos nur Privatmann ist, konnte er auch den fremden Journalisten gegenüber sich selbstverständlich nur als solcher äußern. Daß die Regierung eines großen Reiches es für nötig halten sollte, ihre Vertreter im Auslande über solche Fragen zu instruieren, ist nicht anzunehmen .... Gibt es Leute, deren Bestreben dem früheren Kanzler gegenüber dahin gerichtet ist, diesem, nachdem er nichts als Privatmann ist, jede Aussprache über Politik zu verbieten und ihm — wie ein bayerisches Blatt sich ausdrückt — seine Aeußerungen den fremden Journalisten gegenüber als Landesverrat und Feindseligkeit gegen die Politik Sr. Majestät des Kaisers auslegen, so entspringen diese krankhaften Bemühungen teilweise schlechtem Gewissen, teilweise der Angst, daß der Mann, den sie hassen, irgendwelchen Einfluß in der Politik gewinnen und üben könnte. In ihren Augen ist es ein Unrecht, daß der Begründer des Deutschen Reiches überhaupt noch lebt, und wenn er lebt, daß er nicht den Toten spielt. Eine gesetzliche oder Anstandspflicht für ihn, letzteres zu thun, vermögen wir in der That nicht zu erkennen, zumal er auf Vertretung durch seine ehemaligen politischen Freunde den Angriffen seiner Feinde gegenüber erfahrungsmäßig nicht zu rechnen hat. Im übrigen haben wir ein Menschenalter hindurch die Erfahrung gemacht, daß sein Rat in unserer Politik richtiger war als der seiner Gegner; wir halten an der Ueberzeugung fest, daß es auch noch heute der Fall ist."

6. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Es wird die Resolution der Sperrgesetzkommission beraten:

Die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß die königl. Staatsregierung ohne Verzug mit den geordneten Organen der evangelischen Landeskirchen zur Herbeiführung einer sachgemäßen Ordnung der Stolgebühren ins Benehmen trete und die hierzu erforderlichen Mittel thunlichst schon durch den nächsten Staatshaushaltsetat flüssig mache.

Die Resolution wird mit der vom Abg. Windthorst bean=

tragten Modifikation, statt „der evangelischen Landeskirchen" zu setzen „der christlichen Kirchen", angenommen.

7. Juni. (Abgeordnetenhaus.) In der dritten Beratung der Sperrgeldervorlage behauptet Abg. Dr. Windthorst in längerer Rede nochmals, der Papst habe zu der Vorlage tolerari posse nicht ausgesprochen. Dieses Gesetz sei ein sozialdemokratisches und der Minister möge eine entgegenkommendere Erklärung abgeben, damit die Stimmung besser werde. Redner erneuert seinen Antrag von der zweiten Lesung. Abg. Rickert erneuert inzwischen seinen Antrag zu Artikel 3 folgendermaßen: „Die Verwendung der Erträge des Fonds bleibt den kirchlichen Behörden überlassen". Minister v. Goßler hält folgende Rede:

Meine Herren, nachdem der Herr Abg. Dr. Windthorst erklärt hat, daß er mit seinen politischen Freunden gegen die Vorlage stimmen will, so glaube ich, wird der schließliche Erfolg über das Schicksal dieses Gesetzes kaum noch einem begründeten Zweifel unterliegen.

An der Hand der Erörterungen der ersten Lesung haben die Meinungsverschiedenheiten einen so scharfen prinzipiellen Gegensatz angenommen und namentlich auf juristischem Gebiet, unter Juristen, unter denen bekanntlich eine Versöhnung sehr schwer möglich ist, daß ich es für nützlich halte, nicht weiter in diese Materie einzutreten. Im allgemeinen kann ich nur das wiederholen, was ich gesagt habe: jeder hält an seiner juristischen Anschauung fest, eine Vereinigung findet nicht statt, ein Verzicht ist aus höheren politischen Rücksichten für ausgeschlossen zu erachten, und somit, glaube ich, ist es besser, man verfolgt die allgemeinen rechtlichen Erörterungen nicht weiter, um nicht Differenzen, die einmal bestehen, noch mehr zu steigern.

Der Abg. Graf Strachwitz macht es der Regierung zum besonderen Vorwurf, daß sie bei der Einbringung und bei der Vertretung dieser Vorlage auf die Stimmung des katholischen Volks, des katholischen Klerus und der Vertreter des katholischen Volkes hier im Hause zu wenig Rücksicht genommen habe. Ich habe schon früher eine Andeutung gemacht, daß die Staatsregierung nicht in der günstigen Lage ist wie die Mitglieder der Zentrumspartei, die eben nur auf eine Stimmung Rücksicht nehmen und zwar auf eine Stimmung, auf welche sie einen entscheidenden Einfluß haben. Die Staatsregierung ist verpflichtet, auch auf Stimmungen in anderen Parteien, mögen sie auf kirchlichem oder politischem Gebiet sich bewegen, Rücksicht zu nehmen, und wie die Stimmung hier im Hause ist, meine Herren, haben Sie ja zur Genüge kennen gelernt. Die Regierung hat hier wirklich nicht die Führung genommen, um eine Stimmung im katholischen Lager zu überwinden, sondern sie hat, wie ich das schon angedeutet habe, immer eine möglichst ruhige, mittlere, objektive Diagonale zu wahren gesucht, sich in keiner Weise an den scharfen Angriffen beteiligt, die zum Teil über den Rahmen dieser Vorlage hinaus gegen das Zentrum und die von ihm vertretenen Interessen geltend gemacht worden sind.

Mit dieser Stimmung, mit welcher der Abg. Graf Strachwitz so sicher rechnete, ist es immerhin einigermaßen eigentümlich. Wir müssen wieder etwas den Blick aus dem Rahmen der gegenwärtigen Diskussion hinauswerfen. Wovon wird die Situation politisch beherrscht? Doch eigentlich von dem Gedanken, daß das Zentrum es ablehnt, eine Verantwortung zu

übernehmen für ein Ja der Regierungsvorlage gegenüber. Nun haben Sie aus dem Munde des Herrn Abg. Dr. Windthorst und aus meinen eigenen Aeußerungen entnommen, daß noch in den letzten Wochen der Papst den Bischöfen und der Zentrumspartei es überlassen hat, sich zur Vorlage zu stellen, wie sie wollen. Der Sinn der Erklärung des Papstes, wenigstens so weit ich verstehe, ist doch der, daß diesen beiden Kategorien von Vertretern des katholischen Volks überlassen wird, das zu thun, was sie für recht halten, und daß vom päpstlichen Standpunkte aus diese Frage eine innerpreußisch-kirchliche ist, welche nach Gesichtspunkten zu entscheiden ist, die den Papst als Vertreter der katholischen Kirche unmittelbar nicht angeht. Nun spielt sich vor unseren Augen gewissermaßen ein Kampf ab oder ein Schachspiel — das ist vielleicht der korrektere Ausdruck; wir sehen auch heute bei dem Herrn Abg. Dr. Windthorst das Bemühen, die Verantwortung für die Ablehnung oder Zustimmung den Bischöfen zuzuschieben. (Widerspruch im Zentrum.) — Nicht? Ich denke doch! Der Sinn des Antrages Windthorst kann nur der sein, daß die Regierung sich unter Suspension der gegenwärtigen Verhandlungen mit den Bischöfen zu vereinigen und, wenn die Vereinigung zu stande gekommen ist, daraufhin einen Gesetzentwurf aufzubauen hat. Die Bischöfe haben sich geäußert! — so hat der Herr Abg. Dr. Windthorst mir mit Emphase zugerufen, ich möchte es ihm, wenn auch ohne Emphase, zurückgeben. Die Bischöfe scheinen sich nicht geäußert zu haben trotz der Vollmacht des Papstes; denn, wenn sie sich geäußert hätten, wäre der Antrag Windthorst, wie wir ihn heute vor uns sehen, unnütz, und wir würden sicherlich gehört haben, was die Bischöfe gewollt und beschlossen haben. Dasjenige, was über die Stimmung der Bischöfe in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, läßt darauf schließen, daß ihr prinzipieller Standpunkt vom August vorigen Jahres doch nicht unbedingt festgehalten wird. Es sind zudem die Aeußerungen, die in der Presse mehrfach aufgetaucht sind, meines Erachtens ein ganz sicheres Kennzeichen, daß auch im Klerus die Meinung keineswegs so geschlossen ist, wie der Herr Abg. Graf Strachwitz anzunehmen scheint. (Zuruf: Doch!) — Sie sagen: Doch!; ich habe hier — (Zuruf: Einige Domherren!) — Einige Domherren? Domherren sind Menschen und auch Kleriker, und wenn ich Ihnen anführen kann, daß Domherren der Meinung sind, das Gesetz sei tolerabel, könne angenommen werden unter gewissen Kautelen auf Grund des Artikels 3, so ist das wohl ein sicheres Argument gegen die Behauptung des Abg. Grafen Strachwitz. Die Frage, die ich hier berührt habe, ist Gegenstand der Erörterung in einem der ultramontansten Blätter geworden, in dem „Westfälischen Volksblatt", welches bekanntlich unmittelbar sich in vollem Anschluß an das Generalvikariat und den bischöflichen Stuhl in Paderborn hält. In diesem Blatte heißt es wörtlich:

> wir können Vorstehendem hinzufügen, daß unser hochwürdigster Herr Bischof im Einverständnisse mit dem hochwürdigen Generalvikariate Annahme der in Rede stehenden Gesetzesvorlage für zuläßig erachtet, sofern die Befugnisse des Herrn Ministers rücksichtlich der Verwendung der angebotenen Rente beschränkt werden.

Meine Herren, es ist nach der ganzen Haltung des Blattes unmöglich, daß dasselbe in seine Spalten auf solchem Gebiete etwas anderes aufnimmt, als das, wozu es vom Generalvikariat ausdrücklich ermächtigt ist. Der Generalvikar ist Schulte, früher Erwitte genannt; er gehört, wie die Herren wissen, zu den zielbewußtesten und entschlossensten Vertretern der katholischen Kirche. Von der einheitlichen Stimmung, mit der sie uns hier einschüchtern wollen, kann man also, wie Sie sehen, nicht sprechen. Selbst dann nicht, wenn es nur einige Domherren wären: aber meines Wissens — sollte ich falsch berichtet sein, so nehme ich es zurück — hat sich auch das

Domkapitel ausdrücklich in derselben Weise schlüssig gemacht, wie es hier bezeugt wird von dem Generalvikariat zu Paderborn. Meine Herren, die sogenannte Geschlossenheit ist also schon nach dem Angeführten — um von anderem zu schweigen — nicht vorhanden; es kann auch von der behaupteten zielbewußten Einheit bei Betrachtnahme des Schreibens des Papstes füglich kaum die Rede sein.

Dann hat der Herr Abg. Dr. Windthorst — wie das möglich, ist mir eigentlich nicht ganz klar — mir gegenüber darauf hingewiesen, daß das Schriftstück, welches ich verlesen habe, ein ganz gleichgültiges sei. Ich nehme es ihm nicht übel, wenn er es für nützlich erachtet, diese Ansicht zu hegen und auszusprechen; es ist mir dann aber nur wunderbar, daß er auch beim Ministerpräsidenten nachgeforscht hat, ob ich nicht zu weit gegangen wäre in meiner Erklärung. Zu meiner Freude habe ich — wie ich einschalte — hier wiederholt die Erklärung vernommen, daß meine persönliche Wahrhaftigkeit und Wahrheitsliebe nicht angetastet worden ist.

Der Herr Ministerpräsident hat ausdrücklich gesagt: der Kultusminister ist so weit gegangen, als er gehen konnte, und wenn es verlangt wird, kann er auch die Namen nennen. (Rufe im Zentrum: Thun Sie es!) Ich thue es nicht!

Nun hat der Herr Abg. Dr. Windthorst heute — wie ich glaube, für die Persönlichkeiten, die er vielleicht ahnt, vielleicht auch kennt — Ausdrücke gebraucht, die sicherlich ihr Ziel mir gegenüber kaum haben können. Es wurde, soweit ich mir notiert habe, davon geredet, daß irgendwie ein unbekannter Mann der preußischen Regierung die Mitteilung gemacht habe, und daß das System der Spitzel auch gegen den Vatikan angewandt werde. Ich bitte den Herrn Abg. Dr. Windthorst, sich mit den Personen abzufinden, die er vermutet. Ich habe ausdrücklich in der Kommission erklärt und erkläre jetzt wieder, daß der Weg, auf dem wir das dort Mitgeteilte erfahren haben, ein solcher ist, welchen der Heilige Vater selbst benutzt, um mit der preußischen Regierung in Verbindung zu treten. Daß das ein anderer Weg ist als der, den der Herr Abg. Dr. Windthorst benutzt, ist möglich, aber bei großen Aktionen ist das eben nicht anders. Jede Regierung und ebenso der Heilige Vater, der auch eine hohe diplomatische Mission zu erfüllen hat, benutzt verschiedene Wege.

Ich darf auch noch erwähnen, daß die Erklärung, die ich abgegeben habe und die Sie in dem Kommissionsbericht abgedruckt finden, meines Erachtens eine Brücke war, die abzureißen der Herr Abg. Dr. Windthorst nicht nötig hatte. Er kann sagen: ich weiß davon nichts, ich bezweifle es; aber immer mit Emphase auszusprechen: er behaupte mit Bestimmtheit, daß es absolut nicht wahr sei, — das halte ich für unvorsichtig. Die Dinge haben sich so geschoben, daß nun diese Brücke abgebrochen werden soll und daß die Bischöfe schweigen, weil — soweit es nach Inhalt meiner vorherigen Andeutung aus den Poren dringt — sie doch nicht entschlossen sind, die von dem Abg. Windthorst vertretene Auffassung zu teilen. Ich würde es für nützlich erachtet haben, wenn der Herr Abg. Dr. Windthorst das Maß der Verantwortung, welches er heute auf sich nimmt, nicht auf sich genommen hätte. Ich bedauere es, denn ich glaube, seine Hoffnung, daß diese Sache in leichtem Fluß bleiben werde, kann doch möglicherweise eine trügerische sein. Ich bin zu keiner Erklärung ermächtigt, habe es auch durchaus vermieden, eine Erklärung der Staatsregierung zu extrahieren, welche die von dem Abg. Dr. Windthorst — wenn ich recht verstanden habe — erörterte Frage berührt, ob die Sperrgeldangelegenheit weiter verhandelt werden kann, ob sie bald wieder vorgebracht werden wird u. s. w. Wenn ich heute einen desfallsigen Beschluß extrahieren wollte, so würde derselbe vielleicht negativer

sein, als mir von meinem ruhigen erwägenden Standpunkte lieb ist. Denn, meine Herren, Spitzen sind für die Staatsregierung geblieben, auch wenn Sie es aus meinen Worten nicht entnommen haben; innerhalb der Staatsregierung leben Menschen, die eine gewisse Ehre haben und nicht vergessen können, was für Vorwürfe hier gegen sie erhoben worden sind. Meine Herren, ich habe — wie gesagt — absichtlich keinerlei Beschluß der Staatsregierung extrahiert, um mir nicht etwa in Zukunft den Weg zu verschließen.

Ich bedauere die jetzige Wendung; aber wenn eine Hoffnung mir scheitert, dann denke ich immer an die Absicht, mit der ich an die betreffende Sache herangegangen bin. Ich kann sagen, daß wir — der Fürst Bismarck, welcher der wesentliche Träger der Vorlage gewesen ist, und ich — von der friedliebendsten Absicht geleitet worden sind; leider scheiterte unser guter Wille; aber ich werde mich freuen, wenn er anderweitig hier im Hause und auch im anderen Hause Anerkennung findet.

Nachdem Abgeordnete der Kartellparteien erklärt haben, daß sie gegen das Gesetz stimmen würden, da das Zentrum das Entgegenkommen zurückweise, spricht nochmals Abg. Windthorst:

Ich wiederhole, daß der Heilige Stuhl keine Stellung zu dieser Sache genommen hat. Der Minister behauptet, er habe das auf demselben Wege erfahren, auf welchem der Heilige Vater auch Nachrichten einziehe. Ich behaupte, daß die Quelle, auf die er sich bezieht, unrichtige Informationen hat, und ich empfehle der Regierung, diese Quelle ferner nicht zu benutzen. Der Bischof von Paderborn kann keine andere Erklärung abgegeben haben als die übrigen Bischöfe, und er könnte seine Anschauungen nur mit Zustimmung seiner confratres geändert haben. Die vom Minister mitgeteilten Aeußerungen desselben sind nicht genau wiedergegeben. Ich lege übrigens Wert darauf, zu konstatieren, daß diese Vorlage noch nicht unserem neuen Regiment zufällt. Daß ich keine Nachforschung über die Stellung des Kultusministers bei dem Ministerpräsidenten angestellt habe, kann der Ministerpräsident selbst bestätigen. Der Kultusminister hat wohl optima fide gesprochen, aber er kann sich irren, und er hat sich geirrt. Er müßte uns doch genau sagen, woher er das betreffende Schreiben hat. Im parlamentarischen Leben kann nichts geheim bleiben; wenn erst ein Stückchen angeschnitten ist, muß das Ganze heraus. Der Abg. Hobrecht beklagt es, daß wir einseitig unsere Kirchenverhältnisse vertreten und es daher anderen Parteien sehr schwer wäre, mit uns gemeinsam zu votieren. Das ist ja selbstverständlich, daß wir unsere kirchlichen Verhältnisse vertreten, wie es auch die Protestanten thun, selbst da, wo sie glauben, es nicht zu thun. Wo mehrere Konfessionen bestehen, bleibt nichts übrig, als sich gegenseitig zu vertragen. Totschlagen können Sie uns nicht, und wir wollen Sie nicht totschlagen. Können wir uns heute nicht einigen, so scheiden wir jedenfalls nicht von der Sache ohne die Hoffnung, daß, was heute nicht geschieht, vielleicht morgen geschieht. Sie haben uns nötig und wir haben Sie noch nötiger, weil Sie die Majorität haben. Weil Sie solche Macht haben, sollten Sie uns nicht immer niederstimmen. Die Kartellparteien, die hier gegen uns stimmen, sind nichts anderes als die Sammlung der Protestanten des Hauses.

Das Gesetz wird darauf mit großer Majorität abgelehnt; dafür nur die Freisinnigen.

9. Juni. In der Reichstagskommission für das Militärgesetz äußert der Reichskanzler:

Der gute Eindruck, den er von den Aussichten der Vorlage zunächst gehabt habe, sei seit den letzten Verhandlungen abgeschwächt und er sei nicht ohne Besorgnis. Die vom Kriegsminister angedeuteten Zukunftspläne hätten sich zu düsteren Gestaltungen in der Bevölkerung verdichtet, und sei es deshalb nötig, die Vorlage wieder mehr als das erscheinen zu lassen, was sie sei.

Was über weitere Pläne gesprochen worden sei, sei aus der Absicht hervorgegangen, auf keinen Fall unwahr zu sein; es handele sich aber dabei vorerst nur um schätzenswerte Ideen, von denen er selbst noch nicht wisse, welche Stellung er dazu zu nehmen hätte, noch weniger, welche die verbündeten Regierungen einnehmen würden. Man müßte jedenfalls vorher die finanzielle Seite der Sache erörtert haben; das Aufbringen so großer Summen bringe aber viele Schwierigkeiten mit sich. Er und der Kriegsminister hätten nur ehrlich auftreten wollen.

Die Aufregung im Publikum habe auch die geplante Erhöhung der Offiziersgehälter damit verknüpft, daß jetzt ein „Soldat" Reichskanzler sei; ihm aber habe weniger die militärische als vielmehr die finanzielle Seite der Sache Sorge bereitet. Er sei übrigens bezüglich dieser Frage in von seinem Vorgänger gut geheißene Pläne eingetreten. Also trage an dieser geplanten Erhöhung nicht seine zu militärische Bildung die Schuld.

Die Vorlage habe ihre Wurzeln in der Vergangenheit, in der Bildung zweier Armeekorps und den Rüstungen der Nachbarn.

Es sei auch nicht notwendig, Kompensationsforderungen an die jetzige Vorlage zu binden. Es wäre fast verbrecherisch von den verbündeten Regierungen, ohne Not neue Forderungen zu stellen. Sollte es aber später notwendig werden, dann würde auch der Moment gekommen sein, in dem es Pflicht und taktisches Erfordernis für dieselben sein würde, sich ernstlich mit den Kompensationen zu beschäftigen.

Das Septennat wäre von selbst durchbrochen, wenn vor Ablauf desselben eine Vorlage käme, wie die vom Kriegsminister angedeutete. Niemand aber wisse, ob eine solche kommen würde.

Er glaube, daß die verbündeten Regierungen eine Abänderung des Septennats zur Zeit ablehnen würden; mehr empfehle sich, durch eine Resolution dahin gehende Erwägungen anzuregen.

Ebenso verhalte es sich mit der zweijährigen Dienstzeit, er könne namens der verbündeten Regierungen nichts erklären.

Der Reichstag verliere nichts, ob er die Kämpfe früher oder später aufnähme; die verbündeten Regierungen aber hätten ein sehr starkes Interesse daran, die Vorlage jetzt bewilligt zu sehen. Das Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Reichsdienst habe Verhältnisse hinterlassen, die nicht so sicher seien, als zu der Zeit, da seine faszinierende Persönlichkeit noch vor der Welt stand. Immer habe man damit rechnen müssen, daß er einmal nicht mehr da sein würde, und daß die Uebergangszeit schwierige Verhältnisse bringe, war immer klar; warum aber wolle man jetzt die Schwierigkeiten ohne zwingenden Grund vermehren? Viele Dinge würden, statt wie früher mit einem Ausrufszeichen, jetzt mit einem Fragezeichen behandelt.

Die einfachsten Geschäfte fallen der Regierung jetzt oft schwerer; man sollte darum jetzt keine konstitutionellen Doktorfragen aufwerfen, die zu einer Krisis führen könnten. Haben sich die Verhältnisse befestigt, so würde er einen ihm angebotenen Kampf mit Kampfesfreudigkeit aufnehmen; zur Zeit aber sollte man die Situation nicht schwieriger machen, als sie es so wie so sei.

9. Juni. Der Kronprinz von Italien trifft von Petersburg kommend in Potsdam ein.

10. Juni. Der „Reichsanzeiger“ schreibt über die Ablehnung der **Sperrgeldervorlage**:

Wohl niemand hat bei Einbringung der Vorlage einen solchen Ausgang vorausgesehen, und insbesondere ist die Staatsregierung mit sichererer Erwartung auf ein glückliches Gelingen wohl kaum je an irgend eine Angelegenheit herangetreten. Denn mit der Vorlage war die Absicht verbunden, der katholischen Kirche über eine unmittelbare Verpflichtung hinaus einen neuen Beweis friedfertiger Gesinnung zu liefern und so auf dem Wege der Versöhnung einen weiteren Schritt zu thun. Daß der Verwirklichung einer solchen Absicht Hindernisse in den Weg gelegt werden könnten, zumal von einer Partei, welche besonders die Interessen der katholischen Kirche wahrzunehmen sich berufen fühlt, lag außerhalb aller Berechnung.

Wenn trotzdem gerade von seiten dieser Partei der Vorlage gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen wurde, so läßt sich dies wohl nur auf ein bedauerliches Mißverständnis der friedfertigen Absichten der Staatsregierung und auf ein Verkennen der Grenzen der Möglichkeit, innerhalb deren sich diese Absichten verwirklichen lassen, zurückführen.

Die Staatsregierung hat von jeher den Wunsch gehabt, es möge alsbald die Zeit kommen, wo die auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 angesammelten Gelder zu Gunsten der katholischen Kirche verwandt werden können. Dieser Zeitpunkt war, dank der Wiederherstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen dem Staate und der katholischen Kirche, nunmehr gekommen. Damit war die Staatsregierung vor die Frage gestellt, auf welche Weise ihre Absicht erfüllt werden könne. Die Beantwortung der Frage ergab sich aus der Ueberzeugung, daß ein Recht im technischen Sinne, sei es eines einzelnen Empfangsberechtigten, sei es eines einzelnen Geschädigten, auf Entschädigung niemals bestanden hat und daß eine Ausführung der Restitution an die sogenannten Empfangsberechtigten politisch, juristisch und physisch unmöglich ist: es war und ist deshalb keine andere Art der Verwirklichung des Gedankens, die Staatsgelder zu Gunsten der katholischen Kirche zu verwenden, möglich, als die Ueberweisung eines jährlichen Rentenbetrags von der Summe der einbehaltenen Staatsgelder zu Gunsten der katholischen Kirche.

Wenn dem gegenüber von seiten der Zentrumspartei des Hauses vornehmlich der Anspruch auf Herauszahlung der Kapitalssumme erhoben und mit Rechtsauffassungen begründet worden ist, welche die Staatsregierung sich nicht anzueignen vermag, so hat der Gang der Verhandlungen bewiesen, daß der von der Staatsregierung empfohlene Weg der einzige war, welcher gangbar gewesen wäre: denn sie hat auch auf die Anschauungen und Gefühle der nicht zum Zentrum gehörigen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen und zu vermeiden, daß auf evangelischer Seite das Gefühl der Zurücksetzung und Beeinträchtigung ihrer Interessen schärfer hervortritt.

Auf der anderen Seite kann von einer durch die Vorlage erfolgten Verletzung des katholischen Bewußtseins nicht die Rede sein. Denn Thatsache ist, daß der Heilige Stuhl erklärt hat, er würde gegen die Grundsätze, auf denen die Vorlage beruht, „weder Widerspruch erheben noch Schwierigkeiten machen“. Es ist ferner bekannt und unwidersprochen geblieben, daß der Bischof, das Generalvikariat und das Domkapitel einer Diözese sich zu Gunsten der Annahme der Vorlage geäußert haben, und soweit bekannt, sind auch Mitglieder der Zentrumspartei schließlich für die Annahme der Vorlage eingetreten.

Wenn trotzdem das Zentrum an seiner Auffassung und an seiner Forderung festgehalten hat, so ist es begreiflich, daß die anderen Parteien,

welche willens waren, für die Vorlage zu stimmen und somit auch ihrerseits das gegenüber der katholischen Kirche beabsichtigte Entgegenkommen zu bethätigen, schließlich sich ablehnend verhielten: denn mit einer solchergestalt angenommenen Vorlage, welche die Zentrumspartei als mit dem Recht und den Interessen der katholischen Kirche im Widerspruch stehend bezeichnet hat und welcher die Zustimmung des Zentrums fehlte, wäre bei dem Einfluß der Partei in der katholischen Bevölkerung der friedliche Zweck der Vorlage schwerlich erreicht worden.

Die Staatsregierung ist sich nach wie vor bewußt, das Gute auf dem einzig möglichen Wege gewollt zu haben. Wenn sie an der Erreichung dieses Zieles verhindert wurde, so darf man die Ursache hiervon in dem Nachhall der Stimmung erblicken, welche die früher zwischen dem Staate und der katholischen Kirche vorhandenen Differenzen auf katholischer Seite hervorgerufen hatten und welche bei der Partei noch nicht gänzlich beseitigt zu sein scheint. Gleichwohl darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß dieser Zwischenfall die bestehenden friedlichen Verhältnisse in keiner Weise beeinträchtigen werde. Bei allseitigem guten Willen wird es zu erreichen sein, daß die früheren Stimmungen, aus denen heraus von Zeit zu Zeit noch hier und da Versuche der Verschärfung der Gegensätze gemacht werden, sich allmählich verlieren.

9. u. 10. Juni. Nachdem Abg. Virchow die Legalität der Wahl des Dreizehnerausschusses angefochten, hält das Zentralkomitee der freisinnigen Partei unter dem Vorsitz Stauffenbergs Sitzungen, um die innerhalb der Partei ausgebrochenen Zwistigkeiten beizulegen. Es wird beschlossen:

Die Mitglieder des Dreizehner-Ausschusses zu ersuchen, eine anderweitige Konstituierung vorzunehmen und unter der Voraussetzung der Wiederwahl von Virchow und Bamberger im engeren Ausschusse die Wahl des Abg. Richter zum Vorsitzenden und des Abg. Schrader zum Stellvertreter herbeizuführen. Der Vorsitzende und der Stellvertreter im Ausschusse sollen jeweilig befugt sein, die Ausschüsse zu berufen und abwechselnd den Vorsitz zu führen.

10. Juni. Der „Daily Telegraph“ berichtet über ein Interview des Fürsten Bismarck durch Herrn Kingston.

Der Fürst erklärt, ihm habe es fern gelegen, den Staatssozialismus in Deutschland zur Geltung zu bringen. Er habe nur für die kranken oder verunglückten Arbeiter sorgen wollen. Der Gedanke, durch gesetzliche Maßnahmen die Arbeiter zu zufriedenen Menschen machen zu wollen, sei ein Hirngespinst.

Ueber die auswärtige Lage äußert er, der Kaiser sei ebenso friedlich gesinnt wie er selbst; doch sei es unmöglich, Frankreich durch eine Konzession, Landabtretung entgegenzukommen; sie würde die Franzosen nur zu größeren Ansprüchen veranlassen. In Rußland sei das Volk, und besonders der Kaiser durchaus friedliebend. Der Dreibund sichere den Fortbestand des Friedens voraussichtlich für lange Zeit. Zwischen Deutschland und England würde auch die augenblickliche Rivalität in Afrika sicherlich nicht zu ernstlichen Differenzen führen.

11. Juni. (Reichstag.) Auf die Interpellation des Abg. Richter:

Wie denkt der Herr Reichskanzler über die Fortbauer der in den letzten Jahren für Elsaß-Lothringen erlassenen besonderen Bestimmungen in betreff der Paßpflicht und der Aufenthaltsbeschränkungen?

antwortet der Reichskanzler:

Was den Wunsch des Herrn Abg. Richter angeht, ich möchte mich mit der Frage eingehend beschäftigen, so bin ich demselben zuvorgekommen. Seit meinem Eintritt ins Amt hat diese Frage mich beschäftigt. Ich sehe davon ab, die formale Vorfrage hier zu stellen, ob der Gegenstand hierher oder nach Straßburg i. E. gehört. Ich kann es um so leichter, als ich mich in Bezug auf die Behandlung der Frage in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Herrn Statthalter von Elsaß-Lothringen befinde.

Nachdem in den siebziger und im Anfang der achtziger Jahre eine Reihe von Hochverratsprozessen gegen Spione bei deutschen Gerichten geführt worden war, hat es sich zur Evidenz herausgestellt, daß die Reichslande von einem Netz von Spionen umgeben waren, das trotz einiger glücklicher Griffe und einiger erfolgreich geführter Prozesse zu vernichten nicht gelang. Die Zahl der Franzosen, die sich in Elsaß-Lothringen aufhielten, wuchs fortwährend. Von etwa 15,000 im Jahre 1884 wuchs sie auf 19,000 im Jahre 1888, und darunter war eine überraschend starke Zahl von solchen Personen, die, sei es als beurlaubt, noch aktiv der französischen Armee angehörten oder der Territorial-Armee oder sonst in einem Verbande zur französischen Armee gestanden hatten. Neben dieser militärischen Ueberwachung der Reichslande durch Personen, die dem Staat unseres westlichen Nachbarn angehörten, ging eine andere Agitation, die ja in ihrer aller Gedächtnis noch lebhaft genug vorhanden sein wird. Ich darf nur an die Patriotenliga erinnern. Gestützt auf diese Thatsachen, über die eingehendes Material vorliegt, wurde die Reichsregierung vor die Frage gestellt: Kann das im militärischen Interesse so weiter gehen oder leidet die Sicherheit der Reichslande unter diesem Zustande? Die Frage wurde von den kompetentesten militärischen Stellen bejaht: das Reichsland litt unter diesem Zustande, es mußten Maßnahmen dagegen ergriffen werden. Der Reichskanzler trat in Verbindung mit der nächstbeteiligten Regierung, mit der Regierung in Elsaß-Lothringen. Man verhandelte hin und her, und keineswegs leichtsinnig ist der Entschluß gefaßt worden, die Paßpflicht in Elsaß-Lothringen einzuführen. All die Bedenken, die mit der Zeit erhoben worden sind, sind schon damals zur Sprache gekommen. Trotzdem aber faßte man den Entschluß, den Paßzwang einzuführen. Es waren nicht diese Motive allein, die dahin führten, sondern es lag noch ein anderes vor: ein Motiv, von dem es mir auffällt, daß der Herr Abg. Richter es nicht genannt hat. Ich würde vielleicht mit Rücksicht auf meine Stellung es nicht ganz so scharf formuliert haben, wie sein Parteigenosse Herr v. Stauffenberg es in einer Sitzung im Jahre 1889 ausgesprochen hat: „Die Paßverordnung hat den Zweck gehabt, den wir alle miteinander billigen, und zwar im höchsten Grade, die Bande mit Frankreich so weit wie möglich aufzuheben und die Germanisierung von Elsaß-Lothringen zu beschleunigen.“ Es war eine Thatsache, daß, obwohl wir siebzehn Jahre die Freude hatten, die Reichslande wieder deutsche nennen zu können, die deutsche Gesinnung keinen Schritt vorwärts zu gehen schien. Man stand vor der Frage: Was kann geschehen, um den Reichslanden das Deutschwerden zu erleichtern? Ich glaube, in der Beziehung können die verbündeten Regierungen und speziell die Regierung von Elsaß-Lothringen ein gutes Gewissen haben; an mildem und wohlwollendem Entgegenkommen hat es nicht gefehlt. Das Mittel hatte nicht gefruchtet; man mußte sich nach anderen umsehen, und es blieb nur übrig, den Grenzgraben, der Elsaß-Lothringen von Frank-

reich trennt, zu vertiefen, wenn man den Elsaß-Lothringern das Bewußtsein geben wollte, daß diese Grenze eine definitive sei.

Aus diesen Umständen ist die Paßverordnung entstanden. Sie wurde am 22. Mai 1888 erlassen. Am Tage darauf erging eine Verordnung über die Aufenthaltserlaubnis in Elsaß-Lothringen von derselben Stelle, vom Statthalter, aus. Was die letztere Verordnung angeht, so ist sie nur etwa elf Monate in Kraft gewesen und dann aufgehoben worden. Man hatte die Frage aufgeworfen: Sind diese beiden Verordnungen, die über den Paßzwang und die über den Aufenthalt, mit dem Frankfurter Frieden vereinbar oder wird eine Verpflichtung, die wir in diesem Frieden gegen Frankreich eingegangen sind, durch eine der beiden Verordnungen verletzt? Mein Herr Amtsvorgänger forderte das Reichs-Justizamt zu einem Gutachten auf, und das Gutachten fiel dahin aus, daß durch die Verordnung über die Paßpflicht eine Verletzung des Artikels 11 des Frankfurter Vertrages nicht stattfinde. Der Artikel 11 sichert der französischen Nation dem Deutschen Reich gegenüber die Rechte der Meistbegünstigten zu. Anders fiel das Gutachten des Reichs-Justizamts in Bezug auf die zweite Verordnung aus. Es wurde darin ungefähr ausgeführt, man könne ja behaupten, daß die ganze Klausel von den Meistbegünstigten in diesen, wie in früheren Friedensverträgen sich auf Handel und Wandel bezogen hätte, nicht aber auf solche Akte des bürgerlichen Lebens, die Polizeivorschriften unterstellt sind, die der Gesetzgebung des anderen Staates unterliegen. Indessen, um unter allen Umständen nicht den Schein auf die deutsche Regierung zu laden, als sei sie geneigt, illoyal gegen Frankreich zu handeln, wurde die Aufhebung der zweiten Verordnung, also der über den Aufenthalt, beschlossen.

Wenn auch jetzt noch in Bezug auf den Aufenthalt, abgesehen von der Verordnung über den Paßzwang, hier und da polizeilich eingeschritten wird, so geschieht das in dem Rahmen desjenigen guten Rechts, das jeder Staat für sich in Anspruch nehmen muß, wenn die öffentliche Ruhe und Ordnung durch das Zuziehen Fremder gefährdet zu werden scheint. Es wird der Franzose nicht anders behandelt als jeder andere Fremde; nur tritt ersterer massenhafter ein und gibt hier und da der Polizei eben mehr Anlaß zu Bedenken, er könnte schädliche Dinge treiben, als das von anderen Nationen geschieht.

Wenn ich hiermit glaube, die Frage des Herrn Abg. Richter über die Aufenthaltsverordnung erledigt zu haben, so bleibt mir noch übrig, auf die Paßordnung näher einzugehen. Es war nun, was diese Verordnung angeht, notwendig, eine Reihe von polizeilichen Ausführungsbestimmungen zu geben. Diese Ausführungsbestimmungen sind lokal verschieden erlassen worden. Ich kenne sie gar nicht alle; es mag sein, daß hier und da auch einmal eine zu harte, eine zu weitgehende getroffen worden ist, aber im ganzen glaube ich annehmen zu dürfen, daß die Polizeibehörden korrekt in Ausführung des Paßgesetzes gehandelt haben. Nun sind die Klagen, die der Herr Abg. Richter zur Sprache bringt, ja in ungleich schärferer Weise schon anderwärts und in der Presse zu Tage gekommen. Also es lag nahe, als ich in das Amt trat, die Frage aufzuwerfen: kann die Paßverordnung aufgehoben werden, oder nicht? und was mich angeht, so ist mein Rat dahin gegangen, sie nicht aufzuheben. Eine völlige Aufhebung dieser Verordnung halte ich zur Zeit für unmöglich. Der Herr Abg. Richter sagt: Man braucht nicht präventiv einzuschreiten, man kann abwarten und dann einschreiten. Wir würden aber da genau die alten Zustände wieder bekommen, die wir gehabt haben; wir kommen faktisch weiter — und das hat der Erfolg bewiesen — durch das jetzige Verfahren, indem wir den Eintritt in das Reichsgebiet denjenigen Leuten, von denen wir Gefahr besorgen, von Haus aus abschneiden. Der

Herr Abgeordnete hat selbst den Punkt berührt, der nach meiner Anschauung der wesentlichste ist und der uns noch auf lange an der vollständigen Aufhebung der Paßverordnung hindern wird, das ist der Aufenthalt aller derjenigen Personen in Elsaß-Lothringen, die mit der französischen Armee in einer oder der anderen Verbindung stehen. Es liegt ja doch ganz auf der Hand, daß das Deutsche Reich nicht französische Offiziere in solchen Jagdgründen ihrer Passion nachgehen lassen kann, von denen wir in etwaigen künftigen Kriegen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sehen, daß sie zum Schlachtfeld werden könnten; wir können doch nicht dulden, daß Mitglieder der französischen Armee sich in großer Zahl da einmieten, wo sie etwa Beobachtungen machen können, die dem Deutschen Reich schädlich sein können, wir würden das ebensowenig wie von den Franzosen, von irgend einem Mitglied irgend einer Nation dulden, und die Franzosen handeln ganz genau ebenso gegen uns, sie können auch gar nicht anders; das ist eine Pflicht der Selbsterhaltung, die jeder Staat sich schuldig ist. Wir haben uns nicht einmal gewundert; es ist, soviel ich weiß, nicht ein einziger Schritt geschehen gegen das französische Spionagegesetz, das gegen viele Deutsche viel schärfer eingeschritten ist, als wir gegen die Franzosen. Nun kommt dazu die ganze Klasse der Optanten und derjenigen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben haben, ohne eine andere zu erwerben. Sagen Sie sich doch einmal selbst, was treten in einem kleinen Dorfe für Verhältnisse ein, wenn der eine ausgehoben wird und die anderen danebenstehen und ihn auslachen: Warum hast Du nicht optiert? Wir leben so gut hier wie Du, wir haben dieselben Vorteile, das Deutsche Reich schützt uns, seine Gesetze kommen uns zu gute, wir leisten aber gar nichts. Ich halte es für absolut unmöglich, von Maßregeln abzustehen, die diese Zustände hindern. Nun ist das Paßgesetz einmal da; dasselbe wirkt gut in dieser Beziehung, es kann aber seine Wirkung überhaupt erst ganz äußern, wenn es längere Zeit in Uebung geblieben ist. Denn wenn — ich beziehe mich auf die Worte des Herrn Abg. v. Stauffenberg — das Gesetz den Zweck hat, die Elsaß-Lothringer mehr zu Deutschen zu machen, also sie an andere Verhältnisse zu gewöhnen, sie innerlich uns näher zu bringen durch die Gewohnheit, so kann ich nichts erreichen, wenn ich in kurzer Zeit das Gesetz aufhebe. Denn das wird mir der Herr Abgeordnete zugeben, wer Menschen durch Gewohnheit zu etwas bringen will, — ich möchte da auf die zwei- und dreijährige Dienstzeit exemplifizieren — der kann das nur durch eine längere Gewohnheit, nicht durch eine kurze. Sind wir also nicht in der Lage, die Verordnung aufzuheben, so ist es uns doch nicht entgangen, daß sie eine Menge von Schroffheiten zur Folge gehabt hat und noch haben kann, die unnütz waren. Es ist also von Seiten der ausübenden Behörden mit einer milderen Praxis verfahren werden. Wie weit diese Milde gehen kann, das wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Meistbeteiligten, nämlich die Elsaß-Lothringer, dieser Milde gegenüber stellen. Werden die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen so, daß wir nachlassen können, so werden wir in demselben Maße nachlassen. Wir werden aber die Verordnung nicht aufheben.

Uebrigens erscheint es mir doch fraglich, ob durch diese Interpellation und durch solche Erörterungen dieser Verhältnisse denjenigen Leuten, deren Interesse Sie im Auge haben, genützt wird, ob nicht geradezu das Gegenteil davon hervorgerufen wird. Denn wenn der Elsaß-Lothringer immer denkt: Vielleicht bringt Herr Richter doch einmal wieder eine Interpellation ein, vielleicht kommt er einmal durch, dann gewöhnt er sich eben schwer ein, dann behält er den Glauben, daß sein Heil oder wenigstens das letzte Ziel desselben jenseits der Grenze zu suchen sei und nicht hier bei uns.

Ich möchte mir noch eine Bemerkung auch mit Rücksicht auf die Zu-

kunft gestatten. Diese Interpellation hat Saiten jenseits der Grenze Deutschlands berührt. Ich habe mich bemüht, vorsichtig zu sein, weil ich das Bestreben habe, nichts zu sagen, was den Staat jenseits unserer Grenze irgend unangenehm berühren könnte. Wir haben in der letzten Zeit manches erfreuliche Zeichen von einer Besserung der gegenseitigen Beziehungen wahrgenommen, und es sollte mir unendlich leid thun, wenn darin ein Rückschritt gemacht wurde. Aber ich glaube, für keinen Staat sind die internationalen Beziehungen so diffiziler Natur wie für Deutschland, und in keinem Staat ist die Anforderung, diese Beziehungen rücksichtsvoll schonend zu behandeln, sowohl in der Presse wie in öffentlichen Versammlungen, so stark wie für uns. Und wenn in Zukunft in irgend einer Partei, welche es auch sei, der Wunsch vorliegen sollte, Interpellationen einzubringen und Fragen zu stellen, welche die äußere Politik berühren, so würde ich dankbar sein, wenn ich vorher gefragt würde, ob ich mich darüber äußern kann, ob die Frage unsere Beziehungen stören kann oder nicht. Wäre ich von einem Mitgliede der Fortschrittspartei vor 14 Tagen im Vertrauen gefragt worden: kann das geschehen? so würde ich in ganz wenigen Worten, glaube ich, in der Lage gewesen sein, den Herrn zu überzeugen, daß es besser gewesen wäre, die Interpellation nicht zu stellen. Ist sie einmal gestellt, so kann auch die Regierung nicht zurück, sie überläßt dann die Verantwortung denjenigen, die sie gestellt haben.

11. Juni. Das Abgeordnetenhaus nimmt in 3. Lesung den Gesetzentwurf über Rentengüter an.

13. Juni. Der Landtag wird durch den Minister v. Bötticher geschlossen.

16. Juni. Der Reichstag nimmt den neuen deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag an.

Die Militärkommission des Reichstages beendigt die Beratungen über den Gesetzentwurf, betreffend die Friedenspräsenzstärke des Heeres. Die Regierungsvorlage wird mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen; zugleich jedoch 4 von Windthorst eingebrachte Resolutionen:

I. Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden soll, indem dadurch dem deutschen Reich geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen müßten.

II. Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Abänderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres unter Aufhebung der Fristbestimmung des Septennats das Etatsjahr als Bewilligungsfrist aufnehmen werden, während der Reichstag es sich vorbehält, auch bei sonstiger sich ergebender geeigneter Gelegenheit die Durchführung dieser Aenderung der Frist zur Geltung zu bringen.

III. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine baldige Herabminderung der thatsächlichen Präsenzzeit bei der aktiven Armee, sei es durch Verlängerung der Rekrutenvakanz, sei es durch Vermehrung der Dispositionsbeurlaubungen, eintreten zu lassen.

IV. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einführung der

gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen in ernstliche Erwägung zu ziehen.

17. Juni. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgendes:

„Auf Grund der in jüngster Zeit geführten Verhandlungen ist zwischen der deutschen und der englischen Regierung über nachstehende Punkte, welche ein untrennbares Ganze bilden, Einverständnis erzielt worden:

1) Die deutsche Interessensphäre in Ostafrika wird begrenzt

a. im Süden: durch eine Linie, die von der Mündung des Rokura im Westen des Nyassa-Sees bis zur Mündung des Kilambo im Süden des Tanganyka-Sees führt,

b. im Norden: durch eine Linie, welche längs dem 1. Grad südlicher Breite vom Westufer des Viktoria Nyanza bis zum Kongostaat führt und den Berg Mfumbiro südlich umgeht.

Zwischen dem Nyassa-See und dem Kongostaat, zwischen Nyassa-See und Tanganyka-See, auf dem Tanganyka-See und zwischen dem letzteren und der nördlichen Grenze der beiderseitigen Interessensphären wird der Verkehr für die Unterthanen und die Güter beider Nationen von allen Abgaben frei bleiben.

In den beiderseitigen Interessensphären wird den Missionen beider Staaten Kultus- und Unterrichtsfreiheit gewährt. Die Unterthanen des einen Staates sollen in der Interessensphäre des anderen bezüglich der Niederlassung und des Handels die gleichen Rechte genießen, wie die Unterthanen des Staats, welchem die Interessensphäre angehört.

England wird seinen ganzen Einfluß aufbieten, um den Sultan von Sansibar zur Abtretung des von ihm der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Küstenstrichs an Deutschland zu bewegen. Für diesen Fall wird deutscherseits dem Sultan eine billige Entschädigung für die ihm entgehende Zolleinnahme gewährt werden.

2) Die Grenze zwischen der deutschen und englischen Interessensphäre in Südwestafrika führt von dem in früheren Uebereinkommen verabredeten Punkt aus längs dem 22. Grad südlicher Breite nach Osten bis zum 21. Längengrad, von da nach Norden längs diesem Grade bis zum Scheidepunkt desselben mit dem 18. Grad südlicher Breite und von da nach Osten längs dem Tschobifluß bis zu dessen Mündung in den Zambesi.

3) Die Grenze zwischen dem deutschen Togogebiet und der

englischen Goldküstenkolonie soll entsprechend dem deutschen Vorschlage durch eine Linie gebildet werden, welche die streitige Landschaft Krepi in der Weise durchschneidet, daß der nördliche Teil mit Kpandu an Deutschland, der südliche Teil mit Peki an England fällt.

4) Deutschland überträgt England seine Schutzherrschaft über Witu und Somaliland im Norden der englischen Interessensphäre.

5) Deutschland gibt seine Zustimmung, daß England über das Sultanat Sansibar mit Ausnahme des der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Küstenstrichs das Protektorat übernimmt.

6) England tritt vorbehaltlich der Ermächtigung des Parlaments an Se. Majestät den Deutschen Kaiser die Insel Helgoland ab. Für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der deutschen Zollgesetzgebung in Helgoland wird eine Frist vereinbart werden, auch soll den dermaligen Bewohnern während eines bestimmten Zeitraums das Recht, für die englische Nationalität zu optieren, gewährt sein.

7) Die übrigen auf koloniale Fragen bezüglichen Differenzpunkte: Reklamation wegen der Aufbringung des Dampfers „Neera", Abgrenzung der Walfischbai, Reklamation gegen die Englische Nigergesellschaft u. s. w. werden, nachdem festgestellt ist, daß über dieselben im Prinzip keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen, weiterer freundschaftlicher Verständigung vorbehalten.

8) Bis zum formellen Abschluß des gegenwärtigen Uebereinkommens, welches in kürzester Frist durch Notenaustausch geschehen soll, wird keine Unternehmung in Afrika, welche sich mit den vorstehenden Verabredungen im Widerspruch befindet, von einer der beiden Regierungen sanktioniert werden.

17. Juni. Prinzessin Viktoria von Preußen verlobt sich mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe.

17. Juni. Der König stiftet eine neue Dekoration: das Allgemeine Ehrenzeichen in Gold.

22. Juni. (Friedrichsruhe.) Eine Deputation von Berliner Bürgern wird vom Fürsten Bismarck empfangen, um eine Adresse mit ungefähr 30,000 Unterschriften zu überreichen. Der Fürst äußert in Erwiderung auf die Ansprache des Baurats Kyllmann:

Die Gründe für mein Scheiden von Berlin liegen nicht in mir, auch nicht da, wo man sie heute so vielfach sucht. Sie liegen lediglich in der Zersetzung der Ansichten meiner Kollegen in der Regierung. Nur die Einigkeit einer Regierung macht dieselbe stark. Ich war mit den Kollegen nicht mehr eins und der notwendige einige Geist war nicht mehr vorhanden. Damals hatte ich die große Verantwortung allein und konnte darum nicht mehr bleiben. Jetzt habe ich die Verantwortlichkeit nicht mehr und darum rede ich frei heraus. Ich befinde mich etwa in der Lage des Fürsten Metternich, welchem ich mich sonst nicht vergleichen möchte und den ich nicht nachahmen will. Aber er sagte, daß er von der Bühne in das Parterre hinabgestiegen sei. Und in dieser Lage befinde ich mich jetzt auch. Es gibt Menschen, viele Menschen, welche mir das nicht gönnen wollen; aber Jeder, der ein Parterrebillet gelöst hat, hat doch das Recht der Kritik. Er muß dasselbe nur mit Anstand gebrauchen und nicht mit der schrillenden Pfeife, und es bleibt eine Pflicht für mich, meine Meinung zu sagen für die Vielen, welche dieselbe hören wollen im Inlande und im Auslande, und nicht zu schweigen. Ein altes Sprichwort sagt: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, und dieses Sprichwort möchte man nun heute umdrehen und sagen: Wem Gott ein Amt nimmt, dem nimmt er auch den Verstand. Aber ich kann den Herren sagen, daß ich noch genau der Alte bin, gerade wie vor drei Monaten, und noch denselben Verstand beanspruche, wie vor drei Monaten. Und ich füge mich nicht, und wenn ich auch ganz allein bliebe. Für einen Mann, wie ich bin, ist es eine Pflicht, selbst an höchster Stelle seine Meinung frei herauszusagen, und an dieser Stelle tritt eine solche Pflicht erst recht ein. Ein guter Minister soll nicht auf das Stirnrunzeln des Monarchen schauen, welchem er dient, sondern er soll ihm frei seine Meinung sagen. Er hat ja dann bei gegenteiliger Entscheidung das Recht der Wahl, ob er sich fügen oder gehen will. Und wenn ich auch nicht mehr im Amte bin, so habe ich doch das Recht eines jeden Staatsbürgers behalten, frei meine Meinung herauszusagen. Ich kann mich nicht wie ein stummer Hund verhalten und ich habe nichts anderes gethan, als die Friedenspolitik meines Nachfolgers im Amte, welche ich allezeit angebahnt und im Auge behalten, zu unterstützen. Was ich rede und thue, das thue ich im Interesse der Dynastie und des Friedens. Ich erlaube mir ja keine Kritik, auch nicht über die jetzigen Vereinbarungen wegen des englisch-ostafrikanischen Abkommens. Und wenn man mir in Sachen der Interviews vorwirft, daß ich mit fremden Zeitungen verkehrt hätte, so kann ich den Vorwurf nicht gelten lassen; denn früher, als ich noch im Amte war, standen mir die russischen Blätter um die Welt nicht offen, um die vielen Lügen, welche dort verbreitet wurden, zu widerlegen. Wenn mir heute Gelegenheit wird, vermöge des Ansehens, welches ich immer noch habe, in einem Blatte, welches in Hunderttausenden von Exemplaren in Rußland verbreitet ist, der von mir immer als Lebensaufgabe betrachteten Friedenspolitik zu dienen, so sollte man mir dankbar sein und mir nicht zürnen.

Gegen eine Kasseler Deputation äußert der Fürst über den deutsch-englischen Vertrag:

Daß England seinen Vorteil sehr gut zu wahren verstanden habe, namentlich mißfalle ihm das englische Protektorat über das Sultanat Sansibar. Zunächst zwar werde England den hamburgischen Kaufleuten, welche im Sultanat ansässig sind, großes Entgegenkommen zeigen, aber das werde nicht lange dauern, dann werde sich England bald der deutschen Elemente entledigen. Ueber den Wert Helgolands könne man streiten. Diese Wiedererwerbung sei immer ein Wunsch der deutschen Patrioten gewesen und man

könne verschiedener Meinung darüber sein, was als Preis für die Erfüllung einer solchen nationalen Forderung zu gewähren sei.

23. Juni. (Reichstag.) Der Gesetzentwurf über die Gewerbegerichte wird in zweiter Lesung, doch mit beträchtlichen Veränderungen angenommen.

24. Juni. Der Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Vohsen, veröffentlicht ein längeres Schreiben, in welchem er der Auffassung entgegentritt, als ob durch die Abtretung der Insel Sansibar der wirtschaftliche Wert des deutschen Besitzes in Ostafrika bedeutend geschädigt sei.

„Wenn Sansibar vom Festlande politisch getrennt ist, schwinde die wirtschaftliche Bedeutung Sansibars als Hauptthandelsplatz Ostafrikas, und bei der Trennung des Zollsystems lassen sich an der Küste des Festlandes mit Leichtigkeit gleich bedeutende Handelsmittelpunkte ins Leben rufen und den Export- wie den Importhandel nach denselben leiten."

24. Juni. Oberbürgermeister Dr. Miquel wird an Stelle des Herrn v. Scholz zum Finanzminister ernannt.

24.—26. Juni. (Reichstag.) Zweite Beratung des Militärgesetzes. Abg. Rickert:

Meine verehrten Herren, ich kann auch mit den Worten meine Ausführungen beginnen, die der Herr Referent, wenn auch darüber in der Kommission nicht verhandelt ist, hier glaubte verpflichtet zu sein in den Vordergrund zu stellen. Ich stimme ihm ganz bei, wenn er sagt, daß die Rüstungen, welche die deutschen Fürsten und die Volksvertretung beschließen, keinen anderen Zweck haben als den, zu erhalten, was wir haben, daß Deutschland einen Gedanken an Eroberungen irgend welcher Art nicht hat und seiner ganzen Natur nach nicht haben kann. Ich gehe sogar weiter: ich behaupte, daß das Expansionsbedürfnis — wie der Herr Referent sich ausdrückte — der deutschen Nation sich nicht einmal auf Afrika in dem Maße richtet, wie es in den letzten Jahren den Anschein hatte. Wir sind in der That eine friedliche Nation und wollen in Ruhe gelassen sein; wir wollen Raum und Zeit zu friedlicher Arbeit haben. Ich glaube auch, daß die ganze Kulturwelt in dieser Beurteilung des deutschen Volkes einig ist. Es ist zweifellos, daß die deutsche Nation, nachdem sie errungen hat, wonach sie Jahrhunderte strebte, nur das dringende Bedürfnis fühlt, auch den gegenwärtigen Besitzstand in jeder Beziehung zu erhalten. Unter allen Parteien herrscht darüber vollkommenes Einverständnis; und wenn wir auseinandergehen, so handelt es sich lediglich um die Beurteilung des Maßes desjenigen, was notwendig ist, und um die Beurteilung der Schonung der dauernd der Nation nötigen wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte. Sie wollen daher von diesem Gesichtspunkte aus unsere Meinung, die wir aussprechen wollen, beurteilen.

Darin stimme ich mit dem Herrn Referenten nicht überein, daß die Ausführungen des Herrn Kriegsministers in der Kommission — und diese Ausführungen waren ja auch diejenigen des Herrn Reichskanzlers — nur, wie er sagt, ein relatives Interesse hätten; sie hätten eine gewisse Unsicherheit in der Kommission hervorgerufen. Das letztere gebe ich zu. Viel mehr Unsicherheit aber haben die finanziellen Erklärungen des Herrn Schatzsekretärs in der Kommission hervorgerufen, als die Erklärungen des Herrn

Kriegsministers. Ich meine, es ist eine Pflicht derjenigen Herren, die am Bundesratstisch sitzen, in Offenheit und Ehrlichkeit dasjenige uns darzulegen, was sie im Interesse des Vaterlandes auch in Zukunft für notwendig erachten.

Was uns so schmerzlich überrascht hat bei dieser Vorlage, ist etwas anderes. Wir sind auf alles gefaßt gewesen, aber nicht auf eine Militärvorlage in diesem Umfange für diese Sommersession. Ich glaube, auch die Herren von der rechten Seite dieses Hauses — und das spiegelte sich in der konservativen Presse wieder — haben eine solche Vorlage vor wenigen Monaten nicht erwartet und nicht erwarten können.

Wenn man an die Verhältnisse, wie sie jetzt liegen, den Maßstab der früheren Aeußerungen und Intentionen der Regierungen legt, was soll man wohl dazu sagen, daß in dieser Sommersession drei solche Nachtragsetats kommen? Während der Reichskanzler früher die Einführung von zweijährigen Budgets für notwendig hielt, kommen wir — und das müssen wir allerdings lebhaft bedauern — nicht einmal mit der einjährigen Etatsperiode aus. Wir haben in diesem Nachtragsetat viel wichtigere, viel schwerere Fragen zu lösen, als wir sie bei dem zuletzt uns vorgelegten Etat zu lösen hatten. Das ist kein gesunder Zustand, und ich kann nicht umhin, mein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß man in dieser Session mit einer solchen Fülle von Nachtragsetats, die die schwersten finanziellen Konsequenzen in sich tragen, an die Volksvertretung kommt. Der Herr Referent sagt: die Herren von der Kriegsverwaltung konnten das ja nicht voraussehen. Ja, meine Herren, ich muß offen gestehen, auch nach den Verhandlungen der Kommission, die uns ja sonst manchen erwünschten Aufschluß gegeben haben: einen Aufschluß darüber, weshalb gerade jetzt und nicht vor ein paar Monaten, weshalb nicht in Verbindung mit dem laufenden Etat diese Vorlage gebracht ist, haben wir nicht erhalten. Was in Frankreich, in Rußland geschehen ist, ist doch nicht in den letzten Wochen passiert. Wenn ich eine Aeußerung des Herrn Reichskanzlers richtig verstanden habe, so war der frühere Herr Reichskanzler, Fürst Bismarck, bereits vollständig damit einverstanden, nicht bloß, daß diese Vorlage, sondern alle die weitergehenden Vorlagen uns gemacht werden sollten. Es hat in einem Teile der Presse, z. B. ein Herr in der freikonservativen „Post", einer meiner Landsleute, unter seinem Namen einen Hilferuf nach Friedrichsruh gerichtet: Fürst Bismarck würde der Retter aus der militärischen und finanziellen Not sein. Daß dem nicht so war, wissen wir jetzt, und ich glaube sogar, zumal nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers, daß die Forderungen, welche Fürst Bismarck, als er noch im Amte war, in dieser Beziehung gestellt hat — und ich bedauere nur, daß er diese Forderungen nicht vor den Wahlen gestellt hat —, noch höher waren. Wir haben aus den Zeitungen — und ich nehme an, daß diese Mitteilungen zuverlässig sind — gehört, daß die Bundesregierungen ihre Kräfte daran gesetzt haben, die anfänglich gestellten militärischen Forderungen auf das möglichst geringe Maß herabzudrücken. Ich kann nur für die Zukunft den Wunsch aussprechen — und ich glaube, das hohe Haus wird sich demselben auch anschließen —, daß Fragen von einer solchen finanziellen Tragweite in Zukunft nur mit dem Etat zusammen gebracht werden, damit wir dann das militärische und das finanzielle Bild nebeneinander haben; denn man darf nicht beide trennen, sie gehören zusammen. Auch die Finanzen sind ein notwendiges Rüstzeug, und wer sie vernachlässigt, der fügt dem Vaterlande genau denselben Schaden zu, als wenn er die militärische Rüstung vernachlässigt.

Ich will die übrigen Dinge, die der Herr Referent berührt hat, im Laufe meiner Auseinandersetzungen behandeln: jetzt zunächst zu § 1 den An-

trag, welchen ich mir in der Kommission zu stellen erlaubt habe, und den meine Freunde jetzt wieder mit mir in Gemeinschaft hier aufgenommen haben. Meine Herren, ich kann die Erklärung vorausschicken — und ich habe auch in der Kommission kein Hehl daraus gemacht —, daß ich mit dem lebhaften Wunsche in die Beratungen der Militärvorlage eingetreten bin, es würde mir ermöglicht, schließlich im Verein mit der Majorität für dieselbe einzutreten. Ich habe geglaubt, daß die Regierung die Verpflichtung in sich fühlen würde, nachdem sie unter so abnormen Verhältnissen eine so unerwartet hohe Forderung außerhalb des Etats und außerhalb der finanziellen Erwägungen eingebracht, nun dem Reichstag doch mindestens auf irgend einem Gebiet entgegenzukommen.

Meine Herren, ich habe für alle wesentlichen Militärvorlagen, seitdem ich im Reichstag bin, gestimmt und mich lebhaft für deren Zustandekommen interessiert. Derselbe Geist, der mich damals dazu trieb, beseelt mich auch heute noch. Nur im Jahre 1887 habe ich der formellen Lösung im Sinne der Majorität nicht zugestimmt. Ich bin aber der Meinung: wenn irgend etwas den Standpunkt der Majorität von 1887 in einer glänzenden Weise gerechtfertigt hat, glänzender, als wir es wünschen, meine Herren, so sind es die Vorgänge der letzten Monate gewesen. Die Septennatsfrage in den Vordergrund zu schieben, war nicht ein gebräuchliches konstitutionelles Mittel, sondern — sagen wir es gerade heraus — nur ein Mittel, um die damals unbequeme Majorität niederzuwerfen. Die Dinge erschienen nicht, wie sie waren, sondern in einem ganz anderen Lichte. Ich bedauere es, daß man zu diesem Mittel damals gegriffen hat, was nicht in der Natur der Sache geboten war. Denn darauf können Sie sich verlassen, eine Unsumme von Vertrauen und Glauben ist mit der Wahl von 1887 zu Grabe getragen worden. (Sehr wahr! links.) Das ist der dauernde Schaden, den die berühmten Septennatswahlen vom Februar 1887 der Nation zugefügt haben, daß hier eine Frage in den Vordergrund gestellt wurde, die keine Frage der Existenz des Vaterlandes und der Armee ist, wie der Herr Reichskanzler das neulich hier treffend auseinandergesetzt hat, — allerdings, wie ich hinzufüge, nicht in dem Sinne, in dem ich hier diese Sache in voller Offenheit ausspreche; das verlange ich auch von dem Herrn Reichskanzler absolut nicht.

Meine Herren, es ist eine Genugthuung, allerdings eine traurige Genugthuung, daß die Regierungen selber nach so kurzer Zeit die Hand haben anlegen müssen, um das Septennat, welches der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck gewissermaßen als Grundlage der Existenz unseres staatlichen Lebens hingestellt hat, — zu zerbrechen. Es liegt jetzt zerfetzt vor Ihnen, und, meine Herren, ich finde es natürlich, daß diejenigen, welche damals in den Ton einstimmten und diejenigen niederwarfen, die als „Reichsfeinde" nicht Septennätler sein wollten (Heiterkeit), sich nicht so schnell zu einer anderen Ansicht bekehren. Ich bedauere das allerdings sehr. Je schneller wir in dieser Beziehung reinen Tisch machen, desto besser um das Vaterland und den Frieden innerhalb der Nation.

Meine Herren, man hat gesagt, das Septennat sei ein Kompromiß, es sei eine ständige Einrichtung bei uns geworden, und es dürfe deshalb schon nicht daran gerührt werden. Ich habe mir in den letzten Tagen dieses Septennat einmal als ständige Institution in Wirklichkeit angesehen. Ich weiß nicht, ob die Herren dieselbe Rechnung gemacht haben. Wir haben noch niemals ein Septennat gehabt; auf dem Papier allerdings, — in Wirklichkeit noch niemals. Es ist doch eine eigentümliche Zumutung, das man von uns verlangt, wir sollten etwas als eine ständige Einrichtung betrachten, was überhaupt niemals durchgeführt ist. Ich glaube, die Herren werden überrascht sein, die sich selber das Exempel noch nicht gemacht haben. Ich

will Ihnen die Daten darüber ganz kurz angeben. Es ist gut, wenn man sie einmal Revue passieren läßt.

Vom Jahre 1850 bis zu den sechziger Jahren hat in Preußen überhaupt eine länger dauernde Feststellung der Friedenspräsenz nicht stattgefunden; sie hat jährlich stattgefunden mit dem Etat, so wie wir es haben wollen. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes setzte die Friedenspräsenz von 1867 bis 1871, also für 4½ Jahre, fest; das Gesetz vom 9. Dezember 1871 setzte sie ferner fest für drei Jahre bis zum Jahre 1874. Dann kommt das erste Septennat. Es war bewilligt vom 1. Januar 1875 bis zum 31. Dezember 1881. Aber bereits drei Vierteljahre vorher trat das neue Gesetz in Kraft, welches mit dem 1. April beginnt. Also auch dieses hat nur 6¼ Jahr bestanden. Dann kommt das zweite Septennat vom 1. April 1881 bis 31. März 1888; ein Jahr vorher wurde ihm aber wiederum der Garaus gemacht: aus dem Septennat wurden 6 Jahre. Dann kommt das jetzige Septennat, das die Herren selbst zerstört haben schon nach 3½ Jahren.

Also ich glaube, daß von einer ständigen Einrichtung doch keine Rede sein kann. Ich habe auch die Hoffnung, daß nach diesen Vorgängen sich niemand im Reichstage finden wird, auch nicht bei der Regierung, auch nicht im Volke, der nach den gemachten Erfahrungen das Septennat aufzunehmen wagt. Ich will nur noch feststellen, daß die Regierungen niemals den Anspruch erhoben haben. Der erste Kriegsminister, welcher im Jahre 1874 das Septennat einbrachte — Herr v. Verdy war ja damals auch in der Kriegsverwaltung — hat hier im Reichstag ausdrücklich erklärt, daß der Reichstag in keiner Weise gebunden sei, dieses Kompromiß, wie er es nannte, nun auch seinerseits für die Zukunft zu halten. Man hat mir einen lebhaften Vorwurf daraus gemacht, daß ich so gegen das Septennat „wüte" — wie man sich ausdrückte —, da ich doch ein Freund desselben gewesen sei. Nun, ich war niemals ein Freund desselben. Ich habe das Septennat allerdings im Jahre 1880 verteidigt. Ich möchte aber doch vorbeugen, daß mir meine 1880er Rede wieder vorgelesen wird. Ich kenne sie jetzt im Ueberdruß, ich kenne sie auswendig und kann Ihnen so viel Druckexemplare, als Sie wünschen, leihen oder schenken; es haben meine politischen Gegner bei den Septennatswahlen diese Rede im Lande so verbreitet, daß ich eigentlich stolz darauf sein kann; keine Rede ist in dem Umfange verbreitet worden, wie meine Rede von 1880. (Zwischenruf.) — Sie war auch ausgezeichnet, ruft mir der Herr Referent zu. Das behaupte ich auch heute noch. (Heiterkeit.) Nur ist wunderbar, daß die Herren aus dieser „ausgezeichneten" Rede nur das hervorheben, was ihnen paßt, und daß sie das übrige, was für meinen heutigen Standpunkt spricht, auslassen. Um vorzubeugen, daß dieselbe wieder vorgebracht wird, — in der Kommission war ja der Herr Referent so gütig, dies zu thun, — habe ich sie gleich vor mir. Im Jahre 1874 — und der jetzige Herr Kriegsminister kann Zeuge dessen sein — war allerdings mit der Regierung, insbesondere auch mit Herrn v. Kameke, das Kompromiß gemacht, daß das Septennat angenommen wurde gegen das Aeternat. Daß man für das Septennat lebhaft eintritt, wenn das Aeternat gegenüber steht, ist selbstverständlich. Im Jahre 1874 haben wir nun Herrn v. Kameke die Zusicherung gegeben, daß nach dem Ablauf des Septennats wieder für eine Reihe von Jahren die Friedenspräsenzstärke festgestellt werden solle. Diese Zusage war ich verpflichtet zu erfüllen, nicht aber nun das Septennat für immer einzuführen. Der Antrag, den ich damals in der Kommission stellte, ging auf 5 Jahre; hätte er die Majorität des Hauses gehabt, so wäre auch die Regierung darauf eingegangen. Er fiel aber mit allen gegen 3 Stimmen in der Kommission. Wie ich nochmals in Erinnerung bringen will, habe ich schon in meiner 80er Rede genau dieselben

Gründe für die einjährige Bewilligung geltend gemacht, wie ich sie heute geltend mache, mit dem Unterschiede nur, daß ich heute frei bin und damals gebunden war durch eine Zusage, die zu erfüllen ich für meine Pflicht hielt. Ich glaube, daß jeder andere ebenso gehandelt hätte.

Meine Herren, eine der eigentümlichsten Erscheinungen in unserem konstitutionellen Leben ist die — kein Land, glaube ich, kann darin etwas ähnliches aufweisen —, daß wir bei uns Parteien haben, welche in sich den Beruf fühlen, die Krone und die Regierung in diesem Hause gegen „die unberechtigten Machtbedürfnisse“ anderer Parteien zu schützen. In konstitutionellen Staaten, die ein langes verfassungsmäßiges Leben hinter sich haben, ist es unmöglich, daß innerhalb der Volksvertretung selber ein Teil sich aussondert, der von dem Gedanken ausgeht, der andere Teil der Volksvertretung hätte den Plan und die Absicht, die Krone und die Regierungen ihrer Macht zu entkleiden und dieselbe an sich zu reißen, auch in Bezug auf das Heer. Fürst Bismarck hat von dem Heer, welches unter die Beschlüsse des Parlaments gestellt werden sollte, hier gesprochen; wir haben auf jener Seite des Hauses dasselbe bis zum Ueberdruß hören müssen. Es hat mich aber doch frappiert, daß, als ich den Antrag in der Kommission einbrachte in Bezug auf die Einführung einer einjährigen Bewilligung, sofort von der rechten Seite wiederum der Ruf ertönte, es sei das eine parlamentarische Machtfrage, wir wollten die Frage zu „einer Kraftprobe“ machen. Meine Herren, unsere Konservativen sind in der That eine ganz eigentümliche Spezies, die, wie ich glaube, eine unberechtigte preußische Eigentümlichkeit ist. Im übrigen deutschen Vaterlande hatte die konservative Partei früher diese Entwickelung nicht genommen. Allerdings haben wir bemerkt, daß die Herren manches von unseren preußischen Konservativen leider angenommen haben; (Zuruf) — ja, leider; ich wünsche allerdings nicht, daß sie darin noch Fortschritte machen. Es scheint ja auch, als ob die Gründe, welche seitens der konservativen Redner in den Vordergrund gestellt wurden, nun auch innerhalb der Regierung Beunruhigung hervorgerufen haben, und daß die alten Reminiszenzen aus der Konfliktsperiode in Preußen ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Ich meine aber doch, daß auch die Herren von der Militärverwaltung nicht vergessen sollten, den parlamentarischen Institutionen in Deutschland Dank zu wissen. Ich glaube, niemand wird der Behauptung widersprechen: ohne die parlamentarischen Einrichtungen, ohne daß eine Volksvertretung da war, die die Deckung übernahm für die riesigen Ausgaben für diese Fortentwicklung unserer Armee, wäre es nicht dazu gekommen, die absolute Monarchie wäre davor zurückgeschreckt, die Verantwortung für die Steuerlast zu übernehmen, welche das Parlament, wie ich meine, nur zu leicht in den letzten Jahrzehnten übernommen hat. Nun meine ich aber doch, daß man das Parlament nicht einseitig als Steuermaschine benutze, welche die Regierungen deckt mit ihrer Verantwortung für die fortschreitenden Lasten, welche dem Volke auferlegt werden, sondern man soll die Volksvertretung als einen berechtigten Faktor anerkennen, der auch bei Konstruierung der Einrichtungen mitzusprechen hat, für welche die Herren die Mittel des Landes verlangen.

Meine Herren, man fürchtet so sehr die Krisen, die parlamentarische Beleuchtung bei der jährlichen Beratung des Militäretats. Ich behaupte dagegen: das, was man hat vermeiden wollen, hat man herbeigeführt; und ich freue mich darüber, daß auch in konservativen Kreisen schon bei den Septennatswahlen und jetzt selbst auf der äußersten Rechten in einzelnen Organen die Einsicht Platz gegriffen hat, daß es für die Militärverwaltung das beste wäre, wenn der Militäretat genau so behandelt würde wie der Marineetat, daß, abgesehen von den Kadres, die durch Gesetz feststehen, alles

der jährlichen Bewilligung unterworfen wird. Hat das Septennat denn vor Krisen geschützt? Haben wir nicht eine parlamentarische, eine Wahlkrisis gehabt im Jahre 1887, wie sie kaum noch je gewesen, abgesehen von den berühmten Wahlen von 1878, mit denen die Nationalliberalen niedergeworfen wurden mit einem ähnlichen diplomatischen Mittel? Die Krisen werden zwar seltener, das ist wahr, wenn Sie längere Zeit für die Bewilligung des Präsenzstandes nehmen, aber auch gefährlicher. Glatt und ruhig, vollständig normal würden sich die Sachen abspielen mit Ausnahme vielleicht der ersten zwei, drei Jahre, und ich fürchte, auch diese nicht. Deshalb habe ich den Antrag am Anfang der Legislaturperiode eingebracht. Wir würden am Ende der Legislaturperiode bereits ganz in den normalen Zustand gekommen sein; der Militäretat würde nicht mehr etwas besonderes sein, auf das die Augen des Auslandes sich dann auch vorzugsweise richten, wenn eine Krisis eintritt, sondern die Dinge würden laufen, wie sie jetzt in Frankreich laufen. Ich beneide die Franzosen darum, daß sie diesen normalen Zustand eingeführt haben. Würden wir ihn bei uns einführen, wir würden auch militärisch besser gefahren sein; und das ist es, was ich bedaure, daß die Militärverwaltung diese „konstitutionelle Doktorfrage", wie sie der Herr Reichskanzler ansah, nur als solche betrachtet, die wir aus einem Bedürfnis der Erweiterung unserer Macht in den Vordergrund bringen. Nein — ich glaube, ich kann mich da auf meine Vergangenheit berufen —, nicht Machtbedürfnis ist es, sondern die feste Ueberzeugung hat mich geleitet, daß die jährliche Bewilligung im Interesse des Vaterlandes und ganz besonders im Interesse der Armee liegt. Wir würden alle diese Kämpfe und Krisen nicht haben. Haben Sie beim Marineetat etwas ähnliches gesehen? Und man sollte theoretisch meinen, daß es viel gefährlicher wäre, den Marineetat jährlich festzustellen als den Armeeetat.

Ich habe, wie gesagt, geglaubt, daß die Regierung es als ihre erste Pflicht betrachten würde, gerade nach den Septennatswahlen und nach den folgenden jetzigen Wahlen, die zum Teil die Folge jener sind, — dem Parlament die Hand zu reichen und zu sagen: wir wollen in friedliche, normale Verhältnisse eintreten, wir haben das Vertrauen zu der Nation, daß ihre Vertreter auch bei jährlicher Bewilligung dem Vaterlande geben werden, was ihm notwendig ist. Haben Sie nicht das Machtmittel in der Hand, wenn eine Volksvertretung so pflichtvergessen sein sollte, eine notwendige Bewilligung zu versagen, sofort an die Nation zu appellieren? Wer das deutsche Volk kennt — und wenn Sie das nicht annehmen wollten, dann müßten Sie für die Abschaffung der Verfassung eintreten —, der weiß, daß es einer Volksvertretung den Laufpaß geben würde, welche ihre parlamentarische Macht dazu benutzte, um das Vaterland zu entwaffnen oder in eine gefährliche Situation zu bringen.

Ich bin also der Meinung, daß diese Gründe absolut gar nichts wiegen, so leicht, daß ich es bedaure, daß von Seiten der Regierung darauf bestanden wird. Ich könnte Autoritäten anführen; ich könnte Ihnen nachweisen aus den Reden des Herrn Kollegen Miquel aus dem Jahr 1867, daß das volle Budgetrecht das Ziel auch jener Herren war, und daß Herr Miquel, und in sehr überzeugender Weise, gerade dies auch in Bezug auf den Militäretat in den Vordergrund gestellt hat.

Nun, meine Herren, die Militärverwaltung hat das, was ich von ihr erwartete, nicht verlangt. Wenn man glaubt, daß es ein Mittel sein soll, um Kämpfe zu vermeiden, so sage ich: es ist ein unwirksames, ein armseliges Mittel, und Sie werden sich davon überzeugen, daß es nichts hilft; Sie werden sehen, daß das Volk, welches einen Mangel an Vertrauen in der gegenwärtigen Einrichtung sieht, auch seine Konsequenzen zieht. Ich be-

daure es vor allen Dingen, daß die Regierung und auch ein Teil der Volksvertretung unsere Nation vor dem Auslande gewissermaßen als eine solche hinstellt, deren Vertretung man nicht in die Hand geben kann, was alle konstitutionellen Nationen ohne weiteres haben. Nennen Sie mir doch die Nation, die dieses Bewilligungsrecht nicht hat, wo man nicht im vollen Vertrauen auf die Volksvertretung eine jährliche Beratung des Militäretats hat mit allen Vollmachten, die der Volksvertretung gebühren. Das ist das Traurige, meine Herren, daß man bei uns dem Auslande zeigt: ja, der Deutsche ist ein ganz gutmütiger Mensch, er ist ein guter Soldat, er ist treu seinem Kaiser, aber was die anderen Staaten an konstitutionellen Einrichtungen haben, dürfen wir diesem in dieser Beziehung nun einmal unmündigen Volke noch nicht geben. Nein, meine Herren, dieses Armutszeugnis verdient das deutsche Volk nicht, und ich glaube, sein Verhalten hat es gezeigt, daß es nicht richtig ist, daß man so verfahre.

Ich betrachte den Antrag, den ich in der Kommission gestellt habe, nicht als Kompensationsobjekt; es wäre eine vollständig irrige Auffassung; ich glaube, auch der Herr Reichskanzler hat die Sache in dieser Beziehung mißverstanden. Ich habe nichts weiter sagen wollen, als: das ist die natürliche Forderung, die wir im Interesse der Regierung, im Interesse der Armee jetzt stellen. Will die Regierung nicht darauf eingehen, will die Majorität der Volksvertretung nicht darauf eingehen, — habeat sibi! Sie werden daran noch zu tragen haben. Wir würden nach meiner Ueberzeugung manchem erbitterten Kampf ein Ende machen, wenn wir durch die einjährige Bewilligung zu festen Zuständen kämen.

Meine Herren, ich will bei dieser Gelegenheit noch einen Punkt berühren, der mir am Herzen liegt. Wenn wir die einjährige Bewilligung haben, glaube ich, es wäre gar nicht anders möglich, als daß wir zu demselben Verfahren gelangen, wie es in Frankreich jetzt üblich ist. Bei uns, meine Herren, ist die Präsenzziffer in unserem Militärgesetz, wie Sie wissen, einmal eine Maximalziffer, in dem Sinne, daß an keinem Tage des Jahres mehr Mannschaften unter der Fahne präsent gehalten werden dürfen, als diese Maximalziffer beträgt. Sie ist aber zweitens eine Normalziffer; sie bildet den Multiplikator für die 365 Verpflegungstage, wie sie im Etat in den einzelnen Titeln und Kapiteln festgestellt werden. In Frankreich ist die Sache anders, und zum großen Vorteil, wie ich meine — das möchte ich sogar gegenüber den Herren Technikern von der Militärverwaltung zu behaupten wagen — zum Vorteil der französischen Armee. In Frankreich ist die Präsenzziffer des Etats eine Durchschnittsziffer, welche der Armeeverwaltung die Freiheit gibt, an dem einen Tage so und so viel mehr Mann unter der Fahne zu halten, als an dem andern, also auch die Durchschnittsziffer zu überschreiten, während bei uns die Maximalziffer nie überschritten werden darf, außer in den Fällen, die im Gesetz und in der Verfassung ausdrücklich bestimmt sind.

Es ist natürlich, daß die französische Armeeverwaltung dadurch eine viel größere Latitüde hat; und, meine Herren, die Sache kann unter Umständen gefährlich für uns werden. Die französische Armeeverwaltung kann ein, zwei, drei Monate 50, 60 und noch mehr tausend Mann ohne weiteres präsent halten; sie kann die einzelnen Kadres verstärken. Das kann sie wegen der Durchschnittsziffer; unsere Armeeverwaltung hat diese Befugnis nicht. Ich frage aber die Herren von der Militärverwaltung: wäre denn diese Befugnis nicht etwas wertvolles, unter gewissen Umständen sogar geradezu etwas notwendiges, daß man, ohne Aufsehen zu erregen, solche Verstärkungen zeitweise vornehmen kann?

Ich weiß, daß Bestimmungen der Verfassung und der Gesetze dem

Kaiser unter ungewöhnlichen Verhältnissen, z. B. wenn ein Krieg als nahe angenommen wird, die Befugnis geben. Aber, meine Herren, den Grund, daß ein Krieg nahe ist, wird der höchste Kriegsherr doch immer nur schwer geltend machen. Bei Einführung der Durchschnittsziffer wäre die Militärverwaltung in der Lage, die Sache ganz geräuschlos zu machen, wie es in Frankreich gemacht werden kann.

Daß dies ein richtiger Gedanke, ist früher von den Konservativen ausdrücklich anerkannt. (Zuruf.) — Ja, ich weiß, Herr v. Kardorff, Ihr Freund, Herr Graf Bethusi-Huc, hat — leider wurde die Anregung von dem früheren Kriegsminister v. Kameke zurückgewiesen — schon im Jahre 1874 die Durchschnittsziffer vorgeschlagen. Er sagte: es ist allerdings unbequemer für die Regierung und beschränkt sie scheinbar, daß sie dem Reichstag gegenüber die Ersparnisse in das Etatsgesetz aufnehmen müsse; aber er legte mit seinen Freunden ein großes Gewicht darauf, daß die Militärverwaltung dadurch eine erweiterte Vollmacht bekäme, die Latitüde, in jedem Augenblick so zu handeln, wie es das Interesse des Vaterlandes erheischt. Ich möchte den Gedanken bei dieser Gelegenheit wieder aufnehmen, und da der Herr Reichskanzler uns auf Resolutionen verwiesen hat — ich will nicht eine Resolution einbringen; er wird den Gedanken für gleichwertig mit einer Resolution halten —, möchte ich der Militärverwaltung und dem Herrn Kriegsminister zur Erwägung anheimgeben, ob die Regierung nicht die Initiative ergreift, daß wir auch bei uns zu einer Durchschnittsziffer kommen.

Ich weiß es: manche Rede des Herrn Grafen Moltke, unseres berühmten Feldherrn, hat es allerdings so erscheinen lassen, als wenn in Preußen alles fest und eisern begrenzt und in ganz sicheren Verhältnissen fortschreiten müsse. Er hat es einmal dargelegt, die Dinge müßten so eingerichtet sein, daß jeden Tag nicht bloß für jeden Mann, sondern auch für jeden Gegenstand alles bereit wäre, und man nur zuzupacken brauche, um alles gegen den Feind zu bringen. Ich glaube aber, daß man darin zu weit gehen kann. Es muß doch eine gewisse Elastizität vorhanden sein. Ich bin ja nicht im stande, militärisch die Sache mit den Herren auseinanderzusetzen, ich bitte nur um Gehör und geneigte Erwägung, ob nicht dieser Gedanke in Zukunft eine Berücksichtigung verdient.

Meine Herren, bei dieser Gelegenheit möchte ich ferner einen Punkt aus den Verhandlungen der Militärkommission noch hervorheben. Sie werden sich vielleicht wundern, daß in dem Bericht eine sehr wichtige Frage nur ganz kurz abgethan wird, nämlich auf der Seite 13 die Frage wegen der Machtvollkommenheit des Kaisers, welche aus Art. 63 der Reichsverfassung folgt. Ich würde die Frage hier nicht berühren, wenn nicht die allerverschiedensten Auffassungen in unseren eigenen Kreisen und auch innerhalb der Presse, und zwar aller Parteien, über diese Diskussion in der Kommission hervorgetreten wäre.

Es heißt in dem Bericht:

Der erste Vertreter der Militärverwaltung bezeichnet das Septennat als ein Kompromiß, da nach Art. 63 der Reichsverfassung der Kaiser die Präsenzstärke des Heeres zu bestimmen habe.

Meine Herren, ich habe damals — das steht in dem Bericht nicht, wie manches nicht, was von unserer Seite gesagt wurde; das können wir ja auch nicht verlangen, wir haben eben die Pflicht, das hier nachzuholen — ich habe damals sofort Protest gegen die Aeußerung eingelegt, wenn ihr die Bedeutung beigelegt werden sollte, daß der Kaiser nach Art. 63 der Reichsverfassung das Recht habe, aus eigener Machtvollkommenheit nach Ablauf des Septennats die Präsenzstärke des Heeres zu bestimmen. Ich bestreite das auf das allerentschiedenste. Eine Anwendung dieser Auslegung —

wie ich sie dem Herrn Kriegsminister übrigens nicht zutraue — wäre eine frappante Verletzung unserer Verfassung. Es wäre allerdings erwünscht, wenn der Herr Kriegsminister, da seine Rede zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben hat, eine Erläuterung gäbe. Ich glaube nicht, daß er meint, daß der Kaiser nach Art. 63 dieses Recht hat, sondern daß er nur meinen konnte, er habe es gehabt vor dem Abschluß der gesetzlichen Regelung. Das ist zwar nach meiner Ueberzeugung auch nicht zutreffend; aber darüber wollen wir mit ihm nicht rechten, das ist eine Frage der Vergangenheit.

Zunächst ist nicht „Präsenzstärke" in Art. 63 Alinea 4 gesagt, sondern „Präsenzstand". (Hört! hört! links.) Es handelt sich dort nur um die Verteilung auf die einzelnen Kontingente. Der Art. 60 hat aber die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung bezüglich der Friedenspräsenzstärke so klar und bündig hingestellt, daß darüber gar kein Zweifel sein kann. Ferner sind die Bestimmungen über den Etat auch so sonnenklar, daß daran gar nicht gerüttelt werden kann.

Ich möchte nun aber jetzt noch aus den Motiven des Gesetzes von 1874 vorlesen, was die Regierung selber sagte. Bei den §§ 2 und 3 bemerkten die Regierungsmotive damals:

> Nach Art. 63 der Reichsverfassung bestimmt der Kaiser den Präsenzstand, die Gliederung und Einteilung der Kontingente des Reichsheeres. Das Budgetrecht der Reichsvertretung übt auf diese Prärogative nur insofern einen beschränkenden Einfluß aus, als es sich um Formationsänderungen handelt, welche den Etat berühren. Durch die §§ 2 und 3 der Vorlage wird nunmehr die Hand dazu geboten, die Grundzüge der Friedensformation des Heeres im Wege der Gesetzgebung mit der Reichsvertretung zu vereinbaren.

Schon hieraus geht hervor, daß, selbst wenn die Meinung richtig wäre, daß der Kaiser aus Art. 63 der Reichsverfassung bezüglich der Präsenzstärke dieses Recht gehabt habe — was wir bestreiten —, doch nach dem Gesetz von 1874 davon nicht mehr die Rede sein kann. Der Herr General von Voigt-Rheetz, der im April 1874 auch diese Frage behandelte, hat Herrn v. Mallinckrodt gegenüber über die Bedeutung des Art. 63 eine Erklärung gegeben. Er berührte dabei Art. 59 der Verfassung. Diesem hat bekanntlich der frühere Herr Reichskanzler — und der ist der einzige Mann gewesen, der diese Interpretation vor den Septennatswahlen hier vorgebracht hat unter dem Widerspruch des Hauses — eine von anderen nie geahnte Bedeutung beigelegt. Herr General v. Voigt-Rheetz erklärte 1874 im Reichstage:

> „Prinzipiell soll der Mann 3 Jahre bei der Fahne dienen. Es ist allerdings richtig, daß nicht jeder Mann 3 Jahre gedient hat, auch nicht so lange zu dienen braucht, weil das Alinea 4 des § 63 dem Kaiser das Recht gibt, den Präsenzstand zu bestimmen. Herr v. Mallinckrodt wird wohl wissen, daß bei der Beratung der Verfassung ausdrücklich vom Bundesratstische erklärt worden ist, es sei diese Vorschrift dahin zu verstehen, daß der Kaiser Beurlaubungen bei der Armee eintreten lassen kann."

Ja, meine Herren, dies Recht des Kaisers hat niemand bestritten. In diesem Sinne hat der Präsenzstand eine ganz andere Bedeutung. Das ist auch etwas anderes, als im Art. 60 der Verfassung. Ich will mich vorläufig kurz auf diesen Protest beschränken. Ich nehme nicht an, daß die Vertreter der Militärverwaltung und der Herr Reichskanzler die Interpretation, die sein Vorgänger vor den Septennatswahlen hier gab, sich zu eigen macht. Ich glaube, dies ist eine „konstitutionelle Doktorfrage". Ich habe mich nur für verpflichtet gehalten, die Sache hier vorzubringen, weil

der Bericht zu Mißverständnissen Anlaß gibt, und in demselben nicht konstatiert ist, daß nach unserer Meinung die Anwendung in dem Sinne, wie sie von einigen Seiten aufgefaßt ist, der Herr Kriegsminister es aber nicht gemeint haben kann, eine schreiende Verletzung der Verfassung wäre, daß davon keine Rede sein könne.

Ich komme jetzt zu dem materiellen Teil der Vorlage, wobei ich mich sehr kurz fassen will. Er bedeutet wesentlich eine Vermehrung der Präsenzziffer und Vermehrung der Artillerie. Ich will ohne weiteres zugeben, daß für mich von vornherein diese letztere Frage diskutabel war. Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß ich sage, ich möchte sehr gern die Gründe anerkennen, die die Militärverwaltung in Beziehung auf die Vermehrung der Artillerie beigebracht hat; aber die militärtechnischen Rücksichten sind doch nicht allein die ausschlaggebenden.

Ich gehe auf die Zahlenverhältnisse der einzelnen Länder nicht ein. Ich halte das für eine sehr undankbare Aufgabe. Wir haben stundenlang in der Kommission Auseinandersetzungen gehört über das, was Frankreich an Militär hat, Rußland und Deutschland. Man hat hin und her gezählt und gewogen, ob tausend Mann da mehr oder nicht. Im ganzen bin ich kein sonderlicher Freund von diesen Abwägungen in Bezug auf die Mannschaften, weil ich glaube, es kommt nicht viel dabei heraus. Selbst wenn der Nachweis geführt wird, daß Frankreich so und so viel Tausend Mann mehr hat und so und so viel Batterien mehr, — den Wettlauf können wir doch auf die Dauer nicht mitmachen; wir können es niemals erreichen, daß wir numerisch so stark sind wie Rußland und Frankreich zusammengenommen. Das können wir einfach nicht. Sie können nie ein Ende absehen, selbst wenn Sie den Dreibund in Rechnung ziehen, wenn der Wettlauf weiter gemacht wird, wenn, wie ich fürchte, nach dieser Vorlage nun in Frankreich und Rußland auch weiter angezogen wird. Ja, meine Herren, wir sind auch nicht reich genug, die Zukunftspläne des Herrn Kriegsministers und des Herrn Reichskanzlers durchzuführen; wir haben nicht die Steuerkraft dazu, und ich hoffe, wir werden den Beweis noch liefern können.

Meine Herren, ich stelle bei dieser Diskussion in den Vordergrund: niemand von uns verlangt, daß die Kriegsstärke unserer Armee in irgend etwas zurückgesetzt werden soll, — in diesem Punkte sind wir alle einig, wie wir es im Jahre 1874 und später waren. Es handelt sich nur um den Weg, wie man die allen erwünschte, größtmögliche Kriegsstärke zu erreichen glaubt. Da muß ich nun sagen: ganz überzeugend sind die Ausführungen der Kriegsverwaltung nicht für mich gewesen. Wenn die Kriegsverwaltung nicht gelten läßt das Wort des Fürsten Bismarck, daß der Deutsche an Quantität es doch nicht wettmachen kann den anderen, daß er es mit der Qualität thun muß und kann, dann sind wir ohnehin verloren. Und da frage ich: ist wirklich die Sache so, daß wir jetzt in der Sommersession hier sitzen müssen? Wegen einer kleineren Anzahl von Batterien würde sich die Sache vielleicht leichter gemacht haben — aber was ist alles daran gereiht! In dieser Saison jetzt sitzen zu müssen, während man uns im Frühherbst hätte berufen können, wo wir in der Lage wären, im Verein mit der Finanzfrage die Sache zu erledigen! Ich kann mich davon nicht überzeugen, daß jetzt gerade in diesem Monat die Sache gemacht werden muß — und gemacht werden muß ohne Rücksicht auf die finanzielle Entwickelung der Zukunft. In dieser Beziehung ist in der Kommission ein überzeugender Beweis nicht geliefert worden. Meine Herren, die Herren Techniker haben ja sehr oft uns zurückgewiesen mit der Begründung: in dieser Beziehung müßt ihr der Militärverwaltung glauben, technisch die Sache zu beurteilen seid ihr gar nicht im stande. Ich gebe das vollkommen zu. Ich habe aber

schon in der Kommission ausgeführt, daß dann überhaupt keine Volksvertretung möglich wäre, in keinem Lande der Welt, wenn man immer Techniker verlangte zur Beurteilung der einzelnen und besonders der militärischen Fragen. Ich habe volles Zutrauen zu den Herren der jetzigen Militärverwaltung, daß sie die Sache vortrefflich machen, und ich wiederhole, daß es mich freut, daß die Herren mit dieser Lebhaftigkeit und Unerschütterlichkeit für ihre Forderungen eintreten und uns davon überzeugen wollen. Das ist ihre Pflicht, und es freut mich der Ressortpatriotismus, den sie dabei an den Tag legen. Aber, meine Herren, wir haben dieselbe Verpflichtung hier in Bezug auf die finanziellen Bedürfnisse des Landes und in Bezug auf die finanziellen Leistungen. Wir können uns da nicht einfach abspeisen lassen mit den Worten: ihr seid keine Techniker, darin müßt ihr uns vertrauen, das versteht ihr nicht.

Meine Herren, der Herr Abg. Dr. Miquel sagte dem berühmten Vertreter für Königsberg, dem General Vogel v. Falkenstein, gegenüber in der Sitzung vom 6. April 1867 — und die Worte des Herrn Abg. Dr. Miquel pflegen ja mehr Gewicht zu haben, wie die Worte von anderen Rednern, also mit Vorliebe zitiere ich ihn daher jetzt — er sagte:

> Mit dieser Theorie tötet man nicht das Bewilligungsrecht bezüglich der Armee, tötet man den Parlamentarismus überhaupt. Aber diese Theorie ist falsch, und ich werde mich bemühen, das näher auszuführen. Sie ist vollkommen falsch, es ist gar nicht erforderlich bei der Behandlung von parlamentarischen Fragen, daß jedes Mitglied des Parlaments in alle technische Einzelheiten einzudringen versteht; dafür sind eben die Techniker vorhanden, die in einer solchen Weise das Parlament über technische Fragen aufklären müssen, daß man das durchaus entnehmen kann, was für die parlamentarische Entscheidung erforderlich ist. Meine Herren, das Parlament muß mehr thun, als technische Fragen beantworten. Das Parlament muß die verschiedenen technischen Verwaltungszweige gegeneinander abwägen, das kann nicht dulden, wird nie dulden, nie, selbst in einem nicht parlamentarischen Staate dulden, daß eine technische Seite allein entscheide.
>
> Wir werden also nach und nach doch zu einem vollständigen Bewilligungsrechte gelangen und nur in einer verbitterten Weise, während man sonst, bin ich überzeugt, seitens des deutschen Parlaments, namentlich, solange irgend eine Gefahr nach außen da ist, das größte Entgegenkommen gegen die Armee finden wird.

So urteilte auch der Herr Abg. Dr. Miquel über die Frage der militärischen Technik.

Meine Herren, wir haben lange Kämpfe geführt zwischen den Anhängern und Gegnern der zweijährigen Dienstzeit. Ich glaube, das deutsche Volk hat in dieser Frage abgeschlossen. (Zuruf.) — In seiner Majorität natürlich, das ist selbstverständlich. Gehen Sie doch in die Bauernhäuser, fragen Sie die Bauern, ob sie Ihnen nicht sagen werden, daß sie die Söhne früher zurückhaben wollen, und ob sie nicht aus den Erfahrungen ihrer Söhne und aus ihren eigenen wissen, daß das dritte Dienstjahr in der That für viele mehr schadet wie nützt. Ich kann mir nicht helfen, ich habe mich aus den Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers nicht überzeugen können, daß es notwendig sei für die Aufrechterhaltung der Disziplin. Ich glaube, die Herren werden sich darauf einrichten müssen, das deutsche Volk wird in seiner Majorität von der Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht ablassen; je schneller Sie diese Thatsache als solche hinnehmen, desto besser wird es auch für die Militärverwaltung sein.

Meine Herren, wir sind nicht solche Himmelsstürmer, daß wir nun

sofort die Sache verlangen. Man hat uns auch jetzt wieder gesagt: warum jetzt gerade an dieser Vorlage ansetzen? Diese Geschichte kennen wir nun schon seit fünf oder sechs Vorlagen, die ich mit erlebt habe. Dieser Standpunkt der Militärverwaltung: „das Ganze oder nichts, so muß es sein“ — ist unhaltbar. Ja, meine Herren, wann sollen wir denn mit der Forderung von Kompensationen kommen? Wir haben im Jahre 1880 um solche gebeten, wir haben im Jahre 1887 um Kompensationen gebeten, — immer hieß es: nein! Nicht etwa die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit verlangten wir, die Vertreter der freisinnigen Partei gaben damals unisono die Erklärung ab, man möge nur irgend eine Zusicherung geben, daß man diese Erleichterungen zukünftig eintreten lassen wolle. Nichts sagte Herr Bronsart von Schellendorf zu, nicht zu der geringsten Konzession ist er gekommen. Nun wundern Sie sich über die Wirkungen Ihres Verhaltens. Sollen wir denn den Satz bei uns in Deutschland gelten lassen, daß die Militärverwaltung allein das Recht hat, ihre Vorlagen so durchzusetzen, daß auch nicht ein Titelchen daran geändert werden darf, und daß sie keine Erleichterung zugibt? Das können Sie nicht von uns verlangen! Wir haben die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen des Volkes auch zu vertreten, und in dieser Beziehung glauben wir einige Sachkenntnis und Sachverständigkeit für uns in Anspruch nehmen zu dürfen. Wir sind abgewiesen jetzt, wie in allen früheren Jahren, wo wir über Militärforderungen verhandelt haben, mit unseren Kompensationen, man hat uns verwiesen auf Resolutionen, auf die Zukunft, die Regierung würde selbst thun, was zu machen wäre. Ja, meine Herren, der Herr Kollege Windthorst hat sich ja auf solche Resolutionen zurückgezogen, und wir werden auch selbstverständlich für dieselben eintreten, wir halten es immerhin für wertvoll, daß das Parlament in seiner Majorität wenigstens seiner Meinung einen formellen Ausdruck gibt, wenn es nicht entschlossen ist, dieser Meinung durch die That, d. h. durch Streichungen in der Vorlage Geltung zu verschaffen. Wir wollen mit Ihnen heute darüber rechten, ich habe nicht die Absicht, Sie deswegen anzugreifen; wir werden Sie bei den Resolutionen unterstützen, aber wir haben die Voraussetzung, daß nun auch in Zukunft Ernst gemacht wird. Denn so können die Dinge allerdings nicht weiter gehen, wie sie jetzt seit dem Jahre 1874 gegangen sind, in der bisherigen Weise darf das Parlament mit der Regierung in Militärsachen nicht verhandeln.

Meine Herren, ich kann wohl darauf verzichten, daß ich einen Teil unserer Kommissionsunterhaltung über die zweijährige Dienstzeit hier wiedergebe und kritisiere; ich nehme an, daß einige meiner Freunde diesen Punkt noch ausführlicher erörtern werden, insbesondere die wirtschaftliche Bedeutung der Dienstzeit. Ich will nur mit ein paar Worten daran erinnern, daß doch die Militärverwaltung eine gewisse Einseitigkeit hat bei der Beratung der Dinge, die für uns hier maßgebend sind. Der eine Herr Vertreter der Militärverwaltung hat eine Ausführung gemacht, die darin gipfelte, daß die längere Dienstzeit eigentlich eine wahre wirtschaftliche Wohlthat für die Nation wäre, — eine Ausführung, die in ihrer Konsequenz ohne weiteres dazu führen müßte, daß nicht bloß die dreijährige, sondern die vier-, fünf-, sechsjährige Dienstzeit geradezu von uns verlangt werden müßte. Er sagte: die Dienstzeit ist die Zeit der Ferienkolonie für die Soldaten; während sie unter der Fahne stehen, sind sie wohlgenährt, sie sehen vortrefflich aus, bekommen viel Fleisch zu essen, und dann nach einem Jahre sind sie abgemagerte Gestalten. Ja, meine Herren, diesem Begriff der Ferienkolonie können wir uns allerdings nicht anschließen, und wir haben aus dieser Ausführung des Herrn Vertreters der Militärverwaltung, der sonst wahrhaftig den Anspruch hat, in diesen Dingen ein kompetenter Beurteiler zu sein, uns klar

gemacht, daß die Herren doch auf einem himmelweit von dem unsrigen verschiedenen Standpunkt in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung stehen. In diesen Dingen müssen Sie denn doch den Männern aus der Volksvertretung ein gewisses Gewicht beilegen.

Eine andere Frage: was nennt die Militärverwaltung dringlich? Sie hat auch die Erhöhung der Offiziersgehälter für dringlich gehalten in dieser Sommersession. Ja, meine Herren, das hat mich einigermaßen kühl gemacht. Wenn die Herren den Maßstab der Dringlichkeit und unbedingten Notwendigkeit anlegen, und ich gehe nun mit diesem Maßstabe an die Militärvorlage, — wird mich das nicht in dem Glauben erschüttern müssen, daß nun wirklich nicht mehr gefordert wird, als unbedingt dringlich und notwendig ist für den Augenblick? Wer zu viel will, schadet selbst dem wenigen, was er glaubt erreichen zu müssen. Ich bin der Meinung, daß die Militärverwaltung durch die Häufung der Vorlagen denselben geschadet hat.

Nun, meine Herren, komme ich zu dem Punkt, der für mich der entscheidende ist und auch der entscheidende bleiben wird. In dieser Beziehung habe ich allerdings die Anmaßung, mir auch ein Urteil zuzutrauen, nämlich über den finanziellen Punkt. Ich bedaure es, daß man uns ausdrücklich hingestoßen hat auf einen Vergleich mit anderen Ländern; ich werde diesen Vergleich heute in einigen Beziehungen machen. Der Herr Schatzsekretär hat in der Auseinandersetzung über die finanziellen Verhältnisse in der Budgetkommission ausdrücklich die Meinung ausgesprochen, es sei unbequem, daß wir neue Steuern brauchen, — und nach seiner persönlichen Meinung sind neue Steuern notwendig, und wir würden uns darüber in den nächsten Sessionen zu unterhalten haben; aber Deutschland könne es aushalten, zumal im Vergleich mit anderen Ländern. Wir haben sehr viele Zahlen aus Frankreich bekommen, aber manche nicht. Es thut mir leid, daß ich jetzt darauf eingehen muß; aber von dem Herrn Schatzsekretär ist das in den Vordergrund gestellt worden ebenso wie vom Herrn v. Kardorff in der ersten Lesung dieser Vorlage. Ist es denn richtig, daß der Militäretat in Frankreich in dem Maße gewachsen ist wie bei uns? Ich verneine die Frage, insoweit es sich um die finanziellen Verhältnisse handelt. Ich sehe von dem Extraordinarium ab; ich weiß nicht, wie viel in Frankreich im Extraordinarium steht, was eigentlich zum Ordinarium gehört. Ich kann aber — (Zuruf vom Ministertisch) — der Herr Kriegsminister bestätigt das auch von sich; ich glaube aber, Sie können das überhaupt nicht kontrollieren, — ich nehme an, — namentlich das letzte Budget in Frankreich ist sehr sorgfältig aufgestellt —, daß die Ordinarien im großen und ganzen sich entsprechen. Frankreich gibt mehr aus für seine Armee, das ist zweifellos, die Zahlen sind höher; aber sind die Ausgaben in letzter Zeit gewachsen? Ich will Ihnen einmal seit 1870 die Zahlen des Ordinariums vorlesen. Kriegsministerium, 1878: 430 Millionen, 1879: 442 Millionen, 1880: 460 Millionen, 1882: 457 Millionen, 1883: 467 Millionen, 1884: 484 Millionen, — das ist der Höhepunkt, und nun geht der Kriegsetat wieder herunter, — 1885: 477 Millionen, 1886: 459 Millionen, 1887: 444 Millionen, 1888: 429 Millionen, 1890: 445 Millionen. Die Ausgaben der Armee sind allerdings in den letzten zwölf Jahren, bis zum Jahre 1884, in die Höhe gegangen; von da gehen sie wieder einen ganz gehörigen Schritt herunter, um 40 Millionen Mark. (Zuruf.) — Nein, Mark, es ist umgerechnet. Meine Herren, wir haben seit 1879/80 das Ordinarium von 315 bis 379, also um 63 Millionen Mark erhöht, während Frankreich in dieser Zeit in den letzten sechs Jahren in seinem Ordinarium heruntergegangen ist. Also, ich würde doch bitten, daß man uns nicht ausdrücklich darauf hinstößt, unsere finanziellen Verhältnisse aus der letzten Zeit mit denjenigen anderer Länder zu vergleichen. Wir haben auch ¾ Milliarden

in den letzten vier Jahren ausgegeben für außerordentliche Heeres- und Marinezwecke, — 3/4 Milliarden in vier Jahren! Wir haben 1876 noch keinen Pfennig Schulden im Deutschen Reiche gehabt, und jetzt stehen wir schon zwischen 1 1/2 und 2 Milliarden. Und diesen Thatsachen gegenüber sagt der Herr Schatzsekretär in der Kommission sehr kühl: wir werden etwa 60 Millionen im nächsten Jahre mehr brauchen als bisher, und ich erkläre: ohne neue Steuern ist die Sache nicht zu machen, und darüber werden wir später sprechen. Ja, meine Herren, das ist ein Ding der Unmöglichkeit; auf diesen Standpunkt kann sich kein Parlament einlassen, wenn die Vertreter der Finanzverwaltung von uns verlangen: jetzt bewilligt gefälligst die Ausgaben, das andere wird sich dann finden; wir werden später neue Steuern machen.

Herr v. Kardorff hat — und das ist der Punkt, den ich vorher noch berühren will — bei der ersten Lesung darauf hingewiesen, die direkten und indirekten Steuern betragen in Frankreich 55, in England 35 und bei uns 19 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Da — so sagte Herr v. Kardorff — da soll man doch wahrlich nicht davon reden, daß die Nation überlastet wird; in dem Verhältnis sind wir nicht ärmer als andere Nationen; Deutschland ist eine reiche Nation. Darauf allerdings Widerspruch links von unserer Seite.

Meine Herren, solche Vergleiche zwischen den Finanzen einzelner Länder sind schwierig durchzuführen. Ich gebe Ihnen von vornherein offen und ehrlich zu, daß man sehr genau untersuchen muß: was bedeuten denn die einzelnen Zahlen? Man muß trennen die Ausgaben für den Staat, die Ausgaben für die Kommune. Es sind die Budgets an sich nicht so ohne weiteres vergleichbar. Herr v. Kardorff hat aber diesen Vergleich gemacht, und Herr Buhl hat es z. B. bei einer anderen Gelegenheit auch so gemacht, daß er die Steuern in Bausch und Bogen pro Kopf der Bevölkerung von Frankreich, England und Deutschland verglichen hat. Folgen wir einmal diesen beiden Herren! Ich möchte zunächst einmal England herausnehmen und will Ihnen auch ein Exempel machen.

Herr Buhl gab damals an für England 40 Mark pro Kopf der Bevölkerung, für Frankreich 55. Ich will den Durchschnitt nehmen nach dem neuesten mir in den Hauptzahlen vorliegenden Budget, pro 1888/89; da kommen etwa 38 1/2 Mark auf den Kopf der Bevölkerung in England an direkten und indirekten Steuern. Jetzt wird es mäßiger sein; denn England ist ja dasjenige Land, welches in der glücklichen Lage ist, Finanzminister zu haben, die nicht bloß mit Steuererhöhungen kommen, sondern auch einmal ein paar Dutzend Millionen zu Steuererleichterungen übrig haben, wie Minister Göschen beim letzten Budget zur Freude der Engländer gethan hat. Wie steht es nun bei uns? Ich kann, da ich die direkten Steuern mit in Betracht ziehen muß, hier nur für Preußen das Exempel machen; die Verhältnisse in den anderen deutschen Staaten werden ähnlich sein. Wir haben in Preußen 1890/91 6,1 Mark direkte Steuern pro Kopf der Bevölkerung und Stempel- und Erbschaftssteuer 28 Millionen, macht 1 Mark pro Kopf der Bevölkerung; an indirekten Steuern hat das Reich 1889/90 nach dem Ist 13 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Das sind also 13 + 1 + 6,1; macht also 20,1 Mark in Deutschland gegen 38 Mark in England.

Nun muß man sich aber diejenigen Lasten ansehen, welche durch die Gesetzgebung dem einzelnen Lande sonst noch auferlegt werden. Sie werden nun doch ohne weiteres einräumen, — und ich glaube, selbst mein verehrter Gönner, der Herr Abg. Graf Kanitz, den ich eben vor mir sehe, wird mir es einräumen müssen, da er jetzt zu denjenigen gehört, die sagen: der Zoll wirkt und zwar besonders der Zoll auf das Getreide —, daß die Lasten der

Schutzzölle gleich denen der Steuern zu betrachten sind. Nun machen Sie dieses Exempel einmal allein für die Kornzölle! Meine Herren, wenn Sie nach der amtlichen Statistik des Verbrauchs vom letzten Jahre die Zolllast berechnen, so kommen Sie auf 610 Millionen, und zwar bei Roggen, Gerste, Weizen und Hafer, — 610 Millionen! Davon ab die 100 Millionen für in die Reichskasse kommende Getreidezölle, macht 510 Millionen; also allein von Getreidezöllen 10 bis 11 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Dies rechnen Sie den 20,1 Mark zu, dann haben Sie für die große Masse schon 31 bis 32 Mark gegen 38 in England. Aber ich bin noch nicht mit meiner Rechnung fertig. Nun rechnen Sie einmal, was Holz, Eisen, Speck, Fleisch und alle die anderen Dinge, Textilfabrikate u. s. w. infolge des Schutzzolles an Lasten hinzubringen. Ich glaube, ich kann getrost die Behauptung wagen — und niemand, auch ein solcher Rechenkünstler wie der Herr Abg. v. Kardorff nicht, wird dem entgegentreten —, daß die deutsche Nation in ihrer großen Masse mehr absolut belastet ist als die englische infolge der Steuern und der staatlichen Gesetzgebung.

Nun, meine Herren, frage ich Sie: kann Deutschland mit England in Bezug auf den Reichtum verglichen werden? Ich will in dieser Beziehung nur ein paar Zahlen geben. Nach Soetbeer hat nach den letzten Ermittelungen England im Jahre 1876 Einkommensteuer — und die Einkommensteuer wird von 150 Pfund Sterling an, wie Sie wissen, erhoben; es sind also die Einkommen unter 3000 Mark steuerfrei — von 11½ Milliarden Einkommen erhoben, und im Jahre 1887 ist der Betrag des Einkommens auf 12½ Milliarden hinaufgegangen. In Preußen haben wir in derselben Zeit von allen Einkommen von über 2000 Mark von 2⅕ Milliarden Einkommen und 1887 von 2⅔ Milliarden Einkommen erhoben. Also 12½ Milliarden Einkommen von über 3000 Mark in England und 2⅔ Milliarden von Einkommen von dem Einkommen über 2000 Mark in Deutschland!

Meine Herren, auch diese Zahlen geben zu denken. Ich räume ein, daß sie nicht ohne weiteres zu vergleichen sind; die Eisenbahnen z. B. fehlen bei uns, während sie in England einbegriffen sind; sie kommen aber doch in entscheidendem Maße nicht in Betracht. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß die Engländer mindestens zwei- bis dreimal so reich sind als wir; ich glaube, dem wird niemand widersprechen. Trotzdem zahlen wir absolut an Steuern und Schutzzöllen mehr als das reiche England. Meine Herren, ich weiß nicht, haben die Herren, hat der Herr Schatzsekretär neulich, als er uns darauf hingewiesen hat, wir möchten doch einmal einen Vergleich mit den anderen Ländern ziehen, — haben sich diese Herren das auch vergegenwärtigt? Ich frage den Herrn Schatzsekretär: ist er im stande, diese Zahlen zu bemängeln oder zu vernichten? Ich ziehe die Konsequenz daraus, daß er verpflichtet wäre, soweit es irgendwie in seiner Macht steht, jeder Erhöhung der nicht unbedingt notwendigen Ausgaben in der festen Ueberzeugung, daß die Sache nicht mehr weiter geht, entgegenzutreten.

Und was haben wir von dem Herrn Schatzsekretär gehört? Nichts weiter, als daß wir in nächster Zeit uns den Kopf zerbrechen müßten über neue Steuern. Meine Herren, mir liegt hier eine Zahl vor, die ich mit allem Vorbehalte geben will; sie kommt mir fast unglaublich vor, ich kann sie noch nicht genau kontrollieren, sie stimmt nicht ganz mit der von Herrn Kardorff. In Frankreich haben seit 1879 die indirekten und direkten Steuern zusammengenommen — ich will Sie nicht mit Spezialitäten ermüden — verhältnismäßig nur um sehr wenig, um ein paar Mark pro Kopf der Bevölkerung zugenommen, — seit dem Jahre 1879! So wenigstens nach den mir vorliegenden Berechnungen nach dem Gothaischen Hofkalender; nach dem Etat habe ich mir die Sache noch nicht ausgerechnet. Also selbst das reiche

Frankreich hat sich sehr gehütet, in den letzten Jahren die Steuerkraft der Bewohner in so hohem Grade anzuspannen. Nun sehen Sie einmal den Galopp, in dem wir auf dieser Bahn gelaufen sind! Vor zehn Jahren hatten wir an Zöllen 103½ Millionen Einnahmen, macht 2,3 Mark pro Kopf der Bevölkerung, und im vergangenen Jahre 1889/90 eine Isteinnahme von 350 Millionen Mark, also ein Plus von 250 Millionen, 7,3 Mark pro Kopf der Bevölkerung, während wir vor elf Jahren noch 2,3 Mark pro Kopf hatten. Ist das nicht eine erschreckende Thatsache? Und das sind gerade diejenigen Steuerobjekte, die getragen werden von den ärmsten Schichten der Bevölkerung. In Frankreich sind die Steuern seit jener Zeit fast unnennbar in die Höhe gegangen und bei uns in dem erwähnten kolossalen Maß allein bei den Zöllen; von Branntwein u. s. w. ist dabei noch gar keine Rede, — ich habe diese Dinge gar nicht mit hineingerechnet, sondern nur die Zölle allein. Von 2 bis 7 Mark pro Kopf der Bevölkerung!

Und dann, meine Herren, werden uns immer noch neue Projekte angesonnen. Was soll das werden? Hat der Herr Schatzsekretär etwa gesagt: wir sehen es ein, diese Politik ist unhaltbar, diese Liebesgabe von 40 Millionen an die Brenner, die ihnen ohne Recht und Würdigkeit ohne weiteres zufließen aus den Taschen der Konsumenten, — wir wollen einmal dieselben wenigstens auf die Hälfte reduzieren? Kein Wort davon! Im Gegenteil, ich traue den Herren zu, daß sie sogar eine heimliche Liebe zur Erhaltung und Konservierung der Liebesgabe haben. Hat er uns ein Wort gesagt von den Zuckerprämien? Kein Wort davon. Was aber hat er uns gesagt? Getreidezölle, darauf macht euch keine Rechnung, die dürfen nicht angerührt werden, schon im Interesse unserer Finanzen nicht. Ich weiß es, das war eben die böse That. 100 Millionen bringen die Getreidezölle ein; und jetzt finden wir sogar Finanzminister, welche daran nicht rühren wollen, die früher mit uns der Meinung waren, daß dies ein schädlicher Zoll für die Landwirtschaft sogar wäre. Früher hat man gesagt: das soll kein Finanzzoll werden; im Gegenteil, wir bedauern jeden Groschen, der den Finanzen des Reiches zu gute kommt; er soll lediglich als Schutzzoll der Landwirtschaft dienen. Ja, sehen Sie, wie vergnügt der Herr Schatzsekretär, der früher Gegner der Getreidezölle war, bereits auf seinem Geldsack sitzt und nicht einen einzigen Groschen herausgeben will aus den Getreidezöllen.

Weiter, meine Herren, Reichseinkommensteuer! Diese armen Phantasten und Idealisten, die wir sind. Wir haben uns allerdings erwärmt nach dem Vorgang der 74er Liga, zu der auch mein verehrter Gönner Herr v. Minnigerode, der leider nicht mehr hier ist, gehörte, für die Reichseinkommensteuer, weil man darin ein Mittel sah, erstens, das Reich nach gewissen Seiten hin auf eigene Füße zu stellen, und zweitens, um endlich auch an die wohlhabenden Leute im Reich heranzukommen. Was sagt der Herr Schatzsekretär? Das geht nicht. Im Bericht steht es nicht; er hat in der Kommission aber allerdings gesagt, die Frage wäre diskutabel. Ich gebe aber zu, es hatte wenig Bedeutung gegenüber dem, was nachher kam. Er hat sogar den Art. 70 der Verfassung — ich glaube, das steht im Bericht — angeführt, der das verbiete. Meine Herren, in dem Art. 70 steht einfach nur: solange keine Reichssteuern eingeführt sind, werden die Matrikularbeiträge erhoben. Und nun kommt der Herr Schatzsekretär und beruft sich auf diesen selben Artikel, der nicht mit einem, sondern mit drei Fingern auf die neuen Reichssteuern hinweist, und ich führe wiederum Herrn Miquel als Autorität an und Twesten, die ausdrücklich gesagt haben: die Matrikularbeiträge sollen nur so lange gelten, als neue konstitutionell gleichwertige Steuern von uns angenommen sind.

Ja, meine Herren, ich bin doch der Meinung — ich könnte diese

finanziellen Betrachtungen noch sehr weit fortsetzen —, daß diese Thatsachen schon hinreichen, um uns klar zu machen, es wäre unverantwortlich, wenn die Volksvertretung angesichts einer solchen Erklärung des maßgebenden Faktors in unserer Reichsfinanzverwaltung ohne weiteres und im Vertrauen, daß die Dinge doch so schlimm nicht werden, und wir wohl ohne neue Steuern wegkommen werden, sich auf die Dinge hineinstürzt. Nein, meine Herren, das kann ich nicht; das duldet mein konstitutionelles Gewissen nicht. Die Herren mögen warten bis zum Etat und mögen uns dann einen Finanzplan vorlegen; wir wollen vor allem wissen: welches werden die neuen Steuern sein? Soll das eine Fortsetzung jener unseligen Schutzzoll- und Finanzpolitik sein, oder will man endlich in andere Bahnen einlenken? Darüber haben wir nichts gehört, und was wir gehört haben, hat in uns die allerschlimmsten Befürchtungen aufkommen lassen.

Meine Herren, Gambetta hat früher — und ich habe schon einmal von dieser Stelle davon Notiz genommen — gesagt: die Deutschen haben uns mit den Waffen in der Hand besiegt; jetzt werden wir den Finanzkrieg mit Deutschland führen, und in diesem Finanzkrieg werden wir die Sieger sein. Ich habe gespottet über das Wort des Herrn Gambetta. Ja, meine Herren, dieses Wort scheint ernst werden zu wollen. Wenn Sie die Entwicklung der Finanzen in Frankreich und in Deutschland in den letzten Jahren ansehen, dann möchte es mir fast so scheinen, als wenn wir in der That schon über das Maß des Zulässigen in der Beziehung hinausgegangen sind.

Meine Herren, wir haben nicht die Neigung, in diesem Finanzkrieg zu unterliegen; wir haben die feste Ueberzeugung, daß es auch anders gehen möchte. Wir haben das Vorbild in unseren Altvordern. Man hat mit kleinen, verhältnismäßig winzigen Summen es damals verstanden, Europa gegenüber sich zu halten; man hat aber auch die Finanzen als die erste Reserve des Volkes angesehen und nicht in der Weise die Schulden und die Steuern erhöht, wie wir das in den letzten Jahren gethan haben. Wir haben, glaube ich, mit Recht daher die Forderung gestellt: alles, was nicht unbedingt notwendig ist, muß bis zur nächsten Session vertagt werden, und dann werden wir ja auch die Sache ruhig und in aller Unbefangenheit erwägen können.“ . . . . .

Ueber die neuen Steuern verberge der Schatzsekretär seine Gedanken in tiefem Dunkel. „Wollen Sie nicht die Güte haben, z. B. heute, bei dieser Militärvorlage, Ihre Gedanken über die neuen Steuern zu offenbaren? Ich glaube, es wäre wirklich gut. Wir haben jetzt so viel Zukunftsperspektiven — hören wir doch auch die finanziellen!

Und dabei bedenken Sie, welche Aufgaben uns im übrigen obliegen! Der Herr Schatzsekretär hat die Invalidenversicherung mit 10 bis 13 Millionen für die nächsten drei Jahre in Anrechnung gebracht. Wir wissen darüber noch nichts, aber in absehbarer Zeit haben wir hier eine Ausgabe von 50 bis 100 Millionen mehr, und daneben noch andere Ausgaben: die Entwicklung der Marine, Kolonialpolitik u. s. w. Ich gratuliere Ihnen, wenn Sie dabei gleichmütig und ruhig in die Zukunft schauen können. Ich bin Optimist vom Kopf bis zur Zehe, aber angesichts dieser Thatsache, bei dem Studium unserer Finanzverhältnisse, bei der Kenntnis der Lage unserer arbeitenden Klassen und kleinen Leute im Lande möchte ich doch wirklich sagen: bis hierher und nicht weiter! Wir müssen endlich einmal einen festen klaren Finanzplan haben, eine wirkliche Steuerreform, denn die bisherige war nichts weiter als eine fortgesetzte Vermehrung der Steuern. Der Herr Schatzsekretär hat uns in Aussicht gestellt mehr indirekte Steuern im Reich, mehr direkte in Preußen und in den übrigen Einzelstaaten. (Zuruf. Widerspruch.) — So steht es wohl auch im Bericht. Ich provoziere auf die Mitglieder der Kom-

mission, so ist es allerdings gesagt worden: zugleich eine Vermehrung der direkten und indirekten Steuern. Ich glaube, daß der Herr Schatzsekretär das nicht wird in Abrede stellen können.

Und nun dazu die Aufgaben, die in den Einzelstaaten unserer warten. Ich frage die Herren Kollegen aus Preußen: was verlangt die Schule nicht bei uns noch?! Sie wird noch große Ausgaben, die absolut unvermeidlich sind, erfordern; denn auf diesem Gebiet können wir hinter anderen Kulturstaaten nicht zurückbleiben. Ich meine, daß wir in der That verlangen dürfen: es darf nur das absolut Unentbehrliche bewilligt werden in dieser Session. Alles, was in diesem Augenblick nicht absolut nötig ist — und mir ist zweifelhaft, ob irgend etwas nötig ist —, das muß vertagt werden bis zur Herbstsession. Wir können die Dinge nicht so weiter gehen lassen. Meine Herren, es ist in weiteren Volkskreisen, bis in die konservativen hinein, dieselbe Meinung verbreitet; Sie werden davon noch mehr erleben. Das Gefühl: so geht es nicht weiter, — das geht auch über die Grenzen Deutschlands weit hinaus. Von Thronen, aus den Parlamenten, von der Presse der gesamten europäischen Kulturwelt ertönt in der letzten Zeit der Ruf: so geht es nicht weiter.

Meine Herren, überall heißt es: noch niemals waren die Verhältnisse so friedlich wie heute; eine Friedensbotschaft kommt nach der anderen. Der Vertrag, von dem der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts heute gesprochen hat, den wir glücklicherweise mit England geschlossen haben, gibt uns eine neue Friedensbürgschaft durch die neubefestigte Freundschaft zweier großer Kulturvölker, die nach Abstammung und Gesinnung so nahe stehen. Wir haben den Dreibund, das feste Bündnis mit Oesterreich und Italien — und trotz alledem kommen einen Tag nach dem anderen nur Nachrichten aus den Parlamenten über weiter fortgesetzte Rüstungen! Sie haben andererseits noch in den letzten Tagen aus Italien gelesen, daß man jetzt schon an parlamentarische Anträge auf ein europäisches Schiedsgericht denkt, daß der Antrag an die Regierung, an Crispi, gestellt ist, daß auf ein solches hingewirkt werden soll. Sie haben aus Spanien ähnliche Verhandlungen gelesen, die Worte des Papstes, worin er bittere Klage führt über das fortwährende Anwachsen der Armeen in Europa, das geradezu schädigend auf die Kulturentwicklung einwirkt. Sie haben in Oesterreich — und das ist besonders charakteristisch — den Kriegsminister von offizieller Stelle aus auf den „krankhaften Zustand“ des allseitigen Strebens auf Erhöhung der Kriegsmacht hinweisen sehen; Sie haben gehört, wie Baron Bauer, der dortige Kriegsminister, sagte, der gegenwärtige ungesunde Zustand müsse zu einem Ende kommen, entweder durch eine Katastrophe oder durch eine entschiedene Gesundung des Friedens. Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche diese Katastrophe wünschen; ich bin dem Fürsten Bismarck neben dem Dank, den wir ihm schulden für seine Arbeit für die Errichtung des Deutschen Reichs, auch dafür besonders dankbar, daß er die Meinung immer bei uns vertreten hat: ich halte den Frieden, solange ich ihn halten kann. Wir verlangen nicht die Katastrophe, von der Graf Moltke gesagt hat, sie müßte eintreten, denn diese Lasten könnten auch reiche Länder lange Zeit nicht ertragen. Wir sind nicht des kindlichen Glaubens, daß wir in Deutschland mit der Abrüstung anfangen sollen. Aber wir sind allerdings der Meinung, daß die Regierten sowohl wie die Regierenden — und diese in erster Reihe — die Verpflichtung haben, daß sie solche Worte, wie sie offizielle Persönlichkeiten, wie der Kriegsminister von Oesterreich, aussprachen, beherzigen und die notwendigen Schritte thun. Ja, meine Herren, die Friedensalliance muß sich schließlich immer weiter über Europa ausbreiten. Ich sehe eine Gefahr darin: wenn die Fürsten und die Regierungen nicht den Anfang machen werden, diesen Dingen ernsthaft näher

zu treten, diesen unerträglichen Zuständen endlich ein Ende zu machen und eine bestimmte Grenze zu setzen — die konservativen Zeitungen haben sich in letzter Zeit mit diesem Gedanken befreundet, die früher ihn verspotteten —, dann wird allerdings eine internationale Verbrüderung der Massen, für die Sie die Keime bereits sehen, entstehen und sich ausbreiten, und man wird dann von jener Seite Aufgaben in die Hand nehmen, die in die Hand zu nehmen die Pflicht der Regierenden wäre. Ich bin allerdings der Meinung, daß den gegenwärtigen Zustand unsere Kultur nicht lange mehr verträgt.

Der Herr Abg. Graf Moltke sagte am 24. April 1877:

> Glücklich werden die Zeiten sein, wo die Staaten nicht mehr in der Lage sein werden, den größten Teil aller ihrer Einnahmen zu verwenden bloß auf die Sicherheit ihrer Existenz, wo die Regierungen nicht nur, sondern auch die Völker und die Parteien sich überzeugt haben werden, daß selbst ein glücklicher Feldzug mehr kostet, als er einbringt, denn materielle Güter mit Menschenleben zu erkaufen, kann kein Gewinn sein.

Ich wünschte, daß diese kostbaren Worte Gemeingut aller würden, und daß danach auch gehandelt würde. Ich glaube, die Völker werden demjenigen den unsterblichen Ruhmeskranz auf das Haupt setzen, der, er mag sein, wer er wolle, die Initiative ergreifen wird zu diesem großem Friedenswerke.

Meine Herren, ich habe gern für die Militärvorlage stimmen wollen; nach meiner Vergangenheit werden Sie das natürlich finden. Nach den Auseinandersetzungen, die ich mir zu machen erlaubt habe, werden Sie es ebenso natürlich finden, daß ich es als Gewissenspflicht halte, dieser Vorlage meine Zustimmung nicht zu geben. Die Militärverwaltung hat jetzt, wie in früheren Jahren, jedem Verlangen, endlich einmal den finanziellen Mehrforderungen gegenüber eine andere Erleichterung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung herbeizuführen, ein einfaches non possumus entgegengesetzt; und da, meine ich, haben wir die Pflicht, jetzt zu sagen: bis hierher und nicht weiter! Wenn der Militärverwaltung daran liegt, die große Mehrheit des Reichstags für sich zu gewinnen und mit ihr in Uebereinstimmung zu handeln, dann ziehen Sie endlich die Konsequenzen aus dem, was das deutsche Volk mit Recht verlangt hat. Fortsetzung der bisherigen Finanzpolitik, der bisherigen Militärpolitik ohne Kompensationen, welche das Volk mit Recht zu verlangen hat, ist ein Ding der Unmöglichkeit! Ich werde daher mit meinen Freunden gegen die Vorlage stimmen."

Abg. Dr. Windthorst:

Meine Herren, der Herr Vorredner hat es beklagt, daß wir diese Vorlage mitten im Hochsommer hier beraten müssen, und gemeint, daß es doch wohl richtiger gewesen wäre, zu einer anderen Zeit uns mit derselben zu beschäftigen. Ich wäre ganz seiner Meinung, wenn die Angelegenheit, die uns beschäftigt, Aufschub gestattete. Daß sie das thue, habe ich von ihm bewiesen zu sehen gehofft; aber er hat den Beweis auch nicht einmal angetreten. Wir haben uns deshalb weniger über die Gegenwart als über die Vergangenheit zu beklagen.

Es kann nicht zweifelhaft sein — ich habe das schon bei der ersten Lesung gesagt —, daß die Vorlage, die wir jetzt haben, bereits im Januar uns hätte vorgelegt werden können. Sie ist uns nicht vorgelegt worden und lediglich deshalb nicht, weil man fürchtete, sie würde auf die kommenden Wahlen einen bedenklichen Einfluß haben. Ich glaube nun allerdings, daß wir es doch nicht so gar sehr zu beklagen haben, daß sie uns damals nicht vorgelegt ist; denn ich habe eine Ahnung, daß infolge des Liegenbleibens doch eine wesentliche Abminderung derjenigen Forderung stattgefunden hat,

welche damals ins Auge gefaßt war. – Das über die Frage der Zeit, zu der wir verhandeln.

Meine Herren, ich bin mit dem Herrn Vorredner darin einverstanden, daß die Forderungen, die hier vor uns liegen, im größten Grade bedauerlich sind, und ich gäbe vieles darum, wenn man in der Lage wäre, diese Forderungen abzulehnen. Denn das ist unzweifelhaft, daß diese Mehrforderung an Menschen, diese Mehrforderung an Geld schwer auf der Bevölkerung ruhen wird; und die tiefgehende Bewegung, die wir in ganz Deutschland über diese Vorlage und infolge derselben vor uns sehen, beweiset, wie sehr schon jetzt, ehe einmal das Gesetz zu Geltung und Ausführung gelangt, der Druck empfunden wird. Wenn man darüber nähere Kunde haben will, so braucht man ja nur die hier versammelten Kollegen aus den verschiedensten Teilen des deutschen Vaterlandes zu fragen; man braucht nur die Zeitungen einzusehen, braucht nur die täglich massenhaft einlaufenden Briefe und Proteste sich zu vergegenwärtigen, und man wird sich darüber klar werden müssen, daß diese Vorlage tief in die Schichten der Bevölkerung und bis in das Mark der Bevölkerung gedrungen ist. Daß das so ist, meine Herren, ich weiß das. Man hat es nötig gefunden, mir auf die verschiedenste Weise das persönlich zu insinuieren; man hat es nötig gefunden, in den Zeitungen besonders mich darüber anzugehen, anzuklagen, zu verkleinern, in jeder Weise auf mich zu schmähen. Mich hat das an sich wenig gerührt; denn nach so langer parlamentarischer Thätigkeit bin ich schon gewöhnt, geschmäht zu werden, bald von den Regierungskreisen, bald von den Mittelparteien — die sind recht schlimm gewesen — (Heiterkeit), bald von der Linken, und die werden anscheinend jetzt den Versuch machen, mit den Mittelparteien zu wetteifern. Hilft alles nichts, ich werde ruhig meinen Weg weiter gehen, meine Pflicht thun und dann Gott überlassen, die Dinge zu leiten, wie es in seinen Ratschlüssen liegt. (Zuruf links.) — Wollen Sie mir etwas sagen, so sagen Sie es lauter! Sobald Sie laut genug gesprochen, bekommen Sie sogleich hier oder nachher die Antwort. (Heiterkeit.)

Meine Herren, es ist mir besonders die Frage zu Gemüte geführt worden, wie es doch denkbar sei, daß ich und meine Freunde nun mit einem Male in das Regierungslager übergegangen seien. Ich weiß nicht, daß wir in das Regierungslager übergegangen sind; ich wenigstens befinde mich in demselben nicht. Es heißt aber nicht, ins Regierungslager gehen, wenn man eine einzelne Maßregel, die die Regierung vorschlägt, für richtig anerkennt und sie verteidigt. Wenn man hierher gekommen wäre mit dem Vorsatze, unter allen Umständen und zu allen Vorlagen Nein zu sagen, dann brauchte man ja gar nicht hier zu sein; man könnte einfach sein Votum schriftlich einschicken, und damit wäre die Sache zu Ende. Es wäre dann vielleicht überhaupt besser, den Saal hier zu schließen.

Meine Freunde und ich haben in all der Zeit, in der wir hier sind, es uns zur festen Aufgabe gemacht, die Regierung zu unterstützen, wo sie Recht hat, und sie zu bekämpfen — und sie mit Energie zu bekämpfen —, wenn sie Unrecht hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich wünschte, daß sie in der Vergangenheit mehr Recht gehabt hätte, als sie wirklich gehabt hat. Was die Zukunft bringen wird, haben wir zu erwarten.

Man hat mir zu Gemüte geführt, wie es möglich sei, daß wir in dieser Sache der Regierung entgegenkommen, obwohl sie uns in den vitalsten Lebensinteressen in Bezug auf die Kirche und Schule so wenig entgegengekommen; ihr entgegenkommen, nachdem wir soeben im Abgeordnetenhause des preußischen Staats die heftigsten Diskussionen über die Sperrgeldervorlage gehabt haben. Nun, ich erkenne an, daß es allerdings ein großes Maß von Ueberwindung kostet, nach solcher Behandlung, die noch nicht aufgehört

hat, und von der wir nicht wissen, ob sie überhaupt aufhören soll, das zu thun, was recht ist. (Sehr wahr! im Zentrum.) Aber ich bin der Ansicht: daß, wenn wir hier im Lande, in Deutschland überhaupt, mehr oder minder als Stiefkinder behandelt worden sind, behandelt werden und voraussichtlich auch in Zukunft noch wenige Aussicht haben, daß das abgeändert wird, wir doch verpflichtet sind, als treue Unterthanen nach dem Maße unserer Kräfte und unserer Erkenntnis das zu thun, was recht ist, — auch für diejenigen, die uns schlagen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Man hat bei Vorlagen dieser Art sich zu fragen: was erfordert die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Vaterlandes? und wenn die in Frage kommen, dann müssen alle anderen Erwägungen zurücktreten. (Bravo!)

Sorgen wir, daß wir zunächst das gemeinsame Vaterhaus sichern und verteidigen; dann wollen wir in diesem Vaterhause unsere Streitigkeiten ausfechten, und ich denke: wenn wir gemeinschaftlich zusammengewirkt haben, um das Vaterhaus zu schützen, dann werden wir uns alle, mehr noch als bisher, achten gelernt haben, werden die ewigen Quereleien über Staatsfeindschaft u. s. w. beiseite legen, und in gemeinschaftlicher Arbeit thun, was möglich ist, um uns zu vergleichen. Und können wir uns nicht vergleichen, so wollen wir uns im Vaterhause gründlich auseinandersetzen; Sie sollen mich immer bereit finden.

Nun entsteht also für mich lediglich die Frage: ist die Forderung, die hier vorliegt, notwendig zur Sicherung des Vaterhauses, des Vaterlandes, seiner Unabhängigkeit, seiner Grenzen? Ich bin bei sorgfältiger Prüfung, dahin gekommen, daß ich glaube, wir können das Verlangen, welches hier an uns gestellt wird, nicht ablehnen.

Was verlangt man von uns? Es ist nicht ein Geringes. Man verlangt zunächst diejenigen Mittel, welche erforderlich sind, um die zwei Armeekorps, welche wir bereits bewilligt haben, vollständig auszugestalten, die fehlenden Spezialwaffen zu beschaffen und die Lücken, welche in der Infanterie entstanden sind, wieder herzustellen. Man verlangt von uns die Vermehrung der Artillerie, welche gegenüber der Artillerie der Nachbarstaaten nicht ausreicht.

Wir sind meist gewohnt, unsere Streitkräfte zu vergleichen mit denen der Franzosen. Da ist aus den Mitteilungen, die uns gemacht sind, aus den einfachen Begründungen für die Vorlage, die die Regierung uns gegeben hat, klar, daß die französische Artillerie allein um 116 Batterien größer ist als die unsrige, und daß, wenn die 70 Batterien, die jetzt verlangt werden, bewilligt worden und aufgestellt sind, die französische Artillerie noch immer 40 Batterien mehr haben wird. Meine Herren, glauben Sie es verantworten zu können, wenn unsere Armee, zum Kampfe aufgefordert, hinauszöge mit einer solchen Inferiorität in Beziehung auf die Artillerie, welche — das weiß ja jedermann — meistens die Entscheidung der Schlachten in sich trägt?! Ich kann das nicht verantworten. Ich will nicht, daß meine Brüder, welche die Pflicht haben, Leben und Gesundheit und alles einzusetzen, nur deshalb unterliegen, weil sie nicht mit gleichen Waffen gerüstet sind, wie die Gegner, die sie zu bekämpfen haben. (Bravo!)

Meine Herren, wenn das in Frage ist, so kann ich auch nicht sagen, daß ich die Befriedigung einer solchen Forderung hinausschieben will bis zum Herbst oder Winter, wo uns ein näherer Finanzplan vorgelegt werden soll. Denn es würde damit eine kostbare Zeit zur Beschaffung dessen, was notwendig ist zur Ausführung dieses Gesetzes, verloren gehen. Und wer sichert uns bei der ungeheuren Spannung in allen Verhältnissen, wenn auch augenblicklich, Gott Lob! der Frieden gesichert zu sein scheint, daß nicht irgend ein unerwartetes Ereignis plötzlich uns zum Kampf fordert? Wir

haben es ja schon einmal hier erlebt, wie die Kriegserklärung Frankreichs von der Tribüne dort vom Reichskanzler verlesen wurde, die doch zu der Zeit Wenige erwartet hatten.

Meine Herren, der verehrte Herr, der eben sprach, hat mit vollem Recht gesagt, daß bei solchen Bewilligungen man auch übersehen müsse, wie die Kosten, die dadurch verursacht werden, gedeckt werden können; und ich muß ihm zustimmen, daß in der Hinsicht uns bis jetzt noch nur unvollkommene Daten gegeben worden sind. Ich bin allerdings nach dem, was wir gehört haben, der Ansicht, daß unsere Finanzverwaltung mehr, als bisher geschehen ist, die kommenden Ereignisse zu überschauen und darnach ihre ganze Finanzgebarung einzurichten hat und nicht erwarten darf, bis es auf den Nagel brennt, und sofort diese und jene Ausgabe gemacht werden muß. Ich bin mit dem verehrten Herrn einverstanden, daß wir notwendig dahin kommen müssen, einen vollen, durchsichtigen Finanzplan für das Reich und die Einzelstaaten herzustellen. Der Finanzminister des Reichs soll die Finanzminister der Einzelstaaten versammeln, und sie sollen in gemeinschaftlicher Beratung einen großen Finanzplan für ganz Deutschland einzurichten wissen, natürlich unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Einzelstaaten. Und man soll nicht warten, bis, wie bereits gesagt, mit einem Male eine notwendige Bewilligung einzutreten hat; dann ist für organische und vollständig durchsichtige und richtig bedachte Pläne keine Zeit mehr.

Ich würde, von diesem Standpunkt ausgehend, auch zu dem Schlusse kommen, wir sollen mit der Bewilligung, die hier in Frage, warten, bis uns ein solcher Plan vorgelegt sein werde. Ob man ihn zu entwerfen die Absicht hat, weiß ich nicht; versprochen ist in der Hinsicht nichts. Jedenfalls aber möchte ich, wie schon gesagt, nicht gern warten bis zu dieser späten Zeit, weil wir dann mit unseren Rüstungen zu spät kommen könnten; und ich beruhige mich damit, daß ich die Ueberzeugung gewonnen zu haben glaube, es werde dasjenige, was hier verlangt wird, — und über dieses hinaus bewilligen wir nichts, — aus den bis jetzt bestehenden Einnahmequellen noch gedeckt werden können. (Zuruf.) — Ich höre einen Zweifel — ich habe nicht gesagt, mit absoluter Gewißheit, weil eben die Dinge nicht vollständig klar vorliegen; aber ich habe aus allen den Erörterungen solche Ueberzeugung für mich gewonnen, und darum sage ich: es ist die finanzielle Frage für mich so, daß ich die Forderung dieser Vorlage, weil sie so dringend und eilig ist, jetzt bewillige, indem sie aus den bisher bestehenden Einnahmen gedeckt werden kann. Ich erwarte aber von der Regierung mit aller Bestimmtheit, daß sie diesen Herbst uns einen vollen und klaren Finanzplan vorlegt. Wir werden zu dieser Ausgabe allerdings auch nun einen Teil von Geldern zu verwenden haben, die zu anderen Zwecken notwendig gewesen.

Nun hat der verehrte Herr Vorredner gesagt, wir dürften unmöglich mehr bewilligen, als absolut notwendig. Der Satz ist nicht zu bestreiten, und wir haben uns wohl zu fragen, ob wir zu jeder Zeit dies Prinzip beachtet haben; und ich nehme keinen Anstand, meine Ansicht auszusprechen, daß seit Errichtung des deutschen Reichs wir mit zu großer Freigebigkeit gewirtschaftet und an die Zukunft zu wenig gedacht haben, — sonst würde manche Ausgabe sicher nicht bewilligt worden sein, die jetzt schwer ins Gewicht fällt. Wir waren nicht sparsam; lassen Sie es uns also fortan sein. (Heiterkeit links.)

Meine Herren, behalten Sie ja vollständig, was ich gesagt habe. Das allernotwendigste — sagte Herr Rickert, und ich mit ihm — muß bewilligt werden; und wenn das notwendig ist, um unser Haus zu schützen, so müssen wir unseren Rock hergeben, wenn wir nichts anderes haben, um die erforderlichen Mittel zu schaffen. Denn ich will unter keinen Umständen,

daß unser Haus niedergerissen werde, und daß die Feinde in unserem Lande herrschen. (Bravo! Zuruf links.) — Ich weiß nicht, was Sie sagen mit Ihrem „Produzent“; ich produziere leider sehr wenig.

Meine Herren, ich glaube nun, nach den Zahlen, die ich Ihnen angegeben, nach den Aeußerungen auch Sachverständiger, daß die geforderte Ausgabe absolut notwendig ist, die unter allen Umständen wird gemacht werden müssen, so schwer drückend sie auch wirkt; daß wir dafür aber auf allen anderen Gebieten eine größere Sparsamkeit eintreten lassen müssen, als sie bisher geübt worden ist. Bei der Vorlage über die Besoldungserhöhungen haben wir ja, glaube ich, einen guten Anfang in der Hinsicht gemacht. Es muß noch weiter gehen auf diesem Gebiet; und die Regierungen, die sich ja recht bald mit der Aufstellung der verschiedenen Budgets zu beschäftigen haben werden, mögen aus den bisherigen Verhandlungen entnehmen, daß sie die Ausgaben auf das allerknappste einrichten müssen, und daß keinerlei Luxusausgabe in dem Budget erscheinen darf.

Meine Herren, die Notwendigkeit der verlangten Weiterrüstung ist von keinem bis jetzt bestritten worden. Es ist möglich, daß einzelne der noch folgenden Redner dies thun werden, und ich glaube sogar, daß die Herren von der Sozialdemokratie bereits in der Kommission die Notwendigkeit nicht so voll anerkannt haben, wie das von unserer Seite geschehen ist. Aber alle anderen Parteien haben die Notwendigkeit anerkannt. (Zuruf.) — Ja wohl! den Herrn Kollegen Richter nehme ich gar nicht aus; und wenn er sich ausnimmt, so setze ich ihm seinen Kollegen gegenüber, der noch heute die Notwendigkeit an sich gar nicht bestritten hat, sondern nur an diese, von ihm nach meiner Ansicht für notwendig anerkannte Bewilligung Bedingungen knüpfen will, über die wir uns jetzt gleich weiter unterhalten werden.

Meine Herren, es ist ja traurig, daß wir zu solchen Militärrüstungen gezwungen sind, daß die Menschheit anscheinend nur noch da ist, um immer von neuem Soldaten zu bilden, um immer von neuem Waffen zu schmieden und neue zu erfinden, die am leichtesten und raschesten die Menschen massenhaft umbringen. In allen europäischen Staaten sehen wir diese Rüstungsvorbereitungen, die gar nichts gutes bedeuten. Ich würde daher allerdings glauben, daß wir bei Beratung der Forderung, die hier vor uns liegt, wohl überlegen könnten, inwiefern Anträge auf Abrüstung am Platze sein dürften. Wenn die Regierungen die Sachlage ruhig betrachten, so bin ich der Ansicht, daß auch ihnen der Gedanke von der Notwendigkeit einer solchen Abrüstung sich aufdrängen muß, und ich erwarte dann von dem Pflichtgefühl der Regierung, daß sie überlegt, inwiefern sie dazu mitwirken könne. Und ich nehme nicht Anstand, meine Herren, zu sagen, daß das mächtige Deutschland in dieser Hinsicht in Europa wohl ein entscheidendes Wort sprechen und vielleicht Einleitungen auf diplomatischem Wege machen könnte, welche mehr, als es bis jetzt geschehen, auf die Abrüstung hinwirken. Ich muß mit dem Abgeordneten Rickert anerkennen, daß der Antrag, welchen der Abgeordnete Bonghi in Italien gestellt hat wegen eines internationalen Schiedsgerichts, von uns nur mit der allerlebendigsten Sympathie begrüßt werden kann. Und was meine Freunde und mich insbesondere betrifft, so können wir uns nur glücklich schätzen, wenn das, was der heilige Vater bereits zu wiederholten Malen verlangt hat, daß die Völker daran denken sollten, sich im Frieden zu einigen, in dieser Weise nun endlich auch in der italienischen Kammer zur Anerkennung gekommen ist. Ich würde, wenn wir eben nicht so gedrängt wären in den Geschäften, meinesteils auch Anträge stellen, gerade wie Bonghi sie gestellt hat; und ich zweifle nicht, für dieselben hier im Hause die Majorität zu erlangen, obwohl ich anerkennen muß, daß die Ausführung solcher Anträge nicht so leicht ist. Ja, meine Herren, daraus, daß

etwas nicht so leicht ist, werde ich niemals ein Hindernis für mein Vorgehen entnehmen. Wir haben größeres überwunden. Haben Sie denn geglaubt, daß es möglich gewesen wäre, so rasch die Ideen, welche in Bezug auf die Gesetzgebung für die Arbeiter ausgesprochen worden sind, in einem internationalen Kongreß zu erörtern? Haben Sie geglaubt, daß ein solcher Kongreß derartige Erfolge haben würde, wie er sie gehabt hat? (Sehr wahr!) Als er berufen wurde, hat jeder gesagt: es war ein Schlag ins Wasser. Nein, meine Herren, es war kein Schlag ins Wasser; wir sind mit den Ergebnissen beschäftigt, und in allen anderen Ländern sind dieselben Ideen jetzt wach und lebendig; und ich wollte sehen, wenn unser Kaiser einen internationalen Kongreß hierher beriefe zur Beratung der Frage: wie können wir endlich diesen entsetzlichen Rüstungen entgegentreten, ob das nicht auch Erfolg haben würde. (Sehr richtig!) Es muß erst in den Ideen der Menschen der Wandel entstehen; dann finden sich auch die Mittel. Wenn wir aber die rechten Ideen nicht haben, dann ist nichts zu machen. Ich begreife ja, daß die alten Herren, die in Macht und Besitz sind, keine Notwendigkeit dazu finden, — begreife, daß denen alles schwer wird, und daß sie sich nicht dazu aufraffen können. Ich bin noch jung genug (große Heiterkeit), um zu sagen: es ist hohe Zeit, daß die Frage international erörtert werde: wie machen wir diesen ewigen Rüstungen in allen Staaten ein Ende? Und den ersten Schritt dazu — es wird ihm das immer eine Ehre bleiben — hat der Herr Bonghi gemacht. Er wird nicht vergebens gemacht werden; das Echo, das ihm von hier aus entgegentönt, wird ihn hinter den Alpen erfreuen. Ich habe sonst keine große Ursache, für Herrn Bonghi und die Herren in Italien freundlich zu sein; aber wenn sie einmal etwas gutes thun, dann werde ich ihnen auch sicherlich nicht entgegentreten. Uebrigens ist Herr Bonghi sehr viel besser als Herr Crispi. (Große Heiterkeit.)

Meine Herren, wir sind aber zur Zeit an diese Abrüstungen, an die Vorbereitung der Ideen, an die Ausführung der Ideen noch nicht gelangt, und wir müssen deshalb als praktische Männer uns fragen: dürfen wir mit der Aussicht auf eine etwaige derartige Abrüstung etwas versäumen von dem, was notwendig ist zur Sicherheit und Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit unseres Landes? Und ich beantworte diese Frage selbstverständlich verneinend. So lange die Abrüstung nicht erreicht ist, so lange in allen anderen Staaten die Rüstung fortgeführt wird, müssen wir auch uns in der Verfassung erhalten, daß, wenn uns Krieg gebracht wird — bringen werden wir gewiß den Krieg niemandem —, wenn der Krieg uns gebracht wird, daß wir ihn dann auch führen können mit sicherem Erfolge; — und dazu müssen wir die Mittel bewilligen. Wenn wir so gerüstet dastehen, dann können wir auch fortfahren, unser Wort zu erheben in der Richtung, die ich bezeichnet habe, und wir werden dann gehört werden. Wenn wir aber zurückstehen in Beziehung auf die Bewaffnung, dann werden wir Gehör nicht finden.

Ich habe oben verglichen, wie wir stehen mit unseren Waffen gegenüber den französischen Waffen. Sehen wir aber einmal nach Rußland. Da ist eine unermeßliche Masse von Menschen, viel größer als bei uns; und außerdem sehen wir ja, wie Rußland mit aller Energie und allen finanziellen Mitteln — und es ist mit denselben an sich gar nicht so sehr ausgestattet — seine Rüstungen fortsetzt. Und was geschehen könnte, wenn uns das Unglück bereitet wäre, mit diesem ungeheuren Reich in einen Kampf zu geraten, das mag ich mir nicht ausmalen. Wenn aber gar Frankreich und Rußland sich vereinigten, dann wird es doch aller Anstrengungen und aller Tapferkeit bedürfen, daß wir bestehen. Ich bin sogar der Meinung, daß wir einem solchen gemeinsamen Feinde nur mit Oesterreich zusammen

gewachsen sein könnten, — und mit Italien, sofern es die Kräfte hat; aber ich glaube, daß wir auch mit Oesterreich allein einem solchen Kampfe zuversichtlich entgegengehen könnten, zumal wir sehen, wie auch in Oesterreich, gerade wie hier, die Regierung bemüht ist, ihre Wehrkraft zu stärken.

Meine Herren, ist so die Notwendigkeit anerkannt — und ich wiederhole, daß ich von keinem bis jetzt hier im Hause die Notwendigkeit bestritten gefunden habe —, dann sage ich: das Notwendige muß ich bewilligen und kann die Bewilligung nicht an Bedingungen knüpfen, welche die Bewilligung aufheben. (Zuruf links.) — Eine Bedingung, die nicht acceptiert wird, hebt die Bewilligung auf. Ich kann das sehr beklagen; aber an der Thatsache ist nichts zu ändern. Herren, welche die Notwendigkeit anerkennen, wollen an die Bewilligung zwei Bedingungen knüpfen; die erste Bedingung ist die, daß die Bewilligung der Präsenzziffer für die Zukunft alljährlich bei dem Budget festgesetzt werden soll; die zweite bezieht sich auf die zweijährige Dienstzeit. Beide Forderungen erachte ich für vollkommen berechtigt.

Die jährliche Bewilligung halte ich für vollkommen berechtigt. Der Herr Abgeordnete Rickert hat dies ganz besonders auch hier dargelegt, und ich kann mich darauf beziehen und bin auch mit ihm einverstanden, daß der Art. 63 von dem Herrn Kriegsminister durchaus irrig ausgelegt worden ist. In der Sache also ist zwischen uns keine Meinungsverschiedenheit; und wenn, wie ich gehofft, die Regierung diesem Antrag beigetreten wäre, würde ich sehr glücklich gewesen sein. Sie ist aber nicht beigetreten und hat kategorisch erklärt, daß daran jedenfalls zur Zeit nicht zu denken sei. Ich halte die Bewilligung an sich für notwendig, kann also diese Bedingung jetzt nicht stellen, weil ich damit Notwendiges verweigerte. Ich habe keinen Zweifel, daß diese Forderung durchgesetzt werden wird, wenn man sie konsequent verfolgt, und wir sind auf dem Wege zur Erlangung dieses Zieles, nach meiner Meinung, wenn ich drei oder vier Jahre zurückdenke, sehr viel weiter gekommen. Fahren wir fort und wir werden das Ziel, mit dessen materiellem Inhalt wir ja einverstanden sind, erreichen. Aber, wie gesagt, ich kann diese Postulate nicht aufstellen, weil ich damit das, was ich als notwendig erkenne, verweigere.

Was die zweijährige Dienstzeit betrifft, die in dem Antrage des Herrn Kollegen Bamberger verlangt wird, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das Volk in seiner Mehrzahl — ich kann sagen: die ganze Masse des Volkes — die zweijährige Dienstzeit verlangt, und ich bin der Meinung, daß die Regierungen sich wohl ernstlich fragen müssen, ob sie einem solchen, mit elementarer Gewalt auftretenden Verlangen des Volkes Widerstand zu leisten entschlossen sind. Inzwischen bin ich der Ansicht, daß, so kraftvoll unterstützt ich diesen Antrag finde, er doch so, wie er vorliegt, und überhaupt nicht als Bedingung der jetzigen Bewilligung aufgestellt werden kann, daß aber, da nun einmal darüber geredet worden ist, er nicht stillschweigend beseitigt werden darf, daß vielmehr der Reichstag mit voller Entschiedenheit für das Prinzip eintreten muß. Ob die darnach eintretenden weiteren Erörterungen nicht darlegen, daß man sich von der zweijährigen Dienstzeit zu viel erwartet, lasse ich einstweilen dahingestellt; ich prüfe die Frage nicht. Ich bin alt genug geworden, um zu wissen, daß, wenn ein Volk so etwas mit solcher Gewalt verlangt, man nicht widerstehen kann, und die Herren von der Militärverwaltung müssen sich dies klar und bestimmt vorlegen: was hier verlangt wird, verlangt das ganze deutsche Volk mit wenigen Ausnahmen (Widerspruch rechts; — sehr wahr! links) — mit wenigen Ausnahmen, darüber ist gar kein Zweifel. Ja, meine Herren, meine Ueberzeugung ist es, und wenn Sie Ihre Wähler fragen, werden sie auch so antworten. (Widerspruch rechts. — Lachen links.) Ich stelle es jedoch nicht

zur Bedingung, weil ich die jetzige Vorlage für notwendig erachte, habe aber sowohl rücksichtlich der Rickertschen als der Bambergerschen Forderung, die als Bedingung aufgestellt wird, anerkannt, daß sie innerlich berechtigt ist, und ich will diese meine Anschauung geltend machen in den Resolutionen, die Ihnen von der Kommission zur Annahme empfohlen worden sind.

Meine Herren, neben dieser auf die zweijährige Dienstzeit direkt hingehenden Forderung haben wir in einer von der Kommission gebilligten, sub 3 enthaltenen Resolution auch verlangt, daß sofort thatsächlich, sei es in den Rekrutenvakanzen, sei es durch eine größere Gewährung von Königsurlaub, eine Erleichterung eingeführt wird. Wenn ich anerkenne, daß die Regierung schwerlich in der Lage sein wird, rücksichtlich der vorhin von mir besprochenen Resolutionen sofort eine zusagende Erklärung abzugeben, so bin ich doch der Meinung, daß rücksichtlich der hier vorliegenden rein administrativen Forderung wohl eine Ansicht und eine Erklärung der Regierung beruhigend gegeben werden könnte, und ich stelle an die Herren Vertreter der Regierung das Ansinnen, daß sie, wenn es irgend möglich ist, eine solche Erklärung kurz, in knapper, soldatischer, fester Form abgeben. (Heiterkeit.) Meine Herren, kommt diese Erklärung, wie ich hoffe — ich weiß aber nicht (Heiterkeit links), wie sie lauten kann — Herr Kollege Singer weiß schon, daß sie kommt, es ist ja möglich, und ich hoffe es —, dann haben wir nach meiner Ansicht einen erheblichen Schritt auf der Bahn zur zweijährigen Dienstzeit vorwärts gemacht. Diese sogenannten Königsurlauber sind ohne Zweifel eine Konzession an den Gedanken der zweijährigen Dienstzeit; und wenn mit Konsequenz auf diesem Wege fortgegangen wird, und wir Kraft genug haben, dazu die Regierung zu veranlassen, so kommen wir von selbst auf das Ziel, welches ich Ihnen bezeichnet habe. Insofern lege ich allerdings einen großen Wert auf eine solche Erklärung.

Meine Herren, es würde — ich habe davon die feste Ueberzeugung — die Vorlage lange nicht die Schwierigkeiten erregt haben, welche jetzt vorliegen, man würde wahrscheinlich auch gar nicht auf die Frage der Kompensationen bei dieser Gelegenheit gekommen sein, wenn nicht die Regierung in voller Loyalität und in voller Offenheit uns vorgelegt hätte, welche weiteren Pläne sie habe, um dem Auslande gegenüber dauernd gewappnet zu sein. Die Darlegungen, welche in dieser Hinsicht in der Kommission gemacht wurden, haben mich — ich kann das nicht leugnen — fast niedergeschmettert, und ich bin der Meinung, wenn diese Pläne ausgeführt würden, würden sie das Land in einer Weise belasten, die es gar nicht tragen kann, und ich würde auch heute noch sagen: wenn wir so alle Männer unter die Waffen stellen, wer soll dann das Haus bestellen? wer soll die Mittel schaffen, welche notwendig sind zur Ernährung des Volkes und zur Ernährung der Armee selbst? Diese Pläne müssen — das ist meine feste Meinung — ein für allemal definitiv aufgegeben werden, und für mich ist in der ganzen Verhandlung nichts ernster und schwieriger gewesen als die Frage: in welcher Weise tritt man derartigen Tendenzen mit genügender Entschiedenheit entgegen?

Sie wissen nun aus den weiteren Verhandlungen, daß diese Erklärungen sehr modifiziert und sehr eingeschränkt worden sind, und daß sie einstweilen nur noch Erwägungen sind, die hier im Kriegsministerium gemacht wurden, daß aber die übrigen Regierungen noch nicht in der Sache gehört sind, daß überhaupt irgend ein fester Beschluß in der Hinsicht nicht vorliegt. Ich hoffe, daß, wenn diese Pläne nicht definitiv jetzt beseitigt würden, die verbündeten Regierungen sich doch ein wenig überlegen möchten, ob sie einem derartigen Plan zustimmten. Denn ein solcher Plan würde, durchgeführt, nach meiner Ueberzeugung alle übrigen Staaten von der Bildfläche ver-

schwinden lassen. Aber ich habe nach den Erfahrungen, die ich hier gesammelt, bei aller Hochachtung und Verehrung dieser einzelstaatlichen Regierungen, doch nicht die Ueberzeugung, daß sie Kraft genug haben würden, einem solchen Plan, wenn er ernstlich aufgenommen würde, Widerstand zu leisten, und darum habe ich gemeint, mit meinen Freunden beratend, was wir thun können, daß wir mindestens diesen Plänen gegenüber einen formellen klaren Protest zu erheben hätten, und dieser Protest ist in der Resolution Nr. 1 enthalten. Wissen die Herren mir nun anzugeben, in welch anderer Weise man diesen Plänen gerade in diesem Augenblick entgegentreten kann, als durch solchen Protest, dann werde ich glücklich sein; denn das ist — ich wiederhole es — nach meiner innigsten Ueberzeugung die Hauptsache, daß diese Pläne aus der Welt geschafft werden, und daß wir genau bleiben auf den Organisationen, in denen wir uns jetzt befinden.

Die Frage, ob, wenn dies bewilligt werde, dies das Letzte an Bewilligungen sei, haben wir präzis nicht beantwortet erhalten. Ich kann auch anerkennen, daß eine Regierung schwer im stande ist, eine feste, kategorische Erklärung zu geben, weil ja ihre eigenen Rüstungen von den Rüstungen anderer Länder dependieren; aber ich hätte doch gehofft und gewünscht, daß eine größere Beruhigung in der Hinsicht gegeben würde, als es bis jetzt geschehen ist, und darum habe ich und meine Freunde geglaubt, daß für die Zukunft ein festes Programm für das Verhalten auszusprechen nützlich sein müßte, teils weil das Programm diejenigen bindet, welche es aufstellen, teils, weil ein solches Programm den Regierungen sagt: hier ist die Grenze, — wollt ihr sie überschreiten? In der Richtung haben diese Resolutionen nach meiner innigsten Ueberzeugung einen großen Wert für uns alle. Ich weiß ja, daß gewisse Blätter bemüht sind, uns mit Gewalt in einen Konflikt zu treiben — ich beschuldige die Blätter, die, wie ich vorhin bezeichnet, meine Freunde und mich angriffen —, sie mögen es nicht begreifen, dann sage ich: Herr, verzeih ihnen, sie wissen nicht, was sie thun! — oder sie wissen es, dann habe ich kein Urteil mehr, was ich im Parlament aussprechen kann.

Meine Herren, in den Resolutionen, wenn der Reichstag sie hier annimmt, werden die Anträge Rickert und Richter in der Sache acceptiert, in der Geltendmachung allerdings modifiziert; ich bin aber der Meinung, daß auf dem Wege, der von mir und meinen Freunden bezeichnet worden, eher zum Ziele gekommen wird, als durch die Anträge. Denn werden die angenommen, wird die Vorlage verworfen, was würde kommen? Das zu erörtern, überlasse ich denen, die über politische Dinge nachzudenken im stande sind; das sind nicht alle Menschen. Auf dem Wege, den die Resolutionen bezeichnen, haben wir eine ruhige gesetzliche Entwickelung. Ob das auf dem anderen Wege auch möglich ist, lasse ich dahingestellt sein. Die Herren sagen in den Blättern: der Windthorst ist alt geworden; dem ist bange! (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, leider bin ich alt geworden, aber bange noch nicht. Und wenn so ein Konflikt wäre, würde ja ein lustiger Kampf sein, und der Kampf stählt die Glieder.

Indes, meine Herren, ich habe mein Vaterland zu lieb, um es in einen solchen Konflikt hineinzubringen. Wie das wirkt auf das soziale, auf das wirtschaftliche Gebiet, auf alle menschlichen Beziehungen und Thätigkeiten, will ich hier nicht ausmalen. Wer solche Konflikte durchgemacht — und ich habe sie durchgemacht in großen und kleinen Verhältnissen —, der weiß mehr davon. Deshalb ziehe ich, wenn auch ungern, den Weg der Resolutionen vor, da dadurch die Zukunft vollständig sichergestellt ist, da dadurch die Grundsätze anerkannt werden, die bisher bestritten waren, und da ein Protest erhoben wird gegen Pläne, die wir alle als unausführbar

betrachten müßten, wofür wir denn auch einen Beistand haben, der hoffentlich mächtiger ist als alle anderen, nämlich das Wort des verstorbenen Kaisers Wilhelm, der solche Pläne für undurchführbar hielt ohne den Ruin des Landes.

Nun sagt man, um meine Freunde und mich wohl besonders zu schrecken: ihr seid in voller Inkonsequenz eurer Handlungen; früher habt ihr gegen den Militarismus gekämpft, heute wollt ihr ihn unterstützen und bewilligen; ihr habt den Wählern etwas anderes versprochen, als ihr jetzt thun wollt. Meine Herren, wir haben jederzeit uns bemüht, die Forderungen für die Armee möglichst herabzudrücken; wo aber klar gemacht wurde, daß die Bewilligung notwendig sei, haben wir mit allen anderen für die Bewilligung gestimmt, und bei der letzten Septennatsvorlage haben wir alles bewilligen wollen, jeden Mann und jeden Groschen, — nur wollten wir es nicht auf sieben Jahre thun, während die anderen es auf sieben Jahre bewilligen wollten, — ich kämpfe mit ihnen heute nicht, weil ein Teil derselben zu meinen Anschauungen übergegangen ist; und wenn Frieden geschlossen ist, sind die Feinde Brüder geworden. Anders thun wir auch jetzt nicht. Und was das Versprechen an die Wähler betrifft, so kann ich ja nicht wissen, was dieser oder jener meiner Freunde in seinen Reden gesagt haben mag; aber was die Fraktion gesagt hat, das steht in dem Programm vom Januar, und in diesem Programm heißt es, daß wir auf allen Gebieten die größte Sparsamkeit innehalten wollten, selbstverständlich aber, wie immer, eintreten würden für die Ehre, für die Würde und die volle Wehrhaftigkeit des Landes. Nun, meine Herren, sind denn diese Worte in irgend einem Widerstreite mit dem, was meine Freunde und ich jetzt zu thun gewillt sind? Wir wollen nichts anderes bewilligen, als was uns als notwendig hingestellt worden ist, und mit guten Gründen, die ja selbst, wenn ich nicht irre, der Herr Abgeordnete Rickert anerkannt hat. Was als notwendig hingestellt ist, das wollen wir bewilligen, weil es dient zur Aufrechterhaltung der Ehre, der Würde und der Sicherheit unseres Vaterlandes; und ich fordere jeden Mann heraus, mir nachzuweisen, wo immer die Zentrumsfraktion als solche etwas gesagt oder gethan hat, was mit dem im Widerspruch steht, was wir heute zu thun im Begriff sind. Wir haben in früheren Programmen erklärt, daß wir eintreten wollten für die jährliche Bewilligung, daß wir eintreten wollten für die zweijährige Dienstzeit. Meine Herren, wir thun das hier. (Zurufe links.) — Wir fordern es mit Bestimmtheit, können es aber nicht erzwingen in der Art, wie Sie es erzwingen wollen, weil wir dadurch das Vaterland wehrlos machen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Herren, es wird noch Zeiten genug geben, und ich fürchte, daß sie schon im Herbst da sein werden, wo sich Gelegenheit genug bietet, wo Forderungen vorliegen werden, die weniger als notwendig anerkannt sind als die heutigen Forderungen: dann haben Sie das Programm; erinnern Sie uns daran, wenn wir es vergessen könnten.

Meine Herren, das sind so wesentlich die Gesichtspunkte, welche bei der hier vorliegenden Angelegenheit von uns ins Auge gefaßt sind, und wonach wir unsere Abstimmung einrichten werden. Wir stimmen für die Vorlage mit den Resolutionen, stimmen nicht für die Anträge, wie sie als Bedingung für die Annahme der Vorlage gestellt sind; die Differenzen liegen nicht in der Sache, sondern in der Form der Geltendmachung.

Was nun den Antrag Richter betrifft, so weiß ich doch gar nicht, ob derselbe in der Form, wie er gestellt ist, zuläßig ist; denn ich meine, daß darin eine Verfassungsveränderung liegt, und diese müßte vorher hergestellt werden. Daß eine Verfassungsveränderung vorliegt, wird in dem

Antrag selber anerkannt; ob diese so nun nebenher eingeschoben werden kann, ist mir doch mehr als zweifelhaft. Ich will in diesem Augenblick darüber eine bestimmte Ansicht nicht äußern, behalte mir aber vor, darauf zurückzukommen. Vorläufig bin ich der Meinung, daß es so nicht geht, daß die Herren sich wenigstens entschließen müssen, uns andere Formen vorzuschlagen. (Zuruf.) — Ich sage Ihnen, daß es nach meiner Ansicht nach der Verfassung unzulässig ist. Sind Sie so leicht damit, — gut, Sie werden es einmal erfahren. Aber ich will ja mit Ihnen darüber diskutieren; setzen Sie es mir auseinander, Sie haben sich ja zum Wort gemeldet, und wir werden dann weiter sehen. Und wenn es irgendwo einmal anders war — das will ich erst einmal abwarten, ob das genau dasselbe war —, dann wäre ein Fehler gemacht worden; den zum zweitenmal zu machen, ist kein Anlaß.

Ich weiß, meine Herren, daß nicht allein hier im Hause meinen Freunden und mir daraus, daß wir so gehen, ein schwerer Vorwurf gemacht wird; ich weiß, daß man sich jetzt schon in den verschiedenen Lagern rüstet, daraus bei etwa künftigen Wahlen gegen uns Kapital zu schlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Bebel sagt: Sehr richtig! Ich weiß ja, daß er mit seinen Freunden in rüstiger Thätigkeit ist, daß auch die Partie der „Frankfurter Zeitung" in gleicher Thätigkeit ist, und vielleicht ist der Dritte im Bunde die „Freisinnige Zeitung". (Heiterkeit links.) Ich wünsche gute Geschäfte, meine Herren! (Zurufe.) Sie werden mir auf allen Wegen begegnen, und ich habe die Ueberzeugung: wenn unsere Wähler sehen, wie die Dinge wirklich liegen, und was alles in Frage ist, wenn die Nebel und die Lügen verschwinden, dann werden sie anders urteilen als jetzt.

Das ist, was ich jetzt zu sagen beabsichtige. Machen Sie die Replik: — ich werde duplizieren. (Bravo! im Zentrum.)

Reichskanzler v. Caprivi:

Gegen den materiellen Inhalt der Vorlage, gegen die Notwendigkeit der beantragten Verstärkung des Heeres, der Aenderung seiner Organisation sind Einwendungen, soweit ich gehört habe, nicht vorgebracht worden. Ich stimme darin dem Herrn Abg. Dr. Windthorst bei, daß auch der Herr Abg. Rickert solche Einwendungen nicht zu machen hatte. Mag der Herr Abg. Richter durch einen Zwischenruf dokumentiert haben, daß er anderer Ansicht war, — von dem Herrn Abg. Rickert habe ich dergleichen nicht gehört. Ich konstatiere das mit umsomehr Freude und Befriedigung, als ich im Namen der verbündeten Regierungen zu erklären habe, daß sie von der Vorlage abzugehen nicht gesonnen und die dazu gestellten Anträge anzunehmen ebensowenig gesonnen sind.

Nach der Widerlegung, die der Herr Abg. Windthorst dem Herrn Abg. Rickert hat zu teil werden lassen, nach der präzisen Darlegung des Zwecks der Vorlage durch den Herrn Abg. Windthorst kann ich mich derjenigen Kürze befleißigen, die er mir zur Pflicht gemacht hat. (Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Rickert hatte im wesentlichen zwei Bedenken: einmal mochte er die Vorlage nicht annehmen, weil nicht einige konstitutionelle Forderungen, die zu stellen seine Partei seit längerer Zeit gewöhnt ist, erfüllt werden; dann aber meint er: warum gerade jetzt? Während der Herr Abg. Windthorst diese Frage an die Vergangenheit knüpfte, blickte der Herr Abg. Rickert auf die Zukunft; er meinte: wartet doch noch! Ja, mir bleibt da nur übrig, an ein Gleichnis zu erinnern, das ich schon mal hier gebraucht habe. Wenn jemand sich einen Blitzableiter für sein Haus beschaffen will, steht er auch vor der Frage: soll ich das jetzt thun, oder kann ich nicht noch

ein Jahr warten? Wäre jemand da, der ihm die Garantie geben könnte, daß der wolkenlose Himmel, unter dem er heute steht, ein Jahr länger anhalten werde, so würde er ganz gewiß die Ausgabe für den Blitzableiter erst über ein Jahr machen. Trotz der günstigen politischen Lage, in der wir jetzt leben, bin ich nicht im stande, vorherzusagen, wie lange dieselbe dauern werde. Ich bin also der Meinung: der Blitzableiter muß sofort beschafft werden. (Sehr gut! rechts.)

Die Ausführungen des Herrn Abg. Windthorst in Bezug auf die Notwendigkeit, die Finanzlage des Reichs und der Einzelstaaten in Uebereinstimmung zu bringen, kann ich mir nur vollständig zu eigen machen; es ist einer meiner sehnlichsten Wünsche, daß dieser Zustand so bald wie möglich herbeigeführt werde.

Zu meinem Bedauern aber hat der Herr Abg. Windthorst eine Aeußerung gethan, die ich nicht acceptieren kann, die mich betrübt hat, die ich vom Standpunkt unserer auswärtigen Politik für bedauerlich halte: er hat über den leitenden Minister eines uns eng befreundeten Staates eine abfällige Aeußerung gemacht. Meine Herren, in dem Augenblick, wo Sie vor der Notwendigkeit stehen, über eine Heeresverstärkung zu befinden, halte ich es nicht für angebracht, an den Bündnissen, die wir seit Jahren geschlossen haben, die wir treu zu halten gewillt sind, zu rütteln. (Sehr richtig! rechts.)

Das Bündnis mit Italien wird nach meiner Ueberzeugung auch weiter leben, wenn, was Gott verhüten wolle, der jetzige leitende Minister von seiner Stelle zurücktritt; aber in der Person dieses Ministers finden wir eine Friedensbürgschaft, wie sie uns schwerlich ein anderer Italiener geben kann, und ich beklage es deshalb, wenn diese Person hier von der Tribüne angegriffen worden ist. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Der Herr Abg. Windthorst meint: wir können allein in der Verbindung mit Oesterreich fertig werden. Das kann sein, er mag darin Recht haben, aber es ist ein alter militärischer Satz: wir können zur Entscheidung nie zu stark kommen, und ich möchte nicht, daß von den Allianzen, die wir haben, auch nur der kleinste Teil abbröckelte, daß sie auch nur innerlich geschwächt würden.

Ich kann mich den Resolutionen, die der Herr Abg. Dr. Windthorst vorgeschlagen hat, zuwenden. Die erste geht dahin, daß von den „Plänen" Abstand genommen werde, indem dadurch dem Deutschen Reiche geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen würden. Ich kann nicht beurteilen, ob die Kosten unerschwinglich sind; denn, wie ich schon einmal erklärt habe: ich kenne die Pläne nicht. (Heiterkeit.) Ich halte es auch für wahrscheinlich, daß, wenn in dem nächsten Jahre die verbündeten Regierungen mit militärischen Forderungen vor dies hohe Haus treten sollten, diese mehr dahin gehen würden, daß das, was geschaffen ist, innerlich konsolidiert werde. Wir haben innerhalb der Armee eine ganze Anzahl von Fragen in der Richtung der Verbesserung unserer inneren Zustände zu erledigen im Sinne der Worte des Fürsten Bismarck, daß wir mehr auf gute Truppen als auf viele Truppen werden Gewicht legen müssen.

Wenn die Kosten hier als „unerschwinglich" bezeichnet worden sind, so will ich mir doch die Bemerkung gestatten, daß ich den Ausdruck für sehr hoch gegriffen halte. Ich könnte darauf exemplifizieren, was Preußen, das kleine Preußen, in früheren Jahren gethan hat. Ich will mich aber hier darauf beschränken, daß ich die Frage an Sie richte: wie glauben Sie, daß das Wort „unerschwinglich" auf das Ausland wirkt? Glauben Sie nicht, daß Leute da sind, die das mit tiefem Behagen hören, und die eine gewisse Befriedigung empfinden, wenn sie wirklich denken könnten: jetzt ist Deutschland am Ende seiner finanziellen Leistungen angekommen —? (Sehr gut!) Ich

weiß sehr wohl, daß das nicht Ihre Meinung ist, daß das ein Ausdruck ist, wie er im Parteikampf mit unterläuft. Aber ich habe zu konstatieren, daß nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen Sie noch nicht, noch lange nicht am Ende Ihrer finanziellen Leistungen angekommen sind, wenn von diesen Leistungen die Sicherheit und die Existenz Deutschlands abhängt. (Sehr richtig! rechts.)

Die zweite Resolution befaßt sich mit der Friedenspräsenzstärke — das Septennat. Es ist mir bis zur Stunde unerfindlich, warum dies Thema hier so accentuiert worden ist. Wir verlangen ja gar nicht sieben Jahre; es sind ja nur noch dreieinhalb Jahre. Wir wollen nur das Septennat, welches früher angefangen hat, jetzt nicht unterbrechen; wir wollen die einmal bewilligten Mittel fortbrauchen und die neu zu bewilligenden auch ebensolange.

Ich hatte mir eingebildet, daß gerade die Fortschrittspartei diesem Wunsche der Regierung mit einer gewissen Sympathie entgegentreten, sich freuen würde, daß wir nicht mit einem neuen Septennat von jetzt bis zum Jahre 1897 kommen, sondern daß wir uns dem Antrage Stauffenberg von 1887, der von drei Jahren ausging, anfügten. Weiter wird in der Vorlage nichts verlangt, als eine Bewilligung auf etwas über drei Jahre. Wenn ich mich also auf den Boden eines Abgeordneten der Fortschrittspartei stelle, so muß ich doch sagen: die Sache war acceptabel. Wird sie von der Fortschrittspartei nicht acceptiert, so muß ich eben doch zu meinem Bedauern bei der Ansicht stehen bleiben, daß es sich hier um konstitutionelle — ich stelle anheim, ob Sie den Ausdruck „Doktorfragen“ oder „Kraftproben“ vorziehen — handelt. (Heiterkeit.)

Die vierte Resolution geht auf die zweijährige Dienstzeit aus. Aus den Erörterungen, die darüber stattgefunden haben, wird, glaube ich, auch der begeistertste Schwärmer für die zweijährige Dienstzeit doch die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Sache ihre zwei Seiten hat. Schon die eine Seite, daß sie nicht mal für alle Waffen durchführbar ist — denn das erkennen Sie auch selbst an, daß wir einige Waffen kurz, andere länger dienen lassen müßten —, ist eine im höchsten Grade bedenkliche. Selbst wenn man der zweijährigen Dienstzeit zuneigt, muß man zugeben, daß da Konsequenzen auf diesem Boden entstehen können, die sich noch gar nicht absehen lassen. Es gibt zweifellos Soldaten, die die volle zweijährige Dienstzeit, also 24 Monate aktiv bei der Fahne, auch für die Fußtruppen dem jetzigen Zustande vorziehen möchten. Wir haben jetzt eine ungleiche und zum Teil kürzere Dienstzeit, behaftet mit all den Mängeln, die dem Dispositionsurlaubertum anhaften, behaftet mit der Ersatzreserve. Ich glaube, wenn eine zweijährige Dienstzeit voll geboten würde, wenn diese Dinge davon getrennt werden könnten, wenn dann die Kompensationen gegeben würden, von denen schon gesprochen ist, daß dann mancher Soldat dem zustimmen würde. Aber das, meine Herren, machen Sie sich doch auch klar, daß das nicht weniger lästig für die Bevölkerung und ungleich teurer werden würde als der jetzige Zustand. (Hört! hört!) Die verbündeten Regierungen sind also zur Zeit nicht in der Lage, auf eine Verkürzung der Präsenzzeit einzugehen.

Ich komme zu der Resolution Nr. 3, die an die Regierungen das Ersuchen stellt, entweder die thatsächliche Präsenzzeit herabzumindern oder Dispositionsbeurlaubungen einzuführen. Der Weg der Herbstvakanzen ist für die verbündeten Regierungen nicht gangbar; dagegen bin ich ermächtigt und zwar für den Umfang ganz Deutschlands zu erklären, daß schon in diesem Herbst bei den Fußtruppen Beurlaubungen zur Disposition in erhöhtem Umfange stattfinden werden, in dem Umfange, den die verbündeten Regierungen noch mit der Fortsetzung eines guten Dienstbetriebes bei den Fußtruppen für vereinbar

halten, Zahlen, die, wenn sie durch die ganze deutsche Armee addiert werden, etwa 6000 Mann betragen werden. (Bravo!)

Ich glaube, daß damit die verbündeten Regierungen ihr Entgegenkommen in der Weise gezeigt haben, die die einzig mögliche ist. Weiter zu gehen ist den verbündeten Regierungen nicht möglich.

Wenn nun die verbündeten Regierungen so weit gegangen sind, im übrigen aber ihre Forderungen nicht aufgeben können, so bitte ich das hohe Haus, die Vorlage der verbündeten Regierungen unverändert, so einstimmig wie möglich, anzunehmen. Nachdem ich mich in der Kommission geäußert hatte, hat man in den Zeitungen, die der Partei drüben angehören, das Wort gefunden, daß ich eine Schonzeit für mich beanspruche, während ich das nicht gewollt habe. Schießen Sie nur auf mich! Mir soll es recht sein! Ich habe die Schonzeit für Deutschland beansprucht und bin auch noch der Meinung, daß, wenn wir uns, wie ja zweifellos, am Ende des jetzigen Septennats, sei es zur Verständigung oder zum Kampf, wiederfinden werden, dieser Kampf, wenn er notwendig werden sollte, mit ungleich weniger bedenklichen Folgen für Deutschland geführt werden kann als heute. (Sehr richtig!) Man möge sich doch klar machen, wohin eine Differenz auf diesem Boden zwischen den Regierungen und dem Reichstag führen kann! Daß es den Regierungen kein Vergnügen ist, Steuern zu fordern und Menschen einzustellen, das liegt auf der Hand. Schreitet die Regierung zu so ernsten folgeschweren Forderungen, so wird sie doch ebensogut für sich in Anspruch nehmen, wie jeder andere das für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie aus Pflichtgefühl handelt. Erkennt die Regierung, daß das Dasein Deutschlands diese Forderung nötig macht, so würde sie falsch handeln, wenn sie nicht alle Mittel erschöpfte, ehe sie diese Forderung fallen läßt.

Wohin können aber solche Differenzen führen? Ich mag das Bild gar nicht ausmalen, will aber hier wieder vom Standpunkte der auswärtigen Politik aus sprechen und Ihnen einmal vor Augen führen: ist es denn logisch, in dem Augenblicke, wo man entweder offen zugesteht oder innerlich wenigstens anerkennt, daß eine Verstärkung unseres Heerwesens, an die die Regierungen mit schwerem Herzen herangegangen sind, notwendig ist, — in einem solchen Augenblick, ich will nicht sagen, Konflikte, aber auch nur Differenzen innerhalb der Nation zu erregen? (Sehr wahr! rechts.) Darüber werden wir doch alle einig sein: wenn es einmal zum Kriege kommen sollte, so kann derselbe nur geführt werden unter dem einmütigen Zusammenhalten der ganzen Nation. (Bravo!) Wie bereitet man nun aber einen Krieg vor, wenn man es in der Zeit, wo man Forderungen, die auf den Krieg zielen, er mag noch so fern liegen, zu bewilligen hat, zu inneren Differenzen, an denen das Ausland sich weiden kann, kommen läßt! (Sehr gut!)

Ich kann also nur noch einmal meine Bitte wiederholen, die Vorlage um Deutschlands und des Friedens willen so einmütig wie möglich anzunehmen. (Lebhaftes Bravo!)

Im weitern Verlauf der Debatte fügte der Reichskanzler hinzu:

Ich habe gesagt, ich kann mich über die unerschwinglichen Kosten eines Projektes nicht äußern, das ich nicht kenne. Ich hätte besser gethan, zu sagen, das ich als Reichskanzler nicht kenne, oder das die verbündeten Regierungen nicht kennen. Als Mensch kenne ich eine Menge Projekte. Ich produziere ab und zu selbst dergleichen; aber ich habe hier nur die Pflicht, mich über diejenigen Projekte zu äußern, die die verbündeten Regierungen sich zu eigen gemacht haben.

Abg. Richter:

. . . . . . Bei der Artillerie hat der Herr Abg. Dr. Windthorst einen Ton angeschlagen, dem ich sonst bei ihm nicht begegnete. Er hat ordentlich gruselig gemacht. Er hat gesprochen von dem letzten Rock, den man selbst für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes opfern müsse, und deshalb müsse man zu dieser Artilleriebewilligung kommen, weil sonst der Feind ins Land hineinbreche und die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands gefährde. Das war gesprochen wie die Wahlreden der Kartellparteien im Jahre 1887. Das Volk ist inzwischen ruhiger und vernünftiger geworden, das Angstprodukt ist verschwunden. Ich meine: dann hätten Abgeordnete auch keine Veranlassung, nun ihrerseits Angst zu produzieren in der Art, wie der Herr Abg. Windthorst gethan hat. (Bravo! links.)

Der Herr Abg. Windthorst hat von einem Konflikt gesprochen; nur er hat von dem Konflikt gesprochen; die Regierung hat das Wort nicht in den Mund genommen, keiner von der rechten Seite, keiner von den Mittelparteien. Der Herr Abg. Windthorst findet ein taktisches Interesse daran, in dieser Situation fortgesetzt einen Konflikt an die Wand zu malen; er spricht von Leuten, die nicht wüßten, was sie thäten. Was weiß er denn? (Heiterkeit.) Mehr als wir? Dann heraus mit der Sprache! Was ist denn das Gespenst, das Sie treibt? Herr Windthorst sprach von Blättern, die gegen ihn wären, von dem Dreigestirn, ein sozialdemokratisches Blatt — ich weiß nicht, welches er meinte —, die „Frankfurter Zeitung“ und die „Freisinnige Zeitung“. Seit wann braucht denn der Herr Abg. Windthorst sich gegen drei Zeitungen hier auf der Tribüne zu verteidigen? Nein, diese Rede braucht er für seine eigene Partei, um dort den Widerspruch zu beherrschen, um dort die gewichtigsten Bedenken niederzuhalten, die auftauchen gegen diese Vorlage. Deshalb die Malerei des Konflikts, deshalb die Angstmacherei, daß manchem schwer wird, ruhig und sachlich die Vorlage zu prüfen, weil die sachliche Prüfung auch auf Ihrer Seite mehr Abgeordnete zur Verwerfung der Vorlage führen würde, als es sonst der Fall ist.

Und daß die Franzosen im Frieden mehr Batterien haben als wir, ist doch keine Thatsache, die heute zum erstenmal erscheint. Es handelt sich gar nicht darum, wie viel man im Frieden etwa zur Parade Batterien aufstellen kann, sondern, wie viel Kriegsformationen aus den Friedensformationen folgen. Kennt der Herr Abg. Windthorst die Zahl der mobilen Feldbatterien diesseits? Ich kenne sie; ich sage sie aber nicht. (Bewegung.) — Meine Herren, weil ich verpflichtet bin, darüber Geheimnis zu bewahren. Aber ich sage Ihnen, daß, weil ich sie kenne, obwohl ich amtlich verpflichtet worden bin als Abgeordneter, darüber Geheimnis zu bewahren, deshalb auch mit einer größeren Ruhe vielleicht diese Artilleriefrage hier erörtere als mancher andere. Ich halte mich hier auch nur an das, was hier öffentlich verkündigt worden ist von dem Herrn Kriegsminister.

Der Kriegsminister Herr Bronsart v. Schellendorf hat im Jahre 1883 gesagt, als wir die 3000 neuen Artilleristen und die 4000 Pferde dazu bewilligten, daß diese Bewilligung bis zum Ende des Septennats, bis zum Jahre 1894, ausreichen würde, und daß man weiteres für die Artillerie nicht verlangen werde. Also, meine Herren, Sie können von militärischer Seite nur mehr verlangen, soweit seit der Erklärung des Herrn Kriegsministers in dem Nachbarstaat, auf den man sich immer hier beruft, mehr Artillerie geschaffen worden ist. Wie viel ist denn dort seitdem mehr geschaffen? Nicht 70 Batterien, sondern 19 Batterien Feldartillerie! Wenn ich auch ganz außer Betracht lasse, daß diese Schöpfung der Artillerie hervorgerufen ist durch italienische Gebirgsbatterien, so komme ich doch nur zu der

Schlußfolgerung, daß ich nach dem, was dort geschehen ist, kommen könnte zu einer Bewilligung von 19 Batterien auf unserer Seite. Nun, diese 19 Batterien könnte man allerdings herstellen aus der Ersparnis von 6000 Dispositionsurlaubern, aber nicht mehr.

Der Herr Abg. Windthorst sagt: wenn man etwas für notwendig erkannt, soll man daran keine Bedingungen knüpfen, die das Notwendige wieder aufheben. Gesetzt nun, ich erkenne diese Vermehrung der Artillerie als notwendig an, ich unterwerfe mich dem technischen Urteil der Militärbehörden, dann kann ich doch die Bedingung daran knüpfen, daß anderes, minder Notwendiges als die Artillerie eingeschränkt wird, um das unbedingt Notwendige durchführen zu können, daß bei anderen Einrichtungen des Heeres, anderen Waffengattungen — wir haben das ja in der Kommission angedeutet, wenn es auch zu weit führen würde, hier weiter darauf einzugehen — Ersparnisse gemacht werden. Glauben Sie im Ernste, daß, wenn es notwendig ist, diese 70 Batterien zu beschaffen, für die hier etwa 7 Millionen bewilligt werden sollen, — daß diese Millionen nicht in dem großen Rahmen des ordinären Militäretats von über 300 Millionen mit Leichtigkeit für die Artillerie gefunden werden könnten, besonders bei solchen Waffengattungen, die früher mehr bedeuteten, die aber in der neueren Zeit infolge der Veränderung des Waffenwesens in ihrer Bedeutung eingebüßt haben, während auf der anderen Seite die Artillerie an Bedeutung gewonnen hat —?

Was nun die finanzielle Seite der Maßnahme der 6000 Dispositionsurlauber anbetrifft, so ist dieselbe noch unbedeutender als Erleichterung, wie die Erleichterung der persönlichen Lasten, die in diesen 6000 Mann enthalten ist. Ich kann das ja im Augenblick nicht ausrechnen, was 6000 Gemeine weniger zu unterhalten im Jahr für eine Ersparnis macht; aber ich glaube nicht, daß diese Ersparnis über 2 Millionen Mark hinausgeht — sie bleibt vielleicht noch drunter. Die Ersparnis an diesen 6000 Mann ist nicht so groß, wie die Ersparnis eines einzigen Monats längerer Rekrutenvakanz. Denn selbst bei einem Rekrutenkontingent von nur 150,000 Mann würde ein Monat Vakanz eine Ersparnis von über 12,000 Mann für das Jahr bedeuten gegenüber den 6000 Mann, die hier in Frage sind. Diese Vorlage verlangt einen Mehraufwand von 18 Millionen. Wenn man, wie ich hoffe, an den Unteroffizierprämien etwas abzieht oder sie überhaupt gar nicht bewilligt, so kommt doch auf der anderen Seite hinzu die Steigerung der Zinslast aus dem Extraordinarium, was die Vermehrung des Heeres mit sich bringt. Es wird also immer der Aufwand auf 18 Millionen zu schätzen sein. Eine Ersparnis von vielleicht 2 Millionen bedeutet also nur eine Ersparnis eines Neuntels an der Mehrbelastung, die durch diese Vorlage bewirkt wird.

Nun, das ist doch in der That ein Tropfen auf den heißen Stein unserer Finanzverhältnisse. Wer diese Finanzverhältnisse ungünstig ansieht, wer nicht die Verantwortlichkeit für neue Steuern auf sich nehmen will, der kann nicht einer Vorlage zustimmen um deswillen, weil sie finanziell durch eine solche Konzession um 1 oder 2 Millionen leichter gemacht wird, als es sonst der Fall wäre.

Der Herr Abg. Rickert hat ja ausführlich von den Erklärungen des Herrn Reichsschatzsekretärs v. Maltzahn gesprochen. Der Herr Schatzsekretär hat deutlich gesagt: Sie werden in der nächsten Session schon mit Steuervorlagen ausreichend beschäftigt; er hat angedeutet neue Steuern, die notwendig würden sowohl in Preußen als hier im Reich; er hat aufgefordert, wir möchten doch Artikel, auf die noch eine Steuer bequem gelegt werden könnte, ihm namhaft machen, um seiner Phantasie zu Hilfe zu kommen. (Heiterkeit.) Ja, leibhaftiger kann man doch nicht vorgemalt bekommen, was uns bevorsteht. Es ist uns so schroff wie möglich zu Gemüte geführt wor-

den, daß, indem wir diese Vorlage annehmen, wir einen Wechsel auf neue Steuern ausstellen. Es ist uns ebenso scharf zu Gemüte geführt worden von Herrn v. Maltzahn, daß, wenn wir diese Vorlage annehmen, wir auch selbst auf eine Ermäßigung der Kornzölle verzichten, weil wir damit finanzielle Verhältnisse schaffen, die nur befriedigt werden können durch Aufrechterhaltung der Kornzölle.

Der Herr Abg. Windthorst hat heute von einem neuen Finanzplan gesprochen; er hat gemeint, die einzelnen Finanzminister der Einzelstaaten sollten zusammenkommen und den Finanzplan aufstellen. Ich bin gar nicht so neugierig auf diesen neuen Finanzplan. (Heiterkeit.) Es ist das nur ein Euphemismus für ein neues Steuerbouquet. Wenn die Finanzminister zusammenkommen, so hilft die Phantasie des einen dem anderen nur, um neue Artikel auszusinnen, auf die Steuern gelegt werden können. Das kennen wir schon aus früherer Zeit. (Heiterkeit.) Der ersten Konferenz der Finanzminister, die anfangs der achtziger Jahre stattgefunden hat, verdanken wir ja wesentlich die 400 Millionen neuer Steuern, die im letzten Jahrzehnt im Reich hinzugekommen sind!

Nun sagt man, wir sollten jetzt in Preußen einen neuen Finanzminister bekommen. (Heiterkeit.) Das kann mich gar nicht beruhigen. (Heiterkeit.) Mir ist ein alter Finanzminister noch viel lieber als ein neuer. (Heiterkeit.) Denn ein Finanzminister, der schon seine Kraft erschöpft hat in der Vermehrung der Lasten, dessen Phantasie nicht mehr so lebendig ist, den kann ich mir viel besser gefallen lassen, als einen frischen Finanzminister. Denn da gilt auch der Spruch: neue Besen kehren gut. (Heiterkeit.) Und wenn einer noch nie Minister gewesen ist, — was der leisten kann und wird, wenn er Minister wird, an neuen Steuern, darüber bin ich erst recht nicht beruhigt.

Ich kann auch daraus keine größere Beruhigung schöpfen, wenn gesagt wird, der Minister soll diesmal nicht aus den Reihen der Konservativen genommen werden. Meine Herren, wenn sogar nicht einmal ein konservativer Minister mehr ausreicht, um die neuen Steuern zu beschaffen, die man verlangt, wie viele mag man dann auf dem Programm haben, welches man ausführen will, nachdem man bisher gesehen, was ein konservativer Minister an neuen Steuern leisten kann!

Der Herr Abg. Windthorst legt einen großen Wert auf seine Resolutionen; aber ich muß sagen, die Art, wie der Herr Reichskanzler dieselben behandelt hat, hat ihre Wertschätzung nicht erhöht. Denn eine solche Resolution ist ein Monolog; so lange die Regierung nicht der Resolution zustimmend sich erklärt, so lange haben die Resolutionen nur theoretische Bedeutung. Nun kann man sich nicht abwehrender verhalten, als es leider der Herr Reichskanzler gethan hat. Ich schätze die Resolution insofern, als sie eine gewisse Willenskundgebung für die Zukunft darstellt von seiten des Reichstags. Ich kann sie aber um so weniger überschätzen nach dem, was der Herr Reichskanzler heute gesagt hat.

Der Herr Abg. Windthorst führte sodann heute aus in seiner Rede: das sei der große Fehler, daß wir seit Gründung des Deutschen Reichs mit zu großer Freigebigkeit gewirtschaftet hätten und nicht an die Zukunft gedacht hätten; es sei dies zu beklagen, und wir müßten mehr sparsam sein. Das flocht Herr Windthorst in seine Rede ein, in der er sich anschickte, am Schluß 18 Millionen Mark mehr zu bewilligen. Ich finde diese Ausführungen des Herrn Abg. Windthorst sehr beherzigenswert, aber insofern, als ich mir aus ihnen eine Aufforderung schöpfe, in meiner ablehnenden Stellung gegenüber dieser Vorlage zu verharren, zumal die Kompensationen, die der Herr Reichskanzler anbot, so unerheblich sind, daß sie in Bezug auf das Gesamturteil über diese Vorlage nicht ins Gewicht fallen können.

Ich bin der Meinung, daß nach all den wahrhaft kolossalen Bewilligungen, die für Heer und Marine gerade in den letzten vier Jahren, und zwar zum größten Teil auch von unserer Seite, geschehen sind, die Ehre und Sicherheit unseres Vaterlandes, die mir nicht minder am Herzen liegen als jedem anderen in diesem Hause, in keiner Weise gefährdet oder in Frage gestellt werden können, wenn wir hier einmal deutlich sagen: bis hierher in der fortgesetzten Steigerung der Militärlasten, aber nun nicht mehr weiter! Ich bin umgekehrt der Meinung, daß unsere inneren Verhältnisse mehr gestört werden und mehr beunruhigt werden durch die Annahme der Vorlage, als nur auch entfernt die sichere Stellung nach außen dadurch gewinnen kann.

Der Staatssekretär v. Maltzahn erklärt:

Daß er nicht im stande sei, ein Programm über neue Steuern zu entwerfen, da das Bedürfnis noch in keiner Weise berechnet werden könne. Die Hauptanforderung werde auf dem Gebiete der Arbeiterversorgung liegen. Wenn er von neuen Einnahmen gesprochen habe, so habe er zunächst an die Zuckersteuer gedacht.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Freisinnigen auf jährliche Festsetzung des Etats abgelehnt; § 1 des Gesetzes mit 211 gegen 128 Stimmen angenommen (21 Mitglieder des Zentrums stimmen dagegen; die Polen aber dafür); der freisinnige Antrag auf Einführung der 2jährigen Dienstzeit wird gleichfalls abgelehnt; dagegen die vier Resolutionen Windthorst angenommen (vgl. unter 16. Juni).

27. Juni. Erste Beratung eines Nachtragsetats hauptsächlich zu militärischen Zwecken in Höhe von 73,283,333 ℳ

28. Juni. (Reichstag.) Das Militärgesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Bei der zweiten Beratung des Nachtragsetats behufs Gehaltsaufbesserungen wird die Gehaltserhöhung für Offiziere abgelehnt; die sonstigen Posten werden angenommen. (Ebenso in der dritten Lesung am 1. Juli.)

Der Gesetzentwurf über die Gewerbegerichte wird in dritter Lesung gemäß den Beschlüssen der zweiten angenommen.

30. Juni. Der Kaiser trifft zum Besuche des Königs von Dänemark in Helsingör ein.

1. Juli. Der Kaiser trifft zum Besuche des Königs von Schweden und Norwegen in Christiania ein (s. Norwegen).

1. Juli. Das deutsch-englische Abkommen wird offiziell durch den Reichskanzler und den englischen Botschafter abgeschlossen.

2. Juli. (Reichstag.) Der dritte Nachtragsetat (vgl. 27. Juni) wird in dritter Lesung mit einer Verminderung um ca. 4 Millionen angenommen. Dauernde Ausgaben ca. 6½ Millionen; einmalige über 60 Mill.; nämlich 40 Mill. zur Durchführung der

militärischen Neuformationen, ca. 10 Mill. zur Ausbildung der Beurlaubten mit dem neuen Gewehre, ca. 11½ Mill. für Eisenbahn- und Telegraphenanlagen.

Bei Beratung des Antrages der verbündeten Regierungen, betreffend die Errichtung eines Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. stellt Abg. Freiherr v. Unruhe-Bomst namens der Kommission den Antrag:

Die Entscheidung über den Platz, über die Gestaltung des Standbildes und über die Art, in welcher ein engerer Wettbewerb über einen Entwurf für das Denkmal vom Reichskanzler auszuschreiben ist, wird der Entschließung Sr. Majestät des Kaisers anheimgegeben.

Ohne Debatte gelangt dieser Antrag zur Annahme.

Der Reichstag wird darauf durch eine Kaiserliche Verordnung vom 29. Juni, welche Staatssekretär v. Böttticher verliest, für die Zeit vom 8. Juli bis 18. November vertagt.

5. Juli. Der Kaiser verläßt Christiania und tritt eine längere Seereise längs der norwegischen Küste an.

8. Juli. Dr. Peters trifft mit seiner Expedition an der Küste von Sansibar ein.

9. Juli. Eine kaiserliche Verordnung dehnt die im Jahre 1883 für den Handel mit Italien und Spanien gewährten Zollermäßigungen auch auf den Handel mit Marokko aus.

11. Juli. Der Herausgeber des „Frankfurter Journals" Rittershaus berichtet über eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck.

Der Fürst äußert: „Gerade die Zeitungen, die doch bis zu einem gewissen Grade abhängig gewesen sind, fragen nicht nach mir. Ich bin eine gefallene Größe — man will damit nicht gerne zu thun haben. Die Presse hat hier zu Lande keinen Mut, sie ist feige."

Der Fürst kommt sodann auf die nationalliberale Partei zu sprechen, mit der er sich meist gut vertragen habe. Den Ausdruck, er wolle sie an die Wand drücken, habe er nie gebraucht. Miquel und Bennigsen schätze er beide als Politiker; um das nationalliberale Mandat bei der Kaiserslauterer Nachwahl würde er sich nicht ungern beworben haben, wenn er nicht gefürchtet hätte, zur Regierung, falls sie im Sozialismus fortführe, in Opposition zu kommen.

Ueber das deutsch-englische Abkommen äußert Fürst Bismarck, er würde es nicht so geschlossen haben. Der Kaiser hätte den Besitz Helgolands gewünscht; man hätte dies aber auch wohlfeiler bekommen können. Im Falle eines Krieges könne Helgoland, wenn es nicht befestigt sei, sogar gefährlich werden.

In betreff der sozialen Frage erklärt der Fürst, er hätte, wenn er im Amt geblieben wäre, eine Verschärfung des Sozialistengesetzes beantragt. — „Die Erlasse waren seit langem eine Lieblingsidee des Kaisers; Hintzpeter, Douglas und andere — kurz solche, die nicht im Dienste waren, haben mit Sr. Majestät darüber Beratungen gehalten. — Der Kaiser versprach

sich von den Erlassen Erfolg bei den Wahlen. Mir wurde eine Redaktion gezeigt, die weitgehender war als diejenige, welche erschienen ist. Ich war prinzipiell gegen die Erlasse; sollten sie aber durchaus erscheinen, so wollte ich meine Redaktion durchsetzen und schrieb die Erlasse in der jetzigen Form nieder — als Diener des Kaisers .... Ich fügte noch die internationale Konferenz ein; ich dachte, sie sollte gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des humanen arbeiterfreundlichen Plans unseres Herrn. Ich glaubte, diese Konferenz würde sich gegen allzu große Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Aber selbst diese geringen Erwartnngen sind enttäuscht worden. Die Ergebnisse der Konferenz sind gleich Null. Es hatte keiner den Mut, zu widersprechen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Die ganze Konferenz ist eine einzige Phraseologie; nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Ueberhaupt ist es Illusion, den Arbeiterschutz international zu machen ....

(Die „Hamb. Nachrichten" erklären den Bericht für ungenau, wogegen das „Frankfurter Journal" ihn in allem aufrecht hält.)

15. Juli. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an die Prinzen Christian von Dänemark und Eugen von Schweden und Norwegen.

25. Juli. Ein Vertrag mit dem Kongostaat über die Auslieferung von Verbrechern und die Rechtshilfe in Strafsachen wird unterzeichnet.

28. Juli. Der Kaiser trifft in Wilhelmshafen ein.

29. Juli. Der „Reichsanzeiger" teilt mit, daß das Etatsjahr 1889/90 gegenüber dem Voranschlage einen Ueberschuß von 2,347,743 Mark ergeben habe (Mehreinnahme 9,641,946 Mark, Mehrausgabe 7,294,203 Mark).

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht ferner eine Denkschrift über die Beweggründe des deutsch-englischen Abkommens.

29. Juli. Graf Rotenhan, bisher Gesandter in Argentina, wird zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Aeußern ernannt.

2. August. Der Kaiser landet, auf der Fahrt nach England begriffen, in Ostende und wird von König Leopold II. empfangen.

4. August. Der Kaiser, der am vorhergehenden Tage Ostende verlassen, trifft in Osborne ein und wird von der Königin Viktoria empfangen.

9. August. Der Kaiser erläßt während der Rückkehr von England folgenden Befehl an den Reichskanzler:

Auf Ihren Vortrag bestimme Ich, daß bis zur verfassungsmäßigen Regelung der Verhältnisse Helgolands im Wege der Reichsgesetzgebung die Regierung der Insel in Meinem Namen, auf Grund der dort bestehenden Gesetzgebung und unter Schonung

der vorhandenen Verwaltungsorganisation, durch den Reichskanzler geführt werden soll.

An Bord Meiner Yacht „Hohenzollern", den 9. August 1890.

Wilhelm J. R.

v. Caprivi.

Auf Grund dieses Erlasses wird die Verwaltung der Insel Helgoland einem See-Offizier, welcher den Titel „Gouverneur von Helgoland" führt, und einem Zivilbeamten, welchem der Titel „Kaiserlicher Kommissar für Helgoland" beigelegt wird, übertragen.

Mit Wahrnehmung des Amts des Gouverneurs wird bis auf weiteres der Kapitän zur See Geiseler, mit Wahrnehmung des Amts des Kaiserlichen Kommissars der Geheime Regierungs-Rat Wermuth beauftragt.

9. August. Die Helgoländer überreichen folgende Adresse:

„Allerdurchlauchtigster Großmächtigster Kaiser und König,
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät nahen die Einwohner Helgolands mit der Bitte, Ew. Majestät in Ehrfurcht huldigen zu dürfen.

Nachdem das vom Geiste des Friedens getragene Abkommen mit Ihrer britischen Majestät, unserer bisherigen erhabenen und gütigen Herrscherin, uns dem Herrscher desjenigen Reichs unterstellt, mit welchem wir durch Abstammung, Sprache und Sitte uns bereits Eins fühlen, blicken wir in Freudigkeit der Zeit entgegen, welche mit der von Ew. Majestät soeben ausgesprochenen feierlichen Besitzergreifung der Insel für uns einbricht.

Die von Ew. Majestät kund gegebenen Allergnädigsten Verheißungen erfüllen uns mit dem Gefühle ehrfurchtsvollen Dankes und unwandelbarer Zuversicht, daß unter Ew. Majestät erhabener Regierung es uns gelingen werde, durch Erfüllung des von uns hiermit abgelegten Gelöbnisses der Treue als Ew. Majestät gehorsame Unterthanen uns zu erweisen.

Ew. Kaiserlichen Majestät
alleruntertthänigste und gehorsamste Helgoländer."

In Helgoland findet gleichfalls am 9. August die Uebergabe der Regierung seitens des Gouverneurs Barkley an den Staatsminister v. Bötticher statt.

10. August. Der Kaiser trifft in Helgoland ein und erläßt folgende Proklamation:

Helgoländer! Zufolge vertragsmäßigen Uebereinkommens mit Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland ist die Landeshoheit über Helgoland und dessen Zubehörungen an Mich abgetreten. Auf friedlichem Wege kehrt Ihr damit in das Verhältnis zum deutschen Vaterlande zurück, auf welches die Geschichte, die Lage und die Verkehrsbedingungen Eurer Insel hinweisen. Durch Gemeinschaft des Stammes, der Sprache, der Sitten und Interessen habt Ihr Euren deutschen Brüdern von jeher nahe gestanden. Dank der wohlwollenden Weisheit Eurer bisherigen Regierung hat sich daran auch während Eurer Zugehörigkeit zu dem mächtigen britischen Reiche nichts geändert. Um so freudiger begrüßt mit Mir jeder Deutsche Eure Wiedervereinigung mit dem deutschen Volke und Vaterlande.

Die nähere staatsrechtliche Gestaltung dieser Wiedervereinigung bleibt Meiner Bestimmung und der verfassungsmäßigen Mitwirkung der zuständigen Vertretungskörper vorbehalten. Indem Ich aber schon jetzt für Mich und

Meine Nachfolger feierlich und für alle Zeiten von Helgoland und dessen Zubehörungen Besitz ergreife, vertraue Ich dem bewährten Sinne aller Helgoländer, die von jetzt an Deutsche sein wollen, daß sie Mir und dem Vaterlande in unverbrüchlicher Treue zugethan bleiben werden. Dagegen sichere Ich Euch, sowie Euren Rechten Meinen Schutz und Meine Fürsorge zu.

Ich werde Sorge dafür tragen, daß Recht und Gerechtigkeit unter Euch unparteiisch gepflegt werden und Eure heimischen Gesetze und Gewohnheiten, soweit möglich, unverändert fortbestehen. Eine wohlwollende und umsichtige Verwaltung wird auch in Zukunft bestrebt sein, Eure Wohlfahrt zu fördern und das wirtschaftliche Gedeihen der Insel zu heben. Um Euch den Uebergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern, soll das jetzt lebende Geschlecht von der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht im Heer und in der Flotte befreit bleiben. Auf eine Reihe von Jahren wird an dem auf der Insel geltenden Zolltarif nichts geändert werden. Alle Vermögensrechte, welche Privatpersonen oder bestehende Korporationen der Königlich britischen Regierung gegenüber in Helgoland erworben haben, bleiben in Geltung. Die diesen Rechten entsprechenden Verpflichtungen werden hinfort von Mir und Meiner Regierung erfüllt werden.

Der Bewahrung Eures väterlichen Glaubens, der Pflege Eurer Kirche und Schule wird Meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet sein.

Mit Genugthuung nehme Ich Helgoland in den Kranz der deutschen Inseln wieder auf, welcher die vaterländische Küste umsäumt. Möge die Rückkehr zu Deutschland, die Teilnahme an seinem Ruhme, seiner Unabhängigkeit und Freiheit Euch und Euren Nachkommen zu stetem Segen gereichen! Das walte Gott!

Gegeben Helgoland, den 10. August 1890.

Wilhelm J. R.
v. Caprivi.

17. August. Der Kaiser trifft zum Besuche des Kaisers von Rußland auf dem Seewege in Reval ein und begibt sich sogleich nach Narwa, wo er von dem Zaren und der Zarin empfangen wird. An der Zusammenkunft nehmen der Großherzog von Hessen, viele Großfürsten, die Minister Caprivi und Giers, der Botschafter v. Schweinitz teil. Bis zum 22. August finden Manöver bei Narwa statt; an diesem Tage begeben sich beide Kaiser nach Peterhof. Am 23. August reist Kaiser Wilhelm auf dem Seewege ab.

Während seines Aufenthalts haben Deputationen der in Reval, Narwa, Petersburg, Moskau ansässigen Reichsangehörigen ihm Adressen überreicht.

20. August. Konferenz der preußischen Bischöfe in Fulda.

25. August. Zusammentritt des 37. deutschen Katholikentages in Koblenz. Meist auf Antrag Windthorsts werden folgende Resolutionen angenommen: die Aufmerksamkeit der Katholiken Deutschlands auf den kirchlichen Notstand der Berliner Katholiken zu lenken; zum Eintritt in den vom Erzbischof von Köln gegründeten Afrikaverein deutscher Katholiken aufzufordern; für Aufhebung der Beschränkungen und Verbote einzelner Orden und Kongregatio-

nen zu wirken; die dem Papsttum zukommende Weltstellung zur Vermittelung der sozialen Zwistigkeiten immer mehr zur Anerkennung zu bringen; die Wiederherstellung der territorialen Souveränität des Heiligen Stuhles für ein Interesse aller weltlichen Gewalten zu erklären; die ausschließliche Leitung des Religionsunterrichtes durch die Kirche zu fordern, sowie auch für den Unterricht in anderen Fächern den konfessionellen Charakter anzustreben, und letzteren vor allem in der Volksschule wiederherzustellen; die Arbeiterbevölkerung vor den Grundsätzen und der Agitation der Sozialdemokratie zu warnen; dem Deutschen Kaiser für seine Thätigkeit zur Herbeiführung des sozialen Friedens zu danken; der Zentrumsfraktion die Zuversicht zu ihrem Verharren in den Bestrebungen der Sozialreform auszusprechen.

25. August. An den Kaiser geht von dem zugleich tagenden katholischen Verein „Arbeiterwohl" folgendes Telegramm ab:

„Die heute hier in Koblenz tagende Generalversammlung des Vereins „Arbeiterwohl" spricht Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser den ehrerbietigsten Dank aus für die Erlasse vom 4. Februar und verspricht freudige Unterstützung bei der Durchführung der darin niedergelegten Ziele."

25. August. In Anlaß einer von Bebel berufenen sozialdemokratischen Versammlung in Berlin finden Tumulte statt, bei welchen eine Anzahl von Polizei- und Schutzleuten verwundet wird. Infolge dessen wird, da die Berliner Garnison zu Uebungen ausgerückt ist, eine Brigade des dritten Korps nach Berlin gezogen.

28. August. In Kaiserslautern wird in der Nachwahl zum Reichstage an Stelle Miquels der nationalliberale Kandidat Brunk trotz großer Gegenagitation gewählt.

31. August. Der Kaiser empfängt Dr. Peters in Privataudienz und überreicht ihm den Kronenorden dritter Klasse.

Anfang September. Mehrere Zeitungen (u. a. die Wiener „Politische Korrespondenz") bringen Nachrichten, daß die Zusammenkunft des deutschen und russischen Kaisers im ganzen oder wenigstens in den letzten Tagen einen kühlen und formellen Charakter getragen habe. Hiezu schreibt der „Reichsanzeiger":

Der „Hamburger Korrespondent" stellt in einem „zu der Kaiserbegegnung" überschriebenen Artikel Betrachtungen an, welche darin gipfeln, daß „die Begegnung des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren den an sie geknüpften Erwartungen nicht ganz entsprochen habe." Dies wird unter anderem daraus gefolgert, „daß man in St. Petersburg ein Entgegenkommen des Deutschen Kaisers voraussetzte, von dem vernünftigerweise keine Rede sein konnte," daß der Abschied der beiden Monarchen „sehr verschieden von dem Empfange gewesen," „die anfängliche Herzlichkeit seit dem letzten oder

vorletzten Manövertage einem kühleren Verhältnisse gewichen sei“ und man in St. Petersburg annehme, „Kaiser Wilhelm habe verschiedene Vorschläge zur Lösung der schwebenden politischen Fragen, speziell der bulgarischen, gemacht, die den Wünschen des Zaren keineswegs entsprachen“; als Beweis dafür, „daß eine gewisse Verstimmung“ eingetreten sei, führe man dort „den vorzeitigen Abbruch der Manöver an, deren Fortsetzung offen gelassen war.“

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die thatsächlichen Voraussetzungen, auf welchen der erwähnte Artikel beruht, jedes Grundes entbehren.

In den „Preußischen Jahrbüchern“ erscheint ein Artikel, welcher die Aufnahme des deutschen Kaisers durch den russischen Hof als kalt und formell schildert, den Besuch selbst „unerfreulich“ und „überflüssig“ nennt und ihn erklärt, als eine Erbschaft der Bismarckschen Politik, durch persönliches Entgegenkommen die objektiven Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland zu mildern. In den „Hamb. Nachrichten“ wird darauf sehr gereizt der Nachweis verlangt, daß dieser Besuch noch seinerzeit vom Fürsten Bismarck arrangiert worden sei und mehrfache offiziöse Auslassungen stellen, ohne jedoch allgemein Glauben zu finden, die Auffassung der „Preußischen Jahrbücher“ an dem Besuch als gänzlich verfehlt hin und keiner Beachtung würdig.

3. September. (Bayern.) Der ehemalige Ministerpräsident Freiherr v. Lutz †. Der Kaiser und der Prinzregent erlassen Beileidschreiben an die Witwe.

Anfang September. In Schleswig-Holstein finden vor dem Kaiser kombinierte Armee- und Flottenmanöver statt, zu welchen auch ein österreichisches Geschwader unter Kommando des Admirals v. Sterneck erschienen ist. Auch der englische Flottenadmiral Hornby wohnt den Manövern bei. Bei dem Festessen am 3. September hält der Kaiser folgende Rede:

„Ich spreche Ihnen den Dank der Kaiserin und Meinen aus für die freundlichen Worte, die Wir soeben vernommen, und zu gleicher Zeit den Dank an die ganze Provinz für den heutigen Tag und für den Empfang, den Uns die Provinz bereitet hat. Es hätte des heutigen Tages nicht bedurft, um Unseren Herzen es klar zu machen, wie warm und freundschaftlich Unserer hier gedacht wird. Das Band, welches Mich mit dieser Provinz verbindet und dieselbe vor allen anderen Provinzen Meines Reichs an Mich kettet, das ist der Edelstein, der an Meiner Seite glänzt, Ihre Majestät die Kaiserin. Dem hiesigen Lande entsprossen, das Sinnbild sämtlicher Tugenden einer germanischen Fürstin, danke Ich es Ihr, wenn Ich im stande bin, die schweren Pflichten Meines Berufes mit dem freudigen Geiste zu führen und ihnen obzuliegen, wie Ich es vermag. Sie haben die Güte gehabt, zu erwähnen, daß Sie sich sicher fühlten unter Meinem Zepter, daß Sie beruhigt in die Zukunft schauen; dasselbe thue auch Ich, wenn Ich auf solche Männer, wie die Schleswig-Holsteiner, bauen kann. Ich hoffe, daß es Mir gelingen wird, die Schatten, von denen Sie sprachen, zu bannen.

Ich vermag es aber nur dann, wenn jeder deutsche Mann an seinem Teile seine Hilfe Mir angedeihen läßt, und Ich hoffe und erwarte, daß die Mitglieder der Provinz ein jeder für sich und ein jeder in seinem Wirkungskreise, es sich angelegen sein lassen werden, dahin zu wirken, daß die festgeschlossenen Bande der Ordnung aufrecht erhalten werden den umstürzenden Elementen gegenüber. Wenn ein jeder Bürger seine Pflicht thut, dann bin auch Ich im stande, für Sie zu sorgen und zu unserer Aller Heil in Ruhe und Frieden die Geschicke des Vaterlandes zu lenken, und Ich setze das Vertrauen in Sie, daß, was auch kommen möge, Sie mit Ruhe und Geduld der Entwickelung Unserer Legislation und der inneren Zustände entgegensehen und Mir nach Ihrer altbewährten Treue und Anhänglichkeit helfen werden. So erhebe Ich denn Mein Glas und trinke es auf das Geburtsland Meiner Gattin. Meine treue schleswig-holsteiner Provinz, sie lebe hoch Hoch! Hoch!"

Mitte September. Kongreß der **Altkatholiken** in Köln. Die Bischöfe aus Deutschland, Holland und der Schweiz, sowie Vertreter der Altkatholiken Oesterreichs und Frankreichs sind anwesend.

Mitte September. Kaisermanöver in **Schlesien**. Bei dem von der Provinz gegebenen Festmahl hält der **Kaiser** folgende Rede:

Noch einmal wiederhole ich den Dank der Kaiserin und den Meinigen für den freundlichen Empfang in der Provinz und für die treuen Gesinnungen, die Uns entgegengeschlagen sind. Zugleich erneuere Ich nochmals den Ausdruck Meiner Freude darüber, daß es Mir endlich vergönnt ist, einmal mit Meinen Schlesiern zusammen zu sein.

Wie in früherer Zeit, in der Zeit der Erhebung, die Provinz die erste war, die dem Rufe Meines hochseligen Herrn Urgroßvaters folgte, um dem Lande seine Unabhängigkeit wiederzugeben, so ist zu Meiner größten Freude auf dem inneren Gebiete die Provinz diejenige gewesen, die den ersten Schritt gethan hat, um Meinen auf das Wohl der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Gedanken Folge zu geben. In lobenswertem Wetteifer gehen hier Kirche und Laien zusammen, um das Wohlergehen der unteren Klassen zu heben und dem Leben der Provinz die Ordnung zu erhalten. Männer wie Fürst Pleß und wie der Fürstbischof sind mit gutem Beispiel vorangegangen, und das Beispiel ist nicht ohne Wirkung geblieben. Ich verfehle hierbei nicht, diesen Herren sowie manchen anderen in der Provinz, die diesem Beispiel sich angeschlossen haben, Meinen Königlichen Dank auszusprechen.

Ich knüpfe hieran den Wunsch, daß dieses gute Beispiel, welches die Provinz gegeben hat, ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen von allen Teilen Meines Staates befolgt werde, daß unsere Bürger endlich aus dem Schlummer erwachen mögen, in den sie sich so lange gewiegt haben, und nicht bloß dem Staat und seinen Organen die Bekämpfung der umwälzenden Elemente überlassen, sondern selbst mit Hand anlegen.

Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn die Provinz beharrt auf dem jetzigen Wege, es nicht nur der Provinz, sondern auch Meinem ganzen Lande gelingen wird, wiederherzustellen die Achtung vor der Kirche, den Respekt vor dem Gesetz, und den unbedingten Gehorsam gegen die Krone und deren Träger.

Ich erhebe das Glas und trinke auf das Wohl und das Gedeihen der Provinz Schlesien; sie lebe hoch! und nochmals hoch! und zum drittenmale hoch!

16. September. Im Witu-Lande wird der Deutsche Künzel mit mehreren Gefährten auf Befehl des Sultans ermordet.

17.—19. September. Besuch des Kaisers Franz Joseph in Rohnstock und Teilnahme desselben an den schlesischen Manövern. Graf Kalnoky begleitet den Kaiser.

19. September. In deutschen und englischen Blättern taucht die Nachricht auf, die deutsche Regierung habe in Ostafrika durch eine Proklamation den Sklavenhandel für erlaubt erklärt. Englische Blätter richten deswegen heftige Angriffe gegen Deutschland. Der „Reichsanzeiger" bringt folgendes Dementi:

Sofort nach dem Erscheinen des „Times"-Artikels vom 15. ds., dem zufolge der stellvertretende Reichskommissar für Ostafrika mittelst einer Proklamation den Sklavenhandel für erlaubt erklärt und unter amtlicher Mitwirkung eine öffentliche Auktion von Sklaven in Bagamoyo stattgefunden habe, hat das Auswärtige Amt einen telegraphischen Bericht des gedachten Beamten über das Sachverhältnis eingefordert. In einem heute eingegangenen Telegramm berichtet der stellvertretende Reichskommissar aus Sansibar, daß er eine solche Proklamation nicht erlassen habe und daß wahrscheinlich der Unfug eines Arabers der Nachricht der englischen Blätter zu Grunde liege. Eine Untersuchung werde sofort eingeleitet. Daß in Bagamoyo eine Sklavenauktion unter amtlicher Mitwirkung abgehalten worden, sei undenkbar. Herr Dr. Schmidt wird sich ungesäumt nach Bagamoyo begeben und von dort weiter berichten.

Später meldet der „Reichsanzeiger":

Als der Araber Soliman ben Nasr nach seiner Rückkehr aus Europa Bagamoyo besuchte, klagten ihm die dortigen Araber, sie wären in der Sklavenfrage viel schlechter gestellt als ihre Landsleute in Sansibar und wären infolgedessen kaum in der Lage, die im Aufstande verwüsteten Landgüter wieder in Kultur zu nehmen. Denn wenn auch in Sansibar das Dekret des Sultans über die Unterdrückung der Sklavenverkäufe veröffentlicht sei, so werde es doch in der Praxis von niemandem beachtet, während in Bagamoyo jenes Verbot zwar nicht gelte, dafür aber thatsächlich alle Veräußerungen von Sklaven verhindert würden. Soliman ben Nasr besprach mit den Leuten die Möglichkeiten einer Abhilfe und sagte zu, er wolle sich bei dem Stations-Chef für sie verwenden. Zu dem Zwecke verfaßte er den Entwurf zu einer Proklamation und legte dies Schriftstück dem Stations-Chef vor. Der Letztere nahm den Entwurf einfach zu den Stationsakten, ohne auf die Sache weiter einzugehen, und es ist bis heute noch nicht aufgeklärt, wie eine Kopie des Entwurfs in das Publikum hat dringen können. Auch Soliman ben Nasr vermag diesen Punkt nicht klar zu stellen.

23. September. Die „Köln. Zeitung" teilt aus authentischer Quelle mit, daß Deutschland mit der Türkei einen neuen Handelsvertrag auf 21 Jahre geschlossen habe, der am 1. März 1891 in Kraft treten solle.

25. September. Nachdem freisinnige Blätter mehrmals die Einführung des Altersversicherungsgesetzes bis zum 1. Ja-

nuar 1891 für unmöglich erklärt und eine Revision desselben befürwortet haben, schreibt der „Reichsanzeiger" hierüber:

„Schon jetzt läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß die Inkraftsetzung des Gesetzes zum 1. Januar 1891, dem von vornherein dafür in Aussicht genommenen Zeitpunkt, erfolgen wird. Von der Absicht, diesen Zeitpunkt noch weiter hinauszuschieben, kann gar keine Rede sein."

1. Oktober. (Preußen.) Der Oberpräsident von Sachsen v. Wolff wird zum Chef der Ober-Rechnungskammer ernannt.

1. Oktober. Ein Gesamt-Hirtenschreiben der preußischen Bischöfe über die soziale Frage wird veröffentlicht; es heißt darin:

Der Heilige Vater verkennt nicht, daß auch der weltlichen Macht große Hilfsmittel zur Heilung der sozialen Uebel zu Gebote stehen, doch weist er der Kirche eine noch größere Aufgabe zu und gibt näher an, wie beide, Kirche und Staat, zusammenwirken sollen.

Die soziale Frage ist zunächst eine Frage der Volkswirtschaft und des öffentlichen Rechts. An ihrer Lösung sind beteiligt die Staatsgesetzgebung, die Politik, die Staatsverwaltung, somit auch auf allen diesen Gebieten die weltliche Wissenschaft. Hier ist es uns nun ein großer Trost, daß die katholischen Mitglieder unserer gesetzgebenden Körperschaften stets mit soviel Einsicht und Liebe auf Verbesserung der sozialen Verhältnisse, wie des Bauern- und Handwerkerstandes, so der Arbeiter der Großindustrie hingewirkt haben und gewiß in Zukunft, mit allen, die nach gleichem Ziel streben, in Eintracht zusammenwirken werden. Erfreulich ist es auch, daß auf diesem Gebiet katholische Männer, darunter auch treffliche Priester, theoretisch und praktisch, durch Schrift und That so Tüchtiges geleistet haben. Möge ihr Eifer nicht ermatten und mögen wahrhaft dazu Befähigte und Berufene in immer größerer Zahl ihnen nacheifern! Die natürlichen Kräfte zur Heilung der sozialen Frage müssen aber von den übernatürlichen, deren Hüterin die Kirche ist, unterstützt werden. Staat und Kirche müssen in der Anwendung der ihnen innewohnenden Hilfsmittel einträchtig zusammenwirken. Das gilt von allen menschlichen Dingen, aber ganz vorzugsweise von der sozialen Frage. Die Not und Gefahr unserer Zeit wird diese oft verkannte Wahrheit in immer weiteren Kreisen zur Anerkennung bringen. Möge daher vor allem durch Gerechtigkeit und Wohlwollen dieses so notwendige Zusammenwirken zwischen Staat und Kirche erstarken und alles, was die Eintracht stört, fern gehalten werden! Möge auch die einseitige Auffassung ein für allemal ausgeschlossen bleiben, es solle die Kirche allein ohne den Staat, oder es solle der Staat allein ohne die Kirche die soziale Frage zu lösen suchen; und noch weniger möge die Ansicht jemals Geltung gewinnen, es gehe diese Frage weder den Staat noch die Kirche an, sondern hier sei alles der Privatthätigkeit, dem freien Spiel der Kräfte, oder gar dem „Kampfe ums Dasein" zu überlassen.

1. Oktober. Besuch Kaiser Wilhelms in Wien (s. Oesterreich).

1. Oktober. Das Sozialistengesetz erlischt; die Ausgewiesenen kehren in ihre Heimat zurück.

3. Oktober. Der Reichskanzler v. Caprivi trifft in Friedrichshafen ein und wird von dem Könige und der Königin von Württemberg empfangen. Der preußische Gesandte Graf Eulen-

burg, der württembergische Ministerpräsident v. Mittnacht und der Kriegsminister v. Steinheil sind anwesend. Nach zweitägigem Aufenthalt begibt sich der Reichskanzler nach Baden und von dort nach Darmstadt.

3. Oktober. Der württembergische Thronfolger begibt sich zu einem kurzen Besuch nach Berlin; bald auch der Kriegsminister. Diese Besuche werden von den Blättern mit der Frage über die Neubesetzung des württembergischen Generalkommandos in Verbindung gebracht, dessen Führung durch den preußischen General von Alvensleben vielfach angegriffen worden ist.

4. Oktober. (Preußen.) Dem Kriegsminister v. Verdy du Vernois wird der Abschied bewilligt; an seine Stelle tritt Generallieutenant v. Kaltenborn-Stachau.

6. Oktober. In Berlin tritt eine Konferenz zur Vorbereitung der Ausführung des Altersversicherungsgesetzes zusammen.

7. Oktober. Das Domkapitel zu Posen und Gnesen beschließt, da seine Vorschläge zur Neubesetzung des Erzbistums von der Regierung abgelehnt worden seien, die Angelegenheit in die Hände des Papstes zu legen.

8. Oktober. In Hannover tritt die sechste allgemeine lutherische Konferenz zusammen.

9. Oktober. (Elsaß-Lothringen.) In den Volksschulen der nicht französisch redenden Landesteile wird der französische Unterricht gänzlich aufgehoben.

9. Oktober. Die „Hamb. Nachrichten" schreiben:

„Die „Kölnische Zeitung" kommt in ihrer Ausgabe vom 2. Oktober auf die Angabe zurück, daß Fürst Bismarck das Sozialistengesetz ohne die Ausweisungsbefugnis nicht habe annehmen wollen im Gegensatz zu den Wünschen sämtlicher anderen Vertreter der Regierungen, und daß hiedurch das Gesetz gefallen sei. Wir betonen dieser Darstellung gegenüber nochmals, daß, ebenso wie sämtliche Monarchen und Minister, auch der damalige Reichskanzler das Gesetz auch ohne den Ausweisungsparagraphen anzunehmen empfohlen hat, sobald durch Reichstagsplenarbeschluß festgestellt sein würde, daß die Regierungen ihre volle Vorlage nicht zur Annahme bringen konnten. Der Fürst glaubte, daß auch ein geringeres Ergebnis als die Vorlage, solange es in der Richtung der letzteren läge, nicht abzulehnen sei, sobald rechtlich feststände, daß ein majus nicht zu erreichen sei. Sein Widerspruch betraf den modus procedendi, nicht die Sache selbst. Nicht bloß für diesen Fall, sondern auch für jede andere Gesetzvorlage hielt er daran fest, daß die verbündeten Regierungen nicht wohlthäten, ihre eigene, wenige Wochen alte Vorlage selbst und aus eigenem Antriebe zu amendieren, ohne daß ein Plenarbeschluß die Undurchführbarkeit derselben konstatiert habe. Fürst Bismarck hat Jahrzehnte hindurch gegen die Neigung von Kommissarien und Ministern gekämpft, auf Grund von Kommissionsverhandlungen, in denen das Plenum

des Reichstages nicht zum Ausdruck kommt, oder auf Grund von Kulisseneinflüssen der Fraktionsführer die eigene Vorlage zu ändern oder abzuschwächen, und hielt daran fest, daß der Bundesrat den Anlaß zu Aenderungen seiner Vorlagen nur amtlichen Plenarbeschlüssen des Reichstages, nach Bedürfnis, zu entnehmen habe. Deshalb ist Fürst Bismarck auch in dem Falle des Sozialistengesetzes dagegen gewesen, in der letzten Stunde vor dem Reichstagsschluß die Flagge, welche die Regierung mit ihrer Vorlage aufgezogen hatte, vor Kommissionsverhandlungen ohne Plenarbeschluß zu streichen. Wohl aber war er dafür, falls der Reichstag das Sozialistengesetz ohne Ausweisungsparagraph angenommen hätte, regierungsseitig dasselbe zu thun. Die konservative Partei hat damals die Geneigtheit gezeigt, auch ohne Ausweisung für das Gesetz zu stimmen, wenn die Regierung vorher erklärte, daß sie damit einverstanden wäre. Sie wollte der Regierung allein die Verantwortung für die Abminderung des bisherigen Gesetzes zuweisen. Unsrer Ansicht nach hätte auch die konservative Partei aus der Unmöglichkeit, die volle Vorlage zu erreichen, keinen Anlaß nehmen sollen, das, was im Sinne des Gesetzes überhaupt zu erlangen war, zu adoptieren, wenn auch das wünschenswerte Mehr einstweilen nicht zu haben war. Letzteres hätte auf Grund eintretenden Bedürfnisses auch später angestrebt werden können, solange die Regierung nicht selbst die unwahre Erklärung abgegeben hatte, daß sie mit dem verkürzten Gesetze auszukommen glaube. Für die Wichtigkeit und Nützlichkeit des Sozialistengesetzes im Interesse der staatlichen Ordnung Beweise beizubringen, dessen glauben wir enthoben zu sein. Den besten haben die Sozialisten selbst in den letzten Tagen geliefert in Form des Jubels, mit dem sie die Aufhebung des Gesetzes feiern, ungeachtet aller Mahnungen der berechnenden Führer, nicht zu lebhafte Freude zu äußern und damit zu zeigen, was das Gesetz und der 1. Oktober für sie bedeutet."

10. Oktober. (Hessen.) Das Oberkonsistorium veröffentlicht ein Rundschreiben an die Geistlichen, welches sich gegen den Antisemitismus richtet.

10. Oktober. Eine Verfügung des Reichskanzlers, betreffend die Bildung eines Kolonialrates erscheint; dieselbe lautet:

§ 1. Die Mitglieder des Kolonialrats werden vom Reichskanzler ernannt.

Die mit Kaiserlichem Schutzbrief ausgestatteten oder in den Schutzgebieten durch die Anlage wirtschaftlicher Unternehmungen von bedeutendem Umfang in Thätigkeit befindlichen Kolonial-Gesellschaften werden aufgefordert werden, aus ihrer Mitte Mitglieder zum Kolonialrat in Vorschlag zu bringen. Im übrigen erfolgt die Berufung aus den Kreisen der Sachverständigen nach dem Ermessen des Reichskanzlers.

§ 2. Die Mitglieder des Kolonialrats versehen ihr Amt als Ehrenamt.

Die auswärtigen erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen eine ihren baren Auslagen entsprechende Entschädigung nach Maßgabe einer besonderen Verfügung.

§ 3. Die Ernennung der Mitglieder erfolgt für je 1 Sitzungsperiode des Kolonialrats. Die Zeitdauer dieser Perioden beträgt 1 Jahr.

§ 4. Der Kolonialrat tritt auf Berufung des Reichskanzlers unter dem Vorsitz des Leiters der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amts oder des mit seiner Stellvertretung beauftragten Beamten der Kolonial-Abteilung zusammen.

Er hat sein Gutachten über alle Angelegenheiten abzugeben, welche

ihm von der Kolonial-Abteilung überwiesen werden, und ist befugt, über selbständige Anträge seiner Mitglieder Beschluß zu fassen.

Der Geschäftsgang wird durch eine vom Reichskanzler genehmigte Geschäftsordnung geregelt.

§ 5. Mitglieder der Kolonial-Abteilung, sowie Vertreter anderer Behörden können mit Genehmigung des Reichskanzlers den Sitzungen mit beratender Stimme beiwohnen.

§ 6. Der Kolonialrat wählt aus seiner Mitte einen ständigen Ausschuß von drei Personen, welcher außerhalb der Sitzungen der Hauptversammlung von der Kolonial-Abteilung um sein Gutachten in einzelnen Fragen mündlich oder schriftlich befragt werden kann.

10. Oktober. (Baden.) Ministerpräsident Turban tritt vom Ministerium des Innern zurück; dasselbe übernimmt v. Eisenlohr.

11. Oktober. (Lippe-Detmold.) Das von der Regierung eingebrachte Regentschaftsgesetz (in Anlaß der Geisteskrankheit des Thronerben Prinzen Alexander) wird vom Landtage abgelehnt, welcher die Einsetzung eines Regentschaftsrates neben dem Regenten beantragt.

13.—18. Oktober. (Sozialistenkongreß in Halle.) In der ersten Hauptversammlung begrüßt Singer die auswärtigen Gäste, unter denen Mundberg-Kopenhagen, Ladour und Duc-Quercy-Paris, Anseele-Gent, Domela Nieuwenhuis-Haag, Branting-Stockholm, Pokorny, Hauser und Adler-Wien und Worski-Warschau sich befinden.

Auf Antrag Bebels wird den ausländischen Delegierten eine beratende Stimme in parlamentarischen, eine beschließende Stimme in anderen Fragen zuerkannt.

Bebel erstattet sodann Bericht über die Parteileitung und gibt einen Ueberblick über die Entwickelung der Partei in den letzten 20 Jahren; er erklärt, die Partei müsse ihre bisherige Taktik beibehalten, zumal die ausländischen Freunde in demselben Sinne thätig sein wollten.

Bei einer Darlegung der materiellen Entwickelung der Partei gibt Bebel das Parteivermögen am 1. Oktober 1890 auf 171,829 Mark 20 Pfg. an.

Bebel kündigt sodann den Kampf gegen den Ultramontanismus an und empfiehlt schließlich die Gründung von sozialistischen Zeitungen für die Landarbeiter, insbesondere auch eines polnischen Blattes.

Einen Antrag von Schmidt-Berlin auf Einsetzung einer Kommission behufs Erörterung der persönlichen Streitigkeiten zwischen der Parteileitung und Berliner Genossen, welcher von v. Vollmar

befürwortet wird, lehnt die Versammlung ab, nachdem sich Bebel dagegen ausgesprochen hat.

Es wird ein Antrag Vollmars angenommen, wonach jede seitens des Arbeitgebers gegen den Arbeiter bei Ausübung seiner gesetzlichen Rechte vorgenommene Bedrohung unter Strafe gestellt werden soll.

Der Antrag Liebknechts, das Parteiprogramm bis zum nächsten Parteitage einer Revision zu unterziehen und dabei die Religionsfrage, als eine Privatsache, völlig unberücksichtigt zu lassen, wird angenommen.

Das von Auer entworfene Organisationsstatut der Partei wird angenommen.

Die von einer Anzahl Berliner Parteigenossen unter Führung Werners gegen die Reichstagsfraktion erhobenen Beschwerden werden von der großen Mehrheit der Versammlung verworfen.

17. Oktober. Der „Reichsanzeiger" meldet: Zwischen der kaiserlichen Regierung und dem Sultan von Sansibar ist ein Einverständnis dahin erzielt worden, daß der letztere sich verpflichtet hat, seine Hoheitsrechte über den der Ostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Küstenstrich gegen eine Entschädigung von vier Millionen Mark abzutreten.

20. Oktober. Unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Bötticher treten Bevollmächtigte der Bundesstaaten zusammen, um die Grundlagen für Verhandlungen über ein Zollbündnis mit Oesterreich-Ungarn festzustellen.

23. Oktober. (Württemberg.) Der preußische General v. Alvensleben wird unter verschiedenen Beweisen der Anerkennung des Korpskommandos enthoben und der württembergische Generallieutenant v. Wölckern mit der Führung beauftragt.

26. Oktober. Graf Moltke feiert in Berlin seinen neunzigsten Geburtstag. Der Kaiser läßt für diesen Tag sämtliche Fahnen und Standarten der Berliner Garnison in die Wohnung des Feldmarschalls überführen und erscheint mit dem König von Sachsen, den Großherzögen von Baden, Sachsen und Hessen, sowie den Generalfeldmarschällen und kommandierenden Generalen zu persönlicher Gratulation, welche er mit folgenden Worten darbringt:

Mein lieber Feldmarschall! Ich bin am heutigen Tage mit erlauchten Herren und den Führern Meines Heeres gekommen, um Ihnen unsere herzlichsten und tiefgefühltesten Glückwünsche auszusprechen. Der heutige Tag ist für uns ein Tag des Zurückblickens und vor allen Dingen ein Tag des

Dankes. Zunächst spreche Ich Meinen Dank aus im Namen derjenigen, die mit Ihnen zusammen geschaffen und gefochten haben und die dahin gegangen sind, deren treuester und ergebenster Diener Sie aber gewesen. Ich danke Ihnen für alles, was Sie für Mein Haus und damit zur Förderung der Größe unseres Vaterlandes gethan. Wir begrüßen in Ihnen nicht nur den preußischen Führer, der unserer Armee den Ruhm der Unüberwindlichkeit geschaffen hat, sondern den Mitbegründer und Mitschmieder unseres Deutschen Reiches. Sie sehen hier hohe und erlauchte Fürsten aus allen Gauen Deutschlands, vor allen des Königs von Sachsen Majestät, der, ein treuer Bundesgenosse Meines Großvaters, es sich nicht hat nehmen lassen, Ihnen persönlich seine Anhänglichkeit zu bezeigen. Alles erinnert an die Zeit, wo er mit Ihnen für Deutschlands Größe hat fechten dürfen.

Die hohen Auszeichnungen, die Mein verblichener Großvater Ihnen schon hat zu teil werden lassen, haben Mir nichts mehr übrig gelassen, um Meinen Dank Ihnen persönlich noch besonders bezeugen zu können; also bitte Ich Sie, eine Huldigung von Mir annehmen zu wollen, die einzige, die Ich in Meinen jungen Jahren Ihnen darbringen kann.

Das Vorrecht des Monarchen ist es, seine Fahnen, die Symbole, zu denen sein Heer schwört, die seinem Heere voranfliegen und die seines Heeres Ehre und seines Heeres Tapferkeit in sich verkörpern, bei sich im Vorzimmer stehen zu haben. Dieses Rechtes begebe Ich Mich mit besonderem Stolze für den heutigen Tag und bitte Sie, den Fahnen Meiner Garden, die so oft unter Ihnen in so manchem heißen Strauß geweht haben, bei sich Aufnahme gestatten zu wollen. Es liegt eine hohe Geschichte in den Bändern und zerschossenen Fetzen, die hier vor Ihnen stehen, eine Geschichte, die zum größten Teil von Ihnen geschrieben worden ist. Als ein persönliches Andenken von Mir bitte Ich Sie, dies Zeichen der Würde, mit äußerem Schmucke versehen, als Erinnerung an den heutigen Tag annehmen zu wollen. Der eigentliche Feldmarschallstab, den Sie sich vor dem Feinde bereits im Feuer erworben, ruht lange schon in Ihrer Hand. Dieser ist nur ein Symbol, eine Zusammenfassung alles dessen, was Ich persönlich Ihnen an Achtung, Ehrerbietung und Dankbarkeit darzubringen habe.

Meine Herren, Ich bitte Sie, alle mit Mir einzustimmen in den Ruf: Gott segne, erhalte und schütze unseren greisen Feldmarschall noch lange zum Wohle des Heeres und des Vaterlandes! Dem Gefühl der Dankbarkeit dafür, daß er in seiner Größe es verstanden hat, nicht allein dazustehen, sondern eine Schule zu bilden für die Führer des Heeres in Zukunft und alle Ewigkeit, die in seinem Geiste erzogen, die Größe, Stärke und Kraft unseres Heeres ausmachen werden, geben wir Ausdruck durch den Ruf

Seine Exzellenz der Feldmarschall Graf Moltke, Hurra!

Eine gemeinsame Adresse sämtlicher deutscher Städte wird dem Feldmarschall überreicht, ferner ein größeres Kapital behufs einer Stiftung auf seinen Namen ihm zur Verfügung gestellt; Gratulationen treffen von vielen Souveränen, dem Bundesrat, dem Fürsten Bismarck und dem preußischen Staatsministerium ein. Am Abend vorher hat ein mächtiger Fackelzug stattgefunden.

27. Oktober. Der Reichskanzler v. Caprivi sendet dem deutschen Kolonialverein in Dresden eine Antwort auf ein Begrüßungstelegramm, in der es heißt:

„Auch ich halte die ostafrikanische Kolonie für zukunftsreich und hoffe,

daß sich ihr die für die Erschließung und Ausnutzung nötigen Privatkapitalien bald zuwenden werden."

28. Oktober. Graf Moltke richtet an den Oberbürgermeister von Berlin folgendes Schreiben:

Wie Sie an meinem Geburtstage die gemeinschaftliche Adresse der deutschen Städte und der Haupt- und Residenzstadt Berlin mir überreichten, habe ich meinen tief empfundenen Dank für die hohe, mir dadurch erwiesene Ehre schon persönlich Ihnen und den übrigen anwesenden Herren aussprechen können. Gleichzeitig durfte ich Ihnen, als dem ersten Vertreter der Stadt, für den großartigen Fackelzug danken, den Berlin mir am Abend vorher gegeben hatte. Dennoch ist es mir Bedürfnis, Ihnen noch einmal schriftlich zu wiederholen, wie tief mich diese Beweise des Wohlwollens meiner Mitbürger bewegt haben. Mit inniger Freude hat es mich erfüllt, daß Städte aller deutschen Lande zu einer gemeinsamen Adresse zusammengetreten sind und daß im Verein mit der akademischen Jugend die Berliner Bürgerschaft aller Kreise in einem so überaus glänzenden Fackelzug sich vereinigt hatte, um meinen 90. Geburtstag zu feiern. In diesen gemeinsamen Kundgebungen sehe ich mehr als eine Huldigung für meine Person. Ich fasse sie auf als einen Ausdruck der Erinnerung an jene Zeit, wo das Vaterland aus trauriger innerer Zersplitterung heraus sich erhob; wo alle seine Stämme, zu treuer Waffenbrüderschaft geeint, in heißem Streit ein einiges und starkes Deutschland sich erkämpften, um es dereinst als teuerstes Vermächtnis den kommenden Geschlechtern zu hinterlassen. In diesem Sinne nahm ich die Huldigung gern an, die mir, als dem ältesten Soldaten der Armee, gebracht worden ist. Abermals habe ich aus ihr die freudige Gewißheit geschöpft, daß die schwer errungene, mit teurem Blut bezahlte Einigkeit Deutschlands stets unerschütterlich sich zeigen wird, wo es sich um die Erhaltung des Bestehenden handelt, um sein Heer und um die gemeinsame Verteidigung für Kaiser und Reich.

Ende Oktober. Eine große Anzahl von Blättern erheben Klage über die hohen Fleischpreise, welche zum Teil auf die Viehzölle, zum Teil auf sanitätspolizeiliche Einfuhrverbote zurückgeführt werden. Es wird bekannt, daß die süddeutschen Staaten einen Antrag auf Aufhebung der letzteren im Bundesrat eingebracht haben und daß infolge dessen eine neue Enquete angeordnet worden ist. Zugleich verbreitet sich das Gerücht, daß die Stellung des Landwirtschaftsministers v. Lucius erschüttert sei. Im Gegensatz zu alledem schreibt der „Reichsanzeiger":

Ein Einfluß des Fleischzolles auf die Preisbewegung sei nicht erkennbar. Die Erhöhung der Zölle in den Jahren 1885 bis 1888 war von einem stetigen Fallen der Fleischpreise begleitet gewesen. Das Inkrafttreten der Einfuhrverbote könne gleichfalls eine ausschlaggebende Veranlassung zu dem stetigen Steigen des Preises seit dem August 1889 nicht gegeben haben, denn diese Verbote hätten das allmähliche Fallen des Preises auf den niedrigen Stand von 1888 nicht verhindert. Die Gründe der Preissteigerung seien vielmehr bei unbefangener Erwägung unschwer in anderen Umständen zu finden. Die schlechten Futterernten 1888 in Süddeutschland und 1889 in Norddeutschland verminderten das Schlachtvieh und steigerten neben anderen Ursachen die Fleischpreise; ebenso würde die jetzige gute Ernte das Angebot

von Mastvieh steigern und die Preise herabdrücken. Die Vieheinfuhrverbote seien neuerdings wegen der Teuerung des Fleisches wesentlich gemildert worden und weitere Erleichterungen seien beabsichtigt, je nach dem Ausfall der neuerdings beabsichtigten Prüfung des Standes der Viehseuchen in den Nachbarländern.

29. Oktober. Die Kaiserin richtet an den Berliner Magistrat folgendes Schreiben:

„Ich sage dem Magistrat zu Berlin Meinen aufrichtigen Dank für die Mir zu Meinem Geburtstage ausgesprochenen Glückwünsche und die Gesinnungen der Liebe und Treue für das Königliche Haus. Wenn der Magistrat freundlich der Werke christlicher Liebe und Barmherzigkeit gedenkt, durch welche Ich den religiösen und sittlichen Sinn, sowie die Opferwilligkeit zur Linderung geistiger und leiblicher Not vor allem in unserer Reichshauptstadt zu fördern bestrebt gewesen bin, so muß Ich dabei der zahlreichen Bürger unserer Stadt und besonders auch des Magistrats dankend gedenken, durch deren thatkräftige Unterstützung es möglich wurde, Kirchenbauten und die Begründung kleinerer Gemeinden zu beginnen, unter der armen Volksmenge Diakonissen-Stationen zur unentgeltlichen Armen-Krankenpflege zu errichten, sowie bei allen Behörden und in allen Kreisen den Sinn und den Wunsch zur Mithilfe anzuregen. Gottes Segen wird auch in Zukunft diese Arbeiten um so mehr geleiten, je mehr es gelingt, auf dem Grunde hingebender christlicher Nächstenliebe alle Kreise und Parteien zu treuer gemeinsamer Arbeit zu vereinigen, und Ich spreche die Hoffnung aus, daß Ich hierbei wie bisher auch fernerhin auf die Mithilfe des Magistrats rechnen kann.

Auguste Viktoria, Kaiserin und Königin.

29. Oktober. Eine kaiserliche Verordnung erscheint, betreffend die Einschränkung der Konsulargerichtsbarkeit in Samoa zu Gunsten des dort neu eröffneten internationalen Gerichtshofes.

Anfang November. Der Kaiser erteilt dem Ober-Hof- und Domprediger D. Kögel zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit einen sechsmonatlichen Urlaub und betraut mit seiner Vertretung als Schloßpfarrer den Pfarrer an der Dreifaltigkeitskirche, Konsistorialrat Dryander zu Berlin. Infolge dessen reichen die Hofprediger Schrader und Stöcker ihre Entlassung ein, welche sogleich genehmigt wird. — Zeitungsberichte führen das Vorgehen gegen Stöcker auf Einwirkung des Großherzogs von Baden zurück, der die neuerliche Agitation Stöckers im Großherzogtum ungern gesehen habe.

5.—6. November. Der Reichskanzler v. Caprivi trifft in München ein, wird von dem Prinzregenten empfangen und zur Tafel gezogen und begibt sich darauf nach Italien (s. dort).

11. November. Der Kaiser nimmt an einer Sitzung des Landesökonomie-Kollegiums teil und greift in die Debatte bei einer Vorlage, betreffend Schutzmaßregeln an den landwirtschaftlichen Maschinen ein. Er äußert ungefähr:

„Wie er schon voriges Jahr im Landwirtschaftlichen Verein habe mitteilen lassen, sei er nicht geneigt, bei Bestrafung der für solche Unglücksfälle haftbaren Unternehmer irgendwie Gnade eintreten zu lassen, wo eine strafbare Fahrlässigkeit vorliege. Von den meist ungebildeten landwirtschaftlichen Arbeitern könne man nicht verlangen, daß sie die eigenen Interessen bei der Sicherung ihrer Existenz ohne Rücksicht auf die eigene Bequemlichkeit bei Ausführung der Arbeiten wahrnähmen. Dem Leichtsinn und der Unachtsamkeit dieser Arbeiter müsse durch strenge Aufsicht der verantwortlichen Arbeitgeber gesteuert werden. Er erwarte in dieser Hinsicht von den Beschlüssen des Kollegiums die besten Folgen.

12. November. Der preußische Landtag wird durch den König eröffnet. Die Thronrede lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Früher als in den vergangenen Jahren habe Ich den Landtag der Monarchie um Meinen Thron versammelt, damit die eingehende Beratung wichtiger Gesetzentwürfe auf dem Gebiete der Finanz-, Schul- und Gemeindeverwaltung ohne Zögerung begonnen und der endgültige Abschluß dieser bedeutungsvollen Reformen, wie Ich zuversichtlich erwarte, zum Wohle des Vaterlandes gesichert werde.

Seit Jahren ist das Bedürfnis einer durchgreifenden Verbesserung des Systems der direkten Staatssteuern immer dringender hervorgetreten. Behufs einer planmäßigen Durchführung dieses zur Befestigung der finanziellen Grundlagen der Staatsverwaltung sowie im Interesse einer gerechteren Verteilung der Staatslasten gleichmäßig gebotenen Werks werden Ihnen alsbald die gesamten direkten Steuern berührende Gesetzentwürfe vorgelegt werden, deren innerer Zusammenhang Ihnen die Beschlußfassung wesentlich erleichtern wird.

Der Gesetzentwurf über die Einkommensteuer soll die bestehende Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer zu einer einheitlichen Steuer vereinigen, die Steuersätze zweckmäßiger gestalten und durch Einführung der Deklarationspflicht, sowie durch die anderweite Organisation der Einschätzungsbehörden und des Verfahrens eine sichere und der Wirklichkeit mehr entsprechende Veranlagung des steuerpflichtigen Einkommens herbeiführen.

Die Ausdehnung der Erbschaftssteuer durch eine mäßige Belastung der Erbfälle der Verwandten in auf- und absteigender Linie und der Ehegatten unter Freilassung der kleinen Erbschaften wird die zutreffende Besteuerung des Einkommens wesentlich erleichtern und zugleich eine verhältnismäßig stärkere Heranziehung des fundierten Vermögens bewirken.

Die im wesentlichen noch auf dem Gesetze vom 30. Mai 1820 beruhende den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechende Besteuerung der gewerblichen Betriebe soll durch einen Gesetzentwurf über die Gewerbesteuer, welcher den Betriebsertrag selbst ohne Rücksicht auf die Betriebsarten und örtlichen Einteilungen zu erfassen bestimmt ist, einer völligen Umgestaltung zugeführt werden. Eine Erhöhung des Gesamtaufkommens aus der Gewerbesteuer einschließlich der besonderen Besteuerung der Schankgewerbe ist dabei nicht beabsichtigt.

Das Ziel dieser Gesetzentwürfe ist eine gerechtere und gleichmäßigere Veranlagung der direkten Steuern und im Zusammenhange damit eine verhältnismäßige Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen und gewerblichen Betriebe.

Der Stand der Staatsfinanzen erfordert eine unmittelbare Vermehrung der Staatseinnahmen nicht. Ebensowenig gestatten aber die auf allen Gebieten wachsenden Anforderungen an die Hilfsmittel des Staats eine Verminderung der festen und sicheren Einnahmen desselben.

Die Ergebnisse des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahres sind zwar wesentlich günstiger, als bei dem Voranschlage angenommen war, so daß erhebliche Ueberschüsse zur Verringerung der Staatsschulden verwendet werden konnten. Auch im laufenden Jahre darf nach den bisherigen Erfahrungen ein, wenn auch nicht in gleichem Maße, befriedigender Rechnungsabschluß erwartet werden. Die Gestaltung des Staatshaushalts-Etats für das nächste Jahr, welcher gegenwärtig wegen der noch ausstehenden Feststellung des Reichshaushalts-Etats Ihnen noch nicht vorgelegt werden kann, wird jedoch die Unthunlichkeit eines Verzichts auf die bisherigen Staatseinnahmen ohne entsprechenden Ersatz darthun.

Der nach dem Abschluß der ersten Veranlagung der direkten Steuern auf der neuen Grundlage aufkommende Mehrertrag soll indes schon jetzt durch eine ausdrückliche Gesetzesvorschrift ausschließlich zu weiteren Entlastungen insbesondere der Kommunalverbände mittels Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer bestimmt werden, soweit darüber der Staatshaushalts-Etat nicht anderweitig Verfügung trifft.

Ich hoffe, daß hierdurch das Gelingen einer Reform wesentlich gefördert werden wird, welche berechtigten Klagen abzuhelfen und die Zufriedenheit der Bevölkerung zu befestigen geeignet ist.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die öffentliche Volksschule, welcher Ihnen in Ausführung der Vorschriften der Verfassung vorgelegt werden wird, soll der Volksschule auf dem Boden der Gemeindeverfassungen eine sichere Grundlage gewähren, eine gerechte Verteilung der Volksschullasten herbeiführen, die durch die Gesetzgebung der letzten Jahre angebahnte Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts zum Abschluß bringen und dem Lehrerstande den Bezug eines festen, den örtlichen Verhältnissen angemessenen Diensteinkommens gewährleisten. Zur Erleichterung des Uebergangs in die neuen Verhältnisse wird Ihnen vorgeschlagen, die Beiträge des Staates zu dem Diensteinkommen, den Alterszulagen und den Pensionen der Volksschullehrer zu erhöhen, auch sollen besondere Mittel bereit gestellt werden, um die Gemeinden bei der Aufbringung der Schulbaukosten zu unterstützen.

Um dem Bedürfnisse einer gesetzlichen Regelung der Landgemeinde-Verfassungen, welches vorzugsweise in den östlichen Provinzen der Monarchie hervorgetreten ist, Abhilfe zu schaffen, wird Ihnen der Entwurf einer Landgemeinde-Ordnung für diese Landesteile vorgelegt werden. Derselbe soll einerseits die zur Zeit geltenden gesetzlichen Vorschriften, welche sich in mehrfacher Hinsicht als unzureichend erwiesen haben, in angemessener Weise ergänzen und übersichtlich zusammenstellen. Andererseits ist aber dieser Entwurf dazu bestimmt, diejenigen Aenderungen auf dem Gebiete des ländlichen Gemeinde-Verfassungsrechts, welche durch die Entwickelung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bedingt werden, unter thunlichster Schonung des bestehenden Rechtszustandes und unter Aufrechthaltung bewährter Einrichtungen herbeizuführen und in den Gemeinden ein reges kommunales Leben zu fördern. Hierdurch werden zugleich die Erfüllung der den Gemeinden obliegenden öffentlich-rechtlichen Aufgaben gesichert, die Verteilung der Gemeindelasten angemessen geregelt und für dieselben leistungsfähige Träger geschaffen werden.

Im Anschluß an den Volksschulgesetzentwurf ist eine Regelung der Verhältnisse der mittleren Schulen in Aussicht genommen, bei welchen namentlich die Pensionsansprüche der Lehrer der festen Grundlage seither entbehren.

Die Neuregelung der Zahlung der Witwen- und Waisengelder, wie sie der Volksschulgesetzentwurf vorsieht, führt zu einer Schließung der nach den Gesetzen von 1869 und 1881 eingerichteten Witwen- und Waisen-Kassen für Elementarlehrer. Hierüber wird Ihnen eine besondere Vorlage zugehen.

Nachdem eine gemeinsame Regelung der Wegebauverhältnisse in den

sämtlichen alten Provinzen als nicht den Verhältnissen entsprechend erkannt worden, empfiehlt es sich, mit der den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Neuordnung des Wegewesens je nach dem hervortretenden Bedürfnisse provinzweise vorzugehen. Zunächst ist in der Provinz Sachsen das Bedürfnis zur Neuregelung des vielfach veralteten, unzweckmäßigen Wegerechts hervorgetreten, und liegt es in der Absicht, Ihnen den Entwurf einer Wegeordnung für diese Provinz nach Begutachtung durch den Provinzial-Landtag vorzulegen.

Auch in diesem Jahre wird Ihnen ein Gesetzentwurf zum Zweck der Erweiterung, sowie Vervollständigung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes — dem wachsenden Verkehrsbedürfnis entsprechend — zugehen.

Die Entwickelung der Arbeiterverhältnisse, welche gegenwärtig Gegenstand der Beratungen des Reichstages bildet, nimmt fortgesetzt die volle Aufmerksamkeit Meiner Regierung in Anspruch. Um die Gewerbeverwaltung in den Stand zu setzen, den an sie gestellten Anforderungen auf diesem Gebiete zu entsprechen, hat sich eine erhebliche Vermehrung der Aufsichtsbeamten in Verbindung mit einer Neuregelung der Gewerbe-Inspektion als notwendig erwiesen. Mit der Durchführung dieser Maßregel, welche mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, soll im bevorstehenden Rechnungsjahre begonnen werden. Die dazu erforderlichen Mittel werden in den Etat eingestellt werden.

Durch die Vorlegung des Entwurfs einer Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden und von Gesetzentwürfen wegen Erhöhung des Höchstbetrags der Hundesteuer und wegen der Abänderung einiger Bestimmungen über die Wahlen von Stadtverordneten wird den im Landtage in der vorigen Session kundgegebenen Wünschen entsprochen werden.

Bei den freundlichen Beziehungen des Reichs zu allen auswärtigen Staaten, welche im Laufe dieses Jahres sich noch mehr gefestigt haben, kann Ich mit Vertrauen die fernere Erhaltung des Friedens erwarten.

Meine Herren! Ein Reihe hochwichtiger gesetzgeberischer Aufgaben wird Sie beschäftigen. Möge die Lösung derselben, welche Ihre volle Hingabe erfordert, im vertrauensvollen Zusammenwirken mit der Staatsregierung zum Heile des Landes gelingen!

13. November. Das preußische **Abgeordnetenhaus** wählt das frühere Präsidium (v. **Köller**, v. **Heereman**, v. **Benda**) wieder.

13. November. Ein königlicher Erlaß trifft Anordnungen behufs Erleichterung des **Offiziers-Ersatzes**.

14. November. **Ministerpräsident** v. **Caprivi** bringt im Abgeordnetenhause die **Reformvorlagen** ein: 1) den Entwurf eines Einkommensteuergesetzes, 2) den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes, 3) den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die öffentliche Volksschule, 4) den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 14. Mai 1885, betreffend Ueberweisung von Beträgen, welche aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände, und 5) den Entwurf einer Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie.

In seiner Rede führt er aus, daß nach der Gründung des Reichs

zuerst in dessen Ausbau, dann in der Sozialreform der Schwerpunkt der Gesetzgebung gelegen habe. Jetzt müsse in Preußen das Liegengebliebene nachgeholt werden.

Die Staatsregierung legt einen hohen Wert darauf, diese Gesetze gemeinsam und pari passu behandelt zu sehen. Ich will ausdrücklich erwähnen, — weil mir zu Ohren gekommen ist, daß an anderer Stelle eine andere Ansicht verbreitet worden ist —, daß die Staatsregierung keines dieser Gesetze aus dem Rahmen der gemeinsamen Vorlagen herauszunehmen wünscht und den höchsten Wert darauf legt, sowohl die Finanzgesetze, die Ihnen vorgelegt sind und noch vorgelegt werden sollen, als die Landgemeindeordnung und die Reform der Volksschulen zur Verabschiedung zu bringen.

Ueber das Volksschulgesetz speziell sagt er:

In konfessioneller Beziehung hat der Entwurf sich bemüht, das Aufsichtsrecht des Staates festzuhalten und eine Grenze für die berechtigten Ansprüche der Religionsgesellschaften auf Mitwirkung bei Gestaltung des Religionsunterrichtes zu finden. Die Staatsregierung ist in dieser Richtung zu Gunsten der Religionsgesellschaften so weit gegangen, als sie mit der Wahrung staatlicher Interessen gehen zu können geglaubt hat.

Die Rede schließt mit der Frage, wie diese Gesetze auf die revolutionslüstigen Elemente wirken würden:

„Werden sie in einem Kampfe, der, von den staatsbedrohenden Elementen ausgehend, gegen das Dasein des Staates und der Kultur inszeniert zu werden scheint, werden da diese Gesetze im stande sein, den Staat zu stärken und zu kräftigen? Das wird der Fall sein! Zunächst wird der Staat eine direkte Stärkung dadurch erfahren, daß die Finanzen des Staates auf eine festerere, sicherere Grundlage gestellt werden, daß Rechtsunsicherheiten, wie sie in Bezug auf das Gemeindeleben und in Bezug auf die Volksschule thatsächlich und in nicht unerheblichem Umfange vorgelegen haben, beseitigt werden, und daß die Volksschule an Kraft und Gesundheit gewinnt und dadurch auf die Erziehung der künftigen Generation mehr und besser einzuwirken befähigt wird, als das bisher der Fall gewesen ist. Die Staatsregierung hat keinen Anlaß gehabt auf eine Verstärkung ihrer Macht in irgend einer Richtung hierbei oder bei einer anderen Gelegenheit auszugehen; die Staatsregierung ist sich ihres Rechts und ihrer Pflicht, die Gesetze mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen, die Ordnung im Staate zu erhalten, den Besitz zu schützen, vollkommen bewußt; sie hat aber bisher noch nicht das mindeste Anzeichen gefunden, daß die bestehenden Gesetze für diese Zwecke nicht ausreichen. Sollten solche Anzeichen eintreten, so wird die Staatsregierung nicht säumen, das zu thun, was etwa notwendig sein könnte, um weitere Garantieen zu schaffen.

Ich lege Wert darauf, das hier ausdrücklich zu erwähnen, obwohl ein Teil der Frage ja die sedes materiae auf einem anderen Boden hat, — ich lege aber Wert darauf, es ausdrücklich zu erwähnen, um einer Richtung, die die Staatsregierung eines schwächlichen Zuwartens beschuldigt, entgegenzutreten. Wir wissen ganz genau, was unsere Schuldigkeit ist, und sind gewillt, alle der Regierung zu Gebote stehenden Machtmittel rücksichtslos anzuwenden, wenn wir, was Gott verhüten wolle, vor die Notwendigkeit gestellt werden; wir sind aber nicht gesonnen, vorher aus Besorgnis Maßregeln zu ergreifen, wenn nicht reale Motive zur Zeit vorliegen.

Diese Gesetze stärken also nicht die Staatsregierung, sondern den Staat direkt. Man darf sich aber der Hoffnung hingeben, daß sie auch indirekt zur Stärkung des Staats beitragen werden; denn es will mir scheinen, wie wenn der Staat nur gewinnen kann in dem Kampf, vor den er gestellt ist, wenn es ihm gelingt, die Zahl seiner Gegner zu verringern. Die Regierung

kann niederhalten, niederschlagen, damit ist die Sache aber nicht gemacht; die Schäden, vor denen wir stehen, müssen von innen heraus geheilt werden, und dazu gehört nach dem Dafürhalten der Regierung, daß die Liebe zum Staat, das Wohlbefinden im Staat, das Sichheimischfühlen, die Teilnahme mit Kopf und Herz an den Aufgaben des Staats in weitere Kreise getragen wird.

Dazu geben diese Gesetze insofern eine Hilfe, als, wie ich an mehreren Stellen zu erwähnen mir erlaubt habe, und wie Sie in noch klarerem und größerem Umfange vielleicht aus dem Studium des Gesetzes selbst erkennen werden, — als sie die Tendenz haben, die schwachen Schultern zu entlasten. Sie haben aber auch weiter die Tendenz, die Thätigkeit innerhalb der Gemeinde in breitere Kreise zu übertragen, und wenn die Existenz des Staats mit einer Feindschaft auf Tod und Leben bedroht wird, so wird auf der anderen Seite als Gegenmittel gesucht werden müssen eine Verstärkung der Liebe zum Staat. Der Weg zu dieser Liebe zum Staat wird aber für einen großen Teil unserer Mitbürger durch die Liebe zur Gemeinde gehen, und eine solche Liebe zur Gemeinde zu erhöhen, zu wecken und zu kräftigen, ist einer der Zwecke dieser Vorlage. . . . . .

Wir werden von Jahr zu Jahr mehr, wie mir scheint, zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß gegenüber der staatsgefährdenden Tendenz, die sich immer breiter macht, das Zusammenhalten aller staatserhaltenden Elemente immer notwendiger wird.

Ist das nun richtig, was sind dann alle die Fragen, die etwa hier Streitigkeiten, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien hervorrufen können, gegenüber den Fragen, vor die uns die Sozialdemokratie stellt?

Was ist die Deklarationspflicht, was ist ein Zusammenlegen von Landgemeinden und Gutsbezirken, was ein Einfluß auf die Wahl von Volksschullehrern im Vergleich mit den Fragen, die den Staat vor Sein, vor Nichtsein stellen?

Und so möchte ich mit dem Appell an das hohe Haus schließen, über den Rahmen dieser Vorlagen hinaus zusammenzuhalten zur Erhaltung des Staats. Wir haben große Kriege erlebt, und zu den erfreulichsten und schönsten Seiten dieser Kriege hat gehört, daß während ihrer Dauer alle Parteien den inneren Hader vergaßen und alle nur das eine Ziel hatten, das Vaterland. Jetzt stehen wir auch in einem Kriege, der in seinen Folgen nicht weniger bedenklich, nicht weniger gefährlich ist. Warum sollte es da nicht auch möglich sein, zu sagen: Hier das Vaterland, bei dem wollen wir stehen, für das wollen wir arbeiten, für das wollen wir alle inneren kleinen Streitigkeiten vergessen.

17. November. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Freiherr v. Lucius, nimmt seine Entlassung; an seine Stelle tritt der bisherige Regierungspräsident v. Heyden.

19. November. Die Trauung der Prinzessin Viktoria von Preußen mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe findet statt.

20. November. Ein königliches Dekret ermächtigt die Deutsch-Ostafrikanische-Gesellschaft zur Ausgabe von Obligationen im Wert von ca. 10½ Millionen Mark.

Mitte November. Der Kultusminister erläßt Ausführungsbestimmungen behufs Durchführung wirtschaftspoli-

tischer Gesichtspunkte im Schulunterricht, in Gemäßheit eines bei dieser Gelegenheit veröffentlichten Allerhöchsten Erlasses vom 1. Mai 1889. Der Erlaß lautet:

Schon längere Zeit hat Mich der Gedanke beschäftigt, die Schule in ihren einzelnen Abstufungen nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterlande die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben. Aber Ich kann Mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß in einer Zeit, in welcher die sozialdemokratischen Irrtümer und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, die Schule zur Förderung der Erkenntnis dessen, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist, erhöhte Anstrengungen zu machen hat. Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in der Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind. Sie muß die neue und die neueste Zeitgeschichte mehr als bisher in den Kreis der Unterrichtsgegenstände ziehen und nachweisen, daß die Staatsgewalt allein dem Einzelnen seine Familie, seine Freiheit, seine Rechte schützen kann, und der Jugend zum Bewußtsein bringen, wie Preußens Könige bemüht gewesen sind, in fortschreitender Entwickelung die Lebensbedingungen der Arbeiter zu heben, von den gesetzlichen Reformen Friedrichs des Großen und von Aufhebung der Leibeigenschaft an bis heut. Sie muß ferner durch statistische Thatsachen nachweisen, wie wesentlich und wie konstant in diesem Jahrhundert die Lohn- und Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen unter diesem monarchischen Schutze sich verbessert haben.

Um diesem Ziele näher zu kommen, rechne Ich auf die volle Mitwirkung Meines Staats-Ministeriums. Indem Ich dasselbe auffordere, den Gegenstand in weitere Erwägung zu ziehen und Mir bestimmte Vorschläge zu machen, will Ich nicht unterlassen, nachstehende Gesichtspunkte besonderer Beachtung zu empfehlen.

1) Um den Religionsunterricht in dem angedeuteten Sinne fruchtbarer zu machen, wird es erforderlich sein, die ethische Seite desselben mehr in den Vordergrund treten zu lassen, dagegen den Memorierstoff auf das Notwendige zu beschränken.

2) Die vaterländische Geschichte wird insonderheit auch die Geschichte unserer sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung und Entwickelung seit dem Beginne dieses Jahrhunderts bis zu der gegenwärtigen sozialpolitischen Gesetzgebung zu behandeln haben, um zu zeigen, wie die Monarchen Preußens es von jeher als ihre besondere Aufgabe betrachtet haben, der auf die Arbeit ihrer Hände angewiesenen Bevölkerung den landesväterlichen Schutz angedeihen zu lassen und ihr leibliches und geistliches Wohl zu heben, und wie auch in Zukunft die Arbeiter Gerechtigkeit und Sicherheit ihres Erwerbes nur unter dem Schutze und der Fürsorge des Königs an der Spitze eines geordneten Staates zu erwarten haben. Insbesondere vom Standpunkt der Nützlichkeit, durch Darlegung einschlagender praktischer Verhältnisse, wird schon der Jugend klar gemacht werden können, daß ein geordnetes Staatswesen mit einer sicheren monarchischen Leitung die unerläßliche Vorbedingung für den Schutz und das Gedeihen des Einzelnen in seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Existenz ist, daß dagegen die Lehren der Sozialdemokratie praktisch nicht ausführbar sind, und wenn sie es wären, die Freiheit des Einzelnen bis in seine Häuslichkeit hinein einem unerträglichen Zwange

unterworfen würde. Die angeblichen Ideale der Sozialisten sind durch deren eigene Erklärung hinreichend gekennzeichnet, um den Gefühlen und dem praktischen Sinne auch der Jugend als abschreckend geschildert werden zu können.

3) Es versteht sich von selbst, daß die hiernach der Schule zufallende Aufgabe nach Umfang und Ziel für die verschiedenen Stufen der Schulen angemessen zu begrenzen ist, daß daher den Kindern in den Volksschulen nur die einfachsten und leicht faßlichen Verhältnisse dargeboten werden dürfen, während diese Aufgabe für die höheren Kategorien der Unterrichtsanstalten entsprechend zu erweitern und zu vertiefen ist. Insbesondere wird es darauf ankommen, die Lehrer zu befähigen, die neue Aufgabe mit Hingebung zu erfassen und mit praktischem Geschick durchzuführen. Zu diesem Ende werden die Lehrerbildungsanstalten eine entsprechende Ergänzung ihrer Einrichtung erfahren müssen.

Ich verkenne nicht, welche Schwierigkeiten der Durchführung dieser Aufgabe sich entgegenstellen werden, und daß es einer längeren Erfahrung bedarf, um überall das Richtige zu treffen. Aber diese Bedenken dürfen nicht abhalten, mit Ernst und Ausdauer der Durchführung eines Zieles näher zu treten, dessen Verwirklichung nach Meiner Ueberzeugung für das Wohl des Vaterlandes von hervorragender Bedeutung ist. Das Staats-Ministerium wolle hiernach die notwendigen Erörterungen in die Wege leiten und nach Abschluß derselben an Mich berichten.

Schloß zu Berlin, den 1. Mai 1889.

Wilhelm R.

Fürst von Bismarck.

20. November. (Abgeordnetenhaus.) Erste Beratung des Einkommensteuergesetzes. Finanzminister Miquel begründet die Vorlage. Sie wird hauptsächlich bekämpft von dem Abgeordneten Richter, dem der Finanzminister repliziert.

25. November. (Abgeordnetenhaus.) Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes. Der Entwurf findet fast von allen Seiten des Hauses Widerspruch.

26. November. Der „Reichsanzeiger" publiziert die kaiserliche Verordnung, welche das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von Neujahr 1891 ab in vollem Umfange in Kraft setzt.

26. November. (Abgeordnetenhaus.) Erste Lesung des Entwurfs eines Gewerbesteuergesetzes.

28. November. (Dresden.) Empfang des Reichskanzlers v. Caprivi am königlichen Hof.

29. November. (Abgeordnetenhaus.) Der Abgeordnete Dr. Graf richtet an die Staatsregierung die Interpellation, welche Schritte dieselbe zur Förderung und weiteren Nutzbarmachung des Kochschen Heilverfahrens gegen die Tuberkulose in Aussicht genommen habe. Minister v. Goßler antwortet in längerer Rede:

Digitized by Google

Was das Mittel betreffe, so könne Koch wohl die Methode sagen, das ermögliche aber noch nicht die Herstellung, die Methode müsse gezeigt und eingeübt werden, was längere Zeit, etwa sechs Wochen, erfordere. Die Möglichkeit der Fälschung sei vorhanden, auf chemischem Wege sei nicht jede Nachahmung als solche zu erkennen. Koch sei aus diesem Grunde von dem Minister selbst ersucht worden, die Veröffentlichung des Mittels nur so weit gehen zu lassen, daß die Gefahr der Nachahmung ausgeschlossen sei. Die Behandlung der Kranken solle mehr den Kliniken und staatlichen Anstalten überlassen und den Polikliniken und der ambulatorischen Praxis entzogen werden. Der geistige Eigentümer des Mittels sei Professor Koch; die Staatsregierung habe also keine amtliche autoritative Einwirkung auf die Verbreitung des Mittels; nur das Vertrauensverhältnis zu Koch habe die Basis der Verhandlungen geben können und gegeben. Dem ungeheuren Andrang gegenüber, das Heilmittel zu erlangen, habe man sich geradezu vor einer Kalamität befunden. Er sei bemüht gewesen, mit Aufbietung aller Kräfte die königlichen Kliniken nutzbar zu machen; für die innere Klinik hätten besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Eine besondere Anstalt unter Leitung der Dr. Pfuhl und Dr. Libberts besorge die Erzeugung der Lymphe. Ein Fläschchen mit 5 g Inhalt koste 25 ℳ, davon ließen sich 500 Einspritzungen zu je 1 cg der höchsten Dosis, die heute gegeben werde, herstellen, so daß die Einspritzung 5 ₰ koste, Phthisikern werde nur je 1 mg eingespritzt, das koste also nur 0,5 ₰. Eine Methode zur Herstellung des Mittels im großen gebe es nicht. Auch wenn es noch so sorgfältig hergestellt sei, gewähre es nicht die Garantie der Wirkung; ehe das Erzeugnis in den Gebrauch übergeführt werde, werde es deshalb am Tiere geprobt. Es schwebten Unterhandlungen wegen Verstaatlichung des Mittels und es sei nicht zu ruhen, bis der Staat es in die Hand bekomme. Selbst wenn es nicht gelinge, das Mittel so rasch zu vermehren, werde es doch Beruhigung gewähren, wenn der preußische Staat seine Firma darunter setze. Ein administratives Organ, welches den Vertrieb und die Verteilung leite, werde notwendig sein. Dem wilden Aufthun von Privatkliniken müsse ein Ziel gesetzt werden, schon wegen der Gefahr für die betreffenden Gebäude. Das Polizei-Präsidium werde die Ermächtigung erhalten, diesen Gefahren vorzubeugen. Die Staatsregierung beabsichtige nun, eine Krankenanstalt und eine wissenschaftliche Abteilung zu errichten; erstere werde auf dem Gebiet der Charitee, letztere auf dem Köpke'schen Grundstück errichtet. An der Spitze werde Koch stehen, unter ihm zwei Abteilungs-Dirigenten; Koch solle künftig mit lehramtlicher Thätigkeit nicht mehr belastet werden. Die einmaligen Ausgaben für das Institut würden sich auf etwa 2½ Millionen belaufen. Die Stadt habe ein Anerbieten von 150 Betten für arme Tuberkulose gemacht, über das der Abschluß bevorstehe. Ein Privatmann habe Koch 1 Million Mark für arme Phthisiker zur Verfügung gestellt; 50—60 arme Phthisiker würden daraus unentgeltliche Behandlung erfahren. Es sei zu hoffen, daß nach dem Vorgang von Berlin auch andere Gemeinden im Interesse ihrer armen Kranken eintreten werden. Der Minister schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß es für ihn, wenn er aus dem Amt scheide, die schönste Erinnerung sein werde, das Glück gehabt zu haben, einem Manne wie Koch die Wege zu ebnen, dessen Forscherkraft und Wahrheitsliebe nur erreicht werde durch seine Uneigennützigkeit und Vaterlandsliebe. Das Vaterland könne glücklich sein, einen solchen Sohn sein eigen zu nennen.

29. November. Eine Anzahl katholischer Notabilitäten, worunter Windthorst, Graf Ballestrem, Graf Preysing, erläßt als

„Vorstand des Volksvereins für das katholische Deutschland" einen Aufruf zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

30. November. (Abgeordnetenhaus.) Erste Beratung des Entwurfs einer Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen.

30. November. Freiherr v. Schorlemer-Alst legt wegen Krankheit sein Mandat nieder.

30. November. Der Gouverneur von Kamerun, Freiherr v. Soden, bereist die deutsch-ostafrikanische Küste. Dar-es-Salaam wird zum Sitz der Verwaltung bestimmt.

1. Dezember. Fest der vor 250 Jahren erfolgten Thronbesteigung des Großen Kurfürsten. Der Kaiser erläßt folgenden Armeebefehl:

Heute vor 250 Jahren bestieg Mein Ahnherr, der Große Kurfürst, den Thron Seiner Väter. Sein Regierungsantritt bedeutet für Mein Haus und Preußen den Aufschwung zu politischer Macht, zur Wohlfahrt und zu hohen geistigen Bestrebungen, die Schaffung eines stehenden Heeres legte den Grund zu der militärischen Machtentfaltung des Staates.

Ich habe die Feldzeichen, welche aus jener glorreichen Zeit in der Armee vorhanden sind, hier um das Denkmal des Großen Kurfürsten versammelt, damit sie die Erinnerung wachrufen an Seine Thaten und an diejenigen Seines Heeres. Diese Thaten konnten nur vollbracht werden durch den Geist der Treue, der Gottesfurcht, des Gehorsams und der Tapferkeit, welchen der Große Kurfürst in Seinem Heere zu erwecken und zu erhalten wußte.

Dieser Geist ist durch mehr als zwei Jahrhunderte Eigentum des Heeres geblieben; auf ihm beruht die Größe und Stärke des Vaterlandes; ihn zu bewahren und zu pflegen ist auch heute noch die heiligste Pflicht der Armee und im Hinblick auf den Großen Kurfürsten von Brandenburg und Sein ruhmreiches Heer soll und wird jeder Einzelne Meiner Armee dieser Pflicht eingedenk bleiben.

Bei der Mittagstafel hält der Kaiser folgende Rede:

Wir feiern heute einen für uns Preußen und uns Brandenburger hochbedeutsamen Tag; wir feiern die Thronbesteigung des Großen Kurfürsten.

Vergegenwärtigen wir uns einen Augenblick, wie es damals bei uns aussah, und es wird uns dann klar, was wir dem hohen Herrn alles zu verdanken haben. Was war die Mark? Ein verachtetes Land, verödet, verwüstet, der Kampf- und Tummelplatz sämtlicher Parteien des in sich zersplitterten Reiches, von Freund und Feind ausgesogen. — Was war Berlin? Eine kleine Stadt, gebrandschatzt, heimgesucht von Not und Krankheiten, mit wenig Tausend Einwohnern; der Landesfürst in schwerer Krankheit mit dem Tode ringend, fern in Königsberg weilend, niemand, der sich um das Land kümmerte, kein Mensch, der ein Herz für die Not des Volkes hatte: in dieser Verfassung mußte der Große Kurfürst mit Seinen zwanzig Jahren ganz allein die Aufgabe übernehmen, Sein Land wieder emporzubringen. Er hatte keinen Menschen damals; der große Staatsmann, der Seinem Vater gedient hatte, er hatte für sich gearbeitet, und dem jungen Herrn lag es ob, allein einen neuen Weg für Sich einzuschlagen. Kraft Seines un-

erschütterlichen Mutes, Seines gewaltigen Seherblickes, der fern in die Zukunft sah, Seines unerschütterlichen Gottvertrauens gelang es Ihm, aus Nichts ein Heer zu schaffen, mit diesem aber Sich bei Freund und Feind gleich geachtet zu machen.

Gleich einem Sturmwind fegte Er bei Fehrbellin den Feind aus Seinen Grenzen; und wo Er nur Seine Truppen auftreten ließ und wo Seine Dragoner und Musketiere sich zeigten, war Freude bei den Alliierten und Angst und Schrecken bei dem Feinde.

Doch nicht genug damit, Sich ein Heer zu schaffen, schaffte Er auch im Lande Ruhe und Ordnung, und wir sehen dieses verachtete Ländchen, des Reiches Streusandbüchse, aufblühen und unmittelbar hinter dem schwer verwüstenden dreißigjährigen Kriege einen Aufschwung nehmen, der nie geahnt wurde und das kleine Ländchen zur Vormacht im Deutschen Reiche machte.

Wir sehen, daß es dem Großen Kurfürsten möglich war, am Schluß Seiner Regierung mit einer wohlgeschulten Armee von vierundzwanzig Tausend Mann der Welt eine gebietende Stellung zu zeigen, eine Flotte zu besitzen, überseeische Kolonieen zu haben. Er trieb Politik im großen Stile, weitausschauend, wie man sie jetzt treibt, und das, was Er damals grundlegend für uns gethan hat, das ist die Basis gewesen, auf der unser Reich auferstanden ist.

Wahrlich hat der große König mit Recht gesagt, als Er am Sarge des hohen Fürsten stand: „Fürwahr, der Mann hat viel gethan!“

Ja, Meine Herren, Ich kann nur wiederholen, was Ich heute früh sagte, und was auch Ihnen, den Vertretern des Regiments des Großen Kurfürsten gilt: Wir wollen fortfahren, festzuhalten an der Gottesfurcht, Treue, Hingebung und am Gehorsam!

Ich erhebe Mein Glas und trinke es auf das Wohl Brandenburg-Preußens: Hurrah! — Hurrah! — Hurrah!

Anfang Dezember. In der Presse entspinnt sich eine lebhafte Debatte über die von der „Freisinnigen Zeitung“ gebrachte Nachricht, dem Exminister Freiherrn v. Lucius sei seinerzeit bei Errichtung eines Fideikommisses die gerichtliche Stempelgebühr durch königliche Gnade erlassen worden. Es wird hiebei konstatiert, daß auch in einer Anzahl anderer Fälle, besonders bei Fideikommissen, die aus den Kriegsdotationen errichtet wurden, der Stempel erlassen worden sei.

4. Dezember. (Preußen.) Die im Abgeordnetenhause schon vor Monaten angekündigte Konferenz zur Beratung von Fragen das höhere Schulwesen betreffend tritt zusammen. Es werden ihr folgende Fragen vorgelegt:

1) Sind die heute bestehenden Arten der höheren Schulen in ihrer gegenwärtigen Sonderung beizubehalten oder empfiehlt sich eine Verschmelzung von

a. Gymnasium und Realgymnasium,

b. Realgymnasium und Ober-Realschule?

2) Läßt sich für die bestehenden drei Schularten (gymnasiale, realgymnasiale, lateinlose) oder für zwei derselben ein gemeinsamer Unterbau herstellen? Empfiehlt es sich für den letzteren Fall

a. die zur Zeit schon für die drei unteren Klassen des Gymnasiums

und Realgymnasiums bestehende Gemeinsamkeit bis zur Unter-Sekunda (inkl.) auszudehnen, während von Ober-Sekunda aufwärts der Lehrplan der Ober-Realschule eintritt?

(Verbindung des Realgymnasiums mit dem Gymnasium.)

b. Oder das Latein an dem Realgymnasium bis zur Unter-Tertia hinaufzuschieben und die drei lateinlosen unteren Klassen zu einer höheren Bürgerschule aufwärts zu ergänzen?

(Verbindung des Realgymnasiums mit der höheren Bürgerschule.)

3) Empfiehlt es sich, im Lehrplan der Gymnasien die den alten Sprachen gewidmete Stundenzahl einzuschränken und es so zu ermöglichen, daß die Unterrichtsstunden in den drei unteren Klassen herabgesetzt, das Englische fakultativ eingeführt und das Zeichnen über Quarta hinaus obligatorisch gemacht wird?

Ist mit jener Einschränkung zugleich der lateinische Aufsatz als Zielleistung und die griechische schriftliche Versetzungsarbeit für Prima in Wegfall zu bringen?

4) Empfiehlt es sich, im Lehrplan der Realgymnasien die im Jahre 1882 angeordnete Verstärkung des Latein beizubehalten oder ist eine Verminderung desselben und eine Herabsetzung der Gesamtstundenzahl, insbesondere in den unteren Klassen, herbeizuführen?

5) Empfiehlt es sich

a. an Orten, wo sich nur gymnasiale oder realgymnasiale Anstalten befinden, in den drei unteren Klassen nach örtlichem Bedarf neben und statt des Latein einen verstärkten deutschen und modern fremdsprachlichen Unterricht einzuführen,

b. an Orten, wo nur lateinlose höhere Schulen sind, an deren drei untern Klassen nach örtlichem Bedarf lateinischen Unterricht anzugliedern,

c. alle siebenstufigen Anstalten (Progymnasien, Realprogymnasien, Realschulen) auf sechsstufige zurückzuführen,

d. den Lehrplan der Realschulen und höheren Bürgerschulen gleich zu gestalten und beide so einzurichten, daß unbeschadet der anders gearteten methodischen Behandlung des Lehrstoffs und des Abschlusses des Bildungsganges die Fortsetzung desselben auf der Ober-Realschule erleichtert wird?

6) Empfiehlt es sich, an den auf einen neunjährigen Lehrgang angelegten Anstalten, mit Rücksicht auf die Schüler, welche vor Vollendung desselben ins Leben treten, einen früheren relativen Abschluß nach dem sechsten Jahreskursus eintreten zu lassen?

7) Sind zur Förderung eines erfolgreichen Unterrichts anderweitige oder neue Normen über die Maximalfrequenz der Klassen, über die zulässige Schüler- und Klassenzahl der Gesamtanstalt, über die durchgängige Trennung der Tertien und Sekunden in je zwei Klassen nach Jahreskursen, sowie über das Maß der Pflichtstunden der Lehrer wünschenswert?

8) In wie weit ist es, auch bei Verminderung der Gesamtzahl der Schulstunden, möglich, durch intensiven methodischen Unterricht die Hauptarbeit in die Schule zu verlegen, namentlich in den unteren Klassen?

9) Was hat zur weiteren Hebung des gegenwärtig meist in zwei Wochenstunden und vielfach an große Abteilungen erteilten Turnunterrichts zu geschehen, und welche sonstigen Einrichtungen zur körperlichen Ausbildung der Jugend sind zu pflegen?

10) Kann die Reifeprüfung entbehrt werden? Verneinenden Falls sind Vereinfachungen einzuführen und welche?

11) Welche Aenderungen sind bezüglich der wissenschaftlichen Ausbildung der künftigen Lehrer an höheren Schulen erforderlich?

12) Durch welche Mittel vermögen die höheren Lehranstalten in mög-

lichster Uebereinstimmung mit der Familie auf die sittliche Bildung ihrer Schüler einzuwirken?

13) Welche Aenderungen empfehlen sich im Berechtigungswesen
a. bei den auf einen neunjährigen Lehrgang angelegten Anstalten,
b. bei den höheren Bürgerschulen
(zu erwägen nach den Berufsarten)?

14) Wenn in Zukunft an den höheren Bürgerschulen vermöge des früheren Abschlusses ihres Lehrganges die Berechtigung zum einjährigen Dienst früher als an anderen höheren Schulen erworben werden kann, auch im sonstigen Berechtigungswesen Aenderungen zu Gunsten der höheren Bürgerschulen eintreten, so wird das Bedürfnis nach denselben wachsen.

Welche Maßregeln werden zur Befriedigung desselben zu ergreifen sein? (Verbindung höherer Bürgerschulen mit bestehenden Anstalten, Umwandlung eines Teils der letzteren; staatliche oder staatlich unterstützte Neuerrichtung höherer Bürgerschulen).

Minister v. Goßler eröffnet die Konferenz folgendermaßen:

„Genehmigen Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät, daß ich innerlich aus dem Herzen und im Namen aller Anwesenden unseren ehrfurchtsvollsten, tiefgefühltesten Dank ausspreche für die warme Teilnahme, welche Sie der Erziehung unserer Jugend zuwenden.

Ew. Majestät treten auch in dieser Hinsicht in die Fußstapfen Ihrer erlauchten Vorfahren. Die Hohenzollern haben es allezeit als ihr Recht, aber auch als ihre Pflicht erachtet, unmittelbar bestimmend in die Entwickelung und Erziehung der Jugend einzugreifen. Schon Ihr erlauchter Vorfahr Johann Georg erließ im Jahre 1573 die bekannte Visitations- und Konsistorialordnung, welche auf Jahrhunderte hinaus die Geschicke der brandenburgischen Schule bestimmte. Am Schlusse seines thatenreichen Lebens erließ Kurfürst Friedrich Wilhelm der Große die bekannte Schulordnung von Brandenburg, und zwar auf lutherischer Grundlage. Sein Enkel Friedrich Wilhelm I. erließ bereits im ersten Jahre seiner segensreichen Regierung die Kabinets- und Schulordnung, welche bis in dieses Jahrhundert hinein das Fundament des Unterrichtswesens bildete. Unermüdlich hat er bis zum Schluß seines reichen Lebens über den Schulen gewaltet, und was er auf dem Gebiet der Volksschule gethan, ist ja bekanntlich heute noch in der Provinz Preußen geltendes Recht. Friedrich der Große trat in seiner Instruktion für die lutherischen Ober-Konsisterien in die Fußstapfen seines Vaters. Er erließ im Jahre 1763 das berühmte General-Schulreglement, und was er für die höheren Schulen geplant hatte, wurde ein Jahr nach seinem Tode Recht in der bekannten Instruktion für das Ober-Schulkollegium. Damals vollzog sich zum erstenmale in Preußen allen Ländern vorbildlich die sorgfältige Abgrenzung der Schul- und Kirchenbehörden auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Unsere ganze preußische Unterrichtsverwaltung und -Gesetzgebung beruht aber auf der berühmten Kabinets-Ordre Ew. Majestät Allerdurchlauchtigsten Urgroßvaters. Diese so wenig bekannte Kabinets-Ordre vom Jahre 1817 fordert in wirklich ergreifender Weise die ganze Nation auf, bei der Erziehung der Jugend mitzuwirken. Die großen Thaten, welche Preußen unter Führung seines Königs vollbracht, ließen erkennen, daß die Kräfte der Nation überwiegend auf der geistigen Seite in den Idealen lägen, und daß nur durch eine Erneuerung des ganzen geistigen Inhalts des Volkes diejenige Kraft erreicht werden könnte, welche Preußen seine hohe aber auch gefährdete Stellung sicherte. Wenn damals Friedrich Wilhelm III. alle Klassen des Volkes aufrief, mitzuwirken an der Erneuerung der Nation, so haben Ew. Majestät in der

denkwürdigen Ordre vom 1. Mai vorigen Jahres uns aufgerufen, die Schule für befugt und berufen erklärt, mitzuwirken an der Erneuerung des Volkes auf den Gebieten, welche durch die Mächte des Umsturzes in Frage gestellt sind. Ew. Majestät haben nicht verkannt, daß die Arbeit der Schule zwar die machtvollste, aber auch die langsamste und mühsamste ist, und daß erst vom Lehrer angefangen werden muß, ehe die Ziele innerhalb der Schüler erreicht werden können. Ew. Majestät haben erneut auf die Bedeutung aufmerksam gemacht, welche in der richtigen Aneignung der Religion, in der Hervorhebung der sittlich-relegiös bildenden Momente unserer preußischen Geschichte eingeschlossen liegen, und wir sind Ew. Majestät aufs tiefste in Dankbarkeit verpflichtet, in dieser energischen und kraftvollen Weise uns den Weg gewiesen zu haben. Diese Allerhöchste Kundgebung vom 1. Mai 1889 fiel mitten hinein in eine bereits machtvolle Bewegung, welche auf dem Gebiete des Unterrichtswesens ganz Deutschland ergriffen hatte. Wo die Anfänge der Bewegung liegen, weiß man überhaupt nicht bei großen Ereignissen; aber im allgemeinen darf man wohl sagen, daß die veränderte Weltstellung Preußens und Deutschlands unseren Blick erweitert und uns allen die Frage auf die Lippen geführt hatte, ob unsere Erziehung noch genau in denselben Bahnen sich bewegen könne wie früher, wo Deutschland mehr ein in sich gekehrtes, ein einsames Denkerleben führendes Volk war. Jetzt, wo unsere Augen erweitert sind, wo unsere Blicke sich richten auf alle Nationen, wo wir Kolonien vor unseren Augen haben: überall haben wir den Eindruck, daß wir vielleicht den Zaun, der bisher unser Unterrichtswesen umschlossen hielt, in dieser oder jener Weise durchbrechen müssen. Mehr noch war das Streben zu erkennen, daß die innerliche Aneignung des Stoffes Fortschritte mache, daß die Methode der Lehrer gebessert werde, daß man Zeit gewinnen möchte für die Kräftigung der Jugend, und für Preußen wurde diese Bewegung eine um so machtvollere und intensivere als in Preußen — es ist nicht zu leugnen — durch eine übermäßige Zahl von höheren Schulen und durch eine übermäßige Produktion von akademisch Gebildeten alle gelehrten Berufsfächer überfüllt waren und nun in der Not, im Kampfe um das Dasein, eine Menge Zweifel auftraten, ob die Schule selbst, die Unterrichtsmethode eine Verschuldung treffe. So sind wir in Preußen im Gegensatz zu den süddeutschen Staaten in eine Bewegung hineingekommen, in der das Berechtigungswesen in dem Kampf der Konkurrenz eine hervorragende Bedeutung gewinnt. Ich bin nicht im stande, in einem einleitenden Vortrage auch nur zu skizzieren, in welchen Richtungen die Hauptbewegung sich gestaltet. Man kann aber wohl sagen, daß von den radikalsten Auffassungen bis zu den konservativsten hin jede Nüance eines neuen Vorschlages sich vorhanden findet. Das preußische Schulwesen hat aber — und das muß doch wohl in der Einleitung hervorgehoben werden — doch insofern eine eminent politische Bedeutung, als es ein einigendes Band innerhalb der deutschen Staaten geworden ist. Nach Preußen haben sich die übrigen deutschen Staaten gerichtet. Mit Preußen haben die übrigen deutschen Staaten Verträge geschlossen über Lehrerbefähigung und Reifezeugnisse; die Reichs-Gesetzgebung hat sich der Vorschriften bemächtigt für Mediziner und Juristen, die preußische Gesetzgebung für Theologen und für Lehrer; kurzum auf allen Gebieten hat sich ein Band geschlossen zwischen Preußen und den übrigen deutschen Staaten. Und wenn wir hier am heutigen Tage eine durchaus preußische Versammlung sind, so müssen wir uns doch eingedenk halten, daß das gesamte Deutschland mit Aufmerksamkeit auf unsere Beratungen seine Blicke richtet. Zwar befinden sich hier unter uns, mit Erlaubnis ihrer hohen Regierungen, drei Herren, welche nicht Preußen angehören, aber ich habe es den Herren erklärt und wiederhole es hier, daß sie nicht als Ver-

treter ihrer Staaten, sondern als Schulmänner, welche auf gewissen Gebieten Hervorragendes geleistet haben, hier sind. Und ich danke den Regierungen auch an dieser Stelle, daß sie diese ausgezeichneten Kräfte zur Verfügung gestellt haben.

Was nun diese Beratungen auszeichnen soll, ist die volle Freiheit in der Diskussion. Es ist der dringende Wunsch der Unterrichtsverwaltung, von den Herren, die hier versammelt sind, Stoff und Formen als sichere und zuverlässige Grundlage für die weiteren Entschlüsse zu erhalten, welche Ew. Majestät demnächst zur Allerhöchsten Kritik unterbreitet werden. Die Geschäftsordnung soll volle Freiheit geben. Eine Abstimmung wird sich nicht vermeiden lassen; sie wird aber nicht nach Zahlen erfolgen, sondern sie wird erfolgen nach einzelnen Personen, so daß die Quellen der Abstimmung immer klar vor Augen liegen. Es ist möglich, daß eine zweite Lesung in einzelnen Fällen eintreten muß, wo ein Ausgleich bei der ersten Lesung nicht erreicht wird. Darüber behalte ich mir weitere Entschließungen vor.

Ich schließe damit, daß ich es ausspreche: ich gehe in die Beratung mit der sicheren Hoffnung auf Gelingen; ich bin überzeugt, daß alle versammelten Herren mit voller Begeisterung und mit voller Hingebung den großen Aufgaben sich widmen, welche den Kern in dieser Beratung bilden, und wenn uns dabei die Kraft erlahmen sollte, so werden wir auf Ew. Majestät blicken und in Dankbarkeit und Ehrfurcht uns des Eifers, der Liebe und der Hingebung erinnern, die Ew. Majestät unserm gesamten Schulwesen stets geschenkt haben.

Der Kaiser erwiderte darauf folgendes:

Meine Herren! Ich begrüße Sie von ganzem Herzen hier und Ich danke dem Herrn Minister, daß er persönlich trotz des Ueberladenseins mit Arbeiten aller Art es übernommen hat, den Vorsitz in dieser Versammlung zu führen.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß kein Mensch mehr dazu angethan ist und geschickter dazu angelegt ist, eine solche Frage richtig zu leiten und zu ihrer Lösung beizutragen, wie unser Herr Kultusminister, von dem Ich ganz bestimmt und ohne Ueberhebung sagen kann, daß der Deutsche Staat und das Königreich Preußen seit langen Jahren keinen so tapferen, hingebenden und hervorragenden Kultusminister gehabt haben, wie ihn. Ich hoffe, daß es gelingen wird, das Werk mit Ihrer Hilfe nicht nur zu fördern, sondern auch zum Abschluß zu bringen.

Nachher hält der Kaiser folgende Ansprache:

Meine Herren! Ich habe Mir zuerst ausgebeten, ein paar Worte zu Ihnen zu reden, weil Mir daran liegt, daß die Herren von vornherein wissen, wie Ich über die Sache denke. Es wird entschieden sehr vieles zur Diskussion kommen, ohne entschieden werden zu können, und Ich glaube, daß auch manche Punkte nebelhaft im Dunkel bleiben werden; deshalb habe Ich es für gut gehalten, die Herren nicht im Zweifel darüber zu lassen, welches Meine Ansichten darüber sind.

Zunächst möchte ich bemerken, daß es sich hier vor allen Dingen nicht um eine politische Schulfrage handelt, sondern lediglich um technische und pädagogische Maßnahmen, die wir zu ergreifen haben, um unsere heranwachsende Jugend den jetzigen Anforderungen, der Weltstellung unseres Vaterlandes und auch unseres Lebens entsprechend heranzubilden. Und da möchte Ich gleich eines bemerken.

Ich würde Mich sehr gefreut haben, wenn wir diese Prüfungen, diese Verhandlungen nicht mit einem französischen Wort: „Schulenquete", sondern

mit dem deutschen Wort „Schulfrage“ benannt hätten. „Frage“ ist das alte deutsche Wort für Voruntersuchung, und Ich muß sagen, das ist auch mehr oder weniger eine Voruntersuchung. Nennen wir die Sache doch kurzweg „Schulfrage“.

Ich habe die 14 Punkte durchgelesen und finde, daß dieselben leicht dazu verführen könnten, die Sache zu schematisieren. Das würde Ich im höchsten Grade bedauern. Die Hauptsache ist, daß der Geist der Sache erfaßt wird und nicht die bloße Form. Und da habe Ich Meinerseits einige Fragen aufgestellt — Ich werde sie zirkulieren lassen —, von denen Ich hoffe, daß sie auch Berücksichtigung finden werden.

Zunächst „Schulhygiene außer Turnen“ — eine Sache, die sehr genau erwogen werden muß —; sodann „Verminderung des Lehrstoffs“ (Erwägung des Auszuscheidenden); ferner die „Lehrpläne für die einzelnen Fächer“, sodann die „Lehrmethode für die Organisation“ — es sind bereits die Hauptpunkte vorgeschlagen worden —; sechstens: „Ist der Hauptballast aus den Examina beseitigt“ und siebentens „die Ueberbürdung in Zukunft vermieden“? achtens: „Wie denkt man sich die Kontrolle —, wenn das Werk zu Stande gekommen ist“? neuntens: „regelmäßige und außerordentliche Revisionen“ durch verschiedene Ober-Behörden“?

Ich lege hier die Fragen auf den Tisch des Hauses; wer sie sich ansehen will, kann sich darüber weiter informieren.

Die ganze Frage, meine Herren, hat sich allmählich, vollkommen von selber entwickelt; Sie stehen hier einer Sache gegenüber, von der Ich fest überzeugt bin, daß Sie durch die Vollendung, die Sie ihr geben werden, durch die Form, die Sie ihr aufprägen werden, dieselbe wie eine reife Frucht der Nation überreichen werden.

Dieser Kabinets-Ordre, die der Herr Minister vorhin zu erwähnen die Güte hatte, hätte es vielleicht nicht bedurft, wenn die Schule auf dem Standpunkte gestanden hätte, auf welchem sie hätte stehen müssen. — Ich möchte im voraus bemerken, wenn Ich etwas scharf werden sollte, so bezieht sich das auf keinen Menschen persönlich, sondern auf das System, auf die ganze Lage. — Wenn die Schule das gethan hätte, was von ihr zu verlangen ist, — und Ich kann zu Ihnen als Eingeweihter sprechen, denn Ich habe auch auf dem Gymnasium gesessen und weiß, wie es da zugeht — so hätte sie von vornherein von selber das Gefecht gegen die Sozialdemokratie übernehmen müssen. Die Lehrerkollegien hätten alle miteinander die Sache fest ergreifen und die heranwachsende Generation so instruieren müssen, daß diejenigen jungen Leute, die mit Mir etwa gleichaltrig sind, also von etwa 30 Jahren, von selbst bereits das Material bilden würden, mit dem Ich im Staate arbeiten könnte, um der Bewegung schneller Herr zu werden. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Der letzte Moment, wo unsere Schule noch für unser ganzes vaterländisches Leben und für unsere Entwickelung maßgebend gewesen ist, ist in den Jahren 1864, 1866—1870 gewesen. Da waren die preußischen Schulen, die preußischen Lehrerkollegien Träger des Einheitsgedankens, der überall gepredigt wurde. Jeder Abiturient, der aus der Schule herauskam und als Einjähriger eintrat oder ins Leben hinausging, alles war einig in dem einen Punkte: das Deutsche Reich wird wieder aufgerichtet und Elsaß-Lothringen wiedergewonnen. Mit dem Jahre 1871 hat die Sache aufgehört. Das Reich ist geeint; wir haben, was wir erreichen wollten, und dabei ist die Sache stehen geblieben. Jetzt mußte die Schule, von der neu gewonnenen Basis ausgehend, die Jugend anfeuern und ihr klar machen, daß das neue Staatswesen dazu da wäre, um erhalten zu werden. Davon ist nichts zu merken gewesen, und jetzt schon entwickeln sich in der kurzen Zeit, seit der das Reich besteht, zentrifugale Tendenzen —

Ich kann das gewiß genau beurteilen, weil Ich oben stehe und an Mich alle solche Fragen herantreten. Der Grund ist in der Erziehung der Jugend zu suchen; wo fehlt es da? Da fehlt es allerdings an manchen Stellen. Der Hauptgrund ist, daß seit dem Jahre 1870 die Philologen als beati possidentes im Gymnasium gesessen haben und hauptsächlich auf den Lernstoff, auf das Lernen und Wissen den Nachdruck gelegt haben, aber nicht auf die Bildung des Charakters und die Bedürfnisse des jetzigen Lebens. Sie, Herr Geheim-Rat Hinzpeter, werden verzeihen, Sie sind ein begeisterter Philologe, aber nichtsdestoweniger, die Sache ist Meiner Ansicht nach bis zu einer Höhe gekommen, daß es schließlich nicht mehr weiter geht. Es ist weniger Nachdruck auf das Können wie auf das Kennen gelegt worden; das zeigt sich auch bei den Anforderungen, die in den Examen gestellt werden. Es wird von dem Grundsatz ausgegangen, daß der Schüler vor allen Dingen soviel wie möglich wissen müsse; ob das für das Leben paßt oder nicht, das ist Nebensache. Wenn man sich mit einem der betreffenden Herren darüber unterhält und ihm klar zu machen versucht, daß der junge Mensch doch einigermaßen praktisch für das Leben und seine Fragen vorgebildet werden solle, dann wird immer gesagt, das sei nicht Aufgabe der Schule, Hauptsache sei die Gymnastik des Geistes, und wenn diese Gymnastik des Geistes ordentlich getrieben würde, so wäre der junge Mann im stande, mit dieser Gymnastik alles fürs Leben Notwendige zu leisten. Ich glaube, daß nach diesem Standpunkt nicht mehr verfahren werden kann.

Wenn ich nun zurückgreife auf die Schulen und speziell auf das Gymnasium selber, so weiß Ich sehr wohl, daß in vielen Kreisen man Mich für einen fanatischen Gegner des Gymnasiums hält und Mich auch zu Gunsten anderer Schulformen ausgespielt hat. Meine Herren, das ist nicht der Fall. Wer selber auf dem Gymnasium gewesen ist und hinter die Kulissen gesehen hat, der weiß, wo es da fehlt. Und da fehlt es vor allem an der nationalen Basis. Wir müssen als Grundlage für das Gymnasium das Deutsche nehmen; wir sollen nationale junge Deutsche erziehen und nicht junge Griechen und Römer. Wir müssen von der Basis abgehen, die Jahrhunderte lang bestanden hat, von der alten klösterlichen Erziehung des Mittelalters, wo das Lateinische maßgebend war und ein bißchen Griechisch dazu. Das ist nicht mehr maßgebend, wir müssen das Deutsche zur Basis machen. Der deutsche Aufsatz muß der Mittelpunkt sein, um den sich alles dreht. Wenn einer im Abiturientenexamen einen tadellosen deutschen Aufsatz liefert, so kann man daraus das Maß der Geistesbildung des jungen Mannes erkennen und beurteilen, ob er etwas taugt oder nicht. — Nun wird selbstverständlich vieles eingewendet und gesagt, der lateinische Aufsatz ist auch etwas sehr wichtiges, der lateinische Aufsatz ist sehr gut, um den Menschen in einer fremden Sprache zu bilden, und was weiß Ich mehr. Ja, meine Herren, Ich habe das nun einmal selber mitgemacht. Wie entsteht denn ein solcher lateinischer Aufsatz? Ich habe es sehr oft erlebt, daß ein junger Mensch im deutschen Aufsatz — ich will einmal sagen, 4 +, im ganzen befriedigend, und im lateinischen Aufsatz eine 2 hat. Der Mensch verdiente Strafe statt Lob, denn daß er den lateinischen Aufsatz nicht auf dem rechten Wege zu stande gebracht hat, das ist klar. Und von allen den lateinischen Aufsätzen, die wir geschrieben haben ist noch nicht einer unter zwölf, der nicht mit solchen Hilfsmitteln zu stande gekommen ist. Solche Aufsätze wurden als gut bezeichnet. Das war der lateinische Aufsatz. Aber wenn wir auf dem Gymnasium einen Aufsatz über „Minna von Barnhelm" schreiben sollten, bekamen wir kaum befriedigend. Deswegen sage Ich, weg mit dem lateinischen Aufsatz, er stört uns, und wir verlieren unsere Zeit für das Deutsche darüber.

Ebenso möchte Ich das Nationale bei uns weiter gefördert sehen in Fragen der Geschichte, Geographie und der Sage. Fangen wir erst einmal bei uns zu Hause an. Erst wenn wir in den verschiedenen Kammern und Stuben Bescheid wissen, dann können wir ins Museum gehen und uns auch dort umsehen. Aber vor allen Dingen müssen wir in der vaterländischen Geschichte Bescheid wissen. Der Große Kurfürst war zu Meiner Schulzeit nur eine nebelhafte Erscheinung; der siebenjährige Krieg lag bereits außerhalb aller Betrachtung, und die Geschichte schloß mit dem Ende des vorigen Jahrhunderts, mit der französischen Revolution. Die Freiheitskriege, die das wichtigste sind für den jungen Staatsbürger, wurden nicht durchgenommen, und nur durch ergänzende, sehr interessante Vorträge des Herrn Geheimen Rats Hinzpeter bin Ich, Gott sei Dank, in der Lage gewesen, diese Dinge zu erfahren. Das ist aber gerade das punctum saliens. Warum werden denn unsere jungen Leute verführt? Warum tauchen so viele unklare, konfuse Weltverbesserer auf? Warum wird immer an unserer Regierung herumgenörgelt und auf das Ausland verwiesen? Weil die jungen Leute nicht wissen, wie unsere Zustände sich entwickelt haben und daß die Wurzeln in dem Zeitalter der französischen Revolution liegen. Und darum bin Ich gerade der festen Ueberzeugung, daß, wenn wir diesen Uebergang aus der französischen Revolution in das 19. Jahrhundert in einfacher, objektiver Weise in den Grundzügen den jungen Leuten klar machen, so bekommen sie ein ganz anderes Verständnis für die heutigen Fragen, wie sie es bisher hatten. Sie sind dann im stande, auf der Universität durch die ergänzenden Vorlesungen, die sie dann hören, ihr Wissen weiter zu verbessern und zu vergrößern.

Komme ich nun auf die Beschäftigung unserer jungen Leute, so ist absolut notwendig, daß wir mit der Anzahl der Stunden heruntergehen. Herr Geheime-Rat Hinzpeter wird sich erinnern, daß zur Zeit, wie Ich auf dem Gymnasium in Kassel war, der erste Notschrei der Eltern und Familien laut wurde, daß es nicht so weiter gehen könne. Es wurden infolge dessen Erhebungen von der Regierung angestellt: wir waren verpflichtet, alle Morgen unserem Direktor Zettel abzugeben mit der Stundenzahl der häuslichen Stunden, die wir nötig gehabt hatten, um das für den nächsten Tag aufgegebene Pensum zu bewältigen. Es sind bloß die Zahlen aus der Prima speziell, die Ich jetzt hier berühre. Nun, meine Herren, es kamen bei ganz ehrlichen Angaben — bei Mir konnte sie noch Herr Geheime-Rat Hinzpeter kontrollieren — für jeden einzelnen 5½, 6½ bis 7 Stunden auf die häuslichen Arbeiten heraus. Das waren die Abiturienten. Rechnen Sie noch dazu die 6 Stunden Schule, 2 Stunden Essen, dann können Sie ausrechnen, was von dem Tag übrig geblieben ist. Wenn Ich nicht Gelegenheit gehabt hätte, hinaus- und hineinzureiten und noch sonst etwas Mich in der Freiheit zu bewegen, dann hätte Ich überhaupt nicht gewußt, wie es in der Welt aussieht. Das sind doch immerhin Leistungen, die man jungen Leuten auf die Dauer nicht aufbürden kann. Nach Meinem Erachten muß auch nach unten entschieden nachgeholfen und nachgelassen werden. Meine Herren, es geht nicht, man darf diesen Bogen nicht weiter spannen und nicht so gespannt lassen. Wir müssen hier herunter, wir haben hier die äußerste Grenze bereits überschritten. Die Schulen — Ich will einmal von den Gymnasien sprechen — haben das Uebermenschliche geleistet und haben Meiner Ansicht nach eine allzustarke Ueberproduktion der Gebildeten zu Wege gebracht, mehr wie die Nation vertragen kann, und mehr, wie die Leute selbst vertragen können. Da ist das Wort, das vom Fürsten Bismarck herrührt, richtig, das Wort von dem Abiturientenproletariat, welches wir haben. Die sämtlichen sogenannten Hungerkandidaten, namentlich die Herren Journalisten,

das sind vielfach verkommene Gymnasiasten, das ist eine Gefahr für uns. Dieses Uebermaß, das jetzt schon zu viel ist, gleichsam ein Rieselfeld, das nicht mehr aufnehmen kann, muß beseitigt werden. Ich werde daher kein Gymnasium mehr genehmigen, das nicht absolut seine Existenzberechtigung und Notwendigkeit nachweisen kann. Wir haben schon genug.

Nun aber handelt es sich darum: wie kann man den Wünschen in bezug auf klassische Bildung und in bezug auf Realbildung und in bezug auf die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligen-Dienst am besten beikommen? Ich halte dafür, daß die Sache ganz einfach dadurch zu erledigen ist, daß man mit einem radikalen Schritt die bisherigen Anschauungen zur Klärung bringt, daß man sagt: klassische Gymnasien mit klassischer Bildung, eine zweite Gattung Schulen mit Realbildung, aber keine Realgymnasien. Die Realgymnasien sind eine Halbheit, man erreicht mit ihnen nur Halbheit der Bildung, und das Ganze gibt Halbheit für das Leben nachher.

Sehr berechtigt ist die Klage der Gymnasial-Direktoren über den ungeheueren Ballast von Schülern, den sie mitzuschleppen haben, der nie zum Examen kommt und bloß die Berechtigung für den einjährigen Heeresdienst erlangen will. Nun wohl, der Sache ist einfach dadurch abzuhelfen, daß wir ein Examen einschieben, da, wo der Einjährige abgehen will, und außerdem seine Berechtigung davon abhängig machen, daß er, wenn er die Realschule besucht, das Abgangszeugnis für die Realschule nachweist. Dann werden wir es bald erleben, daß der ganze Zug dieser Kandidaten für den einjährigen Heeresdienst von den Gymnasien auf die Realschulen geht; denn, wenn sie die Realschule durchgemacht haben, dann haben sie, was sie suchen.

Ich verbinde damit noch einen zweiten Punkt, den ich vorhin schon erwähnte, das ist dieser: die Verminderung des Lehrstoffes ist nur möglich durch einfachere Gestaltung der Examina. Nehmen wir die grammatikalischen Produktionen ganz aus dem Abiturienten-Examen heraus und legen sie ein oder zwei Klassen tiefer, lassen Sie da ein Examen machen, ein technisch-grammatikalisches Examen, dann können Sie die jungen Leute prüfen, so scharf wie Sie wollen, dann können Sie an dieses Examen die Freiwilligenprüfung knüpfen, und außerdem für denjenigen, der Offizier werden will, das Fähnrichexamen damit verbinden, so daß er nachher dasselbe nicht mehr zu machen braucht. Sobald wir die Examina in dieser Beziehung modifizieren und die Gymnasien in dieser Weise erleichtert haben, dann wird das Moment wieder zur Geltung kommen, das in der Schule und speziell in den Gymnasien verloren gegangen ist: die Erziehung, die Charakterbildung. Das können wir jetzt beim besten Willen nicht, wo 30 Knaben in der Klasse sind und ein solches Pensum zu bewältigen haben, und außerdem oft junge Leute den Unterricht erteilen, deren Charakter noch häufig selber ausgebildet werden muß. Hier möchte Ich das Schlagwort, das Ich von dem Geheimen Rat Hinzpeter gehört habe, anführen: Wer erziehen will, muß selbst erzogen sein. Das kann man von dem Lehrerpersonal jetzt nicht durchweg behaupten. Um die Erziehung zu ermöglichen, müssen die Klassen in bezug auf die Schülerzahl erleichtert werden. Das wird auf dem Wege, den ich eben beschrieben habe, geschehen. Dann muß davon abgegangen werden, daß der Lehrer nur dazu da ist, täglich Stunden zu geben und daß, wenn er sein Pensum absolviert hat, seine Arbeit beendigt ist. Wenn die Schule die Jugend so lange dem Elternhause entzieht, wie es geschieht, dann muß sie auch die Erziehung und die Verantwortung für diese übernehmen. Erziehen Sie die Jugend, dann haben wir auch andere Abiturienten. Ferner muß von dem Grundsatz abgegangen werden, daß es nur auf das Wissen ankommt und nicht auf das Leben; die jungen Leute müssen für das jetzige praktische Leben vorgebildet werden.

Ich habe mir einige Zahlen aufgeschrieben, die statistisch interessant sind. Es gibt in Preußen Gymnasien und Progymnasien 308 mit 80,979 Schülern, Realgymnasien und Real-Progymnasien 172 mit 34,465 Schülern, lateinlose Ober-Realschulen und höhere Bürgerschulen 60 mit 19,893 Schülern. Es erwarben die einjährig-freiwillige Berechtigung auf den Gymnasien 68 Prozent, auf den Realgymnasien 75 Prozent und auf den lateinlosen Realanstalten 38 Prozent. Das Reifezeugnis bei dem Abiturienten-Examen erwarben auf den Gymnasien 31 Prozent, auf den Realgymnasien 12 Prozent, auf den Ober-Realschulen 2 Prozent. Jeder Schüler der genannten Anstalten hat etwa 25,000 Schul- und Hausarbeitsstunden und ungefähr nur 657 Stunden darunter Turnstunden. Das ist ein Uebermaß der geistigen Arbeit, das entschieden herabgedrückt werden muß! Für den Zwölf-, Dreizehn-, Vierzehnjährigen in Quarta und Tertia beträgt einschließlich des Turnens und Singens die wöchentliche Stundenzahl durchschnittlich 32, steigt in einzelnen Anstalten auf 35 und in der Tertia des Realgymnasiums sage und schreibe 37 Stunden. Nun, meine Herren, wir sind alle mehr oder minder gereift und arbeiten, was wir können, aber auf die Dauer würden wir eine solche Arbeit auch nicht aushalten. Die statistischen Angaben über die Verbreitung der Schulkrankheiten, namentlich der Kurzsichtigkeit der Schüler, sind wahrhaft erschreckend, und für eine Anzahl von Krankheitserscheinungen fehlt es an einer allgemeinen Statistik noch. Bedenken Sie, was uns für ein Nachwuchs für die Landesverteidigung erwächst. Ich suche nach Soldaten, wir wollen eine kräftige Generation haben, die auch als geistige Führer und Beamte dem Vaterlande dienen. Diese Masse der Kurzsichtigen ist meist nicht zu brauchen, denn ein Mann, der seine Augen nicht brauchen kann, wie will der nachher viel leisten? In Prima steigert sich in einzelnen Fällen die Zahl der Kurzsichtigen bis auf 74 Prozent. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß wir, trotzdem wir in Kassel ein sehr gutes Zimmer hatten, das Lehrerkonferenzzimmer, mit einseitigem schönen Licht und guter Ventilation, die auf Wunsch meiner Mutter angebracht wurde, doch unter 21 Schülern 18 mit Brillen hatten und 2 darunter, die mit der Brille nicht bis an die Tafel sehen konnten. Diese Sachen verurteilen sich von selber, da muß eingeschritten werden, und deshalb halte Ich es für sehr dringend, daß die Frage der Hygiene schon in den Vorbereitungsanstalten für die Lehrer aufgenommen werde, die Lehrer einen Kursus darin erhalten und die Bedingung daran geknüpft wird, jeder Lehrer, der gesund ist, muß turnen können, und jeden Tag soll er turnen.

Meine Herren, das sind im allgemeinen die Gesichtspunkte, die Ich Ihnen zu entwickeln habe, Dinge, die Mein Herz bewegt haben, und Ich kann nur versichern: die massenhaften Zuschriften, Bitten und Wünsche, die Ich von den Eltern bekommen habe, obwohl wir Väter von Meinem verehrten Herrn Hinzpeter im vorigen Jahre für eine Partei erklärt wurden, die bei der Erziehung der Kinder nicht mitzureden hätte, legen Mir, als allgemeinem Landesvater, die Pflicht auf, zu erklären: es geht nicht so weiter. Meine Herren, die Männer sollen nicht durch Brillen die Welt ansehen, sondern mit eigenen Augen und Gefallen finden an dem, was sie vor sich haben, ihrem Vaterlande und seinen Einrichtungen. Dazu sollen Sie jetzt helfen!

Die Rede des Kaisers ruft in der Presse sowohl lebhaften Beifall als auch entschiedene Verwahrungen hervor.

5. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die öffentliche Volksschule.

Minister von Goßler weist zunächst auf den innigen Zusammenhang der Vorlage mit den anderen Reformgesetzen, mit der Steuerreform sowohl als der Landgemeindeordnung, hin. Die Zweckverbände der Landgemeindeordnung seien doch ganz besonders für Schulzwecke vorgesehen, und die zu überweisenden Gelder würden vorzugsweise für die Schule verwendet werden. Der Schulvorstand sei gegen früher und gegen seine Stellung in einigen Landesteilen jetzt geradezu beschränkt in seinen Befugnissen; er sei in Zukunft nur ein helfendes Organ. Die städtischen Schuldeputationen und die Stadtschul-Räte würden in Zukunft ihre bisherige Stellung behalten. Eine Verschiebung trete aber in den Schullasten ein, nur könne man nicht behaupten, daß die Gutsbezirke besonders gut dabei wegkämen. Die Gemeinden aber würden durch die Heranziehung der juristischen Personen und Forensen wesentlich erleichtert werden. Der Staat aber habe auch fürder zur Erleichterung der Schullasten beizutragen, da die Aufgaben wesentlich gewachsen seien. Die Schulaufsichtsbehörde solle in Zukunft die Unterhaltungspflichtigen nicht mehr zu neuen Lasten heranziehen dürfen. Den Religionsgesellschaften müsse der maßgebende Einfluß gesichert bleiben, denn die Religion solle ein Hauptunterrichtsgegenstand der Volksschule sein und bleiben, eine konfessionelle Erteilung des Unterrichts sei notwendig, weil sonst ein allgemeiner Zwang in Anwendung kommen könnte. Die Unterrichtspläne sollten nach dem Entwurf in Gemeinschaft mit den kirchlichen Behörden aufgestellt werden; wo eine Einigung nicht erzielt werde, trete nicht etwa die Willkür der Unterrichtsverwaltung ein, sondern es bleibe dann bei dem bisher Bestehenden. Die Stellung der Lehrer werde vielfach im Anschluß an diesen Entwurf nach rein äußerlichen Gesichtspunkten beurteilt. Der Lehrer erhalte aber doch durch den Gesetzentwurf die Stellung eines Staatsdieners und unterliege dem Disziplinargesetz für die nicht richterlichen Beamten. Das sei eine ganz wesentliche Verbesserung seiner Stellung, außerdem seien die Dienstalterszulagen wesentlich erhöht. Sollte das Haus die Festsetzung eines Mindestgehalts wünschen, so werde die Regierung in Erwägungen darüber treten. Auch über vieles Andere werde sich noch eine Vereinbarung erzielen lassen.

In der folgenden Debatte äußert sich besonders Dr. Windthorst sehr scharf gegen die Vorlage wegen der Alleinherrschaft des Staates in der Schule, die sie schaffe. Käme sie zu stande, so werde der Kampf erst recht beginnen; er werde stets Abänderungen beantragen und einen Verein für den ganzen Staat stiften, um das Gebaren der Schulverwaltung zu prüfen. Der Entwurf sei unannehmbar, er erschüttere die katholische Kirche in ihrer Grundlage. Die ministerielle Willkür werde zwar beseitigt, sie werde aber zur legalisierten Willkür, die viel schlimmer sei.

10. Dezember. (Reichstag.) Der Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Helgolands in das Reich und seine Ueberlassung an Preußen wird angenommen.

12. Dezember. (Reichstag.) Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, die Besteuerung des Zuckers betreffend. Staatssekretär v. Maltzahn vertritt den Entwurf, der aber von den meisten Rednern aus allen Fraktionen angegriffen wird.

17. Dezember. Dem Kaiser wird ein sechster Sohn geboren.

17. Dezember. Der Kaiser schließt die Sitzungen der preußischen Schulkonferenz mit folgender Rede:

„Wenn Ich schon beim Zusammentritt der Konferenz keinen Augenblick im Zweifel war über ihren Verlauf und über ihren Erfolg, so spreche Ich doch heute am Ende Ihres Wirkens Ihnen Meine vollste Zufriedenheit und Meine vollste Anerkennung aus dafür, daß Sie in redlichem Arbeiten und in offenem Meinungs- und Gedankenaustausch dahin gekommen sind, wohin Ich Ihnen den Weg gezeigt habe, und daß Sie sich das zu eigen gemacht und die Gedanken verfolgt haben, die Ich Ihnen angedeutet habe. Sei es Mir nun gestattet, ehe wir schließen, noch ein paar Punkte zu berühren, die für sie von Interesse sein könnten.

Wie Ich höre, ist es Ihnen damals bei der Eröffnung aufgefallen, daß Meinerseits die Religion nicht erwähnt worden ist. Meine Herren! Ich war der Ansicht, daß Meine Ideen und Gedanken über Religion, d. h. über das Verhältnis eines jeden Menschen zu Gott, welche sie sind, und wie heilig und hoch sie Mir sind, so sonnenklar vor aller Blicken daliegen, daß jedermann im Volke sie kannte. Ich werde selbstverständlich als preußischer König, wie als summus episcopus Meiner Kirche es Meine heiligste Pflicht sein lassen, dafür zu sorgen, daß das religiöse Gefühl und der Funke christlichen Geistes in der Schule gepflegt und gemehrt werde. Möge die Schule die Kirche achten und ehren, und möge die Kirche ihrerseits der Schule beistehen und ihr bei ihren Aufgaben weiter wirken helfen; dann werden wir zusammen im stande sein, die Jugend zu den Anforderungen unseres modernen Staatslebens heranzubilden. Ich denke hiermit diesen Punkt vollkommen erledigt zu haben.

Ich kann zu allem, was Sie beschlossen haben, Meine volle Beistimmung aussprechen. Ich möchte nur eins bemerken. Etwas, was noch nicht ganz klar ist, das ist die Frage der Reifeprüfung, und Ich erwarte darüber späterhin noch eine Aeußerung über die Ansichten und Vorschläge des Herrn Ministers.

Meine Herren! Wir befinden uns in einem Zeitpunkt des Durchgangs und Vorwärtsschreitens in ein neues Jahrhundert, und es ist von jeher das Vorrecht Meines Hauses gewesen, Ich meine, von jeher haben Meine Vorfahren bewiesen, daß sie, den Puls der Zeit fühlend, vorauserspähten, was da kommen würde. Dann sind sie an der Spitze der Bewegung geblieben, die sie zu leiten und zu neuen Zielen zu führen entschlossen waren. Ich glaube erkannt zu haben, wohin der neue Geist und wohin das zu Ende gehende Jahrhundert zielen, und Ich bin entschlossen, sowie Ich es bei dem Anfassen der sozialen Reformen gewesen bin, so auch hier in Bezug auf die Heranbildung unseres jungen Geschlechtes die neuen Bahnen zu beschreiten, die wir unbedingt beschreiten müssen; denn thäten wir es nicht, so würden wir in zwanzig Jahren dazu gezwungen werden. Deshalb wird es Ihnen allen ein besonderes Gefühl der Genugthuung und ein Gefühl der Freude sein, daß Sie diejenigen gewesen sind, die ausgesucht waren, die ersten grundlegenden Prinzipien zu unseren neuen Bahnen festzustellen, mit Mir zu arbeiten und mit Mir die neuen Wege zu erschließen, die wir unsere Jugend dereinst führen wollen, und Ich bin fest überzeugt, daß der Segen und die Segenswünsche von Tausenden von Müttern auf das Haupt jedes einzelnen von Ihnen, die hier gesessen haben, herabgerufen werden. Ich nehme davon keinen aus, weder diejenigen, die für Meine Gedanken gearbeitet haben, noch auch die, welche mit schwerem Ringen und unter Aufgabe dessen, was sie bisher zu verfolgen berechtigt sich glaubten, Opfer gebracht haben — allen diesen danke Ich. Mögen die Opfer, die Sie bringen, Ihnen

späterhin das Gefühl geben, daß auch Sie bei dieser Arbeit wesentliches mitgeleistet haben.

Meine Herren! Ich möchte, obwohl Ich sonst nicht gerne ablese, Ihnen doch einen Artikel mitteilen, den Ich für so bemerkenswert, für so schön geschrieben halte, der so in jeder Weise das wiedergibt, was Meine Gedanken waren, als Ich zu Ihnen vor ungefähr vierzehn Tagen sprach, daß Ich die Hauptsätze, die hier drin verzeichnet sind, Ihnen vorlesen möchte. Er entstammt dem „Hannover'schen Kurier" vom 14. d. M. Unter der Ueberschrift „Mißverständnisse" findet sich dort folgende Reihe von Sätzen:

Wem der gewaltige Gegensatz zwischen einst und jetzt voll zum Bewußtsein kommt, der wird zugleich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das neue Staatswesen wert ist, erhalten zu werden, und daß es eine der ganzen Kraft des Mannes würdige Aufgabe ist, an der Erhaltung und ruhigen Weiterentwickelung dieses Staatswesens mitzuarbeiten. Daß dem Lehrer in der Darstellung jener Verhältnisse einer unerfreulichen Vergangenheit die größte Freiheit verstattet werden muß, ist selbstverständlich; ebenso selbstverständlich aber ist es, daß nur derjenige zum Lehrer unserer Jugend berufen ist, der treu und aus voller Ueberzeugung auf dem Boden der Monarchie und der Verfassung steht. Ein Anhänger radikaler Utopien ist als Lehrer der Jugend ebensowenig zu brauchen wie in den Geschäftsstuben der Staatsverwaltung. Der Lehrer ist nach seinen Rechten und nach seinen Pflichten in erster Linie Beamter des Staats, und zwar des bestehenden Staats. In einer lebhaften Bethätigung dieser seiner Stellung und seiner Aufgabe würde der Lehrer zum großen Teil wenigstens auch schon das geleistet haben, was von ihm verlangt wird, um die Jugend tüchtig zu machen zum Widerstand gegen alle umstürzlerischen Bestrebungen. Was weiter dazu gehört, eine rege Pflege der Charakterbildung, des selbständigen Denkens und Urteilens, soll heute unerörtert bleiben, ebenso, inwieweit unsere Lehrerschaft der hier skizzierten Aufgabe schon jetzt nachkommt. Davon ein andermal. Aber daran kann doch im Ernst niemand denken, daß die Lehren der Sozialdemokratie in der Schule im einzelnen erörtert und etwa durch autoritäre Aeußerungen oder in freier Diskussion widerlegt werden sollen. Wer zu einem klaren Verständnis von dem Wesen des Staats, von dem Werden und den Fortschritten unseres Staats durchgedrungen ist, der wird im stande sein, das Ungereimte, das Verwerfliche und Gefährliche der sozialdemokratischen Theorie und Praxis zu durchschauen, der wird es als seine Pflicht erkennen, mannhaft seinen Platz in den Reihen derer zu behaupten, welche unsern Staat gegen feindliche Angriffe, wie von außen, so im Innern, verteidigen. Der Staatsverwaltung höchste Aufgabe bleibt es, durch verständnisvolles Entgegenkommen auf dem Gebiet der öffentlichen Wohlfahrt und Freiheit sich die Sympathien aller gemäßigten und einsichtsvollen Elemente dauernd zu erhalten.

Ein anderer Klageruf, dem ebenfalls mißverständliche Auffassungen zu Grunde liegen, geht dahin, daß unserer gesamten klassischen Bildung die Vernichtung drohe. Wir meinen, es sind nicht echte Freunde jener Bildung, welche diese Befürchtung laut werden lassen; zum mindesten kann ihnen der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie von dem, was unter „klassischer Bildung" zu verstehen ist, nur einen recht oberflächlichen Begriff haben.

Meine Herren! Der Mann, der das geschrieben, hat Mich verstanden, und Ich bin ihm dankbar, daß er in weiteren Kreisen des Volks diese Ansicht zu verbreiten gesucht hat.

Lassen Sie Mich noch ein Wort sprechen von unseren militärischen

Bildungsanstalten, den Kadettenhäusern. Sie sind hier angeführt worden, um auf sie zu exemplifizieren, und es sind Wünsche laut geworden, ihre Einrichtungen auf die anderen höheren Schulen zu übertragen.

Meine Herren! Das Kadettenkorps ist etwas ganz Eigenartiges, es hat einen besonderen Zweck, es existiert für sich, steht direkt unter Mir und berührt uns hier gar nicht.

Wenn Ich kurz resümiere, so möchte Ich noch, bevor Ich schließe, auf einen anderen Grundsatz Meines Hauses eingehen, der heute von einem hervorragenden Mitgliede zitiert ist: Suum cuique, das heißt: Jedem das Seine, und nicht: Allen dasselbe. Und das verfolgen wir auch gerade hier in dieser Versammlung und mit dem, was Sie heute beschlossen haben. Bisher hat der Weg, wenn Ich so sagen soll, von den Thermopylen über Cannae nach Roßbach und Vionville geführt; Ich führe die Jugend von Sedan und Gravelotte über Leuthen und Roßbach zurück nach Mantinea und nach den Thermopylen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, und den müssen wir mit unserer Jugend wandeln.

Und nun, Meine Herren, Meinen herzlichsten Dank und Meine vollste Anerkennung für alles, was Sie bisher gethan haben. Ich habe Meine Gedanken und Meine Befehle für die spätere Entwickelung dieser uns allen am Herzen liegenden Angelegenheit in einer Kabinetsordre niedergelegt, von der Ich bitten möchte, daß die Herren sie jetzt anhören:

„Es hat Mich mit Freude und Genugthuung erfüllt, Zeuge gewesen zu sein des Ernstes und der Hingebung, mit welcher alle Mitglieder der zur Erörterung der Schulfrage einberufenen Konferenz beigetragen haben, um diese für unsere Nation so hochwichtige und Mir besonders am Herzen liegende Angelegenheit zu fördern. Ich kann es Mir deshalb nicht versagen, allen Mitgliedern Meine volle Anerkennung und Meinen königlichen Dank auszusprechen. Insbesondere gebührt Ihnen für die ebenso geschickte wie kräftige Leitung der Verhandlungen Mein voller Dank, und ich freue Mich, es aussprechen zu können, daß die Hoffnungen, welche Ich bei Beginn der Beratungen hegte, durch die Ergebnisse derselben ihrer Erfüllung wesentlich näher gerückt sind. Um nun auf Grund des gewonnenen reichen und wertvollen Materials möglichst bald bestimmte Entschließungen zur Durchführung des Reformwerks fassen zu können, fordere Ich Sie auf, Mir baldigst Vorschläge wegen Bildung eines Ausschusses von etwa fünf bis sieben Männern zu unterbreiten, welchen die Aufgabe zu stellen sein wird:

1) das Material zu sichten und zu prüfen und darüber in möglichst kurzer Frist zu berichten, und

2) einzelne, als besonders tüchtig bekannte Anstalten sowohl Preußens als auch der übrigen Bundesstaaten zu besichtigen, um das gewonnene Material auch nach der praktischen Seite hin zu vervollständigen.

Ich gebe Mich der Hoffnung hin, daß es Ihnen auf Grund dieser Vorarbeiten möglich sein wird, einen Plan für die wichtigen Reformen des höheren Unterrichtswesens, auch im Hinblick auf die notwendigen finanziellen Maßnahmen, so zeitig aufzustellen und Mir vorzulegen, daß die Einführung des neuen Planes mit dem 1. April 1892 erfolgen kann. Ich erwarte, daß Sie über den Fortgang der Angelegenheit Mir von Monat zu Monat Bericht erstatten.

Noch liegt Mir am Herzen, einen Punkt zu berühren. Ich verkenne nicht, daß bei Durchführung der neuen Reformpläne erhebliche Mehrforderungen an die Leistungen der gesamten Lehrerschaft gestellt werden müssen. Ich vertraue aber ebenso ihrem Pflichtgefühle wie ihrem Patriotismus, daß sie sich den neuen Aufgaben mit Treue und Hingebung

widmen werden. Demgegenüber erachte Ich es aber auch für unerläßlich, daß die äußeren Verhältnisse des Lehrerstandes, wie dessen Rang- und Gehaltsverhältnisse, eine entsprechende Regelung erfahren, und ich wünsche, daß Sie diesen Punkt besonders im Auge behalten und darüber an Mich berichten."

Die Beschlüsse der Konferenz empfehlen im wesentlichen die Abschaffung der Realgymnasien, eine Reform des klassischen Gymnasiums in der vom Kaiser angedeuteten Richtung, sowie die Erweiterung der Rechte der Oberreal- und Bürgerschulen.

17. Dezember. In der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung der Landgemeindeordnung gibt der Minister Herrfurth folgende Erklärung ab:

„Gegenüber dem soeben erörterten Vertagungsantrage müsse er darauf hinweisen, daß die Kommission in der vorigen Woche Zeit verloren habe, und daß er zu seinem Bedauern im Januar voraussichtlich durch die Beratungen des Herrenhauses vielfach verhindert sein werde, in der Landgemeindeordnungs-Kommission so oft zu erscheinen, als er es wünsche. Er bitte daher, die Beratungen jetzt bis zum Schluß der Woche fortzusetzen.

Bei der geringen Aussicht auf Erfüllung, welche dieser Wunsch besitze, wolle er jedoch zur Vermeidung jedes Mißverständnisses, wie es ihm namentlich in der Presse vielfach entgegengetreten sei, gleich heute nochmals die Stellung der königlichen Staatsregierung zu den bisher beschlossenen Abänderungen der Regierungsvorlage klarstellen. Die Anträge des Abg. v. Heydebrand und die Kommissionsbeschlüsse zu den §§ 2 und 126 würden, wie er schon in den beiden ersten Kommissionssitzungen dargelegt habe, dahin führen, die Regierungsvorlage thatsächlich unwirksam zu machen, indem die Durchführung der in dem Entwurf angestrebten Aenderungen von dem beliebigen Ermessen der Selbstverwaltungsbehörden, insbesondere des Kreisausschusses abhängig gemacht werden solle. Letzteres biete aber für eine angemessene Regelung der ländlichen Gemeindeverhältnisse um so weniger eine genügende Garantie, als von dem Antragsteller ausdrücklich hervorgehoben sei, daß keineswegs alles, was das öffentliche Interesse erfordere, auch notwendig sei, und als auch die Anordnung notwendiger Maßnahmen von den Selbstverwaltungsbehörden nur beschlossen werden könne, nicht aber müsse. Die in dem Entwurfe zum Zwecke einer angemessenen Regelung für die Krone in Anspruch genommenen Befugnisse zur zwangsweisen Vereinigung von Landgemeinden und Gutsbezirken wären nach dem Beschlusse zu § 2 nicht dem Ermessen des Landesherrn, sondern dem Ermessen der Selbstverwaltungsbehörde übertragen. Die Krone würde hiernach Rechte, welche sie zur Zeit besitzt (zur zwangsweisen Vereinigung von Trennstücken und zur Auflösung von Gemeinden und Gutsbezirken nach § 89 T. II Tit. 2 A. L.R.) verlieren, ohne in der Befugnis, zu den Beschlüssen der Selbstverwaltungsbehörden „ja" oder „nein" zu sagen, ein ausreichendes Aequivalent zu erhalten. Nach den Anträgen v. Heydebrand und den Kommissionsbeschlüssen zu § 126 solle aber bei der Verbandsbildung sogar jede, auch nur zustimmende Mitwirkung einer Staatsverwaltungsbehörde ausgeschlossen werden.

Wenn die Staatsregierung hiergegen Widerspruch erhebe, so werde dies von der „Kreuzzeitung" als „eitler Doktrinarismus" bezeichnet. Auf eine Polemik mit diesem Blatte, welches ihn kürzlich in einem Leitartikel mit unrichtigen thatsächlichen Anführungen angegriffen habe, glaube er verzichten zu sollen. Wenn aber in der „Nordd. Allgem. Zeitung", einem

Blatte, welches sich naher Beziehungen zu der für diesen Gesetzentwurf allein ausschlaggebenden Partei berühme, aus dem Laufe der Kommissionsverhandlungen die „begründete“ Annahme hergeleitet werde, daß durch die Kommissionsbeschlüsse das Zustandekommen der L.G.O. gesichert werde, so müsse er dem nochmals entschieden widersprechen und, da dieser Widerspruch der Staatsregierung anscheinend tot geschwiegen werden solle, sich vorbehalten, denselben eventuell mit dieser Begründung durch den „Staatsanzeiger“ zur Kenntnis des Landes zu bringen.

Wenn statt der Kommissionsbeschlüsse erster Lesung Plenarbeschlüsse dritter Beratung vorlägen, so würde in Erwägung gezogen werden müssen, zu erklären, daß die Staatsregierung auf die Weiterberatung einen Wert nicht mehr legen könne. Er glaube sich aber der Hoffnung hingeben zu sollen, daß bei der Beratung im Plenum sich eine andere Auffassung Geltung verschaffen werde. Sei dies nicht der Fall, so werde die Staatsregierung darauf verzichten müssen, eine Landgemeindeordnung mit diesem Abgeordnetenhause zu stande zu bringen. Letzteres sei aber auch nicht in der Lage, gegen die Staatsregierung, statt mit derselben, diese Frage im Sinne der Kommissionsbeschlüsse zu lösen. Eine L.G.O., welche die Beseitigung der vorhandenen Zwerg- und Mißbildungen und eine wirksame Abhilfe der auf dem Gebiete des Gemeindeverfassungswesens hervorgetretenen Mißstände sichere, könne auf die Dauer nicht entbehrt werden; werde jetzt der Versuch, eine solche L.G.O. zu schaffen, vereitelt, so tröste er sich mit den Worten: „Und sie kommt doch!“

Nach Zeitungsberichten hätten die Worte des Ministers eine noch erheblich schärfere Fassung gehabt, als diese protokollarische Niederlegung.

Zweite Hälfte des Dezember. Es finden in Bayern und Württemberg Beratungen der Oberschulräte statt, welche Reformen im Gymnasialwesen, besonders vom hygieinischen Gesichtspunkte bezwecken.

26. Dezember. Heinrich Schliemann † in Neapel.

30. Dezember. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht Aktenstücke, aus denen hervorgeht, daß der Reichskommissar Major von Wißmann Emin Pascha wegen Differenzen mit dem in deutschen Diensten stehenden Engländer Stokes zurückgerufen hat. Da nur der Bericht des letzteren, aber nicht die Berichte Emins sich unter den eingesandten Akten befinden, so ist, wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, Wißmann telegraphisch angewiesen worden, auch die Berichte Emins einzusenden.

II.

Die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie.

1. Januar. (Budapest.) Tisza hält bei dem Neujahrsempfange eine Ansprache, worin er die Friedenspolitik des Dreibundes feiert und zugleich erklärt, er werde auf seinem Posten verharren, solange das Vertrauen der Krone und der Majorität ihm verbleiben, welche nicht durch Gewaltthätigkeiten der Minorität unwirksam gemacht werden könnten.

4. Januar. Eröffnung der deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen in Wien. Den Vorsitz führt Graf Taaffe; als Haupt der deutschen Vertrauensmänner gilt v. Plener, der tschechischen: Rieger und Zeithammer.

4. Januar. Tod des Fürsten Carlos Auersperg.

15. Januar. Das Reichsgericht weist die vom „Schulverein für Deutsche" wegen seiner Auflösung geführte Beschwerde zurück.

19. Januar. In der Sitzung der Ausgleichskonferenz werden die bisher getroffenen Vereinbarungen in protokollarische Form gebracht. Das Protokoll wird von den Mitgliedern der Konferenz unterzeichnet. Ministerpräsident Graf Taaffe dankt sämtlichen Teilnehmern, insbesondere dem Fürsten Schönburg, in warmen Worten für ihre Mitwirkung und erklärt die Konferenz für geschlossen.

19. Januar. Unter den Deutschen und Alttschechen herrscht Befriedigung über das Gelingen der Präliminarverhandlungen, welches hauptsächlich den Parteiführern Plener und Rieger, sowie den Grafen Taaffe und Schönborn zugeschrieben wird. Die jungtschechischen Blätter verhalten sich abwartend.

19. Januar. Kossuth richtet in Anlaß des Verlustes seiner Staatsangehörigkeit ein Schreiben an den Abg. Helfy, in dem es heißt:

Ohne Ueberhebung könne er von sich sagen, daß seine bescheidene Wirksamkeit Spuren in der Geschichte Ungarns zurückgelassen habe, und er dürfe es daher eine brutale Absurdität nennen, daß die Gesetzgebung Ungarns ihn aus der Reihe der ungarischen Staatsbürger ausstoße. Ferner: „Daß meine Ueberzeugung es mir verbietet, bei dem gegenwärtigen Zustande Ungarns die faktische Ausübung der mit mir geborenen ungarischen Bürgerrechte in Anspruch zu nehmen, das ist meine Sache. Daß aber ein ungarisches Gesetz dekretiert, ich sei kein ungarischer Bürger, das ist, mit Verlaub, eine wahrhaft brutale Absurdität; es ist aber geschehen, und da es geschehen ist, sehe ich mich vor ein Dilemma gestellt: entweder es ist nicht wahr, daß dieses Gesetz den Empfindungen und Anschauungen der Nation widerstreitet, oder wenn es wahr ist, dann ist das Repräsentativsystem in Ungarn ein Märchen, eine Lüge. Aus diesem Dilemma gibt es keinen Ausweg. „Das Gesetz konnte allerdings verfügen, daß ich kein ungarischer Bürger mehr sei, aber es konnte nicht dekretieren, daß ich aufhören müsse, ein Ungar zu sein."

21. Januar. Fürst Schwarzenberg legt das Präsidium des Prager Museums nieder wegen Anbringung einer Gedenktafel für Johann Huß.

23. Januar. Der böhmische Landtag tritt zusammen. Der Kaiser genehmigt das Statut der zu gründenden böhmischen Akademie.

25. Januar. Der Jungtschechenführer Eduard Gregr erklärt im „Neuen Wiener Tagblatt", die jungtschechischen Abgeordneten würden nur ein gemeinsames Urteil über den Ausgleich abgeben, und zwar nachdem sie mit ihren Wählern Fühlung genommen hätten. Der Ausgleich richte sich gegen die Jungtschechen und verschaffe dem Großgrundbesitz das Uebergewicht.

26. Januar. Der deutsche Klub, der altschechische Klub, sowie die Versammlung der Großgrundbesitzer zu Prag nehmen die Ausgleichsbedingungen einstimmig an; der jungtschechische Klub setzt eine Kommission zur Beratung der Vorschläge ein.

27. Januar. Die Beschlüsse der Ausgleichskonferenz werden veröffentlicht. Die wesentlichsten Bestimmungen lauten:

1) Der Landesschulrat soll aus dem Landeschef oder einem von ihm bestimmten Stellvertreter als Vorsitzenden, und aus sechs vom Landesausschusse gewählten Abgeordneten, deren drei deutscher, drei böhmischer Nationalität angehören müssen, bestehen. Der Landesschulrat soll aus zwei Sektionen bestehen, welche innerhalb ihres Wirkungskreises selbständig Beschlüsse fassen, deren einer die Angelegenheiten der deutschen Schulbezirke, und deren anderer jene der böhmischen Schulbezirke zuzuweisen sind. Der Plenarberatung bleiben allen Schulen Böhmens gemeinsame Angelegenheiten, sowie die Errichtung von Minoritätsschulen vorbehalten. Bezüglich der Minoritätsschulen wurde bestimmt, daß falls in Schulgemeinden mit deutscher und

böhmischer Bevölkerung, in welchen öffentliche Volksschulen nur mit deutscher oder nur mit böhmischer Unterrichtssprache bestehen, das Bedürfnis nach Unterricht mittelst der zweiten Landessprache vorhanden ist, demselben durch Errichtung selbständiger, öffentlicher, allgemeiner Volksschulen in dieser Unterrichtssprache zu entsprechen ist. Die Art der Erweisung dieses Bedürfnisses wurde gleichzeitig festgestellt.

2) Der Landeskulturrat soll bestehen aus einer böhmischen und einer deutschen Sektion und dem Präsidialkollegium für gemeinsame Angelegenheiten. Jede Sektion besteht aus einer Delegiertenversammlung und dem Sektionsausschusse. Die Delegiertenversammlungen bestehen aus gewählten Vertretern der landwirtschaftlichen Vereine, entsprechend der Nationalität des Bezirkes. Der Präsident des Landeskulturrates wird vom Kaiser ernannt und führt den Vorsitz im Präsidialkollegium wie in den Delegiertenversammlungen und Sektionsausschüssen.

3) Durch Ausscheidung der notwendigen Anzahl von Steuerbezirken aus dem Reichenberger und Prager Handelskammergebiete ist ein neues Handelskammergebiet im Osten Böhmens zu errichten. Die Regierung stimmt dem Antrage zu, daß die Ausscheidung und Zuweisung einzelner Bezirke bei anderen Handelskammern Böhmens gleichzeitig in Erwägung gezogen werden soll, ebenso den Anträgen auf Schaffung entsprechender Vertretung der neu zu bildenden Handels- und Gewerbekammer im Reichsrate und Landtage Böhmens. Aus diesem Anlasse ist eine Revision der Wahlordnung der von der territorialen Aenderung berührten Handelskammern veranlaßt.

4) Die Bezirks- und Kreisgerichte werden mit Berücksichtigung der Wünsche der beteiligten Bevölkerung umgestaltet werden, daß, soweit möglich, ein Gerichtssprengel nur Gemeinden einer und derselben Nationalität umfaßt. Die Regierung wird nötigenfalls zur Erreichung dieses Zweckes die erforderliche Vermehrung der Bezirks- und Kreisgerichte, soweit die Finanzlage es gestattet, successive vornehmen. Die Einleitung der hierauf bezüglichen Verhandlungen wird einer bei dem Oberlandesgerichte in Prag mit Zuziehung von Vertrauensmännern einzusetzenden Kommission übertragen, deren Anträge dem Landtage, soweit möglich, in dessen nächster Session zur Begutachtung vorgelegt werden sollen. Die legislative Behandlung wird weitere Konsequenzen ziehen. Aus diesem Anlaß sind auch die politischen Bezirke so viel wie möglich der Nationalität der Bewohner entsprechend abzugrenzen. Bei dem Oberlandesgerichte in Prag wird bei Besetzung von 15 Ratsstellen unter den systemisierten 41 vom Erfordernisse der Kenntnis der böhmischen Sprache abgesehen, bei den übrigen 26 an dem Erfordernisse der Kenntnis beider Landessprachen festgehalten. Aus jeder dieser beiden Gruppen ist eine Personal-Disziplinar-Kommission zu bilden, jeder einzelnen derselben sind Personal- und Disziplinar-Angelegenheiten der Gerichte in dem vorwiegend von Böhmen, bezw. von Deutschen bewohnten Gebiete zuzuweisen. Diese beiden Kommissionen haben auch die Vorschläge zur Besetzung der Oberlandesgerichtsstellen ihrer Gruppe zu beraten. Gleicherweise bilden die Oberlandesgerichtsräte jeder dieser beiden Gruppen je einen Disziplinarsenat, welcher für richterliche Beamte der Gerichte in dem vorwiegend von Böhmen, bezw. von Deutschen bewohnten Gebiet fungiert. Sobald die Aenderungen in der Abgrenzung der Gerichtssprengel durchgeführt sind, ist die Verordnung betreffend den Gebrauch der Landessprachen im Verkehre mit den gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden, mit den Parteien und mit den autonomen Behörden zu revidieren, wobei beide Parteien ihren grundsätzlichen Standpunkt bei den diesbezüglichen Verhandlungen wahren.

5) Nachdem die Regierung erklärt, für den vom böhmischen Landtag beschlossenen Gesetzentwurf über den Gebrauch der Landessprachen bei auto-

nomen Behörden die Allerhöchste Genehmigung nicht zu erwirken, wird dieser Gesetzentwurf in der nächsten Landtagssession einer neuen Beratung unterzogen werden. Alle Teile kommen überein, daß mit Ausnahme Prags die Städte mit eigenem Statut so behandelt werden wie alle anderen Gemeinden.

6) Es wird eine Reform der Landtagswahlordnung unter gerechter Würdigung aller maßgebenden Momente nach einem für beide Nationalitäten gleichem Maßstabe vorgenommen werden. Der Wahlkörper des Allodial-Großgrundbesitzes wird in mehrere Wahlkörper nach territorialer Abgrenzung geteilt werden. Die Regierung wird in der nächsten Session eine hierauf bezügliche Vorlage einbringen und hiebei erklären, daß sie baldmöglichst eine Vorlage bezüglich allgemeiner Reform der Wahlordnung einbringen werde. An Stelle der bisherigen Kurien der Landtagsabgeordneten der städtischen und Landbezirke treten unter Fortbestand der Kurie des Großgrundbesitzes zwei neue Kurien: die Kurie der Abgeordneten böhmischer und die Kurie der Abgeordneten deutscher Wahlbezirke. Diese Kurien werden nach einer auf Grund des faktischen Besitzstandes aufzustellenden Liste gebildet. Denselben werden gleiche Funktionen bezüglich der Wahlen zustehen, welche die bisherigen Kurien ausgeübt haben. Zu diesem Zwecke ist in der nächsten Session ein Gesetzentwurf vorzulegen. Durch ein weiteres, zugleich mit der Wahlreform in Kraft tretendes Gesetz wird jede der drei Kurien mit einem Vetorecht ausgestattet für Beschlüsse über Aenderungen der Landesordnung und der Landtagswahlordnung, sowie Fragen, welche den Gebrauch der Sprachen im öffentlichen Leben, bei autonomen Behörden und bei solchen Bildungsanstalten betreffen, die nicht ausschließlich einer Nationalität gewidmet sind, soweit diese Fragen in die Kompetenz des Landtags fallen.

27. Januar. Ueber den Ausgleich schreibt die „Neue Freie Presse“:

Dies ist mehr, als die kühnsten Optimisten zu hoffen wagten und vermag den Grundstein einer neuen Entwicklung und Erstarkung Oesterreichs zu bilden.

28. Januar. Das Organ der slowenisch-klerikalen Partei in Untersteiermark, die in Marburg erscheinende „Südsteirische Post“, präzisiert anläßlich des deutsch-tschechischen Ausgleichs die Forderungen der Slowenen folgendermaßen: Teilung des Landesschulrates in Graz und Klagenfurt, Teilung der Landwirtschaftsgesellschaften in den genannten beiden Landeshauptstädten, Bildung nationaler Kurien in den Landtagen Steiermarks und Kärntens, Kreierung besonderer slowenischer Statthalterei-Abteilungen, sowie eines slowenischen Oberlandesgerichts in Laibach.

1. Februar. Die Jungtschechen schieben den Beschluß über die Ausgleichsbedingungen um 14 Tage auf.

3. Februar. Justizminister Graf Schönborn erläßt die ersten Verordnungen zur Durchführung des deutsch-böhmischen Ausgleichs.

4. Februar. (Budapest.) Bei Beratung des Landwehrgesetzes im Reichstag willigt die Regierung ein, die Verwendung

der Honveds jenseit der Landesgrenzen als eine „ausnahmsweise" zu bezeichnen.

4. Februar. Der Polenklub faßt folgende Resolution bezüglich des deutsch-böhmischen Ausgleichs:

„Der Polenklub spricht seine Befriedigung über das Zustandekommen des Ausgleichs aus; er erwartet von demselben eine Konsolidierung der Zustände im Königreiche Böhmen und eine Kräftigung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Der Polenklub geht dabei von der Voraussetzung aus, daß der Ausgleich für die Autonomie ebenso wie für die ökonomischen und administrativen Postulate Galiziens förderlich sein werde."

6. Februar. (Wien.) Regierungs- wie Oppositionsblätter feiern die Erlasse des deutschen Kaisers vom 4. Februar.

7. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Bei Beratung der Vorlage über die Regelung der jüdischen Religionsgenossenschaften empfiehlt Unterrichtsminister v. Gautsch die Annahme des vom Herrenhause beschlossenen Gesetzes und bemerkt, die Regierung stehe Strömungen und Schlagworten, die in der neuesten Zeit hervorgetreten seien, fern und weise sie aufs entschiedenste zurück, da sie nur auf dem Standpunkte des Gesetzes stehe. Die Vorlage beabsichtige die Sicherung der vollen Selbständigkeit der jüdischen Religionsgenossenschaft in innern Angelegenheiten und die Wahrung des Staatsinteresses in äußern.

9. Februar. Der deutsch-böhmische Parteitag zu Teplitz nimmt die Ausgleichsbeschlüsse an. Ein Huldigungstelegramm an den Kaiser wird von diesem mit herzlichstem Dank erwidert.

11. Februar. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Auf eine Frage nach dem Stande der Zollverhandlungen zwischen Oesterreich und Deutschland erklärte der Minister Bacquehem, im Jahre 1887 sei bereits an die deutsche Regierung der Antrag gestellt worden, die österreichisch-deutschen handelspolitischen Verhältnisse auf eine breitere Grundlage zu stellen und dabei die Verhältnisse des Grenzverkehrs gegenseitig zu berücksichtigen. Deutschland habe damals erklärt, die vorgeschlagene Grundlage sei für Zolltarif-Verhandlungen nicht geeignet, und es sei nur die Verlängerung der bestehenden Verträge zustande gekommen. Seit jener Zeit hätten Verhandlungen in dieser Richtung nicht stattgefunden.

11. Februar. (Wien.) Finanzminister Dunajewski beantwortet die Interpellation Steinwenders betreffs der Steuervorlage und erklärt, eine Vorlage über die Reform der direkten Steuern sei bereits fertiggestellt; es handelte sich aber nicht allein um Herstellung eines Entwurfs für die Personaleinkommensteuer, sondern

es zeigte sich im Laufe der Verhandlungen die Notwendigkeit, das ganze System der Personalsteuern fast durchgehends von Grund auf neu aufzubauen.

13. Februar. Graf Hartenau, der das österreichische Staatsbürgerrecht erworben hat, wird vom Kaiser in Privataudienz empfangen.

18. Februar. Tod des Grafen Julius Andrassy.

18. Februar. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Der Präsident teilt den Tod des Grafen Julius Andrassy mit und widmet demselben einen warmen Nachruf, in welchem er des Verstorbenen hervorragende Stellung und große Verdienste um Kaiser und Staat, insbesondere aber seinen Anteil an dem Zustandekommen des österreichisch-deutschen Bündnisses unter lebhaftem Beifall des Hauses hervorhebt. Die Abgeordneten geben ihre Teilnahme durch Erheben von den Sitzen Ausdruck.

18. Februar. (Pest.) Sämtliche Blätter würdigen in tief empfundenen Worten die großen Verdienste Andrassys um den ungarischen Staat und die Monarchie. Insbesondere heben die Zeitungen die Begründung des deutschen Bündnisses hervor, welches die Frucht einer großdurchdachten, zielbewußten, Jahre hindurch mit ungewöhnlich großem Geschick verfolgten auswärtigen Politik gewesen sei.

18. Februar. Der Kaiser richtet ein Handschreiben an die Gräfin Andrassy.

19. Februar. (Prag.) In der Sitzung der Prager Handelskammer erklären die deutschen Mitglieder, an den Bestrebungen zum allgemeinen Gelingen der Jubiläums-Ausstellung Böhmens teilnehmen zu wollen. Die Kammer wählt 6 Deutsche und 10 Tschechen in das Ausstellungskomitee.

19. Februar. Die Leichenfeier für Graf Andrassy findet in Pest statt; auch der Kaiser nimmt daran teil.

20. Februar. Die Jungtschechen beschließen eine Publikation, worin ausgeführt wird,

daß der geschlossene Ausgleich als ein Privatabkommen einzelner Personen, die dazu kein Mandat von der Bevölkerung gehabt hätten, die letztere nicht binden könne. Nachdem sodann mehrere Punkte der Vereinbarung als unannehmbar bezeichnet worden, wird das tschechische Volk ersucht, von sämtlichen Abgeordneten die Niederlegung der Mandate zu verlangen, wobei sich die jungtschechischen Volksvertreter ohne weiteres bereit erklären, sich einer neuen Wahl zu unterwerfen, vorausgesetzt, daß die Alttschechen das Gleiche thäten.

Die Publikation wird polizeilich konfisziert.

Die Alttschechen erklären sich gegen das Ansinnen der Jungtschechen.

22. Februar. Der Präsident des vereinigten Verwaltungsrats der Staatseisenbahngesellschaft, Joubert, tritt zurück, weil in Paris gegen ihn eine Anklage vor dem Zuchtpolizeigericht erhoben worden ist.

25. Februar. (Pest.) Im Abgeordnetenhause finden gewaltsame Demonstrationen gegen Tisza statt.

4. März. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus nimmt mit überwiegender Mehrheit den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Denkmals für Andrassy auf Staatskosten an, nachdem sowohl die Gegner als auch die Verteidiger des Gesetzentwurfs unter den Verdiensten des Grafen Andrassy namentlich das österreichisch-deutsch-italienische Bündnis hervorgehoben haben, das den Völkern Europas den Frieden sichere.

6. März. (Pest.) Unter Vorsitz des Königs findet ein Ministerrat statt, welcher sich in Anlaß der Frage von Kossuths Bürgerrecht mit der Revision des Inkolatsgesetzes beschäftigt.

7. März. (Pest.) Der Ministerpräsident Tisza gibt in Anlaß der Frage von Kossuths Bürgerrecht nachstehende Erklärung ab:

Da die Einbringung der Incolatsnovelle vor der Erledigung des Landwehrgesetzes zugesagt worden ist, dem Versprechen aber nicht nachgekommen werden kann, so fühle ich mich zu einer Motivierung verpflichtet. Das Incolatsgesetz kann nicht eingebracht werden, da im Schoße des Kabinets hinsichtlich desselben Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sind. Letztere werden entweder binnen einigen Tagen ausgeglichen oder ich werde es für meine Pflicht erachten, mich vor dem Hause sowohl hierüber als auch über die Ansichten für die Zukunft zu äußern.

Da Tisza mit seiner Ansicht, Kossuth als Ehrenbürger mehrerer Städte das Staatsbürgerrecht als selbstverständlich zuzuerkennen, im Kabinet allein steht, reicht er seine Demission ein.

In der Spezialdebatte über das Landwehrgesetz versucht die Opposition die Neubelebung der Fahnenfrage durch den Antrag, daß als Signalfahne nur die nationale Fahne benützt werden dürfe. Das Amendement wird nach einer lebhaften Debatte, in welcher Graf Apponyi sich gegen die Annahme verwahrte, als ob die Opposition die Hausfarben des Königs bekämpfe, mit 111 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen.

12. März. Im österreichischen Herrenhause bringen die Unter-

zeichneten folgenden Schulantrag im Namen aller Bischöfe ein:

Ihrer Pflicht entsprechend können die Unterzeichneten nicht umhin, für katholische Kinder katholische öffentliche Volksschulen zu fordern und diese Forderung in folgenden Punkten näher zu bestimmen: 1) Die öffentlichen Volksschulen sind so auszugestalten, daß es den katholischen Kindern möglich gemacht werde, dieselben in der Regel ohne Vermischung mit Kindern anderer Konfessionen zu besuchen. 2) An katholischen öffentlichen Volksschulen haben sämtliche Lehrer der katholischen Kirche anzugehören, sind für dieselben an katholischen Lehrer-Bildungsanstalten auszubilden und haben auch die Befähigung zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichts zu erwerben. 3) Bei Anstellung der Lehrer an katholischen öffentlichen Schulen ist den Organen der katholischen Kirche jene Einflußnahme zu gewähren, welche notwendig ist, um sich der entsprechenden Wirksamkeit des anzustellenden Bewerbers zu vergewissern. 4) Der Religionsunterricht ist an diesen Schulen durch Mitverwendung des Lehrers zu erweitern und der übrige Unterricht, die Lehrpläne, sowie auch sämtliche Lehr- und Lernmittel so einzurichten, daß darin nicht nur nichts vorkomme, was für katholische Kinder anstößig wäre, sondern alles in einheitlicher Beziehung zu dem katholischen Charakter der Schule stehe. 5) Was die Beaufsichtigung der katholischen Volksschulen und Lehrer-Bildungsanstalten betrifft, so ist es der Kirche zu ermöglichen, deren konfessionellen Charakter durch ordnungsmäßig von ihr bestellte Organe nach allen Richtungen in wirksamer Weise zu wahren und zu fördern. Schließlich erklären die Unterzeichneten, ohne hier das Gebiet politischer Erwägungen zu berühren, sich bereit, in betreff der von ihnen gestellten Forderung mit den kompetenten Faktoren sich des weiteren zu benehmen.

Wien, 12. März 1890.

Franz Kardinal v. Schönborn, Fürst-Erzbischof von Prag, Johannes Zwerger, Fürstbischof von Seckau, Jacobus, Fürstbischof von Laibach.

Minister Gautsch erklärt bei der Wichtigkeit der Sache vor jeder Antwort erst den Ministerrat hören zu müssen.

12. März. (Pest.) In der Konferenz der liberalen Partei hält Tisza, aufs lebhafteste begrüßt, eine Rede, in welcher er betont, das Verdienst der liberalen Partei sei der konsolidierte parlamentarische Zustand Ungarns, aus welch letzterem überall der Glaube an die Konsolidierung der Verhältnisse Ungarns hervorgegangen sei; ferner, welche Vorteile sich ergäben, wenn die Regierung und die der Regierung freundliche Partei die gleiche Führung haben; er bitte ihn als gemeinen Soldaten anzunehmen. Der ungarische Staat und die ungarische Nation hätten nichts nötiger als eine Regierung und eine Partei, welche der Tyrannei der Minderheit widerstehen könne. (Langanhaltender Beifall.) Moritz Jokai weist auf das seltene Beispiel hin, daß ein Kabinetschef, welcher die Mehrheit im Parlamente besitze, zurücktrete, hebt Tiszas patriotische Charakterstärke und staatsmännische Einsicht hervor und betont dessen unerschütterliches Festhalten an dem wahren Liberalismus

an der Verteidigung des europäischen Friedens und am Dreibund; er erwarte die Fortsetzung dieser Politik von der folgenden Regierung und ein festes Zusammenhalten der Partei.

13. März. Der König nimmt die Entlassung Tiszas an; Graf Szapary wird mit der Kabinetsbildung beauftragt.

14. März. Das offiziöse „Fremdenblatt" spricht sich entschieden gegen die Forderungen der Bischöfe aus.

17. März. Das neue Kabinet besteht aus den bisherigen Ministern mit Ausnahme Tiszas und Telekys (Minister des Innern). Szapary übernimmt das Innere, an seiner Stelle Bethlen den Ackerbau.

Abgeordnetenhaus: Graf Szapary entwickelt das Programm der Regierung, welche stets auf dem Ausgleichsprogramm von 1867 stehe. Sie halte fest an der seit dem Jahre 1878 befolgten äußeren Politik und an dem Dreibund, was nicht allein im Interesse Oesterreich-Ungarns, sondern auch aller beteiligten Mächte liege, nämlich Entwicklung des hergestellten Gleichgewichts. Sie werde eine vernünftige volkswirtschaftliche Politik und die Aufrechterhaltung des gesetzlichen Verhältnisses mit Kroatien beobachten. Das Heimatsgesetz abzuändern sei durch die veränderten Verhältnisse nicht notwendig. Er betone die strenge Beibehaltung der bisherigen liberalen Politik, gestützt auf die gegenwärtige Mehrheit. Er fordere das ganze Haus auf, die Würde des ungarischen Parlaments aufrecht zu erhalten, damit dessen Thätigkeit eine patriotische, fruchtbringende sei.

17. März. (Rücktritt Bismarcks.) Der Kaiser richtet ein Schreiben wärmster Anerkennung an Bismarck.

21. März. Die dem Kabinet Taaffe nahestehende „Presse" spricht die feste Ueberzeugung aus, daß kein Personenwechsel in Berlin das deutsch-österreichische Bündnis erschüttern könne.

„Deutschlands Bündnis mit Oesterreich-Ungarn war durch die allgemeine Lage eine Notwendigkeit geworden und entspricht ebenso den vitalsten Interessen beider Staaten in der Gegenwart wie den geschichtlichen Ueberlieferungen langer Jahrhunderte. . . . Ja, man darf behaupten, daß gerade jene Beunruhigungen, welche infolge von Bismarcks Rücktritt von Ost und West her erfolgen werden, zur ferneren Festigung des Zwei-Kaiserbundes das Ihrige beitragen dürften, und das Gleiche gilt von dem Verhältnis Italiens zu seinen beiden Alliierten. . . . Freilich dürfte es nach Abschluß dieser unvermeidlichen Uebergangsepoche wieder einmal von den Störenfrieden heißen, daß sie das Böse gewollt und das Gute geschaffen, indem sie den Beweis von der Notwendigkeit des Dreibundes und seiner Frieden erhaltenden Machtstellung den beteiligten Völkern und Regierungen recht eindringlich und unwiderlegbar vordemonstrieren, und indem sie damit zugleich in augenfälligster Weise aller Welt offenbar machen, daß auch fürderhin und auf lange Zukunft hinaus vom Deutschen Reiche in Sachen der großen auswärtigen Politik jener Richtweg beschritten wird, welchen Fürst Bismarck gebahnt hat, daß dieser Richtweg eingehalten werden muß, einfach deshalb, weil kein anderer eingeschlagen werden kann und darf, ohne die Machtstellung des Reiches zu stören und dessen Interessen zu gefährden, solange gleichzeitig zwei Gegner

in Ost und West auf eine Blöße lauern, um einen, wie sie wähnen, vernichtenden Stoß zu führen."

21. März. Es wird ein Schreiben des **Fürstbischofs Kopp von Breslau**, welcher als solcher auch dem österreichischen Reichsrate angehört, bekannt, in welchem er sich über die **Schulgesetzforderung des österreichischen Episkopats** folgendermaßen äußert:

„In der Behandlung der österreichischen Schulfrage kommen zwei Kreise in Betracht, die katholische Partei des Reichsrats und der Episkopat. Die erstere betrachtet die Schulfrage nicht allein vom kirchlichen Standpunkte, sondern verbindet dieselbe mit politischen Interessen und Zielen — darin liegt aber eben eine große Gefahr. Der Episkopat hat dagegen zu der Schulfrage auf der letzten November-Konferenz, an welcher auch der Fürstbischof von Breslau als österreichischer Bischof teilnahm, einstimmig und ohne jede Ausnahme eine klare und bestimmte Stellung genommen, hat darüber der jetzt zusammengetretenen Herrenhaus-Kommission keinen Zweifel gelassen und wird nicht ruhen, bis den Rechten der Kirche und den Wünschen der österreichischen Katholiken voll und ganz entsprochen ist. Daraus geht hervor, in welcher Richtung der Episkopat die katholischen Parlamentarier im österreichischen Reichsrate beeinflußt haben würde, wenn er dazu im stande wäre. Leider sind die österreichischen Verhältnisse so eigenartig, daß von einem solchen Einflusse nicht die Rede sein kann, und der Episkopat in seinen rein kirchlichen Bestrebungen wohl allein vorangehen muß. Allein wenn derselbe vorerst auch allein bliebe, von einem Nachgeben ist bei ihm keine Rede, und irgend eine Ausnahme von dieser Gesinnung besteht durchaus nicht.

Hochachtungsvoll

† Georg, Fürstbischof von Breslau."

22. März. (**Rücktritt Bismarcks.**) Das offiziöse „Fremdenblatt" sagt:

Fürst **Bismarck** werde der Patriarch bleiben, an dessen Weisheit und Erfahrung als an die des größten Mannes der Nation, des gründlichsten Kenners der Verhältnisse, der Kaiser auch fernerhin zeitweilig appellieren werde. Die Prophezeiungen, der Rücktritt des Fürsten Bismarck werde eine Erschütterung des Dreibundes oder gar des Deutschen Reiches nach sich ziehen, seien abenteuerlich; der Bestand des Deutschen Reiches sei nicht von einzelnen Sterblichen abhängig; ebenso ruhe der Dreibund auf der Erkenntnis einer so tiefreichenden Interessengemeinschaft, daß das Zurücktreten eines noch so bedeutenden Ministers die Friedensliga nicht zu berühren vermöge. Erfüllt von bundesfreundlichen Wünschen für das benachbarte Reich, betrachtet Oesterreich-Ungarn mit aufrichtiger Genugthuung jene Zuversicht, die dem vom Kaiser erwählten, in manchem wichtigen Amte bewährten Nachfolger Bismarcks in Deutschland entgegengebracht werde.

31. März. (**Wien.**) Ein **Streik** der Maurer- und Steinmetzgehülfen bricht aus.

9. April. (**Wien.**) In dem Vororte **Neulerchenfeld** kommt es zu großen **Ausschreitungen der streikenden Arbeiter**. Die Exzedenten dringen in zahlreiche Verkaufsgewölbe ein, zertrümmern deren Inhalt und verstreuen ihn auf der Straße. In zwei Brannt-

weinschenken werden die Fässer zerschlagen und der ausfließende Branntwein angesteckt, wodurch die Verkaufslokale in Brand geraten. Die Polizeimannschaft wird angegriffen. Zwei Schwadronen Kavallerie und ein Bataillon Infanterie besetzen den bedrohten Stadtteil. Es erfolgen 37 Verhaftungen. Mehrere Zivilisten und zehn Schutzmänner sind verletzt, darunter einige schwer.

10. April. Berliner Mitteilungen des „Pester Lloyd" melden, daß der Meinungsaustausch zwischen Caprivi und Kalnoky ungemein spezialisiert gewesen sei und das rückhaltloseste Einvernehmen über alle die Bündnispolitik berührenden auswärtigen Fragen ergeben haben, so daß selbst an jenen Stellen, wo eine Lockerung der deutsch-österreichischen Beziehungen nicht ungern gesehen worden wäre, jetzt jeder Gedanke an einen solchen Wechsel der Dinge aufgegeben wird.

Insbesondere stellte der Notenaustausch fest, daß die bisherige Orientpolitik der Donaumonarchie eine wirksame Stütze auch der deutschen Interessen gebildet hat und auch zukünftig bilden wird. Die vollkommene Selbständigkeit dieser Politik wurde von Caprivi ebenso wie früher von Bismarck als Voraussetzung des Bündnisses acceptiert; sie findet ihr Gegenstück in der Bewegungsfreiheit Deutschlands gegenüber Frankreich.

14. April. Die deutsch-böhmische Ausgleichskonferenz tritt zusammen.

17. April. (Schlesien.) Im Ostrau-Karwiner Revier bricht ein allgemeiner Streik aus. Die Ostrauer Arbeiter überfallen nachts die Zuckerfabrik in Großkützendorf und die Cellulosefabrik in Ratimau und erzwingen daselbst die Betriebseinstellung. Das Militär schreitet ein; nach heftigen Unruhen werden die Rädelsführer verhaftet.

17. April. (Wien.) In der Schlußsitzung der Ausgleichs-Nachkonferenz konstatiert Ministerpräsident Graf Taaffe,

daß ein völliges Einverständnis über die Gesetzentwürfe betreffend den Landeskulturrat, den Landesschulrat, die Minoritätsschulen und die Landtagskurien erzielt worden sei. Dem böhmischen Landtag werde demnächst ein neuer Gesetzentwurf über die Wahlordnung für den Allodial-Großgrundbesitz unter Berücksichtigung der allerseits vorgebrachten Wünsche zugehen. Die Abgeordneten v. Plener, Rieger u. a. sprechen dem Grafen Taaffe den Dank aus für die Wiedereinberufung der Konferenz, durch deren fertiggestellte Gesetzentwürfe die Arbeiten des böhmischen Landtags in ersprießlicher Weise gefördert würden.

18. April. (Abgeordnetenhaus.) Der Finanzminister Dunajewski erklärt, der böhmische Ausgleich habe nur eine provinzielle Bedeutung; die Regierung denke nicht daran, die allgemeine Richtung ihrer Politik zu ändern. Plener erklärt darauf,

daß die Linke demgemäß sich auch ferner als Oppositionspartei betrachten und den Dispositionsfond verweigern werde.

21. April. (Abgeordnetenhaus.) Zu dem Titel Dispositionsfonds erklärt der Ministerpräsident Graf Taaffe:

Der Dispositionsfonds sei keine Vertrauenssache. Die Behauptung, der Ausgleich sei erst in die Wege geleitet worden, nachdem eine Allerhöchste Willensäußerung vorgelegen habe, sei ungenau; denn schon damals, als er mit der Bildung eines Kabinets betraut worden sei, habe er gleichzeitig den Auftrag erhalten, eine Verständigung zu ermöglichen und zur Wahrheit zu machen. Schon damals habe die Regierung sofort Schritte unternommen, um mit den Deutschen eine Verständigung zu erzielen. Dieses Ziel habe die Regierung stets im Auge behalten, jedoch sei die Erreichung desselben gar nicht von ihr allein abhängig gewesen, vielmehr hätte sie ein Entgegenkommen auf beiden Seiten abwarten müssen; auch handle es sich um zwei große Parteien, bezüglich deren man sich erst überzeugen mußte, ob sie eine Verständigung untereinander wünschten. Solche Versuche seien früher gemacht und jetzt wieder aufgenommen worden. Noch sei man nicht am Ziele, werde jedoch mit Gottes Hilfe dahin gelangen. Gegenüber der Behauptung, die Regierung stütze sich auf eine Partei, welche nicht einig sei, warf Graf Taaffe die Frage auf, welche Partei im Hause denn überhaupt einig sei. Die Zusammensetzung Oesterreichs sei anders als die anderer Staaten, in Oesterreich gebe es nicht politische, sondern nationale Parteien, in denen allen sich konservative Männer befänden; auch auf der Linken gebe es keine große einige Partei. Der Ausgleich werde im böhmischen Landtage zur Erledigung kommen; die Regierung sowohl als ein großer Teil des Hauses wünschten, daß dies recht bald geschähe, deshalb wäre es sehr wünschenswert, daß die Verhandlungen des Hauses beschleunigt würden.

Hierauf wird der Dispositionsfonds in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 130 Stimmen genehmigt.

21. April. (Troppau.) Zur Leitung der politisch-administrativen Aktion in dem ganzen Streikgebiete wird ein besonderer Zivilkommissar in der Person des Regierungsrats Klinger aus Troppau delegiert.

22. April. (Wien: Abgeordnetenhaus.) In der Budgetdebatte spricht der Jungtscheche Waschaty gegen das deutsche Bündnis und gegen die Politik des Fürsten Bismarck, nennt Oesterreich eine Expositur der deutschen Reichskanzlei und plädiert für die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, wonach Deutschland nicht mehr so stark gerüstet sein müßte, und mit demselben auch Oesterreich nicht. Der Jungtscheche Herold sagt, die Jungtschechen seien keine prinzipiellen Feinde des deutsch-tschechischen Ausgleichs und wären geneigt, einige Punkte zu acceptieren. Die Jungtschechen seien keine reichsfeindliche Partei. Graf Taaffe erwidert: Wenn Abg. Herold sage, die tschechische Nation lasse sich nicht germanisieren, so glaubt Graf Taaffe, daß die Deutschen in Böhmen

sich nicht slawisieren lassen wollen. Er nimmt zu angenehmer Kenntnis, daß die Jungtschechen keine prinzipiellen Gegner des Ausgleiches seien. Zu den Ausgleichskonferenzen seien Persönlichkeiten gewählt worden, von denen Entgegenkommen für die Sache zu erwarten war.

23. April. Es fallen in Biala schwere Exzesse seitens 4000 Arbeiter vor. Das einschreitende Militär wird provoziert und muß von der Feuerwaffe Gebrauch machen. Mehrere Personen werden getötet, viele verwundet.

24. April. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus lehnt mit 112 gegen 93 Stimmen die von Herbst befürwortete Resolution auf Aufhebung der Ausnahmsverordnungen gegen anarchistische Umtriebe ab.

26. April. (Pest.) Die österreichisch-ungarische Zollkonferenz tritt zusammen.

29. April. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Bei der Beratung des Budgettitels Mittelschulen erklärt Unterrichtsminister v. Gautsch bezüglich der Bestrebungen auf Einschränkung des klassischen Sprachenunterrichtes und Erweiterung der realistischen Fächer:

Wenn er auch offen und rückhaltlos die Fehler der bestehenden Unterrichtsmethode in den klassischen Sprachen zugebe, so könne er sich doch in dem großen Kampfe zwischen Realismus und Humanismus nur auf die Seite des letzteren stellen. Die Staatsverwaltung müsse unter den gegebenen Verhältnissen umsomehr an der humanistischen Richtung für die Gymnasien festhalten, als in den letzten Dezennien für die Pflege der realistischen Richtung in überreichem Maße durch Kunst-Gewerbe-, Staats-Gewerbe- und Fachschulen, sowie kommerzielle und Fortbildungsschulen vorgesorgt worden sei.

29. April. In Frankstadt fallen ernste Ausschreitungen vor. Ein Arbeiterhaufe demoliert eine Fabrik, die Warenvorräte werden zerstört. Das eingerückte Militär stellt die Ruhe wieder her.

1. Mai. In Proßnitz wird bei der Einlieferung der am vorhergehenden Tage verhafteten Unruhestifter das Gefängnis von 4000 Arbeitern gestürmt. Das Militär greift ein.

In den größeren Städten der Monarchie geben die Arbeiterdemonstrationen nicht zu nennenswerten Unruhen Anlaß.

1. Mai. (Carlowitz.) Der serbische Kirchenkongreß wählt den Temesvarer Bischof Brankovics, den Kandidaten der Nationalpartei, mit 41 Stimmen zum Patriarchen der orthodoxen Serben in Oesterreich-Ungarn.

9. Mai. (Budapest.) Das Unterhaus nimmt die Vorlage,

betreffend die Regelung der Handelsbeziehungen mit der Türkei, ohne Debatte an.

13. Mai. Der Kaiser nimmt das Protektorat über die Landesausstellung in Prag im Jahre 1892 an. Er drückt dem in Audienz empfangenen Präsidium der Ausstellung gegenüber seine Freude über das friedliche Zusammenwirken beider Volksstämme an dem patriotischen Unternehmen aus.

13. Mai. (Pest.) Die äußerste Linke bringt im Unterhause ihren Antrag auf Abänderung des Inkolatsgesetzes ein (wegen des Falles Kossuth).

16. Mai. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Die Debatte über die Schenkung der Grundentlastungsschuld von 75 Millionen an Galizien gestaltet sich lebhaft und bedeutungsvoll. Der deutschklerikale Abgeordnete Lienbacher kämpft in einer großen Rede an der Seite der Linken dagegen.

Er sagt, gegen den Führer des Polenklubs, Abg. Jaworski, gewendet, welcher in seiner vorgestrigen Rede sich in schmähender Weise über die Thätigkeit der österreichischen Bureaukratie in Galizien ausgesprochen und dieselbe als Schmach, Schande und Unehre bezeichnet hatte: Kaiserin Maria Theresia fand es für notwendig, zwischen Herren und Bauern Behörden einzusetzen mit der Hauptaufgabe, die von dem Adel vielgequälten, ausgesaugten Bauern gegen Willkür zu schützen. Die Regierung werde durch die Vorlage dieses Gesetzes eines erreichen, entweder den Bruch des eisernen Ringes oder den Verlust einer großen Anzahl deutscher Wähler in den Alpenländern für ihre bisherigen Abgeordneten. (Lebhafter Beifall.)

Die Rede Lienbachers bewirkt, daß sämtliche Klerikale bis auf drei sich vor der Abstimmung entfernen. Das Gesetz wird mit 20 Stimmen Majorität angenommen. Für die Bewilligung stimmten die Tschechen, Polen, Slowenen und Italiener.

19. Mai. (Prag.) Eröffnung des böhmischen Landtages, an welchem auch die deutschen Abgeordneten wieder teilnehmen. Die Beratung der Ausgleichsgesetze beginnt unter beständigen Obstruktionsversuchen der Jungtschechen, welchen sich auch einige Alttschechen trotz der früheren Versprechungen anschließen.

21. Mai. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus berät über die von der äußersten Linken eingebrachte Aenderung des Inkolatsgesetzes. Der Ministerpräsident führt aus,

die Regierung stehe auf dem Standpunkte, den der frühere Ministerpräsident Tisza vor seinem Rücktritte genau gekennzeichnet habe, daß nämlich seine Erklärungen betreffs der Bestimmungen des Inkolatsgesetzes nur für ihn allein, nicht aber auch für seine Ministerkollegen bindend gewesen seien. Kossuth erkläre die ganze staatliche Lage für ungesetzlich und rechtlos; die Legislative könne ihm zuliebe keine besondere Verfügung treffen. Das

hieße zwei Klassen von Staatsbürgern schaffen: die eine, welche das Gesetz anerkenne, die andere, welche es nicht thue.

29. Mai. Der frühere Kriegsminister und Statthalter von Böhmen General Baron Koller †.

30. Mai. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus lehnt mit 219 gegen 80 Stimmen den Gesetzentwurf Iranyis betreffend die Revision des Inkolatsgesetzes ab.

1. Juni. (Prag.) Der Landtag lehnt den Antrag, betreffend die in das Ausgleichsgesetz aufzunehmenden Bestimmungen über die Verhandlungssprache im Landesschulrate ab, nimmt dagegen den Vermittelungsantrag des Fürsten Windischgrätz, daß diese Bestimmungen im Verordnungswege unter Wahrung der Gleichberechtigung der deutschen und der tschechischen Sprache erfolgen sollen, an.

3. Juni. (Prag.) Der Landtag nimmt trotz fortgesetzter Obstruktionsversuche der Jungtschechen die Schulaufsichtsvorlage des Ausgleichsgesetzes an.

4. Juni. (Pest.) Den Delegationen geht das Budget zu.

Dasselbe beziffert das ordentliche Erfordernis mit 116,523,548 Gulden, das außerordentliche mit 16,402,339 Gulden, davon 14,450,439 Gulden für Heeres- und 1,860,500 Gulden für Marinezwecke, speziell: 2 Millionen Gulden zur Fortsetzung der Beschaffung von Repetiergewehren und -Karabinern, 2½ Millionen Gulden als erste Rate zur Einführung des rauchlosen Pulvers, wofür im ganzen 11,400,000 Gulden begehrt werden, 1 Million Gulden zur Verstärkung der Armierung fester Plätze durch neue Geschütze, 1 Million Gulden zur Hebung der Widerstandsfähigkeit der beiden galizischen Festungen, 889,534 Gulden zur Umwandlung der leichten Batterien aller Korps-Artillerie-Regimenter in schwere und 695,400 Gulden für die Kompletierung von 27 Infanterie-Regimentern auf den normalen Friedensstand, ferner: 540,000 Gulden als zweite Rate für den Rammkreuzer „C“, 180,000 Gulden als zweite Rate für den Donau-Monitor I, 80,000 Gulden als erste Rate für den Donau-Monitor II. Das Ministerium des Aeußern beansprucht eine Erhöhung des Dispositionsfonds auf 600,000 Gulden.

7. Juni. (Pest.) Die Erwiderung des Kaisers auf die Ansprachen beider Delegationspräsidenten stellt fest,

daß seit dem letzten Jahre in der allgemeinen politischen Lage und in den Verhältnissen der Oesterreich-Ungarn näher berührenden Balkanländer eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten sei. Die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten bestärken den Kaiser in der Hoffnung, daß die Segnungen des Friedens auch fernerhin erhalten bleiben werden. In kraftvollem Zusammenstehen mit den Verbündeten Oesterreich-Ungarns und in vertrauensvollem Zusammenwirken zu den gemeinsamen Friedenszielen erblickt der Kaiser auch für die Zukunft eine bereits bewährte Bürgschaft für die Sicherung seiner auf die Wohlfahrt und das Gedeihen seiner Völker gerichteten Bestrebungen. Die unausgesetzte Fortentwickelung der Wehrkraft Oesterreich-Ungarns müsse notwendigerweise im möglichsten Einklange

mit der wichtigen Stellung erhalten werden, die Oesterreich-Ungarn neben seinen Verbündeten und in Europa zu behaupten habe. Bei aller gewissenhaften Erwägung der Finanzverhältnisse der Monarchie werde es unabweislich sein, nebst der Fortsetzung der militärischen Vorsichtsmaßregeln auch die aus den Fortschritten der Technik auf dem Gebiete des Schieß- und Befestigungswesens sich ergebenden Erfordernisse ins Auge zu fassen. Die fortschreitende wirtschaftliche Entwickelung Bosniens und der Herzegowina ermögliche auch in diesem Jahr die Bedeckung der Verwaltungskosten aus den eigenen Einnahmen dieser Länder. Die Ansprache schließt mit einem Appell an die stets bewährte patriotische Einsicht der Delegierten.

Gegen den Führer der Alttschechen Rieger äußert der Kaiser mit großer Entschiedenheit, der böhmische Ausgleich müsse unter allen Umständen zu stande kommen.

9. Juni. (Prag.) In der alttschechischen Partei vollzieht sich eine Neugruppierung, durch welche die Durchbringung der Hauptgesetze des deutsch-tschechischen Ausgleichs wesentlich erschwert erscheint. Die alttschechischen Dissidenten Trojan, Adamek und Skarda gründen eine Mittelpartei; 14 Landtagsmitglieder treten ihr bei.

9. Juni. (Pest.) Ausschußsitzung der österreichischen Delegation. Graf Kalnoky stellt fest,

daß die allgemeine Richtung, sowie die Grundlagen der österreichisch-ungarischen Politik unverändert geblieben sind und bleiben. Die Beziehungen zu Deutschland seien nie vertrauensvoller, klarer und fester gewesen als jetzt. Nicht wenig habe hiezu der hochbegabte, thatkräftige Monarch des Nachbarstaates beigetragen, dessen scharf ausgeprägte Individualität Zweifel und Unklarheit von vornherein ausschließt. „Wir sehen General v. Caprivi mit gleichem Vertrauen an der Spitze der Staatsgeschäfte wie den Fürsten Bismarck, mit welchem ich stets die vertrauensvollsten und freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten die Genugthuung hatte. Der Wechsel dreier Monarchen Deutschlands und der leitenden Staatsmänner hatte nicht die geringste Schwankung des Bündnisses zur Folge, was am besten beweist, wie festgewurzelt das Bündnis ist. In Berlin und Rom von maßgebender Seite in jüngster Zeit abgegebene Erklärungen bezeugen, wie man auch dort von der unerschütterlichen Festigkeit des Bündnisses überzeugt ist. Die täglichen Versuche der Gegner des Bündnisses, letzteres zu erschüttern und Zweifel daran hervorzurufen, sollten niemanden beirren. Diese Bemühungen werden künftig, wie in den letzten zehn Jahren, vergeblich bleiben. Dabei müssen wir mit der Thatsache rechnen, daß die friedlichen Ziele des Bündnisses nur bei voller Entwickelung der Wehrkraft der verbündeten Staaten erreichbar sind, deren jeder auf den anderen rechnen können muß. Die ganz befriedigenden Beziehungen zu den übrigen Staaten Europas berechtigen zu der Hoffnung, daß etwa auftauchende Gefahren im Sinne des allgemeinen Friedensbündnisses behandelt werden können." Uebergehend zu der Erörterung der Verhältnisse der Balkanstaaten stellt Graf Kalnoky die ruhige Entwickelung Bulgariens fest, welches, mit der Verbesserung seiner Handelsbeziehungen und der Eröffnung neuer Verkehrswege beschäftigt, seinen Wohlstand hebt und seinen Kredit befestigt. „Wir sehen mit Befriedigung, daß Bulgarien politisch in kluger Zurückhaltung verharrt, seine fortschreitende Entwickelung nicht

durch gefährliche Fragen und Abenteuer schädigt, und das Bestreben zeigt, mit seinen Nachbarn, insbesondere mit der Pforte, gute Beziehungen zu erhalten. Bulgariens Zukunft, welche in seinen eigenen Händen ruht, erscheint gesichert, wenn es fortfährt, ruhig, ohne Abenteuer an der eigenen Festigung zu arbeiten. Um zu Serbien das erwünschte Verhältnis zu erhalten, ist unsrerseits gewiß alles geschehen, natürlich unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit. Der Regierung und der Regentschaft mag der gute Wille nicht fehlen, allein die gegenwärtige, Oesterreich-Ungarn unfreundliche, wenn nicht feindliche Strömung ist vielleicht stärker als die Autorität der Regentschaft und Regierung, die hilflos gegenüber dem Preßtreiben ist. Die in Serbien herrschende Preßfreiheit können nur hochzivilisierte Nationen vertragen; wo moralisch und politisch unreife oder unwürdige Elemente sich der Feder bemächtigen, vermag eine solche Preßfreiheit großen Schaden anzurichten. Die Stellung größerer Staaten zu kleineren ist stets schwierig, wenn die Beziehungen sich versteifen, da man geneigt ist, den größeren der Vergewaltigung anzuklagen, sobald er begehrt, was seines Rechtes ist." Angesichts der geographischen Lage, der inneren Verhältnisse und der Finanzen Serbiens besorgt Graf Kalnoky nicht, daß Serbien ernste Verwickelungen mit den Nachbarstaaten veranlasse, da die Folgen am empfindlichsten für Serbien selbst sein müßten. Aus der bisherigen stets wohlwollenden Haltung Oesterreich-Ungarns habe Serbien großen Nutzen gezogen. Es werde nicht Oesterreich-Ungarns Schuld sein, wenn diese Haltung sich in eine nicht entgegenkommende verwandeln sollte. Gegenüber den fortdauernden freundschaftlichen Versicherungen der Regentschaft und der Regierung müsse man die Erwartung aussprechen, daß sie die erforderliche Autorität besäßen, ihnen thatsächlichen Rückhalt zu geben. Oesterreich-Ungarn habe Serbien in keinem Zeitpunkte im Zweifel gelassen, daß ihm gute Beziehungen Serbiens zu Rußland erwünscht seien und kein feindseliges Verhalten zu Oesterreich-Ungarn nötig machten. Zu Rumänien und dessen Regierung seien die Beziehungen sehr freundlich. Betreffs der leider stagnierenden handelspolitischen Beziehungen seien trotz beiderseitiger eifriger Bemühungen die Verhandlungen nicht beendigt. Der Minister drückt sodann die Hoffnung aus, die allgemein herrschende protektionistische Richtung werde sich so weit klären, daß speziell auch mit Deutschland Herstellung eines handelspolitischen Verhältnisses ermöglicht werde, welches den Intentionen und Wünschen der Bevölkerung besser entspreche als der gegenwärtige Zustand.

Bald darauf erscheinen Verordnungen, welche die Einfuhr aus Serbien, besonders den Schweineimport sehr erschweren.

10. Juni. Heeresausschuß der ungarischen Delegation. Kriegsminister Baron Bauer gibt eine allgemeine Ueberſicht der Politik, welche ihn bei der Unterbreitung seines Budgets leitete.

Er bedauert, erklären zu müssen, daß die militärischen Anforderungen vorderhand nicht reduzierbar seien, und daß seine ursprünglichen Forderungen höher gewesen, aber aus finanziellen Rücksichten reduziert worden seien. Die zu leistende Arbeit sei eigentlich eine Flickarbeit, die Erfordernisse seien zahllos, die verfügbaren Mittel beschränkt, in dem vorliegenden Budget seien nur die Fundamente niedergelegt, auf welchen in den nächsten Jahren weiterzubauen sein werde. Bedeutendere Erhöhungen würden unvermeidlich und voraussichtlich werde die Frage der Erhöhung des Friedensstandes zu erwägen sein. Die ganze Welt arbeite bloß an der Erhöhung der Militärmacht, und darin könne Oesterreich-Ungarn nicht ganz zurückbleiben, wenn es auch nicht zu einer Kraftanstrengung wie beispielsweise das Deutsche Reich

fähig sei. Das vorgelegte Budget sei das äußerste Minimum, unter welches die Regierung nicht herabgehen könne.

11. Juni. In der ungarischen Delegation betont Graf Kalnoky weiter bei der Erörterung der bulgarischen Anerkennungsfrage, indem er gleichzeitig der Ansicht Csernatonys von der Unvermeidlichkeit eines großen Krieges entgegentritt, daß, je größer die Gefahr, eine desto vorsichtigere Behandlung von Fragen geboten sei, welche der Mehrzahl der anderen Mächte fernliegen. Bezüglich Italiens erklärt sich der Minister erfreut, der steten freundschaftlichen Uebereinstimmung mit dem italienischen Verbündeten gedenken zu können, mit welchem ein Verhältnis des Vertrauens, sowie eine Gemeinsamkeit des Bestrebens hergestellt sei, welche den beiderseitigen Friedenszielen nur förderlich sein könne.

11. Juni. Der Heeresausschuß der ungarischen Delegation nimmt folgende Resolution an:

Gegenüber der Erklärung des Kriegsministers, daß er es für unvermeidlich halte, sich mit der Erhöhung des Friedenspräsenzstandes des Heeres zu befassen, legt der Ausschuß das größte Gewicht auf die Berücksichtigung der Finanzlage, und hat das Bedenken, daß die Erhöhung mit den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen des Landes kaum vereinbarlich sei. Der Ausschuß nimmt jedoch keine Stellung, weil der Kriegsminister erklärte, daß die Frage noch nicht vorbereitet und kein positiver Plan vorgelegt sei.

19. Juni. Die österreichische Delegation nimmt das Ordinarium und das Extraordinarium des Heeresbudgets an. Im Verlaufe der Debatte erklären die Redner aller Parteien, das Budget im Interesse der Machtstellung des Reiches zu bewilligen.

23. Juni. Plenarsitzung der ungarischen Delegation. Sektionschef v. Szögyenyi-Marich bemerkt, was Serbien betreffe, so habe an der dortigen Situation die beruhigende Aeußerung des Gesandten Simitsch recht wenig geändert; die Regierung beobachte wachsamen Auges die Ereignisse in Serbien; weiter zu gehen, liege kein Anlaß vor.

28. Juni. (Ungarische Delegation.) Präsident Graf Ludwig Tisza betont in seiner Schlußrede, die ungarische Delegation erblicke im Bestande des Dreibundes die vorwiegendste Friedensgarantie. Bei Votierung des Heeresbudgets sei sich die Delegation bewußt gewesen, daß selbst der teuerste Frieden weniger Opfer erheischt als der billigste Krieg. Für die Unverletzlichkeit des Ansehens des Thrones sei jeder Ungar stets zu Opfern bereit. Unter begeisterten Eljenrufen erfolgt der Sessionsschluß.

21. Juli. Der italienische Verein „Pro Patria“ in

Görz, Triest und Istrien wird aus politischen Gründen aufgelöst; die Bildung ähnlicher Vereine unter anderem Namen nicht genehmigt.

Im Lauf des Juli wird die Agitation der Tschechen gegen die Ausgleichsvorlagen immer heftiger und die Stellung der Alttschechen dadurch gegenüber den Jungtschechen immer unhaltbarer. Seitens der Stadt Prag wird in die Schulverwaltung als angeblich deutscher Delegierter ein Renegat, Namens Heinrich, gewählt, was auf deutscher Seite die höchste Erbitterung erregt.

24. Juli. Eine kaiserliche Verordnung befiehlt die Errichtung einer theologischen Fakultät an der tschechischen Universität Prag.

18. August. (Wien.) An der großen Parade zum Geburtstage des Kaisers nehmen zum erstenmal bosnisch-herzegowinische Truppen teil. (Dieselben sind auf dem Seewege nach Oesterreich befördert worden, weil Ungarn den Durchmarsch „fremder" Truppen durch sein Gebiet für verfassungswidrig erklärt.)

24. August. (Wien.) Einer Anregung des Handelsministers Marquis Bacquehem sprechen die österreichischen Eisenbahnverwaltungen ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung ihrer Arbeiter aus.

2. September. (Triest.) Infolge des wiederholt vorgekommenen Werfens von Petarden, die schwere Verwundungen von Passanten zur Folge gehabt, verurteilt in der Municipaldelegation der Vorsitzende Dompieri „das Werk einzelner Unbesonnener", welche wahrscheinlich nicht der Triester Gemeinde angehörten und auf diese Weise ihren „Idealen" zu dienen meinten, und beantragt, namens der gesamten Bürgerschaft die lebhafteste Entrüstung über solche verbrecherische Thaten auszudrücken, sowie der Familie des jüngst hiebei schwer verwundeten Knaben eine Geldunterstützung zu spenden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

4. September. (Triest.) Der politische Verein „Progresso" wird aufgehoben.

Anfang September. Die volkswirtschaftliche Sektion des in Wien tagenden Land- und forstwirtschaftlichen Kongresses nimmt folgende Resolutionen an, welche für notwendig erklären:

1) Die Bildung einer mitteleuropäischen Zollliga; 2) Abmachungen zwischen den Liga-Staaten behufs Ausschließung wechselseitiger Schädigung durch die Frachttarifpolitik; 3) die Valutaregulierung in den Liga-Staaten; 4) die Wahl einer Kommission mit dem Recht der Kooptation behufs Bil-

dung eines internationalen Vereins. In letztere werden gewählt 5 Deutsche, je 1 Mitglied für Frankreich, Italien, Holland, die Schweiz, Rumänien und Schweden, 7 Oesterreicher und 3 Ungarn.

6. September. (Triest.) Ein gewisser Coretti wird als Verfertiger der Petarden verhaftet.

8. September. Infolge ungeheurer Ueberschwemmungen im Elb- und Donaugebiet werden der cisleithanischen Regierung für außerordentliche Ausgaben zwei Millionen Gulden durch eine Kaiserliche Verordnung zur Verfügung gestellt.

10. September. Das Ministerium weist die politischen Behörden Untersteiermarks, Krains und des Küstenlandes an, politische Kundgebungen anläßlich des Jubiläums des panslavistischen Bischofs Stroßmayer zu unterdrücken und nur kirchliche Feierlichkeiten zu gestatten.

11. September. Rieger überreicht dem Grafen Taaffe ein Memorandum, welches die Bedingungen enthält, unter denen die Tschechen für den Ausgleich stimmen würden.

16. September. (Herkulesbad.) Der ungarische Handelsminister Baroß gibt ein Bankett zu Ehren der Festgäste bei der Eröffnung der Arbeiten zur Regulierung des Eisernen Thores und toastet auf das Wohl des serbischen Ministerpräsidenten Gruitsch. Der serbische Bautenminister Josimowitsch beglückwünscht hierauf namens der serbischen Regierung das ungarische Ministerium zu der Inangriffnahme des ersten Regulierungswerkes und trinkt, indem er dessen Gedeihen wünschte, auf das Wohl der ungarischen Regierung. Der serbische Ministerpräsident erklärt: „Wir scheiden als Freunde“, und bringt einen Toast auf das Wohl Baroß' mit dem Wunsche der glücklichen Beendigung des gemeinsam begonnenen Werkes aus.

Mitte September. Die ungarischen Oppositionsblätter beschweren sich über den Gebrauch der deutschen Sprache in Verhandlungen zwischen ungarischen und österreichischen Ministern. Der Minister Graf Szapary muß sogar eine Interpellation im Abgeordnetenhause deshalb beantworten.

23. September. Der Landmarschall von Galizien Graf Tarnowski wird seines Postens enthoben und an seiner Stelle Fürst Sanguszko ernannt.

1. Oktober. Besuch des deutschen Kaisers in Wien, welcher von der Bürgerschaft wie auf einem Triumphzuge empfangen wird. Der Kaiser begibt sich noch am selben Tage mit dem Kaiser von

Oesterreich und dem König von Sachsen zur Jagd nach Steiermark. Die Abwesenheit der Minister beim Empfang wird vom „Fremdenblatt" offiziös als der normalen Empfangsetikette entsprechend erklärt.

2. Oktober. (Budapest.) Im Abgeordnetenhause legt der Finanzminister Weckerle das Budget für das Jahr 1891 vor.

Dasselbe enthält ordentliche Ausgaben in der Höhe von 342,571,190 Gulden, um 11,750,432 Gulden mehr als im Vorjahre, vorübergehende Ausgaben 8,130,672 Gulden, um 1,656,211 Gulden mehr als im Vorjahre, Investitionen im Betrage von 11,781,737 Gulden, außerordentliche gemeinsame Ausgaben 6,520,944 Gulden. Die ordentlichen Einnahmen sind mit 363,490,338 Gulden eingestellt, um 15,355,418 Gulden höher als im Vorjahre, die vorübergehenden Einnahmen betragen 5,518,245 Gulden, um 1,653,427 Gulden weniger als im Vorjahre. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 369,004,543 Gulden, die Gesamteinnahmen auf 369,008,583 Gulden, es schließt also die Bilanz mit einem Ueberschuß von 4040 Gulden.

Die Schlußrechnungen für das Jahr 1889 schließen mit einem Ueberschuß von 7⅓ Millionen, während das Finanzgesetz für 1889 ein Defizit von 6 Millionen in Aussicht nahm.

11. Oktober. Die von Oesterreich-Ungarn gegenüber Serbien in den letzten Monaten verfügten Verkehrserschwerungen werden wieder aufgehoben.

14. Oktober. (Niederösterreichischer Landtag) Der Statthalter legt Gesetze, betreffend die Vereinigung mehrerer Gemeinden und Gemeindeteile mit Wien, sowie darauf bezügliche Detailbestimmungen vor und erklärt:

Die Regierung will Wien von seinen Fesseln befreien und ihm das Territorium geben, welches seiner weiteren Entwickelung den freiesten Spielraum gewährt. Die Regierung widmet einen Teil der Linienwallgründe der künftigen Stadtbahn; sie trachtet durch eine neue Bauordnung danach, daß der Bau von Zinskasernen in einigen Teilen des neuen Territoriums eingestellt werde und dafür Villen mit Gärten gebaut werden; sie hofft, daß durch diese Umgestaltungen Tausende von Arbeitern und Gewerbetreibenden Erwerb finden werden.

Mitte Oktober. Sitzungen der böhmischen Ausgleichskommission. Beratung des Gesetzentwurfes über den Landeskulturrat.

18. Oktober. Der Antrag Schmeykal, die Beratung längstens in acht Tagen zu beendigen und dann das Landtagskuriengesetz in Angriff zu nehmen, wird abgelehnt, und statt dessen der Antrag Mattusch angenommen, das Landeskulturratsgesetz „schleunigst" zu erledigen.

19. Oktober. (Wien.) In allen Tramwayremisen, eine ausgenommen, bricht der Streik aus. Infolge dessen wird der Verkehr auf allen Tramwaylinien eingestellt.

21. Oktober. (Prag: Landtag.) Waschaty bringt eine Interpellation an den Statthalter ein wegen der deutschen Beantwortung einer tschechisch gestellten Anfrage. Der Oberstlandmarschall ruft die Interpellanten wegen des ungebührlichen Tones der Interpellation zur Ordnung. Der Statthalter erklärt tschechich, die Antwort zu verweigern, da die Interpellanten wegen des Tones ihrer Interpellation zur Ordnung gerufen wurden und sogar die Treue seines Amtseides anzweifeln. Der Landmarschall erklärt die Sitzung für geschlossen, worauf die Jungtschechen „Vergewaltigung", „Willkür" und ähnliches rufen. Der Lärm endet erst nach geraumer Zeit, die Abgeordneten verlassen in Erregung den Saal.

22. Oktober. (Triest.) Der dreier Petardenattentate überführte Coretti wird zu 3 Jahren schweren Kerkers und 2300 Gulden Schadenersatz an den schwer verletzten Knaben Bolderin verurteilt.

28. Oktober. Das Reichsgericht entscheidet, daß durch die Auflösung des Pro Patria-Vereins das verfassungsmäßige Recht nicht verletzt, durch die Nichtbewilligung der Gründung der „Lega Nazionale" dagegen das verfassungsmäßige Recht verletzt sei.

28. Oktober. (Prag.) An den Obmann des Alttschechenklubs, Dr. Rieger, haben neun Klubmitglieder ein Schreiben gerichtet, worin sie ersuchen, ihnen die Freiheit des Handelns gegenüber den Ausgleichspunktationen zu bewilligen, widrigenfalls sie aus dem Klub austreten und eine neue Klubverbindung bilden würden. Die Vertrauensmänner des Klubs beschließen, in dem Klub den Antrag zu stellen, den erwähnten Mitgliedern die Freiheit des Handelns zuzuerkennen.

28. Oktober. Graf Hartenau tritt als Oberst in den aktiven Militärdienst. Die Blätter betonen den unpolitischen Charakter dieses Vorgangs.

28. Oktober. (Herrmannstadt.) Die Konferenz der rumänischen Nationalpartei beschließt, das Zentralkomitee zu beauftragen, ein die Beschwerden der rumänischen Nation enthaltendes Memorandum vorzubereiten und zu geeigneter Zeit der Regierung zu unterbreiten, sowie ferner, an der Politik der Passivität, besonders bei den Reichstagswahlen, festzuhalten.

6. November. Der russische Thronfolger, Großfürst Nikolaus, trifft auf seiner Orientreise in Wien als Gast des Kaisers

ein. Er findet eine sehr feierliche Aufnahme und setzt seine Reise am nächsten Tage über Triest fort.

22. November. (Böhmischer Landtag.) Der Minoritätsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Landeskulturrats-Vorlage wird abgelehnt.

Ende November. Infolge der durch die Obstruktion der Jungtschechen und die Spaltung der Alttschechen bedingten Unsicherheit des Ausgleichwerkes beschließen die Deutschen sich an der böhmischen Landesausstellung nicht zu beteiligen.

Ende November. Das Landeskulturratsgesetz wird vom Landtage angenommen, jedoch mit so geringer Majorität, daß sich das Scheitern derjenigen Ausgleichsvorlagen, deren Annahme gesetzlich die Zweidrittelmajorität erfordert, mit Sicherheit voraussehen läßt.

26. November. (Budapest: Abgeordnetenhaus.) In der Debatte über die „Wegtaufungen", d. h. die unbefugte Taufe von Kindern aus gemischten Ehen nach katholischem Ritus, hält der Justizminister Szilagyi eine Rede, in welcher er auf die Notwendigkeit der Einführung der Zivilehe hinweist, und sich folgendermaßen äußert:

„Bei der Ausarbeitung des Gesetzes über die Civilehe gehe ich von dem Prinzip aus, daß dasselbe zugleich mit dem Familienrechte als integrierender Teil desselben ausgearbeitet werden muß. Ein Prinzip des Gesetzes ist es ferner, daß die ausschließlich obligatorische Ordnung der Rechtsverhältnisse der Ehe vom Staate festgesetzt wird in einem Gesetze für alle Staatsbürger ohne jeden Unterschied. Daraus folgt, daß jede konfessionelle Legislation, jede konfessionelle Jurisdiktion in ihrer Gültigkeit aufgehoben und abgeschafft wird; daraus folgt aber auch, daß die Anwendung dieses Gesetzes, welches das eherechtliche Verhältnis aller Staatsbürger ausschließlich regelt, ausschließlich den Gerichten des Staates zukommt. Der Staat übernimmt dann auf dem Gebiete der eherechtlichen Verhältnisse sowohl die Legislation als auch die Jurisdiktion ausschließlich und mit der Aufgabe, sie für alle Bürger zugleich zu lösen. Im Zusammenhange damit wird notwendigerweise und als ergänzender Teil auch die Form der Eheschließung einbezogen werden."

Am folgenden Tage werden die Anträge, welche den Prätensionen des katholischen Klerus entgegenkommen wollen, abgelehnt und dagegen der Antrag Szivat für Aufrechterhaltung der bestehenden Gesetze angenommen.

5. Dezember. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Finanzminister Dunajewski legt das Budget vor, welches einen Ueberschuß von mehr als 2 Millionen Gulden aufweist.

Anfang Dezember. (Wien.) Versammlung österreichischer,

ungarischer und deutscher Delegierter zur Vorberatung eines neuen Handelsvertrages.

9. Dezember. Der Kaiser empfängt die Delegierten und spricht die Hoffnung auf ein gedeihliches Resultat aus.

9. Dezember. Zwischen der polnischen Landtagspartei und den galizischen Ruthenen wird ein Vergleich abgeschlossen, demzufolge die Ruthenen künftig eine Anzahl Reichstagsmandate erhalten sollen.

12. Dezember. (Budapest: Abgeordnetenhaus.) Die Opposition greift den Landesverteidigungsminister Fejervary heftig an wegen der Nichtannahme von Fabrikaten der ungarischen Waffenfabrik. Die Majorität acceptiert schließlich den Bericht des Ministers.

Dezember. In Wien nehmen die Verhandlungen über einen deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrag eine günstige Wendung.

Dezember. Die von den Alttschechen abgefallene Gruppe der „Realisten" vereinigt sich mit den Jungtschechen.

20. Dezember. Der Kaiser vollzieht das Gesetz, betreffend die Vereinigung der Stadt Wien mit ihren sämtlichen Vororten.

27. Dezember. Zum ungarischen Minister am Hoflager wird an Stelle des Herrn v. Orczy der bisherige Sektionschef v. Szögyeni-Marich ernannt.

III.

Portugal.

9. Januar. Auf die englische Note, betreffend das Vorgehen des Major Serpa Pinto gegen die englische Flagge im Nyassagebiet, antwortet der Minister Barros Gomez:

Portugal wünsche aufrichtig die Erhaltung des Friedens und denke nicht daran, irgendwie den Einfluß Englands in Afrika zu beeinträchtigen, es müßte jedoch darauf bestehen, daß auch England Portugals Rechte achte. Gomez verwahrt sich dagegen, daß seine Regierung Major Serpa Pinto kriegerische Weisungen gegeben habe, im Gegenteil hätte der Major den Auftrag erhalten, nur friedliche Mittel anzuwenden. Wenn dies nicht geschehen sei, so treffe das Verschulden nicht die portugiesische Regierung, sondern die englischen Agenten, welche gegen Serpa Pinto intrigierten. Gomez erklärt ferner, er könne Serpa Pintos Verhalten nicht nach den übertriebenen oder unwahren Berichten der englischen Presse beurteilen, sondern müsse sich sein selbständiges Urteil vorbehalten. Schließlich verspricht der Minister eine Untersuchung der angeblichen Beleidigung der englischen Flagge durch Portugiesen, bemerkt jedoch, daß der Lissaboner Regierung hierüber bisher keine Nachricht zugekommen sei.

12. Januar. Dem englischen Ultimatum (s. England) antwortet der Minister Barros Gomes mit einer Note, welche schließt:

„Angesichts eines bevorstehenden Abbruchs der Beziehungen mit Großbritannien und aller Folgen, die daraus entstehen dürften, gibt Sr. Majestät Regierung den in den jüngsten zwei Noten formulierten Forderungen nach, und indem sie in jeder Hinsicht sich die Anrechte der portugiesischen Krone auf die erwähnten afrikanischen Gebiete sowie auch das ihr durch Artikel 12 der Berliner Konvention verliehene Recht vorbehält, die Streitfrage durch Vermittlung oder Schiedsgericht zu einer endgültigen Lösung zu bringen, wird Sr. Majestät Regierung dem Gouverneur von Mozambique die von Großbritannien erzwungenen Befehle senden." (Vgl. „das Staatsarchiv" L, Heft 5, 6).

13. Januar. In Lissabon finden Unruhen statt wegen der Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber England. Das Wappen des englischen Konsulats wird abgerissen. Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit reicht das Ministerium seine Entlassung ein.

14. Januar. In Oporto finden Demonstrationen gegen

England statt. Serpa Pimentel wird mit Bildung des neuen Kabinets beauftragt. Die portugiesische Regierung richtet ein Entschuldigungsschreiben wegen der Vorfälle in Lissabon an England.

17. Januar. Die in Paris lebenden Portugiesen veranstalten unter Teilnahme des spanischen Republikaners Zorilla eine Versammlung, welche ihrer Entrüstung gegen England Ausdruck gibt.

17. Januar. Das portugiesische Kabinet wird gebildet von S. Pimentel (Inneres), Ribeiro (Aeußeres), Lopo Vaz (Finanzen), Aranco (Oeffentl. Arbeiten), Carvalho (Krieg).

21. Januar. In Lissabon erscheint ein republikanisches Manifest.

21. Januar. Die Kortes werden aufgelöst; die neuen Kammern auf den 19. April berufen.

24. Januar. Die Eisenbahn von der Delagoa-Bai nach der Transvaal-Grenze wird eröffnet.

25. Januar. Zum Gesandten in London wird an Stelle von d'Antas B. Freitas ernannt.

26. Januar. Serpa Pinto erhält eine Mission nach der Westküste Afrikas.

26. Januar. Die „Politische Korrespondenz" berichtet: In diplomatischen Kreisen verlautet, daß der König der englischen Herrscherin in einem Schreiben nahegelegt habe, in Anbetracht der in Portugal zur Zeit bestehenden Stimmung, seine Investition mit dem Hosenband-Orden vorläufig aufzuschieben, da die Vornahme einer feierlichen Zeremonie dieser Art unter den obwaltenden Umständen nicht opportun wäre.

26. Januar. Der portugiesische Ministerpräsident äußert gegen einen Interviewer:

Portugal bereite sich vor, sich abermals, und zwar unter Berufung auf den Berliner Vertrag, an die Großmächte, einschließlich England, zu wenden. Eine Konferenz sei in den am 12. und 13. Januar zu Lissabon eingetroffenen Antworten der Großmächte nicht ausdrücklich abgelehnt worden. Zuvor aber werde Portugal trachten, sich bis zu gewissem Grade mit England zu verständigen, beziehentlich den Beweis zu liefern, daß es allen englischen Forderungen nachgekommen sei. Portugal wünsche nichts sehnlicher, als mit England in Verhandlungen über die Grenzregelung einzutreten. Bis es dazu komme, werde Portugal mit äußerster Vorsicht alles und jedes hinwegzuräumen suchen, was England irgendwie Anlaß zu Beschwerden geben könnte.

29. Januar. Ein königlicher Befehl ersetzt den Kommandanten der Lissaboner Division, Joze Paulino, der es ab-

lehnte, für die Treue der Truppen einzustehen, durch den Brigadegeneral Malaquias Lemos.

1. Februar. (Lissabon.) Wiederum finden antienglische Demonstrationen statt.

2. Februar. Der König empfängt eine gegen die englische Vergewaltigung Einspruch erhebende Abordnung der Geographischen Gesellschaft.

3. Februar. Der Katholikenverein von Oporto hält eine große Versammlung, um gegen das Ultimatum Salisburys zu protestieren und die portugiesische Regierung um die Wiederherstellung der religiösen Orden für die Mission in Afrika, als inziges Mittel zur Entwicklung kolonialer Gebiete, zu bitten.

6. Februar. Die Regierung erläßt ein Zirkular an die Mächte, worin sie den Streitfall zwischen Portugal und England einer Konferenz zu unterbreiten vorschlägt.

11. Februar. In Lissabon findet ein republikanischer Putsch statt; 141 Personen werden verhaftet. Das Amtsblatt veröffentlicht verschiedene Erlasse, wodurch die Regierung ermächtigt wird, zur Vervollständigung der Befestigungswerke des Landes Armierungsgerät und Kanonen anzuschaffen, ferner vier Kreuzer, vier Kanonenboote und Torpedoboote anzukaufen. Weiter sollen die Armee sowie die Munizipalgarden von Lissabon und Oporto reorganisiert werden. Zur Deckung der Kosten werden Schuldscheine ausgegeben, außerdem sollen besondere Fonds zu Landesverteidigungszwecken geschaffen werden.

13. Februar. Das Polytechnikum wird wegen republikanischer Umtriebe geschlossen; viele Studenten werden verhaftet.

23. Februar. Der König erläßt eine Amnestie für politische Verbrecher.

11. März. Der Stadtrat von Lissabon wird durch kgl. Erlaß aufgelöst und die kommissarische Verwaltung der Gemeinde angeordnet.

15. März. Der König empfängt die Abordnungen der Studenten aus Oporto und Coimbra. Seine Antwort geht im wesentlichen dahin, daß er sich glücklich schätze, seine innige Befriedigung auszudrücken über ein solch patriotisches Gefühl in den Schulen des Landes. Er werde gern seiner Regierung ans Herz legen, ihre Entschließungen im Einklang mit den Wünschen der Studierenden zu fassen.

31. März. Die Wahlen zur Deputiertenkammer finden statt. Die neue Kammer ist aus 114 Konservativen, 30 Progressisten, 10 Monarchisten andrer Parteistellung und 3 in Lissabon gewählten Republikanern zusammengesetzt. Verschiedene Progressisten protestieren gegen das Zusammengehen der Progressisten und Republikaner bei der Wahl in Lissabon.

14. April. Bei den 50 Wahlen zur Pairskammer werden nur Konservative und Progressisten, kein Republikaner gewählt. Die Konservativen haben die Mehrheit.

19. April. Der König eröffnet die Kammern. Die Thronrede kündigt den Bau einer Eisenbahn von Mossamedes ins Innere von West-Afrika an, und die Bildung eines Ministeriums des Unterrichts und der schönen Künste.

9. Mai. In der Deputiertenkammer antwortet der Minister der Marine und der Kolonien Felio de Vilhena auf eine Interpellation: Die englische Regierung habe erklärt, daß sie keine Expedition nach dem Maschona-Lande ausgesandt habe, und daß sie selbst von der Ausrüstung irgend einer besonderen Expedition nichts wisse. Der Marineminister erklärt endlich: eine portugiesische Expedition nach dem Gaza-Lande zum Häuptling Gongunnaro sei ins Werk gesetzt worden, um der Uebernahme der Schutzrechte, die durch Vertrag anerkannt seien, mehr Nachdruck zu geben.

18. Juni. Der Marineminister bestätigt die am Schireflusse angesichts der Eingebornen erfolgte Verbrennung der portugiesischen Flagge. Der Minister des Aeußern sagt, er habe vom englischen Kabinet wegen der Verbrennung der portugiesischen Flagge Erklärungen verlangt.

5. Juli. Die Deputiertenkammer genehmigt mit großer Mehrheit die Vorlage, betreffend eine 6prozentige Erhöhung aller Steuern.

August. Ein Abkommen mit England betreffs der Grenzen in Afrika kommt zu stande (s. dort).

Da dieses Abkommen die Königreiche Lunda und Muatyamwo im Kongogebiet Portugal zuspricht, der Kongostaat aber die Absicht kundgibt, beide einzuverleiben, so erhebt Portugal hiegegen Vorstellungen bei der Kongoregierung.

6. September. Anläßlich der über das englisch-portugiesische Abkommen herrschenden Mißstimmung kommt es zu lärmenden Kundgebungen und Störungen der Ruhe.

15. September. Den Kortes werden Modifikationen des englisch-portugiesischen Abkommens mitgeteilt, wobei hauptsächlich das Einspruchsrecht Englands gegen Abtretungen portugiesisch-afrikanischen Gebiets in ein Vorkaufsrecht verwandelt ist. Trotzdem kommt es zu heftigen Auftritten in der Kammer, bald darauf zu Straßen-Exzessen in Lissabon, Coimbra, Goa (Portugiesisch-Indien). Die republikanische Agitation wird offenkundig. Das Ministerium gibt am 17. seine Entlassung; die Neubildung verzögert sich.

30. September. Martens Ferraro übernimmt die Neubildung, jedoch ohne Erfolg; General Abreu e Souza wird dazu beauftragt.

14. Oktober. In dem endgültig konstituierten Ministerium gehören der Präsident und Kriegsminister Abreu e Souza und der Minister des Innern Antonio Candido den Progressisten, der Finanzminister Mello Couvea und der Minister des Aeußern Barbosa den Konservativen, der Justizminister Sa Brandao und der Minister der öffentlichen Arbeiten Ribeiro der kleinen „nationalen" Gruppe an.

Das Kabinet empfiehlt den Kortes bei seinem ersten Hervortreten, den Vertrag mit England zu verwerfen.

Es werden neue Verhandlungen mit England eingeleitet, welche am 7. November zu einem vorläufigen Abkommen führen (s. England).

20. November. Es erscheint ein königliches Dekret, welches den Transitverkehr zwischen der Mündung des Pungwe und der englischen Einflußsphäre gegen die Zahlung eines Wertzolls von 3 Prozent bewilligt und die freie Schiffahrt auf dem portugiesischen Teile des Zambesi und des Schire für alle Nationen proklamiert.

IV.

Spanien.

2. Januar. Sämtliche Minister reichen dem Premier Sagasta ihre Entlassung ein.

Angesichts einer schweren Erkrankung des Königs werden die Verhandlungen über Neubildung des Kabinets aufgeschoben.

9. Januar. Der Zustand des Königs läßt das schlimmste erwarten; es verbreitet sich das Gerücht, der Tod sei schon eingetreten und werde noch verheimlicht.

11. Januar. Das Befinden des Königs bessert sich. Die Kammern werden vertagt.

19. Januar. In Madrid und Barcelona finden republikanische Versammlungen statt, welche Portugal ihre Sympathien ausdrücken.

20. Januar. Nach vergeblichen Versuchen des Kammerpräsidenten Alonzo Martinez, ein Kabinet zu bilden, wird Sagasta wieder damit beauftragt, der es folgendermaßen konstituiert: Sagasta Präsidium, Vega de Armijo Aeußeres, General Bermudez Reina Krieg, Admiral Romero Marine, Becerra öffentliche Arbeiten, Capdepon Inneres, Eguilior Finanzen.

Ende Januar. Castelar, Parteiführer der Republikaner, richtet einen Brief an die Königin, in dem er sagt: jetzt nach der Rettung sei Alfonso doppelt König, einmal durch die Gesetze des Landes und dann durch ein Wunder der Vorsehung.

6. Februar. Der Herzog von Montpensier (Oheim des Königs und des Grafen von Paris) stirbt.

7. Februar. Canovas del Castillo, Führer der Konservativen, erklärt öffentlich, daß seine Partei gegen die Einführung des allgemeinen Stimmrechts nichts einzuwenden habe.

7. Februar. Der wegen Opposition gegen die Regentschaft der Königin-Mutter verbannte Herzog von Sevilla (Bourbon) erhält die Erlaubnis zur Heimkehr.

14. Februar. Die Regierung lädt auf den 1. April zu einer internationalen Konferenz in Madrid ein betreffs des Schutzes des industriellen Eigentums.

16. Februar. Auf eine Interpellation in der Kammer über die Absicht Englands, einen Kanal von Gibraltar zu bauen und bei den kanarischen Inseln Flottenmanöver abzuhalten, wird von Seite der Regierung geantwortet, sie habe offizielle Auskunft darüber verlangt und werde sich energisch zeigen.

3. März. Der in Anklage stehende frühere Gesandte in Berlin, Graf Benomar, wird amnestiert.

21. März. Der Kultusminister, Herzog von Veragua, übernimmt den Ehrenvorsitz eines Vereins behufs Verbreitung der Stiergefechte.

27. März. Die Deputiertenkammer nimmt den Gesetzentwurf über das allgemeine Stimmrecht an.

27. März. (Senat.) Der General Daban hatte an sämtliche Generale Spaniens ein Manifest gerichtet, in welchem er erklärt, daß die Armeen nicht so behandelt würden, wie sie es verdienen, daß man mit dem Gedanken umgehe, das Kontingent zu reduzieren, die Kolonien unter Zivilverwaltung zu stellen u. s. w., daß es Sache aller Offiziere sei, gegen solche Maßregeln zu protestieren und die Rechte der Armee zu wahren. Der Präsident verliest eine Verfügung des Kriegsministers, welche den General Daban infolge seines Briefes zu 2 Monaten Arrest verurteilt. (Lebhafte Proteste.) Marquis Sardoal sagt, da der General Senator sei, könne er nicht ohne vorherige Genehmigung des Senats bestraft werden. Eine besondere Kommission zur Berichterstattung über das Verfahren der Regierung wird ernannt.

1. April. Die erste vorbereitende Sitzung der internationalen Konferenz zum Schutz des industriellen Eigentums unter dem Vorsitze des Generaldirektors des Ackerbaues findet statt. Fünfzehn Länder sind auf derselben vertreten als Mitglieder der Union, außerdem Deutschland, Oesterreich und Mexiko. Die offizielle Eröffnung wird auf den 7. April angesetzt, und zwar unter dem Vorsitz der Minister des Auswärtigen und der öffentlichen Arbeiten.

2. April. General Salcedo wird verhaftet, weil er an Daban ein zustimmendes Schreiben gerichtet.

11. April. Die Kolonien Cuba, Porto Rico und Philippinen treten dem internationalen Telegraphenvertrag bei.

12. April. Der Senat erteilt die Ermächtigung zur Bestrafung des General Daban.

12. April. Die internationale Konferenz schließt ihre Sitzungen.

14. April. (Senat.) General Cassola stellt einen Antrag betreffend die Unverletzlichkeit der militärischen Abgeordneten und Senatoren. Sagasta acceptiert den Antrag mit einem Amendement, worauf derselbe einhellig angenommen wird.

1. Mai. Der Senat nimmt den Gesetzentwurf über das allgemeine Stimmrecht an.

4. Mai. Der Belagerungszustand wird wegen Unruhen über Katalonien verhängt.

9. Mai. Im Senat wird ein königliches Dekret verlesen, durch welches dem Senator General Daban der Rest der gegen ihn erkannten Festungsstrafe erlassen wird.

Ende Mai. Die Regierung ernennt eine Kommission zum Studium der Arbeiterfragen.

26. Juni. Der Ministerrat beschließt die Aufhebung der spanischen Gesandtschaft in der Schweiz.

3. Juli. Das Ministerium ersucht die Königin-Regentin um seine Entlassung. Die Königin-Regentin nimmt dieselbe an.

6. Juli. Das neu gebildete Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Canovas del Castillo Ministerpräsident, Herzog von Tetuan Auswärtiges, Cosgayon Finanzen, Silvela Inneres, Villaverde Justiz, Isasa Handel, Azcarraga Krieg, Beranger Marine, Fabie Kolonien.

6. Juli. In Barcelona finden auf die Nachricht von der Neubildung des Kabinets unter Canovas vor dem Lokal des konservativen Klubs Zusammenrottungen und Kundgebungen gegen die Konservativen statt. Die Polizei treibt die Ruhestörer auseinander und stellt die Ordnung wieder her.

4. August. Graf Bannelos wird zum Botschafter in Berlin und Graf Benomar zum Botschafter in Rom ernannt.

4. August. Auf den Karolineninseln werden spanische

Truppen von den Eingebornen überfallen und erleiden eine Niederlage.

16. September. Der Ministerrat nimmt die Vorschläge des Kriegsministers Azcarraga zu einer umfassenden Armeereorganisation an. Diese fußen auf dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht.

5. Oktober. In Saragossa wird der katholische Kongreß eröffnet; derselbe spricht sich leidenschaftlich über die Lage des Papsttums aus.

November. Eine Expedition nach den Karolinen besiegt nach heftigem Kampf unter starkem Verlust die Eingeborenen.

Dezember. Die Kortes werden aufgelöst und die Neuwahlen auf den 1. Februar festgesetzt.

V.

Großbritannien.

1. Januar. Die Admiralität macht bekannt, daß die Flottenbewegungen an den Küsten der Pyrenäenhalbinsel nicht als Demonstration gegen Portugal aufzufassen seien.

3. Januar. Die britisch-ostafrikanische Gesellschaft sendet Truppen gegen den Häuptling des Witulandes, welcher britisches Gebiet besetzt hat.

6. Januar. Lord Salisbury richtet eine Note an die portugiesische Regierung, in der mit unverzüglichem Abbruch der Beziehungen gedroht wird, falls Portugal nicht für die Englands Rechte verletzenden Okkupationen Serpa Pintos in Afrika Genugthuung leiste. — Zugleich wird gemeldet, daß der Konsul Johnston mit den Fürsten des Makololo- und des Karango-Volkes Verträge geschlossen habe, um dem Vorgehen der Portugiesen entgegenzutreten.

7. Januar. Die Londoner Presse verlangt Besetzung der Delagoa-Bucht bis zur Beilegung des Streites mit Portugal.

11. Januar. Der englische Gesandte in Lissabon überreicht folgendes Ultimatum:

„Die Regierung Ihrer britannischen Majestät kann die von der portugiesischen Regierung erteilten Versicherungen, wie sie dieselben deutet, nicht als befriedigend oder hinreichend annehmen. Ihrer britannischen Majestät zeitweiliger Konsul in Mozambique telegraphiert, indem er des Majors Serpa Pintos eigene Aeußerungen anführt, daß die Expedition den Schire, Katangas und andere Plätze und Gebiete der Makololos bereits besetzt habe und daß dieselben befestigt und mit Besatzungen versehen worden seien. Ihrer britannischen Majestät Regierung wünscht und besteht darauf, daß dem Gouverneur von Mozambique die folgenden telegraphischen Weisungen unverzüglich gesandt werden: „„Ziehen Sie alle portugiesischen Streitkräfte zurück, die thatsächlich am Schire sowie in den Gebieten der Makololos und in Maschona-Land sind."" Ihrer britannischen Majestät Regierung erachtet,

daß ohnedies die von der portugiesischen Regierung erteilten Versicherungen illusorisch sind, und Mr. Petre wird sich in Verfolg seiner Weisungen genötigt fühlen, sich mit sämtlichen Mitgliedern der Gesandtschaft unverzüglich von Lissabon zu entfernen, falls er nicht eine befriedigende Antwort auf die vorhergehende Mitteilung heute nachmittag auf J. M. Schiff Enchantreß in Vigo, das seiner Befehle harrt, empfängt."

Der Gesandte empfängt dazu die Instruktion, er solle den portugiesischen Minister zu sofortiger Absendung drängen und bitten, daß ihm Abschrift davon gezeigt werde. „Falls dies nicht geschieht, betrachtet England Portugals Versicherungen als illusorisch."

23. Januar. In einer zu Chester gehaltenen Rede bedauert Gladstone das gewaltsame Vorgehen Englands gegen Portugal und tadelt das Verfahren der Türkei in Kreta und Armenien.

24. Januar. Unterstaatssekretär des Aeußern Fergusson erklärt in einer Rede vor seinen Wählern:

daß Portugals Anspruch auf ein Schiedsgericht in Gemäßheit des Berliner Vertrages nicht haltbar sei, weil das Gebiet südlich vom Zambesi außerhalb des von diesem Vertrage behandelten Flächenraumes liege Was die Hochlande von Schire betreffe, so befinde sich Portugal abermals im Unrecht, weil in den dem Berliner Vertrage angehängten Artikeln ein Schiedsgericht nur dort vorgeschrieben sei, wo es sich um die Anwendung des Freihandelsprinzips handle, und dies sei offenkundig nicht der Fall in der Provinz Mozambique, innerhalb welcher, wie die Portugiesen behaupten, die Hochlande von Schire eingeschlossen seien. Aber wenn selbst ein Schiedsgericht angezeigt gewesen, habe Portugal zuerst dasselbe mißachtet, indem es das Gesetz in seine eigenen Hände nahm. Ueberdies habe England einem Schiedsgericht nicht seine Zustimmung in dem Augenblick geben können, wo der Angreifer es an der Kehle gefaßt habe.

24. Januar. Die „Times" bespricht den Samoa-Vertrag in sehr beifälliger Weise; derselbe lege ein schönes Zeugnis für die Unparteilichkeit des Reichskanzlers in allem, was die deutsche Kolonialpolitik angehe, ab; der Vertrag löse die schwierige und delikate Frage und dürfe als ein Musterabkommen in seiner Art betrachtet werden; derselbe scheine auch England alles zu gewähren, was es in Samoa beansprucht habe.

Vom 21.—25. Januar halten die Zweige der einheimischen Vereine eine Konferenz in Melbourne unter dem Vorsitze Sir John Brays, Präsidenten der südaustralischen Legislatur. Am Schlusse der Verhandlungen wird eine Resolution angenommen, welche erklärt, daß die Zeit für die Föderation der australischen Kolonien erschienen sei. Ferner wird der Plan einer Bundesregierung mit definierten Gewalten erörtert und genehmigt.

29. Januar. (Durham.) Eine Versammlung von Berg-

arbeitern beschließt, in der zweiten Hälfte des Mai einen internationalen Bergarbeiterkongreß in Belgien abzuhalten.

31. Januar. Die britisch-ostafrikanische Gesellschaft hat die Verwaltung der Inseln Manda und Patta bei Lamu übernommen und dort die britische Flagge gehißt.

3. Februar. Die englische Regierung weist den Gedanken zurück, den portugiesischen Streit auf der Antisklavereikonferenz in Brüssel zu erörtern.

6. Februar. Der offiziöse „Standard“ verhält sich gegenüber den Erlassen des deutschen Kaisers sympathisch, meint aber, internationale Abmachungen auf diesem Gebiet müßten notwendig mit der Aufhebung der Schutzzölle verbunden sein. Aehnlich äußern sich andere Zeitungen; unbedingt zustimmend nur die radikale „Pall Mall Gazette“.

10. Februar. Kardinal Manning veröffentlicht ein Schreiben, indem er seine Bewunderung für die Erlasse des deutschen Kaisers ausspricht.

11. Februar. Die Königin eröffnet das Parlament mit folgender Thronrede:

Lords und Gemeine! Meine Beziehungen zu den anderen Mächten tragen fortdauernd einen freundlichen Charakter. Eine bewaffnete Macht unter einem portugiesischen Offizier wurde im Herbst von der Kolonie Mozambique in ein Gebiet entsandt, wo einheimische unter unsern Schutz gestellte Stämme sich befanden. Es kam zu einem Zusammenstoß mit Blutvergießen und zu Handlungen, die mit der der Flagge unseres Landes schuldigen Achtung unvereinbar waren. Die portugiesische Regierung hat jetzt auf mein Ersuchen versprochen, die Militärkräfte von besagtem Gebiete zurückzuziehen.

Eine Konferenz der bei der Unterdrückung des Sklavenhandels interessierten Mächte ward nach Brüssel vom König der Belgier berufen. Ich hoffe, daß die Ergebnisse ihrer Erörterungen die große Sache fördern werden. Ein Handelsabkommen wurde mit dem Khedive von Aegypten und eine vorläufige Uebereinkunft zur Erledigung bringlicher Finanzfragen mit der Regierung Bulgariens eingegangen. Schriftstücke über alle diese Fragen werden Ihnen vorgelegt werden.

Die von mir mit dem Kaiser von Deutschland und der Republik der Vereinigten Staaten abgeschlossene Abkunft betreffs der Regierung von Samoa wird Ihnen mitsamt den Protokollen der Konferenz unterbreitet werden, ebenso der mit den Vereinigten Staaten abgeschlossene Vertrag zur Verbesserung des Auslieferungsrechts. Letzterer erwartet noch die Genehmigung des Senats. Da der verworrene Zustand des Swazilandes, dessen Unabhängigkeit durch die Uebereinkunft von London anerkannt worden ist, Maßregeln für eine bessere Verwaltung notwendig machte, sandte ich im Einverständnis mit dem Präsidenten der südafrikanischen Republik einen Kommissar behufs Erkundigung über die Ansichten der Swazis und der weißen Ansiedler.

Ich werde mit lebhaftem Interesse die Ergebnisse der Konferenz zur Erörterung der wichtigen Frage der Verbündung der australischen Kolonien

erwarten. Jede wohlerwogene Maßregel, welche durch eine engere Verbindung der Kolonien deren Wohlfahrt und Stärke fördert, wird meine wohlwollende Berücksichtigung finden.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Die Voranschläge des Jahres zur Bestreitung der Regierungskosten des Landes werden Ihnen unterbreitet werden. Sie wurden mit gebührender Rücksicht auf Sparsamkeit und die Bedürfnisse des Staatsdienstes aufgestellt.

Lords und Gemeine! Die fortdauernde Besserung des Zustandes Irlands und die weitere Abnahme der Zahl der Agrarverbrechen ermöglichten eine Beschränkung des Gebietes, wo gewisse Vergehen zur Aburteilung ein summarisches Verfahren erheischten. Vorschläge werden Ihnen unterbreitet werden zur Vermehrung der Grundbesitzer unter Wahrung der finanziellen Vorsichtsmaßregeln, zur Ausdehnung der Grundsätze lokaler Selbstverwaltung auf Irland, welche schon in England und Schottland zur Annahme kamen, soweit sie auf Irland anwendbar sind, zur Besserung der materiellen Wohlfahrt der Bevölkerung in den ärmeren Gegenden. Der Gesetzentwurf zur Erleichterung und Verbilligung der Landübertragung wird Ihnen wiederum vorgelegt werden. Maßregeln zur Minderung der Schwierigkeiten und Kosten der Privatgesetzgebung in Schottland werden Ihnen unterbreitet werden. Ein Gesetzentwurf zur Besserung der Zehntenerhebung und Zehntenablösung wird Ihnen vorgelegt werden. Ich habe einen Ausschuß zur Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage der Bewohner gewisser Teile von Westhochland und den Inseln Schottlands ernannt. Wiederum wird Ihre Aufmerksamkeit auf die Vorlage über die Vergewisserung der Verbindlichkeit der Arbeitgeber bei Unfällen sowie die Vorlage zur Besserung des Verfahrens bei der Liquidation zahlungsunfähiger Gesellschaften gelenkt werden. Es werden Ihnen Gesetzentwürfe zur Vervollständigung und Erneuerung der Gesetze betreffs der öffentlichen Gesundheit der Hauptstadt und der Armenwohnungen sowie der bessern Regelung der Sparbanken und Versicherungsgesellschaften vorgelegt werden. Man wird Ihre Aufmerksamkeit auf die vorgeschlagene Unterkunft in Lagern und Kasernen sowie auf die Ergreifung besserer Maßnahmen für die Gesundheit und Bequemlichkeit der Truppen lenken. Ich empfehle Sie bei der Erledigung Ihrer hohen Verantwortlichkeit der Fürsorge und Leitung des allmächtigen Gottes.

11. Februar. (Unterhaus.) Der Antrag Harcourts, die Veröffentlichung des bekannten falschen Briefes Parnells durch die „Times“ für Verleumdung eines Abgeordneten und Verletzung der Privilegien des Hauses zu erklären, wird verworfen (vgl. Jahrg. 1889 S. 190).

11. Februar. (Oberhaus.) Lord Salisbury erklärt, Portugal sei schon vor zwei Jahren gewarnt worden, daß England seine Ansprüche auf englisches Schutzgebiet oder englische Niederlassungen nicht anerkenne. Nach Serpa Pintos Vorgehen sei ein sofortiges Einschreiten erforderlich gewesen, um zu verhindern, daß die Angelegenheit vom Staatsrat auf den Volksrat in den Straßen übergehe, was für den Bestand der portugiesischen Monarchie gefährlich sei.

11. Februar. (Australien.) Auf der Bundesversammlung

in Melbourne bringt der Premierminister von Neusüdwales den Antrag auf Begründung der nationalen Einheit Australiens ein. Es werden Anträge genehmigt, denen zufolge die Legislaturen der verschiedenen Kolonien im Laufe dieses Jahres Delegierte zu einer nationalen australischen Konvention wählen sollen, welche ermächtigt werden wird, die Bundesverfassung auszuarbeiten.

13. Februar. Der Bericht der Parnell-Kommission wird veröffentlicht:

Das Hauptergebnis ist, daß Parnell der persönlichen Bekanntschaft mit den Unbesieglichen und der indirekten Billigung des Mordes im Phönixpark freigesprochen ist, daß Davitt dagegen als Fenier mit der amerikanischen Dynamitpartei in Verbindung stand, um die Selbständigkeit Irlands herbeizuführen.

13. Februar. Gladstone erklärt im Unterhause:

Er sei nicht gekommen, das Verhalten des Auswärtigen Amtes einer Kritik zu unterziehen; gleichwohl bedaure er den diplomatischen Zwist mit einem so alten und schwachen Bundesgenossen wie Portugal. Er müsse jedoch die Regierung von irgendeiner Neigung, Vorteil aus der Schwäche Portugals zu ziehen, freisprechen. Da Ursache für ein Vorgehen vorhanden war, sei es viel besser gewesen, daß das Vorgehen ein promptes war; er bedaure jedoch die kaustische Sprache, in welcher die gerechten Ansprüche Großbritanniens geltend gemacht wurden.

6. März. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ meldet offiziös, die englische Regierung habe die von dem Sultan von Zanzibar der englischen Gesellschaft auf den Inseln Manda und Patta gewährte Konzession für rechtswidrig erklärt, weil der Sultan dazu nicht berechtigt war.

10. März. Ein Protestmeeting gegen die grausame Behandlung Verbannter in Sibirien findet statt.

10. März. In der durch Wochen sich hinziehenden parlamentarischen Erörterung des Berichtes der Parnell-Kommission wird besonders eine Rede des konservativen Lords Churchill vom 11. März bemerkt, welche einen oppositionellen Standpunkt einnimmt.

10. März. Das Amendement Gladstones, betreffend den Bericht der Parnell-Kommission wird mit 339 gegen 268 Stimmen abgelehnt; am folgenden Tage wird der Antrag der Regierung angenommen, den Bericht protokollarisch zu registrieren.

15. März. Ein Streik der Grubenarbeiter (angeblich 250,000 Personen) bricht aus, wird aber nach fünf Tagen durch einen Kompromiß beigelegt.

17. März. Bei einer Versammlung der Dockarbeiter in

Liverpool kommt es zu Gewaltthätigkeiten, bei denen die Polizei in Masse eingreifen muß. Mehrere Personen werden schwer verwundet.

21. März. Eine königl. Kommission für die Untersuchung der Marine- und Kriegsverwaltung empfiehlt die Einsetzung eines Marine- und Armeerates.

Derselbe soll die Ausgabebudgets der Marine- und der Heeresverwaltungen beraten, bevor das Ministerium dieselben feststellt, ferner alle Fragen erledigen, welche dem Seewesen und dem Landheer gemeinsam sind. Die Kommission empfiehlt ferner verschiedene Aenderungen in der Verwaltung der Ministerien für die Marine und das Landheer, insbesondere die Bildung einer besonderen Abteilung der Militärverwaltung für die Bearbeitung der Mobilisierung, der Verteidigung und das Nachrichtenwesen. Der Chef des Departements soll alljährlich einen Bericht über die Bedürfnisse des Reiches einreichen. Die Kommission empfiehlt weiter die Errichtung eines besonderen Bureaus zur Sicherung der Gleichartigkeit der Disziplin der Armee im ganzen Reiche, sowie die Einsetzung eines besonderen Artilleriedepartements.

16. April. Die großen Londoner Arbeiterunionen erlassen durch das Manifestationskomitee in betreff der Demonstration am 1. Mai einen Aufruf, unterzeichnet von den Sekretären der Gasarbeiter, der allgemeinen Arbeiterunion und von vierundvierzig Verbänden jeder Gattung radikaler und kommunistischer Arbeitervereine.

Der Aufruf enthält die Aufforderung an die Arbeiter, zu Hunderttausenden den Willen kundzugeben, fernerhin nicht länger als 8 Stunden zu arbeiten. Die Gesetzgebung müsse den Achtstundentag garantieren, damit den Arbeitern die geistige Entwickelung, die Pflege des Familienlebens und die Kindererziehung ermöglicht und die Arbeitslosigkeit beschränkt werde.

17. April. (Unterhaus.) Der Kanzler der Schatzkammer Goschen erklärt bei der Einbringung des Budgets:

Der Ueberschuß des vorigen Finanzjahres belaufe sich auf 3,25 Millionen Pfund Sterling; die Staatsschuld sei während der letzten 3 Jahre um 23 Millionen Pfund vermindert worden. Der Voranschlag für das laufende Finanzjahr mit 86,9 Millionen Pfund Ausgaben und 90,5 Mill. Einnahmen, also mit einem Ueberschuß von 3,5 Millionen Pfund, sei in den Einnahmen vorsichtig veranschlagt worden, da man nicht allzu hoffnungsvoll auf die Fortdauer des Wohlstandes sein dürfe, denn schon hätten die Streiks die günstigen Verhältnisse beeinträchtigt. Einige Abgaben, namentlich in der Haussteuer sollen zu Gunsten der Minderbemittelten herabgesetzt werden, dagegen ein Steuerzuschlag von 6 Pence per Gallone Sprit festgesetzt werden.

25. und 26. April. In Irland brechen umfassende Streiks von Bahnbediensteten aus, so daß mehrere Linien den Betrieb einstellen müssen.

1. Mai. Die Demonstrationen der Arbeiter verlaufen ohne ernstliche Störung.

3. Mai. (Dublin.) Infolge Vermittlung des Bischofs Walsh wird der Streik auf der irischen Eisenbahn beendigt.

Mai. Aufenthalt Stanleys in London.

13. Mai. In der Guild-Hall überreicht der Lordmayor ihm in einem prachtvollen Etui das Dokument, welches ihm das Bürgerrecht Londons verleiht. Stanley hält eine Rede, in welcher er die Haltung der englischen Presse tadelt, die eine große Aktion Englands am Kongo und in Ostafrika verhindert habe. England habe den Kongo und Ostafrika erhalten müssen, jetzt besitze Belgien den Kongo mit hundertprozentigem Nutzen und die Deutschen den größten Teil Ostafrikas. Er bewundere die Thatkraft und Klarheit des Kaisers Wilhelm, und rühme die Thätigkeit des Majors Wißmann, der nicht gegen Friedensvereine und eine verweichlichte Presse zu kämpfen habe. Gegen Emins Eintritt in deutsche Dienste lasse sich nichts sagen, zumal der Freibrief der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft nicht gestatte, Emin zu engagieren.

16. Mai. (Oberhaus.) Der Marquis von Salisbury erklärt mit Beziehung auf Nachrichten, welche die Berliner „Kreuzzeitung“ gebracht:

Es sei eine absolute Erfindung, daß Deutschland im Jahre 1888 England peremptorisch aufgefordert habe, einen Offensiv- und Defensivvertrag abzuschließen und der Tripelallianz beizutreten. Diese Forderung sei nie gestellt worden; nie sei eine Entfremdung in den Beziehungen mit Deutschland vorgekommen; die Beziehungen beider Länder seien stets herzliche gewesen.

22. Mai. (Unterhaus.) Bei der Debatte über die Kredite des Ausgabeetats lehnt Fergusson eine Diskussion über die Unterhandlungen mit Deutschland hinsichtlich Afrikas ab, stellt jedoch in Abrede, daß England in Opfer gewilligt habe.

Man müsse anerkennen, daß andere Nationen ähnliche Bestrebungen wie England haben und dieselben achten, und nur sehen, daß England wirkliche Interessen nicht vernachlässige, und wo es Rechte habe, diese nicht aufgebe. Die Unterhandlungen würden in dem freundlichen Geiste, mit der gegenseitigen Achtung und dem gegenseitigen Vertrauen geführt, welche sich auf frühere und durch den merkwürdigen Erfolg der Operation Englands und Deutschlands an der Ostküste Afrikas gekrönte Erfahrungen stützen; die Frage hinsichtlich Lamus sei durch Schiedsspruch zu Gunsten England entschieden worden; hinsichtlich Mandas und Pattas bestehe die jetzige Politik Deutschlands und Englands in gegenseitiger Enthaltung.

12. Juni. (Unterhaus.) Unterstaatssekretär Fergusson erklärt, Portugal habe den gemeinschaftlichen Vorschlag Englands und Amerikas, die Frage der Delagoa-Eisenbahn einem Schiedsspruche zu unterbreiten, im Prinzipe angenommen.

12. Juni. Infolge der Drohung eines Streiks der Poli-

zeimannschaften in London tritt der Polizeichef Monroe beim Minister Mathews dafür ein, daß man den Leuten Konzessionen mache. Als der Minister dies verweigert, reicht Monroe seine Entlassung ein.

17. Juni. Der Premierminister von Neufundland erklärt einem Interviewer gegenüber, wenn England es der Kolonie verweigere, unbedingte Gesetze, auch für französische Küstenschiffe, zu erlassen, so werde Neufundland Kriegskreuzer ausrüsten und die Franzosen verjagen, und die Unabhängigkeitserklärung der Kolonie würde die natürliche Folge davon.

17. Juni. Die Regierung bringt den Vertrag mit Deutschland an die Oeffentlichkeit, in dem sie ein Schreiben des Premierministers an den Botschafter in Berlin mitteilt. Dasselbe enthält folgende Sätze über Helgoland:

„Die Insel wurde von diesem Lande (England) im Jahre 1814 wahrscheinlich wegen ihrer Nachbarschaft von Hannover, dessen Krone damals mit der Englands vereinigt wurde, beibehalten. Sie ist indes von der britischen Regierung niemals behandelt worden, als ob sie irgend einen defensiven oder militärischen Wert besitze, noch ist irgend ein Versuch oder Vorschlag gemacht worden, sie als eine Festung zu bewaffnen. Ihrer Majestät Regierung ist der Meinung, daß sie eine schwere Vermehrung der Verantwortlichkeiten des Reichs in Kriegszeiten bilden würde, ohne zu dessen Sicherheit beizutragen. Es ist daher kein Grund vorhanden für die Weigerung, sie zum Teil einer territoriellen Abmachung zu machen, wenn die Motive dafür hinlänglich sind. Es dünkt Ihrer Majestät Regierung, daß die Ausdehnung britischen Einflusses und Gebiets an der Ostküste Afrikas, welche das Ergebnis der Abmachungen sein wird, die ich Ew. Exzellenz erklärt habe, einen hinreichenden Beweggrund für die Regierung dieses Landes bildet, die Vereinigung der in Rede stehenden Insel mit dem Deutschen Reiche zu gestatten. Bedingungen werden gemacht werden, welche sämtliche jetzt lebenden Einwohner der Insel gegen obligatorischen Flotten- oder militärischen Dienst sichern und auch Fürsorge treffen für die Fortbauer des gegenwärtigen Zolltarifs während einer 20jährigen Frist."

19. Juni. Stanley richtet an Lord Salisbury in den wärmsten Ausdrücken abgefaßte Glückwünsche in Bezug auf das Uebereinkommen mit Deutschland betreffs Afrika.

Im Lauf des Juni findet bei Neufundland zwischen etwa 200 französischen und neufundländischen Fischern ein thätlicher Zusammenstoß statt, bei welchem auf beiden Seiten zahlreiche Personen verletzt werden. Die französischen Fischer werden genötigt, sich zurückzuziehen.

26. Juni. Die „Morning-Post" schreibt:

„Nichts kann weiter von der Wahrheit entfernt sein, als die Behauptung, Helgoland bilde lediglich den Preis für die Zugeständnisse Deutschlands in Afrika. Der Vertrag mit Deutschland wurde durch Rück-

sichten von unendlich größerer Bedeutung für beide Reiche diktiert. Höher als die territorialen Vorteile muß das hergestellte gute Einvernehmen angeschlagen werden; um dasselbe vollkommen wirksam zu machen, war es erforderlich, die kleine Insel abzutreten, die für England nutzlos und für Deutschland wertvoll ist. Dadurch stellte Lord Salisbury die Freundschaft der beiden Mächte auf eine breite dauernde Grundlage zum Gewinn für beide. Die Periode der Isolierung Englands ist zu Ende."

4. Juli. Der Gouverneur des englischen Bechuana-Landes wird ermächtigt, die amtliche Gewalt und die Jurisdiktion der Königin in den Gebieten im Norden des englischen Bechuanalandes, im Westen Transvaals und des Matabelelandes, im Osten des unter dem Protektorat des Deutschen Reichs stehenden Gebietes und südlich des Zambesi auszuüben.

14. Juli. Ein Kongreß zur Förderung des Weltfriedens tritt zusammen. Derselbe faßt folgende Resolution:

„Der Kongreß fühlt, er könne behaupten, daß ganz Europa Frieden wünsche und ungeduldig auf den Augenblick warte, wo man das Ende dieser zertrümmernden Rüstungen sehen werde, welche unter dem Vorwande der Verteidigung eine Gefahr werden, indem sie gegenseitiges Mißtrauen wachhalten und gleichzeitig die Ursache jener großen ökonomischen Unbehaglichkeit bilden, welche der befriedigenden Lösung der Probleme der Arbeit und Armut, die den Vorrang vor allen anderen haben sollten, im Wege stehen."

In der letzten Sitzung werden Beschlüsse gefaßt zu Gunsten der Bildung von internationalen Schiedsgerichten, der Ausarbeitung eines Völkerrechtskodex und der Neutralisierung von Kleinstaaten seitens der Großmächte. Gleichzeitig wird eine Adresse entworfen, welche den Häuptern der zivilisierten Staaten mittels Abordnungen überreicht werden soll. Nach einem Hinweis auf die Uebel des Krieges wird darin die Notwendigkeit eines europäischen Schiedsgerichts betont. Schließlich wird eine Resolution zu Gunsten der Bildung einer Föderation sämmtlicher Friedensgesellschaften in Europa und Amerika angenommen.

24. Juli. Ein meuterisches Gardebataillon wird nach den Bermudainseln verbannt; mehrere Soldaten zu Gefängnisstrafen verurteilt.

1. August. Im Unterhaus erklärt der Unter-Staatssekretär Fergusson:

Die Portugiesen hätten einen Dampfer der Afrikanischen Seengesellschaft weggenommen und dessen Offiziere und Mannschaft unter Arrest nach Quilimane gesandt. Die portugiesische Regierung hätte telegraphisch die strenge Bestrafung derjenigen, welche die Beschlagnahme vorgenommen, angeordnet. Die jüngst stattgehabte Antisklaverei-Konferenz sei ein Beweis der Sorgfalt der europäischen Mächte für die Wohlfahrt Afrikas; er hoffe zuversichtlich, daß das Werk dieser Konferenz nicht infolge abweichender Meinung eines der beteiligten Staaten scheitern werde. Portugal habe in der Frage der Delagoa-Eisenbahn eingewilligt, die Schweiz aufzufordern, drei Juristen zu Schiedsrichtern in betreff der Entschädigung zu ernennen. Die englisch-ostafrikanische Gesellschaft unterhandle mit der

italienischen Regierung über ein Abkommen, betreffend die beiderseitigen Operationssphären.

Gladstone erklärt: er wolle das Abkommen wegen Helgolands nicht bekämpfen, welches für alle dabei interessierten Parteien vorteilhaft sei. Aber die Regierung schaffe dadurch, daß sie für die Abtretung dieses Gebiets die Genehmigung des Parlaments einhole, einen „konstitutionellen Präzedenzfall", der ungeheure Folgen haben könne. Aus dem Grunde werde er an der weiteren Behandlung der Bill nicht teilnehmen.

4. August. Im Unterhause teilt der Unter-Staatssekretär Worms mit:

Mit der Südafrikanischen Republik sei die Konvention, betreffend das Swaziland, unterzeichnet worden. Ihr wesentlicher Inhalt bestehe in der Anerkennung der Unabhängigkeit des Swazilandes, wie sie in der Konvention von 1884 anerkannt sei.

5. August. Ein englisch-französisches Abkommen in betreff Afrikas wird unterzeichnet. In demselben erkennt England das Protektorat Frankreichs in Madagaskar und Frankreich das Englands in Sansibar an, und vereinigen sich beide Mächte über die Abgrenzung ihrer unmittelbaren Besitzungen in Afrika.

5. August. Ein Abkommen bezüglich der Grenzen in Afrika kommt zwischen England und Portugal zu stande. Es entscheidet die schwebenden Fragen durchaus zu Gunsten Englands.

Großbritannien erkennt durch diese Konvention das portugiesische Gebiet südlich vom Rovuma an, wie dasselbe in dem deutsch-portugiesischen Vertrage von 1886 definiert ist. Die portugiesischen Besitzungen in Ostafrika sind begrenzt im Norden von dem Flusse Rovuma bis zu seinem Zusammenfluß mit dem M'Sinje und von da westwärts durch dieselbe Breitenparallele bis zum Nyassasee. Die Grenze folgt dann dem Gestade des Sees südwärts bis zum 13½ Grad südlicher Breite und von da in einer direkten Linie südwärts nach dem Kilwasee. Dem östlichen Gestade dieses Sees bis zu seinem äußersten südöstlichen Punkte folgend, zieht die Grenze von da eine direkte Linie nach dem östlichsten Nebenfluß des Ruo (etwa im 36. Längengrade), folgt dem Ruo westwärts bis zu seinem Zusammenflusse mit dem Shire und wendet sich von da in einer direkten Linie nach dem Zambesi, den sie an einem Punkte zwischen den Caroa Bassa-Stromschnellen und Tete berührt. Die südöstlichen und südlichen Gestade des Nyassasees, die Shire-Hochlande, Blantyre und das umliegende Gebiet sind mithin Großbritannien gelassen. Die Grenze folgt sodann dem Zambesi bis zu einem Punkte 10 englische Meilen westlich von Zumbo. Dort verläßt sie den Zambesi und schlägt eine Linie direkt südlich nach dem 16. Breitengrade ein, folgt dieser Parallele ostwärts bis zum 31. Breitengrade und läuft von da in einer geraden Linie nach dem Durchschnitt des Flusses Mazon mit dem 31. Breitengrade, welchem sie südwärts bis zum 18½. Breitengrade folgt und dann letztere Parallele westwärts verfolgt, bis sie den Mashike an seinem Zusammenflusse mit dem Savi erreicht. Die Grenze läuft alsdann parallel mit dem Laufe des letztgenannten Flusses südwärts bis zu seinem Zusammen-

flusse mit dem Lundi. Von diesem Punkte schlägt sie eine gerade Linie nach dem Südwesten bis zum nordöstlichen Winkel der Transvaalgrenze ein. Sie folgt der Grenze von Transvaal und Swaziland südwärts bis zum Flusse Maputa und von da der Breitenparallele des Zusammenflusses des Maputa mit dem Pongolo ostwärts bis zum Meere. Kraft einer besonderen Stipulation wird Portugal Gebiet auf eine Entfernung von 10 Meilen um Zumbo am nördlichen Ufer des Zambesi herum zugewiesen.

Was das westliche Afrika anbelangt, so läuft die Grenze zwischen der portugiesischen und der britischen Einflußsphäre von den Katima-Stromschnellen am Zambesi längs dieses Flusses bis zu seinem Zusammenflusse mit dem Kabompo und folgt dann letzterem Flusse nordwärts bis zur Grenze des Kongo-Freistaates. Es ist vereinbart, daß Großbritannien die Ausdehnung der portugiesischen Einflußsphäre ostwärts von der Grenze von Loanda nach der westlichen Grenze des Kongo-Freistaates, einen Flächenraum von 400,000 qkm., nicht beanstandet, und es erkennt als portugiesisches Gebiet das Hinterland von Angola von der Grenze, wo die Flüsse nördlich und südlich (etwa in der 11½. Breitenparallele) nach der nördlichen Grenze der deutschen Sphäre laufen, an. Großbritannien soll seinerseits einen freien Weg zwischen seiner nördlichen und seiner südlichen Einflußsphäre in Afrika haben. Thatsächlich ist alles, was westwärts vom Nyassasee liegt, britisches Gebiet. Portugal behält sich jedoch das Recht vor, eine Verbindung zwischen seinen östlichen und westlichen Territorien längs des Zambesi aufrechtzuhalten. Zwecks dessen wird ihm das Recht gewährt, Straßen, Eisenbahnen und Telegraphenlinien anzulegen, innerhalb einer zehn Meilen vom südlichen Ufer und 20 Meilen vom nördlichen Ufer des Zambesi gezogenen Linie, welche einen 30 Meilen breiten Landgürtel bildet. Andererseits behält Großbritannien sich das Recht vor, Eisenbahnen, Straßen u. s. w. zwischen dem nordöstlichen Winkel seiner Einflußsphäre südlich vom Zambesi bis zu einem Punkte zwischen dem Mazoe und den Caroa Bassa-Stromschnellen am Zambesi in einem zehn Meilen breiten Landgürtel anzulegen. Der Zambesi und seine Nebenflüsse sollen den Flaggen aller Nationen frei offen stehen und alle Wasserwege in der britischen und portugiesischen Einflußsphäre in dem ganzen durch die gegenwärtige Konvention abgesteckten Gebiet sollen der Schiffahrt der Flaggen der beiden Länder frei offen stehen.

Alle Differenzen, welche zwischen den beiden Regierungen in ihren beziehungsweisen Einflußsphären entstehen dürften, sollen auf schiedsrichterlichem Wege beglichen werden. Die Transitzölle, welche von Portugal den portugiesisches Gebiet zwischen der britischen Einflußsphäre in Ostafrika und dem Meere passierenden Waren auferlegt werden, sollen die von dem portugiesischen Tarif in 1877 festgesetzten Zölle, nämlich 3 Proz. ad valorem, nicht übersteigen. Die Konvention umfaßt auch einige weitere Stipulationen in betreff von Zöllen.

24. August. Eine Note der Pforte, welche die Räumung Aegyptens anregt, beantwortet Lord Salisbury dahin,

daß England die Berechtigung der Forderung der Türkei nicht verkenne und auch prinzipuell zur Erfüllung derselben bereit sei. Indem England jedoch konstatiere, daß Aegypten während der englischen Verwaltung bedeutende, von allen Seiten anerkannte Fortschritte gemacht habe, müsse es auch konstatieren, daß die Fortschritte noch nicht derart stabilisiert seien, um England zu gestatten, die Fortführung des begonnenen Werks jetzt schon anderen Händen zu überlassen. England müsse zuvörderst diesen Zeitpunkt für gekommen erachten, ehe es jene Forderung erfüllen könne.

Anfang September. (Liverpool.) Kongreß der „Trade-Unions“. Es wird eine Resolution zu Gunsten der internationalen Organisation der Arbeiter angenommen.

9. September. Das Unterhaus von Neuseeland verwirft den Vorschlag der Regierung, Delegierte zur bevorstehenden Föderationskonvention zu ernennen.

9. September. (Southampton.) Streikende Dockarbeiter greifen die Nichtstreikenden an, worauf das Militär mit dem Bayonnet einschreitet. Mehrere Personen werden verwundet, auch ein Lieutenant und zwei Soldaten. Am nächsten Tage wiederholen sich die Ruhestörungen.

5. September. (Kapstadt.) Der Minister der Kapkolonie, Rhodes, erklärt auf einem Bankett,

daß seine Politik dahin gehe, die verschiedenen südafrikanischen Staaten zusammenzuknüpfen. Ein Zollverein und ein vollständiges Eisenbahnnetz von der Delagoa- bis zur Walfisch-Bai würden die Grundlagen einer südafrikanischen Union geben. Die Frage der Flagge möge der Zukunft anheimgestellt werden.

Mitte September wird die Presse durch Nachrichten über die Sanktionierung des Sklavenhandels in Ostafrika durch die deutsche Regierung erregt. Doch beeilen sich die Blätter nach dem Dementi des „Reichsanzeigers“ (s. Deutschland), ihre Ausfälle zu entschuldigen.

18. September. Die irischen Deputierten O'Brien und Dillon werden verhaftet (bald auch Condon). Es wird in Tipperary ein Prozeß gegen sie eingeleitet, weil sie Pächter an der Zahlung ihrer Pachtsumme haben verhindern wollen.

9. Oktober. O'Brien und Dillon, die unter Kaution in Freiheit verblieben waren, entfliehen nach Amerika.

10. Oktober. Die Verhandlungen mit Italien wegen Abgrenzung der ostafrikanischen Besitzungen werden unterbrochen, da sich Differenzen wegen des Besetzungsrechtes in Kassala herausstellen.

17. Oktober. Zwei Kriegsschiffe unter Admiral Fremantle werden nach der Witukūste dirigiert, um für den Mord der deutschen Ansiedler Küntzel und Gen. Sühne zu erlangen. (Der Sultan wird verjagt; seine Ansiedlung verbrannt.)

20. Oktober. Die englische Regierung erkennt die brasilianische Republik an.

20. Oktober. Da die portugiesische Regierung den im

August geschlossenen Vertrag nicht ratifiziert, so werden neue Verhandlungen begonnen.

7. November. Das **Protektorat über Sansibar** wird proklamiert.

Mitte November. Das **Bankhaus Baring**, welches sich besonders stark bei den argentinischen Anleihen engagiert hatte, muß liquidieren.

18. November. **Parnell**, der Führer der Iren, wird in einem **Ehescheidungsprozeß**, welchen ein Kapitän O'Shea gegen seine Gattin angestrengt hat, eines ehebrecherischen Verhältnisses überwiesen.

19. November. Die **Königin** eröffnet das **Parlament** mit folgender Thronrede:

Mylords und Gentlemen! In den auswärtigen Beziehungen dieses Landes ist während des kurzen Zeitraums, welcher seit dem Schluß der letzten Session verstrichen ist, keine Veränderung eingetreten. Die Sicherheiten für den europäischen Frieden erscheinen mir als unvermindert. Ich habe Unterhandlungen begonnen mit dem König von Italien für die Feststellung der Grenze, welche die unter britischem Einflusse stehenden Gebietsteile im nordwestlichen Afrika von denen trennt, welche dem geschützten abessinischen Reiche gehören. Am 20. August wurde ein Vertrag unterzeichnet, der die Ermittelung der Grenzen zwischen britischem Territorium in Mittelafrika und den portugiesischen Provinzen Angola, Gaza und Mozambique zum Zweck hat. Derselbe hat indes nicht die Ratifikation des Königs von Portugal empfangen, und vorbehaltlich weiterer Unterhandlungen ist ein zeitweiliges Abkommen in Bezug auf die dringlichsten Fragen zwischen den beiden Ländern abgeschlossen worden, welches Ihnen vorgelegt werden wird.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Die Voranschläge für den Staatshaushalt des kommenden Jahres werden Ihnen zur gewöhnlichen Zeit unterbreitet werden. In der Vorbereitung derselben wird strenge Sparsamkeit beobachtet werden.

Mylords und Gentlemen! Die allgemeinen Zustände Irlands haben sich wesentlich gebessert unter der Wirksamkeit der heilsamen Gesetzgebung, welche Sie auf dieselben angewendet haben. Ich habe jedoch mit tiefem Bedauern erfahren, daß eine ernste Unzulänglichkeit in der Kartoffelernte in gewissen Teilen Irlands die Wiederkehr einer jener Perioden des ernsten Notstandes, welchem die Bevölkerung der westlichen Grafschaften durch die industriellen und ökonomischen Verhältnisse, unter denen sie lebt, besonders ausgesetzt ist, befürchten läßt. Ich hoffe, daß die Maßnahmen meiner Regierung das unmittelbare Uebel lindern und die Wahrscheinlichkeit seiner Wiederkehr mindern werden. Es erscheint mir auch behufs Vergrößerung der Zufriedenheit und Verminderung politischer Störungen in ganz Irland wünschenswert, Maßregeln zur Vermehrung der Anzahl der mit dem eigentlichen Landbau beschäftigten Grundbesitzer zu ergreifen. Eine Maßregel, welche diesen Zweck im Auge hat, wird Ihnen vorgelegt werden. Es werden Ihnen weiter Vorschläge gemacht werden zur Abhülfe der aus den direkten Gefällen der Zehntenpachtlast auf den Grund und Boden in England und Wales entstandenen Schwierigkeiten. Es wird Ihnen eine Maßregel unterbreitet werden zur Erleichterung der Transaktion der wichtigeren Stadien

der Privatgesetzgebung für Schottland und Irland. Ihre Aufmerksamkeit wird gerichtet werden auf die Zweckmäßigkeit, die Bürden zu erleichtern, welche das Gesetz in betreff des obligatorischen Unterrichts in den jüngsten Jahren dem ärmeren Teile meines Volkes auferlegt hat. Es sind verschiedene andere Dinge vorhanden, in denen eine Gesetzgebung notwendig ist; aber die jüngste Erfahrung hat es zweifelhaft gemacht, ob die zu Ihrer Verfügung stehende Zeit in Ihrem Ermessen für die Erwägung vieler Gegenstände wichtiger Natur außer jenen, auf welche ich hingewiesen habe, hinreichend sein wird. Falls Zeit für weitere Gesetzgebung gefunden werden sollte, habe ich die Vorbereitung von Vorlagen verfügt: für Inkraftsetzung einer Reform des Kreisverwaltungssystems in Irland, analog demjenigen, welches jüngst für Großbritannien in Wirksamkeit getreten ist; ferner für die Bildung von Distriktsräten; für die Ausdehnung der Erleichterungen beim Ankauf kleiner Bodenparzellen in Großbritannien; für die Ergänzung des Gesetzes in betreff der Entschädigung, welche Arbeitgeber den von ihnen beschäftigten Personen im Falle von Verletzungen zu zahlen haben; für die Konsolidierung und Ergänzung des Gesetzes in Bezug auf den öffentlichen Gesundheitszustand; für die Anstellung eines öffentlichen Kurators (Trustee) und für die Vergrößerung der Sicherheit von Krankenkassen und Sparbanken. Möge Ihnen der allmächtige Gott in der Erfüllung der Ihnen überwiesenen schweren Pflichten beistehen!

25. November. Die Besitzergreifung von Witu, Patta und Manda wird offiziell verkündigt.

28. November. Parnell erläßt ein Manifest, worin er von den persönlichen Angriffen gegen sich völlig absehend, auseinandersetzt:

Der Brief Gladstones, in welchem von der Schädigung der Homerule-Sache gesprochen werde, wofern nicht das Volk Parnell den englischen, nach ihm heulenden Wölfen vorgeworfen werde, zwinge ihn, Thatsachen, die bis jetzt seinen Kollegen nicht bekannt seien, zu veröffentlichen. Er sei auch im November 1889 wenig zufrieden mit den Vorschlägen Gladstones betreffs Homerule gewesen. Vor Beginn der gegenwärtigen Session habe Morley Parnell den Posten des irländischen Sekretärs in der nächsten liberalen Regierung versprochen. Parnell sei darüber erstaunt gewesen und habe es abgelehnt, die Unabhängigkeit der irländischen Partei aufzugeben als das einzige Mittel, Homerule zu verlangen; er glaube nicht, daß das Volk, indem es ihn unterstütze, die Homerule-Sache gefährden würde.

30. November. In einer Erwiderung bestreitet Gladstone die Richtigkeit der von Parnell gemachten Angaben, betreffend die ihm angeblich von Gladstone im November 1889 gestellten Anerbietungen.

Gladstone behauptet, er habe in einer streng vertraulichen Unterredung mit Parnell nur einige Punkte berührt, welche zur Verbesserung des Homerule-Projekts dienen könnten. Er habe Parnell nicht einen einzigen offiziellen Vorschlag gemacht, auch habe dieser nicht eine Einwendung vorgebracht, welche für ihn und Parnell als bindend betrachtet werden könnte. Zum Schluß seines Schreibens sagt Gladstone: Er sei stets der Meinung gewesen, daß die irische nationalistische Partei völlig unabhängig von der englischen liberalen Partei sein müsse.

1. Dezember. Ein von den irischen Deputierten Dillon und O'Brien aus Amerika erlassenes Manifest erklärt die Notwendigkeit, zwischen Parnell einerseits und der Vernichtung der irischen Sache andrerseits wählen zu müssen.

Das Manifest Parnells lasse die letzte Hoffnung schwinden, ihn als Führer beizubehalten. Die Methode, mit welcher Parnell, den Ursprung der gegenwärtigen unglücklichen Lage ignorierend, die Verantwortlichkeit Gladstone und Morley aufzubürden suche, könne nicht gebilligt werden. Parnell habe ein übereiltes, fatales Verfahren eingeschlagen, bei welchem man ihm aus Rücksichten für das Wohl Irlands nicht folgen dürfte.

1. Dezember. Die katholische Geistlichkeit Irlands erläßt Erklärungen, in denen sie sich von Parnell lossagt.

6. Dezember. In einer Versammlung der irischen Deputierten, welcher Parnell präsidiert, kommt es zu den heftigsten Szenen. Da Parnell sich weigert, die Sitzung zu schließen, verläßt die Mehrzahl unter Führung Mac Carthys das Lokal, um sich in einer eigenen Versammlung als irische Partei zu konstituieren. Die Minderheit hält bei Parnell aus.

Mitte Dezember. Ein Meeting in der Guildhall faßt Resolutionen gegen die in Rußland geübte Bedrückung der Juden und beauftragt eine Deputation, sie dem Kaiser persönlich zu übermitteln. Die russische Botschaft teilt der Deputation mit, daß es „für sie unnütz sei, nach Petersburg zu reisen".

Dezember. Rundreisen Parnells und Mac Carthys in Irland, welche sich gegenseitig in Wählerversammlungen bekämpfen. Es kommt zu Thätlichkeiten, wobei Parnell selbst verletzt wird. Bei einer Ersatzwahl zu Kilkenny unterliegt der Kandidat Parnells dem Gegenkandidaten.

VI.

Frankreich.

Anfang Januar. Aus der bonapartistischen Partei scheidet sich eine neue parlamentarische Gruppe aus mit der Bezeichnung „Republikanische Rechte der Volksabstimmung“ unter Führung Cuneo d'Ornanos.

14. Januar. Der Deputierte Gerrille-Reache wird veranlaßt, seine Interpellation wegen einer angeblich geplanten Zusammenkunft Carnots mit Kaiser Wilhelm in Brüssel zurückzuziehen.

20. Januar. Als Joffrin, der durch die Ungültigkeitserklärung der für Boulanger abgegebenen Stimmen Deputierter geworden, zum ersten Mal in der Kammer reden will, entstehen langdauernde Tumulte, infolge derer mehrere Deputierte mit Gewalt aus dem Saal entfernt werden, und die Boulangisten sowie die Monarchisten in Masse das Haus verlassen.

24. Januar. Der Pariser Wahlbezirk des ehemals boulangistisch gesinnten Abgeordneten Mertineau, der sich von Boulanger jedoch losgesagt hatte, zwingt jenen in einer Versammlung mit Anwendung von Gewalt, sein Mandat niederzulegen. Der Kammerpräsident Floquet erklärt in der nächsten Sitzung, er sehe die mit Gewalt abgenötigte Demission für ungültig an und werde sie, falls sie ihm zugestellt würde, gar nicht verlesen.

29. Januar. Die gesamte Linke der Kammer hält eine Volksversammlung ab, welche sich gegen Monarchie und Diktatur erklärt. Die Abgeordneten kommen überein, sich monatlich einmal zu versammeln.

30. Januar. Den Regierungsblättern zufolge hat der Zar das Schiedsrichteramt zwischen Frankreich und Holland in dem Grenzstreit in Guyana abgelehnt, weil Holland Bedingungen

stellte, die der Zar nicht annahm. Frankreich dagegen habe sich ohne jeden Vorbehalt dem Schiedsspruch des Zaren unterworfen.

30. Januar. In Nizza findet in der Oper während der Aufführung „Das Leben für den Zaren" eine große Russenkundgebung statt. Nach dem dritten Akte wird die russische Hymne wiederholt unter den Rufen: „Es lebe Rußland!" Später wird die Marseillaise gesungen.

30. Januar. Der Kriegsminister Freycinet untersagt dem General Saussier, Gouverneur von Paris, ein von einer Anzahl Russen ihm gewidmetes, durch einen gewissen Notowitsch überbrachtes Banner anzunehmen.

30. Januar. Oberst Stoffel, früher Militärbevollmächtigter in Berlin, veröffentlicht eine Broschüre, in welcher er eine Allianz Frankreichs und Deutschlands gegen Rußland für wünschenswert erklärt, aber die Herausgabe Elsaß-Lothringens als Vorbedingung betrachtet.

Ende Januar. Bei Gelegenheit von Wahlversammlungen kommt es in Paris mehrmals zum Handgemenge zwischen Republikanern und Boulangisten.

3. Februar. Der Finanzminister teilt der Kammer die Ergebnisse des Budgetjahres 1889 mit.

Die Ausgaben stiegen auf 3071 Millionen, die Einnahmen betrugen 3107 Millionen; es ergab sich somit ein Ueberschuß von 36 Millionen im Jahre 1889. Der Ertrag der indirekten Steuern überstieg den Voranschlag um 22 Millionen Franks.

4. Februar. Die „Republique Française" schreibt: Die Gemeinschaft der Interessen Rußlands und Frankreichs sei einer der Hauptfaktoren der europäischen Politik, aber die Völker können eben so wenig wie die Individuen eines gewissen Selbstgefühls entbehren, und es gebe heute Leute, die sich mit zu viel Eifer Rußland an den Hals werfen. Diesem Betragen fehle und gebreche es an Würde und Geschicklichkeit; die einzige richtige Politik sei: viele Lebelgewehre und viele entschlossene Soldaten, das übrige komme von selbst.

7. Februar. Der Herzog von Orleans, Sohn des Grafen von Paris, begibt sich heimlich nach Paris, erklärt dort, seiner Dienstpflicht nachkommen zu wollen, und wird verhaftet.

7. Februar. Gegen eine Anzahl Glieder der Société des métaux wird wegen unerlaubter Maßnahmen behufs Steigerung der Kupferpreise („Kupferring") von Staatswegen Anklage erhoben.

10. Februar. Die Deputiertenkammer verwirft den Antrag Cazenove, das Gesetz, welches die Prätendenten ausweist, weist, aufzuheben.

12. Februar. Das Civilgericht spricht die Auflösung der Baugesellschaft des Kanals von Korinth aus und ernennt einen Liquidator.

12. Februar. Der Herzog von Orleans wird zu 2 Jahren Gefängnis wegen Uebertretung des Ausweisungsgesetzes verurteilt. Offiziös wird verbreitet, der Präsident könne seine anfängliche Absicht, ihn gleich zu begnadigen, nicht ausführen, weil die monarchistischen Blätter dem Vorfall eine politische Bedeutung gegeben hätten.

17. Februar. Nachdem die Kammer eine Anzahl boulangistischer Wahlen in Paris für ungültig erklärt hat, finden die Neuwahlen statt, welche mit einer einzigen Ausnahme wieder boulangistisch ausfallen.

18. Februar. Die Absicht der französischen Regierung, den Herzog von Orleans zu begnadigen, wird durch das Verlangen der Radikalen, in diesem Falle auch die bei den letzten Streiks Verurteilten zu amnestieren, unmöglich gemacht.

24. Februar. Die Kammer verwirft den Amnestieantrag der Radikalen. Der Herzog von Orleans wird in das Gefängnis von Clairvaux übergeführt.

27. Februar. Die Regierung erläßt folgende offiziöse Mitteilung:

Die französische Regierung hat die amtliche Bestätigung erhalten, daß die Berliner Arbeiterschutzkonferenz einen rein wirtschaftlichen Charakter haben wird. Der preußische Handelsminister wird den Vorsitz führen; die Verhandlungen finden in französischer Sprache statt und die Mächte werden nicht durch Diplomaten, sondern durch Nationalökonomen vertreten. Das ist thatsächlich nichts anderes, als die Berner Konferenz auf Berlin übertragen. Da die französische Regierung aber der Berner Konferenz zugestimmt hat, so schien es natürlich, daß sie auch der Berliner Konferenz zustimmte, zumal eine größere Anzahl von Mächten die Beteiligung an dieser zugesagt hat. Die französische Regierung wird deshalb binnen kurzem drei Nationalökonomen als ihre Vertreter auf der Berliner Konferenz bezeichnen. Uebrigens wird die Regierung ihre Teilnahme an gewisse Vorbehalte knüpfen. Die Antwort der französischen Regierung wird auf diplomatischem Wege übermittelt werden.

2. März. Der Minister des Innern Constans tritt wegen persönlicher Differenzen mit dem Präsidenten Tirard zurück und wird durch den radikalen Bourgeois ersetzt.

3. März. Dreyfus interpelliert in der Deputiertenkammer

das Ministerium wegen des stattgehabten Ministerwechsels. Obgleich das Kabinet ein Vertrauensvotum erhält, läßt die Debatte doch die Stellung Tirards als sehr unsicher erscheinen.

5. März. Der König von Dahome eröffnet Feindseligkeiten gegen die französische Guinea-Kolonie. Mehrere Europäer werden gefangen; ein Angriff der Armee des Königs bei Kotonu von den Franzosen zurückgeschlagen.

6. März. Erlaß des Ministers des Auswärtigen, Spuller, an den französischen Botschafter in Berlin über die Berliner Konferenz:

Spuller erinnert daran, daß die Zustimmung zur Berner Konferenz durch die Vorsicht der Schweiz erleichtert war, dieser Konferenz den Charakter einer ausschließlich technischen und theoretischen Beratung zu wahren; sie sollte eine einfache internationale Enquete sein, deren Konklusionen keine positive Sanktion erforderten. Ihr Programm vermied die Frage der Beschränkung der jugendlichen Arbeiter, andrerseits verpflichteten die zu fassenden Beschlüsse die Regierungen nicht, welchen dieselben in Form einfacher Vorschläge mitgeteilt werden sollten. Die praktischen Vorschläge einer solchen Methode werden dem Berliner Kabinet so wenig als uns selbst entgangen sein. Niemand, in der That, kann sich über die Schwierigkeiten aller Art täuschen, welche die Regelung und selbst die einfache Prüfung so umfangreicher und delikater Fragen auf einer internationalen Konferenz sowohl in der Verschiedenheit der Gesetzgebung, der Arbeitsbedingungen und des sozialen Lebens wie in dem unvermeidlichen Konflikt der Interessen begegnen muß, welchen zu beraten die Aufgabe sein würde. Auf keinen Fall könne eine Beschränkung des Arbeitstages in Frage kommen, welche wenigstens für die jugendlichen Arbeiter eng verknüpft ist einerseits mit den Prinzipien, auf welchen die politische Gesetzgebung der verschiedenen Staaten beruht, und andrerseits mit den allgemeinen Bedingungen der gewerblichen Produktion, welche als ausschließlich der inneren staatlichen Ordnung angehörig betrachtet werden muß und daher nicht zweckloserweise (inutilement) der diplomatischen Diskussion unterzogen werden sollte. Es erscheint mir unabweislich und im Interesse des Werkes selbst, zu welchem wir eingeladen sind, diesen Punkt schon jetzt festzustellen, um jedem etwaigen Mißverständnis für die Zukunft vorzubeugen. Im übrigen ist die französische Regierung mit diesem Vorbehalt, dessen Absicht und Bedeutung die Reichskanzlei, wie ich überzeugt bin, zu würdigen wissen wird, vollständig geneigt, im Prinzip der projektierten Konferenz in Berlin zuzustimmen.

8. März. Der Unterstaatssekretär für die Kolonien Etienne beantwortet eine Interpellation über die Beziehungen Frankreichs zu dem Negerkönigreich Dahomey:

Die auf Verträgen beruhenden Ansprüche und Rechte Frankreichs würden jetzt von dem neuen Könige bestritten und mißachtet. Er sei mit seinen Banden in das unter dem Schutz der Republik stehende Königreich Porto Novo eingefallen und habe dort Razzias veranstaltet. Die Opfer dieser Jagden wurden ermordet oder als Sklaven verkauft. Als der französische Gouverneur Dr. Bayol sich nach Abome, der Hauptstadt des Königs Ylegle, begeben habe, sei er dort 33 Tage — man könne sagen als Ge-

fangener — zurückbehalten und gezwungen worden, den scheußlichen Menschenopfern beizuwohnen. Trotzdem habe er dem Könige vorgehalten, daß die Verträge erfüllt werden müßten, habe aber eine heftige und unverschämte Antwort erhalten. Da habe Bayol die Stimmung und die Sachlage erkannt und habe nach seiner Rückkehr zur Küste zum Schutz des Lebens und des Eigentums der dort ansässigen Franzosen zwei Kompagnien eingeborener senegalesischer Schützen verlangt. Auf dieses Gesuch hin habe er, der Unterstaatssekretär, ihm drei Kompagnien gesandt, und bereits am Tage nach ihrer Ankunft seien sie angegriffen worden. Die französischen Truppen in Kotonu hätten den Ansturm der Dahomenser siegreich zurückgeschlagen, leider aber seien einige Franzosen unklugerweise in Weida zurückgeblieben und dort von einem Händler, der sich für einen Portugiesen ausgebe, verraten und gefangen fortgeführt worden. Die Regierung habe bis jetzt ihre Pflicht in jeder Weise erfüllt. Der Redner schließt: „Wenn uns nicht volle Genugthuung zu teil wird, müssen wir die nachdrücklichsten Maßregeln ergreifen, nicht um Dahome zu erobern, sondern um ihm eine heilsame Lehre zu erteilen. Auf jeden Fall müssen wir mit genügenden Mitteln einschreiten, denn wo die französische Fahne weht, muß ihr Achtung verschafft werden."

8. März. Billot wird zum Botschafter bei dem Quirinal ernannt.

13. März. Der Senat äußert sich gegen die Absicht der Regierung, in dem Verhältnis zur Türkei mit Ablaufen des jetzigen Handelsvertrages bis zum Abschlusse eines neuen den Vertrag von 1802 und damit die Meistbegünstigungsklausel provisorisch eintreten zu lassen und verlangt die Herstellung eines besonderen modus vivendi mit der Türkei.

13. März. Da das Ministerium annimmt, daß auch die Kammer ebenso urteilen werde, reicht Tirard die Entlassung des Kabinets ein.

17. März. Das neue Kabinet ist wie folgt gebildet: Freycinet Vorsitz und Krieg, Constans Inneres, Fallieres Justiz (früher Unterricht), Ribot Auswärtiges, Rouvier Finanzen, Barbey Marine, Bourgeois Unterricht (früher Inneres), Develle Ackerbau, Jules Roche Handel und Guyot Arbeiten.

18. März. (Kammer.) Die Erklärung des neuen Ministeriums wird verlesen. Dieselbe sagt:

„Das Kabinet hat das lebhafte Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit und seiner Pflichten. Es wird seine Haltung nach den Wünschen, welchen das Land Ausdruck gegeben, einrichten. Wir werden, wie unsere Vorgänger, nicht bloß die republikanischen Institutionen verteidigen, sondern das gesamte demokratische Werk, welches wir den früheren Legislaturen verdanken. Wir richten in gleicher Weise einen herzlichen Appell an alle Fraktionen der republikanischen Partei, und werden aus denselben ein Bündel aller Kräfte zu machen suchen. Wir schließen niemanden aus und werden auf dem Boden der Republik alle Männer guten Willens, welche mit uns an der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen arbeiten wollen, willkommen heißen. So werden wir dazu gelangen, diese weite, offene,

duldsame und friedliche Republik zu gründen, welche der definitive Zustand und das erwünschte Ende der Kämpfe, die wir zu bestehen haben, ist. Das Land bekräftigte seinen Willen, die Grundlagen des Zollsystems zu erneuern; es wartet nur das Erlöschen der Handelsverträge im Jahre 1892 ab, um neue Tarife festzustellen, und verlangt nach wohlbedachter Prüfung einen wirksameren Schutz des Ackerbaues und der nationalen Arbeit. Die Regierung schließt sich offen diesem Gedanken an und wird Maßregeln treffen, damit im Jahre 1892 nichts der freien Entscheidung im Wege stehe, selbst nicht die Rücksicht auf eine befreundete Nation, deren Handelsbeziehungen mit Frankreich jüngst den Gegenstand der Beratungen des Senats gebildet haben. Wir befinden uns in einer Epoche sozialer Umgestaltung, wo die Lage der Arbeiter mit Recht der Gegenstand neuer Erwägungen ist. Die erste Pflicht der öffentlichen Gewalten ist, das Auge nach den arbeitsamen Bevölkerungen zu richten und ihnen den Uebergang in eine bessere Lage zu erleichtern. Keine Regierung kann sich dieser Pflicht entziehen, und die Republik muß sich mehr als jede andere von derselben durchdringen lassen. Wir werden bald Gesetze vorschlagen, welche den Zweck haben, die Unterstützung und Fürsorge, den Geist der Gegenseitigkeit, mit einem Wort alle Elemente fortschreitender Verbesserung des Loses der Arbeiter und der Sicherheit für ihre alten Tage zu entwickeln. Wir halten es nicht für notwendig, in ein detailliertes Programm einzutreten und Entwürfe aufzuzählen, welche durch die Ereignisse manchmal dazu verurteilt werden, bloß Versprechungen geblieben zu sein. Sie werden uns nach unsern Handlungen beurteilen. Wir trachten danach, eine Regierung in der wahren Bedeutung des Wortes zu sein. Die Regierung hat nicht bloß die Gesetze im Innern zur Ausführung zu bringen und Frankreich nach außen Achtung zu verschaffen; ihre Aktion muß in allen Bekundungen des nationalen Lebens geübt werden. Allenthalben muß der Bürger fühlen, daß die Handhabung der öffentlichen Angelegenheiten nicht dem Zufall überlassen ist, sondern einem festen, stetigen Impulse folgt. Selbst die parlamentarische Mehrheit muß da wissen, daß sie vor sich natürliche Ratgeber hat, die bereit sind, ihre Meinung über alle Fragen kundzugeben, und die sich nicht scheuen, sich an die Spitze zu stellen, um in ihre Arbeiten Ordnung und Methode zu bringen. Eine solche Regierung vermögen wir zu sein; es hängt von Ihnen ab, daß wir sie werden, indem Sie uns Ihr Vertrauen gewähren. Wir glauben dasselbe durch unsern festen Willen, unsre Entschlossenheit, unsern Wunsch nach Fortschritt, unsre Hingebung an Frankreich und die Republik zu verdienen."

Von der Kammer wird eine Tagesordnung mit 318 gegen 78 Stimmen angenommen, welche Vertrauen zu dem Ministerium ausspricht. Die Rechte enthält sich der Abstimmung.

20. März. Unter den Bevollmächtigten zur Berliner Konferenz kommt es zu Zwistigkeiten, indem Delahaye auch Schutzmaßregeln für erwachsene Arbeiter beantragen will, was die französische Regierung von vornherein abgelehnt hatte.

21. März. (Senat.) Präsident Leroyer verliest ein Schreiben Naquets,

in welchem dieser seine Entlassung als Senator gibt und erklärt, er habe das Mandat des beschränkten Stimmrechts nur angenommen, um das Gesetz, betreffend die Ehescheidung, zur Annahme zu bringen, er sei jedoch

stets ein Gegner des Zweikammersystems gewesen; er entscheide sich jetzt für die aus dem direkten Stimmrecht hervorgehende Kammer.

21. März. Aus Anlaß des Rücktrittes des Fürsten Bismarck erkennen die meisten Blätter seine Verdienste um die Erhaltung des Friedens an.

8. April. Die Redakteure der „Egalite" werden wegen Aufreizung zur Ermordung des Ministers Constans, zum Morde von Deputierten, sowie zum Verbrechen gegen die Staatssicherheit zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ein Artikel, der zur Ermordung des deutschen Kaisers auffordert, wird nicht zum Gegenstand einer Anklage gemacht.

12. April. In der Anklagesache wegen Entwendung von Aktenstücken in dem Boulangerprozeß werden alle Angeklagten freigesprochen.

20. April. An der Küste von Dahomey stößt eine französische Abteilung von 350 Mann bei einer Rekognoszierung auf den vom König von Dahomey persönlich befehligten Feind; derselbe wirft die Franzosen nach zweistündigem Kampfe unter den Mauern Porto Novos zurück und verfolgt sie eine Strecke weit.

20. April. Auf einer Reise nach Südfrankreich wird Carnot überall mit Begeisterung begrüßt; er besucht auch Corsika.

28. April. (Paris.) Eine Anzahl anarchistischer Agitatoren wird verhaftet. (In den nächsten Tagen ebenso in anderen Städten.)

28. April. Bei den Gemeinderatswahlen werden 8 Konservative, 12 Republikaner und nur 1 Boulangist definitiv gewählt. Stichwahlen haben 59 stattzufinden.

29. und 30. April. Ein Kriegsschiff bombardiert die zum Königreich Dahomey gehörende Stadt Weidah.

30. April. (Paris.) Die Untersuchung in dem Redaktionsbureau des Anarchistenblattes „Assaut" ergibt das Vorhandensein von 1500 eisenbeschlagenen Knütteln.

1. Mai. (Paris.) Bei einem Renkontre in der Zirkusstraße zwischen Kavallerie und Manifestanten werden etwa 30 der letzteren verwundet. Gegen 10 Uhr abends findet die Polizei beim Auflösen einer Gruppe Neugieriger auf der Place de la Republique einen schwachen Widerstand. 500 Verhaftungen erfolgen im ganzen.

1. Mai. Eine Abordnung, bestehend aus den Abgg. Bau-

din, Thivrier und Ferroul, den Gemeinderäten Guesde und Vaillant und sechs Arbeiterdelegierten, langt um 2 Uhr in der Kammer an. Der Kammerpräsident Floquet empfängt nur die drei Abgeordneten.

4. Mai. Bei den Stichwahlen für den Pariser Gemeinderath werden 52 Republikaner verschiedener Farbe, 6 Konservative und nur 1 Boulangist gewählt. Sämtliche Blätter erklären die Niederlage des Boulangismus für definitiv.

8. Mai. Ein Dekret des Präsidenten der Republik reorganisiert den Generalstab, dessen Chef künftig nicht mehr Stabschef des Ministers, sondern der Armee heißen soll, und ernennt General Miribel zum Generalstabschef.

10. Mai. (Deputiertenkammer.) Der Sozialist Boyer interpelliert wegen der anläßlich der Kundgebung am 1. Mai getroffenen Vorkehrungen und ergeht sich in Anschuldigungen gegen die Polizei. Minister Constans antwortet, die Kundgebung habe einen politischen Charakter gehabt; er lobt die Polizei, für welche er die Verantwortung übernehme. Eine das Verhalten der Regierung billigende Tagesordnung wird mit 394 gegen 57 Stimmen angenommen.

10. Mai. Im Ministerrat erklärt der Marineminister Barbey, er habe Depeschen, welche die Befreiung der in Dahomey gefangenen Europäer ankündigen. Der König von Dahomey habe in den letzten Tagen den Kommandanten des Blokadegeschwaders im Golf von Benin, Fournier, benachrichtigt, er könne die Gefangenen abholen. Fournier habe verlangt, daß die Gefangenen an Bord des Schiffes „Seine" gebracht würden, und Genugthuung erhalten. Die Unterhandlungen mit dem König von Dahomey könnten wieder aufgenommen werden.

16. Mai. Der internationale Telegraphenkongreß wird mit einer Begrüßungsrede des Handelsministers Roche eröffnet. Zum Präsidenten der Tarifkommission wird Hacke (Deutschland), der Reglementskommission Baron (Frankreich) gewählt.

17. Mai. Die Blätter veröffentlichen einen Brief Boulangers an Laisant, worin er das Boulangistenkomitee für aufgelöst erklärt.

29. Mai. (Paris.) 11 Russen und 4 Russinnen werden bei der Fabrikation von Sprengstoffen ertappt und verhaftet.

3. Juni. Der Herzog von Orleans wird begnadigt und über die Grenze gebracht.

4. Juni. Der Marquis de Mores wird vom Zuchtpolizeigericht wegen Aufreizung zu Ansammlungen anläßlich der Demonstration vom 1. Mai zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

5. Juni. Der Herzog von Orleans erläßt ein Manifest an die Rekruten seiner Altersklasse, in welchem er erklärt, er verzichte nicht auf die Hoffnung, dem Vaterlande zu dienen.

5. Juni. (Kammer.) Der sozialistische Deputierte Dumay verlangt, die Regierung wegen der Freilassung des Herzogs von Orleans zu interpellieren.

Er verlangt zu wissen, von welchen Erwägungen sich die Regierung bei der Begnadigung des Herzogs hätte leiten lassen, während Familienväter die Opfer einer fehlerhaften Organisation seien, wie sich aus der Verhaftung der russischen Nihilisten ergebe. Es sei dies eine reaktionäre Politik. Freycinet erwiderte, der Gedanke zur Freilassung des Herzogs von Orleans sei dem Präsidenten Carnot gekommen, als er auf seiner jüngsten Reise bei Clairvaux vorüberkam. Die Politik sei dieser Maßregel vollständig fremd. Die Republik sei stark genug, um nicht vor einem derartigen Akte der Milde zurückzuschrecken. Es seien erst kürzlich Begnadigungen für Streikvergehen erfolgt, und weitere Begnadigungen würden demnächst folgen. De Freycinet verlangt Annahme der einfachen Tagesordnung, welche mit 313 gegen 194 Stimmen von der Kammer angenommen wird.

7. Juni. Im Ministerrat unterzeichnet Präsident Carnot auf den Vorschlag des Justizministers Fallieres ein Dekret, durch welches 72 Individuen, die aus Anlaß von Streiks verurteilt worden sind, ganz oder teilweise begnadigt werden; nur 24 Individuen, meistens schwer gravierte Ausländer, bleiben im Gefängnis.

10. Juni. (Paris.) Die Sozialisten halten unter dem Vorsitz des Abg. Ferrouls eine große Versammlung ab und erheben darin gegen die Verhaftung russischer Studenten Protest. In leidenschaftlicher Rede verurteilt Jules Vaillant das Vorgehen des Ministers Constans und fordert für die Russen das Recht, sich vom Joche des Zaren selbst mit Hilfe von Dynamit zu befreien.

10. Juni. Die französische Regierung beschließt, die brasilianische Republik anzuerkennen, nachdem die brasilianische Regierung der schiedsgerichtlichen Entscheidung über die streitigen Gebiete zwischen Französisch-Guyana und Brasilien, der Aufhebung des Ausgangszolls auf Kautschuk und der Regelung der Fremdenfrage zugestimmt hat.

19. Juni. Der Oberhandelsrat beschließt, daß die alten Handelsverträge (zum Jahre 1892) sämtlich zu kündigen, neue auf gleicher Basis mit langer Zeitdauer nicht abzuschließen, und

Unterhandlungen wegen neuer Handelsverträge mit kurzer Zeitdauer einzuleiten seien.

19. Juni. Der Telegraphenkongreß hält seine letzte geschäftliche Sitzung. Zwischen Deutschland, Rußland, Schweden und Norwegen, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland und Bulgarien ist ein Abkommen betreffs bedeutender Tarifreduktionen getroffen.

21. Juni. (Kammer.) Der Bericht über die Petitionen der Aktionäre und Obligationäre des Panama-Unternehmens beantragt die Uebermittlung der Petitionen an die Regierung.

Justizminister Fallieres antwortet, die Staatsgewalt habe sich nie mit dem Unternehmen solidarisch erklärt, gleichwohl sei die Regierung nicht unempfindlich gegen das Mißgeschick desselben. In einigen Tagen werde der Liquidator die Sachlage darlegen können. Wenn sich ein Anlaß zum gerichtlichen Einschreiten herausstellen werde, werde der Justizminister seine Pflicht thun. Fallieres acceptiert die Ueberweisung der Petitionen an die Regierung, aber ohne jede Verantwortlichkeit für die Regierung.

4. August. Der Präsident erläßt eine große Anzahl Begnadigungen der wegen Streiks Verurteilten.

5. August. Eine Konvention mit England betreffs der afrikanischen Besitzungen wird unterzeichnet (s. dort).

Anfang September machen die Enthüllungen des Abg. Mermeix über Boulangers Abhängigkeit von den Monarchisten und die von dort ihm zugeflossenen Unterstützungen großes Aufsehen.

Anfang September. In Anlaß der in Guinea zum Stapellauf eines Kriegsschiffes erwarteten Anwesenheit des Königs Humbert beschließt die Regierung, das Geschwader von Toulon zu seiner Begrüßung dorthin zu senden; zu allgemeiner Ueberraschung wird das Eintreffen des Königs plötzlich dementiert.

11. September. Eine boulangistische Wählerversammlung spricht dem Verfasser der boulangistischen Enthüllungen Mermeix ihr Mißtrauen aus und fordert denselben auf, sein Mandat als Deputierter niederzulegen.

15. September. Auf dem Militärbankett zu Jonzac nach den großen Manövern trinkt General Ferron auf den russischen Hauptmann Kabalow und sagt:

Rußland besitzt in seiner unvergleichlichen Armee ein Mittel, um Koalitionen aufzulösen. Erheben wir die Gläser auf die Schwesterarmee, auf die russische Armee! Kabalow antwortet, indem er die französische Armee der Zuneigung der russischen versicherte.

23. September. Der in Paris unter Vorsitz des Kardinals

Lavigerie zusammengetretene Antisklavereikongreß faßt mehrere Resolutionen:

Hienach teilt sich der gesamte Antisklavereiverein in nationale Komitees mit selbständiger Organisation und Thätigkeit. Der Kongreß rechnet vor allem auf friedliche Mittel, namentlich auf die moralische Wirksamkeit der Missionare. Die Nationalkomitees sollen die Opferwilligkeit der Leute und die Mitwirkung von Freiwilligen unter den von der Brüsseler Konferenz ausgesprochenen Bedingungen anregen. Der Kongreß beschließt ferner, dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß der Papst eine jährliche Sammlung für die Antislavereibestrebungen anordne. Hierauf wird der Kongreß geschlossen.

23. September. In Anlaß der Enthüllungen über seine Beziehungen zu Boulanger veröffentlicht der Graf von Paris ein Schreiben an den Senator Bocher, in welchem er sagt,

er wolle bei seiner Abreise von Europa (nach Amerika) nicht unter dem Druck von Irrtümern und Verleumdungen bleiben, welche durch die jüngste Zeitungsfehde erzeugt worden seien. Er glaube, die Interessen der monarchischen Sache in einem schwierigen Zeitpunkte richtig verstanden zu haben. Von der Republik verkannt, habe er die Waffen ergriffen, die sie ihm selbst geliefert habe; er bedauere nicht, sich derselben bedient zu haben, um die republikanische Partei zu zersplittern. Als Vertreter der Monarchie dürfe er keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihren Triumph vorzubereiten. Nie habe er einen anderen Zweck verfolgt, nie etwas anderes erstrebt, als was Frankreich selbst gewollt habe. Heute wünsche er nur, daß sich seine Freunde nicht durch gegenseitige Beschuldigungen aufhalten lassen, daß sie laut ihren Glauben an das monarchische Prinzip bestätigen, daß sie sich vereinigen, um den Kampf fortzusetzen. Sie würden nur das Vertrauen Frankreichs verdienen, wenn sie Vertrauen in sich selbst, in ihre gute Sache und in Gott hätten.

Oktober. Mit dem König von Dahomey kommt eine Vereinbarung zu stande, welche bestimmt, daß der Besitz von Kotonu und das Protektorat über Porto Novo von Dahomey in Zukunft respektiert werde. Alle früheren Verträge bleiben in Kraft. Für die Abtretung der Zölle in Kotonu zahlt Frankreich dem König jährlich 20,000 Francs. (Der Admiral hatte als dritten Punkt in dem Friedensvertrage mit dem König von Dahomey die Einsetzung eines französischen Residenten in Whyda und die Errichtung einer französischen Garnison daselbst verlangt; der König hatte dies jedoch abgelehnt.)

28. Oktober. (Paris.) Die Hochzeit der Tochter des russischen Botschafters v. Mohrenheim mit einem Lieutenant De Seze findet statt. Eine große Volksmenge begrüßt den Hochzeitszug auf dem Hin- wie auf dem Rückwege mit Hurrarufen; vielfach hört man auch „Es lebe Rußland!“ „Es lebe der Botschafter!“ Es lebe Frankreich!“ rufen. — Der Bräutigam wird in diesem Anlasse zum Kapitän befördert.

4. November. In Lyon wird eine Anzahl von Anarchisten verhaftet.

12. November. (Algier.) Kardinal Lavigerie gibt dem Stab des Mittelmeer-Geschwaders ein Dejeuner und sagt dabei in einem Toast: Die Eintracht sei notwendig und der erste Wunsch der Kirche und der Geistlichkeit; es sei patriotische Pflicht, zu der gegenwärtigen Regierungsform ohne Hintergedanken zu halten, weil diese die wiederholte Zustimmung der Nation erhalten habe und weil auf der Eintracht das Heil des Vaterlandes beruhe. Er wünsche, die Geistlichkeit Frankreichs sich diesen Ideen anschließen zu sehen, und fürchte, mit diesem Wunsche von keiner autorisierten Stimme desavouiert zu werden. Am Schluß läßt der Kardinal die Marseillaise spielen.

15. November. (Kammer.) Beratung des Marineetats. Berichterstatter Gerville Reache erklärt,

er halte die Zahl der Marineoffiziere und der Schiffe für unzulänglich; die Marine Frankreichs müsse den vereinigten Marinen Deutschlands und Italiens gleich sein. Für das Material seien 164 Millionen erforderlich, 16 Millionen für die Verteidigung der Häfen. Die Marine müsse ebenso stark sein, wie die Armee, um die Rechte und Interessen Frankreichs zu verteidigen. Der Marineminister versichert die Kammer der kräftigsten Mitwirkung der Regierung für die angedeuteten Reformen; es sei allerdings notwendig, daß Frankreich eine mächtige Flotte habe. Eine besondere Kommission zur Prüfung des Marineetats wird eingesetzt.

16. November. Das in London erscheinende anarchistische Blatt „L'International", welches unter der Maske einer religiösen Broschüre in Paris eingeführt wurde, wird von der französischen Regierung verboten. Ein Artikel der letzten Nummer hatte die Aufforderung an die Anarchisten enthalten, die Große Oper in die Luft zu sprengen.

30. November. Anläßlich der Schlußsitzung des Katholikenkongresses in Nantes hält Bischof Freppel eine Predigt, worin er seine Zuhörer auffordert, die Revolution und deren Prinzipien rastlos zu bekämpfen und der Kirche hiedurch zum Siege zu verhelfen.

10. Dezember. (Kammer.) Das Budget wird angenommen, indem zum erstenmal auch ein großer Teil der Monarchisten dafür votiert.

VII.

Italien.

1. Januar. Die Reutersche Agentur berichtet folgende Aeußerung König Humberts gegenüber einer Deputation von Abgeordneten:

„Es war eine Zeit, in der ich nicht gewagt hätte, auch nur für 14 Tage für den Frieden einzustehen; jetzt aber sind wir ruhiger, da das rapprochement zwischen Deutschland und Rußland die Aufrechterhaltung des Friedens unterstützt."

1. Januar. Kaiser Wilhelm und König Humbert tauschen Glückwunschtelegramme aus, desgleichen Bismarck und Crispi. In des letzteren Telegramm heißt es: er sei glücklich mit dem Fürsten Bismarck zusammen zu arbeiten zum Wohlergehen beider Länder und zum Besten des Friedens, dessen sie bedürfen.

3. Januar. Der König unterzeichnet das Dekret über Organisation der Civilverwaltung in allen afrikanischen Besitzungen, welche den Gesamtnamen „colonia eritrea" erhalten. Ein Gouverneur, dem drei Kolonialräte zur Seite stehen, führt die Verwaltung in unmittelbarer Abhängigkeit von den einzelnen Ministerien; er ist zugleich Oberkommandant der Militärmacht.

15. Januar. Der Kronprinz (Prinz von Neapel) tritt eine Reise in den Orient an.

18. Januar. Tod des Prinzen Amadeus, Herzogs von Aosta, Exkönigs von Spanien.

22. Januar. Bestattung desselben. König Humbert macht bei diesem Anlaß vergebliche Versuche die anwesenden Prinzen Jerome und Viktor Napoleon zu versöhnen.

1. Februar. In Neapel finden Studentenunruhen statt; die Universität wird geschlossen.

2. Februar. Abua in Abessinien wird besetzt, aber wieder

geräumt; da eine Verschwörung scheinbar bundesfreundlicher Häuptlinge entdeckt wird, welche darauf abzielt, Massauah bei der weiten Entfernung der italienischen Hauptmacht zu überfallen.

6. Februar. (Abgeordnetenkammer.) Die Anfrage des irredentistischen Imbriani wegen des amtlichen Verbots der Gedenkfeier der römischen Republik vom Jahre 1849 beantwortet Crispi dahin, daß die Regierung glaube, es handle sich dabei nicht um die Feier einer geschichtlichen Thatsache, sondern vielmehr darum, Ereignisse in Erinnerung zu bringen, welche Frankreich unangenehm berühren könnten. Italien befinde sich aber in ausgezeichneten Beziehungen zu Frankreich und wolle sie erhalten.

8. Februar. Kardinal Pecci, Bruder des Papstes, stirbt.

13. Februar. (Deputiertenkammer.) Bei der Budgetberatung erklärt der Finanzminister, der Fehlbetrag, der im letzten Finanzjahre 250 Millionen betragen habe, werde im nächsten Jahre nur 32 Millionen ausmachen. Man könne daher abwarten, ob den Steuerträgern nicht neue Opfer zu ersparen seien. Der Minister weist ziffermäßig nach, daß die Beschaffenheit des italienischen Budgets keineswegs eine ausnahmsweise sei und man daher kein Recht habe, die Festigkeit des italienischen Kredits in Zweifel zu ziehen.

15. Febr. Die Kammer nimmt das Budget pro 1890/91 an.

27. Februar. Ein neu veröffentlichtes Grünbuch über die Besetzung von Keren-Asmara enthält eine Depesche vom 25. Juli 1889, aus welcher hervorgeht, daß ein Vertrag zwischen Italien und Aethiopien das Recht Italiens auf Keren und Asmara anerkennt.

26. Februar. Die „Agenzia Stefani" erkärt die Nachricht eines neapolitanischen Blattes, daß König Menelik eine Protestnote gegen Italien an die Mächte gerichtet habe, für unrichtig. Die Nachricht sei augenscheinlich dadurch veranlaßt, daß König Menelik seine Thronbesteigung den Mächten direkt angezeigt, weil er damals keinen amtlichen Vertreter Italiens zur Seite gehabt habe. Die italienische Regierung habe unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse erklärt, daß künftighin solche Mitteilungen gemäß der vom Könige Menelik eingegangenen Verpflichtungen nur durch Vermittlung der italienischen Regierung erfolgen könnten.

4. März. In der Kammer wird ein Grünbuch über Aethiopien (Abessinien) verteilt. Dasselbe umfaßt die Zeit vom

15. Januar 1857 bis 9. September 1889. Die Schriftstücke beginnen mit den ersten Versuchen Cavours, durch Missionare Beziehungen mit Abessinien anzuknüpfen, und reichen bis zum Abschlusse des Vertrags mit Menelik am 2. Mai 1889. Art. 17 lautet: Der König von Aethiopien willigt ein, bei Verhandlungen mit anderen Mächten oder Regierungen sich der Vermittelung der Regierung des Königs von Italien zu bedienen.

Crispi legt den Friedens- und Handelsvertrag mit dem Sultan von Haussa vor.

7. März. In Mailand werden 23 Anarchisten verhaftet.

7. März. (Kammer.) Bei der Interpellation Imbriani betreffs der afrikanischen Politik der Regierung erklärt Crispi:

Die Politik der Regierung werde, wenn sich erst einmal die Leidenschaft der politischen Parteien gelegt haben werde, als ruhmreich für das Land beurteilt werden. Das Hauptziel der italienischen Politik sei gewesen, eine Kolonie zu gründen und den Handel zu heben. Weder die Okkupation des Landes von Maceb bis Keren noch die Weiterentwickelung der italienischen Okkupation würde jemals die Eifersucht Englands erregen. Die Regierung befinde sich im vollen Einverständnis mit England.

Die Kammer nimmt die Erklärungen Crispis an und faßt auf Antrag Garibaldis den Beschluß: „Die Kammer billigt die Richtung und einsichtsvolle Leitung der afrikanischen Politik und geht zur Tagesordnung über."

Der Kammerpräsident Biancheri reicht wegen des Vorwurfes von Crispi, daß er ihn nicht genügend gegen die Angriffe Imbrianis geschützt habe, seine Entlassung ein; die Kammer nimmt auf Crispis Befürwortung dieselbe nicht an.

12. März. In der Deputiertenkammer legt Crispi einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines Nationaldenkmals für Mazzini in Rom vor und verlangt die Dringlichkeit für die Beratung.

21. März. (Deputiertenkammer.) Bei Beratung des Antrags auf Verhaftung des Deputierten Costa erklärt Crispi, er lehne jede Motion ab, wodurch die Verhaftung verhindert werde, und bitte die Kammer, gemäß dem Antrag der Kommission der Verhaftung zuzustimmen. Die Kammer lehnt die Motion auf Verschiebung der Verhaftung mit 181 gegen 104 Stimmen ab, ferner die Nichtgenehmigung der Verhaftung mit 159 gegen 109 Stimmen, nimmt dagegen den Antrag der Kommission auf Verhaftung Costas, mit großer Majorität an.

22. März. (Deputiertenkammer.) Anläßlich der Debatte

über die Haftentlassung Sbarbaros, welche mit 159 gegen 59 Stimmen abgelehnt wird, erklärt Crispi, die Bezeichnungen Rechte und Linke seien bedeutungslos geworden; das freiheitliche System sei die einzige Richtschnur der Regierung.

24. März. Auf die Nachricht von der Demission des Fürsten Bismarck telegraphiert Crispi dem Fürsten: Zurücktretend von der Stelle, zu welcher das Vertrauen dreier Kaiser ihn berufen, hinterlasse der Fürst Deutschland ein kostbares Erbteil in der Politik des Friedens. Ferner gibt Crispi der Freundschaft und dem unbegrenzten Vertrauen für den Fürsten Ausdruck. Fürst Bismarck dankt für die herzlichen Worte, die ihn als ein Beweis der Gefühle von Vertrauen und Zuneigung erfreuten; er habe sich stets glücklich gefühlt, sich einem Staatsmanne wie Crispi gegenüber zu befinden, als sie die Geschäfte ihrer Länder berieten, und bitte Crispi, mit seinem Nachfolger die vertrauensvollen Beziehungen weiter zu pflegen, die dem Interesse beider Länder stets gedient haben, und ebenso die Freundschaft aufrechtzuerhalten.

König Humbert richtet an den Fürsten Bismarck ein Schreiben in den wärmsten Ausdrücken.

25. März. In dem Prozesse gegen die vorigjährigen Arbeiterunruhen in Rom (Geschichtskalender 1889 S. 240) werden zwei Arbeiter zu einem Jahr und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

27. März. (Senat.) Auf eine Anfrage des Senators Brioschi erwidert Crispi, die letzten Ereignisse in Berlin hätten die auswärtige Politik Italiens nicht beunruhigt. Die Tripelallianz bestehe unverändert.

Italien habe wohlgethan, in die Tripelallianz einzutreten. Eine andere Politik hätte noch größere Rüstungen veranlaßt. Italien sei nicht mächtig genug, die Lage zu ändern. Da andere Nationen Millionen von Soldaten unter die Waffen stellen, müsse Italien alles thun, um gegen alle Eventualitäten Front zu machen, welche den Frieden stören könnten. Das Bündnis sei im Jahre 1882 abgeschlossen und er nur bemüht gewesen, die Wirkungen desselben zu verbessern. Eine Politik der Neutralität würde dem Lande bedeutendere Ausgaben und größere Rüstungen auferlegen.

28. März. (Rom.) Infolge der Weigerung der Regierung, die Deckung des städtischen Defizits zu übernehmen, demissioniert der Magistrat.

12. April. Die Regierung weist die Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ und des „Figaro“ wegen angeblicher

systematischer Angriffe auf den italienischen Kredit aus dem Lande aus. Die Oppositionsblätter greifen diese Maßregel heftig an.

17. April. Eine italienische Eskadron begibt sich zur Begrüßung des Präsidenten Carnot nach Toulon.

21. April. In Neapel findet ein oppositionelles Bankett statt, bei welchem der ehemalige Ministerpräsident Nicotera, der ehemalige Finanzminister Magliari und der ehemalige Justizminister Tajani präsidieren. Magliari empfiehlt zur Wiederherstellung des Budgets beträchtliche Ersparnisse in der Armee und Marine.

26. April. Einem Rundschreiben Crispis an sämtliche Präfekten des Landes zufolge ist am 1. Mai jede Demonstration und jeder öffentliche Umzug zu Gunsten des Arbeiterfeiertags verboten. Die Behörden werden aufgefordert, Zuwiderhandlungen auf das energischste entgegenzutreten.

12. Mai. (Deputiertenkammer.) Der Minister des Schatzes, Giolitti, bringt eine Reihe Abänderungen zum Budget für 1890/91 ein

und kündigt die baldige Einbringung weiterer Abänderungsanträge, betreffend die Ersparung von 26 Millionen, darunter 10 beim Kriegsbudget, 5 beim Marinebudget und den Rest bei dem Budget der öffentlichen Arbeiten, des Innern und des Schatzes an. Ferner kündigt er an, der Arbeitsminister werde demnächst eine Vorlage einbringen, betreffend die Verminderung der jährlichen Emissionen von Eisenbahnobligationen auf 65 Millionen. Das Defizit 1890/91 betrage einschließlich der Kosten für die Versuche mit dem rauchlosem Pulver 35 Millionen, welche durch die obigen Ersparungen sich auf 9 vermindern und sogar auf 7 herabgehen würden durch die mit den Emissionsbanken für einen größeren Ertrag der Umlaufsgebühren vereinbarte Erhöhung von 2 Millionen. Wenn die Kammer die außerdem schon eingebrachten Vorlagen annehme, welche 5 Millionen Einnahmezuwachs aus Börsenverträgen, Konsulatsgebühren, Maß- und Gewichtsgebühren ergeben würden, so werde man ein doppeltes Resultat erhalten; man habe dann nämlich das Gleichgewicht in dem am 1. Juli 1890 beginnenden Rechnungsjahre erreicht und zugleich den öffentlichen Kredit gesichert durch Festsetzung der Obligationen-Emission zum Bau von Eisenbahnen auf ein Maximum von 65 Millionen.

17. Mai. (Kammersitzung.) Auf die Interpellation Odescalchis erklärt der Ackerbauminister, es sei notwendig, das gegenwärtige Gesetz über die Kinderarbeit zu verbessern und ein Gesetz über die Frauenarbeit vorzulegen. Außer dem gegenwärtigen der Kammer vorliegenden Arbeiterunfallgesetze würden noch andere derartige Vorlagen gemacht werden behufs Ausführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz.

19. Mai. (Rom.) Bei der durch den König erfolgenden

Preisverteilung des von Deutschen fast gar nicht, von Franzosen zahlreich besuchten allgemeinen Schützenfestes werden den französischen Schützen seitens des Publikums demonstrative Ovationen gebracht.

29. Mai. Die Regierung verbietet den demokratischen Kongreß in Catania.

4. Juni. Der konservative Führer, Exminister Bonghi, erklärt, die konservative Partei in Italien sei vernichtet und die Wiederherstellung der Rechten sei nur durch eine Abänderung des Parteiprogramms in religiösem Sinne erreichbar. Die Initiative hiezu sei angesichts der Neuwahlen bereits ergriffen worden.

17. Juni. (Deputiertenkammer.) Brughi bringt einen Antrag ein, die Regierung aufzufordern, mit allen Mitteln die Lösung aller zwischen den Nationen entstehenden Differenzen im Wege des Schiedsgerichts anzustreben. Ministerpräsident Crispi erklärte, der Antrag sei ihm sympathisch, und beantragt, die Debatte hierüber nach Erledigung der dringendsten Gesetzentwürfe anzuberaumen. Der Antrag Crispis wird angenommen.

21. Juni. Ein Gesetzentwurf über die Neuordnung der Finanzlage der Stadt Rom

setzt seitens des Staates die Uebernahme des Zinsdienstes für die Anleihe im Betrage von $2^1/_2$ Millionen bis zu deren gänzlicher Tilgung fest und befreit das Munizipium von der Verpflichtung zu den Tiber-Regulierungsarbeiten; dagegen übernimmt die Regierung die Verwaltung des städtischen Octroi, der Kommune hieraus den Betrag von vier Millionen vergütend, während der verbleibende Fehlbetrag von zwei Millionen durch neue Steuern aufzubringen ist. Falls der Stadtrat diesen Bedingungen nicht zustimmt, soll er aufgelöst und eine königliche Kommission ernannt werden.

25. Juni. Die römische Stadtverwaltung demissioniert, weil sie dem obigen Gesetzentwurf nicht zustimmen will.

26. Juni. Die Regierung beschließt die Einsetzung einer kommissarischen Stadtverwaltung in Rom.

3. Juli. Die Deputiertenkammer nimmt den Gesetzentwurf, betreffend den Uebergang der „frommen Stiftungen" in staatliche Verwaltung mit den vom Senat beschlossenen Abänderungen an.

11. Juli. Die Kammer genehmigt den Gesetzentwurf, betreffend die Maßnahmen in der Verwaltung Roms und berät darauf den Antrag Bonghi, welcher die Regierung auffordert, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Austragung inter-

nationaler Streitigkeiten durch Schiedsgerichte zu begünstigen. Der Ministerpräsident Crispi erklärt:

Niemand stimme dieser Initiative mehr zu als er; seit den drei Jahren, welche er an der Regierung sei, habe er mit allen Mitteln den Frieden zu sichern gesucht. Er nehme diese Gelegenheit wahr, um dem berühmten Staatsmann zu danken, der erst vor wenigen Tagen seine friedlichen Tendenzen anerkannt habe. Leider dürfe man sich keine Illusionen machen; die Verhältnisse Europas seien im allgemeinen dem Frieden weniger günstig als diejenigen Amerikas. Er habe die Hoffnung, daß die Zukunft auf dem europäischen Schiedsgericht beruhe. Für den Augenblick aber könne ein Staatsmann nichts anderes thun, als von Fall zu Fall zu verhindern, daß der Krieg ausbreche. Italien werde in alle Kongresse das Wort des Friedens tragen, und wenn ein Krieg verhindert wird, werde er (Crispi) glauben, strikte seine Pflicht erfüllt zu haben. Er bitte demnach die Kammer, die Resolution Bonghis zu votieren, welche eine edle Hoffnung ausspreche, die von der Zukunft verwirklicht werden werde.

Die Resolution Bonghis wurde hierauf unter wiederholtem lebhaften Beifall einstimmig angenommen und die Kammer sodann vertagt.

14. Juli. Der Senat genehmigt den Gesetzentwurf über die „frommen Stiftungen".

Ende Juli erregt die Auflösung des Vereines „Pro Patria" in Triest die allgemeine Erbitterung der radikalen Partei gegen Oesterreich. Behufs Demonstration wird bei der in Rom erforderlichen Nachwahl zur Deputiertenkammer der von Oesterreich gemaßregelte Journalist Barzilai als Kandidat aufgestellt.

10. August. (Rom.) Der Regierungskandidat Graf Antonelli, bekannt durch seine Thätigkeit in Abessinien, siegt nach einem heftigen Wahlkampf über Barzilai.

22. August. Ein ministerielles Dekret vom 22. August schließt die Vereine und Gesellschaften, die den Titel Peter Barsanti und Wilhelm Oberdank führen. Bei den Haussuchungen werden im Hause Dominik Mancinis zwei gefüllte Bomben gefunden. Mancini wird verhaftet. (Die Vereine verfolgten sowohl irredentistische gegen Oesterreich gerichtete Bestrebungen als auch revolutionäre gegen die Dynastie.)

2. September. Gegenüber den Kommentaren auswärtiger Blätter über die Thatsache, daß König Humbert sich nicht zum Stapellauf des Panzerschiffes „Sardegna" nach Spezzia begibt, wird offiziös versichert, daß der König niemals die Absicht hatte, diesem Stapellauf beizuwohnen, die daran geknüpften Folgerungen also vollständig haltlos seien (vgl. Frankreich).

Mitte September. Der Minister der Finanzen Seis-

mit-Doda hört bei einem Festmahl in Udine provozierende irredentistische Reden an, ohne gegen sie zu protestieren. Er wird infolge dessen entlassen und ihm diese Thatsache durch den Ministerpräsidenten in folgendem Schreiben mitgeteilt:

„Ehrenwerter Deputierter Seismit-Doda! Ich benachrichtige Sie, daß Se. Majestät der König ein Dekret gezeichnet hat, kraft dessen Sie nicht mehr Minister der Finanzen sind. Se. Majestät der König hat gleichzeitig das Dekret gezeichnet, welches den Schatzminister mit dem Interim der Finanzen betraut. Gez. Der Ministerpräsident. Crispi."

Dieses Vorgehen der italienischen Regierung erregt in Oesterreich große Befriedigung.

29. September. Der „Figaro" berichtet über eine Unterredung des Journalisten St. Cere mit Crispi in Neapel. Danach hätte Crispi neuerdings den friedlichen und defensiven Charakter des Dreibundes hervorgehoben, welcher aber im Jahre 1892 erlösche und noch nicht erneuert worden sei. Ferner habe Crispi den Wunsch ausgesprochen, die Mißverständnisse mit Frankreich zu zerstreuen. Er erachte Frankreich als sehr stark; die allgemeinen Rüstungen würden schließlich Europa zu Gunsten Amerikas unterminieren. — Die „Riforma" erklärt den Bericht des „Figaro" für teilweise unrichtig.

2. Oktober. Der ehemalige Minister, Führer der parlamentarischen Opposition, Baccarini †.

8. Oktober. Crispi hält in Florenz bei einem Bankett eine umfassende politische Rede, in welcher er sagt:

Die Rede, welche man von ihm heute erwarte, und welche einen Kampf verkünden solle, zu welchem das Land nicht berufen sei, könne er und dürfe er heute hier nicht halten. Aber ein Staatsmann habe dem Lande immer etwas Nützliches mitzuteilen, wenn das Parlament seit drei Monaten feiere. Seit einiger Zeit versuche man, unter der Bevölkerung eine gefährliche Stimmung zu erregen, die dahin strebte, gewisse italienische Landesteile, welche nicht mit dem Königreich vereinigt seien, als italienisches Besitztum zu verlangen. Scheinbar umgeben von der Poesie des Vaterlandes sei der Irredentismus heute nichtsdestoweniger einer der schädlichsten Irrtümer in Italien, der die Existenz der Nation sogar gefährden könnte. Das Prinzip der Nationalität könne in seinem äußersten Ausdruck nicht immer die ausschließliche Regel des diplomatischen Rechts sein. Sei es denn statthaft, Italien an den Rand des Verderbens geraten zu lassen durch Uebertreibung desjenigen Prinzips über jede vernünftige Grenze hinaus, dem das Land seine politische Existenz verdanke? Der Irredentismus müßte alle Regierungen gegen Italien aufbringen, da er dem Willen verschiedener Völkerschaften Gewalt anthun würde. Die drei Schweizer Kantone lieferten den Beweis, daß Nationalität nicht immer allein hinreiche, um Völker dem einen politischen Staatswesen zuzuweisen anstatt dem andern. Deutschland mit Oesterreich verbündet und unter seinem neuen bereits hochverdienten Reichskanzler nach andern Ruhmesthaten strebend, habe dadurch, daß Kaiser Wil-

helm erklärt habe, Helgoland bilde die letzte deutsche Rückerwerbung, gezeigt, daß in der Gegenwart sich die Regierungen des Nationalitätsprinzips mit weiser Mäßigung bedienten. Die schließliche unvermeidliche Konsequenz irredentistischer Politik wäre der Krieg, der das Land unvorbereitet finden würde, denn der zweite Ruf der Irredentistischen laute „Entwaffnung". Krieg und Frieden schlössen aber einander aus. Der unmittelbare Zweck der irredentistischen Agitation sei das Zerreißen des Dreibundes, ihre Fahne wende sich aber nur gegen die Ostgrenze. Die Irredentisten verständen zwar nicht, unterstützten aber die Pläne einer Partei, welche im Innern sich als Feind Italiens aufhalte. Es sei natürlich, daß eine Partei, welche die weltliche Macht für sich in Anspruch nähme, die Auflösung des Dreibundes wünsche in der Hoffnung, den Bund der katholischen Mächte wieder herzustellen zum Nutzen des Vatikans, sobald Oesterreich nicht mehr der Freund und Alliierte Italiens sein würde. Könne eine derartige Politik des Krieges mit dem Auslande und der Zersplitterung im Innern diejenige Italiens sein?

Crispi wandte sich sodann gegen die Politik der Isolierung, welche das schlecht verhehlte Ideal der Agitation sei. Der Grundsatz, daß man mit jedem Freund sein müsse, ohne jedoch Bündnisse für die Zukunft zu schließen, und daß man nur Bündnisse für kurze Zeit und begrenzte Zwecke schließen dürfe, und nur dann, wenn Gefahr drohe, sei wohl eine Theorie, welche in normalen Zeiten anwendbar sei, aber nicht, wenn Europa die Lösung wichtiger Fragen erwarte.

Der Berliner Kongreß sei ein Unglück für Italien gewesen wegen der Politik der Isolierung, welche es bis dahin befolgt habe. Italien sei gezwungen gewesen, die einzige Politik zu der seinigen zu machen, die noch zu seiner Verfügung stand, nämlich diejenige der Bündnisse; es sei ihm nichts übrig geblieben, als zu dem österreichisch-deutschen Einvernehmen zugelassen zu werden. Italien habe dies in Berlin erreicht, nachdem es in Wien seine Absichten dargelegt habe. Der Vertrag habe zuerst keine Frucht getragen, die Zweifel, die man Italiens wegen gehegt habe, seien in Wien und Berlin noch nicht zerstreut worden. Das Vertrauen habe in der zweiten Periode ein Bündnis zu stande gebracht, welches in den letzten drei Jahren zu einem aufrichtig freundschaftlichen geworden sei. Die Existenz Oesterreichs und Frankreichs sei für die Grenzen Italiens eine Garantie, wie sie für das europäische Gleichgewicht eine Notwendigkeit sei. Man müßte, wenn er nicht schon bestände, einen Staat schaffen, wie Oesterreich, welches von so vielen Nationalitäten bewohnt sei und verhindere, daß eine einzelne die Oberhand gewinne.

Niemand denke, könne jemals denken an ein Europa ohne die Mission jenes Frankreich, welches der sympathischste Ausdruck der modernen Zivilisation und dessen Anziehungskraft unwiderstehlich sei. Zwischen diesen beiden Ländern gelegen, könne Italien nur beider Freund sein und habe nichts anderes von ihnen zu erbitten, als die Herrschaft zu vergessen, welche sie lange Zeit diesseits der Alpen ausgeübt. Der Vatikanismus täusche sich in dem Glauben, es genüge, den Dreibund zu zerstören, um jedes Hindernis für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft zu beseitigen, denn er bedenke nicht, was der Wille der Italiener, was ihre Armee vermöchten. Ein Krieg, den man gegen Italiens Einfluß versuche, würde, wenn er geführt werde, nur Schaden bringen. Habe man nicht während Italiens Isolierung gesehen, wie der Mann, welcher mit Recht alle Mittel und Wege für die Größe seines Landes versuchte, die preußische Gesandtschaft beim Vatikan wiederherstellte als Symptom gegenseitiger Annäherung? Nach dem Abschluß des deutsch-italienischen Bündnisses, nach dem die politischen Bande zwischen den beiden Regierungen stärker und die Freundschaft zwi-

schen den beiden Völkern eine herzlichere geworden sei, habe der junge Kaiser zweimal die „Roma intangibile“ begrüßt. Nicht weniger loyal, wenn auch nicht so demonstrativ sei die Stellung des katholischen Oesterreichs Italien gegenüber gewesen. Die Irredentisten täuschten sich, wenn sie glaubten, sie könnten die Grundlagen der Monarchie untergraben, welche sie beschuldigen, eine antinationale Politik zu verfolgen. Die Grundlagen seien zu fest gefügt. Die Interessen Italiens seien identisch mit denen der Monarchie.

Crispi schloß seine Rede, welche häufig durch stürmischen Beifall unterbrochen wurde, mit folgenden Worten: „Trinken Sie auf das Wohl des italienischen Volkes, welches Sie so würdig repräsentieren, und auf die Dynastie, welche es so edel in der Welt vertritt. Und möge in meinem Hoch auf Italien und auf seinen König der heilige Wille ausgesprochen sein, stets nur das Gute für beide zu erstreben.“

24. Oktober. Die Kammer wird aufgelöst; die Neuwahlen werden auf den 23. November anberaumt.

24. Oktober. Italien erkennt die brasilianische Republik an.

Ende Oktober. Die Wahlbewegung veranlaßt die entgegenstehenden Parteien ihre Sympathien für Deutschland resp. für Frankreich auszusprechen. Insbesondere bietet der in Frankreich plötzlich aufgetauchte Plan, Garibaldi wegen seiner Thätigkeit im Kriege von 1870 ein Denkmal zu errichten, zu lebhaften Kontroversen Anlaß.

Ende Oktober. Der Marquis Rudini, Führer der Konservativen, richtet anläßlich der bevorstehenden Neuwahlen zur Kammer ein Schreiben an die „Opinione“,

in welchem er ausführt, daß er und seine Freunde mit der gegenwärtigen Richtung der auswärtigen und der inneren Politik vollständig einverstanden seien. Für Italien sei sowohl im Innern, als nach außen hin eine lange Periode des Friedens durchaus notwendig, und diese Friedensperiode werde durch den Dreibund und durch die kräftige Verteidigung der bestehenden Institutionen gegen die Angriffe der Umsturzparteien gesichert. Ohne Frieden sei Italien nicht im stande, seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern.

Gegen die Politik Crispis treten nur die Radikalen auf.

4. November. (Mailand.) In einer Versammlung der Führer der radikalen Partei schlägt Cavallotti vor, während der Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers v. Caprivi in Mailand ein Bankett als Demonstration gegen die Tripelallianz abzuhalten, was jedoch von der Mehrheit der Versammelten abgelehnt wird.

7. November. Der deutsche Reichskanzler v. Caprivi trifft in Mailand ein, konferiert dort mit Crispi und begibt sich am folgenden Tage mit diesem nach Monza, wo er von dem König und der Königin empfangen und zur Tafel gezogen wird.

9. November. (Salerno.) Das Haupt der Opposition gegen Crispi, Nicotera, führt in einer Wahlrede aus:

Der italienischen Regierung liege die strenge Pflicht ob, die getroffenen Vereinbarungen zu beobachten, ohne sich durch die Machtbegier oder die Sucht, mit seinem Namen zu prunken, Feinde zu schaffen. Je weniger man die Beziehungen des Staates zur Kirche erörtere, desto mehr gewinne man. Eine wohlangewandte Freiheit sei das wirksamste Mittel, die Ursachen des Kampfes zwischen Staat und Kirche zu verringern, wenn nicht zu beseitigen.

15. November. Die Zeitung „Fanfulla" meldet, bei den Besprechungen zwischen Herrn Crispi und Herrn v. Caprivi, die auf die wirtschaftliche Lage Bezug hatten, habe es sich nicht um die Bildung einer Zollliga gegen die Vereinigten Staaten gehandelt, sondern um den Zusammenschluß Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Italiens, sowie verschiedener anderer kleinerer Staaten gegen die schädliche Schutzzollpolitik Frankreichs mit der Absicht, diese Union im Jahre 1892 nach Ablauf der Handelsverträge ins Leben zu rufen. Crispi habe versprochen, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

18. November. Bei einem Bankett in Turin hält Crispi folgende Rede:

Nach einem Rückblick auf die während seiner Amtsthätigkeit vollzogenen Reformen weist er die Anschuldigung zurück, daß er seine Partei verlassen habe und eine Diktatur ausübe. In betreff der Kolonialpolitik erwarte das Land beruhigt und vertrauensvoll den Ausgang der Verhandlungen zur Abgrenzung der italienischen Okkupations- und Interessen-Sphäre bei welchen Italien, von den versöhnlichsten Absichten geleitet, mit den besten Aussichten auf Erfolg vorgehe. Die Angriffe gegen die internationale Politik Italiens seien nicht im stande gewesen, das Land zu erregen; die befreundeten Regierungen zeigten sich bestrebt, den Anschein zu beseitigen, als ob die Beziehungen zu Italien bei schwebenden Meinungsverschiedenheiten untergeordneter Art weniger herzliche wären. Sowohl Souveräne wie leitende Minister brächten Italien in dieser Hinsicht mit liebenswürdiger Höflichkeit ihre aufrichtigen Gefühle als Verbündete zum Ausdruck. Alle Schritte würden nur von jenen Leuten entstellt beurteilt, welche versuchen, die öffentliche Meinung Europas gegen Italien einzunehmen. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse habe er nicht durch seine Politik verschuldet. Das Defizit und das wirtschaftliche Unbehagen seien schon vor seinem Amtsantritt vorhanden gewesen, die gegenwärtigen Budgetschwierigkeiten rührten weder von den Rüstungen noch von der Tripelallianz her, ohne die letztere müßte Italien seine Armee verdreifachen nnd seine Befestigungen vermehren. Da Italien nicht die Abrüstung aller Staaten erreichen könne, würde es ein Verbrechen begehen, wenn es allein abrüsten wollte. Um das Defizit, welches bereits vermindert sei, vollständig zu beseitigen, werde die Regierung die Vereinfachung des Verwaltungswesens, die Verteilung der größeren öffentlichen Arbeiten auf mehrere Finanzjahre und eine Verbesserung der Steuereinhebung beantragen. Die Regierung sei fest entschlossen, neue Steuern nicht vorzuschlagen. Man habe die Differentialzölle gegenüber Frankreich beseitigt und hoffe nun, aber ohne großes Ver-

trauen, auf irgend ein Zugeständnis von französischer Seite; wenn jedoch Frankreich den neuen Tarif vom 20. Oktober als endgültige Grundlage seines Handelssystems annimmt, werde jeder Vertrag mit ihm unmöglich. Stets geneigt zu billigen Verständigungen, werde Italien doch die Beständigkeit unseres Zollsystems, ohne welches Landwirtschaft und Industrie sich nicht entwickeln könnten, aufrecht erhalten. Bezüglich der Reorganisation des Kreditwesens und bezüglich der Lösung der Arbeiterfrage würden Maßregeln getroffen werden. Die Rede wird von der Versammlung enthusiastisch aufgenommen.

23. November. Die Deputiertenwahlen ergeben einen glänzenden Sieg der Regierung. Die Opposition verliert eine Anzahl Sitze; der Führer der Radikalen Cavalotti in Mailand und der Irredentisten Barzilai in Rom kommen nur als Minoritätsvertreter (nach den Normen des Listenskrutiniums) in das Parlament. Nach Erledigung der Stichwahlen ergibt sich eine Majorität von Vierfünftel der Kammer zu Gunsten der Regierung.

8. Dezember. Der Finanz- und Schatzminister Giolitti nimmt wegen Differenzen mit dem Arbeitsminister Finali seine Entlassung; an seine Stelle tritt der ehemalige Minister Grimaldi.

10. Dezember. Die Kammern werden eröffnet. In der Thronrede begrüßt der König mit Freude und Vertrauen die neue Kammer:

Indem sich die Nation, im Innern einig, entschlossen, von ihren Pflichten und Rechten durchdrungen, in ihren Ueberzeugungen fest und in ihrem Willen klar und entschieden zeige, gewinne Italien nach außen stets wachsendes Ansehen und mehr und mehr diejenige Achtung, welche die erste Bürgschaft des Friedens sei. Treu seinen Bündnissen, herzlich in der Freundschaft und aufrichtig in dem Wunsche, die Beziehungen zu allen Mächten jederzeit zu verbessern, sehe Italien mit Genugthuung, daß jede Gefahr internationaler Verwickelungen zerstreut sei, und daß die beruhigendsten Aussichten sich in ganz Europa verbreiteten und befestigten. „Die Ehrlichkeit unserer Absichten bezüglich Afrikas ist für alle Welt augenscheinlich; wir haben nur noch unsere Gebiete und Einflußsphären in Uebereinstimmung mit den befreundeten Regierungen abzugrenzen." „Sie sind zu ausschließlich friedlicher Arbeit einberufen. Gesetze für das Wohlergehen der Arbeiter werden die Hauptaufgabe der neuen Session bilden." Das Parlament werde durch Ersparnisse in der öffentlichen Verwaltung und durch eine Umgestaltung der gegenwärtigen Steuern genügende Hilfsquellen zu finden wissen, um das Gleichgewicht des Budgets zu verwirklichen. Schließlich erinnert er daran, daß er nach den Traditionen seines Hauses fest und unerschütterlich die Rechte der Staatsgewalt aufrechthalte; er verbürge jederzeit die Rechte der Religion seiner Väter, ohne im übrigen diejenigen anderer Kulte zu beeinträchtigen; er würde aber auch nicht gestatten, daß man in politischen Versammlungen im Namen dieser Religion seine souveräne Autorität angreife.

10. Dezember. 75 neue Senatoren werden ernannt.

20. Dezember. Der Handelsvertrag mit Oesterreich wird auf ein Jahr verlängert.

VIII.

Die Römische Kurie.

17. Januar. Der „Moniteur de Rome" teilt mit, durch Notenaustausch zwischen dem Kardinalstaatssekretär Rampolla und dem außerordentlichen englischen Gesandten General Simmons sei einer der Hauptpunkte der Verhandlungen zu allseitiger Zufriedenheit geregelt werden.

20. Januar. Der „Osservatore Romano" veröffentlicht ein Gesamt-Hirtenschreiben von 236 italienischen Bischöfen, in welchem sie erklären, das Gesetz über die Wohlthätigkeitsanstalten (welches dieselben staatlicher Verwaltung unterstellt) sei eine Beleidigung für die Religion, die Gerechtigkeit und die Freiheit der Gläubigen.

Anfang März. Es wird eine katholische Hierarchie in Japan errichtet und die Städte Tokio, Nangasaki, Kioto und Sandai als Bischofssitze bestellt, ebenso eine apostolische Präfektur für die deutschen Besitzungen in Kamerun.

Anfang März. Dem Mitgliede des deutschen Reichstags, Freiherrn v. Huene, wird vom Papste in Anerkennung seiner Bemühungen für das Zustandekommen des Gesetzes, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen, die Würde eines päpstlichen Geheimkämmerers verliehen, zugleich wird er zum Kommandeur des Pius-Ordens ernannt.

14. März. Der Papst beantwortet das Schreiben des deutschen Kaisers hinsichtlich der Arbeiterschutzkonferenz folgendermaßen (vgl. Deutschland 8. März):

Majestät! Wir danken Ew. Majestät für das Schreiben, welches Allerhöchstdieselbe gütigst an Uns gerichtet hat, um Unser Interesse auf die internationale Konferenz zu lenken, welche in Berlin zu dem Zwecke zusammenzutreten im Begriffe steht, die Mittel zur Verbesserung der Verhältnisse der arbeitenden Klassen aufzusuchen. Es gereicht Uns zur Freude, Ew. Majestät dazu zu beglückwünschen, daß Allerhöchstdieselbe sich eine so edle, so ernster Aufmerksamkeit würdige und die ganze Welt interessierende Frage so sehr ans Herz genommen haben. Diese Frage hat übrigens Uns selbst unaufhörlich beschäftigt, und das von Ew. Majestät unternommene Werk entspricht einem Unsrer teuersten Wünsche. Wir haben schon früher, wie Allerhöchstdieselbe sich erinnert, Unsre Gedanken über diesen Gegenstand kundgegeben und mit Unserm Worte für denselben die Lehre der katholischen Kirche geltend gemacht, auch als ihr Oberhaupt an deren Lehre bei einem neuerlichen Anlasse erinnert, und damit diese schwierige und wichtige Frage nach allen Grundsätzen der Gerechtigkeit gelöst werde und die berechtigten

Interessen der arbeitenden Klasse gebührend sichergestellt werden, haben Wir allen und jedem, die Regierungen einbegriffen, die Pflichten und besonderen Obliegenheiten, welche sie haben, in das Gedächtnis zurückgerufen. Ohne allen Zweifel wird das vereinigte Handeln der Regierungen mächtig zur Erreichung des so sehr ersehnten Zieles beitragen. Eine Gleichartigkeit der Anschauungen und der Gesetzgebungen, so weit sie wenigstens die verschiedenen Verhältnisse der Oertlichkeiten und Länder gestatten, wird geeignet sein, in hohem Grade die Frage einer gerechten Lösung entgegenzuführen. So können Wir nur nachdrücklich alle Beratungen der Konferenz unterstützen, welche darauf abzielen werden, die Lage der Arbeiter zu heben; wie z. B. eine den Kräften, dem Alter und dem Geschlecht besser angepaßte Arbeitszeit; die Sonntagsruhe und im allgemeinen alles, was geeignet ist, zu verhindern, daß der Arbeiter wie ein niedriges Werkzeug (vil instrument) ausgebeutet werde, ohne Rücksicht auf seine Menschenwürde, seine Moralität und seinen häuslichen Herd.

Eurer Majestät ist es indeß nicht entgangen, daß die glückliche Lösung einer so ernsten Frage neben der weisen Intervention der bürgerlichen Gewalt die mächtige Beihilfe der Religion und die wohlthätige Aktion der Kirche erfordert. Die religiöse Gesinnung allein ist fähig, den Gesetzen ihre volle Wirksamkeit zu sichern und das Evangelium allein ist das Gesetzbuch, in welchem sich die Prinzipien der wahren Gerechtigkeit und die Grundsätze gegenseitiger Liebe verzeichnet finden, welche alle Menschen wie Kinder desselben Vaters und wie Mitglieder derselben Familie vereinigen soll. Die Religion wird somit auch dem Arbeitgeber lehren, in dem Arbeiter die menschliche Würde zu achten und ihn mit Gerechtigkeit und Billigkeit zu behandeln; sie wird in das Gewissen des Arbeiters das Gefühl der Pflicht und der Treue pflanzen und ihn moralisch, besonnen und ehrlich machen. Weil die Gesellschaft die religiösen Prinzipien aus dem Auge verloren, vernachlässigt und verkannt hat, sieht sie sich bis in ihre Fundamente erschüttert; jene Prinzipien wieder in das Gedächtnis zurückzurufen und sie wieder in Kraft zu setzen, ist das einzige Mittel, die Gesellschaft auf ihren Grundlagen wieder herzustellen und ihr den Frieden, die Ordnung und das Gedeihen zu sichern.

Die Aufgabe der Kirche nun ist es, in der ganzen Welt diese Grundsätze und diese Lehren zu predigen und zu verbreiten; ihr kommt es daher zu, einen breiten und fruchtbaren Einfluß auf die Lösung des sozialen Problems zu üben. Diesen Einfluß haben Wir geübt und Wir üben ihn noch und insbesondere zum Nutzen der arbeitenden Klassen. Die Bischöfe und Seelenhirten ihrerseits, unterstützt von ihrem Klerus, werden ebenso in ihren betreffenden Diözesen handeln, und Wir hoffen, daß diese heilsame Aktion der Kirche, fern davon, sich durch die bürgerlichen Gewalten behindert zu sehen, künftig bei ihnen Hilfe und Schutz finden wird. Dafür bürgt Uns einerseits das Interesse, welches die Regierungen dieser ernsten Frage zuwenden und andrerseits der wohlwollende Appell, welchen Eure Majestät soeben an Uns gerichtet hat. Inzwischen bekunden wir Unsern wärmsten Wunsch, daß die Resultate der Konferenz fruchtbare und wohlthätige seien und der allgemeinen Erwartung voll entsprechen mögen.

Bevor Wir dieses Schreiben schließen, wollen Wir hier noch der Befriedigung Ausdruck geben, welche Wir empfanden, als Wir erfuhren, daß Eure Majestät den Fürstbischof von Breslau, Msgr. Kopp, eingeladen habe, als Ihr Bevollmächtigter an der Konferenz teilzunehmen; er wird sich gewiß durch diesen Beweis hohen Vertrauens, welchen Eure Majestät ihm bei dieser Gelegenheit gibt, sehr geehrt fühlen.

Mit der lebhaftesten Genugthuung drücken wir Eurer Majestät die

aufrichtigsten Wünsche aus, welche wir für Ihr Wohlergehen und für das Ihrer Kaiserlichen Familie hegen.

Vom Vatikan, den 14. März 1890. gez. Leo P. P."

19. April. Der Papst empfängt einen Vertreter des „New-York Herald" und äußert ihm gegenüber:

„Die soziale Frage könne nur durch Hebung der Sittlichkeit der Welt gelöst werden. Die Regierungen der verschiedenen Nationen müßten das Ihrige thun, er werde das Seinige thun. Er beabsichtige, Ausschüsse in jeder Diözese der Welt bilden zu lassen. Jeder Ausschuß solle einen Bischof an der Spitze haben und entweder aus Arbeitern oder Personen, welche mit den Arbeitern sympathisieren und verkehren, bestehen. An Festtagen, und wenn immer die Arbeit ruhe, würden diese Ausschüsse die Arbeiter zusammenberufen, deren Pflichten erörtern und ihnen wahre Sittlichkeitslehren einprägen."

20. April. Der Erzbischof von Köln erhält ein Breve des Papstes, in welchem dem Erzbischof und allen Bischöfen Deutschlands die fortgesetzte Sorge für das Wohl der arbeitenden Klassen und für die Missionierung der Eingeborenen deutscher Schutzgebiete in Afrika dringend ans Herz gelegt wird.

21. April. Der Papst empfängt in der Peterskirche eine Pilgermasse von angeblich 20,000 Personen.

23. Juni. Der Papst hält ein Konsistorium, in welchem er die Bischöfe Galleati von Ravenna, Mermillod von Lausanne und Genf, Dunajewski von Krakau, sowie den Nuntius in Lissabon Vanutelli zu Kardinälen ernennt.

21. Juli. Der „Osservatore Romano" veröffentlicht einen Brief des Papstes an den Kardinal Lavigerie, in welchem der Papst seine Freude über den Fortschritt der afrikanischen Völker in der Civilisation ausspricht, und seine Unterstützung in Aussicht stellt.

15. Juli. Der Papst verläßt bei einer Spazierfahrt die vatikanischen Höfe durch das eine Thor, um sogleich durch das andere zurückzukehren. Hieran knüpfen viele Blätter die Hoffnung, daß er die Fiktion der Gefangenschaft aufgeben werde; doch bestreiten die päpstlichen Organe dies sogleich mit Entschiedenheit.

3. Oktober. Kardinal Hergenröther, Archivar der Kurie †.

15. Oktober. Eine päpstliche Encyklika an den italienischen Klerus verurteilt in leidenschaftlichem Ton die Handlungsweise der italienischen Regierung gegenüber der Kurie.

18. Oktober. Der „Osservatore Romano" erklärt mit Entschiedenheit die Mitteilungen der „Riforma" (Organ Crispis) für unwahr, wonach die Kurie den Nuntius Galimberti in Wien

beauftragt haben soll, gegen die Erneuerung des Dreibundes zu wirken.

Dezember. Der Papst erläßt ein Schreiben an sämtliche Bischöfe,

in welchem er dieselben daran erinnert, daß die Kirche sich zu Gunsten der Sklavenbefreiung verwendet habe und die bezüglichen Thaten früherer Päpste, sowie sein Schreiben an die Bischöfe Brasiliens anführt. Er sei von den Erzählungen über die Leiden der Sklaven in Zentralafrika so ergriffen worden, daß er den Kardinal Lavigerie beauftragt habe, die größten Städte Europas zu besuchen und die Souveräne und Völker aufzufordern, für die Abschaffung der Sklaverei einzutreten. Er sage den Souveränen Europas Lob und Dank für die Abhaltung der Antisklaverei-Kongresse in Brüssel und Paris und empfehle, mit der Verkündigung des Evangeliums fortzufahren. Zu diesem Behuf werde er eine jährlich am Dreikönigstage zu veranstaltende Kollekte anordnen.

Dezember. Der „Monde" und L'Univers" veröffentlichen einen Brief des Kardinals Rampolla an einen französischen Bischof, welcher den Papst betreffs der Kundgebung des Kardinals Lavigerie zu Gunsten der republikanischen Staatsform befragt hatte.

In dem Briefe führt Rampolla aus, daß die katholische Kirche weder in ihrer Verfassung, noch in ihren Lehrsätzen irgendwelche Bestimmungen enthielte, daß diese oder jene Regierungsform ihr widerstrebe, denn jede derselben könne, wenn mit Gerechtigkeit und Klugheit gehandhabt, einen ausgezeichneten Gesellschaftszustand aufrecht erhalten. Der apostolische Stuhl respektiere nicht nur die bürgerlichen Gewalten, sondern er unterhalte auch diplomatische Beziehungen mit denselben. Die Gläubigen möchten daher, wenn nicht besondere Gründe dem entgegenstünden, an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen, damit der heilsame Einfluß der Religion zum Staatswohle beitrage. Die französischen Katholiken würden ein nützliches Werk verrichten, wenn sie diesen Weg wandelten.

Dezember. Der Papst spricht sein Mißfallen den ungarischen Bischöfen aus, weil sie im Gegensatz zu dem niederen Klerus der Regierung in der Frage der „Wegtaufungen" (vgl. Oesterreich-Ungarn) zu sehr entgegengekommen seien.

IX.

Schweiz.

7. Januar. In Bern werden außerordentliche Maßregeln zum Schutz der öffentlichen Sicherheit in Anlaß von Streikbewegungen getroffen.

26. Januar. Der Bundesrat beschließt Einladungen zu einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz für den Mai zu erlassen.

29. Januar. (Bern.) Die Ausnahmemaßregeln werden wiederum aufgehoben.

30. Januar. Der Bundesrat fordert die Aargauische Regierung auf, dem Bezirksammann Baumer von Rheinfelden die angedrohte Veröffentlichung von Schriftstücken betreffend die Angelegenheit Wohlgemuth zu verbieten, widrigenfalls nach Maßgabe des Bundesstrafrechts gegen ihn verfahren würde. Wegen einer früheren Veröffentlichung Baumers ist die Untersuchung noch anhängig. (Vgl. Jahrg. 1889, S. 258 ff.)

2. Februar. Die neue Verfassung des Kantons Basel wird genehmigt.

4. Februar. Der Bundesrat erläßt die längst vorbereitete Einladung zu der Arbeiterschutzkonferenz in Bern für den 7. Mai.

12. Februar. Dem Bezirksamtmann von Aargau wird wegen unbefugter Veröffentlichung von Aktenstücken in der Wohlgemuth-Angelegenheit von der Regierung des Kantons eine Ordnungsstrafe von 50 Francs auferlegt; auch erhält derselbe einen ernsten Verweis.

13. Februar. Die Einladung Deutschlands zur Arbeiterschutzkonferenz wird dem Bundesrat überreicht. Schweizerische

Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß es zwischen Deutschland und der Schweiz bezüglich der beiderseitigen Pläne zu einer Verständigung kommen werde.

14. Februar. Der Bundesrat erkennt in seiner Antwort an, daß das Vorgehen Deutschlands nicht bezweckt, der Berner Konferenz entgegenzutreten, sondern geeignet ist, die Lösung derjenigen Fragen, zu welcher die Schweiz die Initiative ergriffen habe, zu beschleunigen. Obwohl grundsätzlich mit dem Vorgehen der deutschen Regierung einverstanden, ersucht der Bundesrat dieselbe doch um nähere Mitteilungen über die Form, in welcher die Konferenz abgehalten werden soll, sowie über die Zeit des Zusammentritts und das Programm derselben.

18. Februar. In zwei gleichlautenden Noten vom 7. Februar 1890 stellen die Regierungen des unabhängigen Kongostaats und Portugals die Anfrage an den Bundesrat, ob er geneigt sei, die die Rolle des Schiedsrichters für die Meinungsverschiedenheiten zu übernehmen, welche zwischen beiden Staaten mit Bezug auf die Feststellung ihrer Grenzen in Afrika entstehen möchten. Die Anregung zu dem Schiedsgericht erfolgte im Einverständnis der Vertragsmächte in dem Augenblicke, wo sie sich anschickten, die Abgrenzungsarbeiten vornehmen zu lassen. Der Bundesrat sagt die Annahme des ihm angebotenen Schiedsrichteramts zu.

25. Februar. Der Bundesrat zieht die Konferenzeinladung im Hinblick auf die Berliner zurück.

24. März. (Basel.) Das Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung der Arbeiter bis zu 2200 Francs Einkommen wird vom Baseler Volk mit 5015 gegen 2291 Stimmen verworfen.

14. April. Der Bundesrat beschließt, der Direktion der Jura-Simplonbahn seine Geneigtheit zu erklären, mit Italien über die Herstellung eines Simplon-Tunnels mit der im Projekt vom Jahre 1882 angenommenen Höhenlage zu unterhandeln.

Mitte April. Die Tessiner Regierung tritt wegen der Unterschleife des Staatskassierers Scazziga aus dem Amte.

19. Mai. Nachdem der Bundesrat sich auf Anregung Deutschlands zum Abschluß eines neuen Niederlassungs-Vertrages bereit erklärt, wird der Bundesrat Droz zum Vertragsabschluß unter Ratifikationsvorbehalt ermächtigt.

28. Mai. Nachdem der Bischof Mermillod von Lau-

sanne seine bevorstehende Ernennung zum Kardinal mitgeteilt, antwortet der Bundesrat:

Er habe mit besonderer Befriedigung die von Mermillod im Namen des heiligen Stuhles und in seinem eigenen Namen abgegebenen Versicherungen über die Bedeutung entgegengenommen, welche dieser Wahl für die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen der Schweiz zu dem heiligen Stuhle und der katholischen Kirche der Schweiz beizumessen sei.

31. Mai. Der Niederlassungs-Vertrag wird unterzeichnet. (St. A.)

4. Juni. Der Nationalrat beschließt nach dem Antrag des Bundesrats die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung mittels Gesetzgebung. Der Ständerat genehmigt den Gesetzentwurf betreffend die Rücktrittsentschädigung dienstunfähiger Beamten.

August. Der Bundesrat übernimmt das Schiedsrichteramt zwischen England und Portugal betreffs der über den Bau der Delagoabahn in Afrika entstandenen Streitfrage.

11. Sept. (Bellinzona [Tessin]). Infolge der Weigerung der konservativen Regierung, die Abstimmung über die vom Volke verlangte Verfassungsrevision anzuordnen, kommt es zu einem Aufstande der Liberalen, bei welchem das Zeughaus und das Regierungsgebäude von letzteren besetzt werden. Die Konservativen leisten keinen erheblichen Widerstand, mehrere Staatsräte, Respini, Casella und Gianella, werden verhaftet, Rossi getötet. Die provisorische Regierung besteht aus fünf Liberalen. Die Liberalen in Lugano, Mendrisio, Chiasso, Locarno und Brissago schließen sich der aufständischen Bewegung an. Der Bundesrat tritt, wie „W. T. B." meldet, sofort zu einer Sitzung zusammen und beschließt eine bewaffnete Intervention. Oberst Künzli wird zum eidgenössischen Kommissar ernannt, zwei Bataillone erhalten den Befehl, nach dem Tessin abzugehen. Die Anklagekammer des Bundesgerichts wird von der Bundesanwaltschaft ersucht, den Untersuchungsrichter einzuberufen.

13. September. Oberst Künzli übernimmt als Bundeskommissar die zeitweilige Regierung im Tessin; die revolutionären Machthaber werden verhaftet und vor Gericht gestellt. Proteste der früheren konservativen Regierung, welche wieder in Funktion zu treten verlangt, werden abgewiesen.

Ende September. Die Auslieferung des nach England ge-

flüchteten Mörders des Staatsrates Rossi, Castioni, wird gefordert, aber von England verweigert.

5. Oktober. Die Volksabstimmung in Tessin über die Revision der bisherigen Verfassung ergibt mit 94 Stimmen Mehrheit einen Sieg der Liberalen.

9. Oktober. Ein Bundesbeschluß (durch National- und Ständerat) bezüglich des Vorgehens der Bundesexekution im Tessin kommt in folgender Form zu stande:

„Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrats vom 22. und der Erklärung desselben vom 29. September 1890, beschließt: 1. Die vom Bundesrat im Tessin getroffenen Maßnahmen werden genehmigt. 2. Der Bundesrat wird ermächtigt, diese Maßnahmen provisorisch aufrecht zu erhalten und wenn nötig, den Bestand der Okkupationstruppen zu vermehren. Er wird eingeladen, seine Anstrengungen fortzusetzen, um den Kanton Tessin baldmöglichst einem verfassungsmäßigen Zustande entgegenzuführen, welcher die nötigen Garantien für die Aufrechthaltung des Friedens und der öffentlichen Ordnung bietet. 3. Der Bundesrat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt."

12. Oktober. Die ehemalige Tessiner Regierung wird seitens des Bundesrates wieder eingesetzt, doch unter Aufsicht des Bundeskommissars gestellt.

16. Oktober. (Bern.) Eine Kommission von Bevollmächtigten beider Tessiner Parteien tritt unter Vorsitz des Bundesrates Ruchonnet zusammen, bleibt jedoch resultatlos.

22. November. Der Bundeskommissar Oberst Künzli erzielt im Tessin eine Verständigung beider Parteien. Bei den Wahlen soll künftig eine proportionale Vertretung beider angestrebt werden.

8. Dezember. Der Bundeskommissar Oberst Künzli im Tessin übergibt die Geschäfte der einheimischen Regierung, welche aus drei Klerikalen und zwei Liberalen besteht.

8. Dezember. Der Nationalrat nimmt ein Gesetz wegen Auslieferung politischer Verbrecher in folgender Form an:

Wegen politischer Verbrechen und Vergehen wird die Auslieferung nicht bewilligt. Die Auslieferung wird bewilligt, obgleich der Thäter einen politischen Beweggrund oder Zweck vorschützt, wenn die Handlung, um deren willen die Auslieferung verlangt wird, vorwiegend den Charakter des gemeinen Verbrechens oder Vergehens hat. Das Bundesgericht entscheidet im einzelnen Falle über die Natur der strafbaren Handlung auf Grund des frei zu ermittelnden Thatbestandes. Wenn die Auslieferung bewilligt wird, so stellt der Bundesrat dem ersuchenden Staat die Bedingung, daß der Auszuliefernde wegen seines politischen Beweggrundes oder Zweckes nicht strenger behandelt werden dürfe.

11. Dezember. Zum Bundespräsidenten für 1891 wird Welti gewählt.

16. Dezember. Eine Anzahl Ausländer wird wegen anarchistischer Umtriebe ausgewiesen.

X.

Belgien.

1. Januar. Der König äußert gegenüber der Glückwunsch-Deputation des Magistrats, es müsse alles geschehen, um das Los der invaliden Arbeiter zu verbessern; er betont ferner die Notwendigkeit der Einführung allgemeiner Wehrpflicht.

16. Januar. Die Regierung legt einen Gesetzentwurf wegen Errichtung von Unterstützungskassen für verunglückte Arbeiter vor.

29. Januar. Die Kammer beschließt die Zulassung der Frauen zu medizinischen Berufsarten und verweigert sie zu juristischen.

31. Januar. Eine Untersuchung gegen die Schriftsteller Foucault de Mondion und Rieter wegen Abdruckes teilweise gefälschter Aktenstücke in der „Nouvelle Revue" führt zu der Ermittelung, daß beide auch bei der Abfassung der im Jahre 1887 dem Zaren in die Hände gespielten angeblich belgischen Aktenstücke beteiligt gewesen.

1. Februar. (Brüssel.) Der Antisklaverei-Kongreß lehnt den belgischen Vorschlag des gänzlichen Verbotes der Einfuhr von Feuerwaffen, welchen die Hauptmächte bekämpften, ab. Dagegen nimmt die Spezialkommission folgenden vermittelnden Vorschlag, wenigstens grundsätzlich, an: „Jeder Kolonialstaat soll auf eigenem Gebiete die Einfuhr von Feuerwaffen beaufsichtigen und die den Sklavenhändlern bestimmten Sendungen aufhalten."

3. Februar. Es findet in Jumet eine konstituierende Versammlung des Landesvereins der Bergleute statt. Die Führung übernimmt ein Ausschuß mit je zwei Mitgliedern aus jedem Becken. Das Programm lautet wie das der sozialistischen Arbeiterpartei: allgemeines Stimmrecht und Achtstundentag.

5. Februar. (Kammer.) Bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen befragt Carlier den Minister des Auswärtigen bezüg-

lich der Gerüchte über einen Vertrag zwischen Deutschland und Belgien. Der Minister erwidert, Belgien würde keinen Vertrag annehmen, außer einen solchen, welcher seine Neutralität sichere.

14. Februar. Die Kammer verwirft den Antrag des Grafen Oultremont, einen Ausschuß zur Untersuchung der Heeresverhältnisse und zur Lösung der Frage einzusetzen, ob die Bevölkerung die persönliche Dienstpflicht wolle.

23. Februar. (Brüssel.) Es findet eine Landesversammlung der Vlamen aller Gaue statt. Es wird die Unbilligkeit der Einteilung der Gemeinden in wallonische und vlämische dargelegt. Hierüber, sowie angesichts der schwebenden Beratung des Gesetzes über die Universitäten werden Beschlüsse gefaßt, welche der Vorstand der Versammlung vor die Regierung und die Kammer bringen soll.

3. März. (Brüssel.) Die Sozialistenpartei veranstaltet in der verflossenen Nacht eine republikanische Straßenkundgebung. 3000 Sozialisten ziehen durch die Straßen unter dem Rufe: „Nieder mit dem König!"

3. März. In der Antisklaverei-Konferenz lehnt die Türkei es ab, durchgreifenden Maßregeln gegen die Sklaven-Einfuhr zuzustimmen, und beschränkt sich auf allgemeine beruhigende Zusicherungen.

Mitte März. Im Senat wird der Antrag, von den Aerzten, Apothekern und Gymnasiallehrern vor der Niederlassung oder Anstellung in den vlämischen Landesteilen eine Prüfung in der niederländischen Sprache zu verlangen, verworfen.

22. April. Bei dem Fest, welches zu Ehren Stanleys in der Brüsseler Börse stattfindet, hält der König folgende Rede:

„Im Jahre 1879 ist Stanley in meinem Auftrage nach Afrika gezogen, um die Grundlagen des neuen mittelafrikanischen Staatswesens zu schaffen. Es gereicht mir zur Freude, daß Sie mich zu den bisher erreichten Erfolgen gerade an dem Tage beglückwünschen, da der berühmte Pionier der Zivilisation in unsrer Mitte weilt. Fortan sind ungeheuer ausgedehnte Gegenden, durchzogen von dem mächtigsten Flußsystem der Welt, der Kolonisation und dem Handel erschlossen. Ich zweifle nicht daran, daß sie unsrer nationalen Schaffenskraft immer ausgedehntere Absatzgebiete bilden werden. Wie soll man davon nicht überzeugt sein, wenn man sieht, wie alle übrigen Teile des afrikanischen Kontinents von den europäischen Staaten in Besitz genommen werden und welchen Wert man den afrikanischen Kolonien allenthalben beilegt. Ich habe gegenüber Belgien vielfache Pflichten zu erfüllen und ich will ihnen allen gewissenhaft nachkommen. Meine wichtigste Pflicht aber ist die, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften für

das öffentliche Wohl zu sorgen, und mein Gewissen sagt mir, daß mein Bestreben nicht erfolglos sein kann. Die Erfolge, die ich durch zehn Jahre in Afrika errungen, bieten dem Königreich die Gelegenheit, seine internationale Bedeutung und seinen Reichtum zugleich zu erhöhen. Ich werde nie vergessen, daß Belgien mich in meinem Unternehmen schon zweimal großmütig unterstützte. Wenn der männliche Unternehmungsgeist die Völker zu Fortschritt und Glück führt, so bringen Unentschlossenheit und Halbheit moralische wie physische Entnervung. Möge mein Vaterland vor einem solchen Schicksal bewahrt bleiben!"

23. April. (Brüssel: Kammersitzung.) Finanzminister Beernaert sagt, der König habe bei dem gestrigen Festbankett eine sehr deutliche Anspielung auf den Plan gemacht, Belgien den Kongostaat zu vermachen.

29. April. In der Repräsentantenkammer wird bei der Beratung des Budgets des Justizministeriums, durch Mitglieder der Linken angeregt, eine Diskussion über die Nieter'sche Veröffentlichung von Schriftstücken beendet. Die von der Rechten beantragte einfache Tagesordnung wird mit 72 gegen 30 Stimmen angenommen.

1. Mai. Die Demonstrationen der Arbeiter führen in Tourcoing und Roubaix zu andauernden Massenstreiks (angeblich 120,000 Arbeiter).

10. Mai. In der Sitzung der Antisklaverei-Konferenz legt der belgische Generalsekretär des Auswärtigen, Baron Lambermont, einen Antrag vor betreffs Revision der Bestimmungen der Generalakte der Konferenz vom Jahre 1885, durch welche für das Kongo-Bassin vollständige Handelsfreiheit festgesetzt wurde. Nach dem vorgelegten Antrage sollen diejenigen Staaten, welche Ländergebiete im Kongo-Bassin besitzen, ermächtigt sein, von allen eingeführten Waren Wertzölle zu erheben. Die Bevollmächtigten Englands unterstützen den Antrag sehr warm. Die Bevollmächtigten Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Portugals acceptieren den Antrag zwar im Prinzip, behalten jedoch ihren Regierungen alle und jede Entscheidung vor.

3. Juni. Die Bevollmächtigten Deutschlands, Oesterreichs, Englands, Frankreichs, Spaniens, Italiens, Portugals, Schwedens, Rußlands und Dänemarks teilen mit, der Antrag habe die volle Zustimmung ihrer Regierungen gefunden. Der Delegierte der Niederlande erklärte, er könne den Absichten seiner Regierung nicht vorgreifen, die Sympathien seiner Regierung für das Kongo-Becken seien jedoch die gleichen, wie diejenigen der Regierungen der anderen Konferenzmitglieder.

10. Juni. Die Liberalen gewinnen bei den Ersatzwahlen zwei Sitze in Charleroi und einen in Verviers, verlieren aber einen in Gent, und in Stichwahlen kommen zwei bisherige Abgeordnete in Thuin mit Katholiken. Im allgemeinen ist der alte Besitzstand geblieben.

Mitte Juni. Stanley übernimmt das Amt als Generalgouverneur des Kongo-Staats.

23. Juni. In Gent findet ein Umzug durch die Straßen zur Forderung des allgemeinen Stimmrechts statt; es nehmen etwa 10,000 Personen daran teil.

2. Juli. Die Vertreter aller Mächte mit Ausnahme desjenigen der Niederlande unterzeichnen die Generalakte der Antisklaverei-Konferenz sowie die Zusatzerklärung bezüglich der Einführung von Kongozöllen. Der niederländischen Regierung wird zur Beitrittserklärung zu den Beschlüssen der Konferenz eine sechsmonatliche Frist bewilligt.

11. Juli. Der Gesetzentwurf betreffend die dem Kongostaat zu gewährende Unterstützung wird von der Deputiertenkammer beraten.

Danach gewährt Belgien dem Kongostaat ein Darlehen von 25 Millionen Francs und zwar 5 Millionen sofort, den Rest in Raten von je 2 Millionen jährlich, 10 Jahre hindurch. Während dieser 10 Jahre soll die Anleihe zinsfrei sein. Dagegen ist Belgien berechtigt, nach Ablauf dieser zehnjährigen Frist den Kongostaat mit allen seinen Rechten zu annektieren, die ihm in Gemäßheit des Berliner Vertrages vom 26. Februar 1885 und der Brüsseler Zusatzerklärung bezüglich der Kongozölle vom 2. Juli 1890 zustehen; Belgien muß seinerseits die anderen Mächten gegenüber in der Kongoakte festgesetzten Verpflichtungen übernehmen. König Leopold lehnt jedwede Schadloshaltung für die von ihm gebrachten Opfer ab. Fortan wird Belgien vom Kongostaat jedwede Mitteilung über die dortige Lage, namentlich über das Budget und die Steuererhebungen, erhalten, doch wird sich Belgien in keiner Weise in die Verwaltung des Kongostaats einmischen. Letzterer verpflichtet sich, in Zukunft keine neue Anleihe ohne Zustimmung Belgiens aufzunehmen. Sollte nach Ablauf von 10 Jahren Belgien darauf verzichten, den Kongostaat zu annektieren, so sollen die geliehenen 25 Millionen Francs mit $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinst werden, und kann nach weiteren 10 Jahren die Rückzahlung verlangt werden. Auch vor diesem Termin soll der Kongostaat zu teilweisen Rückzahlungen alle Einkünfte verwenden, welche ihm aus der Ueberlassung von Ländereien oder Minen zufließen.

Bei dieser Gelegenheit wird das Testament des Königs hinsichtlich des Kongostaats veröffentlicht.

„Wir Leopold II., König der Belgier, Souverän des unabhängigen Kongostaats, wollen unserem vielgeliebten Vaterlande die Früchte des Werkes sichern, welches wir schon seit langen Jahren in Afrika verfolgen. In der Ueberzeugung, daß wir auf diese Weise Belgien, wenn es will, die unerläßlichen Absatzgebiete für seinen Handel und seine Industrie eröffnen und der

Thätigkeit seiner Kinder neue Wege anweisen, erklären wir hiermit, daß wir nach unserem Tode unsere sämtlichen Rechte als Souverän des unabhängigen Kongostaats, wie sie durch die seit 1884 zwischen den auswärtigen Mächten abgeschlossenen Verträge, Erklärungen und Konventionen, sowie durch die Internationale Kongovereinigung und durch den unabhängigen Kongostaat anerkannt worden, nebst sämtlichen mit dieser Souveränetät verknüpften Rechten, Eigentum und Vorteilen an Belgien vermachen und übertragen. Bis die belgische Gesetzgebung sich darüber geäußert hat, ob sie dieses Vermächtnis annehmen will oder nicht, wird die Souveränetät gemeinschaftlich durch den Rat der drei Administratoren des unabhängigen Kongostaats und durch den General-Gouverneur ausgeübt werden. Gegeben zu Brüssel, am 11. August 1889. Gezeichnet Leopold."

21. Juli. Feier des fünfundzwanzigjährigen Regierungs-Jubiläums und des sechzigsten Jahrestages der Unabhängigkeit. In Beantwortung der Adressen äußert der König über den Kongostaat:

Indem ich Ihnen die Mittel anbot, Ihre wirtschaftliche Aktionssphäre auszubreiten, war ich von dem Gedanken bewegt, Belgien die wesentlichen Elemente seiner Entwickelung wieder zu geben, die ihm seit 1830 fehlten. Vom Beginn der Schöpfung des Kongostaates dachte ich an Belgien, und für Belgien allein habe ich weder Anstrengungen noch Opfer gescheut. Dank der Unterstützung, die ich bei den Mitbürgern gefunden habe, ist der neue Staat gewachsen, und man bestreitet nicht mehr seine glänzende Zukunft. Dies war denn auch für mich der Augenblick, um meine afrikanischen Besitzungen Belgien zu sichern. Sei es nun nach meinem Ableben oder früher, — nach einem Zeitraum von 10 Jahren, den ich für nötig halte, ebensosehr um das Werk zu befestigen, als um das Land in den Stand zu setzen, vollständig die ihm gebotenen Vorteile zu erkennen, — wird Belgien mein Erbe sein und wird niemals weniger als ich wünsche, die Ausdehnung oder die Bedeutung der neuen Besitzungen herabmindern. Ich habe vor, meine Absichten in einem Kodizill darzulegen, welches mein Testament ergänzen wird. An dem Tage, an welchem meine Verfügungen in den Bereich der Thatsachen eingetreten sein würden, hätten sie ein neues Element politischer Lebensfähigkeit erworben. Schreiten wir mit Vertrauen auf dem Wege, den uns die Vorsehung gewiesen, fort!

25. Juli. Die Konvention zwischen Belgien und dem Kongostaat wird in der Kammer mit allen gegen eine Stimme angenommen; am 29. Juli vom Senat einstimmig.

10. August. Ein Arbeitertag in Brüssel spricht sich für das allgemeine Stimmrecht aus und sendet folgendes Telegramm ab:

„An den König. Schloß Laeken. Zur Nachricht. Sie haben von dem Lande die Losung gewünscht. Diese Losung ist heute erteilt worden, sie ist das allgemeine Stimmrecht. Im Namen des Komitees der heutigen Kundgebung."

6.—10. September. (Internationaler katholischer Sozial-Kongreß in Brüssel.) Die belgischen Teilnehmer zeigen sich einem Eingreifen des Staates in die sozialen Verhältnisse abgeneigt, werden aber von den auswärtigen überstimmt.

Der Abg. Bachem bringt mit Unterstützung von Angehörigen der verschiedenen auf dem sozialen Kongreß vertretenen Länder folgende Resolution ein:

„Der soziale Kongreß in Lüttich schließt sich den von der Berliner Konferenz geäußerten Wünschen an. Obwohl die Wünsche der genannten Konferenz nur einen ersten Schritt auf dem Wege des internationalen Arbeiterschutzes darstellen, ersucht der Kongreß die Regierungen und die Parlamente, die Gesetzgebung mit diesen Wünschen in Einklang zu bringen." Dieser Antrag veranlaßt in der Mittwoch-Morgensitzung eine stürmische Verhandlung, da eine kleine französische Gruppe leidenschaftlich und in einer für den Antragsteller beleidigenden Weise dagegen protestiert, worauf Advokat Collinet und Professor Kurth die französischen Redner scharf zurückweisen. Gegen die Stimmen der Franzosen wird sodann an Stelle des Antrages Bachem folgender Antrag Collinet angenommen: „Der Kongreß erkennt die Berliner Konferenz als ein glückliches Ereignis für den sozialen Frieden an."

14. September. (Sozialisten-Kongreß in Ostende.) Derselbe trägt einen ausgesprochen revolutionären Charakter. Mehrere Redner fordern das Proletariat auf, die Rathäuser und Paläste zu stürmen; ein allgemeiner Streik wird beschlossen.

Ende September. Der König spricht im Ministerrat den Wunsch aus, die Regierung möge die Initiative zu einer Verfassungsrevision ergreifen.

Ende Oktober. Besuch des Königs in Potsdam.

November. Ein Antrag auf Verfassungsänderung im Sinne einer Erweiterung des Wahlrechts wird in der Kammer von Janson eingebracht.

XI.

Niederlande und Luxemburg.

5. Januar. Aus Java wird gemeldet, daß Truppen nach Neu-Guinea zur Unterwerfung der aufständischen Papuas abgeschickt seien.

Gegen Ende des Monats zeigen sich in der Presse Besorgnisse wegen der Verteidigungsfähigkeit des Landes.

30. Januar. In der Ersten Kammer wird das Budget des Kriegsministeriums mit 33 gegen 3 Stimmen angenommen, nachdem der Kriegsminister erklärt hat, er hege das völlige Ver-

trauen, daß eine Mobilmachung der Armee befriedigend verlaufen werde. Gegebenenfalls sei er bereit, einem Generalausschusse jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Die Kammer nimmt den Ausschuß nicht an, da sie nicht in der Lage sei, die ihr zu machenden Mitteilungen zu beurteilen. Die Verantwortlichkeit müsse dem Kabinet überlassen bleiben.

31. Januar. Die Erste Kammer verwirft mit 20 gegen 19 Stimmen das Kolonialbudget, um dem Minister Keuchenius wegen Mißgriffe und Unthätigkeit ihr Mißtrauen auszudrücken.

13. Februar. Eine französische Spezialmission betreffs der Grenzregulierungsfrage in Guyana trifft in Haag ein.

18. Februar. Der bisherige Minister des Innern, Baron Mackay, wird an Stelle von Keuchenius zum Kolonialminister, und de Savornin-Lohman (Konservativer) zum Minister des Innern ernannt.

14. Mai. Die Holländer erleiden auf Sumatra eine Niederlage gegen die Atchinesen.

31. Mai. Der Generalgouverneur von Niederländisch-Indien meldet telegraphisch, die Lage in Atschin sei eine ernstere geworden, die Zahl der Feinde habe zugenommen, der Radscha, seinen Unterthanen mißtrauend, sei in die Befestigung der Holländer geflüchtet. Von Java werden Truppenverstärkungen abgesandt.

18. Juni. Eine allgemeine Waterloo-Feier findet im Lande statt.

Juli. Der niederländische Gesandte in London, Graf von Bylandt, richtet an die „Times" eine die Haltung seiner Regierung auf der Brüsseler Antisklaverei-Konferenz motivierende Zuschrift gerichtet (s. Belgien). Dieselbe lautet:

„Die Regierung der Niederlande ist gewiß Willens, mit den andern interessierten Mächten zusammenzuwirken, um dem Kongo-Staat die Mittel zu verschaffen, damit die gegen den Sklavenhandel beschlossenen Maßregeln zur Ausführung gebracht werden können. Die niederländische Regierung ist aber der Ansicht, daß die Brüsseler Konferenz nicht nur ihr ursprüngliches Programm, sondern auch ihre Kompetenz überschritten hat, indem sie als einzige Einnahmequelle Einfuhrzölle vorschlug, welche sicher ausschließlich den Handel des Auslandes belasten und eine Verletzung der Bestimmungen der Generalakte der Berliner Konferenz sein würden, welche den Kongo-Staat geschaffen hat. Damals wurde die Bedingung gesetzt, daß 20 Jahre lang im Kongo-Staat keine Einfuhrzölle erhoben werden sollten. Ausfuhrzölle konnten auch in Erwägung gezogen werden, ebenso viele lokale direkte Steuern, welche von in Afrika angesiedelten Personen, aber nicht auf Waren erhoben werden könnten. Die Behauptung, der Handel der Niederlande mit der Westküste Afrikas sei höchst unbedeutend, während ihre eigenen

Zölle in Europa und in den niederländischen Kolonien sehr hoch und schützend seien, enthüllt eine totale Unkenntnis der Thatsachen. Die niederländischen Faktoreien in Banama und anderen Plätzen der Westküste Afrikas sind nicht nur die ältesten, sondern auch die größten in jenem Teile der Welt. Was die hohen Zölle betrifft, so vergleiche man die niederländischen nur mit denen aller anderen Nationen, und man wird das Absurde dieser Behauptung einsehen."

August. Die Regierung bringt einen Gesetzentwurf ein, der die Aufhebung der Stellvertretung und des Nummertausches, eine erhebliche Vergrößerung der Armeestärke und die Einführung einer Land- und Seewehr anstatt der veralteten Bürgerwehr (Schutterij) bezweckt.

16. September. Die Kammern werden durch den Ministerpräsidenten Mackay mit einer Thronrede eröffnet, in der freundschaftliche internationale Beziehungen konstatiert werden und weiter gesagt wird:

„Die Niederlande haben auf dem Antisklavereikongreß ernstlich die gegen den Sklavenhandel gerichteten Bemühungen unterstützt und die Regierung bedauere, daß die Konferenz bisher ihren humanen Zweck nicht erreicht habe. Handel, Industrie und Schiffahrt haben sich gehoben; die Postdampferfahrten nach Ostindien sollen beschleunigt werden; die finanzielle Lage sei günstig. Für das Militärgesetz wird die Dringlichkeit verlangt und schließlich die ökonomische Lage Ostindiens und die schlechte Kaffee-Ernte in Java erwähnt. Bewässerungsarbeiten und Bau von Eisenbahnen unter Staatsgarantie werden in Aussicht gestellt."

Mitte Oktober. Der König erkrankt ernstlich; gegenüber mancherlei Gerüchten gibt der „Standaard" folgende offiziöse Darstellung:

„Bis vor 14 Tagen hat der König seine gewöhnlichen Arbeiten verrichtet. Wie bekannt ist, verläßt er das Loo niemals, und die Minister müssen alles schriftlich mit ihm erledigen, aber dies verhindert keineswegs, daß sich der König persönlich mit Staatsangelegenheiten befaßt. Während des ganzen Sommers hat Se. Majestät die unzweideutigsten Beweise dafür gegeben, daß er von allem, was überhaupt vorging, unterrichtet war, und es liegt auch nicht der leiseste Grund zu der Annahme vor, daß er in mehr oder weniger umnachtetem Geisteszustand jemals die erforderliche Zustimmung zu irgend etwas gegeben haben sollte. Natürlich erheischt dies körperliche Anstrengung, weshalb auch Se. Majestät, als die alte Krankheit wieder an Heftigkeit zunahm, von jeglicher Arbeit absehen mußte. Gerade der Umstand, daß, sobald die Krankheit schlimmer wurde, kein einziger Königlicher Beschluß mehr im „Staatsblatt" erschien, beweist, daß alles in vollkommen normalem Zustand ist. Außerdem darf man nicht übersehen, daß die Aerzte Hausärzte sind, und daß also die Regierung ihnen nichts vorzuschreiben hat. Die Einzelheiten, aus welchen die persönliche Arbeitsbethätigung des Königs mit mathematischer Sicherheit hervorgeht, entziehen sich natürlich der Mitteilung, sie sind nichtsdestoweniger aber so entscheidender Art, daß jeder Zweifel von vornherein ausgeschlossen sein muß."

28. Oktober. In der gemeinschaftlichen Sitzung beider Kam-

mern berichtet der Minister des Innern, Baron Mackay, über den Gesundheitszustand des Königs. Die Aerzte haben konstatiert, daß der König außer stande ist, zu regieren, und der Justizminister und der Minister der Kolonien, die den König persönlich gesehen, bestätigen die Aussage der Aerzte.

29. Oktober. Die Generalstaaten fassen in gemeinsamer Sitzung mit 109 gegen 5 Stimmen den Beschluß, daß der König außer stande sei, die Regierung zu führen. Der „Staats-Courant" veröffentlicht diesen Beschluß und zeigt an, daß der Staatsrat vom nächsten Tage ab mit der zeitweiligen Ausübung der Königlichen Gewalt beauftragt ist. Der Gesetzentwurf behufs Einsetzung einer Regentschaft soll demnächst den Generalstaaten vorgelegt werden.

29. Oktober. Die holländische Regierung schlägt den Signatarmächten der Berliner Kongo-Akte und der Brüsseler Antisklavereikonferenz vor, eine gemeinsame jährliche Kontribution dem Kongo-Staate anstatt der projektierten Eingangszölle zu zahlen und den Kongo-Staat zu ermächtigen, sofort einen Eingangszoll von 25 Francs pro Hektoliter Alkohol zu erheben. — Dieser Vorschlag findet nicht die Billigung der übrigen Mächte.

5.—8. November. (Luxemburg.) Infolge der Regierungsunfähigkeit des Königs übernimmt der Herzog von Nassau die Regentschaft, verläßt jedoch, nachdem er in der Kammer den Eid geleistet, das Großherzogtum wieder.

13. November. Die Generalstaaten beschließen einstimmig die Ernennung der Königin Emma zur Regentin des Königreichs.

23. November. König Wilhelm III. †. Die Krone der Niederlande geht auf seine unmündige Tochter Wilhelmine unter Vormundschaft ihrer Mutter über; die Krone von Luxemburg auf den Herzog Adolf von Nassau. Die Königin-Regentin Emma erläßt folgende Proklamation:

„Im Namen Ihrer Majestät Wilhelmina, von Gottes Gnaden Königin der Niederlande, Prinzessin von Oranien-Nassau u. s. w. Wir Emma, Königin-Witwe, Regentin des Königreichs. Es hat Gott gefallen, meinen geliebten und geehrten Gemahl König Wilhelm III. zu sich zu nehmen. Mehr als einundvierzig Jahre hat sich das niederländische Volk um seinen Thron geschart und während dieser Zeit wurden unter des Herrn Segen Ruhe, Frieden und Wohlfahrt dem Vaterlande beschert. Die Krone ist durch sein Ableben, das uns Alle mit tiefer Trauer erfüllt, auf meine geliebte Tochter Wilhelmina Helena Paula Maria übergegangen. Ihr Thron findet seine stärkste Stütze in der innigen Treue und Anhänglichkeit des niederländischen Volkes an das Haus Oranien! Möge der allmächtige Gott die Gebete erhören, die zu ihm für unsere Königin Wilhelmina empor-

gesandt werden, er nehme sie unter seinen heiligen Schirm und Schutz. Kraft des Gesetzes bin ich während ihrer Minderjährigkeit berufen, als Regentin des Königreichs die Königliche Regierung wahrzunehmen. Indem ich auf Den vertraue, in dessen Hand das Los der Fürsten und Völker ist, nehme ich die mir anvertraute Regierungspflicht auf mich und thue dies mit der Bitte, daß ihre Erfüllung in jeder Hinsicht zum Heil des Landes und Volkes und zur Befestigung des Königreichs dienen möge. Wir wollen und befehlen, daß diese Bekanntmachung in allen Gemeinden des Reichs angeschlagen und da verkündet werde, wo solches gebräuchlich ist, und daß sie im Staatsblatt erscheinen soll.

Palast Het Loo, den 24. November 1890. Emma."

9. Dezember. (Luxemburg.) Der Großherzog leistet den Verfassungseid und notifiziert demnächst seine Thronbesteigung den Großmächten durch besondere Abgesandte.

XII.

Dänemark.

3. Januar. Auflösung des Folkethings; die Neuwahlen werden für den 21. Januar anberaumt.

21. Januar. Die Wahlen zum Folkething ergeben der Opposition einen Zuwachs von 3 Sitzen, in Summa 78 Sitze; die Regierungspartei erringt 24 Sitze.

23. März. Anstatt der zurückgezogenen Vorlage betreffend die Befestigung Kopenhagens von der Seeseite bringt der Kriegsminister Bahnson zur dritten Lesung der Budgetvorlage im Volksthing eine Kreditforderung zu demselben Zwecke ein. — Die Presse betont, daß der Konflikt hierdurch geschärft sei.

24. März. (Folkething.) In Beantwortung einer Interpellation erklärten der Kriegsminister und der Marineminister, sozialdemokratische Arbeiter könnten keine Anstellung in Staatswerkstätten erhalten, da sie einem fremden Willen unterworfen seien. In Anlaß dieser Erklärungen bringt Graf Holstein-Ledreborg im Folkething eine motivierte Tagesordnung ein, welche es mißbilligt, daß der Staat als Arbeitgeber einen Druck auf die politische Ueberzeugung der Arbeiter ausübe. Die Tagesordnung wird mit 61 gegen 19 Stimmen angenommen.

1. April. Die Reichstagssession wird geschlossen. In der

Schlußsitzung des Folkething bringt die Opposition eine Resolution ein, welche auf das entschiedenste gegen die vom Landsthing angenommene Resolution Verwahrung einlegt, nach welcher das Folkething daran schuld sei, wenn kein regelmäßiges Budget zu stande käme.

2. April. Da das Folkething die Budgetberatung nicht beendet hat, erscheint ein Dekret der Regierung, nach dem die Steuern provisorisch weiter zu erheben und die für die Staatsverwaltung nötigen Ausgaben übereinstimmend mit der Budgetvorlage zu leisten sind.

11. April. In der Sitzung des Staatsrates wird der Kriegsminister, in Uebereinstimmung mit dem provisorischen Finanzgesetze, ermächtigt, im laufenden Etatsjahre 3½ Millionen Kronen zur Befestigung Kopenhagens von der Seeseite aus, zu verwenden; es sind dafür insgesamt 9 Millionen veranschlagt und soll die Befestigung binnen 3 Jahren vollendet sein.

1. Mai. Eine Sozialistenversammlung von 20,000 bis 30,000 Angehörigen 50 verschiedener Vereine findet statt. Die sozialistischen Reichstagsdeputierten erklären den Normalarbeitstag als Mittel zur Realisierung des sozialistischen Staates.

7. Oktober. (Reichstag.) Der Finanzminister legt das Budget vor:

Dasselbe weist auf: an Gesamteinnahmen 54½ Millionen Kronen, an Gesamtausgaben 59 Millionen. Es ergibt sich mithin ein Defizit von 4½ Millionen. Als zweiter Beitrag zur Befestigung Kopenhagens von der See sind 3 Millionen veranschlagt. Der Kassenbestand ist mit 30 Millionen, der Reservefonds mit 18 Millionen angegeben.

20. Dezember. Im Folkething wird ein Initiativantrag (Hörup), betreffend die Altersversorgung Unbemittelter eingebracht. Der Minister des Innern spricht sich dagegen aus.

XIII.

Schweden und Norwegen.

1. Schweden.

26. Februar. Der Reichstag richtet an die Regierung das Gesuch, die Handelsverträge mit Frankreich und Spanien zu kündigen.

1. März. Die Erste Kammer des Reichstags lehnt mit 106 gegen 29 Stimmen die Vorlage des Steuerausschusses betreffend die 20prozentige Abschreibung von der Grundsteuer ab, die Zweite Kammer nimmt dieselbe mit 136 gegen 75 Stimmen an.

8. März. Die Erste Kammer des Reichstags beschließt mit 76 gegen 51 Stimmen und die Zweite Kammer mit 146 gegen 60 Stimmen, die Zahl der Mitglieder der Ersten Kammer auf 150 und die der Zweiten Kammer auf 225 festzusetzen; von letztern sollen 75 durch die Städte und 150 durch die ländliche Bevölkerung gewählt werden.

1. Mai. In den meisten Städten Schwedens finden Demonstrationen zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages in größter Ordnung statt. In Stockholm nehmen ungefähr 30,000 Arbeiter daran teil.

13. Mai. Der Reichstag bewilligt die von der Regierung verlangten 6¾ Millionen für den Ankauf der Eisenbahn von Lulea an die norwegische Grenze.

30. September. Die Neuwahlen zur zweiten Kammer ergeben das Schlußresultat von 142 Freihändlern und 86 Schutzzöllnern.

2. Norwegen.

20. Januar. Es wird die Staatshilfe für eine direkte Dampferverbindung mit England bewilligt.

3. Februar. Der Kronprinz eröffnet das Storthing im Auftrage des Königs. Die Thronrede bezeichnet die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als die besten. Durch den Budgetüberschuß des vorigen Jahres und die reichlichen Zolleinnahmen des laufenden sind mehrfache Steuererleichterungen und größere Bewilligungen zu Eisenbahnbauten ermöglicht. Es wird eine Wehrsteuer, die Abänderung des Gesetzes über die Wehrpflicht und ein Gesetz, betreffend die Aufsicht über die Arbeiter in Fabriken, vorgeschlagen.

21. Februar. Mehrere Storthingsabgeordnete beantragen, ein Schreiben an den König zu richten mit dem Ersuchen, er möchte Abmachungen mit fremden Mächten treffen, um etwaige Zwistigkeiten zwischen Norwegen und den betreffenden Mächten durch ein Schiedsgericht beizulegen.

1. Mai. (Christiania.) Die Arbeiter veranstalten einen Zug mit Fahnen mit der Inschrift „Normalarbeitstag acht Stun-

den". Eine Arbeiterdeputation wird vom Präsidenten des Storthings empfangen, welcher verspricht, die Wünsche der Arbeiter dem Storthing vorzulegen.

17. Mai. Der neue Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Norwegen und Schweden (das sogenannte Zwischenreichsgesetz) wird von beiden Abteilungen des Storthinges angenommen.

1.—5. Juli. Besuch des deutschen Kaisers in Christiania. Bei dem Diner am 2. Juli feiert der König den Kaiser in einem Toast, indem er sagt:

„Der hunderttausendstimmige Jubel des norwegischen Volkes gelte nicht nur dem erhabenen Herrscher eines stammverwandten Volkes, sondern ganz besonders auch dem thatkräftigen und volksfreundlichen Fürsten und Menschen."

Der Kaiser sagt in seiner Antwort:

„In Meiner Jugend ist es Mir nicht vergönnt gewesen, größere Reisen zu machen, weil es der Wunsch Meines Großvaters war, stets in Seiner Nähe zu weilen. Ich erachte es aber für einen Regenten als notwendig, daß er sich über alles persönlich informiert und aus direkter Quelle Anschauungen sammelt, seine Nachbaren kennen lernt, um mit ihnen gute Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten; diese Zwecke sind es, die Ich bei Meinen Reisen im Auslande verfolge.

Wenn Ich dieses Land aufgesucht habe, so ist es nicht allein die Liebe und Freundschaft, welche Mich mit Ew. Majestät verbinden, sondern auch zugleich die Hinneigung zu dem kernigen Volke, welche Mich hierher geführt hat. Es zieht Mich mit magischen Fäden zu diesem Volke. Es ist das Volk, welches sich im steten Kampfe mit den Elementen aus eigener Kraft durchgearbeitet hat, das Volk, welches in seinen Sagen und seiner Götterlehre stets die schönsten Tugenden, die Mannentreue und Königstreue, zum Ausdruck gebracht hat. Diese Tugenden sind in hohem Maße den Germanen eigen, welche als schönste Eigenschaften die Treue der Mannen gegen den König und des Königs gegen die Mannen hochhielten. Das norwegische Volk hat in seiner Litteratur und Kunst alle diese Tugenden gefeiert, die eine Zierde der Germanen bildeten.

In früherer Zeit zogen die Norweger über das Meer, um andere Völker zu bekriegen, jetzt kommen die Deutschen zu friedlichem Besuch nach Norwegen. Wenn aber wieder einmal Gefahr drohen sollte, so bin Ich überzeugt, daß heute die norwegischen Krieger, ebenso wie die Alten, bereit sein werden, das Schwert in die Faust und den Schild vom Nagel zu nehmen, um treu für ihren König einzustehen. Der Jubel Ihres Volkes hat Mich tief bewegt. Ich betrachte denselben als einen Ausdruck nicht nur gegen Meine Person, sondern auch als einen Ausdruck der norwegischen Volksgesinnung gegen Deutschland und gegen Ew. Majestät, Meinen Gastgeber."

XIV.

Rußland.

1. Januar. Mit Beginn des Jahres sistiert in den baltischen Provinzen jede Rechtspflege, da die bisherigen Gerichtsbehörden aufgehoben sind und die neuen nicht in Funktion treten.

3. Januar. Das „Journal de St. Petersburg" schreibt in Anlaß vielfacher Gerüchte über eine Erkrankung des Zaren, daß dieselben unbegründet und zu Börsenzwecken in Umlauf gesetzt seien.

3. Januar. „Daily Telegraph" meldet, Minister v. Giers habe der brasilianischen Regierung, nachdem sie Verhandlungen wegen eines in Petersburg zu beglaubigenden Gesandten begonnen, die Eröffnung gemacht, Rußland werde die brasilianische Republik niemals anerkennen.

4. Januar. In der Peter-Pauls-Festung werden 32 Offiziere interniert, welche im Verdacht stehen, einer geheimen politischen Gesellschaft angehört zu haben.

6. Januar. Die „Kölnische Zeitung" meldet, Rußland habe an die Unterzeichner des Berliner Vertrages ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es die von der bulgarischen Regierung behufs einer Anleihe vollzogene Verpfändung der Eisenbahnen als Verletzung des Artikel 21 des Berliner Traktates bezeichnet. Auch in dem Handelsvertrage zwischen Bulgarien und England sehen russische Blätter eine Verletzung des Traktates.

7. Januar. Ein Befehl des Warschauer Polizeimeisters weist 70 Ausländer, worunter 17 Deutsche, aus dem russischen Reiche aus.

11. Januar. Das „Journal de St. Petersbourg" schreibt

über den Inhalt des Einspruchs Rußlands gegen die bulgarische Anleihe folgendermaßen:

„Das kaiserliche Kabinet habe sich darauf beschränkt, seinen Standpunkt gegenüber einer Maßregel zur Kenntnis zu bringen, welche von einer Regierung ausgehe, deren Gesetzmäßigkeit nicht anerkannt sei und die man höchstens als geduldet ansehen könne. Diese bulgarische Regierung habe indessen, weit entfernt, sich innerhalb der Reserve zu halten, die ihr diese Lage zur Pflicht mache, bulgarische und ostrumelische Eisenbahnen mit der Möglichkeit der Entäußerung verpfändet und dadurch eine Hypothek, auf welche Rußland in Gemäßheit des Berliner Vertrages und späterer Abmachungen das Vorzugsrecht habe, in empfindlicher Weise beeinträchtigt."

13. Januar. Der Budgetvoranschlag für 1890 weist einen Ueberschuß von ca. 1½ Millionen auf.

16. Januar. Der „Regierungsbote" veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Generalgouverneur von Moskau, in welchem es heißt:

„Ins neue Jahr tretend, bitte ich Gott, es möge sich auch hinfort die Entwicklung der innern Kräfte des geliebten Vaterlandes ununterbrochen und ungestört inmitten des von allen gewünschten und alle beglückenden Friedens vollziehen."

18. Januar. Behufs Maßnahmen zu einer erfolgreichen Neubewaffnung der Armee werden vom Kaiser zwei temporäre Kommissionen eingesetzt, von denen die eine unter dem Präsidium des Kriegsministers, die andere unter dem Adjunkten des General-Feldzeugmeisters, Großfürsten Michael Nikolajewitsch, General Sofiano, stehen soll.

25. Januar. Zum Bau griechischer Kirchen in den baltischen Provinzen werden für die nächsten sechs Jahre je 75,000 Rubel angewiesen.

26. Januar. General Radezki, einer der bedeutendsten Truppenführer im Kriege von 1877/78, stirbt.

26. Januar. Die Ministerien des Verkehrswesens, des Krieges und der Domänen befürworten den Bau einer Eisenbahn von Tomsk nach Irkutsk und von Baikalsee nach Stretensk.

Gegen Ende des Monats bringen die russischen Blätter vielfache Angriffe gegen die deutschen Kolonien in Südrußland.

Dieselben erklären ferner, daß Rußland den Vertrag Italiens mit Abessinien nicht anerkennen könne, da es in Rußlands Interesse liege, mit Abessinien, einem orthodoxen Staate, direkt ohne Vermittelung Italiens verhandeln zu können.

31. Januar. Die „Times" bringen detaillierte Nachrichten

über massenhafte Niedermetzelung von Verbannten in der Provinz Jakutsk.

4. Februar. Gewissen aus Persien zu importierenden Waren wird Zollfreiheit gewährt.

5. Februar. In Bulgarien werden bei der Verhaftung Panitzas Schriftstücke gefunden, welche eine aufreizende Thätigkeit des russischen Gesandten Hitrowo in Bukarest bekunden.

5. Februar. Die Regierung genehmigt den für das Jahr 1892 nach Petersburg zu berufenden internationalen Eisenbahnkongreß.

7. Februar. Anläßlich der Erlasse des deutschen Kaisers, besonders desjenigen, welcher eine internationale Konferenz über die Arbeiterfrage in Anregung bringt, bemerkt das „Journal de St. Petersbourg“:

„Als die Schweiz die europäischen Mächte zur Beratung der Arbeiterfragen einlud, mußte es Männern von Ueberzeugung scheinen, daß es der Schweiz einigermaßen an dem nötigen Ansehen und Prestige fehle. Nur eine starke Regierung, die sich ihrer Macht bewußt ist, konnte ein solches Werk versuchen, denn im Falle eines Mißerfolges verfügt sie über die nötigen Mittel, um zu verhindern, daß der öffentliche Friede und die nationale Arbeit von denen gestört werde, welche die Absichten selber entweder falsch verstanden haben oder zu entgegengesetzten Zwecke ausbeuten wollten. Man wird überall mit lebhaftem und sympathischem Interesse den verschiedenen Phasen des Unternehmens folgen.“

7. Februar. Ein in Sachen der lutherischen Kirche eingesetzter Ausschuß beantragt: künftig die Geistlichen ausschließlich durch den Minister des Innern ernennen zu lassen, sämtliche Ländereien der Kirche einzuziehen, die theologische Fakultät in Dorpat aufzuheben und an ihrer Stelle in Petersburg ein lutherisches Seminar zu errichten.

7. Februar. Die Truppen in Ostsibirien an der chinesischen Grenze werden verstärkt.

7. Februar. Nachdem Holland seine Vorbehalte hat fallen lassen, nimmt der Zar das Schiedsrichteramt in dem französisch-holländischen Grenzstreite an (s. Holland).

10. Februar. Das Mitglied des Reichsrats Graf Walujew, zuletzt Präsident des Ministerkomitees, früher Domänenminister, noch früher Minister des Innern, stirbt.

14. Februar. Die bereits im Jahre 1881 grundsätzlich entschiedene Schließung des deutschen Hoftheaters wird amtlich zum 1. Juni angekündigt. Die französische Truppe bleibt bestehen.

14. Februar. Der Gesandte in Bukarest, Hitrowo,

welcher bei der bulgarischen Verschwörung kompromittiert erscheint, wird nach Petersburg berufen, kehrt aber im Herbst auf seinen Posten zurück.

20. Februar. Die russische Regierung fordert durch den deutschen Generalkonsul in Sofia, Baron Wangenheim, von der bulgarischen Regierung die Zahlung der rückständigen Okkupationskosten von ca. 3 Millionen Rubel.

23. Februar. Anläßlich verschiedener Preßstimmen hierüber schreibt das „Journal de St. Petersbourg":

„Alle an dieses Verlangen geknüpften Hypothesen entbehrten jeder Begründung. Das Verlangen des deutschen Generalkonsuls enthalte in keiner Weise eine Anerkennung, selbst nicht eine indirekte. Wenn das Wiener Kabinet, indem es seine Genehmigung zur Kotierung der bulgarischen Anleihe an der Wiener Börse gab, nicht anstand, zu erklären, daß diese Genehmigung keineswegs eine Anerkennung des Prinzen Ferdinand in sich schließe, so habe man noch viel mehr Grund zu behaupten, daß das Verlangen der Zahlung der verfallenen Raten der Schuld des bulgarischen Volkes in keiner Weise eine Anerkennung der bulgarischen Regierung seitens des reklamierenden Teiles enthalte. Was etwaige Verlegenheiten angehe, so könnten solche für die in Bulgarien Regierenden nur eintreten, wenn die so bestimmt abgegebene Erklärung des Ministers des Aeußern, Stranski, daß die erforderlichen Summen bei der Bank von Sofia niedergelegt seien und nur zurückgezogen zu werden brauchten, nicht der Wahrheit entsprächen."

23. Februar. Durch die „Times" sowie andere englische Blätter dringen aus Sibirien Nachrichten nach Europa von tötlicher Mißhandlung weiblicher politischer Gefangener, von massenhaften Selbstmordversuchen der zu Zwangsarbeit Verurteilten. Dieselben Blätter veröffentlichen Befehle des Chefs der Hauptgefängnisverwaltung Galkin-Wraßki und des Generalgouverneurs im Amurgebiet Baron Korff, daß politische Gefangene ebenso zu behandeln und denselben körperlichen Züchtigungen zu unterziehen seien wie gemeine Verbrecher.

24. Februar. Aus St. Petersburg wird gemeldet, daß die neue russische Anleihe in Frankreich siebenmal überzeichnet und in St. Petersburg voll gezeichnet worden ist. — Eine außerordentliche Generalversammlung der russischen Bank für den ausländischen Handel genehmigt die Errichtung einer Filiale in Paris einstimmig.

24. Februar. Der „Russische Invalide" veröffentlicht das vom Kaiser am 31. Januar bestätigte Reglement für die Bildung von Kadres der Reichswehr (Landsturm).

Anfang März. Es treten verschiedene Nachrichten über Zunahme der nihilistischen Umtriebe in der europäischen Presse auf.

6. März. Der Präsident der serbischen Skupschtina Paschitsch wird vom Kaiser empfangen und mit einem Orden dekoriert.

13. März. Nach einer offiziellen Bekanntmachung soll die in der Wehrpflichtordnung vorgesehene Einberufung der Landwehrleute erster Kategorie zu Uebungsversammlungen künftig alljährlich erfolgen, und zwar in den Jahren 1890 und 1891 auf je vier Wochen.

13. März. Westeuropäische Journale melden, eine Frau, namens Zebrikowa, habe an den Zaren einen Brief gerichtet, in welchem sie die gewaltsamen Polizeimaßregeln und die reaktionäre Gesetzgebung des Grafen Tolstoi heftig angreift und die Einführung rechtlicher Zustände und einer konstitutionellen Verfassung in Rußland fordert.

21. März. Das „Journal de St. Petersbourg" sagt in einem Dementi der Nachricht eines österreichischen Blattes über eine russische Truppenansammlung an der afghanischen Grenze, es herrsche dort vollkommene Ruhe, nichts lasse eine Ruhestörung befürchten; die Nachricht sei übrigens nur eine Spekulation zur Schädigung der russischen Werte, um so mehr, als sie zu einer Zeit verbreitet wurde, wo eine russische Kreditoperation bevorstand.

22. März. Das „Journal de St. Petersbourg" meint, auch beim Rücktritt des Fürsten Bismarck könne von einer veränderten auswärtigen Politik nicht die Rede sein. Das Journal verweist auf die Worte des Kaisers, welche diese konsequente Friedenspolitik hervorheben.

Anfang April brechen unter den Studenten aller Universitäten (außer Dorpat), sowie anderer Hochschulen Unruhen aus, die sich gegen die polizeiliche Unterdrückung und das jede freie wissenschaftliche Bewegung hindernde Statut von 1885 richten. Es kommt zu öfterem Einschreiten der Kosaken, welche die Studenten mit Peitschen auseinandertreiben, und zur Schließung mehrerer Lehranstalten.

Anfang April. Die städtischen lutherischen Konsistorien in Reval und Riga werden aufgehoben; die übrigen Konsistorien angewiesen, mit den Geistlichen nur russisch zu korrespondieren.

18. April. Ein kaiserlicher Tagesbefehl spricht dem Geschäftsführer der Kanzlei des Mobilmachungskomitees des Generalstabs, Oberstlieutenant Harf, die allerhöchste Belobigung aus, da dieser

den von Kanzleibeamten vorbereiteten Verrat des Mobilmachungsplanes rechtzeitig entdeckte und zur Anzeige brachte.

Deutsche Blätter erhalten zugleich die Nachricht, daß ein Oberstlieutenant Schmidt wegen Verkaufs des Festungsplanes von Kronstadt an einen ausländischen Marinebevollmächtigten verurteilt worden sei. Erst nach Monaten wird seine Hinrichtung bekannt.

29. April. Die Regierung ernennt im Einverständnis mit der Kurie fünf katholische Bischöfe.

18. Mai. Auf den Königsberger Toast Kaiser Wilhelms entgegnet der „Graschdanin" (s. Deutschland):

„Wir wollen diese neue Ansprache nicht mit der erwarteten Reise Kaiser Wilhelms nach Rußland in Verbindung bringen. Es ist schwer, diese Phrase mit den vorangegangenen human-sozialen Demonstrationen zu vereinbaren. Denn es ist nicht erhört, daß Sozialismus und Militarismus nebeneinander bestehen können. Eins aber ist unzweifelhaft: gegebenenfalls wird ein ostpreußisches Schwert lange nicht hinreichen, weder den Feind einzuschüchtern, noch die ostpreußischen Grenzen zu verteidigen. Dazu dürfte auch das Schwert ganz Deutschlands neben den verbündeten Schwertern der Herren Oesterreicher und Italiener schwerlich ausreichen."

18. Mai. Nachdem die Pforte die letzte russische Note wegen Zahlung der rückständigen Kriegsentschädigung bisher unbeantwortet gelassen hat, richtet der russische Botschafter Nelidow neuerdings eine Note an die Pforte, in welcher derselbe verlangt, daß die Einnahmen aus der neuen Finanzoperation vor allem zur Befriedigung Rußlands verwendet werden müßten.

21. Mai. Der panslavistische General Tschernajew wird reaktiviert und unter Stellung à la suite des Generalstabs zum Mitglied des Kriegsrats ernannt.

21. Mai. Der Landwirtschaftlichen Akademie zu Moskau wird in Anlaß der Studentenunruhen die Aufnahme von Studenten für das kommende Lehrjahr 1890/91 untersagt.

24. Mai. Das „Journal de St. Petersbourg" dementiert die durch die Dokumente des Panitza-Prozesses zu Tage gekommene Absicht, den General Domoutowitsch nach Bulgarien zu entsenden.

30. Mai. Aus Warschau werden 84 Ausländer, darunter 30 Preußen ausgewiesen.

30. Mai. Die städtischen Wahlen in den Ostseeprovinzen, besonders Riga, ergeben trotz aller Pressionen der Regierung einen entschiedenen Sieg des Deutschtums.

2. Juni. Der Kronprinz von Italien besucht nach Vollendung seiner Orientreise Petersburg und wird mit großen Ehren empfangen.

2. Juni. In der Verhaftung von Nihilisten in Paris sehen russische Blätter ein Zeichen der Solidarität Frankreichs und Rußlands, sowie der Unschädlichkeit der republikanischen Staatsform für ein Bündnis beider Reiche.

7. Juni. Der „Nord" konstatiert die Befriedigung des Zaren über die Pariser Nihilistenverhaftungen.

12. Juni. Ein kaiserlicher Befehl verfügt die völlige Abhängigkeit der von Alexander II. eingeführten Provinzialversammlungen von den Provinzialgouverneuren, mit der Motivierung, die Erfüllung ihrer Pflichten dadurch in Uebereinstimmung mit den Absichten ihres Begründers zu bringen.

Ausländischen Blättern zufolge wird im Juni eine Unterminierung des Gatschinaer Schlosses entdeckt.

15. Juni. Der Senat inhibiert die von dem estländischen Gouverneur Schachowskoi widerrechtlich verfügte Einziehung des Kapitals zum Unterhalte der Revaler lutherischen Kirchen (sogen. Gotteskasten), und übergibt die Art der Verwendung dieses Kapitals dem Beschlusse der Revaler Stadtverordnetenversammlung anheim.

17. Juni. Fürst Dondukow-Korssakow, Chef der Civilverwaltung und kommandierender General der Truppen des Kaukasus, wird auf Ansuchen seines Postens enthoben, zu seinem Nachfolger der bisherige Adjunkt Generallieutenant Scheremetjew ernannt.

Mitte Juni. Der internationale Gefängniskongreß tritt in Petersburg zusammen.

Mitte Juni. Russische Zeitungen äußern sich sehr unzufrieden über das deutsch-englische Abkommen.

Das „Nowoje Wremja" schreibt:

„Der Vertrag bedeute einen Sieg der deutschen Anglophilen, ein Aufgeben der Politik des Fürsten Bismarck und des feierlichen Vermächtnisses Kaiser Wilhelms I. Der Widerspruch der „Hamb. Nachr." zeige, daß Fürst Bismarck einsehe, auf wie gefährlichem Wege seine Nachfolger gehen, wie dreist sie die Verantwortlichkeit Deutschlands steigern, wie gering sie den Frieden schätzen in der Ueberzeugung, durch Rüstungen und Koalitionen auch den gefährlichsten Aufgaben gewachsen zu sein. Der Nebel über Europa verdichte sich. Im Interesse des Friedens sei es wünschenswert, die wahre Sachlage aufzuhellen."

24. Juni. Die Bestimmungen des Militärgesetzes über den Eintritt ausländischer Offiziere in russische Dienste werden aufgehoben.

27. Juni. Der „Grashdanin" schreibt über Serbien:

„Ohne russische Hilfe ist der ökonomische Kampf gegen Oesterreich kaum möglich. Deshalb bestehen wir unsrerseits auf der Unterstützung Serbiens in politischer und ökonomischer Beziehung in größtem Umfange. Wir wiederholen, daß für den russischen Handel der rechte Augenblick zur Erwerbung eines neuen Marktes gekommen ist, um die schlechten österreichischen Waren durch gute russische zu verdrängen." Die Regierung müsse daher die russischen Kaufleute unterstützen. Die Hilfe Rußlands sei sicher, so lange Serbien fortfahre, seine bisherige korrekte Politik fortzusetzen.

30. Juni. Das „Journal de St. Petersbourg" bemerkt zur Hinrichtung Panitzas, Prinz Ferdinand habe vor derselben das Land verlassen, indem er darauf verzichtete, von dem ihm allein zustehenden Rechte der Gnade Gebrauch zu machen. Der Prinz habe hierdurch bewiesen, daß er nicht allein nicht herrsche, sondern daß er sogar nicht einmal in Bulgarien regiere und daß Stambuloff dort zugleich Herrscher und Regent sei. Was Stambuloff angehe, so hätte es wahrlich nicht dieses neuen Aktes von Grausamkeit bedurft, um die Art seiner Herrschaft kenntlich zu machen, die ein Schrecken sei; er habe auf diese Weise zu gleicher Zeit den weniger Voreingenommenen die flüchtige Dauer derselben gezeigt.

1. Juli. Ein vom Kaiser bestätigtes Reichsratsgutachten verfügt, daß auch in den Mädchenschulen der Ostseeprovinzen der Unterricht in allen Lehrfächern (ausgenommen die lutherische Religionslehre) in russischer Sprache erteilt werden soll.

Anfang Juli. Infolge der Ernennung bulgarischer Bischöfe für Macedonien erklärt die russische Regierung der Pforte: Die Zugeständnisse, betreffend die bulgarischen Bischöfe, bedeuteten eine Stärkung einer nicht anerkannten Regierung, was die russischen Gefühle verletzen müsse. Rußland müsse sich gegen dieselben verwahren.

Das „Journal de St. Petersbourg" schreibt hierüber:

„Die Pforte hätte sich weniger bereitwillig zeigen können, den Wünschen Stambulows nachzukommen, die sicher nicht der Notwendigkeit entsprangen, der Kirche einen Dienst zu leisten, vielmehr politische Motive zur Unterlage hätten, die durchaus nicht zu billigen seien, und denen die Pforte weniger als allen anderen Interessen ihre Unterstützung zu leihen hätte. In diesem Sinne hätte sich auch Nelidoff dem Sultan gegenüber ausgesprochen, doch sei keinerlei Note überreicht worden."

August. Das „Journal de St. Petersbourg" begrüßt die

Zusammenkunft des Zaren mit dem Deutschen Kaiser mit folgenden Worten:

„Da die neue Zusammenkunft zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Kaiser Alexander schon lange im voraus angekündigt worden ist, konnte die Presse ihr bereits zahlreiche Besprechungen widmen; die einen schrieben ihr die höchste politische Tragweite zu, die anderen dagegen sprachen ihr fast jede Bedeutung bezüglich der internationalen Beziehungen ab. Es genügt indessen, sich an die Thatsachen zu halten, um der wirklichen Sachlage gerecht zu werden. Es ist unbestreitbar, daß die Beziehungen guter Nachbarschaft und Freundschaft zwischen beiden mächtigen Kaiserreichen durch die Begegnung ihrer Souveräne, von denen man weiß, daß sie ihre ganze Thätigkeit und Sorge der Wohlfahrt ihrer Völker und der Förderung ihres Gedeihens widmen, für welche die Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens die erste Bedingung ist, noch inniger gestaltet werden. Der dem erhabenen Gaste in Rußland bereitete herzliche Empfang wird in dem Geiste dieses Monarchen und der hervorragenden Persönlichkeiten seiner Umgebung nur die Ueberzeugung befestigen können, daß Rußland in Frieden und guter Freundschaft mit der deutschen Nation zu leben wünscht. Und dies ist gewiß eins der kostbarsten Friedenspfänder."

August. Der Petersburger offiziöse Mitarbeiter der „Politischen Korrespondenz" versichert in verschiedenen Artikeln, an der allgemeinen politischen Lage habe sich durch die Zusammenkunft nichts geändert.

Anfang September. Der Kurator des Dorpater Lehrbezirks, Geheimrat Kapustin, wird zum Kurator des St. Petersburger Lehrbezirks und der bisherige Rektor der Warschauer Universität, Lawrowsky, zum Kurator des Dorpater Lehrbezirks ernannt.

9. September. Der Kaiser und die Kaiserin treffen in Kowno ein, wo große Manöver von je vier Armeekorps gegen einander, unter dem Oberbefehl der Generäle Gurko und Dragomirow abgehalten werden.

21. September. Der Finanzminister trifft in Buchara ein und wird von dem Emir empfangen.

Oktober. Eine Reise des Thronfolgers nach Konstantinopel wird offiziell angekündigt, schließlich aber — angeblich wegen der in Vorderasien herrschenden Cholera — nicht ausgeführt.

Es finden zahlreiche Ausweisungen von Juden statt. Von den deutschen Kolonisten in Südrußland wandern viele aus, um drückenden Maßregeln zu entgehen.

Auch aus Polen finden massenhafte Auswanderungen statt.

Aus den südlichen Gouvernements des Reiches laufen Nachrichten ein über eine wachsende Gärung unter der Landbevölkerung, die hervorgerufen wird durch die Willkür der neu er-

nannten Landeshauptleute. In den Gouvernements Charkow und Jekaterinoslaw kommt es zu offenen Ruhestörungen, gegen welche Militär aufgeboten werden muß.

Das „Journal de Saint-Petersbourg" bemerkt über den Streit zwischen der Pforte und dem Patriarchen von Konstantinopel (vgl. Türkei):

„Indem die Pforte das gemeine Recht anzuwenden suche, lasse sie außer acht, daß gewisse Anordnungen des türkischen Gesetzbuches auf die christliche Gesellschaft nicht anwendbar seien. Man könne billigerweise nicht behaupten, daß die osmanische Regierung ebenso wie die übrigen christlichen Regierungen die Beziehungen zur christlichen Kirche regeln könne. Da uns die Interessen der orthodoxen Kirche sehr am Herzen liegen und wir die vollkommene Uebereinstimmung der christlichen Gemeinden mit der osmanischen Regierung wünschen, hegen wir die feste Zuversicht, daß durch die Initiative des Sultans der bedenklichen Lage bald ein Ende gemacht werde, und hoffen ebenso, daß der Patriarch im Vertrauen auf diese Initiative den Gottesdienst wieder aufnimmt, der nicht hätte unterbrochen werden sollen, wie berechtigt auch die Forderungen des Patriarchats sein mögen."

18. November. General Seliwerstow, ehemaliger stellvertretender Chef der Geheimpolizei, wird in Paris ermordet. Der Verdacht der That fällt auf einen Nihilisten Padlewski, der glücklich entkommt.

Dezember. Dem Reichsrat werden Projekte vorgelegt, betreffend die Aufhebung der Landesverfassung in den Ostseeprovinzen und die Umformung dieser Provinzen in zwei Gouvernements Riga und Reval.

Dezember. In den Generalgouvernements Warschau und Wilna wird eine Anzahl katholischer Kirchen durch Regierungsbeamte geschlossen.

Finnland.

15. Januar. Ein Ausschuß aus höheren russischen und finnländischen Beamten tritt auf Befehl des Kaisers zusammen, um über Aufhebung der Sonderstellung Finnlands im Geld-, Zoll- und Verkehrswesen zu beraten.

Mai. Eine Deputation hoher finnländischer Beamter begibt sich nach Petersburg, um den Kaiser persönlich um Aufrechterhaltung der finnischen verfassungsmäßigen Sonderrechte Finnlands zu bitten, wird aber von dem Kaiser nicht empfangen.

Juni. Das Postwesen wird russifiziert.

Juni. Der stets eifrig für die Selbständigkeit Finnlands eingetretene Finanzchef, Senator Mechelin, wird gezwungen, um seine Entlassung einzukommen. Trotz einer Gesamtpetition des

finnischen Senats wird dieselbe vom Kaiser angenommen. Lebhafte Ovationen werden Mechelin bei seinem Abgang gebracht.

7. September. Beim Empfange der Behörden in Kuopio erwidert der General-Gouverneur von Finnland auf eine an ihn gerichtete Ansprache:

„er sei vollkommen von der Unterthanentreue der Finnländer gegen ihren Monarchen überzeugt, aber es gebe Leute, die Mißtrauen gegen die Regierung zu erwecken suchten. Der gesunde Sinn des Volkes lasse sich jedoch davon nicht beeinflussen, und die Bevölkerung Finnlands werde sich auch fernerhin einer friedlichen Entwicklung erfreuen. Daß in der russischen Presse feindliche Artikel gegen Finnland erschienen seien, dürfe den Finnländern keine Sorge machen, denn einzelne Finnländer hätten selbst die Veranlassung dazu gegeben. Die gesunde Vernunft lehre in dieser Beziehung, ruhig zu sein und der väterlichen Fürsorge des Monarchen für alle den verschiedenen Nationalitäten angehörigen Unterthanen zu vertrauen.

Dezember. Ein kaiserlicher Befehl verfügt zum 20. Januar 1891 die Einführung der nach Maßgabe des russischen Strafrechts vorgenommenen Veränderungen des finnländischen Strafgesetzbuchs. Infolge dessen wird in den finnländischen Städten die Nationaltrauer auf demonstrative Weise ausgedrückt.

XV.

Die Türkei und ihre Vasallenstaaten.

1. Die Türkei.

2. Januar. Schakir Pascha veröffentlicht eine Liste nicht amnestierter aufständischer Kretenser. Es knüpfen sich hieran Befürchtungen wegen Erneuerung des Aufstandes im Frühjahr.

2. Januar. Der „Standard" meldet, daß der Sultan ein der englisch-türkischen Konvention von 1880 entsprechendes Gesetz gegen die Sklaverei erlassen habe.

8. Januar. Es wird gemeldet, daß Rußland und England Schritte behufs Erzielung einer umfassenderen Amnestie für Kreta gethan haben.

8. Januar. Infolge der Erklärungen der bulgarischen Regierung, sie beabsichtige nicht, die Eisenbahn Bellova—Mustapha Pascha zu sequestrieren, erklärt die Türkei sich hinsichtlich der Eisenbahnfrage befriedigt.

7. Februar. Das Schlußprotokoll des deutsch-türkischen Handelsvertrags wird unterzeichnet.

22. Februar. Ein Kaiserliches Dekret hebt die Transit- Binnen- und Ausfuhrzölle auf.

1. März. Der armenische Patriarch überreicht der Pforte einen Bericht über die bedenklichen Zustände in Armenien, worin er die Ausführung der vertragsmäßigen Reformen verlangt.

15. März. Die Pforte lehnt das Gesuch der bulgarischen Regierung, die Anerkennung des Fürsten zu bewirken, ab.

29. April. Ein Iradé des Sultans wird erlassen, welcher die Kriegsgerichte in Kreta aufhebt.

10. Mai. An Stelle des seines Amtes entsetzten Dschevdet Pascha wird der Minister der Evkafs Riza Pascha zum Justiz-

minister ernannt; an seine Stelle tritt der Minister der öffentlichen Arbeiten Zihni Pascha, welcher durch den Direktor der indirekten Steuern Raif Pascha ersetzt wird; an Stelle des letzteren übernimmt Hassan die indirekten Steuern.

21. Juni. In Beantwortung der letzten Note der Pforte, wonach Rußland mit der Bezahlung der Kriegsentschädigung bis zum Spätherbst warten möge und, falls der verpfändete Zehent nicht einginge, der Staatsschatz für den Betrag aufkommen würde, überreicht der russische Botschafter Nelidow der Pforte eine neue Note, welche diese Antwort nicht befriedigend findet, eine schnelle Erfüllung der Zahlungsverpflichtung verlangt und erklärt, daß der Botschafter sich verneinenden Falles alle Maßregeln vorbehalten müsse.

Ende Juni findet in Erzerum ein blutiger Zusammenstoß zwischen dem türkischen Militär und der armenischen Bevölkerung statt. Frankreich, England und Rußland machen der Pforte offizielle Vorstellungen wegen der Mißstände in Armenien.

19. Juli. Auf Ansuchen der bulgarischen Regierung ernennt der Sultan gegen die Wünsche der Griechen und Serben, auch gegen den Protest des Patriarchen drei bulgarische Bischöfe für Macedonien.

27. Juli. (Konstantinopel.) Während des Gottesdienstes in der armenischen Kathedrale entsteht ein Auflauf. Der Patriarch flüchtet in ein naheliegendes Gebäude, die nachfolgende Menge greift ihn thätlich an. Als die Polizei einschreitet, kommt es zu einer blutigen Schlägerei, wobei ein Gendarmerie-Offizier getötet und auf beiden Seiten mehrere Personen verwundet werden. Ueber den Distrikt wird der Belagerungszustand verhängt.

3. September. Der Sultan begnadigt eine Anzahl der bisher von der Amnestie ausgeschlossenen Kreter.

11. September. (Konstantinopel.) Der armenische Bischof Tadjan Oscamim wird beim Heraustreten aus der Kirche schwer verwundet.

22. September. Der Kurdenhäuptling Mussa Bey, dessen Gewaltthätigkeiten in Armenien zu einer Intervention der englischen Regierung geführt hatten, wird verbannt.

September. Das Panzerschiff „Ertogrul" geht mit 500 Mann auf dem Rückwege von Japan zu Grunde.

15. Oktober. Infolge der Differenzen zwischen der Pforte

und dem ökumenischen Patriarchen in der Frage der Nationalkirchen werden auf Anordnung des letzteren alle griechischen Kirchen im Reich geschlossen. Die Pforte beginnt Verhandlungen mit dem Patriarchen; als diese nicht sogleich gelingen, läßt sie einige gesperrte Kirchen amtlich öffnen und setzt griechisch-orientalische Geistliche ohne Unterschied der Nationalität behufs Abhaltung des Gottesdienstes ein.

Der Patriarch legt den anderen Patriarchaten sowie den selbständigen griechisch-orthodoxen Landeskirchen den Plan der Einberufung eines ökumenischen Konzils vor.

Dezember. Der Sultan erklärt in Beantwortung einer Adresse der armenischen Notabeln in Konstantinopel:

Das Vertrauen, welches die Kaiserliche Regierung immer der getreuen Nation der Armenier entgegengebracht habe, sei keineswegs geschmälert. Die revolutionären Akte einiger fragwürdigen Personen seien keineswegs geeignet, die Anschauungen des Sultans über die Gesinnungen der Treue der Armenier zu ändern. Der Sultan hege noch immer die gleiche Sympathie für die Armenier und sei besonders befriedigend über die Kundgebung der Treue der armenischen Notabeln. Schließlich drückte der Sultan die feste Zuversicht aus, die Unterzeichner der Adresse würden die Verirrten auf den rechten Weg zurückführen.

2. Bulgarien.

7. Januar. Der Prospekt der von Rußland beanstandeten Anleihe wird in Wien ausgegeben. (Vgl. Jahrgang 1886, p. 293, 294).

Bulgarische Blätter, unterstützt von österreichischen und englischen, rechtfertigen die Verpfändung der Eisenbahnen gegenüber Rußlands Hinweis auf den Berliner Traktat damit, daß die betreffenden Linien zur Zeit des Kongresses noch gar nicht existierten.

11. Januar. Die „Bulgarie" veröffentlicht nach Dokumenten ein Verzeichnis der „Gratifikationen", welche Fürst Dondukow als russischer Kommissär in Bulgarien (1878/79) sich selbst und anderen russischen Beamten aus bulgarischen Mitteln ausgezahlt hat. Dieselben belaufen sich auf 1 Million Mark.

1. Februar. Major Paniza wird wegen Verdachts einer Verschwörung verhaftet.

3. Februar. Sechs weitere Verdächtige werden verhaftet.

7. Februar. Die „Agence balcanique" meldet, Paniza habe den Prinzen Ferdinand zu Gunsten des Fürsten Alexander zu beseitigen gestrebt, sowie Stambulow und Mutkurow ermorden wollen; ferner berichtet sie:

Ein Rustschuker Weinhändler, Kalapkow, ein ehemaliger russischer Offizier, sei verhaftet worden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung seien Papiere vorgefunden worden, aus denen hervorgehe, daß Kalapkow mit dem Dragoman der russischen Gesandtschaft in Bukarest Beziehungen hatte. Kalapkow habe auch seit langem ununterbrochen mit Panitza in Verbindung gestanden.

22. Februar. Der Ministerrat beschließt, den von Rußland eingeforderten Schuldbetrag zum Tageskurse an Baron Wangenheim auszuzahlen.

Anfang März. Vulkowitsch wird nach Konstantinopel gesandt mit einem nichtamtlichen Schreiben Stambulows an den Großwessier, worin die Frage gestellt wird, ob die Pforte nicht den Zeitpunkt als gekommen erachte, die bulgarische Frage durch Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürsten abzuschließen. Das Schreiben hebt hervor, daß die Pforte und Rußland die Gesetzlichkeit des Rechtszustandes anerkennen, so oft es sich um Entgegennahme bulgarischer Zahlungen handelt, um sodann bis zur nächsten Zahlungsfrist die Anerkennung wieder zu verweigern. Dieser Zustand müsse im allgemeinen Interesse beendet werden.

4. März. Vulkowitsch trifft aus Konstantinopel ein und überbringt Mitteilungen über die Aufnahme des bulgarischen Anerkennungswunsches seitens der Pforte, welche eine günstige Deutung zulassen.

20. März. Der deutsche Vertreter, Frhr. v. Wangenheim, benachrichtigt die bulgarische Regierung, daß die russische Regierung die bulgarische Rechnung betreffs der rückständigen Okkupationsraten für richtig befunden habe. Der Betrag sei auf Rechnung der russischen Regierung bei der niederländischen Bank zu erlegen. Herr v. Wangenheim werde der bulgarischen Nationalbank Quittung ausstellen.

Die Zahlungen an die russische Regierung werden begonnen.

3. Mai. Auf Veranlassung der serbischen Regierung werden an der bulgarischen Grenze eine größere Anzahl bulgarischer Emigranten verhaftet, welche einen Aufstand in Bulgarien vorbereiteten.

Mai. Der Prozeß gegen Paniza wird verhandelt; Mitangeklagt sind: 10 Offiziere in Disponibilität, ein Sophiaer Bürger und der russische Unterthan Reserve-Offizier Kolobkow. Dieselben werden sämtlich eines Komplots gegen die Person des Prinzen und

einige Minister, in der Absicht, einen Staatsstreich auszuführen, angeklagt.

16. Mai. Zwischen Deutschland und Bulgarien wird eine Handelsabmachung unterzeichnet auf Grund des englisch-bulgarischen Handelsarrangements.

30. Mai. Das Kriegsgericht verurteilt Paniza zur Todesstrafe, empfiehlt ihn aber der Gnade des Fürsten, welchem anheimgestellt wird, das Todesurteil in fünfzehn Jahre Gefängnis umzuwandeln. Das Gericht verurteilt ferner Kalubkow zu 9, Ardaunow zu 6, Alexander Rizow zu 6, Talew, Tschawdarow, Molow und Kissinow zu 3 Jahren, Stephanow zu 5 Monaten Gefängnis. Die übrigen sechs Angeklagten werden freigesprochen.

3. Juni. Alle im Prozeß Paniza Freigesprochenen werden aus Bulgarien ausgewiesen und nachts polizeilich an die serbische Grenze gebracht.

6. Juni. Die „Agence Balcanique" erklärt die Meldung auswärtiger Blätter, Baron Wangenheim habe der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, worin er den Widerruf der Meldung bezüglich einer Teilnahme der russischen Regierung an der Verschwörung des Majors Paniza verlangt habe, für vollständig unbegründet.

17. Juni. Die Minister Dr. Stranski und Sallbachew verlangen und erhalten ihre Entlassung. Stambulow übernimmt an Stelle Dr. Stranskis die Leitung des Auswärtigen Amtes, Schiwkow an Stelle Sallbachews das Finanzministerium.

27. Juni. Prinz Ferdinand tritt eine Reise nach Oesterreich an und ernennt Stambulow zum Regenten.

27. Juni. Das Todesurteil wird an Major Paniza vollzogen.

27. Juni. Der Fürst konferiert im Auslande mit verschiedenen Gliedern der Familien Koburg und Orleans, die ihm, wie die Zeitungen melden, vergeblich zur Abdankung geraten haben sollen.

15. August. Fürst Ferdinand trifft in Sofia ein. Bei einem Bankett hält der Fürst eine Ansprache, in welcher er die guten Beziehungen Bulgariens zu seinem Suzerän hervorhebt und mit einem Toast auf den Ruhm, die Größe und den Fortschritt des Vaterlandes sowie seiner treuen Diener und seiner tapferen Armee schließt.

Anfang September. Wahlen zur Sobranje. Es werden 260 regierungsfreundliche und 35 oppositionelle Deputierte gewählt.

10. November. Zum Minister des Auswärtigen wird Grekow, zum Finanzminister Baltschew ernannt. Der Kriegsminister (und ehemalige Regent) Mutkurow reicht seine Entlassung ein.

XVI.

Rumänien.

2. Januar. Die Kammer nimmt den Adreßentwurf an und genehmigt das handelspolitische Abkommen mit Frankreich. Lahovary, Minister des Auswärtigen, widerlegt die Behauptung der Opposition, daß der König persönliche Politik treibe.

12. Februar. Die Kammer verwirft den Antrag, den früheren Minister Bratiano und die anderen Mitglieder seines Kabinets gerichtlich verfolgen zu lassen.

8. März. Die Regierung kündigt die Handelsverträge mit Belgien und Italien.

10. Mai. Die Deputiertenkammer nimmt mit 93 gegen 55 Stimmen die Vorlage betreffend die Fortifikationskredite an, nachdem der Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen erklärt haben, daß die Fortifikationen nur einen defensiven Charakter hätten und keineswegs von politischer Tragweite seien.

20. Juni. (Bukarest.) Die Kammer genehmigt die Konversion der 6prozentigen Rente in eine 4prozentige; bald darauf desgleichen der Senat.

21. Oktober. Im Beisein des Königs wird der Grundstein zu der Eisenbahnbrücke gelegt, die bei Tschernawoda über die untere Donau führen und die erste direkte Verbindung zwischen Rumänien und den Balkanländern bilden soll.

29. Dezember. (Senat.) Ein Antrag, zu Gunsten der ungarischen Rumänen bei der österreichisch-ungarischen Regierung zu intervenieren, wird verworfen.

XVII.

Serbien.

Januar. Fürst Gagarin, Chef der russischen Schiffahrtsgesellschaft, verhandelt in Belgrad wegen Erweiterung der russisch-serbischen Handelsbeziehungen.

11. Januar. Abbruch der Verhandlungen mit Bulgarien wegen eines Handelsvertrages.

14. Januar. Der bisherige Gesandte in Berlin, Christitsch, tritt in den Ruhestand.

14. Januar. Im Offizierkorps zeigen sich oppositionelle Strömungen. Der Belgrader Divisionskommandeur, Pawlowitsch, und mehrere andere Offiziere werden infolge dessen abgesetzt.

15. Januar. Die Skuptschina nimmt den Antrag betreffs Ablösung des Salzmonopols an.

17. Februar. Die Skuptschina nimmt die Vorlage betreffend die Aufnahme einer Eisenbahn-Anleihe von 26,600,000 Franken an.

3. März. Der Handelsvertrag mit Rumänien wird unterzeichnet.

11. März. Die Bildung des Staatsrats wird vollzogen.

Die Skuptschina wählt aus der Kandidatenliste der Regentschaft für den Staatsrat acht Mitglieder, darunter drei Radikale, nämlich den Ministerpräsidenten Gruitsch, den Finanzminister Wuitsch und den Gouverneur des Königs Dokitsch, ferner vier Liberale und einen Neutralen. Hierauf ernennt die Skuptschina 16 der Regentschaft vorzuschlagende Kandidaten, nämlich 15 Radikale, darunter sämtliche Minister, ausgenommen Tauschanowitsch und den Kriegsminister, sowie einen Liberalen, nämlich den ehemaligen Minister Avakumowitsch.

20. März. Der serbische Gesandte in St. Petersburg, Simitsch, wird nach Wien, und der serbische Gesandte in Wien, Petroniewitsch, nach St. Petersburg versetzt.

22. März. Die Skuptschina nimmt die provisorische Handelskonvention mit England an. Die Regierung erklärt, es würde deshalb kein definitiver Vertrag abgeschlossen, um Ende 1892, nach Ablauf der Verträge, neue handelspolitische Vereinbarungen eingehen zu können. Eine Kommission sei mit den Vorarbeiten betraut.

28. März. Das Kabinet hat sich folgendermaßen rekonstruiert: Ministerpräsidium, Aeußeres und Krieg General Gruitsch,

Finanzen und provisorisch Kultus Vujitsch, Handel und Inneres Tauschanowitsch, Justiz Advokat Gjorgjewitsch, Bauten Professor Jossimowitsch.

23. April. Die Skuptschina nimmt in geheimer Sitzung die Bedingungen an, unter welchen Rußland 100,000 Berdan-Gewehre an Serbien abgibt.

26. April. Die Skuptschina nimmt einstimmig die durch die Einführung der Nationalmiliz bedingten Abänderungen der Heeresorganisation an.

13. Mai. Das Ministerium wird nunmehr kompletiert: Tauschanowitsch übernimmt definitiv Handel und Ackerbau, Staatsrat Nikolitsch Kultus und Unterricht, Staatsrat Giaja das Portefeuille des Innern.

Ende Mai. Der ehemalige Ministerpräsident Garaschanin wird von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen.

Anfang Juni. Besuch König Milans in Belgrad.

10. Juni. Der „Pester Lloyd" meldet die Existenz eines geheimen an die Obmänner des radikalen Klubs gerichteten Wahlzirkulars Pasitschs, worin es heißt, daß der Zar die Realisierung der serbischen Aspirationen unterstützen werde und daß behufs Sanierung der Finanzen eine Reduktion der an das Ausland zu zahlenden Zinsen vorgenommen werden solle.

Dagegen rekonstruiert sich auch die österreichisch gesinnte Fortschrittspartei unter Führung Garaschanins.

11. Juni. Der „Agence de Belgrade" zufolge übersendet die serbische Regierung ihrem Gesandten in Wien behufs Mitteilung an den Grafen Kalnoky eine Note, die Erklärungen des Grafen Kalnoky hätten die Regierung lebhaft betrübt.

Ihre wirtschaftlichen Maßnahmen bezweckten ausschließlich die Besserung der Produktivkraft und der Staatsfinanzen Serbiens, keineswegs eine Schwächung der freundschaftlichen Beziehungen zu der Nachbarmonarchie. Die Haltung eines Teiles der serbischen Presse werde seitens der Regierung verdammt, dieselbe könne aber kein Argument sein, um der radikalen Strömung in Serbien feindselige Absichten gegen Oesterreich zuzuschreiben. Uebrigens bleibe Serbien seinen früheren Erklärungen loyaler Freundschaft gegenüber der Nachbarmonarchie getreu. Die Regierung könne nicht anerkennen, daß sie absichtlich oder unabsichtlich auch nur das mindeste begangen habe, was geeignet wäre, die freundschaftliche Reziprozität zu beeinträchtigen.

26. Juni. König Milan greift bei einem Bankett in öffentlicher Rede die Regierung mit Schärfe an. Der Rektor der Belgrader Hochschule, Nikolajewitsch, welcher bei dem Bankett präsidierte, wird infolge dessen pensioniert.

1. Juli. Der serbische Konsul Marinkowitsch in Prischtina (Türkei) wird ermordet.

12. Juli. Der serbische Gesandte überreicht dem österreichischen Auswärtigen Amt eine Note, welche die Vermittelung desselben bei der ungarischen Regierung in betreff der Einfuhr von Borstenvieh nachsucht.

20. Juli. Die Synode erklärt die Scheidung König Milans für legal.

29. September. Die Wahlen zur Skuptschina ergeben 113 Radikale, 18 Liberale; außerdem ist der frühere Ministerpräsident Garaschanin gewählt.

Oktober. König Milan entläßt den Präsidenten des Staatsrates, Dr. Dokitsch, aus dem Amte eines Erziehers des Königs Alexander. Die radikale Partei äußert sich darüber höchst unzufrieden.

29. Oktober. König Milan begibt sich wiederum ins Ausland.

19. November. (Eröffnung der Skuptschina.)

Die Thronrede hebt hervor, daß durch gegenseitige loyale Aufklärung der Vertragszustand mit Oesterreich-Ungarn wiederhergestellt und der freundschaftliche Charakter in den Beziehungen Serbiens zu der Nachbarmonarchie gewahrt worden sei.

XVIII.

Montenegro.

23. Januar. Der Minister des Aeußern, Bukowitsch, begibt sich nach Belgrad, zu Verhandlungen betreffs Uebersiedelung von Montenegrinern nach Serbien; auf dieser Reise berührt er Wien und wird von dem Grafen Kalnoky empfangen.

1. Februar. (Belgrad.) Bei der Uebergabe des Handschreibens des Fürsten von Montenegro an die Regentschaft, welches den Dank des Fürsten für die Aufnahme der montenegrinischen Einwanderer ausspricht, dankt der Minister Bukowitsch namens des Fürsten und der Regierung der Regentschaft, der Regierung und dem serbischen Volke für die brüderliche Hilfe, welche sie den Einwanderern angedeihen ließen; dieselbe sei ein neuer wert-

voller Beweis für die Liebe des serbischen Volkes zu den serbischen Brüdern Montenegros. Regent Ristitsch erwidert, die Regentschaft und die Regierung erachteten dies für eine um so heiligere Humanitätspflicht, weil sie gegenüber den serbischen Landsleuten Montenegros erfüllt wurde.

3. Februar. Der russische Gesandte in Belgrad, Peviani, wird zum Vertreter Montenegros ernannt.

Gegen Ende des Monats begibt sich der Minister Vukowitsch nach Konstantinopel.

Dezember. Der Fürst erläßt ein Dekret behufs Hebung der wirtschaftlichen Thätigkeit in Montenegro.

XIX.

Griechenland.

10. Februar. (Deputiertenkammer.) Komunduros richtet die Anfrage an die Regierung, ob die Nachrichten begründet seien, wonach die Offiziere der in Larissa stehenden Truppen den Gehorsam verweigert und dem König eine Eingabe überreicht hätten, in welchem sie für die Armee Unabhängigkeit von jedwedem politischen Einflusse verlangen. Der Ministerpräsident Trikupis stellt die behaupteten Thatsachen entschieden in Abrede und erklärt, die Opposition habe den Zwischenfall aufgebauscht, die Untersuchung über den Vorfall sei eingeleitet, weitere Einzelheiten könne er nicht geben.

3. April. Nachdem die bisher thätige Gesellschaft zur Durchstechung des Isthmus liquidiert hat, nimmt die Kammer eine Vorlage betreffend die Verleihung einer Konzession zur Vollendung des Kanals an eine griechische Gesellschaft in dritter Lesung an. Die neue Gesellschaft ist ermächtigt, ein Kapital von 5 Millionen Francs in Aktien und eine Anleihe von 15 Millionen aufzunehmen.

27. April. Ein Dekret versetzt den General Valtinos, Kommandeur des thessalischen Armeekorps, sowie acht andere Offiziere wegen Teilnahme an der Bewegung in Larissa im vergangenen Februar in Nichtaktivität.

28. Oktober. Die Kammerwahlen ergeben einen entschiedenen Sieg der Opposition. Infolgedessen tritt das Kabinet

Trikupis zurück und bildet Delyannis ein neues: Delyannis: Inneres und Krieg, Deligeorgis: Auswärtiges, Komunduros: Marine, Karapanos: Finanzen, Gerocostopulo: Unterricht, und Zaimis: Justiz.

Delyannis verwahrt sich in einem Interview gegen die ihm im Gegensatz zu seinem Vorgänger zugeschriebenen Eroberungstendenzen.

XX.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

16. Januar. Der Senat sendet den Auslieferungsvertrag mit Rußland dem Auswärtigen Ausschuß zurück

und zwar wegen des sogenannten „Dynamitparagraphen" betreffs der Auslieferung politischer Verbrecher. Derselbe bestimmt, daß Mord, Mordversuch und Mordbeteiligung nicht als politische, sondern als gewöhnliche Verbrechen aufzufassen seien und als solche den Auslieferungsbestimmungen zugewiesen werden sollten. Die Senatoren erklärten sich gegen diese Annahme, weil derartige Auslieferungen nur bei einem Staate, der sich den Grundsätzen gesitteter Nationen anschließe, gestattet seien. Die Russen aber verstießen gegen diese Grundsätze, indem sie bei sogenannten politischen Verbrechen die Geschworenen durch geheime Kriegsgerichte ersetzten, deren Urteilsspruch im voraus vorgeschrieben sei.

5. Februar. Der Senat ratifiziert den Samoa-Vertrag.

10. Februar. Ein Erlaß des Präsidenten Harrison kündigt die Eröffnung des Sioux-Indianer-Reservats in Süd-Dakota für Ansiedelungszwecke an.

12. Februar. Der Senat faßt einen Beschluß, welcher das brasilianische Volk zu der Einführung einer republikanischen Regierungsform beglückwünscht.

12. April. Der Präsident des Komitees der auswärtigen Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, Hitt, bringt einen Resolutionsantrag ein, in welchem gesagt wird:

„Nach der Meinung des Repräsentantenhauses würden intimere Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Staaten Amerikas von gegenseitigem Nutzen sein. Die Kammer würde den Abschluß von auf Gegenseitigkeit beruhenden Verträgen begrüßen, durch welche die Zölle auf die besonderen Erzeugnisse jedes einzelnen Landes durch Konzessionen auf beiden Seiten modifiziert, und durch welche die Märkte für die Produkte aller Länder erweitert würden. Solche Verträge würden zugleich die freundschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten mit ihren Nachbarstaaten befestigen."

1. Mai. (Chicago.) 35,000 Arbeiter veranstalten eine Kundgebung zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages.

10. Mai. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten faßt eine Resolution: mit Mexiko Verhandlungen anzuknüpfen zur Einsetzung einer gemischten Kommission, welcher alle zwischen den beiden Ländern entstehenden Streitfragen vorgelegt werden sollen.

21. Mai. Das Repräsentantenhaus nimmt die extreme schutzzöllnerische Tarifbill Mac Kinleys nebst einigen Amendements mit 20 Stimmen Majorität an.

27. Juni. Der Senat genehmigt das Gesetz, wodurch das Territorium Wyoming zum Bundesstaat erhoben wird, bald darauf ebenso das Territorium Idaho.

10. Juli. Der Senat nimmt die Silberbill an, welche das Schatzamt anweist,

von Zeit zu Zeit Silber im durchschnittlichen Betrag von 4,500,000 Dollar Unzen monatlich oder soviel davon wie angeboten wird zum Marktpreise, aber nicht mehr als 1 Dollar für 371,25 Gran reines Silber anzukaufen und zur Zahlung Schatzamtsnoten von 1—1000 Dollar-Noten auszugeben. Diese Schatzamtsnoten sollen auf Verlangen in bar im Schatzamt eingelöst werden können und dürfen nachher wieder ausgegeben werden. Es dürfen jedoch nicht mehr Noten ausstehen, als die Kosten des eingekauften Silbers und der Wert der daraus geprägten Dollars beträgt. Diese Noten sollen gesetzliches Zahlungsmittel sein, für öffentliche wie private Zahlungen, und die Nationalbanken dürfen sie als Reserve anführen. Das Schatzamt darf die Noten nach Belieben in Gold oder Silbermünzen einlösen. Bis zum 1. Juli 1891 sollen 2,000,000 Unzen des anzukaufenden Silbers monatlich in Dollars umgemünzt werden, so viel als nötig ist, die in der Bill erwähnten Schatzamtsnoten einzulösen.

11. September. Der Senat nimmt mit 40 gegen 29 Stimmen die Tarifbill an.

16. September. Das Repräsentantenhaus lehnt die Abänderungen des Senats an der Tarifbill ab.

25. September. Der Mormonenpräsident veröffentlicht ein Manifest, indem er die Beschuldigung, daß die Mormonen-Sekte fortfahre, die Polygamie zu gestatten, oder sie vorzuschreiben, entschieden zurückweist und gleichzeitig die Absicht der Mormonengemeinde ausspricht, sich dem die Polygamie verbietenden Gesetze der Unionsstaaten zu unterwerfen.

27. September. Die Repräsentantenkammer berät die Tarifbill nach dem von der gemeinsamen Konferenz beider Häuser erstatteten Bericht und nimmt dieselbe Bill endgültig mit 151 gegen 79 Stimmen an.

30. September. Der Senat nimmt die Bill mit 33 gegen 27 Stimmen an.

2. Oktober. Das Repräsentantenhaus nimmt in Uebereinstimmung mit dem Senat eine Resolution an, welche den Präsidenten ersucht, mit Großbritannien und Mexiko Unterhandlungen anzuknüpfen behufs Verhinderung der Einwanderung chinesischer Arbeiter aus Kanada und Mexiko in die Vereinigten Staaten.

28. Oktober. Etwa 50 der hervorragendsten Kaufleute New-Yorks, welche am Importgeschäft beteiligt sind, halten eine Versammlung, um gegen die Mac Kinley-Bill zu protestieren.

Anfang November. Die Wahlen zum Kongresse ergeben einen völligen Umschlag der öffentlichen Meinung und einen glänzenden Sieg der Demokraten. Die Ursache dessen wird meistens in der Unpopularität der Mac Kinley-Bill gesehen.

3. November. (New-York.) Die entflohenen irländischen Deputierten Dillon und O'Brien treffen ein und werden mit lebhaften Kundgebungen empfangen. O'Brien verliest eine Ansprache, worin er als Zweck seiner Reise die Gründung einer Nationalkasse zur Bekämpfung der Regierung und der Grundeigentümer bei ihrem Vorgehen gegen die Pächter bezeichnet. Seine Mission stehe im vollsten Einvernehmen mit Parnell. Hierauf gelangt eine Adresse zur Verlesung, worin der Gouverneur von New-York Dillon und O'Brien willkommen heißt.

November. Unter den Indianern von Dakota und Montana brechen Unruhen aus, welche durch die ungenügende Erfüllung der ihnen seitens der Regierung bewilligten Zugeständnisse veranlaßt sind.

Dezember. Die Truppen des Generals Miles liefern den Indianern mehrere Gefechte.

XXI.

Mittel- und Südamerika.

4. Januar. (Brasilien.) Die Kaiserin stirbt in Oporto.

7. Januar. Die provisorische Regierung dekretiert die Trennung von Staat und Kirche.

26. Januar. (Brasilien.) Die Einführung der Zivilehe wird dekretiert.

6. Februar. (Brasilien.) Infolge einer „militärischen Bewegung" wird der Präsident Fonseca zum Generalissimus erhoben.

13. Februar. (Peru.) Ein neues Ministerium wird unter dem Präsidium Irigoyens gebildet.

Ende März hat sich der panamerikanische Kongreß zu Philadelphia über folgende Vorschläge geeinigt:

Erstens ist der Plan eines internationalen Schiedsgerichts zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko, Zentral- und Südamerika angenommen, so daß alle Streitigkeiten zwischen einzelnen Staaten von diesem Schiedsgerichte entschieden werden. Kommt die Mehrheit der Schiedsrichter zu einer Entscheidung, mit welcher sich eine Minderheit nicht einverstanden erklärt, so soll die Entscheidung der Mehrheit gelten. Die Einsetzung von Schiedsgerichten soll aber nicht zum Deckmantel von Annexionen gemacht werden, weshalb Fragen, bei denen es sich um die Unabhängigkeit des Landes handelt, ausgeschlossen sind.

Ferner hat man sich über ein einheitliches System von Zollregulationen, Warendeklaration, Klassifikation und Abschätzung von Waren, sowie über Sanitätsvorrichtungen auf Schiffen und über Quarantäne geeinigt. Desgleichen über den Plan einer internationalen Eisenbahn, welche die Kontinente der Länge nach durchziehen soll, sowie über eine Verbindung der Staaten zur See durch Postdampferlinien mit Fracht- und Personen-Verkehr. Außerdem ist eine Einigung über den Schutz der Patentrechte, der Handelsmarken, über gleiche Maße und Gewichte zu stande gekommen. Bezüglich einer einheitlichen Silbermünze und Silberprägung soll eine besondere Silberkommission, die von den Staaten beschickt wird, entscheiden. Endlich hat man sich auch über einen Vertrag der Auslieferung von Verbrechern geeinigt, in welchem politische Verbrecher von der Auslieferung befreit sind.

17. April. (Brasilien.) Der Religionsunterricht in den Staatsanstalten wird aufgehoben.

19. April. Der panamerikanische Kongreß nimmt in seiner Schlußsitzung eine Resolution des Inhalts an, daß während des Bestehens eines Schiedsgerichtsvertrages der Grundsatz der Eroberung keine Geltung im amerikanischen öffentlichen Recht haben soll, und alle Gebietsabtretungen während der Dauer eines solchen Vertrages null und nichtig sein sollen, wenn sie infolge einer Drohung mit Krieg oder wegen der Gegenwart einer bewaffneten Macht erfolgt sind.

28. April. Die Vertreter der Vereinigten Staaten und von Guatemala, Nicaragua, San Salvador, Honduras, Bolivia, Ecuador, Haiti und Brasilien unterzeichnen das auf dem panamerikanischen Kongreß getroffene Uebereinkommen, welches empfiehlt, alle unter

den amerikanischen Republiken auftretenden Differenzpunkte einem Schiedsgerichte europäischer Staaten zu unterbreiten.

30. April. (Paraguay.) Ein Aufstand bricht aus.

22. Juni. (Brasilien.) Die neue Verfassung wird proklamiert; dieselbe ist eine föderative.

7. Juli. (Uruguay.) Die Weigerung der Nationalbank, ihre Noten in Gold einzulösen, ruft eine allgemeine Panik hervor, infolge deren der Finanzminister demissioniert.

7. Juli. (San Salvador.) Der Präsident, General Menendez, wird ermordet; an seine Stelle tritt General Ezeta. Infolgedessen versucht die Armee von Guatemala unter General Barillas einen Einfall in San Salvador, wird jedoch zurückgeschlagen.

20. Juli. (Argentina.) Eine Verschwörung gegen den Präsidenten Celman wird entdeckt.

26. Juli. Die Revolution kommt unter Mitwirkung eines großen Teiles der Armee und Flotte zum Ausbruch.

29. Juli. Die Aufständischen werden besiegt; trotzdem wird auch von der siegenden Partei der Rücktritt des Präsidenten verlangt.

Anfang August. (Argentina.) Präsident Celman sieht sich durch die Opposition aller Parteien und die Unmöglichkeit, ein Ministerium zu bilden, veranlaßt, zu demissionieren; an seine Stelle tritt Dr. Pellegrini.

Mitte August. Zwischen Guatemala und San Salvador kommt es zu förmlicher Kriegserklärung und mehreren für Salvador günstigen Kämpfen. Nachdem sich auch Honduras Guatemala angeschlossen, wird Salvador 27. August zum Frieden genötigt.

20. August. (Brasilien.) Der Finanzminister Ruiz Barboza als Kriegsminister reicht seine Entlassung ein und wird durch den General Floriano Peixoto als Kriegsminister ersetzt.

1. September. (Venezuela.) Der Präsident der Republik erläßt an alle auswärtigen Regierungen einen Protest gegen die widerrechtliche Annexion eines Gebietsteiles der Republik durch die englische Kolonie Guyana.

16. September. (Brasilien.) Die Wahlen fallen zu Gunsten der provisorischen Regierung aus.

(Brasilien.) Die Republik wird im Laufe des Oktober

von einer Anzahl europäischer Mächte anerkannt (unter den Großmächten von Frankreich, England, Italien).

Anfang November. In der Republik Honduras bricht ein Aufstand aus.

15. November. (Brasilien.) Im Kongresse wird eine Botschaft des Präsidenten verlesen, welche das Verhalten der provisorischen Regierung darlegt, die Regierungsbefugnisse in die Hände der Kammer zurückgibt und derselben die Aufgaben auseinandersetzt, die sie zu lösen habe.

18. November. Der Kongreß verlängert die Bevollmächtigung der provisorischen Regierung bis zur definitiven Votierung der Konstitution.

18. November. Die Verbannungsdekrete gegen den Ministerpräsidenten der Kaiserlichen Regierung Ouro Preto und gegen andere hohe Kaiserliche Beamte werden aufgehoben.

2. Dezember. (Peru.) Ein Aufstandsversuch wird nach heftigem Kampf niedergeworfen.

XXII.

Afrika.*)

Anfang Januar. (Aegypten.) Stanley trifft in Kairo ein, wird von dem Khedive empfangen und erhält den Groß-Kordon des Osmanié-Ordens.

18. Januar. In dem amtlichen Anzeiger des unabhängigen Kongostaats werden Verfügungen veröffentlicht, durch welche den katholischen und protestantischen Missionaren, welche im Kongostaate Niederlassungen haben, die Rechte juristischer Persönlichkeiten zugestanden werden.

19. Januar. (Sansibar.) Die direkte telegraphische Verbindung mit Europa wird eröffnet.

26. Januar. (Abessinien.) Ras Alula, der Hauptfeind

*) Ueber die Kolonialangelegenheiten vergl. die betreffenden europäischen Staaten.

Italiens, wird von dem Heere des Königs Menelik gänzlich geschlagen.

13. Februar. Seyid Khalifa, Sultan von Sansibar, stirbt. Ihm folgt sein Bruder Seyid Ali.

2. März. Emin Pascha trifft in Sansibar ein.

Anfang März. Der König von Dahomey eröffnet Feindseligkeiten gegen die angrenzende französische Kolonie.

Anfang März. (Südafrikanische Republik [Transvaal]). Drei Personen werden unter der Anklage des Hochverrats verhaftet und nach Pretoria gebracht.

In einer zahlreich besuchten Versammlung wird die Bildung eines politischen Reformvereins beschlossen, die Verhaftungen werden aufs schärfste verurteilt. Der Reformverein unternimmt die Verteidigung der Verhafteten.

Anfang März. (Abessinien.) König Menelik ersucht die italienische Regierung, Abessinien auf dem Brüsseler Antisklaverei-Kongresse durch einen eigenen Delegierten vertreten zu lassen.

März. (Kongostaat.) Vertrag mit der „Compagnie du Congo“ wegen Eisenbahnbaues.

Es erhält die Gesellschaft für 99 Jahre die Erlaubnis zum Betriebe der Bahn von Matari nach Leopoldville, mit dem Rechte, in einer Entfernung von 200 m zu beiden Seiten der Bahn Besitz von allen freien Ländereien zu nehmen, welche ihr dazu geeignet scheinen; außerdem erhält die Gesellschaft für jedes vollendete Kilometer 1500 ha Land. Sie bleibt steuerfrei und genießt während 25 Jahre eines unbeschränkten Monopols.

17. März. (Abessinien.) König Menelik erreicht Adua, wo die Unterwerfung des Rebellen Ras Mangaschah proklamiert wird.

20. März. König Menelik tritt den Beschlüssen der Afrika-Konferenz bei.

18. März. (Sansibar.) Der Sultan sendet mit Zustimmung der deutschen Behörden zwei Bevollmächtigte ab, welche den Frieden auf dem Festlande zwischen den Arabern und den Deutschen herstellen sollen.

7. April. Die Häuptlinge Banaheri und Ichasi ergeben sich mit dem Rest ihrer Truppen dem Major Wißmann.

21. April. (Dahomey.) Die Truppen des Königs greifen die Franzosen bei Kotonu an und drängen sie mit beträchtlichem Verlust nach Porto Novo zurück.

26. April. Das „Mémorial Diplomatique“ teilt einen Brief des Königs von Dahomey an den Präsidenten Carnot mit.

Der König beklagt sich, er sei ohne Kriegserklärung von Frankreich angegriffen worden. Die Kaufleute von Weidah habe er weggeführt, weil sie Politik trieben, obwohl sie keine Soldaten waren; er werde sie übrigens

nicht malträtieren, sondern als Geiseln bis zur Beendigung des Krieges behalten.

30. April (Aegypten.) Die internationale gerichtliche Kommission wird aufgelöst; Frankreich und Rußland weigern sich, die Ausdehnung der Befugnisse der gemischten Gerichtshöfe auf geringfügige Strafsachen zu genehmigen.

27. April. (Marokko.) Eine Gesandtschaft des Deutschen Kaisers trifft in Fez ein und wird glänzend empfangen.

Juli. Es gelangen Nachrichten aus dem Sudan nach Europa von Empörung vieler sudanesischer Stämme gegen die Herrschaft des Mahdi.

1. August. (Sansibar.) Der Sultan erläßt ein Dekret betreffs der Sklaverei.

Danach bleiben die vor Abschluß des deutsch-englischen Abkommens bestandenen Verordnungen über die Sklaverei in Kraft. Der Verkauf oder Austausch von Sklaven wird untersagt und die Haltung von Sklaven-Depots bei strenger Strafe verboten. Beim Ableben eines Sklaveneigners gehen dessen Sklaven in den Besitz seiner legitimen Kinder über und erhalten die Freiheit nur in dem Fall, daß keine legitime Nachkommenschaft vorhanden ist. Grausame Behandlung von Sklaven wird mit deren Konfiskation bestraft. Bei Eheschließungen zwischen Arabern und britischen Unterthanen werden die Sklaven des Arabers frei. Endlich können in Zukunft Sklaven ihre Freiheit erkaufen und die Rechte freier Unterthanen erlangen.

September. (Marokko.) Es finden heftige Kämpfe zwischen den Truppen des Sultans und aufrührerischen Stämmen statt.

XXIII.

Asien.

1. Januar. (Japan.) Graf Yamagata wird zum Ministerpräsidenten und Vicomte Aoki, früher Gesandter in Berlin, zum Minister des Aeußern ernannt.

1. Januar. (Persien.) Der Schah verleiht dem Hauptvertreter des russischen Einflusses, Emin Sultan, den höchsten Orden.

Februar. (China.) Die Regierung zieht in der Mandschurei an der russischen Grenze größere Truppenmassen zusammen.

Der Kaiser erläßt mehrere Reformdekrete, durch welche

überflüssige Beamtenposten abgeschafft, sowie Opium- und Spielhöllen in Peking aufgehoben werden.

März. (Japan.) Die Wahlen für das erste Parlament Japans werden auf den 1. Juli festgesetzt.

Der schon durch das Wahlgesetz eng begrenzte Kreis der Wählerschaft wird durch die Ausführungsverordnung noch mehr beschränkt. Das aktive Wahlrecht erscheint darnach an folgende Bedingungen gebunden: vollendetes 25. Lebensjahr, einjähriger Wohnsitz im Wahlbezirk vor Zusammenstellung der Wahllisten, einjährige Entrichtung von 15 Dollars Grundsteuer oder dreijährige Entrichtung von 15 Dollars Einkommensteuer unter Zulassung der Summierung beider Steuern. Die Wahl ist keine geheime, die Wahlzettel sind offen und unterfertigt abzugeben; der hohe Zensus schließt alle untern Klassen ziemlich aus und auch von den mittlern Klassen sind infolge der erschwerenden Bedingungen verhältnismäßig wenige wahlberechtigt. In der vom passiven Wahlrecht ausgeschlossenen Priesterklasse wird für die Erlangung desselben agitiert.

12. April. (China.) Marquis Tseng, bekannter Diplomat, †.

12. April. (Persien.) Es verlautet, daß der Schah in einer Konvention Rußland folgende Zugeständnisse gemacht hat:

„1. Die Bai von Murdab, welche Enzeli mit Rescht verbindet, wird den russischen Schiffen geöffnet. 2. Die persische Regierung verpflichtet sich, die russische Regierung von allen Eisenbahnlinien, die sie zu bauen beabsichtigt, in Kenntnis zu setzen. 3. Die Fahrstraßen zwischen Ardabil und Astara, Boscht, Teheran, Khorassan und Askhabad sollen innerhalb einer Frist von zwei Jahren vollständig hergestellt sein.

Juli. (China.) Amerikanische Zeitungen melden: der chinesische Gesandte habe in Washington die offizielle Erklärung abgegeben, falls Amerika das die Einwanderung der Chinesen verbietende Gesetz nicht zurückziehe, China mit dem Ausschluß aller Amerikaner antworten werde.

November. (China.) Ein Erlaß des Kaisers ordnet an, daß die bei der chinesischen Regierung beglaubigten ausländischen Gesandten alljährlich einmal vom Kaiser in Audienz empfangen werden sollen.

29. November. (Japan.) Der Kaiser eröffnet das erste japanische Parlament vor dem Thronsessel stehend mit folgender Thronrede:

„Den Mitgliedern des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten kündigen wir hiemit an, daß die leitenden Grundzüge der verschiedenen Zweige der Regierung und Verwaltung, welche wir während der 20 Jahre seit unsrer Thronbesteigung gefördert haben, nunmehr fast vollendet sind. Ernstlich flehen wir, daß wir, geleitet durch die Weisheit (Tugend), welche wir von dem kaiserlichen Gründer unsres Hauses und von unsern anderen kaiserlichen Vorfahren ererbt haben, und mit Ihrer Mitwirkung, die Vergangenheit einheitlich vollenden, die Zukunft hell und licht gestalten, die

trefflichen Früchte, welche die Verfassung zeitigen wird, treu bewahren und somit fortfahren mögen, den Ruhm unsres Reiches zu mehren und, zu Haus und in der Fremde, den bewundernswürdigen edlen und loyalen Charakter unsres Volkes zu bethätigen. Von früh an ist es unser Bestreben gewesen, Freundschaft mit allen Nationen zu pflegen, unsern Handel auszudehnen, des Vaterlandes Macht und Ansehen zu stärken. Wir sind so glücklich gewesen, unsern Verkehr und unsre Freundschaft mit den Vertragsmächten stetig wachsen zu sehen. — Das Heer und die Flotte betreffend ist es unser Wille, ihnen die Vollkommenheit im Laufe der Jahre zu sichern. Das Budget und die verschiedenen Gesetzentwürfe für das 24. Jahr Meiji anlangend, ordnen wir an, daß die Staatsminister sie dem Reichstag zur Beratung vorlegen sollen. Wir leben der Zuversicht, daß Sie diese Vorschläge weise und unparteiisch prüfen und ihnen Ihre Unterstützung leihen und so der Zukunft ein würdiges Beispiel geben werden."

XXIV.

Südseeinseln.

22. Januar. Der zwischen Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Vertrag bezüglich des Königreichs Samoa wird veröffentlicht. (Vgl. Jahrg. 1889 S. 351.)

März. (Samoa.) König Malietoa erläßt eine Proklamation, worin er den Eingeborenen Hawais das Betreten der Samoainseln untersagt. Eine ähnliche Proklamation ist schon früher gegen die Chinesen erlassen worden.

27. Mai. (Apia.) Nach aus Samoa eingegangenen Meldungen haben die Konsuln der Mächte gemeinsam die neue Regierung auf Samoa eingesetzt und das Zollamt eröffnet.

19. April. (Samoa.) König Malietoa unterzeichnet die Berliner Generalakte.

September. Der König von Schweden ernennt gemäß dem Samoavertrage den Kreisrichter v. Cederkrantz zum Oberrichter.

Uebersicht
der politischen Entwickelung des Jahres 1890.

Die große internationale Politik ist im Jahre 1890 noch stiller gewesen, als im Jahre 1889. Das eine weltgeschichtliche Ereignis, das sie zu verzeichnen hat, ist eben dadurch merkwürdig, daß es keinerlei Erschütterung hervorgerufen, daß es nirgends unmittelbare Folgen nach sich gezogen hat: die Quieszierung des Fürsten Bismarck. Es ist der Thor, der daraus schließt: also war er gar nicht so nötig. Die Wahrheit ist, daß hierin die Krone seiner ganzen Wirksamkeit liegt: er hat die Welt in eine solche Ordnung gebracht, daß sie endlich seiner selbst nicht mehr bedurfte. Es ist das Wort, mit dem Ranke in seiner Weltgeschichte sich von Bonifacius, dem Apostel der Deutschen, verabschiedet: es sei das Schicksal hochbegabter Menschen; mit ihren innersten und tiefsten Gedanken gehen sie ein in die Welt; es gelingt ihnen, eine große Wirkung auszuüben, aber damit werden sie selbst entbehrlich. Allgemeine auswärtige Politik. Fürst Bismarck.

Der neue deutsche Reichskanzler hat die auswärtige Politik in den Bahnen fortgeführt, die sein Vorgänger ihm vorgezeichnet: Aufrechterhaltung des Dreibundes, gutes Verhältnis zu England, möglichst freundliche Stellung zu Rußland. Besonders durch ein gutes persönliches Verhältnis zwischen den beiden Suveränen hat Fürst Bismarck immer gesucht die sachlichen Friktionen zwischen Deutschland und Rußland abzuschwächen. Auch diese Taktik wurde aus seinem Regime übernommen und gelangte in einem Besuch, den der Kaiser dem Zaren bei den Herbstmanövern machte, zum Verhältnis der Mittelmächte zu Rußland

Ausdruck. Hier und da erhoben sich Stimmen, welche finden wollten, daß das Betragen der Russen ein solches Entgegenkommen nicht verdiene (vgl. S. 150). Andere bestanden darauf, daß im Gegenteil zwischen den beiden Höfen eine freundliche Stimmung obwalte, die sich auch bei Gelegenheit dieses Besuches manifestiert habe und durch ihn zum Besten des Weltfriedens befestigt worden sei. Eine Reise, die den Großfürst-Thronfolger von Rußland bald darauf nach Wien führte (6. Nov.), mußte in der That als ein äußerst friedliches Symptom aufgefaßt werden. Die Pessimisten gaben aber als einzigen Grund an, daß Rußland im Begriff sei, sich ein neues Gewehr anzuschaffen.

Deutschland. Inneres. Rücktritt des Fürsten Bismarck.

Auch in der inneren deutschen Politik vollzog sich der Rücktritt des Fürsten Bismarck ohne jede Erschütterung. Alle jene Beschuldigungen, mit denen er Jahrzehnte lang verfolgt worden war, daß er ein neues Hausmeiertum ausbilde, welches die Hohenzoller'sche Dynastie bedrohe, und daß er die Institutionen des neuen Reichs allein auf seine Person zuschneide, zeigten sich nun, da die praktische Probe gemacht wurde, als von einer wahrhaft lächerlichen Nichtigkeit. Die Monarchie zeigte sich so stark, daß er selber, der Mann des Jahrhunderts, ihr fast ohne Kampf erlag und die Reichs-Institutionen zeigten sich so wunderbar klug gedacht und sicher konstruiert, daß auch nicht einmal der Vorschlag einer Reform auftauchte. Um zu verstehen, wie ein Monarch und ein Staat freiwillig auf die Dienste eines solchen Mannes Verzicht leisten können, zieht man ebenfalls am Besten das Wort, daß der große Mann sich endlich durch seine eigenen Leistungen selber entbehrlich mache, heran. Fürst Bismarck hatte seine Mission erfüllt, sie so sehr bis auf das Letzte erfüllt, daß ihm zu thun nichts mehr übrig blieb. Das ist der letzte und tiefste Grund seines Rücktritts. Noch ein Jahr vorher war er völlig unentbehrlich: nimmermehr wäre ohne die Autorität und den Druck seiner Persönlichkeit und seines Willens das Invaliditäts-Versicherungs-Gesetz im Reichstag angenommen worden. Mit diesem Gesetz aber war zugleich das sozialpolitische Programm, welches er sich selber vorgesetzt hatte, erschöpft. Auf der anderen Seite waren durch seine mächtige Individualität natürlich mancherlei Bestrebungen und Bedürfnisse namentlich in Preußen

zurückgedrängt worden, die an sich berechtigt, auch prinzipiell keineswegs in einer anderen Richtung, doch durch die Zufälligkeiten, die jeder Individualität anhaften, bei ihm irgend eine Antipathie erregt hatten und dadurch zurückgehalten wurden. Es hätte auch noch einige Jahre so fortgehen können, ohne daß ein gar zu großer Schaden daraus entstanden wäre. Das Leben großer Reiche ist zähe und entwickelt sich ohnehin niemals ganz gleichmäßig. Empfunden wird freilich ein jeder solcher Mißstand sehr schnell, und im Deutschen Reiche war die Persönlichkeit vorhanden, die den drohenden Stillstand in der Gesetzgebung nicht mit anzusehen vermochte. Das war der junge Kaiser. Er hatte sich in dem ersten Jahr seiner Regierung mit dem Fürsten Bismarck vorzüglich zu verständigen gewußt. Nun begannen ihre Wege sich zu trennen. Im einzelnen verliefen die Dinge folgendermaßen.

Die soziale Reformbewegung, welche Fürst Bismarck selber in Deutschland zwar nicht hervorgerufen, aber praktisch gemacht und ins Leben eingeführt hat, umfaßt ihrer Natur nach auch eine sogenannte Arbeiterschutzgesetzgebung, d. h. gesetzliche Vorschriften gegen gesundheitswidrige und das sittliche Leben schädigende Ueberanstrengung der Arbeiter in den großen Betrieben, namentlich in Bezug auf Sonntagsruhe, Frauen- und Kinderarbeit. Die meisten Kulturstaaten haben bereits solche Gesetzgebung und auch die dazu gehörige Fabrik-Inspektion, die für die Kontrolle sorgt. In Deutschland war in dieser Richtung bisher wenig geschehen, weil in einer merkwürdigen doktrinären Verkennung gerade der Reichskanzler widersprach. Selbst die ursprünglich ebenfalls aus freihändlerischen Prinzipien gegen eine Arbeiterschutzgesetzgebung eingenommene deutschfreisinnige Partei hatte sich allmählich zu ihr bekehrt, aber auch einstimmige Beschlüsse des Reichstages waren nicht im stande, den Willen des Kanzlers zu erschüttern. Bei dem lebendigen Interesse des Kaisers an der sozialen Frage, das sich im Jahre 1889 in dem Empfang der Bergmanns-Deputierten so imponierend ausgesprochen, hatte der hohe Herr natürlich längst seine Aufmerksamkeit auch auf diesen Punkt gerichtet. Er wollte vorwärts in der Socialreform; der Kanzler wollte Halt machen. Mit dieser Frage verflocht sich die nach der weiteren politischen Behandlung der Sozial-

demokraten. Das Sozialistengesetz lief am 30. September 1890 ab; dem Reichstag war eine Vorlage gemacht, das Gesetz unter einigen Milderungen und Schaffung von Rechtsgarantien für die Ausführung dauernd zu machen. Sie stieß jedoch bei den Nationalliberalen und Freikonservativen auf Widerstand. Besonders wollten diese Parteien die Ausweisungsbefugnis der Regierung nicht auf die Dauer oder überhaupt nicht mehr zugestehen. Um einen Kompromiß zu schließen, wartete man auf eine Meinungsäußerung des Kanzlers. Solche aber erfolgte nicht, und so wurde das Gesetz endlich vom Reichstag vollständig abgelehnt. (Vgl. 1889 S. 137 ff. 1890 25. Januar.) Weshalb der Reichskanzler die Sache bis zu diesem Punkt kommen ließ, ob eine tiefere politische Absicht zu Grunde lag, ob auch hier keine volle Harmonie mit den Ansichten des Kaisers obwaltete, ist nicht bekannt geworden. Zunächst wich der Kanzler ein Stück zurück. Er gab das bisher von ihm geleitete preußische Handelsministerium an den bisherigen Oberpräsidenten v. Berlepsch ab und es erschienen am 4. Februar die Kaiserlichen Erlasse, welche die Inangriffnahme einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung auf Grund einer großen internationalen Konferenz verkündigten. Aber im Hintergrunde schlummerten bereits weitere Differenzen. Die neuen Reichstagswahlen warfen das Kartell, auf das die Regierung sich die letzten Jahre gestützt hatte, in die Minorität. Es mußten Beschlüsse gefaßt werden, wie man sich zu dem neuen Reichstag stellen wolle. Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (vgl. 24. Februar und 13. März) wiesen auf eine Annäherung der Regierung an das Zentrum hin, weil sie mit diesem in wirtschaftlichen Dingen harmoniere; der Reichskanzler empfing den Abgeordneten Windthorst. Der Kaiser stellte ihn hierüber, wie nachher bekannt wurde, zur Rede, und es gab eine scharfe Auseinandersetzung. (Vgl. oben, 23. und 24. März.) Den entscheidenden Konflikt aber brachte endlich eine preußische Angelegenheit, die insofern eine allgemeine war, als in ihr die Entscheidung lag, ob die Machtstellung, die der staatsmännische Begründer des Deutschen Reiches allmählich erworben, ungeschmälert in seiner Hand bleiben oder ob er sich einer Beschränkung unterwerfen wollte. Es existierte eine Kabinetsordre Friedrich Wilhelms IV. vom 8. Sep-

tember 1852, welche den Verkehr der einzelnen Minister mit dem König an die Beteiligung des Ministerpräsidenten band. (Vgl. S. 47). Diese Verordnung war ihrer Zeit nicht in der Gesetzsammlung publiziert, aber auch nicht zurückgenommen worden. Auf sie gestützt hatte der Fürst Bismarck neuerdings seine den anderen Ministern übergeordnete Stellung zur Geltung gebracht, worauf der König die Aufhebung der Vorschrift forderte. Indem der Fürst mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Einheitlichkeit in der Verwaltung die Aufhebung verweigerte, kam es zum Bruch. Der Kanzler reichte sein Abschiedsgesuch ein und der Kaiser genehmigte es (20. März), zwar in den gnädigsten Ausdrücken, aber mit dem unverkennbaren Bewußtsein einer vollen und prinzipiellen Abwendung. Vielfach hoffte man, der Bruch werde dadurch ein weniger schroffes Ansehen erhalten, daß Graf Herbert Bismarck fortfahren werde, als Staatssekretär des Auswärtigen zu fungieren, aber auch das stellte sich als Unmöglichkeit heraus. Wie Graf Herbert die letzten Jahre die Hauptstütze seines Vaters gewesen war, so trat er auch jetzt mit ihm ins Privatleben. Murrend zog der alte Held sich zurück in seinen Sachsenwald und erschreckte Freund und Feind zuweilen durch allzufreie Aussprachen vor Deputationen und Zeitungskorrespondenten, die aber auch jetzt noch vornehmlich seiner letzten großen Aufgabe, der Erhaltung des Weltfriedens, dienten, indem er durch direkte Belehrung französischer und russischer Journalisten die öffentliche Meinung jener Völker von der Lauterkeit der Friedensabsichten Deutschlands zu überzeugen suchte.

In dumpfer Resignation wie ein unverstandenes und unverständliches Schicksal hatte die öffentliche Meinung die Zeitung von seiner Verabschiedung hingenommen. Nirgends erhob sich zum Erstaunen des Auslands ein laut tosender Protest, weil die innerpolitischen Kreise, welche der öffentlichen Meinung die Zunge geben, die tragische Notwendigkeit erkannten und ihre Gefühle der Dankbarkeit und Treue mit dem politischen Pflichtbewußtsein nicht anders als durch Zurückhaltung zu vereinigen vermochten. Vor dem Reichskanzler-Palais in der Wilhelmstraße stand in den letzten Tagen dichtgedrängt die Menge, um den Scheidenden noch einmal zu sehen und zu begrüßen. Als er auf das Schloß fuhr, um sich

beim Kaiser persönlich abzumelden, endlich bei der Abreise auf dem Wege zum Bahnhof und auf dem Bahnhof selbst gaben die Scharen der Verehrer ihm in einer jedem Anwesenden unvergeßlichen rührenden Weise das Geleite. Die Musik des Garde-Kürassier-Regiments war auf Befehl des Kaisers gekommen und unter mächtigem Widerhall der Trompeten und Posaunen in der großen Bahnhofshalle setzte sich der Zug, der den Titanen der Stätte seiner Wirksamkeit entführte, langsam in Bewegung. Ehe er Berlin verließ, war er noch einmal nach Charlottenburg gefahren und hinabgestiegen in die Gruft des Mausoleums, um einige Zeit an dem Sarkophage Kaiser Wilhelms des Alten in stillem Gedenken zu verweilen. Nur die rohesten unter seinen Feinden, die Gesinnungsgenossen des Abgeordneten Richter, ließen auch in diesem Augenblick ihrer Gehässigkeit und Schmähsucht freien Lauf, während gebildete Gegner nicht anders als die alten Freunde dem Gründer des Reichs manches schöne Wort der Anerkennung und der Dankbarkeit widmeten.

Die Arbeiterschutz-Konferenz.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, bei deren Einleitung der Fürst Bismarck ja noch mitgewirkt hatte, wurde mit einem großen Aufwand äußerer Mittel in Szene gesetzt. Erst erschienen die Kaiserlichen Erlasse (5. Februar), dann tagte der preußische Staatsrat unter dem persönlichen Vorsitz des Kaisers (vgl. 19., 26., 28. Februar), verstärkt durch besondere Vertrauensmänner auch aus dem Arbeiterstande, von denen sich einer zur Sozialdemokratie bekannte; dann trat eine große internationale Konferenz aller Industriestaaten in Berlin zusammen (15. bis 29. März). Zu letzterem Mittel hatte man gegriffen, um dem Einwand zu begegnen, daß der einzelne Staat durch strenges Vorgehen die Konkurrenzfähigkeit seiner Industrie schädigen könne. Aus diesem Grunde hatte bereits die Schweiz, welche in dieser Gesetzgebung Deutschland weit voraus ist, zu einer ähnlichen Konferenz eingeladen, war aber dann zu Gunsten des mächtigeren Deutschen Reiches zurückgetreten. Vergleicht man diesen Apparat mit den einzelnen Bestimmungen, um die es sich handelt, ob die Mittagspause für verheiratete Frauen eine halbe Stunde länger sein soll, von welchem Jahr an die Kinder in den Fabriken arbeiten dürfen, ob Frauen und jugendliche Personen nachts und ob sie in Bergwerken arbeiten dürfen oder nicht, so scheinen solche

Dinge sehr unbedeutend. Eine wirklich tief einschneidende Maßregel würde ein Maximal-Arbeitstag für die erwachsenen Arbeiter sein; aber dieser wurde von vornherein von den Beratungen ausgeschlossen. Trotzdem wäre es sehr falsch, zu meinen, daß man, wie es im Sprichwort heißt, mit Kanonen nach Spatzen geschossen hätte. Wichtiger als die einzelnen Bestimmungen ist die moralische Wirkung der Kaiserlichen Initiative und des Kaiserlichen Auftretens. Es handelt sich um Dinge, die durch das starre Gesetz überhaupt sehr schwer zu fassen sind, wo unter allen Umständen viele Ausnahmen zugelassen werden müssen und deshalb das meiste von der Kontrolle und dem guten Willen abhängt. Die internationale Konferenz konnte überhaupt keine Bestimmungen treffen, sondern nur erklären, was sie für „wünschenswert" halte; die gesetzgebenden Faktoren der einzelnen Staaten müssen danach die für jedes Volk passenden gesetzlichen Formulierungen finden und die Kontrolle schaffen. Erst recht hängt also hier alles von dem guten Willen ab. Dieser aber bedarf der Anregung und die Bedeutung der Konferenz liegt also nicht sowohl in ihren konkreten Beschlüssen als darin, daß durch den Eindruck, den das Ereignis gemacht hat, die Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Tagesordnung aller zivilisierten Staaten gesetzt ist. Allenthalben berufen sich der Arbeiterstand und seine Freunde jetzt auf den Deutschen Kaiser, scharen sich um die Grundsätze, die hier ausgesprochen worden sind, und bringen so gesetzgeberische Reformen, die sonst wohl noch lange gestockt hätten, in Fluß. Das ist doppelt wichtig, da ja die Rücksicht auf die wirtschaftliche Konkurrenz jeden Staat zwingt, auf die Gesetzgebung der Nachbarn zu achten und sich zu vergewissern, daß sie in den humanitären Maßregeln nicht zu weit hinter ihm zurückbleiben.

Fast noch wichtiger aber möchte die zweite moralische Wirkung erscheinen. Die Konferenz hat vor allen Völkern von neuem dokumentiert, daß die Interessen Deutschlands und des Deutschen Kaisers durchaus friedlicher Natur sind. Wenn in Frankreich sich die öffentliche Meinung anfänglich etwas sträubte (vgl. Frankreich 27. Febr. und 6. März), sich durch die Annahme der Einladung zu der Konferenz sozusagen unter die Führung Deutschlands zu stellen, so erkennt man daran erst recht, wie wichtig die Thatsache ist: daß

Frankreich endlich doch nicht umhin gekonnt hat, zu einem großen humanitären Zweck mit Deutschland zusammenzuwirken und sich durch seine Delegierten sozusagen persönlich zu überzeugen, daß Deutschland voll befriedigt sein würde, wenn es ihm vergönnt wird, Lorbeeren in diesen Künsten des Friedens und der allgemeinen Wohlfahrt zu erringen.

Neuwahlen zum Reichstag.

Ein unvergängliches Andenken in der deutschen Geschichte wird der sogenannte Kartell- oder Septennats-Reichstag von 1887 bis 1890 genießen. Er hat durch seine umfassenden Bewilligungen für die Armee und Marine Deutschlands internationale Stellung gesichert und den Frieden erhalten helfen; er hat durch die Reform und Erhöhung der Branntwein- und Zuckersteuer die nötigen Geldmittel geschaffen. Er hat an die Stelle der dreijährigen die fünfjährige Legislaturperiode gesetzt. Er hat endlich das Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz zu stande gebracht. Mit diesen Thaten war nun seine Mission erfüllt. Ganz wie von dem Fürsten Bismarck kann man auch von der Kartell-Majorität sagen, sie habe sich durch ihre Thaten selbst entbehrlich gemacht. Ueber die weiteren Aufgaben der Gesetzgebung gab es kein gemeinsames konkretes Programm mehr, um so weniger als man vor Dingen stand, deren Behandlung durch die subjektiven Auffassungen des Fürsten Bismarck äußerst erschwert wurde. Da, wie wir sahen, auch über das Sozialisten-Gesetz eine Einigung nicht zu stande kam, so ging die bisherige Majorität in die Neuwahlen mit einer Art Vakuum. Das Bündnis der Parteien wurde zwar ausdrücklich erneuert, aber bei dem Mangel positiver Ziele blieb es inhaltlos und vermochte einen rechten Eifer in den Wählern nicht zu entzünden.

Ein zufälliger Umstand trug dazu bei, die Situation für diese Parteien zu verschlimmern. Bei der letzten Feststellung der Getreidezölle hatte man im agrarischen Uebereifer den Fehler gemacht, keinen Notausgang für den Fall einer Teuerung zu schaffen. In der „Uebersicht" dieses Geschichtskalenders zum Jahre 1887 findet man den Satz „es wird die Zeit kommen, wo die Getreidepreise wieder steigen und da in dem Gesetz keinerlei Vorsorge für diese Eventualität getroffen ist, so kann der Fall eintreten, daß vermöge des Zolles eine Verteuerung des Brotes einfällt. Eine

tiefe Rückwirkung auf das politische Leben und die Beziehungen der Parteien kann dann nicht ausbleiben." Dieser Fall war jetzt eingetreten. Zwar waren die Preise noch immer keineswegs hoch, aber doch für Roggen über dem Durchschnitt und einige überscharfe sanitäre Maßregeln gegen Viehseuchen steigerten zugleich die Fleisch- namentlich die Schweinefleisch- und Schmalzpreise. Mit aller Energie machte sich die deutschfreisinnige und die sozialdemokratische Partei diesen Umstand zu nutze und führte den Wahlkampf in erster Linie mit dem Schlachtruf „gegen die Lebensmittelverteurer". Die neue Branntweinsteuer wirkte für weite Kreise des Volkes in derselben Richtung. Um unter allen Umständen zunächst das „Kartell" niederzukämpfen, hielten alle anderen Parteien in einer Art Antikartell gegen jenes zusammen; ohne Rücksicht darauf, daß ja grade das Zentrum mehr als irgend eine andere Partei für die „Lebensmittelverteuerung" gethan hatte, marschierten protestantische Liberale mit ultramontanen Klerikalen Arm in Arm zur Wahlurne.

Wie vorauszusehen, erlitt das Kartell eine Niederlage; das Zentrum, der Deutschfreisinn und die Sozialdemokraten gewannen zusammen etwa 70 Stimmen. Die Sozialdemokraten kamen von 11 auf 35 Stimmen, noch 10 Stimmen mehr als 1884. Auch die deutschfreisinnige Partei zeigte wieder neue Lebenskraft, während gerade die Mittelparteien, die Nationalliberalen und Freikonservativen, am meisten verloren. (Die Zahlen s. S. 32).

Mit Reichstagen ähnlicher Zusammensetzung hatte nun auch der Fürst Bismarck von 1881—1887 zu regieren verstanden und diese beiden Legislaturperioden waren sogar sehr fruchtbar gewesen. Indem sie Stück für Stück die Kulturkampf-Gesetzgebung opferte, erkaufte die Regierung vom Zentrum die Zustimmung zu einer Reihe von epochemachenden Gesetzen, denen der Liberalismus befangen in veralteten Doktrinen sich versagte. Wie schon oben berührt, schien der Fürst Bismarck in der That den Gedanken zu erwägen, diesen Weg von neuem zu beschreiten, also von der national-liberal-konservativen zu einer konservativ-klerikalen Anlehnung überzugehen, während in den „Preußischen Jahrbüchern" empfohlen wurde, mit den gemäßigten und patriotischen Elementen der deutschfreisinnigen Partei eine Anknüpfung zu suchen. Ehe hierin ein

Schritt nach irgend einer Richtung geschehen war, war der Fürst Bismarck von der Regierung zurückgetreten. Sein Nachfolger wurde der General v. Caprivi, der wegen seines zuverlässigen und bestimmten Charakters von allen Seiten mit Zustimmung und Vertrauen aufgenommen wurde. Er erklärte in seiner ersten Rede im Abgeordnetenhause, daß der „Kurs der alte bleibe", wie der Kaiser selbst gleich nach der Entlassung des Fürsten Bismarck es ausgesprochen (vgl. 22. März), und daß man bereit sei, Gedanken und Wünsche, die etwa durch die übermächtige Persönlichkeit seines großen Vorgängers zurückgehalten worden, nunmehr aufzunehmen, „von wo und von wem diese Ideen auch kommen." Damit war die Möglichkeit eines modus vivendi auch mit der deutschfreisinnigen Partei geschaffen. Nach einiger Zeit trat an Stelle des Ministers v. Scholz Herr Miquel an die Spitze des Finanzministeriums und verstärkte noch in der Regierung die Tendenz zum Liberalismus, ohne daß diese darum dem Zentrum feindlich wurde. Es gab einen Moment, wo die „Preußischen Jahrbücher" als Anspielung auf die Gegenwart einen Gesandschaftsbericht aus England vom Jahre 1742 zitieren durften, in dem es heißt: „Was in 28 Jahren nicht gesehen, nicht gehört, nicht geglaubt worden, das hat sich nunmehr ergeben; Whigs und Tories, Patrioten und wie sie alle hießen, seien einig miteinander und wetteiferten miteinander, ihre Königstreue und Vaterlandsliebe zu bethätigen. Whigs und Tories wurden bei Hofe gesehen und gnädig empfangen, weder im Ober- noch im Unterhause gäbe es eine Opposition; was der König vom Parlament fordern möge, alles werde ihm bewilligt." Die Situation fand ihren Ausdruck darin, daß das Präsidium des neuen Reichstages aus einem konservativen Anhänger des Kartells, einem Zentrumsmitgliede und einem Deutschfreisinnigen zusammengesetzt wurde.

Militärvorlage. So glücklich dieser Anfang zu sein schien, so entwickelte sich die neue Situation doch nur langsam. Ein taktischer Fehler des Kriegsministers v. Verdy warf alles wieder über den Haufen. Die Regierung brachte eine Militärvorlage in dem neuen Reichstag ein, die eine Verstärkung des stehenden Heeres um 18,000 Mann und 70 Batterien forderte. In Erinnerung der Krisis von 1887 und da der Reichskanzler das Septennat als solches von vornherein fallen zu

lassen schien (vgl. S. 85), schienen alle Parteien bereit, die Forderung der Regierung zu bewilligen. Da machte der Kriegsminister in der Kommissionsberatung einige Andeutungen, daß diese Forderung noch nicht die letzte sei, sondern weit größere dahinter ständen, die nachfolgen würden. Es handle sich um die volle Durchführung der Scharnhorstschen Gedanken, um die „wirkliche allgemeine Wehrpflicht" (vgl. S. 87). Eine unermeßliche Perspektive war damit eröffnet. Denn naturgemäß ist der Begriff der Diensttauglichkeit ein äußerst dehnbarer. Sehr viele junge Leute mit ganz geringen Fehlern werden heute noch im Deutschen Reich vom Kriegsdienst befreit und selbst einige Tausende, an denen gar kein Fehler zu entdecken ist, als überzählig ausgelost. Eine erhebliche Steigerung der deutschen Militärkraft ist also noch sehr wohl möglich. Hält eine Regierung eine große Neubelastung der Art für unvermeidlich, so ist es notwendig, eine solche Forderung sofort bestimmt zu umgrenzen und die etwaigen Erleichterungen, die als Kompensationen geboten werden können, hinzuzufügen. Geschieht das nicht, so hat die Opposition die Möglichkeit, der öffentlichen Meinung Schreckbilder beliebiger Art von unerhörten Plänen und Anforderungen vorzuspiegeln, denen die Freunde der Regierung, da sie nicht wissen, wie weit die Forderungen gehen werden, was sie zugestehen, was sie bestreiten dürfen, nicht im stande sind, wirksam zu widersprechen. Sofort erspähte derjenige Führer der deutschfreisinnigen Partei, dem die Annäherung an die Regierung seiner ganzen Natur nach, die jeder positiven Schöpfung abhold ist, höchst widerwärtig sein mußte, der Abgeordnete Eugen Richter diese Blöße. Er setzte mit seiner ganzen Kunst der Demagogie eine große Agitation in Szene, erregte in der deutschfreisinnigen Wählerschaar Entsetzen durch ungeheuerliche Zahlenbilder und brachte sie so weit, mit Petitionen und Resolutionen ihre Vertreter zu bestürmen, daß sie dem Begehren der Regierung von Anfang an Widerstand entgegensetzen sollten. Davon daß die deutschfreisinnige Partei in der Militärfrage mit der Regierung zu einer Verständigung gelangt, hängt natürlich ihre Stellung überhaupt ab und es gelang Richter wirklich, seine Fraktionsgenossen einzuschüchtern und sie zur Verwerfung der Regierungsvorlage zu bestimmen, obgleich der Reichskanzler v. Caprivi

die unvorsichtigen Andeutungen des Kriegsministers sofort desavouierte und als ganz unbestimmte Zukunftsmöglichkeiten hinstellte. Unbestimmte und unkontrollierbare Gerüchte, als ob die Regierung den so lange festgehaltenen Standpunkt der dreijährigen Dienstzeit aufzugeben gedenke, trugen bei, die öffentliche Meinung zu verwirren. Die Entscheidung über die Vorlage selbst und damit die Führung des Hauses fiel, nachdem die deutschfreisinnige Fraktion sich auf den reinen Oppositionsstandpunkt gestellt hatte, dem Zentrum und dem Abgeordneten Windthorst zu. Dieser wußte, wie gewöhnlich, den klugen Mittelweg zu finden. Auf eine Ablehnung und einen Konflikt durfte er es nicht ankommen lassen. Die Regierung kam ihm mit einer kleinen Konzession, der Vermehrung der Dispositions-Urlauber um 6000 Mann entgegen; darauf bewilligte er die augenblickliche Forderung, fügte aber Resolutionen hinzu, welche für die Zukunft alle Schlagworte der bisherigen Militär-Opposition prinzipiell aufrecht erhielten (jährliche Bewilligung; zweijährige Dienstzeit; vgl. S. 105) und den Plänen des Generals v. Verdy ein sehr bestimmtes Nein entgegensetzten.

Friktionen innerhalb der deutschfreisinnigen Partei.

In der deutschfreisinnigen Partei war die Spaltung zwischen der positiven und negativen Richtung bereits so stark geworden, daß es zum offenen Kampf kam. Der Abgeordnete Richter trat aus dem Vorstand der Landtagsfraktion aus, weil diese ihm eine Art Zensur erteilt hatte (März) und bei der Neukonstituierung der Fraktion im Reichstag wählten seine Gegner zum Vorsitzenden des Ausschusses, welche Funktion bisher Richter inne gehabt hatte, den Abgeordneten Schrader. Es kam darüber zu äußerst gereizten Auseinandersetzungen in der deutschfreisinnigen Presse, in der namentlich der Abgeordnete Barth sich sehr energisch gegen Richter und speziell gegen seine Manieren in der Presse, in der „Freisinnigen Zeitung“ aussprach. Aber Richter zeigte sich für diesmal unter den obwaltenden Umständen doch noch als der stärkere. Virchow trat auf seine Seite und es wurde ein Kompromiß geschlossen, der im wesentlichen den Sieg und die Rehabilitierung Richters bedeutete (S. 101).

Neue Sozial-Politik

Außer der Militärvorlage hatte der neue Reichstag hauptsächlich zwei Gesetzentwürfe aus der Sphäre des neuen sozialpoli-

tischen Anlaufs zu behandeln. Der eine betrifft die Einführung von Gewerbegerichten zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Die Gerichte werden gebildet von gewählten Arbeitern und Arbeitgebern unter Vorsitz eines Unparteiischen. Die sehr langwierigen und langweiligen Reichstagsverhandlungen drehten sich meist nur um Nebenpunkte, um das Wahlrecht weiblicher Arbeiter, um das Grenzjahr für das Wahlrecht und um die Errichtung eigener Innungsgerichte. Die einzige wesentliche Verbesserung, die der Reichstag dem Regierungsentwurf hinzufügte, war die Wahl der Arbeitervertreter mittelst geheimer Stimmabgabe. (Gesetz v. 29. Juli.)

Noch ausführlicher gestalteten sich die Verhandlungen über die im Anschluß an die große internationale Konferenz vorgeschlagene Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Es handelt sich um eine Ausgestaltung der Paragraphen der Gewerbeordnung, die von der Sonntagsarbeit, Frauen- und Kinderarbeit handeln. Verbunden aber wurde hiermit die Einführung von „Bußen“, die dem Arbeitgeber im Falle des Kontraktbruchs des Arbeiters einen gewissen Schadenersatz ermöglichen. Die Kommission, an die der Entwurf gewiesen war, faßte zunächst ziemlich radikale Beschlüsse, so daß weite Kreise der Arbeitgeber von Unruhe ergriffen wurden. Dann wurde die Arbeit unterbrochen, indem der Reichstag sich (ohne die Session zu schließen) bis zum Herbst vertagte. In der Zwischenzeit wurden große Enqueten bei den Fabrikanten veranstaltet und auf Grund deren Aussagen die Kommissionsbeschlüsse erster Lesung in der zweiten Lesung vielfältig gemildert. In das Plenum gelangte der Entwurf in diesem Jahr nicht mehr.

Mit dem 1. Oktober erlosch das Sozialistengesetz, ohne daß eine unmittelbare Rückwirkung auf die öffentlichen Zustände zu bemerken gewesen wäre.

Das preußische Abgeordnetenhaus war in der Wintersession aus den oben entwickelten, auf den Fürsten Bismarck zurückzuführenden Gründen wenig beschäftigt. Das einzige Gesetz von einiger Bedeutung, welches zu stande kam, war die, auf die Anregung des Abgeordneten Sombart zurückzuführende Schaffung der Institution der Rentengüter. Diese einigermaßen mit der alten Erbpacht ver-

Preußischer Landtag.

wandte Einrichtung war im Jahr 1886 (vgl. diesen Jahrg. S. 462) neu belebt worden zum Zweck der Erleichterung und Sicherung der Ansiedelung deutscher Bauern in Posen. Sie wurde jetzt auf die ganze Monarchie ausgedehnt, um den ländlichen Arbeiterstand zu heben und gesundere soziale Verhältnisse auf den großen Landgütern zu schaffen. Das Rentengut soll dem ländlichen Arbeiter ermöglichen, Grund und Boden zu erwerben ohne Kapital, und dem größeren Grundbesitzer, der den Grund und Boden abtritt, gleichzeitig die Sicherheit gewähren, daß auf dieser Abtretung wirklich ländliche Arbeiterfamilien, mit deren Lohnarbeit er sein Gut bewirtschaften kann, dauernd wohnen.

Sperrgelder. Den zweiten Gesetzentwurf, der das Abgeordnetenhaus beschäftigte, brachte das Kultusministerium. In der Zeit des Kulturkampfs war einer großen Zahl katholischer Geistlichen durch Gesetz das Gehalt „gesperrt", und hieraus ein Fonds angesammelt, der allmählich die Höhe von nicht weniger als 16,013,731 Mark erreicht hatte. Daß die katholische Kirche ein Anrecht auf diese Gelder hatte, war nach Wortlaut und Intention des Gesetzes unzweifelhaft. Das Zentrum forderte deshalb einfach die Auszahlung des gesamten Kapitals samt Zinsen an die Bischöfe. Die Regierung schlug vor, eine dem Kapital entsprechende jährliche Rente den Diözesen in demselben Verhältnis zuzuweisen, wie sie zu dem Fonds beigetragen (im ganzen 560,000 Mark) und die Bestimmung über die Verwendung der Rente einer Vereinbarung zwischen jedem Bischof und dem Kultusminister zu überlassen (vgl. S. 61). Mit einer Art Leidenschaft wies das Zentrum diesen Vorschlag zurück, da durch das Recht der Zustimmung in Wahrheit der Minister das Recht der Bestimmung erhalte und auf diese Weise die Bischöfe in Abhängigkeit von sich zu bringen vermöge. Das Mißtrauen gegen die eigenen Bischöfe ging so weit, daß man von der Schaffung eines Korruptionsfonds sprach. Die Verhandlungen erhielten dadurch einen eigentümlichen Beigeschmack, daß der Minister v. Goßler versicherte, die Kurie selber habe ihm wissen lassen, daß sie keinen Widerspruch gegen den Vorschlag der Regierung erhebe, während der Abgeordnete Windthorst die Richtigkeit dieser Behauptung bestritt und dabei blieb, der unbekannt bleibende Mittelsmann müsse

die Regierung über die Ansicht der Kurie getäuscht haben (vgl. S. 63, 5. Mai, und S. 97 und 98). Endlich erklärten die Kartellparteien, daß sie ihrerseits, nachdem sie dem Zentrum noch einen Schritt entgegengekommen (Amendement Hobrecht-Limburg-Zedlitz), nicht für das Gesetz stimmen würden, wenn nicht das Zentrum die Erklärung abgebe, daß es die Lösung als befriedigend anerkenne, und selber für das Gesetz stimme. Da das Zentrum sich dazu nicht bereit finden ließ, offenbar in der Hoffnung, bei Gelegenheit durch ein parlamentarisches do ut des die ganz freie Verfügung über den Fonds zu erhalten, so wurde das in zweiter Lesung angenommene Gesetz in dritter Lesung abgelehnt (7. Juni).

Das Verhältnis der katholischen und evangelischen Kirche zum modernen Staat ist in Deutschland ausgebildet nach dem Grundsatz der Parität, ein Prinzip, das mechanisch angewendet zu großen Unzuträglichkeiten führen muß, da die beiden Kirchen ihrerseits sich durchaus verschieden zum Staate stellen. Zum erstenmal wurde deshalb der Grundsatz der Parität durchbrochen, als das Zentrum (Dezember 1889) den Antrag stellte, die Studierenden der Theologie von der militärischen Wehrpflicht zu befreien. Dem stellte der Abgeordnete Delbrück den Antrag gegenüber, bei dem gänzlich verschiedenen Charakter eines katholischen Priesters und eines evangelischen Geistlichen nur die katholischen Theologen zu befreien, die evangelischen aber nicht. Um den Grundsatz der Parität aufrecht zu erhalten, lehnte das Zentrum in der zweiten Lesung das Amendement ab. Darauf erhob sich aber ein solcher Sturm von Petitionen unter den evangelischen Geistlichen, Professoren, Pastoren, Seminaristen und Studenten, die gegen die Ehrenkränkung, die durch Entlassung aus der höchsten Bürgerpflicht ihrem Stande zugefügt werde, protestierten, daß in der dritten Lesung (18. Januar) der Reichstag sein Votum reformierte und die Befreiung auf die katholischen Theologen beschränkte (Gesetz vom 8. Februar; vgl. die Zusammenstellung der Petitionen in der „Christlichen Welt" vom 2. März). Wehrpflicht der Theologen.

Im Herbst begann mit der neuen Landtagssession die lange unterbrochene legislatorische Arbeit in Preußen. Eine ganze Serie von tief einschneidenden Reformgesetzen wurde zugleich vorgelegt Reformgesetze in Preußen.

und durch den Ministerpräsidenten selbst in gewichtiger Weise eingeführt. Der neue Finanzminister Miquel trat auf mit einer Reform der direkten Steuern, ganz neuer Konstruktion der Einkommensteuer mit Selbst-Deklaration der Pflichtigen, einer Erbschaftssteuer und Reform der Gewerbesteuer. Der Minister des Innern Herrfurth brachte die lange besprochene Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen. Der Kultusminister v. Goßler brachte einen umfassenden Entwurf über die Volksschule, und alle hingen, wie der Ministerpräsident in seiner Einführungsrede sagte, innerlich und organisch zusammen. Auf den Inhalt dieser Reform-Gesetzgebung wird es sich empfehlen zurückzukommen, nachdem ihr Schicksal definitiv entschieden ist. Ueber die Landgemeindeordnung war bereits am Schluß des Jahres zwischen dem Minister des Innern und den Konservativen eine scharfe Friktion entstanden (vgl. S. 184).

Schulreform. Wie zur Aufnahme der neuen Sozial-Gesetzgebung die persönliche Initiative des Kaisers den Anstoß gegeben hatte, so wurde durch ihn persönlich in demselben Jahre noch ein anderes großes Problem in Fluß gebracht. Schon lange herrschte in weiten Schichten Unzufriedenheit mit dem höheren Unterrichtssystem in Deutschland. Die Jugend werde überbürdet, die Pädagogik bewege sich in Richtungen, die mit dem modernen Leben in Widerspruch ständen, und endlich werde eine Ueberproduktion von Studierten erzeugt, die keine Verwendung finden könne und brach liege. Zahllos waren die Vorschläge zur Abhilfe. Unterrichtsgegenstände, Methode, Hygiene, Berechtigungswesen wurden diskutiert. Endlich wurde eine große Kommission von Schulmännern, theoretischen Pädagogen und persönlichen Vertrauensmännern des Kaisers berufen, um im Kultusministerium den ganzen Komplex der Fragen zusammenhängend zu diskutieren. In längeren persönlichen Ansprachen eröffnete und schloß der Kaiser diese Konferenzen und erklärte dabei dem bestehenden System geradezu den Krieg. Nichtsdestoweniger gab er dem offiziellen Vertreter dieses Systems, dem Minister v. Goßler, der sich in parlamentarischen Aussprachen persönlich für die bestehenden Prinzipien engagiert hatte, wiederholt die stärksten Beweise des Vertrauens, so daß dieser im Amte verblieb.

Unter diesen Umständen ist noch nicht abzusehen, welchen Ausweg die wild wogenden Wasser endlich nehmen werden. Die Schul-Konferenz faßte eine Reihe von Resolutionen, die sich wohl in der vom Kaiser angegebenen Richtung bewegten, aber zuletzt doch nur einen äußerlichen und unbefriedigenden Kompromiß zwischen den verschiedenen Richtungen, der klassizistischen, der realistischen, der national-politischen darstellten. (Vgl. „Preuß. Jahrb." Bd. 67 S. 105).

Bayern war in das Jahr 1890 mit einem kirchlichen Konflikt eingetreten. Die ultramontane Kammer-Majorität wollte endlich einmal ihre Macht geltend machen und verfiel auf das Mittel, alle Forderungen für Kunst und Wissenschaft abzulehnen, um dadurch auf das Ministerium einen Druck auszuüben. In München kam es darüber zu tumultuarischen Demonstrationen namentlich seitens der Studenten, aber auf einem Punkt erreichte der Ultramontanismus doch endlich seinen Zweck. Die Altkatholiken, die bisher staatlich noch immer als Mitglieder der katholischen Kirche angesehen worden waren, wurden geopfert und darauf das Kultusbudget bewilligt (vgl. S. 35 und S. 39). Der treffliche Minister v. Lutz, der so viele Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen die Geschicke Bayerns gelenkt, dem Klerikalismus Trotz geboten, das Vertrauen ebensowohl des Königs Ludwig wie des Prinz-Regenten Luitpold genossen, nahm seine Entlassung (31. Mai) und starb kurze Zeit darauf. Daß der Prinz-Regent aber keineswegs gewillt war, einen Katholizismus, der katholischer zu sein behauptete, als er selbst, in Bayern aufkommen zu lassen, zeigte sich gleichzeitig, indem er durch seine persönliche Einwirkung die Abhaltung eines Katholikentages in München als friedestörend verhinderte (vgl. 16. Mai, 17. Mai S. 86). Bayern.

Sehr ereignisreich ist das Jahr 1890 für die deutsche Kolonialpolitik gewesen. Der Reichskommissar v. Wißmann vollendete mit seinen geworbenen afrikanischen Truppen unter deutscher Führung und mit Unterstützung der Marine die Unterwerfung des ganzen ostafrikanischen Küstengebietes des Sultanats Sansibar in der deutschen Interessensphäre. Emin Pascha trat in deutsche Dienste und die Expedition Peters traf, wenn auch der eigentliche Zweck Kolonialpolitik.

durch den Abmarsch Emins aus der Aequatorial-Provinz überflüssig geworden war, doch mit dem gewaltigen moralischen Erfolg der tapferen Ueberwindung unsäglicher Schwierigkeiten glücklich wieder an der Küste ein. Bei allen überseeischen Kolonisationen europäischer Völker war stets die größte Schwierigkeit die Rivalität und der Kampf der europäischen Nationen untereinander. Nicht sowohl im Kampf gegen die Eingeborenen als im Kampf mit den Franzosen haben die Engländer Amerika und Indien erobert. So ist auch das wichtigste und von den eigentlichen Kolonialfreunden viel zu wenig beachtete Moment der deutschen Kolonialpolitik die Notwendigkeit, sich dabei stets mit der älteren und so viel stärkeren Kolonialmacht England auseinanderzusetzen und die Rückwirkung auf die Verschlingungen der europäischen Politik überhaupt zu beachten. Diese Schwierigkeiten sind so groß, daß die aktive Kolonialpolitik überhaupt nicht aus der Initiative der Reichsregierung hervorgehen konnte. Enthusiastische und überaus entschlossene einzelne Persönlichkeiten, gestützt auf kleine Vereine, vor allen Karl Peters, haben auf eigene Hand Eroberungen gemacht, denen das Reich nachher seinen Schutz nicht versagen konnte. Schritt für Schritt haben jene Privatpersonen das Reich in die Kolonien hineingezerrt und ihm diese große nationale Aufgabe der Zukunft aufgezwungen. Noch lange wird dieser Gegensatz zwischen den aktiven Kolonialpolitikern und der vorsichtig nachtastenden Reichsregierung bestehen bleiben. Nicht anders als seinerzeit der Fürst Bismarck hat sich der neue Reichskanzler v. Caprivi (vgl. seine Rede vom 12. Mai) dagegen verwahrt, daß er ein Kolonialschwärmer sei. Naturgemäß sind die Kolonialfreunde infolgedessen häufig unzufrieden mit den Maßregeln der Regierung und diese Gesinnung äußerte sich sehr unverhohlen und beherrschte die öffentliche Meinung, als die Regierung mit England einen definitiven Vertrag (v. 1. Juli) über die Besitzverhältnisse und Interessensphären in Ostafrika abschloß (S. 106). Deutschland gab darin Witu, Uganda und die Insel Sansibar den Engländern preis und erhielt die direkte Herrschaft über das Festland bis zu den Seen und dazu die Insel Helgoland. Die Kolonialfreunde erklärten den Vertrag für eine schwere Niederlage Deutschlands, da Uganda und

Sansibar die beiden Hauptwertstücke in Ostafrika seien und den Sultan von Witu gegen seine Feinde, die Engländer, zu schützen eine Ehrenpflicht Deutschlands gewesen sei. Helgoland wollten sie in Uebereinstimmung mit manchen Seeleuten einen militärischen Wert nicht zuschreiben. Von anderer Seite aber wird der strategische Wert Helgolands sehr hoch angeschlagen (vgl. den Aufsatz von R. Wagner in den „Preuß. Jahrb." Bd. 66) und der Wert des ostafrikanischen Festlandes ohne Sansibar wird davon abhängen, ob es gelingt, den Handel, dessen Stapelplatz bisher jene Insel gebildet hat, direkt durch die festländischen Häfen zu vermitteln (vgl. das Urteil von Vohsen S. 109). Gegen eine Entschädigung von vier Millionen Mark trat der Sultan die Souveränität über das deutsch-ostafrikanische Gebiet an den Kaiser ab, worauf die bisher nur mittelbare Dependenz Deutschlands durch einen Vertrag zwischen der Regierung und der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft vom 20. November in eine Kronkolonie verwandelt wurde (vgl. 17. Oktober).

Das Wirtschaftsjahr 1890 zeigte einen gewissen Rückschlag gegen die Hochflut der beiden vorhergehenden, aber doch keinen eigentlichen Niedergang. Die meisten Preise blieben ziemlich konstant; nur Kohlen und Eisen sanken erheblich. Der Roggenpreis war am Anfang und Schluß des Jahres völlig gleich (an der Berliner Börse 176 Mark); das ist, wie schon oben bemerkt, noch nicht gerade ein Teuerungs-, aber doch ein hoher Preis. Die ebenfalls hohen Fleisch- und Viehpreise gaben Veranlassung, die strengen Grenzsperren wegen der Viehseuchengefahr allmählich zu mildern. Speziell von den süddeutschen Regierungen soll die Anregung dazu ausgegangen sein. Eine sehr merkwürdige Bewegung fand im Zinsfuß statt. Der Kurs der deutschen Staatspapiere fing plötzlich an, rapide herunterzugehen. Der Sturz betraf aber nur sehr gering die 4prozentigen, härter die 3½prozentigen, am stärksten die 3prozentigen Papiere. Nachdem die 3prozentige sächsische Rente bereits einen Kurs von 97 Proz. erreicht hatte, mußten die deutsche und preußische Regierung im Oktober 3prozentige Anleihen, die sie auflegten, den emittierenden Banken zum Kurse von 86,40 überlassen und der Kurs von 87, mit dem sie ausgegeben

Wirtschaftliches.

wurden, wurde in den nächsten Monaten nicht ganz behauptet. Der Grund ist vermutlich, daß durch eine an sich kleine Steigerung des Zinsfußes das Publikum sich plötzlich von der Besorgnis vor der Konversion der 4prozentigen Papiere befreit fühlte und deshalb die Vorliebe ausschließlich diesen Papieren zuwendete, die niedriger verzinslichen abzustoßen suchte. (Vgl. Preuß. Jahrb. Bd. 66 S. 519.)

Oesterreich-Ungarn. Oesterreich trat unter glücklichen Auspizien ein in das Jahr 1890. Der schwärende Schaden an diesem Leibe ist der Rassenstreit in Böhmen. So lange Deutsche und Tschechen hier kämpfen, wird allenthalben auch in den kleinern slavischen Völkerschaften die Streitlust lebendig sein; wenn aber in Böhmen ein Ausgleich gefunden wird, wird man auch anderswo sich beruhigen. Schritt für Schritt haben bisher in diesem Kampfe die Deutschen an Terrain verloren, die Tschechen gewonnen. Viel Opfermut, treffliche nationale Gesinnung haben dabei die Deutschen gezeigt, aber einen ebenso großen Mangel an politischem Geschick. Statt von vornherein zu erkennen, daß das tschechische Volk viel zu stark sei, um sich ohne eine sehr bedeutende Stellung zufrieden zu geben und demgemäß auf einen schleunigen praktischen Ausgleich zu sinnen, schob man doktrinäre Gesichtspunkte, wie den „Verzicht auf das selbständige Reich der Wenzelskrone" in den Vordergrund und verlor als der schwächere Teil eine Position über die andere. Erst durch die Verluste wurde man klug und zeigte sich jetzt zu Friedensverhandlungen bereit. Auch auf tschechischer Seite bildete sich dafür eine günstige Stimmung, weil die Leidenschaftlichkeit des Kampfes hier eine Richtung erzeugt hatte, die jungtschechische d. h. panslavistische, die den bisherigen Führern selber gefährlich und verdächtig wurde. Die Regierung übernahm die Vermittelung und im Januar trat in Wien eine Ausgleichskonferenz zusammen, die, indem der Kaiser persönlich den Führern zuredete, sehr schnell zu einer Einigung gelangte. Die Deutschen hatten ihre frühere Forderung einer vollständigen Teilung des Landes in ein deutsches und ein tschechisches Böhmen, sowie die Aufhebung der Sprachenverordnungen aufgegeben. Es wurde ihnen aber zugestanden eine Reihe von nationalen Behörden und autonomen Körperschaften, welche das Sonderleben der beiden Nationalitäten gleichmäßig gewährleisten. So

wurde der Landesschulrat und der Landeskulturrat in zwei nationale Sektionen geteilt und die Gerichtssprengel sollten nach nationalen Gruppen neuorganisiert, 15 von den 41 Oberlandesgerichtsräten in Prag die Kenntnis des Tschechischen erlassen werden. Der Landtag selber sollte in zwei nationale Kurien zerfallen, davon jeder in den einschlagenden Fragen ein Veto zusteht. (Vgl. 27. Jan. und die ausführliche Darstellung in den Preuß. Jahrb. Bd. 65 S. 230.) In guter Zuversicht, daß der einstimmig angenommene Ausgleich nunmehr im böhmischen Landtag zum Gesetz erhoben werde, ging die Konferenz auseinander. Da erhob sich, erst noch vorsichtig und zögernd, aber allmählich immer leidenschaftlicher die jungtschechische Partei. Sie brachte durch ihre Agitation die tschechische Bevölkerung allerwärts zur Auflehnung gegen ihre bisherigen Vertreter und schüchterte diese so ein, daß sich erst einzelne, endlich eine Gruppe, die sich als „Realisten" bezeichneten, von der alttschechischen Fraktion ablösten und damit die von der Verfassung vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit für die wichtigsten der vereinbarten Bestimmungen zerstörte. Eine Klausel, zu Gunsten des Tschechischen als Amtssprache im innern Dienst, welche Rieger nachträglich als Konzession an die Fanatiker durchzusetzen suchte, wurden von der Regierung und den Deutschen abgelehnt. Immer langsamer kamen die Verhandlungen vorwärts und gegen Ende des Jahres waren sie fast aussichtslos geworden. Die Deutschen, welche die Versöhnung durch ihre Teilnahme an einer allgemeinen Landesausstellung in Prag hatten zum Ausdruck bringen wollen, zogen sich von dieser wieder zurück. Der greise Rieger, der langjährige gefeierte Führer des wiedererstandenen Tschechenvolkes war in den Augen seiner Landsleute jetzt ein Verräter. Was aus der völligen Verwirrung endlich für neue Parteigebilde emporwachsen werden, ist nicht abzusehen. Trotz des Mißlingens des vorliegenden Werkes haben die Deutschen dennoch einen großen Vorteil aus dem Zwischenfall gezogen; nicht mehr sie, sondern die Tschechen sind von jetzt an die Störenfriede, die Oesterreich nicht gesunden lassen wollen; sie haben ein positives, von der Regierung selbst als gerecht anerkanntes Programm. Bei der ausschlaggebenden Gewalt der Krone in dem Kaiserreich wird der Moment nicht ausbleiben, wo den

Deutschen solche Haltung wird angerechnet werden. Der demokratisch-hussitisch-panslavistische Charakter der Jungtschechen muß binnen nicht zu langer Zeit eine entschiedene Reaktion seitens des Monarchen hervorrufen, die dann den Deutschen zugute kommen wird.

Auch in Galizien wurden Ausgleichsverhandlungen zwischen den Polen und Ruthenen in Gang gesetzt, die auch einige, wenn auch geringe, positive Abmachungen zur Folge hatten.

Ungarn erlebte das eigentümliche Schauspiel, daß ein Ministerpräsident, der lange mit dem größten Erfolg seines Amtes gewaltet und dem nach wie vor die Majorität der Volksvertretung zur Seite stand, von seiner Stellung zurücktrat. Ludwig Tisza, der den turbulenten Angriffen der Minorität noch im vorigen Jahr tapferen und geschickten Widerstand geleistet, reichte plötzlich wegen einer ganz bedeutungslosen Angelegenheit, nämlich ob der alte Kossuth, der in seiner revolutionären Gesinnung verharrt, als ungarischer Bürger anzusehen sei oder nicht, seine Entlassung ein. Sein Nachfolger Graf Szapary leitete in derselben Richtung die Geschäfte weiter. Hauptsächlich auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten war die Aufmerksamkeit gerichtet. Durch große Sprengungen in der Donau am Eisernen Thor soll die Schiffahrt befördert werden und durch eine starke Herabsetzung der Eisenbahntarife nach einem neuen, dem sogenannten Zonensysteme, wurde der Verkehr thatsächlich erheblich gesteigert.

Portugal.

Portugal gehörte längere Jahre zu den Staaten, von denen man nichts hörte, und das bekam ihm so gut, daß die Kapitalisten allerwärts Vertrauen zu ihm faßten, ihm Geld darliehen und sich endlich sogar eine Konversion gefallen ließen. Dieser gute Kredit hat im Jahre 1890 einen Stoß erhalten, da Portugal in einen Konflikt mit England geriet, der auch böse Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse zeitigte. An die portugiesische Besitzung Mozambique in Südost-Afrika stoßen Gebiete im Inneren, entlang dem großen Zambesi-Strom und seinem Nebenfluß, dem Schire, der ihm von Norden aus den Seen zuströmt, die von Alters von Portugal beansprucht werden. Portugal hatte hier aber seine thatsächliche Herrschaft einschlafen lassen, englische Missionare und Kaufleute hatten sich in dem Gebiete festgesetzt und die eingeborenen Häuptlinge für England gewonnen. Bei dem plötzlich erwachten

allgemeinen Interesse für Afrika besann sich auch Portugal auf seine Ansprüche und der Major Serpa Pinto versuchte zunächst die thatsächliche Herrschaft wiederherzustellen, stieß aber auf ein Volk, die Makololos, die der englische Konsul unter den Schutz der britischen Flagge gestellt hatte. Ueber eine in dem Gefecht der Flagge zugefügte Beleidigung entstand eine große Entrüstung in England und Salisbury stellte in der schroffsten Form an Portugal die Forderung, auf der Stelle seine Truppen zurückzuziehen. Der englische Gesandte mußte verlangen, die von dem portugiesischen Minister nach Mozambique abzusendende Depesche vorher persönlich einzusehen. Die öffentliche Meinung in Deutschland erklärte das für die brutale Vergewaltigung eines Kleinen durch einen Großen. Die deutsche Regierung aber ließ erklären, daß sie das Recht Englands in der Sache doch für das bessere halte (vgl. S. 6; 18. Jan.). Portugal verlangte ein Schiedsgericht, aber England verweigerte es, da der status quo durch einen portugiesischen Angriff gestört sei. Englische Kriegsschiffe erschienen bei Mozambique und die portugiesische Regierung glaubte sich der Gewalt fügen zu müssen. Da erhob sich die portugiesische Bevölkerung und eine republikanische Agitation suchte die allgemeine Entrüstung gegen das Königtum selber zu lenken. Die Regierung löste die Kammer auf und erzielte auch günstige Neuwahlen, aber trotz einiger Konzessionen seitens der Engländer war es unmöglich, einen Vertrag zu stande zu bringen, der das portugiesische Nationalgefühl befriedigt hätte. Gerade die Gefahr, in die die Dynastie selber durch die englische Politik gebracht wurde, legten dieser aber Mäßigung auf. Es wäre doch, nachdem in Brasilien soeben eine monarchische Regierung in eine republikanische verwandelt war, für die Ruhe von ganz Süd-Europa ein höchst gefährliches Beispiel gewesen, wenn sich dieser Vorgang in Lissabon wiederholte. England wünschte solche Verantwortung nicht auf sich zu nehmen, ebensowenig aber seine Ansprüche fahren zu lassen. Man einigte sich, als ein neues Ministerium Souza entschlossen den schon vereinbarten Vertrag verwarf, zunächst über einen modus vivendi auf sechs Monate, der aber nicht verhinderte, daß von neuem gewaltthätige Zusammenstöße im Manica-Lande stattfanden.

Spanien Spanien hat in diesem Jahr den Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht vollzogen, das Schritt für Schritt einen Staat nach dem anderen seiner Herrschaft unterwirft. Die liberale Mehrheit in den Cortes unter Führung des Ministers Sagasta geriet schon im vorigen Jahr in Spaltungen, so daß zu Neujahr eine Ministerkrisis eintrat. Auf eine höchst merkwürdige Weise wurde sie überwunden. Der fünfjährige König wurde von einer schweren Krankheit befallen, so daß schon die Nachricht seines Todes verbreitet wurde. Da waren die ritterlichen Spanier darin einig, daß es eine Barbarei sein würde, in solchen Tagen von der Mutter, der Königin-Regentin, politische Beratungen und Entschlüsse zu verlangen. Sagasta zog also seine Demission zurück und brachte nun das allgemeine Stimmrecht ein, dem auch die Konservativen nicht widersprachen. Dann trat Sagasta mit seinen Kollegen zurück, um nunmehr einem konservativen Ministerium zu überlassen, gleichzeitig mit der großen demokratischen Konzession die Zügel der Regierung, was im Hinblick auf die republikanischen Regungen in Portugal doppelt nötig schien, wieder straffer anzuziehen. Mit dem neuen Ministerium vollzog Spanien zugleich eine entschiedene Wendung zum System des Schutzzolles; viele Einfuhrzölle wurden erhöht.

England Von allen Großstaaten hatte in diesem Jahr England die verhältnismäßig bewegteste auswärtige Politik, weil in seinem unermeßlichen Kolonialreich naturgemäß fortwährend hier oder da Friktionen stattfinden. Mit Deutschland schloß es den Vertrag über Ostafrika und Helgoland. Unmittelbar daran schloß sich ein Vertrag mit Frankreich, weil eine alte Abmachung mit diesem Staat über Sansibar existierte, worin sie sich gegenseitig von dieser Erwerbung ausschlossen; um also das in dem deutschen Vertrage stipulierte Protektorat nutzbar zu machen, mußte sich England erst mit Frankreich auseinandersetzen. Es geschah in der Weise, daß England seinerseits die Vorherrschaft Frankreichs in Madagaskar, sowie das Recht Frankreichs auf das Hinterland von Algier bis zum Tschad-See über die Sahara hinaus anerkannte. Südlich von der deutsch-ostafrikanischen Besitzung liegen die Gebiete, über die England mit Portugal in Streit geriet. Zu einem definitiven Ver-

trage zwischen den beiden Streitenden kam es nicht, sondern vorläufig nur zu einem modus vivendi auf sechs Monate. Mit Frankreich hatte England Reibereien wegen der Fischerei bei Neufundland, mit Nordamerika wegen des Robbenfanges im Behringsmeer; größere Komplikationen aber entstanden daraus nicht. Auch mit Italien hatte England wegen des nördlichen Ostafrika zu verhandeln, konnte sich aber über Kassala noch nicht mit ihm einigen.

Die innere Politik begann mit zweifelhaften Aussichten für das bestehende konservativ-liberale Ministerium. Zwar hatte die energische Politik im Inneren, namentlich in Irland, wie im Aeußeren manche Erfolge aufzuweisen, aber der Parnell-Prozeß hatte doch für diesen und seinen Bundesgenossen Gladstone zuletzt im Publikum eine sehr günstige Stimmung hervorgerufen. Obgleich ihm eine gewisse Verbindung mit dem irischen Dynamit-Flügel, Aufreizung und Einschüchterung durch Boycotts nachgewiesen worden, so erregte doch die Enthüllung, daß die Briefe, die ihn direkter Teilnahme am Phönixpark-Morde überführen sollten, positive Fälschungen waren, ein solches Mitgefühl für den „ungekrönten König von Irland", daß darüber alles andere in den Hintergrund trat. Er war der Märtyrer eines abgefeimten Bubenstücks. Da hielt es jeder anständige Mann für Pflicht, sich auf seine Seite zu stellen, und der Glorienschein, der seine Person umstrahlte, kam auch seiner Sache, dem irischen Homerule, zu gute. Die Gladstonianer gewannen bei den Nachwahlen einen Sitz nach dem anderen und suchten, da sie es nicht auf andere Weise vermochten, durch Obstruktion und Verschleppung die Thätigkeit der Regierung lahmzulegen. Die Landbill und die Zehnten-Ablösungsbill konnten in der Session nicht zum Abschluß gebracht werden. In Irland wurde der Boycott-Feldzug mit verstärkten Kräften aufgenommen. In der Stadt Tipperary kündigten einem großen Häuser- und Ladenbesitzer sämtliche Mieter, zogen zur Stadt hinaus und gründeten ein Neu-Tipperary, das freilich über Holzbuden nicht hinausgelangte. Die Gewaltsamkeiten, zu denen die Iren hierbei griffen, um die Masse einzuschüchtern und gefügig zu machen, führten zu einem Prozeß gegen die Führer, namentlich die Abgeordneten Dillon und O'Brien, die es aber vorzogen, nach Amerika zu entweichen.

Dieselbe Zufallswelle nun, die Parnell im Jahre 1889 gehoben, sollte ihn 1890 in die Tiefe reißen. Wieder war es ein Prozeß über eine Beschuldigung, die er wieder anfänglich als eine Verleumdung behandelte, der aber diesmal die Wahrheit zu Grunde lag. An sich eine Sache, die nur sein Privatleben berührte, nämlich Ehebruch mit der Frau seines Parteigenossen O'Shea, aber in England werden solche Privatskandale von je im öffentlichen Leben als Waffe verwandt, und das auf äußere Ehrbarkeit so viel Gewicht legende englische Volk ist gegen jeden Verstoß äußerst empfindlich. Nicht nur, daß Parnell selbst für gesellschaftlich unmöglich erklärt wurde, sondern auch seine Bundesgenossen, die Liberalen und ihr Führer Gladstone, wurden von dem Fluche mitbetroffen. Sie hatten ihn dem englischen Volke als den heroischen Verteidiger einer edlen Sache hingestellt; da nun ihr Held sich als ein armer Sünder entpuppte, wurden sie selbst als marktschreierische Betrüger angesehen. Endlich sagte Gladstone sich feierlich von Parnell los und ließ ihn auffordern, von der Führung der irischen Partei zurückzutreten. Dieser rächte sich, indem er seine Verhandlungen mit Gladstone und die Zusicherungen, die ihm für den Fall einer günstigen Parlamentsmajorität gemacht waren, der Oeffentlichkeit preisgab. Gladstone leugnete, solche Versprechungen gemacht zu haben. Mittlerweile entfesselten die Dissenter-Prediger einen Kanzelsturm gegen den Ehebrecher und auch die katholische Geistlichkeit Irlands sagte sich von ihm los. Eine Zeitlang erwartete man, daß Salisbury den günstigen Moment benutzen und das Parlament auflösen werde, um eine geschlossenere Majorität zu erhalten. Aber das schien vorläufig nicht einmal nötig zu sein. Die Meinung gewann die Oberhand, daß die Homerule-Bewegung durch diesen Zwischenfall getötet sei. Die Gladstonianer waren deprimiert, die Iren gespalten. Die Regierung berief also schon zum November das Parlament, in der Hoffnung, nunmehr der Opposition der künstlichen Verschleppung los zu sein und freie Bahn für ihre eigenen legislatorischen Reformen zu gewinnen. Parnell gab sich noch nicht verloren. Obgleich nach heftigen Kämpfen die Majorität der irischen Fraktion sich gegen ihn erklärte und Mac Carthy zum Führer wählte, so hoffte er noch auf die unmittelbare Anhänglichkeit der Massen. Er

ging nach Irland und kämpfte in den Volksversammlungen und Zeitungsredaktionen gegen die von ihm Abgefallenen. Oft kam es zu Gewaltthätigkeiten; ihm selbst wurde einmal Kalk in die Augen geworfen, so daß seine Sehkraft gefährdet war. Aber da die katholische Geistlichkeit gegen ihn war, so verlor er eine Ersatzwahl, die gerade anstand. Am Schluß des Jahres war der Ausgang noch ungewiß. Auf französischem Boden fanden Konferenzen mit den amerikanischen Iren statt, um in irgend einer Form die Einheit der irischen Partei wiederherzustellen.

Auch das Jahr 1890 war wie das vorhergehende voll von Streiks. Nicht bloß Arbeiter, sondern auch Briefträger, Telegraphenbeamte, endlich sogar Polizisten streikten. In allen diesen Fällen behielten jedoch die Behörden, da der Streikenden doch keine erhebliche Zahl war, die Oberhand. Das wirtschaftliche Leben blühte trotz der Streiks und überwand sogar den Sturz des größten Handelshauses der Welt, der Firma Gebrüder Baring. Die Bank von England rief die Bank von Frankreich um Unterstützung an und mit Hilfe eines von dort beschafften Gold-Vorschusses von 60 Millionen Mark gelang es, das Bankhaus ohne eine allgemeine Krisis zu liquidieren.

Frankreich hatte im Jahre 1889 die große Boulangerkrisis glücklich überwunden und bewegte sich nunmehr vorläufig in stillerem Fahrwasser. Nachträgliche Enthüllungen haben dazu beigetragen, die Berechtigung des republikanischen Gouvernements zu dem gewaltsamen Vorgehen gegen Boulanger über allen Zweifel zu erheben und den Monarchismus zugleich aufs schwerste kompromittiert. Es hat sich nicht nur herausgestellt, daß Boulanger wirklich den Plan eines Umsturzes der Republik schon weit gefördert hatte, sondern auch, daß der Prätendent, der Graf von Paris, ihn in der Hoffnung in der allgemeinen Unordnung als Retter gerufen zu werden, mit Geldmitteln durch seine Freunde unterstützt hat. Namentlich eine für die Sache der Monarchie begeisterte Dame, die Herzogin von Uzès, hatte Boulanger einen großen Teil ihres Vermögens geopfert. Auch mit den Napoleoniden hatte Boulanger in Verhandlungen gestanden. Die ehrenwerten Anhänger der legitimen Monarchie wurden durch diese Aufklärungen über das dunkle Frankreich.

Treiben ihres Oberhauptes nicht weniger choquiert als die ehrlichen Demokraten, die in Boulanger den Vollstrecker ihrer Ideale erblickt hatten. Die Folgen mögen höchst bedeutende werden. Denn die von Theoretikern längst diskutierte, von Praktikern schon mehrfach erfolglos in Angriff genommene Kombination, daß die konservativen Elemente des Landes die Monarchie aufgeben, sich auf den Boden der Republik stellen und dieser dadurch Stabilität und die Möglichkeit einer fruchtbaren Gesetzgebung verleihen könnten, diese Kombination scheint jetzt sich der Verwirklichung zu nähern. Ein Teil der Rechten stimmte mit der Motivierung, daß das Land unter allen Umständen eine Regierung haben müsse für das Budget (10. Dez.) und der Erzbischof von Algier, Kardinal Lavigerie, hielt eine Ansprache, in der er erklärte, daß die katholische Kirche die thatsächliche Regierungsform ohne Hintergedanken anerkennen könne. Zwar lehnte sich einer seiner Kollegen, der Heißsporn Freppel von Nantes, direkt dagegen auf (30. Nov.), aber andere Bischöfe traten ihm bei und endlich wurde sogar ein Schreiben des päpstlichen Staatssekretärs, Kardinal Rampolla, veröffentlicht, welches den Grundsatz, daß die römische Kirche sich mit jeder Staatsform vertrage, weil jede, gut gehandhabt, gute Früchte bringen könne, unumwunden bekannte. (Vgl. Preuß. Jahrb. Bd. 67 S. 116.) Weshalb soll nicht in einem ausschließlich katholischen Lande die Majorität kirchlich werden können? Grade daß die Kirche im Interesse des Prinzips der Autorität bisher die Monarchisten begünstigt hat, hat ihr vielleicht am meisten den Beifall der französischen Staatsbürger, in deren Herzen die Monarchie einmal keine Wurzeln mehr hat, vorenthalten. Sehr auffällig ist, daß die Republikaner den Uebertritt der Klerikalen eher abwehren als bejubeln; wie Cassagnac erklärte, um nicht zur Staatskrippe noch mehr Esser zuzulassen; wie andere meinen, weil sie eine gewisse Besorgnis haben, daß eine klerikal-republikanische Partei der jetzigen d. h. der liberalen Republik am allergefährlichsten sein würde. Die Hauptkonzession, die die Klerikalen verlangen, ist die Organisation der Schule, besonders der Mädchenschule auf religiöser Grundlage. Umgekehrt ist zur Zeit das Hauptbestreben der Republikaner, die Laicisation des Unterrichts d. h. die völlige Loslösung von der Kirche. Die modernen Republikaner

und Inhaber der Gewalt in Frankreich sind durchaus Schüler Voltaires: wie ist es von ihnen zu erwarten, wie ist auch nur ein Kompromiß darüber möglich, daß sie ihre Kinder und die Jugend Frankreichs wundersüchtigen Schulbrüdern und Schulschwestern anvertrauen sollen? An der Unversöhnlichkeit des modernen Katholizismus mit der modernen Wissenschaft in ihrer geistigen Freiheit krankt die französische Republik mehr als in irgend etwas anderem.

Vermöge der einlenkenden Haltung der Monarchisten und der Derangierung der Radikalen durch den Boulangismus ist die bestehende Regierung mit schwereren Stößen verschont geblieben. Nur einen größeren Ministerwechsel hat Frankreich in diesem Jahre zu verzeichnen, indem erst Tirard Constans den eigentlichen Ueberwinder Boulangers aus dem Ministerium verdrängte, dann aber selber diesem weichen mußte. Der Grund des Zwiespalts war wohl persönlicher Natur. Tirard erlag aber endlich, weil er freihändlerische Neigungen hat, die bei den Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit der Türkei zu tage traten. (Vgl. Preuß. Jahrb. Bd. 65 S. 694.) Das nunmehr unter dem Vorsitz des Civil-Kriegsministers Freycinet gebildete Ministerium (20. März) hielt sich bis zum Schluß des Jahres.

Irgend ein großes organisches Gesetz hat die französische Republik aber trotzdem auch in diesem Jahr nicht zu stande gebracht. Alle Kraft der Nation wird außer vom Parteikampf verzehrt von den unausgesetzten Kriegsrüstungen. Einige Kämpfe wurden in Westafrika mit dem König von Dahomei ausgefochten, die wohl zur Erweiterung des französischen Kolonialreichs an dieser Stelle führen werden.

Italien hat im Jahre 1890 einen erheblichen Erfolg auf dem Gebiete seiner Kolonialpolitik zu verzeichnen. Die südliche Küstenstrecke Afrikas am Roten Meer ist der Fleck Erde, anf den Italien seine Hand gelegt hat; das Hinterland bildet das christliche Abessinien. Jahre lang hat Italien hier kostspielige Kämpfe durchgefochten, auch einmal einen herben Verlust erlitten, endlich ist es zu einer Art Abschluß gelangt. Nachdem der Negus Johannes in Kämpfen mit dem Mahdi gefallen, hat sich der König Menelik von Schoa mit italienischer Hilfe zum Oberkönig von ganz Aethiopien

Italien.

gemacht und in einem Vertrage die Oberhoheit Italiens anerkannt. Die Grenzen des großen Reiches, das dadurch italienischem Einfluß unterworfen ist, sind noch nicht festgestellt, namentlich bestehen noch Zweifel bezüglich der Abgrenzung gegen das in englischer Hand befindliche Egypten.

Die Kolonialpolitik aber kostet Italien Geld und die Finanzen sind noch immer der schwächste Punkt seines Staatswesens. Den Zollkrieg gegen Frankreich ist es nicht im stande gewesen durchzuführen und hat seine Kampfzölle fallen lassen müssen, ohne daß Frankreich ihm dafür die gewünschten Gegenkonzessionen gemacht hätte. So lange Italien dem Dreibund angehört, wird Frankreich ihm niemals einen wohlwollenden Blick gönnen. Der Dreibund aber ist die natürliche Rückendeckung Italiens gegen Frankreichs Uebermacht und Vorherrschaft im Mittelmeer, wie speziell der italienischen Monarchie gegen die den ganzen romanischen Süden durchziehenden Tendenzen des Republikanismus. Die radikal-republikanische Fraktion in Italien ist deshalb zugleich die Verfechterin des französischen Interesses und Gegnerin des Dreibundes. Sie möchte die Spitze der italienischen Politik gegen Oesterreich kehren, als den Erbfeind und diejenige Macht, die noch erhebliche Gebiete italienischer Zunge, Wälschtyrol und Triest beherrscht und hergeben soll. An diesen weitverbreiteten nationalen Instinkt knüpfen die Radikalen an und pflegen die Idee der „Italia irredenta“. Crispi aber, der leitende Staatsmann, obgleich selbst von der äußersten Linken ausgegangen, hat erkannt, wo das wahre Interesse Italiens liegt und hat auch die Entschlossenheit seine Politik mit unantastbarer Loyalität durchzuführen. Als der Finanzminister Seismit-Doda einem Bankett beiwohnte, wo irredentistische Ansprachen gehalten wurden und sich statt seinen Widerspruch zu demonstrieren, schweigend verhielt, erhielt er auf der Stelle in der schärfsten Form seine Entlassung (September). Die Frage für den Dreibund und Crispi oder für Frankreich und die Irredentisten wurde endlich das Stichwort für die Neuwahlen zum Parlament. In einer höchst geistvollen Rede in Florenz (8. Oktober) verteidigte Crispi seine Politik und wies namentlich darauf hin, daß der Irredentismus, der doch notwendig zum Kriege führen müsse, gleichzeitig sich nicht

scheue, die Abrüstung zu verlangen. Ein Besuch, den bald darauf der neue deutsche Reichskanzler dem italienischen Staatsmann abstattete (in Mailand 7. Nov.) trug dazu bei, sein Ansehen zu festigen. Die Radikalen, die sich allein zu dem Programm des Irredentismus bekannten, erlitten bei den Wahlen eine vollständige Niederlage; mehr als vier Fünftel der Deputierten waren Anhänger Crispis. Die eigentliche Opposition, die Klerikalen, hatten freilich auch diesmal, den päpstlichen Befehlen folgend, sich vom Wahlkampf ferngehalten.

Seit langem steht die Schweiz an der Spitze der Bewegung, Schweiz. die soziale Frage nach der Seite der Arbeiterschutz-Gesetzgebung zu regeln und zu diesem Zweck auch internationale Vereinbarungen zu treffen. Schon im Jahre 1889 hatte die Eidgenossenschaft deshalb eine Einladung ergehen lassen (vgl. die Uebersicht dieses Jahres S. 386), aber wegen des Wohlgemuth-Konflikts mit dem Deutschen Reich verschoben. Nunmehr nahm Deutschland selber das Problem in die Hand und die Schweiz trat von der Führung zurück. Durch einen neuen Niederlassungsvertrag wurde die Wiederherstellung des guten Verhältnisses zu Deutschland definitiv besiegelt.

Merkwürdig ist, daß in dieser demokratischen Republik der von Deutschland in so großartiger Weise durchgeführte Teil des sozialen Problems, die soziale Versicherung nicht ins Rollen zu bringen ist. Das Basler Volk lehnte ein schon fertiges Krankenversicherungsgesetz endlich in der Volksabstimmung mit großer Majorität ab (24. März).

Bekanntlich schützt die republikanisch-demokratische Regierungsform nicht davor, daß nicht die Majorität in tyrannischer Weise die Freiheit der Minorität zu unterdrücken sucht. Da kommt es denn zu Gewaltsamkeiten und Revolutionen nicht anders als in Aristokratien und Monarchien. Auch die Schweiz mußte das in diesem Jahr einmal wieder erfahren. Im Kanton Tessin stehen sich die Parteien der Liberalen und Klerikalen (Konservativen) etwa gleich stark einander gegenüber. Die Klerikalen waren am Ruder und suchten die Hilfsmittel der Exekutive zu benutzen, um sich die Mehrheit bei den Volksabstimmungen weiter zu sichern. Die Liberalen antworteten mit einer Revolution, in der ein klerikaler Staats-

rat getötet wurde. Da die Bewegung sich auf diesen einen Kanton beschränkte, so blieb dem Bunde die Möglichkeit einzuschreiten. Er sandte den Obersten Künzli mit Truppen ab, um Ordnung und Gesetz wiederherzustellen und zu verhindern, daß die Klerikalen ihrerseits mit den Waffen ihr Recht suchend es zum Bürgerkriege trieben. Am Schluß des Jahres war es noch zweifelhaft, ob die Vermittelung so weit zum Ziel führen würde, daß die Gewalt wieder an die Erwählten des Volkes zurückgegeben werden könne.

Belgien. Trotz aller Mahnungen, die dem belgischen Bourgeois-Parlamentarismus seit dem Jahre 1886 durch Massenstreiks, Demonstrationen und Straßenunruhen zu teil geworden sind, hat er sich doch bisher zu einer Reformthätigkeit nicht aufzuschwingen vermocht. Die Liberalen stehen noch ganz auf dem alten doktrinären Manchesterstandpunkt und auch die Klerikalen wollten höchstens von einer kirchlich- aber nicht von einer staatlich-sozialen Thätigkeit etwas hören. Im September tagte ein internationaler katholischer Sozialkongreß in Lüttich, wo das drastisch zu tage trat, indem die auswärtigen, namentlich die deutschen Vertreter die belgischen über die Grundlehren moderner Sozialreform aufklären mußten. Ehe nicht der Druck des allgemeinen Stimmrechts den kapitalistischen Egoismus erweicht, wird schwerlich in diesem Staate etwas zustande kommen. Ob aber das künstlich geschaffene Königreich wieder im stande ist, ein Gährungselement wie das allgemeine Stimmrecht zu ertragen, bleibt eine gefährliche Frage an die Zukunft. Gegen Ende des Jahres wurde von dem radikalen Deputierten Janson der positive Antrag auf Revision der Verfassung und Erweiterung des Stimmrechts eingebracht.

Größer zeigte sich dieser Staat auf einem andern Gebiet. Das kleine Belgien ist eine große Kolonialmacht geworden, auf einem Wege, der eine gewisse Analogie zu der Entwickelung in Deutschland bietet. Nicht der Staat, sondern Privatunternehmung schuf die Kolonie. In Belgien aber war dieser Privatunternehmer, der den Kongostaat schuf und ihm durch eine feierliche Akte eine internationale Stellung sicherte, der König. Höchst bedeutende Aufwendungen aus seinen Privatmitteln hat Leopold II. dieser seiner Schöpfung gewidmet, um sie endlich in ein festes staatsrechtliches

Verhältnis zu Belgien zu bringen. Eine internationale Konferenz, die etwa ein Jahr lang in Brüssel tagte, um die Mittel zur Bekämpfung der Sklaverei zu beraten, befreite den Kongostaat von einer Bestimmung in seiner Gründungsakte, die ihn wie die andern Gebiete im Kongobecken verpflichtete, keine Eingangszölle zu erheben. Um die Sklaverei zu bekämpfen, schloß man, bedürfe der Staat größerer Mittel und die könnten ihm nur die Zölle gewähren. Es dauerte lange, ehe die Niederlande sich entschlossen, dieser Entscheidung zuzustimmen (vgl. S. 272), aber endlich wurde auch deren Einwilligung erreicht. So ist der Kongostaat im stande, eine eigene Finanzpolitik zu treiben und kreditfähig zu werden. Der belgische Staat eröffnete ihm einen Kredit von 25 Millionen und König Leopold vermachte dafür testamentarisch sein persönliches Souveränetätsrecht am Kongostaate dem Staate Belgien.

Das kalvinistisch-ultramontane Koalitionsministerium, welches seit 1888 in den Niederlanden regiert, hat den großen Schritt gewagt, dem Lande die Annahme der allgemeinen Wehrpflicht vorzuschlagen. Ein Teil ihrer eigenen Anhängerschaft aber, Katholiken, haben sich dagegen empört, so daß der Staat Rückschläge verschiedener Art davon erfahren mag. Niederlande.

Der lange erwartete Tod des letzten Oraniers, des wenig Sympathie genießenden Königs Wilhelm III. trat endlich am 23. November ein, nachdem eben zum zweitenmal eine Regentschaft eingesetzt war. Die Krone ging gemäß der Bestimmung der Verfassung an sein einziges Kind, die zehnjährige Wilhelmine über, für die ihre Mutter eine geborene Prinzessin von Waldeck die Regentschaft übernahm.

Luxemburg wurde selbständig unter dem Großherzog Adolf, dem früheren Herzog von Nassau. (Vgl. den vorigen Jahrgang.)

Rußland hat im Jahre 1890 wieder große Fortschritte auf dem Wege der Zurückführung von der verunglückten Europäisierung zum echten Russentum gemacht. Wir haben im vorigen Jahrgang das neue Verwaltungssystem geschildert, welches an die Stelle der Selbstverwaltung treten soll. Durch neue Gesetze (namentlich das vom 12. Juni) ist das System des patriarchalischen Despotismus noch verschärft worden. Kaufleute, Industrielle, Juden sind von Rußland

den Provinzialvertretungen ausgeschlossen; die Bauern haben statt des Wahlrechts nur noch das Recht, Kandidaten vorzuschlagen. So ist fast ausschließlich dem grundbesitzenden Adel eine politische Stellung belassen, entsprechend dem Prinzip zum „Ständetum“ zurückzukehren. Auch dem Adel ist aber keine wirkliche Bewegungsfreiheit gegönnt. Er hat nicht das Recht der Wahlprüfungen in seiner eigenen Vertretung, ja nicht einmal das Recht der Petition an die Obrigkeit. Jeder gefaßte Beschluß muß außerdem der Gouvernementsbehörde zur Bestätigung vorgelegt werden, damit er nicht etwa bloß auf seine Gesetzmäßigkeit, sondern auch auf seine Zweckmäßigkeit geprüft werde. Es ist also der neuen ständisch zusammengesetzten Korporation nur der bloße Schein einer Teilnahme am Regiment gelassen. Diese neue Verwaltung trat am 12. Februar 1890 versuchsweise in sechs Gouvernements in Kraft; im Juli wurde sie auf zehn weitere ausgedehnt.

Selbst auf das Justizwesen ist den Gouverneuren jetzt Einfluß gegeben worden. Die Adelskorporationen werden charakterisiert als „Klubs mit der Befugnis, wenn es befohlen wird, Loyalitätsadressen zu verfassen und mit dem angenehmen Vorzug, in angemessenen Zeiträumen nicht unbeträchtliche pekuniäre Unterstützungen von seiten der Regierung zu erhalten“.

Im nationalen und orthodoxen Sinne wird auch das Schulwesen reformiert; das höhere durch Beschränkung des klassischen Unterrichts, das niedere durch Unterstellung unter die Geistlichkeit.

Ausländer werden vielfach ausgewiesen und von ihren Stellen in der Verwaltung entlassen. Während die russische Armee früher ganz besonders tüchtige Elemente aus den Offizieren zog, die andere europäische Armeen aus irgend einem Grunde verlassen hatten, ist diese Anstellung von Fremden jetzt aufgehoben.

Mit ganz besonderer Schärfe wird gegen die Juden vorgegangen. Aus den Gouvernements, wo sie sich bisher gegen den Wortlaut des Gesetzes, aber unter Konnivenz der Behörden niedergelassen hatten, werden sie ausgewiesen und auch in den polnischen und kleinrussischen Gouvernements, wo sie von je ziemlich dicht sitzen (etwa zehn Prozent der Bevölkerung), werden sie aus allen Dörfern und kleineren Ortschaften entfernt, um in die Städte

zusammengedrängt zu werden; mancherlei Berufsarten ihnen gleichzeitig untersagt, so daß zahllose Familien in die äußerste Not geraten.

Die Russifizierung der baltischen Provinzen schreitet fort. Das bisher nur in Personalunion mit Rußland verbundene Großfürstentum Finnland, das namentlich ein eigenes Wirtschaftsgebiet mit eigener Währung und eigenen Zöllen bildet, wird jetzt auch in den allgemeinen Reichskörper übergeführt. Man begann mit der Verschmelzung der russischen und finnländischen Post.

Schon lange befindet sich die russische Regierung in Verhandlungen mit dem Vatikan wegen der Ordnung der kirchlichen Verhältnisse in Polen. Der Punkt, über den man sich nicht einigen kann, soll die Forderung einer staatlichen Ueberwachung der Korrespondenz der katholischen Bischöfe mit dem Papst sein.

Unter dem Druck der Administration hat eine starke Auswanderung begonnen, teils von Deutschen aus den agrarischen Kolonien in Südrußland, dann aber auch von polnischen Bauern, die hier und da mit Gewalt zurückgehalten wurden.

An äußerlichen Erfolgen fehlt es der russischen Verwaltung bei alledem nicht. Die Armee ist vorzüglich im Stand; das Festungs- und Eisenbahn-System wird mit Eifer ausgebaut und die Finanzen haben wirklich begonnen, aus dem chronischen Defizit emporzutauchen. Durch energische Konversion im richtigen Moment hat man die Zinsenlast erheblich verringert und der Kurs des Rubels ist nicht nur sehr gestiegen, sondern durch die Goldvorräte in der Hand des Finanzministers auch von seinen Käufen und Verkäufen wesentlich abhängig geworden, was mit Geschicklichkeit ausgenützt wird. Freilich hat die Steigerung des Rubelkurses auch zur Folge gehabt, daß der Getreide-Export unlohnend geworden und dadurch in vielen ackerbautreibenden Gegenden große Not entstanden ist.

Die stille Wühlarbeit der Russen auf der Balkan-Halbinsel Orient.
geht ihren Gang fort. In Bulgarien versuchten sie den Fürsten Ferdinand auf eine ähnliche Weise zu beseitigen, wie seinerzeit den Fürsten Alexander. Diesmal aber wurde die Verschwörung rechtzeitig entdeckt und der Major Panitza, der an der Spitze stand,

kriegsrechtlich erschossen. Die Bulgaren, staatsmännisch geleitet von dem Minister Stambuloff, sind entschlossen, ihre Unabhängigkeit aufs äußerste zu verteidigen. Die Verwaltung ist so gut in Ordnung, daß, als Rußland (um nicht die gegenwärtige Regierung anzuerkennen, indirekt, durch Vermittelung des deutschen Vertreters) die Zahlung der rückständigen Kriegsentschädigung forderte, Bulgarien die Zahlung auf der Stelle zu leisten vermochte. In dem türkischen Rumpf-Reich kam es an zwei Stellen zu stärkeren Friktionen. Die Armenier wurden unruhig und die griechische Kirche kündigte wegen der Ernennung von drei macedonisch-bulgarischen Bischöfen dem Sultan passiven Widerstand an. Der griechische Patriarch von Konstantinopel legte seine Würde nieder und ließ alle griechischen Kirchen schließen. Nach einigen Verhandlungen wurden die Kirchen wieder geöffnet, aber ein definitives Abkommen bis zum Schluß des Jahres nicht erzielt.

Amerika. Die Nordamerikanische Republik hat in diesem Jahr zwei Gesetze erlassen, die für die gesamte Kulturwelt keine geringere Bedeutung haben als für die „Vereinigten Staaten" selbst. Es ist ein unausgetragener Streit zwischen den Volkswirten, ob der unerhörte und dauernde Preisfall aller Waren seit der Mitte der 70er Jahre bloß von den verbesserten Produktions- und Verkehrsmitteln und der Aufschließung großer brachliegender Ackergebiete oder auch von der starken Einschränkung der Geldprägung und dem Einziehen großer Papiergeldmassen in Amerika, Frankreich und Italien herrührt. Die Wiederausgabe von Papiergeld empfiehlt nun niemand, wohl aber wird von weiten Kreisen wenigstens die möglichste Ausprägung von Hartgeld verlangt. Es handelt sich um das Silber, da Gold nur noch in so geringen Mengen gefunden wird, daß für die ganze Welt nicht mehr als höchstens 100 bis 150 Millionen Mark zu Münzzwecken jährlich übrig bleiben. In Europa ist die Silberprägung (abgesehen von Scheidemünzen) seit den 70er Jahren von einem Staat nach dem andern eingestellt worden. In den Vereinigten Staaten wurde noch eine bestimmte Summe (zwei Millionen Dollar) monatlich ausgeprägt, aber sie reichte auch mit den Bedürfnissen Asiens und Mexikos zusammen nicht aus, um die jährliche Silberproduktion zu verzehren. Der

Preis des Silbers war also allmählich um dreißig Prozent gefallen und nun wünschten die Banken in Amerika nicht, diese entwerteten Münzen zu nehmen. Vergeblich haben wegen der Wiederherstellung des Silberpreises und Wiederaufnahme der Prägung früher Konferenzen und Verhandlungen stattgefunden. Plötzlich beschlossen jetzt die „Vereinigten Staaten“ allein vorzugehen. Sie erhöhten die jährlich von ihnen anzukaufende Menge auf 54 Millionen Unzen, d. h. mehr als die ganze Silberproduktion ihres eigenen Landes einbringt, und schufen, um die Zirkulation zu erleichtern, ein neues Papiergeld, das auf dieses Silber, soweit es der Verkehr nicht in Anspruch nimmt, fundiert wird. Man rechnete, daß der so gesteigerte Silberverbrauch schnell den Preis auf den Punkt treiben werde, der noch immer als die offizielle Relation von Gold und Silber gilt, 1 : 16 (129 Cents Gold für die Unze Silber); daß dann die Ausprägung einfach freigegeben werden könne und Amerika wirtschaftlich stark genug sei, dies Verhältnis aufrecht zu erhalten, ohne sein Gold zu verlieren. Eine fieberhafte Spekulation beeilte sich, dies Ergebnis zu antizipieren und Silber aufzukaufen. Der Preis stieg, stieg aber doch nicht ganz bis an jene Grenze und nun trat bald ein furchtbarer Rückschlag ein, da viele schwache Hände ihre Vorräte nicht zu halten vermochten; von 119 fiel das Silber wieder bis auf 97½. Statt der erhofften Belebung des Weltmarkts durch Rehabilitierung des Silbers und Vermehrung der Umlaufsmittel war die nächste Folge nur eine schwere Störung aller Handelsverhältnisse durch die großen unberechenbaren Schwankungen im Silberpreise für alle Länder, die noch mit Silber rechnen.

Das zweite Gesetz ist ein nach dem Antragsteller „Mac-Kinley-Bill“ genannter neuer Zolltarif, der das Schutzzoll-Prinzip ins Ungeheuerliche steigerte und ganze Branchen europäischer Industrie vom amerikanischen Markt auszuschließen droht.

Unmittelbar darauf aber folgte ein Rückschlag. Die Neuwahlen zum Kongreß ergaben eine überwältigende Mehrheit mehr oder weniger freihändlerischer Demokraten (212 Demokraten, 23 „Farmer“, 97 Republikaner). Mac Kinley selbst fiel durch. Da aber im Senat die schutzzöllnerische Majorität besteht, so bleibt auch vorläufig das Gesetz.

Parallel mit dem Bestreben, die europäische Industrie von dem Markt der „Vereinigten Staaten“ möglichst auszuschließen, ging der Wunsch, ganz Amerika zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenzuschließen. Ein großer „panamerikanischer Kongreß“ fand statt und faßte Resolutionen in diesem Sinne. Weiter aber ist noch nichts geschehen.

Argentinien. Auch von Südamerika ging diesmal eine starke Rückwirkung auf Europa aus. Seit längerer Zeit erfreute sich Argentinien der Aufmerksamkeit des europäischen Unternehmungstriebes. Man hielt das Land für äußerst entwickelungsfähig. Große Unternehmungen, namentlich Eisenbahnbauten, wurden ins Leben gerufen und Industrie-Gesellschaften, Gemeinden und dem Staate reiche Kredite eröffnet. Plötzlich brachten die politischen Verhältnisse einen Rückschlag. Es kam zu einer Empörung gegen das herrschende Regiment, die zwar unterdrückt wurde, endlich aber doch den Präsidenten Celman persönlich zur Abdankung nötigte. Diese Wirren waren es, die das große Haus Baring in London, das hauptsächlich in Argentinien engagiert war, zum Sturz brachten und den ganzen europäischen Markt stark beeinflußten.

Japan. Das japanische Kaiserreich ist ohne Schwierigkeiten in den Kreis der konstitutionellen Staaten eingetreten. Die ersten Wahlen sind in Ruhe verlaufen und der Reichstag feierlich eröffnet. Das Resultat der Wahlen ist freilich für das gegenwärtige Ministerium nicht günstig, da seine Gegner über nahezu zwei Drittel des Unterhauses verfügen. Indessen stehen sich in dieser Mehrheit zwei Parteien ziemlich scharf gegenüber, so daß die Regierung voraussichtlich im stande sein wird, sich mit der einen oder andern zu verständigen und so eine Majorität zu schaffen. Noch vor der Eröffnung des Parlamentes sind Gesetze von grundlegender Bedeutung verkündet worden. Vor allen Dingen das auf französischer Grundlage beruhende bürgerliche Gesetzbuch, ferner das Gerichtsverfassungsgesetz, die Civilprozeßordnung, das Handelsgesetzbuch, die letzteren drei nach deutschen Mustern und von deutschen Juristen gearbeitet. Diese Gesetze treten teils im Jahre 1891, teils im Jahre 1893 in Kraft. Auch auf dem Gebiete des Verwaltungsrechts haben im laufenden Jahre bedeutende Neuschaffungen und

Kodifikationen stattgefunden, insbesondere ist die neue — nach preußischem Vorbilde entworfene — Kreisordnung zu nennen.

Die für den Verkehr mit dem Auslande wichtigste Frage der japanischen Politik, die Revision der Verträge mit den europäischen Mächten ist auch im vergangenen Jahre nicht gelöst worden, so daß der allseitig gehegte Wunsch, diesen Gegenstand noch vor dem Zusammentritt des Parlamentes zu erledigen, nicht in Erfüllung gegangen ist. Die Ratifikation der mit den Vereinigten Staaten, mit Deutschland und Rußland im Jahre 1889 vereinbarten Entwürfe ist unterblieben, da es die der damaligen Regierung feindlichen Elemente verstanden haben, die Bevölkerung gegen die Bestimmungen dieser Verträge in einer Weise aufzuregen, welche ein Inkraftsetzen derselben nicht ungefährlich erscheinen ließ. Diese gegen die Fremden gerichtete Agitation hat mehrfach grobe Exzesse gegen einzelne in Japan ansässige Europäer zur Folge gehabt, Ereignisse, welche wiederum die in den offenen Häfen etablierten europäischen Kaufleute in ihrer Abneigung, sich unter japanische Gerichtsbarkeit zu stellen, noch mehr bestärkten.

Alphabetisches Register.

Römische und deutsche Ziffern nebeneinandergesetzt bezeichnen Monat und Tag; alleinstehende deutsche Ziffern die Seitenzahl.

China.

Dahomey.

Dänemark.

Deutsches Reich.

---

wahlen 28 f.; Stichwahlen 32; Nachwahl 52; Eröffnung 64 ff.; Präsidentenwahl 67; Mitteilung der Ernennung Caprivis zum Kanzler 67; Fraktionsverzeichnis 68; Debatten über Kolonialpolitik 69 bis 75; erste Lesung der Militärvorlage 75—86; Kommissionssitzungen 88, 98 f., 105 f.; Interpellation über Paßzwang in Elsaß-Lothringen 101—105; Annahme des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrags 105; nimmt den Gesetzentwurf über Gewerbegerichte in zweiter Lesung an 109; verhandelt in zweiter Lesung das Gesetz betreffend die Friedenspräsenzstärke 109—144, in dritter Lesung 144; über Nachtragsetats 144 f.; über Gewerbegerichte in dritter Lesung 144; über das Kaiser-Wilhelm-Denkmal 145; wird vertagt 145; Ersatzwahl 149; erste Beratung des Budgets 181, des Zuckersteuerentwurfs ebenda; Gesetz über Einverleibung Helgolands ebenda.

Sachsen. Finanzminister v. Könneritz †; v. Thümmel folgt 9; Antrag Bebel in der zweiten Kammer 9, 10; Besuch des Reichskanzlers 167.

Schwarzburg-Rudolstadt. Fürst Georg †; Prinz Günther folgt 8.

Schweine-Einfuhrverbot. Weißbuch 8.

Sozialdemokratie. Ruhestörung in Berlin 149; Rückkehr der Ausgewiesenen 153; Kongreß in Halle 156 f.

Sozialgesetzgebung. Amtlicher Bericht 4, 9; preuß. Thronrede 6; Sozialistengesetz 14 f., 17, 153—155; Kaiserlicher Erlaß an den Reichskanzler 19; an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten 19 f.; Arbeiterausschüsse 31; Arbeitstag 33; Thronrede 64 f.; Gesetzentwürfe 67; Gewerbegerichte 29, 109, 144; Katholikentag 148 f.

Thüringischer Zoll- und Handelsverein. Vgl. preuß. Thronrede 5.

Versicherungswesen. Jahresbericht des Amtes 21; Termin zur Einführung der Altersversicherung 153; Kommission 154; Verordnung betreffs Einführung 167.

Württemberg. Erste Kammer 68; Korpskommando 154, 157; Schulreform 185.

Zoll- und Handelsverträge. Mit Frankreich 32 f.; mit Marokko (Verordnung) 145; mit der Türkei 150; mit Oesterreich-Ungarn 157.

Zuckersteuervorlage 180.

Frankreich.

Anarchistische Bewegungen. Verhaftungen in Paris 240; Verurteilung des Marquis de Morès, Demonstration gegen die Verhaftung von Russen 242; Verhaftungen in Lyon, Preßverbot 245.

Arbeiterbewegung. Amnestieantrag für Streikende 236; Demonstration am 1. Mai 240; Deputation an den Kammerpräsidenten 240 f.; Interpellation Boyer 241; Begnadigungen 242.

Arbeiterschutzkonferenz. Offiziöse Mitteilung 236; Ministerielle Erklärung 237; Zwistigkeit unter den Bevollmächtigten 239.

Auswärtiges.

Brasilien. Anerkennung der Republik 242.

Dahomey. Krieg 237, 240; Unterhandlungen 241, 244.

Italien. Vereitelte Absicht, König Humbert begrüßen zu lassen 243.

Rußland. Schiedsrichteramt des Zaren 234 f.; Kundgebung in Nizza 235; Annahme eines Banners verboten, Broschüre Stoffel gegen Rußland, Artikel der „République Francaise" 235; Verhaftung von Nihilisten 241; Demonstration dagegen 242; Toast Ferrons 243; Demonstration bei der Hochzeit der Baronesse Mohrenheim 244.

Bonapartisten. Spaltung 234.

Boulangismus. Unruhen in

II. Oesterreich.

Parteien und Nationalitäten.

Personalien.

Sudan.

Türkei.

I. Die Pforte.

II. Bulgarien.

Uruguay.

Vereinigte Staaten.

Venezuela.

Schulthess'

Europäischer Geschichtskalender.

Neue Folge.

Siebenter Jahrgang 1891.

(Der ganzen Reihe XXXII. Band.)

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

München 1892.
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
(Oskar Beck).

KRAUS REPRINT
Nendeln/Liechtenstein
1977

Reprinted by permission of the original publisher
KRAUS REPRINT
A Division of
KRAUS-THOMSON ORGANIZATION LIMITED
Nendeln/Liechtenstein
1977

Printed in Germany
Lessingdruckerei Wiesbaden

Inhalts-Verzeichnis.

Chronik
der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1891.

Januar.

1\. Deutsches Reich. Proklamation der deutschen Herrschaft an der ostafrikanischen Küste.
Mitte. Amerika. Bürgerkrieg in Chile.
20\. Sandwichs-Inseln. Tod König Kalakauas.
20\. Belgien. Große Demonstration für eine Verfassungsrevision.
23\. Oesterreich. Auflösung des Reichsrats.
30\. Belgien. Der Thronfolger Prinz Balduin †.
30\. Portugal. Unruhen.
31\. Deutsches Reich. Niederlage der europäischen Forschungs- und Handelsexpedition unter Leitung Zintgraffs im Hinterlande von Kamerun.
31\. Italien. Das Ministerium Crispi nimmt seine Entlassung.
Ende. Frankreich. Der deutsche Kaiser läßt der Akademie sein Beileid ausdrücken über den Tod Meissoniers.

Februar.

Anfang. Amerika. Die Vereinigten Staaten schließen mit Brasilien einen Handelsvertrag ab.
2\. Belgien. Meuterei unter den Reservisten.
3.—6. Deutsches Reich. Im Reichstage finden Debatten über die Kolonien statt, wobei der Reichskanzler erklärt, daß er nicht zu den Kolonialenthusiasten gehöre.
4\. Oesterreich. Rücktritt des Finanzministers Dunajewski.
9\. u. 10. Italien. Marquis di Rudini wird Ministerpräsident und richtet ein Rundschreiben an die auswärtigen Mächte.
Mitte. Amerika. In den Vereinigten Staaten wird eine Schiffahrtsbill erlassen.
18.—27. Frankreich. Aufenthalt der Kaiserin Friedrich in Paris.
22\. Norwegen. Das konservative Ministerium Stang reicht seine Entlassung ein.
23\. Amerika. Die Regierung der Vereinigten Staaten erläßt eine Einwanderungsbill.
28\. Deutsches Reich. Verschärfung des Paßzwanges für Elsaß-Lothringen.

März.

1. England und Frankreich. Ein Abkommen, betreffend Neu-Fundland wird unterzeichnet.
Anfang. Rumänien. Erneuerung des Ministeriums.
5. Australien. In Sydney wird ein Vorparlament für eine Föderation der Kolonien eröffnet.
5. Rumänien. Auflösung der Kammer.
13. Deutsches Reich, Preußen. Rücktritt des Kultusministers v. Goßler. An seine Stelle tritt Graf v. Zedlitz-Trützschler.
14. Deutsches Reich. Abgeordneter Windthorst †.
14. Amerika. In New-Orleans werden 11 Italiener gelyncht.
17. Italien. Prinz Jerome Napoleon †.
22. Ostindien. Expedition Quinton wird in Manipur geschlagen.
24. Großbritannien. Die Demarkationslinie in Ostafrika wird von England und Italien festgesetzt.
Ende. Oesterreich. Neuwahlen zum Reichsrat.
27. Bulgarien. Attentat auf den Ministerpräsidenten Stambulow und den Finanzminister Beltschew.
31.—4. April. Frankreich. Internationaler Bergarbeiter-Kongreß in Paris.

April.

Türkei. Zwei russische Schiffe werden an der Durchfahrt durch den Bosporus seitens der türkischen Regierung verhindert.
Anfang. Serbien. König Milan beschließt, bis zur Volljährigkeit des Königs das Land zu verlassen, man fordert die Königin Natalie auf, das Gleiche zu thun.
8. Deutsches Reich. Entsendung des ostasiatischen Kreuzer-Geschwaders nach Chile.
9. Kamerun. Niederlage der französischen Expedition Crampel.
11. Oesterreich. Eröffnung des Reichsrats mit einer Thronrede des Kaisers.
12. Rußland. Unter Lieutenant Maschkoff reist eine russische Expedition nach Abessinien ab.
17. Portugal. Demission des gesamten Ministeriums.
22. Portugal. Konflikt mit England in Südafrika.
23. Italien. Explosion des Pulver- und Dynamitturms des Forts Bravetta.
25. Deutsches Reich. Generalfeldmarschall Graf Moltke †.
25. Rußland. Der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch †.
25. Rußland. Die Großfürstin Sergius tritt feierlich zur orthodoxen Kirche über.
30. Deutsches Reich. Wahl des Fürsten Bismarck im Reichstags-Wahlkreis Neuhaus-Kehdingen.

Mai.

China. Aufstand.
1. Deutsches Reich. In Berlin wird eine internationale Kunstausstellung eröffnet.
1. Frankreich. Unruhen bei der Maifeier.
1. Italien. Ruhestörungen in Rom.
3. Griechenland. Die Kronprinzessin Sophie tritt zur orthodoxen Kirche über.

Anfang. Kapland. Die Oberhoheit der Königin von England über neue Gebiete wird proklamiert.
Anfang. Rußland. Rothschild tritt von einem Anleihevertrage mit der russischen Regierung zurück.
11. Rußland. In Japan findet ein Attentat auf den Großfürsten Thronfolger durch einen japanischen Fanatiker statt.
Mitte. Südafrika. Blutiger Zusammenstoß zwischen Portugiesen und Engländern.
15. Römische Kurie. Der Papst erläßt eine Encyklika über die soziale Frage.
18.—19. Serbien. Die Königin Natalie wird aus dem Lande ausgewiesen und mit Gewalt über die Grenze gebracht.
22. Rumänien. In Bukarest feiert man das 25jährige Regierungsjubiläum des Königs Karol.
25.—4. Juli. Oesterreich. In Wien findet ein Weltpost-Kongreß statt.
25. Haiti. Ernsthafter Aufstand in Port-au-Prince.
28. Portugal. Unterzeichnung des englisch-portugiesischen Abkommens.
28.—29. Deutsches Reich. Evangelisch-sozialer Kongreß in Berlin.
31. Rußland. Eröffnung der sibirischen Eisenbahn.

Juni.

Rußland nimmt ein neues Repetiergewehr an.
Ostindien. Ueberwältigung des Aufstandes in Manipur.
15. Amerika. Präsident Harrison schließt einen Vertrag mit Großbritannien ab, wodurch der Robbenfang im Behringsmeer verboten wird.
25. Frankreich. In der Kammer wird die Zustimmung zur General-Akte der Brüsseler Konferenz verschoben.
28. Italien. In der Kammer wird die Verlängerung des Dreibundes verkündigt.
Ende. Verlängerung des Dreibundes auf sechs Jahre.

Juli.

1. Deutsches Reich. Der Kaiser reist nach Holland.
4.—13. England. Aufenthalt des deutschen Kaisers in London.
5. Niederlande. Demission des antiliberalen Ministeriums.
6.—8. Italien. Der König reist nach Venedig, besucht dort die englische Flotte.
15. Oesterreich. Fürst Ferdinand von Bulgarien besucht den Kaiser.
17. Frankreich. Die Deputiertenkammer lehnt die Beratung über die Handhabung des Paßwesens in Elsaß-Lothringen ab.
23. Luxemburg. Feierlicher Einzug des Großherzogs, der Großherzogin und des Erbgroßherzogs.
24. Niederlande. Neuwahlen zur zweiten Kammer.
Ende. Rußland. Besuch eines französischen Geschwaders in Kronstadt.

August.

Anfang. Großbritannien. Verhandlung mit der Pforte über die Räumung Aegyptens.
1. Schweiz. Sechshundertjährige Bundesfeier der schweizerischen Eidgenossenschaft.
2. Rußland. Der König von Serbien in Petersburg.
4. u. 22. Türkei. Bei der Durchfahrt durch die Dardanellen wird wiederum ein russisches Schiff festgehalten.

5.—7. Rußland. In Moskau finden Festlichkeiten zu Ehren der Offiziere des französischen Geschwaders statt.
9. Oesterreich. König Alexander von Serbien besucht den Kaiser Franz Joseph.
11. Rußland. Roggenausfuhrverbot.
14. Deutsches Reich. Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung über die Getreidezölle.
15. Frankreich. Der König von Griechenland besucht Paris.
Mitte. Frankreich. Großfürst Alexis hält sich in Frankreich auf.
16. Belgien. In Brüssel findet ein internationaler sozialistischer Arbeiterkongreß statt.
17. Afrika. Niederlage der Expedition Zelewski in Uheha.
19.—20. England. Aufenthalt der französischen Flotte in Portsmouth.
20. Deutsches Reich. Die Ausstellung des heiligen Rockes in Trier wird eröffnet.
22. Chile. Der Bürgerkrieg findet ein Ende. Tod Balmacedas.
Auf den Karolinen finden Unruhen statt.

September.

2. Deutsches Reich. Reise des Kaisers und des Reichskanzlers nach Oesterreich zu den Manövern.
3. Deutsches Reich. Aufhebung des Schweineeinfuhr-Verbots.
Anfang. Rußland. Baron Hirsch in London gründet eine Kolonisierungsgesellschaft für die russischen Juden.
7. Deutsches Reich. In München hat der Reichskanzler eine Unterredung mit dem päpstlichen Nuntius.
16. Frankreich. Trotz großer chauvinistischer Demonstrationen Aufführung des Lohengrin in der Großen Oper.
19. Türkei. Der Sultan läßt an die Großmächte ein Rundschreiben über die Dardanellenfrage ergehen. Wechsel im Groß-Vezierat.
21. Deutsches Reich. Aufhebung des Paßzwanges in Elsaß-Lothringen.
21.—26. Schweiz. In Bern findet ein internationaler Kongreß für Arbeiterunfälle statt.
25. Deutsches Reich. Reise des russischen Kaiserpaares durch Berlin.
27. Deutsches Reich. Rede des Reichskanzlers in Osnabrück.
30. Belgien. General Boulanger † in Brüssel.

Oktober.

1. Spanien. Angriff marokkanischer Mauren auf die Festung Melilla.
2. Italien. Französische Pilger veranlassen einen Tumult durch angebliche Beschimpfung des italienischen Königtums im Pantheon.
6. Deutsches Reich. Württemberg. König Karl †.
6. England. Charles Parnell †.
7. Frankreich. Niedermetzelung französischer marokkanischer Soldaten.
10. u. 11. Ungarn. Erinnerungsfeier in Leutschau. Rede des deutschen Militärattachés, Oberstlieutenant v. Deines.
13. Portugal. Der König erläßt ein Dekret betr. die Kolonie Mozambique.
13. Italien. Der russische Minister des Auswärtigen v. Giers wird vom König empfangen.
Mitte. Rußland. Große Anleihe.
18. Schweiz. Die Einführung des Banknoten-Monopols wird von der Volksabstimmung angenommen.
27. Deutsches Reich. Der König von Rumänien trifft zum Besuch beim Kaiser ein.

31. Türkei. Die Regierung der Pforte erläßt ein Rundschreiben an die Mächte betr. die Judeneinwanderung.
31. Deutsches Reich. Das russische Kaiserpaar passiert Danzig.

November.

Anfang. Chile. Wahl des neuen Präsidenten George Montt.
Anfang. Brasilien. Präsident Fonseca proklamiert seine Diktatur.
2. Rußland. Das Ausfuhrverbot wird auf alles Getreide (ausgenommen Weizen), Getreideprodukte, Kartoffeln und Kartoffelprodukte ausgedehnt.
4. Amerika. Im Staate Rio Grande do Sul bricht ein Aufstand aus.
3.—7. Italien. In Rom findet eine internationale Friedenskonferenz statt.
11. Frankreich. Novelle zum französischen Spionengesetz vorgelegt.
14. Ungarn. Der Ausschuß der Delegation für auswärtige Angelegenheiten tritt zusammen.
19. Frankreich. Der russische Minister v. Giers in Paris.
21. Rußland. Weizen-Ausfuhrverbot.
21. 24. Spanien. Demission des Kabinetts. Neubildung.
23. Deutsches Reich. Empfang des russischen Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Giers, beim Kaiser und beim Reichskanzler.
28. u. 4. Dezember. Italien. Im Parlament geben Rudini und Crispi über das Garantiegesetz Erklärungen ab.
Ende. Brasilien. Rücktritt des Präsidenten Fonseca.
China. In der Mongolei findet ein ernstlicher Aufstand gegen die christliche Bevölkerung statt.

Dezember.

1. Australien. Annahme einer Bill betreffs Einführung des achtstündigen Maximal-Arbeitstages.
4. In Paris stirbt der Exkaiser von Brasilien Dom Pedro.
7. Schweiz. Der Bundespräsident Welti nimmt seine Entlassung.
9.–12. Frankreich. Im Senat und in der Deputiertenkammer wird über die Agitation der Geistlichkeit verhandelt.
10. Deutsches Reich. Reichstag. Erste Beratung der Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien.
12. Portugal. In Lissabon findet das feierliche Leichenbegängnis Dom Pedros statt.
17. Frankreich. Annahme des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Kolonialarmee.
18. Deutsches Reich. Reichstag. Annahme der Handelsverträge.
18. Canada. Konflikte zwischen dem Gouverneur und dem Minister Mercier, der schließlich abgesetzt wird.
21. u. 22. Frankreich. Die Deputiertenkammer nimmt den Gesetzentwurf betr. die Verlängerung der Handelsverträge, ebenso die Brüsseler Konferenzakte an.
21. Italien. Annahme einer Zuckersteuer und eines Sperrgesetzes in der Deputiertenkammer.
23. Rumänien. Die am 27. November neu eröffneten Kammern werden aufgelöst.
23. Ungarn. Annahme der Handelsverträge.
23. Oesterreich Graf Kuenburg wird zum Minister ernannt.
25. Japan. Das Abgeordnetenhaus wird aufgelöst.
Ende. Portugal. Staatsbankrott.

I.

Das Deutsche Reich und seine einzelnen Glieder.

1. Januar. An der ostafrikanischen Küste wird die deutsche Kriegsflagge gehißt und die Herrschaft des Deutschen Reiches proklamiert.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in Deutsch-Ost-Afrika.

4. Januar. Der engere Ausschuß für Reform des höheren Unterrichtswesens wird (vgl. 1890 S. 183) aus folgenden Personen zusammengesetzt: 1. Der Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Hinzpeter-Bielefeld als Vorsitzer, 2. der Kurator der Universität Halle-Wittenberg, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Schrader-Halle, als Stellvertreter des Vorsitzenden, 3. der Ober-Realschuldirektor Dr. Fiedler-Breslau, 4. der Geheime Sanitätsrat Dr. Graf-Elberfeld, 5. der Oberlehrer a. D. Dr. Kropatscheck-Berlin, 6. der kgl. Realgymnasial-Direktor Dr. Schlee-Altona, 7. der Abt von Loccum, Ober-Konsistorialrat Dr. Uhlhorn-Hannover.

Im nichtamtlichen Teil bemerkt der „Reichsanzeiger" (v. 29. Dez.) zu dieser im amtlichen Teil veröffentlichten Kabinetsordre folgendes: „Wie hieraus hervorgeht, sind Mitglieder des Ministeriums der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten nicht in den Ausschuß berufen worden. Dagegen sind mehrere vortragende Räte des Ministeriums zu Referenten bestellt worden, und zwar der Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Stauder zum General-Referenten, ferner die Geheimen Ober-Regierungsräte Dr. Wehrenpfennig und Bohtz, der Geheime Regierungsrat Dr. Höpfner und der Provinzial-Schulrat Dr. Köpke zu Referenten für die von ihnen vertretenen Gebiete.

7. Januar. Unter den Geschenken, welche dem Staatssekretär des Reichspostamts, Dr. v. Stephan, aus Anlaß seines 60. Geburtstages zugehen, befindet sich ein Bild des Kaisers, welches folgende eigenhändige Unterschrift trägt: „Die Welt am Ende des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Verkehrs; er

durchbricht die Schranken, welche die Völker trennen, und knüpft zwischen den Nationen neue Beziehungen an."

8. Januar. Bei der Stichwahl in Bochum-Gelsenkirchen zum Reichstage wird Müllensiefen (natlib.) mit 26,869 Stimmen gegen Battmann (klerikal) mit 25,667 Stimmen gewählt.

12. Januar. Der Finanzminister Miquel legt im Abgeordnetenhause den Etat für 1891/92 vor.

Er schließt in Einnahme und Ausgabe von 1,720,834,749 ℳ ab. Die dauernden Ausgaben sind auf 1,670,452,177 ℳ, die einmaligen auf 50,382,572 ℳ veranschlagt.

Der Etat der Domänenverwaltung weist einen Ueberschuß von 22,162,180 ℳ auf, gegen den laufenden Etat um 257,150 ℳ mehr.

Der Etat der Forstverwaltung schließt mit einem Ueberschuß von 26,414,000 ℳ, was einem Plus von 2,418,000 ℳ entspricht, das in der Hauptsache aus dem Mehrerlös für Holz resultiert.

Der Etat der Verwaltung der direkten Steuern schließt mit einem Ueberschuß von 156,667,000 ℳ, das ist ein Plus von 4,818,300 ℳ Die Einnahme bei den direkten Steuern ist veranschlagt bei der Grundsteuer auf 40,022,000 ℳ, bei der Gebäudesteuer auf 33,613,000 ℳ, um 1,238,000 ℳ mehr als im laufenden Etat. Klassifizierte Einkommensteuer 46,975,000 ℳ, um 2,611,000 ℳ mehr. Klassensteuer 25,941,000 ℳ, um 1,260,000 ℳ mehr, Gewerbesteuer 21,601,000 ℳ, um 482,000 ℳ mehr.

Der Etat der Eisenbahn-Verwaltung setzt die Einnahmen aus den vom Staat verwalteten Eisenbahnen auf 929,851,000 ℳ, um 79,381,000 ℳ höher an als im Vorjahre. Die Summe der dauernden Ausgaben beträgt 557,796,583 ℳ gegen 522,079,184 ℳ im Vorjahre.

Bei einer Gesamt-Einnahme von 931,051,445 ℳ ergibt sich im Ordinarium ein Ueberschuß von 373,254,862 ℳ, bei dem aber zur Verzinsung der Eisenbahnkapitalsschuld 207,584,016 ℳ 99 ₰ in Rechnung zu stellen sind, so daß 165,670,845 ℳ 1 ₰ verbleiben.

An einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden im ganzen 20,486,000 ℳ, 2,679,000 ℳ mehr als im laufenden Etatsjahre, verlangt.

Von dem Ueberschuß von 165,670,845 ℳ 1 ₰ sind zunächst zur Deckung der zur planmäßigen Tilgung der vom Staat für Eisenbahnzwecke vor dem Jahre 1879 aufgenommenen oder vor oder nach diesem Zeitpunkte selbstschuldnerisch übernommenen Schulden 5,584,161 ℳ 66 ₰, ferner zur Deckung von Staatsausgaben, für welche die Mittel andernfalls durch Aufnahme neuer Anleihen beschafft werden müßten, und zwar zur außerordentlichen Tilgung von Staatsschulden bezw. zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen 17,851,751 ℳ 79 ₰ und zur Deckung anderweitiger etatsmäßiger Ausgaben des Rechnungsjahres 1891/92 142,234,931 ℳ 56 ₰ zu verwenden. Da aber infolge des in den letzten Jahren eingetretenen außergewöhnlichen Verkehrs auf den Eisenbahnen die Verwaltung den an sie gestellten Anforderungen nicht überall hat gerecht werden können, so soll, um die disponiblen Fonds zur Vermehrung der Betriebsmittel zu haben, neben den etatsmäßig zur Erneuerung der Betriebsmittel vorgesehenen Beträgen, der Verwaltung ein Fonds von 20,000,000 ℳ zu diesem Zweck zur Disposition gestellt werden.

Die Staatsschuld beträgt 5,843,000,000 ℳ Die etatmäßige Tilgung 38,000,000 ℳ Im Jahr 1889 sind 3 Prozent getilgt worden, im Durchschnitt der Jahre 1880/90 1,54 Prozent. Der Ueberschuß des

Jahres 1889, durch den die starke Tilgung ermöglicht worden ist, betrug 97 Millionen.

Die Neuorganisation der Fabrik-Inspektion wird in einer Denkschrift zum Etat des Handelsministeriums eingehend erläutert.

Die bisherige Fabrik-Inspektion soll zu einer Gewerbe-Inspektion erweitert und den Inspektoren soll die gleiche amtliche Stellung gegeben werden, wie den übrigen technischen Räten der Regierungen. Die Prüfung der Dampfkessel wird mit der Gewerbe-Inspektion verbunden. Der neue Dienstzweig soll so geregelt werden, daß 1. in der Regel bei jeder Regierung ein Regierungs-Gewerberat angestellt wird; 2. daß jeder Regierungsbezirk in Inspektionsbezirke eingeteilt und für jeden der letzteren ein Gewerbe-Inspektor angestellt wird. An gewerbetechnischen Beamten sind in Aussicht genommen 26 Regierungs-Gewerberäte und 17 Hilfsarbeiter, für den Regierungsbezirk Magdeburg 1 Regierungs-Gewerberat und 1 Hilfsarbeiter, für die Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt je 1 Regierungs-Gewerberat. Die Zahl der ausschließlich für den Lokal-Inspektionsdienst erforderlichen Beamten stellt sich auf 120. Zur Durchführung sind vier Jahre in Aussicht genommen.

13. Januar. (Reichstag: Debatte über die Kornzölle.) Antrag Auer (Soz.-Demokrat): alle agrarischen Zölle aufzuheben.

Antrag Richter:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Entlastung der minder wohlhabenden Volksklassen und behufs Anbahnung einer gerechteren Besteuerung durch geeignete Vorlagen 1. die Kornzölle zunächst auf die bis 1887 bestandenen Sätze zu ermäßigen, sodann eine allgemeine Revision des Zolltarifs einzuleiten, welche unter gänzlicher Beseitigung der Zölle auf Korn, Vieh und Holz auch eine Entlastung des Verbrauchs der Landwirtschaft herbeiführt, 2. die Aufhebung der Zuckermaterialsteuer und der damit zusammenhängenden Ausfuhrprämien für Zucker zu veranlassen, 3. die Privilegien der bisherigen Brenner bei der Verbrauchsabgabe für Branntwein in Fortfall zu bringen.

Vor Beginn der Debatte gab der Reichskanzler von Caprivi folgende Erklärung ab:

Die Anträge seien im vorigen Jahre eingebracht; inzwischen seien die verbündeten Regierungen mit Oesterreich-Ungarn über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages in Verbindung getreten, und es stehe zu erwarten, daß daran solche mit anderen Staaten sich anschließen würden. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn zu einem beide Teile befriedigenden Resultat führen würden. Nähere Mitteilungen darüber zu machen, sei er (Redner) zur Zeit nicht im stande. Er beschränke sich auf die Erklärung, daß die Sorge für Erleichterung der Volksernährung den verbündeten Regierungen ebensosehr am Herzen liege, wie irgendeiner Partei, und nehme dafür Bezug auf die Maßregeln, welche seit einigen Monaten zur Erleichterung der Fleischeinfuhr eingeführt sind. Zugleich sei anzuerkennen, daß es Pflicht sei, für die Erhaltung derjenigen wirtschaftlichen Erwerbszweige zu sorgen, welche für die Erhaltung des Staats besonders wesentlich sind; dazu gehöre in erster Linie die Landwirtschaft. Bei der Diskussion der Anträge würden sich die verbündeten Regierungen darauf beschränken müssen, etwaige bedenkliche Irrtümer über thatsächliche Verhältnisse klarzustellen.

Nach dreitägiger Debatte wird der Antrag Richter mit 210 gegen 106 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt, nachdem der Abg. Oechelhäuser (natlib.) „namens des größten Teils seiner politischen Freunde" erklärt hat:

„daß wir mit der Ermäßigung der Getreidezölle auf den Stand von 1887 durchaus einverstanden sind. Da indes Abg. Richter erklärt hat, daß er in eine Trennung seines Antrages nicht willigen würde, und bei der vorgerückten Zeit verzichte ich auf die Einbringung eines besonderen Antrages. Im übrigen sind wir der Meinung, daß eine generelle Reform des Zolltarifs nur auf dem Wege der internationalen Vereinbarung ratsam ist."

17. Januar. Der Präsident des Reichstages v. Levetzow bringt dem Abg. Windthorst zur Feier seines 80. Geburtstages im Namen des Reichstages einen Glückwunsch dar.

22. u. 23. Januar. (Reichstag.) Antrag Barth betr. Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots.

Nachdem die Regierungsvertreter erklärt haben, daß die Aufhebung von der Herstellung wirksamer sanitärer Schutzmaßregeln in Amerika abhänge, wird der Antrag mit 133 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

24. Januar. (Abgeordnetenhaus.) Sperrgelder-Gesetz. Erste Beratung (vgl. 1890 S. 61 ff.):

Vorlage:

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des § 9 des Gesetzes, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen, vom 22. April 1875.

Art. 1. Von denjenigen Beträgen, welche auf Grund der gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln aufgesammelt sind, werden nach Inkrafttreten gegenwärtigen Gesetzes 1. an das Erzbistum Köln 3,267,619 ℳ 75 ₰, 2. an das Erzbistum Gnesen-Posen 1,954,205 ℳ 27 ₰, 3. an das Bistum Kulm 983,565 ℳ 37 ₰, 4. an das Bistum Ermland 1,037,239 ℳ 34 ₰, 5. an das Bistum Breslau 1,482,893 ℳ 98 ₰, 6. an das Bistum Hildesheim 681,334 ℳ 65 ₰, 7. an das Bistum Osnabrück 325,865 ℳ 35 ₰, 8. an das Bistum Paderborn 1,182,364 ℳ 57 ₰, 9. an das Bistum Münster 1,535,266 ℳ 90 ₰, 10. an das Bistum Trier 2,122,421 ℳ 91 ₰, 11. an das Bistum Fulda 823,819 ℳ 35 ₰, 12. an das Bistum Limburg 570,416 ℳ 31 ₰, 13. an das Erzbistum Prag 33,893 ℳ 29 ₰, 14. an das Erzbistum Olmütz 6865 ℳ 11 ₰, 15. an das Erzbistum Freiburg 1561 ℳ 87 ₰, zusammen 16,009,333 ℳ 2 ₰ herausgezahlt.

Art. 2. Aus den im Artikel 1 aufgeführten Summen werden seitens der betreffenden Diözesanoberen die von Instituten und Personen erhobenen Ansprüche, soweit sie für begründet erachtet werden, nach Maßgabe der den Bistümern herausgezahlten Mittel befriedigt. Zu diesem Behufe wird in jeder Diözese bezw. in jedem preußischen Diözesananteile seitens des Diözesanoberen eine Kommission, bestehend aus drei Geistlichen und zwei zum Richteramte befähigten, aber nicht im unmittelbaren Staatsdienste stehenden Laien, eingesetzt. Dieselbe entscheidet über die erhobenen Forderungen endgültig unter Ausschluß des Rechtsweges.

Art. 3. Die übrig bleibenden Beträge werden von den Diözesanoberen für kirchliche Zwecke der Diözesen bezw. der preußischen Diözesan-

anteile, sowie zur Unterstützung von Gemeinden bei Errichtung oder Wiederherstellung kirchlicher Gebäude verwendet.

Art. 4. Ueber die Verwendung der auf Grund dieses Gesetzes herausgezahlten Summen werden die Diözesanoberen dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Mitteilung machen.

Aus der Begründung:

Die Staatsregierung hält nach wie vor an der Ansicht fest, daß ein Rechtsanspruch auf die aufgesammelten Staatsmittel nicht besteht, und daß es Empfangsberechtigte im juristischen Sinne nicht gibt. Diese Auffassung liegt insbesondere den Bestimmungen des Artikels 2 des Entwurfs zu Grunde. Nach denselben sollen bischöflicherseits zu bestellende Kommissionen mit Ausschluß des Rechtsweges nach ihrem pflichtmäßigen, billigen Ermessen und unter Berücksichtigung der obwaltenden Umstände endgültig entscheiden, ob, bezw. inwieweit Ansprüche zu befriedigen sind, welche von irgendeiner Seite (von Instituten und Personen — juristischen oder natürlichen —) auf die den Bistümern herausgezahlten Mittel erhoben werden.

Der verbleibende Rest soll von den Diözesanoberen Inhalts des Artikels 3 für kirchliche Zwecke ihrer Diözesen bezw. preußischen Diözesananteile verwendet werden. Einer Aufzählung dieser Zwecke bedarf es nicht. Vorzugsweise ist auf die Bildung von Fonds für emeritierte oder hilfsbedürftige Geistliche hinzuweisen, ferner auf die Unterstützung von Aspiranten des geistlichen Standes, auf die Gewährung von Mitteln zur Ausbildung von Geistlichen, auf die Deckung der vermehrten Kosten der Diözesanverwaltung, auf die Aufbesserung der Gehälter von Domherren, Domvikaren und Beamten der bischöflichen Verwaltung. Besonderer Wert ist auf die Unterstützung armer Gemeinden bei Errichtung und Wiederherstellung kirchlicher Gebäude (Kirchen, Kapellen, Häuser für Geistliche und Kirchendiener) gelegt. Daß letztgedachte Unterstützungen besonders in dem Entwurf erwähnt werden, hat darin seinen Grund, daß ein Zweifel entstehen kann, ob die Unterstützung von Gemeinden ohne weiteres als ein Diözesanzweck anzuerkennen sei.

Präsident des Staatsministeriums, Reichskanzler v. Caprivi:

Es wird dem hohen Hause erinnerlich sein, daß im vorigen Jahre die Staatsregierung einen Gesetzentwurf über Verwendung der sogenannten Sperrgelder eingebracht hat, bei dem sie in Uebereinstimmung mit früheren Erklärungen die Absicht befolgte, einen Gegenstand der Beunruhigung und Unzufriedenheit unter Mitgliedern der katholischen Kirche zu beseitigen. Sie hatte zu diesem Behufe vorgeschlagen, das vom Staat vereinnahmte Kapital mit 3½% zu verzinsen und diese Rente den Diözesen der katholischen Kirche zur Verwendung zu kirchlichen Zwecken zu überweisen. Das Gesetz kam nicht zu stande, im wesentlichen, weil die Zustimmung des Zentrums zu der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Verwendungsweise nicht zu erlangen war. Fehlte aber diese Zustimmung, so war der Zweck, den die Staatsregierung verfolgte, verfehlt, denn es blieb dann ein Objekt stehen, was nach wie vor zu Angriffen gegen die Staatsregierung, zur Beunruhigung unserer katholischen Mitbürger gereichen konnte. Die Staatsregierung bedauerte diese Lage, sie mußte sich aber ihrerseits in dieselbe schicken und hatte kein Mittel, sie aus eigener Initiative zu ändern.

Im November traten die katholischen Bischöfe in Köln zusammen und richteten zwei Eingaben an die Staatsregierung: die eine betreffend das Gesetz über die Volksschule, die andere betreffend die Sperrgelder. Auf die erstere Eingabe und auf die darin niedergelegten Wünsche der Bischöfe konnte die Staatsregierung nicht eingehen, dagegen war es ihr möglich, in eine Prüfung der zweiten Eingabe einzugehen und sich die Frage vorzulegen: wie

weit kann man den Wünschen der Bischöfe, ohne das Staatsinteresse zu gefährden, nachkommen? Die Wünsche der Bischöfe gingen im wesentlichen dahin, daß nicht eine Rente, sondern das Kapital der katholischen Kirche zurückgestellt werden möge, wogegen dann die Bischöfe die Verpflichtung übernähmen, diejenigen geschädigten Interessenten zu befriedigen, deren Befriedigung überhaupt möglich sein würde. Zu diesem Behufe schlugen sie weiter vor, in jeder Diözese eine Kommission zu ernennen, die die Bischöfe zu unterstützen habe. Sie waren weiter der Meinung, daß der dann verbleibende Rest des Geldes der katholischen Kirche zu überweisen und zu Diözesanzwecken zu verwenden sei. Die Staatsregierung hat geglaubt, hierauf ohne Schädigung staatlicher Interessen eingehen zu können. Sie ist der Meinung, daß durch diesen Vorschlag die katholische Kirche befriedigt wird; sie ist weiter der Meinung, daß, wenn sie diesen Weg nicht selbst betreten konnte, weil sie verhindert wurde, das Odium auf sich zu nehmen, welches entstehen konnte — es ist ja darüber in der vorigen Sitzung gesprochen worden —, wenn die Staatsregierung den Versuch gemacht hätte, die Interessenten zu entschädigen, daß, wenn sie selbst dies Odium nicht auf sich nehmen konnte, es dankenswert war, wenn die Bischöfe den Versuch machen wollten, auf diese Weise den Ansprüchen der Interessenten gerecht zu werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch nach der anderen Seite das Gesetz befriedigen kann insofern, als diejenigen, welche im vorigen Jahre der Meinung waren, daß es nicht zulässig sei, der katholischen Kirche eine so große Summe an Kapital zuzuwenden, ihre Befriedigung finden werden, denn nach dem vorgeschlagenen Verfahren ist es nicht wahrscheinlich, daß noch ein großes Kapital zur Verwendung bleibt.

Wenn ich das hohe Haus bitte, in eine wohlwollende Beratung dieses Entwurfs einzutreten, so will ich mir noch die Bemerkung gestatten, daß die Staatsregierung gleichzeitig den Wunsch gehabt hat, die evangelischen Desiderien nach Stolgebühren zu befriedigen; es ist bis zur Stunde nicht möglich gewesen. Unter dem 21. Mai v. J. hat der Evangelische Ober-Kirchenrat einen Vorschlag gemacht, der dahin geht:

> Der Staat überweist jeder einzelnen Kirchengemeinde unmittelbar so viel, als nötig ist, um bei Aufbringung der durch die Aufhebung der Stolgebühren erforderlich werdenden Entschädigungsrenten für die berechtigten geistlichen und anderen Stellen die Beiträge der klassensteuerfreien und der zu den beiden untersten Klassensteuerstufen eingeschätzten Gemeindeglieder sowie die Mehrbelastung der übrigen Klassensteuerstufen und der Einkommensteuerpflichtigen über 4% ihrer Personalsteuer zu decken.

Die Staatsregierung hat diesen Vorschlag in ernstliche Erwägung genommen und ist auf dem Wege, ihn auszuführen. Es sind dazu aber statistische Recherchen seitens des Finanzministeriums notwendig geworden, die sehr weit gehen. Wie Sie wissen, liegen die Verhältnisse anders in den sieben alten Provinzen, sie liegen anders in Rheinland-Westfalen, sie liegen anders in den neuen Provinzen, und es wird nicht möglich sein, während der jetzigen Sitzung einen Gesetzentwurf vorzulegen, um so weniger, als es voraussichtlich notwendig sein wird, zur Ausführung dieses Vorschlages im Herbst dieses Jahres zunächst die General-Synode zu hören und das kirchliche Gesetz dem staatlichen Gesetz vorangehen zu lassen.

Ich habe in der Presse die Bemerkung gefunden, daß die Staatsregierung, indem sie dem hohen Hause die Annahme dieses Gesetzvorschlages empfiehlt, wahrscheinlich ein Handelsgeschäft mit einer Partei dieses Hauses abgeschlossen hätte. Ich verwahre mich im Namen der Staatsregierung gegen eine solche Unterstellung. (Bravo!) So lange ich die Ehre habe an der Spitze des Staatsministeriums zu stehen, glaube ich versichern zu können,

daß mit Angelegenheiten, die das Staatswohl betreffen, Handel nicht getrieben werden wird. (Lebhaftes Bravo.) Es ist weder von mir noch von dem Herrn Kultusminister seit dem Scheitern des letzten Sperrgesetzes auch nur ein einziges Mal mit irgend einem Mitgliede der beteiligten Partei dieses Hauses über das Sperrgeldergesetz gesprochen worden.

Ich schließe mit der Bemerkung, daß es der Staatsregierung sehr wünschenswert gewesen sein würde, dieses Gesetz im Herrenhause einbringen zu können, und zwar mit Rücksicht auf die geschäftliche Lage dieses Hauses und auf den nach wie vor lebhaften Wunsch der Staatsregierung, alle Gesetze, die diesem Hause zur Zeit vorliegen, noch in der gegenwärtigen Sitzung zur Verabschiedung zu bringen. Wir haben das nicht gethan, weil wir uns verpflichtet gehalten haben, auf Grund des Artikels 62 der Verfassung, der das Einbringen von Finanzgesetzen in diesem Hause vorschreibt, das Gesetz hier vorzulegen.

Abg. v. Cuny (nat.lib.) greift die Regierung scharf an und erklärt,

seine Partei werde gegen das Gesetz stimmen, weil sie an dem Standpunkt, den mit ihr die Staatsregierung noch vor wenigen Monaten festgehalten habe, auch gegenwärtig noch festhalte.

Minister v. Goßler:

Meine Herren! Die Königliche Staatsregierung wünscht sofort dem ersten Redner, welcher die Vorlage bekämpft, zu antworten, und sie thut es um so lieber, als die Entwürfe, welche der Herr Vorredner gemacht hat, sich weniger an das Gefühl und die Phantasie, sondern vor allen Dingen an den Verstand wenden, weil am klarsten die Angriffe gegen die Regierung formuliert sind, welche in der Presse in großer Zahl sich vorfinden, und weil es immer nützlich ist, ehe vielleicht die Wogen des parlamentarischen Kampfes höher gehen, die Stellung der Staatsregierung zu kennzeichnen und zu verteidigen.

Es ist ja natürlich, daß bei einer überraschend eingebrachten Vorlage, einer Vorlage, bei welcher die politischen Motive erst in der ersten Lesung durch den leitenden Staatsmann vorgetragen worden sind, selbstverständlich eine gewisse Beunruhigung in der parlamentarischen Vertretung hervortritt, daß sofort, alter deutscher Gewohnheit entsprechend, die schwersten Angriffe gegen die Staatsregierung erhoben werden. (Oho! bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, ich will ja ausführen, daß das in der Ordnung ist; die Staatsregierung hat die Verpflichtung, in solche Differenzen, die sich im öffentlichen parlamentarischen Leben zeigen, einzutreten und dasjenige Unbequeme, das die Situation mit sich führt, getreu, loyal und gewissenhaft auf sich zu nehmen. Also ich glaube nicht, daß, hätten Sie mich ausreden lassen, Sie irgend einen Grund zu einem Mißfallen mir gegenüber gehabt hätten.

Es ist ja auch naturgemäß, obwohl der Herr Vorredner meinen Namen nicht besonders genannt hat, daß ich dasjenige Mitglied der Staatsregierung bin, welches ganz vorzugsweise in der Lage ist, den Standpunkt, den sie jetzt einnimmt, in Uebereinstimmung des gesamten Staatsministeriums zu kennzeichnen. Die Differenz zwischen dem Herrn Vorredner und der Staatsregierung und mir ist die, daß der Herr Vorredner, wie es meistens auch in der Presse geschieht, eine Reihe von Momenten nicht richtig gewürdigt hat und kein Verständnis dafür haben will oder haben kann, wenn ich behaupte, daß der Standpunkt, den ich hier im vorigen Jahre eingenommen habe, in keiner Weise ein entgegengesetzter ist von dem gegenwärtigen. (Unruhe und Heiterkeit.) Wenn Sie in dieser Weise widersprechen, um so

ruhiger und unbefangener werde ich bleiben. Ich habe — um den Ausführungen des Herrn Vorredners zu folgen, soweit mein Gedächtnis eben reicht — im vorigen Jahre ausgesprochen, daß die vorjährige Vorlage soweit gegangen wäre, als sie im Interesse der katholischen Kirche hätte gehen können. Diese Meinung beherrscht mich auch heute noch. Die Staatsregierung war, wie Sie in allen ihren Aeußerungen — schriftlichen und mündlichen — erkennen können, der Meinung, daß ihren früheren Versprechungen und Erklärungen gemäß dieser sogenannte Sperrfonds verwendet werden sollte im Interesse der katholischen Kirche. Die Einsetzung einer $3^{1}/_{2}$prozentigen Rente, welche dem Sperrfonds entsprach, war nach meiner damaligen Meinung, und so ist es auch nach meiner heutigen, ein unendlich Mehreres, als was heute der katholischen Kirche geboten ist; wie denn alle diejenigen — und ich habe ja das Glück, viele solche zu kennen —, welche außerhalb der parlamentarischen Opposition damals gestanden haben, schon damals und auch heute noch keinen Zweifel hegen, daß die katholische Kirche in Preußen keine größere Stärkung erfahren konnte, als wenn im Staatshaushalt eine neue $3^{1}/_{2}$prozentige Rente an der Stelle eingesetzt würde, wo im Staatshaushalt die Dotationsrenten verzeichnet sind.

Es wird, glaube ich, die Zeit kommen, wo man bedauern wird, daß man die Bemühungen der Staatsregierung in dieser Beziehung nicht unterstützt hat, und ich habe die Ueberzeugung, daß zu Gunsten der katholischen Kirche von dem Kapital, welches jetzt nicht, wie der Herr Vorredner eben annahm, einfach ihr hingegeben wird, sondern mit einer sehr schweren Zweckbestimmung belastet, sehr wenig übrig bleiben wird, und daß diejenigen Hoffnungen und Wünsche, welche ernste katholische Geistliche an die Regelung dieser Materie gesetzt haben, scheitern. Ich sage, leider! Ich halte nach wie vor dafür, es wäre katholischerseits richtiger gewesen, die vorjährige Vorlage anzunehmen, und ich halte auch den von mir s. Z. ausgesprochenen Satz fest, die Staatsregierung konnte nicht weiter gehen, als im vorigen Jahre geschehen ist. Das ist meine Meinung; Sie brauchen sie ja nicht zu teilen, aber Sie werden mir erlauben, wenn ich sage, das ist meine ehrliche Meinung; ich habe sie immer gehabt, ich habe sie heute und werde sie stets verteidigen.

Ein Plus wäre der Rente gegenüber gewesen die Ausantwortung des Kapitals bedingungslos, die Ausantwortung an den Papst; das waren die beiden Steigerungen, die bekanntlich auch diskutiert sind. Gegen dieses Plus habe ich mich ausgesprochen und sage nach wie vor, heute wie vorher: das, was damals geboten war, war im Interesse der katholischen Kirche das meiste, was der preußische Staat anbieten konnte.

Nun wurde ja damals gleich in der ersten Lesung, wenn die Herren sich genau erinnern, angeregt, das Kapital sollte seitens des Staats unmittelbar an die sogenannten Empfangsberechtigten gegeben werden, und da muß ich nun den Herrn Vorredner, der ja alles das mit mir gemeinsam durchgemacht hat, doch bitten, noch einmal genau das nachzulesen. In den Aeußerungen des Zentrums zeigen sich drei ganz verschiedene juristische Auffassungen. Einmal war von sogenannten Empfangsberechtigten die Rede, also von denjenigen Personen, welche empfangsberechtigt gewesen wären, wenn das Sperrgesetz nicht erfolgt wäre. Eine zweite vom Zentrum auch immer auf gleicher Linie behandelte Frage war die der Geschädigten; es wurde ausdrücklich immer ausgesprochen, daß viele Gemeinden, Vereine, anders geartete Persönlichkeiten, welche Mittel namentlich den Priestern und Geistlichen gewährt hatten, die eigentlich Empfangsberechtigten seien. Und wird der Herr Vorredner sich noch entsinnen, daß drittens die katholische Kirche als solche als der geschädigte Teil hingestellt wurde, und daß gegenüber schweren Anklagen

gegen mich ich mich verteidigen mußte in Bezug auf Sakrileg, Verletzung des siebenten Gebots und so fort.

Ich halte also nach wie vor daran fest, — ich bin auch sicher, daß diese Ansicht meine Kollegen teilen —, daß es unmöglich ist für den preußischen Staat anzuerkennen, daß es betreffs der Verwendung des Sperrfonds dem preußischen Staat gegenüber Empfangsberechtigte gibt. Sie mögen es konstruieren, wie Sie wollen, das erkenne ich nach wie vor nicht an.

Zweitens halte ich fest an meiner zweiten Behauptung, daß selbst, wenn man sich über die rechtlichen Bedenken hinwegsetzen könnte, es für den Staat faktisch unmöglich wäre, wenn er den Versuch unternehmen wollte, diese irgend wie zu konstruierenden Berechtigten zu befriedigen, dazu ist der Staat absolut nicht im stande. Ich will damit verbinden das dritte Moment, das Moment des Politischen. Vorab halte ich für politisch falsch, zu unternehmen, was rechtlich unmöglich ist — das führe ich nicht weiter aus —; aber ich halte auch vom Nützlichkeitsstandpunkt es für eine verfehlte Politik, wenn — wie im vorigen Jahre angeregt wurde — der preußische Staat den Versuch machen wollte, seinerseits eine irgendwie geartete Klasse von Menschen mit diesen Mitteln zu befriedigen. Denn es ist klar, daß es dem preußischen Staat nicht gelingen würde, in seinem ganzen Gebiet oder in einzelnen Diözesen mit noch so vermehrten Mitteln alle Ansprüche zu decken, die erhoben werden, — das liegt auf der flachen Hand. Ich habe es im vorigen Jahre nicht ausgesprochen, ich kann es aber jetzt: wenn man sich auf diesen fehlerhaften Weg drängen ließe, dann hätten wir auf Jahrzehnte hinaus einen so schönen Kulturkampf im Hause wie denkbar. Denn jeder Anspruch, der nicht befriedigt wäre, würde Gegenstand der Petition werden oder bei der Etatsberatung vorkommen; dann hätten wir Jahre lang nichts anderes zu thun, als über die Schändlichkeit des preußischen Staats und seiner perversen Regierung Deklamationen zu hören. Also ich kann sagen, dazu habe ich nie die Hand geboten, würde das auch heute nicht thun und würde sie auch nie dazu bieten. Ich stehe genau auf dem Standpunkt, den ich im vorigen Jahre in der Sitzung vom 29. April, wie jetzt hier, auf Seite 107, ausgesprochen habe.

Nun kommt der Herr Vorredner und sagt: was jetzt die Regierung will, ist ganz dasselbe, wie das, was der Herr Abg. Windthorst vorschlug; der Abg. Windthorst schlug vor — das ist ja in der letzten Sitzung zur Verhandlung gekommen —: das hohe Haus möge beschließen, daß die Staatsregierung aufgefordert werde, mit den Bischöfen in Verhandlungen zu treten. Das wurde glücklicherweise abgelehnt. Meine Herren, wenn die preußische Staatsregierung auf Beschluß dieses hohen Hauses mit einer anderen Potenz Verhandlungen führen soll, so sind wir von vornherein so schwer vinkuliert, daß wir sicherlich auf diesem Gebiet keine Erfolge erreichen dürften; und wenn wir auch das erreicht hätten, was jetzt die Bischöfe freiwillig angeboten haben, so hätten wir ihnen noch dafür Dank sagen mögen. Die Sache lag ungefähr so — ich kann das ja nur ausführen, was der Herr Minister-Präsident in großen Zügen umrissen hat —: als der 7. Juni vorüber war, vermied die Regierung, zu der Frage Stellung zu nehmen, aus den Erwägungen, die ich am Schluß der letzten Sitzung angedeutet habe. Es war eine tiefe Verstimmung bei der Staatsregierung vorhanden; wir ließen die Sache auf sich beruhen, und alle die zahlreichen Gesuche, welche an die Staatsregierung gebracht wurden, sie solle ihrerseits die Initiative ergreifen, wurden abgelehnt. So verging Monat auf Monat, bis plötzlich der Herr Minister-Präsident mitteilte, daß die Herren Bischöfe mit Anträgen gekommen seien unter dem Anerbieten von Handlungen, die sie ihrerseits zu übernehmen gewillt wären, und wie Sie sie im Gesetz ausgesprochen finden. Dadurch

hat die Sache eine ganz andere Wendung bekommen. Das werden Sie wohl aus der Vergangenheit gelernt haben: katholischen Geistlichen durch ein Gesetz Handlungen aufzwingen zu wollen, welche sie nicht freiwillig thun wollen und die durch einen Dritten nicht erfüllt werden können, ist ein sehr gefährliches legislatives Unternehmen. Ich würde also niemals den Finger dazu gerührt haben, hier etwas anderes in das Gesetz zu schreiben, als was die Bischöfe selbst angeboten haben. Ich halte es für unmöglich, daß, wenn Bischöfe derartige Handlungen freiwillig anbieten, sie sie nicht ausführen. Wie liegt die Sache mit den Bischöfen? Die Bischöfe empfinden — ich will keine Indiskretion begehen — aber sie empfinden die Schwierigkeit der Lage, in die sie treten, sicherlich vollauf. Wenn es ihnen gelingt, nach dieser hochgradigen Erregung, welche die vorjährigen Verhandlungen herbeigeführt haben, Frieden zu stiften auf diesem Gebiet, — dann ist ein Ziel erreicht, welches vielleicht ihre eigenen Hoffnungen übertrifft. Der Einfluß der Bischöfe auf die Diözesanen ist sehr groß, aber die Interessenten, die sich hier gemeldet haben, sind zum Teil solche, die ihrer Jurisdiktion nicht unterliegen; unter den sogenannten Rechtsnachfolgern sind sehr viele, die sich in keiner Weise nach ihrer katholischen Lehre richten. Die bürgerlichen Gemeinden im Rheinland gehen auch ihren eigenen Weg, und so fehlt es nicht an zahlreichen Interessenten, auf welche die kirchliche Disziplin keinen Eindruck macht. Es ist auch gar keine Möglichkeit, daß der Staat sich in diese Sachen einläßt mit seinen Richtern oder seinen Beamten; denn das steht fest, daß, wenn das Bemühen der Bischöfe nicht zur Befriedigung der Interessenten führt, sicherlich den Staatsbeamten, den Organen des Staats Schuld gegeben werden würde, daß der Zweck nicht erreicht sei. Ich bin bereit, in der Kommission noch darüber weiter zu sprechen, wenn es dazu kommt, kann aber auch hier aussprechen: ich würde es von meinem Standpunkt bedauern, wenn eine Mehrheit des Hauses sich dafür finden sollte, daß der Staat mit seinen Organen in diese irgendwie gearteten Kommissionen oder wie Sie es nennen wollen, eintritt. Denn damit würden wir eine neue Gefahr auf den Staat laden. Für die Bischöfe liegt die Sache so: mißlingt ihren Organen die Befriedigung der Interessenten, dann kann man sagen, sie haben geirrt; gelingt es ihnen, so kann man sich freuen. Die Bischöfe kommen vor allen Dingen auch in eine sehr schwere Lage; sie werden natürlich in dem Lichte stehen, daß sie so viel wie möglich übrig behalten wollen, und die Erfahrungen, die wir auf dem Gebiete der Allerhöchsten Genehmigung von letztwilligen Zuwendungen und dergleichen gemacht haben, lassen ganz klar erkennen, daß auf dem Gebiete von Mein und Dein, auf dem Gebiete von Bereicherungen und Verlusten auch die Disziplin innerhalb der katholischen Kirche nicht immer vorhält. Die preußischen Katholiken genieren sich nicht, auch wenn den bischöflichen Stühlen Summen zugewendet werden, ihre Anträge an Se. Majestät zu richten und Versagung der Genehmigung zu erbitten, da sie benachteiligt seien.

Ich kann sagen: für mich ist jedes irgendwie geartete Mitwirken des Staats bei der Unterverteilung wie ein Eingreifen in heißes Eisen; ich bin bereit, mich in der zweiten Lesung oder wo Sie sonst wollen, noch mit Ihnen weiter über die Sache zu unterhalten.

Nun können Sie sagen: Die Institute bekommen ja auch sehr viel und die Institute sind ja bischöflicher Qualität. Sieht man sich aber die Etats näher an, so findet man, daß erstens schon die Domkapitel ausscheiden. Die Domkapitulare und Domvikare sind irdisch geschaffene Menschen, und die Fonds, welche der Staat gibt, werden wesentlich zu personellen Zwecken verwendet. Von den Bischöfen sind fast alle gestorben, welche unter dem Sperrgesetz amtiert haben, sogar zweimal sind Bischöfe gestorben. (Heiterkeit.)

— Ich meine natürlich nicht dieselbe Person, sondern dasselbe Bistum. — Ebenso die Seminarien: überall werden Sie finden, daß das persönliche Moment, Gehalt, Pension und dergleichen das Uebergewicht haben; Sie haben da nicht mit juristischen Personen als solchen, sondern innerhalb der juristischen Personen mit personell Geschädigten zu thun. Ich glaube also, daß dieser Konkursus im juristischen Sinne, welcher da eintreten wird, ein recht unerfreulicher sein wird, ein so unerfreulicher, daß — glaube ich — durch das Einwirken des Staats nichts gelindert und gebessert werden kann.

Es kommt nun allerdings hinzu — und das, glaube ich, wird eintreten —, daß die Einwirkung der Bischöfe soweit gehen wird, daß die heute noch lebenden Geistlichen vielfach auf eine Befriedigung ihrer Ansprüche verzichten werden im Interesse der emeritierten. Denn darauf drängt die gesamte katholische Geistlichkeit hin, daß für ihre Emeritierten besser gesorgt wird, und nach dieser Richtung glaube ich werden die Bischöfe nach Mitteilungen, die mir geworden sind, sicherlich gern ihre Einwirkung eintreten lassen.

Nun, meine Herren, knüpfe ich wieder an an das politische Moment. Als mir das Anerbieten der Bischöfe kam, legte ich mir die Frage vor: kann man es annehmen, und wenn man es annehmen kann, soll und darf man es annehmen? Meine Herren, ich habe Ihnen in kurzen Worten meinen rechtlichen und politischen Standpunkt zur Sache gesagt; ich habe im ersten Moment nach ruhigem Nachdenken gesagt: man kann es annehmen! — und ich sage es heute noch: man kann es annehmen. Wenn man es nicht annimmt, dann wird der Dorn, von dem ich im vorigen Jahre sprach, noch viel tiefer ins Fleisch gedrückt, und es wird immer schwieriger, in der Materie dasjenige Ziel zu erreichen, das nach der bisherigen Entwickelung der Sache erreicht werden kann, das heißt, daß der Staat im Interesse der katholischen Kirche das Geld verwendet. Wenn man nun zu der Ueberzeugung kommt, es ist politisch und rechtlich möglich, vielleicht menschlich unbequem, dann ist doch eine verantwortungsvolle Staatsregierung meines Erachtens verpflichtet, über die Unbequemlichkeiten hinwegzusehen und das zu thun, was sie für Pflicht hält. Ich räume ein, daß ein einzelner Abgeordneter oder ein einzelner Mensch, namentlich wenn einer Leitartikel schreibt, diese Erwägung nicht anzustellen braucht, aber die ganze Verantwortung, das ganze Leben eines preußischen Ministers spielt sich auf diesem Gebiete ab. Hat er die Ueberzeugung, daß eine Maßregel politisch richtig ist, rechtlich möglich, wenn auch sehr unbequem, dann hat er meines Erachtens die Pflicht, mit seiner Verantwortung einzutreten; ich wüßte nicht, wer sie tragen sollte. Man kann sich ihr entziehen, aber das Entziehen macht nicht immer die Sache besser, und es bleibt dann doch der Vorwurf übrig, der wenigstens meiner Natur nach am schwersten wiegt: der Vorwurf der Feigheit. Es ist viel besser, man wird nicht verstanden, man bricht möglichenfalls auch zusammen; aber das gute Gewissen, seine Pflicht gethan zu haben, muß über alles weghelfen.

Meine Herren, damit will ich schließen: Ich persönlich will meine Gefühle nicht weiter schildern; ich spreche ganz nüchtern und ganz ruhig. Ich bin überzeugt, wenn einige Wochen ins Land gegangen sind, werden Sie die Stellung der Staatsregierung und die meinige mehr würdigen als heute. Sie brauchen nicht zu sagen: ich stimme mit dem Manne überein; das verlange ich nicht; aber Sie können sagen: ich verstehe den Mann.

Im übrigen aber kann ich sagen: wenn ein versöhnendes Moment und mir angenehmes Licht in diese Debatte fällt, so ist es die Stellung zur evangelischen Kirche. Das ist für mich die Last, an der ich zehn Jahre lang getragen habe: die Ausführung des § 54 des Gesetzes von 1874. Es

ist heute von dem Herrn Minister-Präsidenten rund heraus erklärt, daß die Regierung nach der Richtung hin entgegenkommen wird, daß wir alle Kräfte daran setzen werden, diese Materie — wie ich hoffe — mit der Generalsynode im nächsten Herbst in Ordnung zu bringen und in dem nächsten Jahre Ihnen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Wir haben über den ersten Gegenstand der Tagesordnung heute leichthin verhandelt, aber die, welche die Geschichte des zuerst behandelten Gesetzes kennen, werden sich erinnern, werden wissen, was in demselben enthalten ist. Mit dieser gesetzgeberischen Maßregel und mit der Erklärung des Herrn Minister-Präsidenten vom 24. Januar fängt meines Erachtens eine neue Periode für die evangelische Kirche an, und das ist der verklärende Lichtstreif, der auf meine Thätigkeit fällt.

Nachdem Graf Limburg im Namen eines Teiles der Konservativen die Bereitwilligkeit erklärt hat, über die Vorlage zu verhandeln, während andere Redner (Stöcker, v. Zedlitz) sie völlig ablehnen, wird sie an eine Kommission verwiesen.

24. Januar. (Reichstag.) Die Abgg. Auer und Gen. (sozialdemokratische Partei) bringen im Reichstage den Antrag ein: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Uebernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens durch das Reich herbeigeführt wird. Dem Antrage sind folgende Motive beigegeben:

„Der Uebergang des Apothekenwesens in Reichsverwaltung und Reichseigentum ist die notwendige Konsequenz der Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung.

Das Reich soll mit der Verwaltung und Besitznahme des Apothekenwesens kein fiskalisches Interesse verfolgen, sondern die Medikamente zum Selbstkostenpreise verabreichen."

30. Januar. (Stuttgart.) Die Abgeordnetenkammer nimmt mit 70 gegen 13 Stimmen die Verwaltungsreformvorlage an, durch welche die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher beibehalten, aber deren Absetzbarkeit durch Schaffung eines Disziplinarhofs für Beamte von Körperschaften erleichtert wird.

31. Januar. Eine Einladung mit 1300 Unterschriften aus allen Teilen Deutschlands fordert auf, dem „Volksverein für das katholische Deutschland" beizutreten. Der Zweck des Vereins ist, die Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet zu bekämpfen.

31. Januar. Im Hinterlande von Kamerun findet ein Gefecht statt zwischen den Europäern (Forschungs- und Handelsexpedition unter Zintgraff) vereint mit 5000 Balis und feindlichen Stämmen. Die Europäer müssen sich zurückziehen.

Anf. Februar. Die „Berliner Politischen Nachrichten" ver-

öffentlichen eine Erklärung des Zentralverbandes der Indrustriellen mit der Unterschrift der Herren Schwartzkopff und Bueck, worin angesichts der Vertrags-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn versichert wird, daß „die deutsche Industrie keine Vorteile anstrebt, welche nur auf Kosten der Landwirtschaft erreicht werden können. Wichtiger als die Höhe der landwirtschaftlichen Zölle ist die Erhaltung genügender Arbeitsgelegenheit für landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter, die Aufrechterhaltung der vaterländischen Erwerbsthätigkeit im bisherigen Umfange, hierin sind die Interessen von Landwirtschaft und Industrie solidarisch."

2. Februar. Der Kaiser läßt dem Magistrat zu Berlin folgendes Dankschreiben zugehen:

Der Eintritt in ein neues Lebensjahr gibt stets zu ernster Selbstprüfung Veranlassung, besonders in Meinem verantwortungsvollen fürstlichen Berufe und weiß Ich es hochzuschätzen, wenn Mir bei solchen Gelegenheiten durch treue Kundgebungen dargethan wird, daß Meine auf die Wohlfahrt des Vaterlandes gerichteten Bemühungen verständnisvolle Würdigung finden und Mein Volk im Vertrauen auf Meine Führung unter Gottes gnädigem Schutze hoffnungsvoll in die Zukunft blickt. Diesen Hoffnungen und Gesinnungen bin Ich zu Meiner Freude auch in der Adresse des Magistrats begegnet, in welcher derselbe Mir zu Meinem Geburtstage herzliche Wünsche widmet. Gern gebe Ich daher dem Magistrat Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin für diesen erneuten Ausdruck treuer Anhänglichkeit Meinen aufrichtigen Dank zu erkennen.

2. Februar. Dem Präsidenten des Reichsgerichts Dr. von Simson wird die nachgesuchte Dienstentlassung erteilt, der Staatssekretär des Reichs-Justizamts v. Oehlschläger wird zum Präsidenten des Reichsgerichts, der Unter-Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Bosse zum Staatssekretär des Reichs-Justizamts, der vortragende Rat in der Reichskanzlei Dr. v. Rottenburg zum Unter-Staatssekretär im Reichsamt des Innern, sowie der vortragende Rat im Auswärtigen Amt Goering zum vortragenden Rat in der Reichskanzlei ernannt.

2. Februar. General von Leszczynski, kommandierender General des IX. Armeekorps, wird mit einer sehr gnädig gehaltenen Ordre zur Disposition gestellt. Die Zeitungen bringen Erzählungen, wonach die Verabschiedung zusammenhänge mit einer angeblich demonstrativen Huldigung, die der General dem Fürsten Bismarck gebracht habe.

2. Februar. Der Chef des Generalstabes, General Graf v. Waldersee, wird von dieser Stellung entbunden und zum kommandierenden General des IX. Armeekorps ernannt.

Die Ordre hat folgenden Wortlaut:

Ihrem Abschiedsgesuch vom 30. v. Mts. vermag ich nicht zu entsprechen, denn Ihre bisher geleisteten Dienste sind Mir zu wertvoll, als daß Ich schon jetzt auf dieselben verzichten möchte. Ich habe Sie für den Fall eines Krieges zur Führung einer Armee in Aussicht genommen und erachte es zu diesem Zwecke — da Sie seit langer Zeit dem Truppendienst entzogen gewesen sind — im Interesse der Armee für geboten, Sie zunächst an die Spitze eines Armeekorps zu stellen, wo Sie Ihre vortrefflichen Führereigenschaften zur Geltung zu bringen in der Lage sein werden. Es wird Mir sehr schwer, Sie damit als Chef des Generalstabes verlieren zu sollen; indessen halte Ich Mich verpflichtet, Meine diesbezüglichen persönlichen Wünsche den eben erwähnten Interessen der Armee unterzuordnen. Indem ich Sie daher von der Stellung als Chef des Generalstabes der Armee entbinde, ernenne ich Sie hierdurch, unter Belassung in dem Verhältnis als Mein Generaladjutant und à la suite Meines Ulanenregiments (1. Hannoversches) Nr. 13, zum kommandierenden General des IX. Armeekorps.

In diese Ihre neue Stellung folgt Ihnen Mein lebhafter und herzlicher Dank, nicht nur für Ihre Mir persönlich stets bethätigte treue Hingebung, sondern auch für die hervorragenden Dienste, welche Sie als Chef des Generalstabes Mir und der Armee geleistet haben. Ich gedenke hierbei der trefflichen Unterweisungen, durch welche Sie Mich seinerzeit mit den umfassenden Aufgaben des Generalstabes vertraut gemacht, und hebe hervor die energische Durchführung der Organisation des Generalstabes, die umsichtige Heranbildung der Offiziere desselben, die zweckmäßigen Vorarbeiten für eine etwaige Verwendung der Truppen im Felde und die noch bei den letzten Manövern vor Mir besonders hervorgetretenen ausgezeichneten Leistungen in Anlage großer Truppenübungen.

An Meinem unlängst begangenen Geburtstagsfeste habe Ich Ihnen bereits durch Verleihung des Groß-Komthurkreuzes Meines Hausordens von Hohenzollern Meinen Königlichen Dank für alle Ihre hohen Verdienste zu erkennen gegeben und lasse es Mir zur angenehmen Pflicht gereichen, diesen Dank aus vollem Herzen in dem Augenblicke zu wiederholen, wo Sie an die Spitze desjenigen Armeekorps treten, welches Mir vermöge seiner Beziehung zur Heimatprovinz Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Meiner vielgeliebten Gemahlin, besonders nahe steht. Ich verbinde damit den Ausdruck der Ueberzeugung, daß Sie in Ihrer neuen wichtigen Stellung volle Befriedigung finden und den hohen Erwartungen entsprechen werden, die Ich jederzeit an Ihre Begabung, Ihren Eifer und Ihre Pflichttreue zu stellen gewohnt gewesen bin.

3. Februar. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält eine Sitzung in Berlin und beschließt einstimmig, daß die Beibehaltung der vollen agrarischen Zölle notwendig sei.

3.—6. Februar. (Reichstag: Kolonialdebatten.) Der Reichskanzler erklärt am 3., daß er „nicht zu den Kolonialenthusiasten gehöre" und hält am 4. über Südwest-Afrika folgende Rede:

Auch ich stehe dieser südwestafrikanischen Kolonie kühl gegenüber und bekenne, daß sie mir schon manche Sorgen gemacht hat. Es ist bei der Entstehung unserer Kolonien, die ja zum großen Teil Kinder des Gefühls und der Phantasie sind, nur zu natürlich, daß plötzliche Umschläge in der Wertschätzung kommen, und wie man Südwest-Afrika vor Jahren als eine Art von Paradies schilderte, in das Hunderttausende von arbeitslosen Deutschen

auswandern könnten, in dem Gold und, ich weiß nicht, was sonst alles auf der Hand lag, ist man jetzt in ein pessimistisches Extrem nach der anderen Seite umgeschlagen. Die gegenwärtige Kolonialregierung hält an den Traditionen ihrer Vorgängerin auch in Bezug auf diese Kolonie fest; wir verfolgen dieselben Ziele, wie sie in früheren Jahren verfolgt worden sind. Ich will sie nicht damit ermüden, zu verlesen etwa die Motive für das Gesetz vom 2. Februar 1889, durch das der Reichskommissar in Ost-Afrika eingesetzt wurde, in denen ganz klar ausgesprochen worden ist, wie die verbündeten Regierungen das Verhältnis der Regierung in den Kolonien zu den Weißen und zu den Eingeborenen sich denken. Genau auf diesen Grundsätzen fußend sind diejenigen Instruktionen gegeben worden, die der Civilbeamte und der Offizier in Südwest-Afrika erhalten haben. Diese Instruktionen gehen im ganzen darauf aus, daß sie die Weißen zu schützen, sich aber in Händel der Eingeborenen nicht zu mischen haben. Nach diesen Instruktionen ist früher und auch jetzt verfahren worden. Ich komme nachher noch darauf zurück.

Man hat weiter die Frage gestellt, wie die verbündeten Regierungen sich dann stellen würden zu der Zulassung ausländischer Gesellschaften. Wir haben nichts dagegen und haben das durch die That an vielen Orten bewiesen, sind auch durch Verträge dazu verpflichtet, andere als Deutsche in unseren Kolonien thätig zuzulassen. Indessen darin weiche ich doch von dem Herrn Abg. Dr. Hammacher ab: wenn es schließlich so weit käme, daß eine Kolonie nur durch Nichtdeutsche exploitiert würde, so würde ich der Meinung sein, daß der deutsche Schutz gegenstandslos geworden ist; denn was haben wir für ein Interesse, Geld und Ehre zu engagieren für Nichtdeutsche? (Sehr richtig!)

So weit ist die Sache indessen, was Südwest-Afrika angeht, noch nicht gekommen. Die Zahl der Deutschen, die bis jetzt dort thätig sind, ist allerdings sehr gering, aber wir brauchen zur Zeit die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß sich dies Verhältnis ändern wird.

Es sind im Augenblick Verhandlungen mit einer Gesellschaft im Gange, und wenn nicht im letzten Augenblick Störungen eintreten, haben wir die Hoffnung, daß sie perfekt werden, da die Gesellschaft, im wesentlichen aus Deutschen mit deutschem Kapital zusammengesetzt, mit ihrem Besitz in Deutschland gegründet, sich die Aufgabe stellen wird, einen Teil der Dinge zu übernehmen, die bisher in den Händen der südwestafrikanischen Gesellschaft waren. Ich kann bei dem Stande der Verhandlungen mich auf Einzelheiten nicht einlassen, kann mich aber der Hoffnung hingeben, daß, wenn dieser Vertrag zu stande kommt, die deutschen Interessen in einer gedeihlichen Weise in Südwest-Afrika sich werden entwickeln können, und daß damit jeder Grund für die Regierung, der Gesellschaft, die sich gründet, oder denen, die sich noch gründen werden, die Bestätigung zu versagen, wegfällt; denn wenn mein Amtsvorgänger, ebenso wie ich bisher, Gesellschaften die Genehmigung, in Südwest-Afrika sich zu etablieren, versagt hat, so geschah es, weil es vorwiegend nichtdeutsche Gesellschaften waren. Der Herr Abg. Dr. Hammacher hat an mich die Anfrage gerichtet, ob ich die Absicht hätte oder gehabt hätte, Südwest-Afrika zu verkaufen, da es in Zeitungen gestanden hat. Ich habe wirklich geglaubt, bei meiner Enthaltsamkeit in Bezug auf die Presse nachgerade über derartige Fragen fort zu sein. Wenn ich auf alles das erwidern wollte, was in der Presse steht, so hätte ich viel zu thun, und diese Nachricht gehört genau in den Kreis der massenhaften Fabeln, die heute verbreitet werden. (Sehr gut!)

Wenn dies nun der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist, so ist weiter die Frage angeregt worden, ob das nun für alle Zeiten so wäre.

Ja, mir fehlt die prophetische Gabe, und wenn ich von Kolonien rede, so möchte ich noch vorsichtiger sein, als wenn ich sonst von der Zukunft rede. Ich kann nur sagen: Das ist der Standpunkt der Regierungen heute. Von diesem Standpunkt haben sie die Vorlage eingebracht und wünschen, daß sie genehmigt werde. Man ist nun auf das Verhältnis der Schutztruppe zu Witboy gekommen. Die Schutztruppe besteht aus 40 bis 50 anfangs beritten gewesenen, nachgerade aber unberitten gewordenen Polizisten. (Heiterkeit.)

An der Spitze der Schutztruppe steht ein vorzüglicher Offizier, der Hauptmann von François, dem ich das Zeugnis ausstellen muß, im Gegensatz zu manchen Anfeindungen, die er erfahren hat, und denen ja jede Polizei, vollends eine Polizei unter braunen Menschen ausgesetzt ist (Heiterkeit), daß er seinen Funktionen vorzüglich genügt und seine Instruktionen unter den schwierigsten Verhältnissen genau befolgt hat. Er ist preußischer Offizier, und ich weiß aus seinen Berichten, daß es ihm viel schwerer geworden ist, nicht zu schießen, als zu schießen. Er hat aber seine Instruktionen befolgt, und ich habe gar keinen Anlaß, diese Instruktionen zu ändern, sondern ich habe sie von neuem bestätigt und ihm eingeschärft; denn was soll entstehen, wenn diese 50 Polizeisoldaten sich in den Streit von Völkerschaften einmischen, die auf der einen Seite 60,000, auf der anderen Seite vielleicht 12,000 Mann zählen? Im südlichen Teile unseres Schutzgebietes ist ein Mann auferstanden, halb Prophet und halb Krieger, Witboy mit Namen. Er hat sicherlich das Talent, seine Umgebung zu begeistern und fortzureißen. Er hat eine Truppe zu stande gebracht von 400 bis 500 Mann, zum größten Teil beritten, alle mit Hinterladern bewaffnet und dank der Freundlichkeit unserer Nachbarn in Südwest-Afrika auch reichlich mit Munition versehen. (Hört, hört!)

Mit dieser seiner Truppe hat er sich in ein Felsennest zurückgezogen, Hornkranz genannt, und in dem lebt er, und wenn ihn der Hunger treibt, macht er Ausfälle. So ist er denn im Herbst vorigen Jahres in das Land der Hereros gezogen, um denen die Herden wegzutreiben. Das ist ihm auch im vollen Umfange geglückt. Nun sagt der Herr Abg. Hammacher: Da hat die deutsche Schutztruppe mit Gewehr bei Fuß dabei gestanden. Nun möchte ich Sie einmal bitten, sich die Konsequenzen auszumalen, wenn die deutsche Schutztruppe nicht mit Gewehr bei Fuß gestanden hätte, sondern das Schießen gekriegt hätte (Heiterkeit), was sollen denn 50 Hinterlader gegen 400 bis 500? Nun will ich den Deutschen sehr hoch rechnen, und die Schießausbildung der Hottentotten sehr niedrig anschlagen: auf die Dauer kommt aber doch einmal der Moment, wo von dem schlechtest gezielten Feuer eine solche Zahl von Schüssen trifft, daß 50 Leute vom Erdboden verschwinden. Der Hauptmann von François hat das nicht so angesehen, er sagt: Ich würde sehr gern losschlagen, ich würde einen entscheidenden Schlag gegen den Mann riskieren. Ich muß mir aber sagen: Wenn dieser brave Mann den entscheidenden Schlag riskiert und er siegt nun, was ist dann die Folge? Wie viel Mann wird er von der Schutztruppe dann noch übrig haben? Was macht er, wenn der Witboy wieder in seine Feste zurückgeht? Zernieren kann er sie nicht. Wie will er die 50 Mann verwenden, um sich im Lande nur so lange zu halten, bis wir ihm eine neue Unterstützung schicken?

Nun ist die Frage angeregt: kann man nicht diese unsere Freunde, die Hereros, bewegen, sich mit Hauptmann von François zu verbünden? Nun sagt letzterer selbst, er dankt für diese Bundesgenossenschaft (Heiterkeit), und ich glaube, er hat recht. Zunächst kommt dabei eine Schwierigkeit in Betracht, die das Land bietet: Größere Abteilungen sind sehr schwer auf dem Wege der Requisition in Südwest-Afrika zu ernähren und oft noch schwerer zu tränken; mit der Zahl der Streiter, wenn es nicht vollwertige

Menschen sind, wächst der Ballast einer solchen Expedition, und Herr von François hat für die Vermutung, daß diese Hereros nur Ballast sein würden, auch insofern eine Berechtigung, als sie sich bisher — ich will dem Ehrgefühl der Hereros nicht zu nahe treten (Heiterkeit) — durch einen hohen Grad von Vorsicht ausgezeichnet haben. (Große Heiterkeit.)

Auch bei den Ereignissen im September ist keinem Weißen ein Haar gekrümmt worden, so viel Respekt hat der Witbooy vor den Weißen gehabt. Er hat das Haus keines Weißen betreten, er hat nicht aus der Pfütze getränkt, von der Hauptmann von François behauptete, sie gehöre ihm. Trotzdem haben die Hereros sich wenig oder gar nicht gerührt, sondern sie haben es vorgezogen, in die Häuser der Weißen zu laufen, um da Schutz zu finden, statt sich zu wehren, obwohl sie eine Bevölkerung sind, die im ganzen 60,000 Mann zählt.

Daß wir also, solange nicht deutsche Interessen in Südwest-Afrika in größerem Umfange engagiert sind, keinen Grund haben, deutsches Blut für die Hereros zu vergießen, ist mir zweifellos; um so zweifelloser, als bei den Ereignissen in Otjimbimgue, auf die der Herr Abg. Hammacher anspielte, bei denen der Engländer Lewis beteiligt war, dieselben Hereros sich gegen uns recht unschön benommen haben. Nichtsdestoweniger würde ich einer Vermehrung der Schutztruppe nicht abgeneigt sein, immer aber unter der Voraussetzung, daß erst mehr zu schützen da ist. Man hat mich wiederholt angegangen und gesagt: „Ja, mein Gott, was wollen Sie? Wie sollen wir uns in Südwest-Afrika niederlassen? Wir finden dort keinen Schutz! Erst bringen Sie einmal eine Truppenmacht hin, die uns garantiert, daß wir dort ungestört arbeiten können!" Ich kann das nicht acceptieren; ich bleibe bei dem Grundsatz, auf dem mein Herr Amtsvorgänger gestanden hat: Erst muß etwas zu schützen sein, und dann kommt die Truppe hin; denn wenn wir an diesem Grundsatz nicht festhalten, dann wäre das eine Schraube ohne Ende, und wir bekämen ein Armeekorps von Kolonialtruppen, die über ganz Afrika zerstreut wären. (Sehr richtig! links.)

Wir wollen nun in Ruhe abwarten, wenn das hohe Haus die Anträge der Regierung genehmigt, wie dieses Jahr verlaufen wird. Wir sehen dieses Jahr nur als ein Versuchsjahr an; wir können eben nicht in die Zukunft sehen, wir haben aber nicht den mindesten Grund, an der Zukunft zu zweifeln, denn in dem, was der Herr Abg. Hammacher in Bezug auf die Zukunft von Minen sagt, kann ich ihm, gestützt auf meine Kenntnis südafrikanischer Verhältnisse, die übrigens wahrscheinlich auf denselben Büchern basiert, wie die seine, nur zugeben: man kann nicht wissen, was aus diesen Kolonien nicht alles noch einmal wird, sobald man Zeit hat und Kapital hineinzustecken geneigt ist. Der gegenwärtige Zustand wird nicht haltbar sein; geben Sie uns aber ein Jahr Zeit, dann werden wir in der Lage sein, klarer zu sehen und beurteilen zu können, was weiter werden soll. (Bravo!)

Am 5. Februar äußert der Reichskanzler über Ost-Afrika:

Die Aeußerungen des Herrn Abg. Grafen Mirbach, so nachsichtig sie für die Personen, die die Ehre haben, die jetzige Regierung zu vertreten, sind, nötigen mich doch, näher einzugehen auf unser jetziges Verhältnis zu Ost-Afrika, der bedeutendsten und, wie ich annehmen darf, derjenigen unserer Kolonien, die hier in und außer dem Hause das meiste Interesse in Anspruch nimmt, weil in dieser Aeußerung doch eine Kritik der Regierung lag.

Herr Graf Mirbach sagt zwar: das, was geschehen wäre, würde, wie er hoffe, das Ansehen der Regierungen nicht alterieren. Ich habe die Besorgnis auch nicht, aber er sprach da einen Tadel aus, der gestern in einer

etwas indirekteren, aber vielleicht noch schärferen Form von Herrn von Kardorff ausgesprochen ist, der aussprach, er könne jetzt nicht mehr sich für die Kolonialpolitik enthusiasmieren — ich weiß nicht, ob das der Ausdruck war —, früher hätte er es gethan; seit man aber Witu und das Protektorat über Sansibar aufgegeben habe, sei ihm die Sache nichts mehr wert. Das ist ein unendlich schwerer Vorwurf für die Regierung, wenn deren Verhalten so gewesen sein sollte, daß so patriotische Männer nicht mehr in der Lage sind, sich für einen so wesentlichen Zweig unseres öffentlichen Lebens zu interessieren. Und wenn die Regierung daran die Schuld trüge, so müßte sie allerdings sehr große Fehler gemacht haben. Ich werde versuchen, von meinem Standpunkt aus nachzuweisen, daß das nicht geschehen ist. Ich bin zu diesem Versuch umsomehr veranlaßt, als nach dem deutsch-englischen Abkommen ein thatsächlicher Entrüstungssturm durch die Presse ging gegen diese Regierung, für die kaum ein Attribut scharf genug war.

Verzeihen Sie mir, wenn ich etwas weiter aushole und mit der Frage anfange: was fanden wir denn vor einem Jahre in Bezug auf Ost-Afrika vor? Wir fanden in Ost-Afrika zwei deutsche Schutzgebiete: Witu und das von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft erworbene Ost-Afrika. Diese beiden Gebiete waren durch eine breite Zone anderen Gebiets voneinander getrennt. Unser eigenes Ost-Afrika gliederte sich in die 10 Seemeilen breite Küste, auf der die Flagge des Sultans von Sansibar unangefochten nach wie vor wehte. Es folgte dann das Schutzland, in dem die Ostafrikanische Gesellschaft einen gewissen Einfluß übte, und endlich die Interessensphäre. Dieser Interessensphären waren wieder zweierlei: einmal die anerkannt deutsche Interessensphäre, an die England keinen Anspruch machte, und dann die sogenannten strittigen Interessensphären, von denen eine im Norden und eine im Süden der anerkannten deutschen Interessensphäre lag. Im Lande war Kriegszustand: der Major von Wißmann, auf Grund der Vollmachten, die er bekommen hatte, suchte das Land zu pazifizieren. Handel und Wandel lagen darnieder, die sogenannten Städte, also die kleinen Anhäufungen von Wohnungen, die da existierten, waren zum größten Teil niedergebrannt. Ich glaube, es hatte bis dahin nur eine einzige Plantage den Anfang gemacht, zu existieren; sie existiert auch nicht mehr, und in Sansibar stritt sich deutscher und englischer Einfluß darum, wer heute oder morgen das Ohr des Sultans von Sansibar hätte. Das war ein Zustand, so schlimm, wie er nur sein konnte, der herbeigeführt war nicht durch ein Verschulden der früheren Regierung. Ich will auch der Ostafrikanischen Gesellschaft keinen Vorwurf machen. Es war ein Zustand, der sich ohne Zuthun unsererseits aus den Verhältnissen entwickelt hatte. Es mußte nun eine der ersten Fragen der Regierung sein: wie stellen wir uns den Dingen gegenüber? Schon unter meinem Amtsvorgänger waren Verhandlungen eingeleitet worden, die dahin gingen, mit England zu einem erträglichen modus vivendi zu kommen. Die Verhandlungen hatten aber noch nicht begonnen. Am 2. Mai v. J. gab Se. Majestät der Kaiser für die Verhandlungen der ostafrikanischen Angelegenheiten im Immediatvertrage die Entscheidung, daß

1. die für Kolonialzwecke verfügbar zu machenden Mittel in erster Linie auf Ost-Afrika zu verwenden sind;

2. daß in den jetzt beginnenden Verhandlungen mit England auf Anerkennung der deutschen Ansprüche auf die strittigen Interessensphären, zunächst auf die nördliche, dann die südliche, hingewirkt werde, und daß im Notfall das Preisgeben von Wituland bis Kismaju, vorbehaltlich der Befriedigung etwaiger berechtigter Ansprüche der dort interessierten Deutschen, als Kompensation zulässig sei;

3. daß der Uebergang der Hoheitsrechte in dem innerhalb der deutschen Zone liegenden Küstenstriche auf das Deutsche Reich angestrebt werde;

4. daß die Umwandlung der Truppe des Reichskommissars Wißmann in eine Kaiserlich deutsche Truppe zu bewirken sei;

5. daß die Schaffung einer über dem Reichskommissar und den sonst beteiligten deutschen Behörden und Korporationen stehenden Zentralstelle mit dem Sitz auf dem Festlande ins Auge zu fassen und

6. daß die Uebernahme der Verwaltung des Küstenstriches und des Schutzgebietes in die unmittelbare Reichsverwaltung zu betreiben sei.

Nach diesen Allerhöchsten Direktiven nun — ich wiederhole, sie sind unter dem 2. Mai v. J. gegeben worden — ist die deutsche Regierung vorgegangen, nicht einen Schritt davon sind wir abgegangen, und noch heute steht die Kolonialregierung auf dem Boden dieser Direktive. Es war notwendig, daß solche Direktive gegeben wurde und daß man sich klar wurde, was denn eigentlich geschehen sollte; denn dieser Zustand, in dem wir lebten, war eben unerträglich; wir mußten heraus aus ihm, und das war eine der wesentlichsten Schwierigkeiten, die uns beim Abschluß des Vertrages mit England entgegentraten. England hatte Zeit und war nicht begehrlich. Gesättigt von reichen Kolonien, spielte etwas mehr Witu oder Sansibar für England nicht die Rolle wie für uns, wo ja durch die Teilnahme der Nation an diesen Dingen die Kolonien für uns einen idealen Wert gewonnen hatten, von dem in England keine Rede war.

Eine weitere Erschwerung der Verhältnisse bei den Verhandlungen lag darin, daß man mit Dingen zu thun hatte, die geographisch und rechtlich zum großen Teil nicht definierbar waren. Es handelte sich um ganz unbekannte und unbenannte Größen. Es kam hinzu, daß England dem Sultan von Sansibar gegenüber die stärkere Stellung einnahm. England ist dort seit Anfang des Jahrhunderts thätig gewesen, und wenn ich gern anerkenne, daß die deutschen politischen Agenten, welche in Sansibar thätig waren, es dort bis zu einem gewissen Grade von Einfluß gebracht hatten, so war der Engländer doch der Stärkere dem Deutschen gegenüber. Das deutsche Element auf der Insel und in der Stadt Sansibar hatte zugenommen, ein starker Zulauf von zum Teil fragwürdigen deutschen Elementen hatte stattgefunden, und dies Vorhandensein der Deutschen war den Verhandlungen und unserem Verhältnis zum Sultan schon seit langem nicht mehr förderlich gewesen. Die Deutschen waren mehr laut als einflußreich dort. So traten wir unter nicht leichten Verhältnissen in Unterhandlungen mit England ein. Ich werde nachher darauf zurückkommen, was wir damals erreicht haben. Ich bin noch heute der Ueberzeugung, die ich beim Abschluß der Verhandlungen hatte, daß, wenn wir von dem Werte von Helgoland absehen und von der Frage, inwieweit sich unser Verhältnis zu England dadurch gebessert hat, der Vertrag für uns vorteilhaft war. (Sehr richtig! links.)

Ich will mir nun erlauben, die wesentlichsten Vorwürfe, die dagegen erhoben worden sind, durchzugehen. Eine Menge Kleinigkeiten fasse ich unter einen Vorwurf zusammen: Ihr habt nicht genug gekriegt; und in der deutschen Presse ging man so weit, zu sagen, der brave deutsche Michel hätte sich von dem perfiden Albion übers Ohr hauen lassen und wäre nur mit einem kleinen Stück der Beute nach Hause gekommen. Ein fremder Staatsmann soll die Aeußerung während der Verhandlung gethan haben: „Gott, wenn man nur Deutschland ganz Afrika geben könnte!“ In dem Ausspruch liegt die Anerkennung, daß die Sache doch irgendwo eine Grenze haben müßte. Man hatte die Theorie des Hinterlandes erfunden und war in deren Anwendung nicht sparsam gewesen. Nun mußte sich die Kolonialregierung aber doch die Frage vorlegen: was können wir auf die Dauer halten? wie

weit reichen unsere Kräfte? wie weit reicht das Geld, was Deutsche in Kolonien anzulegen gesonnen sind, und wie weit reicht unser Menschenmaterial, was in den Kolonien verwendbar ist? Und da, bin ich der Meinung, war von Hause aus eine Schwäche unserer Kolonialpolitik — und ich betone wiederum ausdrücklich, um jedem Mißverständnis vorzubeugen: ich übe hiermit keine Kritik an meinem Amtsvorgänger —, das lag in der öffentlichen Meinung, in den Verhältnissen, wie die Kolonien bei uns geboren wurden. Man hatte nämlich an zu vielen Stellen gleichzeitig angefangen und hatte nun beide Hände voll mit Dingen, die man zu verwerten nicht im stande war, weil man weder Geld noch Menschen dafür hatte. Ist diese meine Ansicht richtig, so folgt weiter, daß über eine gewisse Grenze hinaus jede Vermehrung des Umfangs unserer Besitzungen in den Kolonien zu einer Schwächung werden mußte; denn wenn wir doch nicht die Kraft hatten, das zu verwalten und zu halten, was wir gewonnen hatten, so mußte in dem Mehrnehmen Maß gehalten werden, sonst wuchs die Schwäche.

Von den zahlreichen einzelnen Punkten, die bemängelt worden sind, ist mancher schon der Vergessenheit anheimgefallen. Zwei sind von den Herrn Abgg. Graf Mirbach und v. Kardorff ausdrücklich erwähnt worden, und ich erlaube mir deshalb, näher auf sie zurückzukommen. Sie hatten immer bis dahin in der öffentlichen Meinung noch einen dritten Kollegen, den ich aber jetzt, nachdem er hier nicht erwähnt ist, für abgethan halten darf: die Walfischbai. Die beiden, welche jetzt noch genannt wurden, sind Witu und Sansibar.

Nun, was ist Witu? Meine Herren, in der Denkschrift, die die Kolonialregierung veröffentlicht hat am 29. Juli im „Staats-Anzeiger", hat sich die Regierung mit derjenigen Vorsicht, die durch unser Verhältnis zu England und zu den Gesellschaften, welche in ihrer Thätigkeit und in ihren Einnahmen nicht zu beeinträchtigen die Regierung nicht allein ein Interesse hatte, sondern die zu schützen sie verpflichtet war, — also mit derjenigen Vorsicht, die diese Rücksichten geboten, hat sich die Regierung ausgesprochen. Es steht da auch ungefähr zu lesen, was sie über Witu denkt. Da ich nun doch annehmen muß, daß das, was da steht, den Herren nicht genügt hat, daß sie immer noch meinen, Witu muß für ein hinreichend kulturfähiges und und wohl zu erwerbendes Land angesehen werden, so will ich mir erlauben, aus dem Geschäftsbericht der damals noch agierenden Witugesellschaft folgendes vorzulesen. Sie bemerkt,

> daß sie auch dem Plantagenbau —

darauf war sie nämlich aufmerksam gemacht worden —

> die ihm gebührende Aufmerksamkeit gewidmet habe, daß derselbe aber, wenn nicht durch Sklavenarbeit erfolgend, sich unrentabel erweise. Der Wert der Ernten reiche nicht einmal hin, um die Aufseher und Arbeiter zu ernähren und zu lohnen, geschweige denn einen Gewinn einzubringen. Einige Kokospalmenplantagen seien im Heranwachsen begriffen, würden aber erst in einem Jahrzehnt Früchte tragen und alsdann erst, wenn überhaupt, sich ergiebig zeigen.

Nun kann man doch annehmen, daß diese Gesellschaft, die mit großen Hoffnungen gegründet war, ein noch praktischeres Interesse daran hatte, die guten Seiten von Witu zu finden, soweit welche findbar waren, als etwa die bloßen Reisenden, die gestern hier citiert worden sind. Wir sind ja mit unserem Material, mit allen Quellen über diese Länder übel dran. Es sind zum Teil Berichte von Reisenden und, wie schon bemerkt ist, der eine hat das Fieber gehabt, der andere hat es nicht gehabt, sofort sehen sie die Sache anders an. Dann kommen die Berichte von Kaufleuten, die fast immer ein Interesse an der Sache haben, der eine will Konkurrenz machen, der andere

will sie nicht, der dritte will nicht gestehen, daß er dort schlechte Geschäfte gemacht hat. Und schließlich haben wir Briefe von Missionaren, die sich oft mit ihren Taufkindern identifizieren und den engen Kreis, in dem sie wirken, auch für maßgebend für weitere Verhältnisse halten.

Ich bin also der Meinung, daß, wenn die Kolonialregierung auf dies Land Witu an sich keinen großen Wert legte, bisher das Gegenteil, daß sie Unrecht gehabt hat, nicht erwiesen ist.

Der Wert von Witu verringerte sich umsomehr, als es im Laufe der Verhandlungen zweifellos wurde, daß wir die beiden Inseln Manda und Patta, die dem Witulande vorliegen, nicht bekommen konnten. Sie stehen in demselben Verhältnis wie die dritte, Lamu; das war schon durch ein Schiedsgericht dem Sultan von Sansibar zugesprochen; dasselbe hätte uns hier passieren können. Nun würde ich aus meinem alten Interesse für die Marine es gewünscht haben, diese Inseln, Manda und Patta, bekommen zu können, weil hinter ihnen ein verhältnismäßig brauchbarer Hafen war. Die Verhältnisse lagen aber so, daß die Rechtsverständigen, die wir darüber hörten, der Meinung waren, kein Schiedsgericht könne uns Manda und Patta zusprechen. Ohne Manda und Patta aber war dies ganze Wituland für uns ziemlich wertlos; denn das beste an ihm war eben nach meiner Ansicht der Hafen; bekamen wir den Hafen nicht, so war auch das Hinterland nichts nütze. Nun war die Witugesellschaft im Begriff, sich aufzulösen und sich an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft zu verkaufen, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, dadurch ein Kompensationsobjekt zu schaffen. Diese Absicht hatte die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft acceptiert auf Instanz der Regierung; der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amts hatte der Gesellschaft eröffnen lassen, daß das Auswärtige Amt gegen den Erwerb des Witulandes durch die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft nichts einzuwenden hätte, aber nur unter der Voraussetzung, daß dieser Erwerb zu Kompensationszwecken erfolge. Also schon damals, schon ehe wir in den Vertrag eintraten, stand fest: Witu soll zum Kompensationsobjekt gemacht werden.

Nun hat Witu, nachdem es an England abgetreten war, noch ehe die Abtretung ganz perfekt war, das Interesse des Publikums von neuem dadurch erregt, daß Deutsche, die eine Unternehmung dahin gerichtet hatten, zu Schaden gekommen sind: es war das zu beklagen. Ich will auf die Einzelheiten hier nicht eingehen und mich auf die Bemerkung beschränken, daß, auch wenn Witu um die Zeit noch deutsch gewesen wäre, nach den mir bekannten Personalien des Mannes, an dessen Namen sich diese Expedition anknüpft, ich nicht den mindesten Zweifel daran habe, daß eine Ausschreitung gegen den Sultan von Witu, die zu diesen Feindseligkeiten führte, gerade so gut unter deutschem Protektorat möglich war wie unter englischem. Die Engländer schritten nun ein und haben ein Landungskorps von 900 Mann etwa drei Tagemärsche in das Innere geschickt, um Witu niederbrennen zu lassen. Wenn wir nun in der Lage gewesen wären, um der Ausschreitung eines Deutschen willen eine solche Expedition in Szene zu setzen, so würden wir materielle Mittel haben aufbieten müssen, die etwa denselben Umfang angenommen hätten, wie die Schiffskonzentration um Sansibar im Jahre 1885 Die Engländer halten vermöge der großen Zahl ihrer Schiffe auf einer einzelnen ihrer zahlreichen Stationen, die von mehreren Flüssen geteilt sind, ungefähr so viel Schiffe, als wir überhaupt im ganzen Kreuzer in der Welt im Dienst haben. Die Folge wäre die gewesen, daß, wenn wir ein Landungskorps von 900 Mann hätten zusammenbringen müssen, wir sieben, vielleicht auch acht Kreuzer hätten zusammenziehen müssen; wir hätten also diese Schiffe von anderen Stationen wegnehmen müssen; es würde sehr lange Zeit darüber vergangen sein und es hätte nicht un-

erhebliche Kosten verursacht. Denn ich darf daran erinnern, daß a conto dieser Schiffskonzentration bei Sansibar vom Jahre 1885 der Etat der Marine um etwas über eine und eine halbe Million überschritten wurde.

Ich meine also, daß auch vom rein finanziellen Standpunkte die Geschichte uns insofern recht gegeben hat, als sie zeigt, wie kostspielig zu Zeiten der Besitz eines absolut wertlosen Landes werden kann.

Ich komme zu dem Protektorat von Sansibar. Ich habe mir schon erlaubt zu erwähnen, daß die Zustände in Sansibar geradezu unerträglich waren. Wir sind bis dahin, wenn auch die Interessen von Engländern unseren Interessen oft entgegengesetzt waren, immer noch weiter gekommen, indem zuletzt eine gewisse Konnivenz von England gegen unsere Interessen eintrat, eine Konnivenz, die hier und da von uns durch die allgemeine Politik ausgeglichen wurde; unsere allgemeine Politik war vielleicht hier und da in der Lage, etwas für England thun zu können. So hatte man sich arrangiert.

Nun hat man gesagt — ich gebe das vollkommen zu —, daß der Besitz von Sansibar den Handel in den bisherigen Verhältnissen gelassen hätte. Der Handel wird an der Küste bekanntlich hauptsächlich durch Inder, die dort ansässig sind, betrieben.

Die Leute sind gewohnt, nach Sansibar zu handeln; auch manche andere Verhältnisse sprechen mit. Trotzdem aber mußten wir uns von Sansibar trennen. Denn daß uns bei diesem Vertrage das Protektorat abgetreten worden wäre, wenn England nicht gewollt hätte, das war ausgeschlossen. Es konnte damals nur der Zustand eintreten, der einzutreten pflegt, wenn zwei Mächte miteinander verhandeln und es nicht zum Kriege kommen lassen wollen, sich auch zur Zeit kein Kompensationsobjekt in der allgemeinen Politik findet: daß man dann den strittigen Punkt auf sich beruhen und den status quo fortbestehen läßt. Das war aber das, was wir nicht konnten. Denn wir waren unbedingt in der Notwendigkeit, von dem zehn Seemeilen breiten Küstenstreifen die Flagge des Sultans herunterzubekommen; wir waren weiter in der Notwendigkeit, dies Resultat zu erreichen, ohne einen Groschen Geld dafür in der Tasche zu haben.

Nun hat man gesagt: hättet ihr gewartet, so wäre euch ja dies ganz von selbst zugefallen. Ja, das ist ein Moment, was meinerseits nicht als durchschlagend anerkannt wird. Wenn man die Voraussetzung hat, daß die Verhältnisse der allgemeinen Politik einmal so werden könnten, daß England geneigt wäre, für irgend einen Preis, den wir anderswo zahlen, uns das Protektorat von Sansibar zu überlassen, — wenn ein solcher Zustand einmal eintreten könnte —, so weiß ich nicht, warum derselbe nicht jetzt ebenso gut eintreten kann, wie noch zu der Zeit, als der Sultan souveräner Herr von Sansibar, aber unter Englands Einfluß war.

Ich will noch auf einen Vorwurf eingehen, der uns wiederholt gemacht worden ist, nämlich den, daß Fürst Bismarck diese Abtretung schwerlich gemacht haben würde. Man hat die jetzige Regierung darin mit der vorigen verglichen, und der Vergleich fiel zu unserem Nachteil aus. Nun würde ich ganz und gar ein pflichtvergessener Mensch sein, wenn ich, als ich in dieses Amt eintrat und solche Verhandlungen übernahm, mich nicht, selbst wenn mein Vorgänger nicht der bedeutende Mann gewesen wäre, der er war, davon überzeugt hätte: was sind denn für Vorgänge da und was hat denn die Regierung in der Sache vor, was hat sie für einen Standpunkt eingenommen? Das war ja eine ganz selbstverständliche Pflicht, und Sie können glauben, daß ich dieser Pflicht mit großem Eifer nachgegangen bin.

Da habe ich nun in Bezug auf Witu gefunden, daß im Oktober des Jahres 1889, als der Fürst Bismarck sich auf seinem Landsitze befand, und

die Frage wegen der Annektierung des Küstenstriches von Witu bis Kismaju angeregt worden war, er nach Berlin schreiben ließ: „Mag die Nachricht richtig sein oder nicht; jedenfalls bittet der Reichskanzler dringend, vor jeglichem Vorgehen sich sorgfältig zu vergewissern, ob nicht Engländer daselbst bessere Rechte haben oder auch nur zu haben glauben. Die Erhaltung von Lord Salisbury hat für Se. Durchlaucht mehr Wert wie ganz Witu." (Hört, hört! links.)

Und was das Protektorat von Sansibar angeht: es war im Dezember 1888; es hatte eine Budgetverhandlung stattgefunden, bei der die Frage angeregt worden war, ob man nicht das, was wir jetzt haben, im Wege des gütlichen Vergleichs bekommen könnte, nämlich den Erwerb des Küstenstreifens auf dem Festlande, dieses zehn Seemeilen breiten Küstenstreifens, durch eine Abfindung des Sultans, und ich glaube, der Herr Abg. Oechelhäuser, unterstützt auch durch Abgeordnete anderer Parteien, hatte die Ansicht aufgestellt, man könne für diesen Küstenstreifen wohl 10 bis 20 Millionen dem Sultan von Sansibar bieten. Es war dann die weitere Idee angeregt worden, man könne dann den Engländern an einer anderen Stelle auch zu Willen sein. Da hat mein Herr Amtsvorgänger an den Rand des Berichts, der ihm über diese Kommissionssitzung gemacht worden ist, geschrieben: „Darüber müßten wir zunächst England fragen, wo ich Zustimmung kaum erwarte. England ist für uns wichtiger wie Sansibar und Ost-Afrika. (Hört, hört! links.)

Ich glaube also, der Vorwurf eines leichtsinnigen Abweichens von den Traditionen meines Vorgängers oder der, eine falsche Bahn eingeschlagen zu haben, weil sie nicht die meines Vorgängers war, kann mich in dieser Beziehung nicht treffen. (Bravo! rechts.)

Nachdem wir nun unter vielen Mühen — und ich kann sagen, ich habe mit Spannung den Moment erwartet, in der letzten Stunde zog er sich noch hin, bis die Unterschrift unter den Vertrag gesetzt war —, nachdem wir das mit vieler Mühe erreicht hatten, kam die vielleicht noch größere Mühe. England hatte sich in dem Vertrage verpflichtet, uns beizustehen, daß wir gegen eine billige Entschädigung den Küstenstreifen, soweit der Sultan noch Hoheitsrechte an ihm hatte, von ihm bekommen sollten. Ja, eine billige Entschädigung; das schreibt sich leicht, nachher aber wird das Wort sehr drückend, wenn man positiv, wie wir, keinen Pfennig in der Tasche hat. Womit sollten wir den Sultan entschädigen? Es blieb uns also nichts übrig, als in Verhandlungen mit der Ostafrikanischen Gesellschaft einzutreten. Während wir nun hier auf der einen Seite den Versuch machten, aus den Taschen der Ostafrikanischen Gesellschaft, deren Verwaltungsrat um die Zeit nicht zusammengebracht werden konnte, weil die meisten Mitglieder auf Reisen waren, eine Mark nach der anderen herauszuholen, so versuchten wir auf der anderen Seite, in England um eine Mark nach der anderen den Preis herunterzudrücken (Heiterkeit), und so sind wir von dem ursprünglich angesetzten Preise — und ich wiederhole nochmals, selbst in der Budgetkommission waren 10 bis 20 Millionen nicht für zu hoch gehalten worden, der Herr Major Liebert in seinem Reiseberichte hatte auch noch die Summe von zehn Millionen als eine ganz zahlbare für den Gewinn dieses Küstenstreifens gehalten — auf vier Millionen heruntergekommen. Aber auch diese vier Millionen wollten beschafft sein, und das war recht schwer. Es reichte aber nicht hin, diese vier Millionen zu beschaffen, wir mußten weiter Geld bekommen, um das Land, wenn wir nun die Herren geworden waren, meliorieren zu können. Der Aufstand hatte das Land verwüstet, die kleinen Küstenstädte waren Haufen von Ruinen, die Plantage Lewa war niedergebrannt, zerstört. Nicht allein diese Schäden

mußten wir herstellen, sondern wenn aus dem Küstenstreifen überhaupt etwas werden sollte, mußten wir in der Lage sein, eine Telegraphenlinie anzulegen, hier und da Wege zu bauen, und eine Zahl Meliorationsarbeiten mußten vorgenommen werden, die die Regierung selbst vorzunehmen keine Neigung hatte; sie mußte Leute finden, die sie vornehmen wollten. Wir mußten also zahlbare Menschen an unserer Seite haben, die weiter mitwirken wollten, um das, was wir nun durch den deutsch-englischen Vertrag in Ost-Afrika gewonnen hatten, ausnützen zu können. Es wurde darauf der Ihnen bekannte Vertrag mit der Ostafrikanischen Gesellschaft abgeschlossen. Die Gesellschaft brachte die vier Millionen noch rechtzeitig auf; am 29. Dezember konnten wir sie zahlen, und sie brachte außerdem eine Summe von etwa sechs Millionen auf, die sie sich vertragsmäßig verpflichtet hatte, in das Land hineinzustecken, um es zu meliorieren. Das Reich übernahm die Verpflichtung, aus den Zöllen, die die Ostafrikanische Gesellschaft vom Sultan von Sansibar gepachtet hatte und deren Ertrag nunmehr an das Reich überging, die Gesellschaft zu einem billigen Zinsfuß, der in dem Vertrage festgesetzt ist, zu entschädigen. Die Summe, die das Reich der Gesellschaft dafür jährlich zu zahlen hat — 600,000 ℳ, wenn ich mich nicht irre —, ist geringer, als der Ertrag der Zölle, selbst in dem Aufstandsjahre, wo Handel und Wandel nahezu ganz stille gestanden haben, gewesen ist. Es ist also nicht wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit die Höhe dieser Zölle heruntergehen wird. Ich will eins zugeben (weil ich nicht das Bestreben habe, hier irgend etwas zu verschleiern): die Sache hat auch ihre Schwierigkeiten. Der Elfenbeinhandel, auf den wir bis jetzt in der Hauptsache basiert sind und der eine Quelle dieser Zölle ist, ist Raubbau. Es wird, wenn es so weiter geht, einmal eine Zeit kommen, wo keine Elephanten mehr da sind; aber noch sind wir nicht so weit. Und dann ist es eine Erfahrung, die andere kolonisierende Nationen gemacht haben, nicht mit dem Elfenbein, aber mit Gold oder anderen kostbaren Stoffen, daß, wenn man erst gewisse Wege eingeschlagen hat, die ursprünglichen Artikel nicht mehr erforderlich bleiben. Es treten andere Artikel an deren Stelle, und so sind wir zu der Annahme berechtigt, daß die Deutschafrikanische Gesellschaft nach wie vor ihre Rente wird vom Staat erhalten können.

Ich möchte mich noch gegen etwas verwahren, was der Herr Abg. Bamberger gestern mißverständlich sagte; er meinte, das Reich hätte die moralische Verpflichtung übernommen, wenn nun doch über alles Erwarten die Zölle einmal geringer würden, dann mit seinen Mitteln beizuspringen. Das war mir ein neuer Gedanke. Diese moralische Verpflichtung habe ich bisher nicht empfunden, ich weiß auch nicht, ob das Reich sie empfinden würde, jedenfalls würde das dann von Ihrem Empfinden abhängen. Wir mußten ja, wenn wir in Ost-Afrika weiter kommen wollten, bei dem Vertrage mit der Gesellschaft nicht bloß das fiskalische Interesse im Auge haben, sondern dieser Gesellschaft, die ein verhältnismäßig bedeutendes Kapital in Ost-Afrika angelegt hatte, durch den Aufstand kolossal gelitten hat, und in einen Zustand versetzt worden war, daß sie, wenn ihr nicht vom Reich, indem das Reich gewisse Funktionen übernahm, geholfen wurde, vielleicht nicht wieder lebensfähig geworden wäre; der Gesellschaft mußten wir soviel Schonung angedeihen lassen, daß sie lebensfähig blieb und mit einiger Aussicht auf Erfolg in Ost-Afrika weiter wirken kann. Ich glaube, daß auch dieser Vertrag mit der Ostafrikanischen Gesellschaft sowohl für das Interesse des Reichs wie für das der Gesellschaft ein guter ist.

Nun sagt man, — und ich glaube gestern auch von dem Herrn Abg. Bamberger einen Anklang davon gehört zu haben —, Ihr hättet doch das Geschäft qua Reich machen sollen und die 4 Millionen vom Reich auf-

bringen, das wäre einfacher und vielleicht auch vornehmer gewesen. Zweifellos, denn vornehm war dies nicht (Heiterkeit), das gebe ich zu, wenn die Reichsregierung sich bemühen muß, um nach und nach eine Privatgesellschaft dahin zu bringen, daß sie sich überzeugt, daß ihr Interesse und das Reichsinteresse Hand in Hand geht, wenn sie 4 Millionen aufbringt. Das ist nicht vornehm, aber wir konnten nicht an den Reichstag gehen, einmal schon zeitlich nicht, wir mußten am 29. Dezember das Geld von hier abschicken, wenn es am 1. Januar in London gezahlt sein sollte. Nun frage ich: welche Chancen hatten wir, das Geld vom hohen Hause bis zum 29. Dezember vorigen Jahres zu bekommen? Wahrscheinlich gar keine. (Heiterkeit.)

Also dieser äußere Umstand hinderte uns schon. Zweitens hatten wir gar keine Neigung, indem wir qua Reich den Sultan bezahlten, dessen Rechtsnachfolger zu werden; denn der Vertrag, den der Sultan mit der Gesellschaft geschlossen hatte, war ein für den Sultan viel ungünstigerer, als für die Gesellschaft. Man hat dann weiter gesagt: ja, ihr konntet den Sultan regreßpflichtig machen, wenigstens wegen der Kosten des Aufstandes, oder ihr konntet der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft die Kosten des Aufstandes mit ein paar Millionen in Rechnung stellen und ihr erst dann Zinsen zahlen, wenn diese Millionen eingebracht worden wären. Ja, der Gedanke war ja naheliegend und, wenn ich ihn auch von Haus aus nicht für erfolgreich gehalten habe, so habe ich mich doch für verpflichtet gehalten, ein Votum des Reichs-Justizamts darüber einzuziehen: wie weit geht wohl unser Anspruch an die Regreßpflicht des Sultans und der Ostafrikanischen Gesellschaft. Das Reichs-Justizamt verneinte den Anspruch nach beiden Richtungen. Der Sultan hatte sich sehr wesentlicher Hoheitsrechte entäußert und den Vertrag sehr vorsichtig abgeschlossen, daß von ihm nichts herauszukriegen war. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft aber regreßpflichtig machen zu können, verneinte das Reichs-Justizamt auf Grund des Gesetzes — wenn ich mich nicht irre — vom 2. Februar 1889. Die Motive zu dieser lex Wißmann, in denen gesagt worden war, daß man den Wißmann zum Reichskommissar oder einen Reichskommissar einsetzen und große Ausgaben machen wollte von so und so viel Millionen, nicht im Interesse der deutschen Gesellschaft, auch nicht um Krieg zu führen gegen irgend jemand, sondern im Interesse des Christentums und der Civilisation, würden nicht hingereicht haben, ein Gericht zu bewegen, daß es die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft zum Kostenersatz verurteilte, wenn wir einen solchen Prozeß hätten anstrengen wollen.

Nun will ich zu der Frage übergehen: Was haben wir denn nun erreicht? wie stehen wir nun jetzt? — Wir haben also zunächst erreicht, daß wir vom Sultan unabhängig geworden sind, und das ist etwas, was ich nicht gering anschlage. So oft ich den Vertrag der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft mit dem Sultan gelesen habe, so hat mir das Blut etwas gekocht, wenn ich von Sr. Hoheit Flagge, von Sr. Hoheit Rechten in einem Paragraphen fünf, sechsmal lesen mußte. Fragen Sie, wen Sie wollen, von den Herren, die aus Deutsch-Ostafrika herkommen! Ihre Klagen fangen damit an: so lange die Sultansflagge in Ost-Afrika weht, ist nichts zu machen, kein Araber begreift, daß hier der Herr v. Wißmann Herr sein soll, so lange die Flagge des Sultans weht, das muß erst in Uebereinstimmung gebracht werden. Das ist ein wesentlicher Erfolg, und ein Erfolg, den wir nach meiner Meinung, so wie die Sachen lagen, durch die Konzession, daß England das Protektorat über Sansibar haben sollte, nicht zu teuer erkauft haben. Der Herr Redner gestern sagte, wir hätten Sansibar aufgegeben. Das möchte ich doch nicht in diesem Wortlaut zugeben, denn wir hatten es nie, es war ein strittiger Punkt; wir haben aber unsere An-

sprüche von Sansibar zurückgezogen, die übrigens auch nie begründet waren, sondern nur in dem faktischen Wettstreit zwischen Deutschland und England ihre Begründung finden konnten, und haben geglaubt, daß wir ein sehr gutes Geschäft machen, indem wir den 10 Seemeilen breiten Küstenstreifen bekommen, ein sehr gutes um deswillen, weil wir ohne diesen Küstenstreifen absolut nicht vom Fleck kämen. Wenn wir den nicht bekamen, war der Vertrag mit der Ostafrikanischen Gesellschaft nicht möglich, und ich mag kaum ausmalen, welche Zustände die Folge davon gewesen sein würden. Wir haben durch den Vertrag ein abgegrenztes Gebiet in Ost-Afrika bekommen und haben dadurch die Möglichkeit, mit Organisationen vorzugehen. Wie wir über die Interessensphäre und das Schutzgebiet und den Küstenstreifen denken, ist Ihnen gestern gesagt worden. Da die Sache heute noch einmal in diesem Punkte angeregt worden ist, so will ich bemerken: gewiß, wir werden unsere unmittelbare Reichsverwaltung in dem Gebiet der Interessensphäre immer weiter ausdehnen in dem Maße, als eben Deutsche in der Interessensphäre vorgehen, und in dieser Beziehung hat es mich gefreut, den Wert zu hören, der hier vom Herrn Abg. Oechelhäuser auf das Vorgehen im Norden gelegt worden ist; denn gerade diese vormalige, streitige nördliche Interessensphäre ist dasjenige gewesen, was wir bekommen haben, die südliche ist den Engländern geblieben. In der Vortragsentscheidung Sr. Majestät, die ich mir erlaubt habe, Ihnen vorzulesen, wird schon gesagt, wir sollten auf die nördliche hinwirken und dafür die südliche preisgeben. Wir hatten schon damals den Eindruck, daß die nördliche, in der der ganze Viktoria-Nyanza und ein Ufer des Tanganjika liegt, für uns ungleich wertvoller sei, als die südliche, die nach dem portugiesischen Gebiete hingeht. Das, was der Herr Abg. Oechelhäuser sagte, und die Erfahrung, die wir bis jetzt gemacht haben, bestätigen, daß wir in dieser Wahl recht gethan haben. Es ist vielleicht England auch nicht ganz leicht geworden, uns diesen nördlichen Teil zu lassen; denn er liegt dem nördlichen englischen Teil nahe und ist wohl auch fruchtbarer im Vergleich zu dem, worum England am Zambesi sich noch streitet. Wenn wir nun zu organisieren anfangen werden, so wird unser Bestreben dahin gehen, das, was wir nun schon fest haben, nach und nach weiter auszubauen und von da ins Innere zu gehen, also von der Küste ins Inland zu organisieren und nicht umgekehrt. Es hat Afrikakenner gegeben, die der Meinung waren, es wäre besser, man finge bei den Seen an und drehe die Sache um. Der Meinung sind wir nicht, wir müssen von da aus, wo wir unsere Bezugsquellen haben, also von der Küste aus nach dem Inlande vorgehen. Wir werden das thun in dem Maße, als wir die Mittel finden und nicht auf Schwierigkeiten stoßen, deren Ueberwindung Zeit und Geld kostet. Soweit ich jetzt übersehen kann, wird das im Norden nicht der Fall sein. Wir werden verhältnismäßig schnell an die Seen kommen, und wenn wir mit den vorhandenen Mitteln auch nur eine einzige Karawanenstraße mit kleinen Stationen werden befestigen können, so glaube ich, daß damit viel gewonnen sein wird. Wir wollen die Verwaltung als unmittelbare Reichsverwaltung oder, wenn der Ausdruck erlaubt ist, obwohl er für das Deutsche Reich absolut unkorrekt ist, als Kronkolonie übernehmen. Der Herr Abg. Bamberger hat uns vorgeworfen, daß wir damit mit unserer Vergangenheit brächen. Es kann sein, daß er damit recht hat, aber die Verhältnisse zwingen uns dazu, und „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“, übernehmen wir die unmittelbare Reichsverwaltung, weil, wenn wir das nicht thäten, aus ganz Ost-Afrika voraussichtlich nichts werden würde. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft ist mit uns damit einverstanden, da sie nicht in der Lage ist, Deutsch-Ostafrika selbst zu verwalten. Sie hat sich deshalb an die Regierung gewendet

und die Regierung, die ja über ungleich größere Mittel verfügt, ist willens, die Sache zu übernehmen, und hat die nötigen Einleitungen bereits gethan. Das ist an und für sich auch gar nicht etwas so Abnormes: denn wenn man sich mit der Geschichte der Kolonien anderer Staaten beschäftigt, deren Entstehungsweise vielfach eine ganz andere ist, zwischen denen und den unseren eine Parallele beinahe unmöglich ist, so muß man doch das zugeben, in der Kindheit pflegen die Kolonien selbständig zu sein und dann wieder im hohen Alter, kurz ehe sie vom Mutterlande abfallen; ihr mittleres Leben wird aber fast immer durch eine Regierung seitens des Mutterlandes ausgeführt. Wenn wir nicht so schnell in die Kolonialpolitik hineingekommen wären, hätte man sich vielleicht schon auf dem einfachen Wege des Studiums sagen können, daß dies das Schicksal der Sache sein würde. Wir können auch aus einem anderen Grunde von einer stärkeren Mitwirkung der Regierung zur Zeit gar nicht absehen, weil das Land faktisch noch nicht pacifiziert ist. Der Norden ist zur Zeit — es kommen ja kleinere Gefechte vor; das will aber nicht viel sagen — beruhigt. Wie der Süden ist, das wissen wir nicht; es sind weite Gebiete, in denen überhaupt noch kein Deutscher gewesen ist; ich darf nur an eine Expedition gegen den Häuptling Machemba erinnern, die wieder erfolglos zurückgekommen ist. Eine Gesellschaft, wie die Deutsch-Ostafrikanische, ist überhaupt nicht in der Lage, Krieg zu führen; das kann nur das Reich, und wir können gar nicht sagen, ob diese Art der Pacifizierung sich in 1, 2, 3 oder 4 Jahren vollziehen wird. Also auf Jahre wäre die Reichsregierung ohnehin engagiert.

Liegen nun die Verhältnisse so, so folgt weiter, daß die Truppe, die jetzt da ist, in ihrem Bestande nicht verringert werden kann, daß sie aber auch in der bisherigen Weise nicht weiter bestehen kann. Das kontraktliche Verhältnis, durch das die Offiziere an den Major v. Wißmann gebunden sind, ist doch nur ein lockeres und kann auf die Dauer nicht den Geist erzeugen, den eine Truppe, die zu so schweren Aufgaben wie die Truppe in Ost-Afrika berufen ist, unbedingt braucht. Das geht nur, wenn sie eine andere, höhere Spitze über sich hat, und es erschien — darüber ist auch in der Truppe selbst gar kein Zweifel — unbedingt notwendig, aus der Wißmannschen Truppe eine Reichstruppe zu machen.

Sie wissen aus den Denkschriften, wie sie organisiert werden soll; ich brauche darauf nicht einzugehen, ich kann nur sagen — und das sage ich im Hinblick auf eine Notiz, die jetzt durch die Zeitungen geht —, daß das Schicksal der Offiziere, die jetzt da sind, der Kolonialregierung am Herzen liegt. Es wird allerdings eine Verringerung in der Zahl der Offiziere eintreten müssen. Es wird also den einen oder anderen das Schicksal treffen, sei es aus Gesundheitsrücksichten oder sei es, weil eben zu viele da sind, daß er zurückkommen muß. Wir werden aber das Bestreben haben, ihm eine Uebergangszeit zu schaffen, die ihm den Rücktritt in andere Verhältnisse erleichtert. Was für Mittel dazu erforderlich sind, können wir nicht übersehen, voraussichtlich sehr geringe, es wird sich um vier bis sechs Offiziere handeln. Ich kann aber annehmen, daß, wenn wir zu diesem Behuf den Etat überschreiten werden, das hohe Haus uns deshalb nicht wird übel wollen.

Es wird bei der Organisation der Schutztruppe als Grundsatz festgehalten werden müssen, daß die weißen Offiziere und Unteroffiziere, die hingehen, möglichst das Gefühl behalten, daß sie Deutsche sind. Die Franzosen haben mit ihrer Truppe die schlechte Erfahrung gemacht, daß, wenn Leute draußen blieben mit der Aussicht, ihr Leben lang nicht wieder zurückzukommen, ein gewisser Zustand der Verwilderung eintrat. Das werden wir zu vermeiden suchen müssen. Wir werden danach trachten, einen gewissen

Turnus zu finden, in dem die Truppe sich von hier aus ergänzt. Wir werden neben der Landtruppe, wie Sie durch den Herrn Berichterstatter gehört haben, eine kleine Truppe haben müssen, die durch Schiffe den Verkehr an der Küste vermittelt.

Wenn Sie mich nun fragen, wie eine geordnete Verwaltung geschaffen werden und wie das gedacht werden soll, so kann ich Ihnen darüber keine Antwort geben. Das läßt sich von hier absolut nicht übersehen. So viel kann ich aber übersehen, daß die Verhältnisse im Norden der Küste andere sind als im Süden, daß sie im Innern ganz andere sind als an der Küste. Wenn wir nicht in den Fehler verfallen wollten, von hier aus Maßregeln zu ergreifen, die, wenn die Posten sie nach Ost-Afrika bringen, unausführbar sind oder an Ort und Stelle unter dem helleren Licht der tropischen Sonne so klare Fehler zeigen, daß der Mann, der sie ausführen soll, sie nicht ausführen kann, so blieb uns nichts anderes übrig, als einen einzigen Mann mit möglichst ausgedehnter Vollmacht und voller Verantwortlichkeit an Ort und Stelle zu setzen.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden von jener Seite des Hauses, wir möchten danach trachten, mit der Zeit das Reich zu entlasten. Ja, ganz gewiß thun wir das, das thun wir schon jetzt; und wenn die ostafrikanische Kolonie so gedeiht, wie ich es hoffe und für wahrscheinlich halte, dann glaube ich, daß das Reich in absehbarer Zeit in die Lage kommen wird, diejenigen Kosten, die es heute noch selbst aufwenden muß, aus den Einnahmen, sei es der Zölle, oder anderer Einnahmemittel, die sich uns eröffnen werden, sicher zu stellen. Ich stimme mit dem Herrn Abgeordneten Grafen v. Mirbach darin ganz überein — ich glaube, er war es, der das sagte —, daß es sehr schwer sein wird, den Handel von Sansibar nach der Küste zu ziehen. Aber der Versuch muß gemacht werden. Warum sollen wir unter fremder Flagge an einem dritten Orte handeln? Es kann das — das ist ganz richtig — Jahrzehnte dauern, bis wir so weit sind, kein Mensch kann das übersehen; aber ich möchte überhaupt vor dem Glauben warnen, daß das, was wir nun in den Kolonien vorhaben, leicht gehen wird. Das ist gerade ein Fehler im Anfange unserer Kolonisation gewesen, daß auch die beteiligten Kreise sich die Sache viel leichter vorstellten und, als es nun schwerer war, hie und da wohl zu ermatten geneigt waren. Keine Illusionen! Das, was wir da treiben, wird Mühe und Arbeit noch auf lange Zeit sein; aber ich bin der Meinung, wir haben keinen Grund, davor zurückzuschrecken.

Die Kolonialregierung hat sich dafür entschieden, Dar-es-Salaam zur Hauptstadt unserer ostafrikanischen Kolonien zu machen. Daß sie an der Küste liegen muß, ist unter den gegebenen Verhältnissen klar. Die Sachverständigen und Ortskenner schwankten zwischen Bagamoyo, dem größeren Handelsort, und Dar-es-Salaam, dem besseren Hafen. Daß Dar-es-Salaam unser Kriegshafen — wenn ich diesen großklingenden Ausdruck gebrauchen darf — für Ost-Afrika werden wird, ist zweifellos, und es wird sich — denn dafür schienen uns die meisten Motive zu sprechen — empfehlen, den Schwerpunkt unserer Regierung dahin zu verlegen. Inwieweit Plantagenbau, Bergbau möglich sein wird, das wird zum guten Teil auch von der Frage abhängen, wie weit es uns gelingt, die Bevölkerung an Arbeit zu gewöhnen. Ich stehe vollkommen auf dem Standpunkte derjenigen, die sich dafür begeistern, den Sklavenhandel abzuschaffen und zu unterdrücken; man kann aber auf der anderen Seite nicht leugnen: Für unser Kolonialunternehmen war es vielleicht nicht günstig, daß die Unterdrückung des Sklavenhandels mit dem Beginne des Plantagenbaues a tempo kam, denn bisher ist der Plantagenbau, wenigstens wo er tief in der Kindheit lag, immer

nur geglückt, wenn er durch Sklaven betrieben wurde. (Hört, hört! links.) Wir werden sehr sorgfältig darin sein müssen, daß wir die Interessen der an der Küste wohnenden Inder schonen. Wir brauchen die Leute, sie sind geborene Handelsleute, sie haben Beziehungen bis weit in das Innere von Afrika, und wir wären nicht im stande, sie zu ersetzen. Wir werden uns bestreben, ihre Kräfte uns nutzbar zu machen; fürs erste aber werden wir sie schonen müssen.

Das wäre ungefähr das, was sich von der Sache sagen läßt, und ich komme nun noch einmal darauf zurück: die Hauptsache ist die Personenfrage. Es hat mich die warme Anerkennung, die der gegenwärtige Gouverneur von Kamerun Freiherr v. Soden hier gefunden hat, gefreut. Wie in der Vortragsentscheidung, die ich mir zum drittenmal erlaubte anzuführen, schon gesagt worden ist: Es muß Einer über alle gestellt werden, anders kann es nicht gehen. Jetzt mußten wir Einen suchen, und ich glaube, darin werden die Herren mit mir einverstanden sein, es mußte Einer sein, der fremd hin kam, der mit den Dingen, die da jetzt vor sich gehen, nichts zu thun gehabt hat, der auch Kenntnis in der Verwaltung tropischer Länder mitbrachte. Und der einzige Mann, den wir im Augenblick dafür Sr. Majestät in Vorschlag bringen konnten, war Freiherr v. Soden, der mit so großem Geschick aus der anfangs auch verzweifelt scheinenden Kolonie Kamerun etwas gemacht hat. Herr Frhr. v. Soden ging nun hin, um sich die Sache anzusehen, und behielt sich seine Entscheidung darüber, ob er das Kommissorium übernehmen könnte, vor, bis er an Ort und Stelle gesehen haben würde. Er ist wiedergekommen, keineswegs als Optimist. Er vergleicht manches mit Kamerun, und findet manches in Kamerun besser als in Ost-Afrika, er findet auch, daß manche Schilderungen, die er vorher gelesen hat, übertrieben sind, er kommt aber doch wieder mit dem Glauben, daß aus der Sache etwas zu machen ist, und er würde den Auftrag nicht übernommen haben, wenn er nicht dieser Ueberzeugung wäre.

Es ist nun erwähnt worden das Schicksal der Männer, die bisher da thätig gewesen sind, des Majors v. Wißmann, des Emin Pascha und des Herrn Peters. Die Kolonialregierung ist erbötig und wird sich sehr freuen, wenn diese Herren ihre Erfahrung, ihre Energie weiter der Kolonisation von Ost-Afrika widmen wollen. Es ist ja in diesem weiten Terrain, das viel größer ist als Deutschland — davon ist nur ein kleiner Teil bisher erst bekannt, ein kleiner Teil erst unter deutsche Herrschaft gestellt — da ist sehr viel Raum, nicht bloß für drei, sondern auch für mehr Männer, die da arbeiten wollen, sodaß ihre Plazierung nicht die mindeste Schwierigkeit bietet. Wir müssen nur eine Bedingung stellen, daß sie in letzter Instanz von dem Gouverneur v. Soden abhängig sind. Ich glaube, die letzten Ereignisse werden uns gezeigt haben, wie nötig das ist. Wir können von hier aus solche Expeditionen ganz unmöglich dirigieren, das kann nur an Ort und Stelle geschehen; wir sind aber gewillt, die Sache so einzurichten, daß für die Distrikte, in denen diese Herren wirken, ihnen Herr v. Soden von den weiten Vollmachten, die er bekommt, so viel delegieren kann, als er für nötig hält. Ich glaube, daß damit die Herren einen Wirkungskreis bekommen, wie sie ihn sich nicht besser wünschen können. Sie treten aus der Abhängigkeit, in der sie früher gestanden haben, als sie die Expeditionen ausrüsteten, lediglich in eine Abhängigkeit vom Reich, die nur so weit geltend gemacht werden wird, daß sie in Bezug auf ihre pekuniären Mittel und in ihren Ausgaben, die ihnen vorzuzeichnen sind, vom Reich abhängen. Im übrigen wird man ihnen vollkommen freie Hand lassen.

So gebe ich mich dem Glauben hin, daß wir, wenn wir auf Ost-Afrika sehen, im Augenblick schon ein Bild vor uns haben, was besser ist

als das war, welches wir vor einem Jahre vor uns hatten. Und ich hoffe, daß, wenn wir nach einem Jahre wieder vor Sie treten, das Bild noch etwas besser geworden sein wird; denn ich wiederhole: nur nach großen Zeiträumen können wir wirklich in die Augen fallende Erfolge erwarten. Ich habe aber den festen Glauben an die deutsche Nation, daß sie an zäher Arbeit hinter keiner anderen zurücksteht und daß es ihr gelingen wird, das, was sie einmal angefangen hat, zu halten und zum Heile Deutschlands auszunutzen. (Lebhafter Beifall.)

6. Februar. Abg. v. Cuny (nat.lib.):

Wir schätzen die englische Freundschaft auch. Diese ist aber nur dann zuverlässig, wenn die Engländer sich vollständig bewußt sind, daß sie auf Gegenseitigkeit beruht und die Freundschaft Deutschlands für England denselben Wert hat, wie die Englands für Deutschland. Wenn wir unsere Interessen auch England gegenüber zu betonen nicht nachlassen, so wird das erst der rechte Kitt für unsere Freundschaft sein. .... Die Abtretung des Witu-Landes hätte, wenn sie einmal nötig war, in anderer Weise vollzogen werden können. Ich bitte den Reichskanzler, wenigstens die Interessen deutscher Privater, die dort geschädigt sind, bei den weiteren Verhandlungen mit England im Auge zubehalten. .... Die Ostafrikanische Gesellschaft steht nicht in der Lage eines Beschenkten, der nichts als Gegenleistung bringt; sie hat eine sehr wertvolle, lukrative Gegengabe gebracht! Nämlich die Zölle, die erheblich über die 600,000 ℳ, die seitens des Reichs bewilligt werden, hinausgehen. Die Verwaltung des Reichs, die Schutztruppe u. s. w. sind ja nicht zum Schutze der Ostafrikanischen Gesellschaft und ihrer Unternehmungen allein da, sondern zugleich zum Schutze des deutschen Unternehmungsgeistes überhaupt, der sich dort in weitem Spielraum entwickeln wird. Der Abg. Windthorst hat nicht genug betont, daß die gegenwärtige Entwicklung ganz im Einklange steht mit seiner Resolution auf Unterdrückung des Sklavenhandels. Bei der Verhandlung im Reichstage wurde damals schon hervorgehoben, daß die Blokade nicht ausreichend sein würde, daß die Karawanenstraßen beherrscht werden müßten, und dazu bedurfte es der Stationen und der Schutztruppe. Wenn ich als Anhänger der Kolonialpolitik mich bekenne, so thue ich das in dem vollen Bewußtsein, daß jede Kolonisation mit manchen Fehlern, Mißgriffen und vorübergehenden Unfällen anfängt. Die Kolonialgeschichte aller Nationen zeigt, daß sie noch in ganz anderer Weise haben Lehrgeld zahlen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Fest steht aber die Thatsache, daß jede große Nation sich Kolonien geschaffen hat und keine sie freiwillig aufgeben mag. (Beifall rechts.) Ich halte unser Deutsches Reich jedem anderen Staate für ebenbürtig, und wenn alle anderen Nationen koloniale Unternehmungen für richtig erkannt haben, dann halte ich es auch nicht für einen Mißgriff, daß wir Deutsche denselben Weg beschritten haben. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler v. Caprivi:

Der Herr Abg. Dr. von Cuny hat seiner Entrüstung über verschiedene Dinge, die die gegenwärtige Regierung gethan und nicht gethan hat, Ausdruck gegeben. (Heiterkeit links.) Ich greife die drei schwersten Gravamina heraus.

Zunächst hat diese Regierung nicht richtig erfaßt, daß, wenn auch England in der Lage ist, uns etwas zu gewähren, wir doch in der Lage sind, auch selbst England Gegenleistungen zu machen. Der Herr Abgeordnete hat da einen Ton angeschlagen, der in der Zeit nach der Veröffentlichung des deutsch-englischen Abkommens vielfach durch die Presse ging und der in

einer absteigenden Linie zuletzt in der Behauptung gipfelte, die deutsche Regierung habe Unrecht gethan, englische Karten dem deutsch-englischen Abkommen zu Grunde zu legen, man müsse das künftig deutsch machen. Man hätte mit demselben Recht von uns verlangen können, daß wir etwa statt des Längengrades von Greenwich den von Köln oder Berlin unseren Abmachungen zu Grunde legen sollten. Ich bin mir nicht bewußt, daß die gegenwärtige Regierung zu einem solchen Urteil über ihr Verhalten England gegenüber und ihre Auffassung der gegenwärtigen Kräfte und Machtverhältnisse Anlaß gegeben hat.

Wenn er aus dieser seiner Ansicht heraus weiter den Schluß zieht, diese Schwäche oder Unaufmerksamkeit der Regierung trage die Schuld, daß unsere Schiffe nicht rechtzeitig nach Chile gekommen seien, so darf ich mich darauf beziehen, daß deutsche Kriegsschiffe nicht zahlreich genug im Auslande stationiert sind, um immer rechtzeitig da sein zu können, wo etwa Unruhen ausbrechen und deutsche Interessen gefährdet sein können. Das ist im vorliegenden Fall aber so. Wenn wir ein Kriegsschiff nach Chile hätten kommen lassen wollen, so hätten wir es von unserer Station in der Südsee wegnehmen müssen. In der Südsee haben wir wenige Schiffe, da würden sie gefehlt haben, in Samoa oder Neu-Guinea. Vielleicht sind sie da noch nötiger, als wenn sie in Chile sind. Hätten wir das aber befohlen, so ist die Befehlserteilung nach der Südsee eine etwas langsame; der Telegraph reicht nicht überall hin, da ist ein weiter Weg zu machen, und ich habe die Vermutung: das deutsche Kriegsschiff, welches dann nach Chile gegangen wäre, wäre wahrscheinlich angekommen, wenn in Chile längst wieder Frieden war. Wir haben das Mittel gewählt, das, soviel ich weiß, seit unvordenklichen Zeiten in solchen Fällen gewählt wird, daß sich eine Nation an diejenige andere wendet, die in der Lage ist, zunächst die erforderliche Hilfe schaffen zu können. Es wenden sich andere Nationen, Engländer, Russen, in solchen Fällen an uns, und wir haben uns in diesem Falle an England gewandt; ich vermag nicht abzusehen, daß wir damit Unrecht gethan hätten.

Das zweite Gravamen ist Witu. In Witu sind die Interessen von Deutschland dadurch verletzt worden, daß eine Unruhe ausbrach, die das Leben von Deutschen gekostet und ihr Eigentum gefährdet hat. Ich habe, als ich gestern von Witu sprach, geflissentlich mich gehütet, auf diese Dinge einzugehen, weil mir das peinlich war; wenn der Herr Abg. von Cuny das aber wünscht, so bin ich bereit, näher darauf einzugehen. Die Expedition, die unter Herrn Künzel nach Witu ging, setzte sich zweifellos außer Herrn Künzel aus lauter rechtschaffenen Männern zusammen. (Heiterkeit links.) Was aber Herrn Künzel anbetrifft, so war er ein Mann, der, in einer kleinen bayerischen Stadt geboren, ursprünglich zum Seminaristen bestimmt, dann Forsteleve, nachdem er seiner Dienstpflicht genügt hatte, nach Amerika ging. Der Mann wurde sodann, von dort hieher zurückgekehrt, von einem deutschen Gericht wegen Betruges mit zwei Monaten Gefängnis bestraft, ist in die französische Fremdenlegion getreten, mit der nach Tongking gegangen, in Singapore desertiert. Dann zum erstenmal nach Witu gegangen, hatte er dort einen sehr schlechten Ruf, nicht nur bei den Deutschen, sondern auch bei dem Sultan von Witu zurückgelassen, der den Eindruck von ihm erhalten hatte, er sei ein Lügner. Wie es nun gekommen ist, daß ein Mann mit diesen Antecedenzien andere rechtschaffene Deutsche unter seine Fahne sammeln und mit denen seine Expedition ausrüsten konnte, das weiß ich nicht. Sie können aber aus dem Weißbuch lesen, daß Herr Meuschel sich beim Auswärtigen Amt vorsichtigerweise erkundigt hatte, und daß das Auswärtige Amt, dem alle diese Antecedenzien bekannt waren, Herrn Meuschel rechtzeitig gewarnt hatte, nicht mit Künzel zu gehen; trotzdem ging Herr Meuschel

mit ihm. Nun kommt Künzel hin, geht ans Land, hat eine Holzsägemaschine und fängt an, Holz zu sägen, von dem es im höchsten Grad zweifelhaft ist, ob es ihm gehörte. (Heiterkeit links.) Als er daran gehindert wird — der Sultan citierte ihn in die gute Stadt Witu; da wird er interniert —, das gefällt ihm nicht; er stellt sich auf den Markt und braucht einen Ausdruck gegen den Sultan, die rechtschaffene Behörde von Witu, den hier zu wiederholen ich Anstand nehme. Darauf kommt es zum äußersten, und nicht allein Künzel, sondern andere Deutsche büßten ihr Leben und Eigentum ein. Sie werden mir zugeben, daß solche Vorgänge peinlich sind, wenn man darauf einer anderen Regierung gegenüber Schritte gründen soll. Nichtsdestoweniger hat die deutsche Regierung gethan, was sie thun konnte, und fährt noch fort, die Ansprüche der Geschädigten oder deren Erben so entschieden als möglich zur Geltung zu bringen. Wenn der Herr Abg. von Cuny wünschen sollte, privatim über die Rechtslage orientiert zu werden und über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen, so würde der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts gern geneigt sein, diese Auskunft zu geben; wenn das hier vor der Oeffentlichkeit geschähe, so müßte ich besorgen, daß die Interessen der Geschädigten noch mehr geschädigt würden, als sie es ohnehin sind. (Hört, hört! links.)

Das dritte Gravamen des Herrn von Cuny war der Neera-Fall. Die gegenwärtige Regierung, wenn ich den Herrn Abgeordneten recht verstanden habe, hätte nicht gethan, was sie thun konnte, um den Herrn Peters und wer sonst an der Neera beteiligt war, hinreichend zu vertreten. Ich will jetzt vorlesen, was unter dem 28. März 1889, also ehe die gegenwärtige, von Herrn von Cuny getadelte Regierung ihr Amt antrat, an den Grafen Hatzfeldt in London von hier aus telegraphiert worden ist:

> Ew. Exzellenz sind ermächtigt, Lord Salisbury gegenüber gelegentlich zu wiederholen, daß die Expedition Peters das Reich nichts angeht und er und seine Begleiter für uns Privatreisende sind, bei deren Unternehmen wir uns von jeder Förderung fernhalten. Der Reichskanzler würde es natürlich finden, daß England bewaffneten Zügen den Durchmarsch durch seine Interessensphäre in Ost-Afrika versagt. (Hört, hört! links.)

Vielleicht hat der Herr Abg. von Cuny die Güte, anzuerkennen, daß nach diesem Vorgang die jetzige Regierung kaum in der Lage war, die Ansprüche an die Neera anders zu vertreten, als sie es gethan hat. (Sehr richtig! Bravo links.)

Abg. Dr. Barth erklärt:

Seine Partei habe sich gehütet, in der Kolonialpolitik einen einzigen Schritt zu thun, der ihr ausgelegt werden könnte, als ob sie geneigt wäre, überhaupt Kolonialpolitik zu treiben. Seine Partei würde lieber heute als morgen liquidieren. Eine Kolonialpolitik, wie sie getrieben werde, sei unzweckmäßig und unwirtschaftlich. Seine Partei habe diesen Standpunkt nicht verlassen und markiere dies dadurch, daß sie, trotzdem sie jetzt in hohem Maße durch die Ausführungen des Reichskanzlers befriedigt sei, die 3½ Millionen nicht bewillige, weil sie die starke Einmischung des Deutschen Reiches in Ost-Afrika nicht wünsche. Dahingegen sei sie heute noch wie früher bereit, die etwaigen Liquidationskosten im weitesten Sinne des Wortes zu bewilligen. Wenn man ihr einen Weg angeben wolle, auf dem sie aus Ost-Afrika qua Reich herauskomme, sei sie bereit, die Mittel dazu zu bewilligen. Die Schaffung einer Kronkolonie bezeichne ein neues Stadium der Kolonialpolitik. Daß seine Partei dies nicht mitmachen wolle, bringe sie durch die Ablehnung der 3½ Millionen zum Ausdruck.

Schließlich werden statt der von der Regierung geforderten $3^1/_2$ Millionen $2^1/_2$ Millionen für Ostafrika bewilligt.

4. Februar. Im „Vorwärts" erläßt die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags folgenden Aufruf:

„Parteigenossen! In Ausführung des auf dem Parteitage zu Halle a. d. S. gefaßten Beschlusses und in Rücksicht auf die Notwendigkeit, die im Jahre 1889 vom internationalen Arbeiterkongresse zu Paris beschlossene Kundgebung zu Gunsten des Achtstundentages zu einer einheitlichen und wirksamen zu gestalten, hat die unterzeichnete Fraktion nach eingehender Erörterung mit allen gegen eine Stimme beschlossen: den deutschen Arbeitern zu empfehlen, die Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu begehen und weiter dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird. Als Hauptgrund für diese Entscheidung fiel ins Gewicht, daß ein Tag zu wählen sei, welcher der gesamten Arbeiterklasse die Beteiligung an der Kundgebung ermöglicht. Hierzu erscheint nur der Sonntag geeignet. Jeder andere Tag der Woche macht es einer sehr großen Zahl von Arbeitern unmöglich, an der Feier teilzunehmen. Einmal ist vielen Arbeitern das Feiern an einem Werktage besonders zu einer Zeit unmöglich, wo die bürgerlichen Feiertage sich häufen. Sodann hält auch die Erwägung von Konflikten mit der Unternehmerschaft viele Arbeiter von der Beteiligung ab. Hiezu kommen noch als besondere Hinderungsgründe für das laufende Jahr die außergewöhnlich lang andauernde Arbeitslosigkeit während der verflossenen harten Wintermonate und die zunehmende wirtschaftliche Krisis, welche an sich schon Zehntausende von Arbeitern auf das Pflaster wirft und die gesamte Arbeiterschaft in noch höherem Grade als sonst der Willkür der Unternehmer preisgibt. Parteigenossen! Dies sind die Erwägungen, die uns bestimmt haben, den Arbeitern Deutschlands den ersten Sonntag im Mai für die Achtstunden-Kundgebung vorzuschlagen. Wir sind überzeugt, daß ihr diesem Vorschlage mit Einmütigkeit beitreten werdet. Es handelt sich nun darum, unverzüglich alle Vorbereitungen für die Feier zu treffen, welche insbesondere in Massenumzügen und Massenversammlungen zu bestehen haben wird. Eure Aufgabe ist es, durch zweckentsprechende Organisationen dafür zu sorgen, daß die Kundgebung in imposanter, würdiger und ruhiger Weise verläuft. Parteigenossen! Angesichts der Hartnäckigkeit, mit der die Regierungen und die herrschenden Klassen sich weigern, in eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für alle Arbeiter im Interesse ihres körperlichen und geistigen Wohlbefindens zu willigen; angesichts der Thatsache, daß das kapitalistische Produktionssystem uns eben wieder einer Krisis von unabsehbarer Dauer entgegenführt, in welcher das Ueberangebot von Händen und die Lohndrückerei in Permanenz gelangen, wo also eine Verkürzung und gesetzliche Festlegung des Arbeitstages das einzige Mittel ist, um den schlimmsten Wirkungen dieses Zustandes einigermaßen zu begegnen: erscheint es als eine ganz besondere Pflicht, alles aufzubieten, um die Maifeier zu einer wahrhaft großartigen Kundgebung zu gestalten. Hoch die internationale Sozialdemokratie!"

4. Februar. Der Agitator Warken als Vorsitzender des bergmännischen Rechtsschutzvereins richtet anläßlich des Jahrestags der Allerhöchsten Erlasse vom 4. Februar 1890 folgendes Ergebenheits- und Danktelegramm an den Kaiser:

„Die Ew. Majestät treu bis in den Tod ergebenen Bergleute des

Saarreviers gedenken bei ihrer Festfeier der von Ew. Majestät heute vor einem Jahre gesprochenen Worte: ‚Die Saargruben sollen Musteranstalten werden!‘ Für die in diesen Worten von Allerhöchstdemselben bekundete gütige Gesinnung gegen uns wagen wir es vertrauensvoll, unserm Kaiser Wilhelm II., dem Schützer und Beschirmer seines Volkes, unsern tiefgefühlten Dank auszusprechen und Ew. Majestät ehrerbietigst ein tausendstimmiges Glückauf! zuzurufen. Für die Bergleute des Saarreviers: Der Vorstand des Rechtsschutzvereins, gez. Warken, Vorsitzender."

Nach der Germania wurden am 4. Februar überall Festversammlungen im Saargebiet gehalten und dabei von Bergleuten Ansprachen an die Anwesenden gerichtet. Die Häuser in den Bergarbeiterdörfern waren meistens beflaggt. Die Nachtschichter brachten auf fast allen Gruben vor der Einfahrt ein Hoch auf den Kaiser aus. In verschiedenen Ortschaften wurden Fackelzüge veranstaltet.

5. Februar. Die „Hamburger Nachrichten" bringen einen „aus Mitteldeutschland" datierten Aritel, der auf den Fürsten Bismarck zurückgeführt wird. Er führt die Ueberschrift „Die Versöhnungspolitik":

„Die Sperrgeldervorlage wird schwerlich dazu beitragen, das in der Bevölkerung verbreitete Gefühl zu mindern, daß die verantwortlichen Minister in dem Bestreben, alle Welt zu befriedigen und Popularität zu finden, doch zu weit gehen. Ohne Zweifel sind „Erfolge" erzielt, aber mancher derselben, der einen Nickel wert war, wurde mit einem Zwanzigmarkstück bezahlt. Auf diese Weise Versöhnung zu stiften, ist eben nicht schwer; es fragt sich nur, wie das Staatsinteresse dabei gewahrt bleibt. Wenn eine Konzession auf die andere folgt, ohne daß man Gegenleistungen sieht, die auch nur annähernd zu den gebrachten Opfern im Verhältnis stehen, so darf man sich nicht wundern, wenn schließlich im Inlande wie auswärts der Glaube Platz greift, die Männer des neuen Régimes konzedierten in dem Bestreben, zu zeigen, daß es auch ohne den Fürsten Bismarck gehe, alle Forderungen, denen früher ein heilsames Quos ego entgegengesetzt worden wäre. Welche materielle, moralische und politische Nachteile dies zur Folge haben kann, bedarf keiner weiteren Ausführung. Die Haltung, die Oesterreich-Ungarn in den handelspolitischen Dingen einnimmt, beweist vollkommen den Umschwung, der gegen die frühere, dem Verhältnisse beider Staaten zu einander entsprechende Lage stattgefunden hat. Oesterreich erscheint nicht mehr als der werbende, sondern mehr als der gewährende Teil, dem man Opfer bringen muß, um ihn bei guter Laune zu erhalten! Das Abkommen, welches bezüglich Afrikas mit England getroffen worden ist, macht eben Schule und ermutigt das Ausland zu Ansprüchen, die zu stellen es früher nicht gewagt hätte, weil die deutsche Politik, souverän und gänzlich unbeeinflußt durch irgendwelche Nebenrücksichten, lediglich nach Maßgabe der deutschen Interessen entschied und durch energisches, seiner Macht entsprechendes Auftreten sich stets heilsamen Respekt zu sichern wußte. Zu solchen nachteiligen Wirkungen des fortwährenden Nachgebens tritt als weitere Folge, erstens, daß diejenigen, auf deren Kosten dem Auslande Konzessionen gemacht werden, naturgemäß in Unzufriedenheit geraten, und zweitens, daß im Innern alle möglichen Ansprüche und Forderungen im Vertrauen auf die Nachgiebigkeit und das Friedensbedürfnis der Regierung erhoben werden, deren Befriedigung unmöglich ist, deren Ablehnung aber durch das Versöhnungsrégime von seiten böswilliger Agitatoren zu um so größerer Verbitterung der Massen ausgenutzt werden kann. Mit Sozialdemokraten und Ultramontanen ist der Anfang gemacht, das reichs-

ländische Franzosentum, die Welfen und Polen werden nachfolgen. Dazu kommt, daß sich bisher trotz aller Reformbereitschaft der Regierung und eines großen Prozentsatzes der Volksvertretung feste, zuverlässige Majoritätsverhältnisse, welche gleichmäßige Entscheidungen in der Zukunft sicherten, nicht herauszubilden vermocht haben. Nichts ist bezeichnender für die parlamentarische Lage als das trotz aller Beschönigungsversuche höchst fragwürdige derzeitige Verhältnis zwischen Regierung und Konservativen. Die Nationalliberalen scheinen sich bei aller Konnivenz gegen das neue Régime die Entscheidung von Fall zu Fall, die von den unberechenbarsten Einwirkungen abhängt, vorbehalten zu wollen, während das Zentrum in der That Herr der Lage ist und seine Forderungen ganz nach Belieben stellt und stellen kann, wie die Sperrgeldervorlage beweist. Diese enthält das Eingeständnis einer Situation, welche weiter Blickende schon längst als unabwendbar angesehen haben. Endlich gesellt sich zu der allgemeinen politischen Unsicherheit noch die starke Depression, die auf Handel, Gewerbe und Unternehmungsgeist lastet. Worauf diese zurückzuführen ist, soll hier ununtersucht bleiben; hier in Mitteldeutschland und namentlich auch im Süden schwebt die Antwort darauf auf jedermanns Lippen. Industrie und Landwirtschaft, zwei Hauptfaktoren des Erwerbslebens, sind beunruhigt, erstere durch die Behandlung der Arbeiterfrage, letztere durch die drohende Schmälerung des ihr gewährten Zollschutzes. Die Rückwirkung der Beklemmung, die auf diesen beiden großen Erwerbsbranchen lastet, teilt sich naturgemäß dem übrigen wirtschaftlichen Leben mit; das Gold, soweit es nicht durch das Ausland, namentlich durch Rußland, an sich gezogen wurde, ist knapp, schwer beweglich und allen Unternehmungen gegenüber sehr zurückhaltend, während andrerseits die Nachwirkungen der Streiks und der abnorme Winter das Ihre dazu beitragen, das in allen Bevölkerungskreisen herrschende Unbehagen zu vergrößern. Das ist die Auffassung der Lage, wie sie hier gehegt wird. Wie weit sie von der Berliner abweicht, wissen wir nicht; was wir aber wissen, das ist, daß weiten Kreisen des deutschen Volkes das Gemüt erleichtert werden würde, wenn bald etwas geschähe, was das alte Gefühl der Stärke und des Vertrauens wieder aufleben ließe."

7. Februar. Die „Hamburger Nachrichten" bringen über die Kolonialrede des Reichskanzlers einen Artikel mit der Ueberschrift: „Fürst Bismarck und der deutsch-englische Vertrag".

In Anknüpfung an die Aeußerung „England ist für uns wichtiger als Sansibar und ganz Ost-Afrika" wird folgendes ausgeführt:

„Es kann sehr wohl kritische Situationen geben, in welchen der Satz, England sei für uns wichtiger als ganz Ost-Afrika, eine größere Tragweite in Anspruch nehmen kann, als die einer Randbemerkung, welche den Zweck hat, übertriebenen oder voreiligen Bestrebungen Schranken zu ziehen. Es kann auch umgekehrt Lagen geben, in welchen England ein ähnliches Bedürfnis empfinden könnte, die Freundschaft Deutschlands durch koloniale Zugeständnisse zu befestigen. Aber es ist notorisch, daß solche kritische Momente, solche Situationen, in welchen Deutschland etwa zwischen dem Bruche mit England oder dem Verzichte auf Kolonien hätte wählen müssen, 1890 nicht vorlagen. Unsere Beziehungen zu England waren auch ohne Verzicht auf Sansibar und Witu so, wie sie längere Zeit hindurch hätten bleiben können. Nichts drängte derart zum Abschlusse und wir wissen von unseren Hamburger Mitbürgern, welche mit Sansibar in regem Verkehr stehen, daß die dort wohnenden Engländer von der ersten Nachricht von dem deutschen Verzicht überrascht waren und sie für erfunden hielten.

„Wenn verschiedene Blätter und auch solche, die hier in Hamburg erscheinen, aus den zitierten Randbemerkungen des Fürsten Bismarck und aus dem Gewicht, welches er vor weiterem Vorschreiten auf Sicherung des Einvernehmens mit England legte, den Schluß glauben ziehen zu können, daß der frühere Kanzler sich bereits mit der Absicht getragen habe, die Sphäre unserer Wirkung in Afrika so weit einzuschränken, wie es heute der Fall ist, so ist dieser Schluß doch ein sehr gewagter, und auch nicht gerechtfertigt durch den Umstand, daß die Rede des heutigen Kanzlers diese Meinung zulässig erscheinen läßt, ohne sie auszusprechen. Wir halten daher die Aeußerung des „Hamburgischen Korrespondenten", „der Reichskanzler habe die Behauptung, Fürst Bismarck hätte den Vertrag nicht geschlossen, in schlagender Weise widerlegt," nach dem bisher der Oeffentlichkeit vorliegenden Material für unerwiesen.

„Herr von Caprivi erklärt nicht, daß er bei seinem Amtsantritt die Verhandlungen in einer Lage gefunden habe, welche einen Abschluß des deutsch-englischen Vertrages vom 1. Juli 1890 geschäftlich geboten oder doch den Verzicht darauf schwierig gemacht hätte. Er macht hierbei die Mitteilung, er habe sich bei seinem Amtsantritt davon überzeugt, was für Vorgänge da seien und was für einen Standpunkt die Regierung eingenommen habe. Er sagt aber nicht, daß er sich durch Rücksprache mit seinem Vorgänger darüber vergewissert habe, und wir nehmen nach dem Wortlaute seiner Rede an, daß er seine Kenntnis über den damaligen Standpunkt der Regierung lediglich durch Einsicht der Akten gewonnen hat. Er würde sonst gewiß nicht nur fragmentarische Marginalbemerkungen seines Vorgängers angeführt, sondern sich auch auf den Inhalt der mündlichen oder schriftlichen Aeußerungen über den status quo bei Uebernahme des Amtes bezogen haben. Herr von Caprivi rechtfertigt den Vertrag auch in der Hauptsache nicht als ein Zwangsergebnis der übernommenen Geschäftslage, sondern als ein Abkommen, welches sich vermöge der Vorteile, die es Deutschland gewährt, sachlich empfohlen habe. Der Inhalt seiner Rede vertritt den Abschluß objektiv, als einen für das Reich nützlichen und verdienstlichen. Die Auffassung wird allerdings abgeschwächt durch den Versuch, einen Teil der Verantwortlichkeit für den Abschluß auf seinen Vorgänger im Amte zu übertragen und demselben einen Anteil an dem Verdienste des Vertragsabschlusses zuzuweisen, einen Anteil, welchen Fürst Bismarck niemals für sich in Anspruch genommen hat. Wir dürfen vielmehr nach Veröffentlichungen von Interviewern aus dem vorigen Jahre annehmen, daß der frühere Kanzler ausdrücklich gesagt hat, er würde, wenn er noch im Amte gewesen wäre, zu dem Abschlusse über Sansibar nicht geraten haben. Er legt, wie auch aus dem Inhalt seiner von seinem Nachfolger veröffentlichten vertraulichen Marginalien hervorgeht, hohen Wert auf die Uebereinstimmung mit England, generell sowohl als auch in Ost-Afrika, wir vermuten aber, daß er an volle Gegenseitigkeit dieser Wertschätzung bei Lord Salisbury stets geglaubt hat, aber nicht an das Bedürfnis und noch weniger an die Notwendigkeit, die Fortdauer der englischen Freundschaft durch das fragliche Abkommen zu sichern; er hatte an der Festigkeit dieser Freundschaft, solange Salisbury im Amte ist, aus allgemeinen politischen Gründen überhaupt keinen Zweifel."

10. Februar. Das Abgeordnetenhaus nimmt ein Wildschadengesetz in dritter Lesung mit allen gegen einige konservative Stimmen an, nachdem Minister v. Heyden erklärt hat, er könne zwar, da er mit manchen Bestimmungen nicht übereinstimme, das

Gesetz im Herrenhause freudigen Herzens nicht vertreten, werde sich aber bemühen, daß ein praktisches Ergebnis herauskomme.

12. Februar. Das „Deutsche Tageblatt" bringt folgenden Artikel „Ein ernstes Wort zur Lage":

„In der öffentlichen Meinung tritt neuerdings eine starke Strömung einer verdrießlichen und das Gefühl des Unbehagens weiterpflanzenden Stimmung zu Tage, und es läßt sich leider nicht leugnen, daß dieses Mißvergnügen hier und da auch in konservativen Kreisen in einer Form zum Ausdruck kommt, die sich von der seit Jahren und mit besonderem Nachdruck unter der Amtsführung des Fürsten Bismarck bekämpften nörgelnden Manier des Freisinns wenig oder gar nicht unterscheidet. Nun nimmt die konservative Partei selbstverständlich das Recht einer sachlichen Kritik gegenüber den Regierungsvorlagen und Regierungsmaßnahmen für sich in Anspruch; sie wird auch, wo Bedenken allgemeinerer Art gegenüber der von der Regierung auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet innegehaltenen Richtung bei ihr auftauchen, mit einem Wort der Warnung nicht zurückhalten. Ihre Kritik kann und darf aber aus dem sachlichen Rahmen nicht heraustreten, kann nicht zu Uebertreibungen und gehässigen Zuthaten persönlichen Charakters greifen und darf nicht zu einer tendenziösen Predigt des Mißmuts und der Voreingenommenheit ausarten. Die konservative Partei hat die Pflicht, und kann sich in keiner Lage und unter keinen Umständen von ihr abdrängen lassen, ihrer Gesamtstellung zur Regierung Seiner Majestät des Königs das Gepräge der Treue und der Loyalität zu erhalten, wie andererseits diese Regierung Seiner Majestät zwar keine Parteiregierung sein kann, aber sich naturgemäß mit denjenigen Parteien zusammenfinden und Verständigung mit ihnen suchen muß, die den monarchischen Gedanken vertreten.

„Beurteilt man von dieser Grundstellung aus das gegenwärtige Treiben in einem Teil der Presse, so ist der Eindruck einer bedauerlichen und ungehörigen, ja widerwärtigen Erscheinung unabweisbar. Man macht die Beobachtung, daß von bestimmten Zentren aus in vollbewußter Weise das Ansehen der Regierung untergraben und vor allem versucht wird, die Vorstellung zu verbreiten, daß sie mit unzulänglichen Kräften ihrer Aufgabe gegenüberstehe, schwankend und haltlos, ohne festen Kurs, sich von der öffentlichen Meinung hin und hertreiben lasse und in ihren Verhandlungen mit dem Ausland durch ein zuweit gehendes Entgegenkommen das Ansehen und das Interesse Deutschlands schädige. Man beobachtet insbesondere, und das ist das Verletzendste und Unerträglichste für die konservative Empfindungsweise, daß vielfach auch die Person Seiner Majestät in mehr oder weniger versteckter Weise in diese Kritik hineingezogen und zur Zielscheibe ebenso unehrerbietiger und hämischer, wie sachlich unbegründeter Ausfälle gemacht wird. Wir erinnern in dieser Beziehung an den gestern auszugsweise wiedergegebenen Artikel der „Münchener Allgemeinen Zeitung", über dessen Ursprung und Kausalzusammenhang mit dem Verdruß über einen soeben vollzogenen Wechsel in der Besetzung eines hohen Militärpostens kein Zweifel bestehen kann, und der in der Ausstreuung boshafter Unterstellungen und tendenziöser Unwahrheiten, so der Mitteilung, daß Seine Majestät geäußert haben solle, er wolle in Zukunft sein eigener Generalstabschef sein, wahrhaft Empörendes leistete. In dieselbe Kategorie gehört das Herumtragen von Gerüchten, die sich auf die Stellung des Herrn Finanzministers von Miquel beziehen, von angeblich bevorstehenden Teilungen der Aemter des Herrn Reichskanzlers von Caprivi, von Rivalitäten und Verstimmungen zwischen den Ministern u. s. w. fabeln und, wie bereits festgestellt, völlig aus der Luft gegriffen

sind. In allen diesen Dingen tritt eine bestimmte Tendenz, die auf die Erzeugung einer Stimmung des Unbehagens hinarbeitet, die insbesondere auch unter den Konservativen immer aufs neue Mißtrauen wachzurufen sucht, die, mit einem Worte, aufwühlen will, unzweideutig zu Tage."

In der Polemik gegen diesen Artikel sagt die „Kreuzzeitung":

„Das „Deutsche Tageblatt" kommt jetzt freilich mit Andeutungen heraus, die auf einen gewissen Rückhalt schließen lassen sollen, indem es die Herren v. Helldorf und Freiherr v. Manteuffel als seine Hintermänner namhaft macht. Ob letzterer damit einverstanden ist, bezweifeln wir noch sehr; Herrn v. Helldorf aber überlassen wir dem „Deutschen Tageblatt" gern. Wir haben seine Politik niemals für eine weitsichtige, der konservativen Sache ersprießliche gehalten, sind vielmehr stets der Ansicht gewesen, daß insbesondere die Art, wie er die Presse seit Jahren beeinflußt, schließlich zur Sprengung der konservativen Partei führen muß, und daraus haben wir kein Hehl gemacht."

Als Antwort hierauf bringt die „Konservative Korrespondenz" folgende parteioffizielle Erklärung (vgl. 21. Febr.):

„Die Fraktion der Deutsch-Konservativen des Reichstages hat mit Bedauern von dem persönlichen Angriffe Kenntnis genommen, welcher in Nr. 77 der „Kreuzzeitung" gegen die Mitglieder des Vorstandes der Fraktion, Freiherrn v. Manteuffel und Herrn v. Helldorff, gerichtet worden ist. Die Fraktion spricht ihr volles Vertrauen zu den genannten Herren aus."

13. Februar. Auf einem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler macht der Kaiser in einem Gespräch mit dem Reichstagsabgeordneten Grafen Konrad Preysing Aeußerungen über die Stimmung Süddeutschlands dem Reiche gegenüber, er betont das Heranwachsen eines neuen Geschlechts und sagt von sich selbst:

„Ich habe nicht die Empfindung von 1866, sondern die von 1870." Auf die Parteiverhältnisse eingehend, bemerkt der Kaiser, für ihn gebe es nur zwei Parteien: die staatserhaltende und die derselben entgegengesetzte. Ferner äußert der Kaiser seine Befriedigung über die Wirkung der Aufhebung des Sozialistengesetzes und fügte hinzu, die Sozialdemokratie habe freie Bewegung im Rahmen der Gesetzlichkeit; darüber hinaus werde sie die schärfste Zurückweisung erfahren.

14. Februar. Freiherr v. Soden wird zum Gouverneur des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebietes ernannt. Wißmann, Peters und Emin werden ihm bald darauf als „Reichskommissare zur Verfügung des Gouverneurs" beigegeben.

15. Februar. In Bochum tagt eine Delegiertenversammlung der deutschen Bergarbeiter, vom Einberufer Bringewald-Wattenscheid geleitet. Auswärtige Delegierte sind anwesend aus Sachsen (Otto-Teuchern), Saarbrücken (Moor), Wurmrevier (Otten), Schlesien (Reichelt-Altwasser).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Prüfung der Forderungen der Bergleute. Bringewald bemerkt einleitend, daß der Aufruf zu der Versammlung von den Zeitungen aller Parteischattierungen, aber nicht von der

nationalliberalen Presse, aufgenommen worden sei. Die Forderungen der Bergleute seien immer als unberechtigt bezeichnet worden; erst in letzter Zeit hätten zwei hervorragende Männer, die Herren Reichstagsabgeordneter Müllensiefen und Bürgermeister Vattmann-Gelsenkirchen, unumwunden anerkannt, daß sie berechtigt seien. — Darauf verliest Bauer-Weitmar die Forderungen, die einstweilen folgendermaßen festgesetzt wurden:

1. Achtstündige Schicht inkl. Ein- und Ausfahrt.
2. Verbot von Ueberschichten; wenn Ueberschichten nötig, nur mit Erlaubnis der Arbeiterausschüsse, und dann gegen doppelten Lohn.
3. Einrichtung von Einigungsämtern und Arbeiterausschüssen.
4. Wegfall der Füllkohlen und Regelung des Wagennullens.
5. Steigender Lohn mit steigendem Gewinn.
6. Wiedereinstellung der Bergleute, die infolge der Organisationsbestrebungen entlassen sind.
7. Erhaltung der Knappschaftskasse als Wohlfahrtseinrichtung.

18. Februar. Die Kaiserin Friedrich und die Prinzessin Margarete treten eine Reise nach Paris an, wo sie bis zum 27. Februar verweilen (vgl. Frankreich).

20. Februar. Die preußische Regierung legt 250 Millionen und die deutsche Reichsregierung 200 Millionen 3prozentige Anleihe im Kurse von 84,40 auf. Die aufgelegten 200 Millionen Reichsanleihe werden mehr als 46fach, die 250 Millionen preußische Anleihe nahezu 30fach gezeichnet.

21. Februar. Der Kaiser hält bei dem Festmahl des brandenburgischen Provinzial-Landtages folgende Rede:

„In Meinen Dank für die freundlichen Worte des Herrn Vorsitzenden möchte Ich zunächst das tiefe Bedauern und den innigen Schmerz einschließen, der Mein und, Ich bin fest überzeugt, Ihrer Aller Herren durchzogen hat bei dem Verlust eines Ihrer wertesten Mitglieder; Ich meine des Herrn v. Rochow-Plessow. Ihm, einem alten märkischen Edelmann von treuem, festem Schrot und Korn, einem Vorbild aller ritterlichen Tugenden, der seinem Fürstenhause treu ergeben war bis zum letzten Atemzuge seines Lebens, möchte Ich als König noch nachträglich Meinen Dank aussprechen für das lange Leben treuen Arbeitens, welches er für Meine Vorfahren und für Mich im Dienste der Provinz zugebracht hat.

Brandenburgische Männer! Ich freue Mich von ganzem Herzen, daß es Mir vergönnt ist, wieder einen Abend unter Ihnen zuzubringen, denn es ist Einem immer wohl, mit Männern sich zusammenzufinden, von denen man weiß, daß man mit ihnen übereinstimmt und daß man sich miteinander eins fühlt.

Wir stehen gewissermaßen noch unter dem Schatten jenes Tages, den wir vor kurzer Zeit gefeiert haben, Ich meine des Jubiläums jenes großen Brandenburgers, von dem Ich so oft und gern zu Ihnen gesprochen habe, des Großen Kurfürsten, jenes Mannes, der mit seinem vollsten Herzen und allen Fibern an seinem Heimatlande hing und mit unermüdlicher, rastloser Thätigkeit dafür sorgte, daß aus tiefer Not und tiefem Elend die Mark Brandenburg zu einem festen, einigen Ganzen emporstieg. Es ist der Vorfahre von Mir, für den Ich die meiste Schwärmerei habe, der von jeher Meiner Jugend als Vorbild vorangeleuchtet hat.

Ich weiß sehr wohl, daß in dieser Zeit und im vergangenen Jahr

manches geschah und sich ereignet hat, was Ihre Herzen und Gemüter bewegt. Ich freue Mich, daß Meiner Aufforderung zum gemeinsamen Arbeiten, zum einigen Thun im Lande, welche Ich damals in Schleswig-Holstein und später in Schlesien aussprach, so gerne und willig in jeder Beziehung in der Bevölkerung entsprochen worden ist, ebenso auch hier in der Mark Brandenburg. Ich meine aber zu gleicher Zeit einen gewissen Stillstand wahrnehmen zu können, ein gewisses Zagen und ein gewisses Zaudern; Ich meine zu sehen, daß es den Herren nicht leicht wird, den Weg zu erkennen, den Ich beschreite und den Ich Mir vorgezeichnet habe, um Sie und uns Alle zu Meinem Ziel und zum Heil des Ganzen zu führen.

Wenn wir Schritte thun und arbeiten wollen zum Heile des Ganzen, so müssen wir dieses auch immer im Auge haben. Zu diesem Zwecke thut es wohl gut, sich zuweilen in unsere Geschichte rückblickend zu vertiefen.

Ich habe im vorigen Jahre an einer Stelle gestanden, die uns allen teuer, lieb und wert, Ich möchte sagen geheiligt erscheint; es ist der Boden von Memel. Ich bin in dem Hause gewesen, wo Meine Urgroßeltern gelebt und ihre Zeit in schwerer Anfechtung und Sorge zugebracht haben, da unser Land zerschmettert am Boden lag, den Eroberer in sich walten und schalten sehend, ohne Hoffnung auf die Zukunft. Und gerade von dort aus, da niemand wußte und niemand sich denken konnte, daß das Land sich jemals wieder erheben würde, von dort aus sind die ersten Anfänge zur Größe unserer Jetztzeit ausgegangen. Das Fürstenhaus, festhaltend an Gott, am Glauben, an der Treue zu seiner Pflicht; das Volk, fest vertrauend der Hand seines Führers: sie fanden sich beide wieder zusammen, und in diesem Vertrauen liegt die Größe, darin liegt das Geheimnis der Größe unseres Vaterlandes.

Ich weiß sehr wohl, daß es in der Jetztzeit versucht wird, die Gemüter zu ängstigen. Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land; gehüllt in schillernd verführerisches Gewand, versucht er die Gemüter Meines Volkes und die Mir ergebenen Männer zu verwirren; eines Ozeans von Druckerschwärze und Papier bedient er sich, um die Wege zu verschleiern, die klar zu Tage liegen und liegen müssen für jedermann, der Mich und Meine Prinzipien kennt. Ich lasse Mich dadurch nicht beirren. Es mag Meinem Herzen wohl wehe thun, zu sehen, wie verkannt die Ziele sind, die Ich verfolge; aber Ich hege das Vertrauen, daß alle diejenigen, die monarchisch gesonnen sind, die es gut mit Mir meinen, und daß vor allen Dingen die brandenburgischen Männer nicht einen Augenblick wankend geworden sind und nie gezweifelt haben an dem, was Ich that.

Wir müssen vorwärts streben, wir müssen arbeiten und im Innern kämpfen. Aber wenn das Ganze gedeihen soll, so, seien Sie sich dessen klar, müssen hier und da im Einzelinteresse Opfer gebracht werden.

Unsere jetzigen Parteien sind gegründet auf Interessen und verfolgen dieselben oft zu sehr, eine jede für sich. Es ist ein hohes Verdienst Meiner Vorfahren, daß sie sich nie zu den Parteien gestellt, sondern daß sie stets darüber gestanden haben und daß es ihnen gelungen ist, die einzelnen Parteien zum Wohle des Ganzen zu vereinigen. Nun, Sie sehen ja, wie der Erfolg diese Bemühungen gekrönt hat zum Heil des Ganzen, zum fortschreitenden Gedeihen unserer Arbeit.

Ich hoffe und spreche die feste Zuversicht aus, daß ein jeder von Ihnen in seiner Arbeit und in seinem Wirkungskreis verstehen wird, daß er für das Ganze wirken und arbeiten soll, daß er Mir treu zur Seite stehen und Mir helfen muß. Ich glaube nicht, daß die brandenburgischen Männer zaudern werden, Mir zu folgen auf den Bahnen, die Ich beschreite.

Sie wissen, daß Ich Meine ganze Stellung und Meine Aufgabe als

eine Mir vom Himmel gesetzte auffasse, daß Ich im Auftrag eines Höheren, dem Ich später einmal Rechenschaft abzulegen habe, berufen bin. Deshalb kann Ich Sie versichern, daß kein Abend und kein Morgen vergeht ohne ein Gebet für Mein Volk und speziell ein Gedenken an Meine Mark Brandenburg.

Nun, Brandenburger! Ihr Markgraf spricht zu Ihnen, folgen Sie Ihm durch Dick und Dünn auf allen den Wegen, die Er Sie führen wird! Sie können versichert sein, es ist zum Heil und zur Größe unseres Vaterlandes.

In dieser Gesinnung rufe Ich: Es lebe die Provinz Brandenburg, hurra! hurra! zum drittenmal hurra!"

Bei dieser Gelegenheit dankt der Kaiser dem Freiherrn v. Manteuffel in sehr gnädiger Weise für die Entschiedenheit, mit der er in Sachen des Artikels „Ein ernstes Wort zur Lage" Schulter an Schulter mit Herrn v. Helldorf die Aktion geführt habe.

23. Februar. (München.) Reichstagsabgeordneter v. Vollmar spricht in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei über „die Arbeiterschutzgesetze vom Standpunkte der Regierung und von dem der Sozialdemokratie", worin er erwähnt, daß der bekannte kaiserliche Erlaß von den Arbeitern mit freudiger Ueberraschung aufgenommen worden sei. Aber von dem Erlasse sei so viel wie nichts verwirklicht worden, und mächtiger als der hohe Wille habe sich die Allianz der Bureaukratie mit dem Kapital erwiesen.

23. Februar. Die Berliner Staatsanwaltschaft verklagt das „Deutsche Tageblatt" wegen eines Gedichts, in dem es heißt:

„Wo ist der Mund, der Richter niederwettert,
Wo ist die Faust, die diesen Wicht zerschmettert?"

24. Februar. (Reichstag.) In der Budget-Kommission hält der Staatssekretär Admiral Holtmann eine längere Rede, die erhebliche Vergrößerung der Marine in Aussicht stellt. Die Kommission lehnt einen Teil der Forderungen mit großer Majorität ab.

25. Februar. (Straßburg.) Der Statthalter hält eine Rede an den Landesausschuß, in der er den loyalen Sinn der Bevölkerung rühmt und fortfährt:

„Damit ist aber die Frage nicht erledigt. Es handelt sich — abgesehen von dem größeren oder geringeren Vertrauen in die Absichten unserer westlichen Nachbarn — auch um die Stimmungen und Beziehungen zwischen dem Reichslande und dem Reiche. Es gab eine Zeit, wo diese gestört waren. Auf diese Zeit sind die Maßregeln zurückzuführen, die auf dem Lande gelastet haben und teilweise noch jetzt lasten. Fürst Bismarck, der jene Maßregeln veranlaßt hatte, wurde dabei nicht bloß von polizeilichen Motiven

geleitet; er glaubte augenscheinlich auch der damals in Deutschland herrschenden Stimmung, dem damals herrschenden Mißtrauen Rechnung tragen zu sollen.

Dies ist nun anders und besser geworden, das Vertrauen hat hier und dort zugenommen, und Worte, wie die, welche unser verehrter Freund gesprochen hat, werden dazu beitragen nnd haben dazu beigetragen, das gegenseitige Vertrauen zu befestigen und zu erweitern. Und so können wir hoffen, nach und nach zu normalen Zuständen zurückzukehren.

27. Februar. (Reichstag.) Die Forderung der Verwandlung von 171 Hauptmanns- in Stabsoffiziersstellen wird abgelehnt.

Es folgen die Unteroffiziersprämien. Hierbei hält der Reichskanzler folgende Rede:

Als die verbündeten Regierungen darauf verzichteten, ein Sozialistengesetz wieder einzubringen, waren sie sich über zwei Dinge klar: einmal, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie die ernsteste Frage unserer Zeit ist, eine Frage, die jahrzehntelang die Welt beschäftigen kann und deren Erledigung des Schweißes der Edelsten wert ist. Sie waren sich ferner darüber klar, daß, wenn auch ein Sozialistengesetz als Ganzes nicht wieder eingebracht wurde, alle diejenigen Maßregeln ergriffen werden müßten, die sich im Laufe der Zeit als geeignet herausstellten, der Sozialdemokratie entgegenzutreten, sei es, daß man ihr den Boden unter den Füßen wegzöge, sei es, daß man in offenen Kampf mit ihr einträte. Und wenn ich mir das Wort erbeten habe, so war es nicht in meiner Eigenschaft als alter Soldat, sondern als Reichskanzler, der selbst von der Erwägung ausgeht, daß diese erste, wichtigste Frage unserer Zeit auch in die Unteroffizierfrage tief eingreift, und zwar auf zwei verschiedenen Gebieten. Einmal was den Unteroffizier angeht, solange er im aktiven Dienst steht, dann was den Unteroffizier angeht, wenn er in Zivilversorgung ist. Ich weiß sehr wohl, daß niemand in der Lage ist, die Sozialdemokraten ganz zu befriedigen, wie denn überhaupt kein Mensch ganz zu befriedigen ist, am wenigsten aber diese Herren. (Heiterkeit.)

Aber ich glaube, daß versucht werden muß, was versucht werden kann, um weder in den Unteroffizieren in der Front, noch in den zivilversorgten Unteroffizieren Mißvergnügte zu erziehen.

Was nun die letzteren angeht, so werde ich nicht eingehen auf die Zahlenvergleiche, ich will aber die Frage berühren: Was bietet denn die Zivilversorgung, wenn der Unteroffizier sie endlich nach langen Mühen erreicht, in vielen Fällen? Das stellt sich unendlich verschieden heraus, das hängt zuerst davon ab: in welcher Garnison steht der Unteroffizier, bei welchen Behörden kann er sich persönlich vorstellen? Denn man mag machen, was man will, man wird der Zivilbehörde niemals die Berechtigung abschneiden können, daß sie die Qualifikation des Anwärters prüft, und wenn er auch unter so vielen Anwärtern auf der Liste die Nummer 60 erhält, so wird er in drei, vier Jahren nicht weit herangerückt sein, wenn es ihm nicht gelingt, den Vorgesetzten in Zivil die Ueberzeugung beizubringen, daß er für die Stelle auch ein brauchbarer Mensch ist. Das ist ein ganz berechtigtes Verlangen der Zivilbehörden. Die Folge davon ist, daß ein großer Teil der Unteroffiziere jahrelang herumgeht und sucht; er wird hier abgewiesen und da abgewiesen, der eine probiert es mal, es gefällt ihm nicht, er geht in eine zweite Stelle, und so ist schon diese Uebergangsstelle, in der der Mann suchen muß, in der er sich den versprochenen Vorteil realisieren will, vielfach eine Quelle der Mißvergnügtheit. Und so ist es weiter mit

vielen der Zivilstellen. Das werden auch die Herren im Hause wissen, die bei Behörden angestellt sind oder mit ihnen in Verbindung stehen; am besten kommt immer doch der Schreiber aus der Truppe an, er hat eine Vorbildung, die er in jeder Behörde mehr oder weniger verwerten kann; der alte in der Front gediente Unteroffizier, der seine zehn bis zwölf Jahre Rekruten gedrillt hat und nicht auf dem Bureau war — dieser wird von jeder Behörde mehr oder weniger ungern aufgenommen. Ich bin in dieser Beziehung insofern nicht ohne Erfahrung, als ich als Chef der Admiralität in der Lage war, einmal eine Truppe unter mir zu haben, also Unteroffiziere zu befehligen, für deren Versorgung ich als ihr Befehlshaber mich verantwortlich fühlte; auf der anderen Seite eine Behörde, deren Leistungen unter mangelhaft vorgebildeten Unteroffizieren herabkommen zu lassen ich aber nicht dulden wollte. Da kommen denn doch sehr krasse Verhältnisse vor. Wenn also ein zwölf Jahre gedienter Mann in dem Range eines Feldwebels der Armee, der hier und da herumgesucht hat, endlich in der Admiralität eine Anstellung findet, so glaubt er, er ist gut weggekommen; wenn er aber sieht, daß er täglich fünfundzwanzig Oefen zu heizen und fünfundzwanzig Zimmer zu reinigen hat, so wird er doch der Meinung, daß er sich zwölf Jahre lang geirrt hat, als er glaubte, daß die Zivilversorgung wirklich eine Belohnung war. Also ein großer Teil derjenigen Posten, die nominell dem Unteroffizier offen stehen, ist bei dem Bildungsgrad, den wir heutzutage von den Unteroffizieren fordern müssen und den wir steigern müssen, diese Versorgung ist in der That keine Belohnung. Daß wir aber die Anforderungen an die Unteroffiziere steigern müssen, liegt in dem ganzen Bildungsgang, in der zunehmenden Bildung der Nation. Ein Vorgesetzter wird nur in dem Grade seine Stellung als Vorgesetzter leicht ausfüllen können, als er sich seinen Untergebenen überlegen fühlt. In der Zeit, in der ich in die Armee eintrat, hatte der Unteroffizier diesen Grad von Ueberlegenheit in seiner Technik, in einer gewissen formalen Ausbildung, die er sich durch seine lange Dienstzeit gegenüber dem Manne angeeignet hatte. Wenn ein Unteroffizier bei der Paroleausgabe die vier Mann, die um den Parolekreis standen, richtig hinbringen konnte, ohne einen reglementarischen Fehler zu machen, wenn er die verschiedenen Stadien einer Wachtparade tadellos durchlief, so war er ein Mann, der in den Augen der Gemeinen sich schon eines gewissen Ansehens erfreute, denn er konnte etwas, was die Gemeinen nicht konnten. Heutzutage liegt die Sache anders. Der Unteroffizier kann ein vorzüglicher Mensch sein, er schießt aber vielleicht viel schlechter als alle seine Untergebenen; mit dieser technischen Kunst erringt er sich nicht mehr das Ansehen, das er seinen Untergebenen gegenüber braucht. So könnte ich eine ganze Reihe von Beispielen aus allen Waffengattungen anführen. Ist das aber zugegeben, daß die technische Ueberlegenheit nicht mehr für einen Unteroffizier durch die Dienstzeit zu erwerben ist, so folgt sofort weiter, daß er seine Ueberlegenheit in anderen Dingen suchen muß. Nun wird aber schon in den gewöhnlichen Verhältnissen die Erhaltung der Disziplin dadurch erschwert, daß wir in die Armee Leute bekommen — ich habe mir schon einmal erlaubt, das auszusprechen —, die nach dieser Richtung hin ungleich schlechter vorgebildet sind als früher. Es ist einmal eine gewisse Zuchtlosigkeit eingerissen. Das läßt sich nicht leugnen. Und diesen zuchtlosen, oft äußerst gerissenen Elementen gegenüber die vorgesetzte Stellung zu bewahren, sich die Autorität zu bewahren, ist keine leichte Aufgabe; und von den Unteroffizieren, mit denen ich noch zusammen Unteroffizier in der Kompagnie gewesen bin, würde nur noch ein kleiner Teil mitspielen können, die Kritik der Untergebenen würde sie sofort lahmlegen, und es würde ihnen schwer sein, ihre Stellung zu halten. Sie werden nun sagen: dazu ist ja die Disziplin, das Militärstrafgesetzbuch, die Disziplinar-

ordnung da. Aber in der deutschen Armee hat man von jeher danach getrachtet — und ich glaube, mit Glück, und ich glaube, ein Teil unserer kriegerischen Erfolge beruht auf diesem Bestreben —, daß der Vorgesetzte den Untergebenen vor Vergehen bewahren soll. (Sehr richtig! rechts.)

Wir haben nicht wie andere Armeen einen Strafkodex, worin es heißt, wenn du das und das begehst, bekommst du drei Tage u. s. w., sondern wir verlangen von unseren Vorgesetzten und gerade von den Vorgesetzten, die, wie die Unteroffiziere mit den Gemeinen zusammenleben, am meisten, daß sie den Vergehungen vorbeugen sollen im unausgesetzten Verkehr mit dem Manne. Den Grad geistiger Ueberlegenheit bewahren, der dazu gehört, das werden wir auf die Dauer nur können nicht allein, wenn wir ein komplettes Unteroffizierkorps uns erhalten, sondern wenn wir das Unteroffizierkorps in Bezug auf seine Bildung seinen sittlichen Wert höher zu stellen suchen, als wir es bisher gethan haben.

Es wird sehr viel über die Mißhandlungen in der Armee geklagt, man nimmt jetzt Statistiken darüber auf, man bringt grobe Fälle zum Teil in die Zeitungen, und während ich die Ueberzeugung habe, daß es von Jahr zu Jahr besser wird, wird von Jahr zu Jahr mehr geklagt, worüber ich nichts sagen will. Es ist das ein vollkommen berechtigter Wunsch und auch von der höchsten Stelle vollkommen anerkannt, daß die Mißhandlungen aufhören sollen. Mehr geworden als früher sind sie aber nach meinem Dafürhalten nicht. Indessen auch nach dieser Richtung hin ist uns der besser vorgebildete Unteroffizier mehr wert als der rohere; er wird seltener seinem Temperament, selbst wenn er gereizt wird, was oft vorkommt, die Zügel schießen lassen, als der ungebildete. Wenn schon unter den gegenwärtigen gewöhnlichen Verhältnissen die Erhaltung der Disziplin erschwert wird, so wird das noch schwerer werden, wenn wir uns Zeiten vergegenwärtigen, in denen der Kampf gegen die Sozialdemokratie — ich will das Wort Kampf nicht mal in dem Ausdruck von Schießen und Stechen brauchen — lebhafter wird. Meine Erinnerungen reichen noch in das Jahr 1848 zurück. Die Truppe trat damals in sehr schwere Verhältnisse, aber in ungleich besser dafür situierte ein als heutzutage, denn es war nicht eine lange Schulung der Ideen, nicht die Erziehung einer Generation mit verderblichen Ideen vorhergegangen, sondern diese Ideen traten plötzlich, wie wenn der Vorhang weggezogen war, vor das Volk, und es war das allgemeine Gefühl vielfach in der Truppe: was wird nun? Da waren die alten Unteroffiziere diesen noch in keiner Weise sozialistisch angehauchten Mannschaften gegenüber in einer ungleich besseren Lage, als wenn die Sozialdemokraten jetzt den Versuch machten, in die Armee einzutreten, unsere Unteroffiziere heut sein werden. Wir müssen von den Unteroffizieren mehr verlangen als damals.

Und wenn ich nun auch den äußersten Fall berühren darf, daß es mal zum Kampf mit den Sozialdemokraten käme, so bedürfen wir für einen solchen Kampf einer viel besseren Disziplin, als für den Kampf vor dem Feinde. Vor dem Feinde kann auch eine höchst dürftige Truppe durch den Patriotismus, durch erhebende Gefühle in einen Grad von Opferfähigkeit gesetzt werden, der sie zu großen Leistungen befähigt. Der Straßenkampf und was damit zusammenhängt, deprimiert. Da ist kein Faktor, der geeignet wäre, das Selbstgefühl der Truppen zu erhöhen, da ist keine Kampfeslust, auch hat jeder das Gefühl, er steht Landsleuten gegenüber. Es wird jedem da sehr schwer, zum äußersten zu schreiten. Für einen solchen Kampf brauchen wir ganz andere Unteroffiziere, als wir sie brauchen würden selbst im Gefecht.

Nun haben die Herren vom Fortschritt es gern gehört, was ich bei anderer Gelegenheit mal gesagt habe: wir werden das Gute nehmen, wo wir es finden. Dieser Meinung bin ich auch heute noch, das ist meine An-

sicht auch heute und wird es auch bleiben. Aber ich möchte mir doch den Vorschlag erlauben, es nicht lediglich bei guten Worten bewenden zu lassen, sondern auch mal zum guten Werk überzugehen und nun mit der Regierung für eine Vorlage zu stimmen, bei der Sie zeigen können, daß Sie zu dem staatserhaltenden Element sich zu rechnen geneigt sind. (Beifall rechts.)

Der Herr Abg. Hinze hat uns gesprochen von weitergehenden Plänen, daß er für die Verbesserung des Loses der Unteroffiziere in eine Beratung später einzutreten geneigt wäre. Er hat ein Wort nicht ausgesprochen, was, wenn ich mich nicht irre, sonst von jenen Bänken auch wohl geäußert ist: macht doch die Unteroffiziere zu Offizieren, gebt ihnen doch diese Perspektive. Ja, ich habe noch in einem Truppenteil mit einem solchen Unteroffizier zusammen gedient, der für Bravour vor dem Feinde zum Offizier befördert war. Es war das ein Mann, der sich in dem Offizierkorps auch als Mensch der höchsten Achtung erfreute, mit dem wir alle gern zusammen waren, der aber schließlich doch ein peinliches Dasein führte, denn er war in Verhältnisse gekommen, für die seine ganze Vergangenheit nicht paßte, und trotz allen Wohlwollens des Offizierkorps waren tausend Schwierigkeiten da, über die wir ihm nicht hinweghelfen konnten. Was die verbündeten Regierungen hier wollen durch diese Vorlage, ist, das Niveau unserer Unteroffiziere heben. Ich habe die Besorgnis, daß auf der anderen Seite Ideen eingewurzelt sind, die, wenn sie zur That werden sollten, die Folge haben würden, daß sie das Niveau unseres Offizierkorps herunterdrücken würden. (Bravo! rechts.) Dazu darf es nach meinem Dafürhalten nie kommen. Wir haben das erste Offizierkorps der Welt; das kann ich als preußischer Offizier mit Stolz hier aussprechen. (Bravo! rechts.) Das müssen wir behalten; das wollen wir behalten. (Bravo! rechts.) Aber wir können auch das erste Unteroffizierkorps der Welt haben. In der deutschen Nation sind die Elemente für das erste Unteroffizierkorps, und wir bedürfen der Vergleiche mit der französischen Armee nicht. Lassen Sie doch an deutsche Einrichtung uns deutsche Anforderungen anlegen! (Bravo!) Lassen Sie uns deutsche Unteroffiziere auf deutschem Boden erziehen! Die Mittel dazu haben wir! (Bravo!) Wenn aber eine Armee das nicht mehr leistet, wofür sie gehalten wird, wenn sie also im Kampfe, da, wo der Vorgesetzte die schwersten Anforderungen an seine Untergebenen stellen muß, daß er bereit ist, besinnungslos zu sterben, wenn der Vorgesetzte das verlangt —, wenn wir solche Elemente in unserer Nation haben, wenn wir den Zustand haben können, warum wollen wir das nicht? Eine Armee, die in solchem Augenblick versagt, ist unter allen Umständen die teuerste von allen gewesen und immer zu teuer. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Am 28. Februar sagt der Abg. Richter:

„Der Kriegsminister habe gestern von einem Notstand der Armee gesprochen und diese Regierungsforderung als notwendig zur Erhaltung der Verfassung und Tüchtigkeit der Armee hingestellt. Er habe von einer im Unteroffizierkorps verbreiteten Unzufriedenheit gesprochen; seltsam, daß der Reichstag von allem dem im vorigen Jahre bei der Beratung des Militärgesetzes nichts gehört habe. Als der Vorsitzende der Budgetkommission im vorigen Jahre den damaligen Kriegsminister gefragt habe, ob nach den damaligen Bewilligungen noch mehr organische Vermehrungen des Militäretats in Aussicht ständen, habe der Kriegsminister v. Verdy erwidert, er wolle ganz offen sagen, es seien zwei Punkte in Vorbereitung, der eine das Pensionswesen und der andere die Pferdegelder; also von einer organischen Maßregel, betreffend das Unteroffizierkorps, sei keine Rede gewesen. Man habe damals keinen Notstand gekannt. Die ganze Vorlage scheine erst im April 1890 entstanden zu sein. Man könne es also seiner Partei nicht ver-

übeln, wenn sie die jetzige melancholische Anschauung sehr skeptisch angesehen habe. Gestern habe der Reichskanzler gesagt, Deutschland könne das beste Material für das Unteroffizierkorps haben, wenn der Reichstag das Geld bewillige. Aber am 6. Februar 1888 habe sein Amtsvorgänger jene berühmte Rede gehalten, in der der Abschnitt in der Armee einen besonderen Eindruck gemacht habe: „Was uns kein Volk in der Welt nachmachen kann, das ist das Material an Offizieren und Unteroffizieren; keine andere Armee kann auf solche Unteroffiziere und Offiziere hinweisen, wie wir. Das Maß der Bildung der Offiziere und Unteroffiziere ist bei uns ein viel höheres als in irgend einem anderen Lande, und darin besteht unsere Ueberlegenheit gegenüber anderen Mächten, selbst wenn dieselben an Zahl der Soldaten mit uns konkurrieren sollten.“ Der damalige Kanzler habe also gemeint, daß hier nicht erst das Unteroffizierkorps aus dem Material zu schaffen sei, sondern daß es schon bestehe. Man weise nun hin, und das mache nach manchen Seiten hin einen gewissen Eindruck, auf das Unteroffizier-Manquement; aber mit demselben Recht könnte man auf das noch viel größere Offizier-Manquement hinweisen, dann müßte man aus demselben Grunde die Besoldungen der Offiziere aufbessern. Der Abg. Dr. Windthorst habe eben noch gesagt, daß, wenn man einmal etwas streichen wollte, die Regierung es lieber gesehen hätte, wenn die Pferdegelder der Offiziere gestrichen würden als die Unteroffizierprämien. Schade, daß man dieses erst erfahren, nachdem die Pferdegelder in der Kommission bewilligt worden seien. Aber seine (des Redners) Partei müsse ihr Urteil über die vorliegende Forderung nach deren eigenen Gründen unabhängig von anderen Rücksichten einrichten. In Bezug auf die Wertschätzung der Unteroffiziere trenne sie nichts von der Regierung, sie unterscheide sich von ihr in Ansehung der Dauer der Dienstzeit, der Schätzung mancher Spezialwaffen, der Vorbildung der Offiziere und Unteroffiziere; aber wenn zwischen seiner Partei und der Regierung Unterschiede in Bezug auf die Wertschätzung der Unteroffiziere beständen, so gingen sie dahin, daß seine Partei sie höher schätze, als die Regierung. Die Forderung der zweijährigen Dienstzeit hänge wesentlich zusammen mit der Tüchtigkeit der Unteroffiziere, und der Umstand, daß seine Partei die Unteroffiziere etwas mehr zu Zugführern verwenden wolle, zeige, daß sie sie mindestens so hoch schätze, wie die Regierung. Welches Mittel sei nun geeignet, das Unteroffizierkorps in seiner Tüchtigkeit zu erhalten, und sei ein Bedürfnis zu der hier geforderten Maßregel vorhanden? Das Manquement an Offizieren betrage nicht bloß 7,9%, wie das der Unteroffiziere, sondern 9,6%. Bei der Infanterie betrage es 10%, bei der Feld-Artillerie 20%. Das sei kein Wunder, nachdem das Reich seit 1887 die Kopfstärke der Armee um 60,000 Mann und damit die der Unteroffiziere um 6000 vermehrt habe. Die Batterien und Bataillone ließen sich aus der Erde stampfen, nicht aber könne man ebenso rasch Unteroffiziere und Offiziere schaffen. Das Heer habe jetzt 1936 Unteroffiziere mehr, als im Jahre 1887 etatsmäßig verlangt worden seien, sodaß also von den mehrgeschaffenen Stellen schon 1936 besetzt seien. Der Kriegsminister habe, indem er an die alten Unteroffiziere vor einem Menschenalter erinnert habe, angedeutet, daß deren Verhältnisse im wesentlichen dieselben geblieben seien; aber es liege doch dazwischen die Reform zur Hebung des Unteroffizierstandes vom Jahre 1872, der er (Redner) selbst zugestimmt habe, und bei der eine große Summe aufgewandt worden sei. Uebrigens sei mit der Schaffung der 38 neuen Bataillone und 110 Feldbatterien auch ein Avancement der Unteroffiziere eingetreten; denn die Feldwebel-, Vize-Feldwebel- und Sergeantenstellen seien sämtlich besetzt, nur bei den schlechtbesoldeten Unteroffizieren sei ein Mangel vorhanden. Der Kriegsminister gebe das Einkommen der älteren Sergeanten auf 2 ℳ täglich

an, dabei schätze er aber die freie Station, Wohnung, Heizung, Licht, Kleidung, ärztliche Behandlung in Krankheitsfällen u. s. w. nur auf 80 ₰ täglich — das könnte in bürgerlichen Verhältnissen niemand für das Geld leisten! Uebrigens beziehe der Feldwebel, außer daß er alles frei habe, täglich 2 ℳ, der Vize-Feldwebel 1½ ℳ. Die Unteroffiziersschulen hätten jetzt ein solches Maß von Selbstbewußtsein der Unteroffiziere geschaffen, wie es mit bürgerlichen Verhältnissen absolut unverträglich sei. Bei den Etatspositionen für die Unteroffiziervorschulen werde gesagt, man müsse zwei neue Unteroffiziervorschulen schaffen, weil sonst dem großen Andrang zu denselben nicht Rechnung getragen werden könne. Es werde statistisch ausgeführt, daß in drei Unteroffiziervorschulen nur 465 Knaben aufzunehmen seien, während im Durchschnitt der Jahre 1887, 1888 und 1889 sich jährlich 759 für diese Laufbahn gemeldet hätten. (Hört! hört! links.) Man führe für die Unteroffiziervorschulen und Unteroffizierschulen an, daß man damit den späteren Unteroffizier dauernd mit dem Heere verkette. Die Zöglinge bezw. deren Eltern müßten einen Revers unterschreiben, aus welchem auch ohne Prämien die kontraktliche Verpflichtung erwachse, für jedes Schuljahr zwei Jahre über die Dienstzeit hinaus als Unteroffizier zu dienen, also für vier Jahre in Vorschule und Unteroffizierschule acht Jahre. Der Kriegsminister befürchte, wenn die Hoffnungen der Unteroffiziere nicht erfüllt würden, einen besonders großen Abgang im nächsten Herbst. Jeder müsse wissen, was er habe und was er bekomme. Wenn es richtig sei — er (Redner) bestreite das gar nicht —, daß die Arbeitslöhne gegenwärtig in rückläufiger Bewegung seien und daß die Zukunft der Unteroffiziere unleugbar durch die letzte Gehaltsverbesserung erheblich gebessert sei, so werde sich mancher bedenken, deshalb, weil seine Hoffnung auf tausend oder einige hundert Mark zerstört sei, seine sichere Stellung aufzugeben, um sein Unterkommen als Privatmann in bürgerlicher Stellung zu suchen. Es kämen nicht nur die Gehaltserhöhungen in Betracht, die vornehmlich für die Stellen ausgeworfen seien, auf welche die Unteroffiziere allein Anspruch hätten, sondern auch der Umstand, daß man jetzt allseitig damit umgehe, die diätarischen Stellen aufzubessern und anders zu gestalten, und gerade das diätarische Verhältnis, welches zwischen die Beendigung der Unteroffizierlaufbahn und die Beamtenstellung falle, sei von erheblicher Bedeutung für die Zukunft der Unteroffiziere. Der Abg. Dr. Windthorst bemühe sich, darzulegen, daß er seine Meinung seit der ersten Beratung nicht geändert habe. Warum? Es handele sich hier doch schließlich um keine Frage der politischen Ueberzeugung, sondern um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Da nehme er es niemandem übel, wenn er im Laufe der Verhandlungen zu anderer Ansicht komme. Nachdem er aber diesen Beweis versucht habe, konstatiere er (Redner), daß er sich vollständig gedreht habe. Der Abg. Dr. Windthorst habe in der ersten Beratung gesagt: „Die Unteroffizierprämien, so wünschenswert sie an sich sein würden, können noch hinausgeschoben werden, da wir durch die Aufbesserung, welche wir für die Civilverwaltungen zu machen im Begriffe sind, den Unteroffizieren einen Lohn geben, der sich als Gehaltsaufbesserung dokumentiert." Der sogenannte Kompromißantrag Windthorst sei das schlechteste, was überhaupt vorgeschlagen werden könne, und die geringen Ersparnisse desselben wögen gar nicht seinen großen Nachteil in der Sache selbst auf. Ein Haupteinwand gegen die Regierungsvorlage sei ja der, daß, wenn man die Prämie staffelweise zahle, man den Abgang vom Militär unter dem Eindruck des Grundsatzes: „Bar Geld lacht!" leicht unter Umständen mehr fördere und beschleunige als hemme. Diese Erwägung werde durch den Antrag Windthorst beseitigt. Aber dieser verfalle in ein anderes Extrem, denn er habe zur Folge, daß jeder Unteroffizier möglichst zwölf Jahre beim Militär bleibe und daß die Offiziere

verführt würden, einen nicht mehr recht tauglichen Mann aus gewissen menschlichen Gefühlen länger zu behalten, damit ihm die Prämie nicht entgehe. Der Antrag führe also eine weit längere Dienstzeit herbei, als beabsichtigt sei. Die Vorlage und noch mehr der Antrag Windthorst werde eine ganz außerordentliche Verlangsamung des Avancements innerhalb des Unteroffizierkorps zur Folge haben. Je länger die Leute im Dienst blieben, desto später werde der Einzelne Sergeant, Vize-Feldwebel und Feldwebel werden. Führe man ein fremdländisches Muster in die Armee ein, so könne man es nicht einseitig thun. Die Franzosen hüteten sich, am Ende der Dienstzeit eine Prämie zu geben, da gebe es periodische Prämien und fortlaufende Zuschläge zum Gehalt während der Dienstzeit. Dann sei der Antrag Windthorst von besonders zweifelhaftem Erfolg deshalb, weil der Unteroffizier vollständig unsicher darüber bleibe, ob man ihn wirklich so lange im Dienst lasse, bis er die Berechtigung auf die Prämie erlange. Nach der Regierungsvorlage erwachse eine Berechtigung auf eine Prämie, wenn auch eine geringere, schon in früheren Jahren. Es hänge ja nicht von den Unteroffizieren ab, ob sie zwölf Jahre dienten. In der Kommission habe man erklärt, man wolle die Leute nur immer auf ein Jahr kapitulieren lassen, um sie in der Hand zu haben. Die Aussicht auf die Prämie sei durchaus unsicher, wie sie unsicherer nicht gedacht werden könne. In Frankreich habe der Unteroffizier eine gesicherte rechtliche Stellung. Man gehe mit ihm auf zwei und fünf Jahre ein Engagement ein, und dann könne er nach Ablauf der fünf Jahre wieder auf zwei oder fünf Jahre kapitulieren. Er könne dieser Stellung nur verlustig gehen, wenn ein aus Offizieren und Unteroffizieren gebildetes Gericht unter Bestätigung des kommandierenden Generals ihm dieselbe abspreche. Der Abg. Dr. Windthorst wolle eine große Mehrheit auf seinen Antrag vereinigen. Es sei ja sehr schön, wenn eine große Mehrheit für den Regierungsvorschlag herauskomme; aber dann sollte die Regierung umsomehr ihre Vorlage so gestalten, daß sie eine Mehrheit finde. Der Abg. Dr. Windthorst habe sehr stolz seine Rede damit geschlossen, das Volk erliege unter der Last. Diese feierliche Verwahrung mache einen eigentümlichen Eindruck, wenn er selbst dazu beitrage, auf den Wagen weiteres Gepäck hinaufzuwerfen. Der Abg. Dr. Windthorst habe gemeint, man müsse wieder einmal beweisen, daß man im Reichstage fest zur Monarchie stehe, um alle Zweifel daran jetzt zu beseitigen. Ja, wer das noch nicht im Auslande begriffen habe, dem sei auch mit den Unteroffizierprämien nicht zu helfen. Wenn man die Sache so hochpolitisch auffasse, warum bewillige der Abg. Dr. Windthorst nur drei Viertel? Diese Frage sei viel weniger eine militärische, als eine bürgerliche Es handele sich um die einfache thatsächliche Frage: Was mache die Auszahlung einer Summe von 1000 ℳ beim Eintritt in das bürgerliche Leben aus, und was mache sie für einen Eindruck auf den, der in das militärische Verhältnis eintrete, um später wieder in das bürgerliche überzugehen? Deshalb sei man hier ebenso kompetent wie die Militärverwaltung. Die Kapitalabfindung statt fortlaufender Besoldung sei ein ganz neues Prinzip im deutschen Besoldungssystem. Warum habe man das nicht anderswo schon eingeführt? Weil man sich sage, es sei zweifelhaft, ob der Mann sich damit für den Rest seines Lebens eine passende Versorgung beschaffe. Man höre, daß eine Novelle zum Pensionsgesetz auch noch beabsichtigt werde. Dann sollte man diese Frage doch im Zusammenhang damit erörtern. Glaube man wirklich, daß mit 1000 ℳ den Unteroffizieren eine sichere Grundlage für ihre Existenz gegeben sei? Was solle der Mann beim Eintritt in das bürgerliche Leben damit anfangen? Einige sagten, er würde hier in Berlin Budiker werden, andere, er würde sich ein kleines Grundstück kaufen. Wenn solche Leute vom vierzehnten Lebensjahre an in der Unteroffiziervorschule

gewesen, rein militärisch erzogen seien, abgetrennt von allen bürgerlichen Verhältnissen, gewöhnt an strenges militärisches Leben, bei geringer Besoldung meistens in Naturalleistungen, dann sei ihm zweifelhaft, ob sie es verständen, sich plötzlich mit 1000 ℳ in bürgerlichen Verhältnissen einzurichten, und wer wisse, ob nicht auf diese 1000 ℳ schon Kreditverhältnisse mit hohen Zinsen eingegangen seien, sodaß es zweifelhaft sei, wieviel überhaupt davon übrig bleibe. Die Maßnahme habe auch noch eine zweite Seite für die Civilverwaltungen; daß diese über die Zweckmäßigkeit derselben irgendwie gehört seien, habe man nirgends vernommen. Gelinge es, die Unteroffiziere durchschnittlich länger im Dienst zu halten, so träten sie im späteren Lebensalter in das Civilverhältnis, und das habe Nachteile für die Civilverwaltungen. In dem Maße, wie die Leute davon Abstand nähmen, ihren Civilversorgungsschein zu benutzen, und sich einem bürgerlichen Gewerbe hingäben, werde die Auswahl für die Civilverwaltung unter den Bewerbern immer ungünstiger. Sie müßten, so lange sich Bewerber fänden, nach den bestehenden Bestimmungen die Aemter an Militäranwärter geben. Jeder Vorteil der Militärverwaltung aus diesem System sei ein Nachteil für die Civilverwaltung, und am schlimmsten für die Civilverwaltung sei der Antrag Windthorst. Nach neunjähriger Dienstzeit ergänze jetzt der Unteroffizier die Gendarmerie und Schutzmannschaft; nach dem Antrage Windthorst bleibe der Mann lieber zwölf Jahre beim Militär. Man setze geradezu eine Prämie darauf, daß die Schutzmannschaft und Gendarmerie ihre Mannschaft drei Jahre später bekomme als jetzt. Man habe doch aber gerade bei Unruhen ein viel stärkeres Interesse, rüstige Polizeisoldaten und Gendarmen zu bekommen, als in Betracht zu ziehen, wie weit die Prämie auf die Haltung der Unteroffiziere dabei wirke. Man habe die Kompetenzen der Gendarmen und Schutzleute in Preußen verbessert, um einer richtigeren Ergänzung sicher zu sein. Während man da mehr Geld bewilligt habe, um die Unteroffiziere reichlich der Gendarmerie zuzuführen, werde hier umgekehrt mehr Geld bewilligt, um sie der Gendarmerie vorzuenthalten, das sei eine Konkurrenz, die sich einander paralysiere, und das könne weiter so fortgehen, indem man demnächst im preußischen Haushalt die Gendarmerie noch weiter aufbessere. Diese Regierungspolitik ziehe eben nicht den Zusammenhang der Verhältnisse in Betracht, sie habe immer nur die einseitig-militärischen Verhältnisse im Auge bei Maßnahmen, die so umfassend in die bürgerlichen Verhältnisse eingriffen. In den Beamtenkreisen sei man sehr unzufrieden mit dem veralteten Civilversorgungssystem, welches man 1867 von Preußen übernommen habe. Wäre es nicht für eine Revision desselben einmal Zeit? Frankreich mache solche Einrichtungen nur im Wege des Gesetzes. Wie könne man 4½ Millionen dauernd in so loser budgetmäßiger Form bewilligen? Es handele sich darum, den einzelnen Rechte zu gewähren, die erst nach zwölf Jahren existent würden. Das müsse ebenso durch Gesetz geregelt werden wie das gesamte Militärpensionswesen. Die Aeußerung des Reichskanzlers über die Sozialdemokratie bedauere er gerade im Interesse der Bekämpfung derselben. Sein Vorgänger sei in mancher Beziehung der Nährvater der Sozialdemokratie gewesen, um so weniger möchte er (Redner), daß jetzt eine falsche Methode der Behandlung der Sozialdemokratie, wenn auch in anderer Richtung, eingeschlagen werde. Der Reichskanzler habe auch die Reformgesetze in Preußen mit dem Hinweis auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie eingeleitet. Wenn er in dieser Weise alle seine Vorlagen in irgend eine Verbindung mit der Sozialdemokratie bringe, müsse er zuletzt in weiteren Kreisen des Landes die Vorstellung erwecken, als ob die Sozialdemokratie die einzige treibende Kraft im deutschen Staatswesen sei. Die Sozialdemokraten hörten das sehr gerne. Der Reichskanzler habe, ähnlich wie im Ab-

geordnetenhause, auf die Möglichkeit von Straßenkämpfen Bezug genommen. Es gebe niemand, welcher die Entschlossenheit der Regierung bezweifele, wenn es sich darum handele, Rechtswidrigkeiten und Gewaltthätigkeiten niederzuhalten. Warum also immer davon sprechen? Einzelne sozialdemokratische Heißsporne hätten ja zur Zeit des Sozialistengesetzes von der Eventualität von Gewaltthätigkeiten gesprochen, aber sie seien regelmäßig von ihren Genossen desavouiert worden. Man wisse, daß eine solche Aeußerung lediglich als Bramarbasieren aufgefaßt werde, deshalb sollte die Regierung eine solche Eventualität nicht bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund rücken. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie liege nicht darin, daß man sie gegebenenfalls mechanisch niederschlage, sondern daß man organisch dagegen vorgehe. Am meisten bedauere er den Zusammenhang, in welchen der Reichskanzler diese Frage mit den Verhältnissen der Unteroffiziere gebracht habe. Er stelle es so dar, als ob die Aussicht auf die 1000 ℳ Prämie dem Unteroffizier an Selbstgefühl, Kampfeslust und Opferfreudigkeit ersetzen könne, was ihm beim Straßenkampf im Verhältnis der Schlacht gegenüber dem ausländischen Feinde mangeln könnte. Als ob die 1000 ℳ den Mann bestimmen könnten, „besinnungslos zu sterben", wie der Reichskanzler gesagt habe. Wenn er sterbe, nütze ihm die Aussicht auf die Prämie ebensowenig wie seinen Hinterbliebenen. Der Reichskanzler habe sodann gesagt, man habe es gern von ihm gehört, daß er das Gute nehme, wo er es finde; man solle seinem Beispiele nur folgen. Das brauche seine (des Redners) Partei nicht, denn sie habe wie immer und anderen Regierungen gegenüber, was sie an den Regierungsvorlagen für gut befunden habe, angenommen. Lehne sie etwas ab, so habe sie eben nichts Gutes daran gefunden. Meine der Reichskanzler, man müsse mit der Regierung durch dick und dünn gehen? Seine Partei werde den Gesetzen, die, wenn auch nur bescheidene, Fortschritte seien, in dieser Session im Reichstage und im Landtage zustimmen. Der Reichskanzler scheine zu meinen, daß es seiner Partei besonders darauf ankomme, nicht viel Geld zu bewilligen. Auch in dieser Beziehung brauche sie ihm nicht erst zu beweisen, daß sie das Gute nehme, wo sie es finde. Was wollten diese 4 Millionen sagen gegen die großen Bewilligungen 1888 bei dem neuen Wehrgesetze und auch gegen die Bewilligung anderer Summen in diesem Etat, die seine Partei gutheiße! Wenn dem Auslande aus der diesjährigen Budgetberatung etwas imponieren könne, so sei es weit mehr als die Unteroffizierprämien der Umstand, daß das Haus mit großer Mehrheit die großen Anforderungen von mehr als 12 Millionen anstandslos bewillige, welche die neue Munition für die Uebungen dauernd erheische. Was seine Partei bewillige, von dem spreche sie nicht erst, weil sie es nicht liebe, sich gleich den lieben Kindern an den Laden zu legen. Sie solle beweisen, daß sie zu den staatserhaltenden Parteien gehöre. Der Staat werde am längsten erhalten von den Steuerzahlern, und Schonung der Volkskraft gehöre auch zur Staatserhaltung. Montecuculi habe einen Ausspruch über die große Bedeutung des Geldes im Kriege gethan. „Staatserhaltende Parteien" — das Stichwort sei einigermaßen in Mißkredit gekommen. Staatserhaltend sei es vor einem Jahr gewesen, wenn man für das Sozialistengesetz gestimmt habe, heute sei der Zustand ohne dasselbe mehr zur Erhaltung des Staats geeignet; das verdanke man lediglich der freisinnigen Partei, daß man damals dem, was für staatserhaltend ausgegeben worden sei, nicht zugestimmt habe. Unter „staatserhaltend" verstehe er (Redner), auch auf dem Gebiet des Militär- und Marinewesens durchaus nicht, immer das zu bewilligen und zu thun, was die Regierung verlange. Die Regierung sei überhaupt nicht unfehlbar. Wenn dieser Glaube noch bestände, so müßte er verschwinden, wenn man sehe, wie rasch gerade in der Militär- und Marineverwal-

tung die Ressortchefs wechselten und dabei verschiedene Systeme in Anwendung kämen, indem von dem Nachfolger das als unumgänglich notwendig bezeichnet werde, was der Vorgänger noch als eine „melancholische Auffassung" betrachtet habe. Seine Partei glaube den Staat am besten zu erhalten, wenn sie sich selbständig so entscheide, wie es nach Pflicht und Gewissen ihrer Ansicht nach am besten für den Staat sei. Sie könne diese Summe nicht bewilligen, weil sie eine außerordentlich große und vor allen Dingen, weil das gewählte Mittel in seiner Wirkung mindestens so zweifelhafter Natur sei, daß sie nicht glaube, damit im Interesse des Unteroffizierstandes zu handeln, dessen Tüchtigkeit zu erhalten sie mit der Regierung durchaus dasselbe Interesse jederzeit bekunde. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler v. Caprivi:

Dem Herrn Abg. Richter gegenüber habe ich zunächst in Bezug auf die Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Frage zu bemerken, daß ich mich durch seine freundlichen Ratschläge, diese Frage lieber zu vermeiden, nicht abhalten lassen werde, bei jeder Gelegenheit darauf zurückzukommen; denn ich habe nun einmal die Ueberzeugung, daß das die Frage ist, die für das Ende dieses Jahrhunderts, vielleicht für Jahrzehnte des nächsten Jahrhunderts die herrschende sein wird. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe den aufrichtigen Wunsch, daß sie auf friedlichem Wege gelöst werden möge; ob der Wunsch aber erfüllbar sein wird, das vermag ich nicht vorherzusehen, und ich würde glauben, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie nicht den Fall ins Auge faßten, daß die friedliche organische Lösung unmöglich wird, ihrer Pflicht nicht genügen würden. Ich muß auch gestehen, wenn man in der Notwendigkeit ist, sozialistische Bücher und Schriften zu lesen, namentlich solche, die nicht in Deutschland erschienen sind, solche, in denen die Theorie sich vollkommen entwickelt, man immer vor der Frage stehen bleibt, ob überhaupt ein Mensch glaubt, daß diese Dinge ohne Zerstörung des Staats zur Ausführung kommen könnten! (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte also meinen, daß, wer solche Theorien vertritt, immer einen Kampf mit den bestehenden Verhältnissen voraussetzt, daß also auch die Regierung die Pflicht hat, sich auf solchen Kampf zuzuschneiden. (Bravo! rechts.)

Ich habe nicht die Besorgnis, daß, wenn man diese Sachen offen bespricht, man dadurch die Gefahr, die in ihnen liegt, vergrößert. Der Herr Abg. Richter meint, daß, wenn vom Regierungstisch davon gesprochen wird, so mache das den Eindruck, als sei die Sozialdemokratie die einzige treibende Kraft im Staat oder Reich. Das ist meine Meinung nicht; aber ich halte sie zur Zeit für die größte Gefahr im Reich, und weil ich sie dafür halte, so glaube ich, eben die Kräfte zu ihrer Bekämpfung bei jeder neuen Gelegenheit ausnützen zu müssen. Es wird, so lange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, kein Gesetz hier eingebracht werden, keine Maßregel vorgeschlagen werden, die nicht von dem Standpunkt geprüft worden ist: wie wirkt sie auf die sozialdemokratische Frage ein? Ich habe schon in dem anderen Hause mich in ähnlicher Weise geäußert, und ich kann von dieser meiner Auffassung nicht abgehen. Ich kann auch die Ansichten des Herrn Abg. Richter nicht teilen, daß, wenn die Regierung von sozialdemokratischen Dingen spricht, sie in Gefahr wäre, ihr Ansehen zu schädigen. Ich möchte glauben, daß man das vertrauensvoll der jetzigen Regierung überlassen kann, ihr Ansehen selbst wahrzunehmen. Jedenfalls würde ich in dieser Frage auf seine Unterstützung bereitwillig verzichten. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat dann weiter davon gesprochen, ich hätte gestern gesagt, wir wollten den Unteroffizieren 1000 ℳ geben, damit sie dafür stürben. Das ist mir nicht eingefallen; ich habe gesagt, wir wollen

die Lage der Unteroffiziere verbessern, um bessere Elemente in den Unteroffizierstand zu bekommen, um die guten Elemente uns lange erhalten zu können. Daß der Soldat nicht für Marke, sondern für Ehre stirbt, hätte der Herr Abg. Richter wissen können. Die Regierung hat die Absicht, die Unteroffiziere länger in Dienst zu behalten und dem Dienste zu erhalten, welche wissen, was Ehre ist, und die die Ehre dem materiellen Gewinn vorziehen, wie das im Offizierkorps, und ich kann sagen, wie es auch im Unteroffizierkorps bisher gewesen ist. Wir sind aber der Meinung, wir stehen vor schwierigen Verhältnissen und brauchen deshalb bessere Unteroffiziere. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat von dem Verhalten der Fortschrittspartei gesprochen, daß sie ja der Regierung entgegenkäme und auch ganz gesonnen wäre, mit uns zu machen, vorausgesetzt, daß sie das, was wir machen, gut fände. Genau in demselben Verhältnis befinde ich mich zur Fortschrittspartei. Ich kann aber nicht leugnen, daß ich das, was die Fortschrittspartei thut, meist nicht gut finde. Denn so lange ich diese Dinge beobachte, nehme ich an ihr nur ein negierendes Verhalten wahr. Mir liegt hier eine Zusammenstellung vor über die Gesetze, die seit dem Jahre 1866 eingebracht und gegeben worden sind, denen die Fortschrittspartei einen Widerspruch entgegengesetzt hat; das sind seit dem Jahre 1866 deren 61, und seit dem Jahre 1870 deren 45 (hört! hört! rechts), und darunter Gesetze, die zu fundamentalen Gesetzen für unser jetziges verfassungsmäßiges Leben gehören. So lange also die Fortschrittspartei diesen negierenden Standpunkt innehält, glaube ich, daß es für keine Regierung, es sei denn eine aus der Fortschrittspartei, möglich sein würde, mit ihr in eine engere Verbindung einzutreten. (Lebhafter Beifall rechts.) Er hat mir weiter die Absicht untergeschoben, es käme nur darauf an, viel Geld zu bekommen. Ich glaube nicht, daß durch eine einzige meiner gestrigen Aeußerungen diese Ansicht motiviert worden ist — jedenfalls müßte es ein Lapsus gewesen sein. Ich habe gar kein Interesse, den Steuerzahler zu belasten, ebenso wenig wie der Herr Abg. Richter; ich habe aber das Interesse, Unteroffiziere zu bekommen, so wie wir sie brauchen können.

Der Herr Abgeordnete vermißt in dem, was die Civilversorgung der Unteroffiziere angeht, manche Einzelheiten, dann aber vor allem — und das würde mich in erster Linie treffen — den Zusammenhang in der Regierungspolitik. Da hat wieder diese „unvorsichtige" Regierung es unterlassen, die Civilbehörden in dieser wichtigen Frage zu hören. Die Civilbehörden spielen eine große Rolle dabei. Ja, meine Herren, dessen sind wir uns bewußt, wir sind uns klar darüber, welche Rolle der Unteroffizier im Civildienst spielt. Wir schätzen diese Rolle sehr hoch und wünschen, daß die Unteroffiziere im Civil versorgt werden, gerade um des Zusammenhanges unseres Staats willen. Wir wollen im Unteroffizierstand eine Menschenklasse erziehen, die auch dann, wenn sie den Rock ihres Kriegsherrn ausgezogen hat, noch fortfährt, im Civil dieselben Grundsätze zu hegen, eine Menschenklasse, die mit ihrem ganzen Dasein an den Staat gebunden ist. (Bravo! rechts.)

Nun gebe ich Herrn Abg. Richter zu, daß, soviel ich weiß, ehe diese Vorlage gemacht ist, eine Umfrage bei den Civilbehörden nicht gehalten ist. Der Herr Abg. Richter sagt, die jetzige Vorlage tritt neu und überraschend auf, man hat im vorigen Jahre nicht davon gesprochen. Die Voraussetzung trifft aber nicht zu. Der Herr Abgeordnete hat mir ja gütigst erlaubt, auf meine Erfahrungen zu exemplifizieren. Was mich angeht, so habe ich in der Truppe schon lange die Ansicht vertreten und vertreten hören: es muß für die Unteroffiziere etwas geschehen; so kann es nicht bleiben. Wenn Herr Abg. Richter meint, es wäre dieser Gedanke erst seit dem Frühjahr

entstanden, so muß ich allerdings gestehen, daß wir dann nicht in der Lage gewesen sein würden, die nötig erscheinende Abhilfe jetzt eintreten zu lassen, denn das Verfahren, das wir jetzt besitzen — und das weiß ein so sachkundiger Herr wie der Herr Abg. Richter zweifellos — ist keineswegs ein willkürliches und auf militärischem Boden allein entstandenes, sondern wir sind im Besitze eines Reglements über die Versorgung der Unteroffiziere im Civildienst, was beim Bundesrat, wenn ich mich nicht irre, nach jahrelangen Schreibereien mühsam zustande gekommen ist; eines Reglements, das auf dem Militärpensionsgesetz von 1871 basiert, auf einer Gesetzesstelle, ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Richter sie mit bewilligt hat, ich nehme ohne weiteres an: nein, die aber vom Hause bewilligt ist. Es trifft also die Regierung der Vorwurf, hier voreilig gehandelt zu haben, in keiner Weise, denn wir wären nicht im stande gewesen, das jetzt fertig zu bringen und hätten überhaupt nichts anderes bekommen, als das, was wir 1878 oder 1879 zu stande gebracht haben.

Nun bemängelt der Herr Abgeordnete weiter, daß die Unteroffiziere durch diese Prämie im Dienst behalten werden würden, daß sie zu alt würden. Er hat ganz recht; so einen alten Unteroffizier liebt man heutzutage nicht mehr, weder die Civilbehörde nimmt ihn gern, noch haben wir eine Vorliebe für diese Sorte von alten Troupiers, die wir vor 40 oder 50 Jahren hatten, eben weil der Dienst der Unteroffiziere zu anstrengend geworden ist, wir nutzen sie zu früh auf, wir können sie wesentlich länger als 12 Jahre nicht brauchen, ausgenommen vielleicht Feldwebel und Vize-Feldwebel. Ich wüßte aber auch nicht, daß das vorliegende Gesetz dazu wesentlich hinwirken sollte, die Unteroffiziere in einer ungemessenen Zeit in der Front zu behalten; denn die Zahlung der Prämie hört mit dem zwölften Jahre auf. Sie steigt also nicht über 12 Jahre hinaus; also soweit diese Prämie überhaupt wirken kann, schließt sie ihre Wirkung mit dem zwölften Jahre ab.

Ebenso vermag ich nicht anzuerkennen, daß die Prämie dadurch, daß sie die Unteroffiziere länger im Dienst hält, ihr Avancement zurückhält. Ich stelle mich jetzt auf den Standpunkt, es bleiben viele Unteroffiziere im Dienst: dann würde ihr Bleiben im Dienst die Folge davon sein, daß der Beruf ein anziehender geworden wäre, und dann würde der Beruf nach wie vor Zulauf haben, selbst wenn das Aufsteigen in die wünschenswerten Stellen ein etwas langsameres werden sollte.

Der Herr Abg. Richter hat dann angeführt, mein Herr Amtsvorgänger hätte in einer berühmten Rede ausgesprochen, daß wir nicht allein für Offiziere, sondern auch für Unteroffiziere das beste Material hätten, und er führte nun meinen Herrn Amtsvorgänger damit als Gegensatz zu mir auf und stellte eine Art von Kampf zwischen uns beiden auch hier dar. Ich kann sagen, daß es mir zur Befriedigung gereicht, daß er sich diesmal auf die Seite meines Herrn Amtsvorgängers gestellt hat. Die Presse jener Partei läßt in ihren Spalten einen solchen Kampf schon lange in bengalischem Feuer erscheinen. (Sehr gut! rechts.) Mir ist bei der Bundesgenossenschaft, die mir in dieser Beziehung in einem Kampf, der faktisch nicht existiert, von jener Seite angeboten worden, allemal unheimlich geworden. (Bravo! rechts.) Ich freute mich, daß der Herr Abgeordnete endlich einmal auf der anderen Seite stand.

Nun hat der Herr Abg. Richter gesagt: jetzt machen sie da auch noch Unteroffiziervorschulen, — und hat uns zum Vorwurf gemacht, an diese Unteroffiziervorschulen und an die Prämien anknüpfend, daß wir das militärische Selbstbewußtsein heben wollen. Ich muß gestehen: das ist eine Aeußerung, die mich überrascht hat. Aber der Herr Abg Richter hat da den Nagel allerdings auf den Kopf getroffen, denn das militärische Selbst-

bewußtsein zu heben, sind wir allerdings verpflichtet. Ich würde dem Herrn Abg. Richter aus der preußischen Geschichte Beispiele anführen können von Feldherren und großen Soldaten, die davon überzeugt waren, daß nur eine Truppe, die das Selbstbewußtsein hat, etwas zu leisten im stande ist, wenn nicht das Mißtrauen gegen den preußischen Offizier bei dem Herrn Abg. Richter sich zu einem chronischen Leiden ausgebildet zu haben schiene (Heiterkeit rechts), daß ich fürchte: er wird diese Beweisführung negieren. Er mag mir einen großen Feldherrn der Welt nennen, Cäsar oder Napoleon, wen er will, — keinen hat es gegeben, der nicht das Selbstbewußtsein in der Truppe auf das höchste hat steigern wollen. Nicht die 1000 ℳ sind es, sondern das Selbstbewußtsein, das, wofür wir uns halten in unseren Herzen, wie es im Wallenstein heißt, — das ist und bleibt es, was den Soldaten macht, und dies in den Herzen steigern zu können, ist einer der Zwecke dieser Vorlage; die 1000 ℳ sind dazu nur das Mittel.

Ich darf also annehmen, daß, wenn ich an dieser Stelle über die Sozialdemokratie gesprochen habe, ich auf der einen Seite keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß wir dieser Gefahr ganz ernst ins Auge sehen. Es ist ja durch die Vorlagen, die die Regierung — und nicht diese erst, sondern die vorige Regierung — seit einer Reihe von Jahren gemacht hat, zur Genüge bewiesen, daß wir uns auch der Pflicht bewußt sind, organisch einzuwirken, und, wo irgend ein berechtigter Grund zum Mißvergnügen für die Sozialdemokraten da sein könnte, dem entgegenzutreten. Wir wollen in dieser Beziehung ein gutes Gewissen haben; wir wollen aber in der anderen Richtung, wenn, was Gott verhüte, es einmal zu ernsteren Dingen kommen sollte, auch eine starke Hand haben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

In einer persönlichen Bemerkung nach dem Schluß der Debatte äußert Abg. Richter:

Die Rede des Reichskanzlers war gespickt mit persönlichen Ausfällen gegen mich. Dieselben waren weder veranlaßt durch die Frage der Unteroffiziersprämien, noch durch meine vorherigen Ausführungen. Sie entsprachen offenbar einem Bedürfnis der Regierung, in den pendelartigen Schwingungen ihrer Politik diesmal durch Angriffe gegen uns die rechte Seite zu befriedigen. (Lebhafter Beifall links.) Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung kann ich hierauf nicht erwidern. Zu einer Generalabrechnung mit dem Herrn Reichskanzler aus Anlaß seiner heutigen Rede aber wird sich die Gelegenheit demnächst anderweitig darbieten. Ich habe den Herrn Reichskanzler von Anbeginn an und beständig als einen politischen Gegner betrachtet. Ein gemeinsames Tafeltuch zwischen ihm und mir hat niemals bestanden. Nur eine Besserung in der persönlichen politischen Kampfesmethode hatten wir von ihm gegenüber seinem Vorgänger erwartet. In dieser Beziehung alle Illusionen zerstört zu haben ist das Verdienst seiner heutigen Rede. (Lebhafte Zustimmung links.) Seine Methode gegenüber seinem Amtsvorgänger ist nicht besser, dafür in Anbetracht der verschiedenwertigen Persönlichkeiten desto unwirksamer geworden. (Lebhafter Beifall links, große Unruhe rechts.)

Die Regierungsvorlage wird abgelehnt und ein Antrag Windthorst-Orterer (Prämien von 1000 Mark nach zwölfjähriger Dienstzeit) mit großer Majorität gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen, der Volkspartei, der Sozialdemokraten und einiger Mitglieder des Zentrums angenommen.

28. Februar. (Straßburg.) Das Ministerium für Elsaß-

Lothringen bestimmt: Vom 3. März acht Uhr morgens an ist die Verordnung vom 22. Mai 1888 betreffend den Paßzwang in ihrem ganzen Umfange zu handhaben, insonderheit kommen alle Erleichterungen bezüglich des Eisenbahnverkehrs mit durchgehenden Billets in Wegfall.

2. März. (Reichstag.) Die neue Forderung von Geldvergütung zur Beschaffung von Dienstpferden für alle berittenen Offiziere wird zum Teil bewilligt, zum Teil, für die höheren Chargen, abgelehnt. Die Forderung zur Erweiterung einiger Kadettenanstalten wird genehmigt.

4. März. Der Straßburger Landesausschuß nimmt folgende Adresse an den Kaiser an:

„Ew. Majestät wollen dem versammelten Landesausschuß huldreichst gestatten, Allerhöchstderselben folgende Bitte ehrfurchtsvollst zu unterbreiten; aus Anlaß gewisser in jüngster Zeit im Auslande stattgehabten Vorgänge hat die Reichsregierung eine schärfere Handhabung der im Mai 1888 getroffenen Vorschriften über den Paßzwang verordnet, unter denen das Reichsland zwei Jahre hindurch so schwer gelitten hat und nun von neuem leiden soll. Ew. Majestät versichern wir, die berufenen Vertreter der elsaß-lothringischen Bevölkerung, daß wir, treu auf dem Boden des Gesetzes und der bestehenden Verhältnisse verharrend, jede Einmischung in unsere Angelegenheiten seitens fremder nicht dazu berechtigter Elemente auf das Allerentschiedenste zurückweisen, und daß keine aus dem Auslande kommende Agitation je geeignet sein wird, diese unsere Gesinnungen zu erschüttern. Im Vertrauen auf das Wohlwollen, welches Ew. Majestät uns stets haben allergnädigst zu teil werden lassen, bitten wir unterthänigst, die zwar nicht gegen unsere Bevölkerung gerichtete, wesentlich aber dieselbe treffende Paßmaßregel aufheben oder doch, falls dies nach Ew. Majestät Allerhöchstem Ratschlusse zur Zeit unthunlich erscheinen sollte, eine mildere Ausführung dieser Maßregel verordnen zu wollen. Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen."

Die Annahme erfolgt ohne Widerspruch; doch enthalten sich die Abgeordneten Pfarrer Winterer und Notar Ditsch und einige andere Protestler der Abstimmung.

Ueber die Abstimmung bei der Adresse des elsassischen Landesausschusses wird berichtet: Der Antrag war unterzeichnet vom Abg. Petri und 21 Genossen. Anwesend waren 51 von 58 Abgeordneten, 7 fehlten, davon sind 2 dauernd krank, 4 beurlaubt (unter ihnen 2 Antragsteller) und einer fehlte ohne Urlaub. Winterer und Ditsch sprachen für Stimmenthaltung, letzterer im Namen „einiger Freunde" (etwa 8—10). Alle blieben während der Diskussion und Abstimmung im Saale. Die Adresse wurde einstimmig angenommen, d. h. bei 8—10 Stimmenthaltungen mit 41—43 Stimmen, und wenn man die beiden entschuldigt fehlenden Unterzeichner noch hinzuzählt, mit 45 Stimmen.

5. März. (Reichstag.) Bei der Beratung über den Bau einer Eisenbahn erwähnt der Abg. Höffel, daß die Bewohner der Reichslande große Verluste durch die teilweise Sperre der Westgrenze erlitten hätten.

Die Elsaß-Lothringer hätten in der letzten Zeit gehofft, diese Sperre bald beseitigt und normale Verhältnisse zwischen den beiden benachbarten großen Staaten eintreten zu sehen, aber leider seien in den letzten Tagen ihre Hoffnungen geschwunden; allen Erleichterungen der letzten Monate sei mit einem Schlage ein Ende gemacht durch das unpatriotische Verhalten eines Haufens von Leuten, die für sich das Monopol des Patriotismus in Anspruch nähmen, die unter Vaterlandsliebe und Treue nur die mißfällige Beurteilung der anderen verständen, die den Patriotismus darin sähen, daß man mit den großen Schlagwörtern Vaterland, Ehre, Elsaß-Lothringen um sich werfe, die als Generalpächter der öffentlichen Meinung auftreten zu sollen glaubten, handwerksmäßig andere verurteilten, die das Diplom des Patriotismus heute gäben und morgen zurücknähmen und den Chauvinismus als Patriotismus ansähen. Die Elsaß-Lothringer hätten nie etwas gemeinsam gehabt mit diesen Leuten, sie hätten auch heute nichts gemein mit ihnen; er protestiere und habe dabei die ganze Bevölkerung von Elsaß-Lothringen hinter sich, er protestiere gegen den Mißbrauch, den man dort in den letzten Tagen mit dem Namen Elsaß-Lothringen getrieben habe. Aber nicht Frankreich sei in Elsaß-Lothringen getroffen, das deutsche Reichsland und seine Bewohner müßten büßen für die Unarten eines immerhin nur geringen Teils der Pariser Bevölkerung, dessen Handeln selbst dort in weiten Schichten Verachtung und Verurteilung finde. Deshalb sei es höchst erfreulich, wenn dafür nach Osten neue Verkehrswege eröffnet würden.

6. März. (Reichstag: Marinedebatte.) Die umstrittenen Positionen werden an die Kommission zurückverwiesen.

6. März. Der Kaiser schenkte dem polnischen Abg. v. Koscielski, welcher als Referent der Budgetkommission für den Marineetat eintrat, ein Bildnis, darstellend die Flotte des Großen Kurfürsten. Das Bild trägt folgende Widmung: „Dem Herrn v. Koscielski zur Erinnerung an sein mannhaftes Eintreten für Meine Marine von seinem dankbaren Kaiser und König".

6. März. (Abgeordnetenhaus.) Das Einkommensteuer-Gesetz wird mit 308 gegen 36 Stimmen (die Freisinnigen, einige Nationalliberale und Ultramontane) angenommen.

Der von dem Abg. Huene u. Gen. eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Wahlverfahrens, wird angenommen.

§ 1. Behufs Bildung der Urwählerabteilungen für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten, der Wählerabteilungen für Gemeindevertreterwahlen und in sonstigen Fällen, wo auf die Wahlberechtigungen in öffentlichen Verbänden die Summe der veranlagten Beträge der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer einwirkt, ist für jede nicht veranlagte Person ein Steuerbetrag von 3 ℳ an Stelle der bisherigen Klassensteuer zum Ansatz zu bringen.

Bis zu anderweiter, infolge der Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an kommunale Verbände etwa erforderlich werdender Abänderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten wird in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke geteilt sind, — unter Abänderung der betreffenden Bestimmungen des § 10 der Verordnung vom 30. Mai 1849 — für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abteilungsliste gebildet.

§ 2. Bis zum Erlasse des Wahlgesetzes werden die Bestimmungen der Artikel 71 und 115 der Verfassungsurkunde, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen entgegenstehen, außer Kraft gesetzt.

§ 3. Dieses Gesetz tritt nur gleichzeitig mit dem Einkommensteuer-Gesetz in Kraft.

11. März. Der Unterstaatssekretär im Kultusministerium Dr. Barkhausen wird zum Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrates ernannt.

12. März. Der Prinzregent Luitpold von Bayern feiert unter allgemeiner freudiger Teilnahme des Landes seinen 70. Geburtstag.

Der Kaiser sendet ihm folgendes Telegramm:

„Unter den Beweisen der Verehrung und Liebe des gesamten Bayerischen Volkes feierst Du heute den 70. Geburtstag. Empfange zu diesem seltenen Feste Meine aus vollem Herzen kommenden Glückwünsche und laß Mich dabei aussprechen, wie froh und dankbar Ich es anerkenne, daß mit Deiner treuen Mitwirkung die Bande, welche Uns und Unsere Häuser und Regierungen verknüpfen, zum Heile des gemeinsamen Vaterlandes sich nur immer fester und inniger gestaltet haben. Möge die Liebe Deines Volkes und die Anerkennung der deutschen Bundesfürsten Dir auch im kommenden Leben eine feste Stütze in Deinen schwierigen Regentenpflichten sein! Die Kaiserin schließt sich Meinen Glück- und Segenswünschen von ganzem Herzen an.
Wilhelm."

Der Prinzregent antwortet:

„Tiefgerührt durch Deine so herzlichen und treuen Glück- und Segenswünsche zu Meinem Jubelfeste, drängt es Mich, Dir Meinen innigsten Dank auszusprechen. Mit besonderer Freude erfüllt Mich Deine so warme Anerkennung der festen Bande, welche Uns, Unserer Häuser und Regierungen verbinden. Der Kaiserin küsse Ich dankend die Hände. Luitpold."

Die Adresse des Ministeriums und die Dankschreiben an den Erzbischof und den Oberkonsistorial-Präsidenten s. i. „Staatsarchiv" Bd. 52.

Das Dankschreiben des Prinzregenten an das Ministerium lautet:

„Als Mir die Vorsehung die schwere Pflicht auferlegte, die Zügel der Regierung zu ergreifen, habe Ich in feierlicher Stunde als Meinen sehnlichsten Wunsch bezeichnet, daß es Mir vergönnt sein möge, für das Wohl des treuen und von Mir so treugeliebten Landes wirken zu können.

Ich danke Gott heute vor allem, wenn Ich in den seitdem verflossenen Jahren vielfach Gelegenheit fand, die allgemeine Wohlfahrt sorgend zu pflegen und manche Thräne des Unglücks zu trocknen.

Was Bayerns Herrscherhaus immer als den herrlichsten Schmuck der Krone schätzte, die Gegenliebe des Volkes, ist im stets steigenden Maße auch Mir zur reichsten Quelle der Freude und des Glückes geworden.

Insbesondere habe Ich es in diesen Tagen wieder mit lebhaftester Befriedigung und gerechtem Stolze empfunden, daß Bayerns Königshaus und Volk sich untrennbar eins wissen und fühlen.

Unvergeßlich wird Mir das Andenken an die zahllosen Beweise der Anhänglichkeit und Ergebenheit sein, die Mir aus ganz Bayern und von den

außerhalb Bayerns lebenden Staatsangehörigen anläßlich Meines 70. Geburtsfestes zu teil wurden. Alle Stände und Klassen verbanden sich zu einer Jubelfeier, die in der Geschichte des Landes unübertroffen dasteht.

Dauernd werden Stiftungen, welche größtenteils zur Linderung von Not und zur Abwendung wirtschaftlicher Gefahren errichtet sind, die Erinnerung an den heutigen Tag aufrecht erhalten. Die warm empfundenen und schön ausgestatteten Adressen, die Mir von nah und fern überreicht wurden, die Gaben der Wissenschaft, der Kunst und des Kunstgewerbes, die Ich empfing, sollen in Meinem Hause allezeit als ein wertvoller Schatz aufbewahrt bleiben.

Aber nicht der äußere Prunk, nicht die Größe und Fülle der Veranstaltungen, sondern die Aufrichtigkeit und Innigkeit, die aus jedem Auge leuchtete, die jedem in Wort und That Mir dargebrachten Glückwunsche innewohnte, gab der Feier ihre charakteristische Weihe.

Ich danke Meiner lieben Stadt München, den Kreis-, Distrikts-, Stadt- und Landgemeinden, den Universitäten, den Künstlergenossenschaften, allen sonstigen Korporationen und Vereinigungen, jedem einzelnen, der in alter Bayerntreue Meiner liebend gedachte.

Mögen diese echt patriotischen Gesinnungen auch in den Herzen der heranwachsenden Jugend tiefe Wurzeln schlagen, auf daß die Söhne und Enkel bis zu den fernsten Geschlechtern der Väter würdig sind und gleich diesen, festgeschart um den Thron, für die teuersten Güter der Nation stets unentwegt eintreten!

Solange nach Gottes gnädigem Ratschlusse Mein Leben währt, ist Bayerns Wohl das Ziel all' Meines Handelns. Hiebei die Verfassung, das Palladium des inneren Friedens, unverbrüchlich zu wahren, ist Mir heiligste Pflicht. Dem vielgeliebten Vaterlande gelten von Jugend auf und immerdar Meine heißesten Wünsche. Gott segne und schirme Bayern fort und fort!

München, den 12. März 1891.

Luitpold,
Prinz-Regent von Bayern.

Der Thronfolger Prinz Ludwig hält an dem Tage bei dem Festmahl im Rathaus folgende Rede:

„Das Fest der 70jährigen Wiederkehr des Geburtsfestes meines hohen Herrn Vaters ist ein seltenes Fest. Als Regent des eigentlichen Bayern ist das in der 700jährigen Geschichte des Hauses Wittelsbach der dritte Fall. Das ganze Land hat nicht nur hier, sondern in jeder Stadt, ich möchte sagen, in jedem Dorf, an diesem Feste teilgenommen und hat dies auch dadurch bewiesen, daß von überall her die Spitzen der Ortschaften, der Gemeinden, der verschiedenen Kreise, Vereine 2c. hieher gekommen sind, um an einem Huldigungszug, wie er heute vor uns aller Augen und zu unser aller Freude stattgefunden hat, sich zu beteiligen. Ich weiß zwar, und mein Vater weiß es ebensogut wie ich, daß in Bayern es nicht notwendig ist, daß große Festzüge stattfinden, um zu beweisen, wie fest die Anhänglichkeit des Volkes zu seinem Herrscherhause und des Herrscherhauses zu seinem Volke ist. Nichtsdestoweniger ist Er. hocherfreut gewesen über alle die Gaben und Stiftungen zu edlen und guten Zwecken, wie sie anläßlich dieses Tages gemacht worden sind. Der verehrte Herr Bürgermeister von München hat das Hoch auf Se. k. Hoh. den Prinz-Regenten ausgebracht und erwähnt, daß Er in hoch vorgerücktem Alter, in schwierigen Zeiten die Zügel der Regierung ergriffen hat, er hat erwähnt alles das, was Er in dieser Zeit geschaffen hat. Ich möchte vor allem hervorheben, daß mein Vater bestrebt

ist, des ganzen Volkes und zwar von allen Seiten des Volkes Wohl zu fördern! daß Er bestrebt ist, den inneren Frieden, der in der letzten Zeit gestört war, dem Volk wiederzugeben. Er geht von dem Grundgedanken aus: Jedem das Seine! Herr Bürgermeister Frhr. v. Stromer von Nürnberg hat auf das königliche Haus gesprochen. Es ist schwer zu sagen, worin die Anhänglichkeit des Hauses und des Landes gegeneinander besteht, 700 Jahre glaube ich, sind Beweis dafür! Es sind wenige Dynastien, die sich rühmen können, so lange bestanden und so lange ununterbrochen regiert zu haben. Wenn ich die Gründe hervorhebe, warum das so ist, so sind es zwei. Der eine ist, daß die Dynastie aus dem Volke hervorgegangen ist und wahrhaftig in der ganzen Welt gibt es wenige, die aus dem Volke hervorgegangen sind, die meisten sind herein importiert worden. Kein Mensch weiß den Ursprung der Dynastie. Es gibt Leute, die sie zurückführen auf den Markgrafen Luitpold, andere, die sie zurückführen auf die Agilolfinger. Das ist aber gewiß, daß Kaiser Friedrich Rothbart Otto von Wittelsbach wieder einsetzte, weil er durch seltene Treue gegen den Kaiser sich ausgezeichnet und weil er das deutsche Heer allein in der Veroneser Klause vor dem Verderben gerettet hat. Er machte dabei altes Unrecht wieder gut, das einer aus dem sächsischen Hause verübt hatte. Damals hat in Bayern ein Haus regiert, welches aus dem Volke hervorgegangen ist, Karl der Große hat es abgesetzt. Nachdem die Karolinger ausgestorben waren, kamen die Luitpoldinger und Agilolfinger. Es kamen Kaiser aus dem sächsischen Hause und nicht lange dauerte es, so setzten diese die Dynastie wieder ab. Dann kam Friedrich der Rothbart und mit ihm unser Haus, was wenigstens wahrscheinlich ist, und wenn Sie die weiteren 700 Jahre verfolgen, werden Sie sehen, daß wenig Häuser so treu zu Kaiser und Reich gestanden sind, als dieses Haus. Drei Kaiser sind daraus hervorgegangen, und wenn auch nicht immer das Haus geherrscht hat, hat es doch fest zum Kaiserhaus gehalten. Ich erinnere an den 30jährigen Krieg. Damals hat Bayerns Kurfürst, wenn es auch nicht immer im Interesse des gesamten Landes war, zum Kaiser gehalten, ihm allein dankte der Kaiser die Erhaltung der Kaiserkrone und seines Erblandes. Andere Zeiten hat es freilich gegeben, wo Bayern in Widerspruch zum Kaiser stand, da waren aber, nicht immer, aber in den meisten Fällen Gründe vorhanden; es war Begehr nach bayerischem Gebiet und es war der Landesherr genötigt, gegen Kaiser und Reich Front zu machen, die Folgen waren aber in der Regel für Bayern und für das Reich von Uebel. Der Herr Bürgermeister v. Stromer hat zum Schluß von meiner Person gesprochen, er hat erwähnt, daß ich ein guter Soldat bin; ich glaube, das ist ein Ruhm, den ich mit jedem Bayern, jedem Deutschen teilen kann. Er hat mich auch noch als Landwirt gefeiert und erwähnt, daß die Landwirtschaft zurück gewesen ist im Verhältnis zu den anderen Gewerben, ich glaube, alles ist eine gewisse Zeit zurück gewesen, nicht nur hier, sondern überall. Gott sei Dank sind wir in dieser Beziehung alle miteinander auf dem Wege des Fortschrittes. Ich glaube, Herr Bürgermeister v. Stromer hat mich nicht ganz richtig verstanden, wenn er mich speziell als Landwirt bezeichnet, ich bin wohl ein großer Freund derselben, übe sie selbst aus, mein Blick geht aber weiter: ich wünsche, daß die Landwirtschaft und ebenso das Gewerbe, die Industrie und der Handel gedeihen, ich wünsche, daß das ganze Volk vorwärts schreitet, und wenn diese verschiedenen Sparten ineinandergreifen, ohne sich gegenseitig zu schädigen, dann wird das Land gedeihen. Was glauben Sie wohl! auf was ich trinke? Auf nichts anderes als auf das Land, mit dem ich mit jeder Faser meines ganzen Lebens verwoben bin, auf unser vielgeliebtes Bayern! Bayern hoch!"

12. März. (Reichstag: Marineetat.) Ein Kompromiß — Bewilligung von 2 Panzerfahrzeugen, dagegen Absetzung einer im vorigen Etat bewilligten Kreuzerkorvette — wird von einer großen Mehrheit genehmigt. Dagegen stimmt ein Teil der freisinnigen Partei, die Volkspartei und die Sozialdemokraten. Abg. Rickert befürwortet das Kompromiß und stimmt mit einem Teil der Fraktion dafür, während Abg. Richter dagegen spricht. Die Novelle zum Patentgesetz wird in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse durch Akklamation genehmigt. (Gesetz vom 7. April 1891.)

12. März. Der Kaiser erkundigt sich persönlich nach dem Befinden des lebensgefährlich erkrankten Abgeordneten Windthorst.

13. März. Kultusminister v. Goßler wird seinem Ansuchen gemäß von seinem Amt unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers sowie unter Verleihung des Sterns der Großkomthure des Königlichen Hausordens von Hohenzollern entbunden, und Ober-Präsident der Provinz Posen, Graf v. Zedlitz-Trützschler an seiner Stelle ernannt. Landrat a. D. Freiherr von Wilamowitz-Möllendorff wird Oberpräsident von Posen.

13. März. Herr v. Goßler verabschiedet sich von den Beamten des Kultusministeriums. Er sagt in seiner Rede:

Er scheide aus seinem Amte, das er zehn Jahre mit freudiger Hingabe an seine Pflichten verwaltet habe, nicht lediglich, weil er sich nach Ruhe sehne, sondern weil die politischen Verhältnisse sich in der jüngsten Zeit so gestaltet hätten, daß er befürchte, unter Umständen eine Last und ein Hemmnis bei den Maßnahmen der Königlichen Staatsregierung zu sein. Er glaubte deshalb, dem Vaterlande, für dessen Wohl er seine ganze Kraft bisher eingesetzt habe, in diesem Augenblicke einen Dienst dadurch zu leisten, daß er sein Amt niederlege.

13. März. (Reichstag.) Abg. Jebsen:

Nachdem der Staatssekretär Hollmann seine Anfrage, betreffend die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Chile, nur damit beantwortet habe, daß die festen Stationen der Marine in fremden Meeren eine solche Entsendung unmöglich machten, müsse er sich heute mit derselben Frage an den Reichskanzler selbst wenden. Er meine, die deutschen Angelegenheiten in Samoa oder China und Japan dürften doch das Entsenden eines Schiffes nach Chile nicht verhindern, und wenn auch die deutschen Unterthanen in Chile unter den Schutz der englischen Flotte gestellt seien, so möchte er doch, da die chilenische Revolution länger anzudauern scheine und da in Chile wichtige Interessen von Angehörigen des Deutschen Reiches auf dem Spiele ständen, um Absendung eines besonderen Kriegsschiffes nach den chilenischen Gewässern bitten.

Reichskanzler v. Caprivi:

Wenn die Reichsregierung die Absicht gehabt hätte, nach Chile Schiffe zu entsenden, so boten sich ihr drei Wege dar. Der erste und kürzeste war der, den einzigen Kreuzer, der sich zur Zeit auf der australischen Station

befindet, von da abzuberufen und nach Chile gehen zu lassen, eine Reise, die, ohne die Schwierigkeiten der Befehlserteilung zu rechnen, die ich neulich schon erwähnt habe und die darin beruhen, daß der Telegraph nicht bis an den gewöhnlichen Stationsort des Kreuzers geht, etwa anderthalb Monate gedauert haben würde.

Der Herr Abgeordnete ist der Meinung, daß, je weniger Schiffe in Samoa sind, dies um so besser ist, wenn ich ihn recht verstanden habe. Es ist das eine Ansicht, die zu teilen die Reichsregierung völlig außer stande ist. Der Kreuzer „Sperber", der sich auf der australischen Station befindet, hat nicht bloß den Dienst in Samoa, sondern auch in Neu-Guinea und in all den Inseln, die jetzt unter deutschem Schutz stehen, und muß der Requisition für Australien gewärtig sein. Was Samoa angeht, so wäre ich im stande, aus den letzten Berichten aus Apia nachzuweisen, daß die Anwesenheit des Kreuzers in Apia doch ihr Gutes hatte, weil im Augenblick, wo die letzten Berichte von da abgingen, wiederum Eingeborene im Begriffe waren, die Vereinbarungen, die die drei Staaten zur weiteren Erhaltung der Ordnung in Apia getroffen haben, hinfällig zu machen dadurch, daß sie eine Menge Menschen versammelten und in die alte Spaltung zurückgerieten. Wir haben deutsche Interessen in Samoa zu vertreten, antworte ich dem Herrn Abgeordneten, und wir werden sie weiter vertreten. Wir konnten also auf den Gebrauch dieses Kreuzers nicht reflektieren.

Die zweite Möglichkeit, die sich uns bot, war das Kreuzergeschwader. Die politischen Gründe, die zur Formation des Kreuzergeschwaders geführt haben, lagen in erster Linie in den deutschen Kolonien. Seit wir in den Besitz von Kolonien geraten sind, genügt es nicht mehr, überall einmal die Flagge zu zeigen, einmal mit einem Schiff zu erscheinen, sondern wir müssen in der Notwendigkeit sein, gelegentlich eine größere Zahl von Schiffen konzentrieren zu können, so viel Schiffe, daß auch einmal eine Landung mit einer erklecklichen Menge von bewaffneten Menschen möglich wird. Der Schwerpunkt der Thätigkeit des Kreuzergeschwaders liegt also in erster Linie bei unseren Kolonien, und wenn wir mit einem so kleinen Kreuzergeschwader diesen Aufgaben zu allen Zeiten genügen, so wollen wir froh sein. Es setzt eine große Thätigkeit des Kreuzergeschwaders, Geschick und auch viel Glück voraus. Zur Zeit befindet sich nun das Kreuzergeschwader nicht in unseren Kolonien, sondern in den chinesischen und japanischen Gewässern. In diese Gewässer ist es dadurch berufen worden, daß sowohl unser Gesandter in Peking als der in Tokio dringend befürwortet haben, daß einmal außer den zwei Kanonenbooten, die in diesen Gewässern stationiert sind, ein größeres Geschwader hinkomme, und zwar hatten sie ganz wesentliche Interessen dafür. Es dürfte dem Herrn Abgeordneten nicht unbekannt sein, daß für die Entwickelung unseres überseeischen Handels und unserer überseeischen Rhederei Japan und China die erste Stelle einnehmen. Es ist mir bekannt, daß unsere Ausfuhr nach Chile zur Zeit erheblich größer ist als die nach Japan und China. Aber die Entwickelung unserer Zukunft liegt nicht in Chile. Chile ist für uns satt. Wir haben nach Chile einen Export und von da einen Import, so groß wie wir ihn haben können. Unsere Zukunft liegt auf der anderen Seite des Stillen Ozeans. Außer diesem allgemeinen Grund kamen für die beiden Herren noch andere Gründe hinzu. Wir haben ein Interesse zur Hebung unseres Schiffbaues, Bestellungen auf Schiffe für die chinesische oder japanische Regierung in deutschen Werften zu bekommen, und zwar werden sich solche Bestellungen wesentlich auf Kriegsschiffe beschränken, wie das auch schon früher geschehen ist. Wollen wir aber unseren Kriegsschiffbau in diesen Staaten im Ansehen erhalten und unserer Industrie Bestellungen zuwenden, so ist das wohl nicht anders zu machen, als daß wir von Zeit

zu Zeit zeigen, was unser Schiffbau leisten kann, und dieses Motiv wurde von den Gesandten als ein dringendes betont. Die Regierung hat das Interesse, diesem Motive nachzugehen, um Handel und Industrie in jenen Gegenden zu fördern.

Es kam noch ein zweites ähnliches Motiv hinzu. Die japanische Regierung hat bei einer deutschen Fabrik sich eine Anzahl von Torpedobooten bestellt, die dahin geführt worden sind. Diese Torpedoboote kommen dort in einem Zustande an, welcher der Montage bedarf. Diese Montage durch Ingenieure und Mannschaften deutscher Schiffe übernehmen zu lassen, war wiederum ein dringendes Interesse unseres Handels insofern, als, wenn etwa fremdländische Ingenieure aus den Staaten, die mit uns in einer dauernden und harten Konkurrenz in jenen Gebieten leben, die Montage übernahmen, die Wahrscheinlichkeit war, daß, wenn die Torpedoboote ins Wasser kamen, sie nicht liefen. (Heiterkeit.) Also wiederum ein Interesse des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Die Reichsregierung war demnach der Meinung, daß dieses Kreuzergeschwader aus diesem Grunde in Japan und in China erforderlich war. Seine Segelordre ist so abgefaßt, daß es bis zum 7. April in China bleibt, dann nach Japan geht und dann wieder heruntergehen wird, um sich unseren Kolonien zu nähern.

Erschien dieser zweite Weg, Schiffe nach Chile zu bringen, der Regierung auch bedenklich, so blieb der dritte übrig, Schiffe aus der Heimat nach Chile zu schicken. Diese Schiffe würden erst haben in Dienst gestellt werden müssen; denn die Schiffe, die wir hier im Dienst haben, waren dazu nicht brauchbar, es muß eine andere Kategorie sein. Das würde vierzehn Tage, auch vielleicht drei, vier Wochen gedauert haben. Dann mußten die Schiffe die lange Reise antreten, und auch diese Schiffe würden nicht vor Ablauf von drei Monaten haben an Ort und Stelle sein können. Dazu kam das Bedenken, daß damit eine Ueberschreitung des Etats verbunden war. Nun lese ich jetzt in den Zeitungen, daß man die Gelder für solche Etatsüberschreitungen gern geben würde. Ich habe aus den Verhandlungen dieses Hauses einen Eindruck nach derselben Richtung nicht stark genug entnommen, um das ohne weiteres auf meine Verantwortung zu nehmen. (Heiterkeit.) Aber es handelt sich dabei, wie bei allen solchen Sachen, gar nicht um Geld, sondern es handelt sich auch um Menschen. (Sehr richtig! links.) Wenn Schiffe dahin gehen sollen, müssen sie besetzt sein; es müssen Offiziere und Mannschaften auf den Schiffen sein. Wo her nehmen? Der Mannschaftsstand unserer Marine ist ein so beschränkter, daß es jedes Jahr ein Kunststück ist, die Menschen zusammenzubringen, welche die Schiffe besetzen sollen, die in Dienst gestellt werden. (Hört, hört!) Wenn wir eine Anzahl von Kreuzern hätten in Dienst stellen sollen, um sie nach Chile zu schicken, so würde erstens die militärische Ausbildung unserer Marine für diesen Sommer gefährdet worden sein, und wir würden zweitens die Mannschaften, die wir an Bord nehmen, entweder über den Ablauf ihrer gesetzlichen Dienstpflichten haben im Dienst zurückhalten müssen oder Reserven einziehen. Beides schien der Reichsregierung nicht angängig. Auf den Weg also, aus der Heimat Schiffe dahin zu nehmen, mußte unter allen Umständen verzichtet werden.

Wenn ich glaube, hiermit nachgewiesen zu haben, daß die drei Wege, die technisch der Regierung sich als gangbar erweisen konnten, ihre Bedenken hatten und daß sich Nachteile aus ihnen boten, so kommt die weitere Frage: Was nützt es denn nun, wenn wir Schiffe nach Chile schickten? (Sehr richtig! links.) Nun gebe ich dem Herrn Abgeordneten bereitwilligst zu, daß für das Gefühl der Deutschen, die im Auslande leben, es von hohem Werte sein mag, wenn die deutsche Flagge gezeigt wird, und von um so höherem Werte, in je mehr Bedrängnis die Menschen sich zu befinden glauben. Aber ein

solches Zeichen der Flagge ist mehr von imaginärem, als von realem Wert. Ich lese in einer Zeitung:

Die Lage ist drüben eine so gespannte, daß die Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes auch jetzt noch dringend erforderlich ist.

Jetzt frage ich, um was wird die Lage weniger gespannt, wenn ein deutsches Kriegsschiff in Chile erscheint? (Sehr richtig! links.) In Chile ist ein Aufstand ausgebrochen, die Welt erlebt das seltene Schauspiel, daß die Aufständischen sich auf das Wasser begeben haben; die Regierung mit den Ihrigen befindet sich auf dem Lande. Diese beiden Teile bekriegen, bekämpfen und schädigen sich, so gut sie können. Chile ist ein Land, das eine Küstenentwickelung von 4000 Kilometer hat. Auf diesen 4000 Kilometern eines schmalen Landstreifens wohnen drei Millionen Menschen, zum großen Teil in Küstenstädte zusammengeballt. Fast alle diese Küstenstädte haben gute Häfen und einen relativ entwickelten Handel. Fast überall sind bei dem Handel Deutsche beteiligt. Jetzt frage ich, wenn ein Kriegsschiff dahin geht, was nützt dieses eine Kriegsschiff auf einer so langen Küstenstrecke? Wie viel Städten kann es nützen? Kann es an zwanzig Orten auf einmal sein? Selbst das Kreuzergeschwader, wenn es hingegangen sein würde, und wenn es sich darauf eingelassen hätte, sich zu teilen, würde in der unangenehmen Lage gewesen sein, immer den bei weitem größten Teil dieser Häfen nicht besuchen zu können; und kein Mensch kann die Garantie übernehmen dafür, daß dann nicht gerade da, wo das Kreuzergeschwader nicht war, irgend ein Unglück einem Deutschen passierte. Wie will man aber nun weiter in einem solchen Kriegszustande, in einem solchen Aufruhr, in dem ein Land wie Chile sich befindet, vom Wasser aus einwirken? Die einen fangen an oder drohen vom Wasser, das Land zu beschießen; die anderen schießen vom Lande auf das, was vom Wasser kommt. Nun frage ich, was soll wohl ein deutsches Kriegsschiff dabei für eine Rolle spielen, wie soll es denn den Deutschen nützen? Es sind ja eine Reihe — mir sind drei Fälle bekannt — von Fällen vorgekommen, wo Schiffe Schaden gelitten haben oder Ersatzansprüche gemacht haben. Aber nach meiner Ueberzeugung, soweit mir Kenntnis von diesen Fällen geworden ist, würde in nicht einem einzigen die Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes etwas geändert haben. Der flagranteste Fall ist der eines Schiffes „Potsdam“ — ich glaube, es ist ein Hamburger Barkschiff —, das hatte denn vor einer der chilenischen Städte gelegen, die die Aufrührerischen sich anschickten zu bombardieren. Sie fordern ganz höflich die Handelsschiffe, die da liegen, auf, das Lokal zu verlassen, weil es gefährlich würde (Heiterkeit); die sind auch sehr geneigt, dieser Weisung nachzukommen; sie nehmen sich gleich Schlepper, sie gehen los. Die Schlepper fangen an, die Schiffe herauszubringen. Dem, der das deutsche Schiff schleppte, wird die Sache etwas ängstlich, und er läßt das geschleppte Schiff vielleicht etwas zu früh vom Tau los; das ist noch nicht bewegungsfähig, läuft auf den Felsen und verliert unglücklicherweise Schiff und Ladung, — eine Sachlage, in der die ganze deutsche Flotte vor demselben Hafen hätte liegen können, ohne etwas daran zu ändern, denn wir haben nicht die mindeste Berechtigung, uns in den Kampf dieser Leute einzumischen. Selbst wenn das Kreuzergeschwader die Kraft dazu hätte, so würde es kein Recht dazu haben. Was die Kraft angeht, so hat die chilenische Flotte einige gepanzerte Schiffe, wenn ich recht unterrichtet bin, zwei Panzer, ein Panzerfahrzeug und einige gepanzerte Kreuzer; sie haben auch ein Torpedoboot oder ein paar. Unser Kreuzergeschwader besteht, wie alle solchen Geschwader, aus ungepanzerten Schiffen; also würde es ein ungleicher Kampf gewesen sein, wenn man, um das Schiff „Potsdam“ zu retten und herauszubringen, sich etwa in ein Gefecht mit der chilenischen Flotte hätte einlassen wollen. Es wäre auch nach meiner Ueber-

zeugung geradezu ein Unglück gewesen, wenn etwa seine Kampfeslust den Kommandanten eines solchen Geschwaders dahin geführt hätte, sich einzumischen. Wir haben in den 70er Jahren ein Beispiel gehabt, wo ein braver Admiral sich einmal veranlaßt sah, sich in die spanischen Verhältnisse einzumischen. Er ist nachher desavouiert worden, und es konnte nicht anders ablaufen. Dasselbe Schicksal würde im günstigsten Falle das des deutschen Befehlshabers gewesen sein, und ob wir dem deutschen Handel genützt hätten, wenn wir anfingen, mit Chile Krieg zu führen, ist mir sehr zweifelhaft; denn dann würden unsere Beziehungen zu Chile wahrscheinlich weit über die Dauer dieses Aufstandes hinaus unterbrochen sein. Die Engländer haben zur Zeit acht Schiffe da. Haben diese acht Schiffe verhindern können, daß englisches Eigentum zu Schaden gekommen ist?

Nein, es ist da genau so gegangen wie mit dem deutschen. Also, ich meine, solange der Aufstand besteht, würde ja die Anwesenheit von Schiffen zur Beruhigung deutscher Gemüter haben beitragen können; einen realen Nutzen würde das schwerlich gehabt haben.

Nun sagt man: Ja, wenn das auch jetzt nichts nützt, dann doch hinterher, wenn es sich darum handelt, die Schadensersatzansprüche festzustellen; dann ist es wünschenswert, deutsche Schiffe da zu haben! Ich habe den Gedanken auch erwogen: aber ich bin zu der Ansicht gekommen, daß das nicht wünschenswert ist; es ist auch dann nicht wünschenswert, zu den äußersten Mitteln zu schreiten. Wir würden ja, wenn wir unsere Flotte mobil machten, den Krieg gegen Chile durchführen können, wir würden aber dann vielleicht auf Jahr und Tag unsere Flotte für andere Aufgaben entbehren müssen. Man kann nicht wissen, was in Jahr und Tag geschieht. Können wir also auf friedlichem, diplomatischem Wege uns mit Chile auseinandersetzen, so ist das nach meiner Ansicht vorzuziehen.

Mir hat vorgelegen eine Zusammenstellung derjenigen Fälle, wo in fremden Staaten Aufruhr ausgebrochen ist und deutsches Eigentum geschädigt hat, seit dem nordamerikanischen Kriege, und ich habe aus dieser Zusammenstellung ersehen, daß, abgesehen von dem nordamerikanischen Kriege, wo die Vereinigten Staaten sich weigerten, irgend einen Ersatz zu geben, es in fast allen Fällen möglich gewesen ist, im gütlichen, diplomatischen Wege einen Ersatz herbeizuführen. Mit Chile gerade haben wir früher schon einen ähnlichen Fall gehabt, und wenn die Entschädigung auch nicht die Höhe der Forderung erreicht hat, so ist das eben natürlich; vielleicht war die Forderung etwas hoch, vielleicht hatte auch der Chilene geringere Neigung, etwas zu geben; jedenfalls ist der friedliche Weg der Auseinandersetzung immer vorzuziehen, und ich gebe mich auch jetzt der Hoffnung hin, daß, wie das Schicksal von Chile sich gestalten mag, wer auch nach Abschluß dieses Aufruhrs an der Regierung sein mag, es uns so gut wie früher gelingen wird, billigen Ansprüchen Gehör und Befriedigung zu verschaffen.

Nun hat man — nicht in diesem Hause, aber, da ich einmal das Wort habe, so erlaube ich mir, auch auf die Ergüsse der Presse in dieser Sache zurückzukommen, die zum Teil etwas giftig gewürzt waren — gesagt: Warum macht ihr nicht mehr Stationen, ihr habt ja früher mehr Stationen gehabt, ihr hattet ja eine westamerikanische Station, wo ist die geblieben? Ja, das ist eine indirekte Folge der Erweiterung unserer Kolonien. Wir brauchen jetzt einen großen Teil derjenigen Flotte, die im Frieden verwendbar ist, in den Kolonien; und nicht alles, was wir haben, ist im Frieden in außerheimischen Gewässern verwendbar. Denn der wesentliche Teil der militärischen Ausbildung kann nur in den heimischen Gewässern erfolgen, und wir können nicht mobil machen, wenn wir unser ganzes Personal den heimischen Gewässern entziehen. Zur Zeit, als ich noch engere Beziehungen

zur Marine hatte, wurde angenommen — und ich glaube, daß das auch noch heute ist —, daß nicht über ein Drittel der Friedenspräsenzstärke in außerheimischen Gewässern sein darf, wenn die Mobilmachung nicht gefährdet sein soll. Es liegt also schon in diesen Verhältnissen eine Grenze für die Marine. Wir können auch nicht das Bestreben haben, vorhersehen zu wollen, da kann mal ein Aufstand ausbrechen, da können mal deutsche Interessen gefährdet werden, um überall da Stationen anzulegen und dauernd Schiffe da zu haben. Wir können die Stationen nur da anlegen, wo der deutsche Handel eine gewisse Ausdehnung erlangt hat, wo deutsche Interessen in stärkerem Maße engagiert sind, und das würde für Chile zutreffen, denn die deutschen Interessen in Chile sind stark.

Es kommt aber ein zweites Motiv hinzu. Wir werden Stationen anzulegen nur Grund da haben, wo die staatlichen Verhältnisse noch nicht so weit ausgebildet sind, daß in ihnen eine Garantie für den Schutz des Eigentums gefunden werden kann und wo die Regierungen sich noch in einem Zustande von so wenig entwickelten europäischen Anschauungen befinden, daß durch Verhandlungen mit den Regierungen hernach nichts zu erreichen ist. Dieses Motiv trifft für Chile nicht zu, und als man in der Lage war, eine Reihe von Stationen aufgeben zu müssen, hat man sich dazu entschlossen, Chile auch aufzugeben. Tritt der Wunsch in diesem Hause wieder auf, eine westamerikanische Station von neuem ins Leben zu rufen, so wird die Reichsregierung das in Erwägung ziehen. Ich glaube aber, vorhersagen zu können, daß das ohne Kosten, sowohl was Material, als was die Menschen angeht, nicht möglich ist.

Wenn es mir nun gelungen wäre, dem Herrn Abgeordneten zu zeigen, daß es doch nicht bloß an dem Mangel von Interesse und etwas gutem Willen auf Seiten der Regierung gelegen hat, so würde es mir lieb sein. (Bravo!)

Einige Wochen später werden trotz dieser Rede Schiffe nach Chile gesendet.

14. März. Abgeordneter Windthorst †.

14. März. Der Kaiser empfängt in feierlicher Form, umgeben von Ministern und hohen Hofchargen die elsässische Adreß-Deputation. In den Rittersal vor den Thron geleitet, trat Präsident Schlumberger vor und verlas die Adresse. Der Monarch nahm aus den Händen des Reichskanzlers das Papier, das die Antwort enthielt, und las:

Es gereicht Mir zur Genugthuung, daß der Landes-Ausschuß sich in einer für die Interessen Elsaß-Lothringens wichtigen Frage unmittelbar an Mich gewendet hat. Ich erblicke in dieser Thatsache ein Mir wertvolles Zeugnis für das fortschreitende Verständnis, welches Mein Wohlwollen und Meine Teilnahme an der Entwickelung Ihres Heimatslandes im Kreise seiner Vertreter findet, auch nehme Ich gerne die Versicherung entgegen, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung auf dem Boden der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse verharrend, jede Einmischung fremder Elemente zurückweist und den Schutz ihrer Interessen nur von dem Reiche gewärtigt. Indem Ich Ihnen für diesen Ausdruck reichstreuer Gesinnung Meinen Dank entbiete, bedauere Ich für jetzt Ihre Wünsche nicht erfüllen zu können. Ich muß Mich darauf beschränken, die Hoffnung auszusprechen, daß in nicht allzuferner Zeit die Verhältnisse es gestatten mögen, im Verkehre an der Westgrenze

wiederum Erleichterungen eintreten zu lassen. Diese Hoffnung wird um so früher in Erfüllung gehen, je mehr sich die elsaß-lothringische Bevölkerung von der Unlösbarkeit der Bande überzeugt, welche sie mit Deutschland verknüpfen, und je entschiedener sie den Entschluß bethätigt, allezeit treu und unerschütterlich zu Mir und zum Reiche zu halten.

14. März. (Abgeordnetenhaus.) Das Gewerbesteuergesetz wird in der Schlußabstimmung angenommen.

Dagegen stimmen nur die Abgg. Richter und Parisius, während der Rest der freisinnigen Partei dafür stimmt.

Abg. Brömel begründet das:

„In der Erwartung, daß die Gewerbesteuer nicht als Staatssteuer erhalten werden soll und daß bei der Umwandlung in eine Kommunalsteuer die jetzigen Ungleichheiten infolge der Entwickelung der Dinge sich ausgleichen werden."

17. März. Das „Marineverordnungsblatt" veröffentlicht eine Allerhöchste Ordre an den Reichskanzler, betreffend den Geschäftskreis des Oberkommandos der Marine bezw. des Reichs-Marineamts.

18. März. Das sozialdemokratische Blatt „Vorwärts" veröffentlicht eine Adresse, die Herr Abg. Liebknecht zum Gedenktage der Pariser Kommune im Namen des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei an den Nationalrat der französischen Arbeiterpartei gerichtet hat. Darin finden sich folgende Sätze:

Der 18. März — der Gedenktag der Berliner Erhebung von 1848 und der Pariser Kommune von 1871 — ist zu einem internationalen Feiertag geworden, dessen man in unserem Deutschland in jeder Stadt, in jedem Orte, wo es Sozialdemokraten gibt, ernst gedenkt, um das gegenwärtige Geschlecht durch die Erinnerung an die Großthaten der Vergangenheit für die schweren Aufgaben der Gegenwart und die schwereren der Zukunft zu stählen.

Der Weltfriede liegt jetzt in der Hand des französischen und des deutschen Volkes. Möge es unseren vereinigten Anstrengungen gelingen, den Chauvinismus der besitzenden Klassen zu überwinden und durch die Friedensliga des internationalen Proletariats der kapitalistischen Ausbeutung, welche die Mutter des Klassenkampfes und des Kriegs ist, auf ewige Zeiten ein Ende und die Verbrüderung der Menschen und der Völker zur Wahrheit zu machen.

18. März. (Berlin.) In der Hedwigskirche findet eine Trauerfeier für den Abgeordneten Windthorst statt, welcher außer den Vertretern des Kaisers, der Kaiserin und des Großherzogs von Baden, der Reichskanzler v. Caprivi, die Minister und zahlreiche Mitglieder sämtlicher Fraktionen des Reichs- und Landtages, die der Zentrumspartei vollzählig, beiwohnen. Die Präsidien der Häuser sind in corpore anwesend. Nachdem Fürstbischof Dr. Kopp die Gedächtnisrede gehalten hat, wird die Leiche in impo-

samtem Trauerzuge durch das Brandenburger Thor nach dem Lehrter Bahnhofe geleitet, von dort nach Hannover überführt. Auch hier wohnt ein Vertreter des Kaisers der Feier bei.

25. März. (Dresden.) General der Kavallerie, Graf v. Fabrice, Präsident des Staats-Ministeriums, Minister des Krieges und der auswärtigen Angelegenheiten †. Generalmajor Edler von der Planitz wird zum Staats- und Kriegsminister, Staatsminister v. Gerber zum Präsidenten des sächsischen Ministeriums ernannt. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten werden dem Staatsminister v. Metzsch übertragen.

26. März. Abg. v. Rauchhaupt veröffentlicht in der „Kreuzzeitung" einen Artikel, worin er in scharfer Weise das Verhalten der konservativen Fraktion in der Frage der Landgemeinde-Ordnung gegen einen Angriff der „Hamburger Nachrichten" verteidigt. Diese hatten der Fraktion vorgeworfen, daß sie der „Depossedierung" der Bauern zustimmten, und den mangelnden Widerstand gegen die Regierung von den vielen Beamten unter den Abgeordneten hergeleitet.

März. Durch die Zeitungen geht eine allmählich an Bestimmtheit gewinnende Erzählung, daß vor Jahren Fürst Bismarck dem Minister v. Bötticher eine sehr erhebliche Summe aus dem Welfenfonds zugewiesen habe, um damit Verbindlichkeiten seines Schwiegervaters zu decken.

1. April. Der Kaiser reist über Stettin nach Lübeck.

1. April. (Welfenfonds.) Der „Reichsanzeiger" meldet: Nachdem schon seit langer Zeit Erwägungen über eine anderweitige Regelung der Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens der vormaligen hannoverschen Königsfamilie stattgefunden haben, hat das Staatsministerium nunmehr beschlossen, dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher für die Dauer der Beschlagnahme nähere Bestimmungen über die Verwendung der Revenuen des Vermögens und deren Kontrolle trifft.

6. April. (Kiel.) Der Kaiser beginnt eigenhändig den Durchstich des Nord-Ostsee-Kanals bei Landwehr.

Bei Gelegenheit eines Vortrages vor Marine-Offizieren ergreift der Kaiser das Wort und setzt auseinander, daß im zukünftigen Kriege die deutsche Marine offensiv vorgehen werde und daß der Begriff der „Strategie" vom Landkrieg auf den Seekrieg zu übertragen sei (ausführl. Bericht in der „National-Zeitung").

8. April. Das deutsche ostasiatische Kreuzer-Geschwader wird nach Chile gesandt.

8. April. Das Berliner „Deutsche Tageblatt“ ist von der „Kreuzzeitung“ angekauft worden und am 1. April eingegangen. Die „Konserv. Korresp.“ schreibt darüber:

Der Ankauf des Deutschen Tageblatts durch die Kreuzzeitung war nicht die Folge einer Verständigung innerhalb der Partei, sondern lediglich ein einseitig von der Redaktion der Kreuzzeitung ausgegangener Akt, welcher die Parteileitung nicht minder als alle sonstigen politischen Kreise überrascht hat.

Man nimmt an, die „Kreuzzeitung“ habe auf diese Weise der gemäßigten Richtung in der Partei ihre journalistische Vertretung entziehen wollen.

10. April. Zur auswärtigen Lage bringen die „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel, in welchem es heißt:

In der Presse wird die auswärtige Lage diskutiert. Wie haltlos und willkürlich die Kombinationen sind, zu denen es dabei kommt, geht schon daraus hervor, daß sie an das Attentat von Sofia als an ein Ereignis anknüpfen, das zu pessimistischen Schlüssen berechtigte und den Weltfrieden weniger gesichert erscheinen lasse als bisher. Wir haben bereits mehrfach ausgesprochen, daß es eine Ungehörigkeit ist, jenen Vorgang mit der russischen Politik in Zusammenhang zu bringen. Abgesehen von den Gründen, welche verbieten, die Regierung einer europäischen Großmacht der Anstiftung zu Verbrechen ohne Spur eines Beweises zu bezichtigen, spricht alle Vermutung dafür, daß es zur Zeit außerhalb aller russischen Pläne liegt, Unruhen auf dem Balkan hervorzurufen. Außerdem ist die russische Politik, wie kaum eine zweite, Meisterin in der Kunst des Wartens, der sie auch in neuerer Zeit nicht zu unterschätzende Erfolge, sowie ihre günstige diplomatische Position verdankt. Rußland wartet in aller Ruhe den Moment ab, wo Bulgarien ohne gewaltthätiges Einschreiten ihm als reife Frucht in den Schoß fällt; darüber hinaus bieten die Verhältnisse auf dem Balkan dem Zarenreich zur Zeit absolut keinen Anlaß zu irgend welchem direkten Eingreifen. Rußland beschränkt sich nach wie vor darauf, an seiner Südwestgrenze militärisch so stark wie möglich zu sein, um, wie Fürst Bismarck in seiner weltgeschichtlichen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 ausführte, zum gegebenen Zeitpunkt, wo eine orientalische Verwickelung entsteht, seinen Ansprüchen den größtmöglichsten militärischen Nachdruck verleihen zu können. Im übrigen darf von Rußland angenommen werden, daß es jetzt überhaupt keinen Krieg sucht, weil es militärisch noch nicht fertig ist. Aber auch wenn dies einst der Fall sein wird, glauben wir nicht an einen Vorstoß nach Westen. . . . . Ohne Zweifel ist die russisch-französische Allianz ein prächtiges Atout in dem Kartenspiel der Diplomatie; für ihre Verwirklichung im Kriegsfalle aber fehlt es bisher an jeder hinlänglichen Voraussetzung. Der Panslawismus ist zwar eine Macht, mit der in Rußland gerechnet werden muß, und seine Absichten sind gegen Deutschland gerichtet; aber auch er denkt schwerlich an Ausdehnung des russischen Reiches nach Westen hin; seine Bestrebungen werden sofort aufhören, ihre Spitze gegen Deutschland zu richten, sobald sich für Rußland die Gelegenheit zur Verrichtung einer großen Aktion darbietet, die mehr verspricht, als die unreale Befriedigung bloßer Verstimmungen.

11. April. Die „Hamburger Nachrichten" veröffentlichen folgendes Dankschreiben des Fürsten Bismarck:

„Zu meinem Geburtstage habe ich aus allen Gebieten des Reiches und von Deutschen im Auslande Glückwünsche und freundliche Begrüßungen erhalten. In der Freude, welche ich darüber empfinde, ist es mir ein Herzensbedürfnis, auf jede einzelne dieser Kundgebungen in gleichem Umfange und mit gleicher Wärme direkt zu antworten. Es schmerzt mich, daß ich in dieser Beziehung ein Schuldner, wenn auch ein dankbarer, meiner Freunde bleiben muß. Die Zahl der Eingänge ist, zu meiner Freude, so groß, daß ich auf die Beantwortung jedes einzelnen auch dann würde verzichten müssen, wenn meine Arbeitskräfte erheblich größer wären, als sie sind. Ich hoffe deshalb von Herzen, daß meine Freunde, die mich durch ihre guten Wünsche erfreut haben, Nachsicht mit mir haben werden, wenn meine Kräfte nicht ausreichen, jedem einzelnen schriftlich zu danken. Ich bitte Sie, meinen herzlichen Dank durch diese Veröffentlichung freundlich entgegennehmen zu wollen. v. Bismarck."

11. April. Der Unterrichtsminister Graf Zedlitz erläßt folgende Verfügung wegen des polnischen Sprachunterrichts an die Regierungen in Posen und Bromberg:

Aus den Kreisen der polnischen Geistlichkeit wird die Beschwerde erhoben, daß die Erfolge des in polnischer Sprache erteilten Religionsunterrichts in den Volksschulen durch den Fortfall des polnischen Sprachunterrichts beeinträchtigt würden, und daß die Möglichkeit, dieser Beeinträchtigung durch Einrichtung polnischen Privatunterrichts vorzubeugen, durch ein Verbot der Königlichen Regierung an die Volksschullehrer, einen derartigen Privatunterricht zu übernehmen, abgeschnitten sei.

Bereits mein Herr Amtsvorgänger hat wiederholt darauf hingewiesen, daß der Fortfall des polnischen Sprachunterrichts in dem Lehrplan der Volksschulen nur bezweckt, für den Betrieb des deutschen Unterrichts mehr Zeit zu gewinnen, daß aber den Beteiligten überlassen bleibe, außerhalb der Schule Veranstaltungen zu treffen, um ihren Kindern besondere Ausbildung im polnischen Lesen und Schreiben zu gewähren. Wenn, wie es den Anschein hat, das Verbot der Königlichen Regierung an die Volksschullehrer die Wirkung gehabt hat, eine weitere Verbreitung von Veranstaltungen für Erteilung des polnischen Lese- und Schreibunterrichts überhaupt zu hindern, so ist dasselbe über den vorbezeichneten Rahmen hinausgegangen.

Demzufolge veranlasse ich die Königliche Regierung, die Volksschullehrer Ihres Bezirks darüber zu verständigen, daß die Erteilung von Privatunterricht an polnische Kinder im polnischen Lesen und Schreiben innerhalb ihrer Gemeinden auf Antrag bei der Königlichen Regierung ihnen werde gestattet werden. Den Wünschen der Beteiligten wird es zumeist entsprechen, daß dieser Privatunterricht in den Räumen der Schulen erteilt wird, und ist hiergegen nichts zu erinnern, sofern die Gemeinden die Benutzung der Schulräume gestatten.

Was die Sprache des katholischen Religionsunterrichts in den Volksschulen anlangt, so hat zwar mein Herr Amtsvorgänger durch Verfügung vom 22. Januar 1888 den Uebergang von der polnischen zur deutschen Unterrichtssprache ausgeschlossen, und ich habe aus den mit Erlaß vom 13. Dezember v. J. zurückgesendeten Sprachübersichten ersehen, daß bestimmungsmäßig verfahren und fast durchweg für polnische Kinder der Religionsunterricht polnisch erteilt wird. Das Auftreten wiederholter Beschwerden auf diesem Gebiet läßt es indessen wünschenswert erscheinen, bei denjenigen

Volksschulen, welche nicht in unzweifelhaft deutschem Sprachgebiet liegen und in welchen die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts sich ganz oder teilweise in deutscher Sprache vollzieht, eine erneute Prüfung in der Richtung eintreten zu lassen, ob die polnischen bezw. als zweisprachig geführten Kinder mit vollem Verständnis dem Unterricht folgen können. Ist dies nicht anzunehmen, so ist je nach der Lage des einzelnen Falls der polnische Religionsunterricht an die Stelle des deutsch erteilten Unterrichts zu setzen.

14. April. **Fürst Bismarck hält an den Vorstand des konservativen Vereins in Kiel, der ihn in Friedrichsruh besucht, folgende Ansprache:**

„Ich danke Ihnen, meine Herren, daß sie so zahlreich erschienen sind, mich zu begrüßen, und danke Ihnen herzlich für Ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstage. Es freut mich besonders, daß es ein konservativer Verein ist, der mir eine solche Ehre erzeigt, denn auch ich habe stets auf konservativem Boden gestanden.

Man fragt oft: Was heißt konservativ? Wörtlich übersetzt heißt's erhaltend, aber dies Erhaltende besteht nicht etwa darin, daß man immer vertritt, was die jedesmalige Regierung will. Denn diese ist etwas Wandelbares, die Grundlagen des Konservativismus aber sind beständig. Es ist also nicht nötig oder auch nur nützlich, daß die konservative Partei unter allen Umständen ministeriell sei, konservativ und ministeriell fällt nicht immer zusammen: ich habe als Minister die Konservativen ja oft genug zu Gegnern gehabt und ihnen das nicht zum Vorwurfe angerechnet, soweit ihre Angriffe sich nicht auf das persönliche Gebiet erstreckten, wie zu den Zeiten der „Reichsglocke".

Es gibt ein altes, gutes politisches Sprichwort: Quieta non movere, das heißt, was ruhig liegt, nicht stören, und das ist echt konservativ: eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfnis einer Aenderung nicht vorliegt. Auch in ministeriellen Kreisen gibt es Leute, die einseitig das Bedürfnis haben, die Menschheit mit ihren Elaboraten glücklich zu machen. Eine Regierung, welche unnötige Neuerungen vertritt, wirkt antikonservativ, indem sie gesetzliche Zustände, die sich als brauchbar bewährt haben, ändert, ohne Anregung durch die Beteiligten.

Man wirft mir vor, ich sei als Ministerpräsident und Kanzler auch nicht konservativ gewesen, denn ich hätte viel alte Formen zerschlagen und und viel Neues aufgerichtet. Nun, hierbei ist der Wert des Alten, welches vernichtet, und des Neuen, welches errichtet werden sollte, gegeneinander abzuwägen. Mir stand bei Antritt meines Ministeriums und schon vorher, in Frankfurt, die Ueberzeugung fest, daß wir nur durch Wiedererweckung der deutschen Nationalität und durch die Einheit der deutschen Stämme die Fähigkeit, unter den europäischen Völkern frei zu atmen und zu leben, würden erringen können. Dies zu erreichen, stellte ich vorerst über alles andere, sobald ich die Möglichkeit sah, unsere Einheit über die preußischen Grenzen hinaus ausdehnen zu können.

Wir hatten und haben ja auch als Preußen ein besonderes Nationalgefühl, ursprünglich eine Abzweigung vom großen deutschen. Im Grunde hat es nicht mehr Berechtigung, als der spezifische Patriotismus deutscher Staaten. Es verstand sich für mich von selbst, daß ich dieses preußische Bewußtsein, in dem ich aufgewachsen war, sehr lebhaft empfand: sobald ich aber überzeugt war, daß das preußische Nationalgefühl der Amboß sei zum Zusammenschmieden der anderen, habe ich aufgehört, einseitig preußische Ziele zu verfolgen.

Damals waren also die Aufgaben eines leitenden Ministers andere, wie heute, nachdem wir eine der ersten — so will ich höflicherweise anstatt der ersten sagen — Nationen in Europa zu sein von Gott berufen sind. So war es meine Aufgabe, vor allem unser Nationalgefühl zur Entwickelung zu bringen. Meine Beteiligung an dem Beginn und Verlaufe des Bürgerkrieges in Deutschland, ich meine im Jahre 1866, und die Zertrümmerung alter Formen waren im Grunde mehr konservativ, als das Verharren bei den Zuständen der Zerrissenheit gewesen wäre. Denn diese hätten schließlich zur Auflösung oder gar Fremdherrschaft geführt; für mich aber handelte es sich darum, den Rest des deutschen Nationalgefühls, der unter der Asche fortglimmte, anzufachen, also etwas ganz Altes zu bewahren. Dieses alte Besitztum wurde denn auch bewahrt und verstärkt, in der Hauptsache auf kriegerischem Wege; zum Bedauern ging es auf friedlichem nicht, ist aber nun wohl desto fester gegründet.

Den Vorwurf der Abtrünnigkeit, welchen mir viele der heutigen Konservativen machen, die ihrerseits keine erkennbaren Zwecke verfolgen, halte ich also für ungerecht. Die Einigung Deutschlands war eine konservative That, und ich stehe mit reinem Gewissen vor jedem Examen, das mir darüber auferlegt werden könnte. Ich glaube auch nicht, daß es nötig ist, einer Fraktion anzugehören, um konservativ zu sein; so habe ich mir in den letzten Jahren meiner Amtsführung um das Kartell zwischen den Konservativen und Nationalliberalen Mühe gegeben und hoffe, dieses Gebilde wird nicht ganz auseinandergehen, man wird auf konservativer Seite einen Unterschied machen zwischen den Leuten, mit denen zusammen ein staatliches Leben sich nicht führen läßt, und den anderen, die zu solcher Gemeinschaft ehrlich bereit sind. Ich bedaure es, wenn das Kartell zerfällt, und ich denke, auch die Konservativen in Kiel geben die Hoffnung nicht auf, mit ihren Gesinnungsgenossen — nicht allein Fraktionsgenossen — zusammen die leitende Mehrheit zu bilden.

Meine Wünsche sind nicht gegen die jetzige Regierung gerichtet, ich möchte nur, daß sie den erwähnten lateinischen Spruch Quieta non movere beachtete als einen der obersten stattlichen Grundsätze. Ich sage das nicht aus Oppositionslust, sondern weil ich an dem gedeihlichen Fortgang der Zustände Interesse nehme, zu deren Bildung ich mitgewirkt habe. Man hat von mir verlangt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummheit vorgekommen, als diese unerhörte Forderung. Sachverständige haben bei öffentlicher Behandlung von Fragen, die in ihr Fach schlagen, das größte Recht und unter Umständen die Pflicht, mitzureden, und ich glaube nach meiner langen Amtsführung nicht ganz ohne Fachkenntnis zu sein. Meine Mitwirkung kann sich jetzt nur nach der negativen Seite hin äußern, aber einer Maßregel gegenüber, die ich für schädlich halte, mein fachmännisches Urteil auszusprechen, werde ich mir von niemandem verbieten lassen.

Dies ist auch konservativ, glaube ich, konservativ; nicht ministeriell, sondern erhaltend.

So begrüße ich Sie als meine politischen Freunde und hoffe, daß Sie alle, die hier im Zimmer sind, in diesem Sinne sich konservativ nennen. Ich werde nicht lange mehr Ihr Mitarbeiter sein. Möchten diese politischen Grundsätze nicht mit mir aussterben, sondern unsere politische Arbeit in der Bahn weitergeführt werden, die unser hochseliger Herr vorgezeichnet hat."

15. April. (Geestemünde: Reichstagsersatzwahl.) 17,510 Stimmen wurden abgegeben. (Zahl der Wahlberechtigten 31,052.) Von den Stimmen waren 85 ungültig, es erhielt Fürst v. Bis-

marck 7365, Schmalfeld (soz.dem.) 3810, Adloff (deutschfreis.) 2576 und v. Plate (Welfe) 3308 Stimmen; 6 Stimmen zersplitterten sich.

16. April. (Reichstag.) Beratung über einen von den Sozialdemokraten (Auer u. Gen.) beantragten Maximal-Arbeitstag. Der Antrag lautet:

„In Gewerbebetrieben, welche unter dies Gesetz fallen, darf die Arbeitszeit für alle über vierzehn Jahre alten Arbeiter vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an täglich höchstens zehn Stunden betragen.

Vom 1. Januar 1894 an wird die höchstzulässige Arbeitszeit auf täglich neun, vom 1. Januar 1898 an auf acht Stunden herabgesetzt.

Bei Arbeiten unter Tag (in Bergwerken, Salinen 2c.) oder in Betrieben, in denen ununterbrochen Tag- und Nachtarbeit stattfindet, darf die tägliche Arbeitsschicht acht Stunden nicht überschreiten; bei Arbeiten unter Tag ist hierbei die Zeitdauer der Ein- und Ausfahrt in die Arbeitszeit einzurechnen.

Kürzere Arbeitsschichten sind der freien Verabredung beider vertragschließenden Teile überlassen."

18. April. (Berlin.) Anläßlich der Verleihung von neuen Feldzeichen findet ein Diner statt, wobei der Kaiser folgende Ansprache hält:

„Pro gloria et patria." Das ist die Ueberschrift für den heutigen Tag. Es ist ein Tag des Rückblicks und des patriotischen Gedenkens, des Mutes und der Zuversicht, welche Preußen und sein Heer niemals verlassen haben. Wenn Ich heute für unser ganzes Land spreche, so thue Ich dies in der Erinnerung, daß vor dreihundertvierzig Jahren an einem 18. April jener tapfere Wittenberger Mönch sein großes Wort sprach: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir." Der Erste, welcher dem unerschrockenen Mönch Interesse entgegenbrachte, war ein Kriegsmann, Georg Frundsberg, der Luther zurief: Mönchlein, Mönchlein, du thust einen schweren Gang! Und Gott hat ihm diesen Gang gesegnet zum Heile unseres Volkes und besonders unserer Heimat. Manch ähnlichen Gang hat Unser Volk und Unser Haus und mit ihm die preußische Armee gethan. Der 18. April ist stets ein Tag des Gedenkens für uns gewesen. Am 18. April 1417 wurde Burggraf Friedrich der Erste mit der Mark Brandenburg belehnt. Am 18. April 1864 führte Prinz Friedrich Karl die preußische und österreichische Armee nach langer Friedenszeit bei Düppel gegen einen tapfern Feind und gab den Truppen Gelegenheit, dem braven Gegner seine Verschanzungen zu entreißen. In Erinnerung an die Bedeutung dieses Gedenktages habe Ich den Regimentern neue Fahnen und Standarten verliehen.

Der Soldat und die Armee, nicht Parlamentsmajoritäten und -Beschlüsse haben das Deutsche Reich zusammengeschmiedet. Mein Vertrauen beruht auf der Armee. Ernste Zeiten sind es, in denen wir leben und schlimme stehen uns vielleicht in den nächsten Jahren bevor. Aber dem gegenüber erinnere Ich Mich an das Wort Meines hochseligen Großvaters vor den Offizieren in Koblenz: „Dies sind die Herren, auf die Ich Mich verlassen kann." Das ist auch Mein Glauben und Vertrauen. Was auch immer kommen möge, wir wollen unsere Fahnen und Traditionen hochhalten, eingedenk der Worte und Thaten Albrecht Achilles, welcher gesagt hat: „Ich kenne keinen reputierlicheren Ort, zu sterben, als in der Mitte meiner Feinde." Dies ist auch Meine Herzensmeinung, darauf beruht Meine

unerschütterliche Zuversicht, auf der Treue, dem Mute und der Hingebung Meiner Armee, in erster Linie aller Kameraden, welche an den Grenzen stehen. In diesem Sinne bringe Ich Meiner Armee und den heute von Mir beliehenen Regimentern ein dreimaliges Hurra!"

24. April. Das Herrenhaus nimmt das Einkommensteuergesetz mit Modifikationen an. Die wesentlichste ist in der Skala, in welcher mit 100 gegen 56 Stimmen der bisherige höchste Satz von 3% beibehalten, die vom Abgeordnetenhause beschlossene Erhöhung auf 4% abgelehnt wird.

24. April. (Abgeordnetenhaus.) Die Landgemeindeordnung wird mit 327 gegen 23 Stimmen, meist von der äußersten Rechte, angenommen.

25. April. Ab. 10 Uhr. Generalfeldmarschall Graf Moltke †.

Der Kaiser richtet von Weimar folgendes Telegramm an die Verwandten:

„Bin wie betäubt. Eile sofort zurück. Bitte Hahnke vorläufig wegen Trauerfeierlichkeiten konsultieren. Habe eine Armee verloren und kann es nicht fassen. Wilhelm J. R.

26. April. Das „Armee-Verordnungsblatt" veröffentlicht folgende Kabinettsordre:

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse ist am gestrigen Abend der Generalfeldmarschall Graf von Moltke aus diesem Leben abberufen worden. Tieferschüttert sehe Ich den greisen Helden, Meinen treuen Freund und Berater, von Meiner Seite gerissen. Ich betrauere auf das Schmerzlichste den unersetzlichen Verlust, den mit Mir Meine Armee wie das ganze deutsche Vaterland erlitten hat. Hohe Ehre sei seinem Angedenken, welches für alle Zeiten unauslöschlich in den Blättern der Weltgeschichte fortleben und den späteren Geschlechtern das Bild des tiefen Denkers, des großen Feldherrn lebendig erhalten wird. Bis zum letzten Atemzuge hat der Verewigte in bescheidener Einfachheit, selbstloser Pflichterfüllung und unwandelbarer Treue Meinen erlauchten Vorfahren wie Mir gedient und durch seine hervorragenden Gaben und seine glänzenden Leistungen in siegreichen Kriegen wie im stillen Wirken des Friedens sich unaussprechliche Verdienste erworben um den Ruhm der Armee und das Wohl des Vaterlandes, dessen Dankbarkeit nie verlöschen wird.

26. April. (Bochum.) In der Versammlung der Delegierten der deutschen Bergleute wird der sofortige Streik beschlossen.

26. April. Der italienische Botschafter übermittelt dem Reichskanzler folgendes Telegramm:

Rom, 25. April 1891.

Namens der Regierung des Königs, als getreuen Spiegelbildes des nationalen Gedankens, wünsche ich, daß Italien sich den Ehrenbezeugungen anschließe, welche Deutschland unter den Auspizien Sr. Majestät des Kaisers, dem berümtesten seiner heutigen Feldherrn erweisen wird. Für uns ist der Name Moltke mit dem Andenken an die großen Ereignisse verknüpft, welche

die Einheit Italiens geschaffen haben, und auch wir sind in Trauer versetzt worden. Ich bitte Sie, dem Reichskanzler das tiefe Mitgefühl, welches wir unsererseits empfinden, aussprechen zu wollen. gez. Rudini.

28. April. Trauerfeier für den Feldmarschall Moltke, morgens 11 Uhr im Generalstabsgebäude im Beisein des Kaisers, der Kaiserin, der beiden ältesten Prinzen, des Königs von Sachsen, des Großherzogs von Baden, des Großherzogs von Hessen, des Prinzen Leopold von Bayern, des Prinz-Regenten von Braunschweig mit seinen beiden Söhnen, des Erbprinzen von Meiningen, des Prinzen Georg von Sachsen, der Frau Prinzessin Friedrich Karl, des Prinzen Georg, des Fürsten zu Reuß j. L. u. a.

Zur Trauerfeier befohlen sind der Reichskanzler, die kommandierenden Generäle, der Kommandant von Berlin, Graf Schlieffen, einige besonders ausgezeichnete Generäle, wie General v. Strubberg, die Botschafter und Militärbevollmächtigten, die Minister und die Deputationen der fremden Armeen.

Fürst Bismarck hat keine Einladung erhalten. Nach der Trauerfeier wird der Sarg von dem Kaiser und fast der gesamten Trauerversammlung geleitet, nach dem Lehrter Bahnhof überführt, den 29. April in Kreisau in Schlesien auf dem Familiengute des Feldmarschalls beigesetzt.

29. April. (Abgeordnetenhaus.) Bei der Beratung über die Zuschüsse für Fortbildungsschulen hält der Reichskanzler Caprivi eine längere Rede über die Verwendung des Welfenfonds und sagt zum Schlusse:

Die Regierung beabsichtige, einen Gesetzentwurf der Beschlußfassung des Abgeordnetenhauses vorzulegen, welcher für die Dauer der Beschlagnahme die erforderlichen näheren Bestimmungen über die Verwendung der Revenüen dieses Vermögens und deren Kontrolle zu treffen bestimmt sei. Indem er diese Versicherung gebe, glaube er gethan zu haben, was die Regierung thun kann, um der über diese Sache in der öffentlichen Meinung entstandenen Agitation und Beunruhigung entgegenzutreten.

In derselben Sitzung wird bei der Beratung über die Einnahmen aus dem Berg-, Hütten- und Salinenwesen die Streikfrage erörtert, wobei der Minister v. Berlepsch äußert:

Er habe es für seine Pflicht gehalten, in Verbindung mit dem Minister des Innern, den Bergbeamten eine Intervention zu untersagen, solange die Arbeiter kontraktbrüchig seien. Ob dieser Standpunkt aufrecht zu erhalten sei, will er nicht unbedingt behaupten. Er werde namentlich dann verlassen werden können, wenn nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber die Vermittlung der königlichen Behörden anrufen.

30. April. (Geestemünde.) Bei der Reichstagsstichwahl im 19. hannoverschen Wahlkreis (Neuhaus-Kehdingen) werden im

ganzen 16,053 Stimmen abgegeben, davon erhält Fürst Bismarck 10,549 Stimmen, Zigarrenmacher Schmalfeld 5504 Stimmen.

1. Mai. (Berlin.) Eröffnung der internationalen Kunstausstellung durch den Kaiser und die Kaiserin Friedrich.

Anf. Mai. Ueber die in Deutschland erschienene Broschüre „Der Untergang Oesterreichs" schreibt die „Politische Korrespondenz":

Aus den Aeußerungen der gesamten deutschen Presse über die Broschüre „Der Untergang Oesterreichs" wird man in Oesterreich-Ungarn entnommen haben, daß diese Schrift bei uns überwiegend als ein lächerliches Machwerk angesehen wird. Ohne die heftigen Aeußerungen der österreichischen und der ungarischen Presse hätte dasselbe in Deutschland gar keine Beachtung gefunden.

2. Mai. Fürst Bismarck empfängt eine Deputation aus seinem Wahlkreise und hält eine Ansprache ungefähr folgenden Inhalts:

„Die Ehre, welche Sie mir durch Ihre Wahl erwiesen haben, schätze ich doppelt hoch, nicht allein als Ihr deutscher Landsmann, sondern auch als Ihr plattdeutscher Nachbar; ich bin im plattdeutschen Lande geboren und erzogen, und freue mich, durch die stattgehabte Wahl einen Beweis des Vertrauens meiner engeren Landsleute zu erfahren.

Ich bin im 77. Jahre und nicht mehr rüstig genug, um der Aufgabe als Reichstagsabgeordneter so zu entsprechen, wie ich glaube, daß sie erfüllt werden sollte. Das ist der Grund, der mich abgehalten hat und abhalten wird, mich um ein Mandat zu bewerben, so schwer es mir auch wird, auf jede Beteiligung an Geschäften, denen 40 Jahre lang meine Thätigkeit gehörte, gänzlich zu verzichten. Als Kandidat zur Wahl konnte ich mithin nicht auftreten, da ich nicht in der Lage bin, mein Mandat regelrecht auszuüben.

Deshalb habe ich in meiner ersten Antwort erklärt, daß ich zur Zeit außer stande sei, Pflichten zu übernehmen, mit deren Ausübung der Aufenthalt in Berlin verbunden wäre: einmal wegen meiner Gesundheit. Das Gasthofleben ist meinem Befinden weniger zuträglich, als das Wohnen im eigenen Hause; ich hatte mir lange gewünscht, einmal ein Zimmer zu bewohnen, das ich nur im Sarge zu verlassen genötigt sein würde. Eine kündbare Ministerwohnung bietet diese Sicherheit nicht. Ich habe kein Mandat gesucht, bin aber stets der Meinung gewesen, daß ich mich der Aufgabe, meinem Vaterlande zu dienen, nicht entziehen dürfe, wenn der Ruf dazu ohne mein Zuthun von kompetenter Seite an mich herantritt.

Ich habe mich nie in die Politik eingedrängt. Meinem Privatleben als Landwirt, Deichhauptmann und im Provinziallandtage bin ich vom König Friedrich Wilhelm IV. entzogen worden, indem der hohe Herr mich zu einem wichtigen Gesandtschaftsposten unerwartet berief. Demnächst bin ich vom König Wilhelm in einer sehr schwierigen Lage der Krone und ihrer Regierung an die Spitze des Ministeriums berufen worden, um 1862 sehr angenehme amtliche Verhältnisse mit der dornenvollen Stellung eines Konfliktsministers zu vertauschen. Ich bin solchen ungesuchten Berufungen gegenüber, wenn sie von berechtigter Stelle ausgehen, zwar nicht Fatalist in dem Maße, wie ein Türke mit seinem Kismet, aber ich hätte eine Gewissensunruhe, wenn ich mich lediglich aus Ruhebedürfnis dem Rufe entzöge, den Sie an mich richten; ich halte mich nicht für berechtigt, dem Vaterlande den Dienst

der geringen Kräfte, die mir bleiben, vorzuenthalten, wenn er nicht über das Maß meiner Leistungsfähigkeit gefordert wird.

Wenn ich Ihnen sagte: Ich kann jetzt nicht nach Berlin, so will ich hinzufügen, daß für meine Anwesenheit dort im Augenblick kaum ein Bedürfnis vorliegt. — Der Reichstag wird nur noch kurze Zeit tagen, und es steht, soviel ich weiß, keine Frage zur Debatte, auf die Einfluß zu nehmen im jetzigen Stadium derselben thunlich wäre oder die unsern Wahlkreis im besonderen interessierte. Sollten solche infolge neuer Vorlagen noch zur Beratung kommen, so werde ich mich daran nach Möglichkeit meiner Gesundheit beteiligen. Abgesehen davon aber, bitte ich Sie, als Ihr Abgeorgneter, einstweilen um Urlaub. Nicht bloß die Unbequemlichkeit, außerhalb der eigenen Häuslichkeit zu wohnen und zu schlafen, hält mich augenblicklich von Berlin zurück, sondern auch die Aussicht auf peinliche Begegnungen mit früheren Freunden, die solche zu sein seit meinem Abgange aufgehört haben. Ich hoffe, von Ihnen hat niemand die schlimme Erfahrung selbst gemacht, mit seiner geschiedenen Frau unversöhnt unter einem Dach zu wohnen. Aehnlich ist das Widersehen mit geschiedenen Freunden. Sie werden sich vorstellen können, daß ich in Berlin Begegnungen haben werde, die meinen früheren Freunden vielleicht ebenso und mehr als mir unerwünscht sein würden. Das ist ein Imponderabile und die konventionellen Formen decken die inneren Eindrücke solchen Wiedersehens. Aber ich mag sie mir nicht früher auferlegen, als es pflichtgemäß notwendig wird. Das Mandat dauert ja aber auch länger und bei der Schnelligkeit, mit der wir leben, können sich die Umstände und die Eindrücke bis dahin ändern. Natürlich kann ich nach meiner Vergangenheit nicht einer Partei angehören; wenn ich in gewissem Sinne auch Parteimann bin, so bin ich es für das alte Kartell, dafür, daß die staatserhaltenden Parteien sich soweit verständigen, wie es ihnen möglich ist und die Dornen ihrer Programme nicht gegeneinander kehren. Dies war es stets, was ich in meiner letzten Zeit als Minister erstrebt habe. Ich bin mit den Nationalliberalen ja weit gegangen und von ihnen oft gestützt worden. Es ist mir eine der widerlichsten Lügen, daß ich das Wort gesprochen haben soll, ich wollte die Nationalliberalen an die Wand drücken, bis sie quietschten. Der letztere Ausdruck ist so ekelhaft geschmacklos, daß ich ihn an sich schon nie gebraucht haben würde. Weshalb ich mit den Nationalliberalen auseinander kam, das lag hauptsächlich daran, daß ihre Führer mit einigen meiner Kollegen im Ministerium ohne mich und gegen mich enge Fühlung gewonnen hatten. Ich befand mich dabei in der Defensive, nicht im Angriffe. Sollte eine der staatserhaltenden Parteien für sich allein oder mit andern zusammen die Majorität erlangen, so würde dies ein großes Glück sein. Mir gibt es jedesmal einen Stich in das politische Herz, wenn ich sehe, daß die Fraktionen, die gleich ehrlich bemüht sind um die Erhaltung des Reiches, in Feindseligkeiten gegeneinander bis zu giftigen Invektiven gehen. Da möchte ich gern als friedenstiftender Gemeindediener dazwischen springen und jedem beweisen, daß der tertius gaudens der schlimmere Feind ist. Das ist die Linie, in der auch meine parlamentarische Thätigkeit, wenn es zu einer solchen kommt, sich bewegen wird. Der Gedanke einer prinzipiellen Opposition gegen meinen Amtsnachfolger und die Regierung liegt mir außerordentlich fern; ebenso fern aber liegt es mir, still zu sein gegenüber von Vorlagen, die ich für schädlich halte. Was in aller Welt soll ein Grund für mich sein, bei solcher Gelegenheit zu schweigen? Etwa der? daß ich größere Erfahrung besitze, als die meisten anderen? Die Pflicht, zu reden, welche sich gerade aus meiner Sachkenntnis dann ergibt, zielt in meinem Gewissen wie mit einer Pistole auf mich. Die Herren, welche mich deswegen angreifen, haben davon

keine Vorstellung. Wenn ich glaube, daß das Vaterland mit seiner Politik vor einem Sumpfe steht, der besser vermieden wird, und ich kenne den Sumpf, und die anderen irren sich über die Beschaffenheit des Terrains, so ist es Verrat, wenn ich schweige. Was sollte ich für andere Zwecke haben, als dem Lande zu dienen? Ehrgeizige etwa? Das wäre doch thöricht anzunehmen. Was sollte ich denn werden? Mein Avancement ist abgeschlossen. Ich hatte das Bedürfnis, den Sinn, in welchem ich Ihr Mandat annehme, darzulegen. In meiner ersten telegraphischen Antwort auf Ihren Mandatsantrag lehnte ich ab, weil ich zur Zeit nicht nach Berlin gehen könne. Daraufhin darf ich annehmen, daß der Wahlkreis, wenn er meine Kandidatur dennoch aufrecht erhalten und durchgeführt hat, mir für die Dauer dieser Reichstagssession Urlaub gibt für den Fall, daß nicht noch etwas Neues von Wichtigkeit vorgelegt wird.

Ich danke Ihnen nochmals für die Auszeichnung, welche Sie mir in der Vertretung Ihres für mich seit lange historisch interessanten Wahlkreises erzeigt haben. Wie die Dithmarsen, so haben auch Sie von Alters her die Verfassung freier Bauernschaften gehabt, und was beiden Stämmen die besonderen Sympathien jedes Deutschen gewonnen hat, das ist ihre Tapferkeit. Die Stedinger haben im Kampfe kein Glück gehabt, sie sind vom Bischof von Bremen im damaligen Kreuzzug arg in die Pfanne gehauen worden, aber nach was für einem heldenmütigen Widerstande, nach einem Kampfe von Mann und Weib. . . ."

Hier bemerkt Fürst Bismarck, daß die Unterhaltung sich besser bei dem Frühstück fortsetzen lasse, zu welchem er die Deputation einlädt.

2. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Bei dem Etat der Ansiedlungskommission antwortet der Reichskanzler v. Caprivi auf eine Provokation des Abgeordneten v. Jazdzewski mit folgender Rede:

Der Herr Abgeordnete hat vorhergesehen und wiederholt geäußert, daß ein Teil seiner Behauptungen bestritten werden würde. Ich bin im Namen der Staatsregierung in der Lage, hiervon Gebrauch zu machen und zunächst zu widerstreiten der Behauptung, daß die Staatsregierung gewillt sei, durch die Benutzung des Ansiedlungsgesetzes die Provinz Posen zu evangelisieren. (Sehr richtig!) Der Herr Abgeordnete ist den Beweis dafür schuldig geblieben. Seine Behauptungen entbehren nach Ansicht der Staatsregierung der thatsächlichen Begründung.

Er hat dann weiter an die Regierung die Frage gerichtet, ob sie gewillt sei, das jetzige Gesetz zu verändern. Ich muß diese Frage verneinen. Die Staatsregierung ist nicht gewillt, das jetzige Gesetz zu verändern. (Bravo!)

Der Abgeordnete motiviert seinen Wunsch damit zunächst, daß das Gesetz nicht gewirkt habe, weder wirtschaftlich noch politisch. Die Staatsregierung kann diese seine Ansicht nicht teilen, aber selbst wenn sie sie teilte, würde sie nicht geneigt sein, zur Aufhebung des Gesetzes Schritte zu thun. Denn daß ein Gesetz der Art in fünf Jahren keine Erfolge haben kann, die offen zu Tage liegen, die sich jedermann fühlbar machen, das ist an sich nichts Ueberraschendes. Die Staatsregierung hat die Folgen dieses Gesetzes wahrgenommen und erwartet, daß, wenn das Gesetz länger in Gültigkeit bleibt, diese Folgen sichtbarer werden werden.

Der Herr Abgeordnete sagt dann weiter: „Die Staatsregierung will die Polen los werden." Auch diese seine Behauptung muß ich bestreiten. Wir wollen die Polen nicht los werden, wir wollen mit ihnen gemeinsam leben; aber wir wollen unter denjenigen Bedingungen mit ihnen gemeinsam leben, die das Wohl und die Erhaltung des preußischen Staates fordert.

(Sehr richtig!) Die Verhältnisse in der Provinz Posen haben sich im Laufe der fünf Jahre nicht so geändert, daß die Regierung diejenigen Mittel, die sie damals für nötig gehalten hat, um die Zugehörigkeit der Provinz Posen zum preußischen Staate zum vollen Ausdruck zu bringen, aus der Hand geben könnte. Ich glaube nicht, daß in den letzten Jahren das germanische Element gegen das polnische in der Provinz Posen vorgeschritten ist. Im allgemeinen ist in den Jahren von 1867 bis 1886 eine Zunahme der Polen zu konstatieren gewesen; während im Jahre 1867 der Prozentsatz der Gesamtbevölkerung, der rein polnische Familiensprache hatte, sich auf 54,86 Prozent bezifferte, waren es 1886 57,69 Prozent geworden. (Hört, hört!) Ich bin nicht in der Lage, für das laufende Jahr eine Zahl anzuführen — wir sind noch nicht in deren Besitz — aber ich halte es für wahrscheinlich, daß ein Rückgang des polnischen Elements nicht stattgefunden hat, und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal befinden wir uns in einer Bewegung, die eine gewisse Aehnlichkeit mit der Völkerwanderung hat. Sie vollzieht sich mit modernen Mitteln; es ist aber eine Bewegung von Osten nach dem Westen da. Diese Bewegung hält nicht still an unseren Grenzen, sondern sie setzt sich von da aus weiter fort. Ich halte es für wahrscheinlich, daß, wie es in anderen Grenzprovinzen ist, so auch in der Provinz Posen im letzten Jahre ein erhöhter Zuzug nicht deutscher Elemente, trotz des Ansiedelungsgesetzes, stattgefunden haben wird. Ich halte weiter für wahrscheinlich, daß das polnische Element an Zahl zugenommen hat, weil es bis dahin ein statistisch festgesetzter Erfahrungssatz gewesen ist, daß die polnischen Ehen im Durchschnitt um ein Kind reicher sind, wie die germanischen Ehen. (Heiterkeit.) Also auch dieses Naturgesetz wirkt dahin, das polnische Element nicht zu schwächen.

Wenn dies eine Betrachtung ist, die die numerischen Verhältnisse betrifft, so glaube ich, daß auch dem inneren Werte nach das polnische Element nicht zurückgegangen ist. Unter der preußischen Regierung und mit der Beihilfe der preußischen Regierung, nicht zum wenigsten durch die Säkularisation der polnischen Klöster, aus denen die Mittel zur Dotierung polnischer Schulen und Gymnasien hergenommen wurden, ist ein Mittelstand in der Provinz Posen entstanden, der eine kräftige Stütze des polnischen Elements bildet, so daß ich der Meinung bin: nicht nur numerisch, sondern auch innerlich hat das polnische Element zugenommen.

Nun sind, seit die jetzige Regierung diese Plätze einnimmt, von seiten polnischer Abgeordneten hier und da Aeußerungen laut geworden, die darauf schließen lassen, daß man polnischerseits gewillt sei, eine veränderte Stellung der preußischen Regierung und dem preußischen Staate gegenüber einzunehmen.

Der Herr Abgeordnete hat die Frage an mich gerichtet, ob die jetzige Regierung den Standpunkt des Fürsten Bismarck einnimmt, und hat diesen Standpunkt nachher dahin präzisiert, daß er ein haßerfüllter gegen die Polen gewesen sei. (Sehr richtig! bei den Polen.) Ich muß dem Herrn Abgeordneten überlassen, mit seinem Gewissen sich darüber einig zu werden, ob dieser Ausspruch auf den Fürsten Bismarck zutrifft. (Unruhe bei den Polen.)

Auf die gegenwärtige Regierung trifft er nicht zu. Wir hassen die Polen nicht. Wir sehen sie als Mitbürger an — schwierige Mitbürger zu Zeiten, zeitweise auch verirrte Mitbürger von unserem Standpunkte aus, aber immer unsere Mitbürger, mit denen zusammenwirken zu können zum Besten des Staates uns zu allen Zeiten eine Freude sein wird. (Bravo!)

Wir stehen in Bezug auf das Ansiedelungsgesetz und in Bezug auf das ganze politische Leben auf dem Standpunkt des Gesetzes und sind gewillt,

die bestehenden Gesetze gegen Polen und gegen Deutsche, für Polen und für Deutsche gleichmäßig zur Anwendung zu bringen.

Wenn nun polnischerseits der Wunsch laut geworden ist, sich der Regierung mehr zu nähern, so kann uns das ja nur recht sein. Aber es ist doch natürlich, daß wir, als dieser überraschende Wunsch zuerst bei einer Reichstagsdebatte im vorigen Jahr auch zum praktischen Ausdruck dadurch kam, daß die polnische Fraktion, die sich sonst der Vermehrung deutscher Wehrkraft widersetzt hatte, für diese Vermehrung eintrat, daß wir uns da die Frage vorlegten: Was mag denn der Grund zu dieser veränderten Stellung sein? Wenn über hundert Jahre Deutsche und Polen gemeinsam in nichtfreundschaftlicher Weite gelebt haben, so war es vom deutschen Standpunkt erklärlich, daß man diesen Umschwung, wenn auch erfreulich, so doch überraschend fand. Man konnte glauben: Haben die Gesetze, über die die Polen so viel geklagt haben, Sprachgesetz, Gerichtsgesetz, Schulgesetz, haben die doch am Ende so stark gewirkt, daß polnischerseits eine Nachgiebigkeit als Folge dieser Wirkung auftritt — oder halten die Polen die jetzige Regierung für so schwach, daß sie glauben, ihr etwas bieten zu können, was sie der vorigen Regierung nicht geboten haben? (Zurufe rechts.) Die Staatsregierung hat keine dieser Auslegungen acceptiert. Sie hat sich an die Thatsache gehalten, daß ein freundlicherer Ton von seiten der Polen angeschlagen wurde. Sie hat aber doch nicht vergessen können, daß in der Epoche, die die Provinz Posen mit dem preußischen Staate verbindet, Zeiten dagewesen sind, in denen wir schon ähnliche Klänge gehört haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich darf erinnern an die ersten Zeiten der Regierung Friedrich Wilhelm IV. — und ich will nicht erinnern an das, was darauf folgte, um nicht Wunden wieder aufzureißen, von denen wir ja auch hoffen: sie vernarben, — um nicht einen scharfen Ton in die Debatte zu bringen, denn ich habe heute zum erstenmal das Vergnügen gehabt, den Herrn Vorredner sprechen zu hören; ich habe aber in den stenographischen Berichten über seine sonstigen Reden mich zu orientieren gesucht und kann mit Freude heute feststellen, daß sein Ton ein gemäßigterer war als früher. Ich möchte nicht dazu beitragen, daß der frühere Ton wieder angeschlagen würde. Die Botschaft dieses sanfteren Tons haben wir gehört, der volle Glaube hat uns aber hier und da noch gefehlt; aber (Abg. Dr. v. Jagdzewski: Kommt noch!) — Gehen Sie voraus; das ziehen wir vor! (Heiterkeit.) Dann kommen wir mit Ihnen. Wir stehen — ich wiederhole es — auf dem Boden des Gesetzes und glauben da einen sicheren Boden unter uns zu haben. Jetzt kommen polnische Mitbürger, die so lange gegrollt haben, und winken uns: kommt her. Wir sind vorsichtig, unsern sichern Boden zu verlassen und uns auf ein unbekanntes Terrain an der Hand unserer neuen Freunde zu begeben. Aber wir wollen das nicht abweisen; im Gegenteil, wir sind Ihnen in einzelnen kleinen Dingen nachgekommen. Gehen Sie weiter auf dem Wege der Versöhnung, so werden Sie es der Regierung und den Deutschen in der Provinz Posen möglich machen, Ihnen auch weiter zu folgen. Ich habe mich gegenüber einem der Herren, die mit mir darüber sprachen, des Gleichnisses bedient: Sie machen uns ein freundliches Gesicht; das freut uns, aber Sie können nicht verlangen, daß wir Ihnen nun um den Hals fallen. (Heiterkeit.) Wir wollen wieder freundlich sein, aber wir wollen abwarten, wie diese der preußischen Regierung wohlwollende Entwickelung sich weiter gestaltet, und werden in dem Maße Ihnen folgen, als Sie uns vorangehen. (Sehr richtig!) Das Ansiedelungsgesetz, welches wir für eins der wichtigsten halten, jetzt aufzugeben, dazu sind die Motive des Wohlwollens, das uns von der anderen Seite entgegengebracht worden ist, noch nicht gewichtig genug. (Bravo!)

4. Mai. Im Abgeordnetenhause äußert Kultusminister Graf v. Zedlitz-Trützschler zum Volksschulgesetz:

Ich erkenne rückhaltslos die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Schulwesens an. Diese meine Auffassung gründet sich nicht nur auf die selbstverständliche Pflicht, die Bestimmungen der Verfassung endlich zur Ausführung zu bringen, sondern auch auf vieljährige eigene und zwar eingehende Beschäftigung mit dem Volksschulwesen selbst. Der gegenwärtige Zustand der Volksschule erscheint auf die Dauer schwer erträglich, dieser Zustand wirkt auch lähmend auf die Verwaltung. Endlich halte ich auch die Ordnung der inneren und äußeren Verhältnisse des Lehrerstandes für dringend geboten. Wenn ich trotz solcher Sachlage Bedenken trage, in die volle Beratung des Gesetzentwurfs sofort einzutreten, so geschieht dies, weil ich den Wunsch hege, über die schweren und auf Jahrzehnte hinaus entscheidenden Prinzipienfragen zu eigener Prüfung und Entschließung zu gelangen. Mein Wunsch scheint um so berechtigter, als, wenn ich richtig informiert bin, auch innerhalb des hohen Hauses die Parteien zu einer Einigung noch nicht gelangt sind. Ebenso glaube ich, daß nach der geschäftlichen Lage des Hauses an eine Verabschiedung des Gesetzes in der laufenden Session doch nicht wohl gedacht werden kann. Ich bin deshalb ermächtigt, namens der königlichen Staatsregierung zu erklären, daß dieselbe auf die Beratung der in Frage stehenden Vorlage ein entscheidendes Gewicht nicht legt. Gleichzeitig aber betone ich, daß damit die bezügliche Beratung nicht in unbestimmte Ferne hinausgerückt werden soll, und ich versichere, daß, was an mir liegt, alles geschehen soll, um Sie sobald wie möglich vor die wichtige und bedeutungsvolle Aufgabe zu stellen." (Beifall.)

Namens des Zentrums erklärte Frhr. v. Heereman, daß sich seine Partei in ihren Beschwerden möglichste Zurückhaltung auferlegen werde. Sie komme der Regierung mit Vertrauen entgegen, erwarte aber auch, daß auf Abstellung von Schäden und Uebelständen ernstlich Bedacht genommen werde. Redner bringt dann eine Reihe von Klagen vor, die von den Katholiken erhoben werden müßten.

4. Mai. (Düsseldorf.) Bei seiner Reise in die Rheinprovinz hält der Kaiser auf einem Fest im Provinzialständehause folgende Rede:

Ich danke der Rheinprovinz für ihre Gesinnung, ein Ausdruck derselben ist dieses Fest. Nicht als Fremder bin Ich hier unter Ihnen und nicht an fremdem Ort; diese Stätte, diese Räume sind Mir wohlbekannt. Ich habe sie besucht, als Ich noch in Bonn studierte, und das letzte Mal konnte Ich die Huldigungen miterleben, die Sie Meinem dahingeschiedenen glorreichen Herrn Großvater bereiteten und die ein unauslöschliches Denkmal der Erinnerung in Unser aller Herzen gelassen haben. Daß Ich selbstverständlich für die Rheinprovinz besonders innige Gefühle hege, brauche Ich nicht zu erwähnen; denn diejenigen, die mit Mir zusammen gelebt und studiert haben, wissen das. Eines aber möchte Ich hervorheben, daß es Mir eine besondere Freude ist, am heutigen Tage in dieser Stadt dieses herrliche Fest entgegenzunehmen: Es ist der Umstand, daß in dieser Stadt auf Befehl Meines seligen Herrn Großvaters Ich zum erstenmal im Leben öffentlich aufgetreten bin, indem Ich bei der Enthüllung des Cornelius-Denkmals Meines Herrn Vaters Majestät zu vertreten zum erstenmal die Ehre hatte. Seit der Zeit sind zwölf Jahre vergangen und in den letzten Jahren hat sich manches geändert. Die erhabene Erscheinung des hohen Herrn ist verblichen. Ihr folgte manches werte Glied der Familie, es folgte ihr vor allen Dingen die herr-

liche Erscheinung Meines Herrn Vaters, die Sie alle noch hier unter sich haben weilen sehen und von dem Sie wissen, mit wie warmem Herzen er an Bonn und an der Rheinprovinz bis zu seinem Lebensende gehangen hat, manche Städte und manche alte Kirchen können von seinem Interesse, von seiner Fürsorge erzählen. Wenn des Fürsten Durchlaucht Wied so freundlich war, Meiner Mühen zu gedenken, die Ich übernommen habe zum Wohle des Reiches nach innen und nach außen, so ist das nur Meine Pflicht, welche die Stellung, die Mir angewiesen ist, mit sich bringt, und wird es Mich freuen, wenn des Himmels Gnade Mich unterstützt, und Ich nach wie vor in Frieden und ungestört Mein Land regieren kann. Ich wollte nur, der europäische Friede läge in Meiner Hand, Ich würde jedenfalls dafür sorgen, daß er nie mehr gestört werde (lebhafter Beifall); wie dem aber auch sei, Ich werde jedenfalls nichts unversucht lassen, und was an Mir liegt, dafür sorgen, daß er nicht gestört werde. (Beifall.) Auch im Inneren haben wir manches durchleben müssen, und wir ringen uns allmählich zu festen Verhältnissen durch. Sie brauchen bloß auf die Gesetzvorlagen zu blicken, welche gegenwärtig die Vertreter des preußischen und deutschen Volkes beschäftigen, und welche, wie Ich zuversichtlich hoffe, einem baldigen Abschluß nahe sind, um volles Vertrauen zu gewinnen, daß die Wege, die Ich mit Meiner Regierung eingeschlagen habe, die richtigen sind. (Bravo!) Ich darf auch Meinerseits von den Mir vorgezeichneten Wegen, die Ich mit Meinem Gewissen und vor Meinem Gott allein zu verantworten habe, nicht abweichen und Ich werde nach wie vor nach bestem Gewissen wie für Mein ganzes Volk, so auch für die Rheinprovinz arbeiten. (Beifall.) Ich weiß sehr wohl, daß gerade Sie mit gespannter Aufmerksamkeit nach Berlin blicken; die große industrielle Welt, die Ihre Provinz bis in die entferntesten Gegenden berühmt gemacht hat und mit ihren großen und bedeutenden Anlagen Hunderttausende Meines Volkes beschäftigt, ist, möchte Ich sagen, das Herz mit seinen vielen Arterien Unseres Staates. Es hat zuweilen schneller gepocht, zuweilen gedroht, mit seinem Pochen aufzuhören. Ich hoffe, daß auch dieses sich allmählich verlieren wird. Sie können überzeugt sein, daß keine Mühe zu groß und keine Arbeit zu mühselig ist, um dafür zu sorgen, daß nach beiden Seiten der Industrie, dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer, in jeder Beziehung Gerechtigkeit geschehen soll. (Beifall.) Um dieses zu ermöglichen, ist es selbstverständlich auch Pflicht des Regenten und seiner Regierung, nach außen diejenigen Verbindungen zu suchen, die notwendig sind, um Unserer Industrie Ersatz für den Absatz zu gewinnen, welchen einzelne Staaten ihr abzuschneiden drohen, und Ich kann Ihnen hiermit mitteilen, daß gestern der österreichische Handelsvertrag paraphiert worden ist (Bravo), und daß Ich hoffe, daß er Ihnen zu dauerndem Nutzen gereichen wird. Meine Herren, lassen Sie Mich nochmals wiederholen, wie tief dankbar bin Ich Ihnen und speziell der Stadt Düsseldorf für den warmen Empfang, den Sie heute Mir bereitet haben. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wie die anderen Provinzen Meines Landes, so auch die Rheinprovinz, deren bewährte Söhne sich 1870 so tapfer und brav für des Reiches Herrlichkeit geschlagen haben, Mir folgen wird, und daß die Rheinprovinz nach wie vor der Ueberzeugung ist, daß das Heil nur im Zusammenwirken aller Teile liegt und deshalb dem Monarchen in dem auf das Wohl des Ganzen gerichteten Streben zu folgen ist. Ich trinke Mein Glas deutschen Weines auf die Rheinprovinz, möge sie blühen und gedeihen jetzt und immerfort bis in die Ewigkeit! Die Rheinprovinz lebe hoch! hoch! hoch!"

Nach anderer Version lautete der Schluß:

„Ich habe nach wie vor die Ueberzeugung, daß das Heil nur im

Zusammenhalten liegt. Einer nur ist Herr im Reiche, und das bin Ich, keinen anderen dulde Ich. In dieser Gesinnung erhebe Ich Mein Glas und trinke auf die Provinz, sie blühe und gedeihe in alle Ewigkeit."

5. Mai. Das Abgeordnetenhaus nimmt im Einkommensteuergesetz die kleineren vom Herrenhaus beschlossenen Modifikationen an, setzt aber mit 201 gegen 80 Stimmen (die Freisinnigen, ein Teil der Nationalliberalen und Freikonservativen) den Satz von 4% in die Skala wieder ein.

5. Mai. (Köln.) Der Kaiser antwortet auf die Rede des Oberbürgermeisters Becker beim Gürzenich-Mahle mit folgenden Worten:

„Mein verehrtester Ober-Bürgermeister! Nehmen Sie Meinen herzlichsten Dank entgegen für die Gesinnungen Ihrer Bürgerschaft, deren Ausdruck Ihre Rede gewesen ist, und für den Empfang, den Ich in dieser Stadt entgegenzunehmen die Genugthuung hatte. Es ist an Mir, zu danken, denn die Gesinnung der Treue, der Liebe, die aus vielen Hunderttausenden Herzen Mir heute entgegengeschlagen ist, hat Mich tief gerührt, ergriffen. Es ist die Fortführung der alten traditionellen Anhänglichkeit, die Sie schon erwähnten, deren Ausdruck Ich schon früher zu beobachten Gelegenheit hatte, als Meines verstorbenen Großvaters und Meines Vaters Majestät in diesen Mauern von Ihnen mit demselben Enthusiasmus und derselben Pracht gefeiert wurden, und viele von Ihnen werden mit Mir noch der erhebenden Momente sich entsinnen, als von dieser Stelle Mein hochseliger Herr Vater begeisternde Worte an die Versammlung richtete. Dergleichen poetische Worte stehen Mir nicht so zur Verfügung, wie Meinem Herrn Vater, aber Meinen innigen und herzlichen Dank kann Ich auch in schlichten deutschen Worten Ihnen ausdrücken, und Ich bitte Sie, denselben der Bürgerschaft kenntlich zu machen. Eine der Ueberschriften über den Pforten hat Mir besondere Freude gewährt, es ist der einfache Satz: „Willkommen im alten Köln!" In den Worten, meine Ich, ist die gesamte Geschichte der Stadt Köln in klarer Schrift dargestellt. Verbunden durch viele verschiedene Bande mit den verschiedenen Kaiserhäusern, die dereinst über Germania regierten, hat sie stets ihre Treue dem Kaiser bewahrt, ob im Glück oder Unglück. Als gewaltige Handelsstadt hat sie es verstanden, im mächtigen Bunde mit der Hansa weit hinaus ihre Fühlhörner zu strecken, durch die großen Höfe, die sie in fremden Staaten gründete, dem deutschen industriellen Gebiete Absatz zu verschaffen und deutsches Handwerk und deutsches Erzeugnis im Auslande zu verbreiten. Sie sind auch jetzt wieder auf derselben Bahn begriffen und hoffentlich werden Wir Englands Schiffe wie in alter Zeit vor dem Kölnischen Thor liegen sehen. (Lebhafter Beifall.) Meine Beziehungen zu Köln sind auch schon langjährige, und manchen frohen Tag habe Ich in ihren Mauern verleben dürfen. Meine tiefinnige Befriedigung spreche Ich aus, daß Ich an dieser geweihten Stelle und in dieser altehrwürdigen Domstadt nun auch als Kaiser eingezogen bin. Es ist ein altes und von Mir stets erhofftes Ziel gewesen, dereinst in dieser vornehmen Stadt auch einmal als Deutscher Kaiser zu weilen. Ich erhebe den Pokal, den kölnischer Fleiß und kölnisches Geschick geformt, und trinke daraus den ersten Tropfen deutschen Weines auf das Wohl der ur- und kerndeutschen Stadt Köln. Möge sie blühen, grünen und gedeihen! Was an Mir liegt, so werde Ich gern nach dem Vorbild Meiner Vorfahren Meine schützende Hand über die Stadt halten, und Ich denke,

daß unter dem schwarzweißen Hohenzollernschild (lebhafter Beifall) die Stadt ihren guten Fortgang nehmen wird. Die Stadt Köln lebe hoch! hoch! hoch!"

6. Mai. (Bonn.) Der Kaiser wohnt in der Kneipjacke der Borussen dem Antrittskommers der Korpsstudenten bei und hält folgende Rede:

„Der Herr Vorredner hat soeben als Vertreter des Kösener S. C. Worte des Dankes an Mich gerichtet und die dabei ausgesprochenen Gesinnungen veranlassen Mich, dem gesamten S. C. Dank zu sagen. Ich sehe in jenen Worten die alten Gesinnungen des Bonner S. C. bestätigt, wie sie noch jetzt in Ihrem Herzen bestehen, und sehe, daß noch jetzt ebenso wie bisher über die Zwecke und Ziele der deutschen Korps gedacht wird. Es ist Meine feste Ueberzeugung, daß jeder junge Mann, der eintritt in ein Korps, durch den Geist, welcher in demselben herrscht, und mit diesem seine wahre Richtung für das Leben erhält, denn es ist die beste Erziehung, die ein junger Mann für sein späteres Leben bekommt, und wer über die deutschen Korps spottet, der kennt ihre wahren Tendenzen nicht. Wer aber Korpsstudent wie Ich gewesen ist, weiß das am besten. Ich danke dem S. C. für seine Teilnahme an dem Mir dargebrachten Fackelzuge und freue Mich, daß durch denselben die guten Beziehungen der gesamten Studentenschaft wieder hergestellt sind. Ich hoffe, daß es so bleiben wird, denn die Einmütigkeit ist ein Gewinn für die ganze Universität und wird auch ein Gewinn für den gesamten S. C. der deutschen Universitäten sein. Ich hoffe, daß, solange es deutsche Korpsstudenten gibt, der Geist, wie er im Korps gepflegt, und durch den Kraft und Mut gestählt wird, erhalten bleibt und daß Sie freudig den Schläger führen werden." Der Kaiser erwähnte sodann die Studentenmensuren und fuhr etwa also fort: „Wie im Mittelalter durch die Turniere der Mut und die Kraft gestählt wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Korps der Grad von Festigkeit erworben, der später im großen Leben nötig ist und der bestehen wird, solange es deutsche Universitäten gibt. Sie haben auch Meines Sohnes heute gedacht; dafür danke Ich Ihnen von Herzen. Ich hoffe, daß derselbe, wenn er so weit gediehen ist, bei dem hiesigen S. C. eintreten und dieselben freundlichen Gesinnungen wiederfinden wird, wie Ich sie hier gefunden habe. Und nun, Meine Herren, noch ein Wort, besonders an die Jüngeren, die im ersten Semester zum erstenmal sich anschicken, den Geist der Korps zu pflegen. Stählen Sie Ihren Mut und Ihre Disziplin in dem Gehorsam, ohne den unser Staatsleben nicht bestehen kann. Ich hoffe, daß dereinst viele Beamte und Offiziere aus Ihrem Kreise hervorgehen. Wie viele bedeutende Herren haben wir hier unter uns sitzen, Gelehrte, Beamte, Offiziere und Kaufleute! Ich hoffe, daß der Geist der Einheit des Kösener S. C. im Bonner S. C. weiter leben wird, und daß dies auch an allen anderen Universitäten der Fall sein möge. Und nun erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl des Bonner S. C. und der gesamten Korps. Sie leben hoch! hoch! hoch!"

7. Mai. (Bonn.) Der Großherzog von Luxemburg stattet dem Kaiser einen Besuch ab. Der Kaiser begleitet ihn am Abend in Studententracht zum Bahnhofe.

8. Mai. (Reichstag.) Bei der Zuckersteuervorlage bringt der Abg. Spahn im Verein mit dem Abg. Dr. Orterer seinen in zweiter Lesung gestellten Antrag wieder ein, eine Verbrauchsabgabe von 18 ℳ und fallende offene Exportprämien für fünf Jahre, und

zwar von 1,25 ℳ für den Doppelzentner für die Jahre vom 1. August 1892 bis 1895, und von 100 ℳ für die beiden folgenden Jahre vom 1. August 1895 bis 31. Juli 1897 zu bewilligen. Die Vorlage hatte 22 ℳ gefordert und Prämien von 1 ℳ nur für die drei Jahre von 1892 bis 1895 in Aussicht gestellt. Der Antrag wird mit 146 gegen 143 Stimmen angenommen.

In derselben Sitzung wird die extraordinäre Forderung von 1,425,000 ℳ für Kamerun bewilligt.

9. Mai. Das Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es stimmen nur die Sozialdemokraten und Vereinzelte aus den anderen Fraktionen dagegen.

Der Reichstag wird hierauf bis zum 10. November vertagt.

12. Mai. Das Herrenhaus nimmt das Einkommensteuergesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses an, nachdem der Antrag, den Maximalsteuersatz bei 3% zu belassen, mit 123 gegen 41 Stimmen abgelehnt ist. (Ges. v. 24. Juni.)

13. Mai. Bei der Beratung der Landgemeinde-Ordnung nimmt das Herrenhaus auf Befürwortung des früheren Ministers v. Puttkamer eine Aenderung in der Verteilung des Stimmrechts in den Gemeinden vor.

§ 48 lautete nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses: „Durch Ortsstatut können die vorstehenden Sätze erhöht, oder, höchstens jedoch nur um ein Drittel, ermäßigt werden. Auch kann Grundbesitzern, welche die im ersten Absatz erwähnten Steuersätze entrichten, eine größere Zahl von Stimmen, jedoch nicht über 3, 4 und 5 Stimmen, beigelegt werden.“ — Diesem Absatze wird folgende Fassung gegeben: „Auf Antrag des Kreisausschusses können durch Beschluß des Provinziallandtages im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten die vorstehenden Sätze erhöht, oder, höchstens jedoch um die Hälfte, ermäßigt werden.“

19. Mai. Reise des Kaisers über Elbing nach Königsberg zur Einweihung des Herzog-Albrecht-Denkmals.

20. Mai. (Bonn.) 11. Synode der Altkatholiken des deutschen Reiches mit 58 Teilnehmern, darunter 23 Geistlichen.

28.—29. Mai. Evangelisch-sozialer Kongreß in Berlin.

Ende Mai. Staatsminister v. Bötticher äußert gelegentlich seines Besuches der landwirtschaftlichen Ausstellung in Stralsund:

„Es ist des Kaisers Wille, sein ernster Wille, die öffentliche Wohlfahrt mit allen Kräften zu fördern, und glauben Sie mir, meine Herren, die Sorgen sind bei weitem nicht so begründet, wie man im Lande des öfteren hört. Der politische Horizont ist klar und rein, lassen Sie sich nicht durch französische oder russische Uebertreibungen beunruhigen! Meines Erachtens

ist nirgends ein vernünftiger Grund zu finden, um mit uns anzufangen, und wir werden niemals anfangen!"

1. Juni. **Im Abgeordnetenhause gibt der Reichskanzler vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung über die Getreidezölle ab.**

Erörterungen, welche am 27. v. M. in diesem Hause stattgefunden haben, haben die Frage, ob die gegenwärtigen Verhältnisse zu einer baldigen Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle nötigten, zu einer so brennenden gemacht, daß die Königliche Staatsregierung sich veranlaßt sieht, die Erklärung abzugeben,

es liege nicht in ihrer Absicht, die Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle beim Bundesrat in Anregung zu bringen. (Lebhafter Beifall rechts. Bewegung.)

Ich bitte um die Erlaubnis, diese Erklärung mit einigen kurzen Motiven begleiten zu dürfen.

Seit Bedenken über den Ausfall der jetzt auf dem Halm stehenden Ernte laut wurden, hat die Staatsregierung es sich angelegen sein lassen, zu erforschen, wie die Frage der Broternährung sich im In- und Auslande stellen würde. Diese Recherchen nahmen einen ruhigen Fortgang bis zu der eben erwähnten Sitzung, bis wir sahen, eine wie hochgradige Aufregung ins Land getragen wurde, eine Aufregung, die uns die Notwendigkeit klar machte, bald, schneller als wir es ursprünglich geglaubt hatten, zu einer Erklärung gedrängt zu werden. Dazu kam die gleichzeitige Ermäßigung und Aufhebung der Zölle in einem Nachbarlande.

Es liegt der Staatsregierung ein sehr reiches Material vor, eine Menge von Zahlen, eine Menge von Aeußerungen sachverständiger Personen verschiedener Berufskreise. Indessen ich muß ohne weiteres zugeben: all dieses Material würde einen ziffermäßigen Beweis für die Richtigkeit des Verfahrens der Staatsregierung beizubringen nicht ermöglichen. Diese Zahlen sind zum Teil ihrer Natur nach unsicher, sie beruhen auf Schätzungen; sie sind oft schon 8 Tage, nachdem sie eingebracht worden sind, durch veränderte Verhältnisse falsch geworden. Aber trotz alledem hat die Staatsregierung die ganz feste Ueberzeugung gewonnen, daß von einem Notstande im Lande zur Zeit nicht die Rede sein kann (sehr richtig! rechts), und daß die gegenwärtigen Verhältnisse Gott sei Dank! auch keine Aussicht dafür geben, daß es zu einem Notstande kommen wird. (Sehr richtig! rechts.)

Nicht einmal außergewöhnliche Maßregeln würden durch die Anschauung, die die Staatsregierung von der Lage im Lande bekommen hat, hinreichend motiviert werden.

Wir haben in Betracht zu ziehen gehabt die kommende Ernte im Inlande. Daß sie keine gute werden wird, halten wir für wahrscheinlich, für ebenso wahrscheinlich aber, daß sie besser werden wird, als man noch vor 14 Tagen erwartet hat. (Sehr richtig!)

Wir werden voraussichtlich, wenn nicht unerwartete Naturereignisse eintreten, eine Mittelernte haben; eine solche Mittelernte aber gibt keinen Anlaß zu dem Glauben, daß wir vor einem Notstande stehen würden.

Wir haben dann in Betracht ziehen müssen, welche Vorräte haben wir im Inlande? Das ist unendlich schwer zu schätzen. Diejenigen Leute, die etwa noch größere Vorräte in Händen haben, sind naturgemäß wenig geneigt zu Offenbarungen; auf der anderen Seite ist es zweifellos, daß im Lande eine Unzahl kleiner Posten für den eigenen Bedarf vorhanden sind, die sich jeder Schätzung und jeder Zählung entziehen. Die Summe dieser

kleinen Posten aber ist voraussichtlich größer, als im allgemeinen angenommen wird.

Wenn wir also auch nicht verkennen, daß die Verhältnisse im Inlande so sind, daß sie nicht ausreichen, das Land zu ernähren, so sind wir auf der anderen Seite nicht besorgt. Es muß zugegeben werden: wir haben hohe Preise für das Brotkorn; indessen auch diese Preise sind nicht so, daß sie uns beunruhigten. Wir haben seit dem Jahre 1850 in sieben Jahren Jahresdurchschnittspreise gehabt, die ungefähr auf der Höhe standen, auf der unsere Roggenpreise heute stehen. (Sehr richtig! rechts. Hört! Hört!)

Wir mußten uns nun weiter fragen: wie steht das Ausland? Wir sind auf den Import angewiesen; seit einer Reihe von Jahren hat Preußen aufgehört, ein Getreide exportierender Staat zu sein. Wir sind auf den Import angewiesen, und je mehr die Bevölkerungsziffer steigt, umsomehr werden wir darauf angewiesen bleiben. Es fragt sich also: werden die Länder, die uns gewohnheitsmäßig bisher mit Getreide versehen, unseren Bedarf gedeckt haben —, werden die zur Zeit im stande sein, den vergrößerten Bedarf ebenfalls zu decken? und wir glauben, diese Frage bejahen zu müssen. Es kommen da in Betracht außer Oesterreich-Ungarn: Rußland, Nord-Amerika und Indien. Die Nachrichten über den Erntestand in Oesterreich-Ungarn lauten ungefähr so wie unsere eigenen, die Rußlands im Norden weniger günstig, in der Mitte und im Süden dagegen scheint sich die Sache erheblich besser zu gestalten, als man noch vor kurzem annahm. Gegründete Aussicht auf eine sehr gute Ernte haben Nord-Amerika und Ost-Indien. Daraus folgt, daß ein Teil dieser Länder im stande sein wird, denjenigen Zuschuß zu leisten, dessen Deutschland bedarf, um bis zur nächsten Ernte fortzukommen und auch nach der nächsten Ernte, da wo es etwa fehlen sollte, auszuhelfen.

Die Nachrichten, die die Staatsregierung aus Handelsplätzen von hervorragenden Kaufleuten, von Rhedern, von Versicherungsgesellschaften rc. eingezogen hat, gehen übereinstimmend dahin, daß zur Zeit erhebliche Transporte bereits nach Deutschland unterwegs sind. Es soll das, wie man mir sagte, eine Erscheinung sein, die alle Jahre eintritt, daß im Mai, Juni und Juli, die Importe sich zu steigern pflegen. Es wird in diesem Jahre natürlich noch wahrscheinlicher, teils durch unsere hohen Preise, teils aber durch Verhältnisse in jenen Ländern, auf deren Import wir angewiesen sind. Uns scheint es zweifellos zu sein, daß der nordamerikanische Markt in dem Bewußtsein vor einer überreichlichen Ernte zu stehen im Begriff ist, abzuschieben, was er aus vorjährigen Beständen noch übrig hat. Wir werden nach Wochen zählen können, bis das erste ostindische Getreide auf dem europäischen Weltmarkt eintrifft.

Nun ist das, was aus Nord-Amerika und aus Ost-Indien auf unseren Markt kommt, vorherrschend Weizen, während es ja bekannt ist, daß in Preußen das Roggenbrot noch die Nahrung des größten Teils unserer ärmeren Klassen ist, daß also der Roggen noch eine hervorragende Rolle spielt. Indessen auch in dieser Beziehung glauben wir keine großen Befürchtungen hegen zu müssen. Soweit wir die Sache übersehen können, sind in Rußland noch Roggenbestände, die sich, wie es scheint, in den Händen einzelner reicher Personen befinden, die auf den Augenblick warten, wo es ihnen nutzbringend erscheinen wird, damit auf dem deutschen Markt zu erscheinen.

Es ist ferner eine nicht erst jetzt beobachtete Erscheinung, daß in Deutschland der Weizenkonsum im Verhältnis zum Roggenkonsum zunimmt, mag das Motiv davon sein, daß die Bevölkerung mehr Geschmack am Weizen findet, mag es der steigende Wohlstand sein, mag es auch die Abnahme des

Roggenbaues sein. Die Thatsache liegt vor und spricht dafür, daß, wenn uns Roggen fehlen würde, ein Uebergang zu geringeren Weizensorten für diejenigen Klassen, die bisher Roggen gegessen haben, in nicht unerheblichem Maße möglich ist. Es kommt dann hinzu, daß die Marktverhältnisse in den sogenannten Nebenartikeln günstig stehen, so daß das Land, wenn es davon absieht, Roggen zu anderen Zwecken, z. B. zu Futterzwecken, zu verkaufen, und dazu diese Nebenartikel verwendet, wohl in der Lage sein wird, seinen Nahrungsbedarf an Roggen zu decken.

Wenn nun die Verhältnisse so liegen, so entsteht für die Staatsregierung die Frage: soll man nicht doch angesichts des Drängens von verschiedenen Seiten, angesichts der Aufregung, die im Lande auf die eine oder andere Weise über diese Frage entstanden ist, sich entschließen, jetzt auf eine Herabsetzung oder Aufhebung der Zölle hinzuwirken? Man muß sich da die Frage vorlegen: was würde eine solche Aufhebung zur Zeit nützen! Die Frage, wieweit Zölle auf die Preisbildung einwirken, ist — und darüber, glaube ich, wird, seitdem zum erstenmal in diesem Hause über Kornzölle verhandelt worden ist, eine Klärung der Ansichten eingetreten sein — eine sehr komplizierte und nicht mit so einfachen Worten, wie „das Ausland bezahlt den Zoll“ oder „der Konsument bezahlt den Zoll“ abzuthun. (Sehr richtig!)

Zahlreiche sehr schwer zu übersehende Verhältnisse machen es selbst unseren größten Nationalökonomen schwierig, nicht allein generell über diese Frage zu entscheiden, sondern auch im einzelnen Fall einwandsfreie Resultate zu gewinnen.

Sehr schwer wird es im gegenwärtigen Fall sein, festzustellen, wie weit eine Aufhebung oder Herabminderung der Kornzölle auf Zeit geeignet wäre, die Kornpreise bei uns zum Sinken zu bringen. (Sehr richtig!) Wir haben in den letzten Tagen, wo infolge der Sitzung vom 27. Mai sich in weiteren Kreisen der Glaube verbreitete, es würden die Zölle heruntergesetzt werden, die Erfahrung gemacht, daß in Nachbarländern, in Rußland, den Niederlanden rc. die Preise anzogen. (Sehr richtig!) Das Ausland schickte sich eben an, von der ungewöhnlichen Lage, in der wir uns befinden, Nutzen zu ziehen.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß der Weltmarkt, der ja unsere Kornpreise mit bedingt, im ganzen eine steigende Tendenz hat, und nach dem, was ich von Sachverständigen ersten Ranges gehört habe, neige ich mich auch dem Glauben zu, daß diese steigende Tendenz noch anhalten wird.

Es werden verschiedene Gründe dafür angegeben. Der eine sagt: unser Kornhandel ist schon seit Jahren nicht weitsichtig genug gewesen, er hat mit falschen Voraussetzungen gerechnet, er fängt jetzt erst an zu erkennen, wie die Sache liegt, und er wird genötigt sein, mit den Preisen in die Höhe zu gehen. Andere behaupten: bei der steigenden Bevölkerung in der ganzen zivilisierten Welt wird der Getreidebedarf immer stärker, und der Getreidebau hat damit nicht Schritt gehalten; dieser zweite Teil kommt zu demselben Resultat, wenn auch aus anderen Voraussetzungen: der Welthandel wird eine steigende Tendenz behalten.

Setzen wir nun die Zölle herunter, so ist nach meiner Ueberzeugung mit Sicherheit anzunehmen, daß die Preisermäßigung auf dem deutschen und preußischen Markte nicht der Heruntersetzung unserer Zölle gleichkommt. (Sehr richtig!) Seit einer Reihe von Wochen ist der Preis des Getreides in Deutschland gleich dem Weltmarktpreise — ich nehme hier den Londoner Preis als Weltmarktpreis an — plus den Zöllen. Und nun variiert es: einmal kommt es etwas höher und einmal etwas drunter, im allgemeinen aber zahlen wir zur Zeit Weltmarktpreis plus Zoll.

Wenn wir aber den Zoll aufheben, so ist mit — wie ich glaube — Sicherheit vorauszusehen, daß ein Teil des Zolles an das Ausland fällt; mann kann den Teil größer oder geringer taxieren, ein Teil aber fällt dem Auslande zu und nur ein anderer Teil würde den inländischen Konsumenten zu gute kommen. Das Ausland also gehört jedenfalls zu den Gewinnern.

Wie weit der inländische Konsument zu den Gewinnern gehören würde, das ist zweifelhaft (Sehr richtig), um so zweifelhafter, je geringer die Herabsetzung ist und auf je kürzere Zeit sie beliebt würde.

Die Staatsregierung hat in reiflicher Erwägung aller dieser Verhältnisse sich davon überzeugt, daß mit einer mäßigen Herabsetzung der Zölle — also etwa das, was man ein Offenlassen bis zum Perfektwerden des deutsch-österreichischen Handelsvertrages nennen würde, nicht geholfen ist, sondern daß, wenn eine Ermäßigung der Brotpreise eintreten soll, wenn also unseren armen Mitbürgern geholfen werden soll, dann der Zoll auf Zeit ganz erlassen werden müßte. Das aber ist eine Maßregel, zu der die Staatsregierung sich nicht würde entschließen können.

Wenn wir also auf der einen Seite den Nutzen, der aus einer Herabsetzung oder aus einer zeitweisen Aufhebung des Getreidezolles entstehen würde, für einen fraglichen halten, so halten wir für ungleich weniger fraglich den Schaden, der aus einer solchen Maßregel entstehen würde. Darüber kommen die Sachverständigen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft, wie mir scheint, überein, daß für eine gesunde Entwickelung dieser Erwerbszweige Stetigkeit das erste Erfordernis ist. (Sehr richtig!) Stetigkeit braucht der Handel, um Verbindungen einzugehen, die ja, wie es beim Handel meist der Fall ist und beim Getreidehandel erst recht, oft erst in langer Zeit wirksam werden. Einer ruhigen Entwickelung bedarf der Handel. Wenn man aber die Zölle auf Monate hin- und herwirft, so ist eine solche ruhige Entwickelung gefährdet. Das solide Geschäft leidet darunter und zieht sich vom Handel zurück, während die Spekulation — und ich will dabei sagen, um nicht mißverstanden zu werden, ich halte die Spekulation nicht für etwas Schädliches an sich, sondern für etwas an sich Nötiges, sie muß die Bedürfnisse des Volkes vorhersehen, um ihnen nachkommen zu können — ich will damit nicht sagen, daß nicht wie alle menschlichen Dinge auch sie ihre Uebertreibungen und Mißleitungen erfahren könnte, aber die Spekulation ist im ganzen erforderlich. Nach dieser Parenthese will ich fortfahren — die Spekulation, ich möchte sagen, die wilde Spekulation, die prosperiert bei dem Hin- und Herschwanken der Verhältnisse, unter denen der Handel sich zu bewegen hat, und, ich wiederhole, der gesunde und solide Handel bedarf der Stetigkeit. (Sehr richtig!)

Aehnlich liegen die Verhältnisse nach meinem Dafürhalten in Bezug auf die Landwirtschaft. Ich kann da zunächst anführen, daß, wenn die Staatsregierung sich entschlösse, bei den Reichsbehörden eine Aufhebung unserer Getreidezölle oder wenigstens der Zölle für Brotgetreide auf Monate zu beantragen, und wenn dieser Antrag Folge hätte, daß wir dann doch nach Ablauf der Frist, für die die Aufhebung gegeben wurde, sehr leicht in der Verlegenheit sein könnten, das schwer wieder einzuführen, was wir erst aufgehoben haben (sehr richtig!), daß dann eine Agitation, eine Bewegung in der Bevölkerung entstehen könnte durch Ereignisse, die sich im Augenblick ja gar nicht übersehen lassen, in noch höherem Grade wie jetzt; sie könnte vielleicht innerlich unberechtigt sein; sie könnte aber ein Motiv haben, welche es einem Teile der mitwirkenden Faktoren erschweren müßte, überhaupt auf Getreidezölle zurückzukommen.

Nun haben aber die preußische Regierung und, soweit ich unterrichtet bin, die verbündeten Regierungen keineswegs im Sinn und auch nicht im

Sinn gehabt, zu einem Freihandelssystem in Bezug auf das Getreide überzugehen. (Hört, hört! Sehr gut! rechts und im Zentrum.)

Wir haben in Verhandlungen, die ja offenkundig sind, mit anderen Staaten uns entschlossen, zu einer gewissen Herabsetzung unserer Getreidezölle die Zustimmung zu geben, aber unter der Voraussetzung, daß wir da auf anderem Gebiete Gewinne machen, die uns eben Aequivalente dafür geben Ich bin nicht in der Lage, mich im Augenblick in dieser Beziehung zu äußern, und muß zugleich im voraus sagen, daß, wenn irgendwo die Debatte auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag geleitet würde, ich wiederum in der Notwendigkeit sein würde, auf eine Unterhaltung darüber nicht einzugehen und nur zu konstatieren, daß ich die Behandlung dieses Themas in weiterem Maße zur Zeit auf das äußerste beklagen müßte. (Hört, hört!)

Führten wir nun geringere Zölle ein auf kürzere Zeit, oder schritten wir auf kürzere Zeit gar zu der vollständigen Aufhebung der Getreidezölle, so müßten wir doch auch mit der Möglichkeit rechnen, daß am Ende dieses Termins der deutsche Markt mit ausländischem Getreide dermaßen überschwemmt sein könnte (sehr richtig!), daß dann unsere nächste Ernte in Verlegenheit wäre. (Lebhafte Zustimmung.)

Die französische Regierung hat in dieser Beziehung nach meiner Ansicht korrekt gehandelt — es kann hier nicht meines Amtes sein, in eine Untersuchung darüber einzutreten, welche Motive die französische Regierung geleitet haben können — aber ich erkenne an, daß sie richtig gehandelt hat: sie läßt diese Zölle erst vom nächsten August an fallen, also zu einem Termin, wo mit der dann beginnenden stärkeren Einfuhr die eigene Ernte schon konkurrieren kann.

Ließen wir unsere Zölle heute fallen, so würden wir in der Lage sein, möglicherweise — das sind alles Dinge, ich wiederhole es, die nicht mit apodiktischer Gewißheit zu beweisen sind — möglicherweise eine so starke Einfuhr zu bekommen, daß dann unsere Landwirtschaft unter der Unabsetzbarkeit der eigenen Ernte litte. (Sehr richtig!)

Neben diesen auf den Handel und die Landwirtschaft basierten Motiven hat die Staatsregierung auch Motive politischer Art. Man kann uns einwenden: macht doch dieser unerquicklichen Agitation ein Ende. Es ist ja nichts einfacher für die Regierung, als daß sie sagt: die öffentliche Meinung ist dafür, — wir würden vielleicht in allen Parteien dieses Hauses Stimmen für einen Schritt beim Bundesrat, der auf Aufhebung der Zölle zielte, gewinnen können. Ja, wenn wir von dem Gesichtspunkt ausgingen, so wäre unsere Verantwortung allerdings leicht gedeckt. Ich bin aber der Meinung, daß eine Regierung dazu da ist, Verantwortung zu tragen und auf sich zu nehmen, wenn sie davon überzeugt ist, daß das, was sie will, zum Besten des Staates dient. (Sehr richtig!)

Eine Regierung muß auch gegen den Strom schwimmen können; (sehr gut!) und selbst, wenn der Strom der Agitation in Bezug auf diese Maßregel noch wachsen sollte, so traue ich uns zu, daß der Strom uns nicht auf die andere Seite bringen wird (sehr gut! Bravo!), so wenig wie manche andere Agitation uns schon aus der Richtung gebracht hat, die wir für die richtige gehalten haben. (Lebhaftes Bravo!)

Wir haben — und darin möchten wir niemandem nachstehen — ein warmes Herz für die armen Klassen. Aber auch in dieser Beziehung glauben wir recht zu handeln, wenn wir auf eine Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle auf einige Monate nicht eingehen. Wie weit würde sich denn der Brotpreis ändern, wenn die ganze Welt, der Zwischenhändler und der Bäcker, an sich auch Leute, die ihr gutes Recht haben, einen Gewinn machen zu wollen — von Hause aus wüßten: die Sache dauert nicht lange? Was

würde dann eine Herabsetzung der Zölle, etwa auf die Hälfte nützen? Wenn wir den Roggenzoll auf 25 ℳ für die Tonne auf vier Monate herabsetzten, so würde der Effekt vielleicht der sein, daß das Kilogramm etwa 2 bis 3 ₰ billiger würde. Ich habe nicht den Glauben, daß diese Preisermäßigung in dem Preise oder in dem Gewicht des Brotes zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig!)

Ich glaube nicht, daß eine so unbedeutende und auf so kurze Zeit ergriffene Maßregel im stande sein würde, den weniger bemittelten Klassen wirksam zu helfen. Ich glaube dagegen, wenn wir auf längere Zeit die Getreidezölle ermäßigen können, wie wir das — wie ich mir schon erlaubt habe zu sagen, und wie es ja offenkundig ist — im Laufe von Vertragsverhandlungen mit andern Staaten ins Auge gefaßt haben, daß dann auf eine längere Zeit, eine Reihe von Jahren, der ärmeren Bevölkerung mehr genutzt werden kann, daß Lohn und Brotpreise der Arbeiter sich besser stellen werden als jetzt, falls wir etwa auf vier Monate eine Herabsetzung herbeiführen wollten; wir werden dann, wie ich hoffe, die Verhältnisse dieser Klassen dauernd bessern, während wir jetzt im günstigsten Falle eine unbedeutende, kaum bemerkbare Verbesserung auf kurze Zeit haben würden. (Sehr gut! rechts.)

Eine Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle wäre nun aber auch in handelspolitischer Beziehung für die Reichsregierung zur Zeit in so hohem Grade unerwünscht, wie nur irgend möglich. Für die größere Handelspolitik ist eine gewisse Stetigkeit der Anschauungen, eben der leitenden Anschauungen, ebensogut Erfordernis, wie für Handel und Industrie und den Wandel im Lande. Wir können nicht in große handelspolitische Aktionen eintreten und sie mit Aussicht auf Erfolg durchführen, wenn wir anscheinend in unseren eigenen Anschauungen wechseln, noch ehe wir nur das erste Resultat solcher Aktionen eingeheimst haben. Wir würden dem Auslande gegenüber als eine Regierung und weiter auch als eine Nation erscheinen, mit der auf einen langen Zeitraum, auf eine Reihe von Jahren sich in solche Transaktion einzulassen, bedenklich ist. Wir würden vor der Gefahr stehen, daß das, was wir gewonnen haben, scheitert, noch ehe wir es an einer einzigen Stelle haben vollenden können, wenn wir jetzt schwankend werden, und einer, vom Standpunkt des Auslandes aus, doch immerhin leichten Strömung in entgegengesetzter Richtung nachgeben wollten. Die Staatsregierung ist sich ihrer Verantwortung in dieser Beziehung vollkommen bewußt, sie ist sich aber auch der Verantwortung bewußt, die sie tragen würde, wenn sie dazu mitwirkte, die handelspolitische Aktion, von der sie sich sehr viel für Staat und Reich verspricht, zu stören; und ich kann für meine Person sagen, daß ich eine solche Verantwortung auf mich zu nehmen nicht geneigt sein würde. Wir sind darauf gefaßt, daß man in der nächsten Zeit von vielen Seiten unser Verhalten nicht verstehen und mißbilligen wird. Indessen wir müssen uns das gefallen lassen, und wir werden es uns gern gefallen lassen, wenn, wie wir hoffen, das, was wir thun, dem Lande zum Segen gereichen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

In derselben Sitzung wird die Landgemeinde-Ordnung in der Fassung, wie sie vom Herrenhaus zurückgekommen (vgl. 13. Mai) mit einigen Modifikationen angenommen.

Zum Schluß erklärt Abg. v. Rauchhaupt:

Seine politischen Freunde würden gegen die Landgemeindeordnung im ganzen stimmen, wenn es ihnen auch nicht leicht werde. Sie seien dazu einmal genötigt, weil in den §§ 48 und 109 ihnen diejenigen Grundsätze,

die sie für eine förderlich wirkende Landgemeindeordnung für unerläßlich hielten, nicht bewilligt seien. Ein zweiter Grund sei für sie die Erklärung des Ministers im Herrenhause. Er habe dort gesagt, daß allerdings die Absicht der Konservativen im Abgeordnetenhaus gewesen sei, grundsätzliche und prinzipielle Aenderungen an der Regierungsvorlage vorzunehmen, daß aber diese Anträge sämtlich abgelehnt worden seien, und seine Ausführung mit der Wiederholung geschlossen, daß die Vorlage prinzipielle Aenderungen an den Grundsätzen nicht erfahren habe. In den Zwischensätzen habe der Minister ausgeführt, daß die drei Ziele: Erleichterung der Zusammenlegung der Gutsbezirke mit Gemeinden, Zulassung der Nicht-Eingesessenen zum Stimmrecht und Zwangs-Zweckverbände, erreicht seien. Damit in dem Lande nicht die Auffassung entstehe, daß seine Partei diesen drei Zielen widerstrebt habe, konstatiere er zunächst, daß sie diese drei Ziele voll teile und durchaus billige. Die Wege aber, um zu diesen Zielen zu gelangen, seien für sie grundsätzlich von denen des Staatsministeriums verschieden. Sie müsse Wert darauf legen, durch die Erklärung des Ministers nicht in den Verdacht zu kommen, daß die Thätigkeit der Konservativen bei den Verhandlungen an den Prinzipien der Vorlage nichts geändert habe und pro nihilo gewesen sei. Bei zahlreichen Punkten habe seine Partei vielmehr ihrer Auffassung Platz zu schaffen versucht und gewußt. Zunächst bei der Verbindung von Gutsbezirken und Gemeinden habe sie den maßgebenden Einfluß der Selbstverwaltungsorgane wiederherzustellen versucht und teilweise auch erreicht. Zweitens habe sie bei der Gemeindebesteuerung zwar zugestimmt, den Staatssteuerfuß einzuführen, dies aber grundsätzlich dahin geändert, daß die Gewerbesteuer der Grundsteuer nicht gleichgestellt werde. Dann habe sie die niedrige Heranziehung der Waldungen beseitigt. Ferner habe sie dadurch, daß sie die Heranziehung der Leute über 660 bis 900 ℳ zu den Gemeindelasten als Bedingung des Stimmrechts herbeigeführt habe, bezüglich der Autonomie der Gemeinden eine grundsätzliche Aenderung erreicht. Dann habe sie den Häuslern ihr Stimmrecht wiedergegeben, das die Staatsregierung ihnen habe nehmen wollen, ferner habe sie das Uebergewicht der Angesessenen anders reguliert, als die Regierung gewollt habe. Es sei sodann die Verleihung des Einzelstimmrechts durch Ortsstatut reguliert worden, Schulze und Schöffen, die von dem Stimmrecht ausgeschlossen gewesen seien, habe sie wieder hineinkorrigiert, ein kollegialer Gemeindevorstand, den die Staatsregierung gar nicht gekannt habe, sei eingeführt, es sei bestimmt worden, daß die Amtsvorsteher gehört würden vor der Bestätigung der Ortsvorsteher und Schöffen. Die Beschlußfähigkeit in der Urversammlung sei von der Hälfte auf ein Drittel herabgesetzt, die Beschränkung der Oeffentlichkeit wenigstens für die Urversammlung durchgeführt. Also die Behauptung des Ministers, daß die Konservativen pro nihilo gearbeitet hätten, treffe nicht zu. Sie könnten aber nicht weitergehen, als sie gegangen seien, sie müßten darauf sehen, daß der Minister ihre Zustimmung zu dem Gesetze nicht wiederum im Herrenhaus verwerte, und würden sich deshalb ablehnend gegen das ganze Gesetz verhalten.

Minister des Innern Herrfurth:

Ich will offen gestehen, ich verstehe die Deduktionen des Herrn Abg. v. Rauchhaupt nicht, wenn er zur Rechtfertigung des Entschlusses, daß er und seine politischen Freunde gegen die ganze Landgemeindeordnung stimmen wollen, eine Reihe von Aenderungen anführt, die er als erhebliche und zwar prinzipielle Verbesserungen der Regierungsvorlage bezeichnet und von denen er den Ruhm der Verbesserung sich und seiner Fraktion zuschreibt. Ich könnte es verstehen, wenn er sagte: nachdem wir alles dies erreicht haben,

stimmen wir für die Landgemeindeordnung, obwohl darin verschiedenes uns nicht besonders gefällt. (Sehr wahr!) So aber — muß ich sagen — verstehe ich diese Deduktionen nicht ganz, und nachdem ich meinerseits alle diese Beschlüsse, die er angeführt hat, namens der Staatsregierung im Herrenhause vertreten habe, ist dieser Angriff doch in etwas auffallender Weise — ich möchte sagen — improvisiert, wenn er nicht so sehr gut vorbereitet wäre. (Heiterkeit. Bravo! links und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren! Ich will zunächst erklären: als politische Freunde des Herrn v. Kleist-Retzow habe ich weder die Herren von der freikonservativen Partei, noch die Herren Nationalliberalen jemals im Gedanken gehabt; ich habe nicht einmal die gesamte Fraktion der Konservativen in Gedanken gehabt, als ich jene Aeußerung gethan habe.

Meine Herren! Aber was meine Aeußerung über prinzipielle Aenderungen anlangt, so erinnere ich daran, daß ich allerdings, und ich glaube in nicht mißzuverstehender Weise, genötigt gewesen bin, gegen gewisse Beschlüsse, welche bereits in der Kommission gefaßt worden waren, Front zu machen, sowie gegen Anträge, welche von jener Seite in der Kommission und im Plenum gestellt worden sind, und die ich nomine der Staatsregierung für unannehmbar erklären mußte. Ich wiederhole nur, wenn der § 2 so gefaßt worden wäre, wie er nach den ursprünglichen Anträgen und Beschlüssen sich gestaltet haben würde, daß ausschließlich durch Beschluß des Kreisausschusses, oder wie es hier in der ersten Lesung hieß, sogar nur auf Antrag des Kreisausschusses eine zwangsweise Vereinigung von Landgemeinden und Gutsbezirken mit anderen Gemeinden und Gutsbezirken herbeigeführt werden könne, wenn die Regelung des Stimmrechts lediglich und ausschließlich dem Ortsstatut überlassen worden wäre, dann würde ich nicht in der Lage gewesen sein, Allerhöchsten Orts die Sanktionierung eines solchen Gesetzes zu befürworten.

Das sind die Fragen, die ich bei jener Aeußerung als prinzipielle ins Auge gefaßt hatte. Denn, meine Herren, für die übrigen von Herrn v. Rauchhaupt erwähnten Aenderungen habe ich hier in der größten Mehrzahl als Minister die Zustimmung erklärt und habe schließlich als Abgeordneter für dieselben gestimmt, und ich vermag nicht anzuerkennen, wenn ich sachlich für alle diese Beschlüsse im Herrenhause eingetreten bin und Beschlüsse, welche ich früher hier in diesem Hause für unannehmbar erklärt habe, auch in dem anderen Hause als solche gekennzeichnet und deren Ablehnung für erfreulich erachtet habe, daß das ein genügender Grund, ja nicht einmal ein genügender Vorwand sein könne, gegen die Landgemeindeordnung als solche zu stimmen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, es ist früher, als die Herren, welche heute nach jenem Vorwande suchen, für die Gemeindeordnung zu stimmen sich bereit erklärten, von ihnen doch immer uns ein „tolerari posse" ausgesprochen; sie haben gewissermaßen auf die Göthesche Frage: Dir fehlt etwas? gesteh' es frei! mit Achselzucken geantwortet: „Zufrieden bin ich, aber es ist mir nicht wohl dabei." Bei dem Beschlusse gänzlicher Ablehnung scheint ihnen wohler zu sein.

Meine Herren, ich für meine Person habe auch, wenn ich die Beschlüsse, wie sie in der dritten Lesung gefaßt worden sind, überschaue, zuzugestehen, daß sie mir keineswegs sämtlich unbedingt gefallen; allein, wenn ich daran denke, welche Behandlung die Vorlage in der ersten Lesung und anfangs in der Kommission gefunden hat, so kann ich das Gefühl der Befriedigung nicht unterdrücken und bin in der Lage, sagen zu können: ich bin zufrieden und mir ist auch wohl dabei! (Bravo!

Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Gesetzes mit 206 gegen 99 Stimmen. Gegen das Gesetz stimmen geschlossen die Konservativen, ferner die Abgg. von Schalscha und Spangenberg; für das Gesetz stimmen die Freisinnigen, die Nationalliberalen und die Polen geschlossen, ferner das Zentrum und die Freikonservativen mit den bezeichneten Ausnahmen, endlich die Abgg. von Köller und Cremer-Teltow. (Ges. v. 3. Juli.)

1. Juni. Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Kiel.

1. Juni. Auf dem Parteitag der nationalliberalen Partei wird folgende von Stockmeyer-Nürnberg vorgeschlagene Resolution angenommen:

„Der Delegiertentag erklärt angesichts der vielfach auseinandergehenden Meinungen:

1. Daß es Aufgabe der Partei ist, in Fragen der Reichs- und Landespolitik unter Wahrung der altbewährten Treue gegen Kaiser und Reich ihre durchaus selbständige, von der Rücksicht auf das Wohl des Ganzen geleitete, nach jeder Seite unabhängige Haltung zu bewahren, insbesondere die alten liberalen Grundsätze zu pflegen,

2. daß er auf sozial-politischem Gebiete einen Ruhepunkt für gekommen erachtet, der es gestattet, der praktischen Durchführung der im letzten Jahrzehnt geschaffenen Gesetzgebung die volle Sorge zuzuwenden, unter gleichzeitiger sorgsamer Beobachtung der laufenden und der etwa noch auftauchenden sozialen Bedürfnisse,

3. daß die Partei nach wie vor an dem Grundsatze festhält, daß wirtschaftliche Fragen nicht zur Grundlage politischer Parteien dienen sollen und deshalb in den Fragen der Handels- und Zollpolitik und des deutsch-österreichischen Handelsvertrages jedem einzelnen nach seinem pflichtmäßigen Ermessen die Entscheidung überlassen bleiben muß."

Es wird alsdann an den Fürsten Bismarck folgendes Telegramm abgesandt:

„Die heute hier aus ganz Deutschland versammelten Delegierten der nationalliberalen Partei versichern Euer Durchlaucht, den Mitbegründer des Reichs, ihrer unwandelbaren Dankbarkeit und Verehrung."

Der Fürst antwortet:

„Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die freundliche Begrüßung im Namen der Partei, welcher das Vaterland für die Förderung unserer nationalen Politik zu besonderer Dankbarkeit verpflichtet ist.

v. Bismarck."

1. Juni. In Frankfurt a. M. findet ein deutschfreisinniger Parteitag für Südwestdeutschland statt, auf welchem unter andern die Abgeordneten Bamberger, Richter, Hintze, Schmidt-Elberfeld und süddeutsche Abgeordnete anwesend sind. Als Hauptredner treten Bamberger und Richter auf.

1. Juni. (Bochumer Steuerprozeß.) Der ultramontane Redakteur Fusangel wird angeklagt wegen Beleidigung der Bochumer

Steuereinschätzungskommission. Es wird aber von einer großen Anzahl der verschiedensten Einwohner nachgewiesen, daß sie nur zur Hälfte oder einem Drittel und noch weniger ihres baren Einkommens eingeschätzt gewesen sind. Unter andern Geheimrat Baare bei einem Einkommen von 110,000 ℳ zu 32,000 ℳ

1. Juni. (München.) Der Reichstagsabgeordnete v. Vollmar spricht sich in einer sozialdemokratischen Versammlung über die Stellung der Sozialdemokratie zur auswärtigen Politik des Reichs aus.

Vollmar lobte den Dreibund, weil er zur Erhaltung des Friedens beitrage. Der Gedanke der internationalen Brüderlichkeit hebe nicht die nationalen Aufgaben auf. Die berühmten „Vereinigten Staaten von Europa" seien zwar ein ganz nettes Zukunftsbild, das aber kein einziger von den Anwesenden erleben werde. Gegenüber einzelnen Preßstimmen sei eine Kritik der öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs seitens der Partei notwendig geworden. Wem sei nicht das ekelhafte Treiben des offiziellen Frankreich gegenüber Rußland aufgefallen? Ein derartiges Gebahren, das viel zu den Rüstungen in Deutschland beitrage, sei unklug, denn wenn Rußland unterliege, müsse Frankreich die Prügel einstecken und die Kosten dafür zahlen. Auch täusche man sich in Frankreich bezüglich der deutschen sozialistischen Partei. Sobald das Vaterland angegriffen werde, gebe es nur mehr eine Partei und die Sozialdemokraten würden nicht die letzten sein, namentlich wenn es einem Feind gelte, der gegen alle Kultur ist, nämlich Rußland.

Uebrigens betonte Herr v. Vollmar auch, gegenwärtig sei die Möglichkeit vorhanden, daß die Sozialdemokratie auf Grund der legalen Verhältnisse Einfluß gewinne. Die Partei müsse allerdings vollkommen gerüstet bleiben, um den Interessen der Arbeiter zu entsprechen. Aber sie müsse ehrlich das halten, was sie vor Aufhebung des Sozialistengesetzes versprochen habe, nämlich, wenn dies geschehe, auf Grundlage des gemeinen Rechtes mit den gegnerischen Parteien und der Regierung zu unterhandeln.

2. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Zweite Lesung über das Sperrgeldergesetz.

Abg. v. Eynern gibt namens der nationalliberalen Partei die Erklärung ab, daß dieselbe der Vorlage nicht zustimmen könne. Das Zentrum betrachte die Vorlage lediglich als Abschlagszahlung, der evangelischen Kirche gegenüber aber erschiene dieselbe als eine Belohnung für den Widerstand gegen die Kirchengesetze, als ein Sieg, dem auf der evangelischen Seite die Niederlage gegenüberstehe. Deshalb könnten seine Freunde der Vorlage nicht zustimmen.

Aehnlich Abg. Frhr. v. Zedlitz für den größeren Teil der freikonservativen Partei.

Darauf wird das Gesetz mit großer Majorität angenommen. (Dritte Lesung 4. Juni.)

Die gegen die Vorlage (vgl. 24. Januar) abgeänderten §§ lauten (Ges. v. 24. Juni):

Artikel 2.

Aus den im Artikel 1 aufgeführten Summen sind mit Ausschluß von Zinsen in den einzelnen Diözesen bezw. Diözesananteilen Beträge zu be-

willigen an solche Institute und Personen bezw. deren Erben, welche dadurch Einbuße an ihren Einkünften erlitten haben, daß auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 für sie bestimmte Bezüge zu dem im Artikel 1 bezeichneten Sammelkonto eingezogen worden sind.

Hierbei treten an Stelle der in Absatz 1 aufgeführten Institute und Personen bezw. deren Erben diejenigen Institute, Korporationen und Fonds auf den Antrag ihrer gesetzlichen Vertreter, welche diesen Instituten und Personen nachweislich einen Ersatz für die erlittenen Einbußen gewährt haben.

Artikel 3.

Ueber die Bewilligungen beschließt innerhalb einer jeden Diözese bezw. eines jeden Diözesananteils eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission. Die Mitglieder werden von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem betreffenden Diözesanobern ernannt.

Die Kommission ist bei der Anwesenheit dreier Mitglieder beschlußfähig. Der Vorsitzende wird von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten bestimmt und öffentlich bekannt gemacht.

Artikel 4.

Die Anträge auf Bewilligungen sind von den im Artikel 2 bezeichneten Instituten und Personen bezw. deren Erben binnen einer drei Monate vom Tage der Bekanntmachung der Ernennung des Vorsitzenden laufenden Präklusivfrist bei dem Vorsitzenden der Kommission unter Angabe der beanspruchten Beträge anzumelden.

Ob und zu welchem Betrage die Anträge innerhalb der Grenzen der in den einzelnen Diözesen bezw. Diözesananteilen verfügbaren Mittel zu berücksichtigen sind, beschließt die Kommission endgültig nach freiem Ermessen unter Ausschluß des Rechtswegs. Die Zahlung der bewilligten Beträge erfolgt an die Empfangsberechtigten aus der Staatskasse auf Grund des von der Kommission ergangenen Beschlusses. Der Beschluß ist dem Antragsteller zuzufertigen, auch dem Minister der geistlichen Angelegenheiten, sowie den betreffenden Diözesanobern mitzuteilen. Der Finanzminister kann vor der Auszahlung der bewilligten Beträge den Nachweis verlangen, daß dieselben für die betreffende Diözese bezw. den betreffenden Diözesananteil die in dem Artikel 1 bezeichnete Summe nicht übersteigen.

Artikel 5.

Die nach Erledigung der Anträge und nach Abzug der Kosten des Verfahrens in der einzelnen Diözese übrig bleibende Summe wird an das betreffende Bistum ausgezahlt und zu einem Diözesanfonds angelegt, aus dessen Ertrage nach Vereinbarung zwischen dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und den Diözesanobern emeritierte Geistliche unterstützt, auch die Gehälter der Domherren, Domvikare und Beamten der bischöflichen Verwaltung aufgebessert oder Unterstützungen an arme Kirchengemeinden behufs Wiederherstellung kirchlicher Gebäude (Kirchen, Kapellen, Häuser für Geistliche und Kirchendiener) gewährt werden können.

Die Vereinbarung hat den für den einzelnen Zweck verwendbaren Gesamtbetrag festzustellen. Innerhalb des letzteren bleibt die Einzelverwendung dem Diözesanobern überlassen. Die Vereinbarung bleibt so lange in Geltung, bis eine Abänderung vereinbart ist.

Artikel 7.

Dem Landtage der Monarchie ist nach Ausschüttung der im Art. 1 bezeichneten Summeu über die Verwendung Mitteilung zu machen.

8. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Annahme des Rentengüter-Gesetzes in dritter Lesung.

11. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Beratung des Antrages Rickert u. Gen. wegen Vorlegung des Materials über die verfügbaren Getreidebestände und die Ernteaussichten.

Ministerpräsident v. Caprivi:

Ich habe im Namen der Staatsregierung den Wunsch auszusprechen: das hohe Haus wolle den hier vorliegenden Antrag ablehnen. Der Antrag geht dahin: die Königliche Staatsregierung möge das Material über die zur Zeit verfügbaren Getreidebestände und die diesjährigen Ernteaussichten dem Abgeordnetenhause mitteilen.

Nach dem Verlauf der vorigen Sitzung war es wahrscheinlich, daß dieser oder ein ähnlicher Antrag kommen würde, und es ist mir weiter zweifellos, daß die Ziele der Herren Antragsteller über den Wortlaut des Antrages hinausgehen: sie wollen nicht bloß das Material kennen lernen, sondern sie wollen an den Antrag eine weitergehende Diskussion knüpfen.

Was nun diese weitergehende Diskussion angeht, so ist die Staatsregierung nicht in der Lage, darauf einzugehen, es sei denn, es handelt sich um die Berichtigung thatsächlicher Anführungen. Was die Staatsregierung zur Sache zu sagen hat, habe ich mir am 1. d. M. auszuführen die Ehre gegeben. Seitdem hat sich in den Anschauungen der Staatsregierung über die Sachlage nichts geändert. (Bravo! rechts.) Sie nimmt genau denselben Standpunkt ein, den sie am 1. d. M. einnahm, und diejenigen Nachrichten und Mitteilungen, die ihr inzwischen zugegangen sind, haben die Staatsregierung nur in dem Festhalten an demjenigen Standpunkt bestärkt, den darzulegen ich damals die Ehre gehabt habe. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Die Fassung des vorliegenden Antrages, wenn er eben nicht weitergehende Ziele hätte, könnte ja überraschen. Ich habe mir am 1. d. M. am Eingang meiner Rede wörtlich zu äußern erlaubt:

> All dieses Material würde einen ziffermäßigen Beweis für die Richtigkeit des Verfahrens der Staatsregierung beizubringen nicht ermöglichen. Diese Zahlen sind zum Teil ihrer Natur nach unsicher; sie beruhen auf Schätzungen.

Wenn die Staatsregierung schon am 1. ausgesprochen hat, daß sie nicht in der Lage ist, einen ziffermäßigen Beweis beizubringen, so weiß ich nicht, was mit einem Zahlenmaterial, wie es der vorliegende Antrag fordert, erreicht werden soll. Es liegt ja in der Natur der Sache, daß, wie ich auch das vorige Mal auszusprechen mir die Ehre gegeben habe, all dies Material mehr oder weniger unsicher ist, auf Schätzungen beruht, und daß jeder, der ein Urteil sich bilden will, darauf angewiesen ist, aus einer Menge von Schätzungen einen Durchschnitt zu ziehen.

Die Staatsregierung hat, abgesehen von der unausgesetzten Beobachtung dieser Verhältnisse, die in den verschiedenen Ressorts dauernd ausgeführt wird, schon Ende April die vorliegende Frage, ob ein Notstand im Lande da sei und ob es notwendig sei, zu Ausnahmemaßregeln zu greifen, zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht. Die Staatsregierung kam damals zu dem Beschluß, daß sie die Sache noch nicht genug übersehen könnte, daß sie Recherchen anstellen wollte; sie beschloß aber weiter, diese Recherchen auf den Kreis königlicher Behörden zu beschränken, weil sie die Besorgnis hatte, daß wenn sie Privatpersonen, Korporationen des Handels, landwirtschaftliche Vereine rc. gehört hätte, sie schon damals eine Agitation in das Land getragen haben würde, die zu nichts anderem hätte führen können, als zu einer Haussebewegung (sehr richtig! rechts), die also dasjenige

erreicht haben würde, was die Regierung, der alles daran lag, die Brotpreise für den armen Mann billig zu erhalten, nicht wollte.

In jener ersten Staatsministerialsitzung beschloß das Ministerium, Berichte einzufordern, und zwar von all denjenigen Behörden, die etwa in der Lage waren, über die Bestände aus dem vorigen Jahre, über die Bestände, die jetzt in unseren Häfen lagerten, Material beizubringen. Es wurden außer den Königlich preußischen Zollbehörden die Proviantbehörden der Armee herangezogen, und es wurden die Reichsbankstellen im ganzen Reich aufgefordert, sich auf eine möglichst unauffällige Weise bei Kaufleuten zu unterrichten. Es kam nun auf diese Weise ein Material zusammen, was der Regierung die Ueberzeugung gab, daß ein Notstand nicht da war und daß es nicht erforderlich sei, zu irgendwelchen außerordentlichen Maßregeln zu greifen. Inzwischen aber wuchs eine gewisse Erregung im Lande, und es kam zu Aeußerungen, die der Staatsregierung klar machten, daß sie nicht länger ruhig der Sache zusehen könne, daß sie ihre Stellung öffentlich bekunden müsse, wenn nicht der Handel erhebliche Schädigungen erleiden und dadurch wiederum das erzielt werden sollte, was wir nicht wollten: daß das Brot verteuert wird. Das gab uns den Anlaß, nun aus der Reserve, die wir uns insoweit aufgelegt hatten, als wir nur Königliche Behörden fragten, herauszutreten. Wir wandten uns nun an eine große Menge von Personen im Inlande und regten die Konsulate und Gesandschaften im Auslande zu erneuter und beschleunigter Berichterstattung an. Wir konnten die Vollendung dieser Berichterstattung nicht abwarten: inzwischen war die Beunruhigung im Lande so gestiegen, daß, noch ehe das gesamte Material vorlag, die Staatsregierung diejenigen Erklärungen abgeben mußte, die ich am 1. d. M. hier abgegeben habe.

Das Material, das die Regierung erlangt hat, beruht im wesentlichen auf einer Schätzung, soweit es nicht offizielles Material ist, das von den Behörden über die Ernteverhältnisse im vorigen Jahre, über die Bestände danach, über die Aussichten für die diesjährige Ernte über das, was in den Freihafengebieten etwa lagert, geliefert ist. Soweit es nicht solches Material ist, beruht es auf Schätzung; auch das offizielle Material beruht zum großen Teil auf Schätzung. Was sind denn die Berichte über den Saatenstand anders als eine Reihe von Schätzungen, was ist selbst unser Koursbericht an der Börse anders als der Ausdruck von Schätzungen einzelner, eine Summe von Anschauungen von Kaufleuten über den gegenwärtigen Zustand des Handels. Auf Schätzungen also blieben wir immer angewiesen; diese Schätzungen konnten mehr oder weniger wertvolle sein, je nach den Personen, von denen sie kamen. Wir würden, glaube ich, in der Lage sein, Ihnen zu beweisen, daß wir über sehr wertvolle Schätzungen verfügen; wir sind aber nicht in der Lage, dies zu thun, weil es absolut ausgeschlossen ist, die Personen, von denen die Schätzungen ausgegangen sind, öffentlich zu nennen. (Sehr richtig! rechts.) Jedermann, jeder Kaufmann, der sein Urteil in patriotischer Weise der Regierung zur Verfügung stellt, würde Anstand nehmen, das noch einmal zu thun, wenn er hier genannt und hinterher Angriffen aller Art ausgesetzt würde. (Sehr richtig! rechts.) Noch vorsichtiger müssen wir in Bezug auf die Nachrichten sein, die wir aus dem Auslande von den Konsulaten bekommen haben. Der Konsul im Auslande ist noch weniger in der Lage, durch eigenen Augenschein sich davon zu überzeugen, wie die Saaten stehen, welche Vorräte im Hafen liegen, welche auf Eisenbahnen aufgespeichert sind, als wie die Behörden im Inlande. Der Konsul kann nichts anderes thun, als sich an Vertrauensleute im Auslande wenden. Nun wäre doch der Fall denkbar, daß eine ausländische Regierung ein Interesse daran hätte, den wahren Zustand nicht

veröffentlicht zu sehen. Hätte nun der Konsul jemand benutzt, der wirklich ihm die besten Nachrichten gegeben hat, Nachrichten aber, die der andern fremden Regierung nicht wünschenswert wären, so würde uns in diesem Fall nicht allein für die Zukunft die Quelle versiegen, sondern es könnte für diejenigen, denen wir die Nachrichten verdanken, zum Teil recht unangenehme Folgen haben. (Sehr richtig! rechts.)

Also wir sind außer stande, dieses Material vorzulegen; damit erledigt sich von unserm Standpunkt der Hauptteil dieses Antrags. Wir sind nicht im stande, Zahlen vorzulegen, die irgend einen von Ihnen überzeugen würden. Es ist ja überhaupt sehr schwer, Menschen zu überzeugen (Heiterkeit und sehr richtig!), und im vorliegenden Falle würden wir nicht einmal in der Lage sein, diejenigen, die einmal die uns entgegengesetzte Ansicht angenommen und vertreten haben, zu überreden; wir müssen darauf verzichten.

Wir haben den dringenden Wunsch, daß die heutige Debatte nicht zu einer Erregung führe, die das einmal bestehende Uebel noch schlimmer macht. Was an der Regierung liegt, ist geschehen, um da, wo wir die Gelegenheit dazu hatten, in diesem Sinne zu beruhigen; denn wir sind der Ueberzeugung, daß jede weitere Erregung das Uebel, unter dem wir leiden, nur schlimmer macht. Die Staatsregierung ist sich der Verantwortung, die sie trägt, bewußt; sie wünscht aber auch, daß diejenigen, die nun öffentlich über diese Dinge sprechen, deren Urteil in alle Welt geht, in gleicher Weise sich dessen bewußt sein mögen, wie groß der Schaden sein kann, der durch zu weit gehende Meinungsäußerungen geschehen kann. (Lebhaftes Bravo rechts.)

12. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Antrag Rickert u. Gen. wird mit 223 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

13. Juni. (Herrenhaus.) Die Landgemeindeordnung wird in namentlicher Abstimmung in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung mit 99 gegen 38 Stimmen endgiltig angenommen.

15. Juni. (Herrenhaus.) Die Sperrgeldervorlage wird angenommen, nachdem Bischof Kopp gestellte Verbesserungsanträge wieder zurückgezogen.

Gelegentlich der Debatte erklärt der Kultusminister Graf Zedlitz:

„Es ist unberechtigt zu sagen, die jetzige Regierung sei bereit, die Rechte des Staats irgend einer Partei, irgend einem Prinzip oder irgend einem Menschen auszuantworten, und so lange ich die Ehre haben werde, das Kultusressort zu vertreten, kann der Herr Vorredner ganz sicher sein, daß das nicht erfolgen wird."

16. Juni. Der Kaiser läßt dem Minister des Innern Herrfurth, sowie dem Finanzminister Miquel sein Bild überreichen mit einer gnädigen, die erfolgreichen Bemühungen um das Zustandekommen der großen Gesetze anerkennenden Kabinetsordre.

17. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Das Wildschadengesetz wird mit 175 gegen 97 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Konservativen mit Ausnahme von Knoch, Lamprecht, v. Meyer-

Arnswalde, Schnatsmeyer, Südmeyer, die Freikonservativen mit Ausnahme von Christophersen. Von den Nationalliberalen stimmen dafür Hobrecht, v. Gneist, v. Benda, Olzem, Pfaff, Simon (Waldenburg), Tschocke. Vom Zentrum stimmen für das Gesetz 35. Gegen das Gesetz stimmen die Freisinnigen, die Polen, 24 vom Zentrum, 36 Nationalliberale.

19. Juni. Ende des Bochumer Steuerprozesses. Das Urteil gegen Fusangel lautet auf 5 Monate, gegen Lunemann auf 2 Monate Gefängnis.

In der Begründung wird ausgeführt, die wegen Beleidigung in 31, darunter in 30 gemeinschaftlichen Fällen Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einschätzungskommission bewußt oder unbewußt parteiisch gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urteil anerkennt die Schwierigkeiten der Ermittelung des Einkommens, bemerkt aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einschätzungszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuschätzenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Kommission hätten sich mit den Vorschlägen des Vorsitzenden nicht ohne weiteres begnügen dürfen. Die Frage, ob das Verhalten der Kommission ein fahrlässiges gewesen sei, wolle der Gerichtshof nicht entscheiden. Für die Begründung des Vorwurfs einer pflichtwidrigen Unterschätzung des „Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation" sei keinerlei Beweis erbracht. Immerhin sei es bedenklich, die Dividenden und die für den Reservefonds ausgeworfenen Summen als alleinige Unterlage für die Einschätzung zu betrachten. Die Angeklagten seien zwar bis an die äußerste Grenze gegangen, es sei aber nicht erwiesen, daß dieselben gegen ihr besseres Wissen gehandelt hätten, vielmehr sei bei ihnen bona fides anzunehmen. Den Angeklagten sei der Schutz des § 193 zuerkannt. Strafverschärfend wirkten die 22 Vorstrafen des Angeklagten Fusangel. Das Urteil bezeichnet denselben als einen Mann, der mit der Ehre anderer leichtfertig umgehe und zu Ehrenkränkungen geneigt sei. Als strafmildernd falle der Eindruck ins Gewicht, daß es sich um unverkennbare öffentliche Mißstände gehandelt habe. Die Kosten des Prozesses mit Ausnahme der durch die Nebenkläger verursachten Gebühren habe der Angeklagte Fusangel zu tragen.

19. Juni. (Herrenhaus.) Annahme des Wildschadengesetzes.

20. Juni. Schluß der Landtagssession durch den Kaiser, welcher folgende Thronrede verliest:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Am Schlusse einer außergewöhnlich langen und arbeitsreichen Sitzungsperiode des Landtages Meiner Monarchie ist es Mir Bedürfnis, Ihnen Meinen Königlichen Dank und Meine hohe Befriedigung über die gewonnenen Ergebnisse unmittelbar auszusprechen.

Nicht vergebens habe Ich beim Beginn Ihrer Beratungen der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es Ihnen gelingen werde, in vertrauensvollem Zusammenwirken mit Meiner Regierung die hochwichtigen Arbeiten, zu welchen Ich Sie berufen habe, zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen.

Wenn auch das Ziel, an welchem Ich festhalte, nicht in vollem Umfange erreicht werden konnte, so darf es doch Mich und Mein Volk mit gerechter Genugthuung erfüllen, daß neben einer großen Zahl für die fortschreitende Entwickelung des Staatswesens wichtiger Vorlagen, insbesondere für die Verbesserung unseres Steuersystems notwendige und wertvolle Grundlagen vereinbart und die Vorbedingungen für die Hebung des kommunalen Lebens in den ländlichen Gemeinden der östlichen Provinzen gesetzlich festgestellt worden sind.

Die rückhaltlose Zustimmung, welche die von Mir gebilligten Pläne Meiner Regierung für die Herbeiführung einer gerechten, der Leistungsfähigkeit entsprechenden Verteilung der öffentlichen Lasten bei Ihnen, geehrte Herren, gefunden haben, bestärkt Mich in dem festen Vertrauen, daß auch der noch rückständige Teil der auf diesem Gebiete zu lösenden Aufgaben einer gleich befriedigenden Erledigung zugeführt werden wird. Damit wird ein wesentlicher Schritt zur Befestigung der Finanzverwaltung des Staates und der Gemeindeverbände sowie zur Förderung der Zufriedenheit Meines Volkes gethan sein.

Die Durchführung der mit Ihnen vereinbarten Landgemeinde-Ordnung wird, so hoffe Ich, unter Schonung der bewährten und den Bewohnern des platten Landes lieb gewordenen Einrichtungen eine lebendige Entwickelung des kommunalen Lebens sichern und das Band, welches Mein Volk mit Meinem Hause und mit Meiner Monarchie verbindet, noch fester knüpfen.

Mit Freude begrüße Ich, daß durch die Ueberweisung der einbehaltenen Leistungen an die katholische Kirche die Ausgleichung der Gegensätze auf kirchenpolitischem Gebiete wesentlich gefördert worden ist.

Der für das Wohl Meines Volkes unerläßliche Frieden unter den Konfessionen wird um so sicherer erhalten bleiben, je mehr die Ueberzeugung durchdringt, daß die zu Gunsten der Kirchen erhobenen Ansprüche auf ein mit der Stellung und den Aufgaben des Staates verträgliches Maß beschränkt bleiben müssen.

Hat demnach, wie Ich dankbar anerkenne, die beendete Sitzungsperiode reiche Früchte gezeitigt, so darf Ich und mit Mir Mein Volk vertrauen, daß diese Früchte nutzbar werden unter den Segnungen des Friedens, dessen Gefährdung zu befürchten Ich keinen Anlaß habe, und den zu erhalten Mein unablässiges Bemühen ist.

Es wird Mich mit Genugthuung erfüllen, wenn die Erkenntnis des Wertes Ihrer im Verein mit Meiner Regierung geleisteten treuen Arbeit immer weitere Kreise durchdringt, und damit das Vertrauen zu Meinen landesväterlichen Absichten und zu der sorgsamen Wahrnehmung der Interessen des Volkes durch seine Vertreter unvermindert erhalten bleibt.

Indem Ich Sie, geehrte Herren, entlasse, bitte Ich Gott, daß Er auch ferner Meiner und Ihrer Arbeit zum Wohle des Vaterlandes reichen Erfolg sichern wolle.

22. Juni. Dem Minister der öffentlichen Arbeiten v. Maybach wird in einer sehr gnädig gehaltenen Kabinetsordre der Abschied bewilligt; an seine Stelle tritt der bisherige Eisenbahn-Direktions-Präsident Thielen.

23. Juni. (Königsberg.) Der kommandierende General des I. Armeekorps Bronsart v. Schellendorff, der frühere Kriegsminister †.

24. Juni. (Göttingen.) Wilhelm Eduard Weber †.

24. Juni. Reise des Kaisers und der Kaiserin über Kiel, Hamburg, Helgoland, Wilhelmshaven nach Amsterdam.

29. Juni. Auf der Fahrt von Hamburg nach Helgoland macht der Kaiser persönlich Herrn Nissen die Mitteilung, daß die Verlängerung des Dreibundes auf weitere sechs Jahre durch den Abschluß des Vertrages mit Italien vollzogen sei.

1. Juli. (Amsterdam.) Besuch des Kaisers und der Kaiserin bei der Königin und Königin-Regentin von Holland.

2. Juli. Der frühere Staatsminister v. Puttkamer wird zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern ernannt, an Stelle des in den Ruhestand tretenden Grafen Behr-Negendank.

4. Juli. (Sigmaringen.) Der Kaiser verleiht dem Fürsten von Hohenzollern das Prädikat „Königliche Hoheit".

4. Juli. Ankunft des Kaiserpaares in England.

7. Juli. Oskar v. Redwitz †.

10. Juli. Bei einem Frühstück in der Guildhall sagt der Lordmayor in einem Toaste auf den Kaiser und die Kaiserin:

Die Stadt habe schon oft Gelegenheit gehabt, auswärtige Herrscher in ihren Mauern zu bewillkommnen. Der gegenwärtige Anlaß sei jedoch von einzig dastehendem Interesse, da der Kaiserliche Gast ein Enkel von Englands geliebter Königin, ein Sohn der ältesten Tochter Ihrer Majestät sei. Sich zu Sr. Majestät dem Kaiser wendend, fährt der Lordmayor fort:

„Ew. Majestät erwies sich als würdiger Nachfolger Ew. Majestät ehrwürdigen Großvaters, des großen Gründers der deutschen Einheit. Wir haben Ew. Majestät merkwürdige körperliche und geistige Thätigkeit und unermüdlichen Eifer in allem, was die Wohlfahrt des Volkes fördern konnte, mit Bewunderung beobachtet."

Der Lordmayor weist sodann auf das große Interesse hin, welches die jüngste Rede Sr. Majestät des Kaisers über die Erziehung bei dem englischen Volke hervorgerufen habe, und schließt mit dem Danke für die Ehre des Kaiserlichen Besuches.

Die Antwort des Kaisers (in englischer Sprache) lautet folgendermaßen:

My Lord, Receive my most heartfelt thanks for the warm welcome from the citizens of this ancient and noble metropolis. I beg that your Lordship will kindly transmit the expression of my feelings to those in whose name you have spoken. I have always felt at home in this lovely country being the grandson of a Queen whose name will ever be remembered as a noble character and a Lady great in the wisdom of her

„Mylord, empfangen Sie Meinen herzlichsten Dank für das warme Willkommen, welches Mir seitens der Bürger dieser alten und edlen Metropole geworden. Ich bitte Eure Herrlichkeit denjenigen, in deren Namen Sie gesprochen, den Ausdruck Meiner Gesinnungen gütigst übermitteln zu wollen. In diesem reizenden Lande habe Ich Mich stets zu Hause gefühlt als Enkel einer Königin, deren Name stets in Erinnerung bleiben wird als ein edler Charakter

counsels and whose reign has conferred lasting blessings on England. Moreover, the same blood runs in English and German veins. Following the examples of my grandfather and my ever lamented father I shall always as far as it is in my power maintain the historical friendship between these our two nations which as your Lordship mentioned have so often been seen side by side in defence of liberty and justice. I feel encouraged in my task when I see that wise and capable men such as are gathered here do justice to the earnestness and honesty of my intentions. My aim is above all the maintenance of peace. For peace alone can give the confidence which is necessary to the healthy development of science, art and trade. Only as long as peace reigns are we at liberty to bestow our earnest thoughts upon the great problems the solution of which in fairness and equity I consider the most prominent duty of our times. Your may therefore rest assured that I shall continue to do my best to maintain and constantly to increase the good relations between Germany and the other nations and that I shall always be found ready to unite with you and them in a common labour for peaceful progress, friendly intercourse and the advancement of civilization.

und als eine Dame, die groß ist in der Weisheit ihrer Ratschläge und deren Regierung England dauernde Segnungen verliehen hat. Ueberdies läuft dasselbe Blut in den englischen und deutschen Adern. Dem Beispiele Meines Großvaters und unvergeßlichen Vaters folgend, werde Ich stets, so weit es in Meiner Macht steht, die historische Freundschaft zwischen diesen unseren beiden Nationen bewahren, welche, wie Eure Herrlichkeit erwähnte, man so oft neben einander gesehen zum Schutze der Freiheit und Gerechtigkeit. Ich fühle Mich in Meiner Aufgabe ermutigt, wenn Ich sehe, daß weise, fähige Männer wie Sie, hier versammelt sind, dem Ernste und der Ehrlichkeit Meiner Absichten Gerechtigkeit widerfahren lassen. Mein Ziel ist vor allem die Aufrechthaltung des Friedens; denn der Frieden allein kann das Vertrauen einflößen, welches zur gesunden Entwickelung der Wissenschaft, Kunst und des Handels erforderlich ist. Nur so lange der Friede herrscht, steht es uns frei, ernste Gedanken den großen Problemen zu widmen, deren Lösung mit Billigkeit und Gerechtigkeit Ich als die hervorragendste Aufgabe unserer Zeiten betrachte. Sie dürfen sich daher versichert halten, daß Ich fortfahren werde, Mein Bestes zu thun, um die guten Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Nationen zu erhalten und beständig zu stärken, und daß man Mich stets bereit finden wird, Mich mit Ihnen und denselben zu vereinen in einer gemeinsamen Arbeit für den friedlichen Fortschritt, den freundschaftlichen Verkehr und die Förderung der Zivilisation.

12. Juli. Der Kaiser und die Kaiserin begeben sich nach Hatfield zum Besuch des Marquis von Salisbury.

Nach Zeitungsberichten ist in Hatfield, wohin den Kaiser der Staatssekretär des Auswärtigen v. Marschall begleitet, ein Protokoll ausgefertigt worden, das die Identität der Interessen des Dreibundes mit denjenigen Englands feststellt.

13. Juli. Der Kaiser reist über Edinburg und Laith nach Norwegen.

Der Herzog von Connaught teilt in einem Meeting, welchem er in Portsmouth beiwohnt, mit, daß er vom Kaiser Wilhelm ein Telegramm erhalten habe, in welchem derselbe sagt:

„Ich kann dieses gastfreundliche Land nicht verlassen, ohne Ihnen und Allen für den Mir und der Kaiserin bereiteten wahrhaft warmen und herzlichen Empfang lebhaft zu danken.“ Der Herzog sagt ferner, der Kaiser habe ihm auf der Eisenbahnstation noch gesagt, er sei sich wohl bewußt, daß der ihm gewordene warme Empfang nicht so sehr ihm selbst, als dem Enkel der Souveränin dieses Landes gegolten. Er hoffe jedoch, daß die auf dem glücklichen Umstand, daß der deutsche Kaiser auch der Enkel der Königin ist, basierte Harmonie zwischen England und Deutschland der Welt und den beiden Ländern zum Glück gereichen werde.

17. Juli. (Kassel.) Reichstagsersatzwahl: Von 19,230 abgegebenen Stimmen erhält Pfannkuch (Soz.) 7872, Endemann (Nationallib.) 4528, Förster (Antisem.) 4134, v. Alvensleben (Kons.) 1359, Martin (Partikul.) 1324 Stimmen.

25. Juli. Bei der Reichstags-Stichwahl im Wahlkreis Kassel-Melsungen erhält Endemann (nat.lib.) 11,183, Pfannkuch (Soz.) 9702 Stimmen.

30. Juli. Reichstagsersatzwahl in Tilsit: für den deutschfreisinnigen v. Reibnitz werden 8458, für den freikonservativen Weiß 7745, für den nationalliberalen Hobrecht 279, für den litauischen Kandidaten Dr. Brozeit 84 und für den Sozialdemokraten Lorenz 930 Stimmen abgegeben.

30. Juli. Der Kaiser ernennt den Staatsminister v. Goßler zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen.

7. August. (Berlin.) Unter namhafter Beteiligung der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ findet die Konstituierung der Eisenbahngesellschaft für Deutsch-Ostafrika (Usambara-Linie) statt. Das vollgezeichnete Grundkapital beträgt einstweilen 2 Millionen Mark.

7. August. (Tilsit.) Reichstagsersatzstichwahl: abgegeben werden insgesamt 19,465 Stimmen. Davon erhalten Hans v. Reibnitz (Heinrichau in Westpreußen), Majoratsbesitzer (freis.) 10,894 und Weiß, Gutsbesitzer zu Perwallkischken (freikonservativ) 8571 Stimmen.

8. August. Der Kaiser trifft in Kiel ein, wo er bis 21. August verweilt, um dem Flottenmanöver beizuwohnen.

10. August. (Kissingen.) Eine Studentendeputation überreicht dem Fürsten Bismarck einen Ehrenhumpen. Der Fürst dankt in folgender Rede:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, für den schönen Humpen, der nicht nur nach Arbeit und Wert in der Sammlung von Erinnerungsgegenständen, die ich besitze, einen hervorragenden Platz einnehmen wird, sondern mehr noch seinem Ursprunge nach, durch die Geber und die Andenken, die sich an die Ueberweisung knüpfen. Es hat diese Ueberweisung für mich eine historische Bedeutung. Wir gehören zwei verschiedenen geschichtlichen Generationen an: ich derjenigen Kaiser Wilhelms I., der kämpfenden, erwerbenden, erbauenden, die im Abscheiden begriffen ist; Ihnen, meine Herren, gehört die Zukunft, an deren politischer Gestaltung Sie in Amt und Würden, auf der Kanzel, im Parlament oder wenigstens als Wähler mitzuwirken berufen sind. Als ich im Jahre 1832 die Universität Göttingen bezog, war das deutsche Vaterland lahm gelegt durch die Teilung in mehr als 30 Staaten. Die einzelnen Staaten standen sich mißtrauischer gegenüber, mit geringerem Maße von Wohlwollen, wie dem Auslande. Das einzig gemeinsame und einende Element in Deutschland waren Wissenschaft und Kunst. Es gab schon damals keine preußische oder bayerische Wissenschaft, sondern eine deutsche. Die deutschen Universitäten bewahrten zu jener Zeit das Gefühl der Zusammengehörigkeit, sie waren Träger des nationalen Gedankens. Die Flamme, die sie unterhielten, war leuchtend und hell, aber sie reichte nicht aus, die Bruchstücke des Vaterlandes durch Schmelzen zum einheitlichen Gusse zu bringen. Dazu bedurfte es der Mitwirkung der Dynastien, der Regierungen und, gerade herausgesagt, ihrer Streitkräfte. Alle früheren Versuche zur Ausführung des Einheitsgedankens mußten an der irrtümlichen Geringschätzung der dynastischen Kräfte, der Macht von Blut und Eisen scheitern. Ohne diese Macht und ohne das Eingreifen der Dynastien wird in Deutschland nichts dauerhaftes gewonnen, weder 1848 noch heute. Die deutsche Treue, das deutsche Recht, so wie es sich auf deutsche Gottesfurcht gründet, stehen auf diesem Boden. Die Aufgabe, die Sie, meine Herren, in der Zukunft zu lösen haben, ist, nachdem die unvermeidlichen Bruderkämpfe im Innern überstanden sind, im wesentlichen eine solche der Erhaltung. Wenn erhalten werden soll, so verstehe ich darunter, daß man verbessert, ausbaut. Was aber soll erhalten werden? Als nächsten Gegenstand Ihrer künftigen Fürsorge im Erhalten möchte ich Ihnen die Reichsverfassung ans Herz legen. Sie ist unvollkommen, aber sie war das äußerste, was wir erreichen konnten. Pflegen Sie die Verfassung, wachen Sie eifersüchtig darüber, daß die Rechte nicht angetastet werden, die sie schützt. Ich bin kein Freund der Zentralisation, wie sie in Frankreich in Bezug auf Paris besteht, ich sehe den Segen der Dezentralisation in dem Hervorbringen zahlreicher Kulturzentren, und ich halte die Egalisierung für so wenig nützlich, wie mich etwa das Verschwinden der verschiedenen Landestrachten erfreut. Noch einmal: wachen Sie über die Reichsverfassung, selbst wenn sie Ihnen hie und da später nicht gefallen sollte. Raten Sie zu keiner Aenderung, mit der nicht alle Beteiligten einverstanden sind. Das ist die erste Bedingung der politischen Wohlfahrt des Reiches, gegenüber dem Auslande bin ich nicht besorgt. Alle Angriffe von außen werden wie Hammerschläge auf uns wirken, unsere Einigkeit nur noch inniger und stärker machen. Im Innern aber halte ich für den locus minoris resistentiae die deutsche Neigung zur itio in partes, zum Fraktions- und Parteiwesen. Diese Neigung liegt uns im Blute. Wie zwei Regimenter von verschiedener Uniform in einer Garnison leicht in Gegensatz zu einander geraten und wie früher die deutschen Einzelstaaten mit scheelen Blicken einander eifersüchtig überwachten, so ist es jetzt der Kampf der parlamentarischen Fraktionen und der verschiedenen politischen Parteien, der die einheitliche Entwicklung der Zukunft zu gefährden droht. Die Kluft zwischen den Fraktionen zu überbrücken ist

schwierig. Ich betrachte das ganze parlamentarische Fraktionswesen als eine Krankheit, deren Bestand auf dem strebsamen Ehrgeize der Führer beruht, mit dem sie als politische Condottierie ihre Aussichten bald nach oben, bald nach unten zu verbessern suchen. Bekämpfen Sie diese unglückliche Neigung zur itio in partes. Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Sie müssen sich daran gewöhnen, in jedem Deutschen zuerst den Landsmann, nicht den politischen Gegner zu sehen. Diese Bitte richte ich an Sie, als an die Träger des nationalen Gedankens auf den deutschen Hochschulen, die den prometheischen Funken des Nationalgefühls auf die künftigen Geschlechter übertragen. Ich bitte Sie, einen Tropfen mit mir aus dem neuen Humpen zu trinken, der hier vor mir steht. Ich trinke auf das Wohl der deutschen Hochschulen, auf das Wohl der deutschen studierenden Jugend, deren Vertreter hier erschienen sind, und auf ihre Lehrer mit den Worten des Liedes:

Vivat membrum quodlibet,
Vivant membra quaelibet,
Semper sint in flore."

10. August. (Düsseldorf.) XIV. Kongreß kaufmännischer Kongregationen und katholischer kaufmännischer Vereine Deutschlands. Bei dem Festdiner hält Frhr. von Schorlemer-Alst eine Rede, in welcher er die Artikel des „Osservatore Romano" bespricht. (Vgl. Kurie.)

Er erklärt: „Der „Osservatore Romano" ist weder offiziell noch offiziös. Mit voller Entschiedenheit lehne ich hiermit im Namen der deutschen Katholiken jedes Wort dieser albernen Artikel ab, und sie wissen auch, daß Se. Heiligkeit der Papst hoch erhaben über solchen Velleitäten steht."

14. August. Auf den neuen Artikel des „Osservatore Romano" erklärt die „Germania":

„Die deutschen Katholiken weisen ganz entschieden jede Gemeinschaft und Uebereinstimmung mit den gegen den Dreibund gerichteten Auslassungen des „Osservatore" zurück, und ebenso einstimmig legen sie Verwahrung dagegen ein, wenn der Versuch gemacht wird, jene Auslassungen als den Ansichten des heiligen Vaters entsprechend oder gar als von ihm beeinflußt, hinzustellen und so eine Art Gegensatz zwischen dem Papst und den deutschen Katholiken zu konstruieren."

Ferner:

„Ebenso entschieden als wir gestern den Ideengang des „Osservatore" über den Dreibund zurückgewiesen haben, müssen wir jetzt dem aus obigen Darlegungen hervorleuchtenden Bestreben des römischen Blattes, dem inzwischen das total Verfehlte seines Vorgehens etwas zum Bewußtsein gekommen zu sein scheint, entgegentreten: mit seinen Auslassungen den h. Vater mehr oder weniger zu verquicken und den Anschein zu erwecken, als habe es die Ansicht des Papstes in der beregten Frage wiedergegeben."

Endlich:

„Vermag der „Osservatore" zu einer solch objektiven Haltung nicht sich emporzuarbeiten, dann ist es Zeit, daß ihm von geeigneter Stelle das nötige Verständnis und auch die nötige Vorsicht in der Behandlung von Fragen so hoher internationaler Bedeutung, wie der Dreibund, beigebracht wird."

14. August. Der „Reichsanzeiger“ publiziert folgende Erklärung über die Getreidezölle.

Das Königliche Staatsministerium ist am 15. d. M. in die Beratung darüber eingetreten, ob bei der andauernden Steigerung der Getreidepreise eine Veranlassung gegeben sei, in der Frage der Aufhebung beziehungsweise Ermäßigung der Getreidezölle von dem bisher eingenommenen und von dem Ministerpräsidenten in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 1. Juni d. J. dargelegten Standpunkte abzugeben.

Das Ergebnis der Beratung geht dahin, daß eine solche Veranlassung nicht vorliege, daß jener Standpunkt vielmehr auch gegenwärtig festzuhalten sei. Für diese Auffassung sind folgende Erwägungen entscheidend gewesen:

Die an das ungünstige Wetter der letzten Wochen geknüpften Befürchtungen einer ungenügenden Versorgung des Landes mit Nahrungsstoffen entbehren der hinreichenden Begründung. Wie die im verflossenen Frühjahr laut gewordenen Besorgnisse, daß die vorhandenen Vorräte an Brotstoffen nicht groß genug seien, um die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte sicher zu stellen, sich nicht bestätigt haben, so ist auch die damals weit verbreitete Annahme, daß der Einfluß des außerordentlich strengen Winters auf den Ertrag des Feldbaues ein sehr verderblicher sein werde, durch die weitere Entwickelung der Früchte widerlegt worden. Diese Entwickelung ist, abgesehen von einzelnen, verhältnismäßig wenig umfangreichen Distrikten, eine über Erwarten günstige gewesen. Ebensowenig, wie damals, liegt aber im gegenwärtigen Augenblicke, in welchem noch nicht einmal die Roggenernte überall beendet ist, ein Grund vor, die Hoffnung aufzugeben, daß der Gesamternteertrag hinter dem Durchschnittsergebnis früherer Jahre nicht zurückbleiben werde. Den lauten Klagen über die Behinderung der Erntearbeiten durch die Ungunst der Witterung stehen zahlreiche Meldungen über einen reichlichen Erdrusch des eingebrachten Korns gegenüber.

Ein völlig zutreffendes Bild über den Ertrag der Ernte wird sich erst nach ihrer Beendigung gewinnen lassen, und für die Frage, ob ein Mangel an Nahrungsstoffen zu besorgen sei, wird insbesondere das thatsächliche Ergebnis der Kartoffelernte ins Gewicht fallen. Wenn auch die bisherige Entwickelung der Kartoffelfrucht in manchen Gegenden durchaus nicht befriedigt, so entbehrt doch zur Zeit die Annahme eines völlig ungenügenden Ertrages der Begründung.

Auch das von der Kaiserlich russischen Regierung erlassene Verbot der Ausfuhr von Roggen vermag die Forderung einer Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle nicht zu unterstützen. Als Ersatz für den Ausschluß russischen Roggens von den deutschen Märkten wird einerseits die Verwendung des Weizens zur Volksernährung in erweitertem Umfange, sodann aber die Zufuhr von Roggen aus anderen zur Abgabe dieser Getreideart fähigen Ländern in Aussicht genommen werden können.

Die vielfach geforderte Aufhebung oder Herabsetzung der Getreidezölle würde aber weiter, wenn überhaupt, bei der gegenwärtigen Höhe der Getreidepreise eine merkliche Einwirkung auf den Preis des Brotes gar nicht zu äußern vermögen.

Schon die im Frühjahr dieses Jahres gemachte Erfahrung, daß die Erwartung einer solchen Maßregel eine Haussebewegung im Auslande hervorgerufen hat, läßt kaum einen Zweifel darüber, daß jede Herabminderung der deutschen Zölle zunächst zu einer Erhöhung der Preise auf den ausländischen Märkten führen wird, so daß, zumal bei der gleichzeitigen Beteiligung des Zwischenhandels an den Vorteilen der Maßregel, für den inländischen Konsum nur ein äußerst geringer, vielleicht gar kein Nutzen er-

wachsen würde. Sodann aber ermäßigt sich dieser Nutzen naturgemäß umsomehr, je höher die Getreidepreise sind, je niedriger sich also das Verhältnis des Zolles zu ihnen stellt.

Endlich aber kommt in Betracht, daß für Deutschland, auch wenn die durchaus notwendige Erhaltung und Hebung der Leistungsfähigkeit der vaterländischen Landwirtschaft der Regierung eine sorgfältige Pflege ihrer Interessen nicht in so hohem Grade, wie gegenwärtig, zur Pflicht machte, doch angesichts der schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen jede Veränderung des Getreidezolltarifs für die mit gleichem Eifer verfolgten Interessen der einheimischen Industrie bedrohlich sein würde.

Die Regierung hält es nicht für angängig, durch eine autonome Herabsetzung der Getreidezölle die Erfolge möglicherweise in Frage zu stellen, welche von jenen Verhandlungen für eine fruchtbare Entwickelung der vaterländischen Arbeit erwartet werden dürfen.

15. August. Die Staatsregierung beschließt, infolge der durch die nasse Witterung und das russische Ausfuhrverbot ungünstiger gewordenen Ernteaussichten, mit einer Ermäßigung des Tarifs für den Transport von Getreide und Mühlenfabrikate auf den Staatsbahnen in Form von Staffeltarifen versuchsweise vorzugehen.

Mitte August. Die „Volkstribüne" beleuchtet die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Kriege.

„Wie sich die Sozialdemokratie zum nächsten Krieg stellt", schreibt das sozialdemokratische Blatt, „ist eine Frage, die nicht leicht zu beantworten ist. Wir sind natürlich prinzipielle Gegner des Krieges, in dem wir nicht nur ein überhaupt kulturfeindliches und fortschritthemmendes Moment sehen, sondern auch speziell ein Mittel, das Proletariat niederzuhalten. Allein in dem besonderen Fall des nächsten Krieges kommen doch noch andere Punkte dazu. Der Feind, welcher einer Entwickelung der Dinge in unserem Sinne am gefährlichsten wird, ist Rußland, und bevor Rußland nicht vernichtet ist, kann an einen Sieg unserer Ideen nicht gedacht werden. Deshalb halten wir es noch für die Aufgabe der jetzt herrschenden Gewalten, vorerst Rußland niederzuschlagen — ob das nun in einem „frivolen" Angriffskrieg oder in einem „sittlichen" Verteidigungskrieg geschieht, soll uns egal sein, wenn es nur ein erfolgreicher Krieg ist."

Mitte August. Der freisinnige Berliner Arbeiterverein nimmt in einer Versammlung nach einem Vortrage über „Kapital und Arbeit" folgende Resolution an:

„Die ungleiche Verteilung von Arbeit und Genuß ist in keiner Weise eine gerechte und den Anschauungen einer moralisch-sittlichen Gesellschaftsordnung entsprechende. Sie ist ein Erbteil aus jener Zeit des Altertums, wo ein Teil der Menschheit sich zum Herrscher über den andern aufwarf und das Sklaventum schuf; die gegenwärtige Gesellschaft, gleichviel welcher Regierungsform dieselbe huldigt, ist verpflichtet, diesem Uebelstand abzuhelfen und Einrichtungen zu schaffen, nach welchem es jedem ordentlichen Menschen, ungeachtet der Arbeit, welche er verrichtet, möglich wird, sich die notwendigen Lebensgenüsse zu verschaffen. Die Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle auf Lebensmittel, die Einführung einer nach oben sich steigernden Einkommensteuer, sowie die Beseitigung der stehenden Heere sind als Anfang zur Verwirklichung dieses Zustandes anzustreben. Endlich hält der Verein

die Ueberführung des Grund und Bodens aus dem Privat- in den Staats- oder Kommunalbesitz zur Lösung der sozialen Frage für notwendig."

17. August. Eine große Expedition unter Führung des Leutnant v. Zelewski wird in Uheha südlich vom Ruhaha-Flusse von Wahehe überfallen und zersprengt; der größte Teil fällt.

20. August. (München.) Eröffnung der Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien.

20. August. (Trier.) Eröffnung der Ausstellung des heiligen Rockes.

24. August. Reise des Kaiserpaares nach Merseburg. Bei der Festtafel in Merseburg bringt der Vorsitzende des Provinzial-Landtages Fürst Stolberg-Wernigerode den Trinkspruch auf das Kaiserpaar aus, worauf der Kaiser etwa folgendes antwortet:

Er danke für diesen Ausdruck treuer Gefühle, die felsenfeste Gesinnung der Bewohner der Provinz sei Ihm hinreichend bekannt. Er habe oft Gelegenheit gehabt, die Provinz zu besuchen und mit ihr in Verkehr zu treten. Es sei Ihm Bedürfnis, Allen für die freundliche Aufnahme zu danken und für die Gelegenheit, die Ihm geboten worden sei, in der Mitte der Vertreter der Provinz zu erscheinen. Die Fürsorge und Mithilfe der Provinz hätten sich stets bewährt. Die Provinz nehme einen hohen Platz im Vaterlande ein, sowohl durch ihre Industrie, wie durch ihre Landwirtschaft. Er hoffe, daß bei dem festen Vertrauen, welches zwischen der Krone und der Provinz herrsche, der blühende Bauernstand erhalten bleibe und daß derselbe alle Schwierigkeiten überwinden werde. Als Christen müßten Alle tragen, was der Himmel schickte. Wir Alle hoffen, daß der Friede erhalten bleibe. Käme es jedoch einmal anders, so sei es nicht unsere Schuld. In dieser Hoffnung trinke Er auf das Wohl der Provinz, die wachsen, blühen und gedeihen möge.

26. August. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes gegen die Trunksucht.

30. August. Ernennung des Grafen Udo Stolberg zum Ober-Präsidenten von Ostpreußen.

Anfang September. Auf dem Danziger Katholikentage gibt Graf Ballestrem eine offizielle Erklärung ab über die Stellungnahme des deutschen Zentrums zu den dreibundfeindlichen Auslassungen des „Osservatore Romano":

„Wir werden uns immer und unter allen Verhältnissen als gehorsame Söhne unserer heiligen katholischen Kirche und ihres erhabenen Oberhauptes bewähren müssen und uns in diesem Gehorsam und in dieser Ehrfurcht durch nichts irre machen lassen — nun schon lange nicht durch alberne Zeitungsartikel, welche ein römisches Blatt bringt. (Bravo.) Durch solche Artikel lassen wir uns schon lange nicht in dem gebührenden Gehorsam gegen den Hl. Vater irre machen! (Bravo.) Wenn ein Blatt die Kühnheit hat, den Hl. Vater als in Konspirationen mit einigen fremden Mächten, die Deutschland entgegen sind, als Feind Deutschlands darzustellen, so würden wir über die Sache lachen, wenn wir nicht über die große Unverschämtheit

empört wären. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren, um so mehr empört, als dieses Blatt den Vorzug genießt — an einer besonderen Stelle aber nur — gewisse Mitteilungen aus dem Vatikan zu erhalten; deshalb ist die Empörung bei uns noch größer, weil die Unverschämtheit des Blattes größer war. Ich will hier konstatieren, daß dies das Gefühl der Katholiken Deutschlands in ihrer Gesamtheit ist." (Stürmischer Beifall.)

2. September. Der Kaiser begibt sich mit dem Reichskanzler v. Caprivi nach Wien, um den österreichischen Manövern beizuwohnen.

3. Sept. Das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs wird aufgehoben.

7. September. Der Kaiser begibt sich nach München zu den Manövern der beiden bayerischen Armeekorps.

Unterredung des Reichskanzlers v. Caprivi mit dem päpstlichen Nuntius in München.

11. September. Der Kaiser reist zu den Manövern nach Kassel und hält folgende Rede:

Im Namen der Kaiserin und in Meinem Namen danke Ich für die freundlichen Worte und für den liebenswürdigen Empfang, der Uns zu teil geworden ist.

Aus Münchens Gefilden hergekommen, wo Ich den bayerischen Heerbann besichtigte und vom bayerischen Volk mit inniger Liebe und Treue aufgenommen worden bin, bin Ich jetzt hier zur Stelle, um die stahlbewehrten Söhne des Hessenlandes einer Besichtigung zu unterziehen.

Es wird wohl niemandem von Ihnen wunderbar erscheinen, wenn Mich beim Betreten des Kasseler Bodens eigentümliche Gefühle bewegen. Wenn Ich an Meine Jugendzeit zurückdenke, von der Ich 2½ glückliche Jahre hier verleben durfte, so erhebt sich in inniger Verbindung mit diesen Jugenderinnerungen vor Mir zunächst das Bild Meines verewigten Herrn Vaters, in dessen Stabe es Mir vergönnt war, den Einzug der Hessischen Regimenter in Kassel im Jahre 1871 zu erleben. Das war das erstemal, wo Ich in Kassel gewesen bin. Der Einzug hat auf Mich einen tiefen Eindruck gemacht mit dem Jubel der Bevölkerung über die heimkehrenden Streiter, mit dem Jubel über den wieder auferstandenen Deutschen Kaiser und das Deutsche Reich.

Seit Meiner Schulzeit sind fünfzehn Jahre verflossen und auf jene Zeit ist nunmehr eine Zeit schwerer Verantwortung gefolgt, die Gott der Herr auf Meine Schultern gelegt hat. Die stille Arbeit, die Ich hier habe vollführen können, hat Früchte gezeitigt, von denen Ich hoffe, daß sie zum Wohl Meines Volkes gereichen werden.

Auf den Bahnen, die Meine Vorgänger beschritten, bin auch Ich entschlossen zu wandeln.

Ebenso wie für Mein altes Preußen schlägt mein Herz warm auch für das Hessenvolk, und Ich versichere die Provinz Meiner Kaiserlichen Huld und Gnade. Ich spreche dabei zugleich die Hoffnung aus, daß die Provinz auch Mir in Meinem schweren Kampf und bei Meinen schweren Arbeiten helfend und thätig zur Seite stehen möge, ebenso in der Arbeit im Innern, wie die kampfbereiten Söhne zum Schutze des Friedens nach außen.

Und so erhebe Ich denn Mein Glas und trinke es auf das Wohl der Provinz und ihrer Vertreter: sie leben hoch! hoch! hoch!

Bei dem Paradediner brachte Se. Majestät folgenden Trinkspruch aus:

Meinen Trinkspruch auf das Wohl des Armeekorps beginne Ich mit dem Ausdruck Meines herzlichen Dankes an alle Meine erlauchten Vettern dafür, daß sie hergekommen sind, um an der Spitze ihrer Regimenter die Parade mitzumachen und dadurch derselben die erhöhte Weihe zu geben.

Den guten Traditionen, die das Korps auf den Schlachtfeldern in jedem Treffen stets aufzuweisen gehabt hat, folgend, wird es, wie Ich vertraue, nach wie vor in allen Vorfällen stets zu Meiner Zufriedenheit sich bewähren im Kriege und im Frieden.

Ich erhebe das Glas und trinke auf das Wohl des XI. Armeekorps und seines Kommandierenden: sie leben hoch! und nochmals hoch! und zum drittenmale hoch!

14. September. Bei dem Aufenthalt in Erfurt während des Manövers sagt der Kaiser in einem Trinkspruch:

Ich freue Mich, Meine vollste Zufriedenheit mit dem IV. Korps heute nach gelungener Parade aussprechen zu können. Die streitbaren Söhne Thüringens, der Altmark und Sachsens in diesem Orte zu besichtigen, ist Mir eine um so größere Freude, als dieser Boden durch die Ueberlieferungen der Geschichte für unser Vaterland besonders wichtig ist. In diesem Orte hat der korsische Eroberer deutsche Fürsten auf das schwerste gekränkt und unser niedergeworfenes Vaterland tief gedemütigt. Damals keimte in der Seele Meines Herrn Urgroßvaters der Gedanke an den Widerstand aufs äußerste, der dann zur sühnenden Erhebung des Jahres 1813 heranreifte.

Vor acht Jahren war es Meines Herrn Großvaters Majestät, dessen kriegsgewohnter Blick auf dem Armeekorps ruhen durfte, welches unter dem Feldmarschall Grafen Blumenthal vor Seiner Majestät sein Manöver ausführte: lauter große, wichtige und erhebende Momente!

Das Korps, welches damals in bewährten Händen lag, hat auch in der jetzigen Zeit seinen Höhepunkt vollkommen innegehalten, und Ich hoffe, daß das Korps in jeder Beziehung, in Krieg und Frieden zu Meiner Zufriedenheit in den Händen von Eurer Exzellenz sich bewähren wird als gute, scharfe und schneidige Waffe.

Ich erhebe Mein Glas und trinke auf das Wohl des IV. Armeekorps und seines Führers.

Nach den sonst verlauteten Nachrichten hätte ein Satz gelautet:

Hier in Erfurt ist ein ernster Punkt in der preußischen Geschichte. An diesem Orte hat uns der korsische Parvenü aufs tiefste erniedrigt, auf das scheußlichste geschändet, aber von hier aus ging 1813 auch der Rachestrahl aus, der ihn zu Boden geschmettert.

21. September. Der Paßzwang in Elsaß-Lothringen wird aufgehoben.

21. September. Der Kaiser reist von Wilhelmshöhe nach Stettin, wohnt dort der Grundsteinlegung der Bredower Kirche und der Taufe des Panzerschiffes „Brandenburg" bei.

22. September. Der Kaiser begibt sich nach Ostpreußen zur Jagd, wo er bis Anfang Oktober verweilt.

25. September. Das russische Kaiserpaar passiert Berlin nach einem mehrwöchentlichen Aufenthalt in Kopenhagen, auf der Reise nach Moskau zur Beisetzung der Großfürstin Alexandra. Auf ausdrücklichen Wunsch der hohen Reisenden findet keinerlei Empfang statt.

27. September. Der Reichskanzler General v. Caprivi besucht in Osnabrück gelegentlich der 25jährigen Jubelfeier des Infanterie-Regiments Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig (Ostfriesisches) Nr. 78, dessen Chef er ist, auf Einladung der Stadt Osnabrück den Friedenssaal des Rathauses, in welchem 1648 über den Westfälischen Frieden verhandelt wurde. Auf die Begrüßung des Bürgermeisters erwidert der Reichskanzler mit einer Ansprache, in welcher er nach einem Berichte der „Kölnischen Zeitung“ zunächst die Freude äußert, daß seine militärische Stellung ihm Gelegenheit gebe, im Friedenssaale zu sein. Der Rückblick in die Vergangenheit zeige, was die Gegenwart errungen; die Befürchtungen, ob der gegenwärtige Zustand erhalten werde, seien nicht begründet. Keiner der Regierenden habe den Wunsch, den Frieden zu stören und einen europäischen Krieg hervorzurufen. Auch die Annäherungen der Staaten in der neuesten Zeit gäben keinen Grund zu Befürchtungen; sie seien nur der Ausdruck schon vorhandener Verhältnisse; vielleicht seien sie nichts anderes als die Feststellung eines europäischen Gleichgewichts, wie es früher bestanden habe. Keine der europäischen Regierungen wolle, soweit er es zu übersehen vermöge, den Krieg, der in seinen Leiden und Folgen alle früheren Kriege voraussichtlich übertreffen würde. Auch die Verhältnisse im Innern, um welche Se. Maj. der Kaiser stets bemüht sei, würden zu einem befriedigenden Abschluß führen, wennschon vielleicht erst nach Jahrzehnten. In der wichtigsten Frage sei die Regierung sowohl eine Regierung der Arbeiter als eine der Arbeitgeber. Wenn es den Arbeitgebern schlecht gehe, hätten die Arbeiter zunächst darunter zu leiden. Es werde auch unter der Osnabrücker Stadtvertretung Männer geben, denen die Ueberleitung in die jetzigen Verhältnisse schwer geworden sei; allein diese Herren dürften nicht mit ihren Herzen, sondern müßten mit dem Verstande rechnen und dann die Notwendigkeit der jetzigen Verhältnisse erkennen. Schließlich wies der Reichskanzler auf diejenigen Männer hin, die sich um die Ueberleitung in der Gegenwart verdient gemacht hätten, und hob insbesondere die Verdienste des anwesenden Oberpräsidenten v. Bennigsen

hervor. Der Reichskanzler schloß alsdann mit dem Ausdrucke des Dankes für die Einladung.

Eine zweite Rede hält der Kanzler auf dem Kommers ehemaliger Angehöriger des 78. Infanterie-Regiments in Osnabrück. Nach dem „Hannov. Kourier" sagt er am Schlusse seines Trinkspruchs auf den Kaiser:

„Ich kann wohl als vollgiltiger Zeuge dafür gelten, wenn ich ausspreche, daß das ganze Dichten und Trachten des Kaisers und Königs auf das Wohl des Landes gerichtet ist. Wenn aber der deutsche Kaiser und preußische König sich mit dem Wohle des Landes befaßt, so nimmt immer eine der ersten Stellen in seinen Gedanken die Armee ein, denn es gibt keine andere Institution im Staate, die besser dazu geschaffen und berufen ist, den Staat als solchen zu erhalten, als die Armee. So lassen Sie uns denn dem Regiment für die nächsten 25 Jahre Gutes wünschen und lassen Sie uns unsere Wünsche zusammenfassen in der Hoffnung und im Vertrauen auf unseren erhabenen Kaiser. Lassen Sie uns wünschen, daß er lange regieren möge und uns als oberster Kriegsherr erhalten bleibe, und daß, was uns auch beschieden sein möge, Krieg oder Frieden — und wir wollen hoffen, daß es Friede sei, ich sehe auch nicht den mindesten Grund, daran zu zweifeln —, daß das Regiment unter Führung seines Kaisers immer seine Schuldigkeit thun möge. Diesem Kaiser gehört unser letzter Blutstropfen, unser letzter Gedanke."

Das Wolff'sche Telegraphenbureau übermittelt den Trinkspruch in folgender Fassung:

„Das Dichten und Trachten Sr. Majestät des Kaisers ist auf das Wohl des Landes und auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Gegenwärtig ist nicht der geringste Grund vorhanden, an dem Frieden zu zweifeln. Keine Wolke trübt den politischen Horizont."

Ende September. Das ultramontane „Fränkische Volksblatt" bringt folgenden Artikel:

Durch den Dreibund ist nichts für die Wiederherstellung des Kirchenstaates zu erhoffen, weil aus Rücksicht auf das mitverbündete Neu-Italien dies einfach nicht geschehen kann, denn im selben Momente zöge sich Italien zurück. Wenn nun der Hl. Vater seine gerechte und gute Sache verfolgt und wenn er jetzt der Sache des katholischen Glaubens einen neuen, ungeahnten Aufschwung geben will, so muß er sich logischerweise auf einen mächtigen Staat stützen. Oesterreich ist zum Schildknappen Preußens herabgesunken, statt an 1866 zu denken und seine Verluste als einstige deutsche Bundes-Vormacht. Es kann also nur Frankreich in Betracht kommen. Was soll das nun heißen, der „deutsch-patriotische Standpunkt" müsse das Zentrum beherrschen und sich ablehnend gegen die Weltpolitik des Hl. Vaters verhalten? Unsinn, Preußen hat sich niemals gescheut, Ausländerhilfe zu benutzen, wenn sie seine Zwecke förderte. Mit Schweden, Italienern, wortbrüchigen Ungarn verbunden, warf es seine Feinde nieder. War das wohl deutsch-patriotische Gesinnung? In unserer Zeit bedeutet „nationale" Rücksicht nichts weiter, als „Preußentreue". Deutschland bleibt immer, nur die Form muß wechseln; die preußische Hegemonie ist reif für Vernichtung, sie muß einer friedlichen, ehrlichen und befriedigenderen Gestaltung des deutschen Vaterlandes Platz machen. Es kann alles unblutig gehen. Oesterreich muß

im letzten Moment aus dem Dreibund sich zurückziehen, sich mit Rußland zur freien Hand im Orient verständigen, Frankreich wird durch ein Elsaß-Lothringer Plebiszit über Anschluß an Frankreich oder Selbständigkeit von deutscher Seite beruhigt und die neue Tripelallianz ist fertig. Diese erzwingt durch ihre Macht — unblutig eine neue Ordnung in Deutschland, wonach Preußen seine Beute von 1866 herausgeben muß und auf seinen Stand vor 1866 zurückgeworfen wird. Bayern wird die katholische Vormacht eines „süddeutschen Bundes“ unter dem Schutze Oesterreichs und in Italien greift eine gleiche Ordnung mit Wiederherstellung des Kirchenstaates und früherer Staaten Platz. Damit ist eine allgemeine Abrüstung eine Thatsache von selbst geworden. — Niemand hätte geahnt, daß am Ende des 19. Jahrhunderts nochmals eine so mächtig auftretende katholische Weltpolitik sich ergeben könnte; voll Staunen, Ehrfurcht, Bewunderung müßten alle Gläubigen zum Stellvertreter Christi, zur höchsten Autorität aufblicken. Hoffnung bedeutet Mut! Nur schwache Geister, ängstliche Seelen und preußische Schleppträger haben die Frechheit, den Hl. Vater ob seiner Ziele zu höhnen. Das katholische Volk bewundert den Papst!“

Das bedeutendste klerikale Blatt Bayerns, das „Münchener Fremdenblatt“ ist nicht einverstanden, weist namentlich die Ideen über die „Weltpolitik des Papstes“ und die Aufforderung zur Zertrümmerung des deutschen Reichs zurück, kennzeichnet seinen eigenen Standpunkt aber wie folgt:

Als einziger Milderungsgrund mag die Abneigung gegen Preußen gelten, welche ersichtlich den Verfassern des Artikels die Feder führte. Diese Abneigung ist in unserem bayerischen Vaterland sehr stark verbreitet und nahm mit den Jahren nicht ab, sondern eher zu. Es ist unbestreitbare geschichtliche Thatsache, daß die preußische Großmachtspolitik den alten deutschen Bund zerstörte, Oesterreich aus Deutschland hinausmanövrierte und die starke Defensivkraft Deutschlands, welche fünfzig Jahre lang den Frieden erhalten hatte, vernichtete. Preußen warf einige deutsche Throne um, setzte sich als Großpreußen an die Spitze eben derselben Staaten, mit denen es Krieg geführt hatte; und da es sich zu schwach fühlte, allein den unterwühlten Frieden zu schützen, wurde Oesterreich wieder herangezogen. So ist für die schwankende Lage in Europa, für die entsetzlichen, den Wohlstand und die zivilisatorische Aktionsfähigkeit der Völker untergrabenden Rüstungen Preußen und allein Preußen zuerst verantwortlich, das, auf seine eigene Größe bedacht, die alte Ordnung Europas umstürzte, ohne etwas anerkannt Sicheres an deren Stelle zu setzen. Dazu kommt noch das Benehmen Preußens gegen die süddeutschen Staaten im neuen Reiche. Die zentralisierende aufsaugende Politik Preußens ist lediglich durch die Existenz des Zentrums hintangehalten worden. Aber das Zentrum kann es nicht verhindern, daß die liberalen und konservativen Preßorgane in Preußen, sobald die Reservatrechte Bayerns oder bayerische Einrichtungen zur Diskussion stehen, mit seltener Einmütigkeit und mit großsprecherischen Thun gegen Bayern losdreschen. Der Widerwille, welcher gegen Preußen durch dessen politische Vergangenheit im Volke erzeugt wurde, wird durch solche Preßdiskussionen nur erhalten und verstärkt. Es liegt eben im altpreußischen Wesen — die Rheinländer, Westfalen und Annektierten rechnen wir dabei natürlich zu Südwest-Deutschland, — daß es sich nirgends Liebe zu schaffen vermag. Mit solchen Recriminationen darf man sich aber nicht über die Verträge und die thatsächliche Lage hinwegsetzen. Wir in Süddeutschland haben vor 1866 die Reorganisation des alten deutschen Bundes mit Oesterreich und Preußen an

der Spitze vertreten, aber das ist vorbei. Nachdem der „alte Bund" zerstört war, mußten die deutschen Kräfte wieder in anderer Weise gesammelt werden. Das geschah durch das neue deutsche Reich, an welchem wir festhalten, weil es eine politische Notwendigkeit ist, weil es sich gründet auf Verträge, die wir Bayern eingegangen und in Treue halten müssen, und weil es endlich die Existenz Oesterreichs verbürgt.

Ende Sept. Auf einen dem des „Fränkischen Volksblatts" analogen, dem „Osservatore Romano" günstigen Artikel der ultramontanen Bonner „Reichszeitung" erwidert die „Germania":

„Es fehlt da an deutscher Gesinnung, wo man angebliche Hinneigung des Papstes zu Frankreich mit solchem Eifer konstatiert und mit solcher Gelassenheit erträgt. Es fehlt an deutscher Gesinnung, wo man, wie es gleich im ersten Artikel der „Reichszeitung" geschah, von uns aber bisher schonend übergangen wurde, in tendenziöser Einseitigkeit Gründe zusammenstellt, die Italien, den Bundesgenossen Deutschlands, zum Bündnisse mit Frankreich führen müßten, während man die hochwichtigen Gründe, welche Italien wegen der Mittelmeer- und Orientfrage zum Gegner Frankreichs und Rußlands machen, übergeht. Es fehlt an deutscher Gesinnung, wo man den Dreibund in dieser Weise, wie in der letzten Nummer der „Reichszeitung", mit der römischen Frage verstrickt, während dieselbe ohne und mit Dreibund doch genau auf demselben Flecke stände, und während, als Italien in den Zweibund eintrat, keine Macht der Welt in irgendeiner Weise die italienische Herrschaft in Rom bedrohte, dagegen unmittelbar vorher Frankreich Tunis weggenommen hatte und Rußland fort und fort den Orient bedrohte und somit doch klar genug war, weshalb Italien den Zweibund durch seinen Zutritt zum Dreibund machte."

3. Oktober. (Trier.) Schluß der Ausstellung des heiligen Rockes. Die Gesamtzahl der Pilger beträgt etwa 1,900,000 gegen 1,100,000 im Jahre 1844.

Anfang Oktober. (Straßburg.) Der elsässische Reichstagsabgeordnete Dr. Petri wird von einem französischen Journalisten gefragt, wie es sich mit der Stimmung in Elsaß-Lothringen verhalte. In seiner Antwort äußert er unter anderm:

„Die unlösbare Verbindung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reiche ist eine geschichtliche Thatsache, von der man nur wünschen muß, daß von keiner Seite mehr daran gerüttelt werde. Nur unter dieser Bedingung ist Europa der Fortdauer des Friedens sicher und der Waffenrüstung ledig, welche es zu erdrücken droht. Man täuscht sich häufig in Frankreich über die Stimmung, welche hier in Elsaß-Lothringen herrscht. Gewiß gibt es unter uns noch Leute, welche ihren Blick mehr auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart richten und sich nicht dazu entscheiden können, die politische Lage anzuerkennen, welche wir haben. Es ist dies eine Gesinnung, welcher man die Achtung nicht versagen darf, und welche, unter manchen Verhältnissen, sehr begreiflich ist. Aber selbst unter denjenigen Leuten, welche so denken, gibt es nur sehr wenige, welche einen politischen Wechsel mit allen seinen Wirkungen ersehnen würden. Denn jeder, der sich nicht geflissentlich selbst täuscht, ist überzeugt davon, daß eine Veränderung der politischen Karte Elsaß-Lothringens nur im Gefolge eines blutigen Krieges bewirkt werden könnte, dessen Schauplatz wiederum Elsaß-Lothringen sein würde.

Wir kennen aber nur zu gut die Schrecknisse des Krieges, dieser entsetzlichsten aller Geißeln. Wer den Frankfurter Friedensvertrag zu zerreißen sucht, der treibt, ob mit bewußter Absicht oder nicht, dem Kriege zu. Nun wohl: die weit überwiegende Mehrzahl auch derjenigen Leute in Elsaß-Lothringen, welche sich mit dem neuen Stande der Dinge noch nicht abgefunden haben, sagt — die einen laut, die anderen leise — mit Bestimmtheit: „Vor allem nur keinen Krieg! Bleiben wir lieber, was wir sind!" Und die es nicht sagen, die — denken es."

Anfang Oktober. (Landtagswahlen in Baden.) Die Nationalliberalen behaupten einschließlich der 18 Mandate, welche nicht zur Neuwahl standen, 32 Mandate unter 63. Sie haben 14 Sitze verloren. Das Zentrum gewinnt 8 und hat jetzt 21, die Demokraten 3 und haben jetzt 6, die Konservativen 1 und haben 2, die Sozialdemokraten gewinnen zum erstenmal 2 Sitze.

4. Oktober. (Pforzheim.) Auf dem Parteitage der Volkspartei stellt Sonnemann einen Antrag auf Abänderung des Parteiprogramms, betr. Einführung eines Maximalarbeitstags von 10 Stunden. Später zieht er diesen Antrag wieder zurück.

6. Oktober. Tod König Karls von Württemberg. Ihm folgt sein Neffe Wilhelm II.

Telegramm des Kaisers an den König Wilhelm:

„Tief erschüttert durch die Todesnachricht beeile Ich Mich, Dir, Deiner Gemahlin und Deinem gesamten Volke Meine aufrichtigste Teilnahme auszudrücken. Einer der Mitstifter des Deutschen Reiches und Mitgenosse Meines teuren Großvaters ist dahin. Ich komme persönlich, Meinen Anteil an der Trauer Württembergs zu bethätigen. Mögest Du in Deinem neuen Amt mit Gottes Beistand für Dein Volk und Unser deutsches Vaterland ein Segen sein. Meiner wärmsten Freundschaft und innigsten Zuneigung bist Du alle Zeit sicher. Wilhelm."

Die Antwort des Königs lautet:

„Die Worte, welche Du an Mich gerichtet hast, haben Meinem schwer gebeugten Herzen unendlich wohlgethan. Ich bin Mir der großen Verantwortung, welche Gott Mir auferlegt hat, bewußt und hoffe, Mein Amt mit seiner Hilfe zum Wohl des gemeinsamen deutschen Vaterlandes wie Meines Landes auszufüllen. Ich fühle Mich gestärkt durch die wohlwollenden Gesinnungen, welche Du Mir wie immer so auch jetzt kund gibst. Aus tiefster Ueberzeugung stehe Ich, wie seit Jahren als Glied der preußischen Armee zu dieser, jetzt als deutscher Regent fest und treu zu Kaiser und Reich. Wilhelm."

6. Oktober. (Stuttgart.) König Wilhelm II. erläßt ein Manifest:

„Wilhelm von Gottes Gnaden König von Württemberg!
Liebe Getreue!

Die göttliche Vorsehung hat den allerdurchlauchtigsten König Karl von Württemberg, Unseres vielgeliebten Herrn Oheims Majestät, aus diesem Leben abgerufen. Nachdem hiedurch kraft des in Unserem Königlichen Hause bestehenden Erbfolgerechts Uns die Nachfolge in der Regierung angefallen

ist, und Wir dieselbe wirklich angetreten, auch die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung in einer dem ständischen Ausschusse übergebenen feierlichen Urkunde bei Unserem Königlichen Worte zugesichert haben, — so geben Wir euch Solches hiemit gnädigst zu erkennen. Dabei versehen Wir Uns zu allen Unseren Königlichen Beamten, geistlichen und weltlichen Dienern und Unterthanen, indem Wir sie auf den geleisteten verfassungsmäßigen Dienst- und Huldigungseid hinweisen und erstere auffordern, ihre Verrichtungen wie bisher nach ihren amtlichen Pflichten fortzusetzen, daß sie Uns als ihrem angestammten Landesherrn die schuldige Dienstpflicht, Treue und Gehorsam so willig als pflichtmäßig leisten werden, womit Wir euch Unserer Königlichen Huld und Gnade versichern.

Gegeben Stuttgart, den 6. Oktober 1891.

Wilhelm.

Mittnacht. Faber. Steinheil. Sarwey. Schmid."

Eine Ansprache des Königs an die württembergische Bevölkerung besagt:

„Württemberger!

Gottes unerforschlicher Ratschluß hat über uns eine schwere schmerzliche Trauer verhängt. Der gütige Fürst, dessen edles Herz stets für alles Schöne und Hohe schlug, ist nach langen, mit unerschütterlicher Geduld getragenen Leiden aus dieser Zeitlichkeit abgerufen worden. Gelöst ist das schöne Band, welches während einer siebenundzwanzigjährigen, an weltgeschichtlichen Ereignissen reichen Regierung treue Anhänglichkeit um den König und sein Volk geschlungen hatte. Aber unauslöschlich lebt in dankbarer Erinnerung fort, was der Hohe Verewigte in guten wie in schweren Tagen seinem Lande gewesen, dankerfüllt blickt das württembergische Volk auf die Segnungen zurück, welche ihm aus der nie ermüdeten Sorge des Entschlafenen um des Vaterlandes Wohl erflossen sind.

Auf den Thron Meiner Vorfahren berufen, habe Ich die Regierung im Aufblick auf Gottes Hilfe übernommen, der Mir Kraft geben möge, nach Innen wie dem Reiche gegenüber die königlichen Pflichten zu erfüllen, die sein Wille Mir auferlegt. Im Aufsehen auf Ihn verspreche Ich, die Verfassung des Landes getreu zu wahren, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Armen und Schwachen ein warmer Freund und Helfer, dem Rechte allezeit ein eifriger Hüter zu sein, und Meine Stellung als Regent eines deutschen Staates in unerschütterlicher Treue zu den Verträgen, die unser großes deutsches Vaterland begründeten, wahrzunehmen.

Getragen von diesen Gesinnungen und aufrichtig entschlossen, in der Förderung der Wohlfahrt und des Glückes Meines Landes das höchste Ziel Meines Lebens zu erblicken, zähle Ich auf das Vertrauen des württembergischen Volkes, welches in allen Zeiten treu zu dem angestammten Fürstenhause gestanden hat, und welches auch Mir, deß bin Ich sicher, mit Liebe und Vertrauen entgegenkommen wird. Das Bewußtsein gegenseitiger vertrauensvoller Liebe, welche in solcher Weise Fürst und Volk verbindet, gibt Mir die Zuversicht, daß es Mir unter des Allmächtigen Beistand gelingen wird, des Mir übertragenen schweren Amtes zu walten zum Heil und Segen des engeren wie des großen deutschen Vaterlandes.

Stuttgart, den 6. Oktober 1891.

Wilhelm."

Das den Mitgliedern der Ständeversammlung beim Zusammentritt vorzulegende Protokoll über den Vollzug der Urkunde, in

welcher der König die unverbrüchliche Festhaltung der bestehenden Verfassung zusichert, lautet:

„Geschehen Stuttgart, den 6. Oktober 1891 im K. Residenzschloß. Nachdem es dem Allmächtigen Gott gefallen hat, am heutigen Tage Seine Königliche Majestät, den König Karl von Württemberg aus dem irdischen Leben abzuberufen, so haben Seine Majestät der jetzt regierende König Wilhelm II. von Württemberg die Mitglieder Allerhöchst Ihres Staatsministeriums, sowie die Mitglieder des engeren ständischen Ausschusses auf heute nachmittag um 5 Uhr in das K. Residenzschloß berufen lassen und, nachdem infolge dieses Allerhöchsten Befehls die Unterzeichneten sich daselbst eingefunden hatten, an diese eine Ansprache gehalten, worin Allerhöchst Sie Ihren tiefen Schmerz über das Ableben Allerhöchst Ihres Herrn Oheims ausdrückten, hierauf aber zu erkennen gaben, wie es Allerhöchst Ihre Absicht sei, der nach § 10 der Württembergischen Verfassung Allerhöchst Ihnen obliegenden Verpflichtung nachzukommen, wonach der Thronfolger in Württemberg in einer den Ständen des Königreichs auszustellenden feierlichen Urkunde die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung bei Seinem Königlichen Worte zuzusichern habe. Seine Königliche Majestät haben daher eine solche Urkunde entwerfen lassen, welche Allerhöchst Sie nunmehr unterzeichnen und dem ständischen Ausschuß übergeben wollen, damit dieser solche für die Stände des Königreichs in Empfang nehme und diesen überreiche. Es wurde sofort diese Urkunde vorgelegt und verlesen. Dieselbe lautet wörtlich wie folgt:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Württemberg, urkunden und bekennen hiemit: Nachdem es dem göttlichen Ratschlusse gefallen hat, Unsern Vielgeliebten Herrn Oheim, des Königs Karl Majestät, aus diesem Leben abzuberufen und hiedurch Wir zu der Thronfolge in Württemberg berufen sind, so sichern Wir den Ständen dieses Königreichs bei Unserem Königlichen Worte zu, daß Wir die bestehende Verfassung des Königreichs Württemberg stets fest und unverbrüchlich halten und erfüllen, auch gegen alle Eingriffe und Verletzungen schützen und bei Kräften erhalten werden. Ueber diese feierliche Zusage haben Wir gegenwärtige Urkunde ausfertigen lassen, um solche mit Unserer Unterschrift und Unserem Insiegel versehen dem ständischen Ausschuß behufs ihrer Zustellung an die Ständeversammlung zu übergeben. — Stuttgart, den 6. Oktober 1891."

Hierauf haben Seine Königliche Majestät diese Urkunde in Gegenwart aller Unterzeichneten eigenhändig unterschrieben, auch Allerhöchst Ihr Siegel solcher beigedruckt, worauf die anwesenden Mitglieder des Staatsministeriums dieselbe kontrasignierten und sofort Seine Königliche Majestät die Urkunde dem Präsidenten des ständischen Ausschusses behändigten, welcher dieselbe unter ehrfurchtsvollstem Danke namens des Ausschusses behufs der Uebergabe an die Ständeversammlung entgegennahm. Ueber diese Verhandlung ist gegenwärtiges Protokoll aufgenommen worden. Die Mitglieder des Staatsministeriums: (gez.) Mittnacht. Faber. Steinheil. Sarwey. Schmid. Die Mitglieder des engeren ständischen Ausschusses: (gez.) Fürst v. Waldburg-Zeil. Hohl. Rieke. Frhr. v. Gemmingen. Hofacker. Wolff.

6. Oktober. (Berlin.) Reichstagsabgeordneter Bebel spricht über die europäische Lage und den Sozialismus in einer von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des 4. Reichstagswahlkreises.

Redner sucht in anderthalbstündigem Vortrage den Nachweis zu liefern, daß die Sozialdemokratie sowohl die äußere wie die innere Politik beherrsche. In der äußeren Politik wäre es längst zur Katastrophe gekommen, wenn nicht die Furcht vor der Arbeiterbewegung, die vielleicht die Zirkel hoher und höchster Herren stören könnte, sie bisher hintangehalten hätte. Alles in allem würden bei dem kommenden Kriege etwa 300 Mill. Einwohner auf ca. 9 Mill. Quadratkilometer beteiligt sein. Die Schlachten werde man gar nicht mehr übersehen, die Toten nicht beerdigen, die Verwundeten nicht unterbringen können. Die Wirkungen des Krieges auf den moralischen Zustand und die ökonomische Lage der Völker seien gar nicht abzusehen: der soziale Zusammenbruch und die ökonomische Revolution würden ohne Beispiel sein. Das eben sei es, was den herrschenden Klassen Kopfzerbrechen mache. Die Dinge seien auf die Spitze getrieben, und die Hungersnot im Lande habe Rußland verhindert, jetzt loszuschlagen. Der Sozialismus werde durch den Krieg zu einer Macht anwachsen, an die niemand denke, indem die Thatsachen des Krieges allen Völkern zeigen würden, wohin die heutige Gesellschaftsordnung führe, nämlich zur gegenseitigen Zerfleischung. Die Sozialdemokratie habe stets die Aussöhnung mit Frankreich gewollt; wenn man aber lieber 42 Millionen auf der Strecke liegen sehen wolle, ehe man einen Stein von einer Festung hergebe, dann müßten allerdings die Dinge auf die Spitze kommen. Im nächsten Kriege handle es sich für die deutsche Sozialdemokratie um die Existenz als Nation und als Partei; daher sei es ihre Pflicht, mit dem politischen Gegner zusammenzugehen und alles daran zu setzen, daß um jeden Preis der Barbar zu Boden geschmettert werde, koste es, was es wolle. (Stürmisches Bravo! und Händeklatschen.) Jeder habe dahin zu wirken, daß der Sieg sich an die deutschen Fahnen hefte, daß Rußland in seiner heutigen Gestalt zerstückelt und seine Macht mehr nach Osten geschoben würde. Polen sei als ein politisch und wirtschaftlich mit Deutschland verbundener Staat wiederherzustellen, der sozialistische Gedanke in die Völker, auch das russische, hineinzutragen, Rußland von außen und innen zu revolutionieren, damit endlich die beständige Kriegsgefahr ein Ende nehme. Wenn erst die Vereinigung der Völker auf demokratischer Grundlage hergestellt sei, dann werde Friede sein auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Eine Diskussion wurde mit allen gegen ca. zehn Stimmen abgelehnt.

8. Oktober. (Stuttgart.) Sämtlichen Truppen des württembergischen Armeekorps wird bei der Paroleausgabe folgender Tagesbefehl mitgeteilt:

„Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten Meines Armeekorps! Ihr habt Mir heute den Eid der Treue geleistet! Es ist Mir Bedürfnis, bei diesem Anlaß Euch zu sagen, wie Ich Mich versichert halte, daß Ihr unter Meiner Regierung die ersten Soldatentugenden, welche sind Treue, Mut, Ausdauer in Gefahr und Beschwerde, Manneszucht und Gehorsam, bewahren und — wenn des Vaterlandes Schutz es erfordern sollte — bethätigen und damit in die Fußtapfen Eurer Vorgänger treten werdet, die auf dem Schlachtfelde mit ihrem Blut dem Armeekorps eine ehrenvolle Stelle in der glorreichen Geschichte des Jahrhunderts erkämpft und für alle Zeiten gesichert haben. Euer in Gott ruhender König, Mein Herr Oheim, ist in Kriegszeiten, wie in langen Jahren des Friedens Euch ein gnädiger, für jeden von Euch warmfühlender, treubesorgter Kriegsherr gewesen. Ihm bewahret ein ehrfurchtsvolles, dankbares Andenken. Ich habe in zwei Feldzügen an Eurer Seite gekämpft und die Gefahr mit Euch geteilt; dies begründet ein unauf-

lösliches festes Band zwischen Mir und Euch, zwischen König und Heer. Seid denn versichert Meiner treu väterlichen Gesinnungen und macht Eurerseits wie in Hingebung an Euern König, so an Euern obersten Kriegsherrn, als Glieder des großen gemeinsamen deutschen Heeres dem Namen des XIII. Armeekorps Ehre!

Stuttgart, den 8. Oktober 1891.

Wilhelm."

9. Oktober. (Stuttgart.) Beisetzung des verstorbenen Königs von Württemberg. Der Kaiser und der Großherzog von Baden wohnen derselben bei.

10. Oktober. (Straßburg.) Anläßlich der Aufhebung des Paßzwanges in Elsaß-Lothringen wird dem nach Straßburg zurückkehrenden Statthalter Fürsten Hohenlohe am Sonnabend eine Ovation dargebracht.

Der Statthalter wird auf dem Bahnhofe von den Mitgliedern des Ministeriums, höheren Beamten und den acht in Straßburg wohnenden Mitgliedern des Landesausschusses erwartet und begrüßt. Im Namen der letzteren hält Dr. Petri eine Ansprache, in welcher er sagt: „Wir wissen das Vertrauen zu würdigen, welches die Regierung durch Erfüllung unserer Wünsche gezeigt hat. Euer Durchlaucht dürfen sich versichert halten, daß die Elsaß-Lothringer es als gern geübte Ehrenpflicht ansehen, dieses Vertrauen stets zu rechtfertigen. Wir werden stets bereit sein, auf der unerschütterlichen Grundlage der Zusammengehörigkeit von Elsaß-Lothringen mit dem Reiche Euer Durchlaucht, den Förderer unserer Interessen, den edelmütigen Freund der Bevölkerung, nach besten Kräften in dem hohen Bestreben zu unterstützen, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu gedeihlicher Entwicklung zu bringen zum Wohle des Reiches und des Landes."

Der Statthalter dankt für die freundliche Begrüßung. Die Entschließung sei auf den Kaiser zurückzuführen. Er werde den Dank, welchem Dr. Petri Ausdruck gegeben, zur Kenntnis des Kaisers bringen. Der Statthalter dankt sodann für die ihm persönlich ausgesprochenen Sympathien und spricht die Hoffnung aus, er werde ferner die Gelegenheit finden, sich als aufrichtigen und treuen Freund der Reichslande zu bewähren. Als der Statthalter den Perron verließ, brach die zahlreich versammelte Menge in Hochrufe auf den Statthalter aus.

13. Oktober. (Stuttgart.) Pensionierung des Finanzministers Dr. v. Renner, sowie die Ernennung des Wirklichen Staatsrates v. Riecke zum Finanzminister.

13. Oktober. (Dresden.) Bei der Wahl zum sächsischen Landtage werden gewählt: 12 Konservative, 6 Nationalliberale, 4 Fortschrittliche, 7 Sozialdemokraten. In einem Wahlkreise ist Stichwahl erforderlich, welche konservativ ausfällt.

Stellt man die Ergebnisse für die dreißig Wahlkreise, um die es sich jetzt handelt, mit denen der letzten Wahlen in diesen dreißig Kreisen zusammen, so ergeben sich folgende Annäherungswerte:

	Wahl vom 31. Okt. 1891	frühere Wahl
Zahl der abgegebenen Stimmen	97,250	66,130
Darunter sozialdemokratische	35,650	18,280
konservative	35,250	26,350
freisinnige (fortschrittliche) . . .	13,600	12,650
nationalliberale	12,750	8,850

	gewählt	früher
Konservative	13	14
Sozialdemokraten	7	4
Nationalliberale	6	5
Freisinnige	4	7

Die Konservativen verloren zwei Kreise und gewannen einen. Die Sozialdemokraten verloren keinen Kreis und gewannen drei. Die Nationalliberalen gewannen zwei Kreise und verloren einen. Die Freisinnigen endlich gewannen keinen Kreis und verloren drei.

Die Kammer besteht danach aus 45 konservativen, 11 nationalliberalen, 13 fortschrittlichen und 11 sozialdemokratischen Mitgliedern.

13. Oktober. Der 70jährige Geburtstag Rudolf Virchows wird in Berlin feierlich begangen.

14. Oktober. (Karlsruhe.) Staatsminister a. D., Präsident der badischen Oberrechnungskammer Dr. Julius Jolly †.

14. Oktober. (München.) Im Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten wird eine Vorlage im Betrage von 40 Millionen zur Herstellung von Doppelgleisen und Beschaffung von Fahrmaterial genehmigt.

14.—21. Oktober. Sozialdemokratischer Parteitag in Erfurt. Die Berliner Opposition (Wildberger, Baginsky), welche die Parteileitung beschuldigt, kleinbürgerliche Tendenzen zu verfolgen, diktatorisch bei der Maifeier und den Stichwahlen verfahren zu sein und die Partei der Versumpfung entgegenzuführen, wird wegen Verleumdung aus der Partei ausgeschlossen.

Gegen Vollmar sprechen Bebel, Singer und Liebknecht. Bebel insinuiert Vollmar, daß er als wohlhabender Mann die Not des Arbeiters nicht empfinde und ihn deshalb zur Geduld ermahne. Er beantragt zum Schluß folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblickes sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit errungen werden kann, erklärt der Parteitag: Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern. Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Prinzips, sich bietet. Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im

Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben. Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesamtpartei und den Anordnungen der Parteiorgane, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntnis, daß eine Kampfpartei wie die sozialdemokratische nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt. Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen. Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität sei", auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß."

Vollmar erklärt, er glaube nicht an das tausendjährige Reich, wohl aber an den zehnstündigen Normalarbeitstag.

Ich habe mich gefreut, daß Bebel ausdrücklich betont hat, es muß unser Bestreben sein, die Massen zu gewinnen; diese gewinnen wir aber nicht, wenn wir ihnen bloß unsere Endziele versprechen, wir müssen ihnen zeigen, daß wir bestrebt sind, ihnen ihre augenblickliche Lage zu verbessern. Bebel sagt: wir stellen Anträge im Reichstage, hauptsächlich im propagandistischen Interesse, unbekümmert darum, ob sie angenommen werden. Dem kann ich durchaus nicht beistimmen. Ich bin der Meinung, es kann durchaus nicht gleichgiltig sein, ob unsere Anträge angenommen oder abgelehnt werden. Wenn wir die Einführung des Normalarbeitstages im Reichstage beantragen, dann muß es uns doch darum zu thun sein, unseren Antrag durchzubringen. Ich habe nun in meiner Münchener Rede gesagt: Wir müssen langsam vorwärts gehen, ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren, bemüht sein, den dornenvollen Weg, den wir bis zu diesem Ziele zurückzulegen haben, möglichst gut einzurichten. Bebel sagte: wenn er die Wahl zwischen dem Stürmen und dem langsamen Vorwärtsgehen habe, dann wähle er das erstere. Nun, ich muß dem Genossen Bebel sagen: bei den heutigen militärischen Verhältnissen könnten wir uns bei dem Stürmen leicht die Köpfe einrennen. Ich bin der Meinung, eine Partei, die bei den letzten Wahlen 1½ Millionen Stimmen hatte, die sich bei den nächsten Wahlen verdoppeln dürften, hat die Verpflichtung, auf ruhigem, gesetzlichem und parlamentarischem Wege vorzugehen. Ich bin der Meinung: je mehr wir auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung erreichen, desto schneller gelangen wir zu unseren Endzielen. Ich habe vor Uebereilung gewarnt und ein langsames Vorgehen empfohlen, weil ich nicht will, daß wir bei einem zu schnellen Vorgehen einen Rückschlag erleiden, der unsere Bewegung auf lange Zeit hinaus zurückwerfen würde. Der nächste Krieg, der nicht mehr fern ist, sagt Bebel, wird zu einem allgemeinen Bankerott der bürgerlichen Gesellschaft führen, dann kommt der große Kladderadatsch, und wir werden im stande sein, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen und unsere Endziele zu verwirklichen. Ich komme dabei auf die auswärtige Politik. Man hat mich ja einen patriotischen Mann genannt. Allein auch Bebel wird jetzt in aus-

ländischen Zeitungen als Patriot bezeichnet, der, wenn es zum Kriege kommen sollte, als erster Fahnenträger der Regierung gegen den auswärtigen Feind kämpfen würde. (Werner: Sehr richtig!) Ich will gleich von vornherein erklären, daß ich den Standpunkt Bebels in der auswärtigen Politik teile. (Aha! der Opposition.) Auch ich bedauere, daß durch den Dreibund die Kriegsgefahr im Wachsen begriffen ist. Allein, ich bin der Meinung, daß wir alles aufzubieten haben, was geeignet ist, einen Krieg zu verhindern. Ich will die Schrecknisse nicht ausmalen, die ein Sieg Rußlands über Deutschland bringen könnte, und ich bin überzeugt, wenn das deutsche Vaterland von einem auswärtigen Feind angegriffen würde, dann wären die deutschen Sozialdemokraten nicht die letzten, die alles aufbieten würden, um den Feind zu schlagen. Wir können nur mit natürlichen Verhältnissen rechnen. Ich muß bemerken: eine solche Prophezeiung, wie sie von Bebel aufgestellt worden, ist geradezu gefährlich. Die Massen werden selbstverständlich sagen: wenn der Tag so nahe ist, wo wir unsere Endziele erreichen werden, wozu wollen wir noch uns mit der kleinlichen Agitation wie die Erreichung des Achtstundentages befassen. Eigentümlich ist es, daß man nur mit Siegen rechnet und gar nicht eine Niederlage ins Auge faßt. Und was ein Sieg Rußlands über Deutschland für die Arbeiter bedeuten würde, diese Schrecknisse will ich gar nicht ausmalen. Die Berliner Volkstribüne, die mich des Chauvinismus bezichtigt, schreibt: Es kann uns gar nichts angenehmer sein als ein Krieg, wir können dabei nur gewinnen, und deshalb wünschen wir, daß der Krieg so schnell als möglich kommt. Ja, wenn man auf diesem Standpunkt steht, dann ist es auch notwendig, der Regierung die Mittel zur Kriegführung zu bewilligen, denn mit Pappenstielen können doch die Russen nicht geschlagen werden. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß ein Krieg für die Arbeiterbewegung von den unheilvollsten Folgen wäre, und kann mich der Ansicht keineswegs anschließen, daß der nächste Krieg der letzte sein würde. Deshalb haben wir alles aufzubieten, was geeignet ist, den Krieg zu vermeiden oder soweit als möglich hinauszuschieben. Man scheint ganz vergessen zu haben, daß der Brüsseler Kongreß dieselbe Ansicht ausgesprochen hat. Eine voreilige Verwirklichung unserer Ziele ohne festen Untergrund wäre aufs höchste zu beklagen. Es wäre dies nichts weiter als eine Wiedergeburt der Pariser Kommune mit allen ihren Verkehrtheiten und Rückschlägen.

Oertel beantragt, der Parteitag möge erklären, daß er den Standpunkt Vollmars nicht teile. Vollmar erklärte es für selbstverständlich, daß er der Bebelschen Resolution zustimme; der Antrag Oertel habe eine persönliche Spitze gegen ihn: sollte er angenommen werden, dann habe er den Boden in der Partei verloren und zum letztenmale auf einem sozialdemokratischen Parteitage gesprochen. — Nach einer Rede Bebels wird dann ein Antrag eingebracht, dahin gehend: „nachdem sich „Genosse“ Vollmar ohne jede Einschränkung für die vom Genossen Bebel und anderen Rednern entwickelten Ansichten bezüglich der Beibehaltung der bisherigen Parteitaktik ausgesprochen habe, erkläre der Parteitag den Antrag Oertel für erledigt und gehe über denselben zur Tagesordnung über.“ Dieser Antrag und die von Bebel beantragte Resolution werden einstimmig angenommen.

—

Am letzten Tage wird nach kurzer Begründung durch Liebknecht das neue Programm angenommen. Es lautet:

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten und Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktions-

mittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Race.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemakratische Partei Deutschlands zunächst:

1) Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3) Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4) Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5) Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6) Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7) Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8) Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Recht-

sprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9) Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10) Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1) Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.
b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
d) Eine unterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
e) Verbot des Trucksystems.

2) Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

3) Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4) Sicherstellung des Koalitionsrechts.

5) Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

18. Oktober. Der **Kaiser** richtet folgendes Telegramm an den Präsidenten der physikalisch-technischen Reichsanstalt, Professor Dr. v. **Helmholtz**:

Es gereicht Mir zu großer Freude, Ihnen einen besonderen Beweis Meiner aufrichtigen Verehrung und Bewunderung zu teil werden zu lassen, indem Ich Sie zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Exzellenz ernenne. Sie haben, Ihr ganzes Leben zum Wohle der Menschheit einsetzend, eine reiche Anzahl von herrlichen Entdeckungen für deren Nutzen vollbracht. Ihr stets den reinsten und höchsten Idealen nachstrebender Geist ließ in seinem hohen Fluge alles Getriebe von Politik und der damit verbundenen Parteiungen weit hinter sich zurück. Ich und Mein Volk sind stolz darauf, einen solch bedeutenden Mann unser nennen zu können. Ich habe den Geburtstag Meines heißgeliebten und unvergeßlichen Vaters zu dieser Anerkennung gewählt, wohl wissend, wie hoch Er Sie schätzte und ein wie treu ergebener Freund und Unterthan Sie Ihm waren. Möge Gott uns Ihr teures Leben noch lange zum Wohle Deutschlands und der gesamten Welt erhalten.

Ihr wohlaffektionierter König

Wilhelm R.

22. Oktober. (Stuttgart.) **Eröffnung der Ständeversammlung durch den König mit folgender Thronrede:**

„Nach 27jähriger segensreicher Regierung ist Mein vielgeliebter Herr Oheim, des Königs Karl Majestät, von Mir und dem dankbaren Volke tief betrauert, aus dem Leben geschieden. Zur Nachfolge in der Regierung berufen, trete Ich in die Mitte Meiner getreuen Stände und entbiete Ihnen Meinen Königlichen Gruß. Ich habe bereits ausgesprochen, wie Ich darauf zähle, daß Mein geliebtes Volk Mir in Liebe und Vertrauen entgegenkommt. Auch bei den Ständen des Landes hoffe Ich zuversichtlich auf eine verständnisvolle Unterstützung für ein ersprießliches Wirken zum Wohle des Ganzen. Wenn Ich die Lage des gesamten Vaterlandes zu der Zeit, in welcher der verewigte König die Zügel der Regierung ergriff, mit den jetzigen Verhältnissen vergleiche, so bin Ich glücklich, indem Ich heute an dieser Stelle vor allem der festgefügten machtvollen Einigung gedenke, welche dem deutschen Volke als Frucht eines langen schweren Ringens in dem erstandenen Deutschen Reiche für alle Zeiten gewonnen ist. Die in der Zugehörigkeit zu demselben begründeten Pflichten in unwandelbarer Treue zu erfüllen, soll Mir ein hohes Anliegen sein. Innerhalb des engeren Vaterlandes wird die Pflege eines stetigen und besonnenen Fortschritts auf allen Gebieten des staatlichen Lebens Gegenstand Meiner unausgesetzten Bemühungen bilden. Noch hat die Frage einer zeitgemäßen Revision der Landesverfassung, insbesondere in Absicht auf die Zusammensetzung der Ständeversammlung, eine Lösung nicht gefunden. Meine Regierung wird den Versuch einer Verständigung erneuern, und Ich hege die Hoffnung, daß es bei Beratung der zu erwartenden Vorlage gelinge, in patriotischem Zusammenwirken das schwierige Werk einem glücklichen Abschluß entgegenführen. Die Pflege der Religion und die Fürsorge für das geistige und sittliche Wohl des Volkes werde Ich als heilige Obliegenheit betrachten. Die Sicherung und Hebung der volkswirtschaftlichen Interessen auch durch Weiterentwickelung der Verkehrsmittel und durch die gleichmäßige Förderung von Gewerbe und Landwirtschaft wird die besondere Sorge Meiner Regierung sein; namentlich ist auch die Fortbildung der Kulturgesetzgebung in ihren verschiedenen Zweigen eine bereits in Angriff genommene Aufgabe.

Im Finanzwesen bin Ich gewillt, auf den altbewährten Grundlagen mit Vorsicht weiterzubauen. Um die gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten sicherzustellen und dem Staate wie den Gemeinden die Mittel zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse nachhaltig zu gewähren, wird der sachgemäßen Weiterführung der Steuergesetzgebung Meine volle Aufmerksamkeit zugewendet sein. Möge über Ihren Beratungen allezeit der Geist der Mäßigung und Versöhnlichkeit walten; mögen Ihre Verhandlungen getragen sein von der Ueberzeugung, daß das Glück Meines Volkes die einzige Richtschnur Meines Handelns ist, dann wird unseren gemeinsamen Bestrebungen mit Gottes Hilfe der Erfolg nicht fehlen! Stark durch ein unzertrennliches Band gegenseitigen Vertrauens, welches Fürst und Volk umschlingt, darf Ich die Erfüllung des heißesten Wunsches erhoffen, der Mich beseelt, daß Meine Regierung dem geliebten Württemberg möge sein: eine Zeit der Wohlfahrt und des Friedens. Das walte Gott!“

27. Oktober. **Ankunft des Königs von Rumänien in Potsdam zum Besuch bei dem Kaiser.**

27. Oktober. **Reichstagswahl in Stolp-Lauenburg.** Der liberale Kandidat Hofbesitzer Dau erhält 11,861, der Konservative v. d. Osten 7868, Sozialist Herbert 302 Stimmen.

27. Oktober. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgenden Erlaß:

Die beklagenswerten Erscheinungen, welche das Strafverfahren gegen die Eheleute Heinze [angeklagt den Nachwächter Braun ermordet zu haben; die Frau eine Prostituierte, der Mann ihr Zuhälter] hat zu tage treten lassen, beunruhigen Mein landesväterliches Herz fortgesetzt. Obwohl Ich dem Justizminister Meine Auffassung bereits im allgemeinen kundgegeben habe, und obwohl Mir bekannt ist, daß seitens der nächstbeteiligten Minister des Innern und der Justiz vorbereitende Schritte zur Beseitigung der aufgedeckten Schäden eingeleitet sind, so drängt es Mich doch, auch die Aufmerksamkeit Meines Staatsministeriums auf diese für das Wohl des ganzen Landes so bedeutungsvolle Angelegenheit hinzulenken und dasselbe zu veranlassen, Mir auf Grund der von den Ressortministern gepflogenen Verhandlungen thunlichst bald bestimmte Vorschläge zu machen. Wenn Ich dabei auf diejenigen Gesichtspunkte hinweise, welche Mir für die Beurteilung der hervorgetretenen Mißstände und der zu ihrer Abwehr zu ergreifenden Maßnahmen besonders wichtig erscheinen, so halte Ich Mich dazu umsomehr verbunden, als das Recht in Meinem Namen gesprochen wird und Ich von dem Bewußtsein der Pflichten, welche Mir als oberstem Hüter des Rechts und der Ordnung obliegen, voll durchdrungen bin. Der Heinze'sche Prozeß hat in erschreckender Weise dargelegt, daß das Zuhältertum neben einer ausgedehnten Prostitution in den großen Städten, insbesondere in Berlin, sich zu einer gemeinen Gefahr für Staat und Gesellschaft entwickelt hat. Behufs energischer Bekämpfung dieses Unwesens wird in erster Linie in Frage kommen, inwieweit schon auf Grund der bestehenden Gesetze mit Nachdruck gegen die Zuhälter eingeschritten werden kann. Diese Aufgabe fällt der Polizei und der Strafgesetzpflege zu. Es wird der Polizei ein kräftiges und unter Umständen rücksichtsloses Vorgehen gegen die Ausschreitungen jener verworfenen Menschenklasse zur Pflicht zu machen, zugleich aber werden die Exekutivbeamten darüber zu vergewissern sein, daß sie bei thatkräftigem Vorgehen nicht nur Meine Anerkennung, sondern auch Meinen Schutz finden werden. Was die Anwendung der bestehenden Strafgesetze anlangt, so wird darauf hinzuwirken sein, daß die Gerichte bei ihrem Urteil sich nicht von einer falschen Humanität leiten lassen und demgemäß auch bei ersten Fällen auf ein möglichst hohes Strafmaß erkennen. Im Anschluß hieran wird zu erörtern sein, ob und in welcher Weise es etwa einer Aenderung oder Ergänzung des bestehenden Strafrechts bedarf.

Auch das Strafverfahren wird einer näheren Prüfung zu unterziehen und werden dabei Maßregeln zu erwägen sein, welche es verhindern, daß Verteidiger, uneingedenk ihrer Pflicht, zur Ermittelung der Wahrheit beizutragen, es zu ihrer Aufgabe machen, dem Unrecht selbst durch frivole Mittel zum Siege zu verhelfen. Nicht minder ist Vorsorge zu treffen, daß die Würde des Gerichtshofes sowohl der Verteidigung wie den Angeklagten und dem Publikum gegenüber unter allen Umständen gewahrt bleibe. Endlich erscheint es geboten, daß in Fällen, in welchen die schwersten sittlichen Schäden den Gegenstand der Verhandlung bilden, die Oeffentlichkeit des Verfahrens ausgeschlossen werde.

Gegenüber den betrübenden Erscheinungen des Heinze'schen Prozesses ist es Mir eine erfreuliche Wahrnehmung, daß die großen Gefahren und Mißstände, welche der Prozeß bloßgelegt hat, von allen Schichten der Bevölkerung in ihrer vollen Tragweite erkannt sind und daß die öffentliche Meinung einmütig die Notwendigkeit wirksamer Abwehr hervorhebt. Dies läßt Mich hoffen, daß den von Meiner Regierung zu treffenden Maßnahmen

diejenige Unterstützung innerhalb der gesitteten Kreise Meines Volkes nicht fehlen wird, ohne welche eine durchgreifende Abhilfe nicht erwartet werden darf.

Neues Palais Potsdam, den 22. Oktober 1891.

Wilhelm R.

An das Staatsministerium.

30. Oktober. (Bayern.) Das Kultusministerium versagt den Altkatholiken definitiv die Anerkennung als öffentliche Korporation und verbietet ihnen den Gebrauch der äußeren Insignien des katholischen Kultus (die Aktenstücke im „Staatsarchiv" Bd. 52).

30. Oktober. (Stuttgart.) Die Abgeordnetenkammer nimmt ein Gesetz betreffend die Erhöhung der Zivilliste um 200,000 Mark mit 83 gegen 3 Stimmen an.

31. Oktober. (Stuttgart.) Die von der Kammer einstimmig, nach Ablehnung eines Amendements, betr. Abschaffung der Vorrechte der Geburt und des Amtes für die zweite Kammer, beschlossene Antwortsadresse lautet:

Eure Königliche Majestät

haben nach Antritt Allerhöchst Ihrer Regierung die Stände des Landes um sich versammelt.

In tiefem Schmerze trauert mit Euer Königlichen Majestät die Kammer der Abgeordneten um den Heimgang Sr. Majestät des Königs Karl. Die reichen Segnungen Seiner langen und glücklichen Regierung sichern dem hohen Verewigten im Herzen des dankbaren Volkes ein unvergängliches Andenken.

Das württembergische Volk, mit seinem Fürstenhause in Freud und Leid stets innig verbunden, wird auch Eurer Königlichen Majestät Liebe mit Liebe vergelten, Vertrauen mit Vertrauen erwidern. Als die Vertreter dieses Volkes bringen wir Eurer Königlichen Majestät die feierliche Versicherung unwandelbarer Treue und unablässiger Bereitwilligkeit zur pflichtmäßigen Unterstützung aller auf das Wohl des Vaterlandes gerichteten Bemühungen entgegen.

Mit Freuden haben wir die hochherzigen Worte vernommen, mit welchen Euer Majestät der festgefügten und machtvollen Einigung gedenken, welche dem deutschen Volke als die Frucht langen und schweren Ringens in dem wiedererstandenen Deutschen Reiche für alle Zeiten gewonnen ist. Den Verpflichtungen gegen das Reich gewissenhaft nachzukommen, werden auch wir uns stets angelegen sein lassen.

Eure Königliche Majestät haben uns die ernste Absicht kundgegeben, der Pflege eines stetigen, besonnenen Fortschritts auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, der Pflege der Religion und der Fürsorge für das geistige und sittliche Wohl des Volkes, der Sicherung und Hebung der volkswirtschaftlichen Interessen, der gleichmäßigen Förderung der Gewerbe und der Landwirtschaft AllerhöchstIhre unausgesetzte Sorgfalt und Aufmerksamkeit zu widmen. Mit dankbarer Freude haben wir hievon Kenntnis genommen. Wir sind gern bereit, Eurer Königlichen Majestät auf diesen Wegen zu folgen und bei den zur Erreichung dieser Ziele erforderlichen Vorlagen nach unsern Kräften und unserm besten Wissen mitzuwirken.

Eine zeitgemäße Revision der Landesverfassung, insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung der Ständeversammlung, haben wir uns wieder-

holt in Anregung zu bringen erlaubt. Mit Befriedigung haben wir daher vernommen, daß die Regierung Eurer Königlichen Majestät zu diesem Zwecke einen Gesetzesentwurf vorzulegen entschlossen ist; wir teilen die Hoffnung Eurer Königlichen Majestät, daß das patriotische Zusammenwirken aller Beteiligten zu einer befriedigenden Lösung der schwierigen und wichtigen Frage führen wird.

Die veränderte Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse legt eine der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen besser angepaßte Verteilung der direkten Steuern, die Steigerung der Aufgaben der Gemeinden eine Erweiterung ihrer Besteuerungsrechte nahe; einem gesetzgeberischen Vorgehen, welches sich unter thunlichster Schonung der bestehenden Verhältnisse in dieser Richtung bewegt, werden wir unsre Unterstützung nicht versagen.

Möge Eure Königliche Majestät unsre Worte gnädig entgegennehmen und versichert sein, daß wir bei unseren Verhandlungen eingedenk des Eides, den wir geschworen haben, das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes ohne alle Nebenrücksicht nach bester Ueberzeugung treu und gewissenhaft beraten werden.

Der allmächtige Gott verleihe Eurer Königlichen Majestät eine lange glückliche Regierung. Möge es Eurer Königlichen Majestät beschieden sein, unserem Vaterlande eine lange Zeit des ungetrübten Glückes, der Wohlfahrt und des Friedens zu bringen!

In tiefster Ehrfurcht verharrt

Eurer Königlichen Majestät

treugehorsamste Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, den 31. Oktober 1891.

31. Oktober. (Danzig.) Ankunft des russischen Kaiserpaares von Kopenhagen. Zum Empfange sind der russische Botschafter Graf Schuwaloff aus Berlin mit dem Personal der Botschaft, ferner der hiesige russische, dänische und englische Konsul und die Spitzen der hiesigen Behörden am Landungsplatze anwesend. Das Kaiserpaar setzt die Reise zu Lande ohne Aufenthalt fort. Umfassende Sicherheitsmaßregeln unter Aufgebot zahlreichen Militärs sind von preußischer Seite getroffen.

Ende Oktober. Entlassungsgesuch des Majors v. Wißmann.

Anfang November. Mehrere Berliner Bankfirmen, Hirschfeld und Wolff, Friedländer und Sommerfeld, Maaß u. a. machen Bankerott, wobei sich große Depot-Unterschlagungen herausstellen.

Anfang November. In Berlin finden eine Reihe von sozialdemokratischen Volksversammlungen statt, in denen die „Opposition" unterliegt und die Beschlüsse des Parteitags gebilligt werden.

1. November. Nachdem König Karl von Rumänien Berlin verlassen, veröffentlicht die „Post" folgenden Artikel:

„Se. Majestät der König von Rumänien ist gestern in seine Staaten zurückgereist nach einem Aufenthalte von drei Tagen in Berlin sowohl als in Potsdam. Daß ein längerer Aufenthalt am Berliner Hofe beabsichtigt war, ist nicht anzunehmen, da Staatsgeschäfte, unter diesen Ministerverände-

rungen, dem Monarchen nicht gestatteten, länger im Auslande zu verweilen. Der Umstand, daß sich der Präsident des rumänischen Staatsministeriums, Floresco, nicht im Gefolge seines Monarchen befand, läßt wohl annehmen, daß der politische Erfolg des Besuches in Berlin, wenn ein solcher überhaupt ins Auge gefaßt worden war, nicht über den Besuch König Karols bei dem Reichskanzler General v. Caprivi hinauskam. Diese Annahme gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn man in Erwägung zieht, daß ein Beitritt Rumäniens zum Dreibunde nur unter der Bedingung einer Garantie des Besitzstandes des Königreiches Rumänien vonseiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von Bedeutung sein könnte, daß aber, abgesehen davon, daß der Dreibund bereits festgelegt und gefügt ist, solche Garantieen nur dann Sinn und Wert haben, wenn der Staat, für den die genannten Mächte Garanten werden sollen, ein Aequivalent an Macht und Bedeutung zu bieten hätte, was bei Rumänien in Bezug auf Deutschland und Oesterreich nicht zutreffen möchte."

2. November. (Posen.) Ein Extrablatt des Dziennik Poznanski meldet die Ernennung des Prälaten Dr. Florian v. Stablewski zu Wreschen zum Erzbischof von Posen und Gnesen.

Auf einem Katholikentag in Thorn hatte Stablewski eine Rede gehalten, an die jetzt offiziös erinnert wurde:

„Den Thron hat ein Monarch bestiegen, der es bewiesen hat, daß er auf der Höhe seiner Aufgabe und seiner Zeit steht. Er hat den Kampf gegen die zersetzenden Faktoren der Neuzeit aufgenommen, während andrerseits politisch im Osten auch eine große Gefahr zu beschwören ist: Rußland mit seiner fremdartigen Kultur, mit seinem offiziellen religiösen Fanatismus, mit seinem Rassenhaß und seinem Bestreben, eine universal-slawische Monarchie zu gründen oder wenigstens eine drückende Hegemonie aufzurichten. Auf welche Seite wir uns nun stellen sollen, darauf antwortet unsre Geschichte, unsre Erziehung, unsre Kultur. Wir sind die Söhne eines Volkes, das seine Zugehörigkeit zum Westen nie verleugnet hat, wir sind Söhne der katholischen Kirche, deren erbittertster Feind Rußland ist. Wir haben den Kulturkampf und die antipolnischen Gesetze überstanden, wir haben allen Lockungen der Anarchie widerstanden, die an uns auch herangetreten sind, und es ist nach den heutigen Verhandlungen an der Zeit, auszusprechen, daß wir unter allen Umständen für die staatliche und die gesellschaftliche Ordnung einzustehen fest entschlossen sind, wobei wir aber unzweideutig erklären, daß wir um keinen Preis der Welt unsre nationale Eigenart aufgeben werden, und stets das erkämpfen werden, daß es uns erlaubt wird, als Polen innerhalb der preußischen Monarchie zu leben. Der hohe Sinn unsres Monarchen macht es uns zur Pflicht, daß wir alle seine so groß und weit angelegten Pläne nach unsern Kräften unterstützen und fördern."

5. November. (Stuttgart.) Ministerpräsident v. Mittnacht schließt den Landtag mit folgender Rede:

„Hohe Versammlung! Seine Königliche Majestät haben mir den ehrenvollen Auftrag zu erteilen geruht, in Allerhöchstihrem Namen den gegenwärtigen Landtag zu schließen. Mit Befriedigung dürfen Sie auf das Ergebnis Ihrer Arbeiten in der abgelaufenen Periode zurückblicken. Bei der Feststellung der Voranschläge für den Staatshaushalt der Jahre 1889 bis 1893, welche vor allem Ihre Thätigkeit in Anspruch nahm, war es — dank der günstigen Finanzlage — ermöglicht, neben voller Berücksichtigung der Bedürfnisse des laufenden Dienstes die direkten Steuern zu ermäßigen und

den Zivilstaatsdienern, den Geistlichen und Lehrern, insbesondere den Volksschullehrern die dringend gebotene Besserung ihrer ökonomischen Lage zu gewähren. Durch die Bewilligung namhafter Beiträge zu den Kosten der Unterhaltung der Körperschaftsstraßen und der Landarmenverbände, durch die Bereitstellung vermehrter Mittel für Beiträge an Gemeinden zu den Gehalten ihrer Schulstellen, sowie zu Kirchen-, Schul- und Pfarrhausbauten haben Sie zu der wünschenswerten finanziellen Entlastung der Gemeinden und Amtskörperschaften eine ersprießliche Mitwirkung geliehen. Reiche Verwendungen sind von Ihnen bewilligt für Zwecke der Justiz, der Kirchen und Schulen, zur Förderung gemeinnütziger Anstalten, zur Hebung der Landwirtschaft, zur Pflege von Handel und Gewerbe, von Kunst und Wissenschaft. Dem Gebiete der Verkehrsanstalten ist Ihre umfassende Fürsorge gewidmet gewesen. Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes mittelst Herstellung von Bahnen vorwiegend lokaler Bedeutung hat einen erfreulichen Fortgang genommen. Zugleich haben Sie für Erweiterungen und Verbesserungen an den im Betriebe befindlichen Bahnen, sowie für die Vermehrung und Verbesserung des Fahrbetriebsmaterials erhebliche Beiträge zur Verfügung gestellt und durch die Genehmigung vorbereitender Schritte zum Bau von Familienwohnungen für Unterbedienstete der Verkehrsanstalten in Stuttgart einer Ausdehnung der bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen erwünschten Vorschub geleistet. Unter den Gesetzgebungsarbeiten dieser Periode nimmt das Gesetz über die Verwaltung der Gemeinden, Stiftungen und Amtskörperschaften die erste Stelle ein. Durch dasselbe hat die seit einer Reihe von Jahren schwebende Frage einer Reform auf dem Gebiete der Gemeinde- und Amtskörperschaftsverwaltung vornehmlich in Absicht auf die Weiterentwicklung des Grundsatzes der Selbstverwaltung ihre Lösung gefunden unter gleichzeitiger Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der größeren Städte. Im Zusammenhang hiemit ist durch das Gesetz über die Ortsschulbehörden die zufolge des Wegfalls der Kirchenkonvente notwendig gewordene Neubildung der Organe der örtlichen Schulaufsicht herbeigeführt. Die Einrichtung größerer Landarmenverbände und die hiedurch ermöglichte bessere Ausgleichung der Landarmenlasten erscheint geeignet, den in Beziehung auf das öffentliche Armenwesen hervorgetretenen Mißständen innerhalb des Rahmens der Landesgesetzgebung wirksam zu begegnen. Der Steuergesetzgebung ist in mehrfachen Beziehungen eine Ergänzung und Verbesserung zuteil geworden. Die Strafbestimmungen des Einkommensteuergesetzes sind in einer dem hervorgetretenen Bedürfnis entsprechenden Weise der Reichsstrafprozeßordnung angepaßt. Weiter sind zu erwähnen das Gesetz über die Kommunalbesteuerung des Hausiergewerbebetriebes und das Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Hundeabgabe durch die Gemeinden. Das Ausführungsgesetz zu dem Reichsgesetze über die Invaliditäts- und Altersversicherung hat durch Schaffung einer besonderen Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung die Durchführung dieser Gesetzgebung wesentlich erleichtert. Auch in dem Gesetz über die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen und dem Gesetz über die Umlegung der Beiträge zu den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist ein weiterer Fortschritt auf dem sozialpolitischen Gebiete begründet. So ist unter Ihrer unermüdeten Mitwirkung eine Reihe wichtiger und bedeutungsvoller gesetzgeberischer Aufgaben gelöst. Für alles, was von Ihnen geleistet worden, habe ich Ihnen den warmen Dank Seiner Majestät des Königs auszudrücken. Im allerhöchsten Auftrage erkläre ich hiemit den Landtag für geschlossen."

6. November. (Straßburg.) Bei den Wahlen von Mitgliedern des Landesausschusses werden 24 Abgeordnete gewählt,

von denen sich keiner seinen Wählern mit einem protestlerischen oder regierungsfeindlichen Programm zu empfehlen gesucht hat.

7. November. Bei einem Kommers zu Ehren v. Helmholtz und Virchow hält der Rektor der Universität Professor Förster folgende Ansprache:

„Kommilitonen! Sie haben heut zwei Helden der geistigen Arbeit und des geistigen Kampfes gefeiert, geschmückt mit dem Lorbeer größter Erfolge in der Wissenschaft, zwei Männer, welche durch Erhellung der Geister und durch siegreiche Bewältigung oder Klärung weltbewegender Probleme die geistige Stärke unseres Volkes, den Ruhm und das Ansehen unseres Vaterlandes bei den anderen Nationen der Erde zu erhalten und zu erhöhen mächtig geholfen haben, in anderer Weise, aber vielleicht noch tiefer und nachhaltiger, als dies durch die herrlichsten politischen und militärischen Erfolge geschehen kann.

Die Studentenschaft Berlins hat gezeigt, daß sie diese Bedeutung der beiden, nunmehr siebenzigjährigen Vorkämpfer auf dem Gebiete völkerverbindender und friedenbringender Geistesarbeit zu würdigen weiß.

Es könnte unnötig erscheinen, der Bewahrung und der Stärkung der Einigkeit und der Einmütigkeit innerhalb einer solchen Studentenschaft besondere Wünsche und Mahnungen zu widmen.

Und doch wird dies gerade durch das heutige Fest nahe gelegt.

Auf den ersten Blick wird es als unwiderleglich und von dem Begriffe des Studententums untrennbar gelten, daß der Kern und die Blüte einer Studentenschaft aus denjenigen besteht, welche wirklich studieren, d. h. sich intensiv und ausdauernd der geistigen Arbeit ebenso zum Zwecke der sachgemäßen Ausbildung als zu den idealen Zielen edelster Geistesbildung widmen, und es scheint ebenso selbstverständlich, daß dieser Kern der Studentenschaft dieselbe auch bei feierlichen Anlässen in entscheidender Weise vertritt, wie es offenbar von der heutigen Versammlung geschehen ist.

Aber es gibt auch eine andere Seite des Studententums, welche, aus der historischen Entwickelung des Studentenlebens hervorgegangen und an bedeutsamen überlieferten Formen festhaltend, wie sie der früheren exzeptionell vornehmen Stellung der Musensöhne entsprechen, in ihren besten Vertretern ebenfalls gewisse Ideale des Jugendlebens zu verwirklichen strebt. Man könnte sie in hohem Sinn die ritterliche Seite des Studententums nennen.

Es entspricht ihrer historischen Stellung, daß sie mit einer gewissen Ausschließlichkeit alles dasjenige besonders pflegt, was die nationale Begeisterung entflammt.

Dieser Seite des Studententums hat vor nicht langer Zeit eine ehrenvolle Hervorhebung aus dem Munde Seiner Majestät des Kaisers gegolten.

Eine solche Anerkennung wurde den anderen Aufgaben und Richtungen des Studententums, denen die überwältigende Mehrheit der studierenden Jugend sich widmet, in völlig erklärlicher Weise nicht zu teil, denn ihre Existenzberechtigung und ihre entscheidende Bedeutung für die Wohlfahrt des Ganzen bedurfte derselben in den Augen unseres allergnädigsten Herrn nicht. Sie thun einfach ihre Schuldigkeit und dies gilt bei Kaiser Wilhelm II. erst recht als selbstverständlich.

Es geziemt aber der Studentenschaft bei ihren Gegensätzen und Kämpfen sich auch die Ideale jener Richtung, wie sie in den kaiserlichen Worten ausgeprägt wurden, vor Augen zu halten und daraus humanes Verständnis auch der Gegnerschaften und erneute Mahnung zu maßvoller Feinheit des

Verkehrs und zu verträglichem, hochgesinntem Zusammenwirken der verschiedensten Richtungen dauernd zu entnehmen.

Je reifer und reiner sie das Ideal der Geistesbildung zu verwirklichen strebt, desto sicherer wird sie dies erreichen nach dem goldenen Spruche: Didicisse fideliter artes emollit mores nec sinit esse feros."

8. November. **Ein nationalliberaler Parteitag für Westpreußen** findet in **Graudenz** statt unter Teilnahme der Abgeordneten **Hobrecht** und Dr. **Krause**.

Abg. Hobrecht führt aus, in unserm politischen Leben sei die Zersplitterung der Fraktionen so groß, daß die Vertreter des Volks nicht den legitimen Einfluß ausübten, der ihnen zustehe. Redner wendet sich dann der Bekämpfung der Polen zu. Durch kleine Gefälligkeiten, wie man dieselben jetzt den Polen erweise, würden dieselben nicht in preußische Staatsbürger umgewandelt werden. Die nationalliberale Partei werde einstimmig für die Handelsverträge eintreten, denn ihr Wert liege darin, daß sie auf längere Zeit feste Verhältnisse schaffen und Schutz gewähren gegen die Begehrlichkeit der einzelnen. Man werde ihm wohl nicht widersprechen, wenn er behaupte, daß der ideale Schwung, der in unserem politischen Leben früher geherrscht, heute nicht mehr vorhanden sei. Es sei eine Zeit des Mißmutes und des mangelnden Vertrauens. Es sei dringend wünschenswert, daß unser Volk sich zu kräftiger, politischer Thätigkeit aufraffe, das gelte auch ganz besonders für Westpreußen. Die nationalliberale Partei wolle sich deshalb eine feste Organisation in Westpreußen schaffen und darauf hinwirken, daß ein frischer liberaler Zug in unser Staatsleben hineinkomme. Abgeordneter Dr. Krause meint, das Verhalten der Regierung gegen die Polen könne die nationalliberale Partei nicht billigen, dieser Weg führe zum Unheil für uns Deutsche. Mit den Polen Hand in Hand gehe das Zentrum. Wenn die Regierung das Volksschulgesetz nach den Wünschen dieser Partei gestalte, würde die nationalliberale Partei nicht in der Lage sein, demselben zustimmen zu können. Herr Krause spricht mehrfach von der „freisinnigen Schwesterpartei". Die nationalliberale Partei bekämpfe unbedingt die Polen, das Zentrum und die Sozialdemokratie. Mit den übrigen Parteien wolle sie, wenn möglich, in Frieden leben.

10. November. (**Berlin.**) Eröffnung der dritten ordentlichen **Generalsynode** durch den Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats Dr. **Barkhausen** mit folgender Rede:

„Hochwürdige, hochgeehrte Herren!

Kraft des von Seiner Majestät dem Kaiser und König mir übertragenen Amtes habe ich die Ehre, Sie beim Eintritt in Ihre Arbeit hier zu begrüßen.

Seitdem zuletzt die Generalsynode hier versammelt war, hat Gott in seinem unerforschlichen Ratschlusse unser Vaterland und unsere Kirche ernste Wege geführt.

Mit tiefer Wemut wendet sich unser Blick auf den Tag zurück, an welchem es dem Allmächtigen gefallen hat, den Begründer unserer Kirchenverfassung, den starken Schirmherrn unserer Kirche, den glaubenstreuen, heilsgewissen Bekenner unseres Herrn und Heilandes, unseren vielgeliebten Kaiser und König Wilhelm I. zu Seinen Vätern zu versammeln. Sein Leben ein Segen — ein Segen sein Gedächtnis.

Nur eine kurze Spanne Zeit war es dem Teilhaber Seines Ruhmes, dem Erben Seiner Tugenden, unserem teueren Kaiser Friedrich, als Held

bewährt in mancher heißen Schlacht, als Held gekrönt in entsagendem Dulden und in Ergebung unter die schwere Hand des Allerhöchsten, vergönnt, die Schirmherrschaft unserer Kirche zu führen, für deren lebenskräftige, einheitliche Entwickelung Sein edles Herz erglühte.

Je schwerer wir durch diese Schläge getroffen, um so dankbarer blickt unser Herz auf zu dem Herrn der Kirche, daß Er in unseres regierenden Kaisers und Königs Majestät ihr einen Beschützer wiedergegeben, der mit starker Hand das von Seinen Ahnen überkommene Regiment der evangelischen Kirche ergriffen und ihr ein treuer Schirmherr sein wird angesichts der Kämpfe um die heiligsten religiösen und sittlichen Güter unseres evangelischen Volks.

Seine Majestät haben mir den ehrenvollen Auftrag zu erteilen geruht, die hochwürdige Generalsynode Allerhöchstihrer Huld und Gnade zu versichern und dabei auszusprechen, wie Allerhöchstdieselben das Gedeihen unserer evangelischen Kirche auf betendem Herzen tragen und als Inhaber des Kirchenregiments der lebensvollen Entfaltung der in der Kirche thätig werdenden Kräfte für Förderung des Reiches Gottes Allerhöchstihr lebendiges Interesse und ernste Fürsorge zuwenden.

Einer gedeihlichen Entwickelung des evangelisch kirchlichen Lebens glauben Seine Majestät gewiß sein zu können, wenn, wie Allerhöchstdieselben vertrauen, die synodalen Organe auf allen Stufen, vor allem aber diese hochwürdige Synode, sich um die Allerhöchste Person, als den Inhaber des landesherrlichen Kirchenregiments, schaaren und unter Zurückstellung abweichender kirchlicher und kirchenpolitischer Parteigegensätze ihr Gewicht geltend machen, um im Verein mit den kirchenregimentlichen Behörden den Mächten des Unglaubens und Umsturzes zu wehren, auf dem Grunde des Wortes Gottes evangelisches Leben und evangelisches Bewußtsein in den Gemeinden zu fördern und durch Erweckung und Mehrung des Sinnes christlicher Bruderliebe und herzlichen Erbarmens in allen Schichten der Bevölkerung die Gefahren zu beschwören, welche mit der kirchlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung das Heil und den Frieden der Seelen bedrohen.

Die kirchenregimentliche Behörde, an deren Spitze Seine Majestät der Kaiser und König mich zu berufen die Gnade gehabt haben, erkennt es als ihre bedeutsame Aufgabe, in Bethätigung des Allerhöchsten Willens, für den friedlichen Zusammenschluß der verschiedenen kirchlichen und kirchenpolitischen Richtungen zu wirken, um alle Kräfte für die wichtigen Aufgaben, welche der evangelischen Kirche im Volksleben gestellt sind, zu freudiger Mitarbeit heranzuziehen.

Sie ist sich bewußt, daß, je treuer die Kirche ihren Gliedern mit den ihr anvertrauten Heils- und Gnadenschätzen zu dienen beflissen ist, je enger die Gemeinden und ihre geordneten Organe mit ihren Geistlichen sich zusammenschließen, je lebendiger und regsamer die Liebesthätigkeit an den Hilfe bedürfenden Brüdern zur Linderung ihrer geistlichen und leiblichen Nöte sich entfaltet, um so gewisser auch die Kirche die Stellung sich erringen wird, welche ihr als gottgeordneter, den Grund- und Eckpfeiler aller Civilisation bildender Einrichtung im öffentlichen Leben zukommt, um so berechtigter auch die Hoffnung, daß nicht allein die einzelnen Provinzialkirchen unseres engeren Kirchenkörpers, sondern auch die außerhalb desselben stehenden evangelischen Kirchengemeinschaften des preußischen Staats und über denselben hinaus sich brüderlich die Hand reichen, um gemeinsam dem Ziele nachzustreben, welches den Kirchen auf Erden gesteckt ist: die Schaffung der Seelen-Seligkeit.

Sei es mir noch gestattet, einen Blick auf die Vorlagen zu werfen, für welche der Evangelische Ober-Kirchenrat Ihre Mitwirkung in Anspruch nimmt.

Ich erwähne zunächst die Gesetzesvorlage, welche das Gebiet der kirchlichen Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden in der Richtung der Herbeiführung einer selbständigeren Stellung der Kirchengemeindeorgane zu regeln bestimmt ist und mit welcher der Evangelische Ober-Kirchenrat vielfach ausgesprochenen Wünschen nach Erleichterung des Geschäftsganges in der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten entgegenzukommen beabsichtigt.

Ich nenne die Gesetzesvorlagen wegen weiterer Ausgestaltung der Pensionsordnung der Geistlichen und des Gesetzes über die Versorgung der Witwen und Waisen der Geistlichen, welche dem auf diesem Gebiet hervorgetretenen, zum Teil sehr dringenden Bedürfnis Abhilfe zu schaffen bestimmt sind. Damit in engem Zusammenhang steht die Gesetzesvorlage wegen Regelung der Sterbe- und Gnadenzeit der Hinterbliebenen der Geistlichen, durch welche die Herbeiführung einer Einheitlichkeit auf diesem Gebiet versucht wird.

Eine fernere der Anregung der zweiten ordentlichen Generalsynode entsprechende Gesetzesvorlage bezweckt die Beseitigung der Uebelstände, welche bei Ausübung der Pfarrwahl in patronatlosen Gemeinden sich herausgestellt haben.

Die Gesetzesvorlage über die Verlegung des landeskirchlichen Buß- und Bettages endlich bezweckt die Beseitigung von Schwierigkeiten, welche der für die kirchlichen und vaterländischen Interessen gleich wichtigen einheitlichen Herstellung eines gemeinsamen Bußtages in Norddeutschland noch entgegenstehen.

Der Evangelische Ober-Kirchenrat gibt sich daneben der Hoffnung hin, daß, nachdem von der Königlichen Staatsregierung, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages, eine Jahresrente von 1¼ Million Mark zur Erleichterung der kirchlicherseits gewünschten Ablösung der Stolgebühren für den Bereich der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen in Aussicht gestellt ist, noch im Laufe der diesjährigen Sitzung der Generalsynode die Einbringung einer Gesetzesvorlage sich wird ermöglichen lassen, um die kirchengesetzliche Regelung dieser Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen.

Neben diesen Gesetzesvorlagen werden aber noch sonstige, in Form von Denkschriften an Sie gelangende Vorlagen des Evangelischen Ober-Kirchenrats Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Ein Teil derselben bezweckt, Ihnen Kenntnis zu geben von der Thätigkeit, zu welcher in mehreren von der zweiten Generalsynode behandelten Fragen der Evangelische Ober-Kirchenrat sich veranlaßt gesehen hat.

Andere dagegen bewegen sich auf dem Gebiete, auf welchem gesetzgeberische Thätigkeit, sei es der Natur der Sache nach überhaupt, sei es wenigstens für jetzt ausgeschlossen, gleichwohl aber die beratende oder erweckende Aussprache der Vertretung der Landeskirche für das evangelische Volk und nicht zum wenigsten für die kirchliche Verwaltung von hoher Bedeutsamkeit ist.

Lassen Sie uns denn mit dem Gebet, daß Gott der Herr das Werk unserer Hände fördern wolle, an die Arbeit herantreten in stetem Aufblick zu Ihm, Der es uns verheißen hat, daß Er bei uns sein will alle Tage bis an der Welt Ende:

Jesus Christus, gestern und heute, und Derselbe in alle Ewigkeit!"

11. November. In der 2. Sitzung der Generalsynode beantragen v. Kleist-Retzow und Gen. folgende Adresse an den Kaiser zu richten:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König, Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät naht die Vertretung der evangelischen Landeskirche bei dem Zusammentritt ihrer dritten ordentlichen Generalsynode zum erstenmale nach Allerhöchstderen Thronbesteigung. Es geschieht in tiefster Ehrfurcht, in der freudigen Zuversicht zu Gott, daß Er Eure Majestät mit seinem heiligen Geiste erfülle, um die evangelische Landeskirche ihrem von Gott gewiesenen Ziele in Weisheit und Thatkraft entgegenführen zu helfen.

Die Kirche der Reformation ist gegenwärtig von so großer Gefahr umgeben, mit so bedeutenden Aufgaben für unser Volksleben betraut, daß nur die volle Hingebung aller Kräfte an den Dienst des Reiches Gottes derselben mächtig zu werden vermag. In dieser ernsten Lage haben Eure Majestät als Träger des Kirchenregiments die Generalsynode berufen und der evangelischen Landeskirche den kräftigsten Schutz huldvollst zugesagt. Dafür sagen Eurer Majestät wir den alleruntertänigsten Dank.

Das evangelische Leben des Volkes allenthalben neu zu erwecken, die Gemeinden zu Brennpunkten dieses Lebens zu machen, den Wegen Gottes in der Erziehung zur Gotteskindschaft Raum zu schaffen, die Kräfte des Glaubens und die Gedanken des Evangeliums in den sozialen Kämpfen der Zeit zur Geltung zu bringen und so die Feinde des Reiches Gottes zu überwinden, das ist das Ziel, welches die Kirche sich vorhält. Sie bedarf zu seiner Erreichung wie der hingebendsten Arbeit im Glauben, so der Befreiung von den ihre Entwickelung und Thätigkeit beengenden Schranken. Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Regiment der Kirche in unentwegter Treue und Ergebenheit dazu zu stärken, wird auch der gegenwärtigen Synode ernstes Bestreben sein.

Gott erhalte, Gott segne Eure Kaiserliche und Königliche Majestät und Eurer Majestät ganzes Haus; das ist das Gebet der dritten ordentlichen Generalsynode der evangelischen Landeskirche der neun älteren Provinzen!"

Die Synode beschließt mit Einstimmigkeit die Annahme dieses Adreßentwurfs.

Mitte November. Es wird bekannt, daß der Kaiser bei seinem Besuch in München in das Fremdenbuch der Stadt das Wort eingetragen habe: Suprema lex regis voluntas esto.

13. November. (Dresden.) Eröffnung des Landtages durch den König mit folgender Thronrede:

„Meine Herren Stände! Ich habe Sie zur Wiederaufnahme Ihrer verfassungsmäßigen Thätigkeit berufen und heiße Sie herzlich dahier willkommen. Der Zeitpunkt, in welchem Sie von neuem in ihre Thätigkeit eintreten, fällt zusammen mit einem für Mein Haus und für das Land höchst erfreulichen und Glück verheißenden Ereignis, mit der in den nächsten Tagen bevorstehenden Vermählung des Prinzen Friedrich August, Meines Neffen. Ich zweifle nicht, daß Sie, Meine Herren Stände, mit dem ganzen Lande hieran den herzlichsten und aufrichtigsten Anteil nehmen. Wenn auch die gegenwärtige Lage des wirtschaftlichen Lebens keine besonders glänzenden Erscheinungen darbietet, so kann doch auch gottlob von einem wirtschaftlich

ungünstigen Zustande des Landes im allgemeinen nicht die Rede sein. Auch die erheblichen Beschädigungen, welche ein Teil des Landes zu Meiner großen Betrübnis im vergangenen Jahre durch Ueberschwemmung erlitten hat, haben zu Meiner lebhaften Befriedigung unter wirksamer Teilnahme opferbereiter Wohlthätigkeit im wesentlichen ausgeglichen werden können. Das stetige Wachstum der Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten hat allerdings im laufenden Jahre einen Stillstand erfahren. Erfreulicherweise haben sich aber die an diesen Geschäftsrückgang geknüpften Befürchtungen nicht erfüllt; in größerem Umfange haben ebensowenig Ablohnungen als Verminderungen der Lohnsätze stattgefunden, wiewohl mannigfache Beschränkungen der Arbeitszeit sowohl die Lohnhöhe der Arbeitnehmer, als die Erträgnisse der Arbeitgeber ungünstig beeinflußten. Der bevorstehende Abschluß einiger wichtigen Handelsverträge gibt der Hoffnung Raum, daß ein erweiterter Absatz neue Arbeitsgelegenheit schaffen, und die längere Vertragsdauer dem Fabrikations- und Handelsgeschäft eine größere Stetigkeit verleihen werde. Auch wird durch das Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens die Zuversicht in die Erwartung weiterer fruchtbarer Erfolge befestigt.

Es wird Ihnen einer bei dem letzten Landtage gegebenen Anregung zufolge, ein auf die Abänderung der Gesindeordnung bezüglicher Gesetzentwurf unterbreitet werden, in welchem neben einer durchgehenden redaktionellen Aenderung in der Hauptsache darauf Bedacht genommen worden ist, die mit der neuen Gesetzgebung nicht allenthalben mehr in Einklang stehenden Bestimmungen entsprechend abzuändern. Weiter werden Ihnen mit Rücksicht auf die hervorgetretene Notwendigkeit zur Aenderung des Vertretungsverhältnisses der Stadt Leipzig in der 2. Kammer der Ständeversammlung bezügliche Gesetzentwürfe zugehen. Hiernächst werden ein Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes über die Landes-Immobiliar-Brandversicherungsanstalt und ein Gesetzentwurf über Regelung der Zusammensetzung der Bergschiedsgerichte im Einklange mit dem Reichsgesetze, die Gewerbegerichte betreffend, zu Gegenständen Ihrer Beratungen gemacht werden. Die Finanzverhältnisse des Landes sind fortdauernd in günstiger Entwickelung begriffen und gestatten auch ferner die Verwendung reichlicher Mittel zur Befriedigung vorhandener Bedürfnisse. Ohne Beschränkung der notwendigen und nützlichen Ausgaben für die verschiedenen Gebiete der Staatsverwaltung, sowie der Aufwendungen zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens des Landes ist die Möglichkeit geboten, die in der laufenden Finanzperiode zum erstenmale den Schulgemeinden gewährten Beihilfen zur Bestreitung der Lehrergehälter dauernd auf die Staatskasse zu übernehmen. Ein Gesetzentwurf hierüber wird Ihnen durch Meine Regierung vorgelegt werden. Auch hat sich die Möglichkeit ergeben, nicht nur den Schulgemeinden wieder einen Teil der Einnahme der Grundsteuer zu überweisen, sondern auch die bereits vor zwei Jahren als notwendig erkannte Aufbesserung der Beamtengehälter zur Ausführung zu bringen. Hat dabei das Bedürfnis einer durchgreifenden Aufbesserung sich allgemein fühlbar gemacht, so erfordert doch hinsichtlich des Maßes der Erhöhung die Lage der niederen Beamten im ganzen eine weitergehende Berücksichtigung als diejenige der höheren. Im Laufe der Jahre sind unter dem Zusammenwirken verschiedener Umstände in den Besoldungsverhältnissen der Beamten manche Ungleichheiten entstanden, Zu deren Beseitigung bietet die Erhöhung der Gehälter zugleich erwünschte Gelegenheit. Meine Regierung hat daher die Besoldungsverhältnisse der Beamten einer neuen und umfassenden Regelung unterzogen und wird solche in dem Staatshaushaltsetat Ihrer Beschlußfassung unterbreiten. Bei dem hohen Interesse, welches sich für das gesamte Staatsleben an die unveränderte Erhaltung eines tüchtigen und berufstreuen Beamtenstandes knüpft,

darf ich erwarten, daß Sie den Vorschlägen Meiner Regierung mit Wohlwollen entgegenkommen und Ihre Mitwirkung dazu nicht versagen werden, den Beamten eine auskömmliche Existenz zu verschaffen. In Uebereinstimmung mit den Gründen, welche zu einer allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter führen, wird Ihnen auch ein Gesetzentwurf über eine Erhöhung der Minimalgehälter der Volksschullehrer vorgelegt werden. Die letzte Ständeversammlung hat sich ferner für eine Regulierung der Pensionsverhältnisse der Geistlichen und Lehrer ausgesprochen. In diesem Sinne werden Ihnen einige Gesetze und mehrere Aenderungen der statutarischen Bestimmungen der Landesuniversität zu verfassungsmäßiger Beschließung zugehen.

Ungeachtet der hiernach eintretenden Anforderungen an die Staatskasse ist es möglich gewesen, auf einen Teil der Einnahmen aus der Schlachtsteuer zu verzichten und, einem auf dem letzten Landtage kundgegebenen Wunsche entsprechend, eine mäßige Herabsetzung der Schlachtsteuer für Schweine in Aussicht zu nehmen, zu welchem Zwecke ihnen ebenfalls ein Gesetzentwurf unterbreitet werden wird. Die bei der Verwaltung der Altersrentenbank im Laufe der Zeit gewonnenen Erfahrungen haben ergeben, daß die jetzt für die Altersrenten geltende Sterblichkeitstabelle nicht den thatsächlichen Verhältnissen entspricht. Es hat sich deshalb die Notwendigkeit herausgestellt, dieselbe zu berichtigen, und es wird Ihnen ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werden. Mit der seit dem vorigen Landtage erfreulicherweise eingetretenen weiteren Steigerung des Verkehrs hat die von Meiner Regierung fortdauernd im Auge behaltene Vervollkommnung der bestehenden Eisenbahnanlagen und die Vermehrung der Betriebsmittel nicht gleichen Schritt zu halten vermocht. Wegen Befriedigung der in dieser Hinsicht entstandenen Bedürfnisse werden Ihnen die Vorschläge Meiner Regierung zugehen. Dieselben erstrecken sich zugleich auf den Bau einiger Sekundär-Eisenbahnen sowie eines den Interessen der Elbschiffahrt wie der Eisenbahnen entsprechenden Verkehrs- und Winterhafens in Dresden und auf die Herstellung von Wohnungen für niedere Beamte und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung. Wegen Bereitstellung der zur Ausführung erforderlichen Mittel werden Ihnen von Meiner Regierung geeignete Vorschläge eröffnet werden. Es wird Ihnen weiter der Entwurf einer Notariatsordnung und einer Kostenordnung für Notare und eines Gesetzes über die Dienstverhältnisse und Kosten der Ortsgerichtspersonen zugehen.

So mögen denn auch die Verhandlungen dieses Landtags zum Heil und Segen des Landes gereichen."

13. November. Der Generalsynode geht folgende Mitteilung des Evangelischen Ober-Kirchenrats über die Mitwirkung bei Besetzung der theologischen Professuren zu:

Die zweite ordentliche Generalsynode hat in ihrer Sitzung vom 16. Oktober 1885 durch Annahme des Antrages des Synodalen Altgelt und Genossen die Bitte an uns gerichtet, in Gemeinschaft mit dem General-Synodalvorstande die praktischen Wege zu ermitteln und zur Durchführung zu bringen, durch welche ein wirklicher und wirksamer Einfluß der Kirche bei Besetzung der theologischen Professuren erreicht wird und eventuell bis zur anderweitigen, den Ansprüchen der Kirche genügenden Regelung dieser Angelegenheit das Ersuchen der ersten ordentlichen Generalsynode wiederholt, bei den von uns zu erstattenden Gutachten in Beziehung auf Bekenntnis und Lehre der anzustellenden Professoren der Theologie den General-Synodalvorstand in Gemäßheit des § 36 al. 5 der General-Synodalordnung in der Regel, jedenfalls aber da, wo ein Bedenken in Bezug auf Bekenntnis und Lehre vorliegt, zuzuziehen.

Diesen Beschluß der Generalsynode, welcher bereits früher ausgesprochene Wünsche wiederholt, haben wir nicht unterlassen, in erneute Erwägung zu ziehen.

Das hohe Interesse, welches die evangelische Landeskirche an einer der kirchlichen Aufgabe der theologischen Fakultäten entsprechenden Besetzung der theologischen Professuren und an sicheren Bürgschaften für dieselbe hat, wird von uns in demselben Maße gewürdigt, wie von der Generalsynode. Auch sind wir mit derselben darin einverstanden, daß es auf praktische, d. h. zweckmäßige und erreichbare Wege ankommt, um dem Anspruch der Kirche auf wirksame Geltendmachung ihrer berechtigten Interessen ausreichende Sicherheit zu verschaffen.

Auch bei erneuter Erwägung müssen wir aber bei unserer bereits in dem Schreiben vom 22. Juni 1881 an den Vorstand der Generalsynode näher begründeten Ueberzeugung verharren, daß wir die Heranziehung des Vorstandes der Generalsynode zu den gemäß der Allerhöchsten Ordre vom 5. Februar 1855 uns bei Anstellung der ordentlichen und außerordentlichen Professoren der Theologie zustehenden Gutachten in Beziehung auf Bekenntnis und Lehre derselben für einen praktischen Weg nicht halten, da solche Zuziehung das Gewicht unseres Gutachtens nicht verstärken, hingegen zu mißlichen Hemmungen des Geschäftsganges führen würde. Was die evangelische Landeskirche wirklich zur Wahrung ihrer Interessen bei Auswahl der Lehrer der künftigen Geistlichen bedarf, muß, weil es hier auf Erledigung zart zu behandelnder Personalfragen ankommt, innerhalb des in vertraulichem Gedankenaustausch sich vollziehenden geschäftlichen Verkehrs zwischen den beteiligten Behörden erreicht werden. Die Unterrichtsverwaltung muß in Rücksicht auf die Bestimmung der theologischen Fakultäten darauf Wert legen, bei der Auswahl der für theologische Lehrstühle geeigneten Persönlichkeiten zu ihrer eigenen Information sich rechtzeitig und vertrauensvoll mit den kirchlichen Instanzen in Verbindung zu setzen. Daß in dieser Hinsicht der bisherige Geschäftsgang nicht allen berechtigten Wünschen entsprach, haben wir uns nicht verhehlt. Bereits im Jahre 1881 haben wir unsere bezüglichen Wünsche dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten zu erkennen gegeben, und der Beschluß der zweiten ordentlichen Generalsynode hat uns veranlaßt, in ausführlicher Begründung darauf zurückzukommen. Durch eine Regelung formeller Art kann nichts wirksames erreicht werden. Der Herr Minister hat uns aber neuerdings versichert, er werde es im Interesse der Sache mit besonderem Dank begrüßen, wenn wir von dem uns in der Allerhöchsten Ordre verliehenen Aeußerungsrecht einen den Allerhöchsten Intentionen entsprechenden umfassenden Gebrauch machen und auf diese Weise der Lösung der so überaus wichtigen theologischen Besetzungsfrage unsere Teilnahme in verstärktem Maße zuwenden werden.

Nach unserer auf Erfahrung beruhenden Ueberzeugung, daß die wirksame Geltendmachung der kirchlichen Interessen hier nur im vertraulichen Verkehr der Zentralbehörde mit dem Herrn Minister von Erfolg sein kann, haben wir davon absehen müssen, mit dem Vorstand der Generalsynode über die Ermittelung praktischer Wege zur Sicherung eines wirksamen Einflusses der Kirche auf die Besetzung der theologischen Professuren in Verbindung zu treten.

Wir glauben vielmehr das Vertrauen der Generalsynode in Anspruch nehmen zu dürfen, daß wir bei Erstattung der uns obliegenden Gutachten der uns damit übertragenen Verantwortlichkeit, für die kirchliche Qualifikation der für theologische Professuren in Aussicht genommenen Persönlichkeiten gewissenhaft und nachdrücklich einzutreten, auch ferner eingedenk bleiben werden.

Auch dessen darf die Generalsynode versichert sein, daß etwaige Bedenken gegen eine für eine theologische Professur in Aussicht genommene Persönlichkeit in Beziehung auf Bekenntnis und Lehre vor der Entscheidung zur Kenntnis Seiner Majestät des Königs werden gebracht werden.

14. November. Fürst Bismarck passiert auf einer Reise von Varzin nach Friedrichsruh Berlin. Es werden ihm auf den Bahnhöfen begeisterte Ovationen dargebracht.

16. November. Hauptmann Freiherr v. Gravenreuth † bei Einnahme der Stadt Buea.

16. November. Das Präsidium der Generalsynode wird beim Kaiser empfangen, wobei sich derselbe folgendermaßen äußert:

Er freue sich herzlich, daß die Synode einen so günstigen Anfang genommen habe und spreche dafür seinen Dank aus. Der einmütige Geist, von welchem die Verhandlungen der Synode bisher getragen sind, habe nicht bloß in evangelischen Kreisen, sondern auch bei unsern Gegnern und auswärts — wie er das ausdrücklich verfolgt hätte — einen tiefen Eindruck gemacht. Bei den früheren Synoden sei das nicht in dem Maße der Fall gewesen. Ohne die kräftige Mithilfe der Generalsynode könnten die Mächte der Finsternis in der Gegenwart nicht überwunden werden; es sei kein Schimmer von Hoffnung vorhanden, daß dies erreicht werde, wenn sie nicht einmütig miteintrete. Die Verhandlungen würden in ausgezeichnetem Geiste geführt, dafür danke er nochmals und wünsche zu dem weiteren Fortgang der Verhandlungen Gottes reichen Segen.

17.—19. November. Aufenthalt des Kaisers in Hannover bei Gelegenheit eines Regiments-Jubiläums.

17. November. Die Sitzungen des Reichstages werden wieder aufgenommen.

18. November. (Rastenburg: Reichstagsersatzwahl.) Graf Stolberg (kons.) 8948, Papendieck (freis.) 7295, Lorenz (Soz.) 438 Stimmen.

20. November. Zwei Anträge auf Börsen-Reform werden im Reichstag eingebracht.

Der Antrag der Nationalliberalen (Dr. v. Cuny) lautet:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1) dem Reichstage noch im Laufe der gegenwärtigen Session Gesetzesvorlagen zu machen, durch welche der Veruntreuung anvertrauter Depots und dem Börsenspiele sowohl an der Produkten-, als auch an der Effektenbörse entgegengetreten und insbesondere festgestellt wird:

a. derjenige, welchem in seinem Geschäftsbetriebe Inhaberpapiere anvertraut sind, darf sie nur dann veräußern, wenn der Deponent ihm die Veräußerung speziell und ausdrücklich gestattet hat. Die Unterschlagung von Depots wird mit Zuchthaus bestraft;

b. reine Differenzgeschäfte sind nichtig und begründen kein Klagerecht;

2) die Frage der Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über den Konkurs einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Konservative, Freikonservative und Zentrumspartei beantragen, die Regierung zu ersuchen:

1) dem Reichstage noch im Laufe der gegenwärtigen Session eine Gesetzesvorlage zu machen, in welcher dem Mißbrauch des Zeitgeschäftes als Spielgeschäft sowohl an der Börse wie anderwärts, namentlich in den für die Volksernährung wichtigen Artikeln durch eingreifende Bestimmungen auf dem Gebiete des Strafrechts und des bürgerlichen Rechts entgegengetreten wird;

2) dahin zu wirken, daß die Börsen und der Geschäftsverkehr an denselben einer wirksamen staatlichen Aufsicht unterstellt und dadurch ihren wahren Aufgaben für Handel und Verkehr erhalten werden.

23. November. Reichstagsersatzwahl im 11. württembergischen Wahlbezirk (Hall-Oehringen-Weinsberg). Von den 23,191 Wahlberechtigten sind 9481 giltige Stimmen abgegeben. Gewählt mit 7771 Stimmen der Landwirt Friedrich Hartmann (Demokrat). Die „Deutsche Partei", die den Wahlkreis bisher innegehabt, hat sich mangels eines Kandidaten der Abstimmung enthalten.

23. November. Der russische Minister des Auswärtigen, Herr v. Giers, weilt, von Paris kommend, zwei Tage in Berlin und wird vom Kaiser und vom Reichskanzler empfangen.

23. November. Nach einer späteren Mitteilung der Neisser Zeitung hält der Kaiser bei der Vereidigung der Rekruten in Potsdam folgende Ansprache:

„Rekruten! Ihr habt jetzt vor den geweihten Dienern Gottes und angesichts dieses Altars Mir Treue geschworen. Ihr seid noch zu jung, um die wahre Bedeutung des eben Gesprochenen zu verstehen, aber befleißiget Euch zunächst, daß Ihr die gegebenen Vorschriften und Lehren immer befolgt. Ihr habt Mir Treue geschworen, das — Kinder Meiner Garde — heißt, Ihr seid jetzt Meine Soldaten, Ihr habt Euch Mir mit Leib und Seele ergeben; es gibt für Euch nur einen Feind, und der ist Mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß Ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen — was ja Gott verhüten möge — aber auch dann müßt Ihr Meine Befehle ohne Murren befolgen".

Das „Volk" berichtet nach der Aussage eines Ohrenzeugen den Wortlaut wie folgt: „Ihr habt Mir den Treueid geleistet, das heißt, Euch gilt von nun an nur ein Befehl und das ist Mein Allerhöchster Befehl, Ihr habt nur einen Feind, der ist Mein Feind! Und müßte Ich Euch vielleicht einst — Gott wolle es verhüten — dazu berufen, auf Eure eigenen Verwandten, ja Geschwister und Eltern zu schießen, so denkt an Euren Eid!" Diese Worte, schreibt das „Volk", sprach der Kaiser mit erhöhter Stimme und das „suprema lex regis voluntas" flammte in seinen Augen. Zum Schluß habe der Kaiser noch gesagt: „Vor allem eins: vergeßt nicht Euer Vaterunser, das Ihr als Kinder gelernt habt; es hilft aus vieler Not, ich weiß es!"

Nach einer dritten Version ist nur von „Verwandten und Brüdern" gesprochen.

24. November. Bei der Vereidigung der Rekruten in Berlin hält der Kaiser nach den Zeitungen folgende Ansprache:

„Ihr, die ihr Mir soeben den Eid der Treue geschworen habt, werdet in der ersten Zeit oft schweren Dienst haben, aber ihr werdet auch Momente

der Genugthuung haben, wenn ihr die Kunst, die ihr erlernt habt, vor Meinen Augen vorführt; euer Lohn wird dann sein, daß Ich euch Meinen Beifall bezeige. Ihr werdet hoffentlich nur im Frieden Gelegenheit haben, eure Tapferkeit und euren Mut zu bezeugen; vielleicht aber stehen auch ernste innere Kämpfe bevor." Der Kaiser kommt sodann auf die Gefahren der Hauptstadt zu sprechen; es erfordere Mannesmut, sagt er, diese zu überstehen. Der vornehmste Umgang für den Soldaten sei der Soldat, nicht das Civil.

25. November. Besuch des Kaisers in Torgau zum Jubiläum des Pionierbataillons v. Rauch, wobei er folgende Rede hält:

„Ich bin hierher zu dem festlichen Tage des Pionierbataillons von Rauch gekommen, welches auf eine große, ruhmreiche Vergangenheit zurückzuschauen vermag. Ich bin gekommen, um die Pionierwaffe zu ehren. Denn wenn auch ein Pionierbataillon nicht mit wehenden Fahnen und unter dem Schlage der Trommeln in das Herz des Feindes eindringt, sondern mehr durch unsichtbare Arbeit in die Brustwehr des Feindes für das Eindringen der Infanteriemasse Bresche legt, so steht es Meinem Herzen doch ebenso nahe, wie die anderen Waffen. Ich stehe dem Bataillon näher, als Sie es sich wohl gedacht haben mögen, und weile gern in dem Kreise der Offiziere des Bataillons, welches die alte Preußentreue unverbrüchlich hochgehalten hat und unverbrüchlich hochhält, vor allem aber um deswillen, was wohl vielen von Ihnen unbekannt sein wird, weil Ich alles, was Ich an Kenntnissen auf diesem Gebiet besitze, die Kenntnisse der Festungsbaukunst und des Mineurdienstes, Meinem ehemaligen Lehrer, dem Oberstlieutenant Diener, verdanke, der ein Glied des hiesigen Bataillons gewesen ist. Der Oberstlieutenant Diener war frei von jeder vorgefaßten Meinung, er blickte mit offenem Auge in die Zukunft und trug kein Bedenken, gegen das Althergebrachte aber Veraltete das Neue und Richtige einzutauschen. Oberstlieutenant Dieners Kraft, wenn er auch nicht mehr aktiv ist, möge noch lange zum Wohle der Armee uns erhalten bleiben. Schon der Name Ihrer Waffe gibt dafür Gewähr, daß diese Waffe eine Waffe des Fortschritts sein muß, denn man spricht von Pionieren der Kultur, von Pionieren der Wissenschaft und von Pionieren der Arbeit, immer aber in dem Sinne, daß das Wort Pionier den Fortschritt bezeichnet. Der Geist des Bataillons ist gut, echt altpreußisch. Es ist Mein Wunsch und Ich hoffe, daß das künftig so bleiben möge. Es bürgt Mir die Person des Chefs des Ingenieur- und Pionierkorps und die des jetzigen Kommandeurs dieses Bataillons dafür, daß Meine Absichten in dieser Beziehung nicht nur verstanden, sondern auch ausgeführt werden. Die neuen Waffen verlangen eine neue Festungsbautechnik. Es ist deshalb Aufgabe, den Blick unbefangen, frei und fest auf das Ziel zu richten. Ich zweifle nicht, daß, wenn jemals wieder an das Bataillon Anforderungen herantreten wie bei Schweidnitz, Düppel und Alsen, daß dann das Bataillon wieder neue Lorbeeren in den Ruhmeskranz der preußischen Armee flechten wird. Ist doch auch die Heldenthat Klinke's und seiner Kameraden, welche noch zum Teil dem Bataillon oder doch der Waffe angehören, für die späteren Geschlechter des Bataillons vorbildlich und sinnbildlich geworden. Ich erwarte zuversichtlich, daß Meine Pioniere, wie bisher immer, so auch in Zukunft der Armee vorangehen und das Loch sprengen werden, durch welches die stürmende Hand hindurchstößt.

Wohlan! So lassen Sie uns auf das Wohl des Pionierbataillons von Rauch und darauf trinken, daß auch noch andere Bataillone dieser Waffe ein gleiches Fest begehen mögen.

Das Pionierbataillon von Rauch es lebe hoch!

27. November. Generalsynode. Besetzung der theologischen Professuren.

Ueber diese Frage ist eine Kommission eingesetzt, welche beantragt:

1) Den Evangelischen Ober-Kirchenrat zu ersuchen, sich mit der königlichen Staatsregierung über die zu Recht bestehende Mitwirkung bei der Besetzung der evangelisch-theologischen Professuren dahin zu verständigen, daß neben der überaus dankenswerten Erklärung des Herrn Ministers, den Evangelischen Ober-Kirchenrat über die Vorschläge der Fakultäten hören zu wollen, die Zustimmung der königlichen Staatsregierung auch dazu gewonnen werde, daß der Evangelische Ober-Kirchenrat über die vorliegende Besetzung im allgemeinen sich auszusprechen befugt sein solle; 2) den Evangelischen Ober-Kirchenrat zu ersuchen, bei den laut Kabinetsordre vom 5. Februar 1855 von ihm zu erstattenden Gutachten in Beziehung auf Bekenntnis und Lehre der anzustellenden Professoren der Theologie den Generalsynodal-Vorstand in Gemäßheit des § 36 al. 5 der Generalsynodal-Ordnung, soweit es die Geschäftslage nicht verbietet, in der Regel da, wo ein Bedenken in Bezug auf Bekenntnis und Lehre vorliegt, zuzuziehen.

Dagegen beantragen die Syn. D. Cremer (Professor in Greifswald, konfessionell), Beyschlag (Professor in Halle, Mittelpartei) und Genossen zu beschließen: „in Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Ministers der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten, daß es seine volle Absicht sei, die Vorschläge der Fakultäten dem Evangelischen Ober-Kirchenrate mitzuteilen, ehe er darüber in Verhandlungen, namentlich auch mit den Beteiligten eintrete, sowie in Erwägung, daß hierdurch zugleich dem Evangelischen Ober-Kirchenrate ermöglicht ist, mit dem Herrn Minister über die besonderen Bedürfnisse der Vakanz zu verhandeln, die vorliegenden Anträge für erledigt zu erklären."

Präsident Barkhausen empfiehlt den zweiten Antrag; trotzdem wird der erste mit 90 gegen 76 Stimmen angenommen.

27. November. (Reichstag.) Erste Beratung des Etats. Staatssekretär v. Maltzahn:

Das Ergebnis des Jahres 1890/91 ist gewesen, daß der eigene Haushalt des Reiches mit einem Ueberschuß von 15,148,201 ℳ, also etwa 5 Millionen höher abgeschlossen hat, als wir vor Jahresfrist annehmen konnten.

Die Ueberweisungstitel haben das Ergebnis gehabt, daß nicht 66 bis 68 Millionen, sondern etwas über 80 Millionen über die Annahmen des Etats hinaus den Einzelstaaten überwiesen worden sind. Gegenüber dem ursprünglichen Etat ist dadurch die Lage der Einzelstaaten freilich nicht voll um diese 80 Millionen verbessert worden, denn Sie werden sich entsinnen, daß durch die verschiedenen Nachtragsetats die Matrikularbeiträge im Jahre 1890/91 noch um etwa 47 Millionen stiegen; dennoch stehen auch unter Abrechnung dieser erhöhten Matrikularbeiträge am Schlusse der Wirtschaft des Jahres 1890/91 die Bundesstaaten um etwa 33 Millionen besser, als es der Etat ursprünglich voraussetzte.

Die Wirtschaft des Jahres 1891/92 dürfte ein gleich günstiges Resultat nicht ergeben. Wir würden, wenn Sie den Nachtragsetat, der Ihnen vorgelegt ist, wider Verhoffen ablehnen sollten, nicht auf einen Ueberschuß, sondern auf einen Fehlbetrag zu rechnen haben, den ich auf ungefähr 8 Millionen beziffern möchte. Auf der anderen Seite wird allerdings eine ziemlich erheblich höhere Summe an Ueberweisungen zu erwarten sein, als sie der Etat annimmt. Dieser voraussichtliche Fehlbetrag von 8 Millionen bei der eigenen Wirtschaft des Reichs ergibt sich daraus, daß wir eine Steige-

rung der Ausgaben, nach Abzug der Minderausgaben, dem Etat gegenüber von etwa 15½ Millionen zu erwarten haben. Wir haben bei den eigenen Einnahmen des Reichs auf etwa 8½ Millionen Mehreinnahmen und bei einer Position auf etwa 1 Million Mindereinnahmen zu rechnen, sodaß, wenn Sie die verbleibenden Mehreinnahmen der eigenen Wirtschaft des Reichs mit etwa 7½ Millionen von jenen 15½ Millionen Mehrausgaben abziehen, der von mir genannte Betrag von etwa 8 Millionen als Fehlbetrag erscheinen würde.

Der Hauptposten der Ausgabesteigerungen liegt bei der Verwaltung des Reichsheeres. Die Verwaltung des Reichsheeres ist mit etwa 13 Millionen an jener Gesamtsumme von 15½ Millionen beteiligt einschließlich der Verwaltung des allgemeinen Pensionsfonds und einschließlich der bayerischen Quoten. Ich hebe unter den entstandenen Mehrbedürfnissen einzelne hervor. Weitaus den Hauptanteil an der Ausgabesteigerung haben die Titel für Brot- und Fourageverpflegung und für Viktualienverpflegung wegen der ungewöhnlichen Höhe der Preise der Naturalien im laufenden Jahre. Es wird dies veranschlagt für das preußische Kontingent auf etwas über 6½ Millionen. Es sind ferner wegen der gestiegenen Preise für Erleuchtungs- und Heizungsmaterial und für höhere Flurschäden Mehrausgaben zu erwarten im Betrage von etwa ⅘ Millionen. Es sind dann für Lazaretwirtschafts- und Krankenpflegekosten, auch wegen der Steigerung der Preise aller Verbrauchsgegenstände, etwa ⅔ Millionen Mehrausgaben zu erwarten, für Remontepferde über ½ Million, weil die Pferdepreise um 91 ℳ für das Pferd gestiegen sind.

Die Marineverwaltung ist an der zu erwartenden Ausgabesteigerung mit rund einer halben Million beteiligt. Die übrigen 1½ Millionen, welche an den 15½ Millionen noch fehlen, fallen auf die Ausgaben für die Reichsschuld.

Was nun die Ueberweisungen betrifft, so ergibt sich eine voraussichtliche Mehreinnahme für Zölle und Tabak von 48½ Millionen, dagegen eine voraussichtliche Mindereinnahme aus der Branntweinverbrauchsabgabe um 7½ Millionen, und ebenso eine Verminderung der Einnahmen, und demgemäß der Ueberweisung, aus dem Stempel für Wertpapiere um etwa 1,700,000.

Bei der Aufstellung des Etats mußten wir uns vergegenwärtigen, daß im ganzen die finanzielle Lage eine knappe ist. Sie werden sehen, daß allerdings bei den einmaligen Ausgaben, namentlich bei denjenigen, welche durch außerordentliche Mittel ihre Deckung finden sollen, eine sehr erhebliche Summe von Ihnen gefordert wird. Dagegen ist die Steigerung bei denjenigen Ausgaben, welche aus den ordentlichen Mitteln des Reichs ihre Deckung empfangen, eine verhältnismäßig nicht hohe, und sie beschränkt sich wesentlich nur auf dasjenige, was im Landesverteidigungsinteresse als unabweisbar notwendig angesehen worden ist, und auf den durch die Natur der Dinge gegebenen Ausbau der Betriebsverwaltungen. Zu ihrem großen Bedauern sind die verbündeten Regierungen namentlich nicht in der Lage gewesen, die Besoldungsaufbesserung der Beamten in dem laufenden Jahre wesentlich weiter auszudehnen.

Die fortdauernden Ausgaben sind um 30,699,016 ℳ gestiegen. Unter diesen 30½ Millionen sind eine Reihe von Ausgabesteigerungen enthalten, welche entweder auf höheren Ergebnissen der Durchschnittssätze beruhen oder Folgen bereits bestehender Gesetze oder getroffener Einrichtungen sind. Derselbe Grund, welcher bei dem Militäretat des laufenden Jahres wesentlich höhere Ausgaben für Naturalienverpflegung erforderlich macht, als der Etat voraussah, wirkt natürlich auch für die entsprechenden Veranschlagungen des

nächsten Jahres. Für die betreffenden Titel sind, unter Einschluß der bayerischen Quote, etwa 7½ Millionen mehr angesetzt.

Es ist dann im Etat des Reichsamts des Innern eine Steigerung von annähernd 3 Millionen eingetreten wegen der höheren Ausgaben für die Alters- und Invalidenversicherung. Der allgemeine Pensionsfonds, einschließlich Bayern, ist um etwa 1¾ Millionen höher angesetzt, und die Verzinsung der Reichsschuld — ich komme später noch auf diese zurück — erfordert nach dem Anschlag eine Mehrausgabe von etwa 6,800,000 ℳ

Wenn Sie diese und ähnliche Posten abziehen, so werden Sie finden, daß die wirklichen Neuforderungen nicht viel über 11 Millionen bei den fortdauernden Ausgaben hinausgehen. Unter diesen wirklichen Mehrausgaben will ich nur einige wenige hervorheben. Sie finden im Etat des Auswärtigen Amtes eine neue Forderung von einer halben Million für einen Titel, der früher nur mit 48,000 ℳ, wenn ich mich recht entsinne, dotiert war, „für geheime Ausgaben“. Sie werden es verständlich finden, daß ich über den Zweck dieser Forderung hier im Plenum genauere Angaben zu machen außer stande bin; ich möchte aber, ohne Ihrer Beratung vorzugreifen, auch die Bitte aussprechen, die Diskussion dieser Frage nach Möglichkeit in die Kommissionsberatung zu verlegen.

Bei den Landesverteidigungsausgaben finden Sie erhebliche Mehrforderungen, bei dem Reichsheer z. B. für Uebungen, für Vorspann- und Transportkosten, für Munitionsbeschaffung, bei der Marine für Personalvermehrung, welche in einer besonderen Denkschrift eingehend motiviert ist, für Indienststellungszwecke etwa 1½ Million, für vorübergehende Verstärkung der Ausgaben zum Werftbetrieb in diesem Jahre ½ Million. Diese Mehrausgaben zusammen belaufen sich, wie gesagt, auf etwas über 11 Millionen.

Sehr hoch sind, das gebe ich Ihnen von vornherein zu, die Neuforderungen an einmaligen Ausgaben. Auf diese im gegenwärtigen Moment einzugehen, verzichte ich.

Was nun die Einnahmen betrifft, so haben wir die eigenen dem Reiche verbleibenden Einnahmen, wie die Denkschrift, die dem Hauptetat beigefügt ist, ergibt, um annähernd 24 Millionen höher ansetzen können. Unter dieser Summe stecken allerdings etwas über 12¾ Millionen Mark, um welche der Ueberschuß des Vorjahres, den wir dies Jahr einstellen konnten, den betreffenden Ansatz des vorigen Etats übersteigt, und es stecken ferner darin etwas über 3 Millionen höhere Einnahmen aus den verschiedenen Verwaltungszweigen, welche teilweise in nicht regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen der Militärverwaltung ihren Grund haben. Zu jenen etwa 24 Millionen höheren eigenen Einnahmen des Reiches tritt nun das Mehr bei den Ueberweisungstiteln mit 19,743,000 ℳ, also mit annähernd 20 Millionen.

Wenn dieser Etat bei der Wirtschaft des Jahres wirklich so zur Ausführung kommt, wie er Ihnen heute vorliegt, so würden die Bundesstaaten etwa 5 Millionen mehr an Matrikularbeiträgen zu zahlen haben; sie würden aber annähernd 20 Millionen mehr an Ueberweisungen erhalten.

Abg. Rickert erwähnt in seiner Erwiderung einen Artikel des Abg. Arendt im „Deutschen Wochenblatt“, der behauptet hatte, Herr v. Caprivi sei amtsmüde.

Reichskanzler v. Caprivi:

Ein Eingehen auf die wirtschaftlich-politischen Erörterungen des Herrn Vorredners kann ich mir, wie er selbst andeutete, wohl zweckmäßig für eine spätere Zeit vorbehalten; dagegen will ich das Wort ergreifen mit Bezug

darauf, daß er im Anfang seiner Rede von der zunehmenden Beunruhigung im Lande sprach. Denn nicht von ihm allein, aus zahlreichen Aeußerungen der Presse ist mir bekannt geworden, daß eine solche Beunruhigung im Lande existiert oder existieren soll. Ehe ich darauf eingehe, hat mich die Provokation des Vorredners auf meine Person und meine amtliche Stellung genötigt, von meiner Person zu sprechen. Der Artikel, den der Herr Vorredner erwähnte, ist mir auch zugegangen; er hat in mehreren Zeitungen gestanden. Es ist nicht der erste Versuch, mich als amtsmüde hinzustellen; er wird hier in einer verhältnismäßig überzuckerten Pille gegeben. Der Herr Schriftsteller hat die Gefälligkeit, mir zu sagen, ich würde ja ein anderes Amt in der Armee bekommen, wenn ich von hier fortginge. Er scheint zu glauben, daß eine Art Militärversorgungssystem für amtsmüde Beamte errichtet werden soll, wie es umgekehrt ein Civilversorgungssystem für amtsmüde Soldaten gibt. Er scheint auch zu glauben, daß höhere Kommandostellen der Armee etwas wie Schlafstellen haben; denn sonst würde ein amtsmüder Reichskanzler schwer in der Lage sein, eine solche Stellung einzunehmen. Ich kann den Herren, die geneigt sein sollten, zu meinen, daß ich amtsmüde wäre, die Versicherung geben, daß ich bei sorgfältigster Beobachtung keine Spur bei mir davon wahrgenommen habe. Ich habe viel zu thun, und wir haben diesen Sommer wieder sehr ernste Arbeiten bewältigen müssen; ich glaube, es ist uns gelungen unter Einsetzung aller unserer Kräfte. Es ist für mich seit 1½ Jahren das größte Stück der deutschen Politik die Vollendung der Handelsverträge. Mit vielen Schwierigkeiten, mit unerwarteten Schwierigkeiten, mit Schwierigkeiten in Deutschland und außerhalb Deutschlands haben wir zu kämpfen gehabt; ich hoffe aber, daß ich in der zweiten Dezemberwoche in der Lage sein werde, im Haus die Handelsverträge einzubringen. (Bravo!) Selten in meinem Leben bin ich schaffender Freude so nahe gewesen als in diesem Augenblick, wo die Verträge ihrer Vollendung entgegensehen, und selten habe ich so wenig daran gedacht, meine Stellung aufzugeben. Ich stehe hier, wie den Herren bekannt ist, auf die Weisung meines allergnädigsten Herrn und werde hier so lange stehen bleiben, wie es Seiner Majestät gefallen wird. (Bravo!)

Wenn ich die Beunruhigung, die durch das Land geht oder gehen soll, zum Gegenstand meiner nächsten Erörterung machen will, so will ich vorweg bemerken, daß Zeitungsschreiber mich nicht beunruhigen; ich wünschte nur, sie beunruhigten sich auch um mich nicht. (Heiterkeit.) Es läßt sich nicht wegleugnen: es geht durch das Land ein Pessimismus, der mir im höchsten Grade bedenklich ist. So lange deutsche Philosophen allein sich mit dem Pessimismus beschäftigten, mochte das ja für manchen eine anziehende Beschäftigung sein; wenn diese geistige Richtung aber übergeht in weitere Kreise, die auf Handeln und Arbeiten angewiesen sind, dann wird der Pessimismus gefährlich; denn ich wüßte nicht, warum, wenn alles eitel ist, und bei nichts etwas herauskommt, man sich dann noch quälen soll. Es ist aber, wie wenn ein Beunruhigungsbazillus in der Luft läge, der epidemisch geworden ist, und selbst manche angesehene Zeitungen, die sich sonst für die Bannerträger nationalen Gefühls halten, scheinen mir Reinkulturen für dies Wesen zu sein. (Bravo! und Heiterkeit.) „Die Regierung taugt nichts, sie fängt die Sache schlecht an, die Folge ist, es geht nicht und immer weiter geht es mit Deutschland bergab“, — das lese ich alle Tage; ich lese es vielfach in ziemlich schroffen und in schrofferen Ausdrücken als in dieser Schrift, die zu meinem Bedauern von einem Herrn geschrieben sein soll, der in Beziehungen zur freikonservativen Partei steht.

Er sagt:

Die Zerfahrenheit und Unentschiedenheit, das Schwanken und Un-

stäte der Politik des Ministeriums Caprivi trägt die Mitschuld an der allgemeinen Unzufriedenheit.
Nun würde ich dem Herrn sehr dankbar gewesen sein, wenn er die Güte gehabt hätte, mir im einzelnen nachzuweisen, wo denn die schwankende, unstäte Richtung wäre. Ich bin der Meinung, durch ihre bisherigen Handlungen hat die gegenwärtige Regierung zu solchem Vorwurf keinen Anlaß gegeben; und wenn ich nun diesen Artikel weiter durchsehe, um zu sehen: wo kann denn etwas liegen, so bleibe ich gerade so klug, wie ich vorher war, — und das ist mein Schicksal mit einer Unzahl von Zeitungsartikeln und Broschüren seither gewesen: alles klagt, aber einen brauchbaren Ratschlag, die Anweisung für einen gangbaren Weg habe ich noch von niemandem bekommen.

Der Herr hier sagt: diese Regierung hat die Kartellparteien zertrümmert. Das ist ein Vorwurf, der mich überrascht. Die letzten Wahlen sind vorgenommen worden, ehe diese jetzige Regierung an Ort und Stelle war. (Sehr richtig!) Die Regierung würde ja mit den Kartellparteien weiter gelebt haben, weil sie überhaupt das Bestreben hat — wie ich das schon früher einmal ausgesprochen habe —, mit allen denen, die ein Interesse an der Erhaltung des Staates und des Reiches haben, zusammenzugehen. Wenn nun eine kompakte Masse der Kartellparteien dagewesen wäre, würden wir ihr gern die Hand gegeben und würden den Versuch gemacht haben, wen anders wir noch zu dieser Masse heranziehen können. Diese Kartellparteien waren aber nicht mehr da; und wenn sie noch weiter zerfallen werden, so liegt das eben in den inneren Motiven, nicht aber an dem bösen Willen oder dem Ungeschick der Regierung.

Nun führt der Herr noch ein paar andere Dinge auf, auf die ich nachher im einzelnen kommen werde. Er sagt dann — und das habe ich auch schon in den Zeitungen der verschiedensten Parteien gelesen —: diese Regierung geht mit keiner Partei, sie wird sich zwischen zwei Stühle setzen. Derselbe Herr, der uns vorhin getadelt hat, weil wir die Kartellparteien zertrümmert haben, macht uns jetzt den Vorwurf, daß wir mit keiner Partei gehen: wir sollen uns zwischen zwei Stühle setzen. Ich habe überhaupt noch nicht den Wunsch gehabt, mich auf den Stuhl irgend einer Partei zu setzen, sondern habe den Wunsch gehabt, diejenige Politik zu machen, die die verbündeten Regierungen nach reiflicher Erwägung für recht halten; ob die der einen Partei paßt oder nicht, ist erst eine taktische Erwägung für mich, — das wesentliche ist: ist die Maßregel an sich gut?

Ich habe also das Bedürfnis, auf dem Stuhl einer Partei zu sitzen, nicht empfunden, bleibe auch lieber stehen zwischen den Parteien.

Nun ist in diesem Beunruhigungsstreben der Bevölkerung die auswärtige Politik ein ungemein ergiebiges Gebiet. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Menschen von der weniger erfahren; aber das berechtigt sie, in diesem Halbdunkel, in dem sie sitzen, sich um so mehr zu graulen oder graulig zu stellen. Da heißt es: ja, wir wissen zwar nicht, was die Regierung macht, aber es wird schon nicht gut sein, da kann das schlimmste hinter dem stecken, was jetzt passiert. Bei uns wird auf keinem Gebiete so viel Uebertreibung in die Welt gesetzt, als wenn man sich mit der auswärtigen Politik der Regierung zu befassen sucht.

Die Politik dieser Regierung ist, auch was die auswärtige angeht, eine sehr einfache gewesen. Ich bin der Meinung, daß auch in der auswärtigen Politik zu den wirksamsten Mitteln Wahrheit und Offenheit gehört. Es ist nicht nötig, daß man seine letzten Gedanken alle Tage auf dem Präsentierteller herumträgt; aber es ist auch nicht nötig, daß man alle Tage das Bestreben hat, andere zu täuschen: man kommt in der Mehrzahl der

Fälle auf dem geraden Wege besser weiter als anders. Eine günstige politische Konstellation in Europa hat es nun, zusammen mit diesem Bestreben, wahr und offen zu sein, veranlaßt, daß wir überhaupt wenig zu verhandeln gehabt haben in den 1½ Jahren, seit ich hier bin; die Dinge sind einfach verlaufen. Der moderne Zeitungsleser hat ein gewisses Bedürfnis nach sensationellem; er verlangt, daß etwas los sein soll (Heiterkeit), und wenn nichts los ist, dann ist er unzufrieden, — dann ist natürlich die Regierung daran schuld, daß da nichts geschehen ist. (Heiterkeit.)

Wenige Fragen nur haben die im allgemeinen mit der auswärtigen Politik der verbündeten Regierungen nicht einverstandenen Zeitungsschreiber spezialisiert. Davon ist eine die: ja, die russische Reise Seiner Majestät des deutschen Kaisers im vorigen Jahre, der Aufenthalt in Narva hat sehr böse gewirkt. Nun habe ich die Ehre gehabt, an dieser Reise teilzunehmen, und ich bin mit der Ueberzeugung wiederzukommen, daß diese Reise eine vorzügliche Wirkung gehabt hat. Es waren politische Dinge nicht abzumachen, sondern es kam darauf an, daß die beiden Souveräne in einen freundschaftlichen, durch ihre Verwandtschaft gegebenen Verkehr mit einander traten. Der Verkehr gestaltete sich so günstig, wie irgend möglich. Ich würde das hier nicht sagen, wenn ich hier nur auf meine, auf deutsche Beobachtung angewiesen wäre, wenn ich nicht bestimmt wüßte, daß auch auf der anderen Seite der Eindruck und der Erfolg dieser Reise ebenso gewesen ist.

Dann kommt Kronstadt: man hat sich beunruhigt gezeigt, als die Flotte eines unserer Nachbarn in den Hafen des anderen einfuhr, und weil man sie mit großer Festlichkeit und Freundlichkeit empfangen hat. Wieder läßt man durchblicken: das wäre doch am Ende sonst nicht vorgekommen, das könnte nur unter dieser Regierung passieren. (Heiterkeit.)

Nun weiß ich in der That nicht, was wir anfangen sollten, zu hindern, wenn zwei andere Leute sich die Hand geben wollen. Wir haben kein Mittel dagegen, — wir haben diese Zusammenkunft nicht veranlaßt. Man hat wohl durchfühlen lassen: ja, das habt ihr nun von dem Dreibund, davon kommt nun die Kronstädter Zusammenkunft! Ja, wir haben einen Dreibund, der schon jahrelang vor dieser Kronstädter Zusammenkunft existierte, und den haben wir erneuert. Man hat vielleicht bei dieser Erneuerung in der Presse etwas zu viel Pauken und Trompeten gerührt und dadurch anderen Leuten das Gefühl gegeben, sie wollen auch mal Pauken und Trompeten rühren. An sich aber hat sich durch Erneuerung dieses Dreibundes in Bezug auf unsere östlichen und westlichen Nachbarn nichts geändert. Durch die Kronstädter Zusammenkunft ist nur für die Augen des großen Publikums ein Zustand erkennbar geworden und in den Sinn gefallen, der schon seit langer Zeit herrschte.

Ich habe in den siebziger Jahren an den Beratungen des preußischen Kriegsministeriums teilgenommen; und schon damals trat der Ausdruck auf von dem Kriege mit zwei Fronten. Soldaten, überdies, wenn sie im Kriegsministerium beschäftigt sind, haben ja die Amtspflicht, alle Kriegslagen vorauszusehen, und so wurde auch diese in den Bereich unserer Kalküle gezogen, und eine große Anzahl von augenfälligen Maßregeln — ich will nur die Dislokation in Ostpreußen nennen — sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß es auch mal vielleicht zu einem Krieg mit Rußland, zu einem Krieg mit zwei Fronten kommen könnte. Daß uns dieser Krieg durch die Kronstädter Entrevue auch nur um einen Zoll näher gerückt sei, glaube ich nicht. Ich kann nicht prophezeien; es ist ja möglich, daß Krieg kommt, daß der Krieg mit zwei Fronten kommt. Daß aber dies Ereignis — und da komme ich wieder auf die Beunruhigung zurück, um die es sich dreht — einen Anlaß geben sollte, sich mit einigem Fug und Recht mehr zu beun-

ruhigen als bis dahin, das bestreite ich mit Entschiedenheit. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß die persönlichen Intentionen Seiner Majestät des Kaisers von Rußland die friedlichsten von der Welt sind; ich bin ebenso überzeugt, daß keine Regierung heutzutage wünschen kann, einen Krieg zu provozieren. Keine Macht hat ein so prononziertes Uebergewicht in der Weltlage, daß sie mit leichtem Herzen sagen sollte: wir wollen jetzt den Krieg anfangen. — Ich will nicht auf die Folgen, auf die Art und Weise, wie ein solcher Krieg geführt werden würde, eingehen; das ist in einer so meisterhaften Weise vor einer Reihe von Jahren hier geschehen, als Ihnen der Aderlaß bis aufs Weiße vorgeführt wurde, daß ich dem nichts hinzuzufügen habe. Das Bewußtsein aber, daß der kommende Krieg einen sehr ernsten Charakter annehmen wird, hat sich in der ganzen Welt verbreitet, und ich glaube nicht, daß es irgend eine Regierung gibt, die geneigt wäre, einen Krieg leicht herbeizuführen. Je stärker nun eine Regierung, um so mehr wird sie geneigt, kriegerische Gelüste, wenn sie auftreten sollten, Zwischenfälle, die bei ungeschickter Behandlung einen Krieg herbeiführen könnten, zu vermeiden. Und ich kann mich deshalb des Umstandes freuen, daß bei unserem westlichen Nachbar jetzt eine Regierung die Zügel führt, von der ich glaube, daß sie stark genug ist, um ihren Willen durchzusetzen. Ich glaube sogar, daß die Flottenrevue in Kronstadt vielleicht nicht stattgefunden hätte, wenn nicht bei unserem östlichen Nachbar die Ueberzeugung dagewesen wäre, daß diese jetzige französische Regierung wohl eine ist, auf die man sich verlassen kann. Es ist uns das gesteigerte Selbstgefühl unseres westlichen Nachbars durch die Zusammenkunft klarer geworden als vorher; wir haben mehr davon wahrgenommen: aber auch das braucht uns nicht zu beunruhigen. Jemand, der ohne Selbstgefühl die Empfindung hat, eine Stelle in der Welt behaupten zu müssen, wird eher — wenn ich den Ausdruck brauchen darf zu einer gewissen Nervosität neigen als jemand, der sich bis einem gewissen Grade seiner Kraft wieder bewußt geworden ist; und ich glaube nicht, daß in dem gesteigerten Selbstgefühl, was auch nicht durch Kronstadt erst gesteigert, was im Laufe der Jahre wieder gewonnen ist, — daß in diesem gesteigerten Selbstgefühl, so wie es sich in Kronstadt ausgedrückt hat, eine Gefahr für uns läge.

Ich wiederhole also, die jetzige Regierung ist nicht in der Lage gewesen, Kronstadt zu verhindern; sie hat auch gar nicht den Willen dazu gehabt. Sie sieht aber auch darin nicht den mindesten Grund, sich mehr zu beunruhigen, als man es etwa vor Kronstadt gethan hatte. Ich will, um ein Mißverständnis in dieser Richtung schon hier auszuschließen, nicht gesagt haben, daß wir nun Wehr und Waffen ablegen könnten, — davon ist keine Rede; der jetzige Zustand der Rüstungen in Europa wird voraussichtlich noch lange dauern, und daran werden alle Zusammenkünfte in Rom nichts ändern. (Heiterkeit.) Das bleibt ebenso; aber es folgt daraus nicht, daß dieser Zustand ein bedrohlicher ist. Je mehr die Völker zur allgemeinen Wehrpflicht übergegangen sind, um so mehr ist auch das Bewußtsein von dem Ernst eines Krieges in die Nationen übergegangen; und wir können jetzt mehr als früher nicht bloß darauf rechnen, daß die Regierungen den Krieg nicht wollen; wir können darauf rechnen, daß auch die Nationen selbst vorsichtiger mit diesem gefährlichen Feuer spielen werden als vielleicht früher.

Ein drittes Moment, was dann in öffentlichen Blättern aus der auswärtigen Politik angeführt wird, um der jetzigen Regierung klar zu machen, daß sie schwächlich oder thöricht gehandelt habe, ist der deutsch-englische Vertrag. Derselbe Aufsatz, der die Güte hat, sich hier mit meiner Person zu beschäftigen, nimmt unter seine Gravamina auch diesen auf. Als wir im vorigen Jahre an dieser Stelle über den deutsch-englischen Vertrag verhan-

delten da fand er Gegner. Es sprach Herr v. Kardorff, — wenn ich nicht irre, auch Herr Graf Mirbach dagegen. Der einzige, der den Vertrag ganz mißbilligte, und eine etwas starke Tonart anschlug, war der Herr Abgeordnete Graf Arnim. Er sagte, daß er mit Genugthuung den Entrüstungssturm vernommen habe; ich glaube, der Entrüstungssturm hat im Laufe dieses einen Jahres einer ruhigeren Betrachtung Platz gemacht; wenn überhaupt noch Wind in dieser Richtung weht, dann ist er, glaube ich, zu einer schwachen Brise abgeflaut. Meine Herren, es ist mir zweifelhaft, ob nicht vielleicht in diesem Blatte sogar Ventilationsinstrumente zu Hilfe genommen werden, um überhaupt nur noch einigen Wind in die heruntergefallenen Segel zu bringen. Dieses eine Jahr hat hingereicht, um zu zeigen, wie richtig wir gehandelt haben. Was warf man uns damals vor? Wir hatten um irgend einer geheimen Abmachung willen — sagten noch günstigere Beurteiler unter unseren Gegnern — eine Menge Opfer gebracht; was die geheime Abmachung war, wußten sie nicht, aber aus Wohlwollen für uns nahmen sie an, es müßte ja so ein Ding da sein, wenn man so erhebliche Opfer gebracht hat. Von einer geheimen Abmachung ist niemals die Rede gewesen. Ich glaube schwerlich, daß nach den Ergebnissen des letzten Jahres noch jemand da ist, der uns den Vorwurf machen würde, wir hätten nicht genug in Afrika genommen; denn ich glaube, diese Ergebnisse haben den schlagenden Beweis dafür geführt, wie lange wir an dem, was wir genommen haben, zu arbeiten haben. (Sehr richtig! links.) Nicht ohne Opfer an Menschen und Geld wird diese Arbeit sich vollziehen können, und ich habe schon damals gesagt, das schlimmste, was uns passieren könnte, wäre, wenn einer uns ganz Afrika schenkte. (Heiterkeit.) Wir haben an dem, was wir bekommen haben, reichlich genug und können allen unseren kolonialen Eifer zur Geltung bringen.

Dann sagte man, da habt ihr Helgoland genommen und habt Zanzibar hingegeben; die Engländer haben den Löwenanteil, sie haben die Insel Zanzibar. Ich verkenne den Wert der Insel Zanzibar unter keinen Umständen; abgesehen aber davon, daß sie für uns überhaupt nicht zur Diskussion stand, nicht zu haben war, würde die Nutzbarmachung dieser Insel in merkantiler und nautischer Beziehung, die Abfindung des Sultans für diesen Teil seiner Macht uns Summen gekostet haben, die vom Reichstage nun und nimmer zu bekommen gewesen wären, und die von ihm zu verlangen ich mit meinem Gewissen nicht würde in Einklang bringen können. (Sehr gut!) Schon um die verhältnismäßig unbedeutenden Ausgaben zu bestreiten, die wir haben machen müssen, die Abfindung des Sultans für das Festland von Ostafrika, haben wir den Vertrag mit der Ostafrikanischen Gesellschaft schließen müssen, der auch hier besprochen und kritisiert worden ist; wir haben jetzt, um nur den Aufgaben gerecht zu werden, die in der Brüsseler Konferenz wir zu erfüllen übernommen haben, aus Mangel an Mitteln zu einem an sich zweifelhaften Hilfsmittel greifen müssen: wir haben eine Lotterie statuiert, um nur die Mittel zu bekommen, um etwas vorwärts zu kommen. Nun frage ich: wenn wir den Haufen von Millionen — und ganz klein würde er nicht gewesen sein — hätten aufbringen sollen, um Zanzibar zu bekommen, — ich weiß nicht, wie das hätte gehen sollen.

Was nun das Festland aber angeht, das wir bekommen haben, so ist kaum ein Mensch, der Afrika kennt, darüber im Zweifel, daß der deutsche Besitz in Ostafrika das x-fache von dem wert ist, was der englische Besitz wert ist. (Hört! hört!) Es ist nur wieder dieser Pessimismus und diese Beunruhigungsrichtung; man nimmt ohne weiteres an, das kluge — wenn man nicht etwas derber sagen will, perfide — Albion hätte diese Dinge besser verstanden als wir, das hätte sein Schäfchen ins Trockene gebracht,

Deutschland nicht, Deutschland hätte die Kastanien aus dem Feuer geholt, und so säßen wir da auf einem schlechten Teil. Das stimmt nicht. Wenn man nur einigermaßen einen Einblick in die Schwierigkeiten hat, die in dem von England in Besitz genommenen Küstenstrich sich darbieten, so wird man zugeben müssen, daß die erheblich größer sind als diejenigen für Deutschland, und ich glaube, wir können mit dem, was wir da bekommen haben, durchaus zufrieden sein. Es ist ja natürlich: wenn eine solche Beunruhigungskrankheit einmal die Welt ergriffen hat, so wirft sie sich wie andere Krankheiten auf den locus minoris resistentiae. Unser Kolonialleben ist noch schwach, wir haben noch alles mögliche zu thun, wir müssen vorsichtiger handeln als anderswo. Es ist auch eine gewisse Besorgnis da vielleicht gerechtfertigter, wenn man eben nur überhaupt Besorgnis haben will. Sonst bin ich nicht im stande, zur Zeit in Bezug auf den deutsch-englischen Vertrag und seine Folgen etwas zu sehen, was mir die Meinung geben könnte, wir hätten schlecht gehandelt. Die Insel Helgoland, die wir dabei bekommen haben, wurde ja allgemein für ziemlich wertvoll gehalten; wenigstens spricht man ihr ein pretium affectionis zu, — man gibt auch zu, wenigstens ein Teil der Menschen, daß sie für die Verteidigung unserer Nordseeküsten einen gewissen Wert haben könnte. Ich schlage den Erwerb dieser Insel in dem Vertrage — und das kann ich jetzt sagen — ungleich höher an, den negativen Wert. Stellen Sie sich vor, was geworden wäre, wenn die Insel, von der man sagt, sie war für die Engländer ziemlich wertlos, — und das mag ja richtig sein, — aus englischen Händen in andere übergegangen wäre. England hat Bedürfnisse in manchen Weltteilen, hat Besitzungen rund um den Erdball, und es möchte am Ende nicht ganz schwer geworden sein für England, ein Tauschobjekt zu finden, das ihm willkommen gewesen wäre, und für das es wohl geneigt gewesen wäre, die Insel fortzugeben. Ich möchte einmal den Entrüstungssturm — und in diesem Falle würde ich ihn für berechtigt gehalten haben — gesehen haben, wenn im Laufe von Jahr und Tag oder kurz vor Ausbruch eines künftigen Krieges die englische Flagge von Helgoland heruntergegangen, und eine uns weniger nahestehende vor unseren Häfen erschienen wäre. Also ich bin der Meinung -- ich habe über diesen Vertrag etwas länger sprechen können, er gehört ja nur zum Teil der Geschichte an — ich bin der Meinung, daß dieser Vertrag keinen Anlaß gibt, die Regierung abfällig zu kritisieren.

Man beunruhigt sich ferner über die Polenfrage und über Elsaß-Lothringen. Ja, was ist denn da geschehen, was zur Beunruhigung Anlaß geben kann? Wir haben in Elsaß-Lothringen den Paßzwang aufgehoben. Es ist eine Maßregel, die fast von aller Welt gebilligt worden ist; aber der Beunruhigungsbedürftige fügt hinzu: wird nun die Regierung auch wohl stark genug sein, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, die als Surrogat für den aufgehobenen Paßzwang notwendig geworden sind? Man wartet gar nicht ab, daß solche Zeichen der Schwäche eintreten werden, sondern setzt ohne weiteres voraus, das werde wohl kommen, und man kritisiert. Die Regierung von Elsaß-Lothringen hat geglaubt — und hat das mit Zustimmung des Reichskanzlers, in letzter Instanz Seiner Majestät des Kaisers, gethan — den Paßzwang aufheben zu können, weil sie die Ueberzeugung gewann, daß die Wirkungen, die er haben sollte, nur dann eintreten würden, wenn er mit rücksichtsloser Konsequenz durchgeführt worden wäre. Diese rücksichtslose Konsequenz war aber nicht durchzuführen; sie liegt nicht im wesentlichen unserer Nation. Ich will auf die einzelnen Fälle nicht eingehen, wie solche, wo Kinder nicht an das Krankenbett ihrer sterbenden Mutter kommen konnten. Es ist eben eine solche Schroffheit wohl auf kurze Zeit durchführbar; aber im Laufe der Jahre wurde sie unerträglich und

führte zur Verstimmung der Elsaß-Lothringer selbst. Nun hat das deutsche Wesen in Elsaß-Lothringen und die Assimilierung Elsaß-Lothringens ans Reich ganz zweifellos in den letzten Jahren Fortschritte gemacht und wird weitere Fortschritte machen. Man darf sich nur nicht beunruhigen, wenn nicht zwischen heute und morgen alle Elsaß-Lothringer Deutsche werden in ihrer Gesinnung. Ich darf auf das bekannte Beispiel von der Rheinprovinz verweisen. Wie lange hat das gedauert, bis die Rheinprovinz innerlich preußisch wurde! Wir wollen hier ebenso lange warten. Nach meinem Dafürhalten wird es hier nicht schlechter gehen. Es läßt sich ein Erfolg, wie immer in Deutschland, wo es sich um das Assimilieren handelt, nicht davon erwarten, daß wir die zu Assimilierenden durch Liebenswürdigkeit berücken werden, das liegt nicht im deutschen Charakter; aber wir werden durch die guten Eigenschaften des Deutschen, wir werden durch die Aenderung in den Verwaltungsgesetzen, die in Elsaß-Lothringen geplant ist, und die dahin geht, unseren dortigen Mitbürgern die Wohlthaten der Selbstverwaltung in erhöhtem Umfange zu gewähren, weiter kommen. Wir kommen aber vor allen Dingen weiter durch die Armee; die hat noch immer das beste Bindeglied unter den Altpreußen und Neupreußen gebildet, sie wird auch zwischen Alt- und Neudeutschen das beste Bindeglied sein. Das ist aber nicht damit gethan, daß man Schilderhäuser schwarz-weiß-rot anstreicht, sondern da müssen Generationen durch die Armee gegangen sein und den deutschen Geist mit zurückgebracht und auf ihre Landsleute übertragen haben. — Ich bin also der Meinung, daß in dem gegenwärtigen Zustand von Elsaß-Lothringen für uns nicht der mindeste Grund zu einer Beunruhigung liegt. Die dortige Regierung ist sich ihrer Pflichten vollkommen bewußt und bereit, gegen etwaige Ausschreitungen diejenigen Mittel zu handhaben, die ihr zu Gebote stehen.

Ich komme zur Polenfrage, und ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich hier auf ein Gebiet übergehe, was zum Teil der preußischen Regierung unterliegt und nicht Reichssache ist, das ich aber, da ich einmal bei diesem Beunruhigungsbazillus bin, auch hier mit besprechen will. Man hat auch hier der Regierung ein vorzeitiges Aufgeben eines bewährten oder noch zu bewährenden Systems vorgeworfen. Zuerst hat man mißfällig wahrgenommen, daß wir die Grenzen so weit mehr als früher geöffnet haben, daß wir männlichen Arbeitern den Uebertritt aus russischem Gebiet auf preußisches gestattet haben. Nun, uns wäre es auch angenehmer gewesen, wenn all die Aecker, die an den Grenzen liegen, von deutschen Arbeitern bestellt worden wären. Der Uebelstand liegt nur darin, daß, wie es sich bis zur Evidenz gezeigt hat, deutsche Arbeiter nicht zu haben waren. Es ist ja eine bekannte Thatsache — und die Klagen, die der Herr Abgeordnete Rickert in Bezug auf die Provinz Ostpreußen vorgebracht hat, wurzeln zum Teil in dieser Thatsache —, daß die Arbeiter aus dem Osten einen starken Drang nach dem Westen haben. Ich will es nicht auf ein allgemeines Naturgesetz zurückführen, aber es kommt eins zum anderen. Die Sachsengängerei, die ja auch manche gute Seite hat, die Einführung von Maschinen, die intensivere Bodenkultur, die auf kurze Zeit einen stärkeren und dann wieder einen geringeren Bestand an Arbeitern fordert, der Drang der Menschen in die Städte hat dahin geführt, daß in den Grenzkreisen die Arbeiterzahl, wenigstens im Norden, absolut unzureichend ist. Nun hat die preußische Staatsregierung nicht verkannt, daß, wenn sie russische Arbeiter herüberläßt, damit eine gewisse Gefahr für die Germanisierung verbunden ist; sie macht den Versuch, sie im Herbst immer wieder zurückzuführen. Wie weit es gelingen wird, mag dahingestellt sein. Aber selbst diese Gefahr anerkannt, hatte nach meinem Dafürhalten die Regierung keine Wahl. Wir haben doch kein In-

teresse daran, daß die Grenzkreise veröden oder verwalden; sollen sie bestellt werden, so müssen Menschen dafür da sein. Diese Menschen konnten wir, wenn die Landwirtschaft nicht im stande ist, höhere Preise zu zahlen, — und das ist sie nicht, — nicht anders bekommen, als indem wir die Grenze nicht ganz schlossen.

Es hat dann die preußische Regierung in Bezug auf den Privatunterricht in der polnischen Sprache in den Volksschulen insoweit auch den früher existierenden Zustand wiederhergestellt, als sie genehmigt hat, daß da, wo der Religionsunterricht in der polnischen Sprache erteilt wird, Privatunterricht im Polnischen unter Benutzung der Schulräume, sofern die Gemeinde damit einverstanden ist, durch den Lehrer den Kindern gegeben werden darf. Mir scheint diese Forderung doch nicht allzu unbillig, wie sie von Seiten dieser polnisch sprechenden Mitbürger aufgestellt worden ist. Denn wenn in dem Religionsunterricht polnisch gesprochen worden ist, so liegt es nahe, daß das Bestreben da sein muß, auch die Bücher, die sich darauf beziehen, schließlich in der Sprache lesen zu können, in der der Religionsunterricht erteilt wird. Nachdem diese Verordnung, die ich für eine überaus maßvolle und gute halte (sehr wahr! im Zentrum), gegeben worden, kam ein deutscher Vater darum ein, auch für seine Kinder die Teilnahme an diesem Unterricht zu gestatten. Auch das ist geschehen und, wie mir scheint, wiederum mit Recht. Kein Mensch findet etwas dabei, wenn ein eingewanderter Deutscher in Metz seine Kinder am französischen Unterricht teilnehmen läßt. Ich sehe nicht ein, warum der Fall hier so wesentlich anders liegen soll, wenn ein Deutscher, der seinen Erwerb in der Provinz Posen findet, glaubt, daß seine Kinder besser durch das Leben kommen werden, wenn sie auch Polnisch verstehen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben auch hier nicht verkannt, daß es viel wünschenswerter wäre, wenn diese Schwäche unseres Staates, die darin liegt, daß wir an verschiedenen Grenzen andersprechende Menschen haben, nicht da wäre, oder wenn sie zu beseitigen wäre. Da wir das aber nicht können, haben wir geglaubt, diesem nach unserem Befinden berechtigten Wunsch unsere volle Mitwirkung geben zu sollen.

Endlich beunruhigt man sich über ein Faktum, das auch wieder noch nicht eingetreten, aber wahrscheinlich ist: daß ein Mann polnischer Abkunft auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen und Gnesen berufen werden soll. Historisch ist den Herren bekannt: wir haben früher polnische Erzbischöfe gehabt. Es ist weiter bekannt, daß der vorige Erzbischof ein Mann von deutscher Abkunft war, dem alles Gute nachzusagen ist, auch nachgesagt wird, der aber vielleicht nicht stark genug war, um das, was gerade die Deutschen in der Provinz Posen von ihm erwartet hatten, zur Durchführung zu bringen. Er war vielleicht nicht stark genug, um selbständig auftreten zu können. Er wurde geleitet und wurde nun in einem Sinne geleitet, der den Deutschen schädlicher war, als wenn ein Mann polnischer Abkunft mit dem Gefühl, daß er auch Deutschen gerecht zu werden hat, und mit der Charakterstärke, seinen Willen durchzusetzen, auf diesen Stuhl gesetzt worden wäre. (Sehr wahr!) Das preußische Staatsministerium ist nach dem Tode des Erzbischofs Dinder darüber nicht zweifelhaft gewesen, daß, wenn wir einen polnischen Kandidaten fänden, der im übrigen unseren Anforderungen genügte, wir nicht abgeneigt sein würden, ihn in Vorschlag zu bringen. Es fand sich anfangs keiner, es fand sich aber auch kein Deutscher, und nach den Ereignissen in Thorn war es nun für uns nicht zweifelhaft, daß der Mann, der da eine Rede gehalten hatte, die so weit preußisch und preußisch-patriotisch war, als wir es überhaupt von den Einwohnern polnischer Zunge in der Provinz Posen erwarten können, den Anforderungen so weit genügte, als es möglich war.

Ich glaube also, auch diese Frage wird eine Erledigung finden, über die sich niemand zu beunruhigen braucht. Wir haben — die preußische Regierung und auch die verbündeten Regierungen — das lebhafte Bestreben, die Kräfte, die an der Erhaltung und, wenn es nicht notwendig sein sollte, an der Verteidigung des Staates mitwirken, zusammenzuhalten, nicht auseinandergehen zu lassen (sehr wahr! rechts), und in dieser Tendenz des Sammelns unserer Kräfte liegt die Aufgebung des Paßzwanges und das, was in der Provinz Posen geschehen ist. Wenn ich nun meine, daß in der auswärtigen Politik und in diesen beiden Fragen die einen auswärtigen Anklang haben, kein Grund vorliegt, beunruhigt zu sein über das, was in der Welt vorgeht, wenn ich noch hinzufüge, daß diejenigen Fragen, die im Laufe der anderthalb Jahre zwischen den europäischen Mächten entstanden sind allemal durch das Entgegenkommen aller Regierungen eine friedliche und wünschenswerte Lösung gefunden haben, so glaube ich wirklich alles gesagt zu haben, ohne in Details einzugehen, was hinreicht, dem, der nicht beunruhigt sein will, die Ruhe zu lassen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Unruhe geht aber noch auf andere Gebiete über.

Es ist zu meinem Bedauern auch eine Art Militärpessimismus eingerissen. In neuerer Zeit hat jede Zeitung, jedes größere Blatt seinen militärischen Mitarbeiter, gewesene Offiziere, — alles meine alten Kameraden, denen ich das beste gönne; ich freue mich, wenn sie eine Beschäftigung finden, die dem Grade von Kraft, dessen sie sich noch erfreuen, entspricht. Aber diese Militärschriftstellerei hat doch auch eine sehr bedenkliche Seite. Die Organisation der Armee zu übersehen, ist so unendlich schwer, daß ich glaube, der Herr Kriegsminister wird mich nicht desavouieren, wenn ich sage, in der Armee sind nicht fünfzig Offiziere, welche die Organisation so vollständig übersehen, daß, wenn eine Maßregel an einer Stelle getroffen wird, sie im stande sind, zu sagen, sie wirkt da und da so und so. Ist das schon für die Männer schwer, die noch mitten im Leben stehen, denen vielfach amtliches Material zugänglich ist, so ist es nahezu unmöglich für Offiziere außer Dienst. Von ihrem patriotischen Gefühl geleitet, sehen sich diese Herren die Nachrichten an, die sie über etwaige Veränderungen, über geplante, zum Teil noch ganz unreife Projekte bekommen, und schreiben nun einen mehr oder weniger fulminanten Artikel, der nicht selten mit dem Ende schließt: Si vis pacem, para bellum, oder: Videant consules. (Große Heiterkeit.) Dieses wäre an sich ganz harmlos, wenn sie nicht auf den Leserkreis der Zeitungen einwirkten, und zwar, wie das in der Natur der Sache liegt, immer beunruhigend; denn die Herren, die nicht wissen, um was es sich handelt, kritisieren, sie finden also das Bestehende schlecht, dann machen sie Vorschläge, dann nimmt die Regierung diese Vorschläge nicht an, und dann ist wieder ein Malheur geschehen, über das in einem neuen Artikel zu klagen hinreichend Anlaß ist. Ich halte diese Art von Militärlitteratur deshalb für sehr bedenklich; sie hat dazu beigetragen, auch in Bezug auf unsere Armee, ob diese Armee ihren Aufgaben auch zukünftig gewachsen wäre, ob sie stark genug wäre, gut genug ausgerüstet, ob sie nicht zu alte Generale habe, Beunruhigung in die Welt zu tragen; und nicht bloß, daß andere Menschen sich über die Armee beunruhigten, ist die schlimme Folge dieser Art von Schriftstellern, sondern, wenn das so weiter geht, könnten daraus die schlimmsten Folgen dadurch entstehen, daß in der Armee selbst der Glaube erwacht, es wäre nicht alles so, wie es sein sollte. Wir haben mit der Armee eine Geschichte überkommen, wie sie kaum eine zweite hat, und wir haben noch heute das Vertrauen, daß unsere Militärverwaltung alles thut und daran setzt, um diese Armee nicht nur zu erhalten, sondern auch zu verbessern. Ich darf daran erinnern, daß auch unter der gegen-

wärtigen Regierung — wie viel unter der vorigen Regierung gethan ist, ist bekannt — man nicht geschlafen hat. Sie haben uns im vorigen Jahre 18,000 Mann Präsenzstärke mehr gegeben, als wir bisher hatten. Wir sind in diesem Jahre an Sie herangetreten mit einem bedeutenden Wunsch zur Verbesserung des Kriegsmaterials, und ich kann vielleicht sagen, daß ich nicht für wahrscheinlich halte, daß wir damit die Ausbildung und den Ausbau unserer Organisation für abgeschlossen halten. (Bewegung.)

Man hat in der Welt sich jetzt vielfach gewöhnt, Armeen nach ihrer Zahl zu schätzen. Das ist auch wieder für Zeitungsschreiber und Leser ein bequemes Mittel; es rechnet da einer vor: die Franzosen haben 5,400,000 und ihr habt 4,500,000, folglich seid ihr schwächer als die Franzosen, folglich beunruhigt euch! (Heiterkeit.) So liegt die Sache nun doch nicht. Für die Leistungen einer Armee wird im Anfange eines Krieges immer die Qualität der Truppe das Entscheidende sein, und erst wenn der Krieg zur Verteidigung des eigenen Bodens in die Länge gezogen wird, wenn er zu einem Krieg aufs Messer wird, dann wird auch die Quantität der Truppe nach und nach zur Geltung kommen. Ich glaube nicht, daß unter den lebenden Heerführern einer da ist, der im stande wäre, diese Massen, mit denen zu rechnen man sich jetzt gewöhnt hat, zu ernähren, zu bewegen und zu gemeinsamem Schlagen zu bringen. Das ist bei solchen Zahlen ausgeschlossen. Es hat also diese Zahl an sich, selbst wenn sie aus lauter guten Soldaten zusammengesetzt wäre, ihr Bedenkliches. Dieses Bedenkliche steigt nun aber noch, wenn man die Qualität dieser so und so viel Millionen — denn unter Millionen rechnet kein Staat mehr, der etwas auf sich hält — wenn man die Qualität dieser Soldaten ansieht.

Meine Herren, es ist ja nichts leichter, wenn Frankreich ein Gesetz gibt, worin es mehrere Altersklassen wehrpflichtig macht und seiner Armee in der einen oder anderen Form einverleibt, das auch zu machen, und durch einen einzigen Akt der Gesetzgebung kann man die Sollziffer der Armee sehr leicht in die Höhe bringen. Nur vergißt man dabei, daß diese Menschen, durch die die Armee in die Höhe gebracht werden soll, zum größten Teil Leute sind, die in anstrengenden Berufsarten ihre Kräfte bereits verloren haben, und die durch eine sitzende Lebensweise unfähig gemacht sind, sich zu bewegen, die zum großen Teil nicht nur Väter, sondern auch Großväter sind. (Heiterkeit.)

Es ist also dieses Rechnen mit den Zahlen nicht ganz unbedenklich, und man empfindet das nicht bloß bei uns, sondern auch in Frankreich. Man hat den Ausdruck dafür gefunden: la rage des nombres, die Zahlenwut. Ich meine also, wenn ein deutscher Zeitungsleser nun in seinem Leibblatte liest, daß an anderen Stellen mehr Soldaten aufgebracht werden, so hat er keinen Grund, sich zu beunruhigen. Solange die deutsche Armee so gut bleibt, wie sie jetzt ist, und abgesehen von dem Glauben an die Führung und Leitung der Armee durch meinen Allerhöchsten Kriegsherrn, durch die verbündeten Monarchen, durch das preußische und die anderen deutschen Kriegsministerien, habe ich den ganz bestimmten Glauben, daß es keine Nation Europas gibt, die für die künftige Art der Kriegsführung so viele vorzügliche Eigenschaften mitbringt wie die deutsche. (Bravo!) Mir will scheinen, daß die künftige Kriegführung immer mehr den Gang nehmen wird, daß es auf Handlungen einzelner ankommt, Handlungen einzelner aber, die sich freiwillig in Masse zusammenfassen müssen. Wir werden große Gefechte und Schlachten erleben, wo in erster Linie nur wenige Offiziere noch da sind; die wenigen werden nicht im stande sein, ihren Willen überall zur Geltung zu bringen, — dann wird sich gerade in den entscheidendsten Momenten der Mann selbst überlassen sein, und es wird sich dann fragen: hat er die Eigen-

schaften, um nun freiwillig sich einem gemeinsamen Impulse anzuschließen und im Waffengebrauch das Richtige zu thun? Ich könnte dieses Beispiel auch auf andere Waffen ausdehnen, ich will mich aber damit begnügen, dies als meine innerste Ueberzeugung auszusprechen: es gibt keine andere Nation, die so viel Chancen für den nächsten Krieg in dieser Beziehung hat, wie die deutsche. (Bravo!)

Man kann, wenn man Streitkräfte vergleicht, nicht umhin, die Bevölkerungszahlen der Nationen in Rechnung zu stellen. Denn wenn ich einmal mit Ziffern rechnen muß — und für den letzten Teil des Krieges ist es unvermeidlich, da muß ich die Menschen alle gebrauchen; aber ich kann sie nicht alle auf einmal gebrauchen — wenn ich also mit solchen Ziffern rechnen muß, so muß ich zunächst fragen: wie steht es denn mit der Bevölkerungsziffer der Staaten? Und da hat man die Frage aufgeworfen: wie steht es denn nun mit dem Dreibunde? wird der Dreibund für den Fall — der, er mag noch so unwahrscheinlich sein, doch immerhin ins Kalkül gezogen werden muß —, daß unser östlicher Nachbar unserem westlichen Nachbar nicht mehr in so friedlicher Weise wie in Kronstadt die Hand reicht, stark genug sein? Ich glaube, wir können in dieser Hinsicht ruhig sein. Was die beiden anderen Staaten von ihrer Bevölkerung auf europäischem Boden haben, wird ungefähr dasselbe sein, was die drei Staaten zusammen zählen. Es ist also in dieser Beziehung eine gewisse Basis für eine Art von Gleichgewicht hergestellt. Aber auch in dieser Beziehung habe ich keine Sorge; denn wir Deutsche haben einen Faktor, der uns hoffen läßt, daß, wenn es not wird, wir unsere Armee verstärken können: die steigende Bevölkerungsziffer — alle Jahre werden in Deutschland mehr Männer geboren als im Jahr vorher, alle Jahre kommen in Deutschland mehr Leute zur Aushebung — gewährt die Möglichkeit, die Armee zu steigern, und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß im nächsten Winter die Regierungen mit diesem hohen Hause in Verhandlungen darüber eintreten werden, wie diese steigende Bevölkerungsziffer ausgenutzt werden kann, um auch unsere Wehrkraft entsprechend zu steigern.

Es war das nun die Zahlenseite, in Bezug auf die oft eine Beunruhigung Platz greift. Es gibt aber noch ein zweites Moment, aus dem der Laie leicht Beunruhigung saugt: das sind die Dislokationen. Man hat, während Frankreich seine Armee dislozierte, das bei uns ziemlich ruhig hingenommen; man beschäftigte sich noch nicht mit dieser Frage. Seit aber auch unser östlicher Nachbar angefangen hat, seine Truppen mehr nach Westen zu schieben, beunruhigt man sich über jedes Regiment, jede Division, die man vorschiebt. Meist geht eine solche Division wochenlang in den Zeitungen umher. Zuerst wird sie erwähnt dort, wo sie wegkommen soll, dann, wo sie hinkommen soll, dann kommen die einzelnen Regimenter wieder hervor und schließlich hat ein Teil der Deutschen die Ueberzeugung gewonnen, daß die russische Armee uns so nahe gekommen wäre, daß darin ein Grund zu ernsten Beunruhigungen läge. Es ist nicht zu verkennen, daß die Heeresverwaltung allen Anlaß hat, das zu thun, was sie thun kann, um, wenn es zum Kriege mit Rußland kommt, schnell zur Hand zu sein. Aber ich möchte den Herren, die in dieser Beziehung zur Beunruhigung neigen, den Vorschlag machen, sich einmal eines Zirkels und einer Karte zu bedienen, einer solchen Karte, wo die Garnisonen eingetragen sind. Sie können aus jedem genealogischen Kalender die Standquartiere der Generalkommandos in Deutschland und in Rußland entnehmen. Wenn Sie dann nun die russischen Truppen nehmen, die zu der Armee gehören, die an unserer Grenze steht, so werden Sie wahrscheinlich von der Garnison bis zur Grenze einen Raum bis zu 300 Kilometern bekommen. Nehmen Sie diesen Raum in den

Zirkel und setzen Sie ihn auf die preußische Grenze und messen Sie ab, wie viel Armeekorps liegen in Preußen und in Oesterreich auf demselben Raum, in dem diese, unsere Laien oft erschreckende Masse Russen liegt, so werden Sie die Erfahrung machen, daß diesseits der Grenze mehr liegen als jenseits. (Hört! hört!)

Wie leichtsinnig die Welt mit diesen Dingen umgeht, dafür ist mir vor einigen Tagen ein Beispiel in die Augen gefallen. Es ist durch die Zeitungen die Nachricht gegangen, ein russisches Armeekorps, dessen Garnison weit hinter Kiew, in Charkow, liegt, sei zu der Armee in Kiew geschlagen worden; diese Armee in Kiew sei bestimmt, gegen Oesterreich vorzugehen. Das Faktum mag richtig sein. Der Ort Charkow liegt aber, in der Luftlinie gemessen, zu dem nächsten Ort der österreichischen Grenze in der Richtung auf Lemberg, genau so weit ab, wie Koblenz in der Luftlinie gemessen über Posen von dem nächsten Ort der polnischen Grenze. (Heiterkeit.) Ich habe noch nicht gehört, daß ein Mensch das Dasein des Königlich preußischen VIII. Armeekorps in Koblenz als eine Kriegsdrohung für Rußland ansähe.

Dies alles führe ich an, um den nicht berechtigten Beunruhigungen entgegenzutreten. Ich will damit nicht sagen, daß unsere Armeeverwaltung nicht das äußerste einsetzen muß; ich will nicht verneinen, daß, wenn es hart auf hart kommt, wir großen Gefahren ausgesetzt sind. Aber beunruhigen können wir uns immer noch später, — so weit ist die Sache noch nicht. (Bravo!) Wenn ich eine Truppe zu führen hätte und wüßte, sie soll sich morgen schlagen, dann würde ich das Bestreben haben, sie heute nacht noch ruhig schlafen zu lassen. Und ich meine, wenn ein Zeitungsschreiber wirklich glaubt, wir wären so nahe vor dem Krieg, der thut klüger, er läßt Handel und Wandel ihren Gang gehen, als er beunruhigt seine Leser vor der Zeit und schwächt dadurch den nationalen Wohlstand, auf den wir doch angewiesen sind, wenn es mal zum äußersten kommt. (Sehr richtig!)

Ich bin also der Meinung, daß nach allen diesen Richtungen ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliegt, und ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich durch diese Aussprache dazu beigetragen hätte, die Beunruhigung wenigstens zu reduzieren. Der Pessimismus ist schwächlich. Ich glaube, die Regierungen, die man oft als schwächlich geschildert hat, sind es nicht in dem Maße, als diese Gefühle, von denen ich hier gesprochen habe. Will man uns aber der Schwäche zeihen, so soll man doch herauskommen; ich will Rede und Antwort stehen. Man soll sagen: was haben wir eigentlich gemacht, was hätten wir besser machen müssen, wo liegen die Fehler. Was nutzt das mir, mit dem Fragezeichen von dunklen Gefahren, von Maßregeln zu sprechen, die die Regierung wahrzunehmen nicht im stande ist. Klären Sie uns auf, — wir sind dabei; aber lassen Sie diese Art — möchte ich sagen — von unterirdischer politischer Taktik gegen eine Regierung, die, soweit mein Auge reicht, im stande ist, das zu vertreten, was sie gethan hat. Es existiert doch auch zwischen der Regierung und der Nation ein gewisses Wechselverhältnis, und ich glaube, es hat keine Nation um ihrer selbst willen ein Interesse, ihre Regierung ohne Not als schwächlich hinzustellen; und wenn ich auch für mich nicht plaidieren wollte, so bin ich der Meinung, die Nation, wenn sie sich selbst achtet, sollte etwas vorsichtiger mit solchen Angriffen gegen die Regierung sein. (Bravo!) Wir haben das aufrichtige Bestreben, nach außen mit allen anderen Nationen in Frieden zu leben. Es ist uns das bisher geglückt; ich wüßte nicht, warum es uns nicht weiter glücken sollte. Die deutsche Politik ist nach meinem Dafürhalten dadurch in einer sehr glücklichen Lage, daß sie sich auf eine gute Armee und auf eine Nation, die mit ihren sämtlichen Männern schließlich, wenn es sein muß, hinter der Armee steht, stützen kann; (Bravo!) und ich wüßte nicht,

warum diese Politik nicht im stande sein sollte, die Würde und das Ansehen Deutschlands unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. (Lebhaftes Bravo.)

Abgeordneter v. Keudell erklärt,

daß die Mitglieder der freikonservativen Fraktion durch den in Frage stehenden Artikel vollständig und in peinlicher Weise überrascht worden sind, und daß sie sich außer stande befinden, auf die Schriftleitung des „Deutschen Wochenblattes" irgend einen Einfluß auszuüben.

30. November. Der Abgeordnete Richter sagt im Fortgang der Etatsdebatte am Schlusse einer längeren Rede:

Nach alledem kann ich die Rede des Reichskanzlers unterschreiben mit dem Vorbehalt und der Ausschaltung des Punktes über die Militärfrage. Indessen wäre es falsch, wenn man nun aus diesem Grunde uns gewissermaßen für Caprivi-Leute ansieht, oder annehmen wollte, daß der Reichskanzler den freisinnigen Anschauungen sich genähert hat. Der Reichskanzler hat nach verschiedenen Fronten zu schlagen. Seine Rede befand sich auf einer anderen Front als auf der wir stehen. In einem kürzlich erschienenen Buch eines Verehrers des Fürsten Bismarck „Fürst Bismarck im Ruhestande" sind alle Aeußerungen des Fürsten Bismarck gesammelt, die er gegen seinen Nachfolger gethan hat. Herrn Caprivis Rede hat diesen Strauß Blume für Blume zerpflückt. Und wenn wir an seiner Rede nichts auszusetzen haben, so kommt es daher, weil wir mit der Opposition des Fürsten Bismarck nichts gemeinsam haben, und weil sich unsere Front auf der anderen Seite dem Reichskanzler gegenüber befindet. Der Reichskanzler hat seinerseits schon als Kriegsmann gar keine Veranlassung, sich gleichzeitig auf zwei Fronten zu engagieren; aber ich zweifle darum nicht, daß auch unserer Front im Laufe der Session die Gefechte nicht erspart werden. Die Gegensätze, die ihn von uns trennen, sind folgende: Wir sind, soweit ich unterrichtet bin, nicht Gegner der Richtung, welche er in der Polenpolitik eingeschlagen hat. Ich meinerseits mache dabei dem Reichskanzler den Vorwurf, daß die Konsequenz der neuesten Maßnahmen auch dahin führen muß, daß das Hundertmillionengesetz abgeschafft wird. Unsere Bedenken in Bezug auf die preußische Politik beziehen sich in erster Reihe auf den Volksschulgesetzentwurf. Wir müssen fürchten, daß der noch unannehmbarer ausfällt als der vorjährige nach der verbindlichen Haltung des neuen Kultusministers gegenüber der orthodoxen Generalsynode. Die Gegensätze bestehen auf dem Gebiete des Einkommensteuergesetzes und des Rentengütergesetzes. In der Reichspolitik bedauern wir es, daß er die sozialpolitische Erbschaft seines Vorgängers übernahm, daß er das Invaliditätsversicherungsgesetz zur Ausführung bringt. Wir bedauern die Erweiterung des Krankenkassenzwanges, weil wir in allen diesen Maßnahmen eine Verdrängung des freien Versicherungswesens erblicken und befürchten müssen, daß die Wirkung des Gesetzes immer mehr Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung an den Staat erweckt. Wir sind zweitens Gegner auf dem Gebiete der Kolonialpolitik. Nachdem der Reichskanzler zuerst sie extensiv eingeschränkt, hat er sie in der letzten Zeit intensiv stärker entwickelt trotz der bösen Erfahrungen, die wir in dieser letzten Zeit fortgesetzt gemacht haben. Wir bedauern auf dem Gebiet des Marinewesens, daß der Reichskanzler dem Staatssekretär Hollmann, der sich selbst als einen rabiaten Fachmann bezeichnet hat, derart die Zügel schießen läßt, daß er Erweiterungsplänen zustimmt, die wir für unvereinbar halten mit unseren finanziellen Verhältnissen und auch mit dem Rahmen, der für die Marine berechtigt ist.

Wir sind vor allem Gegner des Reichskanzlers darin, daß er trotz der hohen Kornpreise, der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, die Zölle aufrecht erhält. Wir freuen uns, daß er eine Ermäßigung mittelst der Handelsverträge anbahnt, aber wir halten diese Ermäßigung für in keiner Weise ausreichend, um die Teuerungsschäden zu beseitigen. Dadurch wächst die Unzufriedenheit weiter in dem Maße, als man neue Militärlasten aufbürdet, während auf der anderen Seite die Erleichterungen durch Preisgebung der Verteuerungspolitik abgelehnt werden. Die Frage der Aufhebung der Kornzölle ist nicht bloß eine Lebensfrage der Nation, sondern auch insbesondere eine Wehrfrage. Die Zunahme der Bevölkerung wird wesentlich bedingt von der Wohlfeilheit der Lebensmittel, und jede Verteuerung hat eine nachteilige Rückwirkung darauf. Der Getreidebau in Deutschland kann nicht mehr erweitert werden. Wenn Deutschland gleichwohl eine fortschreitende Bevölkerung haben muß, und der Reichskanzler darauf seine Pläne bezüglich der Wehrkraft stützt, so ist das nur möglich in dem Maße, wie sich die Industrie in unserem Lande entwickelt und der industriellen Entwickelung wird ein Hemmnis geschaffen dadurch, daß nirgends in der Welt das Brot so teuer ist, als bei uns. Darum muß der Kornzoll so bald als möglich abgeschafft werden, und ehe das nicht geschieht, ist kein Friede zwischen uns und dem Reichskanzler. (Lebhafter Beifall links.)

2. Dezember. In den „Preußischen Jahrbüchern" wird unter entschiedener Verteidigung der Regierung und ihrer objektiven Maßregeln die Mißstimmung in der Bevölkerung folgendermaßen besprochen.

„Das Wort des Kaisers voluntas regis suprema lex esto hat eine Aufregung hervorgerufen und eine Stimmung, wir könnten nicht sagen, erzeugt, sondern zutage gebracht, die die schwersten Besorgnisse erweckt. Wir haben früher einmal ausgeführt, daß es im Wesen einer starken Monarchie, wie wir sie in Deutschland haben und haben wollen, liegt, daß auch die Subjektivität des Monarchen mit all ihren Zufälligkeiten stark zur Geltung kommt. Wer die Anregung, die von einer solchen Persönlichkeit auf dem Thron auf das ganze Staatsleben ausgeübt wird, dankbar empfindet, muß es auch in Kauf nehmen, wo sie eine Tendenz einschlägt, die ihm nicht zusagt. Jeder subjektive Wille aber erweckt Widerspruch, und wer die Augen offen hat, kann nicht verkennen, daß dieser Widerspruch im deutschen Volke stärker und stärker wird. Die Behandlung der Schulfrage, die Unterschrift „sic volo, sic jubeo", die Rede in Düsseldorf, die Ansprache an die Korpsstudenten in Bonn, das Telegramm an Herrn v. Helmholtz haben viel Murren und Kopfschütteln hervorgerufen. Das voluntas regis suprema lex aber hat gewirkt wie eine Kriegserklärung. Es ist ja ganz klar, daß eine Kundgebung damit nicht beabsichtigt war. Absolutismus oder auch nur Verstärkung der monarchischen Gewalt sind in Deutschland so schlechterdings unmöglich, daß niemand hier auch nur an eine Gefahr glaubt, geschweige, daß sie wirklich bestände oder an Allerhöchster Stelle auch nur der leiseste Schimmer einer solchen Absicht vorläge. Man braucht sich dafür auf jene schönen, feierlichen Worte der ersten Thronrede des Kaisers gar nicht zu berufen. Dennoch hat jenes Wort einen wahren Sturm erregt. Die Presse ruft die Verfassung an, fragt: wo sind die konstitutionellen Minister, und wettert gegen den Byzantinismus. Die Beamten raunen sich mit finstern Mienen scharfe Bemerkungen zu. Die Professoren flechten in ihre Vorlesungen historische und staatsrechtliche Betrachtungen ein, daß von je der Germane ein Königtum, aber kein unumschränktes gehabt habe. Die Geistlichen haben

die Gelegenheit wahrgenommen, am letzten Sonntag zu predigen über den Spruch, daß das höchste Gesetz der Wille Gottes sei. Selbst die Offiziösen haben in ihren verlegenen Ausreden gezeigt, daß sie im Grunde dasselbe denken. Warum der Sturm, da es sich doch thatsächlich nur um ein Wort, um durchaus nichts Konkretes, keine Absicht, keinen Plan, kein Symptom handelt, das irgend etwas neues ahnen ließe? Wir wollen uns nicht scheuen, es auszusprechen: die Aufregung ist deshalb so groß, weil die öffentliche Meinung jenen Spruch als eine Art Beleidigung empfunden hat und weil damit eine bereits vorhandene Stimmung zum Ausdruck gebracht worden ist. Man hat das zufällige Wort nur als den Exponenten des subjektiven monarchischen Willens aufgefaßt, dem man sich rüstet, Widerstand zu leisten. Hier liegt für die Zukunft eine Gefahr, die gar nicht ernst genug genommen werden kann. Zunächst muß diese Stimmung den spezifisch monarchisch gesinnten Parteien zum Verderben gereichen. Ihnen traut man nicht zu, daß sie willkürlichen Unternehmungen und Forderungen genügenden Widerstand entgegensetzen, und wendet sich lieber den Parteien zu, deren Kraft in der Opposition liegt. Jener ganze gebildete Mittelstand, der sich in den 70er und 80er Jahren um Kaiser Wilhelm den Alten und den Fürsten Bismarck geschart, die konservativen Parteien verstärkt, in zahlreichen Wahlkreisen den Ausschlag gegeben hat, wird sich aus dem politischen Leben zurückziehen oder zur Opposition übergehen. Die radikalen Elemente auf der Linken können die Oberhand gewinnen, und dann steht der Verfassungskonflikt vor der Thür. Nicht die sachlichen Streitpunkte, man kann es nicht oft genug wiederholen, sondern allein die Wiederbelebung des konstitutionellen Machtstreits birgt die Gefahr für die Zukunft. Das Aufkommen einer dem Monarchen persönlich widerstrebenden Stimmung muß unser politisches Leben im innersten vergiften. Es ist ein höchst merkwürdiger Seelenzustand, in dem sich unser Volk befindet. Die thatsächliche Ueberlieferung wie die konstitutionelle Doktrin stimmen darin überein, daß die Opposition sich nicht gegen den Monarchen, sondern gegen die Minister richten soll. Es ist in diesem Augenblick geradezu umgekehrt. Die Minister sind anerkannt vorzügliche Männer, die kaum hier und da eine Anfechtung erleiden. Dennoch ist das Volk in einer nicht bloß mißmutigen, sondern geradezu aufgeregt oppositionellen Haltung, die Konservativen, weil der Kaiser zu liberal ist, die Liberalen, weil sie ein konstitutionelles und kein persönliches Regiment wollen. Was der Kaiser will und was den eigentlichen Inhalt der gegenwärtigen Regierung bildet, darf man vielleicht als aufgeklärten Konservatismus bezeichnen. Was das Volk argwöhnt und wogegen es im Begriff ist, Front zu machen, dürfte man mit jenem Ausdruck des vorigen Jahrhunderts den aufgeklärten Despotismus nennen. Welcher von beiden Begriffen die Oberhand behält, davon wird das Schicksal Deutschlands in der nächsten Epoche wesentlich abhängen.

In der gesamten deutschen Presse ohne Unterschied der Parteien findet diese Schilderung Zustimmung.

3. Dezember. Generalsynode. Als Abschluß der Session erfolgt die Wahl des Generalvorstandes und des Synodalrates.

Es mußte von einer Wahl durch Akklamation abgesehen und zur Zettelwahl geschritten werden. Bei der Wahl des Vorsitzenden fallen 97 Stimmen auf den Wirkl. Geheimrat v. Kleist-Retzow, 71 Stimmen auf den Fürsten Stolberg. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde durch Akklamation Generalsuperintendent D. Schultze gewählt. Als Beisitzer wurden von 166 gültigen Stimmen gewählt: die Synodalen Frowein mit 165 Stimmen, Holtzheuer mit 154 Stimmen, Köstlin mit 163 Stimmen, Gra[illegible]

Zieten-Schwerin mit 94 Stimmen (gegen welchen auf den Synodalen Stöcker 72 entfielen) und Synodale Keßler mit 163 Stimmen. Das Unterliegen des Synodalen Stöcker ruft in einem Teile der Synode große Bewegung hervor. Als stellvertretende Beisitzer werden durch Akklamation gewählt die Synodalen: von Wedell, Graf Rothkirch-Trach, Altmann, Hahn (Berlin), Künstler.

10. Dezember. (Reichstag.) Erste Beratung der Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien.

Reichskanzler v. Caprivi:

Die Zoll- und Handelsverträge, welche den Gegenstand der heutigen Tagesordnung bilden, werden, wie ich mit Bestimmtheit annehmen kann, zur Stunde um einen vierten, um den mit der Schweiz, vermehrt worden sein. (Bravo!)

Ich darf voraussetzen, daß die diese Verträge begleitende Denkschrift dem hohen Hause bekannt ist. Sie legt dar, wie die Zölle von 1879 entstanden waren, wie sie 1885 und 1887 erhöht worden sind, und wie sie auf das Deutsche Reich und auf das Ausland wirkten; wie die Wirkung zuerst in Deutschland eine nach allen Richtungen befriedigende war, wie aber allmählich in dem Maße, als andere Staaten dasselbe System annahmen, die Vorteile desselben sich für das Deutsche Reich in Nachteile verkehrten.

Die autonome Feststellung von Zöllen, die Feststellung unseres Zollsystems nach unserem eigenen Bedürfnis, ohne Fremde zu hören und zu berücksichtigen, hat den großen Vorteil gehabt, daß die heimische Industrie erstarkte und sich in einer Weise entwickelte, begünstigt von dem Aufschwung der Technik, von dem Vorhandensein verfügbarer Kapitalien, wie sie es bis dahin nicht gekannt hatte. Je mehr die Industrie aber auf den inneren Markt beschränkt wurde, desto mehr traten mit der Zeit auch Schattenseiten dieses Systems hervor, nämlich, daß der Markt überfüllt wurde, daß eine Ueberproduktion eintrat, daß also diese hochgesteigerte Industrie anfing, wenn auch diese Anfänge bisher nur schwache gewesen sind, in Verlegenheit um den Absatz zu geraten.

Neben den autonomen Zöllen war charakteristisch für das bisherige Verfahren das Bestreben, das Meistbegünstigungsrecht von anderen Staaten zu erwerben. Art. 11 des Frankfurter Friedens gewährt Frankreich und Deutschland wechselseitig in einem gewissen Umfange die Meistbegünstigung. Beide Länder schienen anfangs davon Vorteil zu ziehen, bis man dann auf der anderen Seite zu der Ansicht kam, daß die ausgedehnte Meistbegünstigung, die dann infolge von Verträgen, welche mit dritten Staaten abgeschlossen wurden, auch denen zu teil wurde, ihre Nachteile hätte. Und so fing auch diese gute Seite des Systems an, sich in eine ungünstige Seite zu verkehren; aus der Meistbegünstigung wurde allmählich eine Gesamtbeschädigung.

Um nicht einzelne Vorteile gewähren zu müssen, entschloß sich in erster Linie unser westlicher Nachbar — darin aber werden ihm voraussichtlich andere Staaten folgen — dazu, auch Deutschland nichts mehr zu gewähren, und wir sehen im Augenblick in Frankreich einen Maximal- und Minimaltarif entstehen, von denen selbst der Minimaltarif einem Prohibitivzoll ziemlich gleichkommt.

In unseren Absatzmärkten beschränkt zu werden, ist für Deutschland im höchsten Grade empfindlich. Wir haben einen weitausgedehnten Handel; wir führen jährlich für etwas über 4000 Millionen Mark fremde Waren ein und führen nur für etwas über 3000 Millionen Mark eigene Waren

aus. Es bleibt also zwischen Ausfuhr und Einfuhr eine Differenz, die 800 Millionen übersteigt. Was wir vom Auslande einführen, brauchen wir; es sind zum großen Teil unentbehrliche Nahrungsmittel, für unsere Industrie unentbehrliche Rohprodukte und Halbfabrikate. Wir müssen in der Lage sein, diese Dinge zu bezahlen; und um sie bezahlen zu können, haben wir in der Hauptsache nur ein Mittel: indem wir unsere Fabrikate dahin geben, woher wir diese Rohprodukte, diese Nahrungsmittel empfangen haben. Wenn wir nun aber um 800 Millionen Mark jährlich weniger ausführen, als wir einführen, so kommen wir mit dem, was man gemeinhin die Handelsbilanz nennt, in Verlegenheit: wir sind auf die Dauer nicht im stande, das zu bezahlen, was wir brauchen, um zu leben und um unsere Industrie in schwunghaftem Betriebe zu erhalten. Das ist ein Uebelstand, der sich voraussichtlich von Jahr zu Jahr mehr geltend machen wird, weil unsere Bevölkerung steigt; wir haben mehr Menschen im Inlande zu ernähren, und wir müssen für mehr Hände Arbeit schaffen. Es ist also die Abnahme oder die nicht mehr hinreichende Zunahme, die nicht mehr im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer stehende Zunahme des Exports, eine Kalamität, der vorzubeugen wir bestrebt sein müssen. Schon in der Allerhöchsten Botschaft vom 4. Februar 1890 war gesagt worden:

> Der Rückgang heimischer Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter brotlos machen.

Das trifft sicherlich noch heute zu und nötigte die verbündeten Regierungen, sich umzusehen, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden könnte.

Das erschien sehr bald zweifellos, daß auf dem bisherigen Wege fortzugehen, der Ruin nicht nur unserer Industrie, unseres Arbeiterstandes, sondern auch vielleicht des Staates sein würde. Wir können die Frage nicht so stellen: wollen wir Freihandel treiben oder wollen wir Schutzzoll haben? Ich glaube, daß das doktrinäre Begriffe sind, die durch die thatsächliche Entwickelung überholt worden sind. Es handelt sich heutigen Tages darum, die Mittel zu finden, die für dies Land zur gegenwärtigen Zeit die geeignetsten sind, um seine Landwirtschaft lohnend zu erhalten, seine Industrie im Betriebe zu wissen und seinen Arbeitern Arbeit zu geben. Auf dem bisherigen Wege würden wir nicht weiter gekommen sein. Bei der Tendenz, sich abzuschließen, die, wie ja bekannt ist, Rußland, Amerika und Frankreich haben, wird, wenn wir ferner in der Abschließung verharren, oder, was wahrscheinlich eine Folge dieses Verharrens würde sein müssen, noch weiter in der Abschließung gingen, die Folge sein ein Krieg Aller gegen Alle, — alle europäischen Staaten würden sich gegen einander abzuschließen suchen. Das läßt sich machen; aber wenn wir auch im stande sind, uns abzuschließen gegen andere, so sind wir nicht im stande, uns auf die Dauer selbst zu genügen. Wir sind auf den Austausch von Produkten und Waren mit anderen Staaten durch die Naturgesetze, durch unsere Ausdehnung, unser Klima, unseren Boden unweigerlich angewiesen. Wenn wir den Versuch machen wollten, bei dem bisherigen Verfahren zu bleiben, so würde bei dem immer erbitterter werdenden Kampfe ums Dasein zweifellos Deutschland in einiger Zeit in die Lage geraten, einen Betrieb nach dem anderen einstellen zu müssen. Die verbündeten Regierungen konnten daher nicht in Zweifel sein, daß, so wie die Dinge sich entwickelt hatten, eine weitere Fortsetzung des Weges, den wir eingeschlagen, unthunlich war.

Handelt es sich nun aber nicht um Freihandel und Schutzzoll, so blieb nur ein Mittel übrig: den Versuch zu machen, Tarifverträge mit anderen Staaten abzuschließen, auf diesem Wege unser Absatzgebiet zu erweitern, neue Märkte zu gewinnen und das, was unsere Industrie im Inlande nicht

mehr finden konnte, was sie im Auslande, welches sich, wie die vorgenannten Staaten, auf die Dauer gegen uns abschließen zu wollen scheint, verlor, — das zu ersetzen durch eine Vereinigung mit anderen naheliegenden Nationen. Ich kann nicht zugeben, daß wir damit einen neuen Weg eingeschlagen hätten, daß das etwas bis dahin nicht Vorhergesehenes wäre. Als im Jahre 1878 die 204 sich um Varnbüler schaarten und die erste Anregung zur Verstärkung nationaler Arbeit, wie man sich damals ausdrückte, gaben, haben sie in einer Denkschrift ausgesprochen: „die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik dürfen nicht lediglich nach den Schlagworten von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden; es komme vielmehr darauf an, die wirklichen unvermeidlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntnis, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen". Die jetzige Regierung adoptiert diesen Satz vollkommen. Das ist es, worauf es ankommt: auszugleichen zwischen den Interessen mit Vaterlandsliebe. Ebenso ist in den Motiven, die dem ersten Gesetz von 1879, durch das die Zölle erhöht wurden, beigegeben wurden, ausgesprochen worden, daß überall sorgsam in Erwägung gezogen werden müsse, daß die Exportfähigkeit der deutschen Industrie erhalten bleibe.

Diese ersten und nach meiner Ueberzeugung klaren und noch heute richtigen Gesichtspunkte, die der bis zur Stunde geltenden Zollpolitik zugrunde lagen, sind mit der Zeit leider und vielfach durch Schlagworte verwischt und in den Hintergrund verdrängt worden. Wir wollen sie wieder voranstellen und wollen darauf auch die künftige Politik aufbauen. Das ist nicht anders möglich, als indem Konzessionen gemacht werden, Konzessionen zunächst im Innern. Wie aber diese Männer zu Varnbüler sagen: die Vaterlandsliebe muß zuletzt das Entscheidende sein, — so sind auch wir der Meinung, Handelsverträge mit anderen Staaten sind nicht abzuschließen so, daß in beiden Staaten alle Teile befriedigt sind und sich darüber freuen. Das ist nicht möglich. Es müssen die Staaten einander Konzessionen machen, und ebenso müssen die Interessengruppen im Innern eines Staates gegen einander Konzessionen machen um des Staates, um des Ganzen willen.

Wir müssen wünschen, daß bei jeder Betrachtung dieser Verträge der Standpunkt festgehalten wird, daß es auf das Ganze ankommt. Gegenüber dem gesteigerten Wert und dem gesteigerten Impuls der wirtschaftlichen Betriebe ist eine Regierung mehr vielleicht noch als früher genötigt, in erster Linie immer das Ganze im Auge zu behalten. Die verbündeten Regierungen werden keinen Augenblick vergessen, was sie den einzelnen Erwerbszweigen schuldig sind, was der Staat ihnen verdankt, wie eng sein Wohl mit ihrem Gedeihen verknüpft ist. Aber es ist ein alter Satz, daß jede Vereinigung, selbst die Familie, den Egoismus des Einzelnen verstärkt und zum verstärkten Ausdruck kommen läßt. Was ein einzelner sich nicht gestatten würde, glaubt er für die Genossenschaft, in der er steht, verlangen zu können. So geht es auch mit den wirtschaftlichen Interessentengruppen: sie steigern den Egoismus und bringen ihn zu einem unverhohlenen Ausdruck. Das ist gut, — dagegen ist nichts zu sagen; sie sind berechtigt, es zu thun. Aber je schärfer sie das selbst thun, je schärfer sie ihre eigenen Interessen zur Geltung bringen, um so mehr muß die Regierung darüber wachen, daß der Standpunkt des Ganzen nicht geschädigt wird.

Wir können von den vorliegenden Verträgen, wenn sie Ihre Zustimmung und die Zustimmung der Parlamente derjenigen Staaten, mit denen wir die Verträge abgeschlossen haben, finden werden, nicht erwarten, daß die Wirkung eine plötzliche sei; das kann nur langsam geschehen: langsam nur werden die Konsumenten hier und da billiger kaufen, langsam nur wird die Industrie neue Wege finden, hier und da andere Maschinen erwerben, sich auf einen veränderten Betrieb einrichten. Es ist aber sehr schwer,

wenn ein Wagen zwölf Jahre in einem Geleise gegangen ist, in ein anderes Geleise zu kommen, selbst wenn das andere dicht neben dem ersten liegt. Es ist deshalb für die Wirksamkeit der Verträge ein längerer Zeitraum ins Auge gefaßt worden.

Noch ein anderes Motiv sprach dafür: der Wunsch, den Betrieben der Landwirtschaft und der Industrie diejenige Stetigkeit zu geben, deren sie unbedingt bedürfen. Darüber stimmt alles, was über Industrie geschrieben ist, von den wissenschaftlichen Werken bis zu den Berichten der Handelskammern überein: die erste Forderung für jede Industrie ist, daß sie mit längeren Zeiten rechnen kann, daß sie weiß, worauf sie sich einzurichten hat; werden ihr solche längere Zeiten gegeben, so findet sie Mittel und Wege, den Anforderungen gerecht zu werden.

Wenn auch nicht in so hohem Grade, gilt das auch von der Landwirtschaft. Einmal ist die Landwirtschaft heutzutage selten ein ganz isoliertes Gewerbe; sie ist vielfach mit der Industrie verbunden, sie hat auch die Schwierigkeit zu überwinden, daß sie in der Regel ihr Kapital jährlich nur einmal umsetzt, während die Industrie an einen häufigeren Umsatz gewöhnt ist. Aber auch die Landwirtschaft muß wissen, wie sie auf ihren Betrieb sich einrichten kann; sie muß ungefähr auf eine Reihe von Jahren hinaus wissen können, wie sich die Preise, soweit sie überhaupt vorher zu übersehen sind, gestalten werden.

Dies sind die Motive, die die verbündeten Regierungen veranlaßt haben, von dem bisherigen Wege abzugehen, zu dem Abschluß von Tarifverträgen überzugehen und für diese Tarife eine zwölfjährige Dauer festzusetzen.

Es bleiben nun noch einige Wirkungen der Verträge zu erwähnen und einige Bedenken zu berichtigen, die in der Presse bereits hervorgehoben sind. Es ist sehr natürlich, daß man sich fragt: wie wird denn die Wirkung dieser Verträge auf unsere Finanzzölle sein? jeder Mensch weiß, daß, wenn man die Zölle herabsetzt, eine Verminderung der Einnahmen des Reiches, wenigstens zunächst, entstehen muß. Es sind Beilagen der Denkschrift angefügt, die es erleichtern, sich eine Uebersicht darüber zu verschaffen, wie die vorgeschlagene Herabsetzung auf die Finanzzölle wirken würde. Man wird im allgemeinen annehmen können, daß, wenn man nur die Wirkung, welche die Verträge, wie sie jetzt vorliegen, auf unsere Finanzzölle haben würden, ins Auge faßt, dann ein Ausfall von etwa 9 Millionen Mark jährlich in den Einnahmen des Reiches entstehen würde. Geht man weiter, und begreift man diejenigen Staaten mit ein, die dadurch, daß sie das Recht der Meistbegünstigung haben, von diesen Maßregeln ohne weiteres Vorteil haben würden, so würde der Betrag sich auf 17 bis 18 Millionen Mark stellen.

Man hat weiter an uns die Frage gerichtet: wie wird es denn mit der differentiellen Behandlung anderer Staaten? Es liegt auf der Hand, daß diejenigen Staaten, die das Recht der Meistbegünstigung noch über den 1. Februar nächsten Jahres hinaus genießen, ohne weiteres in die Meistbegünstigung auch den neuen Vereinbarungen gegenüber eintreten werden. Es kommt dann eine Reihe von Staaten, mit denen wir neue Verträge abschließen müssen; da wird das Bestreben der verbündeten Regierungen dahin gehen, nichts zu geben, ohne gleichwertige Konzessionen zu bekommen.

Es bleiben dann übrig Amerika und Rußland. Ueber Rußland zu sprechen scheint mir zur Zeit entbehrlich. Der beklagenswerte Notstand, der die russische Regierung genötigt hat, eine Sperre für Getreide eintreten zu lassen, wird voraussichtlich nicht so bald gehoben werden; und so lange der Notstand nicht gehoben ist, hat es keinen Wert, sich die Frage vorzulegen,

was dann Rußland gegenüber geschehen soll. Wir selbst sind nicht einmal im stande, jetzt abzusehen, wie um die Zeit unsere eigene Lage, unsere künftigen Ernten, unsere Vorräte sich gestalten werden.

Was aber die Vereinigten Staaten von Nordamerika angeht, so werden Sie aus der Denkschrift oder aus dem Abdruck von Aktenstücken, der dem hohen Hause vorgelegt worden ist, ersehen können, daß bei den Verhandlungen über die Einfuhr des Schweinefleisches auch diese Frage zur Sprache gekommen ist, daß die verbündeten Regierungen, die im Jahre 1885 den Standpunkt eingenommen haben, daß Nordamerika zu den meistbegünstigten Staaten für uns gehört, keinen Anlaß hatten, die Frage jetzt anzuregen, ob die amerikanische Auffassung der Meistbegünstigung, die in mancher Beziehung von der deutschen abweicht, hier zur Geltung kommen soll. Wir sind ohne weiteres auf dem Standpunkt von 1885 stehen geblieben, haben Amerika das Recht der Meistbegünstigung in dieser Beziehung zugesprochen, und wie Sie aus dem Abdruck ersehen werden, haben wir dafür die Zusicherung gewonnen, daß unser Zucker, dessen Export nach Amerika etwa 60 Millionen Mark jährlich beträgt, von den prohibitiven Gesetzen, die in Amerika gegeben worden sind und eine diskretionäre Gewalt in die Hand des Präsidenten legen, nicht betroffen werden werde.

Man hat dann geglaubt bemängeln zu müssen, daß die verbündeten Regierungen bei dem Abschluß dieser Verträge vorgegangen seien, ohne hinreichend Sachverständige zu hören. Das ist nicht der Fall. Im Reich und in Preußen sind drei Behörden verpflichtet, sich unausgesetzt mit den Fragen der Handelspolitik zu beschäftigen: das Reichsamt des Innern, die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes und das preußische Handelsministerium; in gleicher Weise geschieht das in den verbündeten deutschen Staaten für ihren Handel. Seit langen Jahren war das Material, das aus den Berichten der Handelskammern, aus der Litteratur, der Presse, Petitionen hervorgeht, so gesichtet worden, daß es, als wir die ersten Schritte zu diesen Verträgen thaten, bereit da lag; man brauchte nur aufzuschlagen, so war abzusehen: wie haben sich die Interessenten, wie hat sich die öffentliche Meinung über diese Dinge ausgesprochen. Damit aber nicht genug: wo im Laufe der Verhandlungen Fragen auftraten, die schwierig, zweifelhaft sein konnten, sind Sachverständige gehört worden.

Es ist nun weiter gesagt: warum hat man denn die Verhandlungen geheim betrieben? es wäre doch besser gewesen, öffentlich zu verhandeln und der öffentlichen Meinung, den besser unterrichteten Interessenten Gelegenheit zu geben, auch während der Verhandlungen ihr Scherflein dazu zu geben. — Ich muß gestehen, daß ich der Meinung bin, daß, wenn die verbündeten Regierungen so verfahren wären, günstigstenfalls am Ablauf der 12 Jahre, für die jetzt der Vertrag gelten soll, ein Vertrag zu stande gekommen wäre. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Es ist absolut unmöglich, dergleichen bei offenen Thüren zu verhandeln.

Ich habe dann in der Presse gelesen, man hätte doch warten sollen, bis die Valuta bei uns anders geregelt wäre, oder bis sie in Oesterreich anders geregelt wäre. Ich weiß nicht, welche Chancen bei uns die Regelung der Valuta hat. Aber ich glaube, daß im ganzen, selbst wenn der Bimetallismus in der öffentlichen Meinung Fortschritte machte, die Zahl der Menschen sehr gering sein wird, die die Behauptung aufstellen möchten, daß wir im gegenwärtigen Augenblick ohne die Teilnahme von England im stande wären, unsere Währung zu ändern. Wann Oesterreich seine Währung einmal ändern wird, weiß ich gar nicht; das aber weiß ich, daß weder Oesterreich noch wir, selbst wenn wir wollten, bis zum 1. Februar 1892 im stande gewesen wären, eine Veränderung der Währung vorzunehmen.

„Nun, dann hättet ihr ja mit dem bisherigen Vertrage noch eine Zeit lang weiter leben können, bis die Valuta geändert wäre“, — sagen die bimetallistischen Fanatiker. Auch das war nicht möglich. Wenn wir noch länger hätten mit dem Vertrage warten wollen, so würde, ich möchte sagen, von Monat zu Monat die Zahl der Staaten zugenommen haben, die in die andere Richtung verfallen wären, die sich mit chinesischen Mauern umgeben hätten: der Kampf würde immer erbitterter geworden sein; und wenn wir dann endlich fertig geworden wären, so würden wir niemand mehr gefunden haben, der geneigt gewesen wäre, mit uns einen Tarifvertrag abzuschließen.

Ich habe dann in der Presse, vorherrschend in der agrarischen, die Frage gefunden: ja, die Regierung bindet sich nach oben, indem sie den Zoll für Weizen und Roggen auf 1,50 festsetzt (Zuruf rechts) — um 1,50 verringert, auf 3,50 festsetzt — sie soll sich auch nach unten binden! wir wollen wissen, daß in diesen 12 Jahren der Zoll nicht weiter ermäßigt werden wird! — Meine Herren, keine Regierung ist im stande, vorauszusagen, was sie in 12 Jahren thun wird. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Ich lehne das ab. (Bewegung rechts.)

Ich bin aber der Meinung, daß auch die Agrarier keinen Grund haben zu glauben, daß es in der Absicht der verbündeten Regierungen läge, sie zu schädigen. (Bewegung rechts.) Als im Frühjahr dieses Jahres im preußischen Abgeordnetenhaus Verhandlungen über den sogenannten Notstand vorgenommen wurden, war eine so starke Strömung für eine zeitweise Herabsetzung der agrarischen Zölle da, daß, wenn die preußische Regierung nur einen Finger hingegeben hätte, ich glaube, es zu einem ziemlich einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses dahin gekommen sein würde, daß die Zölle auf Zeit herunterzusetzen wären. (Sehr richtig! links.) Dem hat die preußische Regierung widerstanden und hat dem ganz allein widerstanden. Wir haben monatelang Hohn und Spott ertragen; wir sind in der Presse im Katheederton belehrt und im Straßenton verspottet worden, und es ist uns gleichgiltig geblieben. (Sehr richtig!) Wir haben festgehalten. Ich will den Agrarier sehen, der behaupten kann, daß er mehr für die Erhaltung der Zölle gethan hat als diese Regierung! Hätten wir damals nachgegeben, und wäre dann zum zweitenmale eine mäßige Ernte eingetreten, so wären die agrarischen Zölle auf Nieundnimmerwiedersehen verloren gegangen. (Sehr richtig! links.) Ich lehne also jede Provokation von dieser Seite entschieden ab. (Lebhaftes Bravo im Zentrum und links. Bewegung rechts.)

Ich verkenne nicht, daß die deutsche Landwirtschaft sich in einer schwierigen Lage befindet. Es ist begreiflich, wie sie da hinein gekommen ist, und es liegt mir fern, einzelnen oder Generationen von Landwirten die Schuld beizumessen. Durch Verbesserung der Kommunikationsmittel, durch die Benutzung des Dampfes traten Staaten, Reiche, die bisher auf dem deutschen Markt mit Getreide nicht hatten erscheinen können, anbietend auf. Die deutsche Landwirtschaft verlor dadurch einen Schutz gegen fremde Konkurrenz, den sie bisher in ihrer geographischen Lage gefunden hatte. So lange es weder Eisenbahnen noch Dampfschiffe gab, kam ein mäßiges Quantum fremden Getreides vielleicht die Flüsse herunter oder auf Segelschiffen in die Häfen; das alles war, um so mehr, als die Getreideproduktion damals zur Bevölkerungszahl in einem viel günstigeren Verhältnis stand, nicht im stande, den inländischen Getreidebau zu gefährden. Erst als das entstand, was man jetzt den Weltmarkt nennt, wurde die deutsche Landwirtschaft gefährdet. Sie hat mit hohen Gestehungskosten zu rechnen: der deutsche bestellbare Boden trägt nicht mehr, ohne gedüngt, zum Teil auf kostspielige Weise gedüngt zu sein. Die deutschen Löhne stiegen allmählich; die Ausgaben, die in der letzten

Zeit auch von der Landwirtschaft für die sozialen Fragen verlangt worden sind, erschwerten ihr das Dasein; so wurde ihre Lage nach und nach immer schwieriger; es wurde ihr schwer, die Gestehungskosten herauszuwirtschaften.

Es war natürlich, daß unter diesen Verhältnissen die deutsche Landwirtschaft sich nach einem Schutze umsah, und daß sie diesen Schutz in den Zöllen fand. Auch heute ist die Lage noch so, daß sie diesen Schutz nicht entbehren kann (sehr richtig! rechts); sie würde noch heute gegenüber den Reichen, die entweder auf jungfräulichem Boden billig bestellen oder die Arbeitskräfte sehr gering zu lohnen brauchen, nicht konkurrenzfähig bleiben, wenn sie nicht geschützt würde. (Sehr richtig! rechts.)

Es liegt nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen, wie die Vorlage ja zeigt, diesen Schutz aufzuheben; auf der anderen Seite ist es zweifellos, daß die Schutzzölle im allgemeinen das für die Landwirtschaft nicht gewirkt haben, was man voraussetzte; sie haben vielleicht vor einem allzu plötzlichen Schwanken nach unten, vor einem jähen Niedergang bewahrt, — aber befriedigt haben sie wohl erst im letzten Jahre, wo sehr hohe Zölle mit Kalamitäten in anderen Ländern und einer mäßigen Ernte im eigenen Lande zusammenfallen.

Auch räumlich ist die Wirkung der Schutzzölle eine verschiedene gewesen. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich ausspreche, daß sie am wenigsten unseren östlichen Provinzen genützt haben. (Sehr richtig! links.) Auf den inneren Markt durch die Schutzzölle angewiesen, im äußeren Export beschränkt, mußten unsere östlichen Provinzen ihre landwirtschaftlichen Produkte dahin bringen, wo innerhalb Deutschlands ein starker Bedarf war, wo der Bedarf die Produktion überstieg, also nach dem Westen. Schlugen sie dazu den Weg der Eisenbahn ein, so hatten sie eine hohe Fracht zu bezahlen; das Getreide wurde teuer, es wurde kaum noch verkaufsfähig im Westen. Schlugen sie den Seeweg ein und landeten dann in Amsterdam oder Rotterdam, so begegneten sie da der amerikanischen und ostindischen Konkurrenz. Es ist also keineswegs das eingetroffen, was man im Jahre 1879 und selbst in den folgenden Jahren von den Schutzzöllen erwartet hat. (Hört! hört! links.)

Aber immerhin bleibt bestehen: wären die Schutzzölle nicht dagewesen, so wären wir voraussichtlich inzwischen einer landwirtschaftlichen Krisis entgegengegangen (sehr richtig! rechts; hört! hört! links), und eine solche landwirtschaftliche Krisis ist in ihren Folgen doch nicht gering anzuschlagen. Es handelt sich nicht darum, daß A. sein Gut verliert, und B. es kauft, oder daß mehrere Käufer sich in das bisherige Gut teilen. Ehe es so weit kommt, ringt A. um sein Dasein und saugt den Boden immer mehr aus: er ist nicht mehr im stande, zu düngen; die Gläubiger drängen ihn nicht, weil keiner von ihnen geneigt ist, das heruntergegangene Gut zu übernehmen. (Sehr richtig! rechts.) So geht die Sache durch Jahre bergab; dann kommt der neue Käufer, der macht erst seine Erfahrungen, und wie wir neulich hier gehört haben, kann man es auf etwa 7 Jahre veranschlagen, bis jemand sein Gut so weit kennt, daß er es mit Sicherheit bewirtschaften kann. Wir würden also eine Periode des wirtschaftlichen Niedergangs in der Landwirtschaft durchgemacht haben, die jahrelang gedauert hätte. Und nicht allein die Landwirtschaft würde gelitten haben. Man darf die Parallele mit den englischen Kornzöllen und deren Aufhebung nicht ziehen. Unsere Verhältnisse sind durchaus andere als die englischen: da handelte es sich um relativ wenige große Magnaten, die schließlich einiges aushalten können. Was wir bei uns Großgrundbesitzer nennen, sind zum Teil nur kleine Grundbesitzer, die kümmerlich sich durchschlagen (sehr richtig! rechts; Widerspruch links) und, um eine gewisse Apparence aufrecht zu erhalten, sich mühsam durchs Leben drücken. (Sehr richtig! rechts.)

Diese kleinen Grundbesitzer haben entweder teuer gekauft — es ist ja bekannt, wie nach dem Krimkriege die Güter in die Höhe gingen, es folgten dann eine Zeit lang günstige Jahre, es stiegen die Güter im Preise — man hat hoch gekauft und gepachtet, man hat Schulden aufgenommen auf das Gut, und durch diese Schulden würde eine landwirtschaftliche Krisis weit über den Rahmen der nominellen Gutsbesitzer hinaus wirken; alle diese Gläubiger würden in Mitleidenschaft gezogen werden, und ich glaube, daß ich mich keiner Uebertreibung schuldig mache, wenn ich sage: eine landwirtschaftliche Krisis wäre eine Kalamität ersten Ranges für den Staat im ganzen gewesen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich schlage — und ich glaube, das kann kein Staatsmann, auch in keinem Staate — den Wert der Landwirtschaft nicht gering an. Ich habe mich schon öfter darüber ausgesprochen, daß es notwendig ist, die staatserhaltenden Kräfte zu stärken und zu vermehren, und ohne irgend einem Stande zu nahe treten zu wollen, bin ich der Meinung, es liegt in den Bedingungen des Daseins der Landwirtschaft ein starkes Moment, das unter allen Umständen den Landwirt — mag er einer politischen Partei angehören, welcher er will — zu einem staatserhaltenden Menschen macht. Vollends, wenn der Grund und Boden durch Generationen in denselben Händen bleibt, erwächst eine Liebe zur Heimat, wie sie kein anderer Stand hat, und die die erste und sicherste Quelle des Patriotismus ist, wie ihn der Staat in ernsten Zeiten braucht. (Bravo!)

Ich halte weiter dafür, daß eine der wesentlichsten Grundlagen unseres Daseins das Familienleben ist. Die Arbeiter, die in industriellen Betrieben beschäftigt sind, mögen noch so weitgehende Wohlfahrtsanstalten genießen: — im allgemeinen glaube ich mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß das Leben des Arbeiters auf dem Lande eher die Möglichkeit eines gesunden Familienlebens gibt, als das eines Arbeiters in der Stadt. (Sehr richtig! rechts.) Ich will damit nicht sagen, daß die Verhältnisse auf dem Lande überall so wären; ich weiß sehr gut, wie viel daran noch fehlt; ich behaupte nur, die Möglichkeit ist auf dem Lande eher gegeben als in der Stadt; und weil ich das Familienleben für eine Quelle der Kraft und des Gedeihens des Staates in körperlicher und sittlicher Beziehung ansehe, so würde ich allein schon hierin Grund genug finden, es zu beklagen, wenn die Landwirtschaft einer Krisis entgegenginge und geschädigt würde.

Das höchste und letzte Motiv aber für die Erhaltung der Landwirtschaft ist ein durchaus und exklusiv staatliches. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir eines Körnerbaues, der zur Not hinreicht, selbst die steigende Bevölkerung, wenn auch unter Beschränkungen, im Kriegsfall zu ernähren, gar nicht entbehren können. (Sehr richtig!) Das Dasein des Staates wird aufs Spiel gestellt, wenn er nicht im stande ist, von seinen eigenen Bezugsquellen zu leben. (Sehr richtig!)

Sie können mir erwidern: es können Mißjahre eintreten, es können Unglücksjahre eintreten. Ja wohl; das sind dann aber keine normalen Verhältnisse, und in etwas sehen wir solchen Unglücksfällen auch dadurch vor, daß wir in diesen Verträgen das Bestreben haben, uns mit einem hervorragend getreidebauenden Staat so eng zu verbinden, daß wir hoffen dürfen, selbst im Kriegsfalle würden dessen Mittel uns zur Verfügung stehen. Ich habe sagen hören: das ist eine übertriebene Ansicht; selbst wenn wir einen Krieg hätten zugleich gegen Frankreich und Rußland, — es bleibt uns ja doch der Weg über die See offen: da sind neutrale Staaten, die werden das Korn bei uns einführen. Ich möchte das Wohl des Staats auf so unsichere Faktoren nicht stellen. Der Seehandel im Falle eines Krieges ist geregelt oder soll wenigstens geregelt sein durch die Pariser Konvention von 1856.

Was aber dermaleinst, wenn ein Weltbrand kommt, die zur See mächtigen Staaten für Kontrebande für eine effektive Blockade erklären werden, das wollen wir einmal abwarten, und ich halte es für richtiger, daß Deutschland sich auf seine Landwirtschaft stützt, sie erhält, selbst wenn es nur mit Opfern geschehen kann, als daß es sich auf einen so unsicheren Kalkul über die Unterstützung durch dritte im Kriegsfalle verläßt. Ich bin vielleicht durch meine Vergangenheit als Soldat und durch die Zeit, die ich in der Admiralität zugebracht habe, darauf angewiesen worden, solchen Fragen näher zu treten, und ich habe diese Ueberzeugung nicht von heute. Mir ist es eine ganz unerschütterliche Ueberzeugung, daß in einem künftigen Kriege die Ernährung der Armee und des Landes eine geradezu entscheidende Rolle spielen kann. Diese entscheidende Rolle geschädigt zu sehen, würde ich fürchten müssen, wenn die Landwirtschaft in gedeihlichem Betriebe gestört würde.

Daß nun aber eine solche Störung in Aussicht stünde, wenn man den Roggen- und den Weizenzoll um 1,50 ℳ heruntersetzt, bestreite ich mit derselben Entschiedenheit. Die Landwirtschaft wird im stande sein, diese Zollherabsetzung zu tragen und weiter zu prosperieren. Ich variiere insofern von den Herren Agrariern, glaube ich, als ich der Meinung bin, es handelt sich nicht darum, daß in dieser Beziehung die Landwirtschaft Opfer bringt, sondern darum, daß für die Landwirtschaft Opfer gebracht werden. Der Staat muß nach meinem Dafürhalten Opfer bringen, und es ist ja ein schweres Opfer für den Staat, welches in den Getreidezöllen liegt; denn es kommt in Betracht nicht bloß die Verzollung des Getreides, welches eingeführt wird, sondern auch die Steigerung des Getreidepreises im Inlande. (Hört! hört! links.) Ich verkenne also die Größe dieses Opfers nicht; aber das Opfer muß gebracht werden, und ich habe zu meiner Freude in einer Broschüre, die mir sonst nicht sympatisch ist, die überschrieben ist: „Ablehnen und Annehmen“ — ich glaube, sie entstammt einem agrarischen Konsortium — (Heiterkeit) zum erstenmal in der Ueberschrift eines Kapitels gesehen: „Opfer, die für die Landwirtschaft zu bringen sind“. Da möchte ich die Herren Agrarier beim Wort nehmen. Die Regierung ist bereit und will diese Opfer weiter dem Lande auferlegen, weil sie sie für unumgänglich hält; aber sie verkennt immerhin nicht, daß es Opfer sind, die das Land bringt.

Nun bleiben die 3,50 ℳ noch über dem Maß der Zölle von 1885, und die Herren, die die damaligen Verhandlungen mitgemacht haben, oder die sich mit den stenographischen Berichten und der einschlägigen Litteratur beschäftigt haben, werden mich vielleicht nicht Lügen strafen, wenn ich behaupte, die Erhöhung der Zölle auf 5 ℳ war eine Kraftprobe; und ich glaube, diese Kraftprobe ist nicht zu Gunsten des Staates ausgefallen. Man hat den Bogen überspannt. (Hört! hört! links.) Jede Ueberspannung eines Bogens in Bezug auf solche Zölle, die ein unentbehrliches Nahrungsmittel der großen Menge sind, birgt aber für den Staat die große Gefahr in sich, daß daraus ein Agitationsmittel geschmiedet wird, was sich gegen den Staat und die staatserhaltenden Parteien richtet. Die verbündeten Regierungen haben also die ernste Pflicht, zu erwägen: wie weit können wir mit den Zöllen auf Lebensmittel heruntergehen, ohne die Landwirtschaft zu schädigen? wie hoch können wir sie halten, ohne eine Agitation hervorzurufen?

Zu denjenigen Sachen, die schon vor der Veröffentlichung der Verträge in der Presse zu Kontroversen Veranlassung gegeben haben, gehört der Wein. Der Wein steht selbstredend ganz anders da als das Getreide. All die Erwägungen, die ich mir vorher erlaubt habe, hinsichtlich des Getreidebaus anzustellen, treffen für den Weinbau nicht zu, ausgenommen, daß auch der Weinbau den Mann an die heimische Scholle bindet. Der Wein ist kein unentbehrliches Nahrungsmittel. Vielleicht kann man von Elsaß-Lothrin-

gen noch sagen, daß er da bis vor kurzem ein Nahrungsmittel war; schlechte Weinernten und hohe Preise haben aber diesen Zustand geändert: die Produktion ist ungenügend geworden. Das, was Ihnen in den Zöllen hier vorgeschlagen wird, trifft nicht die guten deutschen Weine; die haben ihren individuellen Geschmack, haben ihre individuellen Preise, zum Teil Liebhaberpreise. Es trifft die kleinen Weine, und in Bezug auf die kleinen Weine, über die, wenn die Diskussion weiter geht, vonseiten eines sachverständigen Mitgliedes der verbündeten Regierungen nähere Auskunft gegeben werden wird, geht die Absicht der verbündeten Regierungen dahin, einmal den Kunstwein und den Schnaps durch sie zu verdrängen, diesen beiden Dingen Konkurrenz zu machen und eine ebensolche Konkurrenz dem sogenannten französischen Bordeauxwein zu machen, faktisch verschnittenen Weinen, die in einer Anzahl, die viel größer ist, als die meisten Menschen ahnen, in Deutschland für französischen Wein verkauft werden. (Sehr richtig!) Wir wollen dem italienischen Wein auf unserem Boden ein Schlachtfeld gegen die französischen Weine eröffnen. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Daß die Sache nicht so schlimm ist, wie sie von den Gegnern der Herabsetzung des Weinzolles gemacht wird, möchte schon daraus hervorgehen, daß man diesen Zoll früher nur als Finanzzoll angesehen hat, daß er jahrelang nur 16 ℳ betragen hat, und daß bei den Verhandlungen von 1879 Elsasser reinster Rasse, die Abgeordneten Winterer und Kablé, den Antrag gestellt haben, die Weinzölle auf 12 ℳ herabzusetzen. Wir sehen also einer Debatte hierüber mit großer Ruhe entgegen, und ich glaube auch, hier dargethan zu haben, wie das Vereinbarte im Interesse der Konsumenten, im Interesse der Weinhändler, im Interesse eines großen Teiles der Produzenten und im Interesse unseres Bündnisses mit Italien liegt.

Die Behandlung der Industrie bei den vorliegenden Zöllen war eine ungleich schwierigere als die der Landwirtschaft. Die deutsche Industrie hat alle Arten von Betrieben, von der Großindustrie bis zur Hausindustrie; sie umfaßt fast alle Branchen, und sie hat wenigstens Ansätze zum Export in fast alle Weltteile. Das gibt so verschiedene Verhältnisse, daß deren Berücksichtigung bei solchen Verträgen nicht immer leicht ist und einen hohen Grad von Geschick und Sachverständnis seitens der Kommissarien erfordert.

Weiter ist ein erschwerender Umstand für die deutsche Industrie bei allen Zollfragen, daß sie sehr wenig hochfeine Artikel hervorbringt, Artikel, die ohne weiteres schließlich jeden Zoll tragen. Will man das Charakteristische der deutschen Industrie im ganzen zusammenfassen, so ist es eine maschinelle Massenproduktion. Wenn Sie die Tabellen, die darüber existieren, — und ich glaube, es ist dies auch in den Beilagen zur Denkschrift angeführt, — nachsehen, so werden Sie finden, daß, wenn man die Staaten, mit denen wir in Handelsverbindung stehen, rangiert nach den Mengen unserer Ausfuhr und Einfuhr und nach deren Wert, total verschiedene Resultate herauskommen. Wir führen eben relativ sehr große Mengen mit verhältnismäßig geringem Wert aus.

Der Wert der Industrie für den Staat wächst von Jahr zu Jahr. Es ist mir interessant gewesen, eine Aeußerung Friedrichs des Großen an seinen Regiedirektor zu lesen, der ihm vorschlug, er sollte den Handel sich freier bewegen lassen. Der König führt darauf aus, das ginge nicht, er brauche für seine Landwirtschaft Vieh aus Polen und dergleichen Dinge; das alles müsse er in der Hand behalten. Er fährt dann fort:

> Sie haben große Absichten, aber Sie eilen der Zeit voraus; ist diese gekommen, so werde ich schon thun, was Sie mir raten. Was Sie mir sagen von Handel und Industrie, ist ganz gut. Die Industrie ist in der That die Nähramme des Landes, und der Handel die lebendige

Seele des Staats; allein das gilt nur von Ländern, wo die Industrie die Grundveste des Handels, und der Handel der Geschäftsmann der Industrie ist.

Seitdem ist ein Jahrhundert und mehr verflossen: — im Grunde ist das noch heute wahr. Man muß vollkommen anerkennen, daß die Industrie die Nähramme des Staates ist; aber noch heute kann sie sich nicht ganz frei bewegen: sie bedarf noch heute eines gewissen Schutzes.

Man hat gesagt, Deutschland wäre Industriestaat geworden, und ich bin auch nicht abgeneigt, diesen Ausdruck anzunehmen, insofern, als die Industrie fortwährend im Steigen ist und fortwährend an Bedeutung für den Staat gewinnt. Es ist ein charakteristischer Unterschied zwischen der Industrie und der Landwirtschaft, daß die Landwirtschaft eines Staates nur bis zu einem gewissen Grade steigerungsfähig ist, weil sie vom Grund und Boden abhängig bleibt. Man kann intensiver wirtschaften, und ich zweifle nicht, daß aus unserem Grund und Boden noch mehr herauszuwirtschaften ist, als bis jetzt geschieht; aber es bleibt immer derselbe Grund und Boden, auf dem gewirtschaftet werden muß. Die Industrie dagegen ist abhängig von den Absatzmärkten. Erweitert man ihr dieselben, wie wir das durch diese Verträge wollen, so kann sich auch die Industrie erweitern, und es ist fürs erste kein Ende in dieser Beziehung abzusehen, sofern nur die Möglichkeit eines lohnenden Verkaufs ihrer Fabrikate für die Industrie da ist. Handel und Industrie sind und bleiben die wesentlichsten Quellen des Wohlstandes und damit politischer Macht, kultureller Bedeutung; denn ohne einen gewissen Grad von Wohlstand werden Kunst und Wissenschaft — ich weiche darin von dem Herrn Abgeordneten Bebel wesentlich ab, wie in manchen anderen Dingen — (Heiterkeit) nicht gedeihen können

Aber noch weiter! Ich glaube nicht, daß man leugnen kann, daß zwischen Wohlstand und Sittlichkeit gewisse Beziehungen bestehen, und daß die Sittlichkeit in den unteren Klassen bis zu einem gewissen Grad einen steigenden Wohlstand zur Voraussetzung hat, etwas, was mit dem zusammenhängt, was ich vorhin über die Familie zu äußern mir erlaubt habe.

Mit der Industrie hängt ja der Arbeiterstand auf das engste zusammen, und wir würden unsere Pflicht vernachlässigt haben, wenn wir beim Abschluß dieser Verträge nicht die Möglichkeit, unseren Arbeiterstand zu erhalten, leistungsfähig zu erhalten, ins Auge gefaßt hätten. Es kamen dabei zwei Momente zur Sprache; einmal, billigere Lebensmittel zu schaffen. Soweit das, ohne die staatlichen Interessen, die höheren staatlichen Interessen, zu gefährden, geschehen konnte, haben die verbündeten Regierungen eine Reihe von kleineren Maßregeln eintreten lassen. Sie haben diejenige Herabsetzung der Zölle für Lebensmittel vorgenommen, die sie für zulässig hielten. Ich erachte aber für viel wesentlicher für die Erhaltung und für das Gedeihen des Arbeiterstandes, daß ihm Arbeit geschaffen werde. (Sehr richtig! rechts.) Wenn dies nicht die wesentlichere Frage wäre, so würde der Andrang unserer ländlichen Arbeiter in die Städte und nach dem Westen gar nicht zu erklären sein. Unser Westen hat unausgesetzt Preise für unentbehrliche Lebensmittel, die so viel höher sind als im Osten (sehr richtig! rechts), daß, wenn man diese Preise miteinander vergleicht und sie absolut nimmt, man meinen sollte, es müßte im Westen eine fortwährende Teurung da sein. Daß trotzdem die Menschen so gern nach dem Westen gehen, hat seinen Grund darin, daß sie die lohnendere Arbeit den billigeren Lebensmittelpreisen voranstellen. Lohnende Arbeit wird aber, wenn diese Verträge genehmigt werden, zur Perfektion kommen, gefunden werden. Wir werden sie finden durch den Export; wir müssen exportieren: entweder wir exportieren Waren, oder wir exportieren Menschen. Mit dieser steigenden Bevölkerung

ohne eine gleichmäßig zunehmende Industrie sind wir nicht in der Lage, weiter zu leben.

Ich möchte aber hier noch ein Wort für den Arbeiterstand sagen. Wir gewöhnen uns an — und jene Herren sind daran schuld; wenn man Dinge hört, wie man sie in Erfurt gehört hat, so ist man unwillkürlich dazu geneigt —, mit einer gewissen Mißgunst die Menschen anzusehen, die sich in Erfurt versammelt haben, wenigstens das Volk um die Rednertribüne in Erfurt; — trotzdem können wir nicht verkennen, welchen Wert ein kräftiger Arbeiterstand in jeder Beziehung für Deutschland hat. Wir müssen uns nicht angewöhnen, diesen Arbeiterstand immer mit einem pessimistischen Blick anzusehen; wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, auch diese Leute wieder zu gewinnen, und ich stehe vollkommen auf dem Boden des Herrn Abgeordneten Stöcker, der einmal gesagt hat, wir müssen den Arbeitern nicht bloß entgegentreten, sondern auch entgegenkommen. (Sehr richtig! rechts.) Dieses zu thun, ist einer der Zwecke dieser Verträge. Wir wollen ihnen entgegenkommen, indem wir ihnen die Möglichkeit zu einem redlichen Erwerb geben. (Bewegung.) Wir stehen noch ganz auf dem Boden der Botschaft von 1881, die die Ueberzeugung ausspricht, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich auf dem Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sei. Wir glauben in diesen Verträgen das Wohl der Arbeitgeber und das Wohl der Arbeiter im Auge gehabt zu haben und die Grenzen unserer Konzessionen so zu ziehen, daß die Verträge, soweit es möglich ist, beides fördern würden.

Man hat von der politischen Seite dieser Verträge viel gesprochen und wohl hier und da erwartet, die Regierung habe Geheimnisse nach dieser Seite zu enthüllen. Das ist durchaus nicht der Fall. Was zuerst Belgien und die Schweiz angeht, so sind das neutrale Staaten, deren Neutralität durch europäische Verträge gewährleistet ist, und von denen wir nichts anderes wünschen, ja dringend hoffen, als in freundnachbarlichen Beziehungen mit ihnen zu leben. Anders steht die Sache in Bezug auf den Dreibund. Der Dreibund ist geschlossen zu gegenseitiger Abwehr, er hat nicht die mindesten agressiven Ziele; aber ich bin der Meinung, daß, wenn man mit anderen Staaten ein Bündnis abschließt, dessen Zweck es ist, auf lange Zeit, so Gott will, diesen Frieden zu erhalten, es dann nicht möglich ist, mit denselben dauernd in einem wirtschaftlichen Krieg zu leben. (Sehr wahr! Bravo!) Wenn ich jemand wirtschaftlich mit einem Krieg überziehe, so will ich ihn schwächen; wir aber haben gerade das Interesse, unsere Verbündeten zu stärken. (Sehr wahr!) Denn wenn einmal der Friedenszustand trotz unserer Bemühungen nicht mehr zu erhalten wäre, brauchen wir an unserer Seite kräftige Verbündete; wir müssen sie und uns in den Stand setzen, die Rüstung, die die Weltverhältnisse zu tragen uns nun einmal zwingen, auch tragen zu können, und ich halte es für absolut unzulässig, daß man die Staaten, mit denen wir in einem so innigen Verhältnis stehen, auf die Dauer zu schädigen bestrebt sein könne. Die Regierungen dieser Staaten sind gemeinsam bemüht gewesen, bei Abschluß der Verträge die Wege zu finden, in denen ein gegenseitiger Warenaustausch möglich ist, der keinen wesentlich schwächt, aber jedenfalls da, wo er einem auch nur unangenehm ist, andere stärkt.

Wir haben den Wunsch, daß diese Verträge sich immer tiefer in die Bevölkerung einleben. Zu Friedrichs des Großen Zeiten führte man Kriege, die man mit dem technischen Namen „Kabinetskriege" belegt hat. Der Fürst beschloß, einen anderen Fürsten mit Krieg zu überziehen; erwarb oder schaffte sich sonstwie Soldaten, suchte Geld zu bekommen, und dann führte er seinen

Krieg, an dem die Bevölkerung selbst innerlich immer nur einen beschränkten Anteil nahm. Selbst zu Friedrichs des Großen Zeiten war es viel mehr das Bild dieses großen Mannes, was die eigene Bevölkerung fortriß, was weit nach Süddeutschland wirkte, als das Gefühl, daß es sich hier um Preußen handelte. Kaltblütig sah man eine Provinz abtreten, wenn es notwendig war; man lebte eben schließlich unter einem anderen Fürsten ebenso weiter wie bisher.

Das hat sich vollkommen geändert. Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts werden Volkskriege geführt, und es ist nicht mindeste Frage, daß der nächste Krieg der Mitwirkung des Volkes nicht nur mit den Händen, sondern auch mit dem Herzen bedarf. Der Krieg muß aus dem Gefühl des Volkes hervorgehen.

Dasselbe überträgt sich auch auf die Verträge. Man konnte früher Kabinetsverträge abschließen von Fürst zu Fürst; sie engagierten sich zu gewissen Leistungen; sie hatten die Mittel in der Hand, diesen Leistungen mit den Armeen, über die sie geboten, gerecht zu werden. Heutzutage muß ein Bündnis, wenn es die Garantie geben soll, daß es dermaleinst im gegebenen Augenblick auch haltbar ist, in die Seele der Völker eingelebt sein. Dieses Einleben zu erleichtern, wird, wie ich hoffe, eine Folge, eine Wirkung dieser Handelsverträge sein.

Man hat eingewandt: ja, werden denn solche Verträge nicht eine Verbitterung hervorbringen? Ich glaube nicht, daß das der Fall sein wird. Ich möchte zunächst an ein negatives Beispiel anknüpfen. Denken Sie sich, wir hätten mit den Vereinigten Staaten von Amerika im vorigen Jahre ein politisches Bündnis gehabt, was uns zu einer kriegerischen Leistung für Amerika um die Zeit genötigt haben würde, wo die Aufregung über die Prohibitivgesetze, die Amerika gab, bei uns am höchsten war. Glaubt irgend jemand, daß damals in unserer Bevölkerung der Grad von Hingabe gewesen sein würde, der nötig gewesen wäre, um unsere Armeen gern unter die Waffen zu bringen? Ich bezweifle das. Ich glaube, daß eine Stimmung, wie sie damals da war, für die Regierungen der Anlaß gewesen sein würde, nach Mitteln zu suchen, um einem solchen Kriege aus dem Wege zu gehen. Daß hier und da durch die Verträge Verbitterung entsteht, glaube ich; ich glaube aber nicht, daß diese Verbitterung sich gegen die Staaten richten wird, mit denen wir das Bündnis abgeschlossen haben; sie wird gewohnheitsmäßig und bequemer den ihr auch lieberen Weg gegen die eigene Regierung wählen. (Heiterkeit.) Davon zeugt ein Artikel, der vor wenigen Tagen in einer unserer gelesensten konservativen Zeitungen — ich kann nicht sagen, ob sie das Parteiblatt der Konservativen ist oder nicht — gestanden hat. Die Zeitung nimmt ihn vorn auf der ersten Seite auf: er ist ihr gesandt worden, und er handelt davon, daß eine Anzahl zumeist antisemitischer Männer beschlossen hätte, sich nach Oesterreich zu wenden, um von da Stimmen gegen die Handelsverträge zu bekommen. Der Artikel schließt damit, daß er sagt: die Annäherung der in beiden Reichen lebenden Völker wird sicherlich nicht eintreten. Der Artikelschreiber führt dann weiter aus, daß man sich an gewisse Völkerschaften in Oesterreich wenden müsse, die zweifellos auch gegen die Verträge sein würden. Es ist für mich ein überaus beklagenswertes Schauspiel, daß ein deutscher Mann vorschlägt, bei Czechen, Slovaken, Rumänen, Slovenen und Kroaten, nicht bei Magyaren und Deutschen in Oesterreich, zu hausieren, um Stimmen gegen die eigene Regierung zu sammeln. (Hört, hört!) Noch beklagenswerter ist mir aber, daß ein Blatt, das den Anspruch macht, preußischer zu sein als andere, das Ausland ins Gefecht zu führen sucht gegen eine deutsche Regierung. (Bravo! links und im Zentrum.)

Wir haben die Hoffnung, daß mit der Zeit noch andere Staaten sich diesen Verträgen anschließen werden. Es werden zunächst in kürzerer Zeit die Verhandlungen, deren Führung der österreichisch-ungarischen Regierung zufällt, mit Serbien begonnen werden. Welchen Verlauf die Dinge weiter haben werden, vermag ich nicht vorher zu sagen; ich kann aber soviel sagen, daß wir gern auch noch mit anderen Staaten in dieselben Beziehungen treten werden, in die wir jetzt mit den Staaten getreten sind, mit denen die Verträge hier vorliegen.

Es ist in der letzten Zeit eine weltgeschichtliche Erscheinung zum Bewußtsein der Völker gekommen, die ich hoch anschlage: das ist die Bildung großer Reiche, das Selbstbewußtsein dieser Reiche, das Bestreben, sich gegen andere abzuschließen. Unser östlicher Nachbar verfügt über ein Gebiet, was von der Zone nördlich vom Himalaya bis an das Eismeer reicht; er ist im stande, fast alle Produkte, die ein Reich zu seiner Existenz braucht, selbständig hervorzubringen, er hat eine große Expansionskraft für seine Arbeit: große Aufgaben liegen nach dieser Richtung vor dem russischen Reiche. Jenseits des atlantischen Ozeans nimmt die Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten von Nordamerika von Jahr zu Jahr zu; ihr Kraftbewußtsein, die Energie, mit der sie ihre eigenen Interessen verfolgt, nimmt zu. Als im vorigen Jahre diese Erscheinung zum erstenmale auftrat, war man bei uns darüber erstaunt, und ich habe wohl Aeußerungen gehört, das wäre völkerrechtlich nicht zulässig. Ja, meine Herren, jeder Staat hat — und darin unterscheidet er sich vom Individuum — als erste Pflicht die der Selbsterhaltung, und in dem Triebe nach Selbsterhaltung werden die Staaten in absehbarer Zeit viel weiter gehen als bisher. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zwischen den Staaten zu einer Art von Kriegführung kommt, in der nicht geschossen wird, in der sie den Gesetzesparagraphen und die Tarifposition in der Hand haben. Wie das Schicksal von Australien sich gestalten wird, das mag dahin gestellt bleiben: auch da wächst die Bevölkerung fortwährend. Und wenn kundige Beobachter der Erscheinungen, die jetzt in China zu Tage treten, Recht haben, ist China an dem Anfang einer großen Umwälzung, vor deren weiterer Entwickelung nicht abzusehen sein wird, ob es sich dann nicht gegen andere abschließen wird, und wie weit auch China in den Wettbewerb auf dem Weltmarkt wird eintreten können. Auf alle Fälle ist soviel klar: wir haben es mit großen Staaten zu thun, die über kurz oder lang zur Rücksichtslosigkeit gegen andere neigen werden. Der Schauplatz der Weltgeschichte hat sich erweitert: damit sind die Proportionen andere geworden, und ein Staat, der als europäische Großmacht eine Rolle in der Geschichte gespielt hat, kann, was seine materielle Kraft angeht, in absehbarer Zeit zu den Kleinstaaten gehören. Wollen nun die europäischen Staaten ihre Weltstellung aufrecht erhalten, so werden sie nach meinem Dafürhalten nicht umhin können, soweit sie wenigstens ihren sonstigen Anlagen nach dazu geeignet sind, eng aneinander sich anzuschließen. Es ist nicht unmöglich, daß die Zeit kommen wird, wo sie einsehen werden, daß sie Klügeres zu thun haben werden, als sich gegenseitig das Blut auszusaugen, (sehr gut!) weil sie im wirtschaftlichen Kampfe um das Dasein genötigt sein werden, alle ihre Kräfte einzusetzen.

Wie dem aber auch sein möge, — man möge das für Zukunftsgedanken halten, die noch eines reellen Bodens entbehren, so glaube ich, wird man soviel wenigstens zugeben, daß eine solche Entwickelung wahrscheinlich genug ist, um bei allen Schritten auf dem wirtschaftlichen Boden Berücksichtigung zu verdienen. Und wenn man das einmal zugibt, so wird man auch von diesem Gesichtspunkt aus nicht in Abrede stellen wollen, daß

die Verträge mit den Staaten, wie wir sie abgeschlossen haben, eine gewisse Garantie für die Zukunft geben.

Würden die Verträge, wie sie Ihnen vorgelegt sind, abgelehnt, so weiß ich in der That nicht, — und ich möchte das hier nicht ausmalen — wo in etwa einem Jahrzehnt die Grenze der Notstände liegen würde, die über Deutschland hereinbrechen würden. Ich bitte Sie noch einmal, sehen Sie diese Verträge als ein Ganzes mit Vaterlandsliebe an; lassen Sie sich nicht durch einzelne Details beirren, sondern legen Sie sich die Frage vor: geht Deutschland mit oder ohne diese Verträge einer gedeihlicheren und aussichtsvolleren Zukunft entgegen! — und ich gebe mich der Hoffnung hin, Sie werden mit den verbündeten Regierungen der Ansicht sein, daß die vorliegenden Verträge geeignet sind, das innere Gedeihen Deutschlands und seine Weltstellung zu erhalten und zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Abg. Reichensperger für die Verträge gesprochen, spricht Graf Kanitz (kons.) dagegen und sagt am Schluß:

Sie sprechen immer von der Verteurung des Getreides. Sie halten jeden Zoll auf Lebensmittel für ein Uebel (sehr wahr! links), und auch ich, der ich in den agrarischen Kämpfen der letzten Jahre wahrhaftig nicht hinten gestanden haben, auch ich sage: die landwirtschaftlichen Schutzzölle sind auch nur durch die absolute Notwendigkeit diktiert worden. Der Getreidezoll ist ein Notbehelf; er würde der verwerflichste aller Zölle sein, wenn nicht die Notlage der Landwirtschaft es gebieterisch forderte, gerade diesen Zoll aufrecht zu erhalten. Wenn dem aber so ist, dann darf der Getreidezoll nicht zu einer feilen Ware degradiert werden, wie es nach diesem Vertrage geschehen soll. Entweder bedarf die Landwirtschaft dieses Schutzes, — dann ist der Zoll an allen Grenzstrecken gleichmäßig aufrecht zu erhalten, — oder aber die Landwirtschaft bedarf dieses Schutzes nicht, — dann fort mit diesen Zöllen, dann haben wir kein Recht, diese Zölle ferner zu erheben. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, ich muß bekennen, daß die ländliche Bevölkerung Deutschlands der ferneren Entwickelung auf diesem Gebiet mit Sorge entgegensieht; es ist ein drückendes Gefühl für uns, daß die Landwirtschaft nicht mehr eine gleichberechtigte Stellung neben der Industrie einnimmt. Der Herr Reichskanzler erwähnte vorhin eine Aeußerung Friedrichs des Großen; er sagte: die Industrie ist die Nährmutter des Landes. Ich möchte da die Aeußerung eines anderen bedeutenden Mannes aus dem vorigen Jahrhundert erwähnen, nämlich von Adam Smith, welcher sagt: seit dem Niedergange des römischen Reiches ist es die Praxis aller europäischen Regierungen gewesen, die Industrie der Städte zu bevorzugen auf Kosten der Industrie des platten Landes, also auf Kosten der Landwirtschaft, — und Adam Smith, der Vater des Freihandels, von dem Sie alle gelernt haben oder jedenfalls hätten lernen können, hat gerade dieses Mißverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, wie es fast in allen europäischen Staaten sich geltend macht, in höchstem Grade getadelt. Aber, meine Herren, dieses Mißverhältnis, in welchem wir uns jetzt befinden, daß also die Landwirtschaft in zweiter Linie neben der Industrie steht, wird zu meinem großen Bedauern nicht verfehlen und kann nicht verfehlen, eine gewisse Mißstimmung hervorzurufen. Ueberall im ganzen Reiche, im Osten, Süden, wo sie wollen, kommt diese Mißstimmung zum Ausdruck, und das bedaure ich im höchsten Grade.

Bisher ist die Landwirtschaft gewohnt gewesen, in der Regierung ihre beste Freundin zu erblicken; bei jeder Gelegenheit, namentlich auch bei den politischen Wahlen kam dieses Vertrauen zum Ausdruck. (Hört, hört! links. Heiterkeit.) Ich fürchte, daß dies in künftiger Zeit vielleicht etwas

anders werden möchte, daß dieses Vertrauen gerade durch diese Vorlage wenigstens keine Kräftigung erfahren wird. (Zuruf links.)

Und, meine Herren, ich als konservativer Mann, als treuer Unterthan meines Kaisers und Königs (Zuruf links) bedaure, daß es dahin gekommen ist. Nicht dem Herrn Reichskanzler mache ich irgend einen Vorwurf; ich weiß, daß er von den allerbesten Absichten beseelt ist, daß er gleiches Maß und gleiches Recht will walten lassen auch für die Landwirtschaft, daß er die hohe Bedeutung der Landwirtschaft in unserem Kulturleben, in wirtschaftlicher, politischer, sozialer Beziehung in vollem Maße zu würdigen weiß; aber ich bedaure, daß dem Herrn Reichskanzler bei diesen Vertragsverhandlungen nicht andere Ratgeber zur Seite gestanden haben. (Widerspruch links.) Meine Herren, lesen Sie die Denkschrift durch; es ist der liberal-freihändlerische Geheimratsstil, welcher uns da entgegentritt. (Widerspruch links.) Die Fetzen des grünen Tuchs, auf welchem diese Denkschrift geschrieben ist, lugen aus jedem Satz hervor. Dem Freihandel zu Liebe sind die weitgehendsten Konzessionen gemacht, und somit haben wir einen Vertrag erhalten, welcher in meinen Augen eine societas leonina ist und zwar eine societas leonina in des Wortes vollster Bedeutung.

Mit einer Niederlage der Agrarier wird dieser Zollkampf endigen (sehr richtig! links), so wird schon im demokratischen Lager triumphiert. Ich sehe dieser Niederlage ruhig entgegen. Tausendmal lieber will ich eine unverschuldete, ehrliche Niederlage erleiden, als mich auf Transaktionen einlassen, die ich mit meinem Gewissen nicht verantworten kann. Die ländliche Bevölkerung soll es wissen, daß sie noch nicht ganz verlassen ist, daß wenigstens ihre gewählten Vertreter für sie eintreten werden, wenn andere Stützen fehlen. Ich stimme gegen den Vertrag. (Lebhaftes Bravo rechts. Widerspruch links.)

Reichskanzler v. Caprivi:

Ich verzichte bei der späten Stunde, auf die Einzelheiten der Rede des Herrn Grafen von Kanitz einzugehen. Die Insinuation, daß innerhalb der Reichsämter gearbeitet werde, und Arbeiten nach außen gehen, die nicht meiner Ansicht entsprechen, für die ich die Verantwortung nicht übernehme, weise ich auf das schroffste und bestimmteste zurück. (Bravo! links.) Ich füge hinzu, daß das dieselben Beamten sind, die unter dem Fürsten Bismarck gearbeitet haben, und daß man ihnen den Vorwurf der Freihändlerei nicht machen kann. (Bravo! links.)

11. Dezember. **Fortsetzung.** Staatssekretär Frhr. v. Marschall, Brömel (deutschfreis.), Dr. Böttcher (natlib.) **für** die Verträge. v. Kardorff (Reichsp.) gegen die Verträge; erklärt aber

„wenn das Silber durch internationale Vereinbarungen remonetisiert wird, ich mich einverstanden erkläre mit einer weitgehenden Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle."

Reichskanzler v. Caprivi erwidert:

Ich will dem Herrn Abgeordneten das Bekenntnis machen, daß ich einen Teil meiner Muße dieses Sommers dazu benutzt habe, um mich einigermaßen in dieser Frage zu orientieren, und da habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß sie eine der schwierigsten von der Welt ist, daß sie sich nicht über das Knie brechen läßt, und daß der Herr Abgeordnete von Kardorff mit einigen wenigen politischen Freunden doch ziemlich isoliert dasteht. (Sehr richtig! links.) Ich verkenne nicht, daß eine stärkere Strömung für die Verwendung des Silbers in dem Münzverkehr vorhanden ist, als sie noch vor

10, 15 Jahren da war. Daß diese Strömung aber so weit gehen sollte, jetzt die Frage mit Aussicht auf Erfolg in die Hand nehmen zu können, das bestreite ich, und ich will mich bemühen, das Vertrauen des Herrn Abgeordneten in dieser Beziehung zu rechtfertigen, wenn er die Güte haben will, mir noch einige Zeit für die Inangriffnahme dieser Frage zu lassen. Ich glaube, im Augenblick ist sie sowohl, was das Verhältnis zu England, als zu anderen Staaten, auch zu Amerika, angeht, nicht gerade reif, um weiter geführt zu werden.

Seiner Gewohnheit gemäß brachte der Herr Abgeordnete diese Frage in Verbindung mit der Getreidefrage, und er sagte: ich könnte mich schon mit der Herabsetzung — ich glaube, er sagte sogar der Aufgabe — der Getreidezölle vertraut machen, wenn man mir die Doppelwährung gäbe; denn die Getreidezölle, wie sie jetzt sind, bleiben immer ein Agitationsmittel. Der Herr Abgeordnete wolle mir gestatten, ihm dagegen zu bemerken, daß auch die Doppelwährungsfrage ein Agitationsmittel ist, was in die Massen und in die landwirtschaftlichen Kreise geworfen wird, ohne auf ein weitgehendes Verständnis rechnen zu können. (Heiterkeit. Sehr gut! links.) Man sagt der Landwirtschaft und sagt den Bauern: wenn wir nur die Doppelwährung hätten, dann würdet ihr gute Geschäfte machen. Was aber Doppelwährung ist, ahnt der Bauer nicht, und ich glaube, daß selbst von den politischen Freunden des Herrn Abgeordneten von Kardorff der eine oder andere im Innersten seines Herzens in Bezug auf die Wirkung der Doppelwährung auf das Wohl seiner Landwirtschaft Zweifel hat. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete hat sich dann noch darauf bezogen, daß der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts ja Bimetallist sei und an einer früheren Aktion der Bimetallisten teilgenommen habe. Ich bin — will ich weiter noch sagen — nicht durch den Freiherrn von Marschall, wie ich ausdrücklich betone, sondern auf dem Wege meiner Studien auf eine Konferenz in Köln im Jahre — wenn ich nicht irre — 1882 gestoßen — Herr von Kardorff wird mich rektifizieren, wenn das nicht richtig ist —, an der glaube ich, Herr von Kardorff, Herr Arendt und mein verehrter Herr Kollege teilnahmen. In dieser Konferenz — ich muß mich wieder auf mein Gedächtnis verlassen, weil ich auf diese Debatte heute nicht vorbereitet war — ist anerkannt worden, daß in Bezug auf unsere Währung nichts geändert werden könne, wenn England nicht dabei wäre. Also wollen wir uns — wenn ich mir den Vorschlag erlauben darf — dahin einigen, auf diesem Standpunkt stehen zu bleiben und abzuwarten, was England thut!

Abg. Kropatschek (konf., Redakteur der „Kreuz-Zeitung") spricht gegen die Verträge und verteidigt die „Kreuz-Zeitung" gegen den Angriff des Reichskanzlers.

Reichskanzler v. Caprivi hält seine Darlegung aufrecht und sagt:

„es ist noch nicht lange her, daß sie mir vorgeworfen hat, ich verkröche mich hinter dem König, — etwas, was ein preußischer Offizier noch nie gethan hat."

Abg. Simonis (Elf.) greift die Verträge wegen der Herabsetzung des Weinzolles an.

11. Dezember. Fortsetzung der Debatte. Ein Antrag der Kon ervativen, die Verträge einer Kommission zu überweisen, wird abgelehnt.

12. Dezember. Nach den „Hamburger Nachrichten" hält Fürst Bismarck folgende Rede beim Empfang der Siegener Deputation, die ihm in Friedrichsruh den Ehrenbürgerbrief der Stadt überreicht:

„Mitbürger Ihrer Stadt zu sein, ist mir eine hohe Ehre und Freude, zumal mein Interesse für das Siegener Land schon alt ist. Zum erstenmal kam ich mit ihm in Beziehung, als ich vor 50 Jahren ein Gut übernommen hatte, welches durch unzweckmäßige Rieselwirtschaft geschädigt war. Damals hörte ich zuerst von Siegener Rieselwiesen und sah landwirtschaftliche Techniker aus Ihrer Gegend bei mir, um meine Wiesen nach der bewährten Siegener Methode zu verbessern. Das war der erste landwirtschaftliche Anknüpfungspunkt. Der zweite war forstlicher Natur. Als ich in den Besitz größeren Waldes kam, erlangte das Siegener Land mit seinen Haubergen ein besonderes Interesse für mich. In Pommern und selbst hier in Lauenburg können wir aber einen so guten Schälwald nicht erzielen; unserm Eichenwald fehlt dazu die Sonne und der Bergboden Ihrer Gegend, zu meinem Bedauern habe ich letztere nie selbst gesehen. Drittens verbindet mich mit Ihnen meine Stellung in der industriellen Gesetzgebung, und am Himmel der Industrie bildet das Siegener Land ja ein helles Sternbild; in Eisen und in Leder pflegt es zwei für die Wehrkraft besonders hervorragende Industrien. — Dieses dreifache Interesse, das in mir bei Nennung Ihrer Stadt erweckt wird, erregt auch heute meine Freude über die ehrenvolle Anerkennung, welche meine Wirksamkeit bei Ihnen gefunden hat. Und ich wünschte, daß ich auch in der Lage wäre, mich Ihnen noch jetzt besonders in dem dritten Punkte nützlich zu machen. Aber ich bin aus den amtlichen Beziehungen zu Ihrer Industrie heraus und kann auch jetzt in Berlin die Sache nicht angreifen; wenn ich hinkäme und im Reichstag den Mund aufthäte, so müßte ich der herrschenden Politik schärfer entgegentreten, als ich es bisher meiner Stellung und meiner Vergangenheit angemessen finde; ich müßte entweder schweigen oder so reden, wie ich denke. Wenn ich letzteres thue, so hat das eine Tragweite nach unten, nach oben, nach außen und nach innen, an die ich mich heute noch nicht gewöhnen kann. Es kann ja sein, daß die Notwendigkeit für mich eintritt, dieses subjektive Gefühl zu überwinden. Für heute möchte ich nur sagen: Nondum meridies. Wenn ich jetzt nach Berlin käme und spräche für den Schutz der Landwirtschaft, so würde man nur sagen: „Vous êtes orlèvre, monsieur", und meine Bedenken für interessiert halten: damit wäre die Sache erledigt. Ich würde deshalb, wenn ich dort wäre, mehr für Politik eintreten, und für das Interesse der Industrie mehr wie für das eigene. Die Landwirtschaft ist ohnehin schon daran gewöhnt, das Stiefkind der Bureaukratie zu sein, die ihr Lasten auferlegt ohne Wohlwollen und Sachkunde. Aber es ist doch auch eine große Menge von Industriezweigen, die benachteiligt werden durch die neuen Vorschläge. Einige haben Vorteile erlangt; wie groß diese im ganzen sind und wie groß auf der andern Seite der Nachteil ist, den die unter bessere Bedingungen versetzte österreichische Konkurrenz uns bringt, und ob die Kaufkraft Oesterreichs für unsere Produkte einer Steigerung fähig ist, und wie weit unser Import in Oesterreich Transit nach Balkan und Orient ist, entzieht sich bisher meinem Urteile. In der Liste der Industriewaren sind es etwa 30 oder mehr, deren Zollschutz gemindert werden soll. Aber solange die betroffenen Industriellen nicht selbst klagen und sich an ihre Reichstagsabgeordneten wenden, damit diese für sie eintreten, kann ich mich ihnen nicht aufdrängen. Dazu bin ich nicht sachkundig genug. Wer ist Industrieller unter Ihnen? (Antwort: Fast alle.) Da werden Sie sich die Liste vergegenwärtigen und sich nicht verhehlen, daß wir nicht nur der öster-

reichischen und italienischen, sondern auch der französischen und englischen, ja sogar der amerikanischen Industrie, trotz Mac Kinley-Bill, wesentliche Erleichterungen zugestehen sollen, denn die mit diesen Staaten geschlossenen Verträge kann man nicht brechen. Die Amerikaner haben in dem Vertrage mit Preußen seinerzeit das Meistbegünstigungsrecht erhalten, werden also nach Annahme der Verträge zu den neuen Zollsätzen importieren; ihnen das unter Vorwänden zu verwehren, würde dort als Vertragsbruch gedeutet werden; welchen Industriezweigen dies Ganze gefährlich ist und welche es weniger schädigt, das kann ich nicht beurteilen, und wie der Reichstag das so schnell beurteilen will, ist mir unerklärlich. Das Beunruhigendste am Ganzen ist mir die Abdikation des Reichstages, wenn er in wenigen Tagen das begutachten und zur dauernden Einrichtung machen will, was die Herren vom grünen Tisch in Zeit eines Jahres im Geheimen ausgearbeitet haben. Wer hat denn alle diese Aenderungen und Bestimmungen entworfen? Geheimräte, ausschließlich Konsumenten, auf die das Bibelwort paßt, sie säen nicht, sie ernten nicht und sammeln nicht in die Scheuern, Herren, die der Schuh nicht drückt, den sie für den Fuß der Industrie zurechtschneiden. Die Bureaukratie ist es, an der wir überall kranken. Ich würde nie den Mut gehabt haben, auf zwölf Jahre den Sprung ins Dunkle zu thun. Die Härten der neuen Verträge werden sich beim Gebrauche bald herausstellen und sie werden unabänderlich sein; sich derselben jetzt, vor der endgültigen Festlegung, bewußt zu werden, dafür bleibt der Industrie nicht Zeit, es war ja bisher alles ein Geheimnis. Wenn gesagt worden ist, unter der vorigen Regierung sei dieselbe Taktik des Verschweigens beobachtet worden, so ist das eine Fiktion. Wir haben 1878 damit begonnen, die Tariffrage in die Oeffentlichkeit zu werfen, wir haben das gemacht, was die Engländer „fair play“ und die Franzosen „cartes sur table“ nennen. — Diesmal war heimliche Vorbereitung beliebt, und der Reichstag soll sich in wenigen Tagen mit dem Ganzen abfinden; darin liegt politisch ein sehr bedauerliches Ergebnis. Wenn der Reichstag das auf sich nimmt, so schädigt er sein Ansehen im Volke; will er es wahren, so muß er in so einschneidenden Fragen wenigstens die Anstandsfrist beobachten, in der eine sachliche Prüfung möglich ist. — Die Schmerzen, wenn die neuen Stiefel erst angezogen sind, werden folgen. „Was haben unsere Abgeordneten dabei gethan?“ wird dann gefragt werden, und die Antwort wird lauten: „Sie haben zugestimmt, weil die Regierung es wünschte“. Daß der Reichstag nicht die Möglichkeit habe, an den Verträgen zu ändern, ist eine weitere Fiktion. Er kann bei jedem einzelnen Paragraphen sagen: „Den wollen wir nicht, und werden ihn ablehnen, wenn er nicht geändert wird.“ Der Reichstag ist in der Gesetzgebung auch über Zölle vollkommen gleichberechtigt mit dem Bundesrate. Der Reichstag ist das unentbehrliche Bindemittel unsrer nationalen Einheit. Verliert er an Autorität, so werden die Bande, die uns zusammenhalten, geschwächt. Unser Zusammenhalten im Reiche beruht auf den Verträgen, welche die deutschen Regierungen miteinander geschlossen haben, aber auch auf der gemeinsamen Vertretung im Reichstage, die widerstandsfähig und in Ansehen zu erhalten, ist unsre nationale Aufgabe. Hierzu würde ich auch in den jetzt vorliegenden Verhandlungen gern mitwirken. Aber nachdem alle Fraktionen aus Gründen des Fraktionsinteresses sich vorher verpflichtet haben, muß ich mein Auftreten für nutzlos halten. Ich weiß, was so ein Fraktionsbeschluß besagt, an ihm ist nicht zu rütteln, wie auch nachher die Haltung der Fraktion wechseln mag. Angenommen wird das Ganze so wie so, mein Hinkommen und meine Aussprache würden jetzt sich darauf beschränken müssen, die Urheber der Vorlage und die, welche Sie annehmen, ohne Erfolg zu kritisieren und anzugreifen. Das ist eine Aufgabe, die mir widerstrebt. Ich hoffe, daß der

Reichstag selbst in Erkenntnis seiner Stellung im Lande sich wenigstens vor einer Uebereilung hüten werde, unter der sein Ansehen leiden könnte. Ich bin zu einer so tiefgreifenden Kritik, wie ich sie üben müßte, wenn ich heute im Reichstage reden wollte, weniger berufen, wie andere; ich bin 50 Jahre im Dienste des Staates gewesen und Jahrzehnte lang an erster Stelle. Gegen dessen Leiter öffentlich so aufzutreten, wie ich müßte, wenn ich im Reichstage überhaupt redete, widerstrebt meinem Gefühle und ist mir peinlich, und es müßten noch stärkere Gründe wie heute vorliegen, daß ich diesen Widerwillen überwinde, die Nötigung dazu läuft mir vielleicht nicht weg, aber ich will es noch abwarten. Dies alles führe ich ihnen als Entschuldigung an, daß ich hier auf der Bärenhaut liege, anstatt mein Mandat zu erfüllen. Mein Arzt ist, wie Sie sehen, wieder hergekommen, um mich bei den Rockschößen festzuhalten. Er hörte von meiner Frau, daß ich nach Berlin wollte, und beeilt sich, den Flüchtling wieder einzufangen. Ich schiebe meine Teilnahme an den Verhandlungen noch auf, so schwer auch die Sorge auf mir lastet, daß wir für zwölf Jahre an Zustände gebunden werden sollen, deren Wirkung heute niemand übersieht, auch ihre Urheber nicht."

14. Dezember. Der **Kaiser** begibt sich nach Bredow bei Stettin, um den Taufakt des Panzerschiffs „Weißenburg" zu vollziehen. In der Rede erinnert er an das Treffen von Weißenburg, wo ein „ritterlicher Feind" besiegt worden sei.

14. Dezember. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine königliche, vom Gesamtministerium gegengezeichnete Bekanntmachung über das **Berechtigungswesen** an den höheren Lehranstalten. Danach werden

I. die Reifezeugnisse der Ober-Realschulen als Erweise zureichender Schulvorbildung anerkannt: 1) für das Studium der Mathematik und der Naturwissenschaften auf der Universität und für die Zulassung zur Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, 2) für die Zulassung zu den Staatsprüfungen im Hochbau-, Bauingenieur- und Maschinenbaufach, 3) für das Studium auf den Forst-Akademien und für die Zulassung zu den Prüfungen für den Königlichen Forstverwaltungsdienst, 4) für das Studium des Bergfachs und für die Zulassung zu den Prüfungen, durch welche die Befähigung zu den technischen Aemtern bei den Bergbehörden des Staats darzulegen ist.

II. Die Reifezeugnisse der höheren Bürgerschulen, bezw. der gymnasialen und realistischen Lehranstalten mit sechsjährigem Lehrgang, sowie die Zeugnisse über die nach Abschluß der Untersekunda einer neunstufigen höheren Lehranstalt bestandene Prüfung werden als Erweise zureichender Schulbildung anerkannt: für alle Zweige des Subalterndienstes, für welche bisher der Nachweis eines siebenjährigen Schulkursus erforderlich war.

14.—17. Dezember. Zweite Beratung der **Handelsverträge**. In namentlicher Abstimmung wird mit 200 gegen 66 Stimmen die Herabsetzung des Zolles auf Wein und Trauben angenommen.

15. Dezember. (**Bayreuth: Reichstagsersatzwahl.**) Abgegeben 13,784 Stimmen, davon erhalten Dr. Casselmann, Rechtsanwalt in Bayreuth (nat.lib.) 7391 Stimmen, Dr. Aug. Papellier,

königl. Regierungsrat in Bayreuth (deutschfreis.) 4338 Stimmen, Georg Frank, Bildhauer in Nürnberg (Soz.) 2043 Stimmen. Ersterer ist gewählt.

18. Dezember. Dritte Lesung der Handelsverträge. In einer Replik gegen den Abgeordneten v. Kardorff sagt der Reichskanzler:

In dem Teil seiner Rede, in welchem er die auswärtige Politik berührte und abfertigte, hat er geäußert, er erkenne in der Mac-Kinley-Bill keine politische Aktion. Wenn er in der Mac-Kinley-Bill keine politische Aktion erkennt, so erkennt er auch in dem Panamerikanismus keine politische Aktion; und wenn das der Fall ist, werde ich so lange, bis dem Herrn Abgeordneten diese Erkenntnis gekommen sein wird, darauf verzichten, mich über äußere Politik von dieser Stelle mit ihm zu unterhalten.

Der größte Teil des Vertrags mit Oesterreich-Ungarn wird en bloc angenommen, wogegen niemand Einspruch erhebt. Die Schlußabstimmung ist namentlich: 48 Nein, 243 Ja. Die Verneinenden sind 36 Konservative, 2 Freikonservative, 5 Nationalliberale, 5 Antisemiten. Für den Vertrag stimmen 18 Konservative.

Fürst Bismarck ist nicht zu den Verhandlungen erschienen.

Die anderen Verträge werden ohne Debatte angenommen.

18. Dezember. Der Kaiser wohnt der Einweihung des neuen Ständehauses des Kreises Teltow bei. Auf eine Ansprache des Landrats Stubenrauch antwortet der Kaiser folgendermaßen:

Wir feiern heute eines von den wenigen Festen, um die uns sämtliche andere Nationen der Welt beneiden. Es sind dieses Feste, in denen der einfache Mann des Volkes mit seinem Herrscher zusammenkommt und sich nicht als Unterthan zum Herrscher, sondern als Familienmitglied zum Familienvater fühlt; und das ist ein Band, welches nur in Deutschland und nur speziell bei uns in Preußen und Brandenburg möglich ist; es ist ein altgeschichtliches Band und ist um so schöner, je enger und fester es sich schließen kann.

Daß es Mir vergönnt ist, mit Ihnen zusammen dieses herrliche Haus einzuweihen, von dem es Mich freut, daß es diesem hohen Kreise zum Aufenthalt dient, gereicht Mir zur hohen Befriedigung.

Sie erwähnten der beiden Hauptelemente, der Luft und des Lichts, der Gaben unseres Allgütigen Gottes, dieser Grundelemente, die für den Landwirt, wie er hier hauptsächlich vertreten ist, notwendig sind. Ich möchte glauben, daß der Geber von Luft und Licht diejenigen, die berufen sind, unter ihnen zu verweilen, in ihnen zu arbeiten und sich ihr Lebtag darin zu bewegen, die gerne Luft und Licht als ihr Eigen betrachten wollen, auch mit einem weiteren Blick und einem weiteren Horizont geschaffen hat. Ich habe das Gefühl und Ich hege keinen Zweifel, daß nicht nur die Landwirte speziell dieser Provinz, sondern Meines gesamten Reichs die Empfindung haben werden, daß nach wie vor wir zusammengehören, wir miteinander arbeiten und miteinander fühlen, und daß stets das alte Hohenzollernsche Wort „Suum cuique“ auch im höchsten Maße auf die Landwirtschaft in

Anwendung zu bringen ist; Ich hege die Ueberzeugung, daß dieses Wort bei Ihnen fest im Herzen sitzt trotz aller Versuche, wie sie von verschiedenen Seiten her zur Erzielung des Gegenteils bei Ihnen gemacht werden.

Ich erhebe Mein Glas und trinke es auf das Wohl des Kreises Teltow mit dem Wunsche, daß die alte märkische Treue und die guten märkischen Eigenschaften nach wie vor sich in Ihnen entwickeln und in Ihren Nachkommen fortleben werden und nach wie vor werden beibehalten werden.

Der Kreis Teltow, er lebe hoch! hoch! hoch!

Bald darauf nimmt Seine Majestät noch einmal das Wort zu folgender Rede:

Meine Herren, Ich habe Ihnen eine Mitteilung zu machen, die vom Reichskanzler kommt.

Seiner Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich unterthänigst, daß der Reichstag soeben die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen hat.

Meine Herren! Wir verdanken dieses Ergebnis der Arbeit des Reichskanzlers v. Caprivi. Dieser schlichte preußische General hat es verstanden, in zwei Jahren sich in Themata einzuarbeiten, die zu beherrschen selbst für den Eingeweihten außerordentlich schwer ist.

Mit weitem politischen Blick hat er es verstanden, im richtigen Augenblick unser Vaterland vor schweren Gefahren zu behüten. Es ist selbstverständlich, daß einzelne Interessen Opfer bringen müssen, damit das Wohl des Ganzen vorwärts gebracht werde; Ich glaube aber, daß die That, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird, geradezu eine rettende zu nennen ist.

Der Reichstag in seiner größten Mehrheit hat gezeigt, daß er den weiten politischen Blick dieses Mannes erkennt und sich ihm anschließt, und es wird dieser Reichstag sich einen Mark- und Denkstein in der Geschichte des Deutschen Reichs damit gesetzt haben.

Trotz Verdächtigungen und Schwierigkeiten, die dem Reichskanzler und Meinen Räten von den verschiedensten Seiten gemacht worden sind, ist es Uns gelungen, das Vaterland in diese neuen Bahnen einzulenken.

Ich bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen von Unterthanen der anderen Länder, die mit uns bei dem großen Zollverband stehen, werden dereinst diesen Tag segnen.

Ich fordere Sie auf, mit Mir das Glas zu leeren auf das Wohl des Herrn Reichskanzlers: Seine Excellenz der General der Infanterie von Caprivi, General Graf von Caprivi, er lebe hoch! und nochmals hoch! und zum drittenmal hoch!

18. Dezember. Der Kaiser verleiht dem Reichskanzler von Caprivi den Grafentitel.

23. Dezember. (Dresden.) Der Kultusminister und Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. v. Gerber †.

23. Dezember. (Berlin.) Ludwig v. Rönne †.

24. Dezember. (Frankfurt a. M.) Der ultramontane Publizist Professor Janssen †.

II.

Die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie.

1. Januar. (Pest.) Graf Ludwig Tisza begrüßt den Ministerpräsidenten Grafen Szapary im Namen der liberalen Partei. Szapary dankt der Partei für das ihm bewiesene Vertrauen und erklärt, die Regierung halte es für höchst wünschenswert, daß der den Interessen beider Teile Rechnung tragende Handelsvertrag mit Deutschland zu stande komme, welcher die Freundschaft und das politische Bündnis, in welchem Ungarn mit Deutschland lebe und in Zukunft leben wolle, nur inniger gestalten werde. (Lebhafte Zustimmung.) Der gute Wille seitens aller Faktoren sei ein so aufrichtiger, daß volle Hoffnung für einen befriedigenden Abschluß des Vertrages vorhanden sei. Der Vertrag werde als Maßstab für die mit anderen Ländern, besonders den östlichen, zu schließenden Verträgen dienen. — Obgleich namentlich Serbien und Rumänien in der Rohproduktion gewissermaßen Ungarns Konkurrenten seien, so herrsche doch eine derartige Gegenseitigkeit der Interessen mit denselben, daß es nicht auf Ungarn ankommen werde, auch freundschaftliche Handelsbeziehungen mit ihnen zu unterhalten. — Bezüglich der Kirchenpolitik konstatiert Szapary, Ungarn sei der religiösen Intoleranz abgeneigt und er hoffe, daß trotz der Maulwurfsarbeit subalterner Organe der geschichtliche Patriotismus des hohen Klerus, wie früher in viel wichtigeren Fragen einen Ausweg finden werde, und daß der Friede der Konfessionen auch fortab ungestört bleibe. — Die Regierung halte trotz entgegengesetzter Gerüchte an der Verwaltungsreform fest; die vorzubringenden Vorlagen wurden auch der öffentlichen Meinung vollkommen zugängig sein. Die Regierung sei auf einen

harten Kampf vorbereitet, hoffe aber mit Unterstützung der Majorität der Nation aus demselben siegreich hervorzugehen.

5. Januar. (Prag.) In der Sitzung des Landtags kommt eine Zuschrift des Statthalters zur Verlesung, welche den vorjährigen Beschluß des Landtags in der Sprachenfrage beantwortet. Auf die veröffentlichten Sprachenverordnungen hinweisend, erklärt die Zuschrift, die Regierung sei noch nicht in der Lage, dem Landtag darauf bezügliche Vorlagen zu unterbreiten, werde jedoch nicht unterlassen, sofern die Durchführung der Beschlüsse der Wiener Ausgleichskonferenz zur Aenderung der Gerichtsorganisation in Böhmen führe, das Gutachten des Landtags betreffs der Grundsätze der Gerichtsorganisation einzuholen. Betreffs der Revision der Sprachenverordnung vom Jahre 1880 könne die Regierung eine solche Revision im Sinne der Wiener Konferenzbeschlüsse, an denen die Regierung in allen Punkten festhalte, erst nach der Durchführung der Aenderungen in den Gerichtssprengeln in Erwägung ziehen. Bei dieser Revision und den Aenderungen der Gerichtsorganisation werde die Regierung die Wünsche des Landtags auf das eingehendste würdigen, unter Wahrung der Einheit des Landes, der Gleichberechtigung beider Volksstämme, der berechtigten Interessen der Rechtsuchenden und der Anforderungen des Dienstes.

10. Januar. (Pest.) Die Betriebsergebnisse der ungarischen Staatsbahnen für 1890 sind sehr günstige. Die effektiven Reineinnahmen der Staatskasse betragen 3,597,863 fl. mehr, als veranschlagt war, und 3,016,580 fl. mehr als im Jahre 1889.

20. Januar. (Wien.) Erzherzog Franz Ferdinand tritt eine Reise nach St. Petersburg an.

20. Januar. (Prag: Landtag.) Die Vorlage über den Landeskulturrat wird in der dritten Lesung mit 153 gegen 53 Stimmen angenommen.

21. Januar. (Prag.) 39 Altczechen geben im böhmischen Landtage eine Erklärung ab.

Sie knüpft an den Beschluß der altczechischen Abgeordneten vom 26. Januar 1890, worin diese, geleitet von friedlichen Intentionen, den ihnen vorgelegten Wiener Ausgleichspunktationen beigetreten sind. Sodann verweist die Erklärung darauf, daß zur Verwirklichung des wahren Friedens im Lande der czechischen Nationalität jedenfalls das gleiche Recht werden müsse, wie den Deutschen. Es seien jedoch Thatsachen vorgekommen, welche darauf schließen lassen, daß seitens der Regierung wie auch der Deutschen den Czechen in einer nicht friedlichen Weise begegnet wird. Daß die Deutschen die Intentionen der Czechen nicht teilen, beweise der Umstand, daß sie ihre Mitwirkung an der Landesausstellung versagt haben, obgleich dieses

Unternehmen dem ganzen Lande ohne Unterschied der Nationalität gewidmet erscheint und sich des Protektorats des Kaisers erfreut. Das feindselige Auftreten der Deutschen während der letzten Volkszählung in den gemischt sprachlichen Bezirken lasse einen weiteren Schluß auf die wenig friedliche Gesinnung der Deutschen zu. Der Schluß der Erklärung lautet: „Alle unterzeichneten Abgeordneten erkennen an, daß die Reform der Wahlordnung, welche in den Wiener Vereinbarungen garantiert ist und von welcher die Regierung mit der größten Bestimmtheit erklärt hatte, daß sie den betreffenden Gesetzentwurf ehestens vorlegen werde, in dringendem und innerem Zusammenhang stehe mit dem Gesetze über die Errichtung der nationalen Kurien und mit dem Gesetze, betreffend die Teilung des Wahlkörpers der Besitzenden des nicht fideikommissarischen Großgrundbesitzes in mehrere Wahlgruppen, und daß die Reform der Wahlordnung früher bekannt sein müsse, damit es klar werde, daß die in der bisherigen Wahlordnung enthaltenen Ungerechtigkeiten gegenüber dem böhmischen Volke gutgemacht wurden. Deshalb erklären wir, daß unser Bestreben dahin gehen wird, daß dieser unserer Ueberzeugung von dem dringenden Zusammenhang der oben erwähnten drei Gesetze, welche alle zur Verwirklichung der sogenannten qualifizierten Majorität bedürfen, zum Durchbruche geholfen werde, und daß wir seinerzeit bei der Landtagsverhandlung Anträge stellen und unterstützen werden, dahin gehend, daß alle drei obengenannten Gesetze gleichzeitig und zugleich ins Leben treten."

Der Abg. v. Plener wies die Verdächtigungen gegen die Deutschen zurück und charakterisierte die Erklärung der Altczechen als einen Wortbruch. Welchen Wert könne die Regierung auf so unzuverlässige Verbündete legen? Die Zerstörung des Ausgleichs sei nicht das Werk der Jungczechen, sondern die Folge des Abfalls der Altczechen. Die Deutschböhmen würden niemals die böhmische, sondern die österreichische Staatsbürgerschaft in die erste Linie stellen, die deutsche Sprache müsse die erste Sprache des Staats sein. Auf der Grundlage des böhmischen Staatsrechts sei der Friede unmöglich. Trotz des von den Deutschen bewiesenen Entgegenkommens sehe man jetzt nicht die Zeichen des Friedens, sondern diejenigen des Kampfes, heraufbeschworen durch die Czechen.

22. Januar. (Innsbruck: Landtag.) Dordi beantragt die dringliche Behandlung der Komiteeanträge betreffs der Autonomie Süd-Tirols noch vor den Gegenständen der Tagesordnung. Das Haus spricht sich mit großer Majorität für die Dringlichkeit aus, worauf der Statthalter im Namen des Kaisers den Landtag für geschlossen erklärt und den Landeshauptmann um sofortige Invollzugsetzung ersucht. Die Sitzung wird sodann mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser geschlossen.

23. Januar. Kardinal Simor †.

23. Januar. (Wien.) Das Haus der Abgeordneten des Reichsrats wird aufgelöst. In ihrem nichtamtlichen Teil bemerkt die „Wiener Zeitung" dazu:

„Die Kürze der bis zum gesetzlichen Ende der Legislaturperiode noch erübrigenden Frist, vielfach innerhalb der Parteien sich vollziehende Veränderungen, die hiedurch bedingten schwierigen und zweifelhaften Majoritätsverhältnisse, sowie die Rücksichten auf die Aufgaben der Zukunft ließen er-

kennen, daß der Augenblick gekommen sei für die Erneuerung des Abgeordnetenhauses und die Klärung der politischen Lage . . . Oesterreich bedarf auch in Zukunft eines Parlamentes, welches österreichisch denkt, fühlt und handelt, welches die Kraft und Würde der Monarchie höher stellt als Parteiinteressen. Die Parlamentsmajorität soll den staatlichen Bedürfnissen Genüge leisten und in der Lage sein, eine kräftige, legislative Thätigkeit zu entfalten; sie soll eine feste Schutzwehr gegen unpatriotische und extreme Bestrebungen bilden; sie soll die Verfassung des Reiches, sowie die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Königreiche und Länder wahren, die Individualität der Völker und die wichtigste Grundlage menschlicher Gesittung, religiöse Ueberzeugung achten und berücksichtigen. Eine Majorität soll es sein, welche die Zeichen der Zeit versteht, denn so wie unser gesamtes privates und öffentliches Leben sich gewissen sozialen Erscheinungen gegenüber nicht gleichgültig verhalten darf, so muß auch die gesetzgebende Gewalt innerhalb ihres Wirkungskreises ihr Verständnis für soziale Fragen bethätigen . . . Oesterreichs Mannigfaltigkeit in Natur, Verhältnissen und Volksinteressen läßt die Eventualität der Bildung und des Bestandes großer, völlig homogener Majoritäten kaum voraussetzen, und es wird immer Aufgabe der Regierung Sr. Majestät sein, die Politik des Staates unter allen Umständen mit Festigkeit richtigen Zielen zuzuführen. Wer jedoch unser Vaterland, seine Geschichte und seine innere Entwicklung kennt, muß zuversichtlich erwarten, daß infolge der bevorstehenden Wahlen stets eine aus Politikern verschiedener Parteirichtungen bestehende Majorität vorhanden sein werde, bereit, den Aufgaben unsrer Gesetzgebung gerecht zu werden und in diesem Sinne eine Regierung zu unterstützen, welcher die Mitwirkung eines jeden gemäßigten, patriotisch Gesinnten willkommen sein wird."

4. Februar. (Wien.) Der Finanzminister Dunajewski wird auf sein eigenes Ansuchen aus Gesundheitsrücksichten unter Anerkennung der mit patriotischer Aufopferung namentlich auf dem finanziellen Gebiete geleisteten ausgezeichneten Dienste von seinem Posten enthoben. An seiner Stelle wird der bisherige Sektionschef im Justizministerium Dr. Emil Steinbach zum Finanzminister ernannt.

8. Februar. (Wien.) Unter dem Vorsitze des Abg. von Plener findet eine Parteikonferenz der Vereinigten deutschen Linken statt, an welcher fast alle Mitglieder derselben teilnehmen. Sämtliche Redner betonen, namens der verschiedenen Parteigruppen die Notwendigkeit der Erhaltung eines einheitlichen Parteiverbandes. Die Versammlung genehmigt einhellig den vom Vorsitzenden vorgelegten Wahlaufruf, in welchem es u. a. heißt:

„Das nationale Interesse des deutschen Stammes, sein Anspruch auf die ihm gebührende Stellung im öffentlichen Leben Oesterreichs kann nachdrücklich nur dann geltend gemacht werden, wenn deutsche Abgeordnete aus allen Ländern, aus allen Schichten der Gesellschaft in einer großen achtunggebietenden Partei vereinigt sind. . . . Die Deutschen stehen den übrigen Nationalitäten nicht feindselig gegenüber, sie wollen die nationale Entwicklung der nichtdeutschen Volksstämme nicht verkümmern, sie können aber gewisse Ansprüche, welche wesentlich staatsrechtlichen Charakter haben und das

ganze einheitliche Gefüge der Staatsverwaltung in Frage stellen, nicht zugeben, gerade so, wie sie auf den Schutz ihrer eigenen Nationalität im Umfange des ganzen Reiches mit allem Nachdrucke bedacht sein müssen. Sie würden aber wünschen, daß diese Streitfragen nicht immer wieder aufgeworfen werden und daß zunächst Raum geschaffen werde für gedeihliche Reformen, für welche ihnen die Mitwirkung anderer Gruppen nur willkommen sein würde." Nach einer Aufzählung der wichtigen Aufgaben, welche des neuen Reichsrates insbesondere auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete harren, fährt der Aufruf fort: Wir halten fest an dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche und an dessen Tendenzen europäischer Gruppierung, mit welchen sich die innere Politik nicht im Widerspruch befinden kann. Den schwebenden Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit dem befreundeten Nachbarreiche wünschen wir einen guten Erfolg und würden es gerne sehen, wenn auch für die Handelsbeziehungen zu anderen benachbarten Ländern eine vertragsmäßige Basis gewonnen würde. . . . Mit Genugthuung begrüßen wir das erste Anzeichen einer Wendung. Wir haben unsere Opposition nicht aus persönlichen Motiven und den Kampf nicht um des Kampfes willen geführt. Zu einer dauernden Besserung der Lage wird es notwendig sein, die unerläßliche geänderte Richtung durch Thatsachen klarzustellen und zu verbürgen. Unter diesen Voraussetzungen würden wir auch unsere Unterstützung einer Regierung nicht versagen, welche den österreichischen Staatsgedanken voranstellen, die Verwaltung von nationalen Parteieinflüssen frei halten, der berechtigten Stellung der Deutschen Rechnung tragen und mit entschiedenem mannhaften Auftreten thatsächlich eine Führerin des öffentlichen Geistes sein würde. Wir würden es lebhaft wünschen, wenn an Stelle verzehrender Kämpfe oder dumpfer Gleichgültigkeit patriotische Begeisterung und Freude am öffentlichen Wirken träte."

12. Februar. (Pest.) Die Staatseinnahmen im Jahre 1890 betrugen 375 Millionen, die Ausgaben 342 Millionen, es ergab sich demnach gegenüber dem präliminierten Defizit von 400,000 Gulden ein Ueberschuß von 33 Millionen Gulden.

23. Februar. Im ungarischen Abgeordnetenhause spielt sich eine Sturmszene ab bei der Debatte über die Vorlage, betreffend die gemeinsame österreichisch-ungarische Konsular-Gerichtsbarkeit, der sich die ungarischen Chauvinisten, auch Graf Apponyi von der gemäßigten Opposition widersetzen.

28. Februar. Beginn der österreichischen Reichsratswahlen.

4. März. (Pest: Abgeordnetenhaus.) Der Ministerpräsident Szapary beantwortet eine Interpellation betreffs des Aufenthaltes von Nihilisten in Bulgarien und erklärt offen und aufrichtig sprechen zu wollen. Der Thatbestand sei folgender: Der Minister des Auswärtigen habe erfahren, daß in Bulgarien sich Nihilisten aufhalten, welche gegen Rußland konspiriert hätten. Dieselben hätten sich bisher meist in Frankreich und der Schweiz aufgehalten, sich von dort infolge strenger Maßregeln der Regierungen entfernt und nach Bulgarien begeben, teils in Hoffnung auf eine

geringere Kontrolle, teils wegen der Nähe Rußlands. Der Minister des Auswärtigen habe den österreichischen Vertreter in Bulgarien angewiesen, die bulgarische Regierung auf den Aufenthalt einer großen Anzahl solcher Individuen aufmerksam zu machen, von denen mehrere Staatsanstellungen besäßen, was die Annahme hervorrufen könnte, die bulgarische Regierung unterstütze diese Umtriebe. Aehnliches hätten die Geschäftsträger Deutschlands und Italiens erklärt. Die bulgarische Regierung habe gedankt und entschieden dagegen protestiert, daß sie solche Individuen oder deren Umtriebe unterstützen wolle; sie wisse, daß solche Individuen pseudonym und auf Grund gefälschter Urkunden Staatsanstellungen erlangt hätten; sie verfolge deren Thätigkeit aufmerksam; denn für Bulgarien könnte ein anderes Verhalten nachteilig sein. Dies sei der Sachverhalt. Da ein weiterer Schritt nicht notwendig geworden, sei auch nichts anderes geschehen. Der Ministerpräsident erklärt dieses Verfahren nach seiner Ansicht für richtig, worauf die Antwort von dem Hause zur Kenntnis genommen wird.

6. März. (Wien.) Nach dem Ergebnis der ersten Reichsratswahlen beschließen die Alttschechen, für die Nachwahlen ihre Kandidaten zurückzuziehen, da sich gezeigt habe, daß das tschechische Volk die Politik der Jungtschechen verlange.

7. März. (Budapest.) In der Sitzung der Legislativen wird der Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform, die Administration und Selbstverwaltung der Komitate vom Ministerpräsidenten Grafen Julius Szapary unterbreitet. Stürmische Eljenrufe begrüßen den Ministerpräsidenten bei der Vorlegung.

Ende März. Das Ergebnis der Reichsratswahlen wird folgendermaßen berechnet. Deutsche und deutschfreundliche Gruppen: vereinigte deutsche Linke 110, deutschnationale Vereinigung 18, Coronini und deutsche Mittelpartei 18, deutsche Konservative (Lienbacher) 2, zusammen 148. Hohenwartklub 26, verschiedene Klerikale 24, Mähren bezügl. Alttschechen 12, Jungtschechen 36, zusammen 98. Polen 56, Rutenen 8, Feudale 18, Trentinoklub 7, Bukowiner 5, Antisemiten 13, zusammen 107.

Eine spätere Aufstellung gibt folgende Gruppierung: die vereinigte deutsche Linke 108, die Deutsche Nationalpartei 20, der Coroniniklub 13, der Hohenwartklub 70, der Polenklub 55, der Ruthenenklub 7, der Jungtschechische Klub 35, der mährische Tschechenklub 10, die Freie Vereinigung für wirtschaftliche Reform auf

christlicher Grundlage 18 Mitglieder, Wilde 16, erledigte Mandate 4.

3. April. (Pairschub.) 18 neue Herrenhausmitglieder werden ernannt; davon werden 5—7 der deutschliberalen Richtung, die Mehrzahl der konservativen zugerechnet.

7. April. Abg. v. Plener erstattet in einer Versammlung der Vereinigten Linken Bericht über seine Verhandlungen mit der Regierung. Nach diesem Berichte hätte die Linke die Bildung einer anfänglich nicht großen Mehrheit, bestehend aus der Linken, dem liberalen Zentrum und den Polen, in Aussicht genommen, welcher sich bei geschickter Führung leicht einzelne andere Gruppen des Hauses allmählich hätten anschließen können. Die Regierung hätte aber diesen Vorschlag abgelehnt, zugleich seien die Reste der alten Mehrheit in eine neue Parteiorganisation unter der Führung des Grafen Hohenwart zusammengefaßt worden. Ebenso habe der Vertreter des Polenklubs erlärt, auf die Vorschläge der Linken nicht eingehen zu können, weil der Klub nicht in der Lage sei, seine bisherigen Beziehungen zu dem Grafen Hohenwart zu lösen. Andererseits habe die Linke eine politische Verbindung mit dem neuen Hohenwartklub für unannehmbar erklärt, sich jedoch nach Präzisierung ihres Parteistandpunktes bereit gefunden, mit dem Polenklub wegen der parlamentarischen Geschäftsbehandlung in Fühlung zu treten. Plener erklärte schließlich, die Linke werde ihre besten Kräfte für wirtschaftliche, finanzielle und soziale Reformen einsetzen, und bereit sein, mit anderen Gruppen zusammenzuwirken, ohne jedoch unnatürliche politische Allianzen einzugehen.

8. April. Die tschechischen Abgeordneten Mährens konstituieren sich als eigner Klub und wählen den Abgeordneten Meznik zum Obmann. Der Klub faßt einstimmig den Beschluß, sich als Teil der Rechten zu betrachten und mit dem Hohenwartklub freundliche Beziehungen zu unterhalten.

Der Polenklub beschließt, auf einem alten autonomistischen Programm fußend, er habe keine Ursache, die bisherige Selbständigkeit aufzugeben; er spreche dagegen die Geneigtheit aus, mit den Parteien von Fall zu Fall in Verbindung zu treten.

Die deutsche Nationalpartei (bisher deutschnationale Vereinigung) beschließt, in nationalen und anderen wichtigen politischen Fragen ein einheitliches Vorgehen mit der Vereinigten Linken anzubahnen.

11. April. (Wien.) Der Kaiser eröffnet den Reichsrat mit folgender Thronrede:

„Zum Beginne des neuen Abschnittes Ihrer verfassungsmäßigen Thätigkeit habe Ich Sie um Meinen Thron versammelt. Ich entbiete Ihnen Meinen kaiserlichen Gruß und heiße Sie herzlich willkommen. Ich hege die Hoffnung, daß die bevorstehende Session sich als eine Periode erfolgreicher Arbeit erweisen werde, und erwarte von Ihrer patriotischen Hingebung, daß Sie die Verwirklichung dieser Hoffnung in jeder Weise fördern werden, sowie Ich auch Meine Regierung in diesem Sinne beauftragt habe. Zur Erreichung dieses Zieles beizutragen sind Alle berufen und willkommen, deren Ueberzeugung es ist, daß über den einzelnen Parteien die Gesamtheit von Staat und Volk stehe und daß die Sorge für diese höchsten Interessen durch Parteibestrebungen niemals beirrt werden dürfe.

Im gegenwärtigen Zeitpunkte sind infolge der raschen Entwicklung der Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens die Aufgaben, welche die Sorge für die Gesamtheit uns auferlegt, besonders zahlreich und dringend geworden. Daher muß sich auch die Gesetzgebung zunächst mit diesen Aufgaben beschäftigen, und es darf erwartet werden, daß vor dieser dringenden Pflicht jene Wünsche, welche von einzelnen Parteien gehegt werden, vorerst zurücktreten. Nur durch eine solche patriotische Selbstverleugnung kann es gelingen, den schwierigen Anforderungen der Zeit gerecht zu werden. Sie werden sich mit Vorlagen Meiner Regierung zu beschäftigen haben, welche die Förderung des Einvernehmens zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern und die möglichste Ausgleichung sozialer Gegensätze auf diesem Gebiete bezwecken. Die Pflege der berechtigten Interessen des Kleingewerbes wird auch fernerhin den Gegenstand der wohlwollenden Fürsorge der berufenen Faktoren zu bilden haben, und Ich hoffe, daß es bei der erforderlichen selbstthätigen Mitwirkung des Gewerbestandes gelingen werde, die wirtschaftliche Lage dieses für die Gesellschaft bedeutsamen Berufszweiges einer gedeihlichen Entwicklung zuzuführen. Eine besondere Vorlage wird der Regelung des Baugewerbes gewidmet sein. Die wohlthätigen Wirkungen, welche das erst seit kurzem in Geltung stehende Gesetz betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter geäußert hat, machen es wünschenswert, dieses Gesetz auch auf weitere Kreise auszudehnen. Eine Vorlage wird vorbereitet, um die genossenschaftliche Organisation der landwirtschaftlichen Berufe zu fördern und dadurch einen weiteren Schritt zur Festigung der Verhältnisse dieses so wichtigen und zahlreichen Teiles der Bevölkerung zu thun. Der Meliorationsfonds vermag nicht mehr den zahlreichen Anforderungen zu genügen, welche aus allen Meinen Königreichen und Ländern auf dem Gebiete der Flußregulierungen und Wildbachverbauungen an denselben gestellt werden, es wird daher die Vermehrung der Jahresdotation dieses Fonds, dessen Höhe mit der notwendigen Rücksichtnahme auf den Stand der Staatsfinanzen zu bemessen sein wird, eintreten müssen. In Berücksichtigung der von mehreren Landtagen geäußerten Wünsche und in Würdigung der gewichtigen hiefür sprechenden Gründe befaßt sich Meine Regierung mit der Vorbereitung eines die obligatorische Feuerversicherung von Immobilien bezweckenden Gesetzentwurfes. Weitere in Vorbereitung sich befindende Gesetzentwürfe verfolgen die Zwecke, den berechtigten Klagen über die zunehmende Verfälschung der Lebensmittel abzuhelfen und der Trunksucht entgegenzuwirken.

Nach langjährigen Bemühungen ist es gelungen, das Gleichgewicht im Staatshaushalte zu erreichen; diese wertvolle Errungenschaft zu erhalten und zu sichern, ist ebenso sehr Ihre als auch die Aufgabe Meiner Regierung. Nunmehr ist auch der Zeitpunkt gekommen, in welchem die Reform

der direkten Besteuerung wieder in Angriff genommen und auf diesem Wege dem allgemeinen Wunsche nach einer möglichst gerechten Verteilung der Lasten entsprochen werden kann.

Besondere Sorgfalt werden Sie, geehrte Herren, der Pflege des Verkehrswesens zuzuwenden haben. Sowohl das Lloydunternehmen als auch die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft werden Ihre Aufmerksamkeit und Fürsorge in Anspruch nehmen. Die bezüglich mehrerer Privatbahnen nähergerückten Termine der Einlösbarkeit durch den Staat werden Meine Regierung veranlassen, den successiven Fortgang der Eisenbahnverstaatlichung in eingehende Erwägung zu ziehen und Ihnen nach reiflicher Prüfung jedes einzelnen Falles in verkehrspolitischer und finanzieller Hinsicht die geeigneten Anträge zu stellen; auch über die fernere Beteiligung des Staates an der Ergänzung des Bahnnetzes und behufs Förderung des Baues von Lokalbahnen werden Ihnen entsprechende Vorlagen zugehen, endlich wird das zu Bern unterzeichnete Uebereinkommen über internationalen Eisenbahnfrachtverkehr, welches auch auf die Gestaltung des internen Betriebsreglements von weittragendem Einflusse sein wird, Ihnen zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden. Der hohen Bedeutung bewußt, welche die Eisenbahntarife für die gesamte landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion gleichwie für den Handel besitzen, steht Meine Regierung im Begriff, der Reform des Personentarifs eine solche des Gütertarifes auf den Staatsbahnen nachfolgen zu lassen, welche den Bedürfnissen der Bevölkerung in weitgehendem Maße entgegenkommen und auch auf die Privatbahnen nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Meine Regierung ist angelegentlich bemüht, die handelspolitischen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten, sofern es als notwendig oder wünschenswert erscheint, einer neuerlichen Regelung zuzuführen. Es wird dabei angestrebt, daß diese Vereinbarungen möglichst gleichzeitig und für längere Zeit erfolgen. Auf diese Weise sollen stabile Verhältnisse geschaffen werden, unter deren Herrschaft Industrie und Landwirtschaft gedeihliche Existenzbedingungen finden. Unausgesetzte Fürsorge wird Meine Regierung dem öffentlichen Unterrichte auf allen seinen Gebieten zuwenden; insbesondere sind es die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien, deren Reform sich als notwendig erwiesen hat; ebenso bedürfen die Bestimmungen über die medizinischen Studien der Abänderung. Die Universität Lemberg soll durch Aktivierung einer medizinischen Fakultät eine entsprechende Ausgestaltung erfahren; Meine Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die zu diesem Zweck notwendigen Verhandlungen möglichst bald zum Abschlusse zu bringen. In der Justizgesetzgebung sind nicht bloß die Kodifikationen auf dem Gebiete des materiellen Strafrechtes und des Verfahrens vor den Civilgerichten neuerlich in Angriff zu nehmen, auch im Strafprozeßrechte läßt die Erfahrung manche Aenderung als wünschenswert erscheinen, und neben diesen großen Gesetzgebungsarbeiten kommt noch in Betracht, daß vornehmlich die Justizgesetzgebung sich gegenüber den Erfordernissen des wirtschaftlichen Lebens nicht abschließen kann, daß sie einerseits Hindernisse einer wohlthätigen Entwicklung zu beseitigen, andrerseits aber auch schädlichen Ausschreitungen des Eigennutzes mit Ernst und Strenge entgegenzutreten hat. Die Vereinigung Meiner Haupt- und Residenzstadt Wien mit den Vororten hat Mich mit lebhafter Befriedigung erfüllt, und Ich erhoffe von derselben wesentliche Vorteile für alle Teile des vergrößerten Wien; die Arbeiten zur Durchführung dieser Vereinigung sind in vollem Zuge. Auch Ihre Mitwirkung wird betreffs mehrerer hieher gehöriger Gesetzentwürfe in Anspruch genommen werden. Der Frage der Wiener Stadtbahn wird die eingehendste Aufmerksamkeit zugewendet und ihre Verwirklichung bildet den Gegenstand besonderer Fürsorge Meiner Regierung.

Geehrte Herren von beiden Häusern des Reichsrates! Wunsch und Bedürfnis nach fruchtbarer Arbeit erfüllen nicht uns allein, in allen europäischen Staaten gibt sich das Verlangen nach friedlichem Nebeneinanderleben kund, von allen Regierungen kommen uns Versicherungen zu, welche die Erhaltung des Friedens als wesentlichste Aufgabe ihrer Bemühungen bezeichnen. Dies, wie die freundschaftlichen Beziehungen, in welchen wir zu allen Mächten stehen, berechtigt Mich, die Hoffnung auszusprechen, daß die Reihe der Friedensjahre, deren sich die Monarchie bisher zu erfreuen hatte, fortdauern und es Ihnen vergönnt sein werde, sich den Ihrer harrenden Arbeiten ungestört widmen zu können.

Meine Regierung bereitet die entsprechenden Gesetzentwürfe vor und wird nach Maßgabe ihrer Fertigstellung Ihnen dieselben zur weiteren Behandlung übergeben; von Ihnen erwarte Ich eine sorgfältige und sachliche Prüfung der Vorschläge Meiner Regierung und bin davon überzeugt, daß bei ruhiger, von Voreingenommenheit freier, auch den Standpunkt eines Parteigegners achtender Beratung es möglich sein werde, die bestehenden Gegensätze zu mildern und einen gemeinsamen Boden für eine heilbringende Thätigkeit zu finden. Die Befolgung solcher Grundsätze hat in einer Angelegenheit des landtäglichen Wirkungskreises in jüngster Zeit die Erreichung befriedigender Resultate angebahnt, deren Ausgestaltung und Verwirklichung auch in Zukunft den Gegenstand des unentwegten Strebens Meiner Regierung bilden wird. Durch ausdauernde und pflichttreue Arbeit, wie Ich sie von Ihnen erwarte, gewinnen die bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen erst ihren vollen Wert. In dieser Weise kann Einheit und Macht des Staates gewahrt und den mannichfaltigen Verhältnissen Meiner Königreiche und Länder, sowie den verschiedenen Interessen ihrer Bewohner Rechnung getragen werden; auf diesem Wege wird das sittliche, geistige und wirtschaftliche Wohl Meiner treuen Völker, welche Meinem Herzen Alle gleich nahe stehen, unter Wahrung ihrer verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung am wirksamsten gefördert. Möge Gott der Allmächtige zu dem verantwortlichen Werke seinen Segen verleihen!"

15. April. Nachdem im dritten Wahlkörper zum Gemeinderat 33 Antisemiten und 13 Liberale, im zweiten 39 Liberale und 7 Antisemiten, im ersten 44 Liberale und 2 Antisemiten gewählt wurden, besteht der Gemeinderat im ganzen aus 96 Liberalen und 42 Antisemiten.

16. April. (Wien.) Im Reichsrat findet die Wahl des Präsidiums statt, Smolka wird mit 301 von 306 Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt.

3. Mai. (Wien.) Letzte Sitzung der Delegierten zu den deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen.

8. Mai. (Wien.) Die Regierung vereinbart mit den Führern der großen Parteien, von einer Adresse als Antwort auf die Thronrede abzusehen, da sich für keine der vorgelegten Adressen eine ausreichende Majorität findet, und statt dessen eine einfache Loyalitäts-Kundgebung zu substituieren. Präsident Dr. Smolka stellt demgemäß im Abgeordnetenhause einen dringlichen Antrag, der ohne Debatte einstimmig angenommen wird.

Im Herrenhaus haben sich die Parteien zu einer die Thronrede acceptierenden Adresse schon vorher vereinigt.

Die Jungtschechen hatten einen Adreß-Entwurf folgenden Inhalts:

Die bisherige Behandlung der nationalen Fragen könne nicht zum Ziele führen. Die Verständigung mit den Deutschen sei nur auf dem Boden völliger Gleichberechtigung möglich. Unter Betonung der tiefen staatsrechtlichen Ueberzeugung der tschechischen Nation wird die Lösung der nationalen Frage auf Grundlage selbständiger freier Entwickelung der einzelnen Reichsteile gefordert. Was für Wien geschehe, müsse auch für Prag und andere Hauptstädte der Kronländer geschehen. Ferner wird verlangt: Allgemeines Stimmrecht, Aenderung der Wahlordnung zu Gunsten der Tschechen, namentlich in Mähren, Schlesien; Gleichberechtigung der Konfessionen und Nationalitäten, der wirtschaftlichen Klassen, besonders der arbeitenden Klassen, Dezentralisierung der Eisenbahnen, Herabminderung der Militärlasten, Kräftigung des Einflusses der Bedeutung der Landtage.

8. Mai. (Wien.) Graf Taaffe und sämtliche Minister drücken dem Präsidenten Smolka den Dank der Gesamtregierung für die Kundgebung aus.

15. Mai. (Prag.) Eröffnung der Landesausstellung durch Erzherzog Karl Ludwig, als Vertreter des Kaisers, Protektor der Ausstellung.

Auf die in böhmischer Sprache begonnene, in deutscher Sprache fortgesetzte Ansprache des Oberst-Landmarschalls Fürsten Lobkowitz bezeichnete der Erzherzog in seiner Erwiderung den Gedanken der Ausstellung als einen glücklichen, weil die letztere die geistigen und wirtschaftlichen Fortschritte des abgelaufenen Jahrhunderts darlege. Aus diesem Grunde habe auch der Kaiser diesem Gedanken das regste Interesse zugewendet und das Protektorat über die Ausstellung übernommen, welche er persönlich in Augenschein nehmen werde. Wie die Ausstellung dem Lande zur Ehre gereiche, so möge sie auch zur Hebung der allgemeinen Wohlfahrt beitragen. Der Erzherzog erklärte hierauf in beiden Landessprachen die Ausstellung für eröffnet.

22. Mai. (Prag.) Eine Deputation französischer Studenten wird von der tschechischen Bevölkerung, welche sich massenhaft am Bahnhof angesammelt hatte, mit den stürmischen Rufen „Vive la France“ empfangen und durch eine tschechische und französische Ansprache begrüßt. Die Redner betonen, daß die Tschechen und Franzosen einen gemeinsamen Feind, den Germanismus, zu bekämpfen hätten und deshalb fest zu einander halten müßten. Die Polizei zerstreut schließlich die Demonstranten.

25. Mai. (Wien.) In der Plenarsitzung des Welt-Post-Kongresses erklären die Vertreter von Neu-Südwales, Viktoria, Queensland, West-Australien, Süd-Australien, Tasmanien und Neuseeland, daß ihre Staaten zum 1. Oktober d. J. dem Weltpostverein beitreten.

27. Mai. Graf Taaffe erklärt im Budgetausschusse einer abfälligen Kritik des böhmischen Ausgleiches durch den Jungtschechen Herold gegenüber, „daß die Regierung an den Wiener Punktationen festhalte und trachten werde, dieselben vollständig zur Durchführung zu bringen. Sie müsse auch an der deutschen Amtssprache festhalten, indem nur dadurch überhaupt eine entsprechende einheitliche Administration möglich sei."

7. Juni. (Wien.) Unterzeichnung des Vertrages, gemäß dessen sämtliche ungarische Linien der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft in der Länge von 1556 Kilometern an den ungarischen Staat abgetreten werden. Für diese Linien samt den Fahrbetriebsmitteln zahlt der Staat der Gesellschaft eine jährliche Nettorente von 9,600,000 Gulden in Noten.

8. Juni. (Wien.) In der Sitzung des Budgetausschusses wird der Dispositionsfonds mit allen gegen 3 Stimmen (zwei Jungtschechen, ein Deutschnationaler) bewilligt.

8. Juni. (Wien.) Verordnung des Gesamtministeriums, wodurch die für den Gerichtssprengel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt im Jahre 1884 getroffenen Ausnahmsverfügungen teilweise aufgehoben werden.

9. Juni. Dem Abgeordnetenhause wird der Entwurf eines Anarchisten-Gesetzes vorgelegt.

10. Juni. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Im Spezialausschuß für Ausnahmeverordnungen erklärt Graf Taaffe, die Regierung habe nunmehr die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen für möglich befunden, halte jedoch einen stufenweisen Uebergang für empfehlenswert. Deshalb habe sie die vorläufige Aufrechterhaltung der Ausweisungen beschlossen, um die beunruhigenden Elemente noch einige Zeit fernzuhalten. Der Ausschuß nahm einen Antrag des Referenten Freiherrn v. Sommaruga an, wonach das Haus infolge der bereits stattgehabten teilweisen Aufhebung der Ausnahmeverordnung die Erwartung ausspricht, daß auch der noch aufrecht erhaltene Teil derselben sobald als thunlich aufgehoben werde.

11. Juni. (Wien.) In der Sitzung des Budgetausschusses legte der Generalberichterstatter Dr. Bilinski die Hauptziffern des Budgets vor, wie sich dieselben nach den Beschlüssen des Ausschusses ergeben.

In dem von der Regierung vorgelegten Staatsvoranschlage waren die gesamten Einnahmen mit 566,759,572 fl., die Ausgaben mit 564,478,948 fl.

präliminiert, so daß sich ein Ueberschuß von 2,285,624 fl. ergab. Nachdem der Budgetausschuß bei einigen Einnahmsposten nicht unerhebliche Mehreinstellungen vorgenommen hat, so stellen sich nunmehr die Hauptziffern des Budgets pro 1891 wie folgt dar: Gesamteinnahmen 568,375,521 fl., Gesamtausgaben 564,576,997 fl., sonach resultiert ein Ueberschuß von 3,798,524 fl. Hierauf genehmigte der Ausschuß nach kurzer Debatte das Finanzgesetz, in welchem das Goldagio mit 18 Prozent festgesetzt wurde, und den Bericht des Generalberichterstatters, welcher das vorliegende Budget als das günstigste seit 1871 und wohl seit Beginn der konstitutionellen Aera bezeichnet; denn wenn man zu dem vorerwähnten Ueberschusse auch noch die 4 Millionen Gulden rechne, welche aus den laufenden Einnahmen des Jahres 1891 zur teilweisen Bestreitung der mit 10,9 Millionen Gulden bemessenen Ausgaben für Schuldentilgung verwendet werden sollen, so ergebe sich ein Gesamtüberschuß von 7,798 Millionen Gulden.

16. Juni. (Wien.) Dem Abgeordnetenhause wird ein Gesetzentwurf zur Förderung des Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vorgelegt.

17. Juni. (Wien.) Bei der Budgetdebatte im Abgeordnetenhause hält Graf Taaffe eine programmatische Rede, in der es heißt:

„Seit den Neuwahlen stehen wir alle vor einer neuen parlamentarischen Situation, die eine neue Parteigliederung zur Folge hatte. Wir befinden uns in einer parlamentarischen Phase, deren Entwicklung von der Mäßigung, politischen Umsicht und Klugheit der in Frage kommenden Parteien abhängt. Die allerhöchste Thronrede hat auch dieser neuen Situation Ausdruck gegeben. Dem Geiste der allerhöchsten Thronrede gemäß sollen sich die Verhandlungen im hohen Hause ruhig und allmählich im Interesse eines gedeihlichen Fortschrittes des legislativen Geschäftsganges entwickeln und dadurch die Bürgschaft und Gewähr einer längeren Dauer heilsamen Kontaktes auf dem Boden sachlicher Thätigkeit geschaffen werden. Ich spreche daher meine aufrichtige Befriedigung aus, daß die gemäßigten Parteien dem an alle einsichtsvollen und patriotischen Elemente gerichteten Appell der allerhöchsten Thronrede Folge zu leisten bereit sind, daß sie vorerst wichtige Punkte ihrer Parteiprogramme im Interesse der Allgemeinheit mit anerkennenswerter Selbstbeschränkung zurückstellen, sich mit der Regierung zu gemeinsamer, von allen politischen Gegensätzen möglichst absehender Arbeit vereinen und dadurch den allerhöchsten Wünschen entsprechen wollen. Mit besonderer Befriedigung muß ich aber hervorheben, daß eine große Partei, welche zahlreiche deutsche Wählerschaften vertritt und bisher abseits stand, dem Appell der allerhöchsten Thronrede folgend, sich wieder aktiv an den parlamentarischen Arbeiten beteiligt. Ich knüpfe daran die Versicherung, daß der Regierung die weitere Mitwirkung dieser Partei bei Durchführung des in der allerhöchsten Thronrede angekündigten Arbeitsprogrammes in hohem Grade erwünscht erscheint. Ich bin überzeugt, daß die thätige Mitarbeiterschaft einer Partei, welche in ihrer Mitte so ausgezeichnete Fachmänner und Kapazitäten zählt, die Erledigung der wichtigsten Geschäfte des Hauses sicherlich fördern wird."

22. Juni. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Bei der Beratung des Budgets erklärt der Jungtscheche Herold, die Tschechen wünschten die Vereinigung aller slavischen Stämme des Reiches.

Er bezeichnet den Panslavismus als eine Unmöglichkeit und ein von den Deutschen geschaffenes Phantom zur Bekämpfung der Slaven.

23. Juni. Der Kaiser wird in Fiume von dem englischen Geschwader begrüßt.

24. Juni. Die Verstaatlichung der ungarischen Staatsbahn wird vom ungarischen Abgeordnetenhause mit großer Majorität angenommen.

24. Juni. (Wien: Abgeordnetenhaus.) In der Einzelberatung über das Budget befürwortet der Jungtscheche Vasaty die Anlehnung an Rußland und spricht sich gegen die Erneuerung des Dreibunds aus. Am Balkan habe Oesterreich keine politischen Interessen. (Allgemeiner Widerspruch.) Lueger zieht sich durch leidenschaftliche Angriffe auf Ungarn und die dualistische Grundlage der Monarchie einen Ordnungsruf zu. Lueger beantragt schließlich eine Resolution, die Regierung aufzufordern, die österreichischen Interessen gegen das Vordrängen Ungarns zu schützen. Der Ministerpräsident Graf Taaffe erklärt, die diplomatischen Ansichten Vasatys seien wohl nur persönliche Anschauungen; er würde nicht geantwortet haben, wenn nicht Lueger die staatsrechtliche Grundlage der Monarchie und die befreundete ungarische Regierung angegriffen hätte. Die österreichische wie die ungarische Regierung dienen einem Kaiser und König. (Beifall.) Die Austragung gelegentlicher Interessendifferenzen erfolgte stets in beiderseits befriedigender Weise. Aus der Rede Luegers sei er (Taaffe) einzig mit dem Satze einverstanden, daß Oesterreich gerüstet sein müsse, um als Bundesgenosse geschätzt, als Gegner gefürchtet zu werden. (Lebhafter Beifall.) Sueß verteidigt das Bündnis mit Deutschland und Italien und dankt dem italienischen Ministerpräsidenten di Rudini für dessen schöne Worte über Andreas Hofer. Oesterreich biete Italien gern und loyal die Hand. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Der Jungtscheche Tilscher erklärte, Vasaty habe ausschließlich in seinem eigenen Namen gesprochen; die Anschauungen der Partei habe der Abg. Herold dargelegt. Demel protestiert gegen die Zuweisung der dem Dualismus feindlichen Resolution Luegers an den Budgetausschuß und verlangt Uebergang zur Tagesordnung. Lueger erhebt hiergegen leidenschaftlichen Widerspruch, spricht von parlamentarischem Standrecht und droht mit dem Standrecht der Wähler. Bei der Abstimmung wird die Resolution Lueger mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt.

26. Juni. Der Jungtschechenklub spricht Vasaty einstimmig seine Mißbilligung aus wegen seiner neulichen Ausfälle gegen den Dreibund.

4. Juli. Schlußsitzung des Weltpostkongresses in Wien.

4. Juli. (Pest.) Tod des Kardinal-Erzbischofs von Kalorsa, Dr. Ludwig Haynald.

15. Juli. Fürst Ferdinand von Bulgarien reist nach Gastein, wo sich Kaiser Franz Joseph befindet.

18. Juli. (Pest.) Die Regierung bringt im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf ein, wonach in bestimmten Fällen die Gerichtsbarkeit über die Gültigkeit von Wahlen der Reichstagsabgeordneten für acht Jahre von dem Inkrafttreten des Gesetzes an der königlichen Kurie, nach Ablauf dieser Zeit ausschließlich dem Abgeordnetenhause zustehen soll. Der Gesetzentwurf enthält Modifikationen und Ergänzungen des gegenwärtigen Wahlgesetzes.

30. Juli. (Pest.) Nachdem infolge der Obstruktionstaktik der Opposition die Debatte über den § 1 der Verwaltungsreform zwei Monate gewährt und der Ministerpräsident Graf Szapary vergeblich gedroht hat, den Reichstag ein Jahr lang ununterbrochen tagen zu lassen, bietet die Regierung der Opposition einen Kompromiß an des Inhalts, die letztere möge die Durchberatung des ersten Abschnitts der Reformvorlagen ermöglichen, worauf das Parlament vertagt werden solle.

31. Juli. (Prag.) Die Strafe gegen den tschechischen Mediziner Czizek, der wegen Mißhandlung eines Deutschen in der Ausstellung zu 10 Tagen Arrest verurteilt war, wird von der höheren Instanz auf eine Geldstrafe von 50 Gulden herabgesetzt.

1. August. (Pest.) Die Opposition lehnt den angebotenen Kompromiß der Regierung ab. Man erwartet vielfach die Auflösung des Hauses.

2. August. (Prag.) Ueberfall von drei Mitgliedern des deutschen Theaters durch Tschechen, die sie mit Messern angreifen. Ein Deutscher wird schwer verwundet.

6. August. (Pest: Abgeordnetenhaus.) Der § 1 der Verwaltungsvorlage wird mit 164 gegen 49 Stimmen angenommen. Bei dem § 2 der Verwaltungsvorlage verweist Ministerpräsident Szapary auf den bisherigen Gang der Beratungen, welcher das Ansehen des Parlaments gefährde. Die Unabhängigkeitspartei habe erklärt, die Vorlage sowohl in der Herbstsession wie auch bei jeder

späteren Gelegenheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen zu wollen. Hieraus gehe hervor, daß thatsächlich Obstruktion stattgefunden habe. Ob dieses Verfahren der äußersten Linken der Würde des Parlaments entspreche, möge man aus den Auslassungen der auswärtigen Presse ersehen, die sich bereits mit Geringschätzung über das Verhalten des ungarischen Parlaments äußere. Er sei überzeugt, daß die Nation das Verhalten der äußersten Linken brandmarken werde. Die Majorität sei verpflichtet, das Ansehen des Parlaments zu wahren. Darum beantrage er, daß die Beratung der Vorlage bis zu einem Zeitpunkte aufgeschoben werde, wo dieselbe mit größerer Ruhe und Objektivität statthaben könne.

Er beantragt daher, nachdem der § 1 angenommen, welcher das Ernennungssystem anstatt des bisherigen Wahlsystems hinsichtlich der Komitatsbeamten festsetzt, es solle anstatt des jetzigen § 2 des Entwurfs der folgende § 2 in denselben aufgenommen werden: „Der Minister des Innern wird angewiesen, entsprechend dem in § 1 ausgesprochenen Prinzip, Gesetzentwürfe über die Organe der Komitatsverwaltung und deren Wirkungskreis, über die Autonomie der Komitate, über die Organisation und den Wirkungskreis der Verwaltungsausschüsse, sowie über die Verwaltungsgerichtsbarkeit gleichzeitig zu unterbreiten."

Nach Annahme dieses Vorschlages (8. August) wird das Haus vertagt.

9. August. Besuch König Alexanders von Serbien bei Kaiser Franz Joseph (s. Serbien).

4. September. (Göpfritz.) Kaiser Wilhelm und der König von Sachsen wohnen als Gäste des österreichischen Kaisers den Manövern bei. Am Schlusse derselben äußert Kaiser Wilhelm:

„Ich freue Mich, neuerdings Gelegenheit gefunden zu haben, die vorzügliche Tüchtigkeit der österreichischen Armee zu sehen, mit deren Waffen und mit deren Kriegskameradschaft, wann und gegen wen immer, der Zukunft getrost entgegengesehen werden kann."

26. September. (Prag.) Kaiser Franz Joseph trifft in Prag ein, wird mit Begeisterung aufgenommen.

Der Bürgermeister Scholz richtet an den Kaiser eine erst in tschechischer, dann in deutscher Sprache gehaltene schwungvolle Ansprache.

Der Kaiser antwortete

(Deutsch): „Mit Freuden nehme Ich bei Betreten der Hauptstadt Meines geliebten Königreichs Böhmen die Versicherung der Ergebenheit und unwandelbaren Treue entgegen, die Sie namens der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht haben. Ich entbiete Ihnen hiefür Meinen kaiserlichen Dank. Das Wohl dieses schönen und reich gesegneten Landes bildet einen Gegenstand Meiner väterlichen Fürsorge." (Tschechisch): „Mit Interesse verfolge Ich die Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die königliche Hauptstadt zu weiterer Blüte zu bringen und hoffe, daß die Ausstellung, die jetzt der Stadt

ein reges Leben verleiht, aneifernd wirken und der Stadt wie dem Lande von bleibendem Nutzen sein wird. Möge das hunderttürmige Prag allen seinen Bewohnern stets eine glückliche, blühende Heimat sein!"

Ferner sagt der Kaiser dem Ausstellungspräsidenten Grafen Kinsky:

(Deutsch): „Mit aufrichtiger Genugthuung nehme Ich die Kundgebung loyaler Gesinnung, angestammter und unwandelbarer Treue, sowie der Freude über Meinen Besuch entgegen. Ich entbiete Ihnen hiefür Meinen herzlichen Dank. Gern bin Ich nach Prag gekommen, um Mich durch eigene Anschauung von den erfreulichen Fortschritten tüchtiger Arbeit auf allen Gebieten menschlichen Fleißes in Meinem geliebten Königreiche Böhmen zu überzeugen." (Tschechisch): „Der Erfolg dieser unter Meinem besonderen Schutze stehenden Ausstellung möge den gesunden Sinn der ganzen Bevölkerung aneifern, alle Kräfte einzusetzen für das weitere, immer mächtigere Aufblühen dieses herrlichen Landes, welches, von der Vorsehung reich gesegnet, nur durch einträchtiges Zusammenwirken beider Volksstämme zum vollsten Aufschwung gelangen wird."

Beim Empfang der Vertreter der autonomen Körperschaften des Landes, Bezirksobmänner und Bürgermeister, antwortet der Kaiser auf die Ansprache des Oberstlandmarschalls, Fürsten Lobkowitz:

(Deutsch.) „Ich nehme Ihre huldigende Begrüßung und Versicherung altbewährter Anhänglichkeit an Mich und Mein Haus mit besonderem Wohlgefallen und Danke entgegen. Mit Freuden nehme Ich ebenso die Erklärung zur Kenntnis, daß Sie auch weiter in treuer Pflichterfüllung das Ihrige leisten wollen im Interesse der autonomen Organe, welche geschaffen wurden, um im Wege der Selbstverwaltung für das Wohl und die Bedürfnisse des Landes zu wirken. Hocherfreut über den so überaus herzlichen Empfang in der Hauptstadt Meines geliebten Königreichs Böhmen, welche wieder zu besuchen Mir lebhafte Genugthuung bereitet, spreche Ich Ihnen nochmals Meinen wärmsten Dank für die vielfachen Beweise Ihrer treuen Ergebenheit und Liebe aus und knüpfe daran die Versicherung, daß die Entwicklung und Förderung des geistigen und materiellen Wohles dieses Landes den Gegenstand Meiner fortdauernden Fürsorge bildet."

(Böhmisch.) „Mögen, dies hoffe und erwarte Ich, die unausgesetzten Bemühungen, den für das Wohl Meines geliebten Königreichs Böhmen, sowie für das Wohl des Reiches gleich notwendigen inneren Frieden in diesem schönen Lande zu erreichen, die hingebungsvolle und selbstlose Mitwirkung aller patriotischen Männer finden. In diesen Bestrebungen kann Mein geliebtes Königreich Böhmen Meiner väterlichen Huld und Gewogenheit stets gewärtig sein."

Dem Bürgermeister Dr. Scholz gegenüber bringt der Kaiser die panslawistischen Kundgebungen in den Bahnhöfen beim Empfange fremder Ausstellungsgäste zur Sprache und bemerkt dabei mit großem Nachdruck, diese Demonstrationen hätten ihn sehr geschmerzt, dieselben seien unpatriotisch gewesen und er wünsche, daß sich solches nicht mehr wiederhole.

An demselben Tage wird auf der Sophien-Insel bei Prag eine Versammlung der tschechischen Bauernschaft aus Böhmen, Mähren und Schlesien

einberufen, die von ca. 600 Personen besucht wird und wo die radikalsten nationalen Prätensionen laut werden. Gegen die gemäßigteren „Realisten“ wie Mazaryk wird scharf losgezogen und eine Resolution angenommen, deren Kardinalpunkt lautet: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Böhmen, Mähren und Schlesien ist von großem Schaden für die Bauernschaft dieser Länder; unsere Hauptbestrebungen müssen dahin gerichtet sein, ein besseres Verhältnis der Länder der böhmischen Krone zu den übrigen Kronländern des Reiches herzustellen durch Errichtung des tschechischen Staates auf Grund des historischen Staatsrechtes.“ Der gewesene Obmann des Bauernvereins in Mähren, Vichodyl, sagt u. a.: „Die Tschechen in Böhmen und Mähren bilden ein Volk. Sie wollen daher Einen König haben. Wir unternehmen nichts Neues“, bemerkt Redner weiter, „wir stellen bloß die alten Bande wieder her, deren Gewebe die Zeit stellenweise beschädigt hat. Weil aber die Zeit vorgeschritten ist und eine Deputation an den König nicht mehr abgesendet werden kann, so mögen sich die jungtschechischen Abgeordneten dafür einsetzen und die Gesinnungen der tschechischen Bauern aus Böhmen, Mähren und Schlesien zum Ausdruck bringen.“ Hier macht der landesfürstliche Kommissar darauf aufmerksam, daß er über diese Frage nicht verhandeln lassen könne.

1. Oktober. (Prag.) In der Sitzung des Stadtrates erklärt der Bürgermeister auf eine Interpellation, der Kaiser Franz Joseph habe die in den Zeitungen veröffentlichten Worte in betreff der Vorgänge bei dem Empfange der fremden Ausstellungsgäste thatsächlich gesagt. Da der Kaiser jedoch am Mittwoch einer Deputation des Prager Stadtrates erklärt habe, daß ihn die Bethätigung der dynastischen Gefühle der Einwohnerschaft sehr gefreut habe, so könne sich der Ausspruch des Kaisers nur auf jene Elemente bezogen haben, welche jene Vorfälle veranlaßten. Durch die Worte des Kaisers an den Stadtrat sei der erste Ausspruch somit begrenzt.

1. Oktober. Der Kaiser stattet der Stadt Reichenberg, der größten deutschen Stadt in Böhmen, einen Besuch ab und wird mit Enthusiasmus aufgenommen. In der Nacht vorher ist kurz vor Reichenberg bei Rosenthal die Strecke, welche der kaiserliche Bahnzug zu passieren hatte, unterbrochen worden durch die Sprengung eines Ueberganges. Absicht und Ursprung dieses Attentates bleiben zweifelhaft.

2. Oktober. (Prag.) Der Kaiser richtet an den Statthalter Grafen Thun nachstehendes Handschreiben:

„Ich bin an die Ausführung Meines seit langem gehegten Vorhabens, Mein geliebtes Königreich Böhmen nach einer Reihe von Jahren wieder zu besuchen, in der Ueberzeugung geschritten, hier allerorts einer von angestammter Treue und hingebungsvoller Anhänglichkeit an Mich und Mein Haus beseelten Bevölkerung zu begegnen. Meine Erwartung fand in dem Mir in patriotischem Wetteifer bereiteten festlichen Empfange und in den Mein väterliches Herz wahrhaft beglückenden loyalen Kundgebungen, deren

Zeuge Ich während der ganzen Zeit Meines Aufenthaltes in Böhmen alltäglich war, die vollste Bestätigung. Aus tiefstem Herzen spreche Ich für alle diese Beweise der Liebe und Treue Meinen Dank mit dem Wunsche aus, es möge die Zukunft beide Stämme des Landes stets, wie bei dem jetzigen Anlasse, in Eintracht geeinigt finden zum Wohle des Vaterlandes."

3. Oktober. (Wien.) Rückkehr des Kaisers, begeisterter Empfang seitens der Bevölkerung Wiens.

3. Oktober. Der Kaiser ernennt eine Anzahl tschechischer Priester zu Professoren der Theologie und begründet hiermit eine tschechische theologische Fakultät in Prag.

4. Oktober. (Pest.) In einer Konferenz der liberalen Partei entwickelt Graf Szapary das Programm der Regierung. In demselben wird die Notwendigkeit der Erhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalte betont, die Entwicklung der Volkswirtschaft und die Erleichterung des Verkehrs und der Transporte. Die Regierung halte an der Verwaltungsvorlage fest und werde dieselbe sobald als möglich wieder auf die Tagesordnung setzen. Graf Szapary bekämpft die Politik der Unabhängigkeitspartei, welche durch staatsrechtliche Debatten die auf die ordentliche Entwicklung des Landes gerichtete Thätigkeit verhindern wolle, und erklärt, die beste und einzig richtige nationale Politik liege in der Förderung der Erstarkung des Landes, wozu er die weitere Unterstützung der Partei erbitte.

7. Oktober. (Pest.) Das im ungarischen Reichstage vorgelegte Staatsbudget pro 1892 beziffert die Einnahmen und Ausgaben in ungefähr gleicher Höhe und schließt mit einem Ueberschusse von 12,955 Gulden. Die Thatsache, daß das Gleichgewicht erhalten wird, ist um so bemerkenswerter, als sich die Ausgaben im Jahre 1892 im Ordinarium allein um 25 Millionen erhöhen. Das Mehrerfordernis für die gemeinsame Armee beträgt für Ungarn anderthalb Millionen, das Mehrerfordernis für die Landwehr ungefähr eine Million, für die Aufbesserung der Gehälter der Staatsbeamten sind 1¼ Millionen eingestellt; das Präliminare pro 1890 schloß mit einem Defizit von über 6 Millionen. Das Schlußresultat gestaltete sich jedoch über 34 Millionen günstiger als der Voranschlag und schließt mit einem effektiven Kassenüberschuß von 28 Millionen.

10. Oktober. (Wien.) In dem dem Abgeordnetenhause vorgelegten Budget beträgt das Gesamterfordernis 584,620,378 fl., die Gesamtbedeckung 585,238,262 fl. Der Ueberschuß somit 617,884 fl. Die Einnahmen weisen gegen das Vorjahr ein Plus von 16,862,741 fl.,

die Ausgaben eine Zunahme um 19,767,351 fl. auf. Die gemeinsamen Ausgaben sind um 3,035,734 fl. gestiegen, ebenso sind höhere Beträge eingestellt für die Subvention des Lloyd und der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Der Finanzminister Steinbach beleuchtet das von ihm eingebrachte Budget und betont dabei die Vorsicht und das Streben nach Wahrheit, mit welchem bei der Aufstellung desselben vorgegangen worden sei.

Die eingestellten Ziffern beruhten auf den bisherigen Ergebnissen des laufenden Etatsjahres. Bezüglich der Valuta-Regulierung schließt sich der Minister den Aeußerungen des ungarischen Finanzministers Wekerle an. Alle maßgebenden Faktoren wünschten die Valuta-Regulierung. Für die Beschaffung des hierzu notwendigen Goldes sei das Abwarten günstiger Marktverhältnisse und die Benutzung des richtigen Momentes notwendig. Ueber den Zeitpunkt der Valuta-Regulierung könne er nichts mitteilen, ohne eine Erschwerung der notwendigen Maßnahmen zu schaffen und Nebenwirkungen hervorzurufen. Bei der geringen Elastizität des Steuersystems sei die größte Selbstbeherrschung erforderlich, um ein eines Defizits entbehrendes Budget zu erhalten. Das Gegenteil würde das Ansehen Oesterreichs schmälern, den mühsam gekräftigten Kredit empfindlich schwächen und die Pläne der Valuta-Regulierung sofort in die Registratur verweisen. Von Anleihen, abgesehen von solchen zu Investitionszwecken, sei er (der Minister) kein Freund; eine Steigerung der indirekten Abgaben erachte er für unthunlich, auf diesem Gebiete müsse Ruhe eintreten. Auch die Reform der Zollpolitik sei nicht ohne Opfer möglich.

10. und 11. Oktober. (Leutschau in Ungarn.) Erinnerungsfeier an die vor 50 Jahren erfolgte Ernennung des Prinzen, nachmaligen Kaisers Wilhelm I. zum Inhaber des k. k. Infanterie-Regiments Nr. 34. An dieser Feier nimmt als Vertreter Kaiser Wilhelms II. dessen Flügeladjutant, der deutsche Militärattaché Oberstlieutenant v. Deines, teil, derselbe bringt bei der Festtafel einen politisch bedeutsamen Toast aus; der Wortlaut desselben lautet:

„Meine Herren! Geehrter Herr Oberst! Se. Majestät unser allerhöchster Herr hat mir befohlen, diesem tapferen Regiment zum heutigen Tage seine herzlichen Grüße zu überbringen und zugleich den Dank für dieses erhabene, schöne Fest auszudrücken. Se. Majestät hat dies zuvor mündlich gesagt und ließ es auch schriftlich ausrichten. Se. Majestät wird sich jedoch ganz besonders freuen, wenn er hören wird, wie erhebend das Regiment diesen Tag gefeiert hat. Zugleich bitte ich den Herrn Obersten, mir gestatten zu wollen, in meinem Namen und im Namen der Offiziere des Kaiser Franz-Garde-Grenadierregiments den kameradschaftlichen Dank auszudrücken für die Beweise treuer Waffenbrüderschaft, deren wir Ihrerseits teilhaftig werden. Dem Beispiele unserer allerhöchsten Kriegsherren folgend, die in inniger treuer Waffenbrüderschaft verbunden sind, sind unsre Armeen, sind wir unauflöslich vereint, wie nie zuvor. Nichts auf Erden wird es geben, was uns trennen könnte. In gegenseitiger Hochachtung, gestützt auf unsre uralte Zusammengehörigkeit, welche ja viele Jahrhunderte beweisen, werden wir

auch ferner fest zusammenhalten. Meine Herren, wir gehören zusammen. Das ist jedem Soldaten ins Herz geschrieben. Dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit und die daraus entspringende Einigkeit werden auch im Felde unser Wahlspruch bleiben. Als bewährte treue Waffenbrüder werden wir Schulter an Schulter kämpfen. Wenn unsre allerhöchsten Kriegsherren uns dereinst rufen, werden wir mit Begeisterung gegen jedweden Feind ziehen. Und nun bitte ich, meine Herren, mit mir dem tiefgefühlten Danke Ausdruck zu geben, indem wir dem Offizierkorps des ausgezeichneten Regiments Nr. 34 und seinem biederen Kommandanten ein Hoch ausbringen!"

Das Wiener „Fremdenblatt" veröffentlicht später folgenden authentischen Wortlaut:

„Se. Majestät der Kaiser, mein Allergnädigster Herr, hat mir befohlen, Seinem braven Regimente und ganz besonders dem vortrefflichen Offizierkorps Seine herzlichen Grüße und Glückwünsche zu überbringen und den Allerhöchsten Dank für die pietätvolle Feier dieses Tages. Se. Majestät haben mir dies mündlich in Schwarzenau gesagt und gestern noch schriftlich ausdrücken lassen. Ich glaube hinzufügen zu dürfen, daß der Allerhöchste Inhaber sich freuen wird, wenn er erfährt, wie sein Regiment diesen Tag gefeiert hat. Dann, hochverehrtester Herr Oberst, bitte ich, Ihnen in meiner Kameraden und in meinem Namen den Allerhöchsten Dank aussprechen zu dürfen für die großartige gastfreie, liebenswürdige Aufnahme, die Sie und Ihr Offizierkorps uns, den Vertretern der preußischen Armee, bereitet haben, im Rahmen dieses schönen Festes, des erhebenden Ausdruckes echter Waffenbrüderschaft. Voll und ganz stimmen wir dem, was Sie soeben ausgesprochen, bei. Dem Beispiele ihrer Allerhöchsten Kriegsherren, die innige Freundschaft verbindet, sind unsere Armeen mit Begeisterung gefolgt. Stark, fest und treu stehen wir zu einander, so innig und unauflöslich verbunden wie nie zuvor durch gegenseitige Hochachtung und das uralte Gefühl der Zusammengehörigkeit. Denn, meine Herren, wir gehören ja doch zusammen; wir Soldaten brauchen darüber nicht viel zu reden, es ist uns allen ins Herz geschrieben. Still, aber freudigst, sind wir eines Sinnes, gute Kameraden im Frieden, treue Waffenbrüder und Schulter an Schulter, wenn unsere Kriegsherren dereinst rufen, zum Kampf und Sieg! Daß dem so ist und immer so sein wird, dafür ist ein neuer Beweis die Art, wie Sie die Feier dieses uns noch besonders teueren Gedenktages begangen haben. Dieses Fest haben Sie aus dem Herzen heraus gemacht und wir werden den Tag im Herzen bewahren. Und nun, meine Herren, lassen Sie unserem Dank an die lieben Gastgeber -Ausdruck geben, indem wir rufen: „Das Offizierkorps dieses altbewährten Regiments und an seiner Spitze der Oberst Freiherr v. Königsbrunn leben hoch!"

11. Oktober. In Pest findet eine Versammlung von mehreren Tausenden Bürgern zu dem Zwecke der Gründung eines „Magyaren-Vereins" statt, dessen Aufgabe es sein solle, Pest „auf dem Wege der That vollständig zu magyarisieren". Der sofort konstituierte Verein zählt bereits an 4000 Mitglieder.

Mitte Oktober. Der Name der Partei des Grafen Apponyi, die sich bisher „Gemäßigte Opposition" nannte, wird in „Nationalpartei" verwandelt.

15. Oktober. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Bei Beginn

der Sitzung stellt der Präsident fest, daß ein Abgeordneter während der letzten Sitzung versucht habe, auf den Stimmzetteln, welche für eine vorzunehmende Ersatzwahl in einen Ausschuß verteilt waren, den Namen eines Kandidaten zu streichen und durch einen anderen zu ersetzen. Unter anderem seien vier Stimmzettel Abwesender geändert worden. (Entrüstungsrufe.) Der betreffende Abgeordnete sei vor das Präsidium gerufen und ihm die völlige Unzulässigkeit eines solchen Vorganges auf das entschiedenste vorgehalten worden. Ein weiteres Einschreiten des Präsidiums sei unthunlich, da die Geschäftsordnung für einen derartigen Vorgang, der unmöglich habe vorausgesehen werden können (lebhafte Zustimmung) und seit dem Bestande des Parlamentarismus in Oesterreich nicht vorgekommen sei, keine Bestimmung enthalte. Er müsse über den Vorgang, der sich eigentlich von selbst richte (Zustimmung), seine ganz entschiedene Mißbilligung aussprechen und daran sein lebhaftes Bedauern knüpfen, daß die Geschäftsordnung leider keine Handhabe biete, jene Zensur zu verfügen, die eine solche Unzukömmlichkeit erheischen würde. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Der Abgeordnete Schneider erklärt, er habe nur solche Stimmzettel geändert, deren Inhaber dies gestatteten. Den vier vom Präsidenten erwähnten abwesenden Abgeordneten habe er die von ihm vorgenommene Aenderung rechtzeitig mitteilen wollen und die Diener angewiesen, diese Stimmzettel nicht einzusammeln. Im ganzen habe er acht bis zehn Stimmzettel geändert. Stimmzettel seien keine amtlichen Urkunden. Er bedauere, durch die Berufung zum Präsidenten gehindert worden zu sein, weiter zu agitieren, damit sein Kandidat die ihm noch fehlenden sechs Stimmen erhalte. (Der Präsident ruft den Abgeordneten Schneider zur Ordnung.) Er (Schneider) halte das Parlament für keine Volksvertretung, sondern für eine Kliquenvertretung. (Lang anhaltende Unruhe, Entrüstungsrufe.) Der Abgeordnete Graf Hohenwart bezeichnete die Behauptung, daß die betreffenden Abgeordneten mit der Aenderung ihrer Stimmzettel einverstanden gewesen seien, als unwahr. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.) Die Abgeordneten Schlesinger und Gußmann verteidigen den Abgeordneten Schneider unter heftigen Angriffen gegen die Presse, das Klubunwesen und den herrschenden Wahlmodus.

26. Oktober. (Wien.) Konstituierung des tschechischen Zentralvereins Wiens. Ein Obmann erklärt, man dürfe nicht eher

ruhen, bis die 200,000 Wiener Tschechen der Nation zurückgegeben seien. Die Wiener Tschechen sollten der Regierung Opposition bis aufs Messer machen.

1. November. (Pest.) Der Benediktiner-Erzabt Vaszary wird an Stelle des am 23. Januar verstorbenen Kardinal Simor zum Fürstprimas von Ungarn ernannt.

Anfang November. Der Besuch des Königs von Rumänien in Wien wird aufgegeben wegen dringender innerer Angelegenheiten Rumäniens.

Anfang November. (Prag.) Die Tschechen setzen den Beschluß durch, die Straßen Prags bloß mit tschechischen Tafeln zu versehen.

11. November. (Wien.) Der Kaiser Franz Joseph empfängt die Mitglieder der ungarischen Delegation. Die Rede, mit welcher der Kaiser die Ansprache des Delegations-Präsidenten beantwortet, lautet in den Hauptsätzen, wie folgt:

„Mit Befriedigung kann Ich es aussprechen, daß wir mit allen Mächten in durchaus freundlichen Beziehungen stehen. In vollem Einklange mit unseren Verbündeten erblicke Ich in der Erhaltung des europäischen Friedens die sicherste Gewähr für das Glück und das Gedeihen der Völker. Meine Regierung verliert dieses Ziel nicht aus dem Auge, und es kommen uns auch von allen Kabinetten Versicherungen gleich friedlicher Bestrebungen zu. Zwar hat dies bisher noch nicht dazu geführt, die Gefahren der politischen Lage Europas zu beseitigen oder die allgemeinen militärischen Rüstungen zum Stillstande zu bringen, da aber das Friedensbedürfnis sich so allgemein und einmütig bekundet, so erscheint die Hoffnung auf eine endliche Erreichung jenes Zieles nicht ausgeschlossen. Möge es Mir beschieden sein, Meinen Völkern die frohe Botschaft verkünden zu können, daß die gegenwärtigen Sorgen und Lasten des bedrohten Friedens ihr Ende erreicht haben.

Die Ihnen zur verfassungsmäßigen Behandlung zugehenden Vorlagen geben Zeugnis davon, daß Meine Regierungen mit größter Gewissenhaftigkeit die finanzielle Lage der Monarchie in Betracht gezogen und im Voranschlage für das stehende Heer und die Marine sich für das nächste Jahr auf die unaufschiebbaren und dringendsten Bedürfnisse beschränkt haben, wobei sehr wichtige Anforderungen der Heeresleitung vertagt werden mußten. In Bosnien und der Herzegowina zeigt sich in allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens eine stetig fortschreitende Entwickelung. Die eigenen Einnahmen dieser Länder werden somit auch im nächsten Jahre zur Deckung der Verwaltungskosten vollkommen ausreichen. Ich bin überzeugt, daß Sie Ihrer Aufgabe Ihre volle Einsicht und Hingebung entgegenbringen und wünsche Ihrer Thätigkeit einen gedeihlichen Erfolg und heiße Sie von Herzen willkommen!“

11. November. (Wien.) Vom Cerkle, den der Kaiser Franz Joseph nach dem offiziellen Empfang der Delegationen abhält, werden folgende Aeußerungen bekannt: Dem Delegierten Demmel, der bemerkt, daß nach der vernommenen kaiserlichen Ansprache eine

hoffnungsvolle Friedensaussicht walten werde, erwidert der Kaiser, die Friedensversicherungen seien mit größter Vorsicht aufzunehmen. Sie beruhten zunächst nur auf Erwartungen, deren Realisierung in hohem Grade wünschenswert wären. Dem Delegierten Ruß gegenüber äußert sich der Kaiser über die römische Friedenskonferenz und bemerkt, er glaube nicht, daß auf dem eingeschlagenen Wege das Ziel der Konferenz erreicht werden könne.

Später werden noch verschiedene Einzelheiten bekannt. Mit verschiedenen Delegierten bespricht der Monarch Fragen der inneren Politik. Als der alttschechische Delegierte Pollak sich erlaubt, sich dem Kaiser als einen der letzten wenigen alttschechischen Abgeordneten vorzustellen, die dem Prinzip der Versöhnung treu geblieben seien und für dasselbe auch ehrlich arbeiten wollen, bemerkt der Kaiser: „Das freut mich wirklich herzlich, sehr herzlich. Es ist das ja ein Prinzip, welches zum Durchbruche gelangen muß, aber nie kann dies bei einem Prinzip der Fall sein, für welches täglich ganz leere Phrasen zum Fenster hinaus gesprochen werden.“ Hierauf bemerkt Pollak: „Ich fürchte nur, Majestät, daß das Prinzip nicht so bald durchgeführt wird.“ Hierauf sagt der Kaiser in bestimmtem Tone: „Aber geschehen muß es, und so Gott will, wird es auch.“ Den Abgeordneten Dr. Dostal fragt der Kaiser: „Sind Sie auch in irgend welchem Ausschusse?“ Worauf Dr. Dostal erwidert: „Als alttschechischer Abgeordneter gehöre ich keiner Fraktion an und bin auch infolge dessen in keinem Ausschusse.“ Hierauf spricht der Monarch in sehr strengen Worten sein Bedauern über die Wirrnisse in Böhmen aus und gibt zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß die Bevölkerung Böhmens bald wieder zur Beruhigung kommen werde.

12. November. (Wien.) In einem Ministerrat unter Vorsitz des Kaisers wird entschieden über die Forderungen der Polen wegen Dezentralisierung der Staatsbahnen. Nach Schluß der Sitzung, welcher auch der Chef des Generalstabes, FZM. Baron Beck., beiwohnt, wird der Obmann des Polenklubs, Abg. R. v. Jaworski, zum Kaiser berufen.

Die Regierung hat zwar einen großen Teil der galizischen Wünsche acceptiert, und sämtliche Minister waren in dieser Hinsicht einmütig, aber auf Grund der Einwendungen der höchsten militärischen Autoritäten wird keinerlei wesentliche Aenderung in der bisherigen Organisation der galizischen Staatsbahnen eintreten und demgemäß auch keine Zentraldirektion in Lemberg mit den für sie in Anspruch genommenen Befugnissen errichtet. Sämtliche Betriebsdirektionen des Staatsbahnnetzes werden das Recht haben, die

Beamten bis zur Gehaltsstufe von 1200 fl. zu ernennen, jedoch mit genauer Einhaltung der von der Generaldirektion festzustellenden präzisen Bedingungen für die Ernennung. Die Betriebsdirektionen werden über jede einzelne Ernennung der Generaldirektion einen Vorschlag unterbreiten, und erst, wenn von der Generaldirektion keine Einwendung erhoben wird, soll die Ernennung durch die Betriebsdirektion erfolgen. Die Generaldirektion soll dadurch in die Lage gesetzt werden, ausgleichend auf die Avancementsverhältnisse bei sämtlichen Betriebsdirektionen zu wirken, damit nicht eine zu große Verschiedenheit in dem Tempo der Vorrückung sich herausbilde. Der Generaldirektion wird auch das Recht vorbehalten, die Versetzung von Beamten aus einem Direktionssprengel in einen andern vorzunehmen. Die Forderung des galizischen Landesausschusses, daß die Beamten von den Landes-Chefs ernannt werden sollen, ist daher nicht bewilligt. Die Betriebsdirektionen werden nur verpflichtet sein, bei Anstellungen und Ernennungen von den Landes-Chefs einen Leumundsbericht über die Bewerber einzuholen, wie dies, allerdings nur fallweise, auch jetzt schon bei den Staatsbeamten anderer Dienstzweige zu geschehen pflegt.

Ueber die Audienz Jaworskis beim Kaiser bringt das „Wiener Tageblatt" einen Bericht, daß der Kaiser die äußere Lage als überaus ernst bezeichnet habe. Darauf Panik an der Börse. Die angeblichen Aeußerungen des Kaisers werden amtlich dementiert.

13. November. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus setzt heute die Beratung des Unterrichtsbudgets fort. Im Laufe der Debatte erklärt der Unterrichtsminister Gautsch, die Kenntnis der deutschen Sprache gehöre in Oesterreich zu den unabweisbaren Notwendigkeiten. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen links, Widerspruch und „Oho"-Rufe rechts. Als sich von der Rechten vereinzeltes Zischen vernehmen läßt, applaudiert die Linke nochmals lebhaft.) Der Minister fügt hinzu, die Kenntnis der deutschen Sprache sei das einzige Mittel, um das national entwickelte Schulwesen Oesterreichs vor geistiger Vereinsamung zu schützen. Auch aus wirtschaftlichen Gründen sei die Kenntnis der deutschen Sprache für die Bevölkerung unerläßlich.

Der Slovene Suklje protestiert unter dem lauten Beifall der Jungtschechen und Slovenen gegen die Rede des Unterrichtsministers. Die Slovenen wüßten nun, daß sie von der gegenwärtigen Regierung nichts zu hoffen haben, sie nähmen den aufgedrungenen Kampf auf und seien sicher, daß Gott das slovenische Volk nicht untergehen lassen werde. (Lebhafte Unruhe links.) — Bei der fortgesetzten Beratung des Unterrichtsbudgets beglückwünscht der Abgeordnete Ghon unter dem Beifall der Linken namens der Deutschliberalen den Unterrichtsminister Dr. v. Gautsch zu seinen Erklärungen. Die Rechte protestiert dagegen. Ebenhoch erklärt

namens der Katholisch-Konservativen sein Einverständnis mit den Ausführungen Shuklje's.

14. November. Der Ausschuß der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten tritt zusammen unter dem Vorsitz Ludwig Tiszas. Graf Kalnoky gibt folgendes Exposé:

Der Minister konstatierte vor allem gegenüber jener verschiedenen Auffassung, welche die Ansprache des Kaisers an die Delegationen mehrfach gefunden hat, daß die gegenwärtige Lage der Monarchie, so weit es sich um die Friedensaussichten handle, als eine günstige bezeichnet werden könne. Es sei ihm keine einzige politische Frage bekannt, welche zu einer direkten Befürchtung Anlaß geben könnte, daß die lange Friedensepoche, welche uns bisher beschieden war, jetzt eine Unterbrechung erfahren könne. Unsere Beziehungen zu allen Mächten seien durchaus freundlicher Natur. Die Versicherungen, welche uns diesfalls zukommen, konstatieren nicht nur im allgemeinen die friedlichen Bestrebungen, sondern es liegen authentische und maßgebende Zusicherungen vor, daß auf keiner Seite die Absicht irgend einer Aggression gegen einen Nachbar bestehe. Es sei also derzeit eine Befürchtung weder für den europäischen Frieden im allgemeinen, noch für unsere Monarchie im besonderen vorhanden. Mit dieser Sachlage stehe es allerdings im Widerspruche, daß die Besorgtheit um die Erhaltung des Friedens nicht aufhören will und daß die diesfällige kaum gefaßte Zuversicht immer wieder erschüttert erscheint. Die Hauptursache dieses Zustandes sei darin zu suchen, daß die militärischen Vorbereitungen und Rüstungen bei allen Staaten ungeschwächt fortdauern und nachgerade einen Grad erreichen, welcher die Gefahr einschließt, daß durch die gesteigerte Leichtigkeit des Krieges auch die Eventualität eines solches nähergerückt werden könnte. Daß in unsrer Monarchie der Wunsch nach Erhaltung des Friedens ein allgemeiner ist, kann von keiner Seite in Abrede gestellt werden. Allein der gleiche Wunsch ist überall vorhanden, und dies berechtigt denn doch zur Hoffnung, daß wir mit der Zeit aus dem gegenwärtigen widerspruchsvollen Zustande herauskommen werden. Wir können auf die Erfahrung hinweisen, daß unsre zum Zwecke der Erhaltung des Friedens geschlossenen rein defensiven Bündnisse nun schon seit Jahren bestehen und sich als ihren Zwecken und Zielen entsprechend erwiesen haben, und man darf hieraus wohl folgern, daß der Zusammenschluß der Zentralstaaten beitragen wird, den Frieden auch für die Zukunft zu erhalten.

Was die Fragen des Referenten bezüglich der Erneuerung des Dreibundes betrifft, so sei das Bündnis mit Italien in der That auf eine Reihe von Jahren verlängert worden. Warum man den Ablauf des Vertrages nicht abgewartet habe, das bedürfe wohl kaum einer besonderen Motivierung. Selbst bei Handelsverträgen pflegt man sich möglichst früh vor Ablauf der Fortdauer derselben zu versichern, und es ist dies um so eher notwendig, wenn es sich um so wichtige Verträge handelt, wie sie hier in Rede stehen. Es hat sich erwiesen, daß sämmtliche Mitglieder des Dreibundes einmütig in der Erkenntnis waren, daß die zwischen ihnen bestehenden Bündnisse sich bewährt haben, daß deren Fortdauer für alle Teile und im Interesse des europäischen Friedens wünschenswert erscheine und daß die Erneuerung auch vor dem Ablaufe stattfinden solle. Es habe also der speziellen Initiative von einer oder der anderen Seite überhaupt nicht bedurft. Des weiteren glaubt der Minister sagen zu können, daß zur Zeit, als die drei Mächte in das in Rede stehende Bundesverhältnis traten, alle Umstände so reiflich erwogen wurden, daß keine wesentliche Aenderung bei der Erneuerung not-

wendig erschien, man vielmehr auch darin übereinstimmte, daß von keiner Seite neue Verpflichtungen übernommen werden sollten. Das Verhältnis der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Deutschland könne der Minister als unverändert bezeichnen, insofern der Ausdruck „unverändert“ auf ein Verhältnis paßt, welches sich mit der Dauer fortwährend vertieft und die zwischen den Beteiligten bestehenden Bande immer mehr festigt. Daß bei den obgedachten Verhandlungen zwischen den leitenden Ministern der drei Mächte sich das vollste gegenseitige Einverständnis und Vertrauen gezeigt hat, kann gewiß ebenfalls als eine Garantie für die Fortdauer der zwischen den drei Kabinetten bestehenden herzlichen Beziehungen gelten.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß im Laufe der letzteren Zeit einzelne Ereignisse aufgetaucht sind, welche die öffentliche Meinung bis zu einem gewissen Maße irritiert haben. Dem gegenüber erinnert der Minister daran, daß unsere Zeit überhaupt für solche Erregungen leicht zugänglich sei, daß das große Publikum sensationssüchtig und die Presse sehr geneigt sei, diesem Bedürfnisse unserer Zeit-Epoche entgegenzukommen. Es sei natürlich, daß dann willkürliche und unwillkürliche Erfindungen und Uebertreibungen mit unterlaufen. So sei dies auch mit jenen Ereignissen der Fall gewesen, denen der Referent in dem letzten Teile seiner Rede gedacht. Die Reise des deutschen Kaisers nach England sei jedenfalls von hoher Bedeutung gewesen; aber diese Reise sei nicht als der Ausgangspunkt neuer, sondern vielmehr als das Resultat bereits bestandener Verhältnisse zu betrachten. Diese Reise wäre nicht in dieser Weise unternommen worden, die Aufnahme Kaiser Wilhelms in England wäre nicht so glänzend und warm gewesen, wenn nicht schon vorher lebhafte Sympathien für den Deutschen Kaiser und Deutschland in England bestanden, wenn nicht im englischen Volke für die Friedensziele des Dreibundes das richtige Verständnis bereits vorhanden gewesen wäre. Der Flottenbesuch in Kronstadt ließe sich beiläufig von demselben Standpunkte beurteilen. Alles, was sich dort ereignet, hätte nicht geschehen können, wenn nicht schon früher zwischen den beteiligten Staaten das Bewußtsein einer zwischen ihren Interessen bestehenden engeren Verbindung auf beiden Seiten vorhanden gewesen wäre. Der Minister ist auch nicht geneigt, die Auffassung zu teilen, daß sich auf das Kronstädter Ereignis eine tiefe Veränderung in der europäischen Lage zurückführen ließe.

Was die Frage des Referenten bezüglich unsrer Politik im Orient betrifft, so seien die Ziele und Absichten derselben wiederholt und öfters dargelegt und, wie der Minister wohl behaupten darf, diese Ziele auch jederzeit konsequent im Auge behalten worden. Dieselben lassen sich kurz dahin resumieren: Auf dem Balkangebiete allen staatlichen Individualitäten die freie Entwicklung innerhalb der vom Berliner Vertrage gezogenen Grenzen zu sichern und ihr staatliches und materielles Gedeihen, soweit dies in unsrer Macht steht, zu fördern, damit sie sich immer mehr auf das Niveau der übrigen Kulturstaaten erheben und daher auch der westeuropäischen Völkerfamilie immer nähergerückt werden. Was speziell Rumänien betrifft, so hat dies die größten Fortschritte in dieser Richtung aufzuweisen, wozu auch der Umstand beitragen mag, daß die dortige Bevölkerung vermöge ihrer romanischen Abstammung von jeher mehr nach West-Europa hinneigt. Es macht sich dort nach und nach eine günstigere Wandlung auch nach unsrer Seite hin bemerkbar. In letzter Zeit wechselten Minister und Parteien an der Regierung ab, unsre Beziehungen wurden jedoch dabei nicht tangiert und blieben, wie ich mit Genugthuung konstatiere, unverändert freundliche. Dies gilt auch gegenüber dem jetzigen, wesentlich konservativen Kabinette, welches bei uns im Publikum mit einer gewissen Skepsis aufgenommen wurde. Wir stehen jedoch auch mit dieser Regierung auf befriedigendem Fuße und hoffen,

es werde sich dies nicht ändern, wer immer in Rumänien ans Ruder gelangen möge. Eine wertvolle Garantie finden wir aber in König Karl, dessen weiser Leitung seit einem Vierteljahrhundert das größte Verdienst um die staatliche, militärische und materielle Entwicklung des jungen Staatswesens gebührt. Wir hegen nicht den geringsten Zweifel, daß die auswärtige Politik Rumäniens auch künftighin die bisherige Richtung einhalten wird. Es ist dies um so leichter für Rumänien, als es mit uns die gleichen Interessen und Ziele, als es eine konservative, auf Erhaltung des Friedens sowie des rechtlichen Zustandes auf der Balkanhalbinsel basierte Politik verfolgt.

Was Serbien betrifft, so lasse sich nicht leugnen, daß seit der Abdankung des Königs Milan in Serbien sich eine für uns nicht freundliche Stimmung bemerkbar machte, obwohl, wie schon der Referent hervorhob, unsrerseits alles Entgegenkommen bewiesen wird, um gute Beziehungen zwischen unsrer Monarchie und dem kleinen Nachbarstaate zu erhalten. Wir wissen es und würdigen es, daß in diesem jungen Staatswesen die Parteiverhältnisse noch sehr verworren sind und daß der dortigen Regierung oft nicht geringe Schwierigkeiten entgegentreten. Dessenungeachtet könne der Minister in unseren Beziehungen zu Serbien eine Besserung konstatieren. Er habe aber mehrfach den Eindruck gewonnen, daß es bei manchen Vorkommnissen weniger an gutem Willen seitens der serbischen Regierung fehle, daß jedoch die dortige Bevölkerung sich immer mehr in eine Richtung hineinführen lasse, welche gegen ihr eigenes Interesse gerichtet sei und sie bei weiterem Verharren auf dieser Bahn endlich auch mit den Verträgen in Konflikt bringen müsse. Der Minister fühlt sich nicht berufen, dem serbischen Volke Ratschläge zu erteilen; er glaube jedoch die Meinung aussprechen zu dürfen, daß es gut wäre, wenn man sich dort mehr der Pflege der inneren administrativen und materiellen Aufgaben zuwende, dafür aber weniger große Politik machen wollte.

In dieser Beziehung bilde Bulgarien einen unverkennbaren Gegensatz zu Serbien. In Bulgarien befasse man sich ernst und eifrig mit den inneren Angelegenheiten, arbeite mit Fleiß und Ausdauer an der Hebung des materiellen Wohlstandes, des Handels und Verkehrs, an der Vermehrung der Schulen u. s. w. Was die vom Referenten berührte Anerkennungsfrage betrifft, so bedauert der Minister, sagen zu müssen, daß diese heute noch gerade so stehe, wie als er zum letztenmale vor der Delegation zu sprechen Gelegenheit hatte. Die Angelegenheit dieser Anerkennung hat bei den ihr widerstrebenden Kabinetten seither keine Fortschritte gemacht, und unsre Monarchie könnte sich nicht veranlaßt fühlen, eine sehr heikle Frage anzuregen, bezüglich deren ein Mißerfolg vorauszusehen ist und die sich in ihrer weiteren Entwicklung leicht zu einer gefährlichen gestalten könnte. Für die Bulgaren mag diese Situation immerhin peinlich sein, da sie durch den Ausschluß einer legitimen Regelung ihrer staatsrechtlichen Verhältnisse das Gefühl haben, gleichsam in eine minderwertige Klasse zurückgedrängt zu sein. Wenn dieser Zustand allzu lange dauert, könnte er allerdings auch bedenklich werden. Im allgemeinen sei die Stellung Bulgariens eine so gute, daß das Land selbst durch die mangelnde Anerkennung keine wesentlichen Nachteile erfährt, und wer den Bulgaren wohl will, könne ihnen nur den Rat erteilen, auch fernerhin in möglichst korrekten Beziehungen mit der Pforte zu verbleiben, sich jeder abenteuerlichen Aktion zu enthalten und unter steter Sorgfalt für die Entwicklung ihrer Ressourcen in Geduld die weiteren Dinge abzuwarten. Man ist in Bulgarien bisher klug genug gewesen, sich innerhalb dieses Rahmens zu bewegen, und man wird sich hoffentlich auch in der Zukunft nicht aus demselben herausdrängen lassen.

Der Minister müsse zugeben, daß die Sicherheitszustände sowohl in der Nähe des Sandschaks Novi-Bazar wie in dem Vilajet Kossowo und vielleicht noch in anderen Gebieten schlecht oder mindestens nicht gut seien. Die Ruhestörungen sind alle lokaler Natur und entspringen meist aus dem widerhaarigen Verhalten dieser undisziplinierten Völker gegenüber den Behörden, die wohl auch nicht immer vorwurfsfrei sein mögen. Was die Besorgnisse betrifft, daß im Orient große Verwicklungen gewöhnlich mit ähnlichen Ruhestörungen begonnen haben, so meint der Minister, daß die Zeit vorüber sei, wo lokale Unruhen dieser Art zu größeren Verwicklungen führen könnten.

Was die Dardanellen-Frage betrifft, so stehe die Sache bekanntlich so, daß im Sinne der europäischen Verträge die Dardanellen für die Durchfahrt von Kriegsschiffen geschlossen sind und das Recht, eine Durchfahrt solcher Schiffe zu gestatten, dem Sultan allein zustehe. Bei Beurteilung dieser Frage ist es wichtig, den Unterschied zwischen Kriegsschiffen und Transportschiffen nicht aus den Augen zu verlieren. Die bedeutendsten südlichen Häfen Rußlands liegen im Schwarzen Meere, und es muß daher notwendigerweise den Weg durch die Meerengen benützen, um die Verbindung und den Verkehr zur See mit seinen Provinzen in Ostasien aufrecht erhalten zu können. Dieser Verkehr wird neuestens am häufigsten mit der sogenannten Kreuzerflotte vermittelt, welche aus Schiffen besteht, die im Falle eines Krieges allerdings bestimmt sind, als Kriegsschiffe armiert zu werden, im Frieden aber der Regierung als Transportschiffe dienen und unter der Handelsflagge fahren. Diese Schiffe sind während der letzteren Jahre zu wiederholtenmalen auch für den Transport von Rekruten nach deren Bestimmungsort, sowie umgekehrt zur Rückführung ausgedienter Soldaten in deren Heimat verwendet worden. Wegen mehrfacher Anstände mit den türkischen Behörden wurde schließlich ein Abkommen zwischen der Pforte und Rußland betreffs dieser Schiffe getroffen. Die Pforte hat, nachdem sie sich mit Rußland geeinigt, im Wege eines Zirkularschreibens den anderen Mächten gegenüber den Charakter dieses zur Regelung der Durchfahrt für Transportschiffe getroffenen Abkommens festgestellt und zugleich konstatiert, daß durch dasselbe an dem bisher bezüglich der Durchfahrt durch die Dardanellen bestehenden Prinzipe keinerlei Aenderung sich ergibt. Diese türkische Zirkular-Depesche hat uns und andere Mächte veranlaßt, von der Erklärung der Pforte Akt zu nehmen, bei welcher Gelegenheit neuerdings die durch die Verträge festgestellte Kloture der Dardanellen für Kriegsschiffe ausdrücklich konstatiert werden konnte.

Indem der Minister zum Schluß seiner Erläuterungen im allgemeinen nochmals zusammenfaßt, glaubt er mit gutem Gewissen sagen zu können, daß die politische Lage unsrer Monarchie eine durchaus befriedigende sei, daß sie die ihr gebührende Stellung in Europa einnehme, daß sie freundschaftliche und geregelte Beziehungen mit allen Mächten unterhalte und treue und mächtige Alliierte und Freunde besitze, mit welchen sie in voller Uebereinstimmung die Wahrung der berechtigten gegenseitigen Interessen, die Erhaltung des Friedens und die gemeinsame Abwehr gegen jeden denselben etwa bedrohenden Angriff zum Ziele gesetzt hat. Unsre Politik werde, wie es die europäische Lage mit sich bringt, stets eine kluge und vorsichtige sein müssen; wir wollen keine gefährliche Frage unnötigerweise aufwerfen und nicht ohne Not Gefahren herbeiführen, welche ohne Schädigung unsrer Interessen oder unsres Ansehens vermieden werden können. Wir werden aber darauf Bedacht nehmen müssen, unsre Wehrkraft auf jene Höhe zu bringen und zu erhalten, welche uns durch die Sorge für die Sicherheit unsrer Monarchie und die Wahrung unsrer Machtstellung unausweichlich erscheint.

Auf weitere Fragen macht Graf Kalnoky darauf aufmerksam, daß bei der Dardanellen-Frage die Interessen unsrer Monarchie nicht unmittelbar berührt werden, daß vielmehr andere Mittelmeermächte dieser Frage viel näher stehen und keine derselben zu der Regelung der Durchfahrt für die russischen Kreuzerschiffe eine andere Stellung eingenommen habe als wir.

Der Minister gibt dem Delegierten Csernatony darin recht, daß bei unsrer Allianz mit Italien auch die orientalischen Angelegenheiten wesentlich in Betracht kommen. Die Interessen Italiens lägen allerdings mehr nach dem Mittelländischen Meere hin, als weiter hinein nach den Balkanländern. Unter den heutigen Verhältnissen aber lassen sich die einen von den anderen kaum trennen, und daher dürfe man wohl sagen, daß bezüglich des Orients unsre Interessen und die Ziele unsrer Politik mit jenen Italiens identisch seien. Auch Italien verfolgt im Orient eine konservative, auf Erhaltung des status quo gerichtete Politik, genau so wie wir, und Italien strebt ebensowenig wie wir Länder-Erwerb oder einen unberechtigten Einfluß in den Balkanländern an. Der Minister habe die Reise des Herrn v. Giers und dessen Zusammenkunft mit dem italienischen Ministerpräsidenten ohne irgend welches Mißtrauen betrachtet. Er habe diese Begegnung eher wünschenswert gefunden, weil er Herrn v. Giers aus persönlichem Verkehre als einen sehr achtungswerten gemäßigten Staatsmann kennt und man es nur als nützlich ansehen konnte, wenn derselbe sich aus unmittelbarer Berührung mit dem leitenden italienischen Minister die Ueberzeugung verschaffe, daß Italien genau wie die anderen Mitglieder des Dreibundes nicht daran denke, andere als durchaus friedliche Ziele anzustreben. Ueber das, was zwischen den beiden Staatsmännern gesprochen worden sein könne, glaubt Graf Kalnoky bei den vertrauensvollen Beziehungen, welche zwischen den Ministern der dem Dreibunde angehörenden Staaten bestehen, sagen zu können, daß er keinen Grund habe, von dem Verlaufe und Resultate dieser Zusammenkunft nicht ganz befriedigt zu sein.

Der Minister kommt schließlich berichtigend auf einen Passus in der Rede des Grafen Apponyi zurück. Derselbe habe die einleitenden Worte in der ersten Rede des Ministers so gedeutet, als ob letzterer sich den pessimistischen Interpretationen, welche die Ansprache Sr. Majestät an die Delegationen in manchen Kreisen gefunden, angeschlossen hätte. Redner finde zwar von dem, was er gesagt, nichts zurückzunehmen, müsse aber richtigstellend auf zwei Momente aufmerksam machen; erstens, daß kein Grund vorliege, zu sagen, daß er die europäische Situation in wesentlich anderem Sinne beurteile, als dies letzthin vonseiten des italienischen wie des englischen Premierministers geschehen ist, denn auch er habe erklärt, gegenwärtig keinen Grund zur Bedrohung des Friedens zu erblicken, und daß dies seine Ansicht sei, dafür könne er den thatsächlichen Beweis liefern, indem er auf das eben vorgelegte Budget des Kriegsministers verweise. Wie viele Millionen würde wohl die gemeinsame Regierung habe einstellen müssen, wenn sie wirklich an eine imminente Gefahr glauben würde und Besorgnisse ernster Art für die nächste Zukunft hegte? Bezüglich der Dardanellenfrage müsse er noch nachträglich erwähnen, daß die Durchfahrt der zur Kreuzerflotte gehörenden Schiffe keineswegs etwas ganz neues sei. Die Schiffe machen die Fahrt bereits seit Jahren. Es haben sich jedoch zu wiederholtenmalen, wenn Soldaten transportiert wurden, von türkischer Seite Schwierigkeiten ergeben, und dieses sollte nun ein- für allemal geregelt werden. Graf Szecsen habe ganz richtig bemerkt, daß das Recht, die Durchfahrt durch die Dardanellen zu gestatten, dem Sultan allein zustehe, und daß er diese Erlaubnis selbst Kriegsschiffen gewähren könne. Wenn eine der Mächte gegen die in Rede stehende Vereinbarung Einwendungen erhoben habe, so sei aber auch bei

dieser Gelegenheit der Satz aufgestellt worden, daß jedes Zugeständnis, welches bezüglich der Fahrt durch die Dardanellen seitens des Sultans an eine einzelne Macht gewährt wird, auch für die anderen Geltung habe. Darüber, daß russische Truppen vom Westen nach dem Osten zurückbefördert worden wären, ist ihm nichts bekannt. Ein offiziöses russisches Blatt, „Der Invalide", hat vielmehr bereits vor einigen Jahren ganz offen das Gegenteil verkündet, und zwar mit der Motivierung, daß gegenüber der Organisation aller anderen europäischen Armeen und namentlich angesichts der Schnelligkeit, mit welcher dieselben mobilisiert werden können, Rußland sich in einem sehr beträchtlichen Nachteile befinde, wenn seine Truppen erst im letzten Momente die riesigen Distanzen bis zum Schauplatze des Krieges zurückzulegen hätten. Es sei auch in der That in der Verschiebung russischer Truppen bis zur Stunde kein Stillstand eingetreten.

24. November. (Wien.) Ein Antrag des Abg. v. Plener die unteren Stufen der Erwerbssteuer herabzusetzen, wird trotz des Widerspruchs des Finanzministers mit 166 gegen 126 Stimmen angenommen. Die äußerste Linke und die Jungtschechen stimmen mit den Deutschliberalen.

25. November. (Wien.) Die gestrige Abstimmung wird praktisch wieder dadurch aufgehoben, daß die äußerste Linke mit den Antisemiten den Zusatzantrag Pattai einbringt, wonach der Steuerausfall (1,2 Mill. Gulden) durch einen Zuschlag zu den oberen Stufen wieder eingebracht werden soll. Mit diesem Zusatz wird die ganze Materie an eine Kommission verwiesen.

Pattai beantragt: die Steuerklassen von 105 bis 210 Gulden um 50%, jene von 210 bis 525 Gulden um 75% und jene über 525 Gulden um 100% zu erhöhen.

27. November. (Wien.) Oesterreichische Reichsratsdelegation. Der Abgeordnete Zallinger (kl.) bespricht die Papstfrage, indem er auf die in der letzten Zeit in Rom vorgefallenen Vorgänge hinweist. Die Idee der Selbständigkeit der Kirche sei nicht durch Kanonen aufzuhalten; dieselbe bilde keine italienische, sondern eine internationale katholische Frage. Der Anspruch des Papstes auf volle Souveränität auf dem eigenen Territorium sei durchaus legitim und eine Stütze aller Legitimität. Mehrere Abgeordnete widersprechen. Der Referent Fürst Windischgrätz giebt seiner persönlichen Sympathie für die Ideen Zallingers Ausdruck und spricht die Hoffnung aus, daß die friedliche Lösung der Frage der weltlichen Macht des Papsttums in katholischem Sinne durch Italien selbst erfolgen werde. Darauf ergreift der Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky das Wort:

Das Problem, das Herr v. Zallinger angeregt, habe auch schon vor diesem große Geister und politische Köpfe beschäftigt, doch sei eine praktische

Lösung nicht gefunden worden; er glaube nicht, daß die Delegierten von ihm eine Erörterung dieser schwierigen Frage erwarten.

„Zwei Punkte möchte ich aber doch hervorheben. Der Herr Berichterstatter hat schon in dieser Richtung einige dieser Ansichten gestreift, ich möchte aber jene zwei Punkte als diejenigen hervorheben, die die Regierung vor Augen hat. Das eine ist, daß sich die Regierung vollkommen bewußt ist der enormen Ueberzahl der katholischen Bevölkerung in unserm Vaterlande und sich daher vor Augen hält, daß die Gefühle und berechtigten Empfindungen und Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Die Regierung hat auch nur den Wunsch, es möge die Stellung des heiligen Vaters eine solche sein, welche die völlige Unabhängigkeit, wie sie dem Haupte der katholischen Kirche gebührt und für ihn notwendig ist, in sich schließt, sie möge eine solche sein, die das Papsttum und den Papst selbst befriedigt, denn erst wenn die Zufriedenheit auf dieser Seite auch dauernd ist, wird der Friede, wie wir ihn wünschen, zwischen dem Papsttum und dem italienischen Königreiche hergestellt sein. Das sind unsre wärmsten Wünsche, und wenn wir etwas dazu beitragen können, so werden wir nie verfehlen, in dieser Richtung zu wirken nach unserm besten Können. Der zweite Punkt, den ich hervorheben wollte, ist — und ich glaube, ich werde nirgends auf Widerspruch stoßen — daß es der allgemeine Wunsch der Bevölkerung ist, mit der italienischen Nation in Frieden und Freundschaft zu leben. Wir wollen mit diesem Nachbar in gut nachbarlichen, in guten Beziehungen in jeder Richtung leben, und wir gehen noch weiter, denn wir sind mit ihm in ein politisches Bündnis getreten, welches mit eine der Grundlagen unsrer Politik ist. Nun, meine Herren, ich glaube, der Herr Delegierte Zallinger muß sich das doch auch gesagt haben. Wie können wir also mit kühner Hand, wie er es gethan hat, in dieses Problem hineingreifen, ohne die Gefühle der italienischen Nation zu verletzen, die wir zu verletzen gar keinen Anlaß und auch keinen Wunsch haben. Eine Konklusion geht aus der Hervorhebung dieser zwei Punkte nicht hervor, weil, wie ich eben im Anfange gesagt habe, dieses Problem praktisch zu lösen vorläufig noch niemand die Mittel und Wege gefunden hat."

30. November. (Pest.) Da sich gegen die Aeußerungen des Grafen Kalnoky am 27. in Italien eine schwer verständliche Entrüstung bemerkbar macht und sogar die Auslegung auftaucht, die Worte des Grafen Kalnoky hätten die Bedeutung, daß Oesterreich, falls Italien sich vom Dreibunde losmachen wollte, die römische Frage wieder auf den Plan bringen würde, so bringt der „Pester Lloyd" folgenden Kommentar zu der Rede:

Die Papstfrage ist nicht identisch mit der römischen Frage, betreffend den Besitz Roms und die weltliche Herrschaft des Papstes; letztere Frage hat seit 21 Jahren zu existieren aufgehört. Niemand, am wenigsten Oesterreich-Ungarn, hat das Recht oder die Absicht, den Besitz Roms den Italienern zu stören. Da der Papst irgendwo wohnen muß, besteht die Papstfrage in dem Problem, die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes mit der Souveränetät jenes Staates, wo er wohnt, sei dies in Rom oder in einem anderen Staat, in Einklang zu bringen. Diese Frage ist noch nicht endgültig gelöst, allein auch in diesem Sinne ist die Papstfrage keine internationale; solange der Papst in Rom residiert, ist diese Frage ausschließlich durch Italien zu regeln. Wenn das Beisammensein des Papstes mit dem König von Italien in Rom unmöglich würde, müßten nicht die

Italiener, sondern der Papst Rom verlassen. Jede andere Deutung der Rede des Grafen Kalnoky entspräche wohl den Wünschen der Klerikalen, keinesfalls aber den Gesinnungen der österreichisch-ungarischen Regierung.

14. Dezember. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses citiert im Laufe der Budgetdebatte der Abgeordnete Lueger eine angebliche Aeußerung des deutschen Reichskanzlers v. Caprivi und verwahrt sich dagegen, daß die „Judenliberalen" mit den Deutschen in Oesterreich identifiziert würden, sowie dagegen, daß die Tschechen, Slovenen und Slovaken als gentes minores behandelt würden und daß nur an Deutsche und Magyaren gedacht werde.

Der Redner wendet sich im Laufe seiner Rede gegen die Handelsverträge und äußert, sie lauteten nur zu Gunsten der Juden. Der natürliche Zug des politischen Einflusses Oesterreichs sei nicht nach Deutschland, Italien, der Schweiz oder Rußland gerichtet, sondern nach der Balkan-Halbinsel.

Mit Bezug auf diese Aeußerungen nimmt der Ministerpräsident Graf Taaffe das Wort zu folgender Erklärung:

Obwohl er nicht im Hause anwesend gewesen sei, sondern sich im Ministerzimmer bei einer Konferenz befunden habe, so sei er doch auf die soeben gehaltene Rede des Abg. Lueger aufmerksam gemacht worden. Es sei ihm daher zwar unmöglich, auf die Details dieser Rede einzugehen, er sei aber in der sehr unangenehmen, er möchte fast sagen, traurigen Lage, nicht nur im Namen der Regierung, sondern namens Oesterreichs sein tiefstes Bedauern darüber auszusprechen, daß in solcher Weise in einem Momente gesprochen werde, wo die Möglichkeit geschaffen worden, das politische Bündnis, das zwischen den drei Großmächten bestehe, nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung zu festigen — (lebhafter Beifall) —, daß in einem solchen Momente nicht nur einzelne Großmächte angegriffen und ihre hervorragenden, offiziellen Persönlichkeiten, wie der deutsche Reichskanzler, in solcher Weise geschildert würden, in einem Momente, wo jeder gute Oesterreicher fühlen müsse, wie sehr er seinem Land und Reiche diene, wenn er dasjenige, was politisch abgemacht sei und was, wie er glaube, den Frieden Europas sichern dürfte, auch in wirtschaftlicher Beziehung festige. (Beifall.) In solchen Momenten so vorzugehen, sei — er wolle nicht das ärgste Wort gebrauchen: es sei nicht patriotisch — gewiß aber nicht politisch. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Er wolle, wie bereits erwähnt, sich gar nicht in Details einlassen und könne es auch nicht über das, was der Abg. Lueger gesprochen, weil er nicht gegenwärtig gewesen sei. Eins jedoch sei ihm aufgefallen, und das habe er gerade gehört, als er in das Haus eingetreten sei und wo der Vorredner gesagt habe: „Was hat Oesterreich sich politisch oder wirtschaftlich mit Italien, mit Deutschland oder Rußland zu beschäftigen?" Meine Herren! Ist Oesterreich eine Großmacht oder nicht? (Lebhafter Beifall.) Wenn sich Oesterreich weder politisch noch wirtschaftlich mit den anderen Großmächten auseinandersetzen darf, so ist es keine Großmacht mehr! (Lebhafter Beifall); das möchte ich jedoch von der Ministerbank aus konstatieren, daß Oesterreich, Gott sei Dank, noch eine Großmacht ist und es auch mit der Unterstützung der patriotischen Mitglieder dieses Hauses fernerhin bleiben wird." (Lebhafter, allseitiger langandauernder Beifall.)

Der Generalberichterstatter Dr. v. Bilinski, der Führer der

Polen, erklärt zum Schluß, von seinen Parteigenossen beauftragt zu sein, ganz entschieden gegen die Aeußerungen Luegers zu protestieren. Die Polen gingen von dem Standpunkte aus, daß die Handelsverträge eines der größten Werke der zeitgenössischen Staatskunst und der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik seien. Der wirtschaftliche Friedensbund, der jetzt geschlossen sei, bringe die zivilisierte Welt dem Ideale des ewigen Friedens viel näher, als alle Beschlüsse der Friedenskongresse. Die Polen seien mit aller Entschiedenheit für den Dreibund, wie er bestehe, weil sie darin eine Gewähr des Friedens und die größte Gewähr der Stärke und Kraft Oesterreichs erblickten. (Lebhafter Beifall.)

16. Dezember. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Rede des jungtschechischen Abgeordneten Gregr:

„Hätten unsere Vorfahren ahnen können, daß Böhmen zu nichts anderm als zur Zitrone des österreichischen Staates wird, dann wäre die Königswahl 1526 anders gefallen. Die Regierung geht gegenüber den Tschechen vor, als wollte sie Böhmen sobald als möglich für die preußische Annexion zurichten. Durch seine Haltung gegen die Tschechen hat der österreichische Staat schon längst die Existenzberechtigung verloren. Die Tschechen fühlen sich in Oesterreich wie in einer babylonischen Gefangenschaft. Im Tschechenvolke herrscht die Sehnsucht, aus dieser Gefangenschaft loszukommen. In den Banden der deutsch-österreichischen Zentralisation müsse jedes slavische Volk verdorren, wie in den Armen eines Vampyrs. Der österreichische Staatsgedanke sei heute nichts anderes, als die Slaven zu Grunde zu richten. „Oesterreich schließt die unnatürlichsten Bündnisse mit dem Erbfeind, klammert sich krampfhaft an Deutschland, setzt die Existenz des Staates aufs Spiel; nur aus Haß gegen die Slaven und aus germanischem Fanatismus, welcher selbst die höchsten Kreise dieses Reiches schon vergiftet hat. Oesterreich ist kein Rechtsstaat, ist den Slaven gegenüber ein Gewaltstaat. Man wird das Tschechenvolk nicht ermüden. Will man gegen dasselbe Kanonen ins Feld führen, wir fürchten sie nicht. Man erweckt Haß gegen diesen Staat und macht dem Tschechenvolke die Kette immer unerträglicher."

Nach diesen Worten erhebt sich der Vorsitzende, Herr v. Chlumecky und erteilt in großer Erregung Gregr den Ordnungsruf.

Der Abg. Lienbacher tritt als Oesterreicher und Deutscher den Ausführungen Gregrs entgegen und begrüßt die neuen Handelsverträge freudig, weil dieselben auf einem großen Gebiete eine Vereinbarung schüfen, wo die polititischen Freunde sich wie Feinde behandelt hätten.

Prinz Karl von Schwarzenberg drückt namens seiner Gesinnungsgenossen, sowie der übrigen Tschechen, welche dem Jungtschechenklub nicht angehören, tiefe Entrüstung aus über die Beleidigung des patriotischen Gedankens vonseiten Gregrs:

Der Sieg des Hauses Habsburg auf dem Weißen Berge sei ein Glück für Böhmen und die tschechische Nation gewesen; er könne versichern,

das böhmische Volk hege keinen Haß gegen den Gesamtstaat. Wohin solle sich das böhmische Volk wenden? Solle es etwa bei dem deutschen Nachbar oder im Nordosten Anschluß suchen? Der Enthusiasmus des böhmischen Volkes während des Besuches der Prager Ausstellung durch den Kaiser sei die beste Widerlegung der Rede Gregrs. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

17. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) Finanzminister Dr. Steinbach bezeichnet die Ziffern in der gestrigen Rede des Abg. Gregr über die angebliche Steuerausbeutung Böhmens, Mährens und Schlesiens durch den Staat als von seltener Unrichtigkeit. Ein Blick in das gesegnete Böhmen genüge, um sich von der Unwahrheit der Redensarten „ausgepreßter Zitrone", „Vampyr-Armen", „babylonischer Gefangenschaft" zu überzeugen. Das agrikole Musterland Böhmen mit seiner reichen Industrie sei wohl kein Objekt des Mitleids. (Große Heiterkeit und Beifall.) Der Minister schließt sich im Namen der Regierung auf das entschiedenste dem gestern durch den Prinzen Schwarzenberg kundgegebenen Ausdrucke der Entrüstung über die Beleidigung der patriotischen, dynastischen und österreichischen Gefühle an. Die Regierung nehme das böhmische Volk gegen die Beleidigung durch Gregr in Schutz. (Großer Beifall.) Palacky erklärt, Oesterreich müßte für die österreichischen Slaven erfunden werden, wenn es nicht bestände. (Beifall.) Gregr habe dem böhmischen Volke keinen Dienst geleistet, letzteres schulde ihm (Gregr) keinen Dank. (Lauter Beifall, große anhaltende Bewegung.)

20. Dezember. Duell zwischen dem Minister Fejervary und dem Abgeordneten Ugron.

23. Dez. Ernennung des Landgerichtsrats Grafen Kuenburg, Mitgliedes der deutschen Linken, zum Minister ohne Portefeuille.

23. Dezember. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus nimmt in dritter Lesung sämtliche Handelsverträge an. Der Ministerpräsident Szapary teilt mit, sobald das Oberhaus die Handelsverträge angenommen habe, werde die Regierung die Auflösung des Reichstags vorschlagen, weil die Wahlbewegung schon im ganzen Lande im Zuge und daher eine ruhige Arbeit der Abgeordneten unmöglich sei. Der Ministerpräsident beantragt, keine meritorischen Sitzungen mehr zu halten, sondern nur noch am 4. Januar behufs Entgegennahme des Votums des Oberhauses betreffs der Handelsverträge zusammenzutreten.

Ende Dezember. Der Professor der Nationalökonomie, Abg. v. Bilinski, Führer des Polenklubs, wird Generaldirektor des österreichischen Staatsbahnwesens an Stelle des Frhrn. v. Czedik.

III.

Portugal.

30. Januar. In Oporto bricht eine militärische Bewegung zu Gunsten der Republik aus, die aber ohne Schwierigkeit durch treugebliebene Truppen unterdrückt wird. Der Führer Kapitän Laites wird gefangen genommen.

1. Februar. (Lissabon.) Das amtliche Blatt veröffentlicht einen Erlaß, welcher die Habeas-Korpus-Akte suspendiert und die Behörden ermächtigt, solche Zeitungen, welche die Sicherheit des Staates gefährden, im ganzen Lande zu unterdrücken.

24. März. (Lissabon.) Das amtliche Blatt veröffentlicht das Gesetz über die Konsolidation der schwebenden Schuld und das Gesetz über das Tabaksmonopol.

17. April. (Lissabon.) Das gesamte Ministerium reicht seine Entlassung ein. Der König beauftragt den Premierminister mit der Neubildung des Kabinetts; dieser lehnt anfänglich ab, zuletzt entschließt sich das ganze Ministerium zum Bleiben.

22. April. Die portugiesische Regierung fistiert bei Beira auf dem Pungire-Flusse zwei britische Dampfer der südafrikanischen Kompagnie.

Mitte Mai. Blutiger Zusammenstoß zwischen Portugiesen und Engländern in Südafrika, die auf dem Wege nach dem Fort Salisbury in Massikesse eintrafen.

28. Mai. (Lissabon.) Das englisch-portugiesische Abkommen wird unterzeichnet.

6. Juni. Die Deputiertenkammer genehmigt mit 105 gegen 6 Stimmen das Uebereinkommen mit England.

10. Juni. Die Pairskammer genehmigt mit 83 gegen 6 Stimmen endgültig das englisch-portugiesische Uebereinkommen.

1. Juli. (Lissabon.) Der Ausschuß der Kammer für die auswärtigen Angelegenheiten verschiebt die Vorlegung des Berichtes bezüglich der Generalakte der Brüsseler Konferenz.

13. Oktober. (Lissabon.) Ein königliches Dekret betreffs der Kolonie Mozambique bestimmt, daß dieselbe fortan unter dem Namen „Freier Staat von Ostafrika" in die zwei Provinzen Mozambique und Lorenzo Marquez geteilt werde. Die wirtschaftliche Ausbeutung der portugiesischen Besitzungen in Ostafrika soll nach dem Vorgange Frankreichs, Deutschlands und Englands Privatgesellschaften übertragen werden; denn die Kolonie koste Portugal gegenwärtig 8 Millionen Franks, was für die Finanzen des Mutterlandes eine zu schwere Last sei. Die Hoheitsrechte würden diesen Gesellschaften übertragen, jedoch unter strenger Kontrolle der Regierung. Der Sitz der Kolonialverwaltung werde Lorenzo Marquez sein. Die Bahnverbindung zwischen Quilimane und dem Schirefluß werde ersterem Orte einen bedeutenden Aufschwung seines Handels bringen. Die jährliche Ersparnis für Portugal werde 3,875,000 Franks betragen. Ferner würden die Zolltarife für Sankt Thomas, die Kap Verdischen Inseln, Guinea und Angola demnächst revidiert und hierdurch eine Erhöhung der Einnahmen um 2 Millionen erzielt werden. Von Guinea und der Insel Timos abgesehen, sei die Finanzlage der Kolonien eine befriedigende. In Mozambique und Lorenzo Marquez sollen königliche Kommissionen eingesetzt werden. Die Kompagnien von Mozambique, Inhambane und Delagoa sollen unter einem Intendanten stehen, der von dem Minister ernannt wird.

12. Dezember. In Lissabon findet das feierliche Leichenbegängnis des am 4. Dezember in Paris gestorbenen Dom Pedro, Exkaiser von Brasilien, statt. Prinz Albrecht von Preußen ist dazu erschienen.

Ende Dezember. Der Zinskoupon für die Staatsanleihen und die vom Staat garantierten Eisenbahn-Prioritäten, der am 1. Januar fällig ist, wird nicht gedeckt.

IV.

Spanien.

Ende Januar. Allgemeine Wahlen. Es werden gewählt: 95 Liberale, 7 Karlisten, 8 liberale Dissidenten, 12 unabhängige Konservative, 25 Republikaner, 2 Autonomisten, 5 Unabhängige und 289 Konservative, also gegen 154 Mitglieder, welche der Opposition angehören.

Die hervorragendsten Mitglieder aller Parteien, sowie die Minister sind wiedergewählt. Castelar ist in Huesla mit einer Mehrheit von 600 Stimmen, Zorilla in Barcelona, Pimargal in Valencia und Barcelona gewählt. Salmeron und Martes sind unterlegen. In mehreren Städten haben die Republikaner ansehnliche Majoritäten erzielt.

2. März. Eröffnung der Kammern. In der Thronrede wird u. a. gesagt: Die Handelsverträge habe die Regierung kündigen müssen, um auf neuen Grundlagen Zollabkommen mit den anderen großen Ländern zu treffen. Die Botschaft kündigt sodann eine Reform des Strafgesetzbuches, die Einführung eines obligatorischen Militärunterrichts, sowie die Verbesserung der Verteidigungsarbeiten an. Hinsichtlich der finanziellen Angelegenheiten Spaniens wird hervorgehoben, daß es notwendig sei, das Defizit zu beseitigen und die Ausgaben herabzumindern. Die Höhe der schwebenden Schuld erheische Konsolidierung in kürzerer oder längerer Zeit. Die Regierung sei mit der Arbeiterfrage beschäftigt und werde sich auch fernerhin die Prüfung der sozialen Dinge angelegen sein lassen.

12. Mai. (Madrid.) Bei den Munizipalwahlen sind insgesamt 2573 Monarchisten, 854 Republikaner, 169 Independenten und 31 Karlisten gewählt. In Madrid und etwa 40 bedeutenderen Städten haben die Republikaner die Mehrheit erhalten.

1. Oktober. (Madrid.) Nach hier eingegangenen Meldungen haben marokkanische Mauren einen Angriff auf die Festung Melilla gemacht, sind jedoch durch Geschützfeuer zurückgetrieben worden.

21. November. (Madrid.) Im Ministerrate spricht der Minister des Innern Silvela den Wunsch aus, sein Portefeuille niederzulegen, weil ein anderer Minister besser als er im stande sei, der Regierung neue Anhänger zu gewinnen. Der Ministerpräsident Canovas sucht ihn vergebens davon abzubringen. Der Justizminister Villaverde erklärt hierauf, da es sich um eine vorzugsweise politische Krise handle, müsse das gesamte Kabinett seine Entlassung geben, damit die Königin-Regentin die volle Freiheit des Handelns habe. Der Ministerpräsident Canovas begibt sich sofort in das Palais und überreicht die Demission des gesamten Kabinetts.

24. November. Die Liste des neuen Kabinetts ist die folgende: Canovas del Castillo, Ministerpräsident; Herzog von Tetuan, Minister des Auswärtigen; Cos-Gayon, Justizminister; Ascarraga, Kriegsminister; Montojo, Marineminister; Elduayen, Minister des Innern; Concha Castaneda, Finanzminister; Linares Rivas, Minister für öffentliche Arbeiten; Romero Robledo, Minister der Kolonien.

Die amtlichen Journale veröffentlichen eine Mitteilung, wonach das neue Kabinet die Politik des letzten Kabinets fortsetzen werde. Die Regierung erachte die finanzielle Lage durch Zufälligkeiten verursacht, sie glaube, es sei die erste Notwendigkeit, daß das Budget der Wirklichkeit entspreche und nicht fiktiv sei. Das Kabinet werde es sich besonders angelegen sein lassen, Vertrauen zu verdienen und den Kredit wieder herzustellen.

17. Dezember. Die Königin-Regentin verleiht dem Prinzen Albrecht von Preußen, der auf der Rückreise von Lissabon sich einige Zeit in Spanien aufhält und den Hof besucht, den Orden vom Goldnen Vließ.

V.

Großbritannien.

Anfang Januar. Großer Eisenbahn-Streik in Schottland, mit Attentaten auf die Züge, die abgelassen werden.

2. Januar. Lord Salisbury hält in Cambridge eine Rede, in welcher er erklärt, die wahre Lehre, welche man aus den letzten Ereignissen in Irland entnehmen könne, liege in der Enthüllung der außerordentlichen Macht der Organisation, an deren Spitze die Erzbischöfe Croke und Walsh stünden. Wenn die Homerule-Vorlage angenommen würde, so würden die Bischöfe und Priester die wahren Herrscher Irlands sein und die Protestanten in Ulster unterdrücken; ihr soziales, politisches und materielles Wohlergehen würde von der Priesterwirtschaft abhängig sein.

28. Januar. Der Kanzler der Schatzkammer Goschen hält in Leeds eine Rede, in welcher er nach einem längeren Hinweise auf die jüngste Finanzkrisis ankündigt, er sei unter Beistand der Bank von England beschäftigt, einen Plan ausfindig zu machen, wodurch die ständigen Hilfsquellen des Landes verstärkt und finanzielle Katastrophen abgewendet werden könnten. Die gegenwärtige Goldreserve in England, im allgemeinen unzureichend, sollte mindestens 25 Millionen betragen und vielleicht auf 26 oder 27 Millionen erhöht werden, zur Herstellung einer zweiten Goldreserve würde er unter gewissen Umständen eine Ausgabe von 20 Millionen Einpfund-Noten befürworten; durch diese zweite Reserve würde eine Suspension der Bankakte in Krisen vermieden werden; auch wäre die Ausgabe von Zehnschilling-Noten gegen Silberdeckung in Aussicht genommen.

11. Februar. (London.) Das Unterhaus nimmt in dritter Lesung die Zehnten-Bill mit 250 gegen 161 Stimmen an.

20. Februar. Aus Suakin trifft die Nachricht ein, daß Tokar nach geringem Widerstande besetzt ist. Vor der Besetzung fand ein heftiges Gefecht mit Osman Digma statt.

20. Februar. Im Unterhause bringt Pritchard Morgan einen Antrag ein, wonach das Bestehen der englischen Kirche in Wales als Staatskirche für eine Anomalie und Ungerechtigkeit erklärt wird, die aufhören sollte. Gladstone bekämpft den Antrag und unterstützt die Regierung. Das Haus verwirft den Antrag mit 235 gegen 203 Stimmen.

24. Februar. (London.) Der Ministerrat beschließt die Einsetzung einer Königlichen Kommission zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Mitte März. Bei den Wahlen in Canada tragen die Konservativen den Sieg davon mit einer Mehrheit von 25 Stimmen (früher 51 Stimmen) bei einer Gesamtheit von 215 Stimmen.

22. März. (Ostindien.) Eine britische Expedition, welche von Assam nach Manipur unter J. W. Quinton zur Herstellung der Ordnung abgesandt ist, wird von den Manipuriten geschlagen und aufgerieben.

24. März. Der italienische Ministerpräsident Rudini und der englische Botschafter in Rom Lord Dufferin unterzeichnen ein Protokoll, durch welches die Demarkationslinie der englischen und der italienischen Einflußsphäre in Ostafrika festgesetzt wird.

Die vereinbarte Linie geht das Thal des Juba von der Mündung aufwärts bis zum 6. Grad n. Br., folgt alsdann dem 6. Parallelkreise bis zum 35. Längengrade und diesen entlang bis zum blauen Nil. Aethiopien mit Kaffa und den anderen Gebiets-Dependenzen bleibt also mit der südlichen Grenze innerhalb der italienischen Einflußsphäre. Was die Station Kismaju betrifft, so sollen die italienischen Unterthanen und Schutzbefohlenen völlig gleiche rechtliche Behandlung wie die englischen genießen.

8. April. (Simla.) Der Rebellenführer von Manipur erklärt in einem Schreiben an den Vizekönig von Indien, das Volk habe Quinton und Gefährten ermordet, weil sie seine Soldaten getötet, den Palast angegriffen und den Tempel entheiligt hätten.

23. April. (Unterhaus.) Der Kanzler der Schatzkammer Goschen bringt das Budget ein. Der Ueberschuß im abgelaufenen Jahre beträgt 1¾ Millionen Lstr. Der Voranschlag für das laufende Finanzjahr beziffert die Einnahmen auf 90½ Millionen Lstr., die Ausgaben auf 88½ Millionen Lstr.

Von dem verbleibenden Ueberschuß will die Regierung 1 Million zur Durchführung des freien Unterrichts (wofür im ersten Rechnungsjahre

nur 1 Million, künftig aber 2 Millionen jährlich erforderlich sein werden), ½ Million für Kasernenbauten und 400,000 Lstr. für Zurückziehung des leichten Geldes aus dem Umlauf verwenden. Eine Steuerverminderung wird nicht vorgeschlagen.

9. Mai. (London.) Aus Capetown wird gemeldet, der Gouverneur des Kaplandes habe die Oberhoheit der Königin über das Bastardland und die Annektierung dieses Gebietes an das Beschuanaland proklamiert.

9. Mai. (London.) Die deutsche Ausstellung wird durch den Lordmayor eröffnet.

28. Mai. Das englisch-portugiesische Abkommen wird unterzeichnet. (Siehe Portugal.)

9. Juni. (London.) Ende des Baccarat-Prozesses, in welchem der Gardeoberst Sir William Gordon Cumming des falschen Spielens schuldig befunden wird. Das Spiel hat stattgefunden unter der Teilnahme des Prinzen von Wales, der als Zeuge in dem Prozesse erscheint.

15. Juni. Im englischen Unterhause gibt der Staatssekretär des Kriegsamtes, Stanhope, auf eine Interpellation folgende Erklärung ab: Allerdings bestimmt das Heeresreglement: daß jeder Offizier, dessen Betragen als Offizier und Gentleman öffentlich angegriffen wird, diesen Fall in billiger Zeit seinem Vorgesetzten zu unterbreiten hat. Gordon Cumming hat dieses Reglement verletzt; das Vergehen der drei übrigen beteiligten Offiziere besteht nur darin, ihm ein anderes Verfahren empfohlen zu haben. Von diesen Offizieren ist General Owen Williams aus der Armee geschieden, die beiden anderen bleiben unzweifelhaft dem Reglement unterworfen. Dieses Reglement ist nie speziell zur Kenntnis des Prinzen von Wales gebracht worden; jetzt, wo die Aufmerksamkeit auf dasselbe gelenkt ist, ermächtigt mich der Prinz, in seinem Namen zu erklären, er erkenne seinen Irrtum, Cumming nicht sofort aufgefordert zu haben, den Fall seinem Vorgesetzten zu unterbreiten.

„Diese Ansicht — so fährt Stanhope fort — teile auch ich, aber ich glaube, wenn einer von uns unglücklicher Weise plötzlich hörte, daß ein Freund ehrenwidrigen Verhaltens beschuldigt wird, hätten wir sicherlich gezögert, ehe wir ihm ein Verfahren angeraten hätten, welches das sofortige unabänderliche Verderben seiner ganzen zukünftigen Laufbahn mit sich bringen muß. Berkeley Levett, der sich in derselben Lage befindet, hat einem vorgesetzten Offizier gegenüber brieflich sein großes Bedauern ausgedrückt. Eine weitere Aktion ist in dieser Angelegenheit nicht in Aussicht genommen.“

Oberst Cumming, der sich inzwischen mit einer reichen Erbin ver-

heiratet hat, wird mit seiner jungen Frau von dem Bürgermeister und dem gesamten Gemeinderate von Fowes in großer Gala und mit besonderer Feierlichkeit empfangen. Von sämtlichen Kirchen ertönt Glockengeläute, Triumphbogen waren erbaut, die Häuser beflaggt, und die festlich gekleidete Bevölkerung empfängt das Paar mit großem Enthusiasmus.

15. Juni. Das Unterhaus nimmt die dritte Lesung der irischen Bodenankaufsbill mit 225 gegen 96 Stimmen an.

Mitte Juni. Nachdem die Manipuriten besiegt sind, wird der Regent, der Bruder des Senaputti zum Tode verurteilt.

18. Juni. (Unterhaus.) Bei der Beratung der Fabriken- und Werkstättenbill beantragt Sydney Buxton ein Amendement, daß vom 1. Januar 1893 ab Kinder nur mit dem 11. Jahre in Fabriken beschäftigt werden sollen. Gorst gibt zu, daß die britischen Delegierten auf der Berliner Arbeiter-Konferenz sich einmütig für die Alterserhöhung auf 12 Jahre bei der Beschäftigung von Kindern aussprachen und daß Lord Salisbury dieser Ansicht beigepflichtet habe. Matthews verteidigt es, daß die Regierung ein Alter von 10 Jahren in der Vorlage beibehalten habe. Von allen Ländern hätten nur Deutschland und Portugal bisher Gesetze erlassen, um die Vorschläge der Berliner Konferenz durchzuführen und selbst diese Länder hätten nicht alle Vorschläge der Konferenz verwirklicht. Hierauf wird das Amendement Buxtons mit 202 gegen 186 Stimmen angenommen.

20. Juni. Das Unterhaus nimmt in dritter Lesung die Fabriken- und Werkstättenbill an.

4.—13. Juli. Besuch des deutschen Kaiserpaares in England.

30. Juli. (London.) Bei dem Lordmayor-Festessen erwiderte Lord Salisbury auf den Toast des Lordmayors, die irische Frage näher erörternd, daß der Bürgerkrieg vermieden und die Auflehnung gegen das Gesetz unmöglich gemacht sei. Betreffs der auswärtigen Politik erklärt derselbe, daß zu keiner Zeit weniger Ursache zur Beunruhigung bestanden habe, da die politische Lage Europas seines Wissens niemals eine so befriedigende gewesen sei. Wer sich nach Beunruhigung sehne, müsse nach den Vereinigten Staaten gehen, wo die Robbenfang-Frage vielleicht noch zu Zerwürfnissen führen könne. Von Südamerika, wo ein endloser Streit, beständige Unruhen, eine sorglose und umwälzende Finanzwirtschaft herrsche, sei die englische Regierung angegangen worden, in dem chilenischen Streit, wie auch zur Ordnung der argentinischen Finanzen zu ver-

mitteln. Doch habe sie es abgelehnt, sich mit diesen Fragen zu befassen. Die orientatische Frage sei zwar noch nicht gelöst, doch entwickelten sich jetzt zwei Länder, nämlich Egypten und Bulgarien, deren rascher Fortschritt zu der Hoffnung berechtige, diese Schwierigkeit einst zu lösen. Dann erwähnt der Premier der kürzlichen Besuche des deutschen Kaisers wie des Prinzen von Neapel, welch letzterer eine andere freundliche Macht repräsentiere. In wenigen Wochen hoffe er, die französische Flotte bewillkommnen zu können, alles Vorgänge, welche den zwischen den europäischen Nationen bestehenden Frieden wie die Gefühle der Freundschaft unter ihnen bekunden. Man habe von Verträgen gesprochen, welche den Frieden der Welt bedrohen müßten. Er wisse von solchen Verträgen nichts und sei überzeugt, daß die Tragweite einfacher geschriebener Verträge sehr übertrieben werde. Für England seien Verbündete diejenigen, welche die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verteilung der Länder und des Friedens wollten.

5. August. Die Parlamentssession wird mit einer Botschaft der Königin geschlossen. Sie lautet:

„Meine Lords und Herren! Ich freue mich, Sie von den Arbeiten einer in die Länge gezogenen Session entbinden zu können.

Meine Beziehungen zu allen anderen Mächten sind fortwährend die des Friedens und der Freundschaft.

Mit dem König von Portugal wurde ein Uebereinkommen abgeschlossen und genehmigt, welches die Grenzen zwischen den Gebieten und Einflußsphären beider Kronen in Ostafrika festsetzt. Ich habe auch mit dem König von Italien ein Abkommen getroffen, das die Linie bestimmt, welche die Schutzherrschaft von Italien im Nordosten Afrikas von dem britischen Einflußgebiete und von dem egyptischen Gebiete trennt.

Ich habe dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Vorschläge gemacht, um den Streit über den Robbenschlag in dem Beringsmeer einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Unterhandlungen sind weit fortgeschritten, aber noch nicht erledigt. Mittlerweile ward zwischen den beiden Regierungen eine Einstellung des Seehundsfanges in jenen Gewässern verabredet, um der zu befürchtenden übermäßigen Ausrottung der Thierart vorzubeugen.

Die französischen Kammern haben noch nicht das Abkommen zwischen uns und der französischen Republik auf Unterbringung verschiedener, Newfundland betreffender Streitigkeiten vor einem Schiedsgericht genehmigt.

Die Genehmigung der Schlußakte der Brüsseler Konferenz zur Unterdrückung des Sklavenhandels wurde ebenfalls aufgeschoben; ebenso die Gutheißung des Nordsee-Abkommens zur Verhinderung des Alkoholhandels zur See.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Ich danke Ihnen für die von Ihnen genehmigten Abmachungen betreffs des Staatshaushalts. Ich freue mich, daß Sie in der Lage waren, eine bedeutende Summe der Milderung der Last zu widmen, welche der obligatorische Unterricht den ärmeren Volksklassen aufbürdet.

Meine Lords und Herren! Die verschiedenen Maßregeln, welche Sie

in den letzten Jahren beschlossen, um die Beobachtung der Gesetze in Irland zu sichern und die allgemeine Lage der Insel zu bessern, haben eine erkleckliche Verminderung der Agrarvergehen und einen bedeutenden Wohlstandsaufschwung im Gefolge gehabt. Die Schritte, welche Sie thaten, um dem durch die Kartoffelmißernte drohenden Elend in den inneren Gegenden Westirlands vorzubeugen, haben das große Unheil einer Hungersnot abgewandt. Auch haben Sie eine wohlthätige Maßregel anläßlich der übervölkerten Bezirke Irlands durchgesetzt; durch Pflege des Ackerbaues und Ermunterung des Fischereibetriebes wird sie hoffentlich zur Verhinderung ähnlicher Gefahren in der Zukunft beitragen.

Die Vorkehrungen, durch welche Pächter in den Stand gesetzt werden, ihre Pachtgüter zu kaufen, sowie die Maßregel zur Erleichterung der Landübertragung in Irland werden durch Vermehrung der kleinen Grundbesitzer die beste Bürgschaft für die öffentliche Sicherheit und Ordnung liefern.

Das Gesetz, welches den Landbesitzern eine unmittelbare Haftbarkeit für die Zehentzahlung auferlegte, wird häufigen Veranlassungen zu Streitigkeiten zwischen Pächtern und Zehenteignern vorbeugen und zugleich den Zehentzahlern in dringlichen Fällen Erleichterung gewähren.

Im Anschluß an dringende Handels- und Ackerbaubedürfnisse haben Sie einen wichtigen Teil des Werks zur Vereinfachung und besseren Veranlagung des Eisenbahntarifs vollendet; das Ergebnis wird unzweifelhaft die schweren damit verknüpften Arbeiten rechtfertigen.

Die Maßregeln zur Ausbildung des Fabrik- und Werkstättengesetzes, der Sparbanken und der öffentlichen Gesundheitspflege werden, dessen bin ich gewiß, zum Wohl und Gedeihen meines Volkes beitragen.

Ich hoffe, daß Sie in einer künftigen Session im stande sein werden, verschiedene Fragen zu untersuchen, auf die ich Ihr Interesse gelenkt, die in Angriff zu nehmen aber Ihnen der Zeitmangel nicht gestattete.

Ich bete, damit bei der Erledigung Ihrer verschiedenartigen Obliegenheiten in meinem Königreich Sie sich der Leitung und des Beistandes des allmächtigen Gottes erfreuen."

5. August. Der türkische Botschafter in London Rustem Pascha übermittelt auf Grund der ihm erteilten Instruktionen Lord Salisbury den Wunsch des Sultans, die Unterhandlungen in betreff der Räumung Egyptens seitens der englischen Truppen wieder aufzunehmen.

8. August. Lord Salisbury antwortet hierauf:

Er könne, da fast alle Mitglieder des Kabinets verreist seien oder vor ihrer Abreise ständen, dem Wunsche der Pforte gegenwärtig nicht Folge geben, so sehr er dem Sultan gefällig zu sein wünsche. Es seien außerdem in den seit den letzten Verhandlungen verstrichenen vier Jahren Veränderungen eingetreten, welche eine Erneuerung seiner Vollmachten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen notwendig machten. Er werde daher erst Ende Oktober Rustem Pascha seine Entschließungen mitteilen können.

19. August. (Portsmouth.) Die von Kronstadt zurückkehrende französische Flotte macht England einen Besuch.

20. August. Bei der Festtafel, die die Königin in Osborne den französischen Marineoffizieren gibt, spielt die Musik die Marseillaise, wobei die Königin sich erhebt und dieselbe stehend anhört.

Lord Salisbury beteiligt sich nicht an dem Empfang und den den Franzosen gegebenen Festen.

9. September. Der in New-Castle tagende **Kongreß der Gewerkvereine** berät das Programm.

Matkin beantragt den folgenden Beschluß: „Daß nach der Ansicht des Kongresses die Zeit gekommen sei, wo die britische Regierung im Verein mit allen auswärtigen Regierungen die internationale Einführung des achtstündigen Arbeitstag herbeizuführen sich bemühen und die Einberufung einer internationalen Konferenz zu dem Zwecke erfolgen sollte.“ In der Begründung dieses Antrages sagt Matkin, sein Beschluß solle durchaus nicht einen anderen, die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages in Großbritannien zum Gegenstand habenden überflüssig machen. Der Haupteinwand sei, daß die kontinentalen Brüder viel länger arbeiten. Daß acht Stunden genügen, dies zu bestreiten, habe noch niemand unternommen. Alle Anwesenden werden darin übereinstimmen, daß die Produktionskräfte Englands und der Welt allen an sie zu stellenden Anforderungen genügen. Sei dies der Fall, so sei es idiotisch, 14, 15, 16 Stunden den Tag zu arbeiten, wenn mittelst einer internationalen Konferenz ein der ganzen Menschheit Segen bringendes Ergebnis erzielt werden könnte. Owen unterstützt den Antrag. Die Stundenzeit könne nur international festgestellt werden. Die Fabrikanten pflegen zu sagen, daß der Handel Englands leide, wenn die Arbeitszeit des englischen Arbeiters herabgesetzt werde, England könne dann nicht mehr mit dem Auslande konkurrieren. Der Deutsche Kaiser habe ein gutes Beispiel gegeben. England solle ihm nur folgen. Owen ist in der Blechindustrie beschäftigt, eine der denkbar ungesündesten. In den englischen Blechfabriken haben die Arbeiter 10—12 Stunden zu arbeiten. Der Bergmann Young von Northumberland beantragt darauf ein Amendement: daß es nach Ansicht des Kongresses unmöglich sei, allgemeine Gleichförmigkeit der Stundenzeit einzuführen, ohne diejenigen Arbeiter zu schädigen, in deren Distrikten die natürlichen Verhältnisse dem Broderwerbe am ungünstigsten seien. Der Kongreß könne daher die Einführung einer allgemein achtstündigen Arbeitszeit nicht empfehlen. Der Kesselmacher Knigh von Newcastle unterstützt das Amendement. Es sei ja sehr schön vom Deutschen Kaiser, gewisse Dinge zu thun, um den gewerkvereinlichen Geist zu beruhigen. Wie sei es aber thatsächlich? Kein deutscher Arbeiter wage es, auf internationalen Kongressen zu erscheinen, aus Furcht, auf 12 Monate eingesperrt zu werden. Das Parlament um Ordnung der Arbeitsstunden zu ersuchen, hieße in der Geschichte um 100 Jahre zurückgehen. Damals allerdings regulierte die Regierung nicht nur die Arbeitszeit, sondern sogar die Löhne. Solle das Parlament um die Genehmigung einer Achtstundenbill angegangen werden, so dürfe über Zeit nicht gearbeitet werden. Hierauf kam es zur Abstimmung über das Amendement. Dasselbe wurde mit 302 gegen 136 Stimmen verworfen. Keir Hardie schlug sodann vor, die Hauptresolution mit den Worten einzuleiten: „Der Kongreß bestätigt die Entscheidung des Kongresses vom letzten Jahre über den gesetzlichen Achtstundentag.“ Die Engländer können nicht warten, bis die autokratischen kontinentalen Staaten ihren Arbeitern einen achtstündigen Arbeitstag bewilligt hätten. Großbritannien sei in ökonomischen Dingen stets weiter gewesen als der Kontinent. Hardis Amendement wird mit 232 gegen 163 Stimmen angenommen.

1. Oktober. (London.) Das Parlamentsmitglied James William **Lowther** ist an Stelle Fergussons zum **Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte** ernannt worden.

2. Oktober. (New-Castle.) Parteitag der liberalen Vereine.

Ein Antrag, den Achtstundentag ins Programm aufzunehmen, wird abgelehnt.

Gladstone hält eine große Rede:

„Wenn wir", sagt er, „auf das Jahr 1886 zurückblicken, blicken wir auf die Epoche unsrer großen erdrückenden Niederlage zurück. Jedes der fünf Jahre, welche inzwischen verflossen sind, hat jedoch unsern Horizont geklärt und uns mehr Licht gebracht. Wir begannen mit der Aussicht, uns möglicherweise von den Folgen der Niederlage zu erholen, einer Aussicht, welche sehr bald zur Wahrscheinlichkeit wurde und uns heute in nicht zu ferner Zeit den gewissen Sieg erhoffen läßt. Der entscheidenden Schlacht so nahe, werden unsre Pflichten entsprechend größer und schwerwiegender. Wir haben uns mehr um die Einzelheiten der Regierungsgeschäfte zu kümmern, und es wäre meine Aufgabe, Ihnen heute abend einen Ueberblick über die allgemeine Lage zu geben. Die erste Schwierigkeit, die sich uns in den Weg stellt, ist die Fülle der unerledigten Geschäfte, welche von Jahr zu Jahr anschwillt und in dem Maß, in welchem die Tory-Regierung anhält, größer wird." Nachdem der Redner dann mit wenigen Worten die Frage der kürzeren Parlamente und der gerechten Verteilung der Steuern berührt, kommt er auf die Finanzen und die äußere Politik des Reiches zu sprechen. Er stellt Hrn. Goschen das Zeugnis aus, daß er dem Lande durch die Konversion der Nationalschuld alljährlich große Summen erspare, welche jedoch durch die enorme Zunahme nicht allein der inneren Verwaltungskosten, sondern wesentlich auch der Ausgaben für Armee und Flotte wiederum verschlungen werden. „Was die äußere Politik der jetzigen Administration anbetrifft, so ist diese das Gegenteil der von Lord Beaconsfield verfolgten Richtung, und wir haben uns bemüht, die Aufgabe Lord Salisburys nicht schwer, sondern leicht zu machen. Nur eines habe ich bei diesem Gegenstand zu bemerken, dieses: Ich würde mich freuen, wenn Lord Salisbury, noch ehe die gegenwärtige Administration ihren Geist aufgibt, uns von der lästigen und unbequemen Besetzung Egyptens befreien könnte, die uns, so lange sie dauert, nichts als Verlegenheiten einträgt, und uns, wie ich fürchte, von der jetzigen Regierung als Erbschaft vermacht werden wird." Nachdem der Redner sodann für Temperenzreform, Entstaatlichung der Kirche, Beschränkung der Macht des Oberhauses, Reform der Wahlgesetze, Zahlung von Gehältern an die Abgeordneten, Errichtung von ländlichen Distrikts- und Gemeinderäten und für die thunliche Reduktion der Dauer der Arbeitsstunden der arbeitenden Bevölkerung eingetreten, wendet er sich der irischen Politik der Regierung zu. „Die Frage, die wichtige Frage liegt vor uns, in welcher Reihenfolge wir mit den vielen wichtigen, ihrer Lösung durch uns harrenden Gegenständen verfahren sollen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß Irland den ersten Anspruch auf unsre Zeit hat. Unsre Gegner führen als Hauptargument zu ihren gunsten an, daß die Regierung eine Lokalverwaltungsbill für Irland einzuführen gedenkt, und mit ihrer irischen Politik sich wohlverdient um die Schwesterinsel gemacht hat. Es ist nicht übertrieben, wenn ich diese Lokalverwaltungsbill für eine Art Reue auf dem Sterbebette halte, wenn ich mich so ausdrücken darf. Vor der Wahl hatte man uns versprochen, Zwangsakte von Irland fernzuhalten, kein britisches Geld für den Ankauf irischer Ländereien zu verwenden und Selbstverwaltung einzuführen. Sie haben die ersten fünf Jahre damit verbracht, zwei Zusagen zu brechen und gehen erst jetzt, im sechsten Jahre, in articulo mortis, daran,

die dritte einzulösen. Und so nachsichtig ist die liberale Partei, daß sie diesen späten Entschluß auch jetzt noch mit offenen Armen aufnimmt. Wir freuen uns desselben, da jede Selbstverwaltung, wie immer sie auch beschaffen sein möge, die nationalen Ansprüche des irischen Volkes fördern muß." Indem der Redner auf die Wirkung der Zwangsakte eingeht, bedauert er, erklären zu müssen, daß die letzten fünf Jahre das irische Volk den Vertretern des Gesetzes, soweit es durch Richter, Magistratspersonen und Konstabler repräsentiert wird, entfremdet haben. „Eine andere Erscheinung ist jedoch an den Tag getreten, welche dieser Thatsache das Gegengewicht hält, die Freundschaft, welche das britische Volk für Irland fühlt. Die irische Bevölkerung hat das Verhalten der liberalen Partei gesehen und mit Recht als den wahren Ausdruck der Meinung dieses Landes ausgedeutet. An uns liegt es, den Nachweis zu liefern, daß sie sich in ihrer Annahme nicht getäuscht hat."

Zum Schluß der Verhandlungen beantragt Sir Wilfrid Lawson, sich für eine völlige Reform der Landgesetze zu erklären, die Erstgeburt- und Fideikommißgesetze aufzuheben, Verkaufs- und Uebertragungsfreiheit zuzugestehen und Grund und Boden in gerechter Weise zu besteuern. Sir Wilfrid befürwortet ferner ein direktes Verbot des Spirituosenhandels, die Entstaatlichung der Kirche in Schottland, gleiche Bemessung der Erbschaftssteuern auf persönliche Habe und Grundbesitz, Erweiterung der Fabrik- und Werkstättenakte und Beschränkung, beziehungsweise Abschaffung des Oberhauses. Sein Antrag gelangt ohne Widerspruch zur Annahme.

6. Oktober. (London.) Der erste Lord des Schatzes und Führer des Unterhauses W. H. Smith †.

(Brighton.) Der Führer der irischen Partei, Charles Parnell †.

20. Oktober. Balfour wird Erster Lord des Schatzes.

20. Oktober. (Sansibar.) Der englische General Matthews übernimmt die Funktion des Premierministers des Sultans.

Die Zivilliste des Sultans wird auf drei Lak Rupien (à 192,000 ℳ) jährlich festgesetzt; der Rest der Einkünfte wird auf die Polizeikosten, Hafenverbesserungen und öffentliche Arbeiten verwendet. Alle Ausgaben müssen erst vom Sultan und dem englischen Generalkonsul sanktioniert werden.

7. November. (Cork.) Bei der Ersatzwahl eines Unterhausmitgliedes an Stelle Parnells wird der Antiparnellit Flavin mit 3669 Stimmen gewählt. Der Parnellit John Redmond erhält 2157 Stimmen, der Unionist Kapitän Sarsfield 1161 Stimmen.

Ende November. Auf dem konservativen Parteitag hält Herr Chamberlain eine Rede, in der er folgendes sagt:

„Ich nehme als ausgemacht an, daß in diesem Augenblick die stärkste Kraft, der stärkste Einfluß auf menschliches Handeln im Parteiverband und in der Parteigesinnung liegt. (Hört, hört!) Aber, meine Herren, dieses mächtige Band ist durchbrochen worden, als die liberalen Unionisten im

Jahre 1886 sich weigerten, Herrn Gladstone zu folgen auf dem Wege, der nach ihrer Ueberzeugung zu einer Gefährdung der Sicherheit des Reiches führen mußte. Ich stimme mit Lord Salisbury überein, daß man sich nicht leichten Herzens und um geringer Ursache willen von alten Freunden und politischen Beziehungen trennen kann. Nicht um niedriger, persönlicher oder privater Fragen willen kündigt man aber Führern die Gefolgschaft. Man thut dies nur dann, wenn, wie im vorliegenden Fall, die Existenz oder wenigstens die Sicherheit des Staates in Frage steht. Selbst nachdem der Bruch erfolgt war, gab es viele von uns — und ich selbst befand mich darunter —, welche hofften, daß derselbe nur vorübergehend sein würde, welche glaubten, daß die Gladstonianer bald umkehren würden auf dem Pfade, den sie, wie wir wohl wußten, nur mit großem Widerstreben eingeschlagen haben. Wir haben damals eine baldige Wiedervereinigung in Aussicht genommen. Wenn ich jetzt daran erinnere, so thue ich es, um zu sagen, daß seitdem die Kluft sich erweitert und vertieft hat. Gegenwärtig erwarte ich keine Wiedervereinigung mehr, noch wünsche ich sie. (Lauter wiederholter Zuruf, Bravo und Tücherschwenken.) Die Gladstonianer haben die Politik der Parnelliten angenommen. Ja, und noch etwas mehr. Sie haben ihre Grundsätze, ihre Methoden und sogar ihre Manieren angenommen. Inzwischen sind die beiden Zweige der Unionistenpartei in immer engere und herzlichere Beziehung getreten. Vorurteil ist zerstreut und Vertrauen erzeugt worden. Die letzten fünf Jahre hindurch haben wir unter derselben Fahne gefochten. Gemeinsam haben wir Siege gewonnen, gemeinsam Verluste erlitten. Und jetzt, sage ich, sind wir entschlossen, welches immer die Wechselfälle des langen Kampfes sein mögen, in welchem wir stehen, zusammen zu marschieren Schulter an Schulter (lauter Zuruf), bis unser Ziel erreicht ist und bis wir endgiltig die elende Verschwörung (the vile conspiracy) niedergeworfen haben, welche die Integrität unseres Staates bedroht hat."

In einer Sitzung der Londoner Handelskammer erörtert der Schatzkanzler Goschen den Plan, betreffend die Vermehrung des Goldvorrats der Bank von England durch die Emission von Einpfundnoten, und erklärt dabei folgendes:

Nachdem die Gesamtnotenausgabe eine Höhe von 38 Millionen unter denselben Bedingungen wie bisher erreicht haben würde, würden 4/5 des Notenbetrages gegen Gold und 1/5 gegen Wertpapiere emittiert werden. Sollte dies den Goldvorrat bedeutend vermehren, so würde er in den Bestimmungen des Bankgesetzes insofern Erleichterungen eintreten lassen, daß die Bank in den Stand gesetzt sei, im Falle einer inneren Krisis Noten gegen Wertpapiere unter der Bedingung auszugeben, daß die Bank für eine solche Emission erhöhte Zinsen an die Regierung zahle. Der Plan, Einpfundnoten auszugeben, solle keinen obligatorischen Charakter haben, seine Ausführung hänge von der Aufnahme von seiten des Publikums ab. Von der Ausführung des Planes, Zehnschillingsnoten gegen Silberdeckung auszugeben (vgl. 28. Jan.), sei Abstand genommen. Sollte jedoch das Ausland seine Münzstätten zur freien Silberprägung öffnen, so würde die Bank von England aufgefordert werden, von der Bestimmung des Bankgesetzes Gebrauch zu machen, welche der Bank gestattet, 1/5 ihres Metallvorrats in Silber anzulegen.

6. Dezember. (London.) Verlobung des Thronfolgers, des Prinzen Albert Viktor, Herzogs von Clarence mit seiner Kousine, der Prinzessin Viktoria Marie von Teck.

18. Dezember. (Canada.) Heftiger Konflikt zwischen dem

Gouverneur und dem Premierminister Mercier, dem der Gouverneur Unredlichkeiten Schuld gibt und ihn absetzt.

21. Dezember. Herzog v. Devonshire †.

Sein Sohn Lord Spencer of Hartington scheidet infolgedessen aus dem Unterhause und wird Mitglied des Hauses der Lords.

24. Dezember. (Waterford.) Bei der Ersatzwahl zum Unterhause an Stelle des verstorbenen parnellitischen Mitglieds Power siegt der parnellitische Kandidat Redmond über den Antiparnelliten Davitt.

28. Dezember. Der großbritannische Botschafter in Konstantinopel Sir William White † in Berlin.

Ende Dezember. Sir Robert Morier wird zum Botschafter Großbritanniens in Rom ernannt.

VI.

Frankreich.

4. Januar. Bei den Wahlen zum Senat werden in 32 Departements im ganzen 75 Republikaner und 6 Konservative gewählt. Die Republikaner gewinnen 10 Sitze. Außer Freycinet sind im Seinedepartement Tolain, Ranc und Lefevre gewählt worden. In Rouen siegt Richard Waddington mit 785 Stimmen über Pouyer Quertier, welcher 702 Stimmen erhält.

16. Januar. Präsident Floquet hält bei Eröffnung der Kammer eine Ansprache. Die Republik beabsichtige nicht, ihren Sieg zu mißbrauchen, sie müsse denselben aber zum Vorteile derer ausnützen, welche am meisten der Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Solidarität bedürften. Auch dürften die Republikaner sich nicht überrumpeln lassen von denjenigen, welche aus der Republik die republikanischen Gesetze, Anschauungen und Hoffnungen beseitigen wollten.

27. Januar. (Paris.) Die Weiter-Aufführung des Trauerspiels „Le Thermidor“ von Victorien Sardon wird nach wiederholten tumultuarischen Szenen als antirepublikanisch verboten.

31. Januar. (Paris.) Der Maler Meissonier †.

Der deutsche Kaiser läßt durch ein Schreiben des Generals Grafen Wedel der Akademie sein Beileid ausdrücken. Das Schreiben lautet:

Berlin, 4. Februar 1891. Se. Majestät der Kaiser und König, mein erhabener Herr, hat mir befohlen, Ew. Excellenz mitzuteilen, daß ihn die Nachricht von dem Tode Ihres berühmten Landsmannes Meissonnier schmerzlich berührt hat. Se. Majestät bewunderte das große Talent des Malers und freute sich, in allen Werken den gewissenhaften, großangelegten Künstler zu erkennen, der aus einem bewundernswerten Selbstgefühl von keinem seiner Gemälde abließ, ohne alles zu seiner höchsten Vollendung gethan zu haben, was in seinen Kräften stand. Se. Majestät hielt immer Meissonnier für

einen der Ruhmessterne Frankreichs und der ganzen Welt und nimmt lebhaften Anteil an dem Schmerz, welchen der Tod des Meisters in seiner Heimat hervorruft. Se. Majestät beauftragt mich, Ew. Excellenz zu bitten, dies dem Institut zu übermitteln, welches es sich immer zur Ehre rechnen darf, Meissonnier unter seine Mitglieder gezählt zu haben.

Die Akademie beauftragt ihren ständigen Sekretär, ihrem Dank für die Beileidskundgebung Ausdruck zu geben.

3. Februar. Anläßlich der Wiedereröffnung der französischen Kammer erläßt der Kardinal Lavigerie an den Klerus von Algier einen Hirtenbrief, in welchem er Gebete für das französische Parlament anordnet und die Bildung einer großen katholischen Union anempfiehlt, welche die republikanische Regierung anerkennen und die katholische Aktion von jener der alten Parteien trennen solle.

4. Februar. Jules Ferry, zum Präsidenten der Zollkommission des Senats gewählt, hält eine Ansprache.

Er empfiehlt, nach einer billigen Verständigung zu streben. Eine ökonomische Isolierung Frankreichs wäre eine verhängnisvolle Utopie. Der Senat werde es verstehen, Klugheit mit Entschiedenheit zu verbinden und zu handeln, ohne zu erschüttern; die Methode des Umsturzes sei keine Methode.

10. Februar. (Paris.) Eine Note der belgischen Regierung kündigt den belgisch-französischen Handelsvertrag.

Mitte Februar. Bischof Freppel reist nach Rom und hat zwei Audienzen beim Papst, um der Politik des Kardinals Lavigerie entgegenzuwirken. Der Papst aber beharrt dabei, daß die Kirche sich auch mit der republikanischen Staatsform vertrage.

18. Februar. Nachts. Die Kaiserin Friedrich mit Prinzessin Margarete trifft in Paris ein und steigt bei dem Botschafter Grafen Münster ab. Das Publikum verhält sich schweigend und ehrerbietig. Viele hervorragende Persönlichkeiten, Ribot, General Brugère, Gallifet, Ferry und andere schreiben sich am andern Tage auf der deutschen Botschaft ein.

Die Presse äußert sich meist sehr liebenswürdig:

„Paris" macht auf das ruhige und höfliche Auftreten der Bevölkerung aufmerksam und meint, vor einigen Jahren wäre dies nicht möglich gewesen. Das Blatt sieht diesen Umstand als ein Zeichen der Besserung der Verhältnisse der Nachbarstaaten an. Nach einem Vergleich der Kaiserinnen Friedrich und Eugenie [welche auch grade in Paris weilt] schließt der „Paris": Das Volk in seinem gesunden Menschenverstande ließ für die deutsche Kaiserin, wenn auch keine wahre Zuneigung, so doch wohlwollende Neugier durchblicken, da diese den Krieg nur geduldet hatte, und sparte seine eisige Kälte für die andere, die Adoptiv-Französin, auf, welche ihn aus Ehrgeiz entfesselt hatte.

Der Gaulois feiert die hohe Frauentugend der Kaiserin Friedrich und ihre Gerechtigkeit in der Beurteilung Frankreichs. An die künstlerischen Neigungen Kaiser Friedrichs anknüpfend, schreibt die sonst so deutschfeind-

liche Zeitung: Kaiser Friedrich habe es zu verschiedenen Malen ausgesprochen, der Kultus der schönen Künste müsse eine Annäherung zwischen den Völkern herbeiführen. Der Gaulois fährt dann fort: „Vielleicht sehen wir jetzt den Anfang dieser Politik, und vielleicht ist die Ankunft der Kaiserin-Mutter das erste Pfand für eine solche Annäherung."

Ein ähnlicher Gedanke kehrt im Eclair wieder, welcher schreibt: „Unter der Flagge des Schönen vollzieht sich eine glückliche Beruhigung der Gemüter, deren Gesamtfolgen man noch nicht übersehen kann."

Eine Ausnahme von der im ganzen sympathischen Sprache der meisten Pariser Blätter macht die Cocarde, welche behauptet, Oesterreich wolle sich Rußland nähern und der Dreibund werde daher nicht erneuert. Deutschland bleibe unter diesen Umständen nur übrig, den Krieg zu erklären oder sich Frankreich zu nähern, um nicht in drei Monaten vereinsamt in Europa dazustehen. Man habe sich für letzteres entschlossen. Die Einladungen der französischen Nationalökonomen, Aerzte, Künstler bewiesen dies. Die Gefahr für Deutschland sei so groß, daß der Kaiser seine Mutter hiehergeschickt habe, um die öffentliche Meinung für ihn günstig zu stimmen. Die Cocarde warnt die Franzosen, in diese „Falle" zu gehen. „Wir sollen uns seit zwanzig Jahren ruiniert haben, nur um das von Wilhelm I., Moltke und Bismarck begründete Gebäude zu befestigen? Da würde unser alter gallischer Boden vor Scham und Ekel erzittern."

21. Februar. Deroulede schmückt das dem 1871 vor Paris gefallenen Maler Henry Regnault im Vorhofe der Kunstschule errichtete Monument mit einem Immortellenkranz, der die Inschrift trägt: „Au Grand Peintre Henri Regnault, Mort pour la Patrie. L. D. P. Février Quand même."

In einer Versammlung der früheren Patriotenliga unter Vorsitz des Abg. Laur protestiert Deroulede gegen die Beteiligung französischer Künstler an der Kunstausstellung in Berlin.

Die Abgeordneten Roche, Boudeau und Lesenne halten heftige Reden gegen Deutschland. Zum Schluß macht die Versammlung eine Demonstration vor der Straßburg-Statue.

24. Februar. Der „Herold" bringt folgendes Telegramm aus Paris. Fast sämtliche Pariser Zeitungen erörtern die Frage, ob für Frankreich der Augenblick gekommen sei, sich Deutschland zu nähern. Die Mehrzahl bejaht die Frage mit dem Hinzufügen, die Annäherung könne niemals bis zu einem Bündnis heranwachsen. Jedenfalls müsse Frankreich Rußlands Freund bleiben. Sehr wenige Blätter sprechen sich für die Fortdauer der bisherigen gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern aus.

In der Kammer will Deroulede eine Interpellation einbringen, weil der Kranz an dem Regnault-Monument von dem Direktor der Kunstschule entfernt worden ist. Erst als ihm versprochen wird, ihn sofort wieder hinzulegen, steht er davon ab. Die Abgeordneten sammeln unter sich für einen neuen Kranz.

Die Boulangisten halten eine Versammlung ab, in welcher der Abgeordnete Menorval die Maler, welche sich an der Berliner Ausstellung beteiligen wollen, scharf angreift und Deroulede die Anwesenheit der Kaiserin Friedrich in Paris kritisiert, „welche nur gekommen sei, um die Trümmer des von ihrem Gemahl bombardierten Paris zu schauen". Die Versammlung nimmt schließlich eine Tagesordnung an, in welcher sie gegen die Anwesenheit der Kaiserin und einen eventuellen Besuch des Deutschen Kaisers protestiert.

26. Februar. Der Schlachtenmaler Detaille veröffentlicht ein Schreiben, daß er sich nicht an der Berliner Ausstellung beteiligen werde; er spreche allerdings nur im eigenen Namen, er sei aber überzeugt, daß seine Kollegen sich ihm anschließen würden. Der Maler Benjamin Constant gibt die gleiche Erklärung.

Die „Kölnische Zeitung" sagt:

„Die Franzosen haben nicht das Recht, das erhabene Oberhaupt des Deutschen Reiches und seine erlauchte Mutter durch bubenhafte Verunglimpfungen zu beleidigen. Jeder Deutsche, in dem auch nur ein Fünkchen Empfindung für die Würde der Nation glimmt, fühlt in seinem Kaiser sich selbst aufs Tödlichste beleidigt. Das deutsche Volk darf erwarten, daß Regierung und Volk von Frankreich ihm ausreichende Genugthuung gibt und einen Schandfleck auf Frankreichs Ehre auslöscht."

27. Februar. Die Boulangisten veröffentlichen folgendes Manifest:

Patrioten! Wir wollten, daß die Kaiserin Friedrich, nach Berlin zurückkehrend, dem Kaiser über unsere Herzensstimmung erzählen könne. Der preußische Versöhnungsplan ist völlig gescheitert. Frankreichs Würde ist gerettet, dabei bleibe es. Heute reist die Kaiserin ab. Mag sie unsere Gastfreundschaft und Geduld mißbraucht haben, mag sie uns durch ihre Ausflüge nach Versailles und Saint Cloud beleidigt haben — vergessen wir nicht, daß sie eine Frau ist, lassen wir sie geräuschlos abreisen. Enthalten wir uns jeder Kundgebung. Hoch Elsaß-Lothringen! Hoch Frankreich! Hoch die Republik!

Eine illustrierte satirische Schrift, welche einen die Kaiserin Friedrich beleidigenden Inhalt hat, wird von der Polizei in den Zeitungskiosks konfisziert.

Abfahrt der Kaiserin unter großen Vorsichtsmaßregeln (von anderm Bahnhof und zu früherer Stunde als beabsichtigt), aber ohne Zwischenfall, nach England.

Ende Februar. Das französische Budget veranschlagt die Einnahmen auf 3,218,404,133 Fr., die Ausgaben auf 3,217,815,525 Franks.

1. März. (Paris.) Die imperialistischen Komitees,

welche Anhänger des Prinzen Viktor sind, halten eine Versammlung ab und sprechen den Anschluß an die Republik aus.

11. März. In London wird ein Abkommen, betreffend Neu-Fundland, unterzeichnet, wodurch der status quo aufrechterhalten bleibt, bis die Angelegenheit durch einen Schiedsrichterspruch geregelt ist. Zu Schiedsrichtern werden ausgewählt: Martens, Professor des Völkerrechts in St. Petersburg, Rivier, Schweizer Konsul in Brüssel, und Gran, Präsident des Instituts für internationales Recht und ehemals Richter am Norweger Obersten Gerichtshof mit 4 Sachverständigen.

17. März. Prinz Napoleon †. (Vgl. Italien.)

25. März. (Paris.) Baron Mohrenheim überreicht dem Präsidenten Carnot den russischen Andreas-Orden.

26. März. Die bedingte Verurteilung wird in Frankreich durch Gesetz in weitem Umfange eingeführt.

31. März—4. April. (Paris.) Internationaler Bergarbeiter-Kongreß, auf dem etwa 600,000 Bergarbeiter durch 99 Delegierte, davon 18 Deutsche, repräsentiert sind.

Der Kongreß, zuweilen durch tumultuarische Scenen unterbrochen, beschließt (gegen 5 englische Stimmen), zur Erreichung des Achtstundentags könnte ein allgemeiner Ausstand der Bergarbeiter in Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Oesterreich-Ungarn nötig werden. Der Kongreß ladet die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Staaten ein, sich ins Einvernehmen zu setzen über ein internationales Abkommen betreffend das Studium der besonderen Gesetzgebung für die arbeitenden Klassen. Ferner beschließt der Kongreß, die Belgier bei ihrem bevorstehenden Streik zu unterstützen und ein Komitee mit der Ausarbeitung eines Statuts für die internationale Vereinigung aller Bergleute zu beauftragen.

2. April. (Rouen.) Der ehemalige Finanzminister Pouyer-Quertier †.

9. April. Die Expedition Crampel im Hinterlande von Kamerun wird von den Eingebornen überfallen und vernichtet.

16. April. Der Erzbischof von Cambrai ordnet an, daß der Religionsunterricht in Französisch-Flandern fortan in französischer Sprache erteilt werde. Bislang bediente man sich der flämischen Sprache.

1. Mai. Anläßlich der Maifeier kommt es in Paris zu Ausschreitungen, ebenso in Lyon und Fourmies, wo die Truppen einschreiten und eine Anzahl Leute getötet werden. In der Kammer erklärt deshalb der Deputierte Roche die Minister und die Majorität für eine Mörderbande.

8. Mai. Die Kammer verwirft mit 318 gegen 199 Stimmen

(195 Republikanern und 99 Mitgliedern der Rechten, gegen 138 Republikanern, 34 Boulangisten, 19 Mitglieder der Rechten) einen Antrag, die verurteilten Aufrührer von Fourmies zu amnestieren.

23. Mai. Der Zar verleiht den Ministern Freycinet und Ribot das Großkreuz des Alexander-Newsky-Ordens.

24. Mai. Die Deputiertenkammer nimmt den Antrag Viger betreffend die Herabsetzung des Eingangszolles für Getreide auf 3 Franks und für Mehl auf 6 Franks an. Das Gesetz soll vom 1. August 1891 bis zum 1. Juni 1892 gelten. 349 Abgeordnete stimmen für, 136 gegen den Antrag.

13. Juni. (Paris.) Die Deputiertenkammer nimmt einen Gesetzentwurf an, nach welchem behufs Anregung zur Seidenkultur eine Prämie von 50 Centimes für jedes Kilogramm von erzeugten Kokons gewährt werden soll.

18. Juni. Das Gesetz betr. Herabsetzung der Getreidezölle ist mehrmals zwischen Kammer und Senat hin- und hergegangen, da letzterer auf sofortiges Inkrafttreten bestand. Jetzt wird ein Kompromiß auf den 10. Juli geschlossen.

25. Juni. Die Kammer verschiebt ihre Zustimmung zur General-Akte der Brüsseler Konferenz vom 2. Juli 1890, sowie zu der am 9. Februar 1891 in Paris unterzeichneten Erklärung.

Dieses Votum bedeutet, daß das Inkrafttreten der gegen den Sklavenhandel gefaßten Maßregeln aufgeschoben ist und daß die Einfuhrzölle in den Congostaat bis auf weiteres nicht eingehoben werden dürfen.

27. Juni. Der Bischof von Grenoble, Msgr. Fava, richtet an den Klerus seiner Diözese einen Hirtenbrief, worin er die republikanische Regierungsform Frankreichs anerkennt.

16. Juli. (Deputiertenkammer.) Der Abgeordnete Laur wünscht die Regierung über die Handhabung des Paßwesens in Elsaß-Lothringen zu interpellieren. Trotz des Widerspruchs des Ministers des Aeußern, Ribot, wird mit 286 gegen 203 Stimmen beschlossen, in die Beratung der Interpellation einzutreten.

17. Juli. Die Deputiertenkammer lehnt die Beratung der Interpellation Laur dem Verlangen der Regierung gemäß mit 319 gegen 103 Stimmen ab.

18. Juli. Die Deputiertenkammer genehmigt die letzten Artikel der Zollvorlage. Der Gesetzentwurf im ganzen wird mit 387 gegen 110 Stimmen angenommen.

23. Juli—8. August. Besuch der französischen Flotte in Kronstadt. (Vgl. Rußland.)

Mitte August. Großfürst Alexis von Rußland kommt zum Badeaufenthalt nach Vichy und ist Gegenstand fortwährender Demonstrationen. Der russische Konsul begrüßt ihn mit der Ansprache, Frankreich sei Rußland und Rußland Frankreich.

15. August. Der König von Griechenland in Paris.

9. September. Jules Grevy, der Vorgänger Carnots in der französischen Präsidentschaft †.

10. September. Der Kriegsminister Freycinet gibt bei den großen Manövern in Vendoeuvres den höheren Offizieren und den fremden Militär-Attachés ein Frühstück, wobei er folgende Rede hält:

Der Zweck der gegenwärtigen Manöver sei, einen Nachweis über das Funktionieren der obersten Kommandostellen zu liefern. Durch das Ergebnis sei der Beweis erbracht, daß diese Kommandostellen auf sicheren Grundlagen ruhten, und er begrüße dies mit Genugthuung. Im nächsten Jahre sollten zum erstenmal Manöver der Territorial-Truppen stattfinden. Freycinet fordert sodann die Generale auf, an der Vervollkommnung der Armee weiter zu arbeiten, welcher Frankreich seinen Einfluß in der Welt verdanke. Niemand zweifele heute daran, daß Frankreich stark sei, es müsse jetzt auch bewiesen werden, daß Frankreich klug sei und auch in seiner neuen Lage die Ruhe, die Würde und das Maßhalten zu bewahren wissen würde, welche in schweren Tagen seine Wiedererhebung vorbereitet hätten. Freycinet begrüßt alsdann die fremden Militär-Attachés, deren Anwesenheit ein aufmunternder Sporn für Frankreich sei, gleichzeitig aber auch ein Zeugnis ablege für die friedlichen Dispositionen, welche bei den Anordnungen für die großen Manöver maßgebend gewesen seien. Der Minister schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die fremden Militär-Attachés von der ihnen entgegengebrachten herzlichen Gastfreundschaft befriedigt seien, und daß sie die gewonnenen guten Eindrücke zur Kenntnis ihrer Regierungen bringen würden. Er trinke auf das Wohl des Präsidenten Carnot und des Oberkommandierenden General Saussier, sowie seiner Mitarbeiter und der Armee.

16. September. (Paris.) In der Großen Oper findet die Aufführung des Lohengrin statt. Die Chauvinisten versuchen vergeblich die Aufführung zu stören; die Straßendemonstrationen bleiben, da die Polizei große Vorkehrungen getroffen hat und 1000 Personen verhaftet, unbedeutend.

27. September. Bei der Enthüllung eines Denkmals für den General Faidherbe in Bapaume hält der Minister des Auswärtigen, Ribot, eine Rede, in welcher er die Besuche der französischen Flotte erwähnt.

Europa habe Frankreich endlich Gerechtigkeit wiederfahren lassen. Ein Souverän, vorausschauend und fest in seinen friedlichen Absichten, wie dies auch Frankreich selber sei, habe öffentlich die tiefen Sympathien bekundet, die sein Land mit Frankreich verbänden. (Lebhafter Beifall und Rufe: „Es lebe der Zar!“ „Es lebe Frankreich!“) Die russische Nation habe sich ihrem Kaiser angeschlossen, um Frankreich herzliche Freundschaft zu bezeugen.

Jedermann wisse, wie die Gefühle erwidert worden seien. Die Vorgänge von Kronstadt hätten in den kleinsten Ortschaften Frankreichs Wiederhall gefunden. Unvergessen dürfe aber auch nicht bleiben, weder das, was vorausgegangen, noch das, was darauf gefolgt sei. Ueberall hätten die französischen Matrosen den Namen Frankreichs höher geachtet, ja geliebt gefunden und in Dänemark, Schweden und Norwegen die rührendsten Kundgebungen erlebt. In Portsmouth, wo die Königin selbst die französische Flotte habe Revue passieren lassen, sei der Flotte die großartigste und liebenswürdigste Aufnahme zu teil geworden. Alle Welt habe einen Eindruck bekommen, der nicht erlöschen werde. (Lebhafter Beifall.) Es ergebe sich hieraus, daß sich Frankreich in einer neuen Lage befinde, was aber nicht etwa bedeute, daß es sich einer neuen Politik anzupassen habe. Die bisher befolgte Politik sei eine so günstige gewesen, daß man sie nicht aufgeben dürfe an dem Tage, wo ihr Wert vor aller Augen zu Tage trete, und wo Frankreich beginne, die Früchte derselben einzuernten. In dem Augenblicke, wo wir mit der größten Würde in Frieden leben können, werden wir uns nicht dem aussetzen, den Frieden zu gefährden. Frankreich, im Bewußtsein seiner Stärke voll Vertrauen auf die Zukunft, werde fortfahren, die Klugheit und das kalte Blut zu zeigen, die ihm die Achtung der Völker verschafften und dazu beitrügen, ihm den Rang wieder zu geben, den es in der Welt einnehmen müsse.

30. September. (Brüssel.) General Boulanger tötet sich durch einen Revolverschuß am Grabe der Madame Bonnemain.

4. Oktober. (Nizza.) Bei der Enthüllung des Garibaldidenkmals spricht der französische Regierungsvertreter bemerkenswerte Worte des Friedens.

Nachdem der Maire von Nizza, Malaußena, sowie die Deputierten Raiberti und Borriglione den Manen Garibaldis für die einst Frankreich geleistete Hilfe gedankt und in seiner Person das Symbol der Einigung zwischen den Völkern begrüßt hat, bespricht der Schwiegersohn Garibaldis, General Canzio in längerer Rede die politische Lage und wendet sich gegen die Verdächtigungen, welche zwischen Frankreich und Italien ausgestreut würden. Die Enthüllung des Denkmals biete eine günstige Gelegenheit, feierlich die Eintracht in den Empfindungen und Entschließungen beider stammverwandter Nationen zu betonen, die bestimmt seien, ohne gegenseitige Eifersucht ein gemeinsames großes Ziel zu verfolgen. Der Deputierte Ranc weist die Anschuldigung zurück, als beabsichtige die Republik eine Wiederherstellung der weltlichen Machtstellung des Papstes und fordert die Italiener auf, sich nicht durch eitle Manifestationen einnehmen zu lassen. Es sei die Pflicht der freien Presse in beiden Ländern, den Nebel gegenseitiger Verdächtigungen zu zerstreuen und klar zu stellen, daß die Interessen des französischen und italienischen Volkes einander nicht widerstreitend seien, und daß ein Kampf zwischen beiden Nationen ein Verbrechen gegen die Zivilisation, die Freiheit und Unabhängigkeit Europas wäre. Der Finanzminister Rouvier hebt hervor, die heutige Feier bringe in dem gemeinsamen Gefühl der Dankbarkeit und Bewunderung die Söhne der beiden durch das unvergängliche Band gemeinsamer Abstammung geeinigten Nationen einander näher. Ganz Frankreich teile dieses Gefühl, es könne nicht vergessen, was Garibaldi für dasselbe in den Tagen des Unglücks gethan. Der Minister erinnert dann an die außergewöhnliche Laufbahn Garibaldis und deren zwei Höhepunkte, die Einigung Italiens und die Erhebung Roms zur nationalen Hauptstadt. Garibaldi, so fügt er hinzu, hätte selbst eine schönere Apotheose

für sich nicht gewünscht, als diesen demokratischen Staat mit einem starken Heer zu sehen, welcher in Ordnung, Freiheit und Frieden sich entwickele diese Republik, deren Dauer, Weisheit und Kraft Europa Gefühle der Herzlichkeit und Achtung einflößten. Unter dem Rufe: „Es lebe die Repubik, es lebe Frankreich, es lebe Italien!" schließt die Feier.

7. Oktober. (Paris.) Aus Marokko treffen sehr beunruhigende Nachrichten ein, welche die Niedermetzelung der im französischen Solde stehenden Marokkaner durch ihre eigenen Stammesgenossen melden.

8. Oktober. (Marseille.) Bei einem von der Munizipalität zu Ehren der Minister veranstalteten Bankett hält der Konseilpräsident Freycinet eine Rede, in welcher er hervorhebt, daß die Republik nunmehr auf unerschütterlichen Grundlagen ruhe und dank der Armee sowie der Weisheit der Diplomatie zu einem Faktor des europäischen Gleichgewichts geworden sei. Es gelte jetzt, die nach außen gewonnene Situation zu konsolidieren und im Innern an die Lösung der sozialen Probleme heranzutreten. Die Verbesserung der Lage der unteren Klassen müsse die Aufgabe sein, welche die Republik beherrsche; die Regierung arbeite unablässig daran. Der Minister weist auf die spontane Bewegung hin, welche gegenwärtig alle Franzosen ergriffen habe und zur Republik hinziehe; die neu zu derselben Hinzutretenden seien willkommen, würden es aber natürlich und begreiflich finden, wenn die Regierung fortfahre, die Freiheit und die Reformen zu verteidigen, für welche sie gekämpft habe.

20. Oktober. Der Erzbischof von Aix Gouthe-Soulard erklärt in einem Schreiben an den Kultusminister Fallières, daß er dessen am 4. Oktober an die Prälaten erlassenes Zirkular über die Pilgerfahrten nach Rom nicht beachten werde.

In dem Brief wird das Rundschreiben des Kultusministers ein „trauriger und abscheulicher Widersinn" genannt; der Schlußsatz lautet: „Der Frieden ist bisweilen auf Ihren Lippen, aber stets ergibt sich Haß und Verfolgung aus Ihren Thaten."

31. Oktober. (Paris.) Justizminister Fallières bringt in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Unterdrückung des Zuhältertums und Kupplerwesens.

8. November. (Lille.) Bei der Stichwahl zur Deputiertenkammer siegt der in Haft befindliche Sozialist Lafargue mit 6470 Stimmen über den Republikaner Depasse, welcher 5175 St. erhält.

9. November. Die Kammer nimmt den Antrag an, den zum Abgeordneten gewählten Lafargue freizulassen.

11. November. Der Kriegsminister Freycinet bringt eine Novelle zum französischen Spionengesetz in der Kammer ein.

Der neue Entwurf setzt auf das Vergehen der Spionage als niedrigste Strafe Gefängnis von einem Jahre, als höchste die Todesstrafe, ferner Geldstrafen von 1000 bis zu 10,000 Franken. Mit dem Tode sollen Militärpersonen oder Beamte bestraft werden, die verräterische Beziehungen zu auswärtigen Mächten unterhalten haben.

Ein anderer Entwurf war im Sommer von der Kammer selbst ausgearbeitet worden, der noch schärfer war und in sehr weitem Umfang die Todesstrafe einführte. (Abgedr. in der „Post“ v. 24. Juni.)

19. November. (Paris.) Der russische Minister des Auswärtigen v. Giers trifft ein.

24. November. Der Erzbischof Gouthe-Soulard wird von dem Pariser Appellhofe wegen des Briefs an den Minister Fallières mit 3000 Fr. Geldstrafe belegt. (Vgl. 20. Okt.)

Seine Anhänger bringen das Geld sofort durch eine öffentliche Sammlung zusammen. Die royalistische Rechte der Kammer richtet an den Erzbischof ein Beglückwünschungsschreiben wegen der edlen, erhabenen Aeußerungen, womit er bei dem gegen ihn geführten Prozeß für die Rechte der Kirche und die Ehre Frankreichs eingetreten.

1. Dezember. Die Deputiertenkammer bewilligt eine Staatssubvention von 50,000 Fr. an Bergarbeiter, welche bei Monthieux (Loire) eine Kohlenmine käuflich erworben haben.

9. Dezember. (Senat.) Interpellation über die Agitation der Geistlichkeit.

Senator Goblet verlangt, die Regierung solle die Trennung der Kirche vom Staate durch spezielle Gesetze vorbereiten. Diese Frage werde immer wiederkehren, denn trotz aller Friedensbeteuerungen auf den Lippen bestehe im Grunde der Antagonismus fort. Die Kirche werde nie auf eine Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten, besonders in jene der Schule, verzichten; der Staat dürfe aber hochmütige Auflehnungen gegen die Autorität der Behörden und der Justiz, wie sie in Fällen, die sich vor kurzem abgespielt hätten, wahrzunehmen waren, nicht dulden. Die Bischöfe, fährt der Redner fort, mischen sich sogar in auswärtige Angelegenheiten. Wir brauchen keine neuen Gesetze; um den Klerus zu strafen, dazu würden die alten genügen. Es sei jedoch unmöglich, diese Gesetze anzuwenden, das wäre bei den heutigen Begriffen eine Härte. Die einzige Abhilfe könne dadurch geschaffen werden, daß dem Klerus der offizielle Charakter entzogen würde. Minister Fallières erklärt, er wolle über die letzten Ereignisse, Gouthe-Soulard und dessen Brief hinweggehen. Die Regierung glaube an die Herstellung des Friedens und fühle sich stark genug, den hohen Klerus in Schranken zu halten. Die Zeit sei für Goblets Anregung nicht geeignet und das Land für deren Verwirklichung noch nicht reif. Die Trennung der Kirche vom Staate würde eine unnütze Aufregung hervorrufen; das Konkordat genüge aber den Bedürfnissen und biete gesetzliche Handhaben zur Wahrung der Autorität des Staates. Wenn den Bischöfen für einige Zeit die Subvention entzogen wird, geben sie klein bei. In Bezug auf die Temporalien seien die Bischöfe Untergebene des Kultusministers, der sich Gehorsam zu verschaffen wisse. Wiewohl man es nicht vergessen habe, welche

Rolle der Klerus bei der Konspiration vom 16. Mai spielte, bekämpfe man ihn doch nicht. Die Regierung sei aber zu fester Handhabung der Gesetze entschlossen nach dem Grundsatze: Dem Staate und der Kirche — jedem das Seine. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung ergreift Ministerpräsident Freycinet das Wort. Es handle sich, führt er aus, um eine Frage der öffentlichen Ordnung und Disziplin. Die Haltung einiger Prälaten sei geradezu unerträglich. Wenn die jetzigen Mittel nicht genügen, werde die Regierung die Ermächtigung zur Anwendung nachdrücklicherer Mittel verlangen. Wenn die bestehenden Gesetze dem Klerus nicht passen, so möge dieser keine Bischofssitze erstreben. Senator Buffet: Das ist ein Skandal. Präsident Leroyer: Erklären Sie dieses Wort. Buffet: Es ist traurig, zu sehen, daß ein Regierungsvertreter die Bischöfe als Bittsteller behandle. Ministerpräsident Freycinet (fortfahrend): Wir wollen den Frieden, aber wir wollen nicht die Gefoppten sein. Zwingt uns der Episkopat zur Trennung der Kirche vom Staate, so trägt er hiefür die Verantwortung. Wer der Republik die Achtung verweigert, der möge wissen, daß er nicht nur das Ministerium, sondern das ganze Parlament gegen sich hat. (Stürmischer Beifall.) Dem Wunsche der Regierung entsprechend nahm hierauf der Senat mit 211 gegen 57 Stimmen eine Tagesordnung an, welche die Regierung auffordert, die ihr zur Verfügung stehenden Rechte auszuüben, um dem Klerus die Achtung der Republik und die Unterwerfung unter ihre Gesetze aufzuerlegen.

Die Rede Freycinets und die Tagesordnung sollen in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich angeschlagen werden.

12. Dezember. (Deputiertenkammer.) Auf eine ähnliche Interpellation wie im Senat erklärt Ministerpräsident Freycinet, er werde niemals dulden, daß der Klerus den Anspruch erhebe, außerhalb der Gesetze zu stehen. Man müsse aus den heutigen Verhältnissen herauskommen. Die Regierung weise jedoch die Trennung von Staat und Kirche zurück. Sie werde im Januar ein Gesetz über Gesellschaften einbringen, ohne dabei gerade auf den Klerus abzuzielen. Der Klerus müsse eine Warnung erhalten; eine solche werde die Abstimmung des Parlaments sein. Alle diejenigen, welche Anhänger der Oberhoheit des Staates seien, würden das Kabinett nicht schwächen wollen. Bischof Freppel tritt der Behauptung entgegen, daß der Klerus gegenüber der Republik eine feindselige Haltung einnehme, und betont, daß die dem Konkordat beigefügten organischen Artikel außer Uebung gekommen seien, und daß man sich deshalb dieser Waffe gegen den Klerus nicht bedienen dürfe. Die von der Regierung zurückgewiesene Tagesordnung Hubbard, welche die Trennung von Staat und Kirche forderte, wird mit 346 gegen 181 Stimmen abgelehnt. Dagegen nimmt die Kammer mit 243 gegen 223 Stimmen die von Rivet beantragte Tagesordnung an, welche der im Senat angenommenen analog ist, von der Regierung acceptiert worden war.

17. Dezember. (Paris.) Die Kammer nimmt den Gesetzentwurf über die Bildung einer Kolonialarmee an, welche dem Kriegsministerium unterstellt werden soll.

Der Senat nimmt die sämtlichen Artikel der Zollvorlage an und genehmigt sodann mit 219 gegen 11 Stimmen die Vorlage im ganzen.

21. Dezember. (Deputiertenkammer.) Verlängerung der Handelsverträge.

Léon Say hebt hervor, daß für Deutschland eine neue Handelsära anbreche; es frage sich, was aus dem neuen deutschen System hervorgehen könne. Léon Say verteidigt seinen Gegenentwurf, der die Regierung ermächtigt, die in allernächster Zeit ablaufenden Handelsverträge auf drei oder sechs Monate zu verlängern. — Nachdem Léon Say seinen Antrag auf Verlängerung der Handelsverträge begründet, vergleicht Méline die neuen Tarife mit den soeben von Deutschland angenommenen, die im allgemeinen höher seien. Durch die neuen Handelsverträge der mitteleuropäischen Staaten werde nicht eine allzu erhebliche Anzahl von Artikeln gebunden; Frankreich müsse sich beobachtend verhalten und abwarten, ob die Wirtschaftspolitik Deutschlands gute Resultate haben werde; Frankreich werde dann das Beispiel Deutschlands nachahmen können, müsse aber gegenwärtig sein neues Régime anwenden und Herr seiner Tarife bleiben. Minister Ribot konstatiert, daß Deutschland sein System änderte, es wolle Festigkeit und Beständigkeit finden; möglicherweise werde Frankreich eines Tages die Notwendigkeit einsehen, auch eine solche Festigkeit zu erhalten; die Regierung schließe sich den Wünschen der Kammer an, müsse sich aber das Recht vorbehalten, eine Lösung vorzuschlagen, die sie für die beste halte. Er hoffe, der Minimaltarif werde von den benachbarten Nationen angenommen werden, welche keinen Tarifkrieg mit Frankreich wünschen; er hoffe dies hinsichtlich Schwedens, Hollands, Belgiens und der Schweiz. Schwieriger sei die Lage hinsichtlich Spaniens, aber wenn Spanien Frankreich ein annehmbares Zollrégime anbiete, werde die Regierung der Kammer eine neue Vorlage machen. Der Gegenentwurf Léon Says wurde mit 440 gegen 94 Stimmen abgelehnt, und der Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der Handelsverträge angenommen, nachdem Ribot erklärt hatte, der Gesetzentwurf bezwecke den Minimaltarif auf sechs Länder anzuwenden, welche gegenwärtig den Konventionaltarif genießen; es stehe indessen nichts im Wege, die gleiche Konzession später andern Ländern gegenüber zu machen.

21. Dezember. (Paris.) Es wird gemeldet, daß der Graf von Paris gänzlich entmutigt sei und den Beschluß gefaßt habe, nach der nächsten allgemeinen Wahl die Preßagitation aufzugeben und die politische Organisation in ganz Frankreich aufzulösen.

22. Dezember. Bischof von Angers, Freppel, Mitglied der Deputiertenkammer, †.

22. Dezember. Die Kammer nimmt die Brüsseler Konferenz-Akte ohne Diskussion an mit Vorbehalt der Seeakte, die den Rayon von Madagaskar umfaßt, sowie des droit de visite.

VII.

Italien.

28. Januar. Der Finanzminister Grimaldi gibt in der Deputiertenkammer das Finanz-Exposé. Infolge der Verringerung bei einigen Einnahmetiteln nehme er ein Defizit für die Finanzgebahrung des Jahres 1891/92 von ungefähr 27 Millionen Lire beim Titel „effektive Ausgaben“ in Aussicht; außerdem ein Defizit von 10⁸/₁₀ Millionen beim Titel „Kapitalbewegungen“. Das effektive Defizit für 1892/93 veranschlage er auf 30 Millionen, wozu aus dem Titel „Kapitalbewegungen“ noch ein Fehlbetrag von 13³/₁₀ Millionen komme. Bei dieser Lage der Dinge wolle die Regierung vor allem eine nicht zu überschreitende Grenze für die außerordentlichen Ausgaben festsetzen. Diese sollten künftig niemals mehr als 85 Millionen betragen. Der Minister kündigt sodann die Einführung neuer Ersparnisse in dem Budget an und schlägt Maßregeln vor, welche, unter anderem aus einer Erhöhung der Alkohol-Fabrikationssteuer, eine Einnahme von 33⁹/₁₀ Millionen sichern würden. Auf diese Weise werde nicht nur das Gleichgewicht in dem Titel der Einnahmen und der effektiven Ausgaben hergestellt, sondern auch zu einem Teile das Defizit in dem Titel „Kapitalbewegungen“ gedeckt. Es blieben dann nur noch etwa 4 Millionen zu decken. Zu diesem Zweck und um die Mittel zur Amortisierung der Schuld zu gewinnen, kündigt der Minister mehrere Reformen und neue Ersparnisse an.

31. Januar. Ministerpräsident Crispi und das gesamte Ministerium reichen ihre Entlassung ein.

Der Hergang wird folgendermaßen geschildert. Die Deputiertenkammer beriet den Gesetzentwurf betreffend die Anwendung der provisorischen Erhöhung der Eingangszölle und die Steuer auf die Fabrikation von Alkohol. Die Sitzung war bewegt. Der Sitzungssaal, sowie die Tribünen waren über-

füllt. Alle Minister waren anwesend. Viele Deputierte sprachen dafür und viele dagegen. Finanzminister Grimaldi trat für das Gesetz ein. Der Ministerpräsident Crispi erklärte, das fragliche Gesetz stehe in voller Harmonie mit seinem Turiner Programm, zählte alsdann die bereits vorgenommenen Ersparungen auf und versicherte, die Regierung werde sich weiter bemühen, um andere mögliche Ersparnisse zu machen, er könnte Bonghi erwidern, indem er ihn auf die Finanzen unter dem Regime der Rechten hinwiese; dieselben seien nicht besser gewesen, als die gegenwärtigen; aber er wolle aus Achtung vor den Gräbern keine Demonstration hervorrufen. Indessen sei die bis 1876 befolgte Politik sehr verschieden von der gegenwärtigen gewesen; sie sei dem Auslande gegenüber servil gewesen. (Lärm und Protestrufe.) Die Deputierten Rudini, Bonghi und zahlreiche andere Deputierte der Rechten, sowie der Minister der öffentlichen Arbeiten, Finali, verließen ihre Plätze. Der Präsident ermahnte die Kammer zur Ruhe. Ministerpräsident Crispi verlangte eine unzweideutige Abstimmung, wie man sie einem Ehrenmanne schulde, der gegen seine eigene Neigung auf seinem Platze verbleibt. Man müsse aus der gegenwärtigen Lage herauskommen, das Votum der Kammer werde im Inlande wie im Auslande ein Echo finden und darüber entscheiden, ob Italien eine starke Regierung wolle oder eine Regierung, welche aufs neue in Zögern und in Unentschlossenheit verfalle. (Lebhafte Zwischenrufe.) Luzzatti erklärte, nach den Ausführungen Crispis, welche diejenigen beleidigten, welche er (Luzzatti) in seinem Leben aufs höchste verehrt habe und die ihrem Lande stets treu gedient hätten, werde er gegen den Gesetzentwurf stimmen. (Beifall rechts. — Zwischenrufe. — Lebhafte Bewegung.) Ministerpräsident Crispi erklärte, er habe niemand beleidigen wollen, am wenigsten Minghetti. Die Kammer stimmte über die von Villa eingebrachte, von der Regierung angenommene Tagesordnung, ab, welche von den Erklärungen der Regierung Akt nimmt. Die einfache Tagesordnung wurde dann mit 186 gegen 123 Stimmen abgelehnt. Die Kammer beschloß darauf, nicht zur Beratung der einzelnen Artikel überzugehen. Ministerpräsident Crispi erklärte, er werde vom Könige weitere Befehle erbitten, und ersuche die Kammer, sich zu vertagen, was unter großer Aufregung um 8 Uhr 15 Minuten geschah.

Eine andere Erzählung lautet folgendermaßen:

Auf der Tagesordnung stand ein kleines Finanzgesetz, dessen Einbringung die Beseitigung eines Teiles des Defizits zum Zwecke hatte, und obwohl dasselbe auf eine gewisse Opposition stieß, so zweifelte niemand daran, daß dasselbe schließlich mit großer Majorität durchgehen und der Regierung einen neuen Sieg einbringen würde.

Die Diskussion begann in sehr ruhiger und wohlwollender Weise, und von mehreren Deputierten, welche bisher als erbitterte Opponenten gegen das Gesetz galten, waren sehr beruhigende Aeußerungen und Erklärungen abgegeben worden. Der Berichterstatter über das Gesetz, welcher zugleich auch Präsident der General-Budgetkommission war, hatte in einer glänzenden Schlußrede das Gesetz in sehr klarer und einleuchtender Weise verteidigt, der Finanzminister die letzten Aufklärungen gegeben, eine das vollste Vertrauen auf die Regierung aussprechende Tagesordnung war bereits verteilt worden und man erwartete bloß die Billigung des Ministerpräsidenten Crispi über die Begründung der Tagesordnung, welche die Regierung vorziehe. Der Ministerpräsident sprach anfangs sehr ruhig und sachgemäß, als er, durch eine bissige Bemerkung des Deputierten Bonghi verletzt, die Contenance verlor und sich zu einer Aeußerung hinreißen ließ, welche, die Politik des letzten Kabinetts der Rechten etwas allzuscharf angreifend, die Rechte so sehr

erboste, daß dieselbe sich wütend erhob und in der heftigsten Weise gegen den Ministerpräsidenten Crispi remonstrierte.

Der Führer der Rechten, Marquis Rudini, erhob sich wie ein verwundeter Löwe, und nachdem er Herrn Crispi in der heftigsten Weise apostrophiert hatte, erklärte er, daß er trotz seines festen Willens, für das Gesetz zu stimmen, nun nach der seiner Partei angethanen Beleidigung gegen dasselbe stimmen werde. Ein Kollege Crispis, der Minister für öffentliche Bauten, Finali, ein ehemaliges Mitglied des letzten Kabinetts der Rechten, erhob sich unter dem wütenden Beifall der Rechten von seinem Ministerfauteuil und verließ den Saal; der Berichterstatter, ebenfalls ein ehemaliges Mitglied des letzten Kabinetts Minghetti, welcher wenige Minuten früher das Gesetz in so glänzender Weise verteidigt hatte, erhob sich, und nachdem er hierbei, in seiner Aufregung auf den Tisch schlagend, ein Tintenfaß umgestürzt hatte, erklärte er, daß er nach der seiner Partei zugefügten Beleidigung nicht mehr mit der Regierung gehen und daher, obwohl er das vorliegende Gesetz billige, nun gegen dasselbe stimmen werde; die ganze Rechte erhob sich heulend, um gegen Crispi zu protestieren, und es entstand ein Aufruhr, wie man ihn früher in der italienischen Kammer nie erlebt hatte. Hätte der Kammerpräsident angesichts der ungeheueren Aufregung die Sitzung aufgehoben, so hätte vielleicht die Nacht Rat und Ruhe gebracht, und wäre ein Mittel gefunden worden, den ausgebrochenen Konflikt durch einige gegenseitige ruhige Erklärungen beizulegen; aber zum Unglück gelang es dem Kammerpräsidenten, die Ordnung auf einen Augenblick lang soweit herzustellen, daß zur Abstimmung geschritten werden konnte, welche angesichts der größten Aufregung vorgenommen wurde. Das Resultat war vorauszusehen — denn die Regierung wurde mit bedeutender Majorität geschlagen —, worauf der Ministerpräsident, die Demission des Kabinetts notifizierend, die Kammer bat, ihre Sitzungen einstweilen einzustellen, da er die Befehle Sr. Majestät einholen müsse; und so befinden wir uns denn angesichts einer Krise, die niemand vorhersehen konnte und die noch vor einigen Stunden niemand für möglich gehalten hätte.

9. Februar. (Rom.) Der König empfängt **Rudini**, welcher die **neue Ministerliste** vorlegt; der König bestätigt die Liste. Nach derselben ist das Kabinett wie folgt zusammengesetzt: **Rudini** Präsidium und Auswärtiges und interimistisch Marine, **Nicotera** Inneres, Luzzatti Schatz, Colombo Finanzen, Pelloux Krieg, Ferrari Justiz, Branca Arbeiten und interimistisch Post und Telegraphen, Chimirri Ackerbau, Villari Unterricht. Zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen ist d'Arco, zum Unterstaatssekretär des Innern Lucca ernannt.

10. Februar. **Rudini** richtet ein **Rundschreiben** an die auswärtigen Vertreter Italiens, in welchem er die bisherige Politik Italiens fortsetzen zu wollen erklärt.

14. Februar. Das Ministerium **Rudini** stellt sich der Kammer vor. **Crispi** hat seinen Sitz als Abgeordneter auf der äußersten Linken eingenommen. Die Haltung der Deputierten ist kühl. Rudini verliest folgende Erklärung:

„Ehrenwerte Kollegen! Indem die Kammer durch die Abstimmung des 31. Januar das Gesetz ablehnte, welches die vorläufige Wirksamkeit einiger durch die vorige Verwaltung geforderter Steuererhöhung aussprach, hat sie der neuen Verwaltung ein Programm vorgeschrieben, welches zu beobachten unsere Pflicht ist. Wir machen Ihre Fahne: die der Ersparnisse, zur unsrigen; mit ihr und für sie werden wir kämpfen, werden wir siegen oder fallen. (Beifall.) Inzwischen übernehmen wir vor Ihnen, vor dem Lande die wohlüberlegte Verpflichtung, das Gleichgewicht zwischen den effektiven Ausgaben und Einnahmen ohne Mehrbelastung der Steuerzahler herzustellen. Mit vorsichtiger, aber entschlossener Hand werden wir alle Etats beschneiden, die des Krieges und der Marine inbegriffen, um überall und betreffs aller die größte Sparsamkeit anzuwenden, und wir werden auch die Ausgaben für Afrika einschränken. In kurzer Frist werden wir die passenden Veränderungen am Etat 1891/92 vorlegen. Wir werden ferner einige Gesetze einbringen, von denen die einen unverzügliche, die anderen sehr baldige Wirkung auf Erleichterung des Staatsschatzes ausüben werden. Dringende Maßnahmen sind nötig zur Ordnung des Notenumlaufes. Wir glauben jedoch, daß unter den jetzigen Verhältnissen die radikalen Aenderungen in unserem Banksysteme Veranlassung und Anreiz zu neuen Störungen sein könnten, die wir bedachterweise vermeiden wollen. Demgemäß werden wir uns auf Vorlegung derjenigen Maßnahmen beschränken, welche geeignet sind, eine ganz sichere Hebung der Kreditverhältnisse herbeizuführen. Unter den sozialen Gesetzen, welche uns die dringendsten zu sein scheinen, werden wir die bestvorbereiteten einbringen, und zwar mit Schleunigkeit, da wir anerkennen, daß es Akte der sozialen Gerechtigkeit gibt, welche nicht länger aufgeschoben werden können und dürfen durch eine Regierung, welcher die gesunden Interessen und rechtmäßigen Bedürfnisse der arbeitenden Klassen am Herzen liegen. (Beifall.) Während der jetzigen Tagung werden wir Ihnen keine gesetzgeberischen Reformen vorlegen, welche beachtenswerte Interessen stören, ohne unmittelbaren Nutzen für den Staatshaushalt zu haben. Wir werden uns für jetzt der Vorlegung politischer Gesetze enthalten, in der Erwägung, daß das Land vor allem nach wirtschaftlicher Belebung verlangt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch für die Aufhebung der Listenwahl, welche wir anstreben, werden wir jetzt keinerlei Initiative ergreifen, sondern die Prüfung der durch das vorige Kabinett eingesetzten Kommission oder die Vorschläge des Ausschusses für Vorberatung des parlamentarischen Antrages abwarten. Aber folgendes fühlen wir uns verpflichtet zu erklären: welche auch Ihre Beschlüsse sein mögen, so zieht unseres Erachtens eine Aenderung der Wahlart nicht mit unerbittlicher Notwendigkeit die sofortige Neuberufung der Wähler nach sich. In der auswärtigen Politik werden wir, auch hier in Eintracht mit dem Lande, seiner Stimme gehorchen, welche wir bei den letzten Wahlen laut und klar vernommen haben. Wir werden die Würde des Landes vor Verletzung bewahren und seine wahren Interessen mit Eifer vertreten. Unsere Politik wird schlicht, freimütig, ohne Hintergedanken sein, wie es einem Lande geziemt, welches wirklich den Frieden will. Zum Glück ist unser Programm uns mit den größeren europäischen Staaten gemeinsam. Dieser Gedanke, dieser Wunsch, dieses Bedürfnis des Friedens hat jene Mächte zur Vereinigung gebracht, welche sich absolute Sicherheit, Europa eine dauernde Ruhe verschaffen wollten. Unsern Bündnissen werden wir feste und zuverlässige Treue bewahren. (Beifall.) Durch unsere Haltung werden wir allen zeigen, daß wir keine Angriffsabsichten haben. Und da bezüglich unseres Verhältnisses zu Frankreich Zweifel, Argwohn, Mißtrauen erregt worden ist, so werden wir unser Bemühen darauf richten, jede falsche Meinung zu widerlegen. Durch unsere wohlerwogene und leidenschaftslose

Haltung werden wir — wir sind davon überzeugt — das Vertrauen einflößen, das wir zu verdienen uns bewußt sind. (Bravo.) Allerdings macht Italien eben wegen der Finanznot und der schlimmen wirtschaftlichen Verhältnisse einen schwierigen Moment durch. Aber wir werden uns wieder aufrichten, und zwar schneller, als man glaubt. Es wird dazu eine kräftige Anstrengung, ein entschiedener Wille genügen. Um unser Ziel zu erreichen, ist jedoch eine Voraussetzung unerläßlich: der Friede. Vielleicht ist es Ueberhebung, aber wir sind der Meinung, durch unsere Auffassung und unsere Vorsätze den Willen des Landes richtig auszudrücken. Ueber die Vorlagen, welche wir machen werden, begehren wir deshalb schleunige Beratung, da wir dringendes Verlangen nach Ihrem Urteil fühlen. Wir werden dasselbe beschleunigen; denn es kommt uns sehr darauf an, zu erfahren, ob wir mit unseren Vorschlägen die Ehre haben werden, Ihr Vertrauen zu verdienen, und an diesem Platze können, wollen und dürfen wir nicht bleiben, wenn wir nur geduldet oder als Schützlinge hier wären." (Beifall.)

2. März. (Deputiertenkammer.) Schatzminister Luzzatti legt die Abänderungen des Voranschlages pro 1891/92 vor und gibt eine Darstellung der finanziellen Lage.

Luzzatti erklärt, daß er im wesentlichen die Voranschläge seines Vorgängers Grimaldi und die von demselben in Aussicht genommenen Ersparungen von neun Millionen annehme, wodurch das Defizit auf 29½ Millionen ermäßigt werde; er überreiche nur Abänderungen zum Voranschlage, wodurch sofort weitere 36 Millionen erspart würden; von diesen kommen 10,800,000 auf das Kriegs- und 6½ Millionen auf das Marinebudget. Mit den 36 Millionen werde nicht nur das ganze, auf 29 Millionen festgestellte Defizit gedeckt, sondern es bleibe noch ein Ueberschuß von 7 Millionen, welche er in Verbindung mit weiteren 3 Millionen, die aus der Reorganisierung von Emissionsinstituten resultieren, verwenden wolle, um den möglichen Ausfall von 10 Millionen bei der Einnahme aus der Konsumsteuer und den Geschäftstaxen zu decken. Zur Herabminderung der Schuld beantrage er gewisse Ersparungen und Erhöhungen der Einnahmen, die von dem früheren Kabinette vorgeschlagen worden seien, sowie eine Reform des Lotteriewesens, wodurch er einen Mehrertrag von zwei Millionen erhoffe. Ein neuer Gesetzentwurf werde die Abzüge der Beamtengehälter regeln. Die Mehreinnahmen hieraus werden sofort sich auf zwei Millionen, nach und nach auf vier Millionen belaufen. Ein weiterer Gesetzentwurf werde die Reorganisation der Eisenbahn- und der Patrimonialkassen ohne Mehrbelastung der Steuerzahler bezwecken. Da der Arbeitsminister die Eisenbahnbau-Ausgaben pro 1891/2 um 19 Millionen herabmindere, so würden auch durch die Ausgabe einer geringeren Anzahl von Eisenbahn-Obligationen Budget und Staatskredit eine erhebliche Erleichterung erfahren. Uebrigens würden nur reiflich erwogene Eisenbahnprojekte zur Ausführung kommen. Auf diese Art sei es dem Kabinett innerhalb weniger Tage gelungen, in den effektiven Ausgaben 36 Millionen ohne Schwächung des öffentlichen Dienstes und der Kraft von Armee und Marine, welche die Verteidigung des Landes und dessen Stolz bildeten, zu schwächen. Rechne man dazu die Erhöhung der Einnahmen um mehr als 10 Millionen, die Herabminderung der Eisenbahnbau-Ausgaben um 19 Millionen und die bereits eingeführten Ersparungen von 9 Millionen, so ergebe sich eine Besserung der Finanzlage um zusammen 74 Millionen.

17. März. (Rom.) Tod des Prinzen Jérome Napoleon.

25. März. Die Kammer erteilt Rudini ein Vertrauens-

votum mit einer Mehrheit von 113 Stimmen. Von 395 Stimmen fallen 254 zu Gunsten des Ministeriums aus gegen 95 der Opposition und 46 Enthaltungen.

20. April. Ein Grünbuch wird verteilt, in dem festgestellt ist, daß die französischen Umtriebe in Abessinien soweit gegangen seien, daß französische Agenten dem König Menelik 40,000 Gewehre angeboten haben, ferner daß Italien das Recht zuerkannt sei, Kassala zu besetzen, falls dies militärisch notwendig wäre, obschon eine Besetzung des Ortes den Absichten Italiens gänzlich widerspreche.

23. April. (Rom.) Explosion des Pulver- und Dynamitturms des Forts Bravetta. Die Zahl der an der Unglücksstelle Verwundeten beträgt 48, der übrigen in der Stadt leicht Verletzten gegen 200. Der Vatikan, die Peterskirche, die Paulskirche und das Paulskloster erleiden arge Beschädigungen.

24. April. (Rom: Deputiertenkammer.) Der Entwurf, betreffend die Abschaffung des Listenskrutiniums wird mit 182 gegen 75 Stimmen angenommen.

1. Mai. (Rom.) Ruhestörungen anläßlich der Maifeier, wobei 2 Personen getötet, 37 verwundet werden, darunter 4 Offiziere und 25 Soldaten.

2.—4. Mai. (Deputiertenkammer.) Bei der Beratung über diese Vorgänge kommt es zu heftigen Debatten, die aber mit einem Vertrauensvotum für die Regierung endigen.

3. Mai. (Rom.) Im Abgeordnetenhause kommt ein Grünbuch zur Verteilung, das die Aktenstücke zusammenstellt zur Aufklärung über die mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika bezüglich der Vorfälle in New-Orleans gepflogenen Verhandlungen.

14. Mai. (Deputiertenkammer.) Ministerpräsident Rudini spricht über die Ereignisse in New-Orleans. (Vgl. Amerika.)

Man solle ihnen nicht eine übertriebene Bedeutung beilegen und die wesentlich juridische Frage nicht zu einer Frage der nationalen Würde stempeln. Der Rücktritt des Gesandten di Fava sei ein Protest gegen das Verhalten der Unionsregierung gewesen. Die Frage scheine jetzt in eine neue Phase zu treten, da die gerichtliche Verfolgung gegen die Lyncher eingeleitet sei. Er könne bis jetzt nicht sagen, inwieweit die Verfolgung ernst zu nehmen sei. Ganz Europa stehe in dieser Frage auf Seite Italiens. Die Abberufung des Konsuls in New-Orleans sei erfolgt, weil die Regierung eingehende Informationen zu erhalten wünsche.

Ende Mai. (Rom.) Großes Aufsehen erregt ein in der Contemporary Review erschienener Aufsatz über die italienische Po-

litik, als dessen Urheber Crispi bezeichnet wird. Crispi stellt jedoch in Abrede, der Autor des Artikels zu sein.

21. Juni. Ein Zirkular des Ministers des Innern Nicotera an die Präfekten untersagt kraft des Artikels 113 des Strafgesetzbuches jede öffentliche Vereinigung oder jedes Meeting, die den Zweck verfolgen, öffentliche Kundgebungen oder Versammlungen bezüglich des Dreibundes zu veranstalten. Damit wird einer Agitation entgegengetreten, welche von den Leitern der irredentistischen Partei geplant war, um im ganzen Bereich des Königreichs die Bevölkerung gegen die auswärtige Politik der Regierung aufzureizen.

24. Juni. (Deputiertenkammer.) Bei der Beratung des Budgets erklärt der Schatzminister Luzzatti, das Defizit des Budgets für das Finanzjahr 1891/92 betrage 5,424,096 Lire. Diesem Defizit stellte die Regierung neue Ersparnisse im Betrage von 2,068,900 Lire, sowie neue Einnahmen in Höhe von 3,200,000 Lire gegenüber. (Beifall.) Was die Lage des Staatsschatzes betreffe, so werde dieselbe im Einvernehmen mit den Spar- und Versorgungskassen geregelt werden. (Beifall.) Das italienische Budget habe sich fortdauernd gebessert; diejenigen handelten daher nichtswürdig und perfide, welche behaupteten, die finanzielle Lage Italiens sei schlecht, und die somit den Kredit Italiens verleumdeten. (Lebhafter Beifall.)

28. Juni. In der Kammersitzung verkündet der Ministerpräsident Rudini unter dem enthusiastischen Beifall einer überwältigenden Majorität, daß der Dreibund auch in Zukunft bestehen bleiben werde.

6. Juli. (Venedig.) König Humbert begibt sich nach Venedig aus Anlaß des Stapellaufs der „Sicilia"; dort wird er empfangen von dem englischen Admiral Horkins, der mit der englischen Flotte im Mittelmeer weilt und in ostentativer Weise mit seinen Offizieren dem Stapellauf beiwohnt.

8. Juli. (Venedig.) Der König und die Königin begeben sich an Bord des „Brambow", woselbst der König beim Frühstück folgenden Trinkspruch hält:

„Ich trinke auf die Gesundheit der erhabenen Königin und Kaiserin, auf das Wohlergehen des großen englischen Volkes, des treuen Freundes Italiens in bösen, wie in guten Tagen; ich trinke auf das Wohl seiner ruhmreichen mächtigen Flotte, derer würdige Vertreter ich mit Freude hier sehe. In diesen Gruß stimmt, ich weiß es, das ganze italienische Volk mit mir ein."

Der Kommandant des englischen Geschwaders trinkt

auf das Wohl des Königs und der Königin und schließt seine Rede mit den Worten:

„In diesem feierlichen Augenblicke gebe ich dem lebhaften Vertrauen Ausdruck, daß die intimen und herzlichen Beziehungen zwischen Italien und England für die Zukunft in der nämlichen Weise fortdauern werden, wie sie in der Vergangenheit waren. Ich trinke auf die Gesundheit Ihrer Majestäten des Königs und der Königin."

2. Oktober. (Rom.) Am Jahrestage des Plebiszits im Kirchenstaat entsteht ein Tumult, veranlaßt durch französische Pilger, die das Pantheon besuchen und dort in das Register die Worte eingeschrieben haben sollen: „Hoch der Papstkönig!" Nach andern Nachrichten hätten sie noch hinzugefügt: „Nieder mit Viktor Emanuel! Tod dem König Umberto!" und auf das Grab Viktor Emanuels gespuckt. Nachgewiesen wird nachher nur das Wort „Vive le Pape!".

Einige junge Leute organisieren hierauf eine Demonstration im liberalen Sinne, durchziehen die Stadt und verlangen vor den Hotels, in welchen Pilger wohnen, unter Pfeifen die Aufhissung der Nationalfahne. Die Hotelbesitzer kommen diesem Verlangen sofort nach, die Fahnen werden enthusiastisch begrüßt. Die liberale Demonstration, welche unter fortwährenden Rufen: „Es lebe Italien! Es lebe der König!" ihren Fortgang nimmt, zerstreut sich schließlich in vollkommener Ruhe.

Der Zwischenfall findet sowohl in den offiziellen vatikanischen Kreisen, als auch seitens der ganzen Nation, ebenso aber auch seitens der französischen Regierung die schärfste Mißbilligung, und der Vorsitzende des französischen Pilgerausschusses, Herr Harmel, gibt mit Zustimmung des Papstes im italienischen Ministerium des Innern eine nachdrückliche Verwahrung gegen die im Pantheon „von drei jungen Burschen begangene bedauerliche That" ab, gleichzeitig das „tadellos freundliche und zuvorkommende" Verhalten der italienischen Behörden gegenüber den Pilgern anerkennend. (Vgl. Kurie.)

13. Oktober. (Monza.) Der russische Minister des Auswärtigen v. Giers und der russische Botschafter Vlangali werden zusammen mit dem Ministerpräsidenten Rudini vom König empfangen. Rudini, Giers und Vlangali kehren von da zusammen nach Mailand zurück.

23. Oktober. Francesco Crispi richtet an einen Mitarbeiter der „Matinées Espagnoles", Desmarets, nachstehenden, von der „Riforma" veröffentlichten Brief:

„Mein werter Desmarets! Mein Brief vom 19. September war nur für Sie allein bestimmt. Durch seinen Abdruck haben Sie mich zu einer öffentlichen Besprechung genötigt, in die einzutreten ich gar keine Lust hatte.

Dadurch haben Sie, lassen Sie es mich aussprechen, meinem Willen Zwang angethan. In einer demokratischen Zeit haben Sie die Freiheit übel angewendet, und das ist keineswegs ermutigend für die, welche Sie zur Republik bekehren möchten. Da ich aber nun dabei bin, so nehme ich als tapferer Ritter die Herausforderung an, und beginne mit der Erklärung, daß Sie in Ihrer vom „National“ veröffentlichten Antwort nicht unternommen haben, alle Fragen, die ich Ihnen stellte, zu lösen. Sie sind dem schwierigen Probleme ausgewichen, welches Frankreich von Deutschland trennt, und obschon Sie verlangen, daß der Papst nur ein Apostel sein solle, haben Sie bezüglich des Zaren Stillschweigen beobachtet. Als ich Sie fragte, ob der Zar und der Papst, gegenwärtig Verbündete der französischen Regierung, notwendige Werkzeuge zur Aufrichtung der neuen Vereinigten Staaten (Europas) sein würden, habe ich zwei Institutionen berührt, zwei politische Prinzipien, welche die Negation der Demokratie sind. Ich begreife, daß ein Teil Rußlands in unsere Konföderation eintreten müßte; aber ich wünschte von Ihnen zu wissen, was Sie mit dem Autokraten anfangen wollen, der zur Hälfte asiatischer, zur andern europäischer Souverän ist. Sie beschuldigen mich, den Zustand der französischen Anschauungen in Bezug auf die Religion nicht zu kennen. Sie irren, mein Freund; ich kenne ihn so gut wie Sie und habe ein Interesse daran, ihn zu kennen. Sie beurteilen Frankreich nach den Reden und Büchern und Gelehrten. Sie urteilen, indem Sie Paris ins Auge fassen und nicht die anderen Städte der Republik, noch auch das flache Land, wo das katholische — nicht das christliche — Gefühl tief gewurzelt ist; wir sehen das Tag für Tag an der Haltung der Pilger, welche kommen, um Leo XIII. zu verehren, und diejenigen zu verwünschen, welche sie für seine Verfolger halten. Auch wenn Sie in Paris in die Kirchen gingen, z. B. nach S. Sulpice, und wenn Sie die Seminaristen befragten, würden Sie sich überzeugen können, daß Ihr Volk weiter zurück ist, als das italienische Landvolk. Auch haben Sie selber in den „Matinées Espagnoles“ geschrieben, daß die Massen noch dem religiösen Glauben anhangen. Ich lese in Ihrem Briefe, der Papst dürfe nicht Fürst oder Souverän sein. Es ist dies Ihre Meinung und ich glaube Ihnen. Aber das amtliche Frankreich behandelt ihn als König. Am letzten Februar hat Monsignore Freppel Leo XIII. als Abgesandter des Grafen von Paris aufgesucht, und am 11. September der Kardinal Langénieux als Botschafter Carnots. Prätendent und Präsident der Republik haben den Papst ihrer Unterstützung versichert. Wohlverstanden: der Prätendent hat in seinem Briefe bedingungsweise geredet und sein Bedauern über die republikanische Propaganda, welche im Einverständnis mit Seiner Heiligkeit in Frankreich vor sich geht, nicht verschwiegen. Soviel aus Ihrem Briefe sichtbar wird, wollen Sie zwar, daß Italien mit der Hauptstadt Rom einig und unteilbar in die Konföderation eintrete, und Sie sind Gegner der Zerstückelung der Halbinsel in sieben oder acht kleine Staaten. Ich nehme Akt davon; aber ich muß Sie daran erinnern, daß Ihr Freund, der Abg. Barodet, in dem Briefe vom 10. Juni, auf den Sie geantwortet haben, ebenfalls ein Italien in der Form einer Föderativrepublik plante. Der Plan einer italienischen Föderation ist in Frankreich schon alt. Er ist Wirkung einer Geisteskrankheit, die sich vererbt, von der Napoleon III. und seine Nachfolger befallen sind und die die Hoffnung des Vatikans bildet. Eine Bundesrepublik als Vasallin des Papstes war zum erstenmal von Sully ersonnen worden, welcher hoffte, durch seine Ränke die Rückberufung ans Ruder seitens Richelieus zu erlangen. Ihrem Freunde Michelet ist der Gedanke, namentlich bei einem Protestanten, sehr sonderbar vorgekommen. Sie irren, mein theuerster Freund, wenn Sie glauben, daß die Zeitungsartikel auf mich Eindruck zu machen vermögen.

Man gibt sie mir oft zu lesen, sie reizen mich nicht, ich beurteile sie. Indessen bin ich nicht Ihrer Meinung: daß in einem auf das allgemeine Stimmrecht gegründeten Volksstaate die Presse nicht der genaue Spiegel der öffentlichen Meinung sei. Und wenn es auch wahr wäre, daß sie nicht ihre Dolmetscherin sei, so werden Sie nicht bestreiten können, daß die Presse gewaltig zur Bildung der öffentlichen Meinung beiträgt. Ich habe oft bemerkt, daß in Frankreich die Zeitungen in allen Fragen der internationalen Politik beständig einig sind, was in Italien nicht der Fall ist. Es ist dies eine Thatsache, welche ihren übertriebenen Patriotismus beweist und ihnen zur Ehre gereichen würde, wenn sie nicht die Ursache ihrer Verirrungen gegenüber dem Auslande wäre. Sie haben mich z. B. gedrängt, in den „Matinées Espagnoles" vom 1. September den Artikel über Italien zu lesen. Wohlan — ich habe feststellen müssen, daß der Verfasser, wenn auch wohlwollend und umsichtig, mit Ironie von unseren nationalen Bestrebungen redet und über mich dieselben Irrtümer wiederholt, die ich so oft siegreich zurückgewiesen habe. Sie glauben, daß ich wegen meiner revolutionären Vergangenheit mehr als andere geeignet sei, die Bildung der Vereinigten Staaten Europas einzuleiten? Wohl! Wenn der Wille eines einzelnen Mannes genügte, so würde ich die mir noch verbleibenden Kräfte an die Verwirklichung eines Planes setzen, dessen Triumph den Völkern des alten Weltteils für immer den Frieden sichern würde. Aber ich frage Sie: Würde das, was wir gründen wollen, eine Föderation von Monarchien oder von Republiken sein? Oder von Monarchien und Republiken zusammen? In den ersten beiden Fällen müßte mit einer Revolution begonnen werden, und Europa scheint mir nicht geneigt, uns zu folgen. Die Monarchien würden ablehnen, Republiken, und die Republiken, Monarchien zu werden. Im dritten Falle wäre die Sache einfacher, und es würde von Frankreich allein abhängen, ob unsere Anstrengungen Erfolg haben. Der Bund der drei Monarchien Italien, Oesterreich-Ungarn, Deutschland ist gebildet worden, um den Frieden des Weltteils zu gewährleisten, und er hat keinen Wunsch nach Eroberung. Er ist nunmehr der erste Kern der europäischen Konföderation. Wenn Frankreich wollte, könnte es sich den drei Mächten anschließen, welche es mit Begeisterung in ihren Bund aufnehmen würden. Sein Beispiel würde ohne Zweifel von den anderen Nationen befolgt werden, und wir hätten ohne Mühe mit einem Schlage die Vereinigten Staaten Europas. Natürlich würde die allgemeine Entwaffnung, die Erleichterung der Budgets, diejenige der Steuerzahler die Folge sein. Dank dieser großen europäischen Union würde jeder Anlaß zum Uebergewicht eines Staates über den anderen aufhören und die Frage der Nationalitäten schnell und freundschaftlich unter den Verbündeten erledigt werden. Es wäre eine Sache der inneren Organisation, nichts weiter. So nehme ich, wie Sie sehen, Ihren Plan an, und es wird gewiß nicht meine Schuld sein, wenn er nicht verwirklicht wird. Ihr ergebener Freund F. Crispi."

3. November. (Rom.) Die interparlamentarische Friedenskonferenz wird im großen Saale des Kapitols unter Teilnahme von Mitgliedern fast sämtlicher europäischen Parlamente eröffnet. Unter den Parlamentsmitgliedern befinden sich 18 Franzosen, 12 Engländer, 15 Deutsche, 8 Oesterreicher und 4 Ungarn.

Der Vize-Präsident des deutschen Reichstages Dr. Baumbach spricht im Namen der Deutschen, Douville-Maillefeu im Namen der Franzosen.

Die an dem interparlamentarischen Kongresse teilnehmenden Abgeordneten aus dem Deutschen Reiche legen nach der Eröffnungssitzung einen Kranz auf das Grab Viktor Emanuels nieder.

Aus der Vorgeschichte des Kongresses.

Bonghi, der Präsident des einberufenden Ausschusses, veröffentlichte im September in der Nuova Antologia einen Aufsatz, in dem es hieß:

„Frankreich hat sich erholt, ja mehr als erholt, geistig wie militärisch, und niemand zweifelt daran, daß seine Kriegsmacht der Deutschlands heute weit überlegen ist. Es hat ein inniges Bündnis mit Rußland und hält Augen und Geist fest auf die Provinzen gerichtet, welche der Eroberer ihm entrissen, und die täglich ihren Willen, französisch zu sein, ungestümer an den Tag legen. Elsaß-Lothringen zurückzunehmen, hat Frankreich zudem mehr recht, als wir bei unserem Streben nach der Lombardei, Venedig und Rom recht hatten. Und wir Italiener und unsere Verbündeten, die wir Frankreich an der Ausübung dieses Rechtes zu hindern suchen, handeln damit gegen unseren Charakter und unsere Geschichte."

Hierauf richtete (28. September) der deutsche Reichstagsabgeordnete Barth an den Sekretär des Kongresses, Pandolfi, ein Schreiben, in dem er bemerkt: wenn man riskieren müsse, daß ein Nichtfranzose und Vorsitzender der Konferenz Elsaß-Lothringen in die Diskussion zöge und zwar im Sinne einer Verwerfung des status quo, so würde die Möglichkeit, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen, für die Deutschen nicht mehr bestehen. Für die deutschen Reichstagsabgeordneten sei die Nichtberührung einer elsaß-lothringischen Frage die Voraussetzung der Beteiligung an der Konferenz.

Bonghi richtete darauf an das „Berliner Tageblatt" ein Schreiben, in dem er seine Ansichten über Elsaß-Lothringen wiederholt, aber versichert, daß der Kongreß mit dieser Angelegenheit nichts zu thun habe. Es liege auf der Hand, daß Deutschland in einundzwanzig Jahren es nicht verstanden hat, die Elsaß-Lothringer sich zu Freunden zu machen; ja, es ist nicht einmal wahrscheinlich, daß ihm dies in der Zukunft gelingen wird, da Frankreich sich inzwischen völlig erholt hat und seine natürliche Anziehungskraft von neuem ausübe.

Hiergegen veröffentlichte ebenfalls im „Berliner Tageblatt" der Abg. Rickert eine Erklärung und der Abg. Höffel (Elsässer) lehnt die Teilnahme am Kongresse ab.

„Bonghi habe von der Stimmung im Elsaß keine Ahnung; die Zeit habe hier das Stadium der Versöhnung herbeigeführt, eine neue Generation sei herangewachsen, die von Frankreich nichts mehr wisse, und von den Alten habe sich die große Mehrzahl mit den bestehenden Verhältnissen ehrlich abgefunden."

Nunmehr verständigt man sich dahin, daß Bonghi dem Kongresse nicht präsidieren werde.

4.—7. November. Sitzungen der interparlamentarischen Konferenz.

Mehrfache Versuche des irredentistischen italienischen Abgeordneten Imbriani, die Versammlung durch Anregung der Nationalitäten-Frage zu stören, werden vereitelt. Die praktische Entscheidung, die der Kongreß zu treffen hat, liegt zuletzt darin, ob ein internationales parlamentarisches Komitee zur Schlichtung von Streitigkeiten, oder bloß ein permanentes Bureau eingesetzt werden soll. Ersterer Antrag, in einer Formulierung von Gaillard erhält die Mehrheit; die Deutschen, fast alle Engländer, Oesterreicher, Ungarn, Holländer, Belgier und einige Italiener stimmen dagegen.

Sitz der nächsten Konferenz soll Bern sein.

7. November. (Rom.) Unter dem Vorsitze Menotti Garibaldis findet eine Versammlung des Generalrates der Veteranen statt, welcher beschließt, zur Organisation einer Agitation für die Abschaffung der Garantiegesetze und des ersten Artikels der Verfassung aufzufordern.

9. November. (Mailand.) Der Ministerpräsident Rudini hält eine Bankettrede.

In Bezug auf die auswärtige Politik sagt der Minister, daß Dank dem starken Heere, der mächtigen Flotte und der treuen Unterstützung der Bundesgenossen Italien gegen jeden Anschlag geschützt sei. Durch die Erneuerung der Bündnisse mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland sei der Zustand neu befestigt worden, der Italien in die Lage setze, jene Politik ernster Sammlung zu befolgen, welche den Kriegsausgaben ein Ziel zu setzen, dieselben sogar zu beschränken gestatte und dadurch auch die wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit dauernd festigen werde. Auf seinem guten Rechte fußend, wolle Italien, fern von falschem Ehrgeize, kein anderes Ziel anstreben als die Erhaltung des status quo im Mittelmeere. Italien sei ein festes Element des Friedens. Englands Stimmung komme in dem herzlichen Empfange, der dem Prinzen von Neapel in London bereitet worden, zu beredtem Ausdrucke. Der Besuch des Ministers von Giers in Monza habe die öffentliche Meinung mit dem Gefühle friedlicher Sicherheit erfüllt. Die Beziehungen mit Frankreich seien von gewissen Schatten getrübt, welche alle italienischen Regierungen zu bannen bemüht gewesen seien. Diese Schatten würden jedoch schwinden. Die Hoffnung, daß dieses gelingen werde, sei seit den Ehrungen, welche in Nizza dem italienischen Volkshelden Garibaldi erwiesen wurden, bedeutend gestiegen. Das Echo jener Feste sei wie ein Klang von neuer Freundschaft und Herzlichkeit herübergedrungen und thue dem Herzen Italiens besonders wohl. Die wichtigsten Reformen, welche der Minister ankündigt, sind die Unfallversicherung, die Altersversorgung, die Vereinigung mehrerer Provinzen derselben Region zu einem politischen Kreise unter einem Statthalter.

Ueber die kirchliche Politik sagte er:

„Für die große Mehrzahl der Italiener ist die Liebe zu unseren staatlichen Einrichtungen ein gemeinsames Erbteil. Die Regierung weiß, daß sie diese Mehrheit gegen jede Beschimpfung zu schützen hat, und sie wird ihrer Aufgabe gerecht werden. Wir haben in unserem Hause das Papsttum, das manchmal eine drohende Stellung einnimmt. Wir werden es indessen in den Grenzen seiner geistlichen Macht zu halten wissen, und zwar nicht nur kraft der Gesetze, die auch das Papsttum nicht ungestraft beleidigen darf, sondern unter der fast einmütigen Zustimmung derer, die noch glauben und beten. Die hergebrachte kirchliche Politik unseres Landes, Italiens Ehre und Stärke, wird von uns gewissenhaft beibehalten werden. Bedauernswerte Zwischenfälle, die von einem Geistigarmen hervorgerufen worden sind, werden uns von diesem Beschlusse nicht abbringen. Reden wir wegen einer solchen Kleinigkeit nicht von einer Aenderung der Verfassung! Rühren wir nicht an das durch die Verfassung anerkannte und unabänderliche Garantiegesetz, das eine lange Erfahrung als zeitgemäß und nützlich erwiesen hat. Italien wird Sorge tragen, daß Gewissensfreiheit und religiöse Duldung, die in unserem Lande so glorreiche Bekenner gehabt haben, geachtet werden. Die Pilger aller Weltteile können unbesorgt nach Rom kommen

und dem Papst ihre Huldigung darbringen; sie dürfen auf den Schutz unserer Gesetze rechnen. Was den Oberhirten selber betrifft, so sind wir heute so stark und der Zukunft so sicher, daß wir ihm ohne Bangen die größte Freiheit gestatten und selbst fürstliche Ehren erweisen dürfen."

1. Dezember. Der Schatzminister Luzzatti entwickelt in der Kammer sein Finanzexposé, welchem zufolge das Defizit für das Finanzjahr 1891/92 auf eine Million zusammenschrumpfen, das Budget pro 1892/93 dagegen einen wirklichen Ueberschuß von neun Millionen Lire ergeben soll.

28. Nov. u. 4. Dezember. Auf verschiedene leidenschaftliche Beschwerden über die Rede Kalnokys und die Ereignisse bei der französischen Pilgerfahrt erklärt der Ministerpräsident di Rudini:

er begreife nicht, wie man im italienischen Parlamente die Frage der weltlichen Herrschaft des Papstes aufwerfen könne, eine Frage, welche längst tot, ja begraben sei; er zeigt sodann aus der diplomatischen Geschichte, daß die Haltung Oesterreich-Ungarns in der Frage des Papsttums eine Italien stets aufrichtig freundliche gewesen sei; die österreichische Regierung wäre es gewesen, welche zuerst den internen Charakter des Garantiegesetzes hervorhob. Im übrigen stehe es fest, daß, wenn die Einheit Italiens bedroht werden sollte, Oesterreich-Ungarns Armee an unserer Seite stehen würde. Die Minister seien keine Guelfen, sondern Ghibellinen.

Crispi erklärt, er betrachte das Garantiegesetz nicht als Grundgesetz; dasselbe würde gut sein, wenn es im Vatikan Apostel gäbe und nicht Prätendenten; er würde sicherlich eine Abänderung des Gesetzes bewerkstelligt haben, wenn man ihm dazu Zeit gelassen hätte. Er verteidigte stets die Tripelallianz, die Rüstungen hätten verdoppelt werden müssen, wenn Italien auch an der Ostgrenze einen Feind gehabt hätte.

Rudini bemerkt, da Crispi die Neigung ausgesprochen habe, das Garantiegesetz abzuändern, so sei er glücklich, daß endlich der erste Punkt gewonnen sei, der zu einer klaren Scheidung der Parteien in der Kammer zu führen geeignet sei.

Nicotera erklärt, es sei ihm rätselhaft, weshalb Crispi das gegenwärtige Kabinett immer als ein Ministerium der Rechten hinstellen wolle. Diese Ideen von einer Rechten und einer Linken seien gegenwärtig ziemlich veraltet, und Crispi selbst verkünde dies lauter als alle übrige Welt, indem er betonte, daß die Regierung über den Parteien schwebe. Auch Crispi habe den Vorsitz in einem Kabinette geführt, in welchem es zahlreiche Elemente der Rechten gegeben habe. Wenn übrigens das gegenwärtige Kabinett ein solches der Rechten sei, dann bedeute dies, auch die gegenwärtige Majorität der Kammer sei eine solche der Rechten. Diese Kammer aber, so ruft der Redner aus, ist eine Schöpfung Crispi's.

Am 7. Dezember wird die Debatte geschlossen und der Regierung mit 248 gegen 92 Stimmen ein Vertrauensvotum erteilt.

21. Dezember. (Rom.) Die Deputiertenkammer nimmt mit 228 gegen 68 Stimmen eine Steuer von 94 Lire auf Zucker und ein Sperrgesetz an.

VIII.

Die Römische Kurie.

24. Februar. (Paris.) Das Journal „La France Nouvelle“ veröffentlicht einen Brief des Papstes an den Kardinal Lavigerie, in welchem der Papst anerkennt, daß der Eifer Lavigeries und die dem Heiligen Stuhle erwiesenen guten Dienste desselben der Gegenwart und den Erwartungen des Papstes entsprächen.

21. März. Der Papst richtet folgendes Breve auf den Tod Windthorsts bezüglich an die Vorsitzenden der Zentrums-Fraktionen im Deutschen Reichstag und preußischen Landtag:

„Unseren geliebten Söhnen, den edlen Herren Grafen Ballestrem, Freiherrn v. Heereman und Grafen Preysing.

Geliebte Söhne! Gruß und apostolischen Segen!

Obschon die innige Eintracht, die Euch mit dem vortrefflichen Manne Ludwig Windthorst verband, Uns niemals verborgen war, so ist sie Uns noch klarer geworden durch das Telegramm, welches Ihr Uns in Euerem Namen und dem Eurer katholischen Kollegen durch Unsern geliebten Sohn, den Kardinal-Staatssekretär zugehen ließet. Wir begreifen nämlich, daß Ihr von gerechtem und bitterem Schmerz erfüllt seid über den unverhofften Tod des Mannes, dessen Frömmigkeit, Tadellosigkeit, Klugheit und übrigen Geistesvorzüge vor allem Euch vor Augen lagen, die Ihr, ihm als Führer bei den wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten folgend, nicht weniger die Genossen seiner Mühe und Ratschläge als seines Ruhmes geworden seid. Denn vertrauend auf Eure Mitwirkung und Unterstützung hat er in für Christentum und Staat höchst wichtigen Zeiten die Interessen und Rechte der Kirche eifrig verteidigt und die einmal auf sich genommene Sache der Gerechtigkeit mit hohem Mute zu schützen fortgefahren, bis er das erreicht sah, was er im Geiste beständig erstrebt hatte. Mit Recht aber rühmt Ihr Euch, daß er der Führer Eurer Partei gewesen, der niemals durch die Macht seiner Feinde oder durch die Volksbewegungen sich wankend machen ließ, der so sein Vaterland liebte und seinem Fürsten die gebührende Ehrfurcht entgegenbrachte, daß er niemals diese Pflichten von der Ausübung der Religion trennte, und so durch das Gewicht seiner Gründe und durch die Kraft einer mächtigen Beredsamkeit seine Gegner bekämpfte, daß man leicht erkannte, daß der Eifer für die Wahrheit, nicht aber irgend ein Vorteil oder Ehrbegierde ihn in den Streit führte. — Von diesen seinen Verdiensten sind Wir, wie billig, überzeugt; das haben Wir sowohl bei anderen sich darbietenden Gelegenheiten, als auch besonders neulich in diesem Jahre bezeugt, da Wir, als der Jahrestag unserer Krönung wiederkehrte, ihm neue Ehrenbezeugungen haben zukommen lassen, indem Wir ihn zum Ritter erster Klasse des Ordens St. Gregors des Großen ernannten und mit dem Ehrenzeichen desselben schmücken wollten. Wenn er, durch den Tod hinweggerafft, diesen Beweis Unserer Liebe und Hochachtung nicht genießen konnte, so tröstet Uns und richtet Uns die sichere Hoffnung auf, daß Gott ihn mit höheren Ehren geschmückt und er jene unvergängliche Glorie erlangt habe, die erhabener und glückseliger ist, als jede menschliche Ehre. Ihr aber, geliebte Söhne, eingedenk der Tugenden und Beispiele eines so großen Führers, folget fest den Spuren des-

selben. Haltet unter Euch enggeschlossen die Eintracht, welche auch er immer in seiner Heerschar eifrigst und angelegentlichst bewahrte. Haltet für sicher, was auch er fest seiner Seele eingeprägt hatte, daß Ihr um so verständiger für die Wohlfahrt und den Ruhm des gemeinsamen Vaterlandes sorgen werdet, je angelegentlicher Ihr Gott die Treue und der Mutter Kirche den Gehorsam bewahrt. So möge Gott Euch und Euere Genossen gnädig behüten und erhalten, und eine Gewähr dieser Gnade sei Euch der apostolische Segen, welchen wir Euch allen einzelnen von ganzem Herzen erteilen.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, am 19. März 1891, im 14. Jahre Unseres Pontifikats. Leo P. P. XIII."

15. Mai. Encyklika des Papstes über die soziale Frage. (Abgedr. i. Staatsarchiv Bd. LI.)

31. Mai. (Paris.) Der neue apostolische Nuntius Ferrata soll vom Vatikan Instruktionen erhalten haben, nach welchen ihm eine größere Annäherung an den legitimistischen Klerus verboten wird. Er solle vielmehr immer zeigen, daß der Vatikan mit der republikanischen Regierung einverstanden ist.

19. Juni. (Rom.) Der vatikanische „Osservatore Romano" bringt einen Artikel über „Frankreichs Vereinsamung". Frankreich sei vereinsamt, aber nicht zu seinem Schaden. Es teile das gleiche Schicksal mit der Kirche, über deren Fesseln Kaiser und Könige eifersüchtig wachten, damit jene „Gesta dei per Francos" nicht erneuert würden, welche der Welt so oft die Größe Frankreichs und der Kirche verkündeten. Frankreich und die Kirche würden trotzdem weiter nebeneinander kämpfen und siegen. Die Kirche reiche ihrer erstgeborenen Tochter liebevoll die Hand. Gegen das widernatürliche Bündnis heterodoxer Staaten erhebe sich in wundervoller Kraft der Bund der Kirche und der christlichen Demokratie.

19. Juni. Der „Osservatore Romano" meldet, daß der Papst wegen willkürlicher, das Vermögen des Heiligen Stuhles schädigender Akte die Verwaltung des ganzen Vermögens der Kurie einer besonderen Kardinals-Kommission anvertraut habe, welche auch die Rechnungen der bisherigen Verwaltung sorgfältig prüfen wird.

2. August. Ein neuer Artikel des „Osservatore Romano" sagt, die Natur der Dinge selbst, die Verknüpfung der Ideen und die Lehren der Geschichte hinderten die Trennung des Vatikans von Frankreich, eine Trennung der gemeinsamen Mutter aller Völker von der ältesten Tochter, die, wie sie die Kirche stets geliebt habe, auch stets das politische und soziale Schicksal der Kirche teilen werde, zu deren Schutz und Schirm sie die Vorsehung bestellt habe.

5. August. Zwischen Frankreich und dem Vatikan soll

nach einer Privatmeldung der „Nat.-Ztg.“ aus Rom ein förmlicher Vergleich zustande gekommen sein, des Inhalts, daß Frankreich dem Vatikan aus seiner finanziellen Verlegenheit hilft und dafür der Vatikan sich verpflichtet, die Republik im Inland und Ausland zu unterstützen. Beide Teile seien auch einig geworden über eine republikanische Propaganda in Italien.

13. August. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine Note, in welcher nach Erörterung der Haltung des Heiligen Stuhles gegenüber den deutschen und französischen Katholiken erklärt wird, der Papst sei davon schmerzlich berührt, daß er und die Kirche infolge diplomatischer Kombinationen durch neue, ernste Hindernisse abgehalten werde, ihre friedliche Mission in Rom und Italien zu erfüllen. Das Blatt beklagt sodann das Bestehen des Dreibundes, der für die Katholiken Italiens eine Kränkung bedeute und den italienischen Interessen abträglich sei.

Ende September. Encyclika gegen das Duell-Unwesen.

5. Oktober. Der Papst empfängt die letzten Teilnehmer des französischen Pilgerzuges. Der Kardinal Langenieux verabschiedet sich von dem Papste namens seiner Genossen mit einer Ansprache, in welcher er dem Bedauern Ausdruck giebt, daß aus nicht weiter zu erörternden Gründen die Pilgerzüge bis auf weiteres unterbleiben müßten. Der Papst antwortet, daß er auch dieses traurige Zeichen mit Ergebung hinnehme. (Vgl. Italien.)

14. Dezember. Der Papst hält eine Allokution.

Sie beschäftigt sich mit den Vorkommnissen bei den letzten Pilgerfahrten. Der Frieden der Kirche, führt der Papst aus, würde auf zweierlei Weise bedroht; von der einen Seite gehe man ohne Zurückhaltung vor, man wüte in Worten gegen die Thaten einiger doch nur von kindlicher Frömmigkeit und nicht von politischen Gesichtspunkten geleitet gewesenen Ausländer, man erkläre, dem Papsttum den Todesstoß versetzen zu wollen, wenn möglich, selbst mit Anwendung von Gewalt; von der anderen Seite suche man, bei äußerlich geringerer Feindseligkeit, dem Volke die Haltung des Papstes als für Italien bedrohlich darzustellen, man widersetzte sich der Abschaffung von Gesetzen, welche das Papsttum scheinbar begünstigten, strebe aber trotzdem aufs hartnäckigste die Unterwerfung der Kirche unter den Staat an. Der freie Verkehr des Papstes mit den Gläubigen werde von den beiden Richtungen geschmälert, der Stand der Dinge gestalte sich immer schwieriger und unleidlicher. Wie werde derselbe erst sein bei einem etwaigen Ausbruch von Unruhen oder Kriegsgetöse. Er, der Papst, werde bei der Haltung Pius IX. verharren, und die völlige Unabhängigkeit Roms, das dem Papsttum durch göttliches Gebot und die Stimme von Jahrhunderten zugewiesen worden sei, fordern. Er sei überzeugt, daß die Rechte des Papsttums mit der Größe und Unabhängigkeit Italiens wohl vereinbar seien. Die Allokution ermahnt die Lenker der Staaten, der fortschreitenden Gottlosigkeit und Sittenverderbnis Einhalt zu thun und fordert die Katholiken

auf, die Gefahren für den Glauben und die Ränke gegen das Papsttum im Auge zu behalten und in enger Verbindung mit dem Papsttum gegen böse Vermessenheit einen unerschütterlichen Damm zu bilden.

23. Dezember. (Rom.) Bei dem Empfange des Kardinalkollegiums sagt der Papst, er erachte mit der von ihm seinerzeit erlassenen Encyklika über die Arbeiterfrage seine bezügliche Aktion nicht für abgeschlossen. Er bedauere, daß er unwürdigerweise gehindert worden sei, die Arbeiterpilger zu empfangen, um denselben seine sozialen Prinzipien auseinanderzusetzen. Die geschworenen Feinde des Papsttums bekämpften dessen soziale Thätigkeit, weil dieselbe den Ruhm und den Einfluß des Papstes zu erhöhen geeignet sei, und erklärten aus dem gleichen Grunde die päpstliche Initiative zur Abschaffung der Sklaverei für überflüssig. Nichtsdestoweniger werde das Papsttum die ihm von der Vorsehung zugewiesene Mission in der Welt fortsetzen, nämlich die Mission des Friedens, des Heiles und der Erlösung, selbst zu Gunsten derjenigen, welche das Papsttum bekämpften.

Ende Dezember. Das „Journal des Débats" bringt über die vom Papste gegenüber einigen brasilianischen Prälaten ergriffenen strengen Maßregeln nachstehende Mitteilungen aus Rom:

Man weiß, welche Pein dem Papste die Behandlung des brasilianischen Klerus seitens der Regierung der Republik verursacht hat. Nicht nur war die Trennung von Staat und Kirche plötzlich und ohne Entschädigung für die Geistlichen ausgesprochen, sondern auch das Vermögen der Klosterorden war einfach eingezogen worden. Diese Beraubung hatte im Vatikan eine tiefe Entrüstung hervorgerufen, und man rechnete darauf, daß die nachdrücklichen Verwahrungen der geschädigten Orden mindestens eine teilweise Zurückerstattung oder eine Entschädigung erwirken würden. Auf jeden Fall nahm Leo XIII. an, daß die beraubten Klostergemeinschaften nicht gutwillig die vollbrachte Thatsache hinnehmen, sondern ihre Rechte für die Zukunft vorbehalten würden. Wie es scheint, ist aber das Gegenteil eingetreten. Der Abt der Benediktiner soll gegenüber dem Marschall da Fonseca eine übertriebene Gefälligkeit bekundet haben, und der apostolische Internuntius in Rio Janeiro, Spolverini, soll die Interessen der Kirche nicht mit der nötigen Thatkraft zu schützen verstanden haben. Die dem Papste hierüber zugegangenen Berichte erschienen ihm so bedenklich, daß er gegen den Abt die excommunicatio major erlassen und den Internuntius unter Kundgebung der Ungnade abberufen hat.

IX.

Schweiz.

11. Januar. (Tessin.) Wahlen zum Verfassungsrat. Die Liberalen haben Wahlenthaltung proklamiert wegen parteiischer Handhabung des Wahlgesetzes durch den ultramontanen Präsidenten Soldati und seine Partei.

8. März. Bei der Volksabstimmung im Kanton Tessin wird der neue Verfassungsentwurf mit 10,837 gegen 10,557 Stimmen angenommen.

15. März. (Bern.) Bei der Volksabstimmung wird das Bundesgesetz betreffend die Ruhegehalte der arbeitsunfähigen eidgenössischen Beamten mit 342,137 gegen 90,641 Stimmen abgelehnt.

15. März. Bei der Volksabstimmung im Kanton Luzern wird die Anbahnung einer Verfassungsrevision mit 15,600 gegen 10,161 Stimmen verworfen.

11. Mai. (Basel.) Der Initiativantrag betreffend die Richterwahl durch das Volk wird bei der Volksabstimmung mit 3389 gegen 2299 Stimmen angenommen.

8. Juni. (Bern.) In der Sitzung des Nationalrates wird die Motion Brenner und Genossen mit 69 gegen 58 Stimmen für erheblich erklärt. Dieselbe lautet: Der Nationalrat solle prüfen und Bericht erstatten ob und in welcher Ausdehnung eine Amnestie zu erlassen sei wegen der den eidgenössischen Assisen überwiesenen Vorfälle im Kanton Tessin vom September 1890 und Februar und März 1891. Ferner kommt der vom Bundesrate beantragte Bundesbeschluß, betreffend Genehmigung des mit schweizerischen und deutschen Finanzleuten abgeschlossenen Vertrages über den Ankauf von 50,000 Aktien der schweizerischen Zentralbahn unter dem

Vorbehalt der Annahme eines gleichzeitig vom Bundesrate vorgelegten Bundesgesetzes betreffend Abänderung des Bundesgesetzes über das Rechnungswesen der Eisenbahngesellschaften, mit der Annahme des fraglichen Ankaufsvertrages und des gleichzeitig vorliegenden Gesetzes zum Abschluß. Ersterer erhielt 82 gegen 32, letzteres 90 gegen 13 Stimmen.

11. Juni. Der Ständerat nimmt mit 1 Stimme Majorität die Einführung des Banknoten-Monopols an.

14. Juni. Großes Eisenbahnunglück bei Mönchstein bei Basel durch Einbruch einer Brücke, wobei die Zahl der Toten 73, die der Verwundeten 131 beträgt.

Mitte Juni. Im Kanton Tessin wird durch Volksabstimmung mit 16,900 Stimmen die Verfassungsrevision beschlossen. Für die Revision durch den Verfassungsrat werden 9250, für eine solche durch den großen Rat 8300 Stimmen abgegeben.

19. Juni. (Bern.) Der Nationalrat spricht mit 70 gegen 64 Stimmen die Amnestie der wegen der Tessiner Unruhen vom September 1890 und Februar 1891 Bestraften aus.

18. Juni. (Bern.) Der Nationalrat stimmt mit 74 gegen 53 Stimmen dem Beschlusse des Ständerats zu, den Sitz des Landesmuseums nach Zürich zu verlegen. — Der Ständerat beschließt, den Bundesrat zum Ankauf des ganzen Zentralbahnunternehmens zu ermächtigen und denselben aufzufordern, einen Gesetzentwurf, betreffend den Rückkaufmodus und die Organisation und Verwaltung des schweizerischen Eisenbahnnetzes vorzulegen. Die Beschlüsse des Nationalrates, betreffend Ankauf von 50,000 Zentralbahnaktien und betreffend Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen des Stimmrechts für die im Besitze des Bundes befindlichen Eisenbahnaktien werden abgelehnt.

24. Juni. (Bern.) Der Ständerat lehnt mit 30 gegen 11 Stimmen die Amnestierung der bei den Tessiner Aufständen Beteiligten ab.

27. Juni. (Bern.) Die Junisession der Bundesversammlung wird geschlossen. 40 Mitglieder des Nationalrates verlangen in einer Eingabe an den Bundesrat für den Fall, daß die Verfassungsrevision betreffend Einführung einer Initiative, in der am 5. Juli stattfindenden Volksabstimmung angenommen werde, die Einberufung einer außerordentlichen Bundesversammlung für Ende Juli, damit dem Ergebnis der Abstimmung nachgekommen und die

Verfassungsrevision baldigst in Kraft gesetzt werden könne. Der Zweck dieses Antrags ist, nachher sofort auf dem Wege der Initiative das Banknotenmonopol einzuführen. Dem Verlangen der oben erwähnten 40 Mitglieder des Nationalrats muß der Verfassung gemäß entsprochen werden.

5. Juli. (Bern.) Die Revision der Bundesverfassung betreffend die Einführung der Initiative wird in der Volksabstimmung mit 168,308 gegen 116,824 Stimmen angenommen. Das Dekret betreffend die Beteiligung des Kantons Bern mit circa 10 Millionen an dem Bau neuer Bahnlinien, darunter einer solchen durch den Simplon, sowie einer Linie Bern-Neuenburg-Thun-Simmenthal-Vevey wird in der Volksabstimmung mit 26,349 gegen 13,448 Stimmen angenommen.

15. Juli. (Zürich.) Die Kriminalkammer des Bundesgerichts verurteilt Castioni wegen Tötung des Staatsrats Rossi in contumaciam zu acht Jahren Zuchthaus und zwölfjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie zur Tragung der 3663 Fr. betragenden Kosten des Verfahrens. Die Strafe ist deshalb nicht höher bemessen, weil der Gerichtshof nicht ein gemeines, sondern ein politisches Verbrechen als vorliegend erachtete.

1. August. Die Schweiz feiert die sechshundertjährige Bundesfeier der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

5. August. Nach längeren Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen National- und Ständerat kommt ein Beschluß in betreff der Banknotenfrage zu stande. Der Artikel 39 der Bundesverfassung wird danach in Zukunft folgendermaßen lauten:

„Das Recht zur Ausgabe von Banknoten und anderen gleichartigen Geldzeichen steht ausschließlich dem Bunde zu.

Der Bund kann das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten durch eine unter gesonderter Verwaltung stehende Staatsbank ausüben oder es vorbehaltlich des Rückkaufsrechts einer zu errichtenden zentralen Aktienbank übertragen, die unter seiner Mitwirkung und Aufsicht verwaltet wird.

Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes zu regeln und den Zahlungsverkehr zu erleichtern.

Der Reingewinn der Bank über eine angemessene Verzinsung, beziehungsweise eine angemessene Dividende des Dotations- oder Aktienkapitals und die nötigen Einlagen in den Reservefonds hinaus kommt wenigstens zu zwei Dritteilen den Kantonen zu.

Die Bank und ihre Zweiganstalten dürfen in den Kantonen keiner Besteuerung unterzogen werden.

Eine Rechtsverbindlichkeit für die Annahme von Banknoten und anderen gleichartigen Geldzeichen kann der Bund, außer bei Notlagen in Kriegszeiten, nicht aussprechen.

Die Bundesgesetzgebung wird über den Sitz der Bank, deren Grundlagen und Organisation, sowie über die Ausführungen dieses Artikels überhaupt das Nähere bestimmen."

21.—26. September. (Bern.) Internationaler Kongreß für Arbeiterunfälle:

Deutschland vertreten durch den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Bödiker.

Einstimmige Beschlüsse:

I. Der Titel des Kongresses soll in Zukunft sein: Kongreß und permanentes Komitee, betreffend Betriebsunfälle und Sozialversicherung.

II. Verhütung und Entschädigung von Betriebsunfällen.

Es ist eine gebieterische Pflicht unserer Zeit, die Betriebsunfälle und Berufskrankheiten durch geeignete Vorbeugungsmaßregeln so viel wie möglich zu verhüten und deren Folgen gutzumachen.

a) Was die Vorbeugungsmaßregeln betrifft, so ist es wünschenswert, die Privatthätigkeit mit derjenigen der Genossenschaften und des Staates zu verbinden.

b) Was die zu gewährenden Entschädigungen anbelangt, so ist es, um dieselben unter allen Umständen sicher zu stellen, notwendig, daß sie auf dem Wege der Versicherung erfolgen, die in jedem Lande nach dessen Eigentümlichkeit einzurichten ist.

c) Dabei weist der Kongreß auf die Zweckmäßigkeit einer Verbindung der Versicherung für die leichten Unfälle (mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit) mit der Krankenversicherung im allgemeinen hin.

d) Für die Länder, welche eine Invaliditäts- und Altersversicherung einführen wollen, erscheint es vorteilhaft, dieselbe mit der Versicherung für schwere Unfälle (mit dauernder Erwerbsunfähigkeit) und Berufskrankheiten zu verbinden.

III. Soll eine internationale Unfall-Statistik angestrebt werden.

12. Oktober. In Mendrisio im schweizerischen Kanton Tessin wird der der liberalen Partei angehörige Apotheker Karl Buzzi von drei Personen überfallen und ermordet. Einer der Thäter wird verhaftet, die beiden anderen entfliehen über die italienischen Grenze.

18. Oktober. (Bern.) Der Zolltarif wird bei der Volksabstimmung mit 211,781 gegen 146,820 Stimmen angenommen, das Banknotenmonopol mit 228,853 gegen 143,939 Stimmen und 14 gegen 8 Stimmen der Stände.

15. November. (Genf.) Bei den Wahlen zum Staatsrat siegt die Liste der Konservativen; es werden 5 Konservative und 2 Radikale gewählt. Vautier (freisinnig), seit 25 Jahren Staatsrat, wird nicht wiedergewählt.

6. Dezember. (Bern.) Der Ankauf der Zentralbahn wird in der Volksabstimmung mit 277,032 gegen 128,795 Stimmen verworfen. Nur die Kantone Bern, Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Land erklären sich für die Annahme der Vorlage.

7. Dezember. Bundespräsident Welti reicht infolge der Ab-

stimmung vom 6. seine Demission ein. — Der Ständerat und der Nationalrat beschließen einstimmig, aber vergeblich, ihn um Zurücknahme seiner Demission zu ersuchen.

17. Dezember. (Bern.) Die vereinigte Bundesversammlung spricht dem Bundesrate Welti den Dank des Vaterlandes aus für die demselben geleisteten vorzüglichen Dienste. An Stelle Weltis wird Zemp-Luzern (ultramontan) zum Bundesratsmitglied gewählt, zum Bundespräsidenten für das Jahr 1892 Hauser-Zürich und zum Vizepräsidenten des Bundesrates Schenk-Bern.

X.

Belgien.

15. Januar. In Befürchtung von Unruhen werden Truppen aus der Provinz nach Brüssel gezogen und Reservisten einberufen.

20. Januar. (Brüssel.) Große Demonstration für eine Verfassungsrevision.

30. Januar. Der Thronfolger Prinz Balduin †.

2. Februar. (Brüssel.) Meuterei unter den einberufenen Reservisten, welche ihre Entlassung verlangen und endlich durchsetzen.

17. April. (Deputiertenkammer.) Die Majorität der Zentralsektion nimmt die Revision des Wahlrechts auf folgender Grundlage an: Die Wahlberechtigung ist geknüpft 1) an ein Alter von 25 Jahren; 2) einen Steuerbetrag von mindestens 10 Fr. und den Besitz einer eigenen Wohnung; 3) an ein höheres Bildungszeugnis.

Die Mehrheit der Zentralsektion ist geneigt, bezüglich des dritten Punktes geringere Ansprüche zu stellen und auch einen niederen Bildungsnachweis für ausreichend zu erklären; sie ist unter allen Umständen gegen eine Kapazitätsprüfung. Die Zentralsektion hat ferner das Bestreben, eine große Anzahl von Arbeitern wahlberechtigt zu machen. Eine Minderheit spricht die Ansicht aus, die Versammlung sei inkompetent, die Grundlagen des neuen Wahlgesetzes zu legen, sie können sich lediglich über die Frage schlüssig machen, ob die Revision anzunehmen sei oder nicht. Die Minderheit will sich indessen der Majorität unterordnen, wenn letztere als Wähler die jetzigen Gemeindewähler anerkenne (21 Jahre, 10 Franks direkte Steuern und Kapazitätswähler). Bezüglich des Wohnungsrechts will die Minorität sich nicht entscheiden, da dieses System sowohl zu sehr beschränktem Wahlrecht, oder im Gegenteil zum allgemeinen Stimmrecht führen kann, oder auch zur Unterdrückung einer Partei durch eine andere. — Zwei Mitglieder er-

klären sich für Anhänger des allgemeinen Stimmrechts, wollen sich jedoch gleichfalls der Zentralsektion anschließen.

Durch dieses Projekt würde über die Hälfte der männlichen Bevölkerung, 700,000 Bürger, statt der bisherigen 134,000 das Wahlrecht erhalten.

Ende Juli. (Brüssel.) Die Regierung fordert neue Militärkredite, welche für die Maas-Befestigungen allein 18 Millionen betragen.

16. August. (Brüssel.) Eröffnung des internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses. Delegierte aller Länder sind zahlreich eingetroffen, darunter aus Deutschland Bebel, Liebknecht und Singer.

Auf dem Kongreß kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Liebknecht, der einen mehr opportunistischen Standpunkt vertritt, und dem Holländer Domela Nieuwenhuis, der radikal vorgehen und im Kriegsfall Verweigerung des Dienstes proklamieren will.

Die Anarchisten werden an dem Kongreß ausgeschlossen und veranstalten eine eigene Kundgebung.

1. Oktober. (Schloß Loo.) Der Kronprinz von Italien trifft zum Besuch ein, setzt denselben Tag die Reise nach Amsterdam fort.

17. Dezember. (Brüssel.) In einem Brief an den Kriegsminister erklärt General Brialmont, der Kostenanschlag für die Neubefestigung Antwerpens betrage 54,342,000 Franks einschließlich der Kosten von 900 Kanonen nebst Munition. Dies sei der Regierung seit 23. Juli 1889 bekannt und von der Genieabteilung 1889 approbiert. Die Regierung habe vor der Kammer absichtlich irrige Kostenangaben gemacht, wofür sie verantwortlich sei. Der Kriegsminister bestreitet in seinem Antwortschreiben energisch Brialmonts Angaben.

20. Dezember. (Brüssel.) Staatsminister Jakobs †.

XI.

Niederlande.

8. Mai. (Haag.) Die zweite Kammer beendet die Generaldebatte über den Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Militärdienstpflicht. Eine von Rutgers (liberal) beantragte Resolution, die sich im Prinzip für den persönlichen Dienst, wie solcher in dem

Gesetzentwurfe vorgesehen ist, ausspricht, wird mit 43 gegen 27 Stimmen angenommen.

12. Mai. (Haag.) Die Zweite Kammer lehnt den Antrag van Houtens, die Beratung des Militärgesetzes auf unbestimmte Zeit zu vertagen, mit 51 gegen 44 Stimmen ab. Trotzdem beendet die Kammer die Beratung des Gesetzes nicht.

1. Juli. Besuch des deutschen Kaisers bei der Königin.

5. Juli. Das antiliberale Ministerium demissioniert.

24. Juli. (Haag.) Ende der Neuwahlen zur zweiten Kammer. Sie besteht aus 54 Liberalen, 1 Radikalen, 25 Katholiken und 20 Antirevolutionären.

6. August. Ein neues Ministerium wird unter dem Vorsitze des Amsterdamer Bürgermeisters van Tienhoven gebildet, kommt jedoch erst nach längerer Zeit zu stande.

Endliche Zusammensetzung: Inneres Tak van Poortvliet, Auswärtiges Tienhoven, bisher Bürgermeister von Amsterdam, Justiz Smidt, Finanzen Bankpräsident Pierson, Waterstaat, Handel und Industrie Ingenieur Lelv, Kolonien W. van Dedem, Krieg Oberstlieutenant Seyffardt, Marine Marine-Ingenieur Jansen.

3. Oktober. Besuch des Kronprinzen von Italien bei der Königin.

XII.

Luxemburg.

23. Juli. (Luxemburg.) Feierlicher Einzug des Großherzogs, der Großherzogin und des Erbgroßherzogs.

XIII.

Dänemark.

26. März. (Kopenhagen.) Gegenüber der Vereinigung zwischen der Rechten und den „Gemäßigten“ hat sich offiziell eine neue Gruppe gebildet, bestehend aus Anhängern Hörups und Bergs; dieselbe ist 35 Mann stark, wozu noch zwei „Wilde“ nebst drei

Sozialdemokraten hinzukommen. Die Gemäßigten zählen, den Präsidenten eingerechnet, 37 Mann, die Rechte 25.

1. April. (Kopenhagen.) Nachdem der Reichstag ohne Einigung beider Häuser über den Inhalt des Finanzgesetzes geschlossen worden, erläßt der König ein provisorisches Finanzgesetz, welches die Regierung ermächtigt, die bestehenden Steuern und Auflagen fortzuerheben und die notwendigen Ausgaben innerhalb der Beträge der Finanzgesetzvorlage zu bestreiten.

6. Oktober. (Kopenhagen.) Das im Folkething vorgelegte Finanzgesetz für die Finanzperiode 1892/93 schätzt die Einnahmen der Periode auf 53,965,558 Kronen, die Ausgaben auf 58,578,340 Kronen. Es wird also ein Defizit von 4,612,782 Kronen in Aussicht genommen.

6. Oktober. Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland mit Familie, sowie der König und die Königin von Griechenland mit ihrer Familie begeben sich über Kopenhagen nach Fredensborg.

29. Oktober. (Kopenhagen.) Koalition der Partei der moderaten Linken mit der Rechten. Högsbro wird zum Präsidenten des Folkething gewählt. Antrag auf Justizreform.

28. November. C. Berg, Führer der „Europäischen Linken" im Folkething †.

XIV.

Schweden und Norwegen.

15. Januar. (Stockholm.) Eröffnung des Reichstages. In der vom König verlesenen Thronrede heißt es:

„Die Weltereignisse werden ohne Zweifel ferner wie bisher Anlaß genug zu ernstem Nachdenken geben. Die Lehre, welche aus denselben gezogen werden kann, ist unverändert dieselbe, nämlich „Einigkeit macht stark". Mögen meine geliebten beiden Völker, deren Schicksale gemeinsame sind, stets bedenken, was diese Wahrheit von ihnen beiden fordert, und mögen in dem Volke, zu dessen erwählten Vertrauensmännern ich heute spreche, niemals politische Meinungsverschiedenheiten den Blick für das Wohl der Gesamtheit trüben!" Ueber den Reichshaushalt sagt die Thronrede, derselbe sei unter so günstigen Verhältnissen festgestellt, daß keine neue Staatsanleihe beantragt zu werden brauche, obgleich der Ausbau des Staatseisenbahnnetzes kräftig gefördert und anderen wichtigen Staatsbedürfnissen abgeholfen werden solle. An das Finanzministerium könne ein Ueberschuß abgegeben werden. Ferner werden in der Thronrede mehrere wichtige Gesetzvorlagen angekündigt: eine Heeresreformvorlage, ein Schiffahrtsgesetz, welches bereits im vorigen Jahrzehnt

von einer skandinavischen (dänisch-schwedisch-norwegischen) Gesetzgebungskommission ausgearbeitet worden ist und nun, nach im vorigen Jahre erfolgter Schlußberatung, in allen drei skandinavischen Reichen neben dem schon bestehenden skandinavischen Wechselrecht, Münzgesetz u. s. w. zur Einführung gelangen wird; ein Unfallversicherungs- und ein Krankenkassengesetz für Arbeiter, sowie Gesetzentwürfe zur Förderung der Landwirtschaft und des Fischereierwerbes. Der Zollfrage wird in der Thronrede keine Erwähnung gethan.

22. Februar. (Norwegen: Christiania.) Das Storthing nimmt mit 59 gegen 55 Stimmen eine Tagesordnung an, welche die Selbständigkeit Norwegens in diplomatischen Angelegenheiten fordert. Das konservative Ministerium Stang reicht darauf seine Entlassung ein.

Nachdem Rektor Berner die Bildung eines Ministeriums abgelehnt hat, wird diese Steen, von der Linken, übertragen.

16. März. (Stockholm: Reichstag.) Die Anträge auf Herabsetzung bezw. Aufhebung der Lebensmittelzölle werden durch Abstimmung von beiden Kammern verworfen, und zwar die Anträge auf Herabsetzung der Getreidezölle mit einer Mehrheit von 26 bis 36 Stimmen, die übrigen Anträge mit 7 bis 33 Stimmen.

4. Mai. Das von der Regierung vorgeschlagene Wehrpflichtgesetz wird von der ersten Kammer mit 114 gegen 21 St. angenommen, dagegen von der zweiten Kammer mit 140 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Anfang Juli. (Stockholm.) Ministerpräsident Akerhjelm demissioniert, Gutsbesitzer Boström zu Oestannä zum Nachfolger ernannt.

Anfang November. (Norwegen.) Die Storthingswahlen fallen überwiegend zu Gunsten der radikalen d. h. der unionsfeindlichen Partei aus.

Von den 114 Mitgliedern sind 63 von der Linken gewählt; zwei andere sind gleichfalls ministeriell, so daß die Summe derer, auf welche das Ministerium rechnen kann, 65 beträgt. Nach den vorigen Wahlen (im Jahre 1888) erschien die Linke nur 38 Mann stark; sie hat also einen Zuwachs von 27 Plätzen. Diesen hat sie teils der Rechten, welche 16 Plätze verloren hat, teils den Gemäßigten abgewonnen, welche um 11 Mann verringert sind. Die Rechte, die nach den letzten Wahlen zahlreicher als seit langer Zeit, 51 Mann stark, erschienen war, so daß sie fast die Hälfte des Storthings betrug, ist jetzt auf eine Zahl eingeschränkt worden, die ungefähr der der Reichsgerichtszeit (1883—85) entspricht, und kann nur 35 Mann aufweisen. Die Gemäßigten zählen 14 und sind dazu unter sich sehr geteilt.

XV.

Rußland.

13. Januar. Das **russische Reichsbudget** für 1891 balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 962,300,000 Rubel.

Die Einnahmen sind im Ordinarium veranschlagt auf 897,100,000 Rubel, im Extraordinarium auf 13,700,000 Rubel; weiter figurieren unter den Einnahmen 3½ Millionen Rubel roulierende Einnahmen. Zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben von 33,900,000 Rubel für Eisenbahnbauten, 8,900,000 Rubel für Hafenbauten und 20,000,000 Rubel für Umbewaffnung der Armee werden neben den außerordentlichen Einnahmen noch 47,700,000 Rubel aus dem freien Barbestande der Reichsrenten entnommen. Als Ausgaben sind aufgeführt im Ordinarium 895,300,000 Rubel, im Extraordinarium 63,400,000 Rubel und 3½ Millionen Rubel roulierende Ausgaben. Die ordentlichen Einnahmen überschreiten die ordentlichen Ausgaben um 1,800,000 Rubel und sind um 8 Millionen höher als im Vorjahre, die ordentlichen Ausgaben um 7,800,000 Rubel höher als im Vorjahre. Unter den Mindereinnahmen befinden sich 10,800,000 Rubel an Zollgefällen infolge der Kurssteigerung aufgeführt, unter den Ausgaben beim Kriegsministerium ein Mehrbedarf von 4,600,000 Rubel, worunter 2 Millionen für Kasernenbauten, und beim Marineministerium ein Mehrbedarf von 4½ Millionen veranschlagt. Das Exposee zum Budget betont, daß die darin erläuterten in das Finanzressort einschlagenden Maßnahmen nur einen Teil derjenigen großen konsolidierenden Thätigkeit darstellen, welche alle Ressorts energisch und einmütig entwickeln, um die allerhöchsten Weisungen auszuführen. Das an den Kaiser gerichtete Exposee fährt fort: „Ganz Rußland hegt die feste Zuversicht, daß die offenherzige und friedliebende Politik Ew. Majestät, welche unentwegt die Ehre und Würde des Reiches und den Segen des Friedens selbst in den schwersten Zeiten erhalten hat, welche die Finanzen des Landes befestigte und seinen Kredit bis zum gegenwärtigen Niveau gehoben hat, auch künftig wie bisher unter dem sichtbaren Schutze und Segen Gottes von vollem Erfolge begleitet sein werde".

Anfang Februar. Die Regierung verfügt, daß in den **Ostseeprovinzen** nunmehr auch die kommunalen Körperschaften sich des Russischen als Verhandlungssprache zu bedienen haben. Der Gebrauch der deutschen Sprache in den Debatten dieser Körperschaften ist nur noch zeitweilig gestattet.

Mitte Februar. (Petersburg.) Der Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich trifft am 6. Februar zum Besuch am russischen Hofe ein, reist am 10. Februar nach Moskau, wo er bis zum 17. Februar verbleibt.

9. März. Der Generalgouverneur in Moskau Fürst Dolgorukow scheidet aus seinem Amt aus. Großfürst Sergius wird sein Nachfolger.

18. März. (Petersburg.) Der Regierungsanzeiger veröffentlicht ein kaiserliches Reskript, durch welches der Generalgouverneur von Finnland beauftragt wird, den treuen finnischen Unterthanen des Kaisers mitzuteilen, daß der Kaiser geneigt sei, dem finnischen Volke wie früher sein Wohlwollen und Vertrauen zu schenken, ihm seine Fürsorge zu widmen und die von den russischen Monarchen verliehenen Rechte und Privilegien stets zu wahren. Es liege nicht in der Absicht des Kaisers, die Grundlagen der im Lande bestehenden inneren Verwaltungsordnung abzuändern. Das Schriftstück, welches die Antwort des Kaisers auf die Ergebenheitsadresse der finnischen Landstände ist, spricht den Dank des Kaisers für die Adresse aus und schließt mit den Worten, der Kaiser sei berechtigt, von der Ergebenheit der Bevölkerung Finnlands zu erwarten, daß sie einmütig an der Verwirklichung seiner Weisungen, welche auf die Festigung des staatlichen Verbandes des Großfürstentums mit dem Reiche abzielten, mitwirken werde.

3. April. Zum „Gehilfen des Ministers des Auswärtigen", Herrn v. Giers, wird der bisherige Gesandte in Schweden, Schischkin, ernannt. Direktor des asiatischen Departements wird Graf Kapnist.

12. April. Abreise einer russischen Expedition nach Abessinien, unter Führung des Lieutenants Maschkoff.

13 April. Tod der Großfürstin Olga Feodorowna auf dem Bahnhof in Charkow.

(Kiew.) Der Bischof von Kiew überreicht der Oberkirchenbehörde (dem Synod) eine Denkschrift, wonach die weltlichen Behörden folgende Maßnahmen gegen die Stundisten ergreifen sollen.

1) Die Dorfverwaltungen und Kleinbürgerämter sollten den Stundisten Pässe nicht anders als mit dem Vermerk „Stundist" ausgeben, damit sie nicht auf Fabriken als Arbeiter angestellt würden, wo sie Gelegenheit finden, ihre Lehre zu propagandieren. 2) Man müßte sich mit dem Ministerium der Verkehrsanstalten in Verbindung setzen, damit auf Bahnhöfen und in den Werkstätten der Eisenbahnen keine Stundisten in Dienst genommen

würden. 3) Die Kinder der Stundisten müßten unter Vormundschaft gestellt werden, damit sie in der griechisch-orthodoxen Kirche auferzogen würden. 4) und 5) Es müsse die Errichtung von Bethäusern und die Abhaltung von Versammlungen der Stundisten verboten werden. 6) Das gerichtliche Verfahren gegen die Stundisten müsse möglichst vereinfacht werden. 7) Die Urteile des Gerichts müssen stets ohne Verzug in Ausführung gebracht werden.

Mitte April. Maßregeln gegen die Juden, in Moskau und Petersburg.

25. April. (Petersburg.) Die Großfürstin Sergius, Prinzessin Elisabeth von Hessen-Darmstadt, tritt in feierlicher Weise zur orthodoxen Kirche über.

Eine Sonderausgabe des russischen Regierungsboten veröffentlicht folgende Kundmachung des Kaisers Alexanders:

„Allen getreuen Unterthanen zur Keuntnis, daß unsere geliebte Schwägerin, Großfürstin Jelisaweta Feodorowna, nachdem sie mit Zustimmung ihres Gemahls die Wahrheit des orthodoxen Glaubens erkannt und erfahren, aus Antrieb ihrer Seele den Wunsch ausgesprochen hat, sich mit uns im Glauben und in der Ausübung kirchlicher Gebete und im Empfange des heiligen Abendmahls zu vereinigen. Heute nahm sie zu unserer großen Freude unsern orthodoxen Glauben an und wurde mit dem heiligen Oel gesalbt. Wir befehlen allen unsern getreuen Unterthanen, Ihre Kaiserliche Hoheit als rechtgläubige Großfürstin zu benennen."

25. April. (Petersburg.) Der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch †.

27. April. Der Fürst von Montenegro begibt sich von Cannes nach Petersburg zu den Beisetzungsfeierlichkeiten.

Anfang Mai. Das Konsortium Rothschild-Diskontogesellschaft-Bleichröder tritt von einem schon geschlossenen Vertrage für die Ausgabe einer 3%igen russischen Anleihe zurück.

8. Mai. Die Nowoje Wremja führt in einem längeren Artikel den Bruch auf das Eintreten des Herrn v. Rothschild für die russischen Juden zurück. Sie sagt darüber:

„Als alle Bedingungen des gedachten Konversionsanleihens schon verabredet und der Vertrag von beiden Seiten schon unterzeichnet war, fand das Haupt des Pariser Hauses Rothschild, Baron Alphonse Rothschild, diesen Augenblick besonders geeignet, der russischen Regierung Vorstellungen zum besten der russischen Juden zu machen, ähnlich denen, welche im November des verflossenen Jahres das Haupt des englischen Hauses Rothschild gemacht.

Auf diese Vorstellung antwortete Herr Wyschnegradski dem Pariser Rothschild in demselben Sinne, wie er im November v. J. dem Londoner Rothschild geantwortet, nämlich mit entschiedenem und energischem Hinweis auf das Unangemessene ähnlicher Vorstellungen. Darauf erklärte Baron Alphonse Rothschild, daß er sich von der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Vertrage über die Emission der 3% Konversionsanleihe lossage, und begann gleichzeitig die Baisse-Campagne gegen die russischen Werte."

11. Mai. Attentat auf den Großfürsten-Thronfolger,

der sich auf einer Reise im Innern Japans befindet in Otsu, in der Nähe von Kioto durch einen fanatischen Japaner, Namens Tsinda Mitzuso. Der Großfürst wird leicht verwundet.

30. Mai. (Moskau.) Der Kaiser besucht mit seiner Familie die französische Ausstellung.

31. Mai. (Moskau.) Der Großfürst-Thronfolger wohnt in Wladimirstock der Eröffnung des ersten Teiles der Ussiri-Strecke der sibirischen Eisenbahn bei.

2. Juni. Annahme des Repetier-Gewehres M/91 mit einem Kaliber von drei Linien, was mit 7,62 mm identisch ist.

24. Juni. (Petersburg.) Der Großfürst Michail Michailowitsch wird unter Kuratel gestellt und die Verwaltung seines Eigentums den Großfürsten Michail Nicolajewitsch und Georg Michailowitsch übertragen.

2. Juli. (Petersburg.) Ein neuer Zolltarif wird veröffentlicht, derselbe tritt am 13. Juli n. St. in Kraft.

23. Juli. (Kronstadt.) Ein französisches Geschwader unter Kommando des Admiral Gervais kommt in Kronstadt an und wird von der Bevölkerung und den Mannschaften der russischen Schiffe enthusiastisch empfangen.

25. Juli. Der Kaiser und die Kaiserin besuchen das französische Admiralschiff „Marengo“.

26. Juli. Großfürst Alexis gibt dem französischen Admiral Gervais, seinem Stabe und den Kommandanten der französischen Schiffe ein Diner.

27. Juli. König Alexander von Serbien kommt in Bender an, woselbst ihm seitens der Munizipalität ein offizieller Empfang bereitet und ebenso eine Bewillkommnungs-Adresse überreicht wird.

28. Juli. Zu Ehren des französischen Geschwaders findet in Peterhof unter Teilnahme des Kaisers und der Kaiserin ein Diner statt. Der Kaiser bringt einen Toast auf die Gesundheit des Präsidenten Carnot und auf die französische Flotte, insbesondere auf das unter dem Kommando des Admirals Gervais stehende Geschwader aus. Von der Musik wird die Marseillaise gespielt, die der Kaiser stehend anhört.

Von Paris aus wird das Telegramm, welches der Kaiser von Rußland aus Anlaß des Besuches der französischen Flotte in Kronstadt an den Präsidenten Carnot richtete, bekannt gemacht. Es hat folgenden Wortlaut:

„Die Anwesenheit des glänzenden französischen Geschwaders, welches in diesem Augenblicke vor Kronstadt ankert, ist ein neues Zeichen für die tiefen Sympathien, welche Frankreich und Rußland vereinen. Ich schätze mich glücklich, Ihnen meine lebhafte Genugthuung darüber auszudrücken und Ihnen für die aufrichtige Freude zu danken, die Ich beim Empfang der tapferen französischen Seeleute empfinde."

Präsident Carnot antwortete:

„Ich bin tief gerührt durch die Empfindungen, welche Ew. Majestät aus Anlaß der Anwesenheit unseres Geschwaders mir auszudrücken geruht haben. Unsere tapferen Seeleute werden den herzlichen Empfang nicht vergessen, dessen Gegenstand sie gewesen sind. Ich danke Ew. Majestät für diesen Empfang und fühle mich glücklich, in demselben ein beredtes Zeugnis für die tiefen Sympathien erblicken zu dürfen, welche Rußland und Frankreich vereinen."

Bald entstehen jedoch Zweifel, ob der Wortlaut des Telegramms des Zaren gewesen sei „la France et la Russie" oder „à la Russie", welches letztere eine Gegenseitigkeit der Sympathien nicht einschließen würde.

2. August. (Petersburg.) Ankunft des Königs Alexander von Serbien mit dem Regenten Ristitsch.

4. August. Der Kaiser verleiht dem französischen Botschafter in St. Petersburg Laboulaye, den Alexander Newsky-Orden.

5. August. (Moskau.) Admiral Gervais und seine Offiziere werden feierlich empfangen. Gervais hebt in seiner Antwort auf die Willkommensansprache des Bürgermeisters hervor, er betrachte die Ehrenbezeugungen nicht als an seine Person, sondern an Frankreich gerichtet. Diese Worte werden von den Anwesenden mit dem Rufe: „Es lebe Frankreich! Es lebe Rußland!" erwidert. Die Stadt ist illuminiert.

Bei dem Diner zu Ehren der französischen Offiziere schließt Admiral Gervais seinen Toast: „Auf Sie und uns ist jetzt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt gerichtet. Ich trinke auf das heilige Moskau, das erhabene russische Volk und seinen Zaren." General Tschernajew erwiderte: „Die Geschichte näherte uns einander; wir sind Freunde. Ich trinke auf Frankreich, seine Armee und seine Flotte." Gervais antwortete nochmals: „Durch das Unglück belehrt, sammle Frankreich seine Kräfte, jedoch stark durch Einigkeit und die Freundschaft eines großen Monarchen blicke es zuversichtlich in die Zukunft." General Tschernajew spricht noch Folgendes aus: „Ruft man bei Ihnen: Bürger, zu den Waffen!, so geschieht es auch bei uns. Wir werden unsere Bataillone von der Weichsel bis zur Kamschatka formieren. Ich trinke auf das ritterliche Volk! Es lebe Paris, die Hauptstadt der zivilisierten Welt!"

8. August. Abfahrt der französischen Flotte von Kronstadt.

11. August. Der französische Botschafter de Laboulaye überreicht dem Kaiser sein Abberufungsschreiben.

An seine Stelle tritt Graf Montebello.

Dem neuernannten Botschafter am russischen Hofe, Graf Montebello, erteilt die Nowoje Wremja ein Vertrauensvotum:

„Graf Montebello; wird seine St. Petersburger Laufbahn unter unvergleichlich viel günstigeren Verhältnissen beginnen als sein Vorgänger, dem das Schicksal zu Teil wurde, seinen wichtigen Posten nach einer durch die Abberufung des Generals Appert hervorgerufenen Trübung in den diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich anzutreten. Graf Montebello dagegen trifft hier ein zur Zeit der Kulmination der durch den Kronstädter Flottenbesuch geschaffenen Lage, und wir zweifeln nicht, daß dieser ebenso begabte als energische Diplomat seine ihm durch die französische Regierung übertragene Mission entsprechend der durch die politischen Ereignisse der letzten Zeit geschaffenen allgemeinen Weltlage erfüllen wird."

11. August. Die Gesetzsammlung bringt einen kaiserlichen Ukas, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Roggen, Roggenmehl jeder Art und Kleie ins Ausland.

Das Verbot gilt für die Häfen des Baltischen, Schwarzen und Asow'schen Meeres und für die Westgrenze des Landes und tritt mit dem 27. August neuen Stils in Kraft. Außer der bereits erfolgten Herabsetzung der Eisenbahnfracht für Getreide, welches für die notleidenden Gegenden bestimmt ist, wird dem Minister des Innern anheimgestellt, weitere Maßregeln zur Erleichterung der Beschaffung von Getreide aus den Gegenden, wo Ueberfluß davon vorhanden ist, im Verwaltungswege zu ergreifen. Den Landschaftsorganen wird gestattet, das für die Bestellung der Felder und für die Verpflegung der Einwohner erforderliche Getreide auf kommerzieller Grundlage anzukaufen.

12. August. (Petersburg.) Die Nachricht von der definitiven Uebersiedelung des russischen Exministers Grafen Ignatieff nach Prag wird bestätigt.

16. August. Der Großfürst-Thronfolger trifft von seiner asiatischen Reise in Moskau ein.

22. August. Die russische Kaiserfamilie begibt sich mit der Königin von Griechenland und deren Kindern nach Dänemark.

10. September. (London.) Die „Times" veröffentlicht die Statuten der vom Baron Hirsch gegründeten Kolonisierungsgesellschaft der russischen Juden. Das Kapital beträgt 2 Millionen Pfund in 20,000 Aktien. Sieben der acht Unterzeichner der Statuten, darunter Lord Rothschild, nehmen jeder eine Aktie, Hirsch nimmt 19,990 Aktien. Die Zwecke der Gesellschaft, deren Hauptsitz in England ist, sind, die Auswanderung der Juden aus allen

Teilen Europas oder Asiens, hauptsächlich aus solchen Ländern, wo sie zeitweilig besonderen Steuern oder politischen oder anderen Unbilden unterworfen sind, nach anderen Weltteilen zu unterstützen und zu fördern, ferner in verschiedenen Teilen Nord- und Südamerikas und anderen Ländern Kolonien für landwirtschaftliche, kommerzielle und andere Zwecke zu bilden.

Mitte September. Besuch des Kronprinzen von Italien in Kopenhagen, wo er auch mit dem Zaren zusammentrifft.

25. September. Russische 3%ige Anleihe. 500 Millionen Franks.

Sie soll aufgelegt werden von einem Konsortium von Bankhäusern in allen Ländern, in Paris Credit Foncier, in Berlin Warschauer und Mendelssohn. Diese beiden treten jedoch unter dem Druck einer starken Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland wieder zurück.

Die Nowoje Wremja macht darauf aufmerksam, die Anleihe mit ihrem Emissionskurse von 79¾% stelle sich sehr viel ungünstiger für Rußland, als die mit dem Pariser Bankhause Rothschild vor einem halben Jahre vereinbarte, dann aber wieder rückgängig gemachte Anleihe; diese letztere sollte 81¾% netto ertragen, während die neue Anleihe, für welche, wie gerüchtweise verlaute, eine außerordentlich hohe Bankier-Provision, nämlich 3,3%, vereinbart worden, nach Abzug derselben nur 76,45% netto ertragen würde. Auch die Bedingungen der Tilgung seien ungünstige. Legt man den obigen Emissionskurs der Anleihe mit 76,45% zu Grunde, so wird die Anleihe netto 95,562,500 Rubel Gold ertragen, für die jährlich an Zinsen 3,750,000 Rubel Gold gezahlt werden; die jährliche Tilgungsquote beträgt 369,250 Rubel Gold, so daß die Anleihe dem Staate jährlich bis zu ihrer Tilgung 4,119,250 Rubel Gold kosten wird, d. h. 4,31% des Gesamtertrages.

Anfang Oktober. Das Departement für die geistlichen Angelegenheiten der ausländischen Konfessionen (Ministerium des Innern) ordnet an, daß vom 1. Januar 1892 an sämtliche evangelisch-lutherischen Kirchenbücher in russischer Sprache geführt werden müssen.

Mitte Oktober. Die russische Anleihe wird 7½mal gezeichnet, fast ausschließlich in Frankreich. Nach einiger Zeit ergibt sich jedoch, daß die Zeichner die Stücke nicht abzunehmen gedenken; der Kours schwankt um 10% auf und ab.

2. November. (Petersburg.) Ein Ukas dehnt das Ausfuhrverbot auf alles andere Getreide (ausgenommen Weizen) und auf Kartoffeln, sowie auf Produkte aus Getreide, dessen Ausfuhr verboten ist, und aus Kartoffeln, wie Mehl, Malz, Grütze, Teig, gebackenes Brot aus.

21. November. Weizen-Ausfuhrverbot.

21. Dezember. (Riga.) Die Rigasche „Polizei-Zeitung" veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers der Volksauf-

klärung, durch das allen Kuratoren der Lehrbezirke vorgeschrieben wird, dahin Anordnung zu treffen, daß die Lehrer und Schüler sämtlicher Lehranstalten orthodoxer und anderer christlichen Konfessionen an allen hohen Feiertagen obligatorisch dem von der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit abzuhaltenden Gottesdienst beizuwohnen haben. Zuwiderhandelnde sollen unverzüglich aus den Lehranstalten ausgestoßen werden.

XVI.

Die Türkei und ihre Vasallenstaaten.

1. Türkei.

April. (Konstantinopel.) Das russische Transportschiff „Nischni-Nowgorod“, welches die Bestimmung hat, Truppen nach Ostasien zu bringen, wird an der Durchfahrt des Bosporus verhindert. Bald darauf geschieht das nämliche dem Schiffe „Kostroma“, welches der russischen sogen. freiwilligen Kreuzerflotte angehört und, aus Odessa kommend, von dem Kommandanten des Hafens von Kawak zurückgewiesen wird auf Grund der Vermutung, daß sich Soldaten und Kriegsmaterial auf dem Schiffe befinden. Der Kommandant von Kawak droht zu feuern, falls das unter Handelsflagge fahrende Schiff seine Fahrt fortsetzen würde, und hält das Schiff bis zum darauffolgenden Tage zurück. Herr von Nelidow, der russische Botschafter, erhebt in beiden Fällen Beschwerde.

23. Mai. Konflikt zwischen Lateinern und Griechen in der Geburtskirche zu Bethlehem.

31. Mai. Plünderung eines Orientzuges durch Briganten unter dem Hauptmann Athanas. Gefangennahme mehrerer Passagiere, darunter 4 Deutsche, die alle am 9. Juni gegen Lösegeld wieder freigegeben werden.

Mai/Juni. Aufrührerische Bewegungen in Yemen.

4. Aug. (Konstantinopel.) Das russische Schiff „Moskwa“, das zwar die Handelsflagge führt, aber russische Soldaten an Bord hat, wird bei der Durchfahrt durch die Dardanellen von dem türkischen Festungskommandanten angehalten. Auf eine Beschwerdenote des Herrn v. Nelidow an die Pforte wird dem Schiffe die Fahrt freigegeben.

22. August. Das zur russischen Freiwilligenflotte gehörende Schiff „Kostroma“ wird auf der Rückfahrt nach Rußland einige Stunden in den Dardanellen festgehalten.

3. September. (Konstantinopel.) Der Großvezier Kiamil=Pascha wird seines Amtes enthoben. An seiner Stelle wird der bisherige Gouverneur von Kreta Djevad=Pascha zum Großvezier ernannt.

Der Militär=Kommandant des Yildis=Kiosk, Riza=Pascha, wird zum Kriegsminister ernannt.

Mitte September. Auf der türkischen Insel Sigri bei Mytilene landen englische Soldaten. Es wird nachher festgestellt, daß es sich nur um Manöver=Uebungen gehandelt habe.

19. September. Eine türkische Zirkularnote teilt den Großmächten das Abkommen mit Rußland in der Dardanellenfrage mit. Sie lautet:

„Es ist Ihnen bekannt, daß die Paketboote der Freiwilligen Flotte einen Dienst zwischen Odessa und den russischen Besitzungen im äußersten Osten besorgen. Die Schiffe, welche die Handelsflagge tragen, genießen freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen; da sie aber mitunter zum Transporte von Soldaten und Sträflingen verwendet wurden, geschah es, daß sie irrigerweise am Eingange der Dardanellen aufgehalten wurden. Um der Wiederholung ähnlicher Mißverständnisse vorzubeugen, mußte die Pforte die Kommandanten des Bosporus und der Dardanellen mit genauen Instruktionen versehen. Es sind dies die Instruktionen, von welchen der russischen Botschaft Mitteilung gemacht wurde, und welche Aeußerungen der ausländischen Presse über eine angebliche Verletzung der Verträge hervorgerufen haben. Nach dem Wortlaute der erteilten Befehle werden die Schiffe der Freiwilligen Flotte, welche die Handelsflagge tragen, in gleicher Weise wie andere Handelsfahrzeuge die Dardanellen frei passieren. Wenn sie Deportierte oder Soldaten an Bord haben werden, wird ihre Durchfahrt nach einer von der russischen Botschaft erstatteten Anzeige durch kaiserliche Irade gestattet werden. Was dagegen die Paketboote betrifft, die aus dem äußersten Osten mit dienstentlassenen Soldaten kommen, wird die Behörde der Dardanellen sie passieren lassen und die hohe Pforte davon in Kenntnis setzen. Sie sehen, daß hier nichts Neues vorliegt, und daß es das alte System ist, welches man fortfahren wird anzuwenden. Wir haben nichts anderes gethan, als daß wir dasselbe unsern Behörden förmlicher erklärten und dies, ich wiederhole es, zu dem Zwecke, um für die Zukunft jedes Mißverständnis zu verhindern. Ich habe es für geboten erachtet, Sie über den wahren Stand der Dinge zu unterrichten, damit Sie in Ihrer Umgebung keinerlei Zweifel in dieser Hinsicht bestehen lassen. Genehmigen Sie u. s. w. Said.“

Ende Sept. Ein Irade des Sultans gegen das Räuberwesen hat nach einer der „N. Fr. Pr.“ aus Salonichi zugehenden Mitteilung nachstehenden Wortlaut:

§ 1. Die im Besitze der Privatpersonen befindlichen Militärgewehre sind mit Beschlag zu belegen. § 2. Zu Polizeiagenten in den Provinzen

sind nur solche Leute zu wählen, welche sich eines guten Rufes erfreuen. Diese Agenten und Gendarmen erhalten ihre Aufträge von den Provinzbehörden. § 3. Auf Verlangen der Zivilbehörden sind die Militärbehörden verpflichtet, unmittelbaren militärischen Beistand zu leisten. § 4. Ausländer, welche Briganten gewesen, und Vagabunden werden ausgewiesen, inländische aber verhalten, eine Kaution zu leisten. § 5. Es werden Geldprämien für die Festnahme eines Räubers ausgesetzt, gleichviel, ob der letztere lebendig oder tot eingebracht wird. Die Höhe der Prämie hängt von der Bedeutung des Räubers ab. § 6. Die Dorfbewohner sind verpflichtet, die Behörde vom Erscheinen von Briganten in ihrem Dorfe sofort in Kenntnis zu setzen und auch die geplanten Raubanschläge mitzuteilen, im entgegengesetzten Falle werden diese Gemeinden mit Geldstrafen belegt, deren Höhe die Lokalbehörden zu bestimmen haben. § 7. Der kaiserlich ottomanische Staatsrat in Konstantinopel ernennt einen permanenten Ausschuß, welcher die genaue Ausführung der obenerwähnten Verfügungen zu überwachen und im Falle eines Raubanfalles festzustellen haben wird, inwieweit sich die Provinz-Untergouverneure, die Kaimakams u. s. w. durch Saumseligkeit oder Mangel an gutem Willen an demselben mitschuldig gemacht haben.

Mitte Oktober. England, Oesterreich, Italien erklären der Türkei, daß sie die Zirkularnote vom 16. September zur Kenntnis genommen haben; zugleich aber ihre Ueberzeugung, daß der Dardanellenvertrag einseitig auch von der Pforte nicht modifiziert werden könne.

31. Oktober. (Konstantinopel.) Ein Rundschreiben der Pforte an die Botschafter betreffs der Judeneinwanderung hat folgenden Wortlaut:

„Um den aus der Anhäufung von israelitischen Einwanderern für die öffentliche Gesundheit sich ergebenden Gefahren vorzubeugen, mußte die Pforte als prophylaktische Maßregel den jüdischen Einwanderern das Betreten des türkischen Gebiets untersagen. Der Minister des Aeußern ersucht infolge dessen den Botschafter, die Schiffsgesellschaften aufzufordern, den Einwanderern die Beförderung nach dem türkischen Reiche zu verweigern, da die Seebehörden beauftragt sind, die Einwanderer nicht landen zu lassen."

8. November. Zum ökumenischen Patriarchen wird Neophytos, Metropolit in Nikopolis, gewählt.

2. Bulgarien.

Januar. Die russische Regierung verlangt die Ausweisung angeblicher russischer Nihilisten. Die bulgarische Regierung erklärt sich dazu bereit.

27. März. (Sofia.) Attentat auf den Ministerpräsidenten Stambulow und den Finanzminister Beltschew. Beltschew bleibt auf der Stelle tot. Der Attentäter entflieht. Fürst Ferdinand und Prinzessin Klementine, sowie der Minister des Auswärtigen erhalten Briefe mit Todesandrohungen. Alle Parteigänger Stambulows

sollten umgebracht werden. Die Nachforschungen der Behörden ergeben Andreas Sochorukow, Kawaß des russischen Generalkonsulats, als Verfasser. Auf unzweifelhafte Nachweise des Ministeriums des Auswärtigen verfügt der deutsche Generalkonsul Baron Wangenheim die Verhaftung Sochorukows, der darauf ausgewiesen wird.

9. Dezember. (Sofia.) Die Regierung weist den Korrespondenten der „Agence Havas", Chabourne, der durch fortgesetzte Verbreitung falscher und verleumderischer Nachrichten über den Prinzen und über Bulgarien nach dem Auslande ihre Geduld erschöpft hat, aus dem Lande aus. Der französische Minister Ribot protestiert und verlangt Rücknahme des Befehls ohne Erfolg. Darauf erklärt die französische Regierung die diplomatischen Beziehungen für abgebrochen.

15. Dezember. (Sofia: Sobranje.) Der Präsident Slavkow hält folgende Ansprache an die Versammlung:

„Meine Herren! Es ist eine unsrer ersten Pflichten, Dankbarkeit zu bethätigen gegen jene, die sich um des Volkes Wohlfahrt und um die Größe des Vaterlandes verdient gemacht haben. Anspruch auf diese unsere Dankbarkeit hat allen voran der erste bulgarische Bürger und General, der erste Fürst von Bulgarien, Graf Hartenau. Seine Verdienste kennen Sie. Ich will nur des größten derselben gedenken, seiner Haltung, als es sich um die Union mit Ostrumelien handelte. Damals stellte sich der Fürst an die Spitze der Bewohner und erklärte, eher in den Tod zu gehen als von der Union zu lassen. In Anerkennung dieses großen Verdienstes um Volk und Vaterland beantrage ich: Die Nationalversammlung möge dem ersten Bürger und General, unserm gewesenen Fürsten, dem Grafen Hartenau, eine Jahrespension von 50,000 Franks votieren."

Diese Worte werden von der Versammlung mit stürmischer Akklamation aufgenommen.

„Ich danke Ihnen, meine Herren", fährt Hr. Slavkow fort, „für diesen Beweis Ihrer Zustimmung zu meinem Antrage. Ich könnte, da derselbe der Abstimmung kaum mehr bedarf und über einen solchen Antrag auch nicht abgestimmt werden sollte, davon Abstand nehmen, aber um hiebei auch die Form zu wahren, ersuche ich die Herren, die für den Antrag stimmen, sich zu erheben."

Die ganze Versammlung erhebt sich hierauf unter erneuter, anhaltender, stürmischer Akklamation.

XVII.

Rumänien.

März. (Bukarest.) Das Ministerium Manu nimmt seine Entlassung. Das neue Kabinett hat folgende Zusammensetzung: Floresco Präsidium ohne Portefeuille, Catargi Inneres, Vernesco Finanzen und interimistisch Justiz, Esarco Aeußeres, Isvorano Handel, Theodoresco Unterricht, Oberst Jaques Lahovary Krieg, Olanesco öffentliche Arbeiten.

5. März. (Bukarest.) Eine in der Kammer verlesene Erklärung des Ministeriums besagt, das Kabinett werde die äußere Politik in der bisher beobachteten Richtung fortsetzen. Daran knüpft sich eine lebhafte Debatte, nach welcher mit 77 gegen 69 Stimmen dem neuen Kabinette ein Tadelsvotum erteilt wird. 7 Deputierte hatten sich der Abstimmung enthalten. Die Kammer wird aufgelöst.

5. Mai. Nach dem Endergebnisse der Kammerwahlen gestaltet sich das Stimmverhältnis der Parteien folgendermaßen: die Liberalkonservativen (Regierungspartei) verfügen über 117 Stimmen, die unabhängigen Konservativen erlangten 6, die Vereinigten Liberalen 8, die Junimisten 7, die Nationalliberalen 32 Stimmen; auf die Sozialisten entfiel eine Stimme.

15. Mai. Der frühere Ministerpräsident Bratiano †.

22. Mai. (Bukarest.) König Karol feiert sein 25jähriges Regierungsjubiläum.

Der Zar und dessen Vertretung am rumänischen Hofe nehmen von dem Regierungsjubiläum des Königs Karol keine Notiz.

Oktober. Reise des Königs nach Berlin.

27. November. Die Kammern werden vom König mit einer Thronrede eröffnet.

9. Dezember. (Bukarest.) Neues Ministerium: Catargi Präsidium und Inneres, Mano Domänen, Alexander Lahovary Aeußeres, A. Stirbey Finanzen, General J. Lahovary Krieg, Olanesco öffentliche Arbeiten, Stowidza ſkejano Justiz und Demeter Jonesco Kultus.

21. Dezember. (Bukarest.) Die Deputiertenkammer wird wieder eröffnet. Der Deputierte Pascal beantragt namens der Opposition ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. An der

Debatte hierüber beteiligen sich die oppositionellen Deputierten Pascal und Fleva, der Konservative Peucesco und der Minister des Auswärtigen Lahovary. Das Mißtrauensvotum wird mit 78 gegen 74 Stimmen angenommen. Zwölf Deputierte enthalten sich der Abstimmung. Der Ministerpräsident Catargi begibt sich alsbald zum König, um demselben vom Beschlusse der Kammer Mitteilung zu machen.

23. Dezember. Kammer und Senat werden aufgelöst.

30. Dezember. Fusion der Alt-Konservativen und Junimisten. Catargi nimmt Cary (Ackerbau), Ghermani und Marghiloman ins Ministerium auf.

XVIII.

Serbien.

Anfang März. Ueberaus kompromittierender Briefwechsel zwischen König Milan und Garaschanin. (Im Staatsarchiv Bd. 53.)

11. April. (Belgrad.) In der Skupschtina verliest der Präsident ein Schreiben König Milans, durch welches die Regentschaft benachrichtigt wird, König Milan wolle bis zur Volljährigkeit Königs Alexander Serbien verlassen, um das Land zu beruhigen. Der Präsident beantragt, König Milan den Dank der Skupschtina auszusprechen und eine Resolution anzunehmen, welche die Regierung auffordert, bei der Königin Natalie dahin zu wirken, daß sie dem Beispiele König Milans folge. Die Skupschtina nimmt in der Abendsitzung die Anträge des Präsidenten an.

Anfang Mai. König Alexander bittet die Königin Natalie persönlich, dem Beschlusse der Skupschtina zu entsprechen.

9. Mai. Der Ministerpräsident Pasitsch richtet im Namen der Regierung ein Schreiben an die Königin Natalie, in welchem der Beschluß der Skupschtina, die Königin aufzufordern, das Land zu verlassen, mitgeteilt wird. Gleichzeitig wird die Königin ersucht, ihre Absicht zur Kenntnis der Regierung zu bringen.

Die Königin antwortet auf den Skupschtinabeschluß:

„Ich betrachte die Resolution der Nationalversammlung nicht als einen Befehl zum Verlassen des Landes, sondern lediglich als einen Wunsch.

Ich finde indes keine Gründe, diesem Wunsche zu entsprechen. Nur den Gesetzen des Landes und der Verfassung bin ich Gehorsam schuldig; deshalb bin ich fest entschlossen, zu bleiben, um so mehr, als ich bei meiner strikten Enthaltung von der Politik den gegenwärtigen Machthabern nicht im Wege sein kann und meine Entfernung weder den Interessen des Landes noch jenen des Thrones für nützlich erachte. Sollte aber trotzdem mein Los sich so gestalten, daß man mich durch Gewalt zum Verlassen des Landes nötigt, so werde ich meinem einzigen Kinde und vielleicht später einmal auch der Geschichte wenigstens den Beweis geliefert haben, daß ich nicht aus freien Stücken von seiner Seite gewichen bin."

16. Mai. (Belgrad.) Die Königin Natalie erkärt dem Ministerpräsidenten Pasitsch und dem Minister des Innern, daß sie keinerlei auf ihre Abreise bezüglichen Vorschläge annehmen werde, und sie verbleibt auch auf die Versicherungen des Ministerpräsidenten Pasitsch, daß beide Minister sich durch ihr Wort für die Möglichkeit ihrer baldigen Rückkehr verbürgen, bei der Erklärung, Belgrad und Serbien nicht verlassen zu wollen, da ihr Recht zum Aufenthalt im Lande in der Verfassung begründet sei.

18. Mai. Der Polizeipräfekt wird mit der Ausweisung der Königin Natalie beauftragt. Die zur Wohnung der Königin führenden Straßen werden gesperrt und die Zufahrt zum Bahnhofe mit Gendarmerie besetzt. Die Königin reißt die Fenster auf und ruft laut schreiend die Menge zu Hilfe. Die Bevölkerung widersetzt sich der Ausweisung der Königin thätlich, liefert ein förmliches Straßengefecht den zur Ordnung aufgebotenen Truppen, wobei es auf beiden Seiten Verwundete gibt und führt die Königin im Triumph in ihr Palais zurück.

19. Mai. Ernennung des Obersten Praporcetovitsch zum Kriegsminister an Stelle von Milltitsch.

19. Mai. Die Ausweisung der Königin wird beim Morgengrauen unter Aufbietung der gesamten Garnison durchgeführt, und die Abreise erfolgt in vollständiger Ruhe und Ordnung. Mittelst Extrazuges wird die Königin nach Semlin über die Grenze gebracht.

Eine Anzahl Personen, auch höherer Kreise, werden in Anklage versetzt wegen Aufwiegelung und Auflauf.

Ende Juli. König Alexander reist nach Rußland (vgl. dieses) und von da nach Wien und Ischl, wo er Kaiser Franz Joseph und seinen Vater König Milan besucht.

XIX.

Griechenland.

3. Mai. (Athen.) Die griechische Kronprinzessin Sophie, Schwester des deutschen Kaisers, tritt zur orthodoxen Kirche über und wird in der orthodoxen Hofkapelle vom Metropoliten in Gegenwart der königlichen Familie, der heiligen Synode, des Premier- und des Kultusministers konfirmiert. In allen Kirchen Griechenlands wird ein Tedeum abgehalten.

XX.

Amerika.

14. Januar. (Washington.) Der Senat nimmt ein Gesetz betr. die freie Silberprägung mit 39 gegen 27 Stimmen an.

17. Januar. (Washington.) Der Geschichtsschreiber George Bancroft (ehedem Gesandter in Berlin) †.

30. Januar. Schatzsekretär Windom stirbt plötzlich auf einem Bankett des Handelsamts von New-York, nachdem er vorher eine eindrucksvolle Rede gegen die Freisilberprägungsbill gehalten hat. An seine Stelle tritt der ehemalige Gouverneur von Ohio, Foster.

Anfang Februar. Abschluß eines Handelsvertrags zwischen den Vereinigten Staaten und Brasilien.

Nach diesem Vertrage hat Brasilien das Recht, zollfrei seine Erzeugnisse an Zucker, Melasse, Kaffee, Häuten in die Vereinigten Staaten einzuführen, während die Vereinigten Staaten das Recht haben, ihr Getreide, Mehl, Schweinefleisch, ihre Fische, Kohlen, Werkzeuge, Maschinen u. s. w. nach Brasilien auszuführen. Allerdings hat sich die neue südamerikanische Republik, welche ihre Einkünfte größtenteils aus Zöllen bezieht, vorbehalten, andere Produkte und Fabrikate der Vereinigten Staaten mit einem Zolle zu belegen, welcher jedoch 25 Prozent niedriger ist, als für die Einfuhr aus anderen Ländern. Diese Zollreduktion bezieht sich namentlich auf Manufakturfabrikate von Baumwolle, Wolle, Eisen, Stahl, Leder, Holz, Möbeln, Wagen u. s. w. In kurzer Zeit sollen ähnliche Verträge mit Mexiko, zentral- und südamerikanischen Staaten folgen.

14. Februar. General Sherman †.

Mitte Februar. Eine Schiffahrtsbill verheißt allen in den Vereinigten Staaten erbauten amerikanischen Schiffen, je nach ihrem Tonnengehalte, bedeutende Geldsubsidien auf längere Dauer, so daß amerikanische Schiffskampanien sich bilden, Dampf- und Segelschiffe bauen und den ozeanischen Transport zwischen den Vereinigten Staaten und Zentral- und Südamerika wie auch Europa vermitteln werden.

23. Februar. (Washington.) Einwanderungs-Bill. Das Gesetz verbietet die Einwanderung von Personen, die zur Reise Unterstützung erhielten und von denen anzunehmen sei, daß sie die öffentliche Mildthätigkeit in Anspruch nehmen würden; ferner verbietet dasselbe die Einwanderung von Polygamisten.

3. März. Ein Fleischschaugesetz wird vom Präsidenten Harrison vollzogen.

14. März. (New-Orleans.) 11 Italiener werden gelyncht; der italienische Gesandte macht dem Präsidenten Harrison Vorstellungen wegen des Blutbades. Dieser wendet sich in einem Schreiben an Nicholls, Gouverneur von Lousiana, worin er betont:

er bedauere lebhaft, daß die Bürger von New-Orleans der Lauterkeit und Befähigung der Gerichte kein Vertrauen geschenkt und die Entscheidung über eine gesetzlich geregelte Frage dem durch Leidenschaft getrübten Volksurteil anheim gegeben hätten. Der Präsident hoffe, daß der Gouverneur ihn bei der Erfüllung der Pflichten der Regierung gegenüber den italienischen Unterthanen in der durch die herrschende Erregung hervorgerufenen Gefahr unterstützen und daß er die erforderlichen Anstalten treffen werde, damit weiteres Blutvergießen verhindert und alle Schuldigen dem Gericht übergeben würden.

Ueber die Veranlassung zu dem Vorfalle wird weiter bekannt, daß die Bevölkerung von New-Orleans berechtigt gewesen wäre, das in ihren Mauern getriebene Unwesen italienischer Banditengesellschaften, die sich fortwährend mit Meuchelmorden befehdeten, unerträglich zu finden und eine kräftige Abhilfe zu verlangen. Diese Abhilfe hätte der Polizeimeister Henessy schaffen wollen und wäre dafür am 15. Oktober v. J. meuchlerisch ermordet worden. Dafür wären 11 Italiener verhaftet und am 13. März von den Verhafteten 7 vor den Schwurgerichtshof gestellt worden. Die Geschworenen hätten 4 der Angeklagten freigesprochen und erklärt, über 3 sich nicht haben einigen zu können. Es seien jedoch nicht bloß diese drei, sondern auch die vier Freigesprochenen in Haft geblieben und außerdem vier Italiener, denen der Prozeß noch gar nicht gemacht gewesen wäre. Diese elf verhafteten Italiener sind ermordet worden.

31. März. Der italienische Gesandte Baron de Fava überreicht dem Staatsdepartement sein Abberufungsschreiben.

19. April. (Galveston.) Präsident Harrison hält folgende handelspolitische Rede.

„Wir sind", so betont der Präsident, „groß und reich genug, um unsern Sinn auf größere Unternehmungen zu richten, an welche unsre Staatsmänner der Vergangenheit noch nicht gedacht haben. Wenn Sie damit zufrieden sind, daß die Nationen Europas den ganzen Handel der südlich von uns gelegenen Republiken absorbieren, so bin ich es doch nicht. Dieser Handel ist von Rechtswegen unser, und zwar sowohl wegen der Nachbarschaft und der bequemen Verbindung, als auch wegen der Sympathie, welche die Hemisphäre, in der es keine Monarchie gibt, miteinander verbindet. Die Bestimmungen der im letzten Kongreß angenommenen und auf Förderung der Gegenseitigkeitsbeziehungen im Handel gerichteten Bill fanden nicht bloß meine amtliche Unterschrift, sondern auch schon vorher meine eifrigste Unter-

stützung. Bereits früher war ein Gegenseitigkeitsvertrag mit Brasilien abgeschlossen und proklamiert worden. Ohne Staatsgeheimnisse verraten zu wollen, glaube ich doch mitteilen zu dürfen, daß der Vertrag mit Brasilien nicht lange mehr der einzige bleiben wird, daß andere folgen und die Produkte der Vereinigten Staaten freien oder doch wenigstens begünstigten Zutritt in die Häfen vieler süd- und zentralamerikanischen Staaten finden werden. Um amerikanische Waren nach diesen Häfen zu bringen, gebrauchen wir amerikanische Dampfer. Der letzte Kongreß bewilligte 1½ Millionen Dollars und autorisierte den Generalpostmeister zu dem Abschluß von Verträgen mit Dampfergesellschaften für Beförderung der Post auf eine Periode von nicht mehr als 10 Jahren. Bisher war der ausländische der einzige Postdienst, welcher der Regierung einen Ueberschuß ergeben hat. Was die Beförderung der Post auf unsren eigenen Schiffen anbetraf, so waren wir bisher zu sparsam und genau, und zogen es vor, lieber Einnahmen aus dieser Quelle zu empfangen, als dieselben auf Hebung unsrer eignen Schiffahrt zu verwenden. Jetzt wollen wir jedoch unsre bisherige Politik ändern und mit amerikanischen Dampfern für Beförderung der amerikanischen Post liberalere Kontrakte abschließen. Der Einwand dürfte sich hiergegen erheben, daß wir von dieser Politik Abstand nehmen sollten, da die Regierung mit derselben eine Subventionspolitik beginnen würde. Hat indes nicht jede andere große Nation in der Welt das Gleiche gethan und thut sie es nicht noch heute? Ich wünsche sehr, daß die Zeit kommen möge, wo amerikanische in ausländischen Häfen im zeitweiligen Exil lebende Bürger ab und zu stolze, moderne Kriegsschiffe unter der Flagge der Sterne und Streifen erblicken können, Schiffe, welche die besten Geschütze und eine brave amerikanische Bemannung an Deck haben. Ich wünsche ferner, daß man in allen jenen Häfen, in welchen die amerikanische Flagge so lange nicht gesehen worden, derselben wieder regelmäßig auf unsern Dampfern und Segelschiffen begegnen möge. Und weiter sollten wir unsre Anstrengungen auf die baldige Fertigstellung des Nicaragua-Kanals richten, damit der Weg um das Kap Horn nicht der einzige zum Stillen Ozean bleibe."

2. Mai. (San Francisco.) Präsident Harrison weist in einer hier gehaltenen Rede auf den hervorragend friedlichen Charakter der Bevölkerung der Vereinigten Staaten hin, betont gleichzeitig aber die Notwendigkeit der Beschaffung einer ausreichenden Anzahl von Kriegsschiffen zur Aufrechterhaltung des Friedens auf der ganzen westlichen Erdhälfte.

6. Juni. (Ottowa.) Premierminister von Kanada Sir John Macdonald †.

15. Juni. (Washington.) Eine Proklamation des Präsidenten Harrison teilt den Abschluß des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien mit, durch welchen die beiden Regierungen sich verpflichten, den Robbenfang im Behringsmeer bis zum Mai 1892 zu untersagen und Maßregeln zu ergreifen, welche die Beobachtung dieses Verbotes sichern. Ein Schiedsgericht soll den Streit endgiltig entscheiden.

Mitte Juni. Bildung einer dritten politischen Partei

unter dem Namen „Volkspartei", die gegen die bestehenden Hauptparteien, die demokratische und die republikanische, Opposition macht.

3. November. (New-York.) Bei den Staatswahlen im Staate Virginien werden alle demokratischen Kandidaten mit großer Majorität gewählt. In Columbus (Ohio) wird der Republikaner Mac Kinley, der Urheber des Zolltarifs, mit 22,000 Stimmen Mehrheit zum Gouverneur gewählt an Stelle des bisherigen demokratischen Gouverneurs. Die Republikaner siegen auch im Staate Philadelphia. In New-York die Demokraten.

6. Dezember. (Washington.) Der Kongreß der Vereinigten Staaten tritt wieder zusammen. Zum Sprecher wird im dritten Wahlgang Crisp gewählt.

9. Dezember. Die Botschaft des Präsidenten

weist auf die abgeschlossenen Reziprozitätsverträge hin und hofft, daß weitere ähnliche Abkommen vor Jahresabschluß getroffen werden. Es sei erfreulich, daß Deutschland, Dänemark, Italien, Oesterreich-Ungarn und Frankreich ihre Häfen den die Inspektion passierten Schweinefleischprodukten geöffnet haben. Die Botschaft bespricht den chilenischen Bürgerkrieg, zu dessen Beilegung die Union ihre guten Dienste anbot. Betreffs der Unruhen in China bestehe die Unionsregierung darauf, daß die chinesische Regierung die bisherigen Schutz- und Strafmaßregeln aufrecht halte. Die Unionsregierung habe der russischen Regierung ernste Besorgnisse wegen der strengen Verfügungen gegen die Hebräer und die daraus entspringende Auswanderung nach Amerika ausgesprochen, welche ernste Folgen für den Arbeitsmarkt haben dürfte. Bezüglich des Mac Kinleytarifs sagt die Botschaft, der Wohlstand des Volkes sei größer als je, der neue Tarif schuf mehrere große Industrien. Der Präsident empfiehlt, die bestehenden Gesetze betreffs des Silbers vollständig zu erproben und jeden den Geschäftsinteressen schädlichen Einfluß zu hemmen, welcher durchgreifende Aenderungen zur Folge haben müßte. Der Präsident spricht sich gegen freie Silberprägung aus. Die Mehrheit des Volkes wünsche, daß das Silber in vollem Maße zur Münzung verwendet werde, sobald andere Nationen mitwirken und das Verhältnis zwischen Gold und Silber festgesetzt ist. Die Geschäftswelt bedürfe beider Metalle. Die Stimmung in Europa sei nicht derart, daß der Präsident sich veranlaßt gefühlt hätte, eine internationale Konferenz vorzuschlagen, jedoch mache sich in Europa die Meinung zu Gunsten eines größeren Silbergebrauchs mehr und mehr geltend. — Die Unionsmarine müsse schnell durch moderne Schiffe bester Typen zum Schutze der Bürger auf allen Meeren und zur Ausdehnung des Handels der Vereinigten Staaten vervollständigt werden.

10. Dezember. (Washington.) In der Sitzung des Senats bringt Senator Stewart einen Gesetzentwurf ein, nach dem für chinesische Arbeiter die Einwanderung in die Unionsstaaten und der Aufenthalt in diesen verboten werden soll. Die Vorlage betrifft nicht nur solche Chinesen, die vorher in den Unionsstaaten sich niemals aufgehalten haben, sondern auch solche, die bereits früher in den Vereinigten Staaten verweilt und sie wieder verlassen haben,

sowie endlich alle Chinesen, die das Land durchreisen wollen. — Von Stewart wird ferner der Entwurf eines Gesetzes eingebracht, der die freie Prägung von Gold und Silber gestattet.

23. Dezember. (Washington.) Ernennung der Münzkommission des Repräsentantenhauses bestehend aus 13 Mitgliedern, wovon 9 Anhänger und 3 Gegner der freien Silberprägung sind.

XXI.

Mittel- und Süd-Amerika.

Mitte Januar. Erhebung in Chile gegen den Präsidenten Balmaceda. Bürgerkrieg.

8. Juni. Der Dampfer „Orange Nassau" bringt genauere Nachricht über einen sehr ernsten Aufstand in Port-au-Prince auf Haiti am 25. Mai. Die Bürger befreien über 200 politische Gefangene. Zur Unterdrückung des Aufstandes hätte der Präsident Hippolyte Massenhinrichtungen von mehr als 100 Personen vornehmen lassen.

22. August. (Chile.) Balmaceda wird geschlagen, Valparaiso von den Kongreßtruppen genommen. Balmaceda tötet sich selbst.

Anfang November. (Chile.) George Montt wird zum Präsidenten gewählt. Die neugewählte Kammer besteht aus 56 Liberalen, 38 Konservativen; der Senat aus 29 Liberalen, 5 Konservativen.

Anfang November. (Brasilien.) Der Präsident Fonseca gerät in Konflikt mit der Kammer, löst sie auf und proklamiert seine Diktatur.

9. November. Aufstand im Staate Rio Grande do Sul, der sich ausbreitet.

Ende November. (Rio de Janeiro.) Marschall Deodoro de Fonseca tritt von der Präsidentschaft der Republik zurück, an seine Stelle tritt der Vizepräsident Marschall Floriano Peixoto.

Dezember. Die Aufständischen werden besiegt.

4. Dezember. Exkaiser von Brasilien, Dom Pedro II., † in Paris.

XXII.

Asien.

2. Januar. Prinz Chun, der Vater des Kaisers von China †.

Mai. (Shangai.) Christliche Missionshäuser in verschiedenen Städten werden vom Pöbel gestürmt und geplündert; weitere Bewegungen mit vielen Mordthaten gegen die Christen schließen sich an. Die europäischen Gesandten ermahnen die chinesische Regierung dringend, die Christen zu schützen.

31. Mai. (Tokio.) Der Vikomte Admiral Enomoto wird an Stelle des Vikomte Aoki Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

November. Ernstlicher Aufstand in der Mongolei und anderen Distrikten in der Nähe der Hauptstadt. Die Rebellen, unter denen Infanterie und mehrere Schwadronen Kavallerie sich befinden, marschieren gegen Peking. Die christliche Bevölkerung in Kingschu, die von belgischen Priestern bekehrt worden, wird mit diesen niedergemetzelt.

25. Dezember. Auflösung des japanischen Abgeordnetenhauses.

XXIII.

Australien und Südseeinseln.

20. Januar. Kalakaua, König der Sandwichs-Inseln † in San Francisco; Nachfolgerin ist die Prinzessin Liliuokalani, seine Schwester.

5. März. (Sydney.) Eröffnung eines Vorparlaments, das eine Föderation der Kolonien in die Wege leiten soll. Der Premierminister von Neu-Süd-Wales, Sir Henry Parkes hat die anregende Idee hiezu gegeben.

Es beteiligten sich bei den Besprechungen in Sidney sämtliche hier ernstlich in Frage kommenden Kolonien: Neu-Süd-Wales, Viktoria, Queensland, Süd-Australien, West-Australien, Tasmanien und Neuseeland. Die Anträge, welche von dem Premierminister von Neu-Süd-Wales der Versammlung vorgelegt worden, sind fast wörtlich dem Vorbilde der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika entnommen.

18. April. (Melbourne.) Der ehemalige König von Samoa Tamasese †.

Mai. (Samoa.) Die Wahl der sechs Mitglieder des von Art. 5 der Berliner Akte vorgesehenen Munizipalrates fällt folgendermaßen aus: drei deutsche (Weber, Heidlin und Großmühl) im westlichen, zwei Engländer (Dunneth und Meredith), ein Amerikaner (Moore) im östlichen Distrikt.

August. Unruhen auf den Karolinen, die von den Spaniern unterdrückt werden.

1. Dezember. Die Legislativversammlung nimmt die Bill betreffs Einführung des achtstündigen Maximal-Arbeitstages mit großer Majorität an.

Uebersicht
der politischen Entwickelung des Jahres 1891.

Allgemeine europäische Politik.

Die große internationale Politik hat sich im Jahre 1891 langsam in der seit 1879 eingeschlagenen Bahn ohne Abweichung nach rechts oder links und ohne Durchgang durch eine größere Krisis fortbewegt. Auch die neuen Gedanken, die aufgetaucht sind, bewegen sich in derselben Richtung; starke retardierende Momente, die aufgetreten sind, lassen vermuten, daß Europa noch längere Zeit in derselben Weise fortleben wird.

Der Dreibund ist erhalten und erneuert und diese Erneuerung in besonders markanter Weise proklamiert worden. (Vgl. S. 101 u. 251).) An diese zur Verteidigung zusammengeballte Masse haben sich die beiden Angriffslustigen in Europa, Frankreich und Rußland bisher nicht herangewagt. Ihre Angriffslust unterliegt keinem Zweifel, es ist klar, daß sie nur fort und fort auf den günstigeren Moment warten; auf die Umstände, die in der Weltgeschichte sich unausgesetzt notwendig wandeln, die sich also auch einmal für sie hervorragend vorteilhaft gestalten müssen. Dies oder jenes von größerem oder geringerem Gewicht kann man dabei ins Auge fassen, Stimmungen und Regierungsveränderungen in anderen Staaten, namentlich in den kleineren Staaten der Balkanhalbinsel oder auch innere Zustände in den Dreibundstaaten. Im abgelaufenen Jahr sind besonders zwei außerhalb jener beiden festen Gruppen stehende Großmächte in Betracht gekommen. Die erste ist England. So gering die englische Landmacht ist, so würde eine

aktive Teilnahme Englands am Kriege auf der Seite der Dreimächte doch vermöge der Bedeutung der englischen Flotte ein ganz gewaltiges Gewicht in die Wagschale werfen. Die englische Flotte würde Deutschland vor der etwaigen Absperrung der nötigen Getreidezufuhr sichern und die beiden Verbündeten Frankreich und Rußland völlig von einander isolieren. Kaum in eine briefliche Kommunikation würden sie miteinander treten können und namentlich würde Rußland abgeschlossen sein von der finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützung durch Frankreich, ohne welche es den Krieg auf die Dauer jedenfalls nicht aushalten könnte. Und grade in der Fähigkeit zur Ausdauer liegt auch wieder in anderer Beziehung Rußlands eigentliche militärische Stärke. (Vgl. Pr. Jahrb. Bd. 69 S. 114.) Nicht weniger wichtig würde die englische Flotte für die Stellung Italiens im Kampfe werden. Die langgestreckte italienische Küste ist der überlegenen französischen Marine allenthalben ausgesetzt, so daß ein großer Teil des italienischen Landheeres zum Schutze der Heimat zurückbleiben müßte und der aktiven Kriegführung entzogen würde. Andere Teile der italienischen Armee könnten selbst gegen ihren Willen lange zurückgehalten werden, wenn es der französischen Flotte gelingt, hier oder da die an der Küste entlang laufenden wenigen italienischen Eisenbahnlinien zu unterbrechen. Erst wenn die englische Flotte ihr hilft, die französische in Schach zu halten, würde die italienische Armee mit freier Brust und vollem Atemzuge einen wirklichen Waffengang mit den Franzosen wagen können. Englands Stellungnahme ist also überaus wichtig und für tiefer blickende Politiker kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das wahre Interesse Englands diesen Staat auf die Seite des Dreibunds führen muß. Aber in England selbst ist diese Ansicht keineswegs allgemein angenommen. Freilich daß ein Sieg Rußlands über Deutschland und Oesterreich auch für Englands Weltstellung im Orient und in Asien vernichtend sein würde, sieht man wohl ein, aber der englische Krämer macht die Rechnung, daß die anderen allein ihre Haut zu Markte tragen und England seinen Vorteil, ohne eine Hand zu rühren, einheimsen könnte. Wenn sich die Kontinentalmächte gegenseitig zerfleischen und schwächen, so herrscht England um so ungestörter über die Meere, und Asien

kann nicht beſſer geſchützt werden, als wenn Rußland auf Europa abgelenkt wird. So ganz beſiegen wird es ja den Dreibund ſo leicht nicht, auch ohne England. Umgekehrt könnte es durch den Zutritt Englands etwa von der Aggreſſion in Europa abgeſchreckt werden, nach einem Ausgleich mit Oeſterreich ſuchen und ſich mit aller Kraft auf Aſien werfen. Zu dieſen Erwägungen kommt eine ſtarke Sympathie unter den engliſchen Radikalen für das republikaniſche Frankreich. England verhält ſich alſo zwiſchen den beiden Kontinentalgruppen neutral. Der Leiter der auswärtigen Politik Lord Salisbury neigt unzweifelhaft zum Dreibund, aber er iſt abhängig vom Parlament und es iſt höchſt zweifelhaft, ob er bei den nächſten Wahlen die Majorität behalten wird. Man darf daher als ſicher annehmen, daß der Beſuch, welchen der deutſche Kaiſer im Juli in England abſtattete und bei dem er von dem Staatsſekretär des Auswärtigen begleitet war, zu einem poſitiven politiſchen Vertrage nicht geführt hat; ſelbſt die Nachricht, daß die ſachliche Identität der engliſchen und deutſchen Intereſſen in Form eines Protokolls feſtgeſtellt worden ſei, darf als eine poſitiv beglaubigte kaum gelten. Der Führer der engliſchen Oppoſition, Gladſtone, hat die Politik der Neutraliät in der denkbar ſchärfſten Form proklamiert, indem er den Wunſch ausſprach, daß England Egypten wieder räumen möge. (Vgl. England S. 229.) Wenn England dazu bereit iſt, braucht es freilich keine Koſten auf Kriegsrüſtungen zu verwenden und kann die anderen Großmächte allein ausmachen laſſen, was aus der Welt werden und wem einmal die Vorherrſchaft im Mittelmeer und endlich Aſien zufallen ſoll.

Die andere Großmacht, deren Stellung zum Dreibund vielfach kommentiert worden iſt, iſt die Kurie. Der Papſt, einſt das Haupt des occidentalen Univerſalſtaates, wie Ranke es ausgedrückt hat, deſſen politiſche Bedeutung im 18. Jahrhundert auf ein Minimum reduziert worden war, muß jetzt allen Ernſtes wieder als Großmacht angeſehen werden. Gerade die Ereigniſſe des letzten Jahres haben es gezeigt. Als ſeinen Todfeind ſieht der heilige Stuhl das Königreich Italien an, das ihm die Genugthuung und Annehmlichkeit einer weltlichen Herrſchaft geraubt hat. Italien

aber gehört zum Dreibund und im Dreibund findet es seine Sicherheit. Zum Dreibund gehört freilich auch die bestkatholische aller Großmächte, Oesterreich, aber eben deshalb ist von Oesterreich nichts für die weltlichen Bestrebungen der Kirchenpolitiker zu erwarten. Was bleibt übrig, wenn man nicht die Hoffnung auf die Wiederherstellung des Kirchenstaats aufgeben will? Man muß sich den Gegnern des Dreibundes zuwenden. Wenn es mit Hilfe der katholischen Kirche diesen gelingt, den Bund zu besiegen und im Verfolg dieser Ereignisse der italienische Nationalstaat wieder zerfällt, dann mag auch die Hoffnung der Kurie auf die Herrschaft in der ewigen Stadt wieder erwachen. (Vgl. Kurie 19. Juni; 5. Aug.; 13. Aug.) Freilich die Gegner des Dreibundes sind eine durch und durch kirchen- ja religionsfeindliche Republik und ein schismatischer Staat, der sich von je durch harte Behandlung seiner katholischen Unterthanen ausgezeichnet hat — aber was thut's, wenn der heißeste aller Wünsche, die weltliche Herrschaft, auf diese Weise erreicht werden kann?

Auf einem andern Herde der Politik bildete sich derselbe Gedanke. Seit vielen Jahren sind in Frankreich immer von Zeit zu Zeit Versuche gemacht worden, die konservativ-kirchlichen Kreise mit der republikanischen Regierungsform auszusöhnen, statt ihr ewig grollend gegenüber und damit abseits zu stehen. Alle diese Bestrebungen waren erfolglos geblieben, bis hochkirchliche Kreise den Gedanken ergriffen. Seit dem November 1890 (vgl. den vorigen Jahrgang) betrieb der Kardinal Lavigerie mit offenem Visier diesen Gedanken und allmählich wurde klar, daß das nicht bloß französische, sondern universale Politik sei. Ob der Gedanke von Rom ausgegangen oder nach Rom importiert, dem Papst Leo XIII. innerlich sympathisch oder bloß aufoktroyiert ist, ist bisher dunkel geblieben; so viel ist klar, daß in den höchsten kirchlichen Kreisen eifrig an dem Ausbau der Idee gearbeitet wurde. Wenn der Papst dem französischen Klerus befahl, sich von den Monarchisten loszulösen und rückhaltlos auf den Boden der Republik zu treten, so konnte er dafür als Gegengabe nicht nur freundlichere Behandlung der Kirche in Frankreich selbst, sondern auch Kooperation in der auswärtigen Politik erwarten. Die Fürsten haben die Kirche ver-

lassen, so möge denn eine katholische Demokratie an ihre Stelle treten. Bald gingen die Gedanken weiter: der Papst hat großen Einfluß auf die deutschen und polnischen Katholiken: wie wenn er diesen Einfluß verwertete, beim Ausbruch des Weltkrieges die Polen von einer Erhebung gegen Rußland abzuhalten, dann deutsche und italienische Katholiken zu revolutionären Bewegungen zu verlocken? Wäre das nicht Leistung genug, um als Lohn von den Franzosen die Wiederherstellung des Kirchenstaats zu erwarten? Gegen den Dreibund schien sich ein Gegen-Dreibund, zusammengesetzt aus Frankreich, Rußland und der katholischen Kirche zu bilden. Eine groteske Zusammenstellung der disparatesten Elemente Europas, republikanischer Radikalismus, asiatischer Despotismus, Mönchtum; Jakobiner, Kosak und Jesuit; rote Mütze, Kutte und Knute; aber daß im Jahre 1891 an dieser Koalition ernsthaft gearbeitet ist, unterliegt keinem Zweifel. Am meisten betroffen waren über solche Politik natürlich die deutschen Katholiken, welche laut und leidenschaftlich — nicht jedoch ohne daß sich aus ihrem Lager auch Gegenstimmen erhoben hätten (vgl. S. 105; 108; 112 ff.) — gegen die ganze Vorstellung protestierten und es für eine Unwahrheit erklärten, daß der heilige Vater selbst solchem abgeschmackten Phantome nachjage.

Ganz im Gegensatz zu diesen Machenschaften, die doch auch vielen Streitern in den beteiligten Lagern selbst zuwider waren, lief auf einmal der entgegengesetzte Argwohn durch die Welt, daß nämlich Italien vom Dreibunde losgelöst werden solle. Das wäre um so wichtiger, als mit Italien auch England, das hauptsächlich an der Erhaltung des status quo im Mittelmeere interessiert ist, dem Dreibunde weiter entfernt werden würde. Der russische Minister des Auswärtigen, von Giers, der aus Gesundheitsrücksichten Westeuropa aufgesucht hatte, begab sich nach Italien, hatte eine Zusammenkunft mit dem Marquis Rudini und wurde vom König Humbert in Monza empfangen. (Vgl. S. 252.) Schwerlich ist es hier jedoch zu irgend welchen politischen Abmachungen gekommen.

Einen positiven Gewinn hat die russische Politik am Bosporus zu verzeichnen gehabt. Rußland besitzt auf dem Schwarzen

Meere eine sogenannte Freiwilligen-Flotte. Es sind ein Dutzend Kreuzer, die im Jahre 1886, als ein Konflikt mit England drohte, gebaut und dann an Privatleute überwiesen wurden, mit der Maßgabe, daß sie im Kriegsfalle der Regierung zur Verfügung zu stellen seien. Im Frieden führen sie also die Handelsflagge. Unter dem Schutze dieser Flagge versuchten mehrmals solche Schiffe, die Reservisten oder Sträflinge von oder an die ostsibirische Küste zu transportieren hatten, die Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen. Türkische Befehlshaber der Ufer-Forts hielten sie an, unter Berufung darauf, daß allen Kriegsschiffen diese Fahrt verboten sei und man die Soldaten auf den Schiffen deutlich erkannt habe. Das formelle Recht war unzweifelhaft auf seiten der Türken und die Sache ist von großer Wichtigkeit. Denn durch die Schaffung der beiden militärkräftigen Staaten Rumänien und Bulgarien hat sich Rußland den direkten Landweg nach Konstantinopel selber verbarrikadiert; der Weg durch Klein-Asien ist sehr weit. Das gegebene Stratagem bei einem neuen Türkenkriege scheint daher ein plötzlicher Ueberfall der Hauptstadt von der See her und dies würde durch das Fahrrecht der Kreuzer, die nach Belieben die Kriegs- oder Handelsflagge aufziehen können, sehr erleichtert werden. Aber auf eigene Hand wagte die Türkei doch nicht, der sehr brutal angemeldeten russischen Forderung entgegenzutreten und die Großmächte hielten sich zurück. England wünschte den Dreibund vorzuschicken, der Dreibund fand, daß in erster Linie ein Interesse Englands in Frage sei. So blieb der Pforte endlich nichts übrig, als sich zu unterwerfen und im Zusammenhang damit entließ der Sultan seinen bisherigen dreibundfreundlichen Großvezier. Umgekehrt trat noch am Schluß des Jahres in Rumänien an Stelle eines konservativen russenfreundlichen Ministeriums ein dem Dreibund geneigtes.

Ihre eigentliche Firma erhielt die internationale Politik des Jahres nicht durch eine große politische That, sondern durch eine große politische Demonstration. Eine französische Flotte unter dem Kommando des Admiral Gervais begab sich nach Kronstadt und wurde hier mit den höchsten politischen Ehren empfangen. Vierzehn Tage lang dauerten die Feste und gegenseitigen Besuche, mit

denen der Hof, die Spitzen der russischen Gesellschaft, der Armee und Marine den französischen Offizieren huldigten. Nach Moskau wurde eine Ausfahrt unternommen, als wenn der Brand von 1812 gesühnt werden sollte; den Heiligtümern der russischen Kirchen bezeugten die französischen Seemänner ihre Verehrung und als Krönung des Ganzen ließ der Zar bei dem offiziellen Festessen die sonst in Rußland streng verpönte Revolutionshymne, die Marseillaise, von dem Musikchor anstimmen und hörte sie respektvoll aufstehend an. Die russisch-französische Verbrüderung symbolisch zu einem stärkeren Ausdruck zu bringen, würde schwerlich möglich sein. Die Frage ist, weshalb eine so gewaltige Demonstration in Szene gesetzt wurde. War sie bestimmt, eine aktive Kooperation einzuleiten? Ein Mitarbeiter der „Preuß. Jahrbücher" (Bd. 68) fand dafür den Ausdruck, der Kronstädter Besuch sei, was im bürgerlichen Leben eine Verlobung genannt würde. Man verlobe sich, um eine Ehe zu schließen; man verlobe sich aber auch manchmal, um ein Verhältnis, welches noch nicht zu einer Ehe führen könne, dadurch fest zu machen und jedem Zweifel zu entrücken. Die Kronstädter Demonstration war also weniger ein Zeichen, daß die Entwicklung sich einer Krisis nähere, sondern umgekehrt, daß man an entscheidenden Stellen den kritischen Moment noch nicht so bald erwarte. Ja, auf der französischen Seite hatte man sogar das Gefühl, daß vielleicht durch diesen Besuch des Guten etwas zu viel geschehen sei, und zwar in Bezug auf England. Zwar konnte der Kronstädter Besuch einigermaßen als ein Gegenzug gegen den ebenfalls sehr demonstrativen Besuch des deutschen Kaisers in England aufgefaßt werden, aber wenn dieser Gegenzug etwa dazu geführt hätte, nun England um so mehr an den Dreibund heranzudrücken, so hätte man ja nur diesem in die Hand gearbeitet. Zu einigem Erstaunen der öffentlichen Meinung in Frankreich selbst hörte man deshalb, als die Flotte auf ihrer Rückfahrt war, daß sie unterwegs in Portsmouth anlaufen und auch England ihre Visite abstatten werde. Die oben charakterisierten frankophilen Elemente in England begrüßten diese Nachricht mit größerer Freude als die Franzosen, die wohl empfanden, daß hierin eine Abkühlung der ihnen so wohlthuenden Glut ihres Russenenthusiasmus liege. Lord Salis-

bury hielt es nicht für nötig, zu dem Ereignis persönlich zu erscheinen; im übrigen aber wurden die Franzosen von der Königin, wie von der öffentlichen Meinung mit der größten Zuvorkommenheit aufgenommen. Gegenüber dem offenbar absichtlich ausgestreuten Gerücht, England habe um diesen Besuch gebeten, sprach der Staatssekretär es im Parlamente aus, daß die Initiative von französischer Seite ergriffen worden sei.

Daß es nicht in Rußlands Absicht liegen könne, schon in der nächsten Zeit einen kriegerischen Konflikt zu provozieren, hatten militärische Beurteiler schon länger daraus geschlossen, daß man in Rußland den Uebergang zu einem neuen Gewehrsystem ins Auge faßte. An Stelle des Berdan-Gewehres soll nun auch die russische Armee mit einem kleinkalibrigen Mehrlader bewaffnet werden, und die Fabrikation dieses Gewehres wurde, wie man allmählich erfuhr, derart verteilt, daß erst im Jahr 1894 der Wechsel vollständig durchgeführt sein wird. Auch innerhalb dieser drei Jahre ist die russische Fabrikation nicht entfernt im stande, den gesamten Bedarf zu liefern und die ausländische Industrie muß stark herangezogen werden. Aber wenigstens einen Teil der Bestellung wollte die Regierung doch auch dem Inlande zuwenden, und man durfte sich diese Freiheit erlauben, da der Dreibund ja von ausschließlich defensiver Absicht und defensivem Geiste erfüllt ist, und der Moment des Krieges daher allein in der Hand Rußlands liegt. Man sieht, welchen unermeßlichen Vorteil der Dreibund durch die immer wiederholte unbedingte Zusage der ausschließlichen Abwehr Rußland gewährt.

Wenn die Kronstädter Zusammenkunft wirklich zu einem positiven politischen Vertrage geführt haben sollte, und nicht nur eine Demonstration war, so ist der Inhalt vermutlich kein anderer, als daß Rußland sich verpflichtet hat, Frankreich unter allen Umständen, in welchem Stadium der Umwaffnung es sich auch gerade befinde, wenn es von irgend einer Seite angegriffen werden sollte, beizustehen. Aus dem Vorhergehenden erkennt man, wie billig und inhaltslos thatsächlich ein solches Versprechen ist. Umgekehrt könnte Frankreich Rußland versprochen haben, unter keinen Umständen sich mit Deutschland auszusöhnen, was für Rußland eine sehr viel

wertvollere Zusage sein würde und ihm eine zuverlässige Basis für die Politik auf eine ferne Zukunft hinaus sichert. (Preuß. Jahrb. Bd. 68 S. 145.) Wenn nicht bei dem Flottenbesuch in Kronstadt, so möchte dergleichen bei dem Besuche abgemacht sein, den der Minister v. Giers auf der schon erwähnten Reise, die ihn zunächst an den italienischen Hof führte, auch in Paris machte. Einen noch kostbareren Preis aber als jenes politische Versprechen sollten die Franzosen den Russen für die Gewährung ihrer huldvollen Freundschaft bezahlen. Schon lange hatte der russische Finanzminister wieder das Bedürfnis nach einer großen Anleihe. Im Frühjahr hatte er darüber bereits seinen Vertrag mit dem Hause Rothschild abgeschlossen, als dies im letzten Augenblick von dem Abkommen zurücktrat. Entweder weil es durch die Verbesserung der russischen Finanzen den europäischen Frieden und damit seine eigenen Geschäfte zu sehr zu schädigen fürchtete, oder, wie es verbreiten ließ und was ihm jedenfalls eine sehr wohlanstehende Maske war, weil es dem russischen Reich die Mißhandlung seiner jüdischen Glaubensgenossen zu sehr verübelte und hier eine Milderung nicht durchzusetzen vermochte. An Stelle des Hauses Rothschild mußten also andere französische Banken und namentlich das französische Publikum gewonnen werden. Und wirklich verlief die Subskription glänzend, die Anleihe wurde 7½mal überzeichnet. Aber ehe das Publikum die Stücke abnahm, erfolgte ein furchtbarer Rückschlag. Schon lange waren aus dem Innern Rußlands Nachrichten nach Europa gedrungen, daß in vielen Gouvernements eine völlige Mißernte eingetreten und infolge dessen ein allgemeiner Notstand zu besorgen sei. Schon im August war deshalb ein Roggenausfuhrverbot erlassen; das russische Volk entbehrte also desjenigen Artikels, durch dessen Hingabe es hauptsächlich seinen Austausch mit dem industriellen Europa regulierte. Die Schilderungen von dem Notstand wurden allmählich immer bestimmter und immer schwärzer. Dem Roggenausfuhrverbot folgte das Verbot der andern Nährfrüchte und die Ueberzeugung brach sich Bahn, daß Rußland einer Hungersnot und einer furchtbaren wirtschaftlichen Krisis entgegengehe. Die oben noch zu einem guten Kurse (79¾ für 3%) überzeichnete Anleihe begann rapide zu sinken. Durch künstliches Eingreifen wurde der

Kurs wieder gehoben; die franzöſiſche Regierung brachte Rothſchild dahin, einzuſpringen, aber der ruſſiſche Finanzminiſter mußte ſich entſchließen, 200 Millionen von ſeiner eignen Anleihe ſofort wieder zurückzukaufen. Eine wirtſchaftliche und finanzielle Not, welche wohl für längere Zeit von allen Friedensgarantieen, nach denen Europa ſich ſo ſehr ſehnt, die beſte ſein wird.

Politik der Handelsverträge.

Alles, was bisher erzählt worden iſt, ſind Erſcheinungen, welche in der europäiſchen Politik nur die Bedeutung von Oscillationen und Demonſtrationen, nicht eine eigentliche Fortentwickelung noch weniger eines neuen politiſchen Gedankens haben. Der neue politiſche Gedanke des Jahres gehört der Sphäre der Handelspolitik an. Sein Vater iſt der neue deutſche Reichskanzler von Caprivi. Wie ſtark die handelspolitiſchen Verhältniſſe der Staaten auf die eigentliche Politik zurückwirken, iſt eine Streitfrage. Manche ſchlagen den Wert höher, manche geringer an. Herr v. Caprivi hat ſehr entſchieden betont, daß er auch ſehr bedeutſame politiſche Erfolge von ſeinem Syſtem erwarte. Die gegen Ende der 70ger Jahre in faſt allen europäiſchen Staaten aufgekommene Schutzzollbewegung ſtand im Jahre 1892 vor einer großen Entſcheidung. In dieſem Jahre liefen die meiſten der älteren Handels- und Meiſtbegünſtigungsverträge ab. Wenn keine neuen Verträge geſchloſſen wurden, ſo war zu erwarten, daß die Staaten ihre Autonomie rückſichtslos ausnützen, daß jeder den Schaden, den ihm der Nachbar an der einen Stelle zufügte, ſuchen würde, an einer andern Stelle wett zu machen und zu überbieten, und daß ſo ein allgemeiner Zollkrieg aller gegen alle und eine ungeheuerliche Emporſchraubung des Schutzzollſyſtems ſich ergeben würde. Hieraus war denn auch eine politiſche Entfremdung, namentlich der Dreibundſtaaten untereinander zu gewärtigen.

Dies dürfte der Grundgedanke ſein, von dem aus Herr von Caprivi es unternahm, ein neues Syſtem von Handelsverträgen zu ſchaffen, welches erſtens dem weiteren Steigen der Schutzzölle Halt gebietet, zweitens an einigen Punkten Ermäßigungen eintreten läßt, endlich und vor allem für eine längere Reihe von Jahren dem wirtſchaftlichen Leben Stabilität der Grundlagen verſpricht. Das Abſperrungsſyſtem Rußlands und das Beſtreben der Vereinigten

Staaten von Nordamerika, nicht nur sich selbst gegen die europäische Industrie abzuschließen, sondern auch den gesamten amerikanischen Kontinent in ihre Wirtschaftssphäre zu bannen, sind wesentlich verstärkende Momente. Zunächst auf die Mächte des Dreibunds und die angrenzenden kleineren Staaten, Schweiz, Belgien, Serbien, Rumänien ist der Plan berechnet. Seine ideale Erfüllung aber würde er erst erlangen, wenn auch Frankreich sich entschließt, in diesen mitteleuropäischen Kreis einzutreten. Frankreich freilich wandelt zur Zeit auf der entgegengesetzten Bahn der handelspolitischen Abschließung. Aber es wäre doch wohl möglich, daß mit der Zeit sein eigener Vorteil es zwingt, sich jener Handelsvereinigung zu nähern. Und das würde denn doch wohl wieder eine Anregung zu erneuter Erwägung des Gedankens einer politischen Annäherung geben. Grade im Beginn des Jahres 1891 schien einmal ein Phänomen dieser Art am fernsten Horizonte aufzutauchen. In Berlin sollte eine große internationale Kunstausstellung stattfinden unter dem Protektorate der kunstsinnigen und kunstverständigen Kaiserin Friedrich. Es wäre immerhin auch ein gutes politisches Augurium gewesen, wenn auch die französischen Künstler sich zur Beteiligung an dieser Ausstellung entschlossen, und daraus vielfältige persönliche Berührungen zwischen hervorragenden Männern beider Nationen sich ergeben hätten. Die Kaiserin Friedrich reiste selbst nach Paris, um auf dem Wege in ihre Heimat diese Stadt zu besuchen und persönlich vielleicht einige Einwirkung auf die französische Künstlerschaft zu üben (vgl. Frankreich Febr.). Die hohe Frau wurde anfänglich von der französischen Bevölkerung und Presse nicht bloß mit Höflichkeit, sondern mit einem gewissen sympathischen Entgegenkommen aufgenommen, sodaß Sanguiniker schon allerhand Hoffnungen zu bauen begannen; bald aber erfolgte ein furchtbarer Umschlag. Unter der Führung der alten Patriotenliga und der Boulangisten erhob sich der französische Chauvinismus derartig gegen den Gast seiner Hauptstadt, daß man endlich froh war, zu hören, daß die Kaiserin ohne Zwischenfall den französischen Boden wieder verlassen habe. Um sich für die Beleidigung, die für das deutsche Volk und die kaiserliche Dynastie in diesem Betragen lag, eine Genugthuung zu nehmen, blieb der Regierung nichts übrig, als die elsaß-lothringische Paß-

Deutschland und Frankreich. Reise der Kaiserin Friedrich nach Paris.

verordnung, deren Bestimmung ja war, das französische und deutsche Volk möglichst voneinander zu entfernen, wieder in aller Schärfe in Kraft zu setzen. So hatte die Reise der kaiserlichen Frau das gerade Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigte. Die Spannung wurde wieder größer, die Stimmung gereizter, und die Franzosen rüsteten ihre Expedition nach Kronstadt aus. Immerhin darf man nicht vergessen, daß doch einen Augenblick einmal die Vorstellung von einer möglichen Annäherung geherrscht hat, und indem Kronstadt und die wahrscheinlich dabei getroffenen Abmachungen diese Möglichkeit wieder in weite Ferne gerückt haben, hat dies Ereignis nicht eine bloß demonstrative, sondern auch eine inhaltliche Bedeutung.

Deutschland. Innere Politik.

Die innere Politik Deutschlands und besonders Preußens ist durch eine höchst bedeutende gesetzgeberische Thätigkeit bezeichnet. Man darf diese Gesetze sämtlich als Ausläufer der Aera des Fürsten Bismarck bezeichnen, obgleich der Fürst selbst ihnen allen eine entschiedene Opposition entgegengesetzt hat. Sie gehören dennoch seiner Epoche an, da sie ganz und gar in ihrem Geiste gehalten, längst von den Kreisen, die dem Fürsten am nächsten standen, gefordert und nur durch zufällige und persönliche Antipathien, wie sie jeder Individualität anhaften und sich im Alter am meisten geltend zu machen pflegen, von dem Fürsten persönlich zurückgehalten worden sind. In erster Linie ist hier zu nennen eine tief eingreifende Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Form einer Novelle zur Gewerbeordnung. Die Hauptarbeit war schon im Jahre 1890 gemacht (vergl. diesen Jahrgang); trotz heftiger Opposition weiter industrieller Kreise stimmten zuletzt im Reichstag außer den Sozialdemokraten nur ganz vereinzelte Abgeordnete dagegen. Deutschland hat dadurch die anderen Staaten auf diesem legislatorischen Gebiet eingeholt, in einigen Punkten schärfer, in anderen vorsichtiger vorgehend. Ganz besonders streng sind die Bestimmungen über die Beschränkung der Sonntagsarbeit.

Die Finanzen des Reichs haben lange schwer gelitten unter dem Verfall der Zuckersteuer. Aus den ursprünglichen Exportbonifikationen waren mit der Zeit nicht bloß in Deutschland, sondern in allen Zucker erzeugenden Länder Exportprämien geworden,

und alle Versuche, durch eine internationale Abmachung gemeinsam diesem Uebel zu steuern, waren gescheitert. Das isolierte Vorgehen eines Staates, solange andere die Prämien beibehalten, scheint für die Industrie und die agrarischen Interessen gefährlich. Der Reichskanzler v. Caprivi ging aber jetzt der Sache sehr energisch zu Leibe; er bewilligte den Interessenten eine längere Uebergangsperiode (bis zum Jahre 1897) mit einer festen Exportprämie an Stelle der aus der Materialsteuer entstandenen versteckten, wies aber alle Versuche, die definitive Entscheidung auf eine spätere Zeit zu verschieben, ab, und hat damit den weiteren Debatten ein Ende gemacht. Nur mit drei Stimmen Majorität konnte der entscheidende Beschluß im Reichstag durchgebracht werden. Die Zukunft der Zuckerindustrie in Deutschland hängt nun nicht bloß von ihrer eigenen Tüchtigkeit, sondern auch wesentlich davon ab, ob die konkurrierenden Staaten sich durch ihr eigenes Finanzinteresse bis zum Jahre 1897 veranlaßt sehen werden, ebenfalls ihre Exportprämien abzuschaffen.

Preußen. Noch viel tiefer eingreifend ist die Steuerreform, welche sich in Preußen vollzog auf dem Gebiete der Einkommensteuer. Die alte Klassensteuer (bis zu Einkommen von 3000 Mark) war gänzlich verfallen und stückweise in irrationeller Weise aufgehoben; die Einkommensteuer ebenfalls vermöge ungenügenden Einschätzungsverfahrens höchst mangelhaft. In sehr drastischer Weise kam das in einem Skandalprozesse zu Tage. Ein ultramontaner Redakteur, Fusangel, beschuldigte die nationalliberale Stadtverwaltung in Bochum absichtlicher Unterschätzung ihrer reichen Parteigenossen, namentlich des ersten Großindustriellen der Stadt, des Eisen- und Maschinenfabrikanten Baare (vgl. S. 93 und 99). Wirklich kamen ungeheuerliche Unterschätzungen zu Tage, nur daß der Parteigeist ganz und gar nichts damit zu thun hatte, sondern, wie jeder Kenner wußte, diese Verhältnisse in ganz Preußen nicht anders sind. Das neue Gesetz hat nun eine einheitliche Steuer geschaffen, bei welcher die Einschätzung auf der eigenen nach bestem Wissen und Gewissen abgegebenen Deklaration des Zensiten erfolgt. Optimisten meinen, daß auf diese Weise wirklich annähernd das richtige Einkommen eruiert werde. Pessimisten sind der Ansicht, daß Einkommen ein viel zu unsicherer und schwankender Begriff sei, als daß dem Zen-

siten eine solche Deklaration zugemutet werden dürfe, daß daher das moralische Uebel der falschen Deklarationen viel größer sein werde, als der Gewinn, den der Fiskus bei den ehrlichen Leuten mache. Für die unteren Steuerstufen wurde der Prozentsatz der Steuer in dem Gesetz wesentlich ermäßigt, für die oberen (von 30,000 Mark an) erhöht; das Maximum 4%, früher 3%, beginnt mit 100,000 Mark. Aktiengesellschaften werden noch besonders besteuert. Mit dieser Verstärkung der Steuerlasten nach oben ist ein Ausgleich gegen die vielfältige Erhöhung der indirekten Steuern, die im letzten Jahrzehnt aufgelegt sind, gegeben (Ges. v. 24. Juni). In ähnlichem Sinne wie die Einkommensteuer wurde auch die Gewerbesteuer reformiert. Das zu erwartende Plus an Einnahme soll aber keine Steuervermehrung bilden, sondern soll dienen zur Erleichterung einer Reform der Kommunalsteuer.

Das zweite große Gesetz ist die Reform der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen. Dies Gesetz ist als der Abschluß der vom Minister vom Stein im Jahre 1807 begonnenen Reform anzusehen: ein Beweis, wie unendlich schwer und langsam sich solche Reformen vollziehen, wenn sie nicht auf revolutionärem Wege, sondern unter Schonung der bestehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchgeführt werden sollen. Das platte Land östlich der Elbe bietet sozial ein wesentlich anderes Bild als das alte Deutschland westlich jenes Stromes. Auf dem den Slawen allmählich abgewonnenen deutschen Kolonialgebiet ist der Großgrundbesitz in den Händen der Nachkommen der Ritter, welche das Land erobert haben, noch heute vorherrschend. Reste der alten feudalen Organisation haben sich in den Gutsbezirken naturgemäß erhalten und es war auch jetzt noch eine sehr schwierige Aufgabe, aus Rittergutsbesitzern und besitzlosen Tagelöhnern, Bauern und modernen Industriellen, die sich aufs Land hinausgezogen haben, einen lebensfähigen kommunalen Organismus zu schaffen. Läßt man die Gemeindebehörden wählen, so ist die Gefahr, daß der größte Grundbesitzer und Hauptsteuerträger des Bezirks in unbilliger Weise überstimmt wird; gibt man diesem ein seinem Besitz entsprechendes Uebergewicht, so ist er so gut wie Alleinherrscher. Nicht auf schematischem Wege durch

Aufstellung eines allenthalben gleichmäßig wirkenden Systems konnte dieses Problem gelöst werden. Man entschloß sich daher mit Recht zu einem freilich sehr künstlichen und komplizierten Aufbau, der aber dadurch fähig geworden ist, sich all' den verschiedenen Verhältnissen anzupassen. Statt der eigentlichen Gemeinde tritt sehr häufig ein bloßer Verband für bestimmte Zwecke (Wegebau, Schulen, Armenlast, Polizei) ein; manche Gutsbezirke bleiben als solche bestehen, manche werden mit benachbarten Gemeinden verschmolzen. Dann sind wieder Kautelen eingefügt, daß diese Verschmelzungen nicht willkürkich, auch nicht nach dem bloßen Gutdünken der Regierung, sondern nur unter sorgfältiger Erwägung der jedesmaligen Verhältnisse erfolgen können. (Ges. v. 3. Juli.)

Dem Finanzminister Miquel und dem Minister des Innern Herrfurth, die mit ebensoviel Sachkenntnis und Klugheit, wie parlamentarisch-diplomatischem Geschick diese beiden großen Werke zur Vollendung gebracht hatten, gab der König durch Ueberreichung seines Bildnisses ein Zeichen seiner besonderen Anerkennung. (16. Juni.)

Mit der Steuervorlage und der Landgemeindeordnung hatte das preußische Ministerium noch eine dritte Vorlage in den Landtag eingebracht (vgl. 1890 S. 163 und 266), welche mit jenen beiden nach der Erklärung des Ministerpräsidenten eine organische Einheit bildete, das Volksschulgesetz. Mit diesem aber ist man nicht zu stande gekommen. Während dem Einkommensteuergesetz in der Hauptsache nur die Deutschfreisinnigen, der Landgemeindeordnung ein Teil der Konservativen widerstrebte, widersetzte sich dem Volksschulgesetz vor allem das Zentrum, unterstützt aus entgegengesetzten Motiven von Deutschfreisinnigen. Dieser Widerstand wäre im Abgeordnetenhaus, wo die Kartellparteien über eine große Majorität verfügen, zu überwinden gewesen. Aber es sind nicht immer bloß die Fraktionsstärken in ihrem Landtage, mit denen eine preußische Regierung zu rechnen hat, die deutsche und preußische Politik hängen untrennbar zusammen, und im Reichstag gebot nicht das Kartell, sondern das Zentrum mit den Deutschfreisinnigen über die Majorität. Da Deutschland ein konstitutioneller Staat ist, so kann die Regierung nicht umhin, den Parteien, welchen das Volk in seinen Wahlen

zum Parlament die Majorität gibt, Konzessionen zu machen. Man versuchte es zunächst, das Zentrum mit einem anderen fetten Bissen freundlich zu stimmen. Vom Kulturkampf her existierte in Preußen der Sperrgelderfonds in Höhe von 16 Millionen Mark (vgl. vorigen Jahrg. S. 324). Der erste Versuch, sich über die Verwendung dieses Fonds zu einigen, war mißlungen; und die Regierung that jetzt den schweren Schritt, die Forderung des Zentrums, welche sie im vorigen Jahre für unerfüllbar erklärt hatte, selber vorzuschlagen, nämlich, teils Rückgabe der Gelder an die ihrer Zeit „Gesperrten", teils Aushändigung des Kapitals an die Bischöfe. Der Kultusminister von Goßler gewann es über sich, die Vorlage einzubringen und zu vertreten. Es ließ sich vom staatsmännischen Gesichtspunkt sehr viel für diesen Schritt sagen. Der materielle Gewinn der katholischen Kirche war nicht so groß wie er schien; da einmal ein Opfer gebracht werden mußte, war dies noch immer das geringste; auch die legislatorische Situation hatte sich durch ein Anerbieten der Bischöfe wesentlich verändert. (Vgl. die Verteidigung der Sperrgeldervorlage in den Preuß. Jahrb. Bd. 67 S. 218). Aber die öffentliche Meinung erkannte das alles nicht an, sie sah nur das erneute Zurückweichen der Regierung vor dem Zentrum und legte dem Minister von Goßler als Motiv nicht staatsmännische Ueberlegung, sondern bloßes Kleben am Amte unter. Da nun auch durch das schwere Mißgeschick mit der Nichtigkeit der Koch'schen von dem Minister so überschwenglich verkündeten Entdeckung seine Autorität sehr erschüttert war, da endlich seine Differenz mit dem Kaiser über die Reform des höheren Schulwesens offen zu Tage lag, so vermochte er sich nicht zu halten. Der Abg. Windthorst drückte aufs stärkste, besonders als verlautete, daß der Minister den Ministerialdirektor Kuegler zu seinem Unterstaatssekretär zu machen gedenke. Ob diese Angelegenheit, ob die allgemeine, immer unbehaglicher werdende Situation den letzten Anstoß gegeben hat, ist nicht mit Sicherheit bekannt geworden. Jedenfalls gab Herr v. Goßler endlich die Schlacht verloren und nahm seinen Abschied (13. März). Unmittelbar darauf starb der Führer des Zentrums, der Abg. Windthorst, wie auf der Höhe seines Triumphes und wurde mit fürstlichen Ehren vom Parlament, von der Regierung

und vom Kaiser persönlich geehrt, zu Grabe geleitet. In tiefem Unmut zog mancher deutsche Mann den Vergleich, wie der Gründer des deutschen Reiches einsam, beinahe verbannt in Friedrichsruh mit verdüsterter Stimmung seinen Lebensabend verbringe, während der alte schlaue Verteidiger des Partikularismus und Ultramontanismus als Sieger von hinnen geschieden war.

Der neue Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler, bisher Oberpräsident von Posen und Chef der Ansiedlungskommission, zog den Volksschulgesetzentwurf zurück, gab aber mehrfach die Versicherung, daß er den Rechten des Staats nichts vergeben werde. (Vgl. 15. Juni.)

Dem im Jahre 1890 gegebenen Gesetz über die Errichtung von Rentengütern folgte in diesem Jahre ein anderes, welches bestimmt ist, jenes erst recht in Wirksamkeit zu setzen. Die alten Rentenbanken, welche einst bei Ablösung der Feudallasten so gute Dienste gethan haben, sollen wieder die Vermittelung übernehmen und den Gutsbesitzern die Möglichkeit schaffen, sich die Rente, um die sie ein Arbeitergütchen verkaufen, nach Bedürfnis auch in Kapital umsetzen zu können. Auf diese Weise hofft man, den Verhältnissen der Neuzeit entsprechend, einen zugleich freien und doch fest ansässigen Arbeiterstand auf dem Lande allmählich schaffen zu können. Ein Wildschadengesetz sollte ebenfalls einen alten Schaden des Landlebens heilen.

Am Schluß des Jahres wurde im Reichstag die große Entscheidungsschlacht über die Handelsverträge geschlagen. Die Agrarier übernahmen die Opposition, da die Verträge eine Herabsetzung der Getreidezölle speziell des Roggens und Weizens von 50 auf 35 Mark die Tonne vorsehen. In Wirklichkeit macht gerade die Landwirtschaft durch diese Verträge ein glänzendes Geschäft. Denn bei der letzten Erhöhung der Zölle (vgl. Jahrg. 1887 S. 196 und Preuß. Jahrb. Band 69 S. 117) war von der Regierung ausdrücklich versprochen worden, daß bei wesentlicher Preiserhöhung die Zölle reduziert oder suspendiert werden sollten, und der Minister Lucius hatte dabei ausdrücklich 180 Mark für die Tonne Roggen schon als einen zu hohen Preis bezeichnet. Nunmehr aber stand der Getreidepreis bereits seit dem Sommer erheblich höher; der

Roggen war zeitweilig bis auf 260 gestiegen und kostete im Dezember in Berlin 230—240 Mark. Nach jenem Versprechen der Regierung hätten die Zölle also längst suspendiert sein müssen, dieses Versprechen war aber unerfüllbar geworden, da die Regierung der Zölle als Kompensation bei den Handelsvertragsverhandlungen bedurfte. Gerade diesen Verträgen verdankt die deutsche Landwirtschaft also die Erhaltung und Befestigung der Zölle und die Opposition ist schlechterdings nur aus taktischen Gründen erklärbar. Die Freihändler und die Sozialdemokraten traten umgekehrt für die Handelsverträge ein, teils, weil sie sich nicht stark genug fühlten zu dem Versuch, sich von der Regierung zu emanzipieren und die Zölle gänzlich zu beseitigen, teils, weil durch diese Verträge immerhin dem weiteren Ansteigen der Schutzzölle Halt geboten ist, und damit die Möglichkeit einer rückläufigen Bewegung gegeben.

Durch die Reform der Zuckersteuer, die Aufhebung des Schweineeinfuhrverbots, die Handelsverträge, die Landgemeindeordnung hatte sich die Regierung vielfach in Widerspruch zu agrarischen Interessen und gewissen reaktionär-konservativen Anschauungen gesetzt; durch eben diese Handlungen und daneben durch eine liberale Verwaltungspraxis, namentlich auch eine sehr verständige, maßvolle Haltung in Vereins-, Versammlungs- und Preßangelegenheiten der Sozialdemokraten bei den Parteien der Linken gewonnen. In den alten Kartellparteien, besonders auf der äußersten Rechten, entstand darüber eine starke Unzufriedenheit. Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses, welche anfänglich an der Landgemeindeordnung noch ganz gutwillig und ernsthaft mitgearbeitet hatte, geriet noch im letzten Augenblick in einen scharf zugespitzten persönlichen Konflikt mit dem Minister des Innern. Merkwürdigerweise gab dazu Veranlassung ein Amendement, welches im Herrenhause zwei so konservative Männer, wie der ehemalige Minister v. Puttkamer und v. Kleist-Retzow stellten. Dies erschien den Konservativen des Abgeordnetenhauses unter Führung des Herrn v. Rauchhaupt so unannehmbar, daß sie deshalb gegen die ganze Landgemeindeordnung stimmten, die die meisten von ihnen bei der vorhergehenden Abstimmung angenommen hatten. Bei den nationalliberalen Großindustriellen war ebenfalls viel Unzufriedenheit wegen der

Die Parteien

Lasten, welche ihnen die neue Gewerbeordnung auferlegte. Alle Arbeitgeber insgesamt waren mißmutig über das nunmehr in Kraft getretene Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz (ein Historiker dürfte freilich eher seine Verwunderung aussprechen, daß eine solche ungeheure Organisation mit solcher Leichtigkeit hat eingeführt werden können). Von dem neuen Kultusminister, dem Grafen Zedlitz fürchtete man klerikale Neigungen; ein gewisses Entgegenkommen, welches er den Polen bewies, wurde, obgleich der Minister diesen Verdacht entschieden zurückwies, in streng national gesinnten Kreisen ausgelegt als ein völliger Abfall von der bisherigen Germanisierungspolitik.

Von den übrigen Parteien begann das Zentrum sich beinahe schon als Regierungspartei zu fühlen; ein Ausdruck, der freilich doch nur sehr cum grano salis aufzufassen ist und jedenfalls eine überaus bescheidene Vorstellung von den Ansprüchen voraussetzt, die eine Regierungspartei machen darf. Einen drastischen Beweis, welchen Aufschwung der Katholizismus in Deutschland genommen hat, gab die Thatsache, daß der Bischof von Trier es wieder wagen durfte, den „heiligen Rock“ auszustellen, und über eine Million Pilger wirklich an dem „Heiligtum“ vorüberzog. Freilich entstammten diese Pilger fast ausschließlich den niedrigsten Volksschichten, und der Bischof Korum hatte so viel Weltklugheit, sich selber über das Recht des „Rocks“ auf Verehrung vorsichtig auszudrücken und keine Wunder geschehen zu lassen, wenigstens keine zu veröffentlichen.

Die deutschfreisinnige Partei stimmte zwar gegen die Reform der Einkommensteuer, nahm aber doch die Reform der Landgemeindeordnung und die Handelsverträge an, und der größte Teil stimmte auch für die Reform der Gewerbesteuer und für die recht erheblichen Marineforderungen im Reichstag. Der Abgeordnete Richter hielt es für nötig, bei der Etatsdebatte (30. November) ausdrücklich alle die Punkte aufzuzählen, in denen sich sein Standpunkt noch von demjenigen der Regierung unterscheide.

Nicht weniger hat sich auch die Haltung der Sozialdemokraten geändert. Sie hielten einen großen Parteitag in Erfurt (14.—21. Oktober) und beschlossen ein neues Programm. Aus

diesem ist aber nicht viel zu entnehmen, wie auch darauf sehr wenig Zeit verwandt wurde. Die Hauptsache war eine sehr eingehende und heftige Auseinandersetzung über die Taktik. Auf der einen Seite hatte sich innerhalb der Partei eine Richtung der „Jungen" gebildet, welche den revolutionären Charakter der Partei uneingeschränkt erhalten und deshalb die Teilnahme an parlamentarischem Leben verwerfen wollte. Auf der andern Seite hatte der Abgeordnete v. Vollmar mit einigen Freunden unumwunden eingestanden, daß das sozialdemokratische tausendjährige Reich denn doch nicht so nahe sei, wie man sich bisher eingeredet habe und daß es deshalb richtig sei, an der Verbesserung der Gegenwart zu arbeiten. Die älteren Führer, Bebel, Liebknecht, Singer, kamen wohl auf den Parteitag mit der Absicht, diese beide oppositionellen Richtungen rechts wie links niederzuschlagen; die „Jungen" wurden auch unter der Beschuldigung, die Parteileitung verleumdet zu haben, ausgeschlossen, aber gegen Vollmar mißlang das Manöver. So hat die Partei thatsächlich, wenn sie es selber auch noch aufs heftigste bestreitet, die Wege des Umsturzes verlassen und damit einen großen Teil ihrer eigentlichen Gefährlichkeit eingebüßt. Sogar in der Armeefrage bekannten sich nicht bloß Vollmar, sondern auch Bebel zu ganz klaren praktischen Anschauungen. Daß es mit jeder Freiheit vorbei sei, wenn Rußland Deutschland besiegen sollte, muß in der That auch einem phantastischen Sozialdemokraten einleuchten, und das haben jene beiden denn auch mehrfach mit allem Ernst ihren Anhängern zu bedenken gegeben. Der Versuch, die ganze Arbeiterschaft nicht nur Deutschlands, sondern West-Europas zu einer großen Demonstration zu vereinigen, mißlang. Zwar wurden nationale und internationale Kongresse (Paris 31. März, Brüssel 16. August) gehalten, aber der Plan, allgemein den 1. Mai zu einem Arbeiterfesttag zu machen und an diesem Tage allenthalben selbst gegen den Willen der Arbeitgeber die Arbeit ruhen zu lassen, fiel gänzlich zu Boden. In Italien und Frankreich gab er zu Ruhestörungen Veranlassung; in Deutschland, wo die sozialdemokratische Parteileitung klug genug war abzuraten, blieb die Demonstration auf ganz unbedeutende Kreise beschränkt.

Der sanftere Charakter, den die Sozialdemokratie annahm,

wurde keineswegs von den staatserhaltenden Parteien als ein Erfolg und eine erfreuliche Thatsache begrüßt. Einerseits fühlte man, daß je gemäßigter jene Partei auftrete, sie desto schwerer in den Gemütern der Arbeiter zu bekämpfen sei, andererseits traute man dieser Sanftmut doch nicht und nahm es vor allem der Regierung übel, daß sie sich von den alten strengeren Grundsätzen und von ihren alten Freunden entfernt, und den unzuverlässigen Elementen der Opposition genähert habe. Scharfe Worte, die der Fürst Bismarck von Friedrichsruh her zuweilen verlauten ließ, gossen Oel ins Feuer. Da nun doch auch die alte Opposition bei weitem nicht wirklich befriedigt war, so war die Unzufriedenheit und das Schelten allenthalben: ein merkwürdiger Kontrast dagegen, daß alle Gesetzesvorlagen der Regierung mit kaum je erhörten Majoritäten angenommen wurden.

Auf jene allgemeine Unzufriedenheit wäre demgemäß so viel nicht zu geben, wenn sich nicht noch ein anderes Moment eingemischt hätte, welches in einer oben (S. 159) wiedergegebenen Politischen Korrespondenz der „Preußischen Jahrbücher“ charakterisiert ist.

Der größte Umschwung, das völlige Uebergehen von ehemaliger unbedingter Opposition zum unbedingtesten Anschluß an die Regierung, hat sich bei den Polen vollzogen. Der letzte Grund liegt in den auswärtigen Verhältnissen. So lange Preußen und Rußland zusammenhielten, war Frankreich die Zukunftshoffnung der Polen. Nachdem sich nunmehr Rußland und Deutschland entzweit, Frankreich sich aber an Rußland angeschlossen hat, ist naturgemäß der Gedanke entstanden, daß Polen gerade seine Stütze in Deutschland finden müsse. Natürlich gehört dazu der Entschluß, die jetzige Grenze als eine definitive anzuerkennen, und auch im Falle einer Wiederherstellung Polens nach Besiegung der Russen nicht die Abtretung irgend eines preußischen Landstrichs zu fordern. Ein solches Opfer haben die Deutschen gebracht, indem sie, um überhaupt einen deutschen Nationalstaat zu haben, auf die deutsch-österreichischen Provinzen verzichtet haben; ein ähnliches Opfer haben die Italiener durch die Abtretung von Nizza und Savoyen gemacht. Indem nun bei den Polen derselbe Gedanke Raum gewinnt, suchen sie möglichst engen Anschluß an die deutsche Regierung. Diese hin-

wiederum kam ihnen entgegen, indem sie ihnen nach dem Tode des Erzbischofs Dinder wieder einen Geistlichen polnischer Nationalität, Dr. v. Stablewski, als Erzbischof von Posen und Gnesen gewährte. Daß hieraus, wie aus einigen Maßregeln bezüglich der Schule ein Rückweichen von der Germanisierungspolitik überhaupt zu erschließen sei, ist keineswegs bewiesen. (Vgl. Preuß. Jahrb. Band 68 S. 905.)

Von einzelnen Ereignissen, die, wenn auch nicht von unmittelbaren politischen Folgen doch in einer Uebersicht der Geschichte dieses Jahres nicht übergangen werden dürfen, seien erwähnt der Tod des großen Feldherrn der Epoche, des Feldmarschalls Moltke im 90. Lebensjahre, der Thronwechsel in Württemberg, wo König Wilhelm II. seinem Oheim König Karl folgte, und in Bayern die großartige Feier des siebzigsten Geburtstages des Prinzregenten Luitpold.

Das Wirtschaftsjahr 1891 war ungünstig. Die schlechte Ernte, wenn auch in Deutschland hier und da gerade das Gegenteil statthatte, trieb doch die Preise der Lebensmittel sehr in die Höhe und der Sturz des Hauses Baring im November 1890 und die daran knüpfenden Verlegenheit der Bank und des Geldmarktes in England lähmte in ihren Nachwirkungen Handel und Wandel allenthalben. Wirtschaftliches.

In unserer Uebersicht des vorigen Jahres schrieben wir: „Der demokratisch-hussitisch-panslawistische Charakter der Jungtschechen muß binnen nicht zu langer Zeit eine entschiedene Reaktion seitens des Monarchen hervorrufen, die dann den Deutschen zugute kommen wird.“ Diese Annahme ist schnell genug in Erfüllung gegangen. Am 23. Januar wurde der Reichsrat plötzlich aufgelöst, und die Neuwahlen ergaben in Böhmen eine vollständige Niederlage der alttschechischen, d. h. tschechisch-gouvernementalen, einen Sieg der jungtschechischen Partei. Mit andern Worten: die Wahlen bewiesen, daß die Regierung mit der wesentlich slawisch-klerikalen Majorität nicht länger möglich sei. Der Finanzminister Dunajewski, der diese Richtung am stärksten repräsentierte, wurde entlassen und an seine Stelle trat ein neutraler Beamter, Dr. Steinbach. Der Wunsch der Deutschen wäre jetzt gewesen, zusammen mit den Polen eine Majorität zu bilden. Aber der Minister von Taaffe war viel Oesterreich-Ungarn

zu vorsichtig, um sich so von seinen alten Freunden zu trennen und sich so gänzlich in die Hand der Liberalen zu geben. Indem er sich zu diesen freundlich stellte, suchte er doch auch wieder den Rest der alten Majorität unter Hohenwart zu einer kompakten Masse zusammenzufügen, und die Hoffnung der Deutschen, daß ihr Führer Herr v. Plener ins Ministerium berufen würde, ging nicht in Erfüllung. Erst gegen Ende des Jahres kam es wenigstens so weit, daß ein Mitglied der Fraktion, ein Aristokrat, der bisher wenig hervorgetreten war, Graf Küenburg, zum Minister ohne Portefeuille ernannt wurde. Die Jungtschechen, statt durch Mäßigung die Regierung wieder für sich zu gewinnen, trieben ihre Agitation nur immer wilder und fanatischer, und der Kaiser Franz Joseph hatte Gelegenheit, sich davon persönlich zu überzeugen, als er die Landesausstellung in Prag besuchte. So haben denn die Deutschen in Oesterreich endlich, freilich weniger durch ihr eigenes Verdienst, als durch die Fehler ihrer Gegner, einigermaßen die Stellung erreicht, die ihnen gebührt. Kaiser Franz Joseph aber und sein überaus geschickter Minister Graf Taaffe haben, indem sie ihnen diese Stellung gewährten, die Zügel der Regierung stramm in der Hand behalten.

Die wirtschaftliche Arbeit wurde trotz der politischen Schwierigkeiten wesentlich gefördert. Durch zwei langwierige Budgetberatungen gelang es zum erstenmal, den Staatsvoranschlag rechtzeitig für 1892 zu erledigen, und zwar mit kleinen Ueberschüssen. Die Schöpfung von Groß-Wien, d. h. die Einverleibung der Vororte in die Hauptstadt, die Eisenbahn-Verstaatlichungen (Albrechtbahn, Karl Ludwigbahn, Prag-Dux und Dux-Bodenbach), die Errichtung von Aerztekammern, die Einbeziehung Triests in das Zollgebiet, die Neuorganisation des Lloyd und die Handelsverträge mit Deutschland und Italien kennzeichnen ferner die Arbeitsleistung.

Ungarn. Ungarn hat der politischen Welt ein merkwürdiges Schauspiel geboten. Eine Regierung, die über eine große geschlossene Majorität gebietet, bringt ein Gesetz über Reform der Verwaltungsorganisation, Modernisierung der veralteten Komitatsverfassung ein, welchem die Majorität des Reichstages in allem wesentlichen Zustimmung entgegenbringt. Trotzdem gelingt es einer kleinen rabiaten Minorität, das legislatorische Werk zu verhindern. Das

ganze Jahr kommt die Debatte über Paragraph 1 nicht hinaus, und Ministerium und Majorität finden nicht die Kraft oder haben nicht die Mittel, diesem Unfug ein Ende zu machen, so daß endlich nichts anderes übrig bleibt, als sich mit einer prinzipiellen Zustimmung zu dem Reformgedanken zu begnügen und für das nächste Jahr die Auflösung des Hauses in Aussicht zu nehmen.

Der Konflikt über Südostafrika, in den Portugal mit England geraten war und den wir im vorigen Jahrgang geschildert haben, wurde im Jahre 1891 glücklich beigelegt, indem England der Leidenschaft der Portugiesen noch einige Zugeständnisse machte. Für Portugal war aber dieser Zwischenfall verhängnisvoll geworden: er hat sein Finanzsystem nicht bloß erschüttert, sondern eine innere Fäulnis offenbart, die es zu Falle brachte. Am Ende des Jahres standen die portugiesischen Anleihen, die noch vor kurzem konvertiert waren und dennoch über pari notiert wurden, auf etwa 40, und selbst die Zinsen der vom Staate garantierten Eisenbahnprioritäten wurden nicht bezahlt. Portugal

Das größte Ereignis aus dem Leben Englands im Jahre 1891 dürfte der Tod des Führers der Iren, Charles Parnell, sein. Obgleich sein Stern infolge der im vorigen Jahrgang geschilderten Ereignisse bereits im Erbleichen schien, so war doch wohl anzunehmen, daß eine so großartige Persönlichkeit mit der Zeit wieder eine führende Stellung erobert haben würde. Die Macht, an welche sein Erbe übergeht, und die in der letzten Krisis schon am heftigsten gegen ihn gekämpft hatte, dürfte die katholische Hierarchie in Irland sein. (Vgl. den Ausspruch Salisburys vom 2. Januar.) In der Sozialgesetzgebung hat England einen Fortschritt durch den Erlaß eines neuen Werkstättengesetzes gemacht. Sehr bemerkenswert erscheint dabei eine Aeußerung des Ministers (18. Juni), wie weit die praktische Gesetzgebung der Einzelstaaten hinter dem so pomphaft verkündigten Beschlusse der internationalen Konferenz zurückbleibt. Einen großen Ueberschuß des Budgets benutzte man, um nunmehr auch in England das Schulgeld in den öffentlichen Volksschulen abzuschaffen. England.

In der Uebersicht des vorigen Jahres hoben wir es als etwas Besonderes hervor, daß das den 20. März gebildete Ministerium Frankreich.

Freycinet-Constans sich bis zum Schluß des Jahres gehalten habe. Diese Merkwürdigkeit ist nun noch viel merkwürdiger geworden dadurch, daß dasselbe Ministerium auch am Schlusse des Jahres 1891 noch bestand. Mehrere Umstände haben zu dieser für Frankreich natürlich äußerst wohlthätigen Erscheinung zusammengewirkt. Die beiden Oppositionen von rechts und links sind einem Zersetzungsprozeß verfallen. General Boulanger, der im Jahre 1889 niedergeworfen war, war im Jahre 1891 so sehr mit seinen Mitteln zu Ende, daß er sich selbst das Leben nahm. Er erschoß sich am Grabe seiner Geliebten. Die Monarchisten, schwer kompromittiert durch ihre geheimen Machinationen mit Boulanger, haben, wie wir schon im Ueberblick über die allgemeine Politik sahen, es erleben müssen, daß ihr eigentlicher Gewalthaufe, die Klerikalen, ins Wanken geriet und zum Feinde überzugehen droht. Einmal verlautete schon, daß der Graf von Paris entschlossen sei, der Prätendentenrolle zu entsagen. Ein Moment der auswärtigen Politik mag dazu beigetragen haben, den Franzosen ihr beliebtes parlamentarisches Kegelschieben auf Minister zu verleiden. Wenn sie wirklich die Kronstädter Verlobung zu einem reellen Verhältnis ausbilden wollen, so muß die französische Regierung eine gewisse Stabilität haben. Sonst würde schon die Mitteilung des diplomatischen Geheimnisses an fortwährend neue Mitwisser es der russischen Regierung kaum ermöglichen, sich zu binden und wirkliches Vertrauen zu fassen. (Vgl. Preuß. Jahrb. Bd. 68 S. 897.) Wie leicht aber das französische Temperament auch in den verantwortungsvollsten Dingen sich zu einer Uebereilung hinreißen läßt, die — man erinnere sich an den Fall Schnäbele — zu einem plötzlichen Kriege mit Deutschland führen könnte, zeigt nicht nur das Betragen gegen die Kaiserin Friedrich, sondern auch noch ein späterer parlamentarischer Zwischenfall. Auf irgend welches unbegründete Gerede über schikanöse Anwendung der elsässischen Paßverordnung gegen französische Handelsreisende stellte der Boulangist Laur (10. Juli) eine Interpellation, welche die Kammer in der ersten Entrüstung acceptierte. Am andern Tage hatte man sich aber soweit besonnen, daß man den schon gefaßten Beschluß wieder umstieß.

Bemerkenswert ist der Weg, den die französische Handelspolitik einschlug. Er ist der deutschen gerade entgegengesetzt. Während Deutschland das neue System der Handelsverträge schuf, welche das weitere Steigen der Schutzzollflut eindämmten, beschloß Frankreich, rücksichtslos das System der Isolierung und Autonomie beizubehalten und auszubilden. Momentan hatte es davon den Vorteil, daß es die Getreidezölle vor dem hohen Ansteigen der Preise (für die Frist von einem Jahr) herabsetzen konnte. (Vgl. 24. Mai; 18. Juni.)

Ein sehr böses Prognostikon für die Zukunft Frankreichs stellt schon seit lange die Bevölkerungsstatistik. Im Jahre 1890 fanden in Frankreich 269,322 Heiraten, 5457 Ehescheidungen, 838,059 Geburten und 876,505 Todesfälle statt. Ein Vergleich dieser Zahlen mit denen des Vorjahres ergibt, daß die Heiraten in dem Berichtsjahre um 3602 und die Geburten um 42,520 abgenommen haben, die Zahl der Ehescheidungen dagegen um 671, die der Todesfälle um 81,572 gestiegen ist. Die Todesfälle überschritten die Geburten um 38,446.

Das Schauspiel, welches Ungarn im Jahre 1890 den erstaunten europäischen Politikern bot, als ein Minister, der eine geschlossene parlamentarische Majorität hinter sich hatte, sich zur Demission gezwungen sah, und das im Jahre 1891 mit der ungarischen Verwaltungsreform sich einigermaßen wiederholte, dasselbe Schauspiel hat auch Italien im Jahre 1891 dargeboten. Am 23. November 1890 hatten die Neuwahlen dem Minister Crispi eine Majorität von nicht weniger als 4/5 der Kammer gegeben und diese Majorität war nicht bloß sachlich auf das Programm Crispis, sondern recht eigentlich auf seinen Namen und seine Person gewählt. Zehn Wochen später, am 31. Januar, war eben dieser Minister von eben dieser Majorität bereits gestürzt. Dem Anschein nach war es nichts, als eine zufällige leidenschaftliche Heftigkeit im Parlament (vgl. die Berichte im Kalendarium), welche ihn zu Falle gebracht haben; der sachliche Gegensatz, der etwa noch weiter zu Grunde lag, war jedenfalls nicht ein prinzipieller, sondern die etwas gar zu hoch gespannten Anforderungen, die Crispi finanziell für seine auswärtige Politik stellte. Das Ministerium, welches ihn

Italien.

ablöste, ist zusammengesetzt aus Männern von ganz gemäßigter Richtung, wie der Ministerpräsident Marquis Rudini und daneben wieder alten Radikalen, wie Nikotera. Das ist ja das Eigentümliche des italienischen Parteilebens, daß hier, wo das große Element des Klerikalismus sich von der Politik des Königreiches fern hält, eigentlich gar keine Parteien vorhanden sind, sondern bloß Kliquen, welche die Führer um sich sammeln und an sich zu fesseln suchen, die sich daher auch zu ganz beliebigen Koalitionen, bald so, bald so kombinieren lassen. Es klingt für deutsche Begriffe fast grotesk, wenn der Ministerpräsident sein Vergnügen darüber kundgibt, endlich einen objektiven Gegensatz zwischen sich und seinem Gegner gefunden zu haben. Nicht anders aber hat der Marquis Rudini sich wirklich ausgedrückt (4. Dezember), als Crispi erklärte, daß es zu seinem Programm gehöre, das Garantiegesetz, welches dem Papst innerhalb des Vatikans eine souveräne Stellung zusichert, abändern zu wollen.

Kurie. Die Weltpolitik der Kurie hat im Jahre 1891 einen größeren Schwung genommen als je; sie war daher bei der Uebersicht der allgemeinen Politik zu behandeln. Durch Encykliken über die soziale Frage und die Duelle suchte der Papst, wenn sie auch nicht das geringste Neue enthielten, doch seine Stimme auch auf so weltlichen Gebieten zur Geltung zu bringen.

Schweiz. Die Unruhen im Kanton Tessin zwischen der liberalen und ultramontanen Partei sind auch in diesem Jahre noch nicht vollständig überwunden worden; sogar ein politischer Mord war wieder zu verzeichnen (12. Oktober). Auch sonst hat sich der demokratische Charakter der Verfassung in diesem Jahre nicht von der günstigsten Seite gezeigt. Zwar wurden die erheblichen Anforderungen an die Steuerkraft zum Zwecke der Sicherung der nationalen Verteidigung, Anschaffung von Waffen, Befestigungen, namentlich am Gotthardtpasse, bewilligt, aber von drei großen Reformgesetzen, die von den intelligentesten Staatsmännern der Republik in die Hand genommen waren, hat nur eines wirklich durchgesetzt werden können. Es ist dies das Banknotenmonopol des Bundes, welches nach mehrfachen Hin- und Herverhandlungen endlich die Majorität erlangte, indem zwei Drittel der Ueberschüsse zur Verteilung an die Kantone

bestimmt wurden. Dagegen wurde der Plan, in das zersplitterte und irrationelle Eisenbahnwesen der Schweiz Ordnung zu bringen durch die Verstaatlichung, und mit dem Ankauf der Zentralbahn zu beginnen, durch die Volksabstimmung verworfen. Der Präsident des Bundesrats, Welti, der sich dieser Sache persönlich ganz besonders gewidmet hatte, nahm sich die Abweisung so sehr zu Herzen, daß er sein Amt niederlegte. Besonders charakteristisch für den Demokratismus ist das Schicksal des Beamten-Pensionsgesetzes. Die Schweiz stellt ihre Beamten nicht lebenslänglich, sondern immer nur auf drei Jahre an; praktisch jedoch werden die Inhaber eines Amtes immer wieder darin bestätigt, so daß die Anstellungen als lebenslänglich gelten können. Lebenslänglich sogar im strengsten Sinne des Wortes, denn bei Beamten, die nur ein Anstellungspatent auf drei Jahre haben, kann natürlich von einem Pensionsanspruch keine Rede sein. Wie aber, wenn der Beamte alt und unbrauchbar wird? Die barbarische Härte, die es in dem einzelnen Fall mit sich bringen würde, einen solchen alten Mann hilflos auf die Straße zu setzen, läßt sich nicht anders umgehen, als daß man ihn nominell im Amt läßt und ihm einen Stellvertreter gibt, den man neben ihm bezahlen muß. Diesem in jeder Beziehung irrationellen Zustand, teuer für den Staat, gefährlich für die Beamten, suchte nun ein Pensionsgesetz ein Ende zu machen. Freilich so weit getraute man sich nicht zu gehen, wie in den Monarchien, wo den Beamten ein gesetzliches und unantastbares Recht auf Pension zusteht, nachdem sie ihre Kräfte im Dienste des Staates aufgebraucht haben — aber man gab doch dem Bundesrat die diskretionäre Befugnis, invaliden Beamten auf Widerruf Pensionen zuzusprechen. Alles schien fertig und in Ordnung, als eines guten Tages in einem thurgauischen Dorf von beliebigen Leuten ein Antrag zur Unterschrift in Umlauf gesetzt wurde, der die Volksabstimmung über das Gesetz forderte. Binnen kurzem war der Antrag mit 80,000 Unterschriften bedeckt und bei der verfassungsgemäßen Abstimmung wurde das Gesetz mit vier Fünftel Majorität verworfen (15. März). Der Bauer und Bürger war der Ansicht, daß der Beamte sich etwas von seinem Gehalte sparen könne, wenn er für sein Alter etwas nötig habe. So schnitt der bekannte demo-

kratische Neid sich selbst ins Fleisch, weil nunmehr die alten unbrauchbaren Beamten in den meisten Fällen bei ganzem Gehalt im Amte bleiben.

Rußland Das Wesentlichste für die Geschichte Rußlands im Berichtsjahr haben wir bereits bei der allgemeinen Politik gesagt. Das Jahr zerfällt für Rußland in zwei scharf geschiedene Hälften. Die Kronstädter Verbrüderung bildet den Gipfelpunkt des aufsteigenden Astes; im Lichte der Huldigungen, die ein Volk, das sich so lange die große Nation genannt hat, Rußland darbrachte, erschien dieses als ein Staatsgebilde von unvergleichlicher Macht und Hoheit. Unmittelbar darauf aber erfolgte das Roggen-Ausfuhrverbot und das Jammerbild eines grauenhaften, bis dahin künstlich verhehlten Notstandes trat hervor. Manche Kenner wollen behaupten, daß nicht bloß in der einzigen Mißernte dieses Jahres der Notstand seinen Grund habe, sondern daß er sich bereits seit langer Zeit durch Rückgang der Ernteerträge vorbereitet habe und daß auch die anscheinend blühende Industrie nichts als eine saftlose Treibhauspflanze sei. Jedenfalls hat es dann die russische Regierung, besonders der Finanzminister Wyschnegradski sehr gut verstanden, Europa über diesen Zustand zu täuschen. Obgleich schon das Jahr 1890 Steuerrückstände von nicht weniger als 60 Millionen Rubel ergeben hatte, ist es Herrn v. Wyschnegradski doch gelungen, mehrere große Anleihen zu konvertieren. Trotz Rothschilds plötzlicher Absage (vgl. 8. Mai) gelang es im November, eine neue Anleihe wesentlich in Frankreich abzuschließen, als die Notstandsberichte auch diese noch im letzten Augenblick in Trümmer schlugen. In merkwürdigem Widerspruch mit diesen Schwierigkeiten steht, daß derselbe Staat kühnen Mutes ein Riesenwerk wie die sibirische Eisenbahn in Angriff nimmt. Persönlich wohnte der Großfürst-Thronfolger am fernsten ostasiatischen Meer der feierlichen Eröffnung der Anfangsstrecke bei.

Die innere Umschaffung des Reiches, man kann sagen die Reduzierung auf den reinen slawisch-orthodox-despotischen Patriarchal- und Nationalstaat schreitet unaufhörlich fort. Aufs neue sind mit dem Beginn des Jahres 16 weitere Gouvernements mit dem Institut der Landschaftshauptleute beglückt worden (vgl. Jahr-

gang 1889 und 90), durch welches die Handhabung der Justiz und zum Teil auch der Verwaltung in die Hände des Adels gelegt wird. Manche dieser neuen Beamten haben ihre diktatorischen Befugnisse zur Wiedereinführung der Prügelstrafe benützt. Wie dem Adel die Verwaltung, so sind der Geistlichkeit durch einen Ukas vom 4. Mai die Volksschulen ausgeliefert worden. Gegen das Sektenwesen, namentlich die sogenannten Stundisten, werden die allerschärfsten Maßregeln ergriffen (vgl. 13. April). In Polen, in den baltischen Provinzen, in Finnland wird alles Nicht-Russische und Nicht-Orthodoxe weiter und weiter zurückgedrängt. Leuten polnischer Herkunft ist es nicht nur verboten, Grundbesitz zu erwerben, sondern auch in lebenslängliche Nutznießung des Grundbesitzes zu treten. In den baltischen Provinzen ist das deutsche Schulwesen vollständig beseitigt, nicht einmal der deutsche Privatunterricht mehr gestattet. Die Universität Dorpat ist zu drei Viertel russifiziert. Die Kirchenbücher müssen in russischer Sprache geführt werden, protestantische Schüler und Lehrer müssen an russischen Festtagen die griechischen Kirchen besuchen. Mit fürchterlicher Brutalität werden die Juden in die Ghettos, die gesetzlich erlaubten Ortschaften, aus denen sie allmählich entschlüpft waren, zurückgetrieben. Trotz allem sind es nicht die unterdrückten Deutschen, Polen, Finnen, die Sektierer, Katholiken und Protestanten, von denen die russische Monarchie am meisten bedroht wird, sondern diese Gefahr geht aus von dem national-russischen Produkt, dem Nihilismus. Nach wie vor muß sich der russische Kaiser mit den äußersten Vorsichtsmaßregeln gegen die Mörder, die ihn von allen Seiten umlauern, umgeben. Ohne inneren Zusammenhang hiermit fiel sein Sohn, der Großfürst-Thronfolger, in diesem Jahre in eine ähnliche Gefahr, sogar in einem fernen Weltteil, in Japan, welches Land er auf einer großen Reise um Asien besuchte. Ein Japaner machte hier ein Attentat auf ihn, über dessen Ursprung sowohl, wie Verlauf eine authentische Darstellung niemals bekannt geworden ist.

Im Orient geht die stille Minierarbeit der Russen als Vorbereitung für die künftige Krisis fort. Wir haben gesehen, wie sie in der Dardanellenfrage einen wichtigen Sieg errungen haben. Das Einverständnis mit Frankreich kommt auch hier wie allenthalben Orient.

ausschließlich den Russen zu gute. Gemeinschaftlich wirken beide der dauernden Festsetzung der Engländer in Aegypten entgegen, und namentlich ist es wichtig für Rußland, daß in dem alten Kampf zwischen orthodoxen und katholischen Christen im Morgenlande Frankreich von seinem traditionellen Patronat über die letzteren aus Russenliebe keinen rechten Gebrauch mehr zu machen wagt. Im Mai hat einmal wieder in der Geburtskirche in Bethlehem eine große Prügelei zwischen den Mönchen beider Konfessionen stattgefunden. Von der Energie, mit der jede Partei hier ihren überlieferten Besitz festhält, hängt ihr moralisches Ansehen im ganzen Orient ab. Die Entscheidung muß in Konstantinopel gegeben werden, und sie wird gegeben je nach dem stärkeren Druck, den die Schutzmacht der einen oder der anderen Seite gerade ausübt. Ganz notwendig also, daß die orthodoxe Kirche und damit die Autorität Rußlands fortwährend gewinnt.

An anderer Stelle haben die Unternehmungen Rußlands weniger Erfolg. Die wunderbare Widerstandskraft Bulgariens bewährt sich noch immer. Der Panslawismus hat einmal wieder zu seinem letzten, und man möchte sagen beliebtesten Mittel, dem Morde gegriffen. Man versuchte, den leitenden Staatsmann Bulgariens, auf dessen persönlicher Tüchtigkeit wohl hauptsächlich die Zukunft dieses Landes beruht, Stambulow, aus dem Wege zu räumen. Glücklicherweise entging er selbst der Gefahr; ein anderer Minister aber, der ihn zufällig begleitete, der Finanzminister Beltscheff, fiel unter den Kugeln der Verschworenen. Die Mörder entkamen, aber die Spuren des Verbrechens konnten bis in das russische Konsulat verfolgt werden. Darüber scheint man sich am russischen Hofe doch geschämt zu haben, und der Leiter aller dieser Bewegungen, der russische Gesandte in Bukarest, Hitrowo, wurde nach Lissabon versetzt.

In Rumänien und Serbien oszillierte das Parteileben hin und her. In Serbien, wo es in so widerwärtiger Weise mit dem ehelichen Zwist zwischen König Milan und seiner Gemahlin verflochten ist, kam es zu überaus grotesken Szenen, als die Regentschaft sich entschloß, um die Intriguen der Königin Natalie los zu werden, sie außer Landes zu schaffen. Nachdem alle Mittel, sie

gütlich zur Abreise zu bewegen, erschöpft waren, brachte man sie endlich mit Gewalt über die Grenze. König Milan, Königin Natalie und der ehemalige Minister Garaschanin beschuldigten sich in Schreiben, die der Oeffentlichkeit übergeben wurden (vgl. Staatsarchiv Bd. 53), der unglaublichsten Verbrechen und Schandthaten.

In Amerika hat die Idee des Panamerikanismus, die anfänglich in Europa ziemlich skeptisch aufgenommen wurde, wesentliche Fortschritte gemacht. Präsident Harrison hat in mehreren Ansprachen und Botschaften den Plan, ganz Amerika wirtschaftlich den Vereinigten Staaten anzuschließen und von dem europäischen Markt zu trennen, sehr energisch vertreten. Ein Vertrag mit Brasilien hat den Anfang der Ausführung gemacht. In Brasilien ist der General Fonseca, der seinerzeit den Kaiser Dom Pedro gestürzt hatte, nun auch wieder beseitigt. Chile, das von allen romanisch-amerikanischen Staaten bisher die größte Tüchtigkeit gezeigt hatte, und allein von Bürgerkriegen verschont geblieben war, hat nunmehr auch durch eine solche Krisis hindurchgehen müssen. Der Präsident Balmaceda geriet in Konflikt mit den aristokratischen Elementen, welche im Kongreß wesentlich herrschen. Es kam zu einem Bürgerkrieg, der fast ein Jahr lang währte, endlich aber mit der vollständigen Niederlage und dem Selbstmord Balmacedas endigte. (Vgl. die Darstellung dieser Ereignisse von Professor v. Lilienthal in den Preuß. Jahrbüchern Bd. 69.) Amerika.

Die Vorstellung von dem Segen parlamentarisch-europäischer Institutionen hat auch in Japan im Jahre 1890 zur Schaffung einer Volksvertretung, d. h. einer Vertretung der höheren besitzenden Klassen geführt. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln aber, mit denen (vgl. vorigen Jahrg.) dies Institut umgeben worden ist, ist der von jeder solchen Verfassung untrennbare Machtstreit auf der Stelle ausgebrochen, und Ende Juni 1891 war die Regierung gezwungen, das Volkshaus aufzulösen. Japan.

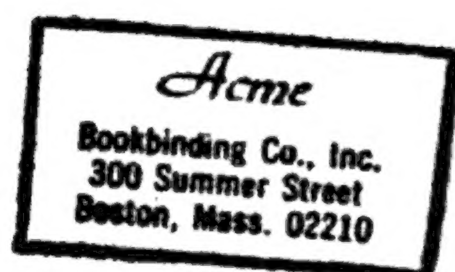
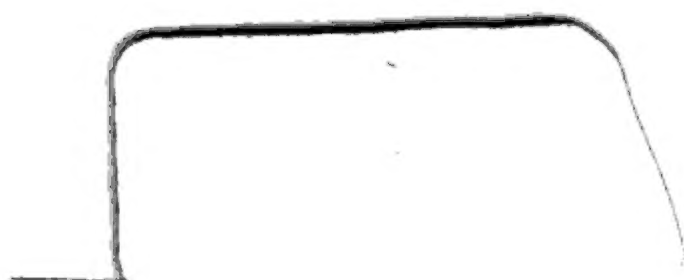
Alphabetisches Register.

Die Ziffern bezeichnen die Seitenzahlen.

Presse.

Druckfehler.

S. 39 in der 3. Zeile der Rede des Kaisers ist zu lesen „Herzen“ statt „Herren“.
S. 41 2. Februar „Admiral Hollmann“ statt „Holtmann“.
S. 178 Zeile 19 von unten „orfèvre“ statt „orlèvre“.
S. 287 in der Ueberschrift: „Nord-Amerika“ statt „Amerika“.


Acme
Bookbinding Co., Inc.
300 Summer Street
Boston, Mass. 02210